

■ Prospekt
Deutsche Postbank AG



PROSPEKT

vom 11. November 2008
für das öffentliche Angebot

von 54.800.000

neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien (Aktien ohne Nennbetrag)

sowie

für die Zulassung zum Börsenhandel im regulierten Markt der Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Markts mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse

von 54.800.000

neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien (Aktien ohne Nennbetrag)

aus der vom Vorstand am 27. Oktober 2008 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom selben Tag beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem Kapital mit Bezugsrecht der Aktionäre der Deutsche Postbank AG (mit Ausnahme von Spitzenbeträgen)

mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von € 2,50 je Aktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2008

der

Deutsche Postbank AG

Bonn

- International Securities Identification Number (ISIN): DE 000 800 1009 –
- Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN): 800 100 –
- Common Code: 19309177 –
- Börsen-Kürzel: DPB –

UBS Investment Bank
Globaler Koordinator und Bookrunner

Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Kommanditgesellschaft auf Aktien

SOCIÉTÉ GÉNÉRALE
Corporate & Investment Banking

UniCredit
(Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG)

Co-Lead Managers

[Diese Seite wurde absichtlich freigelassen]

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTS	7
Postbank — Überblick über die Geschäftstätigkeit	7
Wettbewerbsstärken	8
Strategie	8
Sonstige wesentliche Angaben über die Postbank	9
Ausgewählte Unternehmens- und Finanzdaten	11
Zusammenfassung des Angebots	15
Zusammenfassung der Risikofaktoren	18
RISIKOFAKTOREN	21
Markt- und geschäftsbezogene Risiken	21
Risiken aus der Aktionärsstruktur der Postbank	36
Regulatorische, sonstige rechtliche und steuerliche Risiken	37
Angebotsbezogene Risiken	43
ALLGEMEINE INFORMATIONEN	46
Verantwortung für den Prospekt	46
Gegenstand des Prospekts	46
Einsichtbare Dokumente	46
Zukunftsgerichtete Aussagen, statistische Daten, Marktdaten, Schätzungen, Zahlen- und Kundenangaben	46
Hinweise zu Währungs- und Finanzangaben	49
DAS ANGEBOT	50
Allgemeines	50
Voraussichtlicher Zeitplan	50
Bezugsangebot	51
Verwässerung	55
Marktschutzvereinbarung	55
Begleitende Banken und Übernahmevertrag	56
Verkaufsbeschränkungen	56
Stabilisierung	57
Interessen beteiligter Personen an dem Angebot	58
INFORMATIONEN ÜBER DIE ANGEBOTENEN NEUEN AKTIEN	59
Form; Stimmrecht	59
Gewinnanteilsberechtigung und Anteil am Liquidationserlös	59
Übertragbarkeit; Veräußerungsverbote	59
Lieferung und Abrechnung	59
Börsenzulassung, Einbeziehung in die bestehende Notierung, ISIN, WKN, Common Code, Börsenkürzel	59
Bekanntmachungen; Zahl- und Anmeldestelle	60
GRÜNDE FÜR DAS ANGEBOT, VERWENDUNG DES EMISSIONSERLÖSES UND KOSTEN	61
Emissionserlös und Kosten der Emission	61
Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses	61
DIVIDENDENPOLITIK UND ERGEBNIS JE AKTIE	62
KAPITALAUSSTATTUNG UND VERBINDLICHKEITEN	64
Erklärung zum Geschäftskapital	66
AUSGEWÄHLTE UNTERNEHMENS- UND FINANZDATEN	67
Daten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	67
Daten der Konzernbilanz	68
Daten der Kapitalflussrechnung	69
Eigenmittel und Kapitalquoten	69
Segmentergebnisse	70
Weitere betriebliche Kennzahlen	72

INHALTSVERZEICHNIS

DARSTELLUNG UND ANALYSE DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE	73
Überblick	73
Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren	74
Auswirkungen des Erwerbs einer Minderheitsbeteiligung an der Deutsche Bank AG	85
Auswirkungen von Akquisitionen und Veräußerungen	86
Ertragslage der Postbank	88
Eigenmittel und Liquidität	116
Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	120
Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; Ausweisänderungen	127
AUSGEWÄHLTE STATISTISCHE ANGABEN	130
Durchschnittsbestände und Zinssätze	130
Veränderungen bei Zinsertrag/Zinsaufwendungen – Analyse nach Volumen und Zinssätzen	133
Renditespannen	134
Wertpapiere und Beteiligungen	134
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten	137
Ausgewählte Renditekennziffern	138
GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	139
Überblick	139
Wettbewerbsstärken	140
Strategie	141
Geschäftsbereich Retail Banking	143
Geschäftsbereich Firmenkunden	157
Geschäftsbereich Transaction Banking	163
Geschäftsbereich Financial Markets	167
Informationstechnologie	169
Grundbesitz, Betriebsstätten, Sachanlagen	171
Gewerbliche Schutzrechte und Domains	172
Versicherungen	172
Investitionen	173
Rechtsstreitigkeiten	174
WESENTLICHE VERTRÄGE	177
Kooperationsverträge mit der Deutsche Post AG	177
Veräußerung von Versicherungsbeteiligungen; Abschluss von Vertriebskooperationsverträgen im Versicherungsbereich	177
Abwicklung des Zahlungsverkehrs der Dresdner Bank AG, Deutsche Bank AG und Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	178
RISIKOMANAGEMENT	180
Überblick	180
Organisation des Risikomanagements	180
Risikokapital und Risikolimitierung	182
Risikoreporting	185
Marktpreisrisiken	186
Kreditrisiken	191
Liquiditätsrisiken	210
Operationelle Risiken	214
Geschäftsrisiken	215
Beteiligungs- und Immobilienrisiken	216
Kollektivrisiken	217
ORGANE DER GESELLSCHAFT UND MITARBEITER	220
Überblick	220
Corporate Governance	221
Vorstand	222
Aufsichtsrat	228
Weitere Informationen über Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats	235

INHALTSVERZEICHNIS

Hauptversammlung	235
Mitarbeiter	236
GESCHÄFTE UND RECHTSBEZIEHUNGEN MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN	245
Allgemeines	245
Beziehungen zum Deutsche Post-Konzern (ohne Postbank-Teilkonzern)	246
Beziehungen zu Tochtergesellschaften der Gesellschaft	257
Beziehungen zur Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost	258
Beziehungen zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V	258
REGULIERUNG UND AUFSICHT	259
Regulierung und Aufsicht über Banken in Deutschland	259
Regulierung und Aufsicht in Luxemburg	272
AKTIONÄRSSTRUKTUR	273
Derzeitige Aktionärsstruktur	273
Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG	273
ALLGEMEINE ANGABEN ÜBER DIE GESELLSCHAFT	275
Geschichte, Gründung, Handelsregistereintragung, Firma und Sitz	275
Geschäftsjahr und Abschlussprüfer	275
Dauer und Auflösung	276
Gegenstand des Unternehmens	276
Konzernstruktur	276
Wesentliche Beteiligungen	278
Bekanntmachungen	278
Rating	278
ANGABEN ÜBER DAS KAPITAL DER GESELLSCHAFT	280
Grundkapital und Aktien	280
Übertragbarkeit und Börsenzulassung der Aktien	280
Untersagung von Leerverkäufen in Aktien der Gesellschaft	280
Zahl- und Anmeldestelle	281
Entwicklung des Grundkapitals in den letzten drei Jahren	281
Kapitalerhöhung in Bezug auf die Neuen Aktien	281
Beteiligung der Deutsche Post AG an der Kapitalerhöhung	281
Genehmigtes Kapital	281
Bedingtes Kapital	282
Wandel- und Optionsanleihen	282
Genussrechte	282
Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien	283
Allgemeine Bestimmungen zu Kapitalmaßnahmen	285
Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten	285
Allgemeine Bestimmungen zu Gewinnverwendung und Dividendenzahlungen	286
Ausschluss von Minderheitsaktionären	286
Anzeigepflichten für Anteilsbesitz, Übernahmeangebote	287
BESTEUERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	290
Besteuerung der Gesellschaft	290
Besteuerung der Aktionäre	291
Besteuerung von Dividenden	291
Besteuerung von Veräußerungsgewinnen	293
Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds	295
Erbschaft- und Schenkungsteuer	296
Sonstige Steuern	296
Einführung einer Abgeltungsteuer ab 2009	297
Mögliche Einführung einer Steuerpflicht für Streubesitzdividenden und -veräußerungsgewinne	298

INHALTSVERZEICHNIS

FINANZTEIL	F-1
JÜNGSTE ENTWICKLUNG UND AUSBLICK	A-1
GLOSSAR	G-1
UNTERSCHRIFTEN	U-1

Zusammenfassung des Prospekts

Die folgende Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Prospekt zu verstehen. Anleger sollten wegen der wesentlich detaillierteren Informationen in anderen Teilen des Prospekts ihre Anlageentscheidung auf die Prüfung des gesamten Prospekts stützen.

Die Deutsche Postbank AG („Deutsche Postbank AG“ oder die „Gesellschaft“ und gemeinsam mit ihren Tochtergesellschaften die „Postbank“), die UBS Limited („UBS“ oder „Globaler Koordinator“), Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Société Générale S.A. und UniCredit (Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) (zusammen mit dem Globalen Koordinator die „begleitenden Banken“) übernehmen gemäß § 5 Absatz 2 Satz 3 Nr. 4 des Wertpapierprospektgesetzes („WpPG“) die Verantwortung für den Inhalt dieser Zusammenfassung. Sie können jedoch für den Inhalt der Zusammenfassung nur haftbar gemacht werden, falls die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen dieses Prospekts gelesen wird. Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung einzelstaatlicher Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.

Postbank — Überblick über die Geschäftstätigkeit

Die Postbank ist mit rund 14,2 Mio. aktiven Kunden und rund 21.500 Mitarbeitern einer der großen Anbieter von Bank- und sonstigen Finanzdienstleistungen in Deutschland. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt im Retail Banking. Daneben sind das Geschäft mit Firmenkunden (Zahlungsverkehr, Finanzierungen) und Abwicklungsdienstleistungen von Bedeutung. Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden das Produkt- und Dienstleistungsportfolio der Postbank ab. Als Multikanalbank vertreibt die Postbank ihre Produkte im Geschäftsbereich Retail Banking über Filialen, den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking (Internet und Mailing) und Call-Center sowie im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner.

Die Postbank hat ihre Aktivitäten in folgende Geschäftsbereiche gegliedert:

- **Retail Banking:** Im Geschäftsbereich Retail Banking bietet die Postbank ihren rund 14,2 Mio. Privat- und Geschäftskunden (Selbstständige und Gewerbetreibende mit einem jährlichen Außenumsatz von bis zu € 2,5 Mio.) ein breites Spektrum standardisierter, preisgünstiger und auf typische Bedarfssituationen ausgerichteter Bank- und Finanzdienstleistungen an. Der Schwerpunkt des Produktspektrums liegt auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft, Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten sowie Privatkrediten, ergänzt durch das Angebot von Wertpapieren (insbesondere Fonds) und Versicherungen sowie Konzepten zur Altersvorsorge. In Kooperation mit der Deutsche Post AG erbringt die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Postdienstleistungen, wodurch sich der tägliche Besucherstrom in ihren Filialen erhöht und Provisionserträge generiert werden.
- **Firmenkunden:** Im Geschäftsbereich Firmenkunden bietet die Postbank für ihre ungefähr 30.000 Firmenkunden (Groß- und Mittelstandsunternehmen mit einem jährlichen Außenumsatz von über € 2,5 Mio.) Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr (insbesondere Zahlungsverkehrslösungen und Kontoführung) sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Factoring und Leasing an. Anlage- und Kapitalmarktprodukte runden die Produktpalette ab.
- **Transaction Banking:** Der Geschäftsbereich Transaction Banking wurde im Jahr 2004 geschaffen und umfasst die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Kontoservices und die Kreditabwicklung. Als Plattform für Transaktionen der konzernexternen Kunden Dresdner Bank, Deutsche Bank und HypoVereinsbank auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs dient die Betriebs-Center für Banken AG (BCB), eine 100 %ige Tochter der Gesellschaft. Zum 1. Juli 2008 lagerte die Gesellschaft ihren Zahlungsverkehr ebenfalls in die BCB aus. Dienstleistungen auf den Gebieten Kontoservices und Kreditabwicklung erbringt die Postbank bislang nur konzernintern.
- **Financial Markets:** Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Postbank verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört zum einen, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern. Zum anderen steuert der Geschäftsbereich Financial Markets die Liquiditätsposition der Postbank. Darüber hinaus hat dieser

Geschäftsbereich die Funktion, im so genannten Eigengeschäft einen zusätzlichen Beitrag zum Ergebnis der Postbank zu erwirtschaften. Dem Geschäftsbereich Financial Markets sind ferner die Bankaktivitäten in Luxemburg sowie mehrere Tochtergesellschaften zugeordnet, die die Verwaltung und das Management der Publikumsfonds der Postbank und Spezialfonds verantworten.

Darüber hinaus führt die Postbank das Treuhand- und Fördergeschäft der früheren DSL Bank fort. In diesem Geschäft verwaltet die Postbank aus bereitgestellten Haushaltsmitteln vergebene Förderkredite im eigenen Namen und für fremde Rechnung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen und Verwaltungsrichtlinien und -anweisungen von der Bundesrepublik Deutschland und den Bundesländern.

Wettbewerbsstärken

Mit ihren rund 14,2 Mio. Kunden verfügt die Postbank über eine große Kundenbasis und entsprechendes Potenzial für den Absatz ihrer eigenen und fremder Produkte. Dabei kommen der Postbank nach ihrer Einschätzung insbesondere folgende Wettbewerbsstärken zugute:

Die Postbank profitiert beim Vertrieb von Finanzdienstleistungen von der hohen Filialdichte, der Multi-Kanalarchitektur und der klaren Markenpositionierung.

- *Flächendeckendes Filialnetz:* Die Postbank vertreibt ihre Bank- und Finanzdienstleistungen über 856 eigene Filialen und mehr als 5.150 Filialen der Deutsche Post AG (inklusive Post-Agenturen) und bietet so den Kunden flächendeckend Zugang zu ihrem Produktspektrum. Rund eine Million Personen besuchen täglich die Filialen und eröffnen der Postbank die Möglichkeit, potenzielle Neukunden von ihrem Produktangebot zu überzeugen.
- *Multikanalvertrieb:* Nahezu alle Produkte der Postbank werden im Geschäftsbereich Retail Banking neben den Filialen auch über den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking und Call-Center sowie im Drittvertrieb vertrieben. Mit der Kombination von Filialnetz und Direktkanälen vereinigt die Postbank die Vorteile einer traditionellen Filial-Bank mit denen einer Direktbank.
- *Hohe Markenbekanntheit und klare Markenarchitektur:* Die Postbank unterstützt den Vertrieb ihrer Bank- und Finanzdienstleistungen durch eine klar differenzierte Markenarchitektur. Die Hauptmarke „Postbank“, mit hoher Markenbekanntheit in Deutschland, wird einer Marktstudie zufolge mit Attributen wie „erreichbar“, „preisgünstig“, „sympathisch“ und „kundenorientiert“ verbunden (Quelle: Icon Ad Trek Juli 2008). Die Spezialmarke „BHW“ steht für die Bauspar- und Baufinanzierungsprodukte der Postbank. Unter der Marke „DSL Bank“ organisiert die Postbank den Drittvertrieb ihrer Baufinanzierungen und Privatkredite. Die Marke „BCB“ repräsentiert den Geschäftsbereich Transaction Banking.

Ihre Plattformstrategie und ihr konsequentes Kostenmanagement, unter anderem unterstützt durch eine leistungsfähige und skalierbare IT-Plattform, und die damit verbundenen Effizienzsteigerungen ermöglichen der Postbank, den Kunden ein attraktives Preis-Leistungs-Verhältnis zu bieten.

- *Standardisierte Produkte für typische Kundenbedürfnisse:* Die Postbank konzentriert ihr Angebot auf weitgehend standardisierte Produkte, welche auf die typischen Bedarfssituationen ihrer Kunden ausgerichtet sind. Die Standardisierung und die IT-gestützte Bearbeitung erlauben es der Postbank, Kostenvorteile im Vertrieb sowie in der Abwicklung und Verwaltung der Produkte zu realisieren und diese über die Gestaltung der Produktpreise an ihre Kunden weiterzugeben.
- *Kosteneffizienz durch Nutzung von Skaleneffekten:* Die Postbank erzielt vor allem bei der Abwicklung von Zahlungsvorgängen und bei Serviceleistungen für Giro- und Sparkonten aufgrund großer Volumina und des hohen Automatisierungsgrades Skaleneffekte. Zusammen mit einem strikten Kostenmanagement tragen diese Skaleneffekte erheblich zur Profitabilität der Postbank bei.

Strategie

Die Postbank hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Wettbewerbsposition als einer der großen Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen in Deutschland mit Schwerpunkt auf dem Privatkundengeschäft weiter auszubauen und sich zum führenden Institut für Finanz- und Liquiditätsmanagement zu entwickeln. Dabei

plant die Postbank, ihre traditionellen Stärken im Kostenmanagement und Vertrieb durch verstärkten Fokus auf Innovation und Service zu ergänzen und hat hierzu ihr Strategieprogramm „Next Step“ aufgesetzt.

Vor dem Hintergrund der Belastungen des Ergebnisses der Postbank durch die mit der Finanzmarktkrise einhergehenden Marktverwerfungen hat die Postbank bestimmte Anpassungen ihres Geschäftsmodells vorgenommen, um Risiken aus anhaltend hohen Marktvolatilitäten sowie aus negativen Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft zu begrenzen. Dazu gehört insbesondere die engere Steuerung ihres Bestands an zum *Fair Value* zu bewertenden Finanzinstrumenten. Um ihr Kundengeschäft zu schützen und weitere negative Effekte zu begrenzen, plant die Postbank, wegen des anhaltend schwierigen Marktumfelds auch vorhandene Risiken selektiv abzubauen. Alle nachstehend beschriebenen operativen strategischen Ziele sind vor dem Hintergrund dieser risikobegrenzenden Leitlinie zu sehen.

Zu den wesentlichen Kernelementen des Strategieprogramms gehören:

- *Kostenmanagement:* Ein effektives Kostenmanagement erlaubt es der Postbank, ihren Kunden attraktive Konditionen zu bieten. „Make-or-Buy“-Entscheidungen, also Entscheidungen, ob bestimmte Produkte oder Leistungen intern produziert oder von externen Anbietern bezogen werden, sollen künftig verstärkt einen wesentlichen Beitrag zur Kosteneffizienz der Postbank leisten.
- *Vertrieb:* Die hohe Marktpräsenz der Postbank in Deutschland über ihr Filialnetz und die anderen Vertriebskanäle soll durch die Weiterentwicklung des Multikanalansatzes wie zum Beispiel eine qualitative Verbesserung des Vertriebs oder kreative Kooperationen mit Partnern auch außerhalb des Finanzdienstleistungssektors verstärkt werden.
- *Innovation:* Die Postbank plant, die Attraktivität ihres Produkt- und Leistungsspektrums nicht nur durch die Konditionengestaltung, sondern auch durch Innovationen (bezogen auf Prozesse und Leistungen) etwa im Fonds- und Wertpapiergeschäft zu verbessern.
- *Service:* Nach den bisherigen quantitativsteigernden Maßnahmen im Vertrieb, die sich unter anderem in der Gewinnung von rund 1,0 Mio. Neukunden (brutto) im Jahr 2007 bestätigt haben, soll der Fokus der Postbank als Kundenbank künftig insbesondere auf der Servicequalität und verstärkter Kundenorientierung liegen. Dazu beabsichtigt die Postbank, sich stärker auf ihre Stamm- bzw. Kernbankkunden zu konzentrieren.

Sonstige wesentliche Angaben über die Postbank

Sitz und Geschäftsjahr der Gesellschaft

Die Deutsche Postbank AG hat ihren Sitz und ihre Geschäftsadresse in der Friedrich-Ebert-Allee 114-126 in 53113 Bonn. Sie ist im Handelsregister beim Amtsgericht Bonn unter HRB 6793 eingetragen. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Grundkapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt per 30. September 2008 € 410 Mio. und ist eingeteilt in 164 Mio. auf den Namen lautende Stückaktien (Aktien ohne Nennbetrag) mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals je Stückaktie von € 2,50. Es besteht in unveränderter Höhe zum Zeitpunkt der Prospekterstellung.

Nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister, die voraussichtlich am 26. November 2008 erfolgen wird, wird das Grundkapital der Gesellschaft € 547 Mio. betragen.

Aktionärsstruktur

Die Deutsche Post AG hält zum Datum dieses Prospekts (mittelbar über Tochtergesellschaften) 50 % plus eine Aktie des Grundkapitals der Gesellschaft.

Am 12. September 2008 hat die Deutsche Post AG mitgeteilt, dass sie eine Minderheitsbeteiligung von 29,75 % an der Gesellschaft zum Preis von insgesamt € 2,79 Mrd. bzw. € 57,25 je Aktie an die Deutsche Bank AG verkauft hat. Der Vollzug des Verkaufs ist — abhängig vom Eintritt verschiedener Bedingungen, einschließlich Genehmigung durch die beteiligten Kartell- und Bankaufsichtsbehörden — für das erste Quartal 2009 vorgesehen.

Zusätzlich zu der Minderheitsbeteiligung hat die Deutsche Post AG der Deutsche Bank AG die Option gewährt, ein weiteres Aktienpaket in Höhe von 18,0 % an der Gesellschaft für € 55,00 je Aktie zu erwerben. Die Deutsche Post AG hat die Option, ihren verbleibenden Anteil an der Gesellschaft in Höhe von 20,25 % plus eine Aktie zum Preis von € 42,80 je Aktie an die Deutsche Bank AG zu verkaufen. Die Ausübungspreise dieser Optionen unterliegen Anpassungen zum Verwässerungsschutz.

Die Deutsche Post AG hat sich gegenüber der Deutsche Bank AG verpflichtet, den ihr nach dem Vollzug des Verkaufs verbleibenden Anteil in Höhe von 20,25 % plus eine Aktie an der Gesellschaft während eines Zeitraums von 24 Monaten nach dem Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung nicht zu verkaufen („Lock-up“). Ferner besteht eine Andienungspflicht zugunsten der Deutsche Bank AG, wonach die Deutsche Post AG bei einem beabsichtigten Verkauf ihrer verbleibenden Aktien an der Gesellschaft diese zunächst der Deutsche Bank AG anzudienen hat. Die Andienungspflicht beginnt mit Ende des Lock-ups und endet fünf Jahre nach dem Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung.

Die Deutsche Post AG und die Deutsche Bank AG haben sich gegenseitig verpflichtet, bei zukünftigen Kapitalerhöhungen der Gesellschaft, soweit diese vor der endgültigen Ausübung der Optionen liegen, sämtliche Bezugsrechte auszuüben, die auf ihre zum Zeitpunkt der Kapitalerhöhung bestehende Beteiligung entfallen.

Im Zusammenhang mit dem Bezugsangebot hat sich die Deutsche Post AG gegenüber der Gesellschaft und den begleitenden Banken verpflichtet, den gemäß ihrer Beteiligung in Höhe von 50 % plus eine Aktie am Grundkapital der Gesellschaft auf sie entfallenden Anteil der Kapitalerhöhung zum Bezugspreis zu zeichnen. Soweit der Bezugspreis € 18,25 nicht übersteigt, hat sich die Deutsche Post AG weiterhin verpflichtet, sämtliche Aktien aus der Kapitalerhöhung, die nicht platziert werden, zum Bezugspreis aufzunehmen.

Somit wird die Deutsche Post AG nach Durchführung des Angebots (und vorbehaltlich der Platzierung der mit Bezugsrechtsausschluss versehenen Aktienspitzen) bis zum Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung an die Deutsche Bank AG weiterhin mindestens 50 % der Aktien an der Gesellschaft halten; in dem Fall, dass die Deutsche Post AG sämtliche Aktien aus der Kapitalerhöhung übernimmt, hätte sie — vorbehaltlich eines vorherigen Verkaufs von nicht der Marktschutzvereinbarung unterliegenden Aktien — nach Durchführung des Angebots bis zum Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung an die Deutsche Bank AG eine Beteiligung von ca. 62,5 % am Grundkapital der Gesellschaft.

Die Deutsche Post AG hat sich gegenüber den begleitenden Banken außerdem verpflichtet, für einen Zeitraum von sechs Monaten ab Einbeziehung der aus der Kapitalerhöhung stammenden neuen Aktien in die bestehende Börsennotierung ohne die vorherige Zustimmung der UBS Limited weder direkt noch indirekt über die Börse oder anderweitig, die von ihr gehaltenen Aktien zu verkaufen, zum Verkauf anzubieten, zu vermarkten oder darüber zu verfügen, oder Transaktionen zu tätigen, die denselben wirtschaftlichen Effekt hätten. Ausgenommen hiervon sind Transaktionen mit der Deutsche Bank AG und deren verbundenen Unternehmen sowie der etwaige Anteil der von der Deutsche Post AG übernommenen Neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung, der nicht auf die ihr im Hinblick auf ihre bisherige Beteiligung zustehenden Bezugsrechte entfällt.

Die Vereinbarung mit der Deutsche Bank AG über die Veräußerung einer Minderheitsbeteiligung von 29,75 % besteht nach Angaben der Deutsche Post AG unverändert. Die Vereinbarung sieht laut Deutsche Post AG vor, dass die Deutsche Bank AG 29,75 % der in der Kapitalerhöhung der Gesellschaft neu ausgegebenen Aktien von der Deutsche Post AG zum Bezugspreis erwirbt, sobald die Transaktion im ersten Quartal 2009 abgeschlossen wird. Für die alten Aktien gelten weiterhin die vereinbarten Preise. Dies gilt entsprechend für die Optionsvereinbarungen mit der Deutsche Bank AG, die ansonsten unverändert bleiben.

Vorstand, Aufsichtsrat und Abschlussprüfer

Der Vorstand der Gesellschaft besteht zum Zeitpunkt dieses Prospekts aus neun Mitgliedern. Dies sind derzeit: Dr. Wolfgang Klein (Vorstandsvorsitzender), Dirk Berensmann, Dr. Mario Daberkow, Stefan Jütte, Horst Küpker, Guido Lohmann, Dr. Michael Meyer, Hans-Peter Schmid und Ralf Stemmer.

Der Aufsichtsrat besteht nach der Satzung der Gesellschaft aus zwanzig Mitgliedern. Ihm gehören derzeit als Vertreter der Aktionäre an: Dr. Frank Appel (Aufsichtsratsvorsitzender), John Murray Allan, Wilfried Boysen, Prof. Dr. Edgar Ernst, Dr. Peter Hoch, Prof. Dr. Ralf Krüger, Dr. Hans-Dieter Petram, Dr. Bernd Pfaffenbach und Elmo von Schorlemer. Das Mitglied des Aufsichtsrats Dr. Axel Nawrath hat sein Mandat mit sofortiger Wirkung am 24. Oktober 2008 niederlegt. Als Vertreter der Arbeitnehmer gehören dem Aufsichtsrat derzeit an: Michael Sommer (Stellvertretender Vorsitzender), Wilfried Anhäuser, Marietta

Auer, Rolf Bauermeister, Annette Harms, Elmar Kallfelz, Torsten Schulte, Eric Stadler, Gerd Tausendfreund und Renate Treis.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind über die Geschäftsadresse der Gesellschaft erreichbar.

Abschlussprüfer für die Jahres- und Konzernabschlüsse der Deutsche Postbank AG für die Geschäftsjahre 2005, 2006 und 2007 ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Moskauer Straße 19, 40227 Düsseldorf.

Ausgewählte Unternehmens- und Finanzdaten

Die nachfolgenden Tabellen fassen ausgewählte Unternehmens- und Finanzdaten der Deutsche Postbank AG für die Geschäftsjahre 2005, 2006 und 2007 sowie für die am 30. September 2008 endende Neunmonatsperiode (mit Vergleichszahlen für die entsprechende Zwischenperiode des Vorjahres) zusammen.

Die Daten der Konzernbilanz, die Daten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und die Daten der Kapitalflussrechnung für die Jahre 2007, 2006 und 2005 wurden den nach den International Financial Reporting Standards des International Accounting Standards Board (IASB), wie sie in der EU anzuwenden sind (nachfolgend „IFRS“), erstellten Konzernabschlüssen entnommen, die von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurden. Die Daten der Konzernbilanz, die Daten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und die Daten der Kapitalflussrechnung für die Neunmonatsperiode zum 30. September 2008 (mit Vergleichszahlen für die entsprechende Zwischenperiode des Vorjahres) wurden dem nach IFRS (IAS 34) erstellten ungeprüften verkürzten Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft zum 30. September 2008 entnommen. Die Angaben zu den Eigenmitteln und Kapitalquoten sind für die Jahre 2007, 2006 und 2005 aus dem jeweiligen Lagebericht bzw. den Erläuterungen zu den geprüften Konzernabschlüssen entnommen und für die Neunmonatsperiode zum 30. September 2008 aus dem Zwischenlagebericht bzw. den Erläuterungen zum ungeprüften Konzernzwischenabschluss. Die nachfolgenden Tabellen sollten in Verbindung mit den Konzernabschlüssen und dem Konzernzwischenabschluss, die im Finanzteil dieses Prospekts abgedruckt sind, gelesen werden. Die nachstehend wiedergegebenen ausgewählten Unternehmens- und Finanzdaten sind als Einführung zu verstehen. Anleger sollten ihre Anlageentscheidung auf die Prüfung des gesamten Prospekts stützen.

Daten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

	Geschäftsjahr zum			9 Monate zum	
	2005 ⁽²⁾	31. Dezember 2006 ⁽¹⁾ (geprüft)	2007	2007	30. September 2008 (ungeprüft)
	(in Mio. €)				
Zinserträge	5.350	7.650	8.384	6.169	7.302
Zinsaufwendungen	-3.675	-5.496	-6.144	-4.531	-5.545
Zinsüberschuss	1.675	2.154	2.240	1.638	1.757
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-205	-337	-338	-268	-304
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.470	1.817	1.902	1.370	1.453
Provisionserträge	801	1.623	1.675	1.239	1.258
Provisionsaufwendungen	-102	-216	-246	-186	-187
Provisionsüberschuss	699	1.407	1.429	1.053	1.071
Handelsergebnis	205	264	290	264	8
Ergebnis aus Finanzanlagen	252	292	294	292	-549
Verwaltungsaufwand	-1.886	-2.812	-2.856	-2.128	-2.101
Sonstige Erträge	252	205	160	89	125
Sonstige Aufwendungen	-273	-232	-215	-134	-119
Ergebnis vor Steuern	719	941	1.004	806	-112
Ertragsteuern	-226	-245	-133	-104	-1
Ergebnis nach Steuern	493	696	871	702	-113

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			9 Monate zum 30. September	
	2005 ⁽²⁾	2006 ⁽¹⁾ (geprüft)	2007	2007	2008 (ungeprüft)
	(in Mio. €)				
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1	-1	-1
Konzerngewinn/-verlust	492	695	870	701	-114

- (1) Die Zahlen für 2006 wurden dem Konzernabschluss 2007 entnommen. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden im Konzernabschluss 2007 die Vorjahreszahlen für 2006 so angepasst, als sei der Ausweis des Bewertungsergebnisses aus der Fair-Value-Option schon im Jahr 2006 dahingehend geändert worden, dass Marktwertänderungen der Bestände nicht mehr im Zinsüberschuss, sondern im Handelsergebnis erfasst werden. Durch die Anpassung reduzierte sich der Zinsüberschuss im Jahr 2007 um € 19 Mio. und das Handelsergebnis erhöhte sich um € 19 Mio.
- (2) Die Zahlen für 2005 wurden dem Konzernabschluss 2006 entnommen.

Daten der Konzernbilanz

Aktiva

	2005 ⁽²⁾	31. Dezember 2006 (geprüft)	2007	30. September 2008 (ungeprüft)
	(in Mio. €)			
Barreserve	968	1.015	3.352	3.486
Forderungen an Kreditinstitute	17.801	16.350	24.581	17.622
Forderungen an Kunden	52.873	87.182	92.130	103.451
Risikovorsorge	-776	-1.155	-1.154	-1.313
Handelsaktiva	10.386	13.280	9.936	8.674
Hedging-Derivate	639	485	421	351
Finanzanlagen	55.423	63.299	68.606	81.278
Immaterielle Vermögenswerte	223	2.505	2.425	2.406
Sachanlagen	753	941	927	895
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	72	74	73	73
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	49	86	117	188
Latente Ertragsteueransprüche	434	244	483	869
Sonstige Aktiva	1.435	581	529	673
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	—	—	565	—
Summe der Aktiva	<u>140.280</u>	<u>184.887</u>	<u>202.991</u>	<u>218.653</u>

Passiva

	2005 ⁽²⁾	31. Dezember 2006 (geprüft)	2007	30. September 2008 (ungeprüft)
	(in Mio. €)			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.778	47.319	61.146	66.679
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	78.481	101.316	110.696	115.701
Verbriefte Verbindlichkeiten	14.738 ⁽¹⁾	15.886	9.558	15.959
Handelspassiva	3.345	3.618	5.594	6.245
Hedging-Derivate	1.668	958	873	829
Rückstellungen	969	3.691	2.107	2.116
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	585	1.115	1.143	1.149
b) Sonstige Rückstellungen	384	2.576	964	967
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	75	84	122	175
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	955	974	1.102	964
Sonstige Passiva	427	786	835	520
Nachrangkapital	3.783	5.048	5.603	5.846
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	—	—	44	—
Eigenkapital	5.061 ⁽¹⁾	5.207	5.311	3.619
a) Gezeichnetes Kapital	410	410	410	410
b) Kapitalrücklage	1.160	1.160	1.160	1.160
c) Gewinnrücklage	2.764 ⁽¹⁾	3.051	3.541	4.206
d) Währungsumrechnungsrücklage	-77	-117	-149	-152
e) Neubewertungsrücklage	311	6	-523	-1.894
f) Konzerngewinn/-verlust	492	695	870	-114
Anteile in Fremdbesitz	1	2	2	3
Summe der Passiva	<u>140.280</u>	<u>184.887</u>	<u>202.991</u>	<u>218.653</u>

(1) Bei der Erstanwendung des IAS 39 im Konzernabschluss 2001 wurden beizulegende Zeitwerte von verbrieften Verbindlichkeiten teilweise fehlerhaft bilanziert. Diese wurden nach IAS 8.42 zulasten der Gewinnrücklagen in Höhe von € 125 Mio. rückwirkend korrigiert, in der Entwicklung des Eigenkapitals wurde der Vortrag auf den 1. Januar 2005 entsprechend angepasst.

(2) Die Zahlen für 2005 wurden dem Konzernabschluss 2006 entnommen.

Daten der Kapitalflussrechnung

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			9 Monate zum	
	2005	2006	2007	2007	2008
	(geprüft)			(ungeprüft)	
	(in Mio. €)				
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	10.352	5.540	8.050	1.455	12.950
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-11.237	-5.352	-6.042	417	-12.790
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	738	-425	329	381	-27

Eigenmittel und Kapitalquoten

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			9 Monate zum	
	2005	2006	2007	2007	2008
	(geprüft)			(ungeprüft)	
	(in Mio. € außer Prozentangaben)				
Ergebnis vor Steuern	719	941	1.004	-112	
Cost Income Ratio ⁽¹⁾ gesamt	66,6%	68,3%	67,2%	91,9%	
Cost Income Ratio					
Klassisches Bankgeschäft ⁽²⁾	63,7%	66,7%	64,8%	91,9%	
Eigenkapitalrendite ⁽³⁾					
vor Steuern	15,0%	18,9%	19,3%	-3,2%	
nach Steuern	10,3%	14,0%	16,7%	-3,2%	
Eigenmittel					
Kernkapital	5.164	4.701 ⁽⁴⁾	5.455	3.807	
Ergänzungskapital	2.342	3.459 ⁽⁴⁾	3.312	2.964	
Dritttranzmittel	—	24 ⁽⁴⁾	—	509	
Anrechenbare Eigenmittel	7.506	8.184 ⁽⁴⁾	8.767	7.280	
Kapitalquoten					
Kernkapitalquote nach BIZ ⁽⁵⁾	8,3%	5,5%	—	—	
Eigenmittelquote nach BIZ ⁽⁶⁾	10,7%	8,1%	—	—	
Basel II-Kernkapitalquote ⁽⁷⁾	—	6,6% ⁽⁴⁾	6,9%	5,5%	
Basel II-Gesamtkennziffer ⁽⁸⁾	—	9,6% ⁽⁴⁾	9,6%	9,2%	

- (1) Verwaltungsaufwand dividiert durch Gesamterträge (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen).
- (2) Ungeprüft; Differenz aus Verwaltungsaufwand Konzern und Verwaltungsaufwand Segment Transaction Banking, dividiert durch Differenz aus Gesamterträge Konzern (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen) und Gesamterträge Segment Transaction Banking.
- (3) Jahresüberschuss dividiert durch durchschnittliches Eigenkapital.
- (4) Die Angaben wurden auf Basis von Basel II für interne Zwecke ermittelt, konnten jedoch für das Jahr 2006 noch nicht für bankaufsichtliche Zwecke verwendet werden.
- (5) Nach der Definition der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) misst die Kernkapitalquote die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung als Quotient von Kernkapital und risikogewichteten Aktiva.
- (6) Nach der Definition der BIZ beschreibt die Eigenmittelquote das Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva.
- (7) Die Berechnung erfolgte ohne „Cap“, d.h. ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen in § 339 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 3 bis 5 Solvabilitätsverordnung für Mindesteigenmittel.
- (8) Gemäß § 2 Abs. 6 Solvabilitätsverordnung.

Informationen zur Aktie der Gesellschaft

	Geschäftsjahr zum			9 Monate zum	
	2005	2006	2007	2007	2008
	31. Dezember			30. September	
	(in € je Aktie)				
Börsenkurs (XETRA)					
Periodenende	49,00	63,97	60,75	51,49	26,66
Höchststand	50,84	65,45	74,72	74,72	67,10
Tiefststand	32,16	48,21	43,41	47,70	25,45

Am 10. November 2008 betrug der Schlusskurs (XETRA) der Aktie der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse € 16,72.

Zusammenfassung des Angebots

Bezugsangebot:

Unter Ausnutzung des Genehmigten Kapitals gemäß § 4 Abs. 7 der Satzung der Deutsche Postbank AG (Genehmigtes Kapital II) hat der Vorstand am 27. Oktober 2008 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom selben Tag beschlossen, das Grundkapital von € 410 Mio. um € 137 Mio. auf € 547 Mio. durch die Ausgabe von 54,8 Mio. neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien ohne Nennbetrag, auf die jeweils ein anteiliger Betrag des Grundkapitals von € 2,50 entfällt, gegen Bareinlagen zu erhöhen („Neue Aktien“). Nach § 4 Abs. 7 der Satzung der Deutsche Postbank AG hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht hinsichtlich eines Spitzenbetrages von 133.334 Neuen Aktien ausgeschlossen. Die Neuen Aktien sind ab dem 1. Januar 2008 voll gewinnanteilsberechtig.

UBS Limited hat sich vorbehaltlich bestimmter Bedingungen verpflichtet, die Neuen Aktien von der Gesellschaft zu übernehmen. Aufgrund eines Übernahmevertrages vom 11. November 2008 („Übernahmevertrag“) hat sich der Globale Koordinator verpflichtet, die Neuen Aktien zu zeichnen und sie den Aktionären vorbehaltlich bestimmter Bedingungen zum Bezug anzubieten. Auf jede alte Aktie der Deutsche Postbank AG entfällt ein Bezugsrecht. Die Neuen Aktien sollen den Aktionären im Verhältnis 3:1 zum Bezugspreis von € 18,25 je Neuer Aktie zum Bezug angeboten werden. Entsprechend dem Bezugsrechtsverhältnis von 3:1 kann auf jeweils drei alte Aktien eine Neue Aktie zum Bezugspreis erworben werden.

Die Bezugsrechte für die Neuen Aktien, die in Girosammelverwahrung gehalten werden, werden nach dem Stand vom 12. November 2008, abends, durch die Clearstream Banking AG den Depotbanken automatisch eingebucht.

Ausübung des Bezugsrechts:

Die Aktionäre werden durch Veröffentlichung des Bezugsangebots voraussichtlich am 12. November 2008 aufgefordert, ihr Bezugsrecht auf die Neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses von der Ausübung ihres Bezugsrechts in der Zeit vom 13. November 2008 bis einschließlich 26. November 2008 über ihre Depotbank bei einer der unten genannten Bezugsstellen während der üblichen Schalterstunden auszuüben.

Bezugsstellen sind die inländischen Niederlassungen der UniCredit (Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG).

Entsprechend dem Bezugsrechtsverhältnis von 3:1 kann auf jeweils drei alte Aktien der Gesellschaft eine Neue Aktie zum Bezugspreis je Neuer Aktie bezogen werden.

Bezugspreis:

Der Bezugspreis je bezogener Neuer Aktie beträgt € 18,25. Der Bezugspreis ist spätestens am 26. November 2008 zu entrichten.

Bezugsrechtshandel:

Im Zusammenhang mit dem Angebot der Neuen Aktien findet ein börslicher Bezugsrechtshandel statt. Die Bezugsrechte (ISIN DE 000 A0A FEL6) für die Neuen Aktien werden in der Zeit vom 13. November 2008 bis einschließlich 24. November 2008 im regulierten Markt (Parketthandel) an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach

Möglichkeit zu vermitteln. Ein Ausgleich für nicht ausgeübte Bezugsrechte findet nicht statt. Nach Ablauf der Bezugsfrist verfallen die nicht ausgeübten Bezugsrechte wertlos. Vom 13. November 2008 an werden die alten Aktien der Gesellschaft im regulierten Markt an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart „ex Bezugsrecht“ notiert.

**Verwertung nicht bezogener Aktien/
Privatplatzierungen:**

Etwaige aufgrund des Bezugsangebots nicht bezogene Neue Aktien sowie die vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgenommene Aktienspitze werden durch den Globalen Koordinator, Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Société Générale S.A. und UniCredit (Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) (zusammen die „begleitenden Banken“) im Rahmen einer Privatplatzierung qualifizierten Anlegern in Deutschland und anderen Ländern (in den Vereinigten Staaten von Amerika an Qualified Institutional Buyers nach Rule 144A zum U.S. Securities Act von 1933 in der jeweils gültigen Fassung („Securities Act“) mit der Ausnahme von Kanada, Japan und Australien zum Erwerb angeboten.

**Festbezugs- und Übernahmeerklärung
der Deutsche Post AG:**

Im Zusammenhang mit dem Bezugsangebot hat sich die Deutsche Post AG gegenüber der Gesellschaft und den begleitenden Banken verpflichtet, den gemäß ihrer Beteiligung in Höhe von 50 % plus eine Aktie am Grundkapital der Gesellschaft auf sie entfallenden Anteil der Kapitalerhöhung zum Bezugspreis zu zeichnen. Soweit der Bezugspreis € 18,25 nicht übersteigt, hat sich die Deutsche Post AG weiterhin verpflichtet, sämtliche Aktien aus der Kapitalerhöhung, die nicht platziert werden, zum Bezugspreis aufzunehmen.

Somit wird die Deutsche Post AG nach Durchführung des Angebots (und vorbehaltlich der Platzierung der mit Bezugsrechtsausschluss versehenen Aktienspitzen) bis zum Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung an die Deutsche Bank AG weiterhin mindestens 50 % der Aktien an der Gesellschaft halten; in dem Fall, dass die Deutsche Post AG sämtliche Aktien aus der Kapitalerhöhung übernimmt, hätte sie — vorbehaltlich eines vorherigen Verkaufs von nicht der Marktschutzvereinbarung unterliegenden Aktien — nach Durchführung des Angebots bis zum Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung an die Deutsche Bank AG eine Beteiligung von ca. 62,5 % am Grundkapital der Gesellschaft.

Marktschutzvereinbarungen:

Die Deutsche Postbank AG hat sich verpflichtet, ohne Zustimmung des Globalen Koordinators (die nicht in unangemessener Weise verweigert oder verzögert werden darf), vor dem Tag, an dem eine ordentliche oder außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft stattfindet, (i) keine Aktien der Gesellschaft aus genehmigtem Kapital oder eigene Aktien oder Wertpapiere, die in solche Aktien gewandelt oder getauscht werden können oder mit Rechten zum Erwerb von solchen Aktien ausgestattet sind, direkt oder indirekt auszugeben, zu verkaufen, anzubieten, sich zu ihrem Verkauf zu verpflichten, anderweitig zu übertragen oder zu veräußern, (ii) keine Kapitalerhöhung einzuleiten (ausgenommen Kapitalerhöhungen aus Gesellschaftsmitteln sowie Kapitalerhöhungen, die auf einer ordentlichen oder außerordentlichen Hauptversammlung beschlossen werden), und (iii) keine sonstigen Geschäfte (einschließlich Geschäfte in Derivaten) abzuschließen,

deren wirtschaftlicher Effekt den oben beschriebenen Maßnahmen gleichkommt. Ausgenommen von dieser Verpflichtung der Deutsche Postbank AG sind die Neuen Aktien, Vorzugsaktien, die gemäß § 4 Absatz 6 der Satzung der Gesellschaft ausgegeben werden, sowie Aktien, die gemäß dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz ausgegeben werden.

Die Deutsche Post AG hat sich gegenüber den begleitenden Banken verpflichtet, für einen Zeitraum von sechs Monaten ab Einbeziehung der aus der Kapitalerhöhung stammenden Neuen Aktien in die bestehende Börsennotierung (also voraussichtlich bis zum 27. Mai 2009), ohne die vorherige Zustimmung der UBS Limited weder direkt noch indirekt über die Börse oder anderweitig, die von ihr gehaltenen Aktien zu verkaufen, zum Verkauf anzubieten, zu vermarkten oder darüber zu verfügen, oder Transaktionen zu tätigen, die denselben wirtschaftlichen Effekt hätten. Ausgenommen hiervon sind Transaktionen mit der Deutsche Bank AG und deren verbundenen Unternehmen sowie der etwaige Anteil der von der Deutsche Post AG übernommenen Neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung, der nicht auf die ihr im Hinblick auf ihre bisherige Beteiligung zustehenden Bezugsrechte entfällt.

**Börsenzulassung und
Notierungsaufnahme:**

Die Zulassung der Neuen Aktien zum regulierten Markt an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart, sowie zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wird voraussichtlich am 12. November 2008 beantragt werden. Der Zulassungsbeschluss wird für den 26. November 2008 erwartet. Es ist vorgesehen, dass die Neuen Aktien voraussichtlich am 27. November 2008 in die bestehende Notierung für die Aktien der Gesellschaft einbezogen werden.

Verbriefung und Lieferung:

Die Neuen Aktien (ISIN DE 000 800 1009) werden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Ein Anspruch der Aktionäre auf Einzelverbriefung ihrer Aktien ist insoweit ausgeschlossen. Die im Rahmen des Angebots bezogenen Neuen Aktien werden voraussichtlich ab 27. November 2008 und die im Rahmen von Privatplatzierungen von Investoren erworbenen Neuen Aktien werden nach Abschluss der Privatplatzierung, voraussichtlich am 2. Dezember 2008, durch Girosammeldepotgutschrift zur Verfügung gestellt, es sei denn, die Bezugsfrist wurde verlängert.

Verwendung des Emissionserlöses:

Der Nettoemissionserlös aus dem Angebot der Neuen Aktien soll der Stärkung der Eigenkapitalbasis der Postbank dienen, und die Postbank beabsichtigt, ihn für allgemeine Finanzierungszwecke innerhalb des Konzerns zu verwenden.

**Internationale Securities Identification
Number (ISIN):**

DE0008001009

Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN):

800 100

Common Code:

19309177

Zusammenfassung der Risikofaktoren

Die Postbank ist einer Reihe von Risiken ausgesetzt, die einzeln oder zusammen wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank haben können. Die aktuelle Verschärfung der Finanzmarktkrise belastet Banken, einschließlich der Postbank, erheblich, und ihr Andauern, weitere Insolvenzen von Banken oder Versicherungen sowie eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen könnten zu weiteren Belastungen des Eigenkapitals sowie des Handels- und Finanzanlageergebnisses der Postbank, einer weiteren Verknappung der Liquidität, insbesondere im Interbankenmarkt, und erratischen Entwicklungen auf den Geld- und Kapitalmärkten führen. Zudem kann die Finanzmarktkrise zu einer Verstärkung der nachstehend zusammengefassten Risiken führen:

Markt- und geschäftsbezogene Risiken:

- Die Postbank unterliegt Marktpreisrisiken durch die Veränderung von Zinsen und Spreads
- Die Postbank unterliegt sonstigen Marktpreisrisiken, insbesondere in Bezug auf die Bewertung von Aktien und strukturierten Kreditprodukten
- Die Postbank unterliegt Marktpreisrisiken in Form von Volatilitäts- und Währungsrisiken
- Die Postbank unterliegt Kreditrisiken, insbesondere Bonitäts- und Adressenausfallrisiken sowie Risiken im Hinblick auf Wertminderungen bestellter Immobilier- und sonstiger Sicherheiten
- Die Postbank unterliegt im Bauspargeschäft Kollektivrisiken durch eine Abweichung des tatsächlichen vom prognostizierten Verhalten der Bausparkunden, etwa bei der Ausübung von Wahlrechten unter ihren Bausparverträgen
- Die Postbank unterliegt Risiken im Hinblick auf eine mögliche Verschlechterung ihrer Ratings
- Die Postbank unterliegt Risiken im Hinblick auf die Verfügbarkeit ihrer Refinanzierungsquellen, die Erhöhung ihrer Refinanzierungskosten und die Verfügbarkeit ausreichender Liquidität
- In Deutschland herrscht im Geschäft mit Retail- und Firmenkunden intensiver Wettbewerb; eine Neuordnung des stark fragmentierten deutschen Bankenmarkts sowie deren Auswirkungen ist ungewiss und das Kosteneinsparpotenzial ohne Skaleneffekte limitiert
- Die Geschäftstätigkeit und das Ergebnis der Postbank sind maßgeblich von der gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland abhängig und unterliegen Geschäftsrisiken sowie Beteiligungs- und Immobilienrisiken
- Es ist ungewiss, ob der Postbank die Umsetzung ihrer mit dem Programm „Next Step“ und sonstigen Strategemaßnahmen verfolgten Ziele gelingen wird
- Das Risikomanagement der Postbank könnte möglicherweise nicht ausreichend effizient sein und insbesondere die zur Steuerung der Markt-, Kredit- und Kollektivrisiken der Postbank eingesetzten Modelle könnten die Risiken insbesondere in Marktkrisen nicht adäquat abbilden, sonst fehlerhaft sein oder nicht ordnungsgemäß angewendet werden
- Die Postbank unterliegt Geschäftsrisiken im Hinblick auf ihre Vertriebskanäle
- Für den stationären Vertrieb der Postbank sind langfristige Verträge mit der Deutsche Post AG von besonderer Bedeutung
- Es ist ungewiss, ob es in der Zukunft ausreichende Nachfrage nach den im Geschäftsbereich Transaction Banking angebotenen Bankdienstleistungen geben wird
- Die Postbank unterliegt operationellen Risiken, vor allem hinsichtlich ihrer komplexen IT-Systeme
- Die Postbank ist Risiken durch ihre Geschäftsaktivitäten außerhalb Deutschlands ausgesetzt
- Die Postbank ist Risiken aus der möglichen Rückkehr von vormalig bei ihr Beschäftigten aus inaktiven Beschäftigungsverhältnissen bzw. Ausübung von Rückkehrrechten ausgesetzt

Risiken aus der Aktionärsstruktur der Postbank:

- Die Deutsche Post AG und nach Vollzug des Vertrags über den Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft die Deutsche Bank AG können jeweils einen erheblichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben
- Die Postbank ist Risiken aus der Beendigung wesentlicher Kooperationsverträge im Falle eines Kontrollwechsels ausgesetzt

Regulatorische, sonstige rechtliche und steuerliche Risiken:

- Das regulatorische Umfeld der Postbank ist zunehmend komplex und weitere Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen könnten die Kosten der Postbank erhöhen oder die Attraktivität bestimmter Geschäftsarten und Finanzinstrumente beeinträchtigen; die Nichteinhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften kann zur Verhängung von Sanktionen führen
- Trotz Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen entspricht die Kapitalausstattung der Postbank möglicherweise nicht den Markterwartungen oder die Kapitalausstattung der Postbank bleibt hinter der von Wettbewerbern zurück
- Sollte die Postbank Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Anspruch nehmen, könnte dies unter anderem zu Einschränkungen im Hinblick auf Dividendenausschüttungen und die Vorstandsgehälter, zu einschränkenden Vorgaben in Bezug auf das Geschäftsmodell sowie zu einer Verwässerung der Aktionärsrechte führen
- Die von der Gesellschaft gezahlte Vergütung für die Nutzung des Filialnetzes der Deutsche Post AG könnte eine unerlaubte staatliche Beihilfe darstellen
- Es besteht Unsicherheit, ob die überwiegende Finanzierung der Versorgungsleistungen der bei der Postbank beschäftigten Beamten durch die Bundesrepublik Deutschland eine unerlaubte staatliche Beihilfe darstellt
- Die Postbank unterliegt Risiken aus Rechtsstreitigkeiten, insbesondere im Zusammenhang mit Investitionskrediten
- Die Rechtsbeziehungen zwischen der Postbank und ihren Kunden beruhen auf standardisierten, für eine Vielzahl von Geschäftsvorgängen konzipierten Verträgen und Formularen; einzelne Anwendungsprobleme oder Fehler in dieser Dokumentation können daher eine Vielzahl von Kundenbeziehungen betreffen
- Die Postbank wird möglicherweise Steuernachforderungen für vergangene und zukünftige Veranlagungszeiträume ausgesetzt sein; Änderungen der Steuergesetzgebung oder der steuerlichen Rechtsprechung könnten sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank auswirken
- Die Änderung der Aktionärsstruktur führt zu einem quotalen, bei weiteren Anteilerwerben möglicherweise auch vollständigen, Entfallen der steuerlichen Verluste und Verlustvorträge; die Beendigung der organisatorischen Eingliederung der Gesellschaft in die Deutsche Post AG führt zu einer Beendigung der umsatzsteuerlichen Organschaft zwischen der Deutsche Post AG und der Gesellschaft

Angebotsbezogene Risiken:

- Der Aktienkurs der Gesellschaft war und kann weiterhin volatil sein
- Es kann sein, dass die Gesellschaft in künftigen Geschäftsjahren keine Dividendenzahlungen leistet, sei es, dass sie keinen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn erzielt, oder sei es aus anderen Gründen. Für das Geschäftsjahr 2008 plant der Vorstand der Gesellschaft der Hauptversammlung vorzuschlagen, keine Dividende auszuschütten
- Der Aktienbesitz von Aktionären, die nicht an diesem Angebot teilnehmen, kann erheblich verwässert werden
- Wenn das Angebot nicht durchgeführt wird, oder wenn der Aktienkurs der Gesellschaft stark fällt, können die Bezugsrechte entfallen oder wertlos werden

- Es kann nicht garantiert werden, dass sich ein Bezugsrechtshandel entwickelt oder dass, wenn sich ein solcher Bezugsrechtshandel entwickelt, die Bezugsrechte nicht höheren Kursschwankungen als die Aktien der Gesellschaft unterliegen
- Die Beteiligung der Aktionäre könnte bei zukünftigen Kapitalmaßnahmen verwässert werden

Risikofaktoren

Potenzielle Anleger sollten zusätzlich zu den übrigen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen die nachfolgenden spezifischen Risikofaktoren eingehend prüfen, bevor sie eine Entscheidung über den Erwerb von Aktien der Gesellschaft treffen. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank könnte durch jedes dieser Risiken wesentlich nachteilig beeinflusst werden. Der Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft könnte aufgrund jeder Verwirklichung eines dieser Risiken fallen, und Anleger könnten ihre Anlage ganz oder teilweise verlieren. Weitere Risiken, die auch der Gesellschaft gegenwärtig nicht bekannt sind, könnten ebenfalls den Geschäftsbetrieb der Postbank beeinträchtigen und wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank haben. Die gewählte Reihenfolge stellt keine Aussage über die Realisierungswahrscheinlichkeit sowie das Ausmaß der wirtschaftlichen Auswirkungen der nachfolgend genannten Risikofaktoren dar.

Markt- und geschäftsbezogene Risiken

Einleitung: Hintergrund und Ausprägungen der gegenwärtigen Krise an den Finanzmärkten und ihre Auswirkungen auf das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland

Seit dem zweiten Halbjahr 2007 leiden die internationalen Finanzmärkte unter den erheblichen Belastungen aus der Subprime-Krise und ihren weitreichenden Folgewirkungen. Diese Krise hat ihren Ursprung im U.S.-amerikanischen Markt für so genannte Subprime-Hypothekendarlehen, d.h. Hypothekendarlehen an Schuldner mit nicht erstklassiger Bonität. Die Risiken aus diesen (im Regelfall variabel verzinslichen) Subprime-Hypothekendarlehen wurden von den kreditgewährenden Banken regelmäßig auch über zum Teil komplexe Finanzinstrumente (strukturierte Kreditprodukte, CDO, CLO, ABS, RMBS, CMBS, etc.) direkt oder über Zweckgesellschaften (*special investment vehicles*) an den internationalen Kapitalmärkten platziert und über lange Zeit von Investoren als attraktive Kapitalanlage angesehen. Diese Einschätzung wurde gestützt durch die guten Ratings, die die Ratingagenturen diesen Finanzinstrumenten zuwiesen und ihnen damit eine vergleichsweise geringe Ausfallwahrscheinlichkeit bescheinigten. Margen- und Wachstumsdruck bei den Hypothekenbanken in den USA sowie die Bereitschaft von Investoren, die Risiken aus den Subprime-Hypothekendarlehen durch den Erwerb von Wertpapieren, die solche Risiken verbriefen, zu übernehmen, führten zu einem weiteren Aufweichen der Standards bei der Vergabe von privaten Hypothekendarlehen. Im Frühjahr 2007 erreichten die Zahlungsausfälle auf Subprime-Hypothekendarlehen einen besonders hohen Stand. Die Zahlungsausfälle wurden durch die generell unzureichende Bonität der Schuldner, den kontinuierlichen Anstieg der Darlehenszinsen (der zu einer entsprechenden Erhöhung der Zinsbelastung der Kreditnehmer führte) und den gleichzeitigen anhaltenden Verfall der Immobilienpreise verursacht. Die daraufhin seit Mitte 2007 mehrmals nach oben korrigierten Verlusterwartungen bei Subprime-Hypothekendarlehen führten zu einer Abwertung der Subprime-behafteten Finanzinstrumente und zur Absenkung der Ratings dieser Instrumente. Zunehmend kamen auch sonstige, nicht Subprime-behaftete strukturierte Kreditprodukte unter Kurs- und Ratingdruck. Grund dafür war zum einen, dass strukturierte Kreditprodukte generell vom Markt kritisch beurteilt wurden, zum anderen, dass insbesondere in den USA ein Überschwappen der Krise auf andere Kreditprodukte wie Verpflichtungen aus Kreditkartenumsätzen, Kredite für Autokäufe und gewerbliche Immobiliendarlehen erwartet wurde.

Zunächst wurde eine Reihe von Banken, die sich auf Subprime-Hypothekendarlehen und ihre Umplatzierung über Subprime-behaftete Finanzinstrumente spezialisiert hatten, insolvent. Ebenso waren Banken, Investmentbanken und Hedgefonds, die in diese Finanzinstrumente investierten, wie auch Kreditversicherer (so genannte Monoliner), die die Subprime-behafteten Finanzinstrumente gegen Ausfallrisiken absichern, von dem entsprechenden Wertverfall der Subprime-Hypothekendarlehen anfangs besonders betroffen und wurden vereinzelt sogar insolvent. Insbesondere im September 2008 hat sich die Finanzmarktkrise erneut deutlich verschärft und unter anderem zu erheblichen Umstrukturierungen insbesondere der amerikanischen Bankenlandschaft geführt, häufig verbunden mit staatlichen Eingriffen. Illustrativ werden nachfolgend auf Grundlage von in der Presse veröffentlichten Informationen Beispiele von Banken und Versicherungen genannt, die in eine finanzielle Notlage gerieten und auf staatliche Stützungsmaßnahmen bzw. Notverkäufe angewiesen waren: So wurden die Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac unter besondere

staatliche Aufsicht gestellt (Conservatorship) und erhielten finanzielle Unterstützung seitens des amerikanischen Staats über den Kauf von Vorzugsaktien, das Einräumen einer Kreditlinie und dem direkten Aufkauf von hypothekenbesicherten Anleihen auf dem Markt. Der drohende Zusammenbruch des amerikanischen Versicherungskonzerns American International Group (AIG) und dessen befürchtete Auswirkungen auf die Finanzmärkte veranlasste die U.S.-Notenbank Federal Reserve, der AIG eine zweijährige Kreditlinie von U.S.\$ 85 Mrd. einzuräumen, nachdem private Banken nicht zu einer Kreditvergabe bereit waren. Dafür hat die Federal Reserve die Option auf eine 79,9 %ige Beteiligung an der AIG erhalten. Nachdem die Investmentbank Lehman Brothers Holdings Inc. („Lehman“) im dritten Quartal des Jahres 2008 einen Verlust von rund U.S.\$ 3,9 Mrd. erlitt, ihr Aktienkurs einbrach und Bedenken hinsichtlich ihrer Kapitalausstattung ihre Refinanzierungskosten stark ansteigen ließen, beantragte Lehman am 15. September 2008 Gläubigerschutz nach Chapter 11 des U.S. Bankruptcy Code. Ebenfalls am 15. September 2008 ordnete die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) ein Moratorium gegenüber der deutschen Tochtergesellschaft Lehman Brothers Bankhaus AG an. In Großbritannien wurden Lehman Brothers International (Europe) und weitere Gesellschaften der aus Lehman und den mit Lehman verbundenen Unternehmen bestehenden Gruppe („Lehman Brothers“) unter Verwaltung (Administration) gestellt, um eine ordnungsgemäße Abwicklung zu gewährleisten. Nach Milliardenverlusten, starken Kursrückgängen und hohen Einlagenabflüssen ist die Sparkasse Washington Mutual von der U.S.-Aufsichtsbehörde Office of Thrift Supervision (OTS) geschlossen worden. Die OTS begründete die Maßnahme damit, dass Washington Mutual nicht über ausreichend Liquidität verfügt habe, um ihren Verpflichtungen nachzukommen, und sich daher in einem unsicheren und unsoliden Zustand bezüglich ihrer Geschäftstransaktionen befunden habe. Der Finanzkonzern JP Morgan Chase übernahm Teile der Washington Mutual für U.S.\$ 1,9 Mrd. Die Banken in Europa sind ebenfalls durch die Auswirkungen der verschärften Finanzmarktkrise stark belastet und zunehmend geraten auch manche europäischen Kreditinstitute in finanzielle, teilweise existenzbedrohende Notlagen, denen die betroffenen Banken oft nur mittels staatlicher Stützungsmaßnahmen gewachsen sind, die verbreitet mit Verstaatlichungen einhergehen. Beispiele für Banken, die in solche finanziellen Schief lagen gerieten und staatliche Stützungsmaßnahmen benötigten, waren in Deutschland bereits im Jahr 2007 die IKB Deutsche Industriebank AG und die Sachsen LB. In England wurde Anfang 2008 die in Liquiditätsschwierigkeiten geratene Bank Northern Rock verstaatlicht. Im Frühjahr 2008 unterbreitete JP Morgan Chase & Co. der ebenfalls in Liquiditätsschwierigkeiten geratenen U.S. Investmentbank Bear Stearns mit Unterstützung durch die Federal Reserve ein Übernahmeangebot. Im Jahr 2008 verhinderten die Benelux-Staaten mit rund € 11,0 Mrd. den Zusammenbruch der belgisch-niederländischen Fortis-Bank. Auch die belgisch-französische Dexia-Bank erhielt milliardenschwere Staatshilfen; Belgien, Frankreich und Luxemburg stellten über eine Kapitalerhöhung mehr als € 6,0 Mrd. zur Verfügung. Die britische Hypothekenbank Bradford & Bingley wurde verstaatlicht; Verbindlichkeiten in Höhe von etwa € 63 Mrd. übernahm Großbritannien, während die Spareinlagen und das Filialnetz für rund € 770 Mio. von der spanischen Banco Santander erworben und an deren Tochtergesellschaft Abbey übertragen werden. Auch große isländische Banken gerieten im Zuge der Finanzmarktkrise in finanzielle Schief lagen. Die Hypo Real Estate-Gruppe (HRE) musste ihren dringenden Liquiditätsbedarf durch Liquiditätshilfen in erheblicher Höhe decken, welche zunächst die Deutsche Bundesbank gewährte und woran sich Finanzierungsmaßnahmen unter Beteiligung auch des privaten Finanzsektors (einschließlich der Postbank) neben der Deutsche Bundesbank und der Bundesrepublik Deutschland anschließen. Nach derartigen Rettungsaktionen in Einzelfällen wurde mit dem am 18. Oktober 2008 in Kraft getretenen Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des deutschen Finanzmarkts beschlossen, das mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und den G7-Staaten abgestimmt ist. Danach besteht unter anderem die Möglichkeit, dass der durch das FMStG geschaffene Finanzmarktstabilisierungsfonds sich an der Rekapitalisierung von Unternehmen des Finanzsektors beteiligt, Garantien bis zur Höhe von € 400 Mrd. für begebene Schuldtitel und begründete Verbindlichkeiten aus Einlagen von Unternehmen des Finanzsektors mit einer Laufzeit von bis zu 36 Monaten übernimmt oder von Unternehmen des Finanzsektors vor dem 13. Oktober 2008 erworbene Risikopositionen (insbesondere Forderungen, Wertpapiere, Derivate und Rechte und Pflichten aus Kreditzusagen oder Gewährleistungen) erwirbt oder auf andere Weise absichert.

Die Insolvenzen bzw. finanziellen Notlagen von Banken, Versicherungen (die Zahlungen auf strukturierte Produkte garantiert hatten) und Hedgefonds (die ihre Investitionen in Subprime-Risiken in hohem Umfang bei Banken fremdfinanziert hatten) haben wiederum zu einer massiven Abnahme der Risikobereitschaft der Investoren am Kapitalmarkt geführt, was zu einem enormen Angebotsüberhang an Subprime-behafteten und sonstigen strukturierten Finanzinstrumenten und einer massiven Verknappung der Liquidität führte.

Risikofaktoren

Zentralbanken vieler wichtiger Wirtschaftsnationen haben den Finanzmärkten über verschiedene Maßnahmenpakete Liquidität in außerordentlich hohem Umfang bereitgestellt.

Der durch die Krise ausgelöste hohe Liquiditätsbedarf der Finanzmärkte spiegelt sich in teilweise drastisch gestiegenen Geldmarktzinsen und einer entsprechenden Verteuerung der Refinanzierung der Banken wider. Zusätzlich wird die Refinanzierung der Banken durch eine Vertrauenskrise (auch im Interbanken-Markt) belastet, weil nicht zuletzt aufgrund der Komplexität der Subprime-behafteten und vieler sonstigen strukturierten Finanzinstrumente unzureichende Transparenz über das Ausmaß der Risiken herrscht. Diese Entwicklungen forcierten auch den Preisverfall nicht Subprime-behafteter strukturierter Finanzinstrumente. Letztlich weitete sich die Krise auf zahlreiche Anlageklassen aus, was auch mit spekulativen Übertreibungen einherging. Beispielsweise reagierten auch Staatsanleihen und andere Schuldverschreibungen von Schuldnern sehr guter Bonität mit teilweise signifikanten Wertschwankungen. Insbesondere die Aktien- und Anleihekurse von Banken und Versicherungen gerieten zunehmend unter Druck.

Die Finanzmarktkrise führt auch zu erheblichen Verwerfungen im deutschen Finanzmarkt und zu erheblichen finanziellen Belastungen für deutsche Banken, vor allem unter folgenden Aspekten:

- Die Liquidität im Interbankenmarkt und anderen Refinanzierungsquellen ist teilweise erheblich eingeschränkt, weil das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit anderer Banken, die möglicherweise in erheblichem Umfang Subprime-Risiken ausgesetzt sein könnten, erschüttert ist.
- Weil auch deutsche Banken in mehr oder weniger starkem Umfang direkt oder indirekt über Zweckgesellschaften Anlagen in strukturierte Finanzinstrumente, die Subprime-Risiken verbriefen, getätigt hatten, führte der Verfall der *Fair Values* von tatsächlich oder möglicherweise Subprime-behafteten strukturierten Finanzinstrumenten und damit zusammenhängenden Derivaten zu Belastungen der Neubewertungsrücklage und damit des Eigenkapitals von Banken sowie Verlusten, unter anderem durch dauerhafte Wertminderungen und Barwertabwertungen und -schwankungen, im Handels- und Finanzanlageergebnis von Banken.
- Auch nicht Subprime-behaftete strukturierte Finanzinstrumente erfuhren starke Abwertungen bzw. Wertschwankungen.
- Die Insolvenzen bzw. Liquiditätsschwierigkeiten von Banken wie Lehman, Fannie Mae und Freddie Mac sowie Washington Mutual setzen weiterhin nicht Subprime-behaftete strukturierte Finanzinstrumente unter Druck. Dies erfolgt zum einen, weil diese Banken zum Teil den strukturierten Finanzinstrumenten als Referenzwerte zugrunde liegen, und zum anderen, weil Investmentbanken wie Lehman wichtige Teilnehmer im Derivatemarkt waren (zum Beispiel als Swap-Counterparty für CDS), was jetzt zu Auflösungen oder Umstrukturierungen der betroffenen Geschäfte führt.
- Bei bestimmten Finanzinstrumenten, wie etwa ABS und CDO, denen strukturierte Kreditprodukte als Referenzwerte zugrunde lagen, bestand zum Teil alleine auf Grund der Kursverluste der zugrunde liegenden Referenzwerte eine vertragliche Pflicht zur Auflösung (Trigger), was zu weiteren Verlusten bei Investoren (unter anderem Banken) führte.
- Weiterhin stehen deutsche Banken auch in Geschäftsbeziehungen mit Monolinern bzw. haben in Finanzinstrumente investiert, deren Rückzahlung von Monolinern garantiert wird. Die Krise bei den Monolinern führte zu Verlusten bei Geschäften mit Monolinern bzw. Abwertungen von Finanzinstrumenten, die von Monolinern garantiert werden.
- Liquiditätsengpässe sowie die Verringerung der Eigenmittelquote vieler Banken führten dazu, dass der Markt für bestimmte Finanzierungen, insbesondere syndizierte Kredite, austrocknete.
- Zahlungsausfälle bei strukturierten Finanzinstrumenten führten auch zu Ausfällen bei Krediten, die zum Erwerb der betroffenen Finanzinstrumente ausgereicht wurden und damit zu weiteren Belastungen der betroffenen Banken.
- Die vorstehend beschriebenen Entwicklungen führten und führen auch weiterhin zu starken Schwankungen der Marktpreise an den Finanzmärkten. Dabei war und ist die erhöhte Volatilität nicht auf

Risikofaktoren

strukturierte Finanzinstrumente beschränkt, sondern betrifft auch sonstige Marktpreise, wie Zinsen, Aktienkurse, Swapsätze und Wechselkurse.

- Mangels Liquidität in vielen strukturierten Produkten existierten für diese keine aussagekräftigen Marktpreise mehr. *Fair Values* können nur noch auf der Basis gegebenenfalls unzureichender, oft von den Investoren selbst entwickelter Modelle, ermittelt werden, siehe „— *Das Risikomanagement der Postbank könnte möglicherweise nicht ausreichend effizient sein und insbesondere die zur Steuerung der Markt-, Kredit- und Kollektivrisiken der Postbank eingesetzten Modelle könnten die Risiken insbesondere in Marktkrisen nicht adäquat abbilden, sonst fehlerhaft sein oder nicht ordnungsgemäß angewendet werden*“.
- Deutsche Banken, einschließlich die Postbank, hatten umfangreiche Geschäftsbeziehungen zu Banken und Versicherungen, die im Zuge der Finanzmarktkrise ihrerseits in eine finanzielle Notlage gerieten, und müssen im Zusammenhang mit deren Insolvenz, Verstaatlichung und sonstigen Stützungsmaßnahmen teilweise erhebliche Abschreibungen vornehmen.
- Investoren misstrauen, nicht zuletzt im Hinblick auf mehrere Beinahe-Zusammenbrüche von Banken in den USA, aber auch in Deutschland, den Finanzmärkten zunehmend. Diese Vertrauenskrise führte dazu, dass der Interbanken-, Verbriefungs- und Syndizierungsmarkt ausgetrocknet ist und das Banken- und Finanzsystem insgesamt an Glaubwürdigkeit verloren hat.

Die vorstehend beschriebenen Krisen und ihre Auswirkungen haben mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch auf andere Bereiche der Wirtschaft, beispielsweise auf die Automobilindustrie, übergegriffen. So hat die Unsicherheit hinsichtlich der Stabilität des Finanzsystems zu einer Verschlechterung des Konsum- und Investitionsklimas in Deutschland beigetragen. Diese negative Stimmung wurde durch den starken Anstieg der Preise für Energie, insbesondere Rohöl, andere Rohstoffe und Lebensmittel verstärkt. Die Krise an den Finanzmärkten und die Vertrauenskrise im Bankenmarkt hatten im zweiten Halbjahr 2007 und in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 deutlich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank. Zusammen mit der Eintrübung des Konsum- und Investitionsklimas könnten sich in Zukunft weitere erhebliche negative Auswirkungen ergeben. Insbesondere könnten ein Andauern der Finanzmarkt- und Bankenkrise, weitere Insolvenzen von Banken, Versicherungen oder anderer Unternehmen in der Finanzbranche und eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die nachstehend beschriebenen Risiken, denen die Postbank ausgesetzt ist, verstärken und ihre Kernkapital- und Eigenmittelquote weiter belasten.

Die Postbank unterliegt Marktpreisrisiken durch die Veränderung von Zinsen und Spreads

Bei der Postbank (wie auch bei anderen Banken) ergibt sich ein Zinsänderungsrisiko daraus, dass sich Aktivpositionen (Darlehen, Wertpapiere, Derivate) und Passivpositionen (Einlagen, Fremd- und Eigenkapitalinstrumente) in den einzelnen Laufzeitbändern weder dem Betrag noch dem Zinssatz nach entsprechen und damit offene aktivische und passivische Zinspositionen (sog. Gaps) entstehen. Zum 30. September 2008 bestanden bei der Postbank in den Restlaufzeiten bis zu einem Jahr sowie zehn Jahre offene passivische Zinspositionen, in den Restlaufzeiten zwischen zwei und neun Jahren offene aktivische Zinspositionen. Bei offenen passivischen Festzinspositionen führen rückläufige Marktzinsen zu einem Rückgang des Marktwertes der Passivpositionen und gegebenenfalls zu einem Rückgang der Zinsspanne. Bei offenen aktivischen Festzinspositionen führen steigende Marktzinsen zu einem Rückgang der Marktwerte der Aktivpositionen und gegebenenfalls zu einem Rückgang der Zinsspanne. Bei Produkten mit variabler Verzinsung besteht kein Marktwertisiko aus Zinsänderungen; veränderte Marktzinsen führen aber zu einer Änderung des Zinsaufwands bzw. des -ertrags. Zum 30. September 2008 betrug die aggregierte offene Zinsposition auf Basis-point-value (BPV) Basis minus € 1,86 Mio. Sollte es der Postbank nicht gelingen, ihre Zins-Gaps entsprechend den Marktentwicklungen und den vorgegebenen Limiten effizient zu steuern, könnte dies erhebliche negative Auswirkungen auf die Profitabilität der Postbank, die Risikotragfähigkeit sowie ihre Kernkapital- und Eigenmittelquote haben.

Hinzu kommt, dass die Zinsstrukturkurve seit 2007 flach bzw. sogar teilweise invers ist, d.h. die langfristigen Zinsen entsprechen den kurzfristigen Zinsen oder unterschreiten diese sogar. Damit hat die Postbank allenfalls in geringerem Umfang die Möglichkeit, relativ höher verzinsliche langlaufende Kredite oder

Risikofaktoren

Anleihepositionen durch relativ niedriger verzinsliche kürzer laufende Einlagen zu refinanzieren. Sollte die Zinsstrukturkurve längerfristig invers oder jedenfalls flach bleiben, könnte dies die Zinsmarge und die Profitabilität der Postbank erheblich beeinträchtigen.

Infolge ihrer starken Fokussierung auf das Retailgeschäft unterliegt die Postbank insbesondere im Spar- und Bauspargeschäft in besonderem Maß zinsinduzierten Verhaltensrisiken, die nicht vollständig in Modellen prognostiziert werden können. So besteht bei einer flachen oder inversen Zinsstrukturkurve bei Kunden höhere Nachfrage nach kurzfristigen Anlageinstrumenten. Dies kann zu einer Erhöhung der offenen passivischen Zinspositionen in den kurzen Laufzeitbändern und weiterem Druck auf die Zinsmarge führen. Zu weiteren Modellrisiken der zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos der Postbank eingesetzten eigenen Modelle, insbesondere zur Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos variabel verzinslicher Einlagengeschäfte, siehe „— *Das Risikomanagement der Postbank könnte möglicherweise nicht ausreichend effizient sein und insbesondere die zur Steuerung der Markt-, Kredit- und Kollektivrisiken der Postbank eingesetzten Modelle könnten die Risiken in Marktkrisen nicht adäquat abbilden, sonst fehlerhaft sein oder nicht ordnungsgemäß angewendet werden*“.

Die durch die Subprime-Krise ausgelöste Unsicherheit auf den Finanzmärkten und die Verknappung der Liquidität haben zu einer starken Ausweitung der Spreads, also der Renditeabstände zu risikolosen Anlagen geführt. Bei Bundesanleihen führten temporäre Verwerfungen in der Zinsstrukturkurve, bei anderen Staatsanleihen mit erstklassiger Bonität Spreadausweitungen zu einem teilweise erheblichen Rückgang ihrer Marktwerte. Zum 30. September 2008 betrug die Belastung der Neubewertungsrücklage, die auf die Barwertabwertung von Bundesanleihen und bonitätsmäßig erstklassigen Staatsanleihen entfiel, € 768,8 Mio. Insgesamt war die Neubewertungsrücklage zum 30. September 2008 deutlich negativ, mit minus € 1.894,3 Mio. Sollte die Ausweitung der Spreads weiter andauern oder sich sogar verstärken, würde dies zu einem weiteren Rückgang der Marktwerte und damit einem Barwertverlust ausstehender Anleihen und entsprechender weiterer Belastung der Neubewertungsrücklage führen. Davon wären auch die in erheblichem Umfang im Finanzanlagebestand der Postbank enthaltenen bonitätsmäßig erstklassigen Staatsanleihen betroffen. Weitere Barwertverluste im Finanzanlagebestand könnten die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank erheblich beeinträchtigen.

Die Postbank unterliegt sonstigen Marktpreisrisiken, insbesondere in Bezug auf die Bewertung von Aktien und strukturierten Kreditprodukten

Seit Mitte 2007 sanken unter anderem infolge der negativen Stimmung an den Finanzmärkten nicht nur die Marktwerte von Anleihen, sondern auch die Aktienkurse. Sollte dieser Trend anhalten, könnte dies zu einer weiteren Abwertung der im Handels- bzw. Finanzanlagebestand der Postbank gehaltenen Aktien führen. Dies könnte sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank auswirken.

Darüber hinaus besteht im Kreditersatzgeschäft der Postbank das Risiko von weiteren Verlusten und Abwertungen bei strukturierten Kreditprodukten aus ihrem Structured Credit Portfolio sowie von Verlusten aus Derivategeschäften mit Monolinern, aus der Abwertung von durch Monoliner versicherten Municipal Bonds sowie CDOs mit Monoliner-Bezug als zugrunde liegende Referenzwerte mit weiteren negativen Auswirkungen auf das Finanzanlage- bzw. Handelsergebnis und das Eigenkapital der Postbank, solange sich die Markteinschätzung und die Liquidität solcher Finanzinstrumente nicht grundsätzlich und nachhaltig verbessert. Die erfolgswirksamen Belastungen der Postbank durch dauerhafte Wertminderung (*Impairment*) im Finanzanlageergebnis bzw. Barwertverlusten (*mark-to market*) im Handelsergebnis von strukturierten Kreditprodukten aus ihrem Structured Credit Portfolio (einschließlich Subprime-behafteter Kreditprodukte und einschließlich strukturierter Kreditprodukte mit Bezug auf Banken, die in finanzielle Notlage geraten sind, wie etwa die U.S.-amerikanischen Hypothekenbanken Fannie Mae and Freddie Mac im Underlying) betragen in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 € 535 Mio. (2007: € 197 Mio.) und negative Auswirkungen auf das Eigenkapital durch Belastung der Neubewertungsrücklage durch Wertschwankungen zum 30. September 2008 € 486 Mio. (31. Dezember 2007: € 230 Mio.). Die Abwertungen bzw. Verluste können in Zukunft noch größer ausfallen, sollte es der Postbank insbesondere nicht mehr möglich sein, für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts (*Fair Value*) strukturierter Finanzinstrumente auf ein Bewertungsmodell abzustellen, wie dies bis Ende 2007 mangels liquider Marktpreise und aussagekräftiger indikativer Kurse für einen Teil der betreffenden Finanzinstrumente erfolgte, seit 2008 für das gesamte SCP-Portfolio erfolgt. Bei der Ermittlung des *Fair Value* von strukturierten Kreditprodukten auf Basis von tatsächlichen Marktpreisen oder indikativen Kursen könnten sich in Zukunft erheblich niedrigere *Fair*

Risikofaktoren

Values ergeben, sofern sich die liquiden Marktpreise deutlich unter dem Niveau der Modellpreise bilden sollten. Zu einer Preisbildung auf sehr niedrigem Niveau könnten auch Verkäufe von Portfolien strukturierter Produkte mit einem sehr hohen Abschlag auf die Buchwerte bei den betreffenden Verkäufern führen. Wenn sich die relevanten Rechnungslegungsstandards, regulatorischen Rahmenbedingungen oder Kriterien der Rating-Agenturen oder deren Interpretation ändern, kann dies dazu führen, dass die Postbank ihre bestehenden Modelle zur Bewertung strukturierter Finanzinstrumente ändern muss und sich dadurch auch die *Fair Values* ändern. Das Gleiche gilt für Bewertungsänderungen aufgrund von strategischen Überlegungen durch die Postbank.

Zum 30. September 2008 hielt die Postbank in ihrem Anlagebuch Aktien mit einem Buchwert von € 1.638 Mio. und Fondsanteile mit einem Buchwert von € 1.005 Mio. Die starken Kursverluste an den Aktienmärkten führten in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 zu Wertminderungen (*Impairments*) auf diese Bestände in Höhe von € 75 Mio. sowie zu Veräußerungsverlusten in Höhe von € 32 Mio. Die Postbank baut ihren Bestand an Aktien derzeit weiter aktiv ab, um Marktrisiken zu begrenzen. Dabei können weitere Veräußerungsverluste entstehen. In Anbetracht der hohen Volatilität an den Aktienmärkten besteht ferner das Risiko weiterer erheblicher Wertminderungen (*Impairments*) auf den Bestand von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren im Anlagebuch der Postbank.

Darüber hinaus kann die fortbestehende Marktkrise auch weiterhin zu Marktverwerfungen führen, die alle Anlage-Klassen, einschließlich Staatsanleihen von bonitätsmäßig erstklassigen Schuldnern, aber auch Aktien betreffen und im Falle einer Barwertrealisierung oder dauerhaften Wertminderung (*Impairment*) zu erheblichen Barwertverlusten im Investmentportfolio der Postbank führen, siehe „— *Die Postbank unterliegt Marktpreisrisiken durch die Veränderung von Zinsen und Spreads*“.

Die Postbank unterliegt Marktpreisrisiken in Form von Volatilitäts- und Währungsrisiken

Die Krise an den Finanzmärkten hat die Volatilität der Marktwerte von Finanzinstrumenten allgemein erheblich erhöht. Dies hat sich nicht nur in Wertschwankungen bei den Finanzinstrumenten des Handels- und Finanzanlagebestands der Postbank niedergeschlagen, sondern auch im Handelsergebnis. Im Allgemeinen erschwert eine erhöhte Volatilität die Risikosteuerung nicht zuletzt deshalb, weil Ergebnisse der zur Risikosteuerung eingesetzten Modellrechnungen und Stresstests möglicherweise nur noch von eingeschränkter Aussagekraft sind. Darüber hinaus führt eine erhöhte Volatilität zu erhöhten Kosten bei der Risikoabsicherung. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass die aus einer stark erhöhten Volatilität resultierenden Barwertverluste nicht kosteneffizient gesteuert werden können. Sämtliche vorgenannte Faktoren können die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank erheblich belasten.

Außerhalb der Euro-Zone ansässige Tochtergesellschaften der Postbank stellen ihre Einzelabschlüsse in Fremdwährung auf. Währungsschwankungen könnten dazu führen, dass bei der Umrechnung von nicht auf Euro lautenden Positionen der Einzelabschlüsse für die Konsolidierung im Konzernabschluss andere Währungskurse als in vorausgegangenen Berichtsperioden verwendet werden und diese Umrechnungsdifferenzen das Eigenkapital der Postbank belasten. Ferner schließen die Gesellschaft und andere in der Euro-Zone ansässige Konzerngesellschaften der Postbank Transaktionen ab, die nicht auf Euro lauten (so genannte Fremdwährungstransaktionen), sondern zum Beispiel auf U.S.-Dollar oder Pfund Sterling. Ein relativer Wertzuwachs oder Wertverlust der betreffenden Fremdwährung gegenüber dem Euro resultiert in entsprechend höheren oder niedrigeren Aufwendungen bzw. Erträgen aus den Fremdwährungstransaktionen. Sofern keine entsprechende Absicherung vorhanden ist, könnten sich daher Veränderungen bei Währungskursen, insbesondere beim Euro/USD- bzw. Euro/Pfund Sterling-Kurs, nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank auswirken.

Die Postbank unterliegt Kreditrisiken, insbesondere Bonitäts- und Adressenausfallrisiken sowie Risiken im Hinblick auf Wertminderungen bestellter Immobilien- und sonstiger Sicherheiten

Die Postbank unterliegt Kreditrisiken, insbesondere Bonitäts- und Adressenausfallrisiken, aus dem Kreditgeschäft mit Kunden und Kreditinstituten, dem Kreditersatzgeschäft, dem Investmentportfolio, sonstigen Finanzinstrumenten und Derivategeschäften. Kreditrisiken definiert die Postbank als Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines

Risikofaktoren

Geschäftspartners (zum Beispiel durch Insolvenz) verursacht werden können. Unterarten von Kreditrisiken sind neben den Bonitäts- und Ausfallrisiken auch Abwicklungsrisiken, Kontrahentenrisiken und Länderrisiken. Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation von Kreditnehmern (Kunden und Kreditinstitute), Zahlungsausfälle und Wertminderungen der bestellten Sicherheiten können dazu führen, dass die Risikovorsorge zur Abdeckung der akuten und latenten Kreditausfallrisiken erhöht werden muss. Dies könnte sich wesentlich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank auswirken.

So wurden auf das Engagement der Postbank bei Unternehmen der Lehman Brothers im dritten Quartal 2008 Wertberichtigungen auf Finanzanlagen in Höhe von € 317 Mio. sowie (unter der Annahme einer gewichteten durchschnittlichen Einbringlichkeit (*Recovery Rate*) des Exposure von rund 32 %) Zuführungen zur Risikovorsorge für Forderungen in Höhe von € 47 Mio. vorgenommen. Auf die Bestände der Postbank bei isländischen Banken wurden im dritten Quartal 2008 ebenfalls Wertberichtigungen auf Finanzanlagen in Höhe von € 21 Mio. sowie Zuführungen zur Risikovorsorge in Höhe von € 10 Mio. vorgenommen. Weitere Wertberichtigungen und weitere Zuführungen zur Risikovorsorge sowie sonstige Belastungen (beispielsweise im Zusammenhang mit der Finanzierung des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V.) sind in diesem Zusammenhang nicht auszuschließen.

Im Kreditersatzgeschäft (strukturierte Kreditprodukte) und bei Finanzinstrumenten des Investmentportfolios (zum Beispiel Anleihen von Industrieunternehmen, Banken, Versicherungen und Staaten) können tatsächliche oder auch nur im Markt als solche wahrgenommene erhöhte Adressenausfallrisiken zu erheblichen Wertschwankungen von Finanzinstrumenten führen. Eine solche Wertveränderung kann je nach Klassifizierung der Finanzinstrumente und Verlustwahrscheinlichkeit unmittelbar erfolgswirksam sein oder zu einer negativen Veränderung der Neubewertungsrücklage bzw. der beizulegenden Zeitwerte führen. Tatsächliche Ausfälle von Schuldnern könnten zu einer Erhöhung der Risikovorsorge führen.

Die vorstehend beschriebenen Kreditrisiken werden durch Risikokonzentrationen auf bestimmte Sektoren und Kreditnehmer bzw. Kontrahenten (wie Banken oder Versicherungen) noch verstärkt. Das Kreditportfolio der Postbank besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retailkunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen sowie Forderungen gegenüber Banken, Versicherungen und Finanzdienstleistern, einschließlich solcher, die im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise staatliche Stützungsmaßnahmen in Anspruch nehmen mussten. Zum 30. September 2008 beliefen sich die Forderungen aus den zehn größten Engagements gegen Banken auf € 29,4 Mrd. und die Forderungen aus den zehn größten Engagements gegen Versicherungen auf € 1,0 Mrd. Die Finanzmarktkrise zeigt, dass sich die Bonität von Unternehmen in diesen Bereichen aufgrund einzelner Insolvenzen oder Kreditausfälle kurzfristig drastisch verschlechtern kann.

Neben der privaten Baufinanzierung (zum 30. September 2008 90 % des Volumens der Kredite an Retailkunden, 66,9 % des Volumens der Kredite an Kunden (ohne Kreditinstitute) insgesamt und 56,5 % des Kreditvolumens insgesamt) spielt auch die gewerbliche Immobilienfinanzierung eine wichtige Rolle für das Kreditgeschäft der Postbank (zum 30. September 2008 49,8 % des Volumens der Kredite an Firmenkunden, 11,1 % des Volumens der Kredite an Kunden (ohne Kreditinstitute) insgesamt und 9,4 % des Kreditvolumens insgesamt). Bei Immobilienfinanzierungen hängt das Kreditausfallrisiko unter anderem von der Ertragskraft der Immobilie und der Preisentwicklung in dem betreffenden Segment der Immobilienbranche ab. Daneben sind auch die allgemeine konjunkturelle Entwicklung und die Entwicklung der privaten Einkommen von wesentlicher Bedeutung. Sollten sich die vorgenannten Faktoren negativ entwickeln, also die Ertragskraft der Immobilien hinter den bei der Kreditvergabe getroffenen Annahmen zurückbleiben, die Preise für Wohn- bzw. Gewerbeimmobilien oder die Realeinkommen sinken und sich die Konjunktur abschwächen, besteht ein erhöhtes Risiko von Kreditausfällen bei Immobilienfinanzierungen der Postbank. Zu den besonderen Risiken bei Immobilienfinanzierungen in bestimmten ausländischen Märkten, siehe „— *Die Postbank ist Risiken durch ihre Geschäftsaktivitäten außerhalb Deutschlands ausgesetzt*“. Zudem besteht bei Immobilienfinanzierungen ein Besicherungsrisiko, das sich aus der Verschlechterung der Werthaltigkeit von Immobiliarsicherheiten ergibt. Die Verkehrswerte von Immobilien unterliegen im Zeitverlauf Schwankungen, insbesondere verursacht durch Veränderungen von Angebot und Nachfrage an Immobilien, Baumängel und Bauverzögerungen, Altlasten und Bodenkontaminierungen, Verfügbarkeit von Mietern oder potenziellen Käufern sowie deren finanzielle Ressourcen, Finanzierungsmöglichkeiten, Veränderungen der rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen und zyklische Schwankungen des Immobilienmarkts.

Risikofaktoren

Zum 30. September 2008 machten die strukturierten Kreditprodukte und sonstigen Finanzinstrumente insgesamt 2,3 %, die zwanzig größten Wertpapierpositionen 14,9 %, die zehn größten Engagements gegenüber Banken 11,5 % sowie die zehn größten Engagements gegenüber Versicherungen 0,4 % des Kreditportfolios der Postbank aus. Zu diesen Emittenten bzw. Kontrahenten gehören auch Banken, die im Gefolge der Finanzmarktkrise staatliche Stützungsmaßnahmen in Anspruch nehmen mussten. Sollten sich Ausfallrisiken bei einem oder mehreren der Emittenten bzw. Kontrahenten von großvolumigen Finanzinstrumenten realisieren, würde sich dies erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank auswirken.

Die Postbank unterliegt im Bauspargeschäft Kollektivrisiken durch eine Abweichung des tatsächlichen vom prognostizierten Verhalten der Bausparkunden, etwa bei der Ausübung von Wahlrechten unter ihren Bausparverträgen

Zum 30. September 2008 betragen die Forderungen der Postbank aus Bauspardarlehen € 3,4 Mrd. (31. Dezember 2007: € 3,2 Mrd.), die Verbindlichkeiten der Postbank aus Bauspareinlagen € 16,5 Mrd. (31. Dezember 2007: € 16,9 Mrd.). Das Bauspargeschäft, das die Postbank durch ihre 100 %ige Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG betreibt, unterliegt so genannten Kollektivrisiken. Darunter versteht man das Risiko einer Abweichung des tatsächlichen vom prognostizierten Kundenverhalten. Die allgemeinen Bedingungen für Bausparverträge räumen den Bausparkunden diverse Wahlrechte für die Spar- und Darlehensphase ein. Auf der Basis langjähriger Erfahrungswerte und detaillierter Strukturanalysen trifft die Postbank Einschätzungen zum zukünftigen Verhalten ihrer Bausparkunden. Statistische Auswertungen zeigen, dass das Verhalten in hohem Maße vom Hypotheken- und Spareinlagenzins zum Zeitpunkt der Zuteilung abhängig ist. Sollten die Annahmen der Postbank über die Marktzinssätze zu den Zuteilungszeitpunkten stark von den tatsächlichen Zinsen abweichen, können sich erhebliche Belastungen durch laufenden Zinsaufwand, erforderliche Rückstellungen und geringere Zinserträge aus kollektiven Darlehen und der Anlage der Kollektivmittel ergeben. Aufgrund der langen Laufzeit der Bausparverträge und der damit verbundenen hohen Unsicherheit sowie der hohen Vertragssumme können sich erhebliche Verwerfungen gegenüber den geplanten Ergebnissen einstellen. Im Rahmen ihres Managements der Kollektivrisiken verwendet die Postbank ein Simulationsmodell, in das eine Vielzahl von Parametern einfließt und von dem Annahmen über das Verhalten der Bausparer unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen abgeleitet werden. Diese aufwendige statistische Modellierung könnte die resultierenden bauspartechnischen Parameter aus zahlreichen Gründen falsch einschätzen, zum Beispiel statistische Brüche, fehlende Inputparameter wie Konjunkturdaten oder fehlerhafte Interpretation der Daten. Ferner geht die Postbank in ihrer Simulation von einer Weiterverwendung des bestehenden Tarifwerks aus und berücksichtigt möglicherweise aufgrund von Marktveränderungen erforderlich werdende Anpassungen des Tarifwerks (zum Beispiel die Erhöhung der Einlagenverzinsung) nicht. Sollte das tatsächliche Verhalten der Bausparer von den Prognosen der Postbank, etwa hinsichtlich des Sparverhaltens, Kündigungen, des Abrufs von Zuteilungen und Tilgungen durch die Bausparer abweichen oder die Postbank ihr Tarifwerk veränderten Marktbedingungen anpassen müssen und der von der Postbank zur Abdeckung dieser Kollektivrisiken definierte Risikopuffer nicht ausreichend sein, könnten sich daraus negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank ergeben. In Extremszenarien wie massenhafter Kündigung von Bauspareinlagen oder extrem von der Simulation abweichender Inanspruchnahme von Bauspardarlehen könnte die BHW Bausparkasse AG in die Lage geraten, ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Kunden nicht mehr erfüllen zu können oder generell zahlungsunfähig zu werden, sofern die Postbank nicht in der Lage ist, kurzfristig entsprechende Liquidität bereitzustellen.

Zudem kann die Postbank möglicherweise aus regulatorischen oder sonstigen rechtlichen Gründen nur mit Verzögerungen, etwa durch das Angebot neuer Produkte, auf Verhaltensänderungen von Kunden reagieren, so dass ihr tatsächliches Neugeschäft unterhalb ihrer Annahmen liegt. Auch dies könnte sich nachteilig auf die Finanz- und Ertragslage der Postbank auswirken.

Die Postbank unterliegt Risiken im Hinblick auf eine mögliche Verschlechterung ihrer Ratings

Fitch Ratings („Fitch“), Moody’s Investors Service („Moody’s“) und Standard & Poor’s Ratings Services („S&P“) haben der Postbank Ratings für ihre kurzfristigen und langfristigen Verbindlichkeiten sowie ihre Pfandbriefe und Verbriefungen erteilt. Erwartungen oder Spekulationen über mögliche negative Änderungen der Ratings der Postbank oder eine tatsächliche Verschlechterung der Ratings könnten erhebliche nachteilige

Risikofaktoren

Auswirkungen auf die Reputation der Postbank, ihr Geschäft sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben. So kann es Rating-bedingt zu einer Erschwerung des Zugangs der Postbank zum Kapitalmarkt und einer Verteuerung der Refinanzierung am Kapitalmarkt kommen, siehe „— *Die Postbank unterliegt Risiken im Hinblick auf die Verfügbarkeit ihrer Refinanzierungsquellen, die Erhöhung ihrer Refinanzierungskosten und die Verfügbarkeit ausreichender Liquidität*“. Daneben könnte eine tatsächliche oder erwartete Verschlechterung der Ratings der Postbank eine Verpflichtung zur Stellung von Sicherheiten bei bestimmten Derivate- und besicherten Refinanzierungsgeschäften auslösen und die Konkurrenzfähigkeit der Postbank bei bestimmten langfristigen Derivategeschäften beeinträchtigen. Weiterhin kann eine aus der tatsächlichen oder erwarteten Verschlechterung der Ratings der Postbank resultierende Beeinträchtigung ihrer Reputation im Passivgeschäft zur Zurückhaltung bestehender oder potenzieller Kunden beim Neugeschäft, zur Beendigung bestehender Geschäftsbeziehungen und zur Kündigung von Einlagen führen.

Im Falle einer Ratingverschlechterung könnte die Postbank auch gezwungen sein, Einzugskonten für bzw. die Forderungsverwaltung von verbrieften Forderungen an qualifizierte Drittbanken auszulagern und zusätzliche Reserven für Originator- oder Servicerisiken im Rahmen von Transaktionen zu stellen.

Die Gefahr einer Verschlechterung der Ratings der Postbank besteht vor allem dann, wenn sich die Profitabilität der Postbank nachhaltig abschwächt, ihre Kernkapital- bzw. Eigenmittelquote sich nach Durchführung des Angebots wieder verschlechtert, ihr Retail-Geschäft zurückgeht oder sich die Qualität ihrer Aktiva, insbesondere aus dem Firmenkundenkreditgeschäft und der gewerblichen Immobilienfinanzierung sowie dem Kreditersatzgeschäft, spürbar verschlechtert.

Die derzeitige Finanzmarktkrise und der damit verbundene Vertrauensverlust in die Stabilität des Finanz- und Bankensystems haben zu Spekulationen über eine Verschlechterung des Ratings von Banken im Allgemeinen geführt. Sollte die derzeitige Finanzmarktkrise andauern, könnte von dem Risiko derartiger Spekulationen und ihren oben geschilderten negativen Auswirkungen auch die Postbank betroffen sein. Die Unsicherheit hinsichtlich der Ratings von Banken einschließlich der Postbank wurde dadurch verstärkt, dass es im Zuge der Finanzmarktkrise zu Diskussionen über eine mögliche Änderung der Kriterien für die Ratings von Banken und bestimmten Finanzinstrumenten (zum Beispiel ABS, covered bonds) kam. Derzeit ist ungewiss, ob und welche Änderungen bei den Rating-Kriterien die Finanzmarktkrise nach sich ziehen wird und wie sich diese gegebenenfalls auf die Postbank auswirken könnten.

Die Postbank unterliegt Risiken im Hinblick auf die Verfügbarkeit ihrer Refinanzierungsquellen, die Erhöhung ihrer Refinanzierungskosten und die Verfügbarkeit ausreichender Liquidität

Die Postbank unterliegt im Hinblick auf ihre Refinanzierung Liquiditätsrisiken, also zum einen dem Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können (Zahlungsunfähigkeitsrisiko), und zum anderen dem Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spreadrisiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums auf einem bestimmten Konfidenzniveau ein Verlust entstehen kann (Liquiditätsfristentransformationsrisiko).

Die Postbank stützt sich bei ihrer Refinanzierung derzeit primär auf Kundeneinlagen sowie in geringerem Maß auf Mittelaufnahmen im Interbankenmarkt. Daneben spielt die Emission von Anleihen und Pfandbriefen eine zunehmend größere Rolle bei der Refinanzierung. Die vorgenannten Refinanzierungsquellen unterliegen Risiken im Hinblick auf ihre Verfügbarkeit. Infolge der Finanzmarktkrise kam es auch zu einer Vertrauenskrise unter den Banken und einer daraus resultierenden Mittelverknappung im Interbankenmarkt. Sollte es zu weiteren Einschränkungen der Liquidität am Interbankenmarkt kommen, könnten auch Mittelaufnahmen der Postbank am Interbankenmarkt nicht mehr oder nur zu verschlechterten Bedingungen möglich sein. Die Verfügbarkeit von Kundeneinlagen und der Zugang zum Kapitalmarkt können beispielsweise durch eine Verschlechterung der Ratings der Postbank, eine Verschlechterung ihrer Reputation und der Wahrnehmung ihrer Bonität im Markt erschwert oder zumindest verteuert werden. Auch die Emission von durch staatliche Stabilisierungsfonds garantierten Bankanleihen kann die Refinanzierungsmöglichkeiten der Postbank und anderer Banken, die bisher keine staatlichen Stabilisierungsprogramme in Anspruch genommen haben, verteuern, da diese nicht garantierten Emissionen vom Markt als riskanter angesehen werden. Bei Eintritt der vorgenannten Entwicklungen kann es zu einem Rückgang des Einlagenneugeschäfts oder einem Abzug von Einlagen und zu hohen Risikoaufschlägen bei der Emission von Anleihen und Pfandbriefen

Risikofaktoren

kommen. Vor dem Hintergrund des durch die Finanzmarktkrise erschütterten Vertrauens in die Stabilität des Finanz- und Bankensystems könnte die Insolvenz oder der Beinahe-Zusammenbruch einer größeren Bank (einschließlich der Postbank) in Deutschland, gleich aus welchen Gründen, trotz der bestehenden Einlagensicherungssysteme zu einem massiven Abzug von Einlagen bei dem betreffenden Institut führen, wie jüngste Banken Krisen in anderen Ländern gezeigt haben. Ein massiver Abzug von Einlagen infolge krisenhafter Zustände bei einer Bank könnte ähnliche Verhaltensweisen auch bei den Kunden anderer Banken (einschließlich der Postbank) nach sich ziehen, selbst wenn sich diese Banken nicht in einer vergleichbar krisenhaften Situation befinden.

Auch ohne die genannten Marktfaktoren ist nicht sichergestellt, dass die Kundeneinlagen in Zukunft noch in einem vergleichbaren Umfang wie in der Vergangenheit (Verhältnis der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zur Bilanzsumme im Jahr 2005: 56 %, im Jahr 2006: 55 % und im Jahr 2007: 55 %) zur Refinanzierungsbasis der Postbank beitragen werden. Möglicherweise kann ein entsprechender Umfang der Kundeneinlagen nur durch eine Verbesserung der Konditionen für die Kunden und damit durch erhöhten Zinsaufwand für die Postbank aufrechterhalten werden.

Es besteht daher keine Gewähr dafür, dass die Postbank in Zukunft im bisherigen Umfang bzw. zu unveränderten Konditionen auf ihre derzeit bestehenden Refinanzierungsquellen zurückgreifen kann. Ein Verlust von oder eingeschränkter Zugang zu Refinanzierungsquellen könnte sich nachteilig auf die Liquidität der Postbank und ihre Geschäftsmöglichkeiten auswirken. Zudem führt die Veränderung im Refinanzierungsmix und der Refinanzierungsfähigkeit der Postbank zu erhöhten Refinanzierungskosten, die sich nachteilig auf die Profitabilität der Postbank auswirken.

In Deutschland herrscht im Geschäft mit Retail- und Firmenkunden intensiver Wettbewerb; eine Neuordnung des stark fragmentierten deutschen Bankenmarkts sowie deren Auswirkungen ist ungewiss und das Kosteneinsparpotenzial ohne Skaleneffekte limitiert

Die Postbank steht in intensivem Wettbewerb mit Banken aus dem privaten, dem genossenschaftlichen sowie dem öffentlich-rechtlichen Sektor, die als Drei-Säulen-Struktur die deutsche Bankenlandschaft prägen. In Deutschland ist der Bankenmarkt stark fragmentiert: Der Marktanteil der fünf deutschen Großbanken (einschließlich Postbank) beträgt nur rund 11,5 % des gesamten Retailmarkts (Quelle: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik April 2008, eigene Berechnungen der Postbank, Durchschnitt aus Spareinlagen (10,9 %) und Krediten (12,1 %)). Im deutschen Firmenkundengeschäft haben im Jahr 2007 die Sparkassen und Landesbanken in ihrer Gesamtheit den nach Volumen größten Marktanteil mit rund 33 % bei Einlagen und rund 41 % bei Krediten (Quellen: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik September 2008, eigene Berechnungen der Postbank). Bislang gab es erst ein paar Schritte der Konsolidierung, wobei Übernahmen und Fusionen regelmäßig nur innerhalb der einzelnen Säulen erfolgten; größere Akquisitionen deutscher Banken fanden bisher häufig unter Beteiligung ausländischer Kreditinstitute statt. Die Folgen für die Geschäftstätigkeit der Postbank etwa aus der Übernahme der IKB durch den Finanzinvestor Lonestar, dem Erwerb des deutschen Privatkundengeschäfts der Citigroup durch die französische Credit Mutuel oder der Veräußerung aller Anteile der Dresdner Bank AG durch die Allianz SE in zwei Schritten an die Commerzbank AG sind derzeit noch nicht absehbar. Zusammenschlüsse weiterer Kreditinstitute oder eine sonstige Neuordnung des deutschen Bankenmarktes könnten das Wettbewerbsumfeld grundlegend verändern und sich negativ auf die Wettbewerbsposition der Postbank auswirken.

Der intensive Wettbewerb zwischen den Banken und bestehende Überkapazitäten führen zu einem erheblichen Margendruck. Insbesondere Direktbanken, die ähnliche Produkte wie die Postbank anbieten, profitieren aufgrund ihrer tendenziell günstigen Kostenstruktur in manchen Bereichen von Kostenvorteilen, die sie zum Teil bei Giro- und Spareinlagen mit einer über dem Marktdurchschnitt liegenden Verzinsung an die Kunden weiterreichen. Ferner konzentrieren sich insbesondere Großbanken wieder verstärkt auf das Retail Banking und versuchen zum Teil, mit attraktiven Konditionen für Einlagen Neukunden für sich zu gewinnen. Um ihre führende Marktstellung zu behaupten, hat die Postbank daher beispielsweise im Jahr 2007 die Einlagenzinsen im Spargeschäft erhöht. Im Firmenkundengeschäft sind die Margen traditionell gering und der hohe Wettbewerbsdruck erschwert die Durchsetzung risikoangemessener Margen. Im Hinblick auf bereits vorhandene Überkapazitäten ist Wachstum lediglich dadurch zu erreichen, dass von Wettbewerbern Marktanteile hinzugewonnen, Darlehensportfolien erworben oder Konkurrenten teilweise

Risikofaktoren

bzw. vollständig übernommen werden. Sollte der Postbank angesichts des harten Verdrängungswettbewerbs in Deutschland weiteres Wachstum nicht oder nicht in dem angestrebten Umfang gelingen, ist das Erzielen weiterer Skaleneffekte nur eingeschränkt möglich. Zudem sind der Erhöhung der Profitabilität durch kostensenkende Maßnahmen Grenzen gesetzt.

Der Eintritt jedes der vorgenannten Risiken könnte die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Postbank erheblich beeinträchtigen.

Die Geschäftstätigkeit und das Ergebnis der Postbank sind maßgeblich von der gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland abhängig und unterliegen Geschäftsrisiken sowie Beteiligungs- und Immobilienrisiken

Wie bei allen Banken wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank stark von ihrem Geschäftsumfeld geprägt. Dabei ist Deutschland der mit Abstand wichtigste geografische Markt der Postbank, auf dem sie in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 94 % der positiven Erträge erzielte, im Jahr 2007 94 %. Die gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland wurde seit Mitte 2007 zunehmend von starken Unsicherheiten an den Finanzmärkten, einer sich eintrübenden Konjunktur und hohem Preisanstieg gekennzeichnet, siehe „— *Einleitung: Hintergrund und Ausprägungen der gegenwärtigen Krise an den Finanzmärkten und ihre Auswirkungen auf das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland*“.

Sollte sich dieser Trend fortsetzen, könnte sich dies, insbesondere zusammen mit einer eventuell wieder steigenden Arbeitslosigkeit, negativ auf den privaten Konsum sowie die zur Geldanlage verfügbaren Mittel der Verbraucher auswirken. Das würde sich direkt auf die Nachfrage nach den entsprechenden Produkten der Postbank (beispielsweise Konsumentenkredite, Baufinanzierungen sowie Sparprodukte) auswirken. Nachlassendes Wirtschaftswachstum oder eine Rezession in Deutschland könnte weiterhin dazu führen, dass die Investitionstätigkeit der Unternehmen sinkt und entsprechend auch die Nachfrage nach Unternehmenskrediten der Postbank zurückgeht. Da das Wirtschaftswachstum in Deutschland weitgehend exportabhängig ist, könnten insbesondere ein weiteres Erstarken des Euro gegenüber dem U.S. Dollar sowie eine Rezession in den Vereinigten Staaten von Amerika (die „USA“) und anderen Exportmärkten der deutschen Wirtschaft belastend wirken. Eine Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland birgt ferner ein steigendes Risiko von Kreditausfällen und könnte Erhöhungen der Risikovorsorge notwendig machen, die sich erheblich negativ auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Postbank auswirken würden.

Sofern die gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland dazu führt, dass Tochtergesellschaften der Postbank keinen ihrer Bewertung entsprechenden Ergebnisbeitrag leisten, kann die Postbank zur Änderung der ihrer Bewertung der betreffenden Beteiligung zugrundeliegenden Annahmen gezwungen sein und außerplanmäßige Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert der Beteiligung (erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte zum 30. September 2008: € 1.631 Mio.) vornehmen müssen.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Immobilienbestands (Gesamtbuchwert der eigenen Immobilien der Postbank zum 31. Dezember 2007: € 768 Mio.) Immobilienrisiken wie Risiken aus Teilwertabschreibungen oder Veräußerungsverlusten, unter anderem da der Verkehrswert der einzelnen Immobilien beispielsweise verursacht durch Veränderungen von Angebot und Nachfrage, Verfügbarkeit von potenziellen Käufern und deren finanziellen Ressourcen sowie zyklischen Schwankungen des Immobilienmarktes Wertschwankungen unterliegen kann.

Zu den Risiken eines massiven Abzugs von Kundeneinlagen siehe „— *Die Postbank unterliegt Risiken im Hinblick auf die Verfügbarkeit ihrer Refinanzierungsquellen, die Erhöhung ihrer Refinanzierungskosten und die Verfügbarkeit ausreichender Liquidität*“.

Insbesondere aufgrund der globalen Vernetzung der Finanzmärkte könnte die gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland ferner durch Naturkatastrophen, Epidemien, Terroranschläge, Kriegshandlungen und sonstige Schadensereignisse mit weitreichenden Auswirkungen beeinträchtigt werden, selbst wenn es sich dabei um Vorkommnisse außerhalb Deutschlands handeln sollte.

Sollten sich eines oder mehrere der vorstehenden Risiken realisieren, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank haben.

Es ist ungewiss, ob der Postbank die Umsetzung ihrer mit dem Programm „Next Step“ und sonstigen Strategiemeasures verfolgten Ziele gelingen wird

Die Postbank strebt mit ihrem Strategieprogramm „Next Step“ an, ihre Wettbewerbsposition als einer der großen Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen in Deutschland mit Schwerpunkt auf dem Privatkundengeschäft weiter zu stärken. Die Postbank plant in diesem Zusammenhang, sich auf ihre Stammkunden zu fokussieren und die so genannte Cross-Selling-Quote zu erhöhen. Dazu sollen vor allem die Kundenorientierung und die Servicequalität weiter verbessert werden, insbesondere durch umfangreiche Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Ferner ist im Firmenkundengeschäft eine Erhöhung des Bestands an Mittelstandskrediten geplant, was unter anderem eine ausreichende Nachfrage bei den Firmenkunden voraussetzt. Mittels definierter Erfolgskriterien (Key Performance Indicators — KPIs) unter anderem zu den Themen Kundenzahlen, Cross-Selling und Produktivität der Vertriebskanäle beabsichtigt die Postbank, die ergriffenen Maßnahmen zu steuern, ihre Fortschritte zu messen und transparent zu machen. Vor dem Hintergrund der Belastungen des Ergebnisses der Postbank durch die mit der Finanzmarktkrise einhergehenden Marktverwerfungen erwägt die Postbank risikobegrenzende Anpassungen ihres Geschäftsmodells, welche die Verwirklichung der strategischen Ziele der Postbank erschweren könnten. Sollte es der Postbank nicht gelingen, das Neugeschäft in wesentlichen Produktkategorien weiter auszubauen und Marktanteile hinzuzugewinnen oder sollte die angestrebte und veröffentlichte Entwicklung der KPIs verfehlt werden, könnte dies den Aktienkurs der Gesellschaft beeinträchtigen. Die eingeleiteten Initiativen zur Umsetzung des Strategieprogramms „Next Step“ binden Managementkapazitäten und sind mit Investitionen verbunden. Sollte die Postbank ihre damit verfolgten Ziele nicht erreichen, könnte dies negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Postbank, insbesondere den Produktabsatz, und ihre Profitabilität haben.

Das Risikomanagement der Postbank könnte möglicherweise nicht ausreichend effizient sein und insbesondere die zur Steuerung der Markt-, Kredit- und Kollektivrisiken der Postbank eingesetzten Modelle könnten die Risiken insbesondere in Marktkrisen nicht adäquat abbilden, sonst fehlerhaft sein oder nicht ordnungsgemäß angewendet werden

Obwohl die Postbank erheblich in die Entwicklung von Risikomanagementstrategien und -techniken sowie interne Kontrollverfahren investiert und diese fortlaufend auf ihre Angemessenheit überprüft und im Hinblick auf die Ergebnisse interner und externer (Aufsichtsbehörden, Wirtschaftsprüfer) Prüfungen gegebenenfalls entsprechend überarbeitet, besteht keine Gewähr dafür, dass das Risikomanagement der Postbank ausreichend effizient ist, um alle Risikoarten in jedem Marktumfeld, auch bei Krisen, zutreffend zu erfassen, zu bewerten und vollständig abzusichern bzw. erfolgreich zu steuern. Dies gilt insbesondere für Risiken, welche die Postbank nicht erkennt oder nicht erwartet. Zur Quantifizierung des Risikopotenzials ihrer Geschäftstätigkeit nutzt die Postbank vielfach statistische Verfahren, in die Beobachtungen des historischen Marktverhaltens einfließen. Davon signifikant abweichende Marktbewegungen sind möglicherweise nicht umfassend in den statistischen Modellen berücksichtigt; insbesondere erhebliche Verwerfungen auf den Finanzmärkten wie in jüngerer Vergangenheit und ihre Auswirkungen, wie beispielsweise die hohen Spreadausweitungen, sind nur schwer vorhersehbar. So zeigten sich infolge der hohen Volatilität der Marktpreise im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise bei der Überprüfung der Prognosegenauigkeit der Modelle, welche die Postbank für die Messung von Marktpreisrisiken verwendet, beim Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktwertveränderungen einige teilweise signifikante Abweichungen. Treten Umstände ein, welche die Postbank bei der Entwicklung ihrer statistischen Modelle nicht bedacht hat oder die sie nicht erkannt bzw. nicht richtig eingeschätzt hat, könnten ihre Verluste größer ausfallen, als es die Ergebnisse der Modellrechnungen und selbst der Stresstests, die zur Analyse von Verlustpotenzialen bei außergewöhnlichen Marktentwicklungen dienen, erwarten ließen.

Die von der Postbank wie auch die von anderen Banken verwendeten Modelle zur Risikomessung stellen zwangsläufig nur Annäherungen an die Realität dar. Dies wird unter anderem deutlich beim Management der Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken aus den für die Postbank besonders bedeutsamen variabel verzinslichen Einlagegeschäften, die eine Modellierung der Zins- und Kapitalbindungen erforderlich machen. Dafür verwendet die Postbank das gängige Verfahren der gleitenden Durchschnitte: Unter der getroffenen Annahme eines langfristig stabilen Bodensatzes der Kundenvolumina zielt der gleitende Durchschnitt darauf ab, Portfolios aus Geld- und Kapitalmarktgeschäften zu bilden, die das Zinsanpassungs- und

Risikofaktoren

Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Zins- oder Kapitalbindungen der variabel verzinslichen Produkte anders verhalten als nach dem Verfahren der gleitenden Durchschnitte berechnet. Ähnliche Prognoseunsicherheiten sind mit dem Bauspargeschäft (Kollektivgeschäft) der Postbank verbunden und erschweren die derzeit noch nicht erfolgende detaillierte Quantifizierung der Kollektivrisiken (siehe „— Die Postbank unterliegt im Bauspargeschäft Kollektivrisiken durch eine Abweichung des tatsächlichen vom prognostizierten Verhalten der Bausparkunden, etwa bei der Ausübung von Wahlrechten unter ihren Bausparverträgen“).

Auch der Einsatz von — insbesondere komplexeren — finanzmathematischen Modellen in der Bewertung ist in hohem Maß von Annahmen und Schätzungen abhängig. Diese können Änderungen etwa aufgrund sich wandelnder oder lediglich anders beurteilter Marktgegebenheiten und -trends unterliegen. Finanzmathematische Modelle verwendet die Postbank zur Bewertung von Vermögenswerten, für die keine liquiden Marktpreise vorliegen, weil sie nicht an der Börse gehandelt werden oder der Handel (wie beispielsweise bei strukturierten Kreditprodukten und im Kreditersatzgeschäft infolge der Finanzmarktkrise) weitgehend zum Erliegen gekommen ist, so dass keine aussagekräftigen indikativen Kurse existieren. Sollten die von der Postbank eingesetzten Modelle zur Bewertung nicht adäquat sein oder nicht ordnungsgemäß angewendet werden, könnte dies erhebliche unerwartete Verluste zur Folge haben.

Zudem stützt sich die Postbank vor allem beim Management schwer quantifizierbarer Risiken (zum Beispiel operationeller Risiken) auf qualitative Ansätze, die sich als unzureichend erweisen könnten.

Sollte sich eines der vorgenannten Risiken realisieren, könnte sich dies erheblich nachteilig auf die Risikotragfähigkeit der Postbank und ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

Die Postbank unterliegt Geschäftsrisiken im Hinblick auf ihre Vertriebskanäle

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank wird wesentlich durch den Erfolg beim Absatz ihrer Kernprodukte, insbesondere in den Bereichen Giro, Sparen und Anlegen, Baufinanzierung und Bausparen, beeinflusst, und ist damit abhängig von der Leistungsfähigkeit ihrer Vertriebsplattform, insbesondere der Vertriebskanäle Filialvertrieb (einschließlich Baufinanzierungsberater), mobiler Vertrieb und Drittvertrieb. Bei den Beratern sowohl des mobilen Vertriebs (Finanzmanager und Vermögensberater) als auch des Drittvertriebs sowie den dem Filialvertrieb zugeordneten Baufinanzierungsberatern handelt es sich überwiegend um selbstständige Handelsvertreter, die primär beratungsintensivere Baufinanzierungs- und Bausparprodukte sowie Versicherungen, Konzepte zur Altersvorsorge und Privatkredite anbieten und umsatzabhängig vergütet werden. Daneben bestehen im Drittvertrieb auch Kooperationen mit Deutschlands großen Finanzberatungsgesellschaften. Gelingt es der Postbank nicht, qualifizierte Berater für ihre Vertriebskanäle zu gewinnen oder dauerhaft an sich zu binden, könnte sich dies wesentlich nachteilig auf das vermittelte Neugeschäftsvolumen und die Pflege des Bestandsgeschäfts der Postbank auswirken. Dieselben Risiken könnten sich verwirklichen, wenn eine oder mehrere der Kooperationen mit den unabhängigen Finanzdienstleistungsgesellschaften beendet würden. Müsste die Postbank im Rahmen eines sich verschärfenden Wettbewerbs um qualifizierte Berater und Kooperationspartner höhere Provisionen zahlen, könnte dies negative Folgen für die Profitabilität der Postbank haben. Sollten Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote der Postbank von ihren Vertriebskräften nicht angenommen werden oder nicht den gewünschten Erfolg haben, könnte sich dies negativ auf die Beratungsqualität und damit auf die Kundenzufriedenheit auswirken.

Tatsächliche oder vermeintliche Beratungs- und Aufklärungsfehler, insbesondere bei komplexeren Produkten, könnten dazu führen, dass gegen die Postbank Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden. Schadensersatzforderungen gegen die Postbank in größerem Umfang, unabhängig von deren Berechtigung, könnten die Reputation der Postbank beschädigen. Die Abwehr solcher Reputationsrisiken kann erheblichen Aufwand verursachen. Schadensersatzpflichten der Postbank aufgrund von Beratungs- oder Aufklärungsfehlern könnten erhebliche negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Postbank und ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Für den stationären Vertrieb der Postbank sind langfristige Verträge mit der Deutsche Post AG von besonderer Bedeutung

Zwischen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG bestehen seit 1. Januar 2006 drei Kooperationsverträge betreffend den Vertrieb von Postprodukten und -dienstleistungen durch die Postbank in ihren eigenen Filialen („PDL Kooperationsvertrag“) sowie von Finanzdienstleistungen der Postbank („FDL Kooperationsvertrag“) und von so genannten neuen Dienstleistungen („NDL Kooperationsvertrag“) jeweils durch die Deutsche Post AG in deren Filialnetz im Namen und für Rechnung der Postbank bzw. im Auftrag der Postbank für deren Vertragspartner. Die Kooperationsverträge werden durch einen Servicevertrag, der die Erbringung von Operations-, Service- und IT-Dienstleistungen durch die Deutsche Post AG regelt, und eine Rahmenvereinbarung zur Qualitätssicherung, die einzuhaltende Qualitätsparameter im Filialnetz der Postbank und der Deutsche Post AG festlegt, ergänzt. Die Kooperationsverträge laufen auf unbestimmte Zeit und sind erstmalig zum 31. Dezember 2012 mit einer Frist von drei Jahren zum Jahresende kündbar. Die Deutsche Post AG und die Gesellschaft beabsichtigen, die Kooperationsverträge über das Jahr 2012 hinaus zu verlängern.

Die Kooperation mit der Deutsche Post AG ist für den stationären Vertrieb der Postbank von wesentlicher Bedeutung. Indem die Postbank in ihren Filialen auch Postdienstleistungen anbietet, erhöht sich der tägliche Besucherstrom stark, was neben einer besseren Auslastung des eigenen Filialnetzes ein großes Potenzial für Neugeschäft mit sich bringt, da viele der Besucher noch keine Kundenbeziehung zur Postbank unterhalten. Eine Beendigung des PDL Kooperationsvertrages könnte neben hohen Remanenzkosten im Filialvertrieb (aufgrund des hohen Anteils unkündbarer Mitarbeiter) und dem Wegfall der Provisionszahlungen der Deutsche Post AG für den Vertrieb von Postprodukten und -dienstleistungen auch das Neugeschäft der Postbank beeinträchtigen und somit erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank haben. Da sich die Gesellschaft und die Deutsche Post AG im PDL Kooperationsvertrag wechselseitig zur exklusiven Zusammenarbeit verpflichtet haben, ist es der Postbank während der Vertragslaufzeit verwehrt, ohne Zustimmung der Deutsche Post AG eine alternative Kooperation mit einem anderen Vertragspartner aufzubauen. Die Kooperation mit der Deutsche Post AG beim Vertrieb von Finanzdienstleistungen ermöglicht der Postbank einen flächendeckenden Kundenzugang durch die hohe Anzahl der Filialen. Der FDL Kooperationsvertrag enthält zwar die Verpflichtung, eine Mindestanzahl von Postfilialen, in denen Finanzdienstleistungen der Postbank vertrieben werden, aufrechtzuerhalten, aber die festgelegte Mindestzahl verringert sich jährlich bis 2011; danach soll ein weiterer Abbau von Postfilialen auf Basis von vertraglich noch zu vereinbarenden Kriterien erfolgen. Verringert sich die Anzahl der Postfilialen, welche der stationäre Vertrieb der Postbank nutzen kann, spürbar, kann dies zu einem Rückgang beim Absatz von Finanzdienstleistungen, insbesondere Girokonten, führen, den Postbank-Service in der Fläche einschränken und die Loyalität der Postbank-Kunden beeinträchtigen. Auch an den NDL Kooperationsvertrag ist die Postbank langfristig gebunden, obwohl wenig monetäre Anreize für eine Steigerung des Absatzes durch die Deutsche Post AG bestehen und die wirtschaftliche Bedeutung des NDL-Geschäfts voraussichtlich weiter abnehmen wird.

Sollten sich eines oder mehrere der vorstehenden Risiken realisieren, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit oder Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank haben.

Es ist ungewiss, ob es in der Zukunft ausreichende Nachfrage nach den im Geschäftsbereich Transaction Banking angebotenen Bankdienstleistungen geben wird

Die Postbank verfolgt im Geschäftsbereich Transaction Banking die Strategie, verstärkt konzernexterne Kunden für ihre Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Geschäftsfeldern Zahlungsverkehr, Kontoservices und Kreditabwicklung zu gewinnen. Bisher ist dies für das Geschäftsfeld Zahlungsverkehr gelungen; in Deutschland hat die Postbank am Markt für Zahlungsverkehr einen Anteil von etwa 20 %, den sie im Wesentlichen mit drei externen Kunden (Dresdner Bank, Deutsche Bank und HypoVereinsbank) auf der Basis von Auslagerungsverträgen erzielt. Der Ertrag der Postbank im Geschäftsbereich Transaction Banking ist stark vom Transaktionsvolumen abhängig, das durch diese Kunden in deren eigenem Geschäft erzeugt wird. Sollte sich das abzuwickelnde Transaktionsvolumen dieser Kunden verringern oder die Geschäftsbeziehung zu einem oder mehreren dieser Kunden, etwa durch Kündigung infolge Kontrollwechsels, wie in den Auslagerungsverträgen mit leicht divergierender Definition des Kontrollwechsels vorgesehen, enden, hätte dies negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank.

Risikofaktoren

Zudem wäre die Rentabilität der Investitionen in die kürzlich neu eingeführten mandantenfähigen IT-Abwicklungsplattformen für den Inlands- und Auslandszahlungsverkehr beeinträchtigt. Um Skaleneffekte zu realisieren und profitabel zu wachsen, strebt die Postbank an, die Abwicklung des Zahlungsverkehrs (gegebenenfalls mit einem Partner) europaweit anzubieten und so ausländische Kunden zu akquirieren. Angesichts abweichenden Konsumentenverhaltens, anderer Geschäftspraktiken und regulatorischer und steuerlicher Rahmenbedingungen in den ausländischen Märkten und lokaler Wettbewerber, die mit den Gegebenheiten in dem jeweiligen Land besser vertraut sind, sind die Eintrittsbarrieren für die Zahlungsabwicklung in ausländischen Märkten trotz der begonnenen Einführung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA) hoch. Daher besteht keine Gewähr dafür, dass der Postbank mit ihrem Geschäftsbereich Transaction Banking die Expansion in ausländische Märkte gelingen wird. Sollte die Nachfrage Dritter langfristig nicht die erforderliche kritische Größe erreichen, hätte dies nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank.

Die Postbank unterliegt operationellen Risiken, vor allem hinsichtlich ihrer komplexen IT-Systeme

Die Postbank unterliegt operationellen Risiken, also der Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Ereignissen eintreten.

Vor allem die komplexen Informationstechnologie („IT“-)Systeme der Postbank, von denen ihre Geschäftstätigkeit in hohem Maße abhängt, bergen operationelle Risiken. Insbesondere im Geschäftsbereich Transaction Banking sind die Funktionsfähigkeit, Stabilität und Zuverlässigkeit der IT-Abwicklungsplattformen essentiell. IT-Systeme, einschließlich Bankautomaten und die Internetplattform der Postbank, sind gegenüber einer Reihe von Problemen wie Computerviren, Angriffen durch Hacker, betrügerische Manipulation, Phishing, Soft- oder Hardwarefehler sowie Schäden an den Rechenzentren anfällig, welche die IT-Systeme teilweise oder vollständig zum Ausfall bringen können. Ausfälle der IT-Systeme könnten erhebliche Störungen oder eine vorübergehende Einstellung des Geschäftsbetriebs der Postbank bewirken, Schadensersatzansprüche von Kunden und Vertragspartnern der Postbank zur Folge haben sowie finanzielle und Reputationsschäden verursachen. Des Weiteren müssen die IT-Systeme regelmäßig angepasst und aktualisiert werden, um den Anforderungen sich ändernder Geschäftsstrategien und aufsichtsrechtlicher Erfordernisse zu entsprechen. Sollte die Postbank nicht in der Lage sein, die künftig erforderlichen Anpassungen ihrer IT-Systeme auch weiterhin erfolgreich vorzunehmen, könnte dies zu einer Beeinträchtigung ihrer Geschäftstätigkeit und einer Verletzung von aufsichtsrechtlichen Vorschriften, die möglicherweise sanktionsbewehrt sind, führen.

Auch durch Verstöße von Mitarbeitern gegen gesetzliche Vorschriften, vertragliche Vereinbarungen, interne Vorgaben (zum Beispiel Kreditgenehmigungsrichtlinien) oder Beratungs- und Aufklärungspflichten vis-à-vis Vertragspartnern, durch fehlerhafte Ausführung von Kundenaufträgen sowie durch kriminelle Handlungen externer oder interner Personen (zum Beispiel betrügerische Verhaltensweisen von Kreditnehmern oder Mitarbeitern) könnte die Postbank Schäden erleiden.

Weitere operationelle Risiken könnten beispielsweise Irrtümer bei der Rechnungslegung oder Mängel im Zusammenhang mit der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen auf ein anderes Unternehmen betreffen.

Sollte sich eines der vorgenannten Risiken realisieren, könnte sich dies erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank auswirken.

Die Postbank ist Risiken durch ihre Geschäftsaktivitäten außerhalb Deutschlands ausgesetzt

Auch die Geschäftsaktivitäten der Postbank außerhalb Deutschlands unterliegen unter anderem Kredit- und Marktrisiken. Zusätzlich zu den beschriebenen Ausprägungen dieser Risiken können diese durch die Marktgegebenheiten in den betreffenden Auslandsmärkten erhöht oder modifiziert sein. Beispielsweise ist die Postbank bei gewerblichen Immobilienfinanzierungen in den USA und Großbritannien engagiert, die als teilweise überhitzte Märkte gelten. Zudem können Kreditengagements im Ausland so genannte Länderrisiken darstellen, d.h. ein Verlustrisiko aufgrund von politischen oder sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen sowie

Risikofaktoren

Abwertung oder Entwertung der Landeswährung begründen. Durch derartige landesspezifische Umstände könnten die Verlustrisiken der Postbank erhöht und die Risikoeinschätzung und -steuerung für die Postbank erschwert sein. Die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen sowie die regulatorischen Anforderungen auf ausländischen Märkten, in denen die Postbank tätig ist, können von den in Deutschland geltenden abweichen. Die Einhaltung dieser Rahmenbedingungen und Anforderungen kann zusätzlichen administrativen und finanziellen Aufwand für die Postbank verursachen. Die Wettbewerbssituation der Postbank im Ausland kann von der in Deutschland gegebenen abweichen und spezielle strategische Maßnahmen erfordern, um auf diesen Märkten erfolgreich zu sein. Sollte sich eines oder alle der vorstehenden Risiken aus den Auslandsaktivitäten der Postbank realisieren, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank haben.

Die Postbank ist Risiken aus der möglichen Rückkehr von vormalis bei ihr Beschäftigten aus inaktiven Beschäftigungsverhältnissen bzw. Ausübung von Rückkehrrechten ausgesetzt

Zum 30. September 2008 waren rund 1.540 Personen, die vormalis als Beamte oder Arbeitnehmer bei der Postbank tätig waren, beim Deutsche Post-Konzern tätig oder vorübergehend beurlaubt, die ein gesetzliches oder vertragliches Recht auf Rückkehr in ein aktives Beschäftigungsverhältnis bei der Postbank haben. Macht eine erhebliche Anzahl dieser Personen von ihrem Rückkehrrecht Gebrauch, beispielsweise im Zusammenhang mit einem etwaigen Kontrollwechsel bei der Gesellschaft, würde dies zu einer spürbaren Erhöhung des Personalaufwands führen. Damit ist auch das Risiko einer Verringerung der Profitabilität der Postbank verbunden. Bei Beamten sind ferner die spezifisch beamtenrechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten.

Risiken aus der Aktionärsstruktur der Postbank

Die Deutsche Post AG und nach Vollzug des Vertrags über den Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft die Deutsche Bank AG können jeweils einen erheblichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben

Die Deutsche Post AG hält zum Datum dieses Prospekts (mittelbar über Tochtergesellschaften) 50 % plus eine Aktie des Grundkapitals der Gesellschaft und hat sich verpflichtet, an dem Angebot teilzunehmen und die auf sie entfallenden Bezugsrechte vollständig auszuüben. Soweit der Bezugspreis € 18,25 nicht übersteigt, hat sich die Deutsche Post AG weiterhin verpflichtet, sämtliche Aktien aus der Kapitalerhöhung, die nicht platziert werden, zum Bezugspreis aufzunehmen. Somit wird die Deutsche Post AG nach Durchführung des Angebots (und vorbehaltlich der Platzierung der mit Bezugsrechtsausschluss versehenen Aktienspitzen) bis zum Vollzug des im September vereinbarten Verkaufs einer Minderheitsbeteiligung an die Deutsche Bank AG weiterhin mindestens 50 % der Aktien an der Gesellschaft halten; in dem Fall, dass die Deutsche Post AG sämtliche Aktien aus der Kapitalerhöhung übernimmt, hätte sie nach Durchführung des Angebots bis zum Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung an die Deutsche Bank AG eine Beteiligung von 62,5 % am Grundkapital der Gesellschaft. Mit Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung an die Deutsche Bank AG, der nach Angaben der Deutsche Post AG — abhängig vom Eintritt verschiedener Bedingungen, einschließlich der Genehmigung durch die zuständigen Kartell- und Bankaufsichtsbehörden — für das erste Quartal 2009 vorgesehen ist, wird die Gesellschaft nicht mehr eine Mehrheitsaktionärin haben, die mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu fassende Hauptversammlungsbeschlüsse der Gesellschaft allein mit ihren Stimmen herbeiführen kann, sondern zwei Großaktionäre. Es lässt sich nicht ausschließen, dass die Interessen des jeweiligen Großaktionärs von denen des jeweils anderen Großaktionärs oder den Interessen der übrigen Anleger abweichen. Mit ihrer Beteiligung von 29,75 % wird die Deutsche Bank AG eine Sperrminorität halten, und es wird ihr möglich sein, ihr nicht genehme Beschlüsse der Hauptversammlung, die mit einer qualifizierten Mehrheit von drei Viertel des vertretenen Grundkapitals zu fassen sind, zu verhindern. Dazu gehören beispielsweise Beschlüsse über die Schaffung von genehmigtem oder bedingtem Kapital, die Erhöhung des Grundkapitals unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre, die Änderung des Unternehmensgegenstands sowie Verschmelzungen, Spaltungen und formwechselnde Umwandlungen. Die Vereinbarung zwischen der Deutsche Bank AG und der Deutsche Post AG vom 12. September 2008 enthält nach Mitteilungen der Vertragsparteien ferner die Option der Deutsche Bank AG, ein weiteres Aktienpaket in Höhe von 18,0 % an der Gesellschaft zu erwerben (Kaufoption), und die Option der Deutsche Post AG, ihren verbleibenden Anteil an der Gesellschaft an die Deutsche Bank AG

Risikofaktoren

zu verkaufen (Verkaufsoption). Die Kaufoption kann angabegemäß zwischen 12 und 36 Monaten und die Verkaufsoption zwischen 21 und 36 Monaten nach dem Abschluss des Erwerbs der Minderheitsbeteiligung von 29,75 % ausgeübt werden. Sofern eine der Optionen ausgeübt wird oder wenn die Deutsche Bank AG eine entsprechende Anzahl von Aktien über die Börse erwirbt, verfügt die Deutsche Bank AG über mehr als 30 % der Stimmrechte an der Gesellschaft und ist ab Erreichen von 30 % der Stimmrechte an der Gesellschaft (vorbehaltlich einer etwaigen Befreiung) verpflichtet, den ausstehenden Aktionären ein Angebot zum Erwerb ihrer Aktien zu unterbreiten. In jedem Fall würde sie ihren Einfluss auf die Gesellschaft erhöhen und — in Abhängigkeit von ihrer Beteiligungshöhe — dann unter Umständen auch Mehrheitsbeschlüsse fassen können.

Die Postbank ist Risiken aus der Beendigung wesentlicher Kooperationsverträge im Falle eines Kontrollwechsels ausgesetzt

Die Gesellschaft hat mit der Talanx AG sowie drei Tochtergesellschaften der Talanx AG Vereinbarungen geschlossen, die dem Vertrieb von Talanx-Versicherungsprodukten über den stationären und mobilen Vertrieb sowie über das Call Center und die Internetplattform der Postbank dienen. Ferner besteht zwischen der Gesellschaft und der HUK-COBURG Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse kraftfahrender Beamter Deutschlands a.G. („HUK-COBURG“) eine reziproke Vertriebspartnerschaft, wonach die Postbank über ihren mobilen, stationären und Direkt-Vertrieb exklusiv Kfz-, Haftpflicht- und Sachversicherungen der HUK-COBURG Gruppe und umgekehrt die HUK-COBURG exklusiv bestimmte Retail-Bankprodukte der Postbank über ihr Vertriebsnetz vertreibt. Die Talanx-Vertriebsvereinbarungen bzw. die Vertriebspartnerschaft mit der HUK-COBURG können seitens der drei Tochtergesellschaften der Talanx AG bzw. der HUK-COBURG mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, wenn ein Dritter, der kein mit einer Partei verbundenes Unternehmen ist, direkt (oder indirekt über den Kontrollwerb an einem die Gesellschaft beherrschenden Unternehmen) die Kontrolle an der Gesellschaft erlangt. Die Kündigung aufgrund eines Kontrollwechsels könnte den Vertrieb der Talanx-Versicherungsprodukte bzw. der Versicherungsprodukte der HUK-COBURG durch die Postbank und die daraus erzielten Vergütungen, welche für die Geschäftstätigkeit der Postbank von wesentlicher Bedeutung sind, gefährden bzw. beeinträchtigen. Zudem könnte die Postbank bei Kündigung der Vereinbarung hinsichtlich des Vertriebs ihrer Retail-Bankprodukte über das Vertriebsnetz der HUK-COBURG aufgrund eines Kontrollwechsels Absatzrückgänge erleiden. Sollte die Deutsche Post AG ihre Verkaufsoption aus dem zwischen ihr und der Deutsche Bank AG am 12. September 2008 geschlossenen Vertrag im Hinblick auf die Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft ausüben (siehe „— *Die Deutsche Post AG und nach Vollzug des Vertrags über den Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft die Deutsche Bank AG können jeweils einen erheblichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben*“), hätte dies einen Kontrollwechsel zur Folge. Unter Umständen könnte auch die Ausübung der Kaufoption durch die Deutsche Bank AG zu einem Kontrollwechsel im vorgenannten Sinne führen.

Zu den Risiken, die sich aus einem Kontrollwechsel im Geschäftsbereich Transaction Banking ergeben, siehe „— *Markt- und geschäftsbezogene Risiken — Es ist ungewiss, ob es in der Zukunft ausreichende Nachfrage nach den im Geschäftsbereich Transaction Banking angebotenen Bankdienstleistungen geben wird*“.

Regulatorische, sonstige rechtliche und steuerliche Risiken

Das regulatorische Umfeld der Postbank ist zunehmend komplex und weitere Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen könnten die Kosten der Postbank erhöhen oder die Attraktivität bestimmter Geschäftsarten und Finanzinstrumente beeinträchtigen; die Nichteinhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften kann zur Verhängung von Sanktionen führen

Die Geschäftstätigkeit der Postbank ist stark reglementiert und die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen sind in den letzten Jahren, vor allem durch europarechtliche Vorgaben beispielsweise zur Verbesserung des Kundenschutzes und zur Steigerung der Transparenz im Beratungs- und Ordergeschäft für Finanzmarktinstrumente (Markets in Financial Instruments Directive (MiFID) — Finanzmarkttrichtlinie) oder zu neuen risikogerechteren Eigenkapitalanforderungen (Basel II; Neufassung der Bankenrichtlinie und der Kapitaladäquanzrichtlinie durch die Capital Requirements Directive), immer komplexer geworden. Die operative Umsetzung dieser Neuregelungen erforderte erhebliche Investitionen. Weitere regulatorische Änderungen wie etwa bei den Anforderungen an hybride Eigenkapitalinstrumente oder beim Großkreditregime durch

eine Überarbeitung der Capital Requirements Directive sind bereits absehbar. Die Finanzmarktkrise könnte eine wesentliche Verschärfung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und eine Neufassung von Rechnungslegungsvorschriften nach sich ziehen. Diskutiert wird zum Beispiel ein Vorschlag des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zu einer höheren Kapitalunterlegung für Positionen des Handelsbuchs. Ebenso gibt es Vorschläge für Änderungen bei der Bestimmung des Zeitwerts von Finanzinstrumenten in illiquiden Märkten sowie den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben für Verbriefungen. Eine Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen (wie sie derzeit unter anderem auch in Deutschland erwogen wird) sowie Änderungen von Bilanzierungsregeln und Rechnungslegungsstandards und deren Interpretation könnten erheblichen weiteren Kapitalbedarf auslösen und mit erheblichem Verwaltungsaufwand und Investitionen verbunden sein und dazu führen, dass sich bestimmte Geschäftsarten und Finanzinstrumente nachteilig auf die Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung der Postbank auswirken.

Ein anspruchsvolles, sich rasch wandelndes regulatorisches Umfeld stellt hohe Anforderungen an die Organisation der Postbank, zu deren Prüfung Aufsichtsbehörden — unter Umständen auch ohne besonderen Anlass — Untersuchungen vornehmen können. Sollte es der Postbank nicht gelingen, die vielschichtigen aufsichtsrechtlichen Erfordernisse angemessen umzusetzen und einzuhalten, könnten gegen die Postbank Auflagen oder Sanktionen verhängt werden, welche die Geschäftstätigkeit der Postbank beeinträchtigen und ihrer Reputation schaden könnten. Die Realisierung eines oder mehrerer dieser Risiken könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Profitabilität der Postbank sowie ihre Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben.

Trotz Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen entspricht die Kapitalausstattung der Postbank möglicherweise nicht den Markterwartungen oder die Kapitalausstattung der Postbank bleibt hinter der von Wettbewerbern zurück

Die in Deutschland für die Postbank und andere Banken geltenden aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung liegen, obwohl diese Anforderungen sich in letzter Zeit verschärft haben, weiterhin unterhalb der Eigenmittelausstattung, die von Marktteilnehmern erwartet und als angemessen erachtet wird. Sowohl die Erwartungen von Marktteilnehmern als auch der Bedarf an ökonomischem Eigenkapital hängen stark vom Geschäftsmodell, der Bilanzstruktur und den eingegangenen Risiken ab. Bleibt die Postbank trotz Erfüllung der regulatorischen Anforderungen in ihrer Eigenmittelausstattung hinter der Markterwartung zurück und kann die Postbank ihre Eigenmittelausstattung nicht weiter verbessern, kann dies unter anderem dazu führen, dass die Postbank Geschäftsmöglichkeiten nicht wahrnehmen kann, dass bestimmte Geschäftstätigkeiten oder Investitionen beendet oder eingeschränkt werden müssen, dass die Refinanzierungsmöglichkeiten der Postbank stark eingeschränkt oder verteuert werden oder dass Kontrahenten und potenzielle Geschäftspartner die Postbank nicht mehr als geeigneten Geschäftspartner ansehen. Die Realisierung eines dieser Risiken könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Postbank haben.

Sollte die Postbank Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Anspruch nehmen, könnte dies unter anderem zu Einschränkungen im Hinblick auf Dividendenausschüttungen und die Vorstandsgehälter, zu einschränkenden Vorgaben in Bezug auf das Geschäftsmodell sowie zu einer Verwässerung der Aktionärsrechte führen

Falls die Postbank Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz wie darin vorgesehene Kapitalerhöhungen, die Begebung von Genussrechten, jeweils unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre, oder Garantien für Schuldtitel oder Verbindlichkeiten in Anspruch nehmen sollte, könnte dies zu einer Verwässerung der Aktionärsrechte führen. Derartige Stabilisierungsmaßnahmen könnten ferner mit einschränkenden Anforderungen im Hinblick auf Dividendenausschüttungen, Vorstandsgehälter und das Geschäftsmodell an sich verbunden werden. Die Postbank prüft unter Beobachtung der weiteren Entwicklungen an den Finanzmärkten fortlaufend, ob die Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen im Unternehmensinteresse liegt.

Die von der Gesellschaft gezahlte Vergütung für die Nutzung des Filialnetzes der Deutsche Post AG könnte eine unerlaubte staatliche Beihilfe darstellen

Bis Januar 2006 bestand zwischen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG eine Kooperationsvereinbarung, wonach die Gesellschaft gegen Vergütungszahlungen zur Nutzung des Filialnetzes der Deutsche Post AG berechtigt war. Die deutsche Monopolkommission hat in ihrem Sondergutachten zum Thema „Telekommunikation und Post 2003: Wettbewerbsintensivierung in der Telekommunikation — Zementierung des Postmonopols“ den Vorwurf erhoben, dass die Vergütungszahlungen der Gesellschaft an die Deutsche Post AG nach der Kooperationsvereinbarung eine unerlaubte staatliche Beihilfe im Sinne des europäischen Beihilferechts darstellten, weil eine Quersubventionierung der Gesellschaft durch die Deutsche Post AG aus den Einnahmen des (auf der Grundlage einer Exklusivlizenz betriebenen) Briefdienstes erfolge. Die Monopolkommission hat ihren Vorwurf darauf gestützt, dass die Vergütung für die Schalterdienstleistungen keine „marktgerechte Vergütung“ sei, wie sie nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs verlangt werde. Der Vorwurf war Gegenstand von Auskunftersuchen der Europäischen Kommission in den Jahren 2004 und 2005 an die Bundesregierung, die die Bundesregierung unter Vorlage von Kostendaten beantwortet hat. Die Europäische Kommission hat sich dazu nach Kenntnis der Gesellschaft bisher nicht geäußert. In einer Entscheidung vom 12. September 2007 (Abl. C 245/21 v. 19.10.2007), mit der ein förmliches Prüfverfahren wegen staatlicher Transfers zugunsten der Deutsche Post AG (Ausgleichszahlungen 1990-1994, staatliche Bürgschaften und Finanzierung von Beamtenpensionen) eröffnet wurde, wird allerdings auch die Vergütung für die Nutzung des Filialnetzes durch die Postbank als Fall möglicher Quersubventionierung wieder erwähnt. Die Untersuchung betrifft auch die Kostenzuordnung zwischen reguliertem Briefdienst, Universaldienst und Wettbewerbsdiensten innerhalb der Deutsche Post AG bzw. ihrer Rechtsvorgängerin und damit die bis Januar 2006 gültige Kooperationsvereinbarung sowie die neuen Kooperationsverträge zwischen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG. Anfang 2006 stellten die Gesellschaft und die Deutsche Post AG nämlich im Zusammenhang mit dem Erwerb von 850 Filialen der Deutsche Post AG durch die Postbank ihre Zusammenarbeit in drei Kooperationsverträgen auf eine neue Grundlage (siehe „— Markt- und geschäftsbezogene Risiken — Für den stationären Vertrieb der Postbank sind langfristige Verträge mit der Deutsche Post AG von besonderer Bedeutung“).

Die Postbank ist der Ansicht, dass die von der Gesellschaft gemäß der bis Januar 2006 gültigen Kooperationsvereinbarung gezahlte Vergütung für die Nutzung des Filialnetzes der Deutsche Post AG den Anforderungen des europäischen Beihilferechts gerecht wird. Der Europäische Gerichtshof hat die frühere Rechtsprechung, der eine Forderung nach einer „marktgerechten Vergütung“ hätte entnommen werden können, nämlich mittlerweile durch das „Chronopost“-Urteil vom 3. Juli 2003 weiterentwickelt. In diesem Urteil hob der Europäische Gerichtshof hervor, dass eine staatliche Beihilfe nicht vorliege, wenn für die Nutzung von postalischen Infrastrukturen, die im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge aufgebaut wurden und deren Größe am öffentlichen Versorgungsauftrag ausgerichtet ist, die Gegenleistung die variablen Zusatzkosten und einen „angemessenen“ Beitrag zu den Festkosten des in Anspruch genommenen Netzes sowie eine „angemessene“ Vergütung des darauf entfallenden Eigenkapitals umfasst.

Gleichwohl lässt sich nicht ausschließen, dass die Europäische Kommission oder die europäischen Gerichte die „Chronopost“-Rechtsprechung in einer für die Postbank ungünstigen Art und Weise ändern, fortentwickeln oder auslegen und in den Vergütungszahlungen nach der bis Anfang 2006 gültigen Kooperationsvereinbarung zwischen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG eine unerlaubte staatliche Beihilfe sehen könnten. Etwaige sich daraus ergebende Pflichten zur Rückzahlung und Verzinsung einer in der Vergangenheit gewährten Beihilfe könnten zu einer hohen einmaligen Belastung der Gesellschaft führen. Der Eintritt jedes der vorgenannten Risiken könnte die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Postbank erheblich beeinträchtigen.

Es besteht Unsicherheit, ob die überwiegende Finanzierung der Versorgungsleistungen der bei der Postbank beschäftigten Beamten durch die Bundesrepublik Deutschland eine unerlaubte staatliche Beihilfe darstellt

Im Zuge der Privatisierung der Deutsche Bundespost wurden die Beamten des Teilsondervermögens Deutsche Bundespost POSTBANK mit Wirkung zum 1. Januar 1995 auf die Gesellschaft überführt. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben blieb die Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die überführten Beamten versorgungspflichtig. Die Versorgungsansprüche der bei der Gesellschaft beschäftigten Beamten richten sich somit weiterhin gegen die Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen der Privatisierungsgesetze

Risikofaktoren

wurde diesbezüglich eine Lastenverteilung im Innenverhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den privaten Nachfolgegesellschaften angestrebt. Bei der Lastenverteilung wurde insbesondere berücksichtigt, dass beamtenrechtliche Versorgungsverpflichtungen typische Mehrkosten beinhalten, die den privaten Nachfolgeunternehmen nicht in vollem Umfang aufgebürdet werden konnten, da Wettbewerber keine vergleichbaren Lasten zu tragen haben. Außerdem wurde berücksichtigt, dass viele der berechtigten Leistungsempfänger schon vor der Privatisierung pensioniert waren oder Dienstzeiten als Beamte geleistet hatten und dass die daraus resultierenden Lasten der Bundesrepublik Deutschland und nicht der Gesellschaft zuzurechnen waren. Gleichzeitig musste die Lastenverteilung aber so erfolgen, dass den Nachfolgeunternehmen auch keine Wettbewerbsvorteile gewährt werden. Die in den Privatisierungsgesetzen gefundene Lastenverteilung sieht vor, dass die Gesellschaft Zahlungen an die Postbeamtenversorgungskasse, die die Versorgungsleistungen der Beamten erbringt, zu entrichten hat. So zahlt die Gesellschaft für die Altersversorgung ihrer Beamten einen Betrag in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltstfähig beurlaubten Beamten. Die Bundesrepublik Deutschland hat eventuelle Unterschiedsbeträge zwischen laufenden Zahlungsverpflichtungen und laufenden Einnahmen oder anderweitigen Vermögenserträgen der Postbeamtenversorgungskasse auszugleichen. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet, dass die Postbeamtenversorgungskasse jederzeit in der Lage ist, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Eine Rückerstattungspflicht der Gesellschaft für solche Leistungen der Bundesrepublik Deutschland an die Postbeamtenversorgungskasse besteht nach den gesetzlichen Regelungen nicht.

Die Europäische Kommission hat mit Entscheidung vom 12. September 2007 (ABl. C 245/21 vom 19.10.2007) ein Beihilfe-Prüfverfahren gegen die Bundesrepublik eröffnet, dessen Gegenstand unter anderem die parallele Regelung der Finanzierung der Versorgungsleistungen für die im Postdienst der früheren Deutschen Bundespost beschäftigten Beamten ist. Eine beihilferechtliche Bewertung ist der Eröffnungsentscheidung nicht zu entnehmen. Dagegen ergibt sich aus dem „Combus-Urteil“ des Europäischen Gerichts erster Instanz vom 16. März 2004 (Slg. 2004, II-917), dass die staatliche Finanzierung der Versorgungsansprüche von öffentlichen Bediensteten ehemals staatlicher Unternehmen keine Beihilfe darstellt, wenn das Unternehmen alle Sozialbeiträge übernimmt, die vergleichbare private Unternehmen zu tragen haben. Die Europäische Kommission hat in ihrer Entscheidung zur Übernahme der Pensionslasten der französischen Post durch den französischen Staat vom 10. Oktober 2007 (ABl. L 63/16 vom 7.3.2008) eine solche Regelung zwar tatbestandlich als Beihilfe behandelt, in der Sache aber genehmigt.

Da die Finanzierungsbeiträge, die die Gesellschaft seit 1995 an die Unterstützungskasse (heute: Pensions-Service e.V.) leistet, nach Einschätzung der Gesellschaft über den vergleichbaren Soziallasten privater Unternehmen liegen, geht die Gesellschaft davon aus, dass der staatliche Finanzierungsanteil keine unerlaubte Beihilfe darstellt.

Ob und in welchem Ausmaß sich die Grundsätze des „Combus“-Urteils oder der Entscheidung der Kommission zur Pensionsregelung der französischen Post auf die Situation der Gesellschaft übertragen lassen, zu welchem Ergebnis die Europäische Kommission in ihrem am 12. September 2007 eröffneten förmlichen Beihilfeprüfverfahren im Hinblick auf die staatliche Finanzierung von Beamtenpensionen gelangen wird und ob hieraus Zahlungslasten oder sonstige Aufwendungen der Postbank resultieren, ist derzeit offen. Würde eine unerlaubte staatliche Beihilfe bejaht, hätte dies auch im Hinblick auf eine mögliche nachträgliche Verzinsung im Fall einer Genehmigung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Die Postbank unterliegt Risiken aus Rechtsstreitigkeiten, insbesondere im Zusammenhang mit Investitionskrediten

Aus der Geschäftstätigkeit der Postbank können Rechtsstreitigkeiten erwachsen, die mit Verfahrenskosten sowie weiteren finanziellen und gegebenenfalls Reputationsrisiken verbunden sind und deren Ausgang regelmäßig ungewiss ist.

Neben einer Anzahl von Rechtsstreitigkeiten der Postbank, die aus ihrem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb herrühren, ist die Gesellschaft als Rechtsnachfolgerin der BHW Bank AG an zahlreichen Rechtsstreitigkeiten (zum 30. September 2008 87 Aktiv- und 196 Passivprozesse mit einem Streitwert in Höhe von € 2,9 Mio. bzw. von € 5,5 Mio.) im Zusammenhang mit von der BHW Bank AG ausgereichten Investitionskrediten beteiligt. Die mit den Klagen aufgeworfenen Rechtsfragen betreffen insbesondere das Haustürwiderrufgesetz sowie das Verbraucherkreditgesetz, die bei Vermittlung der Investitionskredite galten, deren

Risikofaktoren

Auslegung sich aber durch nachfolgende Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesgerichtshofs geändert hat. Damit eröffneten die Gerichte Verbrauchern, die durch mündliche Verhandlung an ihrem Arbeitsplatz oder im Bereich ihrer Privatwohnung zum Abschluss des Kreditvertrages bestimmt worden waren („Haustürsituation“), die Möglichkeit, den Kreditvertrag bei mangelhafter oder fehlender Belehrung nach dem Haustürwiderrufsgesetz bis einen Monat nach vollständiger Rückzahlung des Kredits zu widerrufen.

Handelt es sich zudem bei dem Kreditvertrag und dem Vertrag über den Kauf der Beteiligung an einem Immobilienfonds um ein so genanntes „verbundenes Geschäft“ im Sinne des Verbraucherkreditgesetzes, braucht der widerrufende Kreditnehmer nach der neueren Rechtsprechung nicht den Kredit mit Zinsen zurückzuzahlen, sondern muss stattdessen nur die Beteiligung am Immobilienfonds an die Bank übertragen; bereits erbrachte Tilgungs- und Zinszahlungen hat die Bank an den Kreditnehmer zu erstatten. Ein derart „verbundenes Geschäft“ wird vermutet, wenn sich die Bank bei der Vorbereitung oder dem Abschluss des Kreditvertrags der Mitwirkung des Verkäufers des Immobilienfonds bedient. Auch wenn bisher erst fünf der Verfahren rechtskräftig zu Lasten der Gesellschaft entschieden wurden, kann die Postbank nicht ausschließen, dass die Gerichte in den anhängigen Rechtsstreitigkeiten einen Kausalzusammenhang zwischen der „Haustürsituation“ und dem Abschluss des Vertrags über den Investitionskredit bejahen und auch ein verbundenes Geschäft annehmen. Angesichts der zumeist vorliegenden Wertminderung der Immobilienfonds, welche die Gesellschaft statt der Tilgungs- und Zinszahlungen erhalten würde, könnte eine Befreiung der Kreditnehmer von den Tilgungs- und Zinszahlungen die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank beeinträchtigen. Zum Teil werden mit den Klagen auch Schadensersatzansprüche gegen die Gesellschaft wegen angeblicher eigener Aufklärungspflichtverletzung oder vorsätzlicher Falschberatung durch Vermittler verfolgt. Eine solche eigene Aufklärungspflichtverletzung der Gesellschaft setzt einen Wissensvorsprung der Gesellschaft voraus. Grundsätzlich wird ein Wissensvorsprung im Falle eines institutionalisierten Zusammenwirkens zwischen der finanzierenden Bank und dem Verkäufer eines Immobilienfonds widerlegbar vermutet, wenn der Kreditnehmer durch unrichtige Angaben des Verkäufers arglistig getäuscht worden ist und die Unrichtigkeit der Angaben nach den Umständen des Falls so evident ist, dass es sich aufdrängt, die Bank habe sich der Kenntnis der arglistigen Täuschung geradezu verschlossen. Sollten die Gerichte der Gesellschaft nicht darin folgen, dass sie nicht über einen solchen Wissensvorsprung verfügte bzw. sich ihr eine arglistige Täuschung der Kreditnehmer durch Fondsiniiatoren, Prospektherausgeber oder sonstige Fondsverantwortliche nicht hätte aufdrängen müssen oder dass schon keine arglistige Täuschung vorlag, besteht ebenfalls ein finanzielles Risiko für die Postbank. Ferner könnte die von der Postbank für etwaige Ausfälle der Investitionskredite betriebene Risikoversorge unzureichend sein. Es gibt keine Gewähr dafür, dass etwaige Ausfälle der Investitionskredite, erfolgreiche Schadensersatzansprüche und Prozesskosten die erfolgten Wertberichtigungen und gebildeten Rückstellungen nicht deutlich übersteigen könnten.

Gegen den auf der Hauptversammlung der BHW Holding AG vom 20./21. Juli 2006 gefassten Squeeze-Out-Beschluss, d.h. den Beschluss über die Übertragung ihrer Aktien auf die Gesellschaft gegen Zahlung einer angemessenen Barabfindung, haben Minderheitsaktionäre Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen erhoben, die nach Klageabweisung in erster Instanz nun vor dem Kammergericht Berlin anhängig sind. Sollte die BHW Holding AG rechtskräftig unterliegen, müsste sie den Minderheitsaktionären den Schaden ersetzen, der ihnen aus der Eintragung des Squeeze-Out-Beschlusses in das Handelsregister, womit die Aktienübertragung wirksam wurde, entstanden ist. Im Anschluss an die Eintragung des Squeeze-Out-Beschlusses in das Handelsregister haben die Minderheitsaktionäre die Durchführung eines Spruchverfahrens zur Überprüfung der Angemessenheit der Barabfindung beantragt. Der Squeeze-Out-Beschluss betraf die noch nicht im Eigentum der Gesellschaft stehenden restlichen 1,57 % an der BHW Holding AG, für die eine Abfindung in Höhe von € 15,11 pro Aktie gezahlt wurde.

Die Rechtsbeziehungen zwischen der Postbank und ihren Kunden beruhen auf standardisierten, für eine Vielzahl von Geschäftsvorgängen konzipierten Verträgen und Formularen; einzelne Anwendungsprobleme oder Fehler in dieser Dokumentation können daher eine Vielzahl von Kundenbeziehungen betreffen

Die Postbank unterhält Vertragsbeziehungen zu einer Vielzahl von Kunden. Insbesondere im Geschäftsbereich Retail Banking erfordert die Verwaltung einer derart großen Zahl von Kundenbeziehungen den Einsatz

von allgemeinen Geschäftsbedingungen, Musterverträgen und Formularen. Die damit verbundene Standardisierung der Vertragsgestaltung führt dazu, dass Unklarheiten oder Fehler bei der Formulierung oder der Anwendung einzelner solcher allgemeiner Geschäftsbedingungen aufgrund der Verwendung gegenüber einer Vielzahl von Kunden ein erhebliches Risiko mit sich bringen können. Einzelne Anwendungsprobleme oder Fehler in diesen Verträgen können jeweils eine Vielzahl von Kundenbeziehungen betreffen. Angesichts der sich fortwährend durch neue Gesetzgebung und Rechtsprechung ändernden Rahmenbedingungen sowie des zunehmend stärker werdenden Einflusses des europäischen Rechts auf das nationale Recht lassen sich Risiken aus der Verwendung standardisierter Vertragsbedingungen nicht ausschließen. Insbesondere Verbraucherverbände beschäftigen sich gelegentlich kritisch mit von Banken verwendeten allgemeinen Geschäftsbedingungen und greifen derzeit unter anderem Klauseln, in denen verschiedene Gebühren und Kosten geregelt werden, an. Treten Anwendungsprobleme oder Fehler in Geschäftsbedingungen, Musterverträgen und Formularen auf oder sind einzelne Vertragsbestimmungen oder ganze Verträge unwirksam, könnte dies zu erheblichen Schadensersatz- oder sonstigen Haftungsforderungen gegen die Postbank und erheblichen Forderungsausfällen auf Seiten der Postbank führen.

Die Postbank wird möglicherweise Steuernachforderungen für vergangene und zukünftige Veranlagungszeiträume ausgesetzt sein; Änderungen der Steuergesetzgebung oder der steuerlichen Rechtsprechung könnten sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank auswirken

Die Gesellschaft und ihre in Deutschland ansässigen Tochtergesellschaften unterliegen regelmäßigen steuerlichen Betriebsprüfungen durch die deutsche Finanzverwaltung. Ausländische Tochtergesellschaften der Postbank unterliegen den Prüfungen der dortigen Steuerbehörden. Die letzte abgeschlossene steuerliche Betriebsprüfung der Gesellschaft in Deutschland betraf die Geschäftsjahre bis einschließlich 1997, die letzten Lohnsteuerausßenprüfungen umfassten den Zeitraum von Juli 2001 bis Dezember 2004. Die Betriebsprüfung der Gesellschaft für die Jahre 1998 bis 2000 ist noch nicht abgeschlossen und die Abschlussprüfung für die Jahre 2001 bis 2004 hat begonnen, ohne dass bisher vorläufige Ergebnisse vorliegen. Im Rahmen der laufenden und künftiger Betriebsprüfungen könnten steuerrechtliche Vorschriften und Sachverhalte von den Finanzbehörden anders beurteilt werden als durch die Postbank. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass es anlässlich von Betriebsprüfungen bei in- und ausländischen Gesellschaften der Postbank zur Versagung von Steuervergünstigungen und sonstigen steuerlichen Vorteilen (auch soweit hierfür aktive latente Steuern gebildet wurden) sowie zu Steuernachforderungen kommt. Dies könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank haben. Mit dem Risiko von Steuernachzahlungen verbindet sich zugleich ein Zinsrisiko in nicht unerheblicher Höhe, da verspätete Steuernachzahlungen in Deutschland mit jährlich 6 % und auch in anderen Ländern in ähnlicher Höhe zu verzinsen sind.

Änderungen der Steuergesetzgebung oder der Auslegung der Steuergesetze durch die Rechtsprechung könnten sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit der Postbank auswirken, indem beispielsweise bestimmte steuerliche Befreiungen entfallen oder versagt werden oder Produkte für die Kunden unter steuerlichen Gesichtspunkten weniger attraktiv sind. Geänderte Steuergesetze oder Rechtsprechungsänderungen könnten zudem zu einer höheren steuerlichen Belastung der Postbank führen mit möglichen negativen Folgen für ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Änderung der Aktionärsstruktur führt zu einem quotalen, bei weiteren Anteilserwerben möglicherweise auch vollständigen, Entfallen der steuerlichen Verluste und Verlustvorträge; die Beendigung der organisatorischen Eingliederung der Gesellschaft in die Deutsche Post AG führt zu einer Beendigung der umsatzsteuerlichen Organschaft zwischen der Deutsche Post AG und der Gesellschaft

Am 12. September 2008 hat die Deutsche Post AG als derzeitige Mehrheitsaktionärin der Gesellschaft mit der Deutsche Bank AG unter anderem vereinbart, an diese eine Beteiligung an der Gesellschaft in Höhe von 29,75 % zu verkaufen. Da die Deutsche Post AG die Stimmrechtsmehrheit an der Gesellschaft hält, bestand, solange die Gesellschaft nicht nur wirtschaftlich, sondern auch organisatorisch (wie etwa durch Doppelmandate auf Vorstandsebene) in die Deutsche Post AG eingegliedert war, zwischen ihnen eine umsatzsteuerliche Organschaft. Die umsatzsteuerliche Organschaft endet mit sofortiger Wirkung, wenn die

Risikofaktoren

organisatorische Eingliederung nicht mehr gegeben ist oder die Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft unter die Mehrheitsschwelle absinkt. Im Zusammenhang mit dem Prozess zur Veräußerung der Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft entsprach der Aufsichtsrat der Deutsche Post AG im Juni 2008 dem Wunsch des Vorstandsvorsitzenden der Gesellschaft, Dr. Wolfgang Klein, sein Mandat im Vorstand der Deutsche Post AG vorübergehend ruhen zu lassen. Das Vorstandsmandat von Herrn Dr. Klein bei der Deutsche Post AG endete mit Wirkung zum 10. November 2008, wodurch die organisatorische Eingliederung und damit die umsatzsteuerliche Organschaft entfallen ist. Mit dem Wegfall der Organschaft hat die Postbank auf Leistungen, die sie von der Deutsche Post AG erhält, Umsatzsteuer in Höhe von derzeit 19 % zu zahlen, sofern die Leistungen nicht von der Umsatzsteuer befreit sind oder einem ermäßigten Steuersatz unterliegen. Soweit die Deutsche Post AG hierdurch eine Vorsteuerabzugsberechtigung erlangt, ist die Bemessungsgrundlage entsprechend zu mindern. Die Postbank rechnet mit einem ergebniswirksamen Aufwand aufgrund nicht als Vorsteuer abzugsfähiger Umsatzsteuer von rund € 30 Mio. pro Jahr. Die Postbank geht davon aus, dass die Organschaft erst mit Beendigung des Vorstandsmandats von Herrn Dr. Klein bei der Deutsche Post AG entfallen ist.

Der Vollzug des Erwerbs der Minderheitsbeteiligung von 29,75 % an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG wird ferner dazu führen, dass die zu diesem Zeitpunkt bestehenden steuerlichen Verlustvorträge und laufenden steuerlichen Verluste der Gesellschaft quotal, also in Höhe von 29,75 %, entfallen. Sollte die Deutsche Bank AG — wie im Vertrag mit der Deutsche Post AG vom 12. September 2008 angelegt — innerhalb von fünf Jahren als rechtlicher oder wirtschaftlicher Eigentümer über den Erwerb der 29,75 %igen Minderheitsbeteiligung hinaus weitere Anteile an der Gesellschaft erwerben, könnten auch die dann vorhandenen laufenden Verluste bzw. Verlustvorträge der Gesellschaft teilweise oder vollständig entfallen. Der Eintritt jedes der vorgenannten Risiken könnte die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Postbank erheblich beeinträchtigen.

Angebotsbezogene Risiken

Der Aktienkurs der Gesellschaft war und kann weiterhin volatil sein

Der Aktienkurs der Gesellschaft war in der Vergangenheit volatil. Dies war teilweise auf die hohe Volatilität an den Wertpapiermärkten im Allgemeinen und bei den Aktien von Finanzinstituten im Besonderen, vor allem im Zusammenhang mit der vom U.S.-Immobilienmarkt ausgegangenen weltweiten Finanzmarktkrise, zurückzuführen sowie zusätzlich auf Spekulationen über eine etwaige Veräußerung ihres Mehrheitsanteils an der Gesellschaft durch die Deutsche Post AG und schließlich auf Entwicklungen, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank beeinflusst haben. Außer diesen Entwicklungen können unter anderem folgende Faktoren den Aktienkurs der Gesellschaft beeinflussen: die Einschätzung der Anleger zu Erfolg und Auswirkungen dieses Angebots; die in diesem Prospekt beschriebene Strategie der Postbank; eine Herabstufung oder Gerüchte über eine Herabstufung der Kreditratings der Postbank; mögliche Rechtsstreitigkeiten oder regulatorische Maßnahmen, welche die Postbank oder die Branchen betreffen, in denen die Postbank wesentliche Kreditengagements hat; das Verfehlen von Analystenschätzungen; Erwartungen des Marktes über die Wertentwicklung und angemessene Kapitalausstattung von Finanzinstituten im Allgemeinen; die Einschätzung von Anlegern sowie die tatsächliche Wertentwicklung anderer Finanzinstitute; öffentliche Bekanntmachungen über Insolvenzen oder ähnliche Restrukturierungsmaßnahmen sowie Untersuchungen über die Rechnungslegungspraxis von anderen Banken und die Volatilität des Marktes im Allgemeinen. Auch Umstände, die sich negativ auf den Kurs der Aktien der Deutsche Post AG auswirken, können mittelbar die Kursentwicklung der Aktien der Gesellschaft beeinträchtigen.

Es kann sein, dass die Gesellschaft in künftigen Geschäftsjahren keine Dividendenzahlungen leistet, sei es, dass sie keinen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn erzielt, oder sei es aus anderen Gründen. Für das Geschäftsjahr 2008 plant der Vorstand der Gesellschaft der Hauptversammlung vorzuschlagen, keine Dividende auszuschütten

Aufgrund des im dritten Quartal 2008 eingetretenen Konzernverlusts und der daraus resultierenden Notwendigkeit der Stärkung der Eigenkapitalbasis der Postbank plant der Vorstand der Gesellschaft, der ordentlichen Hauptversammlung 2009 vorzuschlagen, für das Geschäftsjahr 2008 keine Dividende auszuschütten. Eine Dividende kann nur ausgeschüttet werden, wenn die Gesellschaft in ihrem HGB-Einzelabschluss einen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn ausweist. Sollte sich die gegenwärtige Marktsituation verschlechtern oder länger fort dauern, kann es sein, dass sich die Ertragssituation der Postbank nicht nachhaltig verbessert oder sogar weiter verschlechtert. Dies könnte dazu führen, dass auch für zukünftige Geschäftsjahre keine Dividendenzahlungen erfolgen können oder dass ausschüttungsfähige Gewinne zur Stärkung der Eigenkapitalbasis den Rücklagen zugeführt und damit nicht ausgeschüttet werden.

Der Aktienbesitz von Aktionären, die nicht an diesem Angebot teilnehmen, kann erheblich verwässert werden

Bezugsrechte für Neue Aktien, die nicht bis zum Ende der Bezugsfrist ausgeübt wurden, verfallen. Soweit ein Aktionär die ihm aufgrund seiner Aktionärsstellung eingeräumten Bezugsrechte nicht ausübt, wird die Beteiligungsquote und das Stimmrecht dieses Aktionärs verwässert. Dementsprechend wird der Prozentsatz der von diesem Aktionär gehaltenen Aktien am erhöhten Grundkapital der Gesellschaft proportional zu dem Prozentsatz sinken, um den das Grundkapital der Gesellschaft erhöht wird und zu dem dieser Aktionär nicht an der Kapitalerhöhung teilnimmt.

Wenn das Angebot nicht durchgeführt wird, oder wenn der Aktienkurs der Gesellschaft stark fällt, können die Bezugsrechte entfallen oder wertlos werden

Die Neuen Aktien werden von dem Globalen Koordinator mit der Verpflichtung übernommen, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten. Die Übernahme der Neuen Aktien erfolgt auf Basis eines Übernahmevertrags, von dem der Globale Koordinator unter bestimmten Umständen zurücktreten kann. Wenn der Übernahmevertrag vor Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister beendet wird, findet das Angebot nicht statt und die Bezugsrechte entfallen oder werden wertlos. Ein Anspruch des Anlegers auf Lieferung von Aktien der Gesellschaft besteht in diesem Fall nicht. Sollte ein Anleger so genannte Leerverkäufe vorgenommen haben, so trägt er das Risiko, diese Verpflichtung nicht durch Lieferung Neuer Aktien erfüllen zu können. Eine Rückabwicklung von Bezugsrechtshandelsgeschäften durch die die Bezugsrechtsgeschäfte vermittelnden Stellen findet in einem solchen Fall ebenfalls nicht statt. Anleger, die Bezugsrechte über eine Börse erworben haben, werden dementsprechend einen Verlust erleiden. Sofern der Globale Koordinator nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister vom Übernahmevertrag zurücktritt, können die Aktionäre, die ihr Bezugsrecht ausgeübt haben, die Neuen Aktien zum Bezugspreis erwerben.

Des Weiteren hängt der Wert der Bezugsrechte maßgeblich vom Kurs der Aktien der Gesellschaft ab. Ein erheblicher Verfall des Kurses der Aktie kann daher auch den Wert der Bezugsrechte nachteilig beeinflussen.

Es kann nicht garantiert werden, dass sich ein Bezugsrechtshandel entwickelt oder, wenn sich ein solcher Bezugsrechtshandel entwickelt, die Bezugsrechte nicht höheren Kursschwankungen als die Aktien der Gesellschaft unterliegen

Die Gesellschaft beabsichtigt, die Bezugsrechte im Zeitraum vom 13. November 2008 bis zum 24. November 2008 an der Frankfurter Wertpapierbörse im regulierten Markt handeln zu lassen. Es ist nicht beabsichtigt, einen Antrag auf Bezugsrechtshandel bei einer anderen Wertpapierbörse zu stellen. Die Gesellschaft kann keine Gewähr dafür übernehmen, dass sich in diesem Zeitraum ein aktiver Bezugsrechtshandel an der Frankfurter Wertpapierbörse entwickelt und dass während des Zeitraums des Bezugsrechtshandels genügend Liquidität hinsichtlich der Bezugsrechte vorhanden ist. In Übereinstimmung mit der deutschen Marktpraxis wird der Kurs für die Bezugsrechte an der Frankfurter Wertpapierbörse nur einmal pro Handelstag festgestellt. Der Börsenkurs der Bezugsrechte hängt unter anderem von der Kursentwicklung der Aktie der Gesellschaft ab, kann jedoch auch deutlich stärkeren Preisschwankungen als die Aktie unterliegen.

Die Beteiligung der Aktionäre könnte bei zukünftigen Kapitalmaßnahmen verwässert werden

Die Postbank könnte auch in Zukunft zur Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeit oder aufgrund einer Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder der Erhöhung aufsichtsrechtlicher Eigenmittelanforderungen weiteres Kapital benötigen, insbesondere wenn die Finanzmarktkrise sich weiter verschärft oder längerfristig anhält. Die Beschaffung weiteren Eigenkapitals gegen Bareinlagen und die Ausübung möglicherweise noch auszubehender Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen kann zu einer wirtschaftlichen Verwässerung der Beteiligung der Aktionäre führen. Die Postbank hat nach Durchführung dieser Kapitalerhöhung noch ein Genehmigtes Kapital I zur Ausgabe von Vorzugsaktien und die Ermächtigung zur Ausgabe von Genußscheinen. Andere Eigenkapitalmaßnahmen — mit Ausnahme der Inanspruchnahme eines gesetzlichen genehmigten Kapitals nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz — bedürfen der Zustimmung der Hauptversammlung und sind entsprechend nur mit zeitlicher Verzögerung umzusetzen.

Allgemeine Informationen

Verantwortung für den Prospekt

Die Deutsche Postbank AG, Bonn (die „Deutsche Postbank AG“ oder die „Gesellschaft“ und gemeinsam mit ihren Tochtergesellschaften die „Postbank“), sowie die UBS Limited, London, Vereinigtes Königreich („UBS“ oder „Globaler Koordinator“) sowie Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Frankfurt am Main, Société Générale S.A., Paris, Frankreich, und UniCredit (Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), München (die „Co-Lead Managers“ und zusammen mit dem Globalen Koordinator die „begleitenden Banken“) übernehmen gemäß § 5 Absatz 4 des Wertpapierprospektgesetzes („WpPG“) die Verantwortung für den Inhalt dieses Prospekts (der „Prospekt“) und erklären, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Prospekt richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind, sowie dass sie die erforderliche Sorgfalt haben walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können. Unbeschadet einer eventuellen Nachtragspflicht nach § 16 WpPG sind weder die Gesellschaft noch die begleitenden Banken verpflichtet, den Prospekt zu aktualisieren.

Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.

Gegenstand des Prospekts

Gegenstand dieses Prospekts sind 54,8 Mio. auf den Namen lautende nennwertlose Stückaktien mit einem auf die einzelne Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals in Höhe von € 2,50 aus der vom Vorstand am 27. Oktober 2008 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom selben Tag beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem Kapital (Genehmigtes Kapital II) der Gesellschaft (die „Neuen Aktien“).

Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeit dieses Prospekts können Kopien folgender Unterlagen in Papierform während der üblichen Geschäftszeiten bei der Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Allee, 114-126, 53113 Bonn eingesehen werden:

- > die Satzung der Deutsche Postbank AG
- > der HGB-Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG für das am 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr
- > die IFRS-Konzernabschlüsse der Deutsche Postbank AG für die jeweils am 31. Dezember endenden Geschäftsjahre 2005, 2006 und 2007
- > der IFRS-Konzernzwischenabschluss der Deutsche Postbank AG zum 30. September 2008.

Zukunftsgerichtete Aussagen, statistische Daten, Marktdaten, Schätzungen, Zahlen- und Kundenangaben

Dieser Prospekt enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen. In die Zukunft gerichtete Aussagen sind alle Aussagen, die sich nicht auf historische Tatsachen oder Ereignisse beziehen und solche in die

Allgemeine Informationen

Zukunft gerichteten Formulierungen wie „glaubt“, „schätzt“, „geht davon aus“, „erwartet“, „nimmt an“, „prognostiziert“, „beabsichtigt“ oder „könnte“, oder Formulierungen ähnlicher Art enthalten.

Diese Formulierungen sind an zahlreichen Stellen in diesem Prospekt zu finden, insbesondere aber in den Abschnitten „*Risikofaktoren*“, „*Geschäftstätigkeit*“ sowie „*Jüngste Entwicklung und Ausblick*“ und immer dort, wo der Prospekt Angaben über die Absichten, Überzeugungen oder gegenwärtigen Erwartungen der Gesellschaft in Bezug auf ihre zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, Pläne, Liquidität, Geschäftsaussichten, Wachstum, Strategie und Profitabilität der Postbank sowie die wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen, denen die Postbank ausgesetzt ist, enthält.

Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen Risiken und Ungewissheiten, da sie sich auf zukünftige Ereignisse beziehen und auf gegenwärtigen Annahmen der Gesellschaft basieren, die gegebenenfalls in der Zukunft nicht oder nicht wie angenommen eintreten werden. Die Gesellschaft weist darauf hin, dass solche zukunftsgerichteten Aussagen keine Garantie für die Zukunft sind; die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sowie die Entwicklung der wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen können wesentlich von denjenigen abweichen (insbesondere negativer ausfallen), die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen oder beschrieben werden.

Dieser Prospekt enthält darüber hinaus Branchen- und kundenbezogene Daten sowie Berechnungen, die aus von Dritten veröffentlichten Branchenberichten, Marktforschungsberichten, öffentlich erhältlichen Informationen und kommerziellen Veröffentlichungen entnommen sind oder abgeleitet wurden („externe Daten“). Kommerzielle Veröffentlichungen geben im Allgemeinen an, dass die Informationen, die sie enthalten, aus Quellen stammen, von denen man annimmt, dass sie verlässlich sind, dass jedoch die Genauigkeit und Vollständigkeit solcher Informationen nicht garantiert wird und die darin enthaltenen Berechnungen auf einer Reihe von Annahmen beruhen.

Externe Daten wurden durch die Gesellschaft und die begleitenden Banken nicht auf ihre Richtigkeit überprüft. Die Gesellschaft kann daher keine Verantwortung für die Richtigkeit der öffentlichen Quellen entnommen oder daraus abgeleiteten externen Daten übernehmen.

Zu beachten ist insbesondere, dass zur Bestimmung von Märkten und ihrer Größe auf externe Daten zurückgegriffen wurde. Dabei wurden bei der Bestimmung der Märkte und ihrer Größe auch die in den jeweiligen Quellen verwendeten Kategorien zu Grunde gelegt. Diese Kategorien entsprechen in der Regel nicht den Kategorien, die von der Postbank bei der Bestimmung ihrer Finanz- und sonstigen Angaben verwendet werden. Die Vergleichbarkeit der externen Daten mit den Finanz- und sonstigen Angaben der Postbank ist deshalb eingeschränkt; insbesondere bei Aussagen zu Marktanteilen der Postbank ist diese eingeschränkte Vergleichbarkeit zu beachten.

Viele Kunden der Postbank unterhalten Kundenbeziehungen zu mehreren Banken. Aus diesem Grund können Personen, welche die Postbank zu ihren Kunden zählt, auch von anderen Finanzinstituten zu deren Kunden gerechnet werden. Deshalb können Berechnungen von Marktanteilen oder Ähnlichem auf der Grundlage der Anzahl von Kunden dazu führen, dass ein einzelner Kunde von verschiedenen Instituten gezählt wird, somit mehrfach.

Die Postbank ermittelt die Zahl ihrer aktiven Kunden regelmäßig; dabei muss ein Kunde je nach Produkt unterschiedliche Kriterien erfüllen, um als aktiver Kunde gezählt zu werden. Unter anderem umfassen diese Kriterien bei Girokonten und Tagesgeldkonten eine Kontoeröffnung oder mindestens eine Haben-Buchung in den letzten 24 Monaten. Bei Sparkonten zählt die Postbank diejenigen Kunden zu ihren aktiven Kunden, deren Konto in den letzten 24 Monaten entweder eröffnet wurde, mindestens einen Soll-Umsatz aufweist, mindestens einen Haben-Umsatz über € 5,00 aufweist oder deren Konto-Saldo mindestens € 20 beträgt. Außerdem zählt ein Kunde, dessen Ratenkredit bewilligt ist und bei dem das Vertragsende noch nicht erreicht ist oder dessen Ratenkredit noch nicht vollständig zurückbezahlt ist, als aktiver Kunde. Bei Depots/Wertpapierverrechnungskonten zählt die Postbank diejenigen Kunden zu ihren aktiven Kunden, deren Depot/Konto in den letzten 24 Monaten entweder eröffnet wurde, mindestens eine Depotposition aufweist oder Haben-Umsätze bzw. Käufe oder Verkäufe aufweist. Kunden mit Kreditkarten zählen unter anderem

Allgemeine Informationen

dann als aktive Kunden, wenn die Kreditkarte gültig ist (Datum der Kartenausstellung ist erreicht und Verfalldatum der Kreditkarte ist noch nicht erreicht). Kunden von Produkten der Postbank-Baufinanzierung werden als aktive Kunden gezählt, wenn es sich um eine Baufinanzierung der Postbank (nicht DSL) handelt, diese zugesagt und das Vertragsende noch nicht erreicht ist. Kunden von BHW-Produkten (Bausparverträge oder Baufinanzierungen) werden immer als aktive Kunden gewertet.

Die in diesem Prospekt enthaltenen oben definierten externen Daten stammen aus den folgenden Quellen oder wurden aus diesen abgeleitet:

- Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik Dezember 2007, Bankenstatistik März 2008, Bankenstatistik April 2008, Bankenstatistik Juni 2008, Bankenstatistik August 2008 und Bankenstatistik September 2008.
- Deutsche Bundesbank, Statistiken über den Zahlungsverkehr in Deutschland 2002 — 2006 (Stand: Januar 2008), zitiert als „Deutsche Bundesbank, Statistiken über den Zahlungsverkehr in Deutschland“
- EZB Payment Statistics, November 2007
- Repräsentative Mehrbezieherstudie TNS Infratest, 2008
- Verband der Privaten Bausparkassen, Jahresstatistik 2007
- Ausgabe der Zeitschrift Source Informationsdienst vom 16. Juni 2008, zitiert als „Source 06/2008“
- Verband Deutscher Pfandbriefbanken, Jahresbericht 2007
- Deutscher Factoring-Verband, Jahresbericht 2007
- WGZ-Bank, Geschäftsbericht 2006
- Pressemitteilung „Zusammenschluss zwischen Interpay und Transaktionsinstitut ist vollzogen“ von Equens vom 21. September 2006
- Artikel „Sparkassen bündeln Zahlungsverkehr“ in der Handelsblatt-Ausgabe vom 6. Oktober 2005, zitiert als „Handelsblatt vom 6. Oktober 2005“
- Juli Ausgabe der Zeitschrift Chip, zitiert als „Zeitschrift Chip, Juli 2008“
- Studie der Icon Added Value GmbH, zitiert als „Icon Ad Trek Juli 2008“
- Schreiben des IDW vom 27. Oktober 2008 482/468, Fair Value Measurement of Financial Instruments in Inactive Markets: Determining Discount Rates for Present Value Computations (IAS 39)

Diese externen Daten wurden von der Gesellschaft im Prospekt korrekt wiedergegeben, und es wurden — soweit diese der Gesellschaft bekannt sind und aus den der Gesellschaft vorliegenden externen Daten entnommen werden können — keine Tatsachen ausgelassen, die die wiedergegebenen externen Daten inkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Dieser Prospekt enthält außerdem Schätzungen von Marktdaten und daraus abgeleitete Informationen, die keiner unabhängigen Quelle entnommen werden konnten. Diese Informationen beruhen auf internen Schätzungen der Gesellschaft und können daher von den Einschätzungen der Wettbewerber der Postbank oder von zukünftigen Erhebungen durch unabhängige Quellen abweichen.

Die Gesellschaft empfiehlt, für eine vollständigere Erörterung der Faktoren, welche die zukünftige Geschäftsentwicklung der Postbank und die Märkte, in denen die Postbank tätig ist, beeinflussen könnten, insbesondere die Abschnitte „Risikofaktoren“, „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ und „Geschäftstätigkeit“ in diesem Prospekt zu lesen. Aufgrund dieser Risiken, Ungewissheiten und Annahmen könnten die zukunftsgerichteten Aussagen in diesem Prospekt nicht eintreffen. Weder die

Allgemeine Informationen

Gesellschaft noch die begleitenden Banken übernehmen eine Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen. Die Verpflichtung nach § 16 WpPG bleibt unberührt.

Hinweise zu Währungs- und Finanzangaben

Die in diesem Prospekt enthaltenen Beträge in „€“, „EUR“ oder „Euro“ beziehen sich auf die gesetzliche Währung der Bundesrepublik Deutschland seit dem 1. Januar 1999.

In diesem Prospekt enthaltene Beträge in „\$“, „USD“, „U.S.\$“ oder „U.S.-Dollar“ beziehen sich auf die gesetzliche Währung der Vereinigten Staaten von Amerika.

In diesem Prospekt enthaltene Beträge in „£“, „GB£“, „GBP“, „Pfund Sterling“ oder „Britischen Pfund“ beziehen sich auf die gesetzliche Währung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland.

Die in diesem Prospekt enthaltenen Finanzdaten entstammen, soweit nicht anders angegeben, dem geprüften HGB-Jahresabschluss der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr, den geprüften IFRS-Konzernabschlüssen der Gesellschaft zum 31. Dezember 2005, 2006 und 2007 sowie dem ungeprüften, einer prüferischen Durchsicht unterzogenen verkürzten Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft für den zum 30. September 2008 endenden Neunmonatszeitraum. Sofern in diesem Prospekt Finanzdaten als „ungeprüft“ angegeben werden, bedeutet dies, dass sie keiner „Prüfung“ im Sinne von Ziffer 20.6 des Anhangs I zur Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Europäischen Kommission unterzogen wurden.

Einzelne Zahlenangaben (darunter auch Prozentangaben) in diesem Prospekt wurden kaufmännisch gerundet. In den Tabellen enthaltene Gesamt- oder Zwischensummen weichen aufgrund kaufmännischer Rundungen unter Umständen von den an anderer Stelle in diesem Prospekt angegebenen ungerundeten Werten ab. Ferner addieren sich solche kaufmännisch gerundeten Zahlenangaben unter Umständen nicht genau zu Zwischen- oder Gesamtsummen, die in Tabellen enthalten oder an anderer Stelle in diesem Prospekt genannt sind.

Das Angebot

Allgemeines

Das Angebot umfasst insgesamt 54,8 Mio. Stück Neue Aktien der Gesellschaft, die den Aktionären der Gesellschaft im Verhältnis 3:1 zum Bezug angeboten werden (mit Ausnahme einer Aktienspitze von 133.334 Neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wurde). Entsprechend dem Bezugsrechtsverhältnis von 3:1 kann auf jeweils drei alte Aktien eine Neue Aktie zum Bezugspreis erworben werden. In den USA werden die Neuen Aktien nur sogenannten Qualified Institutional Buyers, also qualifizierten institutionellen Investoren, nach Rule 144A unter dem Securities Act von 1933 in der jeweils gültigen Fassung („Securities Act“) angeboten. Die Neuen Aktien, die nicht aufgrund des Bezugsangebots bezogen worden sind, sowie die vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgenommene Aktienspitze werden im Rahmen von Privatplatzierungen institutionellen Anlegern in Deutschland und weltweit (ausgenommen Japan, Kanada und Australien) zum Erwerb angeboten (zusammen mit dem Bezugsangebot das „Angebot“).

Dem Angebot der Neuen Aktien liegt ein Übernahmevertrag zwischen der Gesellschaft und den begleitenden Banken vom 11. November 2008 zugrunde. Das Angebot steht unter anderem unter der Bedingung, dass die Durchführung der Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlage in das Handelsregister des Amtsgerichts Bonn eingetragen wird, was voraussichtlich am 26. November 2008 erfolgen wird.

Das Angebot kann unter bestimmten Umständen abgebrochen werden, siehe auch „— Bezugsangebot“.

Voraussichtlicher Zeitplan

Dem Angebot liegt der folgende voraussichtliche Zeitplan zugrunde:

11. November 2008	Billigung des Prospekts durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“); Veröffentlichung des Prospekts auf der Internetseite der Deutsche Postbank AG
12. November 2008	Veröffentlichung einer Bekanntmachung über die Veröffentlichung des Prospekts in der Frankfurter Allgemeine Zeitung; Veröffentlichung des Bezugsangebots im elektronischen Bundesanzeiger und in der Frankfurter Allgemeine Zeitung
13. November 2008	Einbuchung der Bezugsrechte der Aktionäre der Deutsche Postbank AG nach dem Stand des 12. November 2008 (abends) Beginn der Bezugsfrist und des Bezugsrechtshandels
24. November 2008	Ende des Bezugsrechtshandels
26. November 2008	Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital in das Handelsregister
26. November 2008	Zulassungsbeschluss der Frankfurter Wertpapierbörse und der weiteren Börsen, an denen die Aktien der Gesellschaft gehandelt werden
26. November 2008	Ende der Bezugsfrist; spätestester Zeitpunkt für die Zahlung des Bezugspreises

Das Angebot

27. November 2008 Lieferung der bezogenen Neuen Aktien im Girosammelverkehr und Einbeziehung der Neuen Aktien in die bestehende Notierung
2. Dezember 2008 Lieferung der nicht während der Bezugsfrist bezogenen, im Rahmen der Privatplatzierung bei Investoren platzierten Neuen Aktien

Der deutschsprachige Prospekt wird nach Billigung durch die BaFin ab dem 11. November 2008 bei der Gesellschaft als Download über die Internet-Seite der Gesellschaft (<http://ir.postbank.de>) sowie bei der Gesellschaft und den Bezugsstellen kostenlos in Papierform erhältlich sein.

Bezugsangebot

Nachfolgend wird das voraussichtlich am 12. November 2008 im elektronischen Bundesanzeiger und in der Frankfurter Allgemeine Zeitung zu veröffentlichende Bezugsangebot wiedergegeben:

„Unter Ausnutzung des Genehmigten Kapitals gemäß § 4 Abs. 7 der Satzung der Deutsche Postbank AG (Genehmigtes Kapital II) hat der Vorstand am 27. Oktober 2008 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom selben Tag beschlossen, das Grundkapital von € 410.000.000 um € 137.000.000 auf € 547.000.000 durch die Ausgabe von 54.800.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien ohne Nennbetrag, auf die jeweils ein anteiliger Betrag des Grundkapitals von € 2,50 entfällt, gegen Bareinlagen zu erhöhen („Neue Aktien“). Nach § 4 Abs. 7 der Satzung der Deutsche Postbank AG hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht hinsichtlich eines Spitzenbetrages von 133.334 Neuen Aktien ausgeschlossen. Um ein glattes Bezugsverhältnis zu gewährleisten, wurde sichergestellt, dass im Rahmen des Bezugsgeschäfts auf die Ausübung von zwei Bezugsrechten verzichtet wird. Die Neuen Aktien sind ab dem 1. Januar 2008 voll gewinnanteilsberechtigt.

UBS Limited („Globaler Koordinator“) hat sich vorbehaltlich bestimmter Bedingungen verpflichtet, die Neuen Aktien von der Gesellschaft zu übernehmen. Aufgrund eines Übernahmevertrages vom 11. November 2008 („Übernahmevertrag“) hat sich der Globale Koordinator verpflichtet, die Neuen Aktien zu zeichnen und sie den Aktionären vorbehaltlich insbesondere der nachstehenden unter dem Abschnitt „Wichtige Hinweise“ genannten Bedingungen zum Bezug anzubieten. Auf jede alte Aktie der Deutsche Postbank AG entfällt ein Bezugsrecht. Die Neuen Aktien sollen den Aktionären im Verhältnis 3:1 zum Bezugspreis von € 18,25 je Neuer Aktie zum Bezug angeboten werden.

Die Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister des Amtsgerichts Bonn wird voraussichtlich am 26. November 2008 erfolgen.

Die Bezugsrechte für die Neuen Aktien, die in Girosammelverwahrung gehalten werden, werden nach dem Stand vom 12. November 2008, abends, durch die Clearstream Banking AG den Depotbanken automatisch eingebucht.

Wir bitten unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht auf die Neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses von der Ausübung ihres Bezugsrechts in der Zeit

vom 13. November 2008 bis einschließlich 26. November 2008

über ihre Depotbank bei einer der unten genannten Bezugsstellen während der üblichen Schalterstunden auszuüben. Nicht fristgemäß ausgeübte Bezugsrechte verfallen.

Bezugsstellen sind die inländischen Niederlassungen der:

UniCredit (Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG)

Das Angebot

Entsprechend dem Bezugsrechtsverhältnis von 3:1 kann auf jeweils drei alte Aktien der Gesellschaft eine Neue Aktie zum Bezugspreis je Neuer Aktie bezogen werden.

Bezugspreis

Der Bezugspreis je bezogener Neuer Aktie beträgt € 18,25. Der Bezugspreis ist spätestens am 26. November 2008 zu entrichten.

Bezugsrechtshandel

Im Zusammenhang mit dem Angebot der Neuen Aktien findet ein börslicher Bezugsrechtshandel statt. Die Bezugsrechte (ISIN DE000A0AFEL6/WKN A0A FEL) für die Neuen Aktien werden in der Zeit vom 13. November 2008 bis einschließlich 24. November 2008 im regulierten Markt (Parketthandel) an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln. Ein Ausgleich für nicht ausgeübte Bezugsrechte findet nicht statt. Nach Ablauf der Bezugsfrist verfallen die nicht ausgeübten Bezugsrechte wertlos. Vom 13. November 2008 an werden die alten Aktien der Gesellschaft im regulierten Markt an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart „ex Bezugsrecht“ notiert.

UBS Limited kann geeignete Maßnahmen ergreifen, um für einen geordneten Bezugsrechtshandel Liquidität zur Verfügung zu stellen bzw. sonstige für einen Bezugsrechtskoordinator übliche Tätigkeiten durchzuführen, wie insbesondere den Kauf und Verkauf von Bezugsrechten auf Neue Aktien. Dabei behält sich UBS Limited vor, Absicherungsgeschäfte in Aktien der Gesellschaft oder entsprechenden Derivaten vorzunehmen.

Wichtige Hinweise

Der Globale Koordinator ist berechtigt, unter bestimmten Umständen vom Übernahmevertrag zurückzutreten oder die Durchführung des Bezugsangebots zu verlängern. Zu diesen Umständen zählen wesentliche nachteilige Veränderungen in der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Deutsche Postbank AG und ihrer Tochtergesellschaften, soweit diese nicht in dem Prospekt dargelegt sind, wesentliche Einschränkungen des Börsenhandels oder des Bankgeschäfts, der Ausbruch oder die Eskalation von Feindseligkeiten, die Erklärung eines nationalen Notstands durch die Bundesrepublik Deutschland oder andere Katastrophen oder Krisen, die wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Finanzmärkte zur Folge haben oder erwarten lassen. Die Verpflichtung des Globalen Koordinators endet ferner, wenn die Durchführung der Kapitalerhöhung nicht bis zum Ablauf des 28. November 2008 in das Handelsregister des Amtsgerichts Bonn eingetragen worden ist und sich die Gesellschaft sowie UBS Limited als Globaler Koordinator nicht auf einen späteren Termin einigen können. Sollte die Zulassung der Neuen Aktien zum Börsenhandel nicht bis einschließlich 27. November 2008 bzw. einem späteren von der Gesellschaft und UBS Limited vereinbarten Zeitpunkt für Lieferung und Abrechnung der Neuen Aktien erfolgt sein, besteht ebenfalls ein Rücktrittsrecht.

Im Falle des Rücktritts vom Übernahmevertrag vor Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister entfällt das Bezugsrecht der Aktionäre. Eine Rückabwicklung von Bezugsrechtshandelsgeschäften durch die die Bezugsrechtsgeschäfte vermittelnden Stellen findet in einem solchen Fall nicht statt. Anleger, die Bezugsrechte über eine Börse erworben haben, würden dementsprechend in diesem Fall einen Verlust erleiden. Sofern der Globale Koordinator nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister vom Übernahmevertrag zurücktritt, können die Aktionäre, die ihr Bezugsrecht ausgeübt haben, die Neuen Aktien zum Bezugspreis erwerben.

Im Falle eines Rücktritts des Globalen Koordinators vom Übernahmevertrag nach Abwicklung des Bezugsangebots, was für die nicht aufgrund des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien sowie die vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgenommene Aktienspitze bis zum 2. Dezember 2008, 9.00 Uhr MEZ, möglich ist, würde sich dieser Rücktritt nur auf nicht aufgrund des Bezugsangebots bezogene Neue Aktien beziehen. Aktienkaufverträge über nicht bezogene Neue Aktien stehen daher unter Vorbehalt. Sollten zu dem Zeitpunkt der Stormierung von Aktieneinbuchungen bereits Leerverkäufe erfolgt sein, trägt der

Das Angebot

Verkäufer dieser Aktien das Risiko, seine Lieferverpflichtung nicht durch Lieferung Neuer Aktien erfüllen zu können.

In Anbetracht der derzeitigen hohen Volatilität der Aktienkurse und des Marktumfelds sollten sich Aktionäre über den aktuellen Börsenkurs der Gesellschaft informieren, bevor sie ihre Bezugsrechte zum Bezugspreis von € 18,25 ausüben.

Verbriefung und Lieferung der Neuen Aktien

Die Neuen Aktien (ISIN DE0008001009/WKN 800 100) werden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Ein Anspruch der Aktionäre auf Einzelverbriefung ihrer Aktien ist insoweit ausgeschlossen. Die im Rahmen des Angebots bezogenen Neuen Aktien werden voraussichtlich ab 27. November 2008 und die im Rahmen von Privatplatzierungen erworbenen Neuen Aktien werden nach Abschluss der Privatplatzierung, voraussichtlich am 2. Dezember 2008, durch Girosammeldepotgutschrift zur Verfügung gestellt, es sei denn, die Bezugsfrist wurde verlängert.

Provision

Für den Bezug von Neuen Aktien wird von den Depotbanken die bankübliche Provision berechnet.

Börsenhandel der Neuen Aktien

Die Zulassung der Neuen Aktien zum regulierten Markt an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart, sowie zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wird voraussichtlich am 12. November 2008 beantragt werden. Der Zulassungsbeschluss wird für den 26. November 2008 erwartet. Es ist vorgesehen, dass die Neuen Aktien voraussichtlich am 27. November 2008 in die bestehende Notierung für die Aktien der Gesellschaft einbezogen werden.

Verwertung nicht bezogener Aktien/Privatplatzierungen

Etwaige aufgrund des Bezugsangebots nicht bezogene Neue Aktien sowie die vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgenommene Aktienspitze werden durch den Globalen Koordinator, Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Société Générale S.A. und UniCredit (Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) (zusammen die „begleitenden Banken“) im Rahmen einer Privatplatzierung qualifizierten Anlegern in Deutschland und anderen Ländern (in den Vereinigten Staaten von Amerika an Qualified Institutional Buyers nach Rule 144A zum U.S. Securities Act von 1933 in der jeweils gültigen Fassung („Securities Act“)) mit der Ausnahme von Kanada, Japan und Australien zum Erwerb angeboten.

Festbezugs- und Übernahmeerklärung der Deutsche Post AG

Im Zusammenhang mit dem Bezugsangebot hat sich die Deutsche Post AG gegenüber der Gesellschaft und den begleitenden Banken verpflichtet, den gemäß ihrer Beteiligung in Höhe von 50 % plus eine Aktie am Grundkapital der Gesellschaft auf sie entfallenden Anteil der Kapitalerhöhung zum Bezugspreis zu zeichnen. Soweit der Bezugspreis € 18,25 nicht übersteigt, hat sich die Deutsche Post AG weiterhin verpflichtet, sämtliche Aktien aus der Kapitalerhöhung, die nicht platziert werden, zum Bezugspreis aufzunehmen.

Somit wird die Deutsche Post AG nach Durchführung des Angebots (und vorbehaltlich der Platzierung der mit Bezugsrechtsausschluss versehenen Aktienspitzen) bis zum Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung an die Deutsche Bank AG, wie im Prospekt näher erläutert, weiterhin mindestens 50 % der Aktien an der Gesellschaft halten; in dem Fall, dass die Deutsche Post AG sämtliche Aktien aus der Kapitalerhöhung übernimmt, hätte sie — vorbehaltlich eines vorherigen Verkaufs von nicht der Marktschutzvereinbarung unterliegenden Aktien — nach Durchführung des Angebots bis zum Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung an die Deutsche Bank AG eine Beteiligung von ca. 62,5 % am Grundkapital der Gesellschaft.

Bekanntmachung

Der Prospekt ist am 11. November 2008 auf der Internetseite der Deutsche Postbank AG (<http://ir.postbank.de>) veröffentlicht worden. Gedruckte Exemplare des Prospekts werden in Deutschland

Das Angebot

unter anderem bei der Deutsche Postbank AG, Friedrich-Ebert-Allee 114-126, 53113 Bonn, und bei den vorgenannten Bezugsstellen zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Verkaufsbeschränkungen

Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte sind und werden weder nach den Vorschriften des Securities Act noch bei den Wertpapieraufsichtsbehörden von Einzelstaaten der USA registriert. Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte dürfen in den USA weder angeboten noch verkauft oder direkt oder indirekt dorthin geliefert werden, außer in Ausnahmefällen aufgrund einer Befreiung von den Registrierungserfordernissen des Securities Act.

Stabilisierung

Im Zusammenhang mit dem Angebot der Neuen Aktien handelt UBS Limited als Stabilisierungsmanager und kann, auch durch mit ihr verbundene Unternehmen, Maßnahmen ergreifen, die auf die Stützung des Börsen- oder Marktpreises der Aktien der Gesellschaft abzielen, um einen bestehenden Verkaufsdruck auszugleichen (Stabilisierungsmaßnahmen).

Es besteht keine Verpflichtung des Stabilisierungsmanagers, Stabilisierungsmaßnahmen zu ergreifen. Daher wird nicht garantiert, dass Stabilisierungsmaßnahmen überhaupt durchgeführt werden. Sofern Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen werden, können diese jederzeit ohne vorherige Bekanntgabe beendet werden.

Solche Stabilisierungsmaßnahmen können ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Bezugspreises vorgenommen werden und müssen spätestens am 30. Kalendertag nach Ablauf der Bezugsfrist, d.h. voraussichtlich am 26. Dezember 2008, beendet sein (Stabilisierungszeitraum).

Stabilisierungsmaßnahmen können zu einem höheren Börsenkurs bzw. Marktpreis der Aktien der Gesellschaft führen, als es ohne diese Maßnahmen der Fall wäre. Darüber hinaus kann sich vorübergehend ein Börsenkurs bzw. Marktpreis auf einem Niveau ergeben, das nicht dauerhaft ist.

Nach Ende des Stabilisierungszeitraums wird innerhalb einer Woche bekannt gegeben, ob eine Stabilisierungsmaßnahme durchgeführt wurde oder nicht, zu welchem Termin mit der Kursstabilisierung begonnen wurde, zu welchem Termin die letzte Kursstabilisierungsmaßnahme erfolgte sowie innerhalb welcher Kursspanne die Stabilisierung erfolgte, und zwar für jeden Termin, zu dem eine Kursstabilisierungsmaßnahme durchgeführt wurde.

Bonn, im November 2008

Deutsche Postbank AG

Der Vorstand“

Börsenhandel der Neuen Aktien

Die Zulassung der Neuen Aktien zum regulierten Markt an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart, sowie zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wird voraussichtlich am 12. November 2008 beantragt werden. Der Zulassungsbeschluss wird für den 26. November 2008 erwartet. Es ist vorgesehen, dass die Neuen Aktien voraussichtlich am 27. November 2008 in die bestehende Notierung für die Aktien der Gesellschaft einbezogen werden.

Verbriefung und Lieferung der Neuen Aktien

Die Neuen Aktien (ISIN DE 000 800 1009) werden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt wird bzw. werden. Ein Anspruch der Aktionäre auf Einzelverbriefung ihrer Aktien ist insoweit ausgeschlossen. Die im Rahmen des Angebots bezogenen Neuen Aktien werden voraussichtlich ab 27. November 2008 und die im Rahmen von

Das Angebot

Privatplatzierungen erworbenen Neuen Aktien werden nach Abschluss der Privatplatzierung, voraussichtlich am 2. Dezember 2008, durch Girosammeldepotgutschrift zur Verfügung gestellt, es sei denn, die Bezugsfrist wurde verlängert.

Verwässerung

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung gewährleistet, dass jeder Aktionär, sofern er sein Bezugsrecht ausübt, mit seinem ursprünglichen prozentualen Anteil am Gesamtkapital der Gesellschaft beteiligt bleibt. Bei Nichtausübung des Bezugsrechts verwässert sich der prozentuale Anteil eines Aktionärs am Gesamtkapital der Gesellschaft um 25 %. Blicke der wirtschaftliche Wert des Bezugsrechts unberücksichtigt, ergäbe sich eine Kapitalverwässerung des Aktionärs von € 1,1 pro Aktie.

Der Buchwert des bilanziellen Eigenkapitals der Gesellschaft nach IFRS betrug zum 30. September 2008 (Konzern-Zwischenabschluss; berechnet auf Grundlage der Anzahl der zu diesem Stichtag ausstehenden 164.000.000 Aktien der Gesellschaft) € 22,1 pro Aktie. Unter Berücksichtigung einer vollständigen Platzierung der Stück 54.800.000 Neuen Aktien aus der vom Vorstand am 27. Oktober 2008 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom selben Tag beschlossenen Kapitalerhöhung für Zwecke des Angebots zum Bezugspreis von € 18,25 und nach Abzug der geschätzten Emissionskosten hätte das angepasste Eigenkapital der Gesellschaft nach IFRS zum 30. September 2008 € 21,00 pro Aktie betragen (Konzern-Zwischenabschluss; berechnet auf Grundlage der Anzahl der nach einer vollständigen Durchführung der Kapitalerhöhung für Zwecke des Angebots ausstehenden Stück 218.800.000 Aktien der Gesellschaft). Dies entspricht einer Verringerung des Eigenkapitals der Gesellschaft um € 1,10 bzw. 5 % pro Aktie für die bisherigen Aktionäre. Dies führt für die Erwerber der Neuen Aktien zu einem unmittelbaren Wertzuwachs von € 2,75 bzw. 15 % pro Aktie, da der Bezugspreis das angepasste Eigenkapital der Gesellschaft pro Aktie um diesen Betrag bzw. Prozentsatz übersteigt.

Marktschutzvereinbarungen

Die Deutsche Postbank AG hat sich verpflichtet, ohne Zustimmung des Globalen Koordinators (die nicht in unangemessener Weise verweigert oder verzögert werden darf), vor dem Tag, an dem eine ordentliche oder außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft stattfindet, (i) keine Aktien der Gesellschaft aus genehmigtem Kapital oder eigene Aktien oder Wertpapiere, die in solche Aktien gewandelt oder getauscht werden können oder mit Rechten zum Erwerb von solchen Aktien ausgestattet sind, direkt oder indirekt auszugeben, zu verkaufen, anzubieten, sich zu ihrem Verkauf zu verpflichten, anderweitig zu übertragen oder zu veräußern, (ii) keine Kapitalerhöhung einzuleiten (ausgenommen Kapitalerhöhungen aus Gesellschaftsmitteln sowie Kapitalerhöhungen, die auf einer ordentlichen oder außerordentlichen Hauptversammlung beschlossen werden), und (iii) keine sonstigen Geschäfte (einschließlich Geschäfte in Derivaten) abzuschließen, deren wirtschaftlicher Effekt den oben beschriebenen Maßnahmen gleichkommt. Ausgenommen von dieser Verpflichtung der Deutsche Postbank AG sind die Neuen Aktien, Vorzugsaktien, die gemäß § 4 Absatz 6 der Satzung der Gesellschaft ausgegeben werden, sowie Aktien, die gemäß dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz ausgegeben werden.

Die Deutsche Post AG hat sich gegenüber den begleitenden Banken verpflichtet, für einen Zeitraum von sechs Monaten ab Einbeziehung der aus der Kapitalerhöhung stammenden Neuen Aktien in die bestehende Börsennotierung (also voraussichtlich bis zum 27. Mai 2009), ohne die vorherige Zustimmung der UBS Limited (die nicht in unangemessener Weise verweigert oder verzögert werden darf) weder direkt noch indirekt über die Börse oder anderweitig, die von ihr gehaltenen Aktien zu verkaufen, zum Verkauf anzubieten, zu vermarkten oder darüber zu verfügen, oder Transaktionen zu tätigen, die denselben wirtschaftlichen Effekt hätten. Ausgenommen hiervon sind Transaktionen mit der Deutsche Bank AG und deren verbundenen Unternehmen sowie der etwaige Anteil der von der Deutsche Post AG übernommenen Neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung, der nicht auf die ihr im Hinblick auf ihre bisherige Beteiligung zustehenden Bezugsrechte entfällt.

Begleitende Banken und Übernahmevertrag

Die das Angebot begleitenden Banken sind UBS Limited als Globaler Koordinator sowie Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Société Générale S.A. und UniCredit (Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) als Co-Lead Managers. Die Gesellschaft und die begleitenden Banken haben am 11. November 2008 einen Aktienübernahmevertrag abgeschlossen. In diesem Übernahmevertrag hat sich die UBS Limited, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, Großbritannien, verpflichtet, sämtliche Neuen Aktien zu übernehmen und (mit Ausnahme der Aktienspitze) den Aktionären der Gesellschaft zum Bezug anzubieten.

Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Untermainanlage 1, 60329 Frankfurt am Main, Deutschland, Société Générale S.A., 29 Boulevard Haussmann, 75009 Paris, Frankreich, und UniCredit (Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), Arabellastraße 14, 81925 München, Deutschland, agieren als Co-Lead Managers für das Angebot ohne eigene Übernahmequote.

Etwaige aufgrund des Bezugsangebots nicht bezogene Aktien werden von den begleitenden Banken in Deutschland und anderswo über eine Privatplatzierung institutionellen Investoren (einschließlich in den Vereinigten Staaten von Amerika an qualifizierte institutionelle Investoren in Übereinstimmung mit Rule 144A des Securities Act) zum Kauf angeboten und bestmöglich (mindestens jedoch zum Bezugspreis) verwertet.

Nach dem Übernahmevertrag ist die Deutsche Postbank AG verpflichtet, dem Globalen Koordinator eine Übernahmeprovision in Höhe von maximal ca. € 7 Mio. zu zahlen. Außerdem ist die Deutsche Postbank AG verpflichtet, dem Globalen Koordinator eine Platzierungsprovision zu bezahlen, deren Höhe von der Anzahl derjenigen Neuen Aktien abhängt, die nicht von der Deutsche Post AG übernommen werden; bei vollständiger Platzierung aller Neuen Aktien, die nicht von der Deutsche Post AG in Ausübung ihrer Bezugsrechte bezogen werden, beträgt diese Provision maximal bis zu ca. € 10 Mio. Die Co-Lead Manager erhalten keine Übernahmeprovision, da sie keine Übernahmepflicht eingehen; als Platzierungsprovision erhalten sie, abhängig von der Anzahl derjenigen Aktien, die nicht von der Deutsche Post AG in Ausübung ihrer Bezugsrechte bezogen werden, gemeinsam maximal bis zu ca. € 0,7 Mio. Im Übernahmevertrag hat sich die Deutsche Postbank AG darüber hinaus gegenüber den begleitenden Banken verpflichtet, diese von bestimmten Haftungsverbindlichkeiten freizustellen. Diese Haftungsfreistellung entfaltet lediglich im Innenverhältnis zwischen der Gesellschaft und den begleitenden Banken Wirkung.

Der Übernahmevertrag sieht außerdem vor, dass die Verpflichtungen der begleitenden Banken unter dem Vorbehalt der Erfüllung bestimmter Bedingungen, etwa dem Erhalt üblicher, den Anforderungen der begleitenden Banken genügender Bestätigungen und Rechtsgutachten, stehen.

Für weitere Angaben zur Möglichkeit des Rücktritts des Globalen Koordinators vom Übernahmevertrag siehe „*Bezugsangebot — Wichtige Hinweise*“.

Verkaufsbeschränkungen

Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte sind und werden weder nach den Vorschriften des Securities Act noch bei den Wertpapieraufsichtsbehörden von Einzelstaaten der USA registriert. Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte dürfen in den USA weder angeboten noch verkauft oder direkt oder indirekt dorthin geliefert werden, sofern nicht ein Befreiungstatbestand von den Registrierungs- und Mitteilungspflichten des U.S.-amerikanischen Wertpapier- und Börsenrechts erfüllt ist und nicht alle weiteren anwendbaren U.S.-amerikanischen Rechtsvorschriften eingehalten werden. Die begleitenden Banken sind daher nach dem Übernahmevertrag dazu verpflichtet, dass (i) sie die Neuen Aktien und Bezugsrechte der Gesellschaft innerhalb der USA nur Personen, die sie vernünftigerweise für Qualified Institutional Buyers im Sinne von Rule 144A nach dem Securities Act halten, oder gemäß Rule 903 der Regulation S zum Securities Act anbieten oder verkaufen und (ii) weder sie noch ein in ihrem Namen handelnder Dritter bezüglich der Neuen Aktien und Bezugsrechte in den USA (x) Directed Selling Efforts im Sinne von Regulation S zum Securities

Das Angebot

Act oder (y) General Advertising oder General Solicitation, jeweils im Sinne von Rule 502(c) der Regulation D zum Securities Act durchgeführt haben oder durchführen werden.

Die Deutsche Postbank AG hat nicht die Absicht, das Angebot oder einen Teil davon in den USA zu registrieren oder ein öffentliches Aktien- oder Bezugsrechtsangebot in den USA durchzuführen.

Der Verkauf im Vereinigten Königreich unterliegt ebenfalls Beschränkungen. Die begleitenden Banken haben jeweils einzeln gegenüber der Gesellschaft für sich und ihre Tochtergesellschaften sowie für jede sonstigen für sie handelnden Personen gewährleistet, dass

- (i) sie im Zusammenhang mit dem Angebot oder dem Verkauf der Neuen Aktien zu Investmentaktivitäten im Sinne von § 21 des Financial Services and Markets Act 2000 (FSMA) nur einladen oder einladen werden bzw. solche Investmentaktivitäten nur veranlassen oder veranlassen werden, soweit § 21 (1) FSMA auf die Gesellschaft keine Anwendung findet; und
- (ii) sie alle anwendbaren Bestimmungen des FSMA eingehalten haben und einhalten werden, und zwar in Bezug auf alle Tätigkeiten, die von ihnen im Zusammenhang mit den Neuen Aktien im Vereinigten Königreich oder vom Vereinigten Königreich aus oder in sonstiger Weise das Vereinigte Königreich betreffend ausgeführt wurden bzw. werden.

Die begleitenden Banken haben des Weiteren in dem Übernahmevertrag gewährleistet, dass sie in allen Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), welche die Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EC) umgesetzt haben, ab dem Tag der Umsetzung der Prospektrichtlinie die Neuen Aktien weder öffentlich angeboten haben noch anbieten werden, es sei denn, dass (i) vorher ein Prospekt für die Neuen Aktien veröffentlicht worden ist, der durch die zuständige Behörde in diesem Mitgliedsstaat gebilligt worden ist oder in einem anderen Mitgliedsstaat des EWR, der die Prospektrichtlinie umgesetzt hat, gebilligt worden und die zuständige Behörde in dem Mitgliedsstaat, in dem das Angebot stattfindet, davon in Einklang mit der Prospektrichtlinie unterrichtet worden ist; (ii) das Angebot an juristische Personen erfolgt, die in Bezug auf ihre Tätigkeit auf den Finanzmärkten zugelassen sind bzw. beaufsichtigt werden oder, falls diese nicht zugelassen oder beaufsichtigt werden, deren einziger Geschäftszweck in der Wertpapieranlage besteht; (iii) das Angebot an Unternehmen erfolgt, die laut ihrem letzten Jahresabschluss bzw. konsolidierten Abschluss zumindest zwei der nachfolgenden drei Kriterien erfüllen: (x) eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl im letzten Geschäftsjahr von mehr als 250 (y) eine Gesamtbilanzsumme von mehr als € 43.000.000 und (z) ein Jahresnettoumsatz von mehr als € 50.000.000; oder (iv) das Angebot unter sonstigen Umständen erfolgt, in denen nach Artikel 3 der Prospektrichtlinie die Veröffentlichung eines Prospekts durch die Gesellschaft nicht erforderlich ist.

Stabilisierung

Im Zusammenhang mit dem Angebot der Neuen Aktien handelt UBS Limited als Stabilisierungsmanager und kann, auch durch mit ihre verbundene Unternehmen, Maßnahmen ergreifen, die auf die Stützung des Börsen- oder Marktpreises der Aktien der Gesellschaft abzielen, um einen bestehenden Verkaufsdruck auszugleichen (Stabilisierungsmaßnahmen).

Es besteht keine Verpflichtung des Stabilisierungsmanagers, Stabilisierungsmaßnahmen zu ergreifen. Daher wird nicht garantiert, dass Stabilisierungsmaßnahmen überhaupt durchgeführt werden. Sofern Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen werden, können diese jederzeit ohne vorherige Bekanntgabe beendet werden.

Solche Stabilisierungsmaßnahmen können ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Bezugspreises vorgenommen werden und müssen spätestens am 30. Kalendertag nach Ablauf der Bezugsfrist, d.h. voraussichtlich am 26. Dezember 2008, beendet sein (Stabilisierungszeitraum).

Das Angebot

Stabilisierungsmaßnahmen können zu einem höheren Börsenkurs bzw. Marktpreis der Aktien der Gesellschaft führen, als es ohne diese Maßnahmen der Fall wäre. Darüber hinaus kann sich vorübergehend ein Börsenkurs bzw. Marktpreis auf einem Niveau ergeben, das nicht dauerhaft ist.

Nach Ende des Stabilisierungszeitraums wird innerhalb einer Woche bekannt gegeben, ob eine Stabilisierungsmaßnahme durchgeführt wurde oder nicht, zu welchem Termin mit der Kursstabilisierung begonnen wurde, zu welchem Termin die letzte Kursstabilisierungsmaßnahme erfolgte sowie innerhalb welcher Kursspanne die Stabilisierung erfolgte, und zwar für jeden Termin, zu dem eine Kursstabilisierungsmaßnahme durchgeführt wurde.

Interessen beteiligter Personen an dem Angebot

Die begleitenden Banken stehen im Zusammenhang mit dem Angebot und der Börsenzulassung von Aktien der Gesellschaft in einem vertraglichen Verhältnis mit der Gesellschaft. Die UBS Limited wurde von der Gesellschaft als Globaler Koordinator und Bookrunner mandatiert. Sie berät die Gesellschaft bei der Transaktion und koordiniert die Strukturierung und Durchführung der Transaktion. Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Société Générale S.A. und UniCredit (Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) wurden von der Gesellschaft als Co-Lead Managers mandatiert. Bei erfolgreicher Durchführung der Transaktion erhalten die begleitenden Banken eine Provision. Einige der begleitenden Banken oder mit ihnen verbundene Unternehmen können von Zeit zu Zeit in Geschäftsbeziehungen mit der Postbank treten oder Dienstleistungen im Rahmen der üblichen Geschäftsabläufe für sie erbringen. Auch derzeit stehen einige der begleitenden Banken mit der Gesellschaft bzw. Tochtergesellschaften der Deutsche Postbank AG in Geschäftsbeziehung.

Im Zusammenhang mit dem Bezugsangebot hat sich die Deutsche Post AG gegenüber der Gesellschaft und den begleitenden Banken verpflichtet, den gemäß ihrer Beteiligung in Höhe von 50 % plus eine Aktie am Grundkapital der Gesellschaft auf sie entfallenden Anteil der Kapitalerhöhung zum Bezugspreis zu zeichnen. Soweit der Bezugspreis € 18,25 nicht übersteigt, hat sich die Deutsche Post AG weiterhin verpflichtet, sämtliche Aktien aus der Kapitalerhöhung, die nicht platziert werden, zum Bezugspreis aufzunehmen.

Informationen über die Angebotenen Neuen Aktien

Form; Stimmrecht

Sämtliche Aktien der Gesellschaft einschließlich der Neuen Aktien sind auf den Namen lautende nennwertlose Stückaktien mit einem auf die einzelne Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals in Höhe von € 2,50. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht.

Gewinnanteilberechtigung und Anteil am Liquidationserlös

Die Neuen Aktien sind mit voller Gewinnanteilsberechtigung ab dem 1. Januar 2008 ausgestattet. An einem etwaigen Liquidationserlös nehmen die Neuen Aktien entsprechend ihrem rechnerischen Anteil am Grundkapital teil.

Übertragbarkeit; Veräußerungsverbote

Die Neuen Aktien der Gesellschaft sind frei übertragbar.

Lieferung und Abrechnung

Die Abrechnung (Lieferung von Aktien gegen Zahlung) der im Rahmen dieses Angebots bezogenen Neuen Aktien erfolgt voraussichtlich am 27. November 2008 und der im Rahmen von Privatplatzierungen erworbenen Neuen Aktien voraussichtlich am 2. Dezember 2008, es sei denn, die Bezugsfrist wurde verlängert. Die Neuen Aktien werden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Ein Anspruch der Aktionäre auf Einzelverbriefung ihrer Aktien besteht insoweit nicht. Anleger können wahlweise bestimmen, dass von ihnen aufgrund des Angebots erworbene Aktien entweder einem Konto bei der Clearstream Banking AG als Wertpapiersammelbank oder einem Konto eines Euroclear- bzw. Clearstream Banking société anonyme-Teilnehmers zu ihren Gunsten gutgeschrieben werden.

Börsenzulassung, Einbeziehung in die bestehende Notierung, ISIN, WKN, Common Code, Börsenkürzel

Die Zulassung der Neuen Aktien zum regulierten Markt an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart („Wertpapierbörsen“) sowie zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wird voraussichtlich am 12. November 2008 beantragt werden. Der Beschluss der Wertpapierbörsen über die Zulassung der Aktien zum Börsenhandel wird für den 26. November 2008 erwartet. Die Aufnahme des Börsenhandels ist für den 27. November 2008 vorgesehen. Mit Notierungsaufnahme werden die Neuen Aktien in die bestehenden Notierungen der Aktien der Deutsche Postbank AG einbezogen.

Informationen über die Angebotene Neuen Aktien

Die Wertpapierkennzahlen lauten wie folgt:

International Securities Identification Number (ISIN)	
—für die Neuen Aktien	DE0008001009
—für die Bezugsrechte auf die Neuen Aktien	DE000A0AFEL6
Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN)	
—für die Neuen Aktien	800 100
—für die Bezugsrechte auf die Neuen Aktien	A0A FEL
Common Code	19309177
Börsenkürzel	DPB

Bekanntmachungen; Zahl- und Anmeldestelle

Nach der Satzung sind Bekanntmachungen durch die Gesellschaft im elektronischen Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Informationen an die Inhaber zugelassener Wertpapiere der Gesellschaft können bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen auch durch Datenfernübertragung übermittelt werden.

Zahl- und Anmeldestelle für die Aktien der Gesellschaft ist die Deutsche Postbank AG, Friedrich-Ebert-Allee 114-126, 53113 Bonn.

Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses und Kosten

Emissionserlös und Kosten der Emission

Soweit sämtliche Neuen Aktien zum Bezugspreis bezogen werden, beträgt der Bruttoemissionserlös vor Kosten und Provisionen bzw. Gebühren € 1.000,1 Mio. Der Gesellschaft fallen (abhängig von der Anzahl derjenigen Neuen Aktien, die bei Investoren platziert und nicht von der Deutsche Post AG übernommen werden) Bankenprovisionen sowie sonstige Kosten im Rahmen der Emission in Höhe von voraussichtlich maximal ca. € 24 Mio. an. Der der Gesellschaft zufließende Nettoemissionserlös beträgt daher voraussichtlich ca. € 976 Mio.

Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses

Der Nettoemissionserlös aus dem Angebot der Neuen Aktien soll der Stärkung der Eigenkapitalbasis der Postbank dienen und die Postbank beabsichtigt, ihn für allgemeine Finanzierungszwecke innerhalb des Konzerns zu verwenden; spezifische Investitionszwecke zur Verwendung des Emissionserlöses sind daher nicht vorgesehen.

Die Postbank strebt mit dem Angebot die Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis an. Eine gestärkte Eigenkapitalbasis ist Grundlage für die Behauptung und weitere Festigung der Wettbewerbsposition der Postbank und Voraussetzung für ihr Geschäftsmodell, welches stark auf dem Einlagengeschäft aufbaut. Ein Teil des Nettoemissionserlöses soll dazu dienen, die im Zusammenhang mit dem planmäßigen Abbau von Finanzanlagen für das vierte Quartal 2008 erwarteten finanziellen Belastungen zu kompensieren.

Dividendenpolitik und Ergebnis je Aktie

Die Anteile der Aktionäre am auszuschüttenden Gewinn der Gesellschaft bestimmen sich nach ihren Anteilen am Grundkapital.

Die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden für ein Geschäftsjahr auf die Aktien der Gesellschaft obliegt der ordentlichen Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres, die auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft entscheidet. Dividenden dürfen nur aus dem Bilanzgewinn der Gesellschaft gemäß deren HGB-Einzelabschluss ausgeschüttet werden (siehe „*Angaben über das Kapital der Gesellschaft — Allgemeine Bestimmungen zu Gewinnverwendung und Dividendenzahlungen*“). Der HGB-Einzelabschluss zum 31. Dezember 2007 ist im Abschnitt „*Finanzteil*“ dieses Prospekts enthalten. Dieser Einzelabschluss wird im Gegensatz zu dem nach IFRS aufgestellten Konzernabschluss nach HGB aufgestellt; die Rechnungslegungsregeln von HGB und IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, weisen Unterschiede auf. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist der Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag um Gewinn-/Verlustvorträge des Vorjahrs sowie um Entnahmen bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden. Die Hauptversammlung kann im Rahmen bestimmter im Aktiengesetz vorgesehener Beschränkungen im Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns weitere Beträge in Gewinnrücklagen einstellen oder als Gewinn vortragen.

Nach der Satzung der Gesellschaft sind Vorstand und Aufsichtsrat ermächtigt, bei der Feststellung des Jahresabschlusses den Jahresüberschuss, der nach Abzug der in die gesetzliche Rücklage einzustellenden Beträge und eines Verlustvortrags verbleibt, zum Teil oder ganz in andere Rücklagen einzustellen. Die Einstellung eines größeren Teils als der Hälfte des Jahresüberschusses ist nicht zulässig, soweit die anderen Gewinnrücklagen nach der Einstellung die Hälfte des Grundkapitals übersteigen würden.

Solange die Deutsche Post AG unmittelbar oder mittelbar über die Mehrheit der Stimmrechte an der Gesellschaft verfügt, kann sie die meisten Hauptversammlungsbeschlüsse mit ihren Stimmen herbeiführen, darunter auch die Beschlussfassung über die Dividendenzahlung (siehe „*Angaben über das Kapital der Gesellschaft — Allgemeine Bestimmungen zu Gewinnverwendung und Dividendenzahlungen*“). Zur vereinbarten Änderung der Aktionärsstruktur der Gesellschaft durch den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG siehe „*Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG*“. Die Fähigkeit der Gesellschaft zur Zahlung künftiger Dividenden wird von den Gewinnen der Gesellschaft, ihrer finanziellen Lage und anderen Faktoren einschließlich ihrer Liquiditätsbedürfnisse und ihrer Zukunftsaussichten sowie von steuerlichen, regulatorischen und sonstigen rechtlichen Überlegungen abhängig sein.

Zu etwaigen Beschränkungen von Dividendenzahlungen im Zusammenhang mit Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz siehe „*Regulierung und Aufsicht — Regulierung und Aufsicht über Banken in Deutschland — Finanzmarktstabilisierungsgesetz*“.

Die Neuen Aktien der Gesellschaft, die Gegenstand des Angebots sind, sind für das Geschäftsjahr, das am 1. Januar 2008 begonnen hat, und für alle nachfolgenden Geschäftsjahre gewinnberechtigt.

Die nachfolgende Übersicht stellt das Ergebnis je Aktie sowie die je Aktie ausgeschüttete Jahresdividende für die Geschäftsjahre 2005, 2006 und 2007 dar:

	2005	2006	2007
Ausgeschüttete Dividende je Aktie in €	1,25	1,25	1,25
Ergebnis je Aktie in € (auf Grundlage des geprüften IFRS-Konzernabschlusses)	3,00	4,24	5,30
Ergebnis je Aktie in € (auf Grundlage des geprüften HGB-Einzelabschlusses)	1,72	1,60	1,45

Dividendenpolitik und Ergebnis je Aktie

Die in der Vergangenheit ausgeschütteten Dividenden sind kein geeigneter Maßstab, um auf künftige Dividendenzahlungen zu schließen. Derzeit plant der Vorstand, den Aktionären der Gesellschaft auf der nächsten ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2009 vorzuschlagen, für das Geschäftsjahr 2008 keine Dividende auszuschütten.

Kapitalausstattung und Verbindlichkeiten

Die nachfolgenden Tabellen geben auf Grundlage des Konzernzwischenabschlusses zum 30. September 2008 einen Überblick über die konsolidierte Kapitalausstattung und Verbindlichkeiten der Gesellschaft zum 30. September 2008 vor Durchführung des Angebots sowie zum 30. September 2008 nach unterstellter Durchführung des Angebots unter Berücksichtigung der im Zusammenhang mit dem Angebot geplanten Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem Kapital (Genehmigtes Kapital II). Die angepassten Angaben in der rechten Spalte der nachstehenden Tabelle beruhen auf der Annahme, dass der Gesellschaft im Rahmen dieses Angebots (bei vollständiger Platzierung der nicht auf die Bezugsrechte der Deutsche Post AG entfallenden Aktien im Markt) ein Nettoemissionserlös von € 976 Mio. zufließen wird.

Die folgende Tabelle sollte im Zusammenhang mit den Angaben im „Finanzteil“ dieses Prospekts gelesen werden.

Kapitalisierung und Verschuldung	30. September 2008 (vor Durchführung des Angebots)	30. September 2008 (nach Durchführung des Angebots)
	(ungeprüft) (in Mio. €)	
Verbindlichkeiten⁽¹⁾	198.339	198.339
Kurzfristige Verbindlichkeiten ⁽²⁾	146.008	146.008
davon besichert	35.286	35.286
davon unbesichert	110.722	110.722
davon garantiert	0	0
davon nicht garantiert	146.008	146.008
Langfristige Verbindlichkeiten ⁽³⁾	52.331	52.331
davon besichert	0	0
davon unbesichert	52.331	52.331
davon garantiert	0	0
davon nicht garantiert	52.331	52.331
Nachrangkapital	5.846	5.846
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.011	3.011
Hybride Kapitalinstrumente	1.533	1.533
Genussrechtskapital	1.248	1.248
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	54	54
Eigenkapital	3.619	4.595
Gezeichnetes Kapital	410	547
Kapitalrücklage	1.160	1.999
Andere Rücklagen	2.160	2.160
Konzernverlust/-gewinn	-114	-114
Anteile in Fremdbesitz	3	3
Summe der kurzfristigen Verbindlichkeiten, der langfristigen Verbindlichkeiten, des Nachrangkapitals und des Eigenkapitals	207.804	208.780

(1) Summe aus kurzfristigen und langfristigen Verbindlichkeiten

(2) Summe aus (i) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gesamt abzüglich der Bestände mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten, (ii) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gesamt abzüglich der Bestände mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten und (iii) verbrieft Verbindlichkeiten gesamt abzüglich der Bestände nach mehr als 12 Monaten

(3) Summe aus (i) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten, (ii) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten und (iii) verbrieft Verbindlichkeiten mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten

Zum 30. September 2008 betragen die Eventualverbindlichkeiten der Postbank aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen € 1.259 Mio. Unwiderrufliche Kreditzusagen hatte die Postbank zum 30. September 2008 in Höhe von € 22.742 Mio. gegeben, davon entfielen € 5.321 Mio. auf bereitgestellte Baudarlehen.

Kapitalausstattung und Verbindlichkeiten

Die Deutsche Postbank AG trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Capital Corporation, Delaware, USA und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Nettofinanzverbindlichkeiten	30. September 2008 (vor Durchführung des Angebots)	30. September 2008 (nach Durchführung des Angebots) (ungeprüft) (in Mio. €)
Barreserve	3.486	4.462
Kassenbestand	581	581
Guthaben bei Kreditinstituten ⁽¹⁾	2.905	3.881
Wertpapiere des Handelsbestands ⁽²⁾	1.542	1.542
Liquide Mittel	5.028	6.004
Kurzfristige Bankverbindlichkeiten ⁽³⁾	– 55.504	– 55.504
Andere kurzfristige Finanzverbindlichkeiten ⁽⁴⁾	– 91.653	– 91.653
Kurzfristige Finanzschulden ⁽⁵⁾	– 829	– 829
Kurzfristige finanzielle Forderungen ⁽⁶⁾	39.306	39.306
Kurzfristige Nettofinanzverbindlichkeiten⁽⁷⁾	– 103.652	– 102.676
Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ⁽⁸⁾	– 11.175	– 11.175
Ausgegebene Schuldverschreibungen ⁽⁹⁾	– 13.109	– 13.109
Andere langfristige Verbindlichkeiten ⁽¹⁰⁾	– 33.143	– 33.143
Langfristige Finanzschulden⁽¹¹⁾	– 57.427	– 57.427
Langfristige finanzielle Forderungen (abzüglich Risikovorsorge) ⁽¹²⁾	87.937	87.937
Finanzanlagen ⁽¹³⁾	81.278	81.278
Summe Nettofinanzverbindlichkeiten⁽¹⁴⁾	+ 8.136	+ 9.112

- (1) Es handelt sich um eine Einschätzung der Gesellschaft, dass der Emissionserlös unter den Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen wird
- (2) Wertpapiere des Handelsbestandes abzüglich der Bestände mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten
- (3) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Gesamt abzüglich der Bestände mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten
- (4) Summe der (i) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden Gesamt abzüglich der Bestände mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten, der (ii) verbrieften Verbindlichkeiten Gesamt abzüglich der Bestände mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten und (iii) der Handelspassiva Gesamt abzüglich der Bestände mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten
- (5) Summe der Hedging-Derivate
- (6) Summe der (i) Forderungen an Kreditinstitute Gesamt abzüglich der Forderungen an Kreditinstitute mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten, (ii) der Handelsaktiva Gesamt abzüglich der Bestände mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten ohne Wertpapiere des Handelsbestandes und (iii) der Forderungen an Kunden Gesamt ohne Bestände mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten
- (7) Summe der (i) liquiden Mittel, (ii) kurzfristige Bankverbindlichkeiten, andere kurzfristige Finanzverbindlichkeiten, kurzfristige Finanzschulden und (iii) kurzfristige finanzielle Forderungen
- (8) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten
- (9) Summe der Verbrieften Verbindlichkeiten mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten und der Handelspassiva mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten
- (10) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten
- (11) Summe der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, ausgegebenen Schuldverschreibungen und anderen langfristigen Verbindlichkeiten
- (12) Summe der (i) Forderungen an Kreditinstitute mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten, der Handelsaktiva mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten und der Forderungen an Kunden mit Fälligkeit nach mehr als 12 Monaten
- (13) Finanzanlagen
- (14) Summe der kurzfristigen Nettofinanzverbindlichkeiten, der langfristigen Finanzschulden, der langfristigen finanziellen Forderungen und der Finanzanlagen

Eine Übersicht zu den finanziellen Verbindlichkeiten der Postbank zum 30. September 2008 und zum 31. Dezember 2007 bzw. 2006 differenziert nach Restlaufzeiten findet sich unter „Risikomanagement — Liquiditätsrisiken — Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling“.

Kapitalausstattung und Verbindlichkeiten

Für nähere Informationen zu Liquidität und Liquiditätsmanagement siehe „*Risikomanagement — Liquiditätsrisiken*“.

Erklärung zum Geschäftskapital

Die Gesellschaft ist der Ansicht, dass sie selbst über ausreichend Geschäftskapital verfügt, um ihren Zahlungsverpflichtungen mindestens in den nächsten 12 Monaten nachkommen zu können.

Ausgewählte Unternehmens- und Finanzdaten

Die nachstehenden ausgewählten Unternehmens- und Finanzdaten der Postbank sind in Zusammenhang mit den im Finanzteil abgedruckten Konzernabschlüssen der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2007, 2006 und 2005, dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft für die Neunmonatsperiode zum 30. September 2008 und den jeweils dazugehörigen Erläuterungen sowie der „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ zu lesen. Die Daten der Konzernbilanz, die Daten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und die Daten der Kapitalflussrechnung für die Jahre 2007, 2006 und 2005 wurden den nach den International Financial Reporting Standards des International Accounting Standards Board (IASB), wie sie in der EU anzuwenden sind (nachfolgend „IFRS“), erstellten Konzernabschlüssen entnommen, die von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurden. Die Daten der Konzernbilanz, die Daten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und die Daten der Kapitalflussrechnung für die Neunmonatsperiode zum 30. September 2008 (mit Vergleichszahlen für die entsprechende Periode des Vorjahres) wurden dem nach IFRS (IAS 34) erstellten ungeprüften, einer prüferischen Durchsicht unterzogenen verkürzten Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft zum 30. September 2008 entnommen. Die Angaben zu den Eigenmitteln und Kapitalquoten sind für die Jahre 2007, 2006 und 2005 aus dem jeweiligen Lagebericht bzw. den Erläuterungen zu den geprüften Konzernabschlüssen entnommen und für die Neunmonatsperiode zum 30. September 2008 aus dem Zwischenlagebericht bzw. den Erläuterungen zum ungeprüften, einer prüferischen Durchsicht unterzogenen verkürzten Konzernzwischenabschluss. Die weiteren betrieblichen Kennzahlen sind ungeprüft und von der Postbank durch Auswertung ihrer operativen Geschäftstätigkeit ermittelt.

Daten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			9 Monate zum	
	2005 ⁽²⁾	2006 ⁽¹⁾ (geprüft)	2007	2007	2008
	(in Mio. €)				
Zinserträge	5.350	7.650	8.384	6.169	7.302
Zinsaufwendungen	-3.675	-5.496	-6.144	-4.531	-5.545
Zinsüberschuss ⁽¹⁾	1.675	2.154	2.240	1.638	1.757
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-205	-337	-338	-268	-304
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.470	1.817	1.902	1.370	1.453
Provisionserträge	801	1.623	1.675	1.239	1.258
Provisionsaufwendungen	-102	-216	-246	-186	-187
Provisionsüberschuss	699	1.407	1.429	1.053	1.071
Handelsergebnis ⁽¹⁾	205	264	290	264	8
Ergebnis aus Finanzanlagen	252	292	294	292	-549
Verwaltungsaufwand	-1.886	-2.812	-2.856	-2.128	-2.101
Sonstige Erträge	252	205	160	89	125
Sonstige Aufwendungen	-273	-232	-215	-134	-119
Ergebnis vor Steuern	719	941	1.004	806	-112
Ertragsteuern	-226	-245	-133	-104	-1
Ergebnis nach Steuern	493	696	871	702	-113
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1	-1	-1
Konzerngewinn/-verlust	492	695	870	701	-114

(1) Die Zahlen für 2006 wurden dem Konzernabschluss 2007 entnommen. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden im Konzernabschluss 2007 die Zahlen für 2006 so angepasst, als sei der Ausweis des Bewertungsergebnisses aus der Fair-Value-Option schon im Jahr 2006 dahingehend geändert worden, dass Marktwertänderungen der Bestände nicht mehr im Zinsüberschuss, sondern im Handelsergebnis erfasst werden. Durch die Anpassung reduzierte sich der Zinsüberschuss im Jahr 2007 um € 19 Mio. und das Handelsergebnis erhöhte sich um € 19 Mio.

(2) Die Zahlen für 2005 wurden dem Konzernabschluss 2006 entnommen.

Daten der Konzernbilanz

	2005 ⁽²⁾	31. Dezember 2006 (geprüft)	2007	30. September 2008 (ungeprüft)
	(in Mio. €)			
Aktiva				
Barreserve	968	1.015	3.352	3.486
Forderungen an Kreditinstitute	17.801	16.350	24.581	17.622
Forderungen an Kunden	52.873	87.182	92.130	103.451
Risikovorsorge	-776	-1.155	-1.154	-1.313
Handelsaktiva	10.386	13.280	9.936	8.674
Hedging-Derivate	639	485	421	351
Finanzanlagen	55.423	63.299	68.606	81.278
Immaterielle Vermögenswerte	223	2.505	2.425	2.406
Sachanlagen	753	941	927	895
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	72	74	73	73
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	49	86	117	188
Latente Ertragsteueransprüche	434	244	483	869
Sonstige Aktiva	1.435	581	529	673
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	—	—	565	—
Summe der Aktiva	<u>140.280</u>	<u>184.887</u>	<u>202.991</u>	<u>218.653</u>

	2005 ⁽²⁾	31. Dezember 2006 (geprüft)	2007	30. September 2008 (ungeprüft)
	(in Mio. €)			
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.778	47.319	61.146	66.679
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	78.481	101.316	110.696	115.701
Verbriefte Verbindlichkeiten	14.738 ⁽¹⁾	15.886	9.558	15.959
Handelspassiva	3.345	3.618	5.594	6.245
Hedging-Derivate	1.668	958	873	829
Rückstellungen	969	3.691	2.107	2.116
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	585	1.115	1.143	1.149
b) Sonstige Rückstellungen	384	2.576	964	967
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	75	84	122	175
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	955	974	1.102	964
Sonstige Passiva	427	786	835	520
Nachrangkapital	3.783	5.048	5.603	5.846
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	—	—	44	—
Eigenkapital	5.061 ⁽¹⁾	5.207	5.311	3.619
a) Gezeichnetes Kapital	410	410	410	410
b) Kapitalrücklage	1.160	1.160	1.160	1.160
c) Gewinnrücklage	2.764 ⁽¹⁾	3.051	3.541	4.206
d) Währungsumrechnungsrücklage	-77	-117	-149	-152
e) Neubewertungsrücklage	311	6	-523	-1.894
f) Konzerngewinn	492	695	870	-114
Anteile in Fremdbesitz	1	2	2	3
Summe der Passiva	<u>140.280</u>	<u>184.887</u>	<u>202.991</u>	<u>218.653</u>

(1) Bei der Erstanwendung des IAS 39 im Konzernabschluss 2001 wurden beizulegende Zeitwerte von verbrieften Verbindlichkeiten teilweise fehlerhaft bilanziert. Diese wurden nach IAS 8.42 zulasten der Gewinnrücklagen in Höhe von € 125 Mio. rückwirkend korrigiert, in der Entwicklung des Eigenkapitals wurde der Vortrag auf den 1. Januar 2005 entsprechend angepasst.

(2) Die Zahlen für 2005 wurden dem Konzernabschluss 2006 entnommen.

Daten der Kapitalflussrechnung

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			9 Monate zum 30. September	
	2005	2006 (geprüft)	2007	2007	2008 (ungeprüft)
	(in Mio. €)				
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	10.352	5.540	8.050	1.455	12.950
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-11.237	-5.352	-6.042	417	-12.790
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	738	-425	329	381	-27

Eigenmittel und Kapitalquoten

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			9 Monate zum 30. September
	2005	2006 (geprüft)	2007	2008 (ungeprüft)
	(in Mio. € außer Prozentangaben)			
Ergebnis vor Steuern	719	941	1.004	-112
Cost Income Ratio ⁽¹⁾ gesamt	66,6%	68,3%	67,2%	91,9%
Cost Income Ratio				
Klassisches Bankgeschäft ⁽²⁾	63,7%	66,7%	64,8%	91,9%
Eigenkapitalrendite ⁽³⁾				
vor Steuern	15,0%	18,9%	19,3%	-3,2%
nach Steuern	10,3%	14,0%	16,7%	-3,2%
Eigenmittel				
Kernkapital	5.164	4.701 ⁽⁴⁾	5.455	3.807
Ergänzungskapital	2.342	3.459 ⁽⁴⁾	3.312	2.964
Dritttrangmittel	—	24 ⁽⁴⁾	—	509
Anrechenbare Eigenmittel	7.506	8.184 ⁽⁴⁾	8.767	7.280
Kapitalquoten				
Kernkapitalquote nach BIZ ⁽⁵⁾	8,3%	5,5%	—	—
Eigenmittelquote nach BIZ ⁽⁶⁾	10,7%	8,1%	—	—
Basel II-Kernkapitalquote ⁽⁷⁾	—	6,6% ⁽⁴⁾	6,9%	5,5%
Basel II-Gesamtkennziffer ⁽⁸⁾	—	9,6% ⁽⁴⁾	9,6%	9,2%

- (1) Verwaltungsaufwand dividiert durch Gesamterträge (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen).
- (2) Ungeprüft; Differenz aus Verwaltungsaufwand Konzern und Verwaltungsaufwand Segment Transaction Banking, dividiert durch Differenz aus Gesamterträge Konzern (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen) und Gesamterträge Segment Transaction Banking.
- (3) Jahresüberschuss dividiert durch durchschnittliches Eigenkapital.
- (4) Die Angaben wurden auf Basis von Basel II für interne Zwecke ermittelt, konnten jedoch für das Jahr 2006 noch nicht für bankaufsichtliche Zwecke verwendet werden.
- (5) Nach der Definition der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) misst die Kernkapitalquote die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung als Quotient von Kernkapital und risikogewichteten Aktiva.
- (6) Nach der Definition der BIZ beschreibt die Eigenmittelquote das Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva.
- (7) Die Berechnung erfolgte ohne „Cap“, d.h. ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen in § 339 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 3 bis 5 Solvabilitätsverordnung für Mindesteigenmittel.
- (8) Gemäß § 2 Abs. 6 Solvabilitätsverordnung.

Segmentergebnisse

	Retail Banking		Firmenkunden		Transaction Banking		Financial Markets		Übrige		Konzern							
	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006						
Zinsüberschuss ⁽¹⁾	1.682	2.339	2.392	238	260	292	5	4	83	92	114	-333	-542	-562	1.675	2.154	2.240	
Handelsergebnis ⁽¹⁾	—	32	14	1	5	-9	—	—	55	46	72	149	181	213	205	264	290	
Finanzanlageergebnis	—	25	50	8	2	-5	—	—	—	6	1	244	260	248	252	292	294	
Bilanzbezogene Erträge	1.682	2.396	2.456	247	267	278	5	4	138	144	187	60	-101	-101	2.132	2.710	2.824	
Provisionsüberschuss	388	1.061	988	108	105	104	278	350	62	63	83	-137	-85	-96	699	1.407	1.429	
Gesamt-Erträge	2.070	3.457	3.444	355	372	382	283	354	200	207	270	-77	-186	-197	2.831	4.117	4.253	
Verwaltungsaufwand	-1.335	-2.178	-2.210	-165	-171	-163	-263	-245	-80	-78	-83	-43	-140	-69	-1.886	-2.812	-2.856	
Risikoversorge	-148	-277	-292	-39	-38	-28	—	—	2	-3	4	-20	-19	-22	-205	-337	-338	
Sonstige Erträge / Aufwendungen	1	-78	2	-2	2	—	3	5	13	-2	-1	-21	38	-69	-21	-27	-55	
Ergebnis vor Steuern	588	924	944	149	165	191	23	27	36	120	132	190	-161	-307	719	941	1.004	
Cost Income Ratio (CIR) ⁽²⁾	64,5%	63,0%	64,2%	46,5%	46,0%	42,7%	92,9%	91,8%	93,5%	40,0%	37,7%	30,7%	—	—	66,6%	68,3%	67,2%	
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE) ⁽³⁾	27,3%	32,7%	32,7%	43,2%	46,7%	50,5%	—	—	—	22,0%	23,8%	37,2%	-9,4%	-25,6%	15,0%	18,9%	19,3%	
	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006
Segmentvermögen	31.762	77.370	79.107	14.580	16.364	21.032	239	82	93	23.337	28.209	22.521	66.565	58.086	72.500	136.483	180.111	195.253
Segmentverbindlichkeiten	58.978	93.200	94.563	13.732	17.179	18.469	143	—	1	11.957	11.313	12.569	42.532	46.447	61.392	127.342	168.139	186.994

(1) Die Zahlen für 2006 wurden dem Konzernabschluss 2007 entnommen. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden im Konzernabschluss 2007 die Zahlen für 2006 so angepasst, als sei der Ausweis des Bewertungsergebnisses aus der Fair-Value-Option schon im Jahr 2006 dahingehend geändert worden, dass Marktwertänderungen der Bestände nicht mehr im Zinsüberschuss, sondern im Handelsergebnis erfasst werden. Durch die Anpassung reduzierte sich der Zinsüberschuss für das Jahr 2007 auf Konzernebene um € 19 Mio. und das Handelsergebnis erhöhte sich auf Konzernebene um € 19 Mio.

(2) Verwaltungsaufwand dividiert durch Gesamterträge (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen).

(3) Ergebnis vor Steuern dividiert durch durchschnittliches Eigenkapital.

	Retail Banking		Firmenkunden		Transaction Banking		Financial Markets		Übrige		Konzern	
	9 Monate zum 30. Sept. 2007	9 Monate zum 30. Sept. 2008	9 Monate zum 30. Sept. 2007	9 Monate zum 30. Sept. 2008	9 Monate zum 30. Sept. 2007	9 Monate zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft) (in Mio. €)	9 Monate zum 30. Sept. 2007	9 Monate zum 30. Sept. 2008	9 Monate zum 30. Sept. 2007	9 Monate zum 30. Sept. 2008	9 Monate zum 30. Sept. 2007	9 Monate zum 30. Sept. 2008
Zinsüberschuss	1.787	1.723	213	275	2	3	72	103	-436	-347	1.638	1.757
Handelsergebnis	8	13	-3	-49	0	0	51	57	208	-13	264	8
Finanzanlageergebnis	30	-1	5	-239	0	0	5	-79	252	-230	292	-549
Bilanzbezogene Erträge	1.825	1.735	215	-13	2	3	128	81	24	-590	2.194	1.216
Provisionsüberschuss	730	775	78	77	267	260	59	46	-81	-87	1.053	1.071
Gesamt – Erträge	2.555	2.510	293	64	269	263	187	127	-57	-677	3.247	2.287
Verwaltungsaufwand	-1.639	-1.607	-132	-128	-247	-240	-61	-66	-49	-60	-2.128	-2.101
Risikovorsorge	-218	-204	-17	-23	0	0	7	-11	-40	-66	-268	-304
Sonstige Erträge / Aufwendungen	-14	23	-1	2	4	11	0	-1	-34	-29	-45	6
Ergebnis vor Steuern	684	722	143	-85	26	34	133	49	-180	-832	806	-112
Cost Income Ratio (CIR) ⁽¹⁾	64,1%	64,0%	45,1%	200%	91,8%	91,3%	32,6%	52,0%	—	—	65,5%	91,9%
Eigenkapital – Rendite vor Steuern (RoE) ⁽²⁾	31,4%	42,0%	52,4%	-28,5%	—	—	38,1%	9,9%	-17,1%	-83,6%	20,9%	-3,2%
	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)
Segmentvermögen	79.107	83.998	21.032	26.872	93	131	22.521	22.946	72.500	77.078	195.253	211.025
Segmentverbindlichkeiten	94.563	98.742	18.469	20.702	1	0	12.569	15.731	61.392	69.409	186.994	204.584

(1) Verwaltungsaufwand dividiert durch Gesamterträge (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen).

(2) Ergebnis vor Steuern (jeweils auf das Jahr hochgerechnet) dividiert durch durchschnittliches Eigenkapital.

Weitere betriebliche Kennzahlen

	31. Dezember			30. September
	2005	2006	2007	2008
	(ungeprüft, außer Bilanzsumme zum 31. Dezember 2005, 2006 und 2007)			
Dienstleistungsgeschäfte				
Privatgirokonten (Stückzahl in Mio.)	4,57	4,69	4,88	4,95
Konten von Unternehmen (Stückzahl in Mio.)	0,34	0,32	0,31	0,30
Giro-Sichteinlagen (Bestandsvolumen in Mrd. €)	20,21	20,36	20,93	20,74
Debit-Karten (Stückzahl in Mio.)	6,12	6,25	6,32	6,47
Kreditkarten (Stückzahl in Mio.)	0,82	1,03	1,10	1,19
Anlagegeschäft				
Sparkonten (Stückzahl in Mio.)	17,16	17,06	17,29	17,32
davon Sparcard (Stückzahl in Mio.)	2,17	2,17	2,46	2,59
davon DAX®-Sparbuch (Stückzahl in Mio.)	1,89	1,85	1,77	1,68
Wertpapierdepots (Stückzahl in Mio.)	0,75	0,92	0,96	0,87
Bestandsvolumen Wertpapiere (Bestandsvolumen in Mrd. €)	7,96	10,55	11,50	10,18
Kreditgeschäft				
Kontokorrentkredite (Bestandsvolumen in Mrd. €)	1,25	1,21	1,81	1,86
Privatkredite (Bestandsvolumen in Mrd. €)	1,57	2,45	2,87	2,88
Baufinanzierung (Bestandsvolumen in Mrd. €)	28,95	59,15	64,78	68,91
Gewerbliche Finanzierung (Bestandsvolumen in Mrd. €)	5,61	5,98	8,21	11,49
Forderungen an Kreditinstitute (Bestandsvolumen in Mrd. €)	17,80	16,35	24,58	17,62
Internationale Kommunalkredite (Bestandsvolumen in Mrd. €)	1,00	0,98	0,67	0,56
Bausparen BHW				
Verträge (Stückzahl in Mio.)	—	4,00	3,86	3,63
Bauspareinlagen gegenüber Kunden (Bestandsvolumen in Mrd. €)	—	16,67	16,63	16,19
Bilanzsumme (Mrd. €)	140,28	184,89	202,99	218,65
Mitarbeiter (Tsd.)⁽¹⁾	9,24	21,70	21,47	21,47

(1) Umgerechnet auf Vollzeitkräfte zum Stichtag der jeweiligen Periode. 2005 ohne BHW und Filialen

Informationen zur Aktie der Gesellschaft

	Geschäftsjahr zum			9 Monate zum	
	2005	2006	2007	2007	2008
	(in € je Aktie)				
Börsenkurs (XETRA)					
Periodenende	49,00	63,97	60,75	51,49	26,66
Höchststand	50,84	65,45	74,72	74,72	67,10
Tiefststand	32,16	48,21	43,41	47,70	25,45

Am 10. November 2008 betrug der Schlusskurs (XETRA) der Aktie der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse € 16,72.

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die folgende Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf Annahmen bezüglich der zukünftigen Geschäftsentwicklung beruhen. Die Ergebnisse der Postbank könnten von den in den zukunftsgerichteten Aussagen enthaltenen Erwartungen erheblich abweichen, siehe „Allgemeine Informationen — Zukunftsgerichtete Aussagen, statistische Daten, Marktdaten, Schätzungen, Zahlen- und Kundenangaben“. Die Darstellung ist im Zusammenhang mit den im Finanzteil abgedruckten Konzernabschlüssen der Gesellschaft für die Jahre 2007, 2006 und 2005, dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft für die Neunmonatsperiode zum 30. September 2008 und den jeweils dazugehörigen Erläuterungen zu lesen.

Die Konzernabschlüsse für die Jahre 2007, 2006 und 2005 und der verkürzte Konzernzwischenabschluss für die Neunmonatsperiode zum 30. September 2008 wurden jeweils in Übereinstimmung mit IFRS erstellt.

Überblick

Die Postbank ist einer der großen Anbieter von Bank- und sonstigen Finanzdienstleistungen in Deutschland. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt im Retail Banking. Daneben sind das Geschäft mit Firmenkunden (Zahlungsverkehr, Einlagengeschäft, Finanzierungen) und Abwicklungsdienstleistungen von Bedeutung. Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden das Produkt- und Dienstleistungsportfolio der Postbank ab. Als Multikanalbank vertreibt die Postbank ihre Produkte im Geschäftsbereich Retail Banking über Filialen, den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking (Internet und Mailing) und Call-Center sowie im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner. Die Postbank hat ihre Aktivitäten in folgende Geschäftsbereiche gegliedert:

- **Retail Banking:** Im Geschäftsbereich Retail Banking bietet die Postbank ihren rund 14,2 Mio. Privat- und Geschäftskunden (Selbstständige und Gewerbetreibende mit einem jährlichen Außenumsatz von bis zu € 2,5 Mio.) ein breites Spektrum standardisierter, preisgünstiger und auf typische Bedarfsituationen ausgerichteter Bank- und Finanzdienstleistungen an. Der Schwerpunkt des Produktspektrums liegt auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft, Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten sowie Privatkrediten, ergänzt durch das Angebot von Wertpapieren (insbesondere Fonds) und Versicherungen sowie Konzepten zur Altersvorsorge. In Kooperation mit der Deutsche Post AG erbringt die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Postdienstleistungen, wodurch sich der tägliche Besucherstrom in ihren Filialen erhöht und Provisionserträge generiert werden. Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den operativen Ergebnissen des Retail Banking der Gesellschaft, des Teilkonzerns BHW (im Wesentlichen BHW Bausparkasse AG, Postbank Finanzberatung AG sowie — bis zu ihrem Untergang durch Verschmelzung und nachfolgende Anwachsung an die Gesellschaft — BHW Bank), der Postbank Filialvertrieb AG und der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH zusammen.
- **Firmenkunden:** Im Geschäftsbereich Firmenkunden bietet die Postbank für ihre ungefähr 30.000 Firmenkunden (Groß- und Mittelstandsunternehmen mit einem jährlichen Außenumsatz von über € 2,5 Mio.) Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr (insbesondere Zahlungsverkehrslösungen und Kontoführung) sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Factoring und Leasing an. Anlage- und Kapitalmarktprodukte runden die Produktpalette ab. Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den Ergebnissen des Firmenkundengeschäfts der Gesellschaft, der PB Firmenkunden AG, der PB Capital Corporation, der Postbank Leasing GmbH, PB Factoring GmbH, der Postbank London Branch und der Deutsche Postbank International S.A. (nur Firmenkundengeschäft) zusammen.
- **Transaction Banking:** Der Geschäftsbereich Transaction Banking wurde im Jahr 2004 geschaffen und umfasst die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Kontoservices und die Kreditabwicklung. Als Plattform für Transaktionen der konzernexternen Kunden Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft und Bayerische Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs dient die Betriebs-Center für Banken AG (BCB), eine 100 %ige Tochter der

Gesellschaft. Zum 1. Juli 2008 lagerte die Gesellschaft ihren Zahlungsverkehr ebenfalls in die BCB aus. Dienstleistungen auf den Gebieten Kontoservices und Kreditabwicklung erbringt die Postbank bislang nur konzernintern. Im Ergebnis des Segments werden nur die Ergebnisbeiträge aus der Abwicklung des Zahlungsverkehrs ausgewiesen.

- **Financial Markets:** Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Postbank verantwortlich. Zu den Aufgaben des Geschäftsbereichs Financial Markets gehört zum einen, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Steuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern. Zum anderen steuert der Geschäftsbereich Financial Markets die Funding- und Liquiditätsposition der Postbank. Darüber hinaus hat dieser Geschäftsbereich die Funktion, im so genannten Eigengeschäft einen zusätzlichen Beitrag zum Ergebnis der Postbank zu erwirtschaften. Darüber hinaus werden im Geschäftsbereich Financial Markets Produkte für den Vertrieb in anderen Geschäftsbereichen produziert, wie etwa das DAX®-Sparbuch, das im Geschäftsbereich Retail Banking vertrieben wird. Dem Segment Financial Markets sind ferner die Bankaktivitäten in Luxemburg (außer den Firmenkundengeschäften der Deutsche Postbank International S.A.) sowie mehrere Tochtergesellschaften zugeordnet, die die Verwaltung und das Management der Publikumsfonds der Postbank und der Spezialfonds verantworten. In das Ergebnis des Segments Financial Markets geht neben dem Ergebnis der zugeordneten Tochtergesellschaften (ohne Firmenkundengeschäft der Deutschen Postbank International S.A.) nur das Ergebnis aus dem Eigenhandel der Postbank ein.
- **Übrige:** Das Handels- und Finanzanlageergebnis aus dem Bankbuch wird im Segment Übrige ausgewiesen. Neben den Kapitalmarktaktivitäten des Bereichs Treasury der Postbank werden hier auch die Zinsaufwendungen der verbrieften Verbindlichkeiten aus den trotz Abbaus während der vergangenen Jahre noch verbliebenen, vergleichsweise hoch verzinslichen „Altbeständen“ (großvolumige Kapitalaufnahmen der früheren DSL Bank, historisches Emissionsgeschäft) ausgewiesen. Darüber hinaus umfasst das Segment Übrige den im Konzern erwirtschafteten Zinsüberschuss abzüglich der den operativen Segmenten zugewiesenen Konditionsbeiträge. Damit beinhaltet das Segment Übrige den Zinsüberschuss aus dem so genannten Strukturbeitrag des Kundengeschäfts (d.h. die Differenz zwischen dem tatsächlichen Zinsertrag und dem Konditionsbeitrag) und aus den Treasury-Aktivitäten der Postbank sowie den die Standardrisikokosten übersteigenden Teil der Risikovorsorge aus den Segmenten Retail Banking, Firmenkunden und Financial Markets, soweit der überschießende Teil nicht aufgrund von Expertenschätzungen den Segmenten Retail Banking, Firmenkunden oder Financial Markets zugewiesen wird. Siehe „— Ertragslage der Postbank — Entwicklung der Ertragslage auf Segmentebene — Zuordnung zu den Segmenten“.

Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren

Die Gesellschaft ist der Ansicht, dass die nachfolgend beschriebenen Faktoren in den Jahren 2005, 2006 und 2007 sowie im Jahr 2008 bis zum Datum dieses Prospekts wesentlich zur Entwicklung des Geschäfts sowie der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank beigetragen haben und auch weiterhin einen wesentlichen Einfluss haben werden. Seit dem vierten Quartal 2007 sowie im Jahr 2008 bis zum Datum dieses Prospekts haben sich vor allem auch die Auswirkungen der Finanzmarktkrise in der Geschäftsentwicklung sowie der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank niedergeschlagen. Bei einem Andauern der Finanzmarktkrise wird diese nach Ansicht der Gesellschaft auch weiterhin wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank haben.

Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Postbank

Einfluss der Finanzmarktkrise auf die Banken- und Finanzdienstleistungsbranche und andere Wirtschaftsbereiche

Seit Mitte 2007 hat sich die Krise auf dem U.S.-amerikanischen Markt für so genannte Subprime-Hypothekendarlehen zu einer globalen Finanzmarktkrise ausgeweitet, die von den ursprünglich betroffenen Produkten (Subprime-behaftete Kreditprodukte) und Finanzdienstleistern (U.S.-amerikanische Banken sowie Kreditversicherer) auch auf andere Klassen von Vermögenswerten (einschließlich Anleihen von Schuldern erstklassiger Bonität), den Banken- und Finanzdienstleistungssektor in den USA und Europa

insgesamt sowie andere Wirtschaftsbereiche übergriffen hat. Für nähere Informationen zu der Entstehung und den Auswirkungen der Finanzmarktkrise, siehe „*Risikofaktoren — Markt- und geschäftsbezogene Risiken — Einleitung: Hintergrund und Ausprägungen der gegenwärtigen Krise an den Finanzmärkten und ihre Auswirkungen auf das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland*“.

Im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise haben sowohl deutsche Banken als auch Banken und Finanzdienstleister im europäischen Ausland und den USA fast durchweg erhebliche Gewinneinbußen oder Verluste, insbesondere durch mehr oder minder hohe Abschreibungen bei strukturierten Finanzanlagen, sonstige Marktwertverluste bei Finanzinstrumenten sowie Übernahmen von Zweckgesellschaften oder Inanspruchnahme aus Liquiditätszusagen für Zweckgesellschaften erlitten. Hinzu kam eine Verknappung und Verteuerung der Refinanzierungsmöglichkeiten. Eine Reihe von Banken und Finanzinstituten wurde insolvent oder konnte eine Insolvenz lediglich dadurch abwenden, dass sie staatliche Unterstützung in Form von Kreditlinien oder Garantien erhielten, verstaatlicht wurden oder durch Wettbewerber in Notverkäufen, teilweise unterstützt durch staatliche Garantien, übernommen wurden. Diese Entwicklung machte auch in Deutschland bei mehreren Banken Stützungsmaßnahmen durch die Kreditwirtschaft und die öffentliche Hand erforderlich.

Derzeit gibt es starke Indikationen dafür, dass die Finanzmarktkrise — in Verbindung mit dem starken Preisanstieg bei Rohstoffen und Lebensmitteln — auch andere Bereich der Wirtschaft zu beeinträchtigen begonnen hat. Zumindest hat sich in den USA und speziell im Euroraum die Konjunktur im Jahr 2008 weiter eingetrübt.

- *Europa:* Im Juli 2008 hob die EZB den Leitzins trotz Finanzmarktkrise und starker Aufwertung des Euro aufgrund der weiter zunehmenden Inflationsrisiken erstmals seit Juni 2007 von 4,0 % auf 4,25 % an, um verstärkte Inflationstendenzen zu adressieren. Im Euroraum kam es vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise zu starken Schwankungen der Kapitalmarktzinsen. Insbesondere im zweiten Quartal 2008 führten deutlich zunehmende Inflationsbefürchtungen zu einem starken Kursrückgang am Anleihemarkt. Gleichzeitig kam es zu einem massiven Anstieg der langfristigen Kapitalmarktrenditen. In einigen Laufzeitenbereichen war dabei der stärkste Zinsanstieg seit Beginn der 90er Jahre zu verzeichnen. Seit Juli 2008 sind die Kapitalmarktzinsen aufgrund der sich deutlich abschwächenden Konjunktur im Euroraum und nachlassender Inflationsängste wieder erheblich gefallen. Da gleichzeitig die Geldmarktzinsen aufgrund der Finanzmarktkrise auf hohem Niveau verharren, ist die Zinskurve wieder deutlich invers geworden.
- *Deutschland:* Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise, der steigenden Rohstoffpreise (insbesondere der Ölpreise) und der Aufwertung des Euro hat sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach einem guten ersten Quartal im Frühjahr 2008 stark verlangsamt. Im zweiten Quartal 2008 ging die Wirtschaftsleistung um 0,5 % infolge deutlich rückläufiger Investitionen und eines schwachen privaten Konsums zurück. Als Ausdruck einer allgemeinen Verunsicherung durch die Finanzmarktkrise schränkten die privaten Haushalte ihren Verbrauch im ersten Halbjahr 2008 trotz vergleichsweise hoher Lohnzuwächse — zur Jahresmitte überstieg die Bruttolohn- und Gehaltssumme den Vorjahresstand um 3,8 % — ein. Gleichzeitig erhöhte sich die Sparquote auf 11,3 % und damit den höchsten Stand seit 13 Jahren. Die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte haben sich im Vergleich zu den Vorquartalen reduziert und zwar auf € 1.536 Mrd. bzw. € 18.700 pro Kopf. Die deutschen Unternehmen haben ihre Verschuldung bis Ende März 2008 im Vorjahresvergleich leicht um 2,4 % auf € 4.240 Mrd. ausgeweitet. Gegenüber dem Jahresende 2007 kam es im ersten Quartal dagegen zu einem deutlichen Rückgang der Unternehmensverschuldung um fast 5 %.
- *USA:* Infolge der Finanzmarktkrise, der stark steigenden Rohstoffpreise (insbesondere der Ölpreise) und des Einbruchs der Wohnungsbauminvestitionen reagierte die U.S.-amerikanische Notenbank auf die Rezessionsbefürchtungen mit einer schrittweisen Senkung des Leitzinses zwischen September 2007 und April 2008 von 5,25 % auf 2,00 %. Diese Faktoren führten auch zu einer starken Abwertung des U.S. Dollar gegenüber dem Euro. So verlor der U.S. Dollar zum 31. Dezember 2007 gegenüber dem 31. Dezember 2006 9,6 % an Wert. Die scharfe Abwertung des Dollars setzte sich bis ins Frühjahr 2008 fort. Im Juli 2008 setzte dann eine massive Gegenbewegung ein, durch die der Dollar die im

vorherigen Jahresverlauf aufgelaufenen Kursverluste sogar überkompensieren konnte. Seitdem schwankt der Euro/Dollarkurs erheblich.

Besondere Sensitivität der bilanzbezogenen Erträge gegenüber den Bedingungen an den Finanzmärkten

Die bilanzbezogenen Erträge der Postbank umfassen den Zinsüberschuss, die Bewertungsveränderungen im Handelsergebnis und die realisierten Gewinne und Verluste im Handels- und Finanzanlageergebnis sowie dauerhafte Wertminderungen (*Impairments*) im Finanzanlageergebnis von Finanzinstrumenten der Kategorie *Available for Sale* (AfS) und *Loans and Receivables* (LaR). Sie reflektieren daher einerseits das Ergebnis der Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft und sind andererseits von Marktwertveränderungen geprägt. Da sich Kundengeschäfte der Postbank einerseits und ihre Gegengeschäfte andererseits nicht wirtschaftlich trennen lassen und die Postbank ihr Kundengeschäft nur betreiben kann, wenn sie auch bilanzwirksames Nicht-Kundengeschäft, wie etwa die Anschaffung von Papieren der Liquiditätsreserve oder die Emission von Pfandbriefen, betreibt, wendet die Postbank auf die Positionen Zinsüberschuss, Handelsergebnis und Finanzanlageergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung eine einheitliche Gesamtbetrachtung an und fasst diese auch für Zwecke der internen Steuerung und der externen Berichterstattung zu den so genannten bilanzbezogenen Erträgen zusammen.

Wegen der einheitlichen Betrachtung und Steuerung der bilanzbezogenen Erträge gewinnen gerade in Zeiten sehr volatiler Finanzmärkte, wie sie seit Ausbruch der Finanzmarktkrise herrschen, die aus Barwertverlusten resultierenden negativen Ergebniskomponenten überproportionale Bedeutung im Vergleich zu den relativ stetigen laufenden Erträgen bzw. Aufwendungen aus Zinsen. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, dass gemäß IAS 39 finanzielle Vermögenswerte in der Form von fungiblen Finanzinstrumenten zum Fair Value zu bewerten sind, während finanzielle Verbindlichkeiten zu den fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten sind. Dies kann die Fähigkeit der Postbank, ihre bilanzbezogenen Erträge durch Heben von Reserven zu steuern, erheblich beeinträchtigen. Darüber hinaus können in hoch volatilen Märkten die Effekte aus der Barwertveränderung von finanziellen Vermögenswerten in ein Missverhältnis zu den periodischen Zinsüberschüssen geraten.

Die Bedingungen an den Finanzmärkten und damit auch die Finanzmarktkrise haben neben der allgemeinen Geschäftsentwicklung einen maßgeblichen Einfluss auf die wesentlichen Treiber der bilanzbezogenen Erträge:

- Die bilanzbezogenen Erträge sind von den Volumina der Aktiva und Passiva und der Höhe der jeweiligen Zinsmarge im Bestandsgeschäft und im Neugeschäft abhängig.
- Die Realisierung der Marge setzt die Eingehung von Positionen am Geld- und Kapitalmarkt (einschließlich Interbankenmarkt) voraus.
- Die Volumina der Kundengeschäfte auf der Aktiv- und Passivseite waren bis 2006 nicht ausgeglichen; der bestehende Einlagen-, d.h., Passivüberhang wurde am Kapitalmarkt angelegt.
- Mittlerweile sind die Volumina der Kundengeschäfte auf der Aktiv- und Passivseite weitgehend ausgeglichen; dem Bankgeschäft inhärent sind jedoch fortbestehende Inkongruenzen bei den Zinsbindungs- und Liquiditätsfristen.
- Zur Steuerung der Inkongruenzen bei Zinsbindungs- und Liquiditätsfristen nutzt die Postbank das gesamte Repertoire der Geld- und Kapitalmarktinstrumente, vor allem Swaps, um in Mikro- und Makrohedgebeziehungen Inkongruenzen bei Zinsbindungsfristen zu beseitigen, sowie langfristige Refinanzierung (Reduktion der Transformation von Zinsbindungs- und Liquiditätsfristen), Finanzanlagen zur Anlage von Kundengeldern und zur Vorhaltung von Liquiditätsreserven.
- Teilweise müssen Marktwertveränderungen von Finanzinstrumenten aufgrund der Bewertungsvorschriften der IFRS ergebniswirksam im Handels- und Finanzanlageergebnis berücksichtigt werden. Das Handels- und Finanzanlageergebnis der Postbank wird vom Bereich Treasury mit dem Ziel einer

stabilen Entwicklung der bilanzbezogenen Erträge und eines angemessenen Verhältnisses zur barwertigen Entwicklung der Postbank insgesamt gesteuert.

- Im Rahmen ihrer Anlage- und Refinanzierungspolitik nutzt die Postbank darüber hinaus ihre Risikotragfähigkeit und Expertise, um im Sinne einer effizienten Allokation des Eigenkapitals zusätzliche Ergebnisbeiträge durch Eingehung von Risikopositionen zu erzielen (zum Beispiel offene Zinspositionen, Aktien- und Spreadrisiken).

Auch jede der Komponenten der bilanzbezogenen Erträge für sich betrachtet ist von den Bedingungen an den Finanzmärkten, und damit auch von der Finanzmarktkrise, beeinflusst:

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss beinhaltet den Hauptteil des Konditionsbeitrags, d.h. des Zinsüberschusses berechnet auf Basis des jeweiligen fristgleichen Kapitalmarktzinssatzes, sowie Strukturbeiträge, d.h. Erträge oder Aufwendungen aus der Begründung offener Zinspositionen (so genannte Fristentransformation). Maßgeblichen Einfluss auf den Zinsüberschuss haben neben den Volumina die Zinsstruktur und die Entwicklung der Spreads, die jeweils maßgeblich von den Bedingungen an den Finanzmärkten beeinflusst sind.

So sind beispielsweise die Zinserträge und -aufwendungen kurzfristiger Mittelaufnahmen und -anlagen sowie von Zinsswaps abhängig vom Niveau der (kurzfristigen) Geldmarktzinsen. In den Kundengeschäften hat das Zinsumfeld Auswirkungen auf die am Markt durchsetzbaren Konditionen bzw. absetzbaren Mengen. So sind etwa bei einer flachen Zinsstruktur Sparer eher geneigt, ihr Geld in Tagesgeld zu investieren. Bei einem allgemein niedrigen Zinsniveau, insbesondere wenn dieses mit einem günstigen Börsenumfeld zusammentrifft, besteht das Risiko, dass Kunden Spareinlagen abziehen und in Aktien oder andere Kapitalmarktprodukte umschichten. Als Folge eines Abzugs von Einlagen würde der entsprechende Konditionsbeitrag des Passivgeschäfts entfallen und die Postbank müsste sich teurer am Kapitalmarkt refinanzieren. Der Konditionsbeitrag bzw. die Bruttomarge aus dem Passivgeschäft würde sich auch entsprechend verringern, wenn die Postbank aufgrund des starken Wettbewerbs im Retail Banking gezwungen wäre, auch ohne eine Erhöhung des allgemeinen Zinsniveaus die Einlagenzinsen zu erhöhen, um für ihre Kunden weiterhin attraktive Sparprodukte anbieten zu können. Der so genannte Strukturbeitrag eines Geschäfts bezeichnet den zusätzlichen Gewinn, der sich daraus ergibt, dass langfristige (höher verzinsliche) Ausleihungen durch revolvingende kurzfristige (niedriger verzinsliche) Mittelaufnahmen, wie etwa Spareinlagen, refinanziert werden. Bei einer flachen oder sogar inversen Zinsstrukturkurve, wie sie seit 2006 im Euroraum besteht, ist es schwierig, signifikante Strukturbeiträge zu generieren. Unabhängig von ihrer Auswirkung auf den Zinsüberschuss bedingt die Erzielung eines Strukturbeitrags offene Zinspositionen. Sofern diese auch Finanzanlagen beinhalten (zum Beispiel bei einer Anlage von Spargeldern in Staatsanleihen), können infolge der Marktbewertung negative oder positive Abweichungen zum Nominalwert entstehen, die bei Finanzinstrumenten der Kategorie *Available for Sale* (AfS) in der Neubewertungsrücklage auszuweisen sind und sich unmittelbar auf das Eigenkapital der Postbank auswirken. Die Postbank hält kundenbanktypisch zu den meisten Zeitpunkten eine offene aktivische Zinsposition.

Handelsergebnis. Das Handelsergebnis enthält neben dem realisierten Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen des Handelsbestands auch das Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands (einschließlich Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten und sonstigen Schuldscheindarlehen) und des Bankbuchs sowie das Bewertungsergebnis aus Handelsbeständen. Dementsprechend ist das Handelsergebnis ebenfalls in erheblichem Maße zum Beispiel von Zins- und Spreadentwicklungen abhängig. Geht die Postbank beispielsweise Swaps ein, die sie zur Zahlung fester Zinssätze verpflichten (so genannte Payer-Swaps), um Kundenkredite in ihrer Zinsbindung auf kürzere Laufzeiten zu transformieren, würden die Marktschwankungen des isolierten Payer-Swaps im Handelsergebnis reflektiert, während die genau entsprechende Barwertveränderung des Gegengeschäfts, d.h. der Kreditforderung an Kunden, nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung oder Bilanz reflektiert wird. Liegen die Voraussetzungen des Hedge-Accounting gemäß IAS 39.88 vor, findet keine ergebniswirksame Bewertung der betreffenden derivativen Instrumente statt.

Finanzanlageergebnis. Das Ergebnis aus Finanzanlagen umfasst das saldierte Ergebnis aus dem Erwerb und der Veräußerung sowie der dauerhaften Wertminderung (*Impairment*) von Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen. Die zugrundeliegenden Barwertveränderungen sind sowohl zins- als auch spreadinduziert sowie teilweise von Entwicklungen der Aktienmärkte etc. abhängig.

Betrachtet man Zinsüberschuss, Handelsergebnis und Finanzanlageergebnis im Verhältnis zueinander, zeigt sich, dass gerade in Zeiten sehr volatiler Finanzmärkte, wie sie seit Ausbruch der Finanzmarktkrise herrschen, die aus Barwertverlusten resultierenden negativen Ergebniskomponenten überproportionale Bedeutung im Vergleich zu den relativ stetigen laufenden Erträgen bzw. Aufwendungen aus Zinsen gewinnen. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, dass gemäß IAS 39 gerade finanzielle Vermögenswerte in der Form von fungiblen Finanzinstrumenten zum Fair Value zu bewerten sind, während finanzielle Verbindlichkeiten zu den fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten sind. Dies kann die Fähigkeit der Postbank, ihre bilanzbezogenen Erträge durch Heben von Reserven zu steuern, erheblich beeinträchtigen. Darüber hinaus können in hoch volatilen Märkten die Effekte aus der Barwertveränderung von finanziellen Vermögenswerten in ein Missverhältnis zu den periodischen Zinsüberschüssen geraten.

Daneben ist zu berücksichtigen, dass die Realisierung von Finanzanlageergebnis und Handelsergebnis durch die Postbank die vorangehende Fähigkeit zum Aufbau von Barwerten und Bereitschaft zu deren Realisierung voraussetzt. Naturgemäß werden bei der Realisierung von Barwerten zukünftige laufende Erträge vorgezogen. Daher ist die Realisierung von Barwerten jeweils vor dem Hintergrund der Bestände und der laufenden Planung zu sehen. Die Postbank hat in den vergangenen drei Jahren in großem Umfang Barwerte realisiert und hat bei den verbliebenen Beständen an Finanzinstrumenten, die zu Marktwerten zu bewerten sind, infolge der Finanzmarktkrise in nicht unerheblichem Umfang Barwertverluste erlitten. Daher ist das Potenzial der Postbank, in naher Zukunft Barwerte zu realisieren, die sich in entsprechenden positiven Ergebnisbeiträgen im Handels- oder Finanzanlageergebnis niederschlagen würden, limitiert.

Kreditersatzgeschäft

Zur Diversifizierung ihres Kreditportfolios und Generierung von Zinsüberschuss betreibt die Postbank neben dem klassischen Kreditgeschäft auch so genanntes Kreditersatzgeschäft. Bei dem Kreditersatzgeschäft handelt es sich nach dem Verständnis der Postbank um die Eingehung von Sicherungsgeber- und Sicherungsnehmerpositionen bei Kreditderivaten (Collateralized Debt Obligations (CDO), Credit Default Swaps (CDS)) sowie den Erwerb von teilweise hochverzinslichen Anleihen, strukturierten Kreditprodukten (Credit Linked Notes (CLN), Asset Backed Securities (ABS) und Mortgage Backed Securities (MBS) sowie Structured Investment Vehicles (SIV)). Prozentual den höchsten Anteil am SCP-Portfolio machen Corporate CDO (Stand 30. September 2008: nahezu die Hälfte) sowie Non-Corporate CDO (Stand 30. September 2008: rund ein Drittel) aus. Die zum Kreditersatzgeschäft gehörenden Finanzinstrumente werden als SCP (Structured Credit Products)-Portfolio bezeichnet. Die mit dem Kreditersatzgeschäft verfolgte Strategie ist das Halten der Positionen bis zur Fälligkeit, in Einzelfällen auch das Erzielen von Ergebnissen aus der vorzeitigen Veräußerung der Positionen am Sekundärmarkt. Das Kreditersatzgeschäft wird sowohl durch die Credit Treasury des Segments Financial Markets als auch durch die PB Capital Corporation betrieben, die dem Segment Firmenkunden zugeordnet ist.

Zum 30. September 2008 betrug das SCP-Volumen der Postbank € 5.961 Mio. (31. Dezember 2007: € 6,3 Mrd.), wovon € 69 Mio. (31. Dezember 2007: € 44 Mio.) der Kategorie HfT zugeordnet sind. Die dem Kreditersatzgeschäft zugeordneten Finanzinstrumente werden in der Bilanzposition Finanzanlagen erfasst. Das Kreditersatzgeschäft unterlag seit Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 starken Zins-, Spread- und sonstigen marktbezogenen Wertschwankungen und in der Folge auch erheblichen Wertverlusten. Dies resultierte zum einen daraus, dass das SCP-Portfolio in einem gewissen Umfang Subprime-behaftete Kreditprodukte enthält, d.h. Produkte, die indirekt Subprime-Risiken verbrieften oder anderweitig an diese geknüpft sind. Für die im SCP-Portfolio enthaltenen CDO ermittelte die Postbank zum 30. September 2008 ein Subprime-bezogenes Exposure von € 0,8 Mrd. und zum 31. Dezember 2007 von € 0,8 Mrd. Zum anderen reflektieren die Werteinbußen bei den im SCP-Portfolio enthaltenen Finanzinstrumenten die generell negative Markteinschätzung und die geringe Liquidität strukturierter Kreditprodukte.

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Insgesamt betragen die Belastungen des Handelsergebnisses aus der Bewertung eingebetteter Derivate aus dem strukturierten Kreditersatzgeschäft in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 € 398 Mio. nach € 85 Mio. im Jahr 2007. Die Wertkorrekturen auf strukturierte Kreditprodukte im Finanzanlageergebnis betragen in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 € 137 Mio. und € 112 Mio. im Jahr 2007.

Die bilanziellen Effekte einer negativen Entwicklung der Marktwerte von strukturierten Kreditprodukten des SCP-Portfolio sind unterschiedlich, abhängig davon, in welche Kategorie von Finanzinstrumenten sie nach IFRS fallen (siehe generell zur bilanziellen Erfassung und Bewertung von Finanzinstrumenten nach IFRS auch mit weiteren Einzelheiten „— Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden — IAS 39“).

- *Available for Sale (AfS)*: Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie *Available for Sale* sind zum *Fair Value* zu bewerten. Bis zu einer Veräußerung oder sonstigen Ausbuchung ist ein Rückgang des *Fair Value*, sofern er nicht auf Währungseffekten beruht und keine dauerhafte Wertminderung darstellt, zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital (Neubewertungsrücklage) zu erfassen.

Zum 30. September 2008 betrug der Nominalwert der von der Postbank der Kategorie AfS zugeordneten strukturierten Kreditprodukte € 3.730 Mio. und zum 31. Dezember 2007 € 3.818 Mio.; darin waren jeweils € 650 Mio. bzw. € 674 Mio. Subprime-behaftete Kreditprodukte enthalten. Zum 30. September 2008 wirkten sich Änderungen des *Fair Value* von AfS-Beständen des SCP-Portfolios in Höhe von minus € 486 Mio. nachteilig auf die Neubewertungsrücklage aus. Infolge der mit der Finanzmarktkrise zusammenhängenden Barwertabwertungen der AfS-Bestände des SCP-Portfolios wurde die Neubewertungsrücklage zum 31. Dezember 2007 mit minus € 230 Mio. belastet. In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 erhöhte sich die Belastung der Neubewertungsrücklage um € 256 Mio. Wegen dauerhafter Wertminderungen von strukturierten Kreditprodukten der Kategorie AfS ging das Finanzanlageergebnis im Jahr 2007 um € 45 Mio. zurück. Das Handelsergebnis wurde im Hinblick auf die Embedded Derivatives mit € 85 Mio. belastet. In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 wurde das Finanzanlageergebnis mit € 10 Mio. und das Handelsergebnis mit € 367 Mio. belastet.

- *Loans and Receivables (LaR)*: Kredite und Forderungen (*Loans and Receivables*) sind nach dem erstmaligen Ansatz ebenfalls unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Sie sind im Rahmen der Folgebewertung daraufhin zu untersuchen, ob Wertminderungen gegeben sind und demzufolge eine Wertberichtigung oder Direktabschreibung als Aufwandsposition im Rahmen der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen ist.

Zum 30. September 2008 betrug der Nominalwert der von der Postbank der Kategorie LaR zugeordneten strukturierten Kreditprodukte (LaR-Bestände) € 2.162 Mio. und zum 31. Dezember 2007 € 2.435 Mio.; darin waren jeweils € 170 Mio. bzw. € 145 Mio. Subprime-behaftete Kreditprodukte enthalten. In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 belasteten Wertminderungen das Finanzanlageergebnis mit € 127 Mio. Wertminderungen der LaR-Bestände des SCP-Portfolios führten im Jahr 2007 zu einem Rückgang des Finanzanlageergebnisses in Höhe von € 67 Mio. Das Handelsergebnis wurde im Hinblick auf die Embedded Derivatives in 2007 nicht und in den ersten neuen Monaten des Jahres 2008 mit € 31 Mio. belastet. Ein Rückgang des beizulegenden Zeitwerts (*Fair Value*) von LaR-Beständen wirkt sich weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch im Eigenkapital der Postbank aus, solange er nicht eine dauerhafte Wertminderung darstellt und die stille Last, die sich aus der Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten, mit denen die LaR-Bestände in der Bilanz angesetzt werden, und ihrem *Fair Value* ergibt, nicht etwa im Rahmen einer Veräußerung aufgedeckt wird. Zum 31. Dezember 2007 lag der *Fair Value* der LaR-Bestände um € 157 Mio. unter ihren fortgeführten Anschaffungskosten. In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 reduzierte sich der *Fair Value* der LaR-Bestände um weitere € 161 Mio., so dass dieser zum 30. September 2008 um € 318 Mio. unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegt.

- *Held for Trading (HfT)*: Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Kategorie *Held for Trading* sind stets zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Ausgenommen sind nicht an einem aktiven Markt notierte Eigenkapitalinstrumente, deren *Fair Value* nicht verlässlich ermittelt werden kann, sowie auf solche Eigenkapitalinstrumente bezogene Derivate, die durch physische Lieferung zu erfüllen sind.

Fair Value-Änderungen sind sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung (Handelsergebnis) zu erfassen. Eine gesonderte Berücksichtigung von Wertminderungen (*Impairment*) ist nicht erforderlich, da eventuelle Wertminderungen bereits im Rahmen der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt sind.

Ausweitung des Bestands an Finanzanlagen; erhebliche Belastung der Neubewertungsrücklage

Insbesondere Ende des Jahres 2007 und in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 hat die Postbank ihren Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die sie zu Anlagezwecken hält, erheblich ausgeweitet (30. September 2008: € 78.539 Mio., 31. Dezember 2007: € 66.085 Mio., 31. Dezember 2006: € 57.366 Mio., 31. Dezember 2005: € 49.661 Mio.). Dabei handelt es sich zum ganz überwiegenden Teil um Staatsanleihen, Pfandbriefe und Bankschuldverschreibungen von Schuldnern mit aktuell erstklassiger Bonität. Die gezielte Ausweitung der Finanzanlagen, vor allem die verstärkte Investition in EZB-fähige Wertpapiere, erfolgte vor dem Hintergrund der Kapitalmarkturbulenzen infolge der Finanzmarktkrise und diente unter anderem dazu, einen Risikopuffer zu schaffen, den die Postbank für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsbedarfs kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung nutzen kann. Zudem sollte die negative Korrelation zwischen risikolosen Zinsen und Credit Spreads genutzt werden.

Wegen der durch die Finanzmarktkrise ausgelösten Marktverwerfungen kam es jedoch im ersten Quartal 2008 selbst bei Anleihen von Schuldnern erstklassiger Bonität zu Spreadausweitungen und damit erheblichen Barwertverlusten, was sich auch im zweiten Quartal 2008 teilweise fortsetzte (siehe „*Risikofaktoren — Markt- und geschäftsbezogene Risiken — Einleitung: Hintergrund und Ausprägungen der gegenwärtigen Krise an den Finanzmärkten und ihre Auswirkungen auf das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland*“). Im zweiten Quartal 2008 bestimmten jedoch insbesondere auch Wertschwankungen der Finanzanlagen als Folge des abrupten Anstiegs der mittel- und langfristigen Renditen die Entwicklung der Neubewertungsrücklage. Im dritten Quartal 2008 bestimmten die im Zuge der Finanzmarktkrise ausgeweiteten Spreads und Abschläge für illiquide Märkte die Wertschwankungen in der Neubewertungsrücklage. Die positiven Effekte rückläufiger mittel- und langfristiger Renditen wurden hierdurch überlagert. Insgesamt führten die Barwertverluste zu einer Belastung der Neubewertungsrücklage vor Steuern in Höhe von minus € 2.592 Mio. zum 30. September 2008. Dabei entfielen auf die Wertminderung von Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen € 2.286 Mio., auf die Wertminderung von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren € 308 Mio. Das Ergebnis aus Beteiligungen wirkte in Höhe von € 2 Mio. entlastend.

Die Postbank geht davon aus, dass sich die Barwerte dieser Schuldverschreibungen im Hinblick auf ihre hohe Liquidität und die erstklassige Bonität der Schuldner mit abnehmender Restlaufzeit wieder ihrem vollen Nominalbetrag annähern und diesen bei Fälligkeit erreichen (so genannter „Pull to par-Effekt“). Tritt diese Entwicklung ein, würde auch die Neubewertungsrücklage der Postbank wieder entsprechend entlastet. Für den Eintritt dieser Entlastung besteht aber keine Gewähr; die Rückzahlung und damit der Pull to par-Effekt sind abhängig von der Zahlungsfähigkeit im Fälligkeitszeitpunkt und der Bereitschaft und Fähigkeit der Postbank, diese bis zur Endfälligkeit zu halten. Die Ausweitung des Bestands an festverzinslichen Schuldverschreibungen kann in Zeiten volatiler Finanzmärkte zu einer Erhöhung des Marktrisikos und damit der Volatilität des Eigenkapitals führen.

Gesamtwürdigung der Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Postbank

Grundsätzlich sieht sich die Postbank in ihrer Fokussierung auf das Retailgeschäft durch die Finanzmarktkrise bestätigt. Die für alle Marktteilnehmer überraschend zu Tage getretenen massiven Marktverwerfungen haben sich, wie vorstehend beschrieben, allerdings auch erheblich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank ausgewirkt. Diese negativen Auswirkungen hat die Postbank zum Anlass genommen, bestimmte Anpassungen ihres Geschäftsmodells vorzunehmen bzw. in Betracht zu ziehen. Dadurch soll die Basis für eine möglichst starke Fokussierung auf die Stärken der Postbank geschaffen werden.

- Die Postbank ist grundsätzlich in der Lage, nachhaltig hohe Zinsüberschüsse durch die stark diversifizierte Vergabe von Kundenkrediten und die Kundeneinlagen zu generieren. Die Hauptertragsquelle der Postbank ist somit weitgehend unabhängig von direkten Kapitalmarkteinflüssen. Darüber hinaus hat sich die Postbank mit der Emission von Pfandbriefen eine weitere Finanzierungsquelle erschlossen.

Mit dieser Finanzierungsquelle können auch Zins- und Liquiditätsfristentransformationsrisiken aus dem genuinen Kundengeschäft weiter reduziert werden. Allerdings kann die Mittelaufnahme in weiterhin angespannten Märkten die Refinanzierung verteuern und damit den Zinsüberschuss negativ beeinträchtigen.

- Finanzinstrumente der Kategorie *Available for Sale* im Anlageportfolio der Postbank sind Marktwertschwankungen ausgesetzt, die wiederum zu einer Belastung der Neubewertungsrücklage und damit erheblichen Schwankungen im bilanziellen und im regulatorischen Eigenkapital führen. Diese Marktwertschwankungen werden zwar, sofern sie nicht zu einer dauerhaften Wertminderung führen, bei zinstragenden Instrumenten über den Pull to par-Effekt im Zeitablauf wieder ausgeglichen und haben für sich genommen auch keine Auswirkungen auf den Zinsüberschuss. Jedoch schränkt ein Rückgang des Eigenkapitals die Handlungsfähigkeit der Postbank im regulatorischen Rahmen ein. Daher steuert die Postbank zur Zeit und zumindest für die Dauer der Finanzmarktkrise ihre zum *Fair Value* zu bewertenden Finanzinstrumente deutlich enger. Ziel ist die Begrenzung möglicher negativer Auswirkungen auf die Neubewertungsrücklage sowie eine Verringerung der diesbezüglichen offenen Positionen. Dies führt in volatilen Märkten zu einer Verringerung der barwertabhängigen Ergebnisbeiträge im Handels- und Finanzanlageergebnis der Postbank. Zum Beschluss der Postbank zur Umqualifizierung des überwiegenden Teils der Finanzinstrumente der Bewertungskategorie *Available for Sale* in die Bewertungskategorie *Loans and Receivables* zum 1. Oktober 2008, siehe „*Jüngste Entwicklung und Ausblick*“.
- Des Weiteren haben sich seit Mitte 2007 Spread- und Ausfallrisiken im Anlageportfolio einschließlich Kreditsatzgeschäft wesentlich ungünstiger entwickelt, als erwartet. Neben Marktwertschwankungen mit Auswirkungen auf die Neubewertungsrücklage traten auch Kreditausfälle und andere Wertminderungen (Impairments) ein. Die daraus resultierenden negativen Ergebnisbeiträge stehen in einem Missverhältnis zu den laufenden Erträgen aus dem Kundengeschäft und der nicht bilanzwirksamen positiven Entwicklung der Barwerte der Kundeneinlagen aus dem Bestands- und Neugeschäft sowie den eigenen Emissionen. Die Eingehung von Spread- und Ausfallrisiken im Anlageportfolio soll daher künftig gegebenenfalls restriktiver gehandhabt werden. Davon erwartet sich die Postbank nachhaltigere positive Ergebnisbeiträge, allerdings auf unter Umständen niedrigerem Niveau als in der Vergangenheit, da die Postbank Marktchancen nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher ausnutzen kann.
- Aufgrund der anhaltenden Finanzmarktkrise erwartet die Postbank weitere negative Auswirkungen aus eingegangenen Risiken. Aufgrund des nach wie vor starken Kundengeschäfts sieht sich die Postbank aber in der Lage, nachhaltige Erträge zu erzielen. Um ihr Kundengeschäft in der sehr schwierigen Marktumgebung zu schützen und weitere negative Effekte zu begrenzen, plant die Postbank, wegen des anhaltend schwierigen Marktumfelds auch vorhandene Risiken selektiv abzubauen. Dadurch könnten sich nach der Einschätzung der Postbank kurzfristig erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank ergeben.

Allgemeines wirtschaftliches und geschäftliches Umfeld der Postbank; sonstige allgemeine die Geschäftsentwicklung prägende Faktoren

Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Etwa seit Mitte 2007 sind die Geschäftsentwicklung sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank wie auch der Bank- und Finanzdienstleistungsbranche in Deutschland, Europa und den USA allgemein stark von der Finanzmarktkrise geprägt, siehe „— *Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Postbank*“. Unter nicht krisenhaften Bedingungen, wie sie bis Mitte 2007 herrschten, ist für die Postbank das allgemeine wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Umfeld in ihrem Hauptmarkt Deutschland von besonderer Bedeutung. Im Jahr 2007 hat die Postbank 94 % der positiven Erträge in Deutschland erwirtschaftet, in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 97 %. Die übrigen Erträge wurden jeweils in anderen europäischen Ländern sowie zu einem geringen Teil in Nordamerika und Asien erzielt. In Anbetracht der starken Exportorientierung der deutschen Wirtschaft und der globalen Natur der Finanzmärkte sind jedoch auch die wirtschaftlichen Entwicklungen in anderen europäischen Ländern, den USA sowie in geringerem Umfang in Asien für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank von Bedeutung.

Die konjunkturelle Entwicklung, die insbesondere auch im BIP-Wachstum zum Ausdruck kommt, beeinflusst sowohl die Geschäftstätigkeit der Postbank wie auch Positionen ihrer Gewinn- und Verlustrechnung und ihrer Bilanz. So kann das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beispielsweise auf Unternehmensinvestitionen zurückgehen, die wiederum zum Teil durch Kredite finanziert sind und so unter Umständen zu einem Anstieg der Forderungen gegen Kunden und des Zinsüberschusses der Postbank führen. Steigt der private Verbrauch, kann dies eine vermehrte Inanspruchnahme von Konsumentenkrediten zur Folge haben, von denen die Postbank möglicherweise profitiert. In das BIP fließt ferner die Entwicklung der Bauinvestitionen ein. Diese wiederum sind für die Geschäftsmöglichkeiten der Postbank im Bereich Immobilienfinanzierung und für das Risikoprofil ausstehender Immobilienfinanzierungen der Postbank von Bedeutung. Die Postbank ist nämlich sowohl in der privaten Immobilienfinanzierung in Deutschland als auch in der gewerblichen Immobilienfinanzierung in Deutschland, anderen europäischen Ländern (insbesondere Vereinigtes Königreich) und den USA tätig.

Auch andere gesamtwirtschaftliche Faktoren spielen eine wichtige Rolle für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank. Hierzu zählt insbesondere das Spar- und Anlageverhalten der privaten Haushalte, das anhand der Sparquote gemessen werden kann. Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung sowie Pro-Kopf-Verschuldung geben Hinweise auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der privaten Haushalte. Bei Unternehmen wird die finanzielle Leistungsfähigkeit im Wesentlichen durch die Kosten- und Ertragsentwicklung sowie Niveau und Struktur der Verschuldung im gewerblichen Sektor bestimmt. Diese Faktoren werden für die Höhe der Risikovorsorge im Kreditgeschäft berücksichtigt. Da das Ergebnis der Postbank wesentlich von den so genannten bilanzbezogenen Erträgen (Zinsüberschuss, das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Finanzanlagen) geprägt ist, ist es, wie vorstehend beschrieben, in besonderem Maß abhängig von den Bedingungen an den Finanzmärkten, insbesondere der Zinsentwicklung (siehe „— Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Postbank — Besondere Sensitivität der bilanzbezogenen Erträge gegenüber den Bedingungen an den Finanzmärkten“). Eine besondere Bedeutung für die Zinsentwicklung kommt der Inflation zu, da sie zum einen Einfluss auf die Geldpolitik hat. Zum anderen beeinflusst sie aber auch die Höhe der Zinssätze im langfristigen Laufzeitbereich und damit letztendlich den Verlauf der Zinsstrukturkurve.

In den Jahren von 2005 bis jedenfalls Mitte 2007 befand sich die Wirtschaft sowohl in Europa und Deutschland wie auch in den USA im Aufschwung und brachte positive Impulse für die deutsche Bankenbranche einschließlich der Postbank mit sich.

- *Europa:* Im Euroraum lag der Anstieg des BIP im Jahr 2007 bei 2,6 % nach 2,8 % im Jahr 2006 und 1,7 % im Jahr 2005. Maßgebliche Treiber waren jeweils die Exporte und Bruttoanlageinvestitionen, in 2006 zusätzlich eine Ausweitung des privaten Verbrauchs. Aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung und zunehmender Inflationsrisiken im Euroraum erhöhte die EZB ihren Leitzins schrittweise um jeweils 0,25 % von 2,25 % im Dezember 2005 bis auf 4,0 % im Juni 2007.
- *Deutschland:* Das BIP in Deutschland stieg im Jahr 2005 um 0,8 %, im Jahr 2006 um 3,0 % und im Jahr 2007 um 2,5 %. Für diesen Anstieg waren jeweils primär Ausweitungen der Exporte und Bruttoanlageinvestitionen (im Jahr 2006 vor allem im Bereich der Bau-, einschließlich Wohnungsbauinvestitionen, im Jahr 2007 im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen) verantwortlich, während sich der private Konsum in den Jahren 2005 und 2007 jeweils sehr verhalten entwickelte und in 2006 ein sehr mäßiges Wachstum von 1 % zeigte. Bei der Postbank haben sich in 2006 unter anderem der leicht verbesserte private Verbrauch sowie Nachlaufeffekte aus der Streichung der Eigenheimzulage und Vorlaufeffekte aus der zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Mehrwertsteuererhöhung positiv auf die private Kreditvergabe ausgewirkt. Die im Jahr 2005 begonnene Erholung am Arbeitsmarkt setzte sich in 2006 und 2007 fort. Dementsprechend ging zum Dezember 2006 im Vergleich zum Dezember 2005 die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt um 590.000 auf 4,11 Mio. zurück und zum Dezember 2007 im Vergleich zum Dezember 2006 saisonbereinigt um rund 600.000 auf 3,51 Mio. Gleichzeitig sank die Arbeitslosenquote von 11,3 % Ende 2005 auf 9,8 % Ende 2006 und weiter auf 8,4 % Ende 2007.
- *USA:* Das BIP der USA stieg im Jahr 2005 um 2,9 %, im Jahr 2006 um 2,8 % und im Jahr 2007 noch um 2,0 %. Der Anstieg des BIP beruhte in den Jahren 2005 und 2006 primär auf der Ausweitung der Unternehmensinvestitionen und des privaten Verbrauchs, im Jahr 2005 auch noch auf den

expandierenden Wohnungsbauinvestitionen. Letztere gingen seit dem Frühjahr 2006 stark zurück. Im Jahr 2007 war die U.S.-Wirtschaft einerseits bereits von der Krise am Wohnungsbaumarkt geprägt, andererseits von solidem Wachstum beim privaten Verbrauch und kräftig steigenden Exporten. Zugleich steigerten die Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen nur verhalten, wohingegen die gewerblichen Bauinvestitionen stark ausgeweitet wurden.

Änderungen in der Bilanz- und Refinanzierungsstruktur der Postbank

Die Bilanzstruktur einer Bank wird grundsätzlich geprägt durch die unterschiedlichen Laufzeiten der regelmäßig länger laufenden Kundenkredite und der in großem Umfang kurzfristig abrufbaren Kundeneinlagen, deren Verhältnis etwa bei der Steuerung von Liquiditätsrisiken durch das Liquiditätsmanagement und der Zusammensetzung des Refinanzierungsmixes zu berücksichtigen ist.

Historisch gesehen lag der Fokus der Postbank auf dem Angebot von Zahlungsverkehrsdienstleistungen sowie Einlagen- und Sparprodukten. Die daraus resultierende starke Position der Postbank im Spar- und Girogeschäft führte dazu, dass in der Vergangenheit das Volumen der Kundeneinlagen das der ausgereichten Kundenkredite bei weitem überstieg. Daraus ergab sich ein Einlagenüberhang, den die Postbank am Geld- und Kapitalmarkt investierte.

Durch die strategiekonforme deutliche Ausweitung der Kundenkredite im Vergleich zu den Kundeneinlagen in den Jahren 2006 und 2007, nicht zuletzt durch den Erwerb des BHW im Jahr 2006 sowie Ankäufe von deutschen privaten Baufinanzierungsportfolien in Höhe von € 3.278 Mio. im Jahr 2006, € 2.646 Mio. im Jahr 2007 und € 2.235 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2008, sind die Volumina der Kundenkredite und Kundeneinlagen seit Jahresende 2007 weitgehend ausgeglichen. Trotz des Abbaus des Einlagenüberhangs beginnend im Jahr 2006 sind die Kundeneinlagen gleichwohl das volumenmäßig bedeutendste Refinanzierungsinstrument der Postbank geblieben. So betrug das Verhältnis der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zur Bilanzsumme im Jahr 2005 56 % und in den Jahren 2006 und 2007 jeweils 55 %. Die Postbank geht davon aus, dass sich an der Bedeutung der Einlagen als Refinanzierungsinstrument auch künftig nichts Grundlegendes ändern wird.

Infolge des Abbaus des Einlagenüberhangs nahm für die Postbank die langfristige Mittelaufnahme an Bedeutung zu. Zudem weitete die Postbank ihre Refinanzierungsbasis seither gezielt aus. So hat die Postbank Ende 2007 eine Pfandbrieflizenz erhalten und im ersten und zweiten Quartal 2008 erstmals Jumbo-Pfandbriefe in einem Volumen von € 1,5 Mrd. bzw. € 1,0 Mrd. emittiert. Um auch bei einem weiteren Ausbau des Kreditgeschäfts mit Kunden eine kostengünstige Refinanzierung sicherzustellen, strebt die Postbank an, ihre Aktiva in möglichst großem Umfang als Deckungswerte für gedeckte Schuldverschreibungen nutzbar zu machen.

Durch den konstanten Anteil der Kundeneinlagen an der Refinanzierungsbasis der Postbank konnte die Postbank unverändert davon profitieren, dass Kundeneinlagen im Vergleich zu anderen Refinanzierungsquellen, insbesondere der Inanspruchnahme des Kapitalmarkts, eine relativ kostengünstige Refinanzierungsquelle darstellen. Die Entwicklung hat sich weiter fortgesetzt, d.h. der Zinsabstand zwischen dem durchschnittlichen Einlagen- und dem durchschnittlichen Kapitalmarktrefinanzierungszinssatz hat sich noch weiter ausgeweitet. Sollten der Postbank Einlagen nicht mehr in einem prozentual vergleichbaren Umfang oder zu vergleichbaren Bedingungen wie bisher zur Finanzierung zur Verfügung stehen, könnte dies zu einer erheblichen Verteuerung der Refinanzierung der Postbank führen.

Entwicklungen im deutschen Bankensektor, insbesondere Margendruck, Zinswettbewerb und verändertes Kundenverhalten als Folge des intensiven Wettbewerbs

Der Bankensektor in Deutschland ist stark fragmentiert und äußerst wettbewerbsintensiv, insbesondere im Retail Banking. Aufgrund der weitgehenden Identität der Kunden-Zielgruppe sowie der Ähnlichkeit der Produktpalette und der Vertriebswege sind insbesondere die Sparkassen und Genossenschaftsbanken wesentliche Wettbewerber der Postbank. In jüngerer Vergangenheit legen jedoch auch die anderen Großbanken wieder zunehmend einen Schwerpunkt auf das Retail Banking und haben dieses zu einem zentralen strategischen Wachstumsfeld erklärt. Teilweise wird mit hoher Verzinsung von Einlagen aggressiv um Neukunden geworben. Der technologische Fortschritt, moderne Informations- und

Kommunikationsmedien und deren breite Akzeptanz bei den Kunden erleichterten den Markteintritt von Direktbanken, wodurch sich der Wettbewerb im deutschen Bankensektor weiter verstärkt. Aufgrund ihrer tendenziell günstigen Kostenstruktur haben Direktbanken in manchen Bereichen Kostenvorteile, die sie etwa im Bereich der Spar- und Sichteinlagen mit einer über dem Marktdurchschnitt liegenden Verzinsung an die Kunden weiterreichen. Um ihre führende Marktstellung zu behaupten, hat die Postbank daher beispielsweise im Jahr 2007 die durchschnittlichen Einlagenzinsen im Spargeschäft erheblich erhöht. Ferner entwickelt sich im Zuge des verschärften Wettbewerbs die entgeltfreie Kontoführung bei Groß- und Direktbanken zum Marktstandard. Der intensive Wettbewerb im Retail Banking führt zu einem starken Margendruck, dem sich auch die Postbank nicht entziehen kann (siehe *„Risikofaktoren — Markt- und geschäftsbezogene Risiken — In Deutschland herrscht im Geschäft mit Retail- und Firmenkunden intensiver Wettbewerb; eine Neuordnung des stark fragmentierten deutschen Bankenmarkts sowie deren Auswirkungen ist ungewiss und das Kosteneinsparpotenzial ohne Skaleneffekte limitiert“*). Hinzu kommt, dass die Loyalität der Privatkunden zu ihrer Hausbank deutlich nachlässt; zunehmend vergleichen die Privatkunden die Angebote und Konditionen verschiedener Banken, was gerade durch das Internet vereinfacht wird.

Im Hinblick auf bereits vorhandene Überkapazitäten ist Wachstum lediglich dadurch zu erreichen, dass von Wettbewerbern Marktanteile hinzugewonnen, Darlehensportfolien erworben oder Konkurrenten teilweise bzw. vollständig übernommen werden. Auf dem Weg zur Konsolidierung des stark fragmentierten deutschen Bankenmarkts hat die Finanzmarktkrise den Anstoß zu einigen weiteren Schritten gegeben. So wurde die von der Krise schwer betroffene Landesbank Sachsen von der Landesbank Baden-Württemberg übernommen. Der Finanzinvestor Lone Star übernahm die ebenfalls mehrheitlich im Eigentum der öffentlichen Hand stehende Mittelstandsbank IKB. Das deutsche Privatkundengeschäft der Citigroup hat die französische Credit Mutuel erworben. Ende August 2008 haben sich die Allianz SE und die Commerzbank AG über eine Veräußerung von 100 % der Anteile der Dresdner Bank AG an die Commerzbank AG in zwei Schritten geeinigt. Bei einigen Landesbanken wird eine Öffnung für private Investoren diskutiert (Bayerische Landesbank) oder wird im Hinblick auf gewährte Unterstützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand sogar von der Europäischen Kommission gefordert (WestLB). Im September 2008 hat die Deutsche Post AG als derzeitige Mehrheitsaktionärin der Gesellschaft mit der Deutsche Bank AG unter anderem vereinbart, an diese eine Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft in Höhe von 29,75 % zu verkaufen. Derzeit ist noch nicht absehbar, ob und wie sich die jüngst bereits erfolgten oder noch geplanten Änderungen im Wettbewerbsumfeld auf die Postbank auswirken werden.

Kostenmanagement

Im Jahr 2003 hat die Postbank ein Kostenreduzierungsprogramm eingeführt und größere IT-Investitionen getätigt. Unterstützt durch eine weitgehend standardisierte Produktpalette und eine leistungsfähige und skalierbare IT-Plattform, hat dieses Kostenreduzierungsprogramm dazu geführt, dass die Postbank ihre Cost Income Ratio, also das Verhältnis zwischen dem Verwaltungsaufwand und den Gesamterträgen, erfolgreich senken konnte, von 68,3 % im Jahr 2006 auf 67,2 % im Jahr 2007. Im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 ist es zwar zu einem leichten Anstieg der Cost Income Ratio von 66,6 % auf 68,3 % gekommen. Jedoch war dieser Anstieg primär auf die direkt oder indirekt mit dem Erwerb des BHW im Jahr 2006 zusammenhängenden Kosten zurückzuführen, wodurch die Kosteneinsparungen auf Basis vor Erwerb des BHW überkompensiert wurden. Somit hat die Postbank — im Vergleich zu anderen deutschen Banken — eine relativ niedrige Cost Income Ratio (Quelle: Erhebung der Postbank Research zu betriebswirtschaftlichen Kennziffern (einschließlich der Cost Income Ratio) einiger deutscher Großbanken, jeweils in der instituts-eigenen Darstellung, für die Jahre ab 2003 bis zum ersten Quartal 2008). Diese positive Entwicklung reichte jedoch nicht aus, um den erheblichen Rückgang der Gesamterträge infolge der Finanzmarktkrise auszugleichen, was zu einem Anstieg der Cost Income Ratio auf 91,9 % in den ersten neun Monaten im Jahr 2008 führte. Neben dem anhaltenden Fokus auf Prozesseffizienz ist eine weitere wesentliche Verbesserung der Cost Income Ratio voraussichtlich vor allem über Skaleneffekte und Produktivitätssteigerungen im Vertrieb zu erzielen.

Auswirkungen des Erwerbs einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG bzw. der Beendigung des Vorstandsmandats von Herrn Dr. Klein bei der Deutsche Post AG

Am 12. September 2008 hat die Deutsche Post AG als derzeitige Mehrheitsaktionärin der Gesellschaft mit der Deutsche Bank AG unter anderem vereinbart, an diese eine Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft in Höhe von 29,75 % zu verkaufen (siehe „*Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG*“). Diese Vereinbarung soll — abhängig vom Eintritt verschiedener Bedingungen — voraussichtlich im ersten Quartal 2009 vollzogen werden. Daraus ergeben sich für die Postbank finanzielle Konsequenzen, verursacht insbesondere durch das quotal Entfallen von steuerlichen Verlustvorträgen. Im zeitlichen Zusammenhang mit der Veräußerung hat die Gesellschaft mit der Deutsche Bank AG auch eine Grundsatzvereinbarung über die Kooperation unter anderem beim Vertrieb von Investmentprodukten geschlossen. Weiterhin ergeben sich finanzielle Konsequenzen aus dem Wegfall der umsatzsteuerlichen Organschaft mit der Deutsche Post AG durch Beendigung des Vorstandsmandats von Herrn Dr. Klein bei der Deutsche Post AG mit Wirkung zum 10. November 2008.

Wegfall der umsatzsteuerlichen Organschaft mit der Deutsche Post AG

Solange die Deutsche Post AG die Stimmrechtsmehrheit an der Gesellschaft hält und zudem die Gesellschaft nicht nur wirtschaftlich, sondern auch organisatorisch (wie etwa durch Doppelmandate auf Vorstandsebene) in die Deutsche Post AG eingegliedert war, bestand zwischen ihnen eine umsatzsteuerliche Organschaft. Diese Organschaft bedeutet, dass die Deutsche Post AG und die Gesellschaft für Umsatzsteuerzwecke in Deutschland als einheitliches Steuersubjekt angesehen wurden und die zwischen der Deutsche Post AG und der Gesellschaft getätigten Umsätze keiner Umsatzsteuerpflicht unterlagen. Daher erhoben die Gesellschaft und die Deutsche Post AG auf Vergütungen für die Erbringung von Dienstleistungen (zum Beispiel im Rahmen der Kooperationsverträge mit der Deutsche Post AG) keine Umsatzsteuer. Die umsatzsteuerliche Organschaft endet mit sofortiger Wirkung, wenn die organisatorische Eingliederung nicht mehr gegeben ist oder die Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft unter die Mehrheitsschwelle absinkt. Im Zusammenhang mit dem Prozess zur Veräußerung der Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft entsprach der Aufsichtsrat der Deutsche Post AG im Juni 2008 dem Wunsch des Vorstandsvorsitzenden der Gesellschaft Dr. Wolfgang Klein, sein Mandat im Vorstand der Deutsche Post AG vorübergehend ruhen zu lassen. Das Vorstandsmandat von Herrn Dr. Klein bei der Deutsche Post AG endete mit Wirkung zum 10. November 2008, wodurch die organisatorische Eingliederung und damit die umsatzsteuerliche Organschaft entfiel. Mit dem Wegfall der Organschaft hat die Postbank auf Leistungen, die sie von der Deutsche Post AG erhält, Umsatzsteuer in Höhe von derzeit 19 % zu zahlen, sofern die Leistungen nicht von der Umsatzsteuer befreit sind oder einem ermäßigten Steuersatz unterliegen. Umgekehrt muss sie der Deutsche Post AG für erbrachte Leistungen Umsatzsteuer in Höhe von derzeit 19 % berechnen. Soweit einer der Vertragspartner hierdurch eine Vorsteuerabzugsberechtigung erlangt, ist die Bemessungsgrundlage entsprechend zu mindern. Die Postbank rechnet mit einem ergebniswirksamen Aufwand aufgrund nicht als Vorsteuer abzugsfähiger Umsatzsteuer von rund € 30 Mio. pro Jahr.

Quotales Entfallen der steuerlichen Verluste

Die Unternehmensteuerreform 2008 hat die Regelung zur Nutzbarkeit von laufenden steuerlichen Verlusten und Verlustvorträgen nach Anteilsübertragungen mit erstmaliger Geltung für den Veranlagungszeitraum 2008 neu gefasst. Danach gehen bei einer Anteils- oder Stimmrechtsübertragung von mehr als 25 % bis zu 50 % an einer Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar auf einen Erwerber bzw. eine Erwerbergruppe mit gleichgerichteten Interessen die Verluste dieser Gesellschaft quotal unter. Werden innerhalb von fünf Jahren mehr als 50 % der Anteile oder Stimmrechte übertragen, gehen die Verluste vollständig unter. Für Zwecke der Fristberechnung eines möglichen Übergangs von mehr als 50 % der Anteile bzw. Stimmrechte werden Anteils- bzw. Stimmrechtsübertragungen zwischen 25 % und 50 % innerhalb der letzten fünf Jahre berücksichtigt. Zum 30. September 2008 hatte die Gesellschaft ungenutzte rechnerische Verluste in Höhe von € 147,7 Mio. Im Zusammenhang mit der Finanzkrise können sich die zum 31. Dezember 2008

festzustellenden Verluste erheblich erhöhen. Der Erwerb der Minderheitsbeteiligung von 29,75 % an der Deutsche Postbank AG durch die Deutsche Bank AG führt dazu, dass die zu diesem Zeitpunkt bestehenden steuerlichen Verluste der Gesellschaft mit dem Vollzug des Erwerbs quotal, also in Höhe von 29,75 %, entfallen. Sollte die Deutsche Bank AG — wie im Vertrag mit der Deutsche Post AG vom 12. September 2008 angelegt — innerhalb von fünf Jahren als rechtlicher oder wirtschaftlicher Eigentümer über den Erwerb der 29,75 %igen Minderheitsbeteiligung hinaus weitere Anteile an der Gesellschaft erwerben, könnten auch die dann vorhandenen Verluste der Gesellschaft teilweise oder vollständig entfallen.

Auswirkungen von Akquisitionen und Veräußerungen

Wesentliche Beteiligungsakquisitionen und -veräußerungen im Jahr 2006

Erwerb der Mehrheitsbeteiligung an der BHW Holding

In Vollzug eines bereits am 25. Oktober 2005 abgeschlossenen Kaufvertrages erwarb die Gesellschaft zum 2. Januar 2006 82,9 % der Anteile an der BHW Holding und erhöhte damit ihre Beteiligung auf insgesamt 91,04 %. Im weiteren Verlauf des Jahres 2006 erfolgte ein Pflichtangebot an die Minderheitenaktionäre der BHW Holding, und der Anteil der Gesellschaft an der BHW Holding wurde auf 98,43 % aufgestockt. Der Kaufpreis für die 98,43 % betrug € 1.753 Mio. (einschließlich Anschaffungsnebenkosten). Gemäß IFRS 3 wurde der Kaufpreis auf die erworbenen Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualschulden der BHW Holding zu den beizulegenden Zeitwerten verteilt und so das erworbene Nettovermögen zum beizulegenden Zeitwert von € 1.199 Mio. ermittelt. Damit ergab sich als Differenz zwischen dem gezahlten Kaufpreis und dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen Nettovermögens ein Firmenwert der BHW Holding zum 31. Dezember 2005 in Höhe von € 554 Mio. Der für den Erwerb der restlichen 1,57 % an der BHW Holding erforderliche Betrag wurde in Höhe von € 39 Mio. berechnet und bereits zum 31. Dezember 2006 als Verbindlichkeit ausgewiesen; eine Verbuchung von Minderheitenanteilen an der BHW Holding erfolgte entsprechend zum 31. Dezember 2006 nicht mehr. Im Rahmen des zum 12. Februar 2008 wirksam gewordenen Squeeze-out zahlte die Gesellschaft an die Minderheitsaktionäre der BHW Holding AG eine Abfindung in Höhe von € 15,11 pro Aktie.

Im Jahr 2006 wurde der BHW Teilkonzern (bestehend aus BHW Holding und ihren Konzerngesellschaften BHW Bausparkasse AG, BHW Bank AG, BHW Lebensversicherung AG, BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH und BHW Immobilien GmbH) erstmals vollständig konsolidiert; die ursprünglich miterworbene 50 %ige Beteiligung der BHW Holding an der tschechischen Bausparkasse MPSS Modrá Pyramida Vseobecna stavební spořitelna Komerční banky, a.s. wurde zum 10. Oktober 2006 veräußert. Mit Wirkung zum 2. Januar 2008 hat die BHW Bank AG ihre Kreditkarten- und Absatzfinanzierungsaktivitäten an die Landesbank Berlin veräußert und ging im Juli 2008 durch Verschmelzung und nachfolgende Anwachsung in der Gesellschaft auf.

Der Erwerb des BHW führte zu einer signifikanten Ausweitung der Geschäftsaktivitäten der Postbank im Segment Retail Banking. Diese Geschäftsausweitung betraf sowohl eine Verbreiterung der Kundenbasis als auch eine Ausweitung der angebotenen Bankprodukte und -dienstleistungen, insbesondere im Bereich des Bauspargeschäfts und der privaten Baufinanzierungen. So stiegen im Jahr 2006 verglichen mit dem Jahr 2005 im Segment Retail Banking der Zinsüberschuss um 39,1 %, die bilanzbezogenen Erträge um 42,4 %, die Gesamterträge um 67,0 % und das Ergebnis vor Steuern um 57,1 %. Darüber hinaus wurde durch die Zusammenfassung der mobilen Vertriebsorganisationen von Postbank und BHW in der Postbank Finanzberatung AG im Jahr 2006 der mobile Vertrieb der Postbank personell stark verstärkt und neu organisiert und damit die Vertriebsplattform der Postbank weiter ausgebaut. Die Anzahl der mobilen Berater der Postbank betrug 4.180 zum 30. September 2008 und 4.260 zum 31. Dezember 2007. Die mobilen Berater der Postbank bieten je nach Kundenbedürfnissen schwerpunktmäßig Baufinanzierungs- und Bausparprodukte sowie Konzepte zur Altersvorsorge und Girokonten an. Weiterqualifizierung der mobilen Berater und effiziente Organisation führten zu einer deutlichen Steigerung ihrer Produktivität.

Erwerb der Deutsche Post Retail GmbH

Mit Wirkung zum 1. Januar 2006 hat die Gesellschaft sämtliche Geschäftsanteile der Deutsche Post Retail GmbH von der Deutsche Post Filialen GmbH erworben. Mit der Deutsche Post Retail GmbH, die mittlerweile in Postbank Filialvertrieb AG („Postbank Filialvertrieb“) umfirmiert wurde, hat die Gesellschaft 850 Filialen mit ca. 9.600 Beschäftigten erworben. Im Zusammenhang mit dem Erwerb hat die Deutsche Post AG der Gesellschaft ein Rückgaberecht bezüglich eines Teils der Beschäftigten eingeräumt. Die Gesellschaft kann aufgrund dieses Rückgaberechts insgesamt zwischen 1.050 und 1.250 vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter (Angestellte oder Beamte) bis Ende des Jahres 2012 an die Deutsche Post AG zurückübertragen. Mit dem Erwerb sämtlicher Anteile an der Postbank Filialvertrieb hat die Postbank ihren stationären Vertrieb entscheidend verstärkt. Für eine Retailbank wie die Postbank ist die Dichte und Vielgestaltigkeit des Vertriebsnetzes eine entscheidende Komponente für ihre Ertragskraft. Während die vorgenannten Filialen und Beschäftigten vor Abschluss dieser Transaktion nur auf vertraglicher Grundlage Vertriebsleistungen für die Postbank erbrachten, hat sich die Postbank durch die Akquisition die Kontrolle über diese Vertriebskanäle gesichert.

Der Erwerb der Postbank Filialvertrieb führte auch zu einer Neustrukturierung der von Postbank und Deutsche Post AG für die jeweils andere Partei zu erbringenden Vertriebsleistungen und der dafür zu zahlenden Vergütungen. Die Postbank zahlte für die bis zum Erwerb der Postbank Filialvertrieb in den Filialen der Deutsche Post AG für die Postbank erbrachten Vertriebsleistungen eine variable Vergütung in Höhe von € 513 Mio. im Jahr 2005 und € 496 Mio. im Jahr 2004 an die Deutsche Post AG. Am 20. Dezember 2005 haben die Gesellschaft und die Deutsche Post AG Kooperationsverträge über den Vertrieb von Finanzdienstleistungen im Namen und für Rechnung der Postbank durch die Deutsche Post AG („FDL Kooperationsvertrag“), den Vertrieb von Postdienstleistungen im Namen und für Rechnung der Deutsche Post AG durch die Postbank („PDL Kooperationsvertrag“) und über den Vertrieb von neuen Dienstleistungen im Namen und für Rechnung der Postbank durch die Deutsche Post AG („NDL Kooperationsvertrag“) abgeschlossen. Unter dem FDL Kooperationsvertrag zahlt die Postbank für über das verbliebene Filialnetz der Deutsche Post AG vertriebene Finanzdienstleistungen und -produkte eine Vergütung an die Deutsche Post AG, die im Jahr 2007 € 127 Mio. und im Jahr 2006 € 146 Mio. betrug. Umgekehrt bezahlt die Deutsche Post AG unter dem PDL Kooperationsvertrag für über das Filialnetz der Postbank vertriebene Postdienstleistungen eine Vergütung an die Postbank, die im Jahr 2007 € 434 Mio. und im Jahr 2006 € 460 Mio. betrug. Unter dem NDL Kooperationsvertrag zahlt die Postbank für über das verbliebene Filialnetz der Deutsche Post AG vertriebene post- und bankfremde Dienstleistungen eine Vergütung an die Deutsche Post AG, die im Jahr 2007 € 12 Mio. und im Jahr 2006 € 18 Mio. betrug. Nähere Informationen zu den Kooperationsverträgen der Postbank mit der Deutsche Post AG finden sich im Abschnitt *„Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen — Beziehungen zum Deutsche Post-Konzern (ohne Postbank-Teilkonzern)“*.

Der Kaufpreis für den Erwerb der Postbank Filialvertrieb betrug € 993 Mio. (einschließlich Anschaffungsnebenkosten). Gemäß IFRS 3 wurde der Kaufpreis auf die erworbenen Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualschulden der Postbank Filialvertrieb zu den beizulegenden Zeitwerten verteilt. Da sich der beizulegende Zeitwert des Nettovermögens der Postbank Filialvertrieb zum 31. Dezember 2005 auf € 46.000 (entsprechend dem vorhandenen Eigenkapital) belief, ergab sich als Differenz zwischen dem gezahlten Kaufpreis und dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen Nettovermögens ein Firmenwert der Postbank Filialvertrieb zum 31. Dezember 2005 in Höhe von € 993 Mio.

Wesentliche Beteiligungsakquisitionen und -veräußerungen im Jahr 2007

Verkauf der BHW Lebensversicherung AG, BHW Pensionskasse AG, PB Versicherung AG und PB Lebensversicherung AG an die Talanx AG

Die BHW Lebensversicherung AG und die BHW Pensionskasse AG sowie die 50 %igen Joint Venture-Beteiligungen der Postbank an der PB Versicherung AG und der PB Lebensversicherung AG wurden mit Wirkung zum 30. September 2007 an die Talanx AG veräußert. Der Kaufpreis betrug € 550 Mio. Nach Entkonsolidierungseffekten verblieb ein Bruttoveräußerungsergebnis von € 391 Mio., das in das Finanzanlageergebnis einging.

Erwerb der Zahlungsverkehrseinheit der HypoVereinsbank

Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 hat die Postbank über ihre Konzerngesellschaft Betriebs-Center für Banken AG (vormals Betriebs-Center für Banken Deutschland GmbH & Co. KG) sämtliche Geschäftsanteile an der HVB Payments & Services von der Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG („HypoVereinsbank“) erworben und mit der HypoVereinsbank einen Auslagerungsvertrag über die Abwicklung ihres Zahlungsverkehrs abgeschlossen. Die Übernahme der Abwicklung des Zahlungsverkehrsgeschäfts für die HypoVereinsbank trug im Jahr 2007 wesentlich zum Anstieg des Provisionsüberschusses im Segment Transaction Banking bei.

Ertragslage der Postbank

Ertragslage der Postbank in den Jahren 2005 bis 2007

Die nachfolgende Tabelle zeigt ausgewählte Posten der Gewinn- und Verlustrechnung der Postbank:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2005	2006 ⁽¹⁾ (geprüft) (in Mio. €)	2007
Zinserträge	5.350	7.650	8.384
Zinsaufwendungen	-3.675	-5.496	-6.144
Zinsüberschuss	1.675	2.154	2.240
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-205	-337	-338
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.470	1.817	1.902
Provisionserträge	801	1.623	1.675
Provisionsaufwendungen	-102	-216	-246
Provisionsüberschuss	699	1.407	1.429
Handelsergebnis	205	264	290
Ergebnis aus Finanzanlagen	252	292	294
Verwaltungsaufwand	-1.886	-2.812	-2.856
Sonstige Erträge	252	205	160
Sonstige Aufwendungen	-273	-232	-215
Ergebnis vor Steuern	719	941	1.004
Ertragsteuern	-226	-245	-133
Ergebnis nach Steuern	493	696	871
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1
Konzerngewinn	492	695	870

(1) Zahlen für 2006 angepasst, als sei der Ausweis des Bewertungsergebnisses aus der Fair-Value-Option schon im Jahr 2006 dahingehend geändert worden, dass Marktwertänderungen der Bestände nicht mehr im Zinsüberschuss, sondern im Handelsergebnis erfasst werden.

Die Postbank konnte ihr Ergebnis vor Steuern in den Jahren 2006 und 2007 jeweils gegenüber dem Vorjahr verbessern, im Jahr 2006 deutlich um 30,9 % von € 719 Mio. im Jahr 2005 auf € 941 Mio., im Jahr 2007 moderat um 6,7 % auf € 1.004 Mio.

Die Ertragslage im Jahr 2007 war geprägt durch einen leichten Anstieg von Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und Handelsergebnis. Das Finanzanlageergebnis blieb nahezu unverändert, wobei außerordentliche Erträge durch die Veräußerung des Versicherungsgeschäfts der Postbank an die Talanx AG teilweise durch negative Ergebnisbeiträge aus der Wertminderung im SCP-Portfolio und Fondsanteilen im Finanzanlagebestand der Postbank kompensiert wurden. Im Übrigen blieb die Risikovorsorge im Kreditgeschäft nahezu unverändert, der Verwaltungsaufwand stieg unterproportional an und das bereits im Jahr 2006 negative sonstige Ergebnis ging weiter zurück. Diese Entwicklungen zeigen sich auch in der Verbesserung der Cost Income Ratio von 68,3 % im Jahr 2006 auf 67,2 % im Jahr 2007; im klassischen Bankgeschäft, d.h. ohne Transaction Banking, erreichte die Postbank eine Cost Income Ratio (für das klassische Bankgeschäft berechnet als Differenz aus Verwaltungsaufwand Konzern und Verwaltungsaufwand Segment Transaction

Banking dividiert durch Differenz aus Gesamterträge Konzern (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen) und Gesamterträge Segment Transaction Banking) von 64,8 % im Jahr 2007 nach 66,7 % im Vorjahr. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern erhöhte sich von 18,9 % zum 31. Dezember 2006 auf 19,3 % zum 31. Dezember 2007 und die Eigenkapitalrendite nach Steuern von 14,0 % auf 16,7 %.

Im Geschäftsjahr 2006 war die Ertragslage durch einen signifikanten Anstieg der bilanzbezogenen Erträge insgesamt geprägt. Dieser Anstieg stand zu einem wesentlichen Teil im Zusammenhang mit dem Erwerb des BHW und der Postbank Filialvertrieb mit den 850 Filialen des Deutsche Post-Konzerns. Bereinigt um die Effekte dieser Akquisitionen ergab sich ein moderater Anstieg des Zinsüberschusses und ein leichter Anstieg des Handelsergebnisses. Das Finanzanlageergebnis stieg ohne die Effekte aus der BHW-Akquisition ebenfalls leicht an, auch bedingt durch die Veräußerungsgewinne aus der Veräußerung nicht strategischer Beteiligungen. Ohne diesen Sondereffekt wäre das Finanzanlageergebnis rückläufig gewesen. Dabei wurde das Finanzanlageergebnis im Jahr 2006 durch einen hohen Wertminderungseffekt in Folge einer konservativeren Anwendung der Kriterien für den IFRS-Impairmenttest durch die Gesellschaft belastet. Der Provisionsüberschuss verdoppelte sich im Jahr 2006, wobei dieses starke Wachstum überwiegend auf den Erwerb der Postbank Filialvertrieb und zu einem kleineren Teil auf den Erwerb des BHW zurückzuführen war. Der Verwaltungsaufwand und die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stiegen im Zusammenhang mit dem Erwerb des BHW und der Postbank Filialvertrieb ebenfalls signifikant an. Bereinigt um die Effekte der Akquisitionen war der Verwaltungsaufwand leicht rückläufig, bei der Risikovorsorge ergab sich ein moderater Anstieg. Der Erwerb des BHW und der Postbank Filialvertrieb zeigte sich auch in der Cost Income Ratio, die sich von 66,6 % bzw. 63,7 % für das klassische Bankgeschäft (CIR für das klassische Bankgeschäft berechnet als Differenz aus Verwaltungsaufwand Konzern und Verwaltungsaufwand Segment Transaction Banking dividiert durch Differenz aus Gesamterträge Konzern (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen) und Gesamterträge Segment Transaction Banking) im Jahr 2005 auf 68,3 % bzw. 66,7 % für das klassische Bankgeschäft im Jahr 2006 verschlechterte, sich ohne die Effekte aus der BHW- und Filial-Akquisition jedoch verbessert hätte. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern stieg von 15,0 % im Jahr 2005 auf 18,9 % im Jahr 2006 und die Eigenkapitalrendite nach Steuern von 10,3 % auf 14,0 %.

Bilanzbezogene Erträge

Die bilanzbezogenen Erträge bestehen aus dem Zinsüberschuss, dem Handelsergebnis und dem Ergebnis aus Finanzanlagen. Sie stiegen von € 2.132 Mio. im Jahr 2005 um € 578 Mio. bzw. 27,1 % auf € 2.710 Mio. im Jahr 2006 und um € 114 Mio. bzw. 4,2 % auf € 2.824 Mio. im Jahr 2007 an.

Zinsüberschuss

Das Zinsergebnis umfasst die Zinserträge, das Bewertungsergebnis aus Sicherungsbeziehungen, die laufenden Erträge (wie Dividenden) sowie die Zinsaufwendungen. Zinserträge und -aufwendungen aus Wertpapieren des Handelsbestands sowie aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen werden ebenfalls im Zinsergebnis erfasst. Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen wird netto ausgewiesen; die zugrunde liegenden Geschäfte sind zum einen Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, und zum anderen sind darin derivative Geschäfte enthalten, die

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind. Die folgenden Tabellen zeigen eine Übersicht über die einzelnen Komponenten des Zinsüberschusses:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2005	2006 ⁽¹⁾ (geprüft) (in Mio. €)	2007
Zins- und laufende Erträge			
Zinserträge aus			
Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.354	5.083	5.437
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.605	2.068	2.491
Handelsgeschäften	206	249	347
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	-5	8	-1
	<u>5.160</u>	<u>7.408</u>	<u>8.274</u>
Laufende Erträge aus			
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	190	231	103
Beteiligungen	1	11	7
	<u>191</u>	<u>242</u>	<u>110</u>
	<u>5.350</u>	<u>7.650</u>	<u>8.384</u>
Zinsaufwendungen aus			
Verbindlichkeiten	2.375	3.887	4.825
Verbrieften Verbindlichkeiten	727	852	587
Nachrangkapital	171	264	280
Swaps	289	246	110
Handelsgeschäften	113	246	342
	<u>3.675</u>	<u>5.496</u>	<u>6.144</u>
Gesamt	<u>1.675</u>	<u>2.154</u>	<u>2.240</u>
Gesamtzinsmarge⁽²⁾ %	1,36	1,24	1,15

(1) Zahlen für 2006 angepasst, als sei der Ausweis des Bewertungsergebnisses aus der Fair-Value-Option schon im Jahr 2006 dahingehend geändert worden, dass Marktwertänderungen der Bestände nicht mehr im Zinsüberschuss, sondern im Handelsergebnis erfasst werden.

(2) Ungeprüft.

Die Höhe des Zinsüberschusses hängt im Wesentlichen von folgenden Faktoren ab:

- > dem Volumen sowie der Art, Laufzeit und Verzinsung der Aktiva und Passiva;
- > dem allgemeinen Zinsniveau und der Zinsstrukturkurve und deren Auswirkung auf die Zinsspanne; und
- > in geringerem Umfang Änderungen von Wechselkursen.

Die Gesamtzinsmarge (die Differenz zwischen dem Zinsertrag der verzinslichen Vermögenswerte und dem Zinsaufwand der verzinslichen Verbindlichkeiten) bezogen auf die durchschnittliche Bilanzsumme betrug im Jahr 2007 1,15 %, im Jahr 2006 1,24 % und im Jahr 2005 1,36 %. Der rechnerische Rückgang der Gesamtzinsmarge in den Jahren 2007 und 2006 war zum einen durch die Integration des BHW und zum anderen durch die deutliche Ausweitung der Bilanzsumme, insbesondere auch im Nicht-Kundengeschäft bedingt. Zudem sank der vergleichsweise geringe Beitrag aus Zinsfristentransformation über den Betrachtungszeitraum aufgrund einer zunehmend flacheren Zinskurve weiter ab.

Im Jahr 2007 stieg der Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr von € 2.154 Mio. um € 86 Mio. oder 4,0 % auf € 2.240 Mio. Zu diesem Anstieg trugen im Wesentlichen die Segmente Retail Banking und Firmenkunden bei, in denen das Kundengeschäft deutlich wuchs (siehe „— Entwicklung der Ertragslage auf Segmentebene“). Da die Postbank weniger als 50 % ihres Gesamtfremdfinanzierungsvolumens am Interbankenmarkt und Kapitalmarkt deckt, wirkte sich die Verschlechterung der Konditionen für die Mittelaufnahme an diesen Märkten nur moderat auf die Zinsaufwendungen der Postbank aus.

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im Jahr 2006 stieg der Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr von € 1.675 Mio. um € 479 Mio. oder 28,6 % auf € 2.154 Mio. Dieser Anstieg ist zu einem ganz erheblichen Teil auf den Erwerb des BHW zurückzuführen (92 %). Darüber hinaus trug vor allem die Margenausweitung im Spargeschäft zum Anstieg des Zinsüberschusses bei.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft enthält sowohl die Aufwendungen aus der Bildung von Wertberichtigungen als auch Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen aus dem Kreditgeschäft. Darüber hinaus werden hier die Aufwendungen aus Direktabschreibungen und die Erträge aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen erfasst. Die folgende Tabelle zeigt eine Aufgliederung der Kreditrisikovorsorge nach Zuführungen zu Wertberichtigungen, Auflösungen von Wertberichtigungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2005	2006	2007
	(geprüft)		
	(in Mio. €)		
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge			
Einzelwertberichtigungen	235	384	415
Portfoliowertberichtigungen	4	19	19
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	0	21	18
Direkte Forderungsabschreibung	19	27	31
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge			
Einzelwertberichtigungen	46	100	130
Portfoliowertberichtigungen	0	0	1
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	2	0	3
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	5	14	11
Gesamt	<u>205</u>	<u>337</u>	<u>338</u>

Im Jahr 2007 blieb die Risikovorsorge mit € 338 Mio. nahezu unverändert gegenüber € 337 Mio. im Jahr 2006, obwohl der Bestand der Kundenkredite von € 79.388 Mio. zum 31. Dezember 2006 um € 10.234 Mio. bzw. 12,9 % auf € 89.622 Mio. zum 31. Dezember 2007 anstieg. Die gleichbleibende Risikovorsorge spiegelt das konservative Risikoprofil im Kreditgeschäft der Postbank sowie das im Jahr 2007 trotz der Finanzmarktkrise und der Eintrübung der Konjunktur noch stabile realwirtschaftliche Umfeld in Deutschland, dem Hauptmarkt der Postbank, wieder. Im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 ergab sich ein Anstieg der Risikovorsorge von € 205 Mio. um € 132 Mio. bzw. 64,4 % auf € 337 Mio. Dieser Anstieg resultierte zum überwiegenden Teil aus dem signifikanten Anstieg der Kundenkredite um 79,9 % von € 44.134 Mio. zum 31. Dezember 2005 auf € 79.388 Mio. zum 31. Dezember 2006, der großteils aus dem Erwerb des BHW resultierte.

Im Jahr 2007 wurden für Kredite mit einem Gesamtvolumen von € 1.877 Mio. (€ 1.864 Mio. im Jahr 2006 und € 1.226 Mio. im Jahr 2005) Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2007 auf € 124 Mio., verglichen mit € 128 Mio. zum 31. Dezember 2006 und € 102 Mio. im Jahr 2005. Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum 31. Dezember 2007 auf € 918 Mio., zum 31. Dezember 2006 auf € 926 Mio. und zum 31. Dezember 2005 auf € 612 Mio. Der Bestand der bilanziellen Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich zum 31. Dezember 2007 auf € 1.154 Mio. gegenüber € 1.155 Mio. zum 31. Dezember 2006 und € 776 Mio. zum 31. Dezember 2005. Die Einzelwertberichtigungen betrafen in allen drei Jahren primär Kredite aus den Bereichen gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Kontokorrent- und Ratenkredite sowie Wohnungsbaudarlehen.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss umfasst Provisionserträge aus dem Kundengeschäft mit klassischen Bankprodukten wie auch die Provisionserträge aus dem Transaction Banking und dem Vertrieb von Nicht-

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Bankdienstleistungen durch die Filialen. Die folgenden Tabellen zeigen die einzelnen Komponenten des Provisionsüberschusses:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2005	2006 (geprüft)	2007 (in Mio. €)
Provisionsüberschuss			
Girogeschäft	363	363	361
Wertpapiergeschäft	109	118	136
Kredit- und Avalgeschäft	56	105	111
Filialgeschäft	—	542	509
Sonstiges Provisionsgeschäft	169	279	311
Gesamt	<u>699</u>	<u>1.407</u>	<u>1.429</u>

Der Provisionsüberschuss der Postbank stieg im Jahr 2007 sehr moderat um € 22 Mio. bzw. 1,6 % auf € 1.429 Mio. Diesem Anstieg lag ein Anstieg des Provisionsüberschusses aus dem Wertpapiergeschäft um € 18 Mio., dem Kredit- und Avalgeschäft von € 6 Mio. und dem Sonstigen Provisionsgeschäft von € 33 Mio. zugrunde, der den Rückgang des Provisionsüberschusses aus dem Girogeschäft um € 2 Mio. und dem Filialgeschäft um € 33 Mio. überkompensierte. Der Anstieg des Provisionsüberschusses aus dem Sonstigen Provisionsgeschäft betraf vor allem die Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Dritte, und hier insbesondere die Abwicklung des Zahlungsverkehrs der HypoVereinsbank, die die Postbank im Zusammenhang mit dem Erwerb der HVB Payments & Services von der HypoVereinsbank übernommen hat. Hingegen waren die Provisionen aus den Zahlungsverkehrsdienstleistungen für andere Kunden im Hinblick auf den Rückgang des beleghaften Zahlungsverkehrs leicht rückläufig. Der Anstieg des Provisionsüberschusses aus dem Wertpapiergeschäft beruhte vor allem auf der Markteinführung neuer Zertifikate. Der Rückgang des Provisionsüberschusses aus dem Filialgeschäft war primär auf den erwartungsgemäß rückläufigen Vertrieb von Postprodukten und sonstigen Nicht-Bankprodukten und -dienstleistungen über die Filialen der Postbank zurückzuführen. Im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 war ein sehr starker Anstieg des Provisionsüberschusses von € 699 Mio. um € 708 Mio. bzw. 101,3 % auf € 1.407 Mio. zu verzeichnen. Diesem Anstieg lag der neu hinzugekommene Ergebnisbeitrag aus dem Filialgeschäft in Höhe von € 542 Mio. sowie ein Anstieg des Provisionsüberschusses aus dem sonstigen Provisionsgeschäft (der ebenfalls teilweise auf den Erwerb der Postbank Filialvertrieb zurückzuführen ist) in Höhe von € 109 Mio., dem Kredit- und Avalgeschäft in Höhe von € 49 Mio. und dem Wertpapiergeschäft in Höhe von € 8 Mio. zugrunde, während der Provisionsüberschuss aus dem Girogeschäft unverändert blieb. Der Provisionsüberschuss aus dem Filialgeschäft resultierte aus den zusammen mit dem Erwerb der Postbank Filialvertrieb durch die Postbank erworbenen 850 Filialen der Deutsche Post AG, in denen im Jahr 2006 erstmals Leistungen von der Postbank für die Deutsche Post AG erbracht wurden. Der Anstieg des Provisionsüberschusses aus dem Sonstigen Provisionsgeschäft betraf vor allem Werbekostenzuschüsse der Deutsche Post AG, während der Anstieg des Provisionsüberschusses aus dem Kredit- und Avalgeschäft vor allem auf den Erwerb des BHW und seine erstmalige Einbeziehung in den Konzernabschluss 2006 zurückzuführen war.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis enthält das saldierte Ergebnis aus der Veräußerung und der Bewertung von Handelsbeständen sowie seit dem Geschäftsjahr 2007 das Bewertungsergebnis aus der Fair-Value-Option, das bis einschließlich 2006 im Zinsüberschuss ausgewiesen wurde. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreszahlen im Konzernabschluss 2007 entsprechend angepasst. Für 2005 werden die Bewertungsergebnisse der Fair-Value Option noch im Zinsüberschuss ausgewiesen. Das Handelsergebnis der Postbank wird primär durch ihre Aktivitäten im Bereich Bilanzstrukturmanagement und zu einem geringeren Teil

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

durch den Eigenhandel geprägt. Die nachstehende Tabelle zeigt eine Übersicht über die einzelnen Komponenten des Handelsergebnisses:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2005	2006 ⁽¹⁾ (geprüft) (in Mio. €)	2007
Ergebnis aus Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	64	24	105
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-8	1	-5
Aktien	—	1	3
Darlehen (Held for Trading)	—	-3	-6
	<u>-8</u>	<u>-1</u>	<u>-7</u>
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs			
Ertrag aus Derivaten	2.896	4.581	3.639
Aufwand aus Derivaten	<u>-2.752</u>	<u>-4.355</u>	<u>-3.445</u>
	<u>144</u>	<u>226</u>	<u>194</u>
Ergebnis aus Fair-Value-Option			
davon Forderungen an Kunden	— ⁽¹⁾	-284	-174
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	— ⁽¹⁾	303	186
	<u>—⁽¹⁾</u>	<u>19</u>	<u>12</u>
Devisenergebnis	7	-3	-7
Provisionsergebnis Handelsbestand	<u>-2</u>	<u>-2</u>	<u>-7</u>
Gesamt	<u>205</u>	<u>264</u>	<u>290</u>

(1) Zahlen für 2006 angepasst, als sei der Ausweis des Bewertungsergebnisses aus der Fair-Value-Option schon im Jahr 2006 dahingehend geändert worden, dass Marktwertänderungen der Bestände nicht mehr im Zinsüberschuss, sondern im Handelsergebnis erfasst werden.

Im Vergleich der Jahre 2007 und 2006 stieg das Handelsergebnis von € 264 Mio. um € 26 Mio. bzw. 9,8 % auf € 290 Mio. Im Vergleich der Jahre 2006 und 2005 ergab sich ein Anstieg von € 205 Mio. um € 59 Mio. bzw. 28,8 % auf € 264 Mio.

Zum besseren Verständnis der Entwicklung des Handelsergebnisses lässt sich dieses in die drei Kategorien Eigenhandel, Ergebnis Bankbuch/Asset-Liability-Management (ALM) sowie die Fair-Value Option einteilen. Die in der vorstehenden Tabelle ausgewiesenen Komponenten des Handelsergebnisses lassen sich den Kategorien Eigenhandel, Ergebnis des Bankbuchs/Asset Liability Management (ALM) und Fair Value Option wie folgt zuordnen: In den Eigenhandel gehen die Veräußerungsergebnisse Handel, das Bewertungsergebnis Handel, die Handelsderivate, das Provisionsergebnis aus dem Handelsbestand sowie das Devisenergebnis ein. In das Ergebnis Bankbuch/ALM gehen die Positionen Derivate des Bankbuchs, eingebettete Derivate sowie das Zinsergebnis aus den Swaps ein. Die Effekte aus der Fair-Value-Option sind in der vorstehenden Tabelle separat ausgewiesen.

Das Ergebnis des Eigenhandels steigerte sich von € 55 Mio. in 2005 auf € 75 Mio. in 2006 und fiel in 2007 auf € 42 Mio., wobei in 2007 hohen Veräußerungsergebnissen aus dem Handel negative Ergebnisse aus den Handelsderivaten gegenüberstanden. Die Fair-Value-Option, die in 2005 noch nicht bestand und bislang nur im Teilkonzern BHW angewendet wird, führte zu geringen positiven Ergebnisbeiträgen. Besonders bedeutsam ist schließlich das Ergebnis aus dem Bankbuch/ALM, in dem sich das Bilanzstrukturmanagement der Postbank niederschlug. Dieses stieg von € 150 Mio. in 2005 auf € 170 Mio. in 2006 und weiter auf € 236 Mio. in 2007.

Ein wichtiger Treiber innerhalb dieser Ergebniskategorie sind die Derivate des Bankbuchs. Bei ihnen erfolgt eine Ergebnisrealisierung auch unter Beachtung der Barwertentwicklung in der Postbank. Während die Barwertentwicklung in 2006 deutlich positiv war, waren in 2007 aufgrund der einsetzenden Turbulenzen an

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

den Finanzmärkten Barwertverluste in der Postbank zu verzeichnen. Die eingetretenen Ergebnisbelastungen aus den eingebetteten Derivaten (der Aufwand aus eingebetteten Derivaten betraf vor allem Bewertungsverluste aus strukturierten Kreditprodukten (CDO, Credit Linked Notes, strukturierte Schuldscheindarlehen)), wurden in 2007 trotz rückläufiger Barwerte durch die Ergebnisse aus den Derivaten des Bankbuchs kompensiert, so dass ein insgesamt stabiles Handelsergebnis ausgewiesen werden konnte. Dabei konnte die Postbank von den positiven Barwertentwicklungen der Vorjahre profitieren. Zur Änderung der Frequenz der ergebniswirksamen Bewertung von Mikro-Hedgebeziehungen seit dem dritten Quartal 2008, siehe „*Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; Ausweisänderungen — Übergang von der quartalsweisen zur monatlichen ergebniswirksamen Bewertung von Mikro-Hedge-Beziehungen*“.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen. Die nachstehende Tabelle zeigt eine Übersicht über die einzelnen Komponenten des Ergebnisses aus Finanzanlagen:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2005	2006	2007
	(geprüft) (in Mio. €)		
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	25	28	-87
davon Verkaufsergebnis	30	27	-20
Verkaufsgewinne	40	85	10
Verkaufsverluste	9	58	30
davon Wertminderungsergebnis	-4	—	-67
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	223	167	-36
davon Verkaufsergebnis	226	295	27
Verkaufsgewinne	391	493	381
Verkaufsverluste	165	198	354
davon Wertminderungsergebnis	-3	-128	-63
Ergebnis aus Forderungen an Kreditinstitute (saldiert)	7	15	1
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	7	15	1
Ergebnis aus Forderungen an Kunden (saldiert)	-4	9	24
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	-4	9	24
Ergebnis aus dem Verkauf von Fair Value Hedges	—	-2	3
Ergebnis aus Beteiligungen	—	76	389
Gesamt	<u>252</u>	<u>292</u>	<u>294</u>

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die nachstehende Tabelle zeigt das Ergebnis aus Finanzanlagen gegliedert nach dem Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen, dem Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, dem Ergebnis aus Beteiligungen und dem Wertminderungsergebnis (Impairment):

	Geschäftsjahr zum		
	31. Dezember		
	2005	2006	2007
	(geprüft)		
	(in Mio. €)		
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	86 ⁽¹⁾	39	-163
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	166	305	198
Ergebnis aus Beteiligungen	—	76	389
Wertminderungsergebnis (Impairment)	— ⁽¹⁾	-128	-130
Gesamt	<u>252</u>	<u>292</u>	<u>294</u>

(1) Das Wertminderungsergebnis (Impairment) für das Jahr 2005 in Höhe von minus € 6 Mio. wurde im „Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen“ ausgewiesen. Ein separater Ausweis des Wertminderungsergebnisses erfolgte erstmalig im Konzernabschluss 2007.

Im Vergleich der Jahre 2007 und 2006 blieb das Finanzanlageergebnis mit € 292 Mio. im Jahr 2006 gegenüber € 294 Mio. im Jahr 2007 nahezu unverändert. Im Vergleich der Jahre 2006 und 2005 ergab sich ein Anstieg des Finanzanlageergebnisses von € 252 Mio. um € 40 Mio. bzw. 15,9 % auf € 292 Mio. Im Jahr 2007 war das Finanzanlageergebnis der Postbank maßgeblich von dem Gewinn in Höhe von € 391 Mio. aus der Veräußerung ihres Versicherungsgeschäfts an die Talanx AG geprägt. Ein Teil dieses Erlöses wurde verwendet, um Bereinigungen im Wertpapierbestand des Konzerns vorzunehmen. Dabei entstanden Verluste aus der Veräußerung von weitgehend niedrigverzinslichen Wertpapierbeständen aus dem AfS-Portfolio der Postbank in Höhe von € 183 Mio. Daneben konnten Veräußerungsgewinne aus der Veräußerung von Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren des AfS Portfolios in Höhe von € 198 Mio. erzielt werden. Das Finanzanlageergebnis der Postbank wurde durch das Wertminderungsergebnis in Höhe von minus € 130 Mio. belastet, das teils Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AfS), teils der Kategorie Loans and Receivables (LaR) betraf. Das Wertminderungsergebnis enthielt in Höhe von € 112 Mio. dauerhafte Wertminderungen von Subprime-behafteten strukturierten Kreditprodukten (teils der Kategorie Available for Sale (AfS), teils der Kategorie Loans and Receivables (LaR)) des SCP-Portfolios der Postbank (siehe „Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren — Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Postbank“).

Das Finanzanlageergebnis der Postbank im Jahr 2006 enthielt Veräußerungsgewinne aus der Veräußerung nicht strategischer Beteiligungen, wie etwa einer tschechischen Tochtergesellschaft des BHW, in Höhe von € 76 Mio. Darüber hinaus konnten Ergebnisbeiträge in Höhe von € 305 Mio. aus der Veräußerung von Aktien und Fonds in Folge der sehr guten Entwicklung an den Kapitalmärkten realisiert werden. Einen negativen Ergebnisbeitrag lieferte im Jahr 2006 das Wertminderungsergebnis in Höhe von € 128 Mio., das weitgehend auf die dauerhafte Wertminderung von Fondsanteilen von Publikumsfonds entfiel, die infolge einer konservativeren Anwendung der Kriterien für den IFRS-Impairmenttest durch die Gesellschaft entstand.

Soweit das Finanzanlageergebnis in den Jahren 2006 und 2007 positive Ergebnisbeiträge aus der Realisierung von Barwerten (sei es in Form laufender Erträge oder durch die Realisierung der barwertigen Reserven durch Veräußerung) enthält, bedeutet dies naturgemäß, dass die realisierten Barwerte nicht mehr zur Generierung von laufenden Erträgen oder Veräußerungsgewinnen zur Verfügung stehen, siehe auch „Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren — Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Postbank“.

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Verwaltungsaufwand

Die nachstehende Tabelle zeigt die einzelnen Komponenten des Verwaltungsaufwands:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2005	2006	2007
	(geprüft) (in Mio. €)		
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	491	1.030	1.053
Soziale Abgaben	47	111	102
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	125	240	217
	<u>663</u>	<u>1.381</u>	<u>1.372</u>
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.162	1.324	1.402
davon EDV-Kosten	235	296	328
davon Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke/Gebäude	37	150	159
davon Aufwendungen für Marktkommunikation	90	136	151
davon Verbundleistungen mit der Deutsche Post AG	513	146	128
davon Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten	28	74	102
Abschreibungen auf Sachanlagen	61	107	82
Gesamt	<u>1.886</u>	<u>2.812</u>	<u>2.856</u>

Im Vergleich der Jahre 2006 und 2007 stieg der Verwaltungsaufwand geringfügig von € 2.812 Mio. um € 44 Mio. bzw. 1,6 % auf € 2.856 Mio. Von 2005 auf 2006 erhöhte sich der Verwaltungsaufwand signifikant um € 926 Mio. bzw. 49,1 %. Trotz der signifikanten Belastung des Verwaltungsaufwands der Postbank durch die Kosten des 2007 erstmalig in den Konzernabschluss einbezogenen Zahlungsverkehrsgeschäfts der HypoVereinsbank sowie Einmalaufwendungen, wie Transaktionskosten im Zusammenhang mit der Veräußerung des Versicherungsgeschäfts der Postbank, Integrationskosten für BHW und Belastungen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer erhöhte sich der Verwaltungsaufwand im Jahr 2007 nur sehr moderat. Der Anstieg war auf ein geringfügiges Wachstum der Löhne und Gehälter (plus € 23 Mio.) und der Anderen Verwaltungsaufwendungen (plus € 78 Mio.) zurückzuführen. Die Löhne und Gehälter stiegen trotz eines leichten Rückgangs der Mitarbeiterzahl im Jahresdurchschnitt 2007 und 2006. Zum Anstieg der Anderen Verwaltungskosten haben vor allem gestiegene EDV-Kosten, Aufwendungen für Marktkommunikation und Beratungskosten beigetragen. Der Anstieg der Verwaltungskosten wurde durch rückläufige Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung (minus € 23 Mio.) und Verbundleistungen mit der Deutsche Post AG (minus € 18 Mio.) begrenzt. Grund für den signifikanten Anstieg des Verwaltungsaufwands im Jahr 2006 gegenüber dem Jahr 2005, der sämtliche Kostenarten erfasste, war die erstmalige Einbeziehung des BHW und der Postbank Filialvertrieb in den Konzernabschluss 2006.

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Sonstiges Ergebnis

Die nachstehende Tabelle zeigt die einzelnen Komponenten der sonstigen Erträge und Aufwendungen:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2005	2006	2007
	(geprüft) (in Mio. €)		
Sonstige Erträge			
Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen	21	53	45
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	29	28	20
Erstattungen aus den Sozialbereichen	1	20	19
Erträge aus der Auflösung von Accruals	6	2	10
Erträge aus der Auflösung Risikoausgleichsbeträge Postbeamtenkrankenkasse	67	—	—
Erträge aus der Rückerstattung der Postbeamtenunterstützungskasse	12	—	—
Erträge aus der Erstattung Verwaltungskosten Postbeamtenkrankenkasse	7	—	—
Erträge aus der Schlussabrechnung der Filialen	—	—	10
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	10	7	6
Übrige	<u>99</u>	<u>95</u>	<u>50</u>
Gesamt	<u>252</u>	<u>205</u>	<u>160</u>
Sonstige Aufwendungen			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	50	63	78
Aufwendungen für Sonderprojekte	15	—	23
Aufwendungen für sonstige Steuern	13	12	13
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	5	8	5
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAntstPT und StiftPT)	4	5	4
Aufwendungen aus der Schlussabrechnung der Filialen	11	1	—
Übrige	<u>175</u>	<u>143</u>	<u>92</u>
Gesamt	<u>273</u>	<u>232</u>	<u>215</u>
Sonstiges Ergebnis	<u>-21</u>	<u>-27</u>	<u>-55</u>

Das sonstige Ergebnis betrug minus € 55 Mio. im Jahr 2007 gegenüber minus € 27 Mio. im Jahr 2006 und minus € 21 Mio. im Jahr 2005. Im Jahr 2007 wurde das sonstige Ergebnis belastet durch erhöhte Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, insbesondere erworbene Software (€ 78 Mio.), sowie sonstige Aufwendungen für das Projekt Basel II (€ 23 Mio.). Im Jahr 2006 wurde das sonstige Ergebnis stark von Aufwendungen für Neustrukturierungsmaßnahmen (€ 99 Mio.) belastet. Diese betrafen fast vollständig Aufwendungen für Altersteilzeit und Abfindungen beim BHW.

Ergebnis vor Steuern

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2005	2006	2007
	(geprüft) (in Mio. €)		
Ergebnis vor Steuern Segmente			
Retail Banking	588	924	944
Firmenkunden	149	165	191
Transaction Banking	23	27	36
Financial Markets	120	132	190
Übrige	<u>-161</u>	<u>-307</u>	<u>-357</u>
Gesamt	<u>719</u>	<u>941</u>	<u>1.004</u>

Der Anstieg des Ergebnisses vor Steuern in den letzten drei Jahren wurde durch die positive Entwicklung in allen operativen Segmenten getragen, die die negative Entwicklung des Segments Übrige überkompensieren konnte.

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragsteuern

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2005	2006	2007
	(geprüft) (in Mio. €)		
Laufende Ertragsteuern			
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	63	54	22
Gewerbeertragsteuer	<u>36</u>	<u>23</u>	<u>23</u>
	99	77	45
Ertragsteuern Vorjahr	25	16	20
Tatsächliche Ertragsteuern	124	93	65
Aufwand aus latenten Ertragsteuern			
temporäre Differenzen	14	134	18
steuerliche Verlustvorträge	<u>88</u>	<u>19</u>	<u>51</u>
	102	153	69
Gesamt	<u>226</u>	<u>245</u>	<u>133</u>

Im Vergleich der Jahre 2007 und 2006 einerseits und 2006 und 2005 andererseits waren die tatsächlichen Ertragsteuern jeweils rückläufig. Der Rückgang der Ertragsteuern in den Jahren 2006 und 2007 beruhte auf der Reduzierung des zu versteuernden Einkommens der Einzelgesellschaften aufgrund der Vereinnahmung von steuerfreien Erträgen.

Die latenten Steuern stiegen im Jahr 2006 im Vergleich zum Jahr 2005 an, während sie im Jahr 2007 im Vergleich zum Jahr 2006 sanken. Der Anstieg der latenten Steuern im Jahr 2006 beruhte neben dem Anstieg des Ergebnisses vor Steuern auf der Veränderung des Konsolidierungskreises der Postbank und ging mit einer Verschiebung von den tatsächlichen Ertragsteuern zu den latenten Steuern einher: Im Jahr 2005 war der Anteil der von der Gesellschaft erwirtschafteten Erträge am Ergebnis vor Steuern des Konzerns höher als im Jahr 2006, in dem zum ersten Mal auch der BHW-Teilkonzern vollständig konsolidiert wurde, und daher ergaben sich weniger bilanzierte Differenzen zwischen dem steuerrechtlich und dem handelsrechtlich ermitteltem Steueraufwand. Ferner ist als Einzeleffekt die Aufdeckung stiller Reserven im Rahmen der Purchase Price Allocation beim Erwerb des BHW zu berücksichtigen, worauf latente Steuern gebildet worden sind. Der Rückgang der latenten Steuern im Jahr 2007 beruhte darauf, dass die Postbank die latenten Steuerpositionen mit den aufgrund der Unternehmenssteuerreform 2008 geltenden Steuersätzen neu bewertete. Bei der Bewertung mit dem sich neu ergebenden rechnerischen Konzernsteuersatz von 29,8 % statt zuvor 39,9 % ergab sich ein entsprechend verringerter Aufwand aus latenten Ertragsteuern.

Entwicklung der Ertragslage auf Segmentebene

Zuordnung zu den Segmenten

Der Zinsüberschuss der Kundenprodukte, der die wichtigste Ertragskomponente der Postbank ist, wird den Segmenten zu internen Steuerungszwecken nach der so genannten Marktzinsmethode zugewiesen. Die Marktzinsmethode ist ein Kalkulationsverfahren im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Kosten- und Erlösrechnung zur Ermittlung des Bruttozinserfolgs bzw. des Rentabilitätsbeitrags von Bankgeschäften. Entsprechend den Vorgaben des IAS 14.17 ist diese interne Kalkulation grundsätzlich auch für die Segmentberichterstattung maßgeblich. Bei der Marktzinsmethode werden die einzelnen Kredit- und Einlagengeschäfte mit Bewertungsmaßstäben des Geld- und Kapitalmarktes gemessen. Der jeweilige Aktiv- oder Passivposten wird mit einem fristenkongruenten alternativen Geld- oder Kapitalmarktgeschäft verglichen. Hieraus lassen sich für jeden Aktiv- und Passivposten grundsätzlich drei Ertragsquellen identifizieren, nämlich

- > der aktivische Konditionsbeitrag, der den rechnerischen Mehrertrag eines Kundenkredits im Vergleich zu einer fristenkongruenten Anlage am Geld- oder Kapitalmarkt angibt;

- der passivische Konditionsbeitrag, der den Zinskostenvorteil, also die Minderkosten einer Kundeneinlage im Vergleich zu einer fristenkongruenten Kapitalaufnahme am Geld- oder Kapitalmarkt abbildet; und
- der Strukturbeitrag, der aus der unterschiedlichen Laufzeit bzw. Zinsbindungsstruktur des Aktiv- und Passivgeschäfts resultiert und berechnet wird als Differenz zwischen dem tatsächlich von der Postbank erzielten Zinsüberschuss und der Summe der rechnerischen aktivischen und passivischen Konditionsbeiträge.

Bei der Anwendung der Marktzinsmethode kommt es zu einer asymmetrischen Zuordnung von Segmentdaten. Insbesondere erfasst die Postbank nicht die fiktiven Geld- und Kapitalmarktgeschäfte, auf deren Basis sie den rechnerischen Konditionsbeitrag ermittelt, als Segmentvermögen und -verbindlichkeiten.

Bei Festzinsgeschäften setzt die Postbank bei der Berechnung des rechnerischen aktivischen oder passivischen Konditionsbeitrags dementsprechend den jeweils fristenkongruenten Geld- oder Kapitalmarktzins an, der am Tag des Geschäftsabschlusses oder der Angebotsabgabe gültig ist. Bei variabel verzinslichen Kundengeschäften ohne feste Laufzeit, also insbesondere bei Sicht- und Spareinlagen, ermittelt die Postbank mittels komplexer Modellrechnungen ein am Kapitalmarkt verfügbares so genanntes Replikationsportfolio, das im Zinsanpassungsverhalten die variabel verzinslichen Kundengeschäfte möglichst identisch abbilden soll. Dieser so ermittelte Zinssatz wird zur Ermittlung der Kundenmarge für das jeweilige Teilvolumen (Basisvolumen) der variabel verzinslichen Kundengeschäfte angesetzt, das der Postbank voraussichtlich über eine längere Laufzeit zur Verfügung stehen wird. Das darüber hinaus gehende Volumen wird mit dem Tagesgeldsatz bewertet. Änderungen des Zinsniveaus werden in der Anwendung des Replikationsmodells mit einer Zeitverzögerung nachvollzogen. Dies führt aufgrund der Berechnung eines gleitenden Durchschnittszinses zu einem weitgehend stabilen Ausweis der Zinsmarge der Segmente, unbeeinflusst von kurzfristigen Schwankungen des Zinsniveaus. Änderungen in den Modellannahmen können den passivischen Konditionsbeitrag und damit die Höhe des in den Segmenten ausgewiesenen Zinsüberschusses positiv oder negativ beeinflussen. Prognoseungenauigkeiten der Modellrechnung können dazu führen, dass die Postbank die errechneten Konditionsbeiträge insbesondere bei kurzfristigen Schwankungen des Zinsniveaus nicht tatsächlich erwirtschaften kann. Diese Differenz wird als Teil des Strukturbeitrags im Segment Übrige ausgewiesen.

Die rechnerischen aktivischen und passivischen Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft, die so genannte Kundenmarge, werden den kundenbezogenen Segmenten, also Retail Banking und Firmenkunden, zugeordnet. Der Strukturbeitrag repräsentiert den positiven oder negativen Ergebnisbeitrag, der durch unterschiedliche Zinsbindungen der zinstragenden Aktiva und Passiva erwirtschaftet wird. Da die Segmente Retail Banking und Firmenkunden intern über Verrechnungspreise von einem etwaigen Zinsänderungsrisiko freigestellt werden, weist die Postbank den Strukturbeitrag in dem Segment Übrige aus.

Dem Segment Transaction Banking wird seit der Auslagerung des Zahlungsverkehrs der Postbank in die Betriebs-Center für Banken AG (BCB) zum 1. Juli 2008 kein Konditionsbeitrag mehr zugewiesen. Zuvor wurde nur die Verzinsung des zugewiesenen Eigenkapitals als Konditionsbeitrag ermittelt. Damit reflektierte das Zinsergebnis des Segments Transaction Banking bis zum 30. Juni 2008 primär die Eigenkapitalverzinsung und seit dem 1. Juli 2008 primär das Zinsergebnis der BCB. Zu weiteren geplanten Änderungen der Segmentberichterstattung siehe „*Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; Ausweisänderungen — Zukünftige Ausweis- und Bewertungsänderungen*“.

Dem Segment Financial Markets wird als Zinsüberschuss ein Konditionsbeitrag aus den Treasury-Aktivitäten zugewiesen, der für jede Aktivposition mit zwei Basispunkten und für jede Passivposition mit einem Basispunkt angesetzt wird, als Vergütung für die erbrachten Treasury-Dienstleistungen. Ferner wird in diesem Segment neben dem Zinsüberschuss aus Eigenhandelsaktivitäten das Ergebnis einiger Tochtergesellschaften, insbesondere der Deutsche Postbank International S.A. (ohne die Konditionsbeiträge des Firmenkundengeschäfts), erfasst.

Der Zinsüberschuss des Segments Übrige beinhaltet den im Konzern erwirtschafteten Zinsüberschuss abzüglich der den operativen Segmenten (einschließlich der zugeordneten Tochtergesellschaften) gemäß den vorstehenden Grundsätzen zugewiesenen Konditionsbeiträge. Folglich reflektiert der Zinsüberschuss des Segments Übrige die Effekte des Strukturbeitrags aus dem Kundengeschäft, des Zinsergebnisses aus den trotz Abbaus während der vergangenen Jahre noch verbliebenen „Altbeständen“ an verbrieften Verbindlichkeiten (aus den großvolumigen Kapitalaufnahmen der früheren DSL-Bank, so genanntes historisches Emissionsgeschäft) und der Treasury-Aktivitäten. Das dem Segment Übrige zugewiesene Zinsergebnis umfasst auch die von den Treasury-Aktivitäten nicht genau abgrenzbaren Effekte aus der Realisierung von Finanzanlage- und Handelsergebnissen. Dies ist bei der Analyse der Ertragslage der Segmente zu berücksichtigen.

Für jedes Segment wird ferner ein Zins-Konditionsbeitrag aus dem zugewiesenen Eigenkapital ermittelt, der mit einem Zinssatz von 5 % p.a. angesetzt wird. Bei Festlegung dieses Zinssatzes hat sich die Postbank an den Zinsen langfristiger Kapitalanlagen orientiert. Das Eigenkapital wird den Segmenten entsprechend der Zuordnung des ökonomischen Risikokapitals zugewiesen. Wie oben ausgeführt, wird dem Segment Transaction Banking seit dem 1. Juli 2008 keine kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung mehr zugewiesen.

Das Handelsergebnis wird insoweit dem Segment Retail Banking zugewiesen, als es aus der Bewertung der Fair-Value-Option stammt. Im Übrigen wird das Handelsergebnis aus dem Handelsbuch der Gesellschaft dem Segment Financial Markets zugewiesen. Das Handelsergebnis aus dem Bankbuch wird dem Segment Übrige zugewiesen.

Das Finanzanlageergebnis aus dem Bankbuch der Gesellschaft wird dem Segment Übrige zugewiesen.

Die Provisionserträge und Provisionsaufwendungen werden grundsätzlich dem Segment zugewiesen, dem das jeweils zugrunde liegende Geschäft zugewiesen ist. Eine besondere Berechnungsmethodik ist hier nicht erforderlich. Dem Segment Retail Banking wird die gezahlte Vermittlungsprovision aus der Vermittlung von DSL-Baufinanzierungen als nicht abgegrenzter einmaliger Provisionsaufwand zugerechnet. Die Überleitung zum Verwaltungsaufwand des Konzerns findet durch Ausweis eines entsprechenden Provisionsertrags im Segment Übrige und Abgrenzung der gezahlten Vermittlungsprovisionen über die Laufzeit der vermittelten Baufinanzierung statt.

Die Höhe der den Segmenten Retail Banking, Firmenkunden und Financial Markets zugewiesenen Risikovorsorge im Kreditgeschäft bestimmt sich nach den von der Postbank festgelegten Standardrisikokosten, also den erwarteten Verlusten, zuzüglich eines Teils der Differenz zu der für das gesamte Geschäftsjahr notwendigen Risikovorsorge, der auf Basis von Expertenschätzungen den Segmenten Retail Banking, Firmenkunden und Financial Markets zugewiesen wird. Der nach der vorstehend beschriebenen Zuweisung verbleibende Teil wird dem Segment Übrige zugewiesen. Dies ist bei der Analyse der Ertragslage der Segmente zu berücksichtigen.

Der Verwaltungsaufwand wird den jeweiligen Segmenten nach den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung sowie den Ergebnissen der zugeordneten Tochtergesellschaften zugewiesen. Dem Segment Übrige werden die verbleibenden Kosten der Cost-Center zugewiesen.

Die Zuordnung von Vermögen und Verbindlichkeiten auf die Segmente basiert auf der operativen Geschäftstätigkeit der Segmente. Allerdings wurden in 2007 3,8 % der Aktiva und 7,9 % der Passiva keinem der Segmente zugeordnet. Daher ist eine vollständige Überleitungsrechnung vom Segmentvermögen bzw. den Segmentverbindlichkeiten auf die Konzernwerte nicht möglich.

Zu geplanten Änderungen der Segmentberichterstattung siehe „*Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; Ausweisänderungen — Zukünftige Ausweis- und Bewertungsänderungen*“.

Vergleich der Jahre 2005 bis 2007

	Transaction Banking												Konzern					
	Retail Banking			Firmenkunden			Banking			Financial Markets			Übrige		2006 ⁽¹⁾		2007	
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Zinsüberschuss	1.682	2.339	2.392	238	260	292	5	5	4	83	92	114	-333	-542	-562	1.675	2.154	2.240
Handelsergebnis	—	32	14	1	5	-9	—	—	—	55	46	72	149	181	213	205	264	290
Finanzanlageergebnis	—	25	50	8	2	-5	-1	—	—	—	6	1	244	260	248	252	292	294
Bilanzbezogene Erträge	1.682	2.396	2.456	247	267	278	5	4	4	138	144	187	60	-101	-101	2.132	2.710	2.824
Provisionsüberschuss	388	1.061	988	108	105	104	278	263	350	62	63	83	-137	-85	-96	699	1.407	1.429
Gesamt-Erträge	2.070	3.457	3.444	355	372	382	283	267	354	200	207	270	-77	-186	-197	2.831	4.117	4.253
Verwaltungsaufwand	-1.335	-2.178	-2.210	-165	-171	-163	-263	-245	-331	-80	-78	-83	-43	-140	-69	-1.886	-2.812	-2.856
Risikoversorge	-148	-277	-292	-39	-38	-28	—	—	—	2	-3	4	-20	-19	-22	-205	-337	-338
Sonstige Erträge / Aufwendungen	1	-78	2	-2	2	—	3	5	13	-2	6	-1	-21	38	-69	-21	-27	-55
Ergebnis vor Steuern	588	924	944	149	165	191	23	27	36	120	132	190	-161	-307	-357	719	941	1.004
Cost Income Ratio (CIR) ⁽²⁾	64,5 %	63,0 %	64,2 %	46,5 %	46,0 %	42,7 %	92,9 %	91,8 %	93,5 %	40,0 %	37,7 %	30,7 %	—	—	—	66,6 %	68,3 %	67,2 %
Eigenkapital-Rendite vor ⁽³⁾ Steuern (RoE)	27,3 %	32,7 %	32,7 %	43,2 %	46,7 %	50,5 %	—	—	—	22,0 %	23,8 %	37,2 %	-9,4 %	-25,6 %	-25,3 %	15,0 %	18,9 %	19,3 %
	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2007	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2007	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2007	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2007	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2007	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2007
Segmentvermögen	31.762	77.370	79.107	14.580	16.364	21.032	239	82	93	23.337	28.209	22.521	66.565	58.086	72.500	136.483	180.111	195.253
Segmentverbindlichkeiten	58.978	93.200	94.563	13.732	17.179	18.469	143	—	1	11.957	11.313	12.569	42.532	46.447	61.392	127.342	168.139	186.994

- (1) Die Zahlen für 2006 wurden dem Konzernabschluss 2007 entnommen. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden im Konzernabschluss 2007 die Zahlen für 2006 so angepasst, als sei der Ausweis des Bewertungsergebnisses aus der Fair-Value-Option schon im Jahr 2006 dahingehend geändert worden, dass Marktwertänderungen der Bestände nicht mehr im Zinsüberschuss, sondern im Handelsergebnis erfasst werden. Durch die Anpassung reduzierte sich der Zinsüberschuss für das Jahr 2007 auf Konzernebene um € 19 Mio. und das Handelsergebnis erhöhte sich auf Konzernebene um € 19 Mio.
- (2) Verwaltungsaufwand dividiert durch Gesamterträge (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen).
- (3) Ergebnis vor Steuern dividiert durch durchschnittliches Eigenkapital.

Retail Banking

Im Segment Retail Banking betrug der Zinsüberschuss im Jahr 2007 97,4 % der bilanzbezogenen Erträge (Zinsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen), verglichen mit 97,6 % im Jahr 2006 und 100,0 % im Jahr 2005 und stellt damit die dominierende Ertragskomponente im Segment Retail Banking dar. Der Zinsüberschuss im Segment Retail Banking stieg von € 1.682 Mio. im Jahr 2005 um € 657 Mio. bzw. 39,1 % auf € 2.339 Mio. im Jahr 2006 und um € 53 Mio. bzw. 2,3 % auf € 2.392 Mio. im Jahr 2007. Der Zinsüberschuss des Segments Retail Banking stammt im wesentlichen aus zwei Quellen, zum einen aus dem Kundengeschäft der Gesellschaft, zum anderen seit 2006 aus den Retail Banking-Aktivitäten des Teilkonzerns BHW. In 2006 entfielen dabei 78,1 % des Zinsüberschusses auf die Gesellschaft sowie 18,8 % auf das BHW sowie die sonstigen zugeordneten Tochtergesellschaften. Der Rest des Zinsüberschusses stammte aus der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung. Im Jahr 2007 stammten 77,0 % des Zinsüberschusses aus der Gesellschaft sowie 20,6 % aus dem BHW und sonstigen zugeordneten Tochtergesellschaften. Die Entwicklung des Zinsüberschusses wird in der Gesellschaft insbesondere durch die Produktgruppen Girokonten, Sparprodukte, DSL-Baufinanzierung und Privatkredit beeinflusst. Dabei stellten die Konditionsbeiträge aus dem Spar- und Girogeschäft im Jahr 2006 mit 83,6 % den ganz überwiegenden Teil der Zinsüberschüsse aus der Gesellschaft dar (in 2007: 81,0 %). Innerhalb des Teilkonzerns BHW bestimmt das Bauspargeschäft sowie die sonstigen Baufinanzierungen im Wesentlichen das Zinsergebnis.

Der deutliche Anstieg im Zinsüberschuss von 2005 auf 2006 resultierte hauptsächlich (67,1 %) aus der Integration des Teilkonzerns BHW. Dabei ist zu beachten, dass der Zinsüberschuss des BHW in 2006 durch eine Zuführung zur Rückstellung für Kollektivrisiken belastet wurde. Der restliche Anstieg im Zinsüberschuss geht hauptsächlich auf steigende Konditionsbeiträge im Spargeschäft sowie in deutlich geringerem Umfang im Kredit- und Girogeschäft der Gesellschaft zurück. Dabei gelang es, insbesondere im Spargeschäft deutliche Margensteigerungen bei konstanten Volumina zu erzielen, während im Girogeschäft leicht steigende Volumina und Margen und im Kreditgeschäft deutlich steigende Volumina bei leicht fallenden Margen zu verzeichnen waren.

Die Steigerung des Zinsüberschusses von 2006 auf 2007 resultierte im Wesentlichen (64,0 %) ebenfalls aus dem Teilkonzern BHW. In der Gesellschaft standen margenbedingt steigenden Konditionsbeiträgen aus dem Girogeschäft rückläufige Konditionsbeiträge aus dem Spargeschäft in Folge von leicht rückläufigen Volumina und Margen gegenüber. Die Ergebnisse aus dem Kreditgeschäft veränderten sich nur leicht.

Die Kreditrisikovorsorge (insbesondere Standardrisikokosten) stieg von minus € 277 Mio. im Jahr 2006 um € 15 Mio. bzw. 5,4 % auf minus € 292 Mio. im Jahr 2007 an und wuchs damit unterproportional im Vergleich zum Volumen der ausgereichten Kredite, die um € 6,3 Mrd. bzw. 9,6 % anstiegen. Im Vergleich der Jahre 2006 und 2005 ergab sich ein Anstieg der Kreditrisikovorsorge im Retail Banking um € 129 Mio. bzw. 87,2 % infolge der starken Ausweitung des Kreditvolumens, insbesondere im Bereich der privaten Baufinanzierungen, aufgrund der Akquisition des BHW. Dabei wuchs die Risikovorsorge ebenfalls unterproportional im Vergleich zum Anstieg des Kreditvolumens (108,4 %).

Der Provisionsüberschuss im Retail Banking stammt im Wesentlichen aus drei Quellen, dem Kundengeschäft der Gesellschaft, der dem Kundengeschäft zugeordneten Tochtergesellschaft Postbank Filialvertrieb sowie dem Teilkonzern BHW. In 2006 entfielen 55,6 % des Provisionsüberschusses auf die Postbank Filialvertrieb (Vergütung für die Erbringung von Postdienstleistungen sowie Absatz neuer Dienstleistungen wie zum Beispiel Strom, Telekom etc.), 9,6 % auf den Teilkonzern BHW und 33,1 % auf die Gesellschaft. Der Rest des Provisionsüberschusses im Jahr 2006 stammte aus der Gesellschaft VÖB-ZVD sowie aus der PB Vermögensberatung. Innerhalb der Gesellschaft dominiert das Girogeschäft mit ca. 76,7 % (2006) die Provisionsüberschüsse, gefolgt vom Wertpapiergeschäft mit 22,2 % (2006), während aus dem Kreditgeschäft negative Provisionsüberschüsse insbesondere aus Vermittlungsprovisionen anfallen.

Der Rückgang des Provisionsüberschusses im Vergleich der Jahre 2007 und 2006 resultierte vor allem aus dem Rückgang der Nicht-Bankdienstleistungen, wie Postdienstleistungen, im Filialgeschäft sowie leicht rückläufigen Provisionen aus der Vermittlung von Versicherungen und dem Wertpapiergeschäft bei der Gesellschaft. Der starke Anstieg des Provisionsüberschusses im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr ging

überwiegend auf den Erwerb der 850 Post-Filialen und des Teilkonzerns BHW im Jahr 2006 zurück; damit trug das Segment Retail Banking im Jahr 2006 in Höhe von 95,1 % zum Anstieg des Provisionsüberschusses auf Konzernebene bei.

Im Jahr 2006 wurde das Bewertungsergebnis aus der Fair Value Option erstmalig im Handelsergebnis ausgewiesen und führte neben weiteren Faktoren zu einem Anstieg des Handelsergebnisses im Segment Retail Banking um € 32 Mio., das im Jahr 2007 auf € 14 Mio. zurückging.

Das Finanzanlageergebnis im Segment Retail Banking in Höhe von € 25 Mio. im Jahr 2006 und € 50 Mio. im Jahr 2007 stammt jeweils aus dem Teilkonzern BHW. Konkret resultierte das Finanzanlageergebnis im Jahr 2006 aus dem Spezialfonds der Lebensversicherungen des BHW, dessen Wertveränderungen sich nach damaligen Bilanzierungsregeln im Finanzanlageergebnis auswirkten, im Jahr 2007 aus der Veräußerung der BHW Bank von der BHW Holding AG an die Gesellschaft (die Veräußerung der BHW Bank hatte auf Konzernebene keinen Effekt). Dadurch trug das Segment Retail Banking in diesen Jahren in großem Umfang zum Finanzanlageergebnis auf Konzernebene bei.

Der Verwaltungsaufwand stieg von minus € 1.335 Mio. um € 843 Mio. bzw. 63,1 % auf minus € 2.178 Mio. im Jahr 2006 und um € 32 Mio. bzw. 1,5 % auf minus € 2.210 Mio. im Jahr 2007. Der signifikante Anstieg im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 war durch den Erwerb des BHW und der Postbank Filialvertrieb bedingt, wobei ein Großteil der integrationsbezogenen Belastungen im Zusammenhang mit der BHW-Akquisition im Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen erfasst wurde, der hierdurch mit minus € 78 Mio. deutlich negativ war. Im Jahr 2007 wirkten sich die Integrationskosten für das BHW und die erworbenen Filialen weiter im Verwaltungsaufwand aus.

Firmenkunden

Im Segment Firmenkunden stieg der Zinsüberschuss von € 238 Mio. im Jahr 2005 um € 22 Mio. bzw. 9,2 % auf € 260 Mio. im Jahr 2006 und um € 32 Mio. bzw. 12,3 % auf € 292 Mio. im Jahr 2007. Der Anstieg des Zinsüberschusses in den Jahren 2006 und 2007 stammte aus der Tochtergesellschaft PB Capital Corporation und der Postbank London Branch sowie in der Gesellschaft hauptsächlich aus einer Ausweitung der Volumina in der gewerblichen Immobilienfinanzierung.

Im Vergleich der Jahre 2006 und 2007 ging die Kreditrisikovorsorge (insbesondere Standard-Risikokosten) im Firmenkundengeschäft um € 10 Mio. bzw. 26,3 % zurück, obwohl sich das Kreditvolumen um € 4,0 Mrd. auf € 17,6 Mrd. erhöhte. Trotz eines moderaten Anstiegs des Volumens der Unternehmenskredite und gewerblichen Immobilienfinanzierungen von € 12,6 Mrd. in 2005 auf € 13,6 Mrd. in 2006 blieb die Kreditrisikovorsorge im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 nahezu unverändert.

In den Jahren 2005, 2006 und 2007 sank der Provisionsüberschuss leicht von € 108 Mio. auf € 105 Mio. und € 104 Mio. Dies lag insbesondere an leicht rückläufigen Transaktionen im Zahlungsverkehr mit großen Firmenkunden.

Während der Verwaltungsaufwand im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 um € 6 Mio. bzw. 3,6 % anstieg, fiel er im Vergleich der Jahre 2006 und 2007 um € 8 Mio. bzw. 4,7 %. Dabei profitierte das Segment Firmenkunden von Effizienzsteigerungen in den Cost-Centern.

Transaction Banking

In den Jahren 2005 und 2006 blieb der Zinsüberschuss mit jeweils € 5 Mio. und im Jahr 2007 mit € 4 Mio. jeweils nahezu unverändert und reflektierte jeweils die kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung.

Von € 278 Mio. im Jahr 2005 fiel der Provisionsüberschuss um € 15 Mio. bzw. 5,4 % auf € 263 Mio. im Jahr 2006 aufgrund der rückläufigen beleghaften Transaktionen. Im Vergleich der Jahre 2006 und 2007 stieg der Provisionsüberschuss um € 87 Mio. bzw. 33,1 % auf € 350 Mio. insbesondere durch die Anfang 2007 übernommene Abwicklung des Zahlungsverkehrs für die HypoVereinsbank. Außerdem stellte die Postbank die interne Verrechnung von Leistungen im Bereich des Transaction Banking auf Marktpreise um. Diese Umstellung trug ebenfalls zu einem Anstieg des Provisionsüberschusses bei.

Der Verwaltungsaufwand sank im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 von minus € 263 Mio. um € 18 Mio. bzw. 6,8 % auf minus € 245 Mio. Vor allem bedingt durch die erstmalige Einbeziehung des Zahlungsverkehrsgeschäfts der HypoVereinsbank in den Konzernabschluss 2007 und die mit dem Erwerb und der Integration von deren Zahlungsverkehrsgesellschaft verbundenen Kosten stieg der Verwaltungsaufwand um € 86 Mio. bzw. 35,1 % gegenüber dem Jahr 2006.

Financial Markets

Im Segment Financial Markets stieg der Zinsüberschuss von € 83 Mio. im Jahr 2005 um € 9 Mio. bzw. 10,8 % auf € 92 Mio. im Jahr 2006 und um € 22 Mio. bzw. 23,9 % auf € 114 Mio. im Jahr 2007. Der Zinsüberschuss im Segment Financial Markets stammt hauptsächlich aus der Gesellschaft (kalkulatorischer Beitrag für die Erbringung der Treasury-Aktivitäten) sowie den Financial Marktes zugeordneten Töchtern, insbesondere ihrer Luxemburger Tochtergesellschaft Deutsche Postbank International S.A. (PBI), wobei nur die aus dem Geschäft mit Privatkunden (Angebot verschiedener Anlageprodukte auf dem Geld- und Kapitalmarkt) resultierenden Konditionsbeiträge dem Segment Financial Markets zugewiesen werden. Der Anstieg des Zinsüberschusses im Jahr 2007 resultierte vor allem aus steigenden Erträgen der PBI. Im Jahr 2006 resultierte der Anstieg ebenfalls nahezu ausschließlich aus Ertragssteigerungen der PBI.

Im Segment Financial Markets stieg die Kreditrisikovorsorge von einer Nettoertragsposition in Höhe von € 2 Mio. im Jahr 2005 auf einen Nettoaufwand in Höhe von € 3 Mio. im Jahr 2006. Im Jahr 2007 ergab sich wiederum ein Nettoertrag in Höhe von € 4 Mio.

Während der Provisionsüberschuss im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 mit € 62 Mio. bzw. € 63 Mio. nahezu konstant blieb, stieg er im Vergleich der Jahre 2006 und 2007 um € 20 Mio. bzw. 31,7 % an. Dazu trug maßgeblich das starke Wertpapierkommissionsgeschäft bei.

Das Handelsergebnis im Segment Financial Markets sank von € 55 Mio. im Jahr 2005 um € 9 Mio. bzw. 16,4 % auf € 46 Mio. im Jahr 2006, bevor es um € 26 Mio. bzw. 56,5 % auf € 72 Mio. im Jahr 2007 stieg. Der Anstieg in 2007 beruhte auf der erfolgreichen Ausnutzung volatiler Märkte für die Ergebniserzielung.

Im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 konnte der Verwaltungsaufwand leicht um 2,5 % gesenkt werden; im Vergleich der Jahre 2006 und 2007 stieg der Verwaltungsaufwand um 6,4 %. Der Kostenanstieg in 2007 resultierte maßgeblich aus der Geschäftsausweitung der PBI.

Übrige

Der negative Zinsüberschuss im Segment Übrige betrug im Jahr 2007 minus € 562 Mio., im Jahr 2006 minus € 542 Mio. und im Jahr 2005 minus € 333 Mio. Zu dem Anstieg des negativen Zinsüberschusses von 2005 auf 2006 trugen maßgeblich die Refinanzierungskosten für den Kauf des BHW und der Postbank Filialvertrieb mit den 850 Filialen des Deutsche Post-Konzerns bei.

Im Segment Übrige ergaben sich bei der Kreditrisikovorsorge nur geringfügige Veränderungen von minus € 20 Mio. im Jahr 2005 auf minus € 19 Mio. im Jahr 2006 und minus € 22 Mio. im Jahr 2007. Die Kreditrisikovorsorge im Segment Übrige reflektiert in Teilen die Differenz zwischen den für die Segmente Retail Banking und Firmenkunden festgelegten Standardrisikokosten und weiteren auf Basis von Experten-schätzungen verrechneten Risikokosten sowie der für das Gesamtjahr tatsächlich notwendigen Kreditrisikovorsorge. Abweichungen zwischen verrechneten Kosten und den Istrisikokosten ergaben sich in 2007 insbesondere im Segment Firmenkunden.

Der Provisionsüberschuss ist im Segment Übrige insbesondere wegen der Konsolidierung der internen Provisionszahlungen des Segments Transaction Banking strukturell negativ. Im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 stieg der Provisionsüberschuss um € 52 Mio. bzw. 38,0 % auf minus € 85 Mio. Dies lag u.a. an der Umgliederung des Provisionsüberschusses aus dem Electronic Cash-Geschäft aus den sonstigen Erträgen und an der Überleitung der im Segment Retail Banking als Einmaleffekt ausgewiesenen erhöhten Provisionsaufwendungen aus der Vermittlung von DSL-Baufinanzierungen durch Ausweis eines entsprechenden Provisionsertrags, der im Verwaltungsaufwand abgegrenzt wird. Im Jahr 2007 lag der Provisionsüberschuss mit minus € 96 Mio. um € 11 Mio. unter dem Vorjahreswert, was im Wesentlichen auf die höhere

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Konsolidierungsposition aufgrund der geänderten internen Verrechnungssystematik im Segment Transaction Banking zurückzuführen ist.

Das Handelsergebnis im Segment Übrige stieg von € 149 Mio. im Jahr 2005 auf € 181 Mio. im Jahr 2006 und € 213 Mio. im Jahr 2007. Im Vergleich der Jahre 2006 und 2007 wurden dabei die Belastungen aus der Bewertungsveränderung von eingebetteten Derivaten in strukturierten Kreditprodukten durch sehr hohe Handelsergebnisse des Bankbuchs überkompensiert.

Das im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 auf € 260 Mio. gestiegene Finanzanlageergebnis enthält Erträge aus dem Verkauf der nicht strategischen Beteiligungen in Höhe von € 84 Mio. Im Vergleich der Jahre 2006 und 2007 ging das Finanzanlageergebnis um 4,6 % auf € 248 Mio. zurück. Dabei wurden die in dieser Position gebuchten Gewinne aus der Veräußerung der Versicherungsbeteiligungen durch die Impairments auf die von der Subprime-Krise betroffenen Finanzanlagen zum Teil aufgezehrt.

Der Verwaltungsaufwand im Segment Übrige stieg von minus € 43 Mio. im Jahr 2005 um € 97 Mio. bzw. 225,6 % auf minus € 140 Mio. im Jahr 2006. Dies war unter anderem begründet durch hohe Werbeaufwendungen für den FIFA-World-Cup, die als allgemeine imagebildende Maßnahmen nicht dem Segment Retail Banking zugewiesen wurden, sowie Sonderprojekte. Im Vergleich der Jahre 2006 und 2007 verbesserte sich der Verwaltungsaufwand dagegen um € 71 Mio. bzw. 50,7 % auf minus € 69 Mio., bedingt unter anderem durch die bereits erwähnte Änderung der internen Verrechnungssystematik im Segment Transaction Banking. Dagegen verschlechterte sich der Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendung von € 38 Mio. im Jahr 2006 um € 107 Mio. auf minus € 69 Mio., was unter anderem durch Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Vorsorge für das Beteiligungsportfolio bedingt war.

Ertragslage der Postbank in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 und 2008

Die nachfolgende Tabelle zeigt ausgewählte Posten der Gewinn- und Verlustrechnung der Postbank:

	9 Monate zum 30. September 2007 2008 (ungeprüft) (in Mio. €)	
Zinserträge	6.169	7.302
Zinsaufwendungen	-4.531	-5.545
Zinsüberschuss	1.638	1.757
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-268	-304
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.370	1.453
Provisionserträge	1.239	1.258
Provisionsaufwendungen	-186	-187
Provisionsüberschuss	1.053	1.071
Handelsergebnis	264	8
Ergebnis aus Finanzanlagen	292	-549
Verwaltungsaufwand	-2.128	-2.101
Sonstige Erträge	89	125
Sonstige Aufwendungen	-134	-119
Ergebnis vor Steuern	806	-112
Ertragsteuern	-104	-1
Ergebnis nach Steuern	702	-113
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1
Konzernverlust/-gewinn	701	-114

In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 ging das Ergebnis vor Steuern der Postbank gegenüber € 806 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres um € 918 Mio. oder 113,9 % auf minus € 112 Mio. zurück. Dieser Rückgang ist primär erstens auf den Rückgang des Finanzanlageergebnisses der Postbank in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um € 841 Mio. oder 288,0 % auf minus € 549 Mio. gegenüber

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

€ 292 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres und zweitens auf den Rückgang des Handelsergebnisses um € 256 Mio. oder 97,0 % auf € 8 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 gegenüber € 264 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 zurückzuführen. Der Rückgang des Finanzanlage- und Handelsergebnisses von insgesamt € 1.097 Mio. sowie der Anstieg der Risikovorsorge um € 36 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 überstiegen bei weitem die positiven Effekte auf das Ergebnis vor Steuern aus dem Anstieg des Zinsüberschusses (plus € 119 Mio.) und des Provisionsüberschusses (plus € 18 Mio.) sowie dem Rückgang der Verwaltungsaufwendungen (minus € 27 Mio.) gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Zinsüberschuss

Die nachstehende Tabelle zeigt eine Übersicht über die einzelnen Komponenten des Zinsüberschusses:

	9 Monate zum 30. September	
	2007	2008
	(ungeprüft)	
	(in Mio. €, außer Gesamtzinsmarge)	
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.994	4.614
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.782	2.460
Handelsgeschäften	306	186
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	-6	-11
	<u>6.076</u>	<u>7.249</u>
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	92	44
Beteiligungen	1	9
	<u>93</u>	<u>53</u>
	<u>6.169</u>	<u>7.302</u>
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	3.465	4.662
Verbrieften Verbindlichkeiten	472	443
Nachrangkapital	204	234
Swaps	91	21
Handelsgeschäften	299	185
	<u>4.531</u>	<u>5.545</u>
Gesamt	<u>1.638</u>	<u>1.757</u>
Gesamtzinsmarge %	0,85	0,79

Die Gesamtzinsmarge (die Differenz zwischen dem Zinsertrag der verzinslichen Vermögenswerte und dem Zinsaufwand der verzinslichen Verbindlichkeiten) bezogen auf die durchschnittliche Bilanzsumme betrug in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 0,79 % im Vergleich zu 0,85 % in den ersten neun Monaten des Jahres 2007.

Verglichen mit der Vorjahresperiode stieg der Zinsüberschuss in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um € 119 Mio. oder 7,3 % auf € 1.757 Mio. Diese Entwicklung reflektiert einen Anstieg der Zinserträge um € 1.173 Mio., einen Rückgang der laufenden Erträge um € 40 Mio. und einen Anstieg der Zinsaufwendungen um € 1.014 Mio. Der Anstieg der Zinserträge beruht vor allem auf einer Ausweitung der Kreditvolumina in den Segmenten Retail Banking und Firmenkunden sowie, bedingt durch einen Anstieg der kurzfristigen Renditen, auf einem Anstieg der Zinserträge aus Mikroswap-Positionen. Im Rückgang der laufenden Erträge zeigt sich der Abbau der Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren im Betrachtungszeitraum. Der Anstieg der Zinsaufwendungen in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 ist einerseits auf eine Volumenausweitung bei den Spareinlagen, andererseits auf eine zum Zwecke der Stärkung und des Ausbaus der Wettbewerbsposition der Postbank vorgenommene planmäßige Anhebung

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

der Durchschnittsverzinsung der Spareinlagen zurückzuführen. Der im Vergleich zu den Zinserträgen unterproportionale Anstieg der Zinsaufwendungen in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 beruhte vor allem auch darauf, dass die Postbank bei ihrer Refinanzierung in weitem Umfang auf Spareinlagen und Pfandbriefemissionen zurückgreifen kann. Daher war die Postbank von dem durch die Finanzmarktkrise ausgelösten starken Anstieg der Kapitalmarktzinsen für unbesicherte Verbindlichkeiten in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 nur verhältnismäßig wenig betroffen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die folgende Tabelle zeigt eine Aufgliederung der Kreditrisikovorsorge nach Zuführungen zu Wertberichtigungen, Auflösungen von Wertberichtigungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen:

	9 Monate zum 30. September 2007 2008 (ungeprüft) (in Mio. €)	
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	317	319
Portfoliowertberichtigungen	17	36
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	21	20
Direkte Forderungsabschreibung	18	23
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	95	73
Portfoliowertberichtigungen	1	5
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	1	3
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	8	13
Gesamt	<u>268</u>	<u>304</u>

In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 lag die Risikovorsorge mit € 304 Mio. um € 36 Mio. oder 13,4 % über dem Wert der Vergleichsperiode des Vorjahres in Höhe von € 268 Mio. Der prozentuale Anstieg der Risikovorsorge war damit etwas überproportional im Vergleich zum Anstieg des Bestands der Kundenkredite von € 89.622 Mio. zum 31. Dezember 2007 um € 10.563 Mio. bzw. 11,8 % auf € 100.185 Mio. zum 30. September 2008. Der Anstieg der Risikovorsorge war primär durch Zuführungen zur Risikovorsorge und Forderungsabschreibungen in Bezug auf Forderungen der Postbank gegen Unternehmen der Lehman Brothers (€ 47 Mio.) sowie Forderungen gegenüber isländischen Banken (€ 10 Mio.) begründet. Diese die Risikovorsorge belastenden Effekte wurden teilweise durch die Risikovorsorge entlastende Effekte im Retail Banking kompensiert. Diese die Risikovorsorge entlastenden Effekte spiegeln das konservative Risikoprofil im Kundenkreditgeschäft der Postbank sowie das im Jahr 2008 trotz der Finanzmarktkrise und der Eintrübung der Konjunktur noch stabile realwirtschaftliche Umfeld in Deutschland, dem Hauptmarkt der Postbank, wider.

In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 wurden für Kredite mit einem Gesamtvolumen von € 1.802 Mio. Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 30. September 2008 auf € 128 Mio., verglichen mit € 124 Mio. zum 31. Dezember 2007. Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingingen, belief sich zum 30. September 2008 auf € 856 Mio. und zum 31. Dezember 2007 auf € 918 Mio. Der Bestand der bilanziellen Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich zum 30. September 2008 auf € 1.313 Mio. gegenüber € 1.154 Mio. zum 31. Dezember 2007. Die Einzelwertberichtigungen betrafen in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 primär Kredite aus den Bereichen gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Kontokorrent- und Ratenkredite sowie Wohnungsbaudarlehen.

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Provisionsüberschuss

Die nachstehende Tabelle zeigt eine Übersicht über die einzelnen Komponenten des Provisionsüberschusses:

	9 Monate zum 30. September 2007 ⁽¹⁾ 2008 (ungeprüft) (in Mio. €)	
Provisionsüberschuss		
Girogeschäft	269	269
Wertpapiergeschäft	103	123
Kredit- und Avalgeschäft	81	91
Filialgeschäft	380	351
Sonstiges Provisionsgeschäft	220	237
Gesamt	<u>1.053</u>	<u>1.071</u>

(1) Zahlen für das Jahr 2007 angepasst, als seien bereits im Jahr 2007 die Provisionsaufwendungen und Provisionserträge der Postbank Finanzberatung sachgerecht den einzelnen Bestandteilen des Provisionsüberschusses statt pauschal dem sonstigen Provisionsgeschäft zugeordnet worden.

Der Provisionsüberschuss der Postbank stieg in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 sehr moderat von € 1.053 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres um € 18 Mio. bzw. 1,7 % auf € 1.071 Mio. Diesem Anstieg lag ein Anstieg des Provisionsüberschusses aus dem Wertpapiergeschäft um € 20 Mio., dem Kredit- und Avalgeschäft von € 10 Mio. und dem Sonstigen Provisionsgeschäft von € 17 Mio. zugrunde, der den Rückgang des Provisionsüberschusses aus dem Filialgeschäft um € 18 Mio. überkompensierte. Der Provisionsüberschuss aus dem Girogeschäft blieb unverändert. Der Anstieg des Provisionsüberschusses aus dem Sonstigen Provisionsgeschäft betraf unter anderem Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Dritte. Der Anstieg des Provisionsüberschusses aus dem Wertpapiergeschäft beruhte vor allem auf Erträgen aus Wertpapierleihegeschäften. Der Rückgang des Provisionsüberschusses aus dem Filialgeschäft war primär auf den erwartungsgemäß weiter rückläufigen Vertrieb von Postprodukten und sonstigen Nicht-Bankprodukten und -dienstleistungen über die Filialen der Postbank zurückzuführen.

Handelsergebnis

Die nachstehende Tabelle zeigt eine Übersicht über die einzelnen Komponenten des Handelsergebnisses:

	9 Monate zum 30. September 2007 2008 (ungeprüft) (in Mio. €)	
Ergebnis aus Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	56	25
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	-35
Aktien	2	-1
Darlehen (Held for Trading)	-5	—
	-3	-36
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	3.772	3.393
Aufwand aus Derivaten	-3.556	-3.382
	216	11
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	-160	-30

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

	9 Monate zum 30. September	
	2007 (ungeprüft)	2008 (in Mio. €)
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	165	31
	4	1
Devisenergebnis	-7	10
Provisionsergebnis Handelsbestand	-3	-3
Gesamt	264	8

In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 ging das Handelsergebnis der Postbank gegenüber € 264 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres um € 256 Mio. oder 97,0 % auf € 8 Mio. zurück. Dieser Rückgang ist zu einem ganz überwiegenden Teil auf den Rückgang des Ergebnisses aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs um € 205 Mio. oder 95 % zurückzuführen. Belastend auf das Ergebnis aus Derivaten des Bankbuchs wirkten vor allem die Bewertungsverluste aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten (minus € 367 Mio.), strukturierten Schuldscheinanleihen mit Kapitalgarantie (sog. „CPPI-Strukturen“; minus € 27 Mio.) und sonstigen Schuldscheinanleihen (minus € 31 Mio.). Die Bewertungsverluste aus eingebetteten Derivaten des Bankbuchs, die unmittelbar mit der Ausweitung der Credit-Spreads und der gestiegenen Adressenausfallrisiken infolge der Finanzmarktkrise im Zusammenhang standen, stiegen wegen der sich zuspitzenden Finanzmarktkrise allein im dritten Quartal um € 201 Mio. Die Bewertungsverluste aus eingebetteten Derivaten des Bankbuchs in Höhe von insgesamt € 425 Mio. wurden durch Gewinne aus Makroswap-Positionen, die zum Hedging und zur Steuerung des Bankbuchs der Postbank im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements eingesetzt werden, kompensiert.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Die nachstehende Tabelle zeigt eine Übersicht über die einzelnen Komponenten des Ergebnisses aus Finanzanlagen:

	9 Monate zum 30. September	
	2007 (ungeprüft)	2008 (in Mio. €)
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	-50	-459
davon Verkaufsergebnis	1	6
Verkaufsgewinne	9	24
Verkaufsverluste	8	18
davon Wertminderungsergebnis	-51	-465
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	-50	-119
davon Verkaufsergebnis	-39	-34
Verkaufsgewinne	289	154
Verkaufsverluste	328	188
davon Wertminderungsergebnis	-11	-85
Ergebnis aus Forderungen an Kreditinstitute (saldiert)	1	—
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	1	—
Ergebnis aus Forderungen an Kunden (saldiert)	—	29
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	—	29
Ergebnis aus dem Verkauf von Fair Value Hedges	—	—
Ergebnis aus Beteiligungen	391	—
Gesamt	292	-549

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die nachstehende Tabelle zeigt das Ergebnis aus Finanzanlagen gegliedert nach dem Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen, dem Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, dem Ergebnis aus Beteiligungen und dem Wertminderungsergebnis (Impairment):

	9 Monate zum	
	30. September 2007	2008 (ungeprüft)
	(in Mio. €)	
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	-158	33
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Beteiligungen	121	-32
Ergebnis aus Beteiligungen	391	—
Wertminderungsergebnis (Impairment)	-62	-550
Gesamt	<u>292</u>	<u>-549</u>

In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 betrug das Finanzanlageergebnis minus € 549 Mio. gegenüber € 292 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Dies entspricht einem Rückgang um € 841 Mio. oder 288,0 %. Der Rückgang des Finanzanlageergebnisses war vor allem durch folgende Faktoren geprägt: Zum einen enthielt das Finanzanlageergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres einen Einmaleffekt in Höhe von € 391 Mio. entsprechend dem Gewinn aus der Veräußerung des Versicherungsgeschäfts der Postbank an die Talanx AG. Zum anderen führten die starken Kursrückgänge an den Aktienmärkten zu Veräußerungsverlusten aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Beteiligungen in Höhe von € 32 Mio. nach Veräußerungsgewinnen in Höhe von € 121 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Am stärksten wurde das Finanzanlageergebnis durch das Wertminderungsergebnis in Höhe von minus € 550 Mio. belastet, das Finanzinstrumente der Kategorien Available for Sale (AfS) und Loans and Receivables (LaR) betraf. Das Wertminderungsergebnis enthielt in Höhe von € 137 Mio. dauerhafte Wertminderungen von strukturierten Kreditprodukten (teils der Kategorie Available for Sale (AfS), teils der Kategorie Loans and Receivables (LaR)) des SCP-Portfolios der Postbank (siehe „— Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren — Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Postbank“). Daneben führte der starke Kursrückgang an den Aktienmärkten auch zu Bewertungsverlusten bei Aktien und Anteilen an Investmentfonds in Höhe von € 75 Mio. Zudem enthielt das Wertminderungsergebnis auch Wertberichtigungen auf das Engagement der Postbank bei Gesellschaften der Lehman Brothers in Höhe von minus € 317 Mio. Die Ermittlung des Wertminderungsergebnisses aus dem Exposure der Postbank gegen Unternehmen der Lehman Brothers beruhte auf der Annahme einer gewichteten durchschnittlichen Einbringlichkeit (*Recovery Rate*) des Exposure von rund 32 %. Diesen negativen Ergebnisbeiträgen des Finanzanlageergebnisses standen Veräußerungsgewinne aus der Veräußerung von Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen in Höhe von € 33 Mio. gegenüber, was einer Verbesserung gegenüber dem negativen Ergebnis aus der Veräußerung von Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen in der Vergleichsperiode des Vorjahres von minus € 158 Mio. um € 191 Mio. oder 120,9 % entspricht.

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Verwaltungsaufwand

Die nachstehende Tabelle zeigt eine Übersicht über die einzelnen Komponenten des Verwaltungsaufwands:

	9 Monate zum 30. September 2007 2008 (ungeprüft) (in Mio. €)	
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	796	796
Soziale Abgaben	80	80
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	165	161
	<u>1.040</u>	<u>1.037</u>
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.028	1.012
Abschreibungen auf Sachanlagen	60	52
Gesamt	<u>2.128</u>	<u>2.101</u>

Der Verwaltungsaufwand lag in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 mit € 2.101 Mio. um € 27 Mio. oder 1,2 % geringfügig niedriger als der Vergleichswert von € 2.128 Mio. in der Vorjahresperiode. Dieser leichte Rückgang war unter anderem bedingt durch den Abschluss der Integration des BHW Teilkonzerns und durch den damit verbundenen Wegfall von Integrationskosten einerseits und die Möglichkeit der Nutzung von Kostensynergien andererseits. Insbesondere in den ersten beiden Quartalen konnten gegenüber dem Vorjahr Kosteneffizienzen realisiert werden. Im dritten Quartal berücksichtigen die Personalkosten auch Leistungszusagen der Postbank gegenüber den Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten, die im Rahmen eines im ersten Halbjahr 2008 aufgelegten Programms gewährt wurden, das insbesondere zur Bindung im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG diente. Die Höhe der Zusage beträgt bei den Vorständen ein vertraglich vereinbartes Jahreszielgehalt (Fixgehalt plus erfolgsabhängige Vergütung). Auch unter Berücksichtigung dieser Leistungszusagen blieben die Personalkosten auch im dritten Quartal stabil.

Sonstiges Ergebnis

Die nachstehende Tabelle zeigt eine Übersicht über die einzelnen Komponenten der sonstigen Erträge und Aufwendungen:

	9 Monate zum 30. September 2007 2008 (ungeprüft) (in Mio. €)	
Sonstige Erträge		
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	15	27
Übrige	74	98
Gesamt	<u>89</u>	<u>125</u>
Sonstige Aufwendungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	56	55
Übrige	78	64
Gesamt	<u>134</u>	<u>119</u>

Das sonstige Ergebnis (Saldo der sonstigen Erträge und sonstigen Aufwendungen) betrug in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 € 6 Mio. gegenüber minus € 45 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Zu der Verbesserung des sonstigen Ergebnisses trugen vor allem die höheren Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen und niedrigere übrige Aufwendungen bei.

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ergebnis vor Steuern

	9 Monate zum 30. September 2007 2008 (ungeprüft) (in Mio. €)	
Ergebnis vor Steuern Segmente		
Retail Banking	684	722
Firmenkunden	143	-85
Transaction Banking	26	34
Financial Markets	133	49
Übrige	<u>-180</u>	<u>-832</u>
Gesamt	<u><u>806</u></u>	<u><u>-112</u></u>

Ertragsteuern

	9 Monate zum 30. September 2007 2008 (ungeprüft) (in Mio. €)	
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	8	21
Gewerbeertragsteuer	<u>10</u>	<u>20</u>
	18	41
Ertragsteuern Vorjahr	-4	71
Tatsächliche Ertragsteuern	14	112
Aufwand aus latenten Ertragsteuern		
temporäre Differenzen	95	-142
steuerliche Verlustvorträge	<u>-3</u>	<u>31</u>
	<u>92</u>	<u>-111</u>
Gesamt	<u><u>104</u></u>	<u><u>1</u></u>

In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 fielen trotz des negativen Ergebnisses in Höhe von € 112 Mio. Ertragsteuern in Höhe von € 1 Mio. an, da insbesondere die Verluste aus Wertminderungen (Impairments) auf Aktien nicht steuermindernd angesetzt werden dürfen.

Entwicklung der Ertragslage auf Segmentebene in den ersten neun Monaten 2007 und 2008

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zuordnung ausgewählter Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz der Postbank zu den Segmenten:

	Retail Banking		Firmenkunden		Transaction Banking		Financial Markets		Übrige		Konzern	
	9 Monate zum 30. Sept. 2007	zum 30. Sept. 2008	9 Monate zum 30. Sept. 2007	zum 30. Sept. 2008	9 Monate zum 30. Sept. 2007	zum 30. Sept. 2008	9 Monate zum 30. Sept. 2007	zum 30. Sept. 2008	9 Monate zum 30. Sept. 2007	zum 30. Sept. 2008	9 Monate zum 30. Sept. 2007	zum 30. Sept. 2008
Zinsüberschuss	1.787	1.723	213	275	2	3	72	103	-436	-347	1.638	1.757
Handelsergebnis	8	13	-3	-49	0	0	51	57	208	-13	264	8
Finanzanlageergebnis	30	-1	5	-239	0	0	5	-79	252	-230	292	-549
Bilanzbezogene Erträge	1.825	1.735	215	-13	2	3	128	81	24	-590	2.194	1.216
Provisionsüberschuss	730	775	78	77	267	260	59	46	-81	-87	1.053	1.071
Gesamt-Erträge	2.555	2.510	293	64	269	263	187	127	-57	-677	3.247	2.287
Verwaltungsaufwand	-1.639	-1.607	-132	-128	-247	-240	-61	-66	-49	-60	-2.128	-2.101
Risikovororge	-218	-204	-17	-23	0	0	7	-11	-40	-66	-268	-304
Sonstige Erträge / Aufwendungen	-14	23	-1	2	4	11	0	-1	-34	-29	-45	6
Ergebnis vor Steuern	684	722	143	-85	26	34	133	49	-180	-832	806	-112
Cost Income Ratio (CIR) ⁽¹⁾	64,1%	64,0%	45,1%	200,0%	91,8%	91,3%	32,6%	52,0%	—	—	65,5%	91,9%
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE) ⁽²⁾	31,4%	42,0%	52,4%	-28,5%	—	—	38,1%	9,9%	-17,1%	-83,6%	20,9%	-3,2%
	zum 31. Dez. 2007	zum 30. Sept. 2008										
Segmentvermögen	79.107	83.998	21.032	26.872	93	131	22.521	22.946	72.500	77.078	195.253	211.025
Segmentverbindlichkeiten	94.563	98.742	18.469	20.702	1	—	12.569	15.731	61.392	69.409	186.994	204.584

(1) Verwaltungsaufwand dividiert durch Gesamterträge (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen).

(2) Ergebnis vor Steuern (jeweils auf das Jahr hochgerechnet) dividiert durch durchschnittliches Eigenkapital.

Retail Banking

In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 betrug der Zinsüberschuss 99,3 % der bilanzbezogenen Erträge des Segments Retail Banking gegenüber 97,9 % in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der Zinsüberschuss war damit wegen des starken Rückgangs des Finanzanlageergebnisses noch stärker als bisher die dominierende Ertragskomponente im Segment Retail Banking. Der Zinsüberschuss im Segment Retail Banking ging im Vergleich zur Vorjahresperiode um € 64 Mio. oder 3,6 % auf € 1.723 Mio. zurück. Dieser Rückgang betraf zum einen das Kundengeschäft der Gesellschaft, in dem trotz steigender Volumina margenbedingt die Konditionsbeiträge im Spargeschäft rückläufig waren, da die Postbank im Zusammenhang mit der Festigung und dem Ausbau ihrer Wettbewerbsposition die Zinsen auf Spareinlagen erhöhte („volumenbasierte Sparstrategie“). Zum anderen war der Zinsüberschuss im dritten Quartal 2008 durch einen negativen Effekt aus der Aufzinsung der Bausparrückstellungen belastet.

Im Hinblick auf die bisher noch solide Wirtschaftslage in Deutschland ging die Risikovorsorge (insbesondere Standardrisikokosten) im Segment Retail Banking in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um € 14 Mio. oder 6,4 % auf € 204 Mio. zurück.

Der Anstieg des Provisionsüberschusses im Segment Retail Banking um € 45 Mio. oder 6,2 % auf € 775 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 war vor allem auf gestiegene Erträge aus dem Absatz von Finanzdienstleistungen, wie Versicherungen und Ratenkredite, zurückzuführen. Dieser Anstieg konnte die erwartungsgemäß um € 29 Mio. rückläufigen Einnahmen aus dem Absatz von Nicht-Bankdienstleistungen, wie Postdienstleistungen und Drittprodukte, in den Filialen deutlich überkompensieren.

Das Handelsergebnis des Segments, welches ausschließlich bei der dem Segment zugeordneten BHW Bausparkasse entstand, lag in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 bei € 13 Mio. nach € 8 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Im Wesentlichen wird das Handelsergebnis in der Bausparkasse über die Fair Value Option, über als Held for Trading (HfT) qualifizierte Darlehen und über freie Darlehen erzielt.

Das Finanzanlageergebnis im Segment Retail Banking, das in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 Einmaleffekte aus der Veräußerung der BHW Bank reflektierte, belief sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 auf minus € 1 Mio.

Der Verwaltungsaufwand im Segment Retail Banking ging gegenüber den ersten neun Monaten des Jahres 2007 um € 32 Mio. oder 2,0 % auf € 1.607 Mio. zurück. Dieser Rückgang ist vor allem auf die positiven Effekte aus der abgeschlossenen Integration des BHW Teilkonzerns und der Filialen zurückzuführen.

Der Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen verbesserte sich um € 37 Mio. auf € 23 Mio. Die Steigerung stammt zum größeren Teil aus dem BHW Teilkonzern (u.a. positive Effekte einer Restrukturierung) und zu einem geringeren Anteil aus dem Filialvertrieb.

Firmenkunden

Im Segment Firmenkunden stieg der Zinsüberschuss in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um € 62 Mio. oder 29,1 % auf € 275 Mio. gegenüber € 213 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der Anstieg im Kreditgeschäft war vor allem auf Volumenausweitungen in den nationalen und internationalen gewerblichen Finanzierungen zurückzuführen. Über alle Kreditarten der Gesellschaft und der PBI war ein Volumenanstieg von € 4,7 Mrd. und ein Anstieg des Zinsüberschusses von € 31 Mio. auf € 86 Mio. zu verzeichnen. Der Zinsüberschuss der PB Capital und der Niederlassung London nahm um € 25 Mio. auf € 113 Mio. zu. Die Kreditrisikovorsorge stieg proportional zum Zinsüberschuss um € 6 Mio. oder 35,3 % auf € 23 Mio. gegenüber € 17 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Der Provisionsüberschuss im Segment Firmenkunden blieb in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 mit € 77 Mio. nahezu unverändert gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres (€ 78 Mio.).

Das Handelsergebnis im Segment Firmenkunden ging in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um € 46 Mio. auf minus € 49 Mio. gegenüber minus € 3 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 zurück. Der Großteil des Handelsergebnisses wird durch die PB Capital erzielt, bei der sich negative Effekte

aus der Finanzmarktkrise, insbesondere Bewertungsverluste aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten, im Handelsergebnis niederschlugen.

Das Finanzanlageergebnis im Segment Firmenkunden ging in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um € 244 Mio. auf minus € 239 Mio. zurück gegenüber € 5 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2007. Das Finanzanlageergebnis des Segments wird vollständig durch die PB Capital erzielt. Auch im Finanzanlageergebnis schlugen sich negative Effekte aus der Finanzmarktkrise deutlich negativ nieder. Dabei entstammten minus € 187 Mio. aus der Insolvenz von Unternehmen der Lehman Brothers und weitere minus € 52 Mio. aus dem SCP-Portfolio der PB Capital.

Der Verwaltungsaufwand im Segment Firmenkunden ging in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 ganz geringfügig um € 4 Mio. oder 3,0 % auf € 128 Mio. zurück gegenüber € 132 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2007.

Transaction Banking

Der Provisionsüberschuss im Segment Transaction Banking ging in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 geringfügig um € 7 Mio. oder 2,6 % auf € 260 Mio. zurück gegenüber € 267 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2007. Dieser Rückgang war vor allem durch den weiteren Anstieg des Anteils an papierlosen Zahlungsverkehrstransaktionen begründet. Der Verwaltungsaufwand im Segment Transaction Banking ging in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um € 7 Mio. oder 2,8 % auf € 240 Mio. zurück gegenüber € 247 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Grund für diesen Rückgang ist im Wesentlichen das strikte Kostenmanagement im Segment.

Die sonstigen Erträge und Aufwendungen im Segment verbesserten sich um € 7 Mio. oder 175,0 % auf € 11 Mio. Hauptgründe sind die Übernahme zusätzlicher Unterstützungsaufgaben im Konzern, Verschiebungen aus dem Provisionserlös sowie die Auflösung von Rückstellungen.

Financial Markets

Im Segment Financial Markets stieg der Zinsüberschuss in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um € 31 Mio. oder 43,1 % auf € 103 Mio. gegenüber € 72 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2007. Dieser Anstieg resultierte primär aus Ertragssteigerungen der PBI. Außerdem stieg der volumenabhängige, für die Abwicklung der Aufträge aus der Bankbuchsteuerung kalkulierte Dienstleistungsbeitrag gegenüber dem Vorjahr um € 7 Mio. an. Gleichzeitig erhöhte sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 die Kreditrisikovorsorge im Segment um € 18 Mio. auf minus € 11 Mio. gegenüber € 7 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2007. Der Anstieg der Kreditrisikovorsorge resultierte primär aus den Engagements der Postbank gegen Unternehmen der Lehman Brothers und Island.

Der Provisionsüberschuss betrug in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 € 46 Mio. gegenüber € 59 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Das Handelsergebnis im Segment Financial Markets stieg leicht auf € 57 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 gegenüber € 51 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der Anstieg beruhte auf der Ausnutzung volatiler Märkte zur Ergebniszielung.

Das Finanzanlageergebnis sank in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um € 84 Mio. auf minus € 79 Mio. gegenüber € 5 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Das Finanzanlageergebnis wird größtenteils durch die PBI erzielt, bei der sich negative Effekte aus der Finanzmarktkrise im Finanzanlageergebnis niederschlugen.

Der Verwaltungsaufwand im Segment Financial Markets stieg um € 5 Mio. auf € 66 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 gegenüber dem Vergleichswert der Vorjahresperiode in Höhe von € 61 Mio. Dieser Anstieg reflektiert allgemeine Kostensteigerungen in allen Feldern des Ressorts.

Übrige

Im Segment Übrige verbesserte sich der negative Zinsüberschuss in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um € 89 Mio. auf minus € 347 Mio. gegenüber minus € 436 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Das Segment Übrige enthält u.a. den Zinsüberschuss aus dem so genannten Strukturbeitrag des Kundengeschäfts (d.h. die Differenz zwischen dem tatsächlichen Zinsertrag und dem Konditionsbeitrag). Der den Anstieg des Konditionsbeitrags aus allen Segmenten übersteigende Betrag der Zinsüberschuss-Entwicklung wird demzufolge positiv im Segment Übrige ausgewiesen. Die Kreditrisikovorsorge stieg in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um € 26 Mio. auf € 66 Mio. an gegenüber € 40 Mio. in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Von den € 66 Mio. entfielen € 41 Mio. auf Zuführungen zur Risikovorsorge und Forderungsabschreibungen in Bezug auf Forderungen der Postbank gegen Unternehmen der Lehman Brothers.

Der Provisionsüberschuss lag in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 mit minus € 87 Mio. um € 6 Mio. unter dem Wert von minus € 81 Mio. für die Vergleichsperiode des Vorjahres.

Das Handelsergebnis im Segment Übrige ging gegenüber € 208 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 um € 221 Mio. auf minus € 13 Mio. zurück. Das negative Handelsergebnis betraf primär durch die Finanzmarktkrise bedingte Bewertungsverluste aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten des Bankbuchs (minus € 343 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2008), die durch Gewinne aus Makrohedge-Beziehungen nur teilweise kompensiert werden konnten.

Das Finanzanlageergebnis im Segment Übrige ging gegenüber € 252 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 um € 482 Mio. auf minus € 230 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 zurück. Dieser Rückgang reflektiert zum einen die wegfallenden Einmalerträge aus dem Verkauf des Versicherungsgeschäfts der Postbank an die Talanx AG im Jahr 2007 und zum anderen die primär durch die Finanzmarktkrise bedingten dauernden Wertminderungen (Impairments) auf Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables (LaR) (siehe „— Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren — Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Postbank“). Minus € 88 Mio. entfielen auf Wertberichtigungen auf das Engagement der Postbank bei Unternehmen der Lehman Brothers.

Der Verwaltungsaufwand im Segment Übrige stieg gegenüber € 49 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 um € 11 Mio. auf € 60 Mio. in den ersten neun Monaten des Jahres 2008. Dieser Anstieg beruhte vor allem auf erhöhten Projektkosten.

Eigenmittel und Liquidität

Eine nähere Beschreibung der Finanzierungs- und damit zusammenhängenden Risikomanagementpolitik der Postbank findet sich im Abschnitt „Risikomanagement“.

Eigenkapital und Nachrangkapital

Die folgende Tabelle zeigt das bilanzielle Eigenkapital und Nachrangkapital der Postbank zu den angegebenen Stichtagen:

	Zum 31. Dezember			Zum
	2005	2006	2007	30. September
		(geprüft)		2008
			(in Mio. €)	(ungeprüft)
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	410	410	410	410
Kapitalrücklage	1.160	1.160	1.160	1.160
Gewinnrücklagen	2.764	3.051	3.541	4.206
Währungsumrechnungsrücklage	-77	-117	-149	-152
Neubewertungsrücklage	311	6	-523	-1.894

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

	Zum 31. Dezember			Zum
	2005	2006	2007	30. September
		(geprüft)		2008
			(in Mio. €)	(ungeprüft)
Andere Rücklagen	2.998	2.940	2.869	2.160
Konzerngewinn/-verlust	492	695	870	-114
Anteile im Fremdbesitz	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>2</u>	<u>3</u>
Gesamt	<u>5.061</u>	<u>5.207</u>	<u>5.311</u>	<u>3.619</u>
Nachrangkapital				
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.020	2.822	2.778	3.011
Hybride Kapitalinstrumente	1.125	1.039	1.508	1.533
Genussrechtskapital	583	1.132	1.262	1.248
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	<u>55</u>	<u>55</u>	<u>55</u>	<u>54</u>
Gesamt	<u>3.783</u>	<u>5.048</u>	<u>5.603</u>	<u>5.846</u>
Eigenkapitalrendite in %				
vor Steuern	15,0	18,9	19,3	-3,2
nach Steuern	10,3	14,0	16,7	-3,2

Die Gewinnrücklagen stiegen vom 31. Dezember 2005 zum 31. Dezember 2006 um € 287 Mio., vom 31. Dezember 2006 zum 31. Dezember 2007 um € 490 Mio. und vom 31. Dezember 2007 zum 30. September 2008 um € 665 Mio. Die Währungsumrechnungsrücklage ging vom 31. Dezember 2005 zum 31. Dezember 2006 um € 40 Mio., vom 31. Dezember 2006 zum 31. Dezember 2007 um € 32 Mio. und vom 31. Dezember 2007 zum 30. September 2008 um € 3 Mio. zurück. Der Rückgang der Währungsumrechnungsrücklage betrifft Währungsdifferenzen aus der Umrechnung der in U.S. Dollar erstellten Jahresabschlüsse der PB Capital Corporation in Euro. Diese Währungsdifferenzen weiteten sich infolge des Rückgangs des Wertes des U.S. Dollar gegenüber dem Euro in den Jahren 2006 und 2007 signifikant aus. Aufgrund der teilweisen Wertaufholung des U.S. Dollar gegenüber dem Euro in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 haben sich die Währungsdifferenzen zum 30. September 2008 stark verringert. Siehe zur Währungsumrechnung auch „— Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden — Währungsumrechnung“.

Die Neubewertungsrücklage ging vom 31. Dezember 2005 zum 31. Dezember 2006 um € 305 Mio. zurück. Dieser Rückgang reflektiert primär einen erfolgsneutralen Rückgang der *Fair Values* von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie *Available for Sale*. Vom 31. Dezember 2006 zum 31. Dezember 2007 ging die Neubewertungsrücklage um weitere € 529 Mio. zurück. Dieser Rückgang resultierte im Wesentlichen aus dem durch die Finanzmarktkrise hervorgerufenen starken Rückgang des *Fair Value* von strukturierten Kreditprodukten der Bewertungskategorie *Available for Sale*, aber auch von Schuldverschreibungen von Emittenten erstklassiger Bonität, deren *Fair Values* infolge von starken Spreadausweitungen rückläufig waren. Vom 31. Dezember 2007 zum 30. September 2008 ging die Neubewertungsrücklage nochmals um € 1.371 Mio. zurück. Dieser Rückgang beruhte primär darauf, dass infolge der sich im Laufe des Jahres 2008 verschärfenden Finanzmarktkrise und des starken Kursrückgangs an den Aktienmärkten die *Fair Values* sämtlicher der Kategorie *Available for Sale* zugeordneten Wertpapierbestände und Finanzinstrumente der Postbank, also sowohl der Schuldverschreibungen von Emittenten erstklassiger Bonität (Staats-, Unternehmens- und Bankanleihen) als auch der strukturierten Kreditprodukte, Aktien und Fondsanteile abermals stark rückläufig waren.

Die Gesellschaft hat bis zur Aufstellung des Konzernzwischenabschlusses der Gesellschaft vom 30. September 2008 davon abgesehen, die *Fair Values* ihres Portfolios von Staats-, Unternehmens- und Bankanleihen erstklassiger Bonität mit Hilfe eines *Discounted Cash Flow*-(DCF-)Modells zu berechnen. Mittlerweile liegen weiterführende Stellungnahmen, etwa des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) (Schreiben des IDW vom 27. Oktober 2008 482/468), zur Anwendung eines DCF-Modells bei inaktiven oder verzerrten Märkten, die sich etwa durch starke Spreadausweitungen auszeichnen, vor. Da die Anwendung eines DCF-Modells dazu führen würde, dass die spezifischen, durch einen verzerrten Markt begründeten Spreadrisiken unberücksichtigt blieben, geht die Gesellschaft davon aus, dass die Anwendung eines

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

DCF-Modells auf die Ermittlung des *Fair Value* ihres Portfolios an Staats-, Unternehmens- und Bankanleihen zu einer Entlastung ihrer Neubewertungsrücklage führen würde. Siehe dazu auch „— *Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren — Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Postbank*“ sowie „*Jüngste Entwicklung und Ausblick*“.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie *Available for Sale*:

	Zum 31. Dezember			Zum
	2005	2006	2007	30. September
	(geprüft)			2008
	(in Mio. €)			
				(ungeprüft)
Stand zum 1. Januar	222	311	6	–523
Bewertungsänderungen	294	–247	–742	–1.901
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	–15	–122	–227	–771
Available for Sale nicht gehedgt	309	–125	–515	–1.130
Bestandsänderungen	–224	–187	36	119
Available for Sale aufgrund Impairment	2	128	63	85
davon auf gehedgte Bestände	—	—	2	–1
davon auf nicht gehedgte Bestände	2	128	61	86
Available for Sale aufgrund von Verkauf/Hedge-Auflösung	–226	–315	–27	34
davon auf gehedgte Bestände	12	–10	60	12
davon auf nicht gehedgte Bestände	–238	–305	–87	22
Erfolgsneutral gebildete latente Steuern	19	129	177	411
Stand zum Ende der Berichtsperiode	311	6	–523	–1.894

Wegen des Impairments von Finanzinstrumenten *Available for Sale* wurde im Geschäftsjahr 2007 die Neubewertungsrücklage in Höhe von € 63 Mio. ergebniswirksam entlastet. Des Weiteren wurde die Neubewertungsrücklage in Höhe von € 742 Mio. aufgrund des Rückgangs des *Fair Value* von Finanzinstrumenten *Available for Sale* belastet. Die erfolgsneutral gebildeten latenten Steuern veränderten sich im Jahr 2007 um € 177 Mio. und erhöhten in dieser Höhe die Neubewertungsrücklage. In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 wurden aus dem Impairment von Finanzinstrumenten *Available for Sale* € 85 Mio. aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen. Darüber hinaus reduzierte sich die Neubewertungsrücklage um € 1.901 Mio. aufgrund des Rückgangs des *Fair Value* von Finanzinstrumenten *Available for Sale*. Die erfolgsneutral gebildeten latenten Steuern veränderten sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um € 411 Mio. und entlasteten in dieser Höhe die Neubewertungsrücklage.

Solvabilitätskennzahlen

Gemäß dem Kreditwesengesetz und der Solvabilitätsverordnung muss die Postbank über angemessene Eigenmittel verfügen. Eigenmittel bestehen aus haftendem Eigenkapital, das sich aus Kernkapital und Ergänzungskapital zusammensetzt und bestimmten Abzügen unterliegt, sowie Drittrangmitteln. Nach der Solvabilitätsverordnung verfügt eine Bank über angemessene Eigenmittel, wenn sie täglich zum Geschäftschluss die Eigenkapitalanforderungen für Adressrisiken, das operationelle Risiko als auch die Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken erfüllt. Eine Bank erfüllt die Eigenkapitalanforderungen für Adressrisiken und das operationelle Risiko gemäß der Solvabilitätsverordnung, wenn der Gesamtanrechnungsbetrag für Adressrisiken und der Anrechnungsbetrag für das operationelle Risiko insgesamt das modifizierte verfügbare Eigenkapital nicht überschreiten. Die Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken erfüllt eine Bank gemäß der Solvabilitätsverordnung dann, wenn die Summe der Anrechnungsbeträge für die Marktrisikopositionen das modifizierte verfügbare Eigenkapital, vermindert um den Betrag zur Unterlegung der Adressrisiken und des operationellen Risikos, und ihre verfügbaren Drittrangmittel täglich bei Geschäftschluss nicht überschreiten. Zu den Definitionen von modifiziertem verfügbarem Eigenkapital, Kernkapital, Ergänzungskapital und Drittrangmitteln sowie weiteren Einzelheiten zu den aufsichtsrechtlichen Anforderungen an eine angemessene Eigenmittelausstattung siehe „*Regulierung und Aufsicht — Regulierung und Aufsicht über Banken in Deutschland — Aufsichtsrechtliche Anforderungen an eine angemessene Eigenmittelausstattung*“.

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die nachstehende Tabelle zeigt die Bestandteile der bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel auf konsolidierter Basis. Seit dem 1. Januar 2007 ermittelt die Postbank die Eigenmittel auf Basis ihrer IFRS-Konzernabschlüsse bzw. -Zwischenabschlüsse; im Rahmen einer internen Berechnung hat die Postbank die Zahlen zum 31. Dezember 2006 entsprechend angepasst. Die Angaben zum 31. Dezember 2005 sind nach den Vorgaben der damals gültigen Fassung des Kreditwesengesetzes berechnet, die auf den unter Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (nicht IFRS) erstellten Jahresabschlüssen der Postbank basierten.

	Zum 31. Dezember			Zum	
	2005 ⁽¹⁾	2006 ⁽²⁾ (geprüft)	2007	30. September 2007	2008 (ungeprüft)
	(in Mio. €)				
Adressrisiken	62.354	68.705	75.788	75.075	62.300
Marktrisikopositionen	7.538	13.375	12.225	12.500	9.913
Operationelle Risiken	—	3.063	3.063	3.038	6.450
Gesamtanrechnungsbetrag	69.892	85.143	91.076	90.613	78.663
Zusätzlicher Anrechnungsbetrag gemäß Übergangsregel ⁽¹⁾	—	0	4.500	5.900	—
Kernkapital	5.164	4.701	5.455	5.444	3.807
darunter: Hybride Kapitalinstrumente	1.151	1.151	1.651	1.651	1.620
Ergänzungskapital	2.342	3.459	3.312	3.425	2.964
darunter: Genussrechtskapital	558	1.152	1.213	1.281	1.175
darunter: Nachrangige Verbindlichkeiten	1.780	2.394	2.308	2.312	2.009
Drittangemittel	—	24	0	0	509
Anrechenbare Eigenmittel	7.506	8.184	8.767	8.869	7.280
Kernkapitalquote vor Anwendung der Übergangsregel in %	—	6,6	6,9	7,0	5,5
Auswirkung der Übergangsregel ⁽³⁾ in Prozentpunkten	—	0,0	-0,4	-0,5	—
Gesamtkennziffer vor Anwendung der Übergangsregel in %	—	9,6	9,6	9,8	9,2
Auswirkung der Übergangsregel ⁽³⁾ in Prozentpunkten	—	0,0	-0,4	-0,6	—

(1) Berechnung gemäß § 10a Abs. 1 KWG alter Fassung in Verbindung mit § 10 KWG alter Fassung.

(2) Interne Berechnung

(3) Die Übergangsregel besagt, dass Institute, die ganz oder teilweise einen IRBA für die Bestimmung der Adressrisiken verwenden, Eigenmittel von mindestens 95 % im Jahr 2007, 90 % im Jahr 2008 und 80 % im Jahr 2009 des Mindestbetrags der Eigenmittel vorhalten müssen, die sie während dieser Zeit bei der Anwendung des Grundsatzes I zur Berechnung der Eigenmittel vorzuhalten hätten.

Liquidität

Die Postbank hat in den letzten Jahren ihren historisch gewachsenen Einlagenüberhang abgebaut und verfügt seit Ende des Jahres 2007 über eine im Wesentlichen ausgeglichene Bilanzstruktur im Kundengeschäft. Infolge dieser Entwicklung hat die Liquiditätssteuerung der Postbank insbesondere durch die gezielte Erweiterung und Diversifizierung ihrer Refinanzierungsquellen weiter an Bedeutung gewonnen. Die Postbank verfügte zum 30. September 2008 über EZB-/Repofähige Wertpapiere, die nicht zur Refinanzierung eingesetzt werden, in Höhe von € 24,9 Mrd. Die Postbank plant, auch in Zukunft einen Liquiditätspuffer in einer vergleichbaren Größenordnung aufrechtzuerhalten. Um auch längerfristige Finanzierungsmittel aufnehmen zu können, hat die Postbank im Dezember 2007 nach Erhalt der Pfandbrieflizenz ein so genanntes Debt Issuance Programm mit einem maximalen Emissionsvolumen von € 15,0 Mrd. aufgelegt, unter dem sie Schuldverschreibungen einschließlich Pfandbriefen begeben kann. Darunter emittierte sie im Januar und Mai 2008 ihre ersten Jumbo-Hypothekenpfandbriefe mit einem Volumen von € 1,5 Mrd. bzw. € 1,0 Mrd. Zum 30. September 2008 stand der Postbank unter dem Debt Issuance Programm ein freies Volumen in Höhe von € 8,9 Mrd. zur Verfügung. Die Postbank plant, im weiteren Verlauf des Jahres ein weiteres Emissionsprogramm (französische *certificats de dépôt*) mit einem maximalen Emissionsvolumen von € 3,0 Mrd. aufzulegen. Daneben steht per 30. September 2008 der Postbank unter dem € 5 Mrd. Commercial Paper Programm noch ein Volumen von ca. € 2,5 Mrd. zur Verfügung. Die Postbank emittiert ferner gedeckte Schuldverschreibungen nach § 7 des DSL-Bank Umwandlungsgesetz. In diesem Zusammenhang siehe auch „Risikofaktoren — Markt- und geschäftsbezogene Risiken — Die Postbank unterliegt Risiken im Hinblick auf die Verfügbarkeit ihrer Refinanzierungsquellen, die Erhöhung ihrer Refinanzierungskosten und die Verfügbarkeit ausreichender Liquidität“.

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Postbank erstellt ihren Konzernabschluss nach IFRS. Bestimmte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank von wesentlicher Bedeutung. Die Anwendung einiger dieser Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden setzt Schätzungen und Annahmen voraus. Solche Schätzungen und Annahmen beziehen sich insbesondere auf die Ermittlung der *Fair Values* von bestimmten Finanzinstrumenten, die Bilanzierung und Bewertung von Rückstellungen und die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen und machen bisweilen schwierige und komplexe Beurteilungen und Entscheidungen erforderlich. Diese Beurteilungen und Entscheidungen könnten sich nachträglich als unzutreffend erweisen, und damit auch zu einer Änderung der betroffenen Finanzinformationen führen.

Darstellung, Ansatz und Bewertung von Finanzinstrumenten

Kategorisierung

IAS 39 (Ansatz und Bewertung von Finanzinstrumenten) unterscheidet verschiedene Kategorien von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, nämlich:

- *At fair value through profit or loss*: Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten sind:
 - Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (*Held for Trading*), einschließlich Derivate (mit Ausnahme von Derivaten, wenn und solange sie als Sicherungsinstrument designiert und als solches effektiv sind); und
 - Nicht zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (mit Ausnahme von Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren *Fair Value* nicht zuverlässig bestimmt werden kann), die beim erstmaligen Ansatz unwiderruflich als *At fair value through profit or loss* zu bewerten designiert werden. Diese „Fair Value Option“ kann genutzt werden, sofern die Designation entweder zu einer Erhöhung der Relevanz der Abschlussinformationen oder zu einer Komplexitätsreduktion oder Erhöhung der Zuverlässigkeit der Bewertung führt. Die Postbank wendet die Fair Value Option ausschließlich auf bestimmte Finanzinstrumente im Baufinanzierungsbereich an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen (siehe Erläuterung (4)(a) zum Konzernabschluss 2007).
- *Held to Maturity*: Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen, d.h. nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und rechtlich und wirtschaftlich halten kann, mit Ausnahme derjenigen Finanzinvestitionen, die das Unternehmen beim erstmaligen Ansatz als *At fair value through profit or loss* designiert oder als *Available for Sale* bestimmt hat oder als Kredite und Forderungen (*Loans and Receivables*) zu klassifizieren sind.
- *Loans and Receivables*: Nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind, mit Ausnahme solcher, die als *Held for Trading* oder *Available for Sale* zu qualifizieren sind. Hierzu zählen insbesondere die Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden (soweit die Postbank auf sie nicht die Fair Value Option anwendet) sowie Geldhandelsforderungen.
- *Available for Sale*: Nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar und nicht als *Loans and Receivables*, *Held to Maturity* oder *At fair value through profit or loss* kategorisiert sind.

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

- *Liabilities at amortised cost*: Alle sonstigen, nicht als *At fair value through profit or loss* designierten Verbindlichkeiten.

Die Zuordnung der Finanzinstrumente zu den Bewertungskategorien im Rahmen der erstmaligen Erfassung bestimmt, wie die betreffenden Finanzinstrumente anzusetzen und zu bewerten sind.

Ansatz und Bewertung

Beim erstmaligen Ansatz ist ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit mit dem *Fair Value* zu bewerten, im Falle eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, die nicht der Kategorie *At fair value through profit or loss* zuzuordnen ist, unter Einschluss der Transaktionskosten. Der beizulegende Zeitwert entspricht grundsätzlich dem Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner den Vermögenswert tauschen oder die Verbindlichkeit begleichen würden.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten hängt von der Kategorisierung ab, wie nachstehende Tabelle verdeutlicht:

Kategorie	Instrument	Maßstab	Fair Value-Änderungen	Wertminderungen
At Fair Value through Profit or Loss (einschließlich Held for Trading)	Eigen-/Fremdkapitalinstrumente, Derivate	Fair Value	GuV	GuV (implizit)
	Nicht notierte Eigenkapitalinstrumente, deren Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist/auf solche Eigenkapitalinstrumente bezogene, durch physische Lieferung zu bedienende Derivate	Anschaffungskosten	—	GuV
Held to Maturity	Fremdkapitalinstrumente	Fortgeführte Anschaffungskosten	—	GuV
Loans and Receivables	Fremdkapitalinstrumente	Fortgeführte Anschaffungskosten	—	GuV
Available for Sale	Fremdkapitalinstrumente	Fair Value	Neubewertungsrücklage	GuV
	Eigenkapitalinstrumente	Fair Value	Neubewertungsrücklage	GuV
	Nicht notierte Eigenkapitalinstrumente, deren Fair Value nicht verlässlich zu ermitteln ist	Anschaffungskosten	—	GuV
Liabilities at amortised cost	Alle sonstigen, nicht als <i>At fair value through profit or loss</i> designierten Verbindlichkeiten	Fortgeführte Anschaffungskosten	—	GuV

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Kategorie *At fair value through profit or loss*, einschließlich *Held for Trading* sind stets zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Ausgenommen sind nicht an einem aktiven Markt notierte Eigenkapitalinstrumente, deren *Fair Value* nicht verlässlich ermittelt werden kann, sowie auf solche Eigenkapitalinstrumente bezogene Derivate, die durch physische Lieferung zu erfüllen sind. *Fair Value*-Änderungen sind sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung (Handelsergebnis)

zu erfassen. Eine gesonderte Berücksichtigung von Wertminderungen (*Impairment*) ist nicht erforderlich, da eventuelle Wertminderungen bereits im Rahmen der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt sind. Zu den als *At fair value through profit or loss* designierten Krediten und Forderungen sind gemäß IFRS 7 unter anderem zusätzliche Angaben zu den damit verbundenen Kreditrisiken zu machen, siehe Erläuterung (4)(a) zum Konzernabschluss 2007.

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie *Held to Maturity* sind unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Die fortgeführten Anschaffungskosten sind ganz oder teilweise erfolgswirksam abzuschreiben, wenn objektive substantielle Hinweise auf eine Wertminderung (*Impairment*) des finanziellen Vermögenswerts bestehen.

Kredite und Forderungen (*Loans and Receivables*) sind ebenfalls unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Sie sind im Rahmen der Folgebewertung daraufhin zu untersuchen, ob Wertminderungen gegeben sind und demzufolge eine Wertberichtigung oder Direktabschreibung als Aufwandsposition im Rahmen der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen ist.

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie *Available for Sale* sind zum *Fair Value* zu bewerten. Bis zu einer Veräußerung oder sonstigen Ausbuchung ist ein Rückgang des *Fair Value*, sofern er nicht auf Währungseffekten beruht und keine dauerhafte Wertminderung darstellt, zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital (Neubewertungsrücklage) zu erfassen. Zu der Belastung der Neubewertungsrücklage durch Barwertabwertungen von Schuldverschreibungen und festverzinslichen Wertpapieren sowie strukturierten Kreditprodukten, siehe „*Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren — Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Postbank*“. Im Hinblick auf die geringe bis nicht vorhandene Liquidität in bestimmten strukturierten Kreditprodukten bestehen bei der Ermittlung der *Fair Values* mangels liquider Marktpreise oder aussagekräftiger indikativer Preise erhebliche Unsicherheiten. Seit Ende 2007 ermittelt die Postbank den *Fair Value* von illiquiden strukturierten Finanzprodukten mittels eines Bewertungsmodells (siehe „*— Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; Ausweisänderungen — Ermittlung des Fair Value von strukturierten Finanzprodukten anhand der Discounted Cash Flow-(DCF-)Bewertungsmethode nach IAS 39.AG 74 ff.*“ und Erläuterung (4)(g) zum Konzernabschluss 2007). Wenn in Zukunft der Handel mit strukturierten Kreditprodukten wieder aufleben und die Postbank daher nicht mehr auf das Bewertungsmodell abstellen sollte, können sich bei der Ermittlung des *Fair Value* auf Basis von tatsächlichen Marktpreisen oder indikativen Kursen andere, auch erheblich niedrigere *Fair Values* der strukturierten Kreditprodukte ergeben als auf Basis des Bewertungsmodells. Siehe „*Risikofaktoren — Markt- und geschäftsbezogene Risiken — Das Risikomanagement der Postbank könnte möglicherweise nicht ausreichend effizient sein und insbesondere die zur Steuerung der Markt-, Kredit- und Kollektivrisiken der Postbank eingesetzten Modelle könnten die Risiken insbesondere in Marktkrisen nicht adäquat abbilden, sonst fehlerhaft sein oder nicht ordnungsgemäß angewendet werden*“.

Finanzielle Verbindlichkeiten der Kategorie *Liabilities at amortised cost* sind unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten.

Dauerhafte Wertminderung (Impairment)

Die Postbank ermittelt zu jedem Bilanzstichtag, also zu jedem Quartalsstichtag, ob es objektive Hinweise dafür gibt, dass eine (dauerhafte) Wertminderung ihrer finanziellen Vermögenswerte und nicht nur ein (vorübergehender) Rückgang des *Fair Value* vorliegt. Zu diesen objektiven Hinweisen auf eine Wertminderung zählen beispielsweise erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners, Verzug oder Ausfall des Schuldners mit Zins- oder Tilgungszahlungen oder Zugeständnisse des Kreditgebers infolge wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit den finanziellen Schwierigkeiten des Kreditnehmers, die der Kreditgeber sonst nicht gewähren würde. Die Postbank sieht einen objektiven Hinweis auf eine Wertminderung auch darin, dass ein Vermögenswert mit indirekten Subprime-Risiken behaftet ist. Dementsprechend führt sie für alle Subprime-behafteten Kreditprodukte zu jedem Bilanzstichtag einen *Impairment-Test* durch. Siehe „*— Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; Ausweisänderungen — Erweiterung der Trigger bei Impairment Tests*“ und Erläuterung (4)(g) zum Konzernabschluss 2007. Eine Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten ist erfolgswirksam in der

jeweiligen Periode zu erfassen. Sofern, wie etwa bei finanziellen Vermögenswerten der Kategorie *Available for Sale*, zuvor ein vorübergehender Rückgang des *Fair Value* als Belastung der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital erfasst wurde, ist die Neubewertungsrücklage im Zeitpunkt der erfolgswirksamen Erfassung der Wertminderung entsprechend zu entlasten.

Sicherungsgeschäfte

Sicherungsgeschäfte unter Verwendung derivativer Finanzinstrumente haben für die Postbank im Rahmen des Risikomanagements und der Gesamtbanksteuerung eine zentrale Bedeutung, insbesondere in Bezug auf die Zinsänderungsrisiken. Da Derivate stets der Kategorie *Held for Trading* zuzuordnen, und etwaige Wertveränderungen damit grundsätzlich erfolgswirksam im Handelsergebnis zu erfassen sind, die korrelierenden Änderungen des *Fair Value* der gesicherten Grundgeschäfte (soweit sie nicht der Kategorie *At fair value through profit or loss* zuzuordnen sind) jedoch nicht erfolgswirksam sind, ließen sich ohne Sonderregelungen effektive Sicherungsbeziehungen bilanziell nur unzureichend abbilden. IAS 39 enthält daher spezielle und detaillierte Regelungen zur bilanziellen Abbildung von Sicherungsbeziehungen.

Bei einem *Fair Value Hedge* (Absicherung des beizulegenden Zeitwerts von bilanzierten Vermögenswerten oder Verpflichtungen oder von bilanzunwirksamen festen Verpflichtungen) werden die Gewinne und Verluste aus der Bewertung des Sicherungsinstrumentes (im Regelfall ein Derivat) unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung (Zinsüberschuss / Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen) erfasst. Die positiven oder negativen Marktwerte der Sicherungsgeschäfte sind als Hedging-Derivate als Aktiva bzw. Passiva in der Bilanz auszuweisen (siehe Erläuterungen (21) und (33) zum Konzernabschluss 2007). Der Buchwert des gesicherten Grundgeschäfts ist um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Gewinn oder Verlust aus dem Grundgeschäft anzupassen und in der Gewinn- und Verlustrechnung (Zinsüberschuss / Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen) als Buchwertanpassung zu erfassen. Bei vollständiger Effektivität der Sicherungsbeziehung gleichen sich diese gegenläufigen Effekte in der Gewinn- und Verlustrechnung (Zinsüberschuss / Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen) aus. Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen wird netto ausgewiesen. Für *Fair Value Hedges* sind unter anderem die Wertänderungen der Sicherungsinstrumente sowie die Wertänderungen der gesicherten Grundgeschäfte offen zu legen. Siehe hierzu Erläuterung (44) zum Konzernabschluss 2007.

Die Absicherung gegen das Risiko von Schwankungen künftiger Zahlungsströme, die sich auf das Ergebnis auswirken können, erfolgt mittels Cash Flow Hedges. Bewertungsgewinne und -verluste sind im Gegensatz zum *Fair Value Hedge* nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern erfolgsneutral in einem gesonderten Posten im Eigenkapital zu erfassen.

Sicherungsgeschäfte, die nicht den Anforderungen des IAS 39.88 entsprechen (beispielsweise Makro-Hedges) und daher nicht mit Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten zu einer Bewertungseinheit verbunden werden können, sind als Handelsaktiva oder -passiva (Derivate des Handelsbestands) zu bilanzieren und deren Wertveränderungen im Handelsergebnis auszuweisen. Eine Übersicht über die Volumina der Nominalwerte, positiven Marktwerte sowie negativen Marktwerte von Hedging-Derivaten einerseits und Derivaten des Handelsbuchs andererseits findet sich in Erläuterung (45) zum Konzernabschluss 2007.

Die bilanzielle Behandlung von Sicherungsbeziehungen als Hedging-Derivate ist prospektiv aufzugeben, wenn das Sicherungsinstrument veräußert, glattgestellt oder ausgeübt wird, die Anforderungen des IAS 39.88 nicht länger erfüllt sind oder das Unternehmen die Designation als Sicherungsgeschäft aufhebt. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzinsposition der Bilanz der Postbank insgesamt (Bilanzstrukturmanagement) geht die Postbank regelmäßig neue Mikro-Hedgebeziehungen ein und löst bestehende Sicherungsbeziehungen auf oder stellt diese glatt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über Abschluss oder Auflösung und Glattstellung von Mikro-Hedgebeziehungen orientiert sich an ökonomischen Aspekten. Wird ein Mikro-Hedge zum Zwecke des Bilanzstrukturmanagements aufgelöst, wird dies in der Bilanz und im Periodenergebnis analog zum Verfahren für ineffektive Sicherungsbeziehungen behandelt. Sie werden daher stets ergebniswirksam bewertet sowie in den Bilanzposten Handelsaktiva/-passiva als „Derivate des Bankbuchs“ zum *Fair Value* ausgewiesen; die Wertveränderungen werden entsprechend im Handelsergebnis gezeigt, während die Wertveränderung des bis dahin gesicherten Grundgeschäfts in der Neubewertungsrücklage (*Available for Sale*) zu erfassen ist bzw. keine

bilanzielle Wirkung (*Loans and Receivables*) zeigt. Im Zuge weiterer Prozessoptimierungen erfolgt die ergebniswirksame Bewertung seit 1. Juli 2008 nicht mehr auf Quartalsbasis, sondern auf monatlicher Basis, so dass die entsprechenden Effekte und deren Auswirkungen auf das Periodenergebnis geringer ausfallen können (siehe Erläuterung 2 zum Zwischenabschluss zum 30. September 2008 sowie „*Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; Ausweisänderungen — Übergang von der quartalsweisen zur monatlichen ergebniswirksamen Bewertung von Mikro-Hedge-Beziehungen*“).

Risikoversorge im Kreditgeschäft

Die Kreditrisikoversorge erfasst nur bonitätsinduzierte Wertminderungen solcher Forderungen, die nicht, wie bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsgeschäfts der Postbank, aufgrund der Fair Value Option zum *Fair Value* bewertet werden. Die Kreditrisikoversorge ist eine Nettoposition aus der Zuführung zu Wertberichtigungen auf Forderungen (Einzel- und Portfoliowertberichtigungen) und Rückstellungen für das Kreditgeschäft sowie direkten Forderungsabschreibungen einerseits und aus der Auflösung von Wertberichtigungen (Einzel- und Portfoliowertberichtigungen) und Rückstellungen für das Kreditgeschäft sowie Eingängen auf abgeschriebene Forderungen andererseits. Eine Wertberichtigung auf ausfallgefährdete Forderungen wird vorgenommen, sofern noch Zahlungsströme (beispielsweise Zinsen oder Tilgungen) zu erwarten sind. Bei einer direkten Forderungsabschreibung wird die Forderung aus den Bestandsbüchern gänzlich ausgebucht, weil mit keinen Zahlungsströmen mehr zu rechnen ist.

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen abgedeckt. Grundsätzlich werden die Einzelwertberichtigungen auf Einzelgeschäftsbasis gebildet. Eine Ausnahme stellen Portfolios gleichartiger homogener Kredite, insbesondere im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite und der Kreditkartenforderungen, dar. Dort werden die Einzelwertberichtigungen auf pauschalierter Basis gebildet, d.h. unter Rückgriff auf pauschale Quoten, die auf historischen Erfahrungswerten bezüglich der Verlustquote beruhen. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Wertberichtigungen auf Portfoliobasis gebildet, deren Höhe auf der Basis der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, der Verlustquoten und der Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung jeweils in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe ermittelt wird.

Ein Bedarf für eine Wertberichtigung besteht, wenn objektive Hinweise vorliegen, dass der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag einer Kreditforderung niedriger ist als der betreffende Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung stattgefunden hat (Impairment). Die Höhe der Wertberichtigungen bemisst sich nach der Differenz zwischen der Gesamtforderung aus dem Kredit und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, unter anderem aus der Verwertung von Sicherheiten, bzw., soweit vorhanden, dem Marktpreis des Kredits. Bei der Bemessung der Höhe der Wertberichtigungen muss der Vorstand in erheblichem Umfang Wertungen und Einschätzungen vornehmen, wie etwa die Bewertung des *Fair Value* etwaiger Sicherheiten und/ oder die fortlaufende Risikoeinschätzung zur Zahlungsfähigkeit des Kreditnehmers. Falls Tatsachen zeigen, dass die Wertungen und Einschätzungen, von denen die Postbank bei der Festlegung der Höhe der Kreditrisikoversorge ausgegangen ist, falsch waren, kann sich die Höhe der Einzel- oder Portfoliowertberichtigung als unzureichend oder überhöht erweisen. In einem solchen Fall muss die Postbank die Risikoversorge aus dem Kreditgeschäft erhöhen oder zum Teil auflösen. Nähere Informationen zur Kreditrisikoversorge finden sich im Abschnitt „*Risikomanagement — Kreditrisiken — Kreditrisikoversorge*“.

Latente Steuern

IAS 12 verpflichtet ein Unternehmen, die steuerlichen Konsequenzen von Geschäftsvorfällen und anderen Ereignissen in der Gewinn- und Verlustrechnung grundsätzlich auf die gleiche Weise zu erfassen wie die Behandlung der Geschäftsvorfälle und anderen Ereignisse selbst. Dabei werden auch latente Steuerschulden und latente Steueransprüche erfasst. Latente Steuerschulden sind die Beträge an Ertragsteuern, die in zukünftigen Perioden resultierend aus zu versteuernden temporären Differenzen (also Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen) zahlbar sind. Latente Steueransprüche sind die Beträge an Ertragsteuern, die in zukünftigen Perioden erstattungsfähig sind, und

die aus abzugsfähigen temporären Differenzen oder dem Vortrag noch nicht genutzter steuerlicher Verluste resultieren.

Die Postbank weist in ihrer Bilanz zum 30. September 2008 latente Steueransprüche in Höhe von € 869 Mio. (31. Dezember 2007: € 483 Mio.) aus. Die latenten Steueransprüche zum 30. September 2008 ergeben sich aus temporären Differenzen in Höhe von € 750 Mio. (31. Dezember 2007: € 333 Mio.) und aus steuerlichen Verlustvorträgen in Höhe von € 119 Mio. (31. Dezember 2007: € 150 Mio.). Die latenten Steuerverpflichtungen in Höhe von € 964 Mio. (31. Dezember 2007: € 1.102 Mio.) resultieren ausschließlich aus temporären Differenzen. Mit Vollzug des Erwerbs der Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG entfallen die Verlustvorträge quotal (siehe „— *Auswirkungen des Erwerbs einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG — Quotales Entfallen der steuerlichen Verlustvorträge*“). Mit der Inanspruchnahme der Verlustvorträge werden die latenten Steueransprüche verringert, und in dieser Höhe in der jeweiligen Periode als Aufwand aus latenten Ertragsteuern in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Postbank bilanziert latente Steueransprüche vorbehaltlich der Einschätzung der Postbank, dass ein entsprechender steuerlicher Gewinn vorhanden sein wird, der die latenten Steueransprüche verbraucht. Sollte die Postbank feststellen, dass die latenten Steueransprüche in Zukunft ganz oder teilweise nicht genutzt werden können, würde eine Anpassung der latenten Steueransprüche in dieser Periode den Ertragsteueraufwand erhöhen, und damit den Jahresüberschuss entsprechend verringern.

Pensionsverbindlichkeiten

Für die betriebliche Altersversorgung bestehen bei der Postbank leistungs- und beitragsorientierte Pläne. Die Aufwendungen für die beitragsorientierten Pläne betreffen im Wesentlichen eine jährliche Zahlung für die Altersvorsorge ihrer Beamten an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT) in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltstauglich beurlaubten Beamten. Für das Jahr 2007 hat die Postbank eine Abschlagszahlung an den BPS-PT in Höhe von € 111 Mio. geleistet. Darüber hinaus wurde für die Spitzabrechnung 2007 eine Rückstellung von € 2,7 Mio. gebildet. Im Jahr 2006 zahlte die Postbank an den BPS-PT € 111 Mio., verglichen mit € 64 Mio. im Jahr 2005, die jeweils im Verwaltungsaufwand erfasst wurden. Die Beitragszahlungen an den BPS-PT stehen unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durch das Bundesministerium für Finanzen. Etwaige Differenzen zwischen der Höhe der an Pensionäre zu leistenden Zahlungen und der Höhe der Beiträge der Gesellschaft sind von der Bundesrepublik Deutschland zu tragen. Zur Frage, ob diese Übernahme der Pensionsverbindlichkeiten durch die Bundesrepublik Deutschland eine unerlaubte staatliche Beihilfe darstellt, siehe „*Risikofaktoren — Regulatorische, sonstige rechtliche und steuerliche Risiken — Es besteht Unsicherheit, ob die überwiegende Finanzierung der Versorgungsleistungen der bei der Postbank beschäftigten Beamten durch die Bundesrepublik Deutschland eine unerlaubte staatliche Beihilfe darstellt*“.

Die leistungsorientierten Pläne sind über externe Planvermögen sowie Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert. Die Postbank verwendet versicherungsmathematische Methoden (das Anwartschaftsbarwertverfahren nach IAS 19) für die Ermittlung der erforderlichen Rückstellungen für ihre Verpflichtungen aus ihren Pensionszusagen und ähnlichen Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen. Zum 30. September 2008 betragen die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen € 1.149 Mio. (31. Dezember 2007: € 1.143 Mio.; 31. Dezember 2006: € 1.115 Mio.; 31. Dezember 2005: € 585 Mio.). Der Aufwand für diese Pensionsverpflichtungen wird durch Änderungen der Annahmen, die die Postbank der Bestimmung der endgültigen Höhe ihrer Pensionsverpflichtungen zugrunde legt, insbesondere auch des zur Berechnung des Barwerts ihrer Pensionsverpflichtungen verwendeten Rechnungszinsfußes und der Vermutungen über die Lebenserwartung ihrer Mitarbeiter, beeinflusst. Die Anwendung eines niedrigeren Rechnungszinsfußes oder einer höheren Lebenserwartung kann die Pensionsaufwendungen der Postbank erheblich erhöhen. In den Jahren 2006 und 2007 hat die Postbank den Rechnungszinsfuß jeweils erhöht, und zwar von 4,25 % auf 4,5 % im Jahr 2006, und von 4,5 % auf 5,5 % im Jahr 2007. Falls die in einem bestimmten Zeitraum daraus resultierenden Änderungen der unrealisierten versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste einen Betrag in Höhe von 10 % der am Ende der vorhergehenden Berichtsperiode vorhandenen Pensionsrückstellungen übersteigen, würde dies eine Anpassung der Pensionsrückstellungen der Postbank um den 10 % übersteigenden Betrag erfordern. Die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste müssten dann über die verbleibende geschätzte Restarbeitszeit der zu dieser

Zeit unter die Versorgungsvereinbarung fallenden Beschäftigten verteilt und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden. Die bislang noch nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne aus den Pensionszusagen beliefen sich zum 31. Dezember 2007 auf € 108 Mio. Dieser Betrag reflektiert insbesondere die Erhöhung des Rechnungszinsfußes von 4,5 % auf 5,5 % sowie die Auswirkungen des im Jahr 2007 in Kraft getretenen RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes, das eine stufenweise Anhebung der Altersgrenze von 65 Jahre auf 67 Jahre und insbesondere die sofortige Anhebung der vorgezogenen Altersgrenzen auf 63 Jahre vorsieht. Zu den versicherungsmathematischen Annahmen, siehe Erläuterung 4(n) des in diesem Prospekt enthaltenen Konzernabschlusses 2007.

Spezialfonds

Die Postbank hat Anlagen über 23 so genannte Spezialfonds getätigt, die sie im Wesentlichen über eine Kapitalanlagegesellschaft nach von ihr gestellten Anlagerichtlinien verwalten lässt. Alle diese Spezialfonds wurden entsprechend den Vorgaben der Standing Interpretations Committee Interpretation SIC-12 konsolidiert.

Währungsumrechnung

Die Gesellschaft und andere in der Eurozone ansässige Konzerngesellschaften der Postbank schließen auch Transaktionen ab, die nicht auf Euro lauten (so genannte Fremdwährungstransaktionen), sondern auf U.S. Dollar, Pfund Sterling und in geringerem Umfang auf andere Währungen. Aufwendungen und Erträge aus Fremdwährungstransaktionen werden grundsätzlich zu dem zum Monatsultimo ihres Entstehens geltenden Umrechnungskurs in Euro umgerechnet. Ein relativer Wertzuwachs oder Wertverlust der betreffenden Fremdwährung gegenüber dem Euro führt zu einem entsprechend höheren oder niedrigeren Ergebnisbeitrag der betreffenden Fremdwährungstransaktion, sofern die Postbank den betreffenden Ergebnisbeitrag nicht vollständig durch Sicherungsgeschäfte gegen Währungsrisiken abgesichert hat.

Werden Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die sich aus Fremdwährungstransaktionen der Postbank ergeben, zu den Umrechnungskursen, die gemäß den anwendbaren IFRS-Regelungen bestimmt werden, in Euro umgerechnet, können sich so genannte Umrechnungsdifferenzen aufgrund von Währungsschwankungen seit der erstmaligen Erfassung der entsprechenden Fremdwährungsposition bzw. dem maßgeblichen Umrechnungsstichtag der vorangehenden Berichtsperiode ergeben. Diese Abweichung ist grundsätzlich erfolgswirksam im Ergebnis der Berichtsperiode zu erfassen, in der die betreffenden Umrechnungsdifferenzen entstehen. Wird jedoch ein Gewinn oder Verlust aus einer Fremdwährungsposition aufgrund der Einordnung des entsprechenden Finanzinstruments für Bewertungszwecke grundsätzlich erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst, ist jeder Umrechnungsbestandteil dieses Gewinns oder Verlusts ebenfalls in der Neubewertungsrücklage zu erfassen.

Außerhalb der Eurozone ansässige Konzerngesellschaften der Postbank, wie etwa die PB Capital Corporation und andere U.S.-Tochtergesellschaften, stellen ihre Abschlüsse in Fremdwährung auf. Diese Abschlüsse sind zu den Umrechnungskursen, die gemäß den anwendbaren IFRS-Regelungen bestimmt werden, in Euro umzurechnen. Sich dabei ergebende Umrechnungsdifferenzen sind grundsätzlich erfolgsneutral im Eigenkapital auszuweisen.

Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; Ausweisänderungen

Ermittlung des Fair Value von strukturierten Finanzprodukten anhand der Discounted Cash Flow-(DCF-)Bewertungsmethode nach IAS 39. AG 74 ff.

Seit dem Jahr 2007 verwendet die Postbank für die Ermittlung der *Fair Values* von (illiquiden) strukturierten Finanzprodukten statt indikativer Kurse ein Simulationsmodell, das sie im Jahr 2008 weiterentwickelt hat. Mittels dieses Modells werden die Zahlungsströme der betreffenden strukturierten Finanzprodukte unter Berücksichtigung der den Produkten inhärenten Risiken prognostizierten Zinssätzen abgezinst. Zu näheren Einzelheiten siehe „Finanzteil — Konzernzwischenabschluss zum 30. September 2008, Erläuterung (2).“

Erweiterung der Trigger bei Impairment Tests

Seit 2007 definiert die Postbank das Vorliegen von indirekten Subprime-Risiken als objektiven Hinweis auf das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung (Impairment). Dementsprechend führt sie für alle Subprime-behafteten Kreditprodukte zu jedem Bilanzstichtag einen Impairment-Test durch.

Erstmalige Anwendung von IFRS 7

Seit dem 1. Januar 2007 wendet die Postbank für die Angaben zu Finanzinstrumenten im Konzernabschluss IFRS 7 an, der IAS 32 und IAS 39 ergänzt und den bis einschließlich 2006 anwendbaren bankenspezifischen Offenlegungsstandard für Finanzinstrumente, IAS 30, ersetzt. Die nach IFRS 7 geforderte Klassifizierung der Finanzinstrumente setzt die Postbank wie folgt um:

Bewertung	Klassen
	Bilanzposition und IAS 39 Kategorie
Bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten* (at amortised cost)	Forderungen an Kreditinstitute Loans and Receivables Forderungen an Kunden Loans and Receivables Forderungen an Kunden Held to Maturity Finanzanlagen Held to Maturity Finanzanlagen Loans and Receivables Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Liabilities at amortised cost Verbindlichkeiten gegenüber Kunden Liabilities at amortised cost Verbriefte Verbindlichkeiten Liabilities at amortised cost Nachrangkapital Liabilities at amortised cost
Bewertet zum Fair Value (beizulegender Zeitwert)	Forderungen an Kunden Designated as at fair value Finanzanlagen Available for Sale Handelsaktiva Held for Trading Handelspassiva Held for Trading Hedging-Derivate (Aktiva) Hedging-Derivate (Passiva)
Außerbilanzielles Geschäft (Nominale)	Eventualverpflichtungen (Bürgschaften und Gewährleistungsverträge) Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)

* Inklusive Fair-Value-Veränderung auf das abgesicherte Risiko bei gehedgten Positionen („Hedge Fair Value“)

Siehe zum Vorstehenden auch Erläuterung 5 des in diesem Prospekt enthaltenen Konzernabschlusses 2007.

Ausweisänderung beim Ergebnis aus der Fair-Value-Option

Im Konzernabschluss 2007 werden die Marktwertänderungen der Bestände nicht mehr im Zinsüberschuss, sondern im Handelsergebnis erfasst. Die Vergleichszahlen 2006 wurden entsprechend angepasst.

Demgegenüber werden der Zinsaufwand und -ertrag der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörenden Zinsswaps weiterhin im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Neubewertung der latenten Steuerpositionen

Die am 6. Juli 2007 beschlossene Unternehmenssteuerreform 2008 hat zu einer Senkung der Ertragssteuersätze geführt. So reduzierte sich bei der Postbank der rechnerische Ertragsteuersatz von 39,9 % im Jahr 2006 auf 29,8 % im Jahr 2007. Da bei der Postbank ein Überhang an latenten Ertragsteuerverpflichtungen besteht, führte die Neubewertung der latenten Steuerpositionen der Postbank mit dem reduzierten durchschnittlichen Ertragsteuersatz zum 31. Dezember 2007 zu einer Reduzierung der latenten Ertragsteuerverpflichtungen und damit Steuerentlastung in Höhe von € 153 Mio., in der auch der Effekt aus der Anpassung der Neubewertungsrücklage enthalten ist.

Schätzungsänderung bei Ermittlung des Impairmentbedarfs bei Anteilen an Publikumsfonds

Die Gesellschaft hat in 2008 ihre in 2006 begonnene konservativere Anwendung der Kriterien für den IFRS-Impairmenttest von als *Available for Sale* kategorisierten Anteilen an Publikumsfonds eingestellt. Soweit sich bei der Anwendung der geänderten Kriterien für den IFRS-Impairmenttest ein Rückgang des *Fair Value* von Anteilen an Publikumsfonds als nicht dauerhafte Wertminderung ergibt, wird der Rückgang des *Fair Value* entsprechend IAS 39 als Reduzierung der Neubewertungsrücklage dargestellt; zum 30. September 2008 betrug die Belastung der Neubewertungsrücklage durch einen Rückgang des *Fair Value* von Publikumsfondsanteilen € 63,9 Mio.

Übergang von der quartalsweisen zur monatlichen ergebniswirksamen Bewertung von Mikro-Hedge-Beziehungen

Bei den zum Zwecke des Bilanzstrukturmanagements eingegangenen Mikro-Hedge-Beziehungen erfolgt die Entscheidung über Neuabschluss, Fortbestand oder Auflösung und Glattstellung seit 1. Juli 2008 nicht mehr auf Quartalsbasis, sondern auf monatlicher Basis. Dies bedeutet insbesondere, dass das Handelsergebnis seit dem dritten Quartal 2008 nicht mehr im bisherigen Umfang Barwerte aus der Auflösung von Mikro-Hedges reflektiert.

Schätzungsänderung bei Nutzungsdauer von Software

Die Gesellschaft hat ihre erworbene und selbst erstellte aktivierte Software im Hinblick auf die Nutzungsdauer überprüft. Die Analyse ergab, dass zwei Software-Produkte aufgrund ihrer Wettbewerbsfähigkeit am Markt länger nutzbar sein werden. Diese Schätzungsänderung entlastet das Ergebnis in den ersten neun Monaten 2008 um rund € 15 Mio. vor Steuern. Die erwartete positive Auswirkung auf das Geschäftsjahr 2008 beträgt rund € 19 Mio. vor Steuern.

Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten nach IAS 39.50E

Bei der Aufstellung des Zwischenabschlusses zum 30. September 2008 hat die Gesellschaft von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, mit Wirkung zum 1. Juli 2008 Schuldverschreibungen zum *Fair Value* von der Bewertungskategorie *Available for Sale* in die Bewertungskategorie *Loans and Receivables* umzugliedern. Diese Umgliederung hat zur Folge, dass die Schuldverschreibungen seit dem 1. Juli 2008 zu fortgeführten Anschaffungskosten statt zum *Fair Value* bewertet werden. Damit führen Marktwertschwankungen dieser Wertpapiere nicht mehr zu einer Belastung der Neubewertungsrücklage. Im dritten Quartal hätte die Bewertung zum *Fair Value* bei den betreffenden Wertpapieren zu einer Belastung der Neubewertungsrücklage in Höhe von € 66 Mio. geführt. Bei finanziellen Vermögenswerten der Kategorie *Loans and Receivables* führen Wertminderungen zu einer Aufwandsposition im Rahmen der Kreditrisikovorsorge. Zu den näheren Voraussetzungen der Umgliederung Einzelheiten der umgelierten Schuldverschreibungen, siehe „*Finanzteil — Konzernzwischenabschluss zum 30. September 2008, Erläuterung (2)*“.

Zukünftige Ausweis- und Bewertungsänderungen

- Im Geschäftsjahr 2009 wird die Postbank erstmals den neuen Standard IFRS 8 zu den Geschäftssegmenten anwenden. Die Postbank erwartet Änderungen im Ausweis der Segmentergebnisse, deren Ausgestaltung derzeit geprüft wird. So sollen künftig etwa die Konsolidierungsbeträge im Segment Übrige gesondert dargestellt werden. Den operativen Segmenten sollen künftig die tatsächlichen

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Risikokosten, nicht nur die Standard-Risikokosten (plus auf Expertenschätzungen beruhender Zuschlag) belastet werden. Vermittlungsprovisionen für Baufinanzierungen im Drittvertrieb sollen direkt als abgegrenzter Verwaltungsaufwand im Segment Retail Banking ausgewiesen werden, wodurch die bisher erforderliche Überleitung des Provisionsaufwands im Segment Retail Banking in einen abgegrenzten Verwaltungsaufwand durch das Segment Übrige entfielen.

- Die Postbank erwartet aus den ebenfalls ab dem Geschäftsjahr 2009 anwendbaren neuen Standard IAS 1 zur separaten Darstellung von nicht eigentümerbezogenen und eigentümerbezogenen Eigenkapitalveränderungen und IFRIC 11 zu Geschäften mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen keine wesentlichen Auswirkungen auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Ausgewählte Statistische Angaben

Nachstehend sind ausgewählte statistische Angaben zur Postbank auf konsolidierter Basis dargestellt, die auf Basis von aus dem Rechnungswesen der Postbank stammenden Daten ermittelt wurden und ungeprüft sind.

Durchschnittsbestände und Zinssätze

Die nachstehende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Bestände der Aktiva und Passiva der Postbank, berechnet auf der Basis ungeprüfter Monatsendbilanzen, für den Neunmonatszeitraum zum 30. September 2008 und die Geschäftsjahre 2007, 2006 und 2005. Die durchschnittlichen Bestände wurden auf der Grundlage von Monatsdurchschnitten ermittelt, die ihrerseits aus Monatsanfangs- und Monatsendbeständen gemittelt wurden.

Ausgewählte Statistische Angaben

	Durchschnittsbestände und Zinssätze											
	2005			2006			2007			9-Monatszeitraum zum 30. Sept. 2008		
	Durchschnitts- bestand	Zinsen	Zinssatz (%)	Durchschnitts- bestand	Zinsen	Zinssatz (%)	Durchschnitts- bestand (ungeprüft)	Zinsen	Zinssatz (%)	Durchschnitts- bestand	Zinsen	Zinssatz (%)
<i>Aktiva</i>												
Barreserve	1.177	30	2,57	1.436	42	2,90	1.499	63	4,20	2.041	56	2,73
Forderungen an Kreditinstitute	26.405	813	3,08	24.889	868	3,49	20.020	887	4,43	23.793	820	3,45
davon ausländische Kreditinstitute ⁽¹⁾	14.187	—	—	11.656	—	—	11.089	—	—	13.350	—	—
Forderungen an Kunden (vor Risikoversorge im Kreditgeschäft)	50.532	2.543	5,03	82.771	4.199	5,07	90.260	4.505	4,99	98.965	3.732	3,77
davon ausländische Kunden ⁽¹⁾	7.630	—	—	10.406	—	—	15.044	—	—	19.079	—	—
Handelsaktiva	10.817	202	1,87	12.010	249	2,08	14.027	342	2,44	13.162	185	1,41
Finanzanlagen	46.397	1.767	3,81	60.380	2.284	3,78	63.681	2.578	4,05	77.954	2.499	3,21
davon ausländische Schuldner ⁽¹⁾	23.039	—	—	24.851	—	—	27.424	—	—	44.053	—	—
Hedging Derivate	839	—	—	556	—	—	510	—	—	515	—	—
Gesamte verzinsliche Aktiva	136.166	5.356	3,93	182.042	7.642	4,20	189.996	8.375	4,41	216.430	7.292	3,37
Risikoversorge im Kreditgeschäft	-744	—	—	-1.119	—	—	-1.218	—	—	-1.217	—	—
Sonstige nicht verzinsliche Aktiva	2.188	—	—	4.619	—	—	4.521	5	0,11	4.847	21	0,43
Gesamte Aktiva	137.610	5.356	3,89	185.542	7.642	4,12	193.299	8.380	4,34	220.059	7.313	3,32
<i>Passiva</i>												
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	25.845	915	3,54	46.772	1.706	3,65	52.636	2.335	4,44	71.491	2.327	3,26
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	80.883	1.570	1,94	101.088	2.442	2,42	106.829	2.809	2,63	113.288	2.483	2,19
Verbrieftete Verbindlichkeiten	15.165	727	4,79	17.479	833	4,76	12.111	582	4,81	12.835	443	3,45
Nachrangkapital	3.080	171	5,56	4.946	253	5,11	5.402	280	5,19	5.748	234	4,07
Hedging Derivate	1.989	—	—	1.109	—	—	847	—	—	1.013	—	—
Handelspassiva	3.182	—	—	3.861	—	—	5.268	—	—	7.051	—	—

Ausgewählte Statistische Angaben

	Durchschnittsbestände und Zinssätze				Durchschnittsbestände und Zinssätze				9-Monatszeitraum zum 30. Sept. 2008						
	2005		2006		2007		2007		2007		2008		2008		
	Durchschnitts- bestand	Zinsen	Zinssatz (%)	Durchschnitts- bestand	Zinsen	Zinssatz (%)	Durchschnitts- bestand (ungeprüft)	Zinsen	Zinssatz (%)	Durchschnitts- bestand	Zinsen	Zinssatz (%)	Durchschnitts- bestand	Zinsen	Zinssatz (%)
	(in Mio. €, außer Prozentzahlen)														
Sonstige Passiva	1.485	4	0,27	1.917	16	0,84	1.639	22	1,37	1.821	37	2,05			
Gesamte verzinssliche Verbindlichkeiten	131.629	3.387	2,57	177.171	5.249	2,96	184.732	6.029	3,26	213.248	5.524	2,59			
Rückstellungen	977	—	—	3.406	—	—	3.363	—	—	2.109	—	—			
Gesamte Verbindlichkeiten	132.606	3.387	2,55	180.577	5.249	2,91	188.095	6.029	3,21	215.357	5.524	2,57			
Anteile im Fremdbesitz	1	—	—	25	—	—	2	—	—	2	—	—			
Eigenkapital (Rücklagen)	5.004	—	—	4.940	—	—	5.203	—	—	4.700	—	—			
Gesamte Verbindlichkeiten und Eigenkapital	137.610	3.387	2,46	185.542	5.249	2,83	193.299	6.029	3,12	220.059	5.524	2,51			
Zinsüberschuss 1		1.969			2.393			2.351			1.789				
Hedge Ergebnis		-5			8 ⁽²⁾			-1			-12				
Zinsüberschuss 2		1.964			2.401			2.350			1.777				
Zinsen aus Swaps		-289			-247			-110			-20				
Zinsüberschuss 3		1.675			2.154			2.240			1.757				

(1) Angaben zu Zinsen und Zinssatz können derzeit nicht gemacht werden.

(2) Zahlen für 2006 sind dem Konzernabschluss 2007 entnommen. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden im Konzernabschluss 2007 die Vorjahreszahlen für 2006 so angepasst, als sei der Ausweis des Bewertungsergebnisses aus der Fair-Value-Option schon im Jahr 2006 dahingehend geändert worden, dass Marktwertänderungen der Bestände nicht mehr im Zinsüberschuss, sondern im Handelsergebnis erfasst werden. Durch die Anpassung reduzierte sich der Zinsüberschuss im Jahr 2007 um € 19 Mio. und das Handelsergebnis erhöhte sich um € 19 Mio.

Ausgewählte Statistische Angaben

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingingen, belief sich zum 30. September 2008 auf € 856 Mio. und zum 31. Dezember 2007 auf € 918 Mio., verglichen mit € 926 Mio. zum 31. Dezember 2006 und € 612 Mio. zum 31. Dezember 2005. Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von € 1.802 Mio. im Neunmonatszeitraum zum 30. September 2008 und von € 1.877 Mio. im Jahr 2007 (€ 1.864 Mio. im Jahr 2006 und € 1.226 Mio. im Jahr 2005) wurden Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 30. September 2008 auf € 128 Mio. und zum 31. Dezember 2007 auf € 124 Mio., verglichen mit € 128 Mio. zum 31. Dezember 2006 und € 102 Mio. zum 31. Dezember 2005. Diese ausstehenden Zinszahlungen sind in obiger Tabelle zu den Durchschnittsbeständen und Zinssätzen nicht enthalten. Darlehensgebühren sind ebenfalls nicht enthalten.

Veränderungen bei Zinsertrag/Zinsaufwendungen — Analyse nach Volumen und Zinssätzen

Die nachstehende Tabelle zeigt, in welchem Maße die Veränderungen der Zinserträge und Zinsaufwendungen auf Änderungen der Durchschnittsbestände der verzinslichen Aktiva und Passiva einerseits und auf Änderungen der durchschnittlichen Zinssätze andererseits zurückzuführen sind. Die Berechnung beruht auf der Tabelle über die Durchschnittsbestände und Zinssätze auf den beiden vorhergehenden Seiten. Die auf Änderung des Volumens der verzinslichen Aktiva und Passiva zurückzuführenden Änderungen der Zinserträge und des Zinsaufwands ergeben sich aus den Mengenänderungen gegenüber dem Vorjahr, multipliziert mit dem durchschnittlichen Zinssatz des Vorjahres. Die auf Änderungen der Zinssätze zurückzuführenden Änderung der Zinserträge und des Zinsaufwands ergeben sich aus der Änderung der Zinssätze gegenüber dem Vorjahr, multipliziert mit dem durchschnittlichen Bestand der Aktiva bzw. Passiva des Neunmonatszeitraums zum 30. September 2008 bzw. des Jahres 2007 bzw. 2006.

	Volumen- und Zinssatzanalyse								
	Geschäftsjahre 2006/2005			Geschäftsjahre 2007/2006			9-Monatszeitraum zum 30. Sept. 2008/ Geschäftsjahr 2007		
	Nettover- änderung	Zu- und Abnahme durch Veränderungen der folgenden Werte:		Nettover- änderung	Zu- und Abnahme durch Veränderungen der folgenden Werte:		Nettover- änderung	Zu- und Abnahme durch Veränderungen der folgenden Werte:	
Volumen		Zinssatz	Volumen (ungeprüft) (in Mio. €)		Zinssatz	Volumen		Zinssatz	
Zinserträge									
Barreserve	11	7	5	21	2	19	10	29	-19
Forderungen an Kreditinstitute	55	-47	102	19	-170	189	207	155	53
Forderungen an Kunden (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	1.656	1.622	34	306	380	-73	382	338	44
Handelsaktiva	47	22	25	93	42	51	-121	-46	-75
Finanzanlagen	517	533	-16	294	125	169	643	444	198
Hedging Derivate	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamte verzinsliche Aktiva	<u>2.286</u>	<u>2.137</u>	<u>149</u>	<u>733</u>	<u>379</u>	<u>355</u>	<u>1.121</u>	<u>920</u>	<u>200</u>
Zinsaufwendungen									
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	791	741	51	629	214	415	642	646	-4
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	872	392	480	368	139	229	421	143	278
Verbriefte Verbindlichkeiten	106	111	-5	-251	-256	5	-29	-2	-27
Nachrangkapital	81	104	-23	28	23	5	30	16	14
Hedging Derivate	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Handelspassiva	-4	1	-5	0	0	0	0	0	0
Sonstige Passiva	16	0	16	6	-2	9	21	2	19
Gesamte verzinsliche Verbindlichkeiten	<u>1.863</u>	<u>1.348</u>	<u>514</u>	<u>780</u>	<u>118</u>	<u>663</u>	<u>1.085</u>	<u>805</u>	<u>280</u>

Renditespannen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Renditespannen der Postbank. Die Berechnung beruht auf der Tabelle über Durchschnittsbestände und Zinssätze. Bruttorendite I errechnet sich aus dem Gesamtbetrag der Zinserträge geteilt durch den durchschnittlichen Bestand der Aktiva. Die Bruttorendite II errechnet sich aus dem Gesamtbetrag der Zinserträge geteilt durch den durchschnittlichen Bestand der verzinslichen Aktiva. Die Renditespanne entspricht dem Zinsüberschuss geteilt durch den durchschnittlichen Bestand der verzinslichen Aktiva. Die Zinsspannen schließlich errechnen sich aus der Differenz der Bruttorendite I und dem Zinssatz auf den Durchschnittsbestand der gesamten Verbindlichkeiten bzw. der Bruttorendite II und dem Zinssatz auf den Durchschnittsbestand der gesamten verzinslichen Verbindlichkeiten.

		Renditespanne			9-Monatszeitraum zum 30. Sept. 2008
		2005	2006	2007 (ungeprüft)	
Durchschnitt Gesamtaktiva	Mio.€	137.610	185.542	193.299	220.059
Durchschnitt verzinsliche Aktiva	Mio.€	136.166	182.042	189.996	216.430
Zinserträge	Mio.€	5.356	7.642	8.380	7.313
Zinsüberschuss (nach Hedge Ergebnis und Zinsen auf Swaps)	Mio.€	1.675	2.154	2.240	1.757
Bruttorendite I auf durchschnittliche Gesamtaktiva	%	3,89	4,12	4,34	3,32
Bruttorendite II auf durchschnittliche verzinsliche Aktiva	%	3,93	4,20	4,41	3,38
Renditespanne	%	1,23	1,18	1,18	0,81
Bruttorendite I auf durchschnittliche Gesamtverbindlichkeiten	%	1,34	1,21	1,13	0,76
Bruttorendite II auf durchschnittliche verzinsliche Verbindlichkeiten	%	1,36	1,24	1,15	0,79

Wertpapiere und Beteiligungen

Die nachstehenden Tabellen zeigen die Buchwerte der Wertpapiere des Handelsbestands und der Finanzanlagen, wobei einzelne Positionen den geprüften Konzernabschlüssen bzw. dem ungeprüften Konzernzwischenabschluss entstammen bzw. daraus abgeleitet sind und die Aufgliederung in ausländische Emittenten auf Unterlagen des Rechnungswesens beruhen, sowie deren Fälligkeitsstruktur.

Ausgewählte Statistische Angaben

	Buchwerte der Wertpapiere und Beteiligungen			
	zum 31. Dez.		zum 30. Sept.	
	2005	2006	2007	2008
	(ungeprüft)			
	(in Mio. €)			
Handelsbestand				
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsl. Wertpapiere öffentlicher Emittenten	61	180	32	31
davon ausländische Emittenten ⁽¹⁾	20	29	11	30
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsl. Wertpapiere anderer Emittenten	7.223	9.575	4.108	2.068
davon ausländische Emittenten ⁽¹⁾	3.940	7.109	183	391
Aktien u.a. nicht festverzinsliche Wertpapiere	10	28	161	11
Darlehen Held for Trading	—	208	209	205
Derivate	<u>3.092</u>	<u>3.289</u>	<u>5.426</u>	<u>6.359</u>
Gesamt	<u>10.386</u>	<u>13.280</u>	<u>9.936</u>	<u>8.674</u>
Finanzanlagen				
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsl. Wertpapiere öffentlicher Emittenten	17.399	17.251	15.124	25.387
davon ausländische Emittenten ⁽¹⁾	12.056	8.862	9.705	16.512
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsl. Wertpapiere anderer Emittenten	32.262	40.114	50.961	53.153
davon ausländische Emittenten ⁽¹⁾	16.986	20.011	30.348	32.089
Aktien u.a. nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.721	5.831	2.418	2.643
Beteiligungen/Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	<u>42</u>	<u>102</u>	<u>103</u>	<u>96</u>
Gesamt	<u>55.423</u>	<u>63.299</u>	<u>68.606</u>	<u>81.278</u>

(1) Ausländische Emittenten bedeutet, dass der Sitz des Emittenten nicht in Deutschland liegt.

	Fälligkeitsstruktur Wertpapiere und Beteiligungen								Gesamt
	zum 31. Dez. 2007								
	< 1 Jahr		1-5 Jahre		5-10 Jahre		> 10 Jahre		
(in Mio. €)	gewichteter Zinscoupon	(in Mio. €)	gewichteter Zinscoupon	(in Mio. €)	gewichteter Zinscoupon	(in Mio. €)	gewichteter Zinscoupon	(in Mio. €)	
Handelsbestand									
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsl. Wertpapiere öffentlicher Emittenten	3	3,4968	21	5,9383	2	5,1283	6	5,1825	32
davon ausländische Emittenten	0	0,0000	21	5,9475	1	5,2722	6	5,1836	28
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsl. Wertpapiere anderer Emittenten	2.109	4,3638	1.954	4,3839	45	3,9290	0	0,0000	4.108
davon ausländische Emittenten	110	3,7295	444	3,4322	44	3,9584	0	0,0000	598
Aktien u.a. nicht festverzinsliche Wertpapiere	0		0		0		161		161
Darlehen Held for Trading	0		0		209		0		209
Derivate (nur Handelsaktiva)	<u>459</u>		<u>819</u>		<u>2.473</u>		<u>1.675</u>		<u>5.426</u>
Gesamt	<u>2.571</u>		<u>2.794</u>		<u>2.729</u>		<u>1.842</u>		<u>9.936</u>
Finanzanlagen									
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsl. Wertpapiere öffentlicher Emittenten	467	4,7832	1.309	4,1671	6.814	3,9481	6.534	4,5230	15.124
davon ausländische Emittenten	237	5,3518	304	5,2103	4.957	3,8519	5.570	4,5833	11.068
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsl. Wertpapiere anderer Emittenten	6.662	3,9313	24.932	4,4871	16.230	4,5829	3.137	5,6112	50.961
davon ausländische Emittenten	3.169	4,1150	15.387	4,8726	10.360	4,8571	2.952	5,5533	31.868
Aktien u.a. nicht festverzinsliche Wertpapiere	0		0		0		2.418		2.418
Beteiligungen/Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>		<u>103</u>		<u>103</u>
Gesamt	<u>7.129</u>		<u>26.241</u>		<u>23.044</u>		<u>12.192</u>		<u>68.606</u>

Ausgewählte Statistische Angaben

	Fälligkeitsstruktur												
	Angaben zum 30. September 2008												
	<1 Jahr			1-5 Jahre			5-10 Jahre			>10 Jahre			Gesamt
	Buchwert (in Mio. €) incl. Zins- abgrenzung	Nennwert (in Mio. €)	durchschnitt- licher Zinskupon	Buchwert (in Mio. €)	Nennwert (in Mio. €)	durchschnitt- licher Zinskupon	Buchwert (in Mio. €)	Nennwert (in Mio. €)	durchschnitt- licher Zinskupon	Buchwert (in Mio. €)	Nennwert (in Mio. €)	durchschnitt- licher Zinskupon	Buchwert (in Mio. €)
Postbank Konzern													
Handelsbestand													
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsl.													
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	13	13	6,4265	10	15	3,7259	8	9	2,9447	0	0	4,0000	31
davon ausländische Emittenten ⁽¹⁾	13	13	6,4265	10	13	3,7483	7	8	2,9184	0	0	0,0000	30
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsl.													
Wertpapiere anderer Emittenten	1.734	1.736	4,5250	274	291	2,7764	60	76	3,3124	0	0	0,0000	2.068
davon ausländische Emittenten ⁽¹⁾	106	126	2,1934	225	241	2,4059	60	76	3,3130	0	0	0,0000	391
Aktien u.a. nicht festverzinsl.	0	—	—	0	—	—	0	—	—	11	—	—	11
Wertpapiere	0	—	—	57	—	—	148	—	—	0	—	—	205
Darlehen (Held for Trading)	1.131	—	—	1.055	—	—	2.827	—	—	1.346	—	—	6.359
Derivate (nur Handelsaktiva)	2.878	—	—	1.396	—	—	3.043	—	—	1.357	—	—	8.674
Gesamt													
Finanzanlagen													
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsl.													
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	596	218	4,1045	6.465	6.484	3,9421	13.614	14.469	3,8063	4.712	5.229	4,6167	25.387
davon ausländische Emittenten ⁽¹⁾	245	44	3,7406	3.464	3.468	4,0226	8.485	8.803	3,9156	4.318	4.824	4,6310	16.512
Schuldverschreibungen u.a. festverzinsl.													
Wertpapiere anderer Emittenten	8.357	7.834	4,5231	28.149	28.975	4,5989	15.521	16.697	4,5918	1.125	1.284	5,0758	53.153
davon ausländische Emittenten ⁽¹⁾	3.930	3.853	4,8308	17.418	18.171	4,9752	9.626	10.788	4,7729	1.115	1.270	5,0743	32.089
Aktien (Held for Trading)	0	—	—	0	—	—	0	—	—	2.643	—	—	2.643
Beteiligungen/Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0	—	—	0	—	—	0	—	—	96	—	—	96
Gesamt	8.953	—	—	34.614	—	—	29.135	—	—	8.576	—	—	81.278

⁽¹⁾ Ausländische Emittenten bedeutet, dass der Sitz des Emittenten nicht in Deutschland liegt.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die nachstehende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und deren durchschnittliche Verzinsung.

	Durchschnittliche Verbindlichkeiten und durchschnittliche Verzinsung							
	2005		2006		2007		9-Monatszeitraum zum	
	Durchschnittszins		Durchschnittszins		Durchschnittszins		30. Sept. 2008	
	(in Mio. €)	in %	(in Mio. €)	(ungeprüft) in %	(in Mio. €)	in %	(in Mio. €)	in %
Sparvolumen	41.290		41.344		42.063		44.859	
Spareinlagen	36.946	1,99	37.363	1,95	36.794	2,44	37.787	2,86
Kapital plus, Sparbriefe, Business Festgeld	4.344	2,74	3.981	2,83	5.269	3,44	7.702	4,00
Bauspareinlagen	0	0,00	16.233	3,27	16.141	3,10	15.845	3,16
Sichteinlagen	18.007	0,29	18.073	0,35	17.998	0,48	18.326	0,64
Andere Verbindlichkeiten	21.586	1,94	25.437	2,42	30.627	2,63	34.258	2,92
Gesamt	80.883		101.088		106.829		113.288	

Berechnung der Durchschnittswerte: Summe der täglichen Valutensalden geteilt durch Anzahl der Valutentage.

Sichteinlagen sind täglich fällige Kundeneinlagen. Sie sind überwiegend unverzinslich. Die Spareinlagen haben überwiegend Kündigungsfristen von drei Monaten, teilweise beträgt die Kündigungsfrist 12, 30 oder 48 Monate. Die Spareinlagen mit Kündigungsfristen von mehr als drei Monaten werden von der Postbank nicht mehr aktiv vermarktet.

Das Kapital plus Produkt hat Laufzeiten von 30 Tagen bis zu sechs Jahren. Die Sparbriefe — es handelt sich um auslaufende Restbestände — haben eine Laufzeit von sechs Jahren. Das Business Festgeld hat eine Laufzeit zwischen 30 Tagen und einem Jahr.

Die durchschnittlichen Kundeneinlagen bei ausländischen Tochtergesellschaften betragen in den letzten drei Jahren jeweils weniger als 10 % des Gesamtbestands.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die nachstehende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und deren durchschnittliche Verzinsung.

	Durchschnittliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und durchschnittliche Verzinsung							
	2005		2006		2007		9-Monatszeitraum zum	
	Durchschnittszins		Durchschnittszins		Durchschnittszins		30. Sept. 2008	
	(in Mio. €)	in %	(in Mio. €)	(ungeprüft) in %	(in Mio. €)	in %	(in Mio. €)	in %
Verbindlichkeiten ggü. Kredit- instituten	21.766	3,54	41.708	3,65	51.449	4,44	70.391	4,34
täglich fällig mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungs- frist	1.121		1.619		2.714		3.951	
	20.645		40.089		48.735		66.440	
Gesamt	21.766		41.708		51.449		70.391	

Ausgewählte Statistische Angaben

Verbriefte kurzfristige Verbindlichkeiten

Die nachstehende Tabelle zeigt die verbrieften kurzfristigen Verbindlichkeiten mit Laufzeit von einem Jahr oder weniger:

	Verbriefte kurzfristige Verbindlichkeiten 9-Monatszeitraum zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft) (in € Mio., außer Prozentangaben)			
	2005	2006	2007	zum 30. Sept. 2008
Bestand zum Ende der Berichtsperiode	2.694	3.409	5.219	7.303
Durchschnittsbestand	3.603	3.561	5.453	7.544
Höchstbestand am Monatsende	2.707	3.867	5.309	7.839
gewichteter Jahresdurchschnittszinssatz	3,28%	4,97%	4,57%	4,33%
gewichteter durchschnittlicher Zinssatz am Jahresende	4,20%	5,23%	4,19%	4,60%

Ausgewählte Renditekennziffern

	Ausgewählte Renditekennziffern zum 30. Sept. 2008/für den 9-Monatszeitraum zum 30. Sept. 2008 (in %, außer Dividende pro Aktie)			
	zum 31. Dezember/für das Geschäftsjahr 2005	2006	2007	zum 30. Sept. 2008
Rendite auf durchschnittliche Aktiva ^{(1)*}				
vor Steuern	0,5	0,5	0,5	-0,1
nach Steuern	0,3	0,4	0,4	-0,1
Eigenkapitalrendite auf durchschnittliches Eigenkapital ^{(2)*}				
vor Steuern	15,0	18,9	19,3	-3,2
nach Steuern	10,3	14,0	16,7	-3,2
Eigenmittelquote nach BIZ ^{(3)**}	10,7	8,1	—	—
Basel II-Kernkapitalquote ^{(4)**}	—	6,6 ⁽⁵⁾	6,9	5,5
Durchschnittliches Eigenkapital/durchschnittliche Bilanzsumme*	3,7	3,2	2,8	2,1
Dividende pro Aktie (in €) ^{(6)**}	1,25	1,25	1,25	—
Cost/Income Ratio				
gesamt ^{(7)**}	66,6	68,3	67,2	91,9
klassisches Bankgeschäft ^{(8)*}	63,7	66,7	64,8	91,9

(1) Jahresüberschuss dividiert durch durchschnittliche Gesamtaktiva.

(2) Jahresüberschuss dividiert durch durchschnittliches Eigenkapital.

(3) Nach der Definition der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) beschreibt die Eigenmittelquote das Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva.

(4) Die Berechnung erfolgte ohne „Cap“, d.h. ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen in § 339 Abs. 3 bis 5 Solvabilitätsverordnung für Mindesteigenmittel.

(5) Die Angaben wurden auf Basis von Basel II für interne Zwecke ermittelt, konnten jedoch für das Jahr 2006 noch nicht für bankaufsichtliche Zwecke verwendet werden.

(6) Ausschüttung dividiert durch Zahl der Aktien (164.000.000).

(7) Verwaltungsaufwand dividiert durch Gesamterträge (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen).

(8) Differenz aus Verwaltungsaufwand Konzern abzüglich Verwaltungsaufwand Segment Transaction Banking dividiert durch Differenz aus Gesamterträge Konzern (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen) und Gesamterträge Segment Transaction Banking.

* Ungeprüft

** Geprüft

Geschäftstätigkeit

Überblick

Die Postbank ist mit rund 14,2 Mio. aktiven Kunden und rund 21.500 Mitarbeitern einer der großen Anbieter von Bank- und sonstigen Finanzdienstleistungen in Deutschland. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt im Retail Banking. Daneben sind das Geschäft mit Firmenkunden (Zahlungsverkehr, Finanzierungen) und Abwicklungsdienstleistungen von Bedeutung. Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden das Produkt- und Dienstleistungsportfolio der Postbank ab. Als Multikanalbank vertreibt die Postbank ihre Produkte im Geschäftsbereich Retail Banking über Filialen, den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking (Internet und Mailing) und Call-Center sowie im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner.

Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Finanzinformationen der Postbank:

	2006 (geprüft)	2007 (in Mio. €)	9 Monate 2008 (ungeprüft)
Gewinn- und Verlustrechnung			
Bilanzbezogene Erträge	2.710	2.824	1.216
Gesamt-Erträge	4.117	4.253	2.287
Verwaltungsaufwendungen	-2.812	-2.856	-2.101
Ergebnis vor Steuern	941	1.004	-112
Konzerngewinn	695	870	-114
Bilanz			
Bilanzsumme	184.887	202.991	218.653
Kundeneinlagen ⁽³⁾	87.663	89.703	91.959
Kundenkredite ⁽³⁾	79.388	89.622	99.594
Risikovorsorge	1.155	1.154	1.313
Eigenkapital	5.207	5.311	3.619
Basel-II-Kernkapitalquote	6,6 ⁽¹⁾⁽²⁾	6,9 ⁽¹⁾	5,5 ⁽¹⁾

(1) Die Berechnung der Basel-II-Kernkapitalquote erfolgte ohne „Cap“, d.h. ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen in § 339 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 3 bis 5 Solvabilitätsverordnung für Mindesteigenmittel.

(2) Die Angaben wurden auf Basis von Basel II für interne Zwecke ermittelt, konnten jedoch für das Jahr 2006 noch nicht für bankaufsichtliche Zwecke verwendet werden.

(3) Ungeprüft. Für die Definition siehe das Glossar.

Die nachfolgend beschriebenen Geschäftsbereiche der Postbank haben organisatorisch in dem Zeitraum von 2005 bis jetzt bestanden. Die wesentlichen Entwicklungen der Aktivitäten in diesen Geschäftsbereichen in dem genannten Zeitraum sind nachfolgend dargestellt.

Die Postbank hat ihre Aktivitäten in folgende Geschäftsbereiche gegliedert:

- **Retail Banking:** Im Geschäftsbereich Retail Banking bietet die Postbank ihren rund 14,2 Mio. Privat- und Geschäftskunden (Selbstständige und Gewerbetreibende mit einem jährlichen Außenumsatz von bis zu € 2,5 Mio.) ein breites Spektrum standardisierter, preisgünstiger und auf typische Bedarfssituationen ausgerichteter Bank- und Finanzdienstleistungen an. Der Schwerpunkt des Produktspektrums liegt auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft, Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten sowie Privatkrediten, ergänzt durch das Angebot von Wertpapieren (insbesondere Fonds) und Versicherungen sowie Konzepten zur Altersvorsorge. In Kooperation mit der Deutsche Post AG erbringt die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Postdienstleistungen, wodurch sich der tägliche Besucherstrom in ihren Filialen erhöht und Provisionserträge generiert werden.
- **Firmenkunden:** Im Geschäftsbereich Firmenkunden bietet die Postbank für ihre ungefähr 30.000 Firmenkunden (Groß- und Mittelstandsunternehmen mit einem jährlichen Außenumsatz von über

Geschäftstätigkeit

€ 2,5 Mio.) Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr (insbesondere Zahlungsverkehrslösungen und Kontoführung) sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Factoring und Leasing an. Anlage- und Kapitalmarktprodukte runden die Produktpalette ab. Auch die PB Capital ist diesem Segment zugeordnet.

- *Transaction Banking:* Der Geschäftsbereich Transaction Banking wurde im Jahr 2004 geschaffen und umfasst die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Kontoservices und die Kreditabwicklung. Als Plattform für Transaktionen der konzernexternen Kunden Dresdner Bank, Deutsche Bank und HypoVereinsbank auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs dient die Betriebs-Center für Banken AG (BCB), eine 100 %ige Tochter der Gesellschaft. Zum 1. Juli 2008 lagerte die Gesellschaft ihren Zahlungsverkehr ebenfalls in die BCB aus. Dienstleistungen auf den Gebieten Kontoservices und Kreditabwicklung erbringt die Postbank bislang nur konzernintern.
- *Financial Markets:* Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Postbank verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört zum einen, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern. Zum anderen steuert der Geschäftsbereich Financial Markets die Liquiditätsposition der Postbank. Darüber hinaus hat dieser Geschäftsbereich die Funktion, im so genannten Eigengeschäft einen zusätzlichen Beitrag zum Ergebnis der Postbank zu erwirtschaften. Dem Geschäftsbereich Financial Markets sind ferner die Bankaktivitäten in Luxemburg sowie mehrere Tochtergesellschaften zugeordnet, die die Verwaltung und das Management der Publikumsfonds der Postbank und Spezialfonds verantworten.

Darüber hinaus führt die Postbank das Treuhand- und Fördergeschäft der früheren DSL Bank fort. In diesem Geschäft verwaltet die Postbank aus bereitgestellten Haushaltsmitteln vergebene Förderkredite im eigenen Namen und für fremde Rechnung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen und Verwaltungsrichtlinien und -anweisungen von der Bundesrepublik Deutschland und den Bundesländern. Diese Förderkredite dienen im Wesentlichen der Finanzierung von Maßnahmen zur Eingliederung aus früheren deutschen Gebieten vertriebener oder geflüchteter Landwirte sowie der Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes. Die Postbank trägt aus diesen Darlehen keine Kreditrisiken.

Wettbewerbsstärken

Mit ihren 14,2 Mio. Kunden verfügt die Postbank über eine große Kundenbasis und entsprechendes Potenzial für den Absatz ihrer eigenen und fremder Produkte. Dabei kommen der Postbank nach ihrer Einschätzung insbesondere folgende Wettbewerbsstärken zugute:

Die Postbank profitiert beim Vertrieb von Finanzdienstleistungen von der hohen Filialdichte, der Multikanalarchitektur und der klaren Markenpositionierung.

- *Flächendeckendes Filialnetz:* Die Postbank vertreibt ihre Bank- und Finanzdienstleistungen über 856 eigene Filialen und mehr als 5.150 Filialen der Deutsche Post AG (inklusive Post-Agenturen) und bietet so den Kunden flächendeckend Zugang zu ihrem Produktspektrum. Dabei liegen die durchschnittlichen Öffnungszeiten der Postbank-Filialen (einschließlich Samstag) über dem Marktdurchschnitt für Kreditinstitute in Deutschland. Rund eine Millionen Personen besuchen täglich die Filialen und eröffnen der Postbank die Möglichkeit, potenzielle Neukunden von ihrem Produktangebot zu überzeugen.
- *Multikanalvertrieb:* Nahezu alle Produkte der Postbank werden im Geschäftsbereich Retail Banking neben den Filialen auch über den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking und Call-Center sowie im Drittvertrieb vertrieben. Die Kunden der Postbank können zwischen den verschiedenen Vertriebskanälen frei wählen und so je nach Affinität und Produkt- bzw. Beratungswunsch die unterschiedlichen, sich ergänzenden Vorteile der verschiedenen Vertriebskanäle nutzen. Mit der Kombination von Filialnetz und Direktkanälen vereinigt die Postbank die Vorteile einer traditionellen Filial-Bank mit denen einer Direktbank.

- *Hohe Markenbekanntheit und klare Markenarchitektur:* Die Postbank unterstützt den Vertrieb ihrer Bank- und Finanzdienstleistungen durch eine klar differenzierte Markenarchitektur. Die Hauptmarke „Postbank“, mit hoher Markenbekanntheit in Deutschland, wird einer Marktstudie zufolge mit Attributen wie „erreichbar“, „preisgünstig“, „sympathisch“ und „kundenorientiert“ verbunden (Quelle: Icon Ad Trek Juli 2008). Die Spezialmarke „BHW“ steht für die Bauspar- und Baufinanzierungsprodukte der Postbank. Unter der Marke „DSL Bank“ organisiert die Postbank den Drittvertrieb ihrer Baufinanzierungen und Privatkredite. Die Marke „BCB“ repräsentiert den Geschäftsbereich Transaction Banking.

Ihre Plattformstrategie und ihr konsequentes Kostenmanagement, unter anderem unterstützt durch eine leistungsfähige und skalierbare IT-Plattform, und die damit verbundenen Effizienzsteigerungen ermöglichen der Postbank, den Kunden ein attraktives Preis-Leistungs-Verhältnis zu bieten.

- *Standardisierte Produkte für typische Kundenbedürfnisse:* Die Postbank konzentriert ihr Angebot auf weitgehend standardisierte Produkte, welche auf die typischen Bedarfsituationen ihrer Kunden ausgerichtet sind. Die Standardisierung und die IT-gestützte Bearbeitung erlauben es der Postbank, Kostenvorteile im Vertrieb sowie in der Abwicklung und Verwaltung der Produkte zu realisieren und diese über die Gestaltung der Produktpreise an ihre Kunden weiterzugeben.
- *Kosteneffizienz durch Nutzung von Skaleneffekten:* Die Postbank erzielt vor allem bei der Abwicklung von Zahlungsvorgängen und bei Serviceleistungen für Giro- und Sparkonten aufgrund großer Volumina und des hohen Automatisierungsgrades Skaleneffekte. Zusammen mit einem strikten Kostenmanagement tragen diese Skaleneffekte erheblich zur Profitabilität der Postbank bei.
- *Leistungsfähige und skalierbare IT-Plattform:* Die Postbank verfügt über eine leistungsfähige IT-Plattform, die sie im Jahr 2003 in Zusammenarbeit mit der SAP AG neu implementierte und seither kontinuierlich weiterentwickelte. Ihre IT-Systeme zeichnen sich durch Stabilität und Skalierbarkeit sowie häufig auch durch Mandantenfähigkeit zur Einbindung von Drittkunden aus und ermöglichen so der Postbank, eine große Anzahl von Vorgängen kosteneffizient zu bearbeiten.

Strategie

Die Postbank hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Wettbewerbsposition als einer der großen Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen in Deutschland mit Schwerpunkt auf dem Privatkundengeschäft weiter auszubauen und sich zum führenden Institut für Finanz- und Liquiditätsmanagement zu entwickeln. Dabei plant die Postbank, ihre traditionellen Stärken im Kostenmanagement und Vertrieb durch verstärkten Fokus auf Innovation und Service zu ergänzen und hat hierzu ihr Strategieprogramm „Next Step“ aufgesetzt.

Vor dem Hintergrund der Belastungen des Ergebnisses der Postbank durch die mit der Finanzmarktkrise einhergehenden Marktverwerfungen hat die Postbank bestimmte Anpassungen ihres Geschäftsmodells vorgenommen, um Risiken aus anhaltend hohen Marktvolatilitäten sowie aus negativen Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft zu begrenzen. Dazu gehört insbesondere die engere Steuerung ihres Bestands an zum *Fair Value* zu bewertenden Finanzinstrumenten. Um ihr Kundengeschäft zu schützen und weitere negative Effekte zu begrenzen, plant die Postbank, wegen des anhaltend schwierigen Marktumfelds auch vorhandene Risiken selektiv abzubauen. Alle nachstehend beschriebenen operativen strategischen Ziele sind vor dem Hintergrund dieser risikobegrenzenden Leitlinie zu sehen.

Zu den wesentlichen Kernelementen des Strategieprogramms gehören:

- *Kostenmanagement:* Ein effektives Kostenmanagement erlaubt es der Postbank, ihren Kunden attraktive Konditionen zu bieten. „Make-or-Buy“-Entscheidungen, also Entscheidungen, ob bestimmte Produkte oder Leistungen intern produziert oder von externen Anbietern bezogen werden, sollen künftig verstärkt einen wesentlichen Beitrag zur Kosteneffizienz der Postbank leisten.

- *Vertrieb:* Die hohe Marktpräsenz der Postbank in Deutschland über ihr Filialnetz und die anderen Vertriebskanäle soll durch die Weiterentwicklung des Multikanalansatzes wie zum Beispiel eine qualitative Verbesserung des Vertriebs oder kreative Kooperationen mit Partnern auch außerhalb des Finanzdienstleistungssektors verstärkt werden.
- *Innovation:* Die Postbank plant, die Attraktivität ihres Produkt- und Leistungsspektrums nicht nur durch die Konditionengestaltung, sondern auch durch Innovationen (bezogen auf Prozesse und Leistungen) etwa im Fonds- und Wertpapiergeschäft zu verbessern.
- *Service:* Neben den bisherigen quantitativsteigernden Maßnahmen im Vertrieb, die sich unter anderem in der Gewinnung von rund 1,0 Mio. Neukunden (brutto) im Jahr 2007 bestätigt haben, soll der Fokus der Postbank als Kundenbank künftig insbesondere auf der Servicequalität und verstärkten Kundenorientierung liegen. Dazu beabsichtigt die Postbank, sich stärker auf ihre Stamm- bzw. Kernbankkunden zu konzentrieren.

Im Zusammenhang mit ihrem Strategieprogramm „Next Step“ hat die Postbank bezogen auf die Geschäftsbereiche Retail Banking und Firmenkunden Erfolgskriterien definiert, die ihre mittelfristigen Ziele reflektieren. Diese Erfolgskriterien (Key Performance Indicators — KPIs) zu Themen wie Kundenzahlen, Cross Selling und Produktivität der Vertriebskanäle dienen dazu, die Fortschritte der Postbank bei der Umsetzung des Strategieprogramms zu messen und das Steuerungsinstrumentarium der Postbank zu ergänzen.

Aus den strategischen Leitprinzipien von „Next Step“ hat die Postbank für jeden Geschäftsbereich ein strategisches Handlungsprogramm mit unterschiedlichen Schwerpunkten abgeleitet:

- *Retail Banking:* Die Postbank beabsichtigt, den Geschäftsbereich Retail Banking insbesondere unter den Gesichtspunkten Service und Innovation weiterzuentwickeln. Die Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen wird die Postbank deutlicher auf die Bedürfnisse ihrer rund 4,8 Mio. Stammkunden, welche die Angebote der Postbank bereits aktiv, regelmäßig und dauerhaft nutzen, und deren Produktinteressen abstimmen. Durch eine eindeutigere Zuordnung der Stammkunden zu den einzelnen Vertriebskanälen kann die Postbank jedem Kunden ein breiteres Spektrum individuell zugeschnittener Produktkombinationen anbieten. Darauf aufbauend können bei Stammkunden vorhandene Cross-Selling-Potenziale besser genutzt werden. Diese Entwicklung fördert die Postbank durch ein Schulungsprogramm, das die Beratungskompetenz insbesondere des mobilen Vertriebs auf eine umfassendere Palette von Finanzdienstleistungen ausweitet. Im stationären Vertrieb unterstützt die Postbank die angestrebte Erhöhung der Kundenorientierung insbesondere durch eine an den Kundenbedürfnissen ausgerichtete Neugestaltung der Postbankfilialen. Dabei wird ein modulares Konzept umgesetzt, um Skaleneffekte zu realisieren. Ferner sollen die Direktkanäle ausgebaut sowie der mobile Vertrieb durch Qualifikations- und andere Maßnahmen verstärkt werden. Das Produktspektrum soll künftig neben den traditionellen Giro- und Sparangeboten zunehmend provisionsgebundene Finanzdienstleistungen im Bereich Altersvorsorge und Wertpapiergeschäft umfassen. Entsprechende Werbemaßnahmen sollen diese Initiativen zur Steigerung der Kundenorientierung begleiten. Die Marketingbudgets sollen strategiekonform und effektiv eingesetzt werden.
- *Firmenkunden:* Im Geschäftsbereich Firmenkunden legt die Postbank den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Servicequalität, des Vertriebs und der Innovation. Ähnlich wie im Geschäftsbereich Retail Banking fokussiert sich die Postbank auf diejenigen Kunden, welche die Postbank als Kernbank nutzen, und strebt an, bei rund 3.000 von ihren insgesamt 30.000 Firmenkunden zu deren wichtigsten fünf Banken zu gehören. Durch die Umstellung der Beratung von einem einzelprodukt- zu einem gesamtlösungsorientierten Ansatz gilt es, die Cross-Selling-Quote bei diesen Kernbankkunden zu steigern. Die Verkaufskompetenz der Firmenkundenberater soll mittels Schulungen erweitert werden. Bei Produktinnovationen zielt die Postbank auf individualisierte Kundenangebote vor allem im Aktiv- und Derivategeschäft ab. Insbesondere plant die Postbank, den Bestand an Mittelstandskrediten zu erhöhen. Im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung beabsichtigt die Postbank, insbesondere auch im europäischen Markt zu wachsen. Dabei ist die Postbank bestrebt, die Cost Income Ratio im Geschäftsbereich Firmenkunden weiterhin auf niedrigem Niveau zu halten.

Geschäftstätigkeit

- *Transaction Banking:* In den Geschäftsfeldern Zahlungsverkehr und Kontoservices plant die Postbank, ihre konzernexterne Kundenbasis zu erweitern, auf diese Weise Skaleneffekte zu realisieren, dadurch ihre Stückkosten zu senken und — nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa — profitabel zu wachsen. Diesem Ziel dienen die kontinuierliche Standardisierung und Verbesserung der Ablauforganisation sowie der IT-Infrastruktur. Hierdurch werden die Stabilität, Mandantenfähigkeit zur Einbindung von Drittkunden und Skalierbarkeit gewährleistet. Um so ihre Position im Transaction Banking europaweit auszubauen, erwägt die Postbank auch, Partnerschaften in Form von Kooperationen, Beteiligungen oder Joint Ventures einzugehen.
- *Financial Markets:* Die Postbank beabsichtigt, ihre Erfahrungen und Expertise aus den Geld- und Kapitalmarktaktivitäten des Geschäftsbereichs Financial Markets insbesondere für Produktinnovationen im Retail Banking und Firmenkundengeschäft zu nutzen. Als neue Produkte für das Retail Banking entwickelt der Geschäftsbereich Financial Markets insbesondere standardisierte Vermögensanlageprodukte und Altersvorsorgekonzepte. Für Firmenkunden werden unter anderem neue Produkte zur Fremdkapitalbeschaffung konzipiert. Angesichts der Veränderung ihrer Bilanzstruktur während der letzten Jahre (Abbau des Passivüberhangs im Kundengeschäft) plant die Postbank, ihre Liquiditätssteuerung weiter zu optimieren und ihre Refinanzierungsbasis zu verbreitern, um das angestrebte Wachstum durch einen diversifizierten und möglichst günstigen Mix aus einlagen- und kapitalmarktbezogenen Finanzierungsinstrumenten zu unterstützen.
- *Querschnittsfunktionen:* Sämtliche Querschnittsfunktionen der Postbank sind angehalten, das effiziente Kostenmanagement weiter fortzuführen und über Prozessinnovationen zu verbessern.

Geschäftsbereich Retail Banking

Überblick

Die Postbank bietet ihren rund 14,2 Mio. Privat- und Geschäftskunden im Geschäftsbereich Retail Banking ein breites Spektrum standardisierter, preisgünstiger und auf typische Bedarfssituationen ausgerichteter Bank- und Finanzdienstleistungen an. Der Schwerpunkt des Produktspektrums liegt auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft sowie Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten, ergänzt durch das Angebot von Wertpapieren (insbesondere Fonds) und Versicherungen sowie Konzepten zur Altersvorsorge.

Die folgenden Tabellen zeigen ausgewählte Finanzinformationen des Geschäftsbereichs Retail Banking, wobei die Angaben in der ersten Tabelle den geprüften Konzernabschlüssen bzw. dem ungeprüften Konzernzwischenabschluss entnommen wurden und die Angaben in der zweiten Tabelle ungeprüft und von der Postbank durch Auswertung ihrer operativen Geschäftstätigkeit ermittelt sind:

	2006	2007	9 Monate 2008
		(geprüft)	(ungeprüft)
		(in Mio. €)	
Bilanzbezogene Erträge	2.396	2.456	1.735
Provisionsüberschuss	1.061	988	775
Verwaltungsaufwand	-2.178	-2.210	-1.607
Ergebnis vor Steuern	924	944	722
		(in %)	
Cost Income Ratio	63,0	64,2	64,0
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	32,7	32,7	42,0

Geschäftstätigkeit

	2006	2007	9 Monate 2008
			(ungeprüft)
<u>Neugeschäft⁽¹⁾</u>			
Neukunden (<i>Tsd.</i>)	962	1.000	594
Neu eröffnete Girokonten (<i>Tsd.</i>)	469	587	419
Neugeschäft Baufinanzierung inkl. Portfolio-Ankäufe (<i>in Mrd. €</i>)	14,0	12,4	10,0
Neugeschäft Privatkredite (<i>in Mrd. €</i>)	1,35	1,40	1,28
Neu beantragte Bausparsumme (<i>in Mrd. €</i>)	11,6	11,2	8,8
Neugeschäft Wertpapiere (<i>in Mrd. €</i>)	2,6	3,1	1,9
<u>Bestand⁽²⁾</u>			
Kundenbestand (<i>Mio.</i>)	14,6	14,5	14,2
Stammkunden (<i>Mio.</i>)	4,4	4,6	4,8
Bestand Girokonten (<i>Mio.</i>)	4,7	4,9	4,9
	2006	2007	9 Monate 2008
			(ungeprüft)
Spareinlagen (<i>in Mrd. €</i>)	42,1	43,9	46,8
Bauspareinlagen gegenüber Kunden (<i>Bestandsvolumen in Mrd. €</i>)	16,7	16,6	16,2
Bestand private Baufinanzierung inkl. Portfolio-Ankäufe (<i>in Mrd. €</i>)	62,3	68,0	72,3
Bestand Privatkredite (<i>in Mrd. €</i>)	2,4	2,9	2,9
Depotvolumen (<i>in Mrd. €</i>)	10,5	11,5	10,2

- (1) Im Neugeschäft wird vom zugesagten Vertragskapital ausgegangen, das Ratenkreditvolumen wird inklusive Restschuldversicherung kalkuliert. Prolongationen werden nicht berücksichtigt, bei Ratenkreditfolgeverträgen wird nur eine evtl. vereinbarte Erhöhung in das Volumen einbezogen. Neukunden und -konten werden ebenfalls brutto ermittelt.
- (2) Im Bestandsgeschäft wird auf den jeweiligen Bestand/Buchwert zum Stichtag abgestellt.

Marktumfeld und Wettbewerber

In Deutschland ist der Bankenmarkt stark fragmentiert. So waren im Jahr 2007 über 2.200 Kreditinstitute am deutschen Bankenmarkt tätig, was insbesondere auf der hohen Anzahl von Sparkassen (446) und Genossenschaftsbanken (1.234) beruht, die zwar in Verbänden organisiert, aber rechtlich und wirtschaftlich selbstständig sind (Quelle: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik August 2008). Neben den Großbanken (d.h. Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG und die Gesellschaft), Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken sind auf dem deutschen Retailbanking-Markt zahlreiche Spezialinstitute mit nur eingeschränktem Produktportfolio oder selektiven Vertriebskanälen wie Direktbanken, Realkreditinstitute, Bausparkassen, Investmentgesellschaften und Kreditkartengesellschaften aktiv. Aufgrund der weitgehenden Identität der Kunden-Zielgruppe sowie der Ähnlichkeit der Produktpalette und der Vertriebswege sind insbesondere die Sparkassen und Genossenschaftsbanken nach Ansicht der Postbank wesentliche Wettbewerber. Als weitere bedeutende Wettbewerber der Postbank haben insbesondere die anderen Großbanken in jüngerer Vergangenheit das Retail Banking wiederentdeckt und zu einem zentralen strategischen Wachstumsfeld erklärt. Im Rahmen dieser Entwicklung sind schwerpunktmäßig Aktivitäten rund um den Ausbau des Filialgeschäfts zu beobachten. Auch die Direktbanken sind wichtige Wettbewerber, die aufgrund ihrer tendenziell günstigen Kostenstruktur in manchen Bereichen Kostenvorteile haben, die sie beispielsweise im Bereich der Spar- und Sichteinlagen mit einer über dem Marktdurchschnitt liegenden Verzinsung an ihre Kunden weiterreichen. Insgesamt herrscht auf dem deutschen Retail Banking Markt ein starker Verdrängungswettbewerb. Gleichzeitig sind die Kundenansprüche in Bezug auf Qualität und Service gestiegen.

Die Märkte für Girokonten und Sichteinlagen, Spareinlagen, Bausparen und Baufinanzierungen, die gemessen am Volumen die wichtigsten Produkte und Dienstleistungen der Postbank im Geschäftsbereich Retail Banking sind, und der Markt für Privatkredite (Consumer Finance) stellen sich wie folgt dar:

Markt für Girokonten und Sichteinlagen

Ende 2006 wurden in Deutschland knapp 91 Mio. Girokonten (Private und Unternehmen) geführt (Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistiken über den Zahlungsverkehr in Deutschland). Die Postbank führte Ende 2006 4,7 Mio. private Girokonten und 0,3 Mio. Konten von Unternehmen und hatte damit einen Marktanteil von rund 5,5 %. Die Anzahl der von der Postbank geführten privaten Girokonten erhöhte sich Ende 2007 auf 4,9 Mio., während die Anzahl von Unternehmenskonten nahezu konstant blieb. Obwohl in Deutschland der Markt für Girokonten einen hohen Sättigungsgrad erreicht hat, konnte die Postbank die bei ihr zum 31. Dezember 2007 geführten Girokonten netto um ungefähr 200.000 gegenüber dem Vorjahresende erhöhen; zum 30. September 2008 führte die Postbank 4,9 Mio. Girokonten.

Nach Statistiken der Deutsche Bundesbank hatte der Markt für Sichteinlagen von inländischen Privatpersonen (ohne Selbstständige) Ende 2007 ein Gesamtvolumen von € 388,1 Mrd. An diesem Markt hatten die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken jeweils in ihrer Gesamtheit einen Marktanteil von 35,8 % bzw. 22,8 % und die Großbanken (einschließlich der Gesellschaft) von 12,5 % (Quelle: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik März 2008). Die Giro-Sichteinlagen (inkl. Tagesgeld) von Privatkunden der Postbank beliefen sich Ende 2007 auf € 19,8 Mrd., woraus sich ein Marktanteil der Postbank von 5,1 % ergibt.

Markt für Sparen

Nach Statistiken der Deutsche Bundesbank hatte der Gesamtmarkt für Sparen (bestehend aus Spareinlagen, Sparbriefen und Festgeld Privatpersonen bis 1 Jahr Laufzeit) Ende 2007 ein Volumen von € 851 Mrd. Das Sparvolumen (bestehend aus Spareinlagen und „Postbank Kapital plus“-Anlagen) der Postbank belief sich zum 31. Dezember 2007 auf € 41,3 Mrd. Damit erreichte sie einen Marktanteil von 4,8 %. Im Jahr 2007 waren im Markt für Spareinlagen nach Statistiken der Deutsche Bundesbank die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken jeweils in ihrer Gesamtheit die wichtigsten Wettbewerber der Postbank. Nach Statistiken der Deutsche Bundesbank belief sich der Marktanteil der Sparkassen am Gesamtmarkt für Sparen (bestehend aus Spareinlagen, Sparbriefen und Festgeld Privatpersonen bis 1 Jahr Laufzeit) im Jahr 2007 zusammen auf ungefähr 47 % und der Marktanteil der Genossenschaftsbanken in ihrer Gesamtheit auf ungefähr 28 %.

Markt für Bausparen

Fast jeder zweite Wohnimmobilienkäufer (42 %) finanziert seinen Immobilienkauf mit Hilfe von Bausparmitteln (Quelle: Repräsentative Mehrbezieherstudie TNS Infratest, 2008). In Deutschland existieren rund 31 Mio. Bausparverträge mit einer Bausparsumme von ungefähr € 743 Mrd. (Stand zum 31. Dezember 2007; Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen, Jahresstatistik 2007). Im Jahr 2007 wurden rund 3,4 Mio. neue Bausparverträge mit einer Bausparsumme von über € 90 Mrd. eingelöst (Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen, Jahresstatistik 2007). Zum 31. Dezember 2007 hatten private und öffentliche Bausparkassen in Deutschland an inländische Privatpersonen Bauspardarlehen in Höhe von rund € 27 Mrd. ausgeben (Quelle: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik Juni 2008).

Bausparverträge werden in Deutschland überwiegend über Banken, die Vertriebsorganisationen der Bausparkassen sowie über freie Vermittler und Makler vertrieben. Für Banken ist das Bauspargeschäft eine sinnvolle Ergänzung zum klassischen Bankgeschäft, da der Bausparvertrag als Einstiegsprodukt für eine spätere Baufinanzierung dient. Außerdem werden über eine langfristige Kundenbindung hohe Cross-Selling-Chancen für andere Bankprodukte erzeugt. Fast alle Banken verfügen deshalb über eigene Bausparkassen bzw. sind in Verbände eingegliedert (Deutsche Bank Bauspar, Dresdner-Allianz Bauspar, Vereinsbank Victoria Bauspar, Landesbausparkassen (LBS, Sparkassen) sowie Schwäbisch Hall (Genossenschaftsbanken)).

Die BHW Bausparkasse ist gemessen an der Anzahl der Verträge und der Bausparsumme (2007: Bestand von rund 4,4 Mio. Verträgen, Bausparsumme von rund € 107 Mrd.) die zweitgrößte private Bausparkasse in Deutschland (Quelle: eigene Berechnungen der Postbank auf Basis der Geschäftsberichte der

Bausparkassen). Im Neugeschäft hat sie nach beantragter Bausparsumme einen Marktanteil von etwa 11,4 %. Marktführer in Deutschland ist Schwäbisch Hall mit einem Marktanteil nach beantragter Bausparsumme von 27,9 %. Die Westdeutsche LBS und Wüstenrot haben jeweils einen Marktanteil nach beantragter Bausparsumme von 9,6 % und 8,2 %. (Quelle: eigene Berechnungen der Postbank auf Basis der Geschäftsberichte der Bausparkassen).

Markt für Baufinanzierungen

Der Markt für private Baufinanzierungen (Hypothekenkredite) in Deutschland verteilt sich auf Spezialbanken (wie Hypothekenbanken und andere Realkreditinstitute), Bausparkassen und Universalbanken. Nach Statistiken der Deutsche Bundesbank betrug der Bestand an Wohnungsbaukrediten an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen zum 31. Dezember 2007 insgesamt € 791,6 Mrd. Der Anteil der Sparkassen in ihrer Gesamtheit an diesem Markt belief sich nach dieser Statistik zum 31. Dezember 2007 auf 28,7 %, derjenige der Genossenschaftsbanken zusammen auf 19,4 %, der Großbanken (einschließlich der Gesellschaft) auf 13,5 %, der Bausparkassen auf 11,9 % und der Realkreditinstitute auf 8,0 %. Die Postbank verfügte zum 31. Dezember 2007 über einen Baufinanzierungsbestand in Höhe von € 68,0 Mrd. Nach einer Schätzung der Postbank, die auf Statistiken der Deutsche Bundesbank beruht, hatte sie Ende 2007 einen Marktanteil am Markt für private Baufinanzierungen von ungefähr 8,6 %.

Markt für Privatkredite (Consumer Finance)

Der Markt für Ratenkredite (Privatkredite) in Deutschland an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen betrug, nach Statistiken der Deutsche Bundesbank zum 31. Dezember 2007, insgesamt € 129,3 Mrd. Auf Regionalbanken und sonstige Kreditbanken entfiel davon zum 31. Dezember 2007 ein Anteil von 42,7 %, auf die Sparkassen ein Anteil von 26,9 %, auf die Grossbanken (inklusive der Postbank) ein Anteil von 3,5 % und auf die Zweigstellen ausländischer Banken ein Anteil von 2,8 %. Die Postbank hielt zum 31. Dezember 2007 einen Bestand an Ratenkrediten von € 2,3 Mrd. (ohne Privatdarlehen der BHW Bank). Auf der Basis der genannten Deutsche Bundesbank Statistik schätzt die Postbank ihren Marktanteil per Ende 2007 auf rund 1,8 % ein.

Kunden

Die Postbank hat im Geschäftsbereich Retail Banking rund 14,2 Mio. aktive Privat- und Geschäftskunden (zur Bestimmung von aktiven Kunden siehe „Allgemeine Informationen — Zukunftsgerichtete Aussagen, statistische Daten, Marktdaten, Schätzungen, Zahlen- und Kundenangaben“).

- *Privatkunden:* Mit Blick auf das Absatzpotenzial hat die Postbank innerhalb ihres Privatkundens-tamms zwei Kundengruppen definiert, die Stammkunden und die so genannten SELECT-Kunden:
 - Als Stammkunde definiert die Postbank Kunden, (i) die ein Guthaben von mehr als € 25.000 haben oder (ii) ein Girokonto mit monatlichen Zahlungseingängen von mehr als € 1.000 nutzen oder eine Baufinanzierung bzw. ein Bauspardarlehen tilgen. Diese Kriterien erfüllen derzeit 4,8 Mio. Privatkunden der Postbank.
 - Mehr als 400.000 Stammkunden hat die Postbank als SELECT-Kunden klassifiziert, mit Spar- oder Depoteinlagen ab € 50.000, einer Postbank VISA Card Platinum oder einem Girokonto mit einem monatlichen bargeldlosen Geldeingang ab € 3.000, die im Rahmen des SELECT-Programms besonders betreut werden.

Auch im Hinblick auf ihre übrigen knapp zehn Millionen Potenzialkunden ist die Postbank weiterhin bestrebt, Dienstleistungen auf einem anhaltend hohen Leistungsniveau zu erbringen.

Im Jahr 2007 hat die Postbank brutto rund 1,0 Mio. neue Privatkunden gewonnen. Knapp 30 % der Neukunden sind unter 30 Jahre alt, weitere 43 % stammen aus dem kaufkraftstärkeren Segment der 30- bis 49-jährigen. Die Neukunden der Postbank liegen hinsichtlich des Bildungsniveaus und der sozialen Schicht leicht über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (Quelle: Repräsentative Mehrbezieherstudie TNS Infratest, 2008).

Geschäftstätigkeit

- *Geschäftskunden:* Unter Geschäftskunden versteht die Postbank alle gewerblichen Kunden mit einem Außenumsatz von bis zu € 2,5 Mio. Dieses Merkmal erfüllen derzeit ca. 265.000 Kunden.

Entsprechend ihrem Strategieprogramm „Next Step“ hat sich die Postbank zum Ziel gesetzt, das Potenzial ihres Kundenstammes unter anderem über eine systematische bedarfsorientierte Kontaktaufnahme mit den Kunden profitabel zu erschließen. Dazu teilt die Postbank ihre Kunden basierend auf Verhaltensparametern ein und leitet hieraus Konzepte ab, mit denen Kundengruppen zielorientiert angesprochen und durch den Vertrieb auf passende Produkte hingewiesen werden können.

- *Fokussierung auf Stammkunden:* Die Postbank hat begonnen, sich auf ihre 4,8 Mio. Stammkunden zu fokussieren. Mit der Fokussierung auf ihre Stammkunden ist die Postbank bestrebt, den Absatz eines breiteren Produktspektrums bei diesen Kunden und damit die so genannte Cross-Selling-Quote zu steigern. Zu diesem Zweck ordnet die Postbank den Stammkunden je nach deren Präferenz bzw. Kundenprofil einen festen Ansprechpartner im Filialnetz bzw. im mobilen Vertrieb oder Call Center als primären Vertriebskanal zu, um die persönliche Betreuung zu intensivieren.
- *Gewinnung von Neukunden:* Neben der Fokussierung auf ihre Stammkunden bleibt die Gewinnung von Neukunden für die Postbank von zentraler Bedeutung. Neukunden der Postbank fragten im Jahr 2007 vor allem Giro- und Sparprodukte sowie das Tagesgeldkonto der Postbank nach. Die meisten Neukunden gewann die Postbank dabei durch den stationären Vertrieb über ihr Filialnetz.

Produkte und Dienstleistungen

Die Postbank bietet ihren Kunden im Geschäftsbereich Retail Banking ein breites Spektrum standardisierter, preisgünstiger und auf typische Bedarfssituationen ausgerichteter Bank- und Finanzdienstleistungen an.

Im Rahmen ihres Strategieprogramms „Next Step“ setzt die Postbank insbesondere auf Produktinnovationen, um ihre Kernprodukte wie Girokonten, Sparen und Baufinanzierungen weiterhin für die Kunden attraktiv zu gestalten und ihr Angebot durch Einführung neuer Dienstleistungen abzurunden. Aus Sicht der Postbank ist ferner von wesentlicher Bedeutung, dass die Kunden umfassenden Zugang zu den Postbank-Produkten haben. Deren Verfügbarkeit soll daher beispielsweise über das Eingehen weiterer Vertriebspartnerschaften gesteigert werden. Die Produktkonditionen variieren entsprechend der erbrachten Vertriebsleistung innerhalb der jeweiligen Vertriebskanäle. Die Postbank strebt darüber hinaus an, auf die Kundenbedürfnisse zugeschnittene Produktbündel zu entwickeln und anzubieten.

Zahlungsverkehr

Die Postbank zählt in Deutschland zu den führenden Anbietern von Dienstleistungen im inländischen Zahlungsverkehr.

Girokonten

Girokonten gehören zu den traditionellen Kernprodukten der Postbank. Für Privatkunden bietet die Postbank drei Girokontomodelle an, die sich an den Bedürfnissen unterschiedlicher Zielgruppen orientieren. Allen ist gemeinsam, dass das Girokonto unter bestimmten Voraussetzungen kostenlos ist, da sich im Zuge des verschärften Wettbewerbs die entgeltfreie Kontoführung bei Groß- und Direktbanken zum Marktstandard entwickelt:

- „Giro plus“: kostenlos ab einem bargeldlosen Geldeingang von € 1.250 im Monat;
- „Giro extra plus“: kostenlos inklusive VISA Card und Depot/Anlagekonto ab einem monatlichen Geldeingang von € 3.000 im Monat; und
- „Giro start direkt“: kostenloses Online-Konto für Kunden unter 26 Jahren.

Das Girokonto „Business Giro“ ist auf die Bedürfnisse der Geschäftskunden ausgerichtet. Bei Geschäftsgirokonten gibt es im Markt keinen Trend zur kostenlosen Kontoführung. Das vorherrschende Preismodell ist eine Grundpauschale zuzüglich Preise für bestimmte Leistungen (zum Beispiel Buchungsposten für beleglose und belegte Transaktionen, Karten).

Im Zusammenhang mit der Abwicklung des Zahlungsverkehrs räumt die Postbank ihren Privat- und Geschäftskunden Dispositionskredite ein. In Zusammenarbeit mit Western Union ermöglicht die Postbank ihren Kunden ferner, entweder durch Nutzung des Online-Banking oder durch Anweisung in Filialen der Postbank bzw. größeren Filialen der Deutsche Post AG schnell Geld in das Ausland transferieren und dort abheben zu können.

Das Girokonto ist zentrales Element der Strategie der Postbank, um ihre Position im Liquiditäts- und Finanzmanagement ihrer Kunden weiter zu stärken.

- *Ausbau der Reichweite:* Um ihre Präsenz zu erhöhen und Neukunden zu gewinnen, strebt die Postbank an, weitere Kooperationen zum Vertrieb ihres Girokontos einzugehen, beispielsweise mit Finanzvertrieben oder Einzelhändlern. Die breitere Verfügbarkeit der Postbank-Angebote, insbesondere der Bargeldversorgung, soll auch die Beziehung zu Bestandskunden stärken. Neben den rund 7.000 über die so genannte Cash Group zugänglichen kostenlosen Geldausgabe-Automaten in Deutschland sollen die Kunden ab Mitte 2009 durch eine Kooperation der Postbank mit Shell die Möglichkeit erhalten, unter Vorlage ihrer Girokarte an der Kasse von rund 1.300 Shell-Tankstellen kostenlos Bargeld abheben zu können.
- *Erhöhung des Produktnutzens:* Die Postbank plant ferner, das Girokonto mit anderen Produkten zu kombinieren und auf diese Weise die Cross-Selling-Quote zu erhöhen und mit Preis-Leistungs-Anreizen Kunden zu gewinnen bzw. zu binden. So baut beispielsweise das Produkt „Postbank Komfort-Sparen“ auf dem Girokonto auf, von dem ein nach Kundenwunsch festgelegter Gesamt-, Teil-, oder Höchstbetrag automatisch zu einem bestimmten Zeitpunkt auf das Sparkonto des Kunden umgebucht wird bzw. nach der Umbuchung lediglich ein festgelegter Sockelbetrag auf dem Girokonto verbleibt.

Kredit- und Debitkarten

Die Postbank bietet ihren Kunden die Ausgabe von Giro- und Debitkarten sowie VISA oder MasterCard Kreditkarten mit verschiedenen Leistungsmerkmalen wie bestimmten Versicherungspaketen, Verfügungsrahmen und Bargeld-Limiten an. Zum 31. Dezember 2007 befanden sich rund 987.000 Kreditkarten der Postbank im Umlauf. Die Postbank zählt damit zu den fünf größten Kreditkarten-Emittenten in Deutschland (Quelle: Source 06/2008).

Spar- und Anlageprodukte

Sparprodukte

Die Sparprodukte der Postbank sind auf die Grundbedürfnisse der Kunden bei Vermögensaufbau, Geldanlage und Liquidität ausgerichtet. Die Standardisierung sowie die IT-gestützte Bearbeitung und Verwaltung der Produkte tragen zur Kosteneffizienz bei und erlauben es der Postbank, diese Kostenvorteile etwa in Form attraktiver Zinskonditionen an ihre Kunden weiterzugeben. Dies gilt in besonderem Maße für die so genannten „direkt“ Produkte, die ausschließlich per Telefon oder Internet vertrieben werden.

Dem starken Wettbewerb um Spargelder begegnet die Postbank unter anderem mit folgenden Maßnahmen:

- *Produktinnovationen:* Die Postbank adjustiert ihr Produktsortiment abgestimmt auf die Kundenbedürfnisse durch die Einführung neuer Produkte. So wurde im Jahr 2006 beispielsweise das „Postbank Quartal-Sparen“ entwickelt, bei dem der Kunde einen Bonus für Guthaben, die sich ein ganzes Kalenderquartal auf dem Konto befinden, erhält.
- *Selektive Konditionenpolitik:* Bei den Konditionen ihrer Sparprodukte differenziert die Postbank zum einen nach den Vertriebsformen und zum anderen nach dem angelegten Guthaben. Bei dem ausschließlich über Internet bzw. Telefon erhältlichen Sparkonto „Postbank SparCard 3000 plus direkt“ soll Wachstum durch attraktive Verzinsung unabhängig von der Höhe der gesparten Summe erzielt werden. Demgegenüber ist bei dem im Filialvertrieb angebotenen Produkt „Postbank Quartal-Sparen“ die Verzinsung nach dem Guthaben gestaffelt, um eine marktadäquate Bepreisung zu erreichen.
- *Neugeldgenerierung:* Um neue Spareinlagen zu generieren, führt die Postbank besondere Aktionen wie „Bonus-Neugeld“ zum Beispiel für das Produkt „Postbank Quartal-Sparen“ durch, in deren

Geschäftstätigkeit

Rahmen neu eingezahlte Spareinlagen beispielsweise mit einem Bonus verzinst werden. Der mit Abstand höchste Anteil am Neugeschäft wird über die Filialen erzielt; der Telefonvertrieb stellt den zweitstärksten Vertriebsweg für das Neugeschäft dar.

Das Spargeschäft stellt für die Postbank neben den Sichteinlagen auf Girokonten eine kostengünstige Form der Refinanzierung dar.

Wertpapiere und Fonds

Die Postbank verfolgt bei dem Angebot von Fonds und Zertifikaten einen so genannten Best Select-Ansatz, d.h. ihre Kunden können Renten-, Geldmarkt-, Aktien- und Mischfonds, Garantiefonds, Immobilienfonds, Closed-End Fonds und Zertifikate von Drittanbietern wie Allianz Global Investors, Credit Suisse, DWS Investments oder Fidelity International sowie daneben auch konzernerneigene Produkte beziehen. Mit der Deutsche Bank AG hat die Gesellschaft Mitte September 2008 eine Grundsatzvereinbarung über die Kooperation unter anderem beim Vertrieb von Investmentprodukten geschlossen; danach werden die Vertragsparteien die Möglichkeit des Vertriebs von Deutsche Bank-Investmentprodukten durch die Postbank und Details dazu kurzfristig prüfen (siehe „*Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG*“).

Die eigenen derzeit 25 Publikumsfonds verwaltet die Postbank über zum Konzern gehörende Fondsgesellschaften in Deutschland und Luxemburg und konzentriert sich auf ihre Kernkompetenzen im Bereich Zinsrisikomanagement und Garantieprodukte.

Angesichts der Volatilität der Kapitalmärkte bietet die Postbank vermehrt Garantiefonds an, wie zum Beispiel den Fonds „Postbank Dynamik Klima Garant“, der eine 100 %ige Kapitalgarantie zum Ende der Garantieperiode aufweist. Diese Produkte sind insbesondere für sicherheitsorientierte Kunden attraktiv, die ansonsten möglicherweise nicht in Aktienfonds investieren würden.

Ende 2007 hat die Postbank den Fonds Postbank Vermögensmanagement Plus mit den drei Sondervermögen Ertrag, Wachstum und Chance eingeführt. Durch diese drei Varianten haben die Kunden die Möglichkeit, entsprechend ihrer jeweiligen individuellen Risiko- und Ertragserwartung zu investieren. Vermögensmanagement Plus ist ein aktives Vermögensanlagekonzept basierend auf einem mathematischen Anlagemodell. Es analysiert die Marktbewegungen und entscheidet dann auf Basis von Kennziffern, ob die Chancen einer Anlage mit den Risiken in Einklang stehen und schichtet automatisch in als profitabler eingeschätzte Anlagen um.

Zur weiteren Stärkung der Wettbewerbsposition der Postbank im Geschäft mit Wertpapieren und Fonds dienen unter anderem folgende Maßnahmen:

- *Produktinnovationen:* Neben dem Best-Select-Ansatz hat die Postbank beispielsweise strukturierte Zertifikate eingeführt und das Postbank Altersvorsorgekonto, ein Anlage-Konzept auf Basis zweier Zertifikate mit einer Garantie- und einer Überschusskomponente, zusammen mit Goldman Sachs entwickelt. Für Produktinnovationen bei Wertpapieren und Fonds nutzt die Postbank ferner verstärkt die Expertise des Geschäftsbereichs Financial Markets, was unter anderem in der Einführung des Fonds „Postbank Vermögensmanagement Plus“ resultierte.
- *Qualitätsoffensive:* Die Berater der Postbank werden mittels grundlegender Aufbauschulungen zu Fonds und Zertifikaten intensiv weitergebildet und in Themenseminaren bezüglich aktueller Entwicklungen im Markt, bei Produkten oder im Verkauf informiert. Durch die weitere Standardisierung und Systematisierung der Verkaufsprozesse sowie den Einsatz bedarfsorientierter Anlageberatungstools soll die Beratungsqualität kontinuierlich gesteigert werden.
- *Vertriebsunterstützung:* Neben der breiteren Auswahlmöglichkeit durch den Best-Select-Ansatz profitiert die Postbank auch beim Vertrieb von der Kooperation mit Drittanbietern, etwa über gemeinsame Kundenveranstaltungen und interne Workshops. Wichtigster Vertriebskanal im Wertpapiergeschäft sind die Filialen.

Die Postbank bietet ihren Kunden ferner die Wertpapierverwahrung und Brokerage-Dienstleistungen an, also insbesondere die Ausführung von Wertpapiergeschäften im Auftrag ihrer Kunden. Die Kunden der Postbank können Aktien, festverzinsliche Wertpapiere, Optionsscheine, Zertifikate, und andere an deutschen Börsen gehandelte Finanzinstrumente sowie ausgewählte Investment-Fonds kaufen und verkaufen. Zur Unterstützung des Kunden bei seiner Anlageentscheidung stellt die Postbank umfangreiche aktuelle Marktinformationen über ihr Internetportal zur Verfügung.

Die Gesellschaft prüft derzeit die Eingehung einer Vertriebskooperation für das Wertpapiergeschäft mit einem führenden Anbieter, möglicherweise auch im Rahmen einer Veräußerung ihrer deutschen Kapitalanlagegesellschaft.

Bausparen

Mit der BHW Bausparkasse AG gehört die zweitgrößte private deutsche Bausparkasse — gemessen an der Anzahl der Verträge und der Bausparsumme (Quelle: eigene Berechnungen der Postbank auf Basis der Geschäftsberichte der Bausparkassen) — zur Postbank. Ihre Bausparverträge, welche die Produktpalette im Bereich Spar- und Anlageprodukte vervollständigen, vertreibt sie über den mobilen Vertrieb, den Direktvertrieb sowie die Filialen der Postbank.

Durch einen Bausparvertrag erwirbt der Kunde nach Leistung von Bauspareinlagen einen Anspruch gegen die Bausparkasse auf Gewährung eines Kredits zur Finanzierung von Wohneigentum zu günstigen Zinssätzen. Das Tarifwerk des BHW ist traditionell durch seine hohe Flexibilität für den Kunden geprägt. Im Unterschied zu fast allen am Markt erhältlichen Tarifen muss der Kunde sich bei Vertragsabschluss nicht zwischen der Finanzierungsvariante mit günstigem Darlehenszins und der Renditevariante mit höherer Einlagenverzinsung entscheiden, sondern behält über die gesamte Vertragslaufzeit die Flexibilität, das zinsgünstige Bauspardarlehen in Anspruch zu nehmen oder bei Darlehensverzicht einen Zinsbonus auf die Einlagenverzinsung zu erhalten. Seit April 2006 bietet die BHW Bausparkasse über ihre eigenen inländischen Vertriebswege ausschließlich den Tarif Dispo maXX der jüngsten Generation an. Die Einlagenverzinsung ergibt sich aus einer Basisverzinsung von 1 % p.a. und einem variablen Zinsbonus von mindestens 1,5 % p.a. und maximal 3 % p.a., in Abhängigkeit von der jährlich ermittelten Umlaufrendite (Bonusverzinsung begrenzt auf acht Jahre Spardauer). Bei den Darlehenszinsen kann sich der Kunde bei Vertragsabschluss zwischen drei Tarifvarianten mit einer Darlehensverzinsung von 1,9 %, 2,9 % und 3,75 % entscheiden.

Je nach der Einkommenssituation der Kunden wird das Bausparen staatlich gefördert. Da die Voraussetzungen der staatlichen Förderung durch das im Juli 2008 verabschiedete Eigenheimrentengesetz, so genannter „Wohn-Riester“, zur verbesserten Einbeziehung der Wohnimmobilie in die steuerlich geförderte private Altersvorsorge geändert wurden, plant die Postbank, Bausparverträge mit Riester-Zertifikat als auf die gesetzlichen Änderungen zugeschnittene neue Bausparprodukte einzuführen.

Finanzierungen

Baufinanzierung

Die Postbank bietet Baufinanzierungen mit Schwerpunkt im Bereich des privaten Wohnungsbaus (insbesondere für Neubau, Haus- und Wohnungskauf, Renovierung und Modernisierung sowie Umfinanzierung) unter den Marken „DSL Bank“ und „BHW“ an. Diese Zwei-Marken-Strategie erlaubt es der Postbank, die Preisgestaltung der Baufinanzierung nach Vertriebswegen und Kundengruppen zu differenzieren.

- *DSL Bank:* Unter der Marke „DSL Bank“ bietet die Postbank im Drittvertrieb in erster Linie komplexere Immobilienfinanzierungen maßgeschneidert für die speziellen Bedürfnisse der jeweiligen Kunden an. Über die Kooperation mit Finanzdienstleistern unter der Marke „DSL Bank“ erreicht die Postbank auch Kunden, die nicht zu ihrem eigenen Kundenstamm gehören (siehe „—Vertrieb — Drittvertrieb — Drittvertrieb unter der Marke ‚DSL Bank‘“).
- *BHW:* Über ihre eigenen Vertriebskanäle und in geringerem Umfang auch über Kooperationspartner vertreibt die Postbank Bausparprodukte und Baufinanzierungen unter ihrer Spezialmarke für Bausparen und Baufinanzierung „BHW“. Neben Bauspardarlehen (so genanntes Kollektivgeschäft) bietet die

Postbank auch außerkollektive Baufinanzierungen, vor allem Vor- und Zwischenfinanzierungen (Bausparsofordarlehen) und Hypothekendarlehen (Fest- und Tilgungshypotheken) sowie Spezialfinanzierungen an. Vor- und Zwischenfinanzierungen sind mit einem Bausparvertrag verknüpfte, endfällige und überwiegend hypothekarisch besicherte Darlehen. Die Tilgung der Vorfinanzierung erfolgt über ein Bauspardarlehen aus einem parallel angesparten Bausparvertrag, das anschließend getilgt wird. Im Regelfall sind die monatlichen Belastungen über die gesamte Vertragslaufzeit (von meist deutlich über zehn Jahren) konstant, es entsprechen sich also Zins- und Ansparleistung in der Vorfinanzierungsphase sowie die Zins- und Tilgungsleistung in der Bauspardarlehensphase.

Privatkredit

Privatkredite (Konsumentenkredite) werden unter den Marken Postbank und DSL angeboten.

Der „Postbank Privatkredit“ wird über die Postbank Finanzcenter, die Call Center und das Internet vertrieben, wobei die Konditionen in Abhängigkeit von den jeweiligen Kanälen ausgestaltet sind und sich nach der individuellen Bonität der Kunden richten. Die Laufzeiten bei den Postbank Privatkrediten liegen in der Regel zwischen 12 und 84 Monaten und die Kredithöhen zwischen € 1.500 und € 50.000; diese Kredite sind überwiegend unbesichert. Basierend auf dem „Postbank Privatkredit“ wurde der „Postbank Business Kredit“ entwickelt und erstmals im August 2005 Geschäftskunden angeboten. Hierbei handelt es sich um einen klassischen Ratenkredit, der sich aber in der Ausgestaltung der Konditionen und den Prozessen der Kreditvergabe auf wirtschaftlich Selbstständige und kleine Gesellschaften ausrichtet und einen geschäftsbezogenen Verwendungszweck hat. Das maximale Kreditvolumen liegt hier bei € 125.000 (bei Neukunden bei € 50.000) und die maximale Laufzeit bei 84 Monaten.

Im November 2007 wurde in Ergänzung des „Postbank Privatkredits“ der „Postbank Minutenkredit“ eingeführt. Der „Postbank Minutenkredit“ richtet sich mit Kreditbeträgen von € 1.500 bis € 2.999 und der Möglichkeit der sofortigen Auszahlung über das Girokonto an Zielgruppen mit kleinvolumigen, kurzfristigen Finanzierungswünschen.

Weitere Kundengruppen erreicht die Postbank über ihre unabhängigen Kooperationspartner durch das seit 2004 unter der Marke DSL Bank angebotene Konsumentenkreditgeschäft (siehe „—*Vertrieb* — *Drittvertrieb* — *Drittvertrieb unter der Marke ‚DSL Bank‘*“).

Erwerb von Kreditportfolien

Die Postbank stärkt ihr Neugeschäft primär in der Baufinanzierung zusätzlich zu organischem Wachstum durch den Erwerb von deutschen Kreditportfolien. In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 hat die Postbank Portfolio-Ankäufe in Höhe von € 2,2 Mrd. und im Jahr 2007 in Höhe von € 2,6 Mrd. getätigt. Durch den Erwerb von Kreditportfolien erreicht die Postbank eine höhere Auslastung ihrer Abwicklungsplattform. Zudem kann die Gesellschaft die durch Grundpfandrechte gesicherten Darlehensforderungen als Deckungsmasse bei ihrer Refinanzierung durch die Emission von Pfandbriefen nutzen. Über Prolongationen von erworbenen Baufinanzierungsdarlehen kann die Postbank die Kundenbeziehung ausbauen.

Versicherungen

Die Postbank bietet primär Lebens- und Sachversicherungen in überwiegend exklusiven Kooperationen mit verschiedenen Partnern an.

Geschäftstätigkeit

Partner	Talanx	HUK-COBURG	Best-Select-Ansatz
Produkte	Lebensversicherungen <ul style="list-style-type: none"> • Riester-Rente • Rürup-Rente • Private Rentenversicherung • Kapitallebensversicherung • Berufsunfähigkeitsversicherung • Unfallversicherung 	Sachversicherungen <ul style="list-style-type: none"> • Hausrat • Wohngebäude • Privathaftpflicht • Rechtsschutz • Kfz 	Lebensversicherungen <ul style="list-style-type: none"> • Riester-Rente • Rürup-Rente • Private Rentenversicherung • Kapitallebensversicherung • Berufsunfähigkeitsversicherung • Unfallversicherung Krankenvoll- und Zusatzversicherungen
Vertriebsweg	Mobiler Vertrieb (Finanzmanager), Filialnetz*, Call Center*, Direkt-Banking*, Direktmarketing*	Mobiler Vertrieb*, (Finanzmanager) Filialnetz*, Call Center*, Direkt-Banking*, Direktmarketing*	Mobiler Vertrieb (Vermögensberater)
Laufzeit	15 Jahre (bis 2022)	15 Jahre (bis 2022)	Keine festen Laufzeiten

* nicht alle Versicherungsprodukte werden angeboten

Im Jahr 2007 strukturierte die Postbank ihre Versicherungsaktivitäten neu.

- **Talanx:** Die Postbank veräußerte die Anteile an den seit 1998 mit der Talanx AG bestehenden Joint Ventures PB Lebensversicherung AG und PB Versicherung AG sowie die seit dem Erwerb der BHW Holding ebenfalls zum Konzern gehörenden BHW Lebensversicherung AG und BHW Pensionskasse AG im Jahr 2007 an die Talanx AG. In diesem Zusammenhang schloss die Postbank mit der Talanx AG und drei Tochtergesellschaften der Talanx AG langfristige Kooperationsvereinbarungen zum Versicherungsvertrieb (siehe „*Wesentliche Verträge — Veräußerung von Versicherungsbeteiligungen; Abschluss von Vertriebskooperationsverträgen im Versicherungsbereich — Talanx AG*“).
- **HUK-COBURG:** Zur Komplettierung des Angebots im Versicherungsbereich ist die Postbank zudem eine langfristige Vertriebskooperation mit der HUK-COBURG eingegangen, wobei die HUK-COBURG im Gegenzug über deren eigenen Vertrieb weniger beratungsintensive Produkte der Postbank, insbesondere Girokonten, vertreibt (siehe „*Wesentliche Verträge — Veräußerung von Versicherungsbeteiligungen; Abschluss von Vertriebskooperationsverträgen im Versicherungsbereich — HUK-COBURG*“).

Die Postbank plant, insbesondere im Bereich Restschuldsicherungen, weitere exklusive Kooperationen einzugehen.

Immobilienvermittlung

Seit dem Erwerb der BHW gehört die BHW Immobilien GmbH, die über 400 Makler in bundesweit rund 200 Immobilienzentren Grundstücke, Häuser, Wohnungen sowie Ferien- und Kapitalanlageimmobilien vermittelt, ebenfalls zur Postbank. Die Vermittlung von Immobilien ist für die Postbank im Hinblick auf ihr Baufinanzierungsgeschäft komplementär.

Vertrieb

Die Postbank vertreibt als so genannte Multikanalbank ihre Produkte über Filialen, den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking und Call-Center sowie im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner. In klassischen Kernprodukten in den Bereichen Girokonten, Sparen, Bausparen und Baufinanzierung erbringen die Filialen und der mobile Vertrieb über 80 % der Gesamtvertriebsleistung der Postbank.

Die verschiedenen Vertriebskanäle haben unterschiedliche Stärken und ergänzen sich gegenseitig. Das Filialnetz dient insbesondere der persönlichen Beratung und Betreuung der Kunden und der

Neukundengewinnung. Der mobile Vertrieb ermöglicht örtliche Flexibilität in der Kundenbetreuung und ausführliche Beratung insbesondere zu komplexeren Finanzdienstleistungen. Neben der Information über das Produktsortiment und der Transaktionsabwicklung dient das Direkt-Banking über die Website der Postbank auch dem Produktvertrieb. Ausschließlich über das Internet bietet die Postbank zudem ihre so genannten „direkt“ Produkte mit speziellen Sonderkonditionen an. Das Call-Center nimmt neben dem Produktverkauf und der Transaktionsabwicklung Aufgaben im Rahmen der Kundenbindung und des Kundenservice wahr.

Ihre 14,2 Mio. Kunden ordnet die Postbank grundsätzlich keinem bestimmten Vertriebskanal zu, sondern sie können zwischen den verschiedenen Vertriebskanälen frei wählen. Im Rahmen ihres Strategieprogramms „Next Step“ beabsichtigt die Postbank, sich im Rahmen der Vertriebsaktivitäten auf ihre 4,8 Mio. Stammkunden zu konzentrieren und diesen je nach genutzten Produkten und Affinität zu den verschiedenen Vertriebsformen einen festen Ansprechpartner im Filialnetz der Postbank bzw. im mobilen Vertrieb oder das Call Center als primären Vertriebskanal zuzuordnen. Dadurch soll eine verbesserte Betreuung der Stammkunden sichergestellt, die zusätzliche Nutzung der anderen Vertriebskanäle jedoch nicht eingeschränkt werden.

Über alle Vertriebskanäle hinweg wird insbesondere das beratungsintensive Geschäft, das in erster Linie Wertpapiere und Versicherungen umfasst, durch die so genannte Vertriebsunterstützung der Postbank gefördert:

- *Training und Konzepte:* Die Vertriebsunterstützung vermittelt den Beratern und Vertriebsmitarbeitern in Workshops Fach- und Vertriebswissen zu Produkten, Vertriebstechniken und aktuellen Themen auf Basis selbst entwickelter Transferkonzepte, die zudem motivationssteigernd wirken sollen.
- *Koordination vertriebsunterstützender Maßnahmen von Drittanbietern:* Die Vertriebsunterstützung koordiniert Trainings- und Kundenveranstaltungen mit Produktpartnern, deren Fonds die Postbank ihren Kunden anbietet, und nutzt so das Spezialwissen dieser Drittanbieter zur Weiterbildung der Mitarbeiter und zur Kundenbindung.
- *Incentiveprogramme und Kundenveranstaltungen:* Die Vertriebsunterstützung arbeitet motivationsfördernde Incentiveprogramme mit Prämien für das Erreichen beispielsweise bestimmter Umsatzziele durch die Berater und Vertriebsmitarbeiter aus. Zudem organisiert die Vertriebsunterstützung Kundenveranstaltungen, die ein positives Image der Postbank vermitteln und den Kontakt zwischen Beratern und Kunden erhöhen sollen.

Filialvertrieb

In der Multikanalstrategie der Postbank hat der stationäre Vertrieb von Produkten, schwerpunktmäßig von Giro- und Sparkonten, über 856 eigene Filialen und mehr als 5.150 Filialen der Deutsche Post AG (inklusive Post-Agenturen) zentrale Bedeutung.

- *Flächendeckender Kundenzugang:* Die Postbank ermöglicht potentiellen und bestehenden Kunden über die hohe Anzahl von Filialen in Kooperation mit der Deutsche Post AG flächendeckend Zugang zu den von ihr angebotenen Finanzdienstleistungen. Dabei liegen die durchschnittlichen Öffnungszeiten sowohl der Postbank-Filialen (einschließlich Samstag) als auch der Deutsche Post-Filialen über dem Marktdurchschnitt für Kreditinstitute in Deutschland. Die in den Filialen neben den Finanzprodukten angebotenen Postdienstleistungen und so genannten neuen Dienstleistungen (Telekommunikation, Strom, Schreibwaren) führen zu einem hohen kontinuierlichen Besucherstrom in den Filialen. Bis zu 80 % der täglich etwa eine Millionen Besucher unterhalten noch keine Kundenbeziehung zur Postbank und stellen folglich ein großes Potenzial für Neugeschäft dar. Dies zeigt sich darin, dass die Postbank im Jahr 2007 rund 71 % der im Geschäftsbereich Retail Banking gewonnenen rund 1,0 Mio. Neukunden (brutto) in den Filialen akquirierte.
- *Systematische, bedarfsorientierte Beratung:* Ihre Filialmitarbeiter hat die Postbank in den letzten Jahren durch umfangreiche Schulungsmaßnahmen in fachlicher und vertrieblicher Hinsicht weiterqualifiziert. Diesen Trainingsprozess setzt die Postbank im Rahmen der mit dem Strategieprogramm

„Next Step“ eingeleiteten Qualitätsoffensive kontinuierlich fort. Die Mitarbeiter in Service und Verkauf sind für die schnelle Abwicklung von Kundenwünschen zuständig und vor allem für den Vertrieb von Giro- und Sparprodukten geschult. Kundenberater verantworten das beratungsintensivere Finanzdienstleistungsgeschäft und den Ausbau der bestehenden Kundenbeziehungen durch gezielte Ansprache von Bestandskunden. Die Baufinanzierungsberater stehen Interessenten für Baufinanzierungs- und Bausparprodukte der Postbank mit ihrer Expertise zur Verfügung und vermitteln ihr Fachwissen auch an die Kundenberater. Durch IT-gestützte Hilfen bei den Beratungsgesprächen ist die Postbank bestrebt, die Qualität der Kundenberatung zu verbessern und stärker auf die Kundenbedürfnisse einzugehen. Über eine intensivere Betreuung der Stammkunden und die Gewinnung von Neukunden soll das Ertragswachstum gesteigert werden.

Mit dem initiierten Projekt „Filiale im Wandel“ zielt die Postbank auf eine erhöhte Wahrnehmung der angebotenen Finanzdienstleistungen, eine Erneuerung des Erscheinungsbildes der Postbankfilialen sowie einer Verbesserung des Service und der Mitarbeiterqualifikationen ab.

Die heutige Struktur des Filialvertriebs entstand Anfang 2006, als die Postbank 850 Filialen, die bereits als Kompetenzzentren für Finanzdienstleistungen konzipiert waren, von der Deutsche Post AG übernahm. Zuvor unterhielt die Postbank kein eigenes Filialnetz, sondern nutzte für den stationären Vertrieb ausschließlich das Filialnetz der Deutsche Post AG gemäß eines zwischenzeitlich ersetzten Kooperationsvertrages. Gleichzeitig mit der Übernahme der Filialen stellten die Postbank und die Deutsche Post AG ihre Zusammenarbeit durch den Abschluss von drei Kooperationsvereinbarungen auf eine neue Grundlage:

- *Finanzdienstleistungen:* Die Deutsche Post AG vertreibt gegen Provision weiterhin standardisierte Finanzdienstleistungen der Postbank mit Schwerpunkt auf Giro- und Sparprodukten in den Postfilialen und -agenturen.
- *Postdienstleistungen:* Umgekehrt bietet die Postbank in ihren eigenen Filialen gegen eine feste Vergütung Postdienstleistungen an.
- *Neue Dienstleistungen:* Unter den so genannten neuen Dienstleistungen versteht die Postbank Produkte aus den Bereichen Telekommunikation, Strom und Schreibwaren. Nach der Kooperationsvereinbarung zwischen der Gesellschaft und Deutsche Post AG werden diese neuen Dienstleistungen auch in den Postfilialen und -agenturen im Namen und für Rechnung der Postbank bzw. im Auftrag der Postbank für deren Vertragspartner vertrieben.

Siehe hierzu auch „*Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen Personen — Beziehungen zum Deutsche Post-Konzern (ohne Postbank-Teilkonzern) — Erwerb der Deutsche Post Retail GmbH*“, „— *Kooperationsvertrag über den Vertrieb von Finanzdienstleistungen der Postbank durch die Deutsche Post AG (FDL Kooperationsvertrag)*“, „— *Kooperationsvertrag über den Vertrieb von Postdienstleistungen durch die Postbank (PDL Kooperationsvertrag)*“ und „— *Kooperationsvertrag über den Vertrieb von neuen Dienstleistungen durch die Deutsche Post AG (NDL Kooperationsvertrag)*“.

Die Deutsche Post AG ist grundsätzlich frei, ihr Vertriebsnetz entsprechend den Bedürfnissen ihrer Kunden, den gesetzlichen Vorgaben oder aus betriebswirtschaftlichen Gründen zu ändern, insbesondere auch zu verkleinern. Zwar statuiert der Kooperationsvertrag eine Mindestanzahl von Postfilialen, in denen Finanzdienstleistungen der Postbank vertrieben werden, aber diese Mindestanzahl verringert sich jährlich bis 2011; danach soll ein weiterer Abbau von Postfilialen auf Basis von vertraglich noch zu vereinbarenden Kriterien erfolgen. Verringert sich die Anzahl der Postfilialen, welche der stationäre Vertrieb der Postbank nutzen kann, spürbar, kann dies zu einem Rückgang beim Absatz von Finanzdienstleistungen, insbesondere Girokonten, führen, den Service in der Fläche einschränken und die Loyalität der Postbankkunden beeinträchtigen (siehe „*Risikofaktoren — Markt- und geschäftbezogene Risiken — Für den stationären Vertrieb der Postbank sind langfristige Verträge mit der Deutsche Post AG von besonderer Bedeutung*“).

Mobiler Vertrieb

Die Postbank bietet über ihren mobilen Vertrieb, seit 2006 organisiert in ihrer Tochtergesellschaft Postbank Finanzberatung AG, schwerpunktmäßig Baufinanzierungs- und Bausparprodukte sowie Konzepte zur

Geschäftstätigkeit

Altersvorsorge an. Je nach den Kundenbedürfnissen haben die Berater unterschiedliche Schwerpunkte in ihren Aufgaben und Kompetenzen:

	Finanzmanager	Vermögensberater
Zielkunden	Stammkunden mit Interesse an allen Produkten des Geschäftsbereichs Retail Banking	Vermögende Kunden mit Schwerpunkt Anlage und Versicherung
Kernprodukte	<ul style="list-style-type: none">• Girokonten• Bausparverträge• Baufinanzierungen• Fonds und Zertifikate• Versicherungen	Best-Select-Ansatz für <ul style="list-style-type: none">• Fonds und Zertifikate• Versicherungen• Closed End Funds• Sonstige Produkte der Postbank
Beratungsansatz	Bedarfsorientierte Beratung, unterstützt durch Kampagnen	Umfassende Beratung, selektiv unterstützt durch Kampagnen
Konzernweite Zusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none">• Kundenkontakte, die sich aus Kampagnen ergeben• Regionale Aktionen in den Filialen der Deutsche Post AG	<ul style="list-style-type: none">• Betreuung von vermögenden Kunden, die aus den Filialen weitergeleitet werden• Kundenkontakte, die sich aus Kampagnen ergeben

Zum Jahresende 2007 waren 4.260 mobile Berater für die Postbank Finanzberatung AG tätig (einschließlich der damals noch dem mobilen Vertrieb zugeordneten Baufinanzierungsberater, die im Jahr 2008 organisatorisch dem Filialvertrieb zugeordnet worden sind), zum 30. September 2008 betrug die Zahl der mobilen Berater (ohne Baufinanzierungsberater) 4.032; bei den Beratern handelt es sich ganz überwiegend um selbstständige Handelsvertreter, die umsatzabhängig vergütet werden. Mit der Möglichkeit, Kunden vor Ort, zu Hause oder in einem der über 950 Beratungscenter (kleine, allein auf Beratung ausgerichtete Geschäftsräume) zu betreuen, ergänzt der mobile Vertrieb das Filialvertriebsnetz und leistet einen bedeutenden Beitrag zur Multikanalstrategie der Postbank.

Die Postbank strebt an, im Rahmen ihres Strategieprogramms „Next Step“ den mobilen Vertrieb mit Hilfe von Schulungen zunehmend in die Lage zu versetzen, kompetent zu mehreren unterschiedlichen Produktfeldern zu beraten, und so die Cross-Selling-Quote zu erhöhen.

Direkt-Banking

Von zentraler Bedeutung für den Vertriebskanal Direkt-Banking ist die Internetplattform der Postbank. Über die Internetplattform können nicht nur Informationen über die Leistungen der Postbank eingeholt und Berater kontaktiert, sondern auch ein breites Produktspektrum online erworben werden. Teile ihres Produktsortiments vertreibt die Postbank ausschließlich online, wobei die Konditionen entsprechend den Bedürfnissen einer wachsenden Anzahl von preissensitiven direktbankaffiner Kunden ausgestaltet sind. Zu den Informations- und Vertriebsfunktionen der Internetplattform kommt die Abwicklung von Transaktionen wie zum Beispiel Online-Überweisungen. Zum 31. Dezember 2007 führte die Postbank insgesamt rund 3,8 Mio. Konten online, darunter 2,8 Mio. Girokonten, 590.000 Wertpapierdepots und 390.000 Konten der SparCard direkt.

Durch die Verzahnung der Vertriebswege Internet und Call Center wird eine verbesserte Betreuung von Interessenten schon während des Verkaufsprozesses erreicht. Die meisten Internet-Verkaufsprozesse können ohne Informations- und Qualitätsverlust nahtlos in Absprache mit dem Kunden im Call Center fortgeführt werden. Die zentrale vertriebswegübergreifende IT-Architektur erleichtert dem Kunden den Wechsel in die anderen Vertriebskanäle und unterstützt damit den Multikanalansatz der Postbank.

Ferner nutzt die Postbank auch Postsendungen (Mailings) als Form des Direktvertriebs. Die Mailing-Versendung berücksichtigt die vorhandenen Kundeninformationen, die auf bestimmte Bedürfnisse des Kunden schließen lassen. Um die Kunden enger an die Postbank zu binden, setzt die Postbank gezielte Direktmarketing-Programme ein, bei denen ausgewählte Kunden mit einer abgestimmten

Kommunikationskette (Mailings, E-Mail, Telefonanrufe) angesprochen werden. Ein modulares Kampagnentool ermöglicht den Finanzberatern der Postbank einen individuellen Mailingversand sowie die schnelle und persönliche Kommunikation mit ihren Kunden.

Call Center

Das an sieben Standorten betriebene Call Center der Postbank unterstützt die anderen Vertriebskanäle nicht nur in der Beratung und Transaktionsabwicklung, sondern stellt selbst einen vollwertigen Vertriebskanal dar.

- *Vertrieb:* Die Postbank vertreibt über ihr Call Center sämtliche Finanzdienstleistungen für Privatkunden. Den Geschäftskunden steht ein spezielles Call Center zur Verfügung, das auf deren spezifische Anfragen und Bedürfnisse ausgerichtet ist. Alle Mitarbeiter des Call Centers sind als Generalisten in der Beratung kompetent bezüglich Giro-, Spar- und Bausparprodukte, Kreditkarten, Privatkredite sowie Versicherungen. Lediglich die Bereiche Baufinanzierung, Wertpapiergeschäft und Altersvorsorge betreuen Spezialisten. Soweit gesetzlich zulässig, kommen Vertragsabschlüsse am Telefon zustande. Neben dem Produktverkauf im Rahmen eingehender Gespräche werden gezielt Outbound-Kampagnen zur Erschließung weiterer Vertriebspotenziale genutzt.
- *Kundenbindung:* Das Call Center leistet einen wesentlichen Beitrag zur Kundenbindung. Dies soll auch für die intensivere Betreuung der rund 800.000 dem Call Center zugewiesenen Stammkunden genutzt werden. Systematisch werden Kunden, die ihre Giro- oder Sparkonten kündigen, angesprochen und so auf den Erhalt von Einlagen hingewirkt. Zudem sind die Vertriebskanäle Call Center und Direkt-Banking eng verzahnt; beispielsweise fasst das Call Center beim Abbruch von Internet-Anträgen zeitnah telefonisch nach und kann auf diese Weise den Produktverkauf steigern.
- *Kundenservice:* Das Call Center ist rund um die Uhr erreichbar. Einfache Anfragen wie nach dem Kontostand können kosteneffizient über das automatisierte Sprachportal erledigt werden. Die Kunden haben jedoch jederzeit die Möglichkeit, sich mit einem Berater verbinden zu lassen. Mit der aktuellen Qualitätsoffensive strebt die Postbank an, ihr Sprachportal kundenfreundlicher zu gestalten, einen schnelleren Zugang zum Berater zu gewährleisten und durch technologiegestützte Kundenansprachen die Vertragsabschlüsse zu erhöhen.

Drittvertrieb

Drittvertrieb unter der Marke „DSL Bank“

Unter der Marke „DSL Bank“ bietet die Postbank im Drittvertrieb Baufinanzierungen und Privatkredite an. Die Organisation des Drittvertriebs unter der Marke „DSL Bank“ ermöglicht eine Vielzahl von Kooperationen, die Entwicklung und Vermarktung exklusiver Produkte mit größeren Vertriebspartnern, die Ansprache zusätzlicher Kundengruppen sowie eine eigenständige preisliche Positionierung mit relativ höheren Margen bei Spezialprodukten.

Im Drittvertrieb arbeitet die Postbank mit unabhängigen Vermittlern zusammen, welche gegen Provision die persönliche Beratung der Endkunden, insbesondere zu komplexeren, individuellen Immobilienfinanzierungen, den Vertrieb der Produkte und den Kundenservice übernehmen. Kooperationen bestehen mit ungefähr 5.000 freien Finanz- und Anlageberatern, Immobilien- und Versicherungsmaklern sowie Banken, Bausparkassen und Versicherungen. Zu diesen Partnern der Postbank zählen auch die größten Finanzdienstleistungsgesellschaften in Deutschland wie AWD, Dr. Klein & Co., MLP und PlanetHome sowie Interhyp, die kürzlich von der ING Direct N.V., der Direct Banking Einheit der ING Group N.V., übernommen wurde. Mit der Deutsche Bank AG hat die Gesellschaft Mitte September 2008 eine Grundsatzerklärung über die Kooperation unter anderem beim Vertrieb von Immobilienfinanzierungen geschlossen; danach werden die Vertragsparteien die Möglichkeit des Vertriebs von Baufinanzierungsprodukten der Postbank durch die Deutsche Bank-Gruppe unter der Marke „DSL Bank“ und Details dazu kurzfristig genauer sondieren (siehe „Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG“).

Geschäftstätigkeit

Die Postbank plant, den Drittvertrieb unter der Marke „DSL Bank“ auszubauen und über die folgenden Angebote weitere Vermittler und Kooperationspartner für sich zu gewinnen:

- *Betreuung durch regionale Präsenz:* Die Postbank unterstützt ihre Vermittler über 17 Außenstellen, die neben der Betreuung der Vermittler auch in die Bearbeitung und Abwicklung von Kreditanträgen eingeschaltet sind, und 11 Repräsentanzen. Bundesweit tätige Kooperationspartner betreut die Postbank zentral durch auf Baufinanzierungen, Privatkredite sowie bestimmte Schulungs-, Zertifizierungs- und vertriebsunterstützende Maßnahmen spezialisierte Abteilungen.
- *Qualifizierungsmöglichkeiten:* Die Vermittler können sich an der im Jahr 2007 eingerichteten „DSL Bank Akademie“ fortbilden und staatlich anerkannte Qualifikationen wie den Fachberater für Finanzdienstleistungen erwerben.
- *Dokumentierte Qualität:* Die DSL Bank hat ein TÜV-geprüftes Qualitätsmanagementsystem eingeführt und ermöglicht auch ihren Vertriebspartnern, sich vom TÜV zertifizieren zu lassen.
- *Eigenständigkeit:* Die Vermittler genießen absoluten Kundenschutz, d.h. die Postbank darf die Kunden ihrer Vertriebspartner nicht für andere Bankgeschäfte abwerben. Ferner sind die Vermittler nicht verpflichtet, andere Produkte der Postbank anzubieten, ihnen ist jedoch die Option zum Vertrieb weiterer Produkte wie Versicherungen, Bausparverträge und Girokonten eingeräumt.
- *IT-Unterstützung durch DSL Star:* Das Online-Instrument DSL Star erlaubt Vermittlern mit der Postbank zu kommunizieren, das Beratungsgespräch mit Kunden sachgerecht zu steuern, den Abschluss während des Beratungsgesprächs vorzubereiten und administrative Aufgaben zu erledigen.

Drittvertrieb unter der Marke „BHW“

Unter der Marke „BHW“ vertreibt die Postbank Bausparprodukte und Baufinanzierungen nicht nur über ihre eigenen Vertriebskanäle, sondern auch über diverse regionale und überregionale Vermittlungsorganisationen, darunter Axa, Citibank (kürzlich von Crédit Mutuel erworben) und einige Sparda-Banken.

Sonstiger Drittvertrieb

Die Postbank hat mit einer Vielzahl von Unternehmen Kooperationsverträge über den Vertrieb bestimmter Produkte, wie etwa Giro- und Sparprodukte abgeschlossen. So vermittelt beispielsweise die HUK Coburg (teilweise über eine Vertriebsgesellschaft) exklusiv für die Postbank deren Girokonten, Sparprodukte und Privatkredite; außerdem vermarktet die Tchibo GmbH Spar- und Giroprodukte der Postbank in ihren Filialen und über ihren Webshop. Ab Mitte 2009 sollen Kunden durch eine Kooperation der Postbank mit Shell die Möglichkeit erhalten, unter Vorlage ihrer Girokarte an der Kasse von rund 1.300 Shell-Tankstellen kostenlos Bargeld abheben zu können. Durch zusätzliche Partnerschaften zum Vertrieb von Postbank-Produkten beabsichtigt die Postbank, ihre Marktpräsenz weiter zu erhöhen.

Geschäftsbereich Firmenkunden

Überblick

Im Geschäftsbereich Firmenkunden bietet die Postbank ihren derzeit ungefähr 30.000 Kunden Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr, Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Factoring und Leasing an. Anlage- und Kapitalmarktprodukte runden die Produktpalette ab.

Die folgenden Tabellen zeigen ausgewählte Finanzinformationen des Geschäftsbereichs Firmenkunden, wobei die Angaben in der ersten Tabelle den geprüften Konzernabschlüssen bzw. dem ungeprüften

Geschäftstätigkeit

Konzernzwischenabschluss entnommen wurden und die Angaben in der zweiten Tabelle ungeprüft sind und von der Postbank durch Auswertung ihrer operativen Geschäftstätigkeit ermittelt worden sind:

	2006 (geprüft) (in Mio. €)	2007 (ungeprüft) (in Mio. €)	9 Monate 2008 (ungeprüft)
Bilanzbezogene Erträge	267	278	-13
Provisionsüberschuss	105	104	77
Verwaltungsaufwand	-171	-163	-128
Ergebnis vor Steuern	165	191	-85
		(in %)	
Cost Income Ratio	46,0	42,7	200,0
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	46,7	50,5	-28,5

	2006	2007 (ungeprüft) (in Mio. €)	9 Monate 2008
<u>Neugeschäft</u>			
Commercial Real Estate — Domestic / Western Europe	2.084	3.568	3.552
Commercial Real Estate — PB Capital und PB London	4.085	3.109	2.433
<u>Bestand</u>			
Commercial Real Estate — Domestic / Western Europe	5.169	7.288	10.032
Commercial Real Estate — PB Capital und PB London	3.340	4.006	5.605
Unternehmenskredite	2.375	2.687	3.579
Kreditlinien	1.534	2.321	2.445
Sichteinlagen	3.318	3.745	4.379
Factoring	1.198	1.264	1.403

Marktumfeld und Wettbewerber

Auf dem deutschen Markt für Firmenkunden sind neben Universalbanken mit einem breiten Produktangebot zahlreiche nationale und internationale Spezialinstitute tätig. Die Märkte für die wesentlichen Produkte und Dienstleistungen der Postbank im Firmenkundengeschäft stellen sich wie folgt dar:

Markt für Sicht- und Termineinlagen

Das Volumen der Sichteinlagen von inländischen Unternehmen in Deutschland belief sich Ende 2007 auf € 264,9 Mrd. und ist seit dem Jahr 2004 durchschnittlich um 9,5 % p.a. gewachsen (Quelle: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik Juni 2008). Seit dem Jahr 2004 sind die Sichteinlagen der Firmenkunden auf den Girokonten der Postbank mit 5,1 % p.a. gewachsen.

Die Termineinlagen von inländischen Unternehmen in Deutschland beliefen sich nach Statistiken der Deutsche Bundesbank Ende 2007 auf € 672,9 Mrd. Sie sind nach dieser Statistik seit dem Jahr 2004 mit einer Wachstumsrate von 8,1 % p.a. gestiegen. Das Gesamtvolumen an Termin- und Tagesgeldern der Firmenkunden der Postbank belief sich zum 30. September 2008 auf durchschnittlich € 10,2 Mrd. (2007 durchschnittlich € 9,5 Mrd.).

Der Markt des Einlagengeschäfts mit Unternehmen und Selbstständigen in Deutschland wird nach Statistiken der Deutsche Bundesbank für Ende 2007 von den Landesbanken und Sparkassen zusammen mit einem Marktanteil von 33,0 % dominiert, gefolgt von den Großbanken (einschließlich der Gesellschaft) mit 21,9 % Marktanteil. Der Marktanteil der Postbank am Gesamtanteil des Einlagengeschäftes beträgt 1,2 %, der Marktanteil bei den Großbanken beträgt 5,5 % (Quelle: Interner Vergleich der Gesellschaft mit Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik Dezember 2007).

Markt für Kreditgeschäft

Das Kreditvolumen an inländische Unternehmen betrug Ende 2007 € 873,1 Mrd. (Quelle: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik Juni 2008). Auch im Kreditgeschäft mit inländischen Unternehmen und Selbstständigen liegen nach Statistiken der Deutsche Bundesbank für Ende 2007 Landesbanken und Sparkassen zusammen mit 41,2 % des Gesamtmarktes an der Spitze, es folgen die Großbanken (einschließlich der Gesellschaft) mit 14,6 %. Das Firmenkreditvolumen der Postbank belief sich zum 30. September 2008 auf € 4,5 Mrd. (zum 31. Dezember 2007 € 3,0 Mrd.).

Markt für gewerbliche Immobilienfinanzierung

Ausführliche Statistiken für gewerbliche Immobilienfinanzierungen sind in Deutschland, soweit ersichtlich, nicht verfügbar. Als Indikation dient das Volumen der dem Verband deutscher Pfandbriefbanken angeschlossenen Hypothekenbanken, deren Marktanteil im Jahr 2007 52,5 % am inländischen Gewerbeimmobilienkreditbestand ausmachte. Der Bestand an Hypothekendarlehen für gewerbliche Immobilienfinanzierung lag im Jahr 2007 bei € 260 Mrd. (€ 15,3 Mrd. über dem Wert des Vorjahres), während der Bestand der Wohnimmobilienfinanzierung um € 17,3 Mrd. auf € 261 Mrd. sank. Neufinanzierungen bei Wohnimmobilien stiegen hingegen auf € 40,7 Mrd. Mit einem Neugeschäft von € 112,4 Mrd. haben die Finanzierungen von gewerblichen Objekten die Wohnungsfinanzierungen deutlich übertroffen (Quelle: Verband Deutscher Pfandbriefbanken, Jahresbericht 2007).

Bei der Postbank ist seit dem Jahr 2004 bis Ende 2007 die nationale gewerbliche Immobilienfinanzierung durchschnittlich um 5,1 % p.a. gewachsen und belief sich im September 2008 auf durchschnittlich € 5,4 Mrd. (zum 31. Dezember 2007: € 3,7 Mrd.). Seit dem Jahr 2004 bis Ende 2007 ist die internationale gewerbliche Immobilienfinanzierung mit durchschnittlich 15,8 % p.a. gewachsen und belief sich im September 2008 auf durchschnittlich € 3,8 Mrd. (zum 31. Dezember 2007: € 2,6 Mrd.). Darüber hinaus ist die Postbank im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung auf dem nordamerikanischen und britischen Markt aktiv.

Markt für Factoring

Der Umsatz der im Deutscher Factoring-Verband e.V. vertretenen 22 Factoring-Institute, die mehr als 95 % des gesamten Factoring-Umsatzes in Deutschland repräsentieren, stieg im Jahr 2007 um 15,95 % auf insgesamt € 83,5 Mrd. Auch die Kundenanzahl erhöhte sich deutlich von 3.866 im Jahr 2006 auf 4.713 Factoring-Anwender im Jahr 2007 (Quelle: Deutscher Factoring-Verband, Jahresbericht 2007). Das Bestandsgeschäft der Postbank im Factoring belief sich im Jahr 2007 auf € 1.264 Mio.

Markt für Leasing

Den Leasingmarkt teilen sich herstellereigene, bankennahe und sonstige Leasinggesellschaften. Insbesondere Gesellschaften mit privatem Gesellschafterhintergrund müssen auch weiterhin mit Refinanzierungsschwierigkeiten rechnen. Hier rechnet die Postbank mit einer Fortsetzung des Konsolidierungsprozesses, der zu Übernahmen oder stillschweigenden Liquidationen insbesondere kleinerer Anbieter führt. Für banknahe Leasinggesellschaften ergibt sich daraus die Chance, ein über dem Gesamtmarkt liegendes Wachstum zu realisieren, wobei insbesondere im Fahrzeugleasing durch die absatzorientierte Konditionengestaltung seitens der herstellereigenen Leasinggesellschaften ein harter Wettbewerb herrscht. Aufgrund der hohen Anzahl an Anbietern liegen die Marktanteile selbst von führenden Leasinggesellschaften im Bankbereich (zum Beispiel GEFA, Deutsche Leasing und VR Leasing) nach Schätzungen der Postbank nur zwischen 6 % und 10 %.

Kunden

Als „Firmenkunden“ definiert die Postbank Unternehmen mit einem jährlichen Außenumsatz von über € 2,5 Mio. Das vollständige Produktangebot im Geschäftsbereich Firmenkunden ist auf die Bedürfnisse des deutschen Mittelstands ausgerichtet. Des Weiteren nutzen rund 90 % der DAX®-Unternehmen und rund 70 % der MDAX®-Unternehmen die Zahlungsverkehrslösungen der Postbank.

Ziel der Postbank für den Geschäftsbereich Firmenkunden ist es, bei bis zu 3.000 von ihren insgesamt etwa 30.000 Firmenkunden zu deren wichtigsten fünf Banken zu gehören. Bei der Fokussierung auf diese Kernbankkunden soll die Beratung von einem einzelprodukt- zu einem gesamtlösungsorientierten Ansatz

umgestellt und die Cross-Selling-Quote durch den Ausbau der Verkaufskompetenz der Berater gesteigert werden. Neben einer konsequenten Weiterbildung beabsichtigt die Postbank auch ihren Vertrieb personell zu stärken. Zudem sollen neue Firmenkunden mit hohem Potenzial gewonnen werden, indem unter anderem die Visibilität der Postbank für Firmenkunden am Markt durch anlassbezogene Aktionen erhöht wird.

Produkte und Dienstleistungen

Zahlungsverkehr, Kontoführung und Anlagegeschäft

Die Entwicklung von Zahlungsverkehrslösungen stellt die ursprüngliche Kernkompetenz der Postbank im Geschäftsbereich Firmenkunden dar.

Basis ist das „Postbank Geschäfts-Girokonto“. Firmenkunden unterhielten 44.850 Girokonten bei der Postbank zum 30. September 2008 und 45.200 Girokonten zum 31. Dezember 2007. Für den Auslandszahlungsverkehr gehören neben Fremdwährungskonten Lösungen für Dokumenteninkasso und Dokumentenakkreditive zum Produktangebot. Ergänzend stehen Firmenkunden ferner die virtuelle Kontonummernverarbeitung, beleglose Scheckeinreichung oder automatisierte Rücklastschriftbearbeitung inklusive Debitorenmanagement zur Verfügung sowie Bezahlverfahren für Geschäfte des eCommerce.

Zur Anlage kurzfristig vorhandener Liquiditätsüberschüsse bietet die Postbank ein variables Anlagekonto für Euro- und Fremdwährungseinlagen an. Dieses Konto wird geldmarktnah verzinst. Die Einlagen sind täglich verfügbar und bieten dadurch den Firmenkunden Flexibilität hinsichtlich der Kontoführung und Zinskonditionen. Alternativ besteht die Möglichkeit, überschüssige Liquidität als Termineinlage (Tages- und Termingeld) vorrangig in den Währungen EUR, USD und GBP für eine fest vereinbarte Laufzeit (1 Tag bis 12 Monate) festverzinst anzulegen. Die Mindestanlage beträgt € 100.000.

Im Rahmen der stufenweisen Einführung des einheitlichen, europaweiten Zahlungsverkehrsraums (*Single Euro Payments Area* — SEPA) hat die Postbank die Voraussetzungen für die SEPA-Überweisung geschaffen und stellt diese seit Januar 2008 ihren Kunden zur Verfügung. In einem weiteren Schritt soll voraussichtlich im Herbst 2009 auch die SEPA-Lastschrift eingeführt werden.

Firmenkundenkreditgeschäft

Um die Kundenbindung zu festigen, bietet die Postbank ihren Firmenkunden risikobewusst Kreditlinien und Investitionskredite an. Die Kredite werden in Abhängigkeit von ihrer Höhe automatisiert, teilautomatisiert oder manuell vergeben.

- *Kontokorrentkredit:* Der klassische Kontokorrentkredit spielt traditionell im Firmenkundengeschäft der Postbank eine wichtige Rolle. Er bietet den Firmenkunden einen erweiterten Liquiditätsrahmen und erhöht so deren wirtschaftliche Planungssicherheit.
- *Geldmarktkredit:* Zur Abdeckung eines kurzfristigen Liquiditätsbedarfs für Betriebsmittel dient der Geldmarktkredit.
- *Avalkredit:* Im Zuge der stärkeren Durchdringung der Kundenbeziehung bietet die Postbank ihren Firmenkunden auch für vielfältige Situationen maßgeschneiderte Avalformen an.
- *Mittelstandskredit:* Der Mittelstandskredit ermöglicht komplementär zum Kontokorrentkredit flexible Finanzierungslösungen für mobile und immobile Anlagegüter sowie für mittel- bis langfristige Betriebsmittel.
- *Förderkredit:* Seit 2007 unterstützt die Postbank ihre Firmenkunden bei der Auswahl aus Förderprogrammen der öffentlichen Hand und tritt beim Förderkredit als durchleitende Bank auf, über die das Förderinstitut (KfW, NRW.Bank, Landesbank Baden-Württemberg) zinssubventionierte Darlehen vergibt.

Gemeinsam mit der Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg entwickelt und vertreibt die Gesellschaft zudem Produkte im Bereich des Zins- und Währungsmanagements, die sich an den Anforderungen für Firmenkunden des Mittelstands orientieren. Ein weiterer wichtiger Baustein in der

Firmenkundenstrategie „Kernbank für den deutschen Mittelstand“ ist neben dem klassischen Konsortialgeschäft der Aufbau der zentralen Vertriebsseinheit „Strukturierte und syndizierte Finanzierungen“. Die Postbank bietet dadurch ganzheitliche Finanzierungslösungen für den gehobenen Mittelstand in Deutschland an.

Gewerbliche Finanzierungen

Die gewerbliche Finanzierung, schwerpunktmäßig von Immobilien, stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts der Postbank dar. Sie soll mit dem Fokus auf Europa gezielt und risikobewusst weiterentwickelt werden. Dazu können auch verstärkt Kooperationen mit international ausgerichteten Immobilienfinanzierern dienen, um deren Vertriebskanäle zu nutzen.

Nationale gewerbliche Finanzierungen

Im Bereich der nationalen gewerblichen Finanzierungen ist die Postbank in der gewerblichen Immobilienfinanzierung, in der Refinanzierung von Leasinggesellschaften (Immobilien und Mobilien), in der Finanzierung öffentlicher Investitionen durch private Investoren in Form von so genannten Public Private Partnerships sowie vereinzelt in der Finanzierung von Bauträgergesellschaften (für Grundstücksankauf und Baumaßnahmen mit überwiegend wohnwirtschaftlicher Nutzung) tätig. Der Schwerpunkt der Finanzierung liegt auf drittverwendungsfähigen Immobilien, wie beispielsweise Bürogebäuden, Einkaufszentren und Wohnungsprojekten.

Internationale gewerbliche Finanzierungen

Der geographische Schwerpunkt der Aktivitäten der Postbank im Bereich der internationalen gewerblichen Finanzierungen liegt in Europa, wobei die Aktivitäten im östlichen Zentraleuropa trotz der vergleichsweise attraktiven Margen mit besonderer Sorgfalt und sehr selektiv weiterentwickelt werden. Über ihre Niederlassung Postbank London Branch finanziert die Gesellschaft gewerbliche Immobilien vor allem in Großbritannien (siehe „— *Postbank London Branch*“); die Aktivitäten in Nordamerika werden von der PB Capital Corporation betreut (siehe „— *PB Capital Corporation*“).

Bei europäischen gewerblichen Finanzierungen beteiligt sie sich überwiegend an Konsortialkrediten, die meist von lokalen oder global tätigen Finanzinstituten arrangiert werden. Bei den bilateralen Finanzierungen der Postbank im internationalen Geschäft handelt es sich in der Regel um individuell strukturierte Kredite an namhafte institutionelle Anleger (Offene Immobilienfonds). Die einzelnen Finanzierungstranchen der Postbank liegen typischerweise im niedrigen bis mittleren zweistelligen Millionen-Euro-Bereich. Schwerpunkte liegen auf der Immobilienfinanzierung in den Segmenten Büroimmobilien, Einzelhandels- und gemischtgenutzte Objekte.

Factoring

Seit Mai 2002 ist die Postbank über ihre 100 %ige Tochtergesellschaft PB Factoring GmbH im Bereich des Factoring, also dem Ankauf von Forderungen aus Waren- und Dienstleistungsgeschäften, aktiv. Dabei bietet die Postbank mittelständischen Unternehmen mit gewerblichen Abnehmern ab einem Jahresumsatz von € 3 Mio. unterschiedliche Factoring-Varianten an, die jeweils auf die typischen Bedürfnisse der Kunden und deren Finanzierungsbedarf zugeschnitten sind. Zu den Factoring-Kunden zählt auch der Deutsche Post-Konzern.

Leasing

Die im Jahr 2001 gegründete Postbank Leasing GmbH ist eine Universal-Leasinggesellschaft mit Schwerpunkt auf dem Nutzfahrzeug- und Industriegütersektor. In erster Linie bietet sie ihre Dienstleistungen und Produkte den Firmenkunden der Postbank sowie Subunternehmern des Deutsche Post-Konzerns an. Die Risikoübernahme erfolgt derzeit über den regresslosen Forderungsverkauf an die Gesellschaft und externe Kreditinstitute. Im Jahr 2007 wurde ein Neugesäftsvolumen von rund € 100 Mio. erzielt; die Nettoerträge sind zur Zeit noch von leasingtypischen Anlaufverlusten geprägt.

Bündelung der ausländischen Firmenkundenaktivitäten

PB Capital Corporation

Seit dem Erwerb der PB Capital Corporation im Jahr 2001 ist die Postbank selektiv in Nordamerika tätig, und zwar vornehmlich auf den Gebieten der gewerblichen Immobilienfinanzierung, der Kommunalfinanzierung sowie als Investor in syndizierten Kreditmärkten und im Markt für Unternehmensanleihen. Ein Schwerpunkt ihrer Engagements liegt in der Immobilienfinanzierung, gefolgt von Unternehmenskrediten und der Kommunalfinanzierung.

- > *Gewerbliche Immobilienfinanzierung:* Im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung gewährt die PB Capital Corporation Finanzierungen mit Schwerpunkt auf Wohn- und Bürogebäuden an der Ost- und Westküste der USA. Weiterhin fokussiert sie sich auf die bislang relativ stabilen Regionalmärkte (wie beispielsweise New York, Seattle, Washington, San Francisco) und vermeidet die stärker durch die U.S.-Immobilienkrise betroffenen Märkte (Florida, Las Vegas, Südkalifornien).
- > *Kommunalfinanzierungen:* Die PB Capital Corporation engagiert sich ferner im Bereich der Kommunalfinanzierungen. In den USA profitieren Kommunalfinanzierungen von einer vorteilhaften steuerlichen Behandlung der Zinserträge. Die Größe des Portfolios an Kommunalfinanzierungen der PB Capital Corporation bestimmt sich auch durch das Verhältnis zu den Volumina der anderen (zu versteuernden) Bilanzaktiva der PB Capital Corporation.
- > *Kreditmärkte und Corporate Bonds:* Ein weiteres Geschäftsfeld der PB Capital Corporation ist die Beteiligung in verschiedenen syndizierten Kreditmärkten und die Anlage in Unternehmensanleihen. Die PB Capital Corporation verwaltet in diesem Zusammenhang ein Portfolio von Einzelunternehmensrisiken.
- > *Zins- und Währungsmanagement:* Die PB Capital Corporation bietet ihren Firmenkunden Dienstleistungen zu Aspekten des Managements von Zinssätzen und Währungen sowie zur Aktiv-/Passivsteuerung im Hinblick auf deren Bilanzen an. Dabei setzt sie unter anderem Zinsderivate, Devisen und festverzinsliche Wertpapiere ein.

Im Geschäftsfeld Credit Investments, wozu unter anderem auch die Anlage in strukturierte Kreditprodukte gehört, managt PB Capital Corporation den derzeitigen Bestand.

Zu den Auswirkungen der Finanzmarktkrise, siehe „*Risikofaktoren — Markt- und geschäftsbezogene Risiken — Einleitung: Hintergrund und Ausprägungen der gegenwärtige Krise an den Finanzmärkten und ihre Auswirkungen auf das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland*“.

Postbank London Branch

Über ihre Niederlassung Postbank London Branch finanziert die Postbank gewerbliche Immobilien in Großbritannien sowie in Kontinental-Europa mit Schwerpunkt Westeuropa. Dabei liegt der Schwerpunkt der Finanzierungen auf Bürogebäuden, Einkaufszentren, High-End Wohnungseigentumsanlagen, Hotels, Sozialimmobilien, Logistikimmobilien und drittverwendungsfähigen Industrieobjekten. Das Produktspektrum umfasst neben Investitionsfinanzierungen auch Grundstücksankaufs-, Aufbau- und Modernisierungsfinanzierungen. Postbank London Branch tritt dabei überwiegend als Arrangeur und Lead Manager der Transaktionen auf. In Abhängigkeit von der Größenordnung werden Teile des Finanzierungsvolumens zur Risikosteuerung an andere Banken syndiziert. Für das Kundengeschäft findet das Hedging der Zins- und Währungsrisiken über die Postbank London Branch statt. Die Postbank London Branch beabsichtigt, ihr Immobilienfinanzierungsgeschäft konservativ, aber kontinuierlich weiter auszubauen. Je nach Entwicklung der Märkte ist weiterhin geplant, unter Nutzung der Expertise im gewerblichen Immobilienbereich in Einzelfällen auch die Finanzierung öffentlicher Projekte durch private Investoren (so genannte Public Private Partnerships und Public Finance Initiatives) durchzuführen.

Vertrieb

Der Vertrieb der Postbank über die PB Firmenkunden AG, der entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben von dem Kreditbereich organisatorisch getrennt ist, ist primär auf die Kunden in Deutschland ausgerichtet. Die Vertriebsorganisation wird ergänzt durch einen spezialisierten Vertrieb für die Factoring

Geschäftstätigkeit

und Leasing-Produkte der Postbank. Der Vertrieb in Nordamerika erfolgt im Wesentlichen über die PB Capital Corporation, während der Vertrieb für vor allem gewerbliche Immobilienfinanzierung in Großbritannien über die Postbank London Branch organisiert wird.

Die Postbank hat ihre Firmenkunden in Deutschland nach Ertrag und Geschäftspotenzial vier Kundensegmenten zugeordnet. Diese Segmentierung dient als Basis für eine differenzierte Intensität in der Kundenbetreuung. Die Kernbankkunden und potenzielle Kernbankkunden werden persönlich betreut. Die individuelle Firmenkundenbetreuung ist in Deutschland flächendeckend dezentral an 15 Standorten organisiert. Die Standorte sind in vier regionalen Vertriebsbereichen (Nordost, West, Südwest und Süd) gebündelt und werden von regionalen Bereichsleitern gesteuert. Ergebnisschwächere Potenzialkunden werden primär telefonisch durch das Firmenkunden Center in Berlin betreut.

Im Vertrieb für gewerbliche Finanzierungen ist die Akquisition und Betreuung von Immobilienkunden für die Finanzierungen von drittverwendungsfähigen Immobilien mit einem Neugeschäftsvolumen ab € 5 Mio. organisiert. Ferner ist diese Organisationseinheit auch für die Pflege der Geschäftsverbindungen zu den nationalen und internationalen Konsortialpartnerbanken der Postbank verantwortlich und unterstützt die dezentralen Firmenkundenbetreuer bei Aufgaben der gewerblichen Immobilienfinanzierung.

Die Vertriebe der PB Factoring GmbH und der Postbank Leasing GmbH betreuen das jeweilige spezifische Produktangebot der Postbank zu Factoring und Leasing im deutschen Markt. Obwohl organisatorisch von der PB Firmenkunden AG getrennt, arbeiten alle drei Gesellschaften eng zusammen und unterstützen die Firmenkundenbetreuer der PB Firmenkunden AG insbesondere bei produktspezifischen Kundenbedürfnissen.

Geschäftsbereich Transaction Banking

Überblick

Der Geschäftsbereich Transaction Banking wurde im Jahr 2004 geschaffen und umfasst die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Kontoservices sowie die Kreditabwicklung.

Als Plattform für Transaktionen der konzernexternen Kunden auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs dient die Betriebs-Center für Banken AG (BCB), eine 100 %ige Tochter der Gesellschaft. Im Jahr 2007 wickelte die Postbank einschließlich der BCB rund 7,4 Mrd. Zahlungsverkehrstransaktionen ab. Zum 1. Juli 2008 lagerte die Gesellschaft ihren Zahlungsverkehr in die BCB aus. Dienstleistungen auf den Gebieten Kontoservices und Kreditabwicklung bietet die Postbank bislang konzernextern nicht an.

Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Finanzinformationen des Geschäftsbereichs Transaction Banking, die den geprüften Konzernabschlüssen bzw. dem ungeprüften Konzernzwischenabschluss entnommen wurden:

	2006 (geprüft)	2007 (in Mio. €)	9 Monate 2008 (ungeprüft)
Bilanzbezogene Erträge	4	4	3
Provisionsüberschuss	263	350	260
Verwaltungsaufwand	-245	-331	-240
Ergebnis vor Steuern	27	36	34
		(in %)	
Cost Income Ratio	91,8	93,5	91,3
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	—	—	—

Marktumfeld und Wettbewerber

Der Markt für die auch konzernextern angebotenen Produkte und Dienstleistungen der Postbank im Geschäftsbereich Transaction Banking, also der Markt für Zahlungsverkehr, stellt sich wie folgt dar:

Der europäische Markt für Zahlungsverkehr umfasste im Jahr 2006 insgesamt 73,1 Mrd. Transaktionen (Quelle: EZB Payment Statistics, November 2007), wobei Deutschland mit rund 17,2 Mrd. Transaktionen (Überweisungen, Lastschriften, Kartenzahlungen mit im Inland ausgegebenen Zahlungskarten, Zahlungstransaktionen mit Karten mit E-Geldfunktion und Schecks) im Jahr 2006 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistiken über den Zahlungsverkehr in Deutschland) vor Frankreich und Großbritannien mit 14,9 Mrd. bzw. 14,4 Mrd. Transaktionen (Quelle: EZB Payment Statistics November 2007) den größten Markt darstellt.

Im deutschen Inlandszahlungsverkehr betrug die Anzahl beleghafter Überweisungen im Jahr 2006 rund 1 Mrd., während sich die beleglosen Überweisungen auf rund 6,2 Mrd. beliefen. Hinzu kommen 7,4 Mrd. Lastschriften, 2,5 Mrd. Zahlungen mit Karte und noch rund 109 Mio. Scheckzahlungen (Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistiken über den Zahlungsverkehr in Deutschland). Der deutsche Markt für Auslandszahlungsverkehr (Euro-Zahlungsverkehr, d.h. grenzüberschreitende Transaktionen innerhalb der Euro-Zone, und Fremdwährungszahlungsverkehr, d.h. Transaktionen in Nicht-Euro-Länder) macht im Vergleich zum inländischen Zahlungsverkehr lediglich einen sehr geringen prozentualen Anteil aller abgewickelten Transaktionen aus, verursacht allerdings infolge geringerer Standardisierung überproportional hohe Abwicklungskosten pro Transaktion.

Mittelfristig werden die bisherigen nationalen Überweisungen, Lastschriften und Kartenzahlungen sowie der grenzüberschreitende Euro-Zahlungsverkehr durch die so genannten SEPA-Formate abgelöst. Mit der stufenweisen Einführung der SEPA werden sich auf der Basis einheitlicher rechtlicher Grundlagen gemeinsame Standards für Überweisungen, Lastschriften und Kartenzahlungen in Europa etablieren. Die Postbank erwartet, dass sich mit der steigenden Anzahl von SEPA-Überweisungen und der Einführung der SEPA-Lastschrift der Druck auf die Banken, im Zahlungsverkehr ein profitables Produkt zu etablieren, erhöhen wird. Aufgrund der mit SEPA verbundenen Investitionskosten wird die Attraktivität von Outsourcingmodellen zunehmen. Der Wettbewerb der Transaktionsinstitute wird sich von der nationalen auf die europäische Ebene verlagern.

Derzeit ist die Abwicklung des Zahlungsverkehrs europaweit noch weitestgehend national geprägt. Analog zum Drei-Säulen-Modell des deutschen Bankgewerbes in private, genossenschaftliche und öffentlich-rechtliche Banken lässt sich auch bei der Konsolidierung des Zahlungsverkehrs eine Dreiteilung erkennen:

- *Genossenschaftsbanken:* Die Genossenschaftsbanken organisieren ihren Zahlungsverkehr in der WGZ Bank und über die DZ Bank. Die WGZ Bank verarbeitete in 2006 für ihre rund 230 Mitgliedsbanken 917 Millionen Inlandszahlungen und hatte damit einen Marktanteil von rund 5 % (Quelle: WGZ-Bank, Geschäftsbericht 2006). Equens, ein Zusammenschluss der von der DZ Bank gegründeten Transaktionsinstitut für Zahlungsverkehrsdienstleistungen AG und der niederländischen Interpay, hat einen Marktanteil von ungefähr 17 % (Quelle: Schätzung der Postbank auf Basis der Pressemitteilung von Equens vom 21. September 2006).
- *Öffentlich-rechtliche Banken:* Auch bei den öffentlich-rechtlichen Instituten lassen sich Konzentrationen in der Abwicklung beobachten. So erfolgt die Abwicklung des inländischen und ausländischen beleglosen Zahlungsverkehrs für die Sparkassen in NRW und Brandenburg durch die WestLB. In der beleghaften Verarbeitung haben sich die Kölner und Dresdner Sparkassenservicegesellschaften und die ServiceZentrum Bayern GmbH & Co. KG zur Deutschen Servicegesellschaft für Finanzdienstleister zusammengeschlossen. Im Jahr 2005 gab es bei den Sparkassen noch rund 30 Zentren, die Zahlungsverkehrsdienstleistungen anboten (Quelle: Handelsblatt vom 6. Oktober 2005). Zusammen wickeln die Sparkassen und Landesbanken schätzungsweise die Hälfte der Zahlungsverkehrstransaktionen in Deutschland ab. (Quelle: Schätzung der Postbank auf Basis DSGVO 2004, Handelsblatt vom 6. Oktober 2005).

- *Private Banken:* Im Bereich der Privatbanken fanden in den vergangenen Jahren ebenfalls verschiedene Konsolidierungen statt und haben zu einer Konzentration der Zahlungsverkehrsabwicklung in der BCB, die auch für die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die HypoVereinsbank tätig ist, geführt. Nach Einschätzung der Postbank wickelt die BCB insgesamt derzeit ca. 20 % des deutschen Zahlungsverkehrs ab und ist damit einer der führenden nationalen Zahlungsverkehrsabwickler (Quelle: Schätzung der Postbank auf Basis des Vergleichs mit den vorgenannten Wettbewerbern).

Insgesamt bleibt der Markt für die Zahlungsverkehrsabwicklung durch folgende Entwicklungen und Trends gekennzeichnet:

- *Trend zum beleglosen Zahlungsverkehr:* Mit der zunehmenden Verbreitung moderner Technologien wie beispielsweise des Internets hat die Anzahl der beleghaften Transaktionen in den letzten Jahren stark abgenommen. Entsprechend ist infolge des hohen Automatisierungsgrades der Anteil der Fixkosten pro Beleg überproportional gestiegen.
- *Trend zu Flexibilisierung der Kostenbasis:* Die stetige Modernisierung der IT-Infrastruktur erfordert hohe Aufwendungen der Banken. Diese hohe Kostenbasis für die im Zahlungsverkehr notwendige Infrastruktur erfordert die Abwicklung hoher Volumina, um die Fixkosten pro Transaktion in ein im Vergleich zu dem hieraus erwirtschafteten Ertrag angemessenes Verhältnis zu bringen. Durch Outsourcing-Lösungen können die notwendigen Investitionen von den Banken auf den Outsourcing-Partner übertragen und so für die jeweilige Bank wesentlich reduziert werden.
- *Trend zur Fokussierung auf das Kerngeschäft:* Mit zunehmendem Ertragsdruck suchen Banken vermehrt nach Lösungen, um sich auf ihr profitables Kerngeschäft konzentrieren zu können. Die Abwicklung von Zahlungsvorgängen ist für viele Banken kein profitables Kerngeschäft. Die Auslagerung dieser Tätigkeit ist für Banken auch deshalb attraktiv, weil ein externer Dienstleister gegenüber dem Bankkunden nicht in Erscheinung tritt. Die Buchungen werden im Namen der kontoführenden Bank durchgeführt. Die Beziehung zwischen kontoführender Bank und dem Kunden wird hierdurch nicht berührt.

Zahlungsverkehr

Das Produktangebot in der Abwicklung des Zahlungsverkehrs umfasst alle wesentlichen Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Großbanken, insbesondere die Verarbeitung des beleghaften und beleglosen Inlands- und des Auslandszahlungsverkehrs. Bei allen Produkten kann die Produktionstiefe vom Mandanten flexibel bestimmt werden. Die Mandanten wählen je nach Anforderung, entweder alle Abwicklungsschritte des Zahlungsverkehrs, einzelne Produkte oder auch individuelle Produktkombinationen, die sie an die BCB auslagern wollen. Dabei begleitet die BCB das Auslagerungsverfahren von der Analyse des Betriebsmodells, über die Entwicklung von Migrationszenarien bis zur Umsetzung durch eine gemeinsame Projektsteuerung und den Aufbau eines Vertrags- und Key Account Managements.

Seit 2004 erbringt die BCB Zahlungsverkehrsdienstleistungen für die Dresdner Bank und die Deutsche Bank, seit 2007 auch für die HypoVereinsbank (siehe „*Wesentliche Verträge — Abwicklung des Zahlungsverkehrs der Dresdner Bank AG, Deutsche Bank AG und Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG*“). Nach dem Aufbau des Geschäftsfeldes Zahlungsverkehr in den Jahren 2004 und 2005 sowie dem nationalen Wachstum in den Jahren 2005 und 2006 liegt der Schwerpunkt der strategischen Ausrichtung nun auf europäischem Wachstum im Rahmen der schrittweisen Einführung der Single Euro Payments Area seit Januar 2008. Für den Aufbau eines Europa-Angebots im Zahlungsverkehr erwägt die Postbank, eine oder mehrere Partnerschaften in Form von Kooperationen, Beteiligungen oder Joint Ventures einzugehen. Im Zuge dessen wird derzeit auch konkret geprüft, ob die Postbank ihre Anteile an der BCB teilweise veräußert, um sie in eine größere europäische Abwicklungsplattform einzubringen. Durch die Gewinnung ausländischer Mandanten mittels des geplanten Europa-Angebots strebt die Postbank an, signifikante Skaleneffekte zu realisieren und so ihre Stückkosten weiter zu senken.

Inländischer Zahlungsverkehr

Im inländischen Zahlungsverkehr bietet die Postbank die gesamte Abwicklung des Zahlungsverkehrs an. Diese Dienstleistungen umfassen die Logistik, Auftragsannahme (beleghaft und beleglos), Abwicklung, Disposition, Clearing, Buchung, Archivierung und Nachforschung bei Reklamationen.

Im beleghaften Zahlungsverkehr gehören zu den von der Postbank erbrachten Dienstleistungen der Transport von Belegen, die Sortierung und Prüfung der Echtheit von Unterschriften, die Belegerfassung (also das digitale Einlesen und Erfassen der Belege über Scanner), die Verarbeitung der Belege durch Generierung von Zahlungsverkehrsdatensätzen und die Bereinigung von Zahlungsverkehrsdifferenzen sowie die Archivierung der Belege.

Das Clearing im Inlandszahlungsverkehr (also die Verrechnung der Zahlungsverkehrsvorgänge über die Hauptverwaltungen der Deutsche Bundesbank) erfolgt über schnelle und kostengünstige Datenleitwege. Darüber hinaus bietet die Postbank im Bereich Überweisungen spezielle Dienstleistungen bei dringenden Zahlungsverkehrsaufträgen an.

Auslandszahlungsverkehr

Zahlungen im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr werden entweder über Korrespondenzbanksysteme oder — in einem einheitlichen Währungsraum — über Clearing- bzw. Settlement-Systeme abgewickelt.

Die Postbank bietet Produkte an, welche die gesamte Wertschöpfungskette des Auslandszahlungsverkehrs abdecken. Bei den angebotenen Produkten werden die Aufträge geprüft und disponiert (inklusive Devisenposition), die Datensätze im Anschluss an die Empfängerbank über SWIFT oder Eurogiro weitergeleitet und gebucht. Die Postbank führt die Clearingkonten, bereinigt Zahlungsverkehrsdifferenzen, archiviert die Belege und den Schriftwechsel und stellt nötigenfalls Nachforschungen an.

Kontoservices

Dienstleistungen auf dem Gebiet Kontoservices umfassen die Anlage und Pflege von Kunden- und Vertragsdaten für Giro- und Sparkonten. Ergänzt wird dieses Angebot durch Entscheidungen über die Bonität und die Bearbeitung komplexer Kundenanliegen. Dabei werden alle Stufen der Wertschöpfung von der Kontoeröffnung über die Kontoführung bis zur Kontoschließung einbezogen. Im Einzelnen gruppiert die Postbank das Produktangebot in vier Hauptgruppen, wobei die einzelnen Leistungen flexibel kombiniert werden können:

- > Kontovertragsanlage, also die Eröffnung von Giro- bzw. Sparkonten;
- > Kontodatenverwaltung, worunter die Basisdatenverwaltung sowie die Bearbeitung von Pfändungsvorgängen, Kartenbestellungen, Sterbefällen und Steuerbefreiungsdokumenten fallen;
- > Kontovertragsauflösung, also die Löschung von Giro- bzw. Sparkonten; und
- > Bearbeitung von Reklamationen und individuellen Kundenanliegen.

Derzeit werden diese Dienstleistungen ausschließlich konzernintern erbracht, da Banken bislang insbesondere Kontoführungsaufgaben kaum ausgelagert haben. In den letzten Jahren hat die Postbank die Prozesseffizienz gesteigert und die Stückkosten entsprechend gesenkt. Dazu haben Maßnahmen wie die Konsolidierung der Standorte, die Neugestaltung der Operationsprozesse und die Einführung eines SAP-Bankenkerntsystems maßgeblich beigetragen. Geplant ist die Etablierung von Work-flow-Systemen in den Jahren 2008 bis 2010, um so weitere Kosteneinsparungen zu realisieren.

Kreditabwicklung

Das so genannte KreditCenter ist das Kompetenzzentrum der Postbank für die Bearbeitung und Abwicklung von Krediten. Diese Dienstleistungen bietet die Postbank ausschließlich konzernintern an. Das

Geschäftstätigkeit

Produktangebot in der Kreditabwicklung gliedert sich in folgende Kernprodukte und lässt sich untereinander bedarfsgerecht kombinieren:

- > Bearbeitung von Kreditanfragen;
- > Darlehensauszahlung;
- > Bestandsbearbeitung und
- > Leistungsstörung, Vollstreckung und Beitreibung.

Durch die Übernahme und Integration der BHW hat die Postbank ihre Expertise in der Kreditabwicklung bei Baufinanzierungen deutlich erweitert. Mit rund 1.000 Kreditspezialisten wird aktuell ein Neugeschäft von ungefähr 85.000 Baufinanzierungshypotheken und ungefähr 380.000 Bausparverträgen im Jahr bearbeitet. In der Bestandsverwaltung betreut das KreditCenter rund 4 Mio. Verträge von über 3 Mio. Kunden.

Auf Basis eines modernen SAP-basierten IT-Systems arbeitet die Postbank kontinuierlich daran, die industrielle, standardisierte und hocheffiziente Abwicklung von Baufinanzierungen weiter zu optimieren. Hierzu gehört unter anderem die weitere Konzentration der Abwicklungseinheiten.

Geschäftsbereich Financial Markets

Überblick

Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Postbank verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört zum einen, die Cash-Flows aus dem Kundengeschäft zu übernehmen und damit die Marktbereiche von Marktpreisrisiken freizustellen (siehe „*Risikomanagement – Marktpreisrisiken*“). Zum anderen steuert der Geschäftsbereich Financial Markets die Liquiditätsposition der Postbank und die Struktur ihres Kreditportfolios. Darüber hinaus hat dieser Geschäftsbereich die Funktion, im so genannten Eigengeschäft einen zusätzlichen Beitrag zum Ergebnis der Postbank zu erwirtschaften. Dem Geschäftsbereich Financial Markets sind ferner die Bankgeschäfte in Luxemburg sowie mehrere Tochtergesellschaften zugeordnet, die für die Verwaltung und das Management der Publikumsfonds der Postbank und Spezialfonds verantwortlich sind. Zusätzlich zu diesen Aufgaben wird der Geschäftsbereich Financial Markets künftig verstärkt seine Expertise in die Entwicklung neuer Produkte für Privat- und Firmenkunden einbringen.

Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Finanzinformationen des Geschäftsbereichs Financial Markets, die den geprüften Konzernabschlüssen bzw. dem ungeprüften Konzernzwischenabschluss entnommen wurden:

	2006 (geprüft)	2007 (ungeprüft)	9 Monate 2008 (ungeprüft)
	(in Mio. €)		
Bilanzbezogene Erträge	144	187	81
Provisionsüberschuss	63	83	46
Verwaltungsaufwand	-78	-83	-66
Ergebnis vor Steuern	132	190	49
		(in %)	
Cost Income Ratio	37,7	30,7	52,0
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	23,8	37,2	9,9

Treasury

Der Geschäftsbereich Financial Markets hat eine besondere Rolle bei der Sicherung des Konditionsbeitrags aus dem „Kundengeschäft“ der Postbank durch die Aussteuerung der Zins- und sonstigen Marktrisiken. Das „Kundengeschäft“ der Postbank umfasst alle Aktiva und Passiva, die sich aus den Aktivitäten der Postbank in den Geschäftsbereichen Retail Banking und Firmenkunden ergeben. Die „Kunden-Passiva“ bestehen im Wesentlichen aus Sicht- und variabel verzinslichen Spareinlagen der Kunden im Giro- und Spargeschäft,

während die „Kunden-Aktiva“ im Wesentlichen aus den ausgereichten Krediten mit einem ausgeprägten Schwerpunkt bei Baufinanzierungsdarlehen bestehen. Aufgrund der deutlichen Zunahme des Neugeschäfts bei Kundenkrediten in den letzten Jahren hat sich der historisch gewachsene Einlagenüberschuss inzwischen weitgehend aufgelöst. Daher ist neben die Anlage von Kundengeldern am Geld- und Kapitalmarkt im Rahmen der so genannten Aktiv-/Passiv-Steuerung mit dem Ziel, die aus der Anlage resultierenden Marktpreisrisiken unter Beachtung der vom Vorstand festgelegten Risikopolitik zu minimieren, die Beschaffung von langfristigen Refinanzierungsmitteln getreten (siehe „—Liquiditätssteuerung“).

Die Steuerung der Marktpreisrisiken aus den Kundenkrediten berücksichtigt neben dem vereinbarten Zahlungsstrom auch das Kundenverhalten bezüglich der Auszahlung des Kredites und der vorzeitigen Tilgungen. Aus den so gewonnenen Steuerungsdaten für das Einlagen- und Kreditgeschäft mit Kunden wird die Marktrisikoposition dieses Geschäftsfeldes ermittelt und über Geschäfte am Geld- und Kapitalmarkt weitgehend neutral gestellt (zur Steuerung von Risiken im Detail siehe „Risikomanagement“). Darüber hinaus geht die Postbank entsprechend ihrer Risikopolitik Marktpreisrisiken ein, um zusätzliche Erträge zu erwirtschaften. Den Schwerpunkt bilden dabei Zinsänderungsrisiken.

Liquiditätssteuerung

Die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Postbank — auch unter Stressbedingungen — ist eine weitere zentrale Aufgabe des Geschäftsbereichs Financial Markets. Zwar verfügt die Postbank aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retailbank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine relativ beschränkte Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Vor dem Hintergrund, dass die Postbank ihren historisch gewachsenen Einlagenüberhang abgebaut hat und seit Ende des Jahres 2007 über eine im Wesentlichen ausgeglichene Bilanzstruktur im Kundengeschäft verfügt, und den Auswirkungen der Finanzmarktkrise hat die Steuerung des Liquiditätsrisikos jedoch in den letzten Jahren zunehmend Bedeutung erlangt. Liquiditätsrisiken werden lediglich im Rahmen genehmigter Grenzen übernommen (siehe auch „Risikofaktoren — Markt- und geschäftsbezogene Risiken — Die Postbank unterliegt Risiken im Hinblick auf die Verfügbarkeit ihrer Refinanzierungsquellen, die Erhöhung ihrer Refinanzierungskosten und die Verfügbarkeit ausreichender Liquidität“). Die Stärke der Postbank im Einlagengeschäft geht mit besonderer Verantwortung für die Sicherheit der Kundeneinlagen einher und verlangt ein vorsichtiges Management sowie einen angemessenen Risikopuffer. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein umfangreiches Portfolio mit freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, das kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cash Flow Prognosen wird geschäftstäglich der Liquiditätsstatus der Postbank festgestellt, anhand dessen das operative Liquiditätsmanagement erfolgt. Die Liquiditätssteuerung wird im Rahmen laufender Projekte sukzessive weiterentwickelt.

Im Rahmen der Diversifizierung ihrer Refinanzierungsquellen strebt die Postbank an, die gesamte ihr für die besicherte Mittelaufnahme zur Verfügung stehende Deckungsmasse zu optimieren. Im Dezember 2007 erhielt die Postbank die von ihr beantragte Pfandbrieflizenz von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und legte zur Verbreiterung ihrer Refinanzierungsmöglichkeiten ein so genanntes Debt Issuance Programm mit einem maximalen Emissionsvolumen von € 15,0 Mrd. auf, unter dem regelmäßig Pfandbriefe, aber auch andere Anleiheformen emittiert werden können. Im Rahmen des Debt Issuance Programms hat die Postbank im Januar und Mai 2008 ihre ersten Jumbo-Hypothekendarlehenpfandbriefe mit einem Volumen von € 1,5 Mrd. bzw. € 1,0 Mrd. begeben. Zum 30. September 2008 stand der Postbank unter dem Debt Issuance Programm ein freies Volumen in Höhe von € 8,9 Mrd. zur Verfügung. Die Postbank plant, im weiteren Verlauf des Jahres ein weiteres Emissionsprogramm (französische certificats de dépôt) mit einem maximalen Emissionsvolumen von € 3,0 Mrd. aufzulegen.

Credit Treasury

Insbesondere zur Änderung der Struktur des Kreditportfolios der Postbank und zur Absicherung gegen die Zahlungsunfähigkeit von Darlehensnehmern investiert der Geschäftsbereich Financial Markets in eine Reihe von strukturierten Kreditprodukten (so genanntes Kreditersatzgeschäft der Postbank), wie beispielsweise Asset-Backed Securities (ABS) oder Mortgage-Backed Securities (MBS), Collateralized Debt Obligations (CDOs) und Kreditderivate (wie Credit Default Swaps). Die Marktentwicklung im Jahr 2007 war durch die weltweite Finanzmarktkrise gekennzeichnet, die unter anderem zu Abwertungen von

Geschäftstätigkeit

strukturierten Kreditprodukten sowie einem Austrocknen der Nachfrage nach derartigen Finanzinstrumenten mit Folgeproblemen bei der Bewertung auf Mark-to-Market-Basis führte. Das von der Postbank in strukturierte Kreditprodukte investierte Volumen betrug zum 31. Dezember 2007 insgesamt € 6,3 Mrd., wobei die Postbank innerhalb der Collateralized Debt Obligations ein Subprime-bezogenes Exposure von € 0,8 Mrd. ermittelt hat, also ein indirektes Engagement am U.S.-Immobilienmarkt (zu den mit der Finanzmarktkrise verbundenen Risiken und den Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank siehe „*Risikofaktoren — Einleitung: Hintergrund und Ausprägungen der gegenwärtigen Krise an den Finanzmärkten und ihre Auswirkungen auf das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland*“, und „*Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage*“).

Der Diversifizierung von Kreditrisiken durch Übertragung von Risiken aus Kreditportfolien an den Kapitalmarkt dient ferner die Verbriefung von Forderungen. Zu den Aufgaben des Geschäftsbereichs Financial Markets bei Verbriefungen gehören die eigenständige Entwicklung, Strukturierung und Vermarktung von Verbriefungstransaktionen für die Gesellschaft und ihre Tochtergesellschaften bzw. die Ausschreibung und inhaltliche Begleitung der Strukturierung und Platzierung von Verbriefungstransaktionen Dritter. Ziel ist die Etablierung von Verbriefungstransaktionen als integraler Bestandteil des Kapital-, Risiko- und Portfoliomanagements sowie der Refinanzierung des Postbank-Konzerns, was jedoch unter den derzeitigen Marktbedingungen nicht zu erreichen ist.

Kapitalmärkte

Darüber hinaus hat der Geschäftsbereich Financial Markets die Aufgabe, im so genannten Eigengeschäft einen Beitrag zum Ergebnis der Postbank zu erwirtschaften. Unter Eigengeschäft versteht die Postbank Aktivitäten an den Geld- und Kapitalmärkten zur Optimierung der Rendite-Risiko-Relation, vor allem das gezielte und kontrollierte Eingehen von Marktpreisrisiken und in geringerem Maße von Optionspreis-, Spread- und Fremdwährungsrisiken. Zudem investiert die Postbank in verschiedene Assetklassen, vor allem Aktien, Unternehmensanleihen und High-Yield-Anleihen. Der Kapitalmarkthandel fungiert weiterhin als Point of Liquidity für die Umsetzung der im Rahmen der Bankbuchsteuerung abzuschließenden Geschäfte.

Sonstige Aktivitäten

Dem Geschäftsbereich Financial Markets sind die Aktivitäten der Deutsche Postbank International S.A. zugeordnet, die als Vollbank mit Sitz in Luxemburg Leistungen in den Bereichen Privatkunden und Firmenkunden erbringt. Das Produktportfolio für Privatkunden umfasst Publikumsfonds, Fremdwährungstermingelder, Vermögensverwaltung, strukturierte Produkte sowie die Depotverwahrung. Kerngeschäft im Bereich Firmenkunden sind neben Termineinlagen die Beratung im Zins- und Währungsmanagement sowie das Individual- und Konsortialkreditgeschäft. Der Bereich Treasury betreut die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten, also unter anderem die Aktiv-/ Passivsteuerung der luxemburgischen Einheiten und den Kommissionshandel für private und institutionelle Anleger.

Dem Geschäftsbereich Financial Markets sind ferner mehrere Tochtergesellschaften zugeordnet, die für die Verwaltung und das Management der Publikumsfonds der Postbank und Spezialfonds verantwortlich sind. Derzeit werden 25 Publikumsfonds angeboten.

Informationstechnologie

Die Postbank Systems AG als 100 %ige Tochtergesellschaft der Postbank ist der zentrale IT-Dienstleister der Postbank und entsprechend ihrer Kernfunktionen Plan (Informationsstrategie), Build (Realisierung der IT-Projekte) und Run (Betrieb bestehender IT-Lösungen) organisiert. Zu ihren Aufgaben gehören:

- > Planung, Entwicklung sowie Implementierung und Betrieb von IT-Systemen;
- > Management von IT-Kosten und IT-Prozessen;
- > Entwicklung von Banken-Standardsoftware, gegebenenfalls mit IT-Kooperationspartnern (insbesondere der SAP AG);

Geschäftstätigkeit

- Beschaffung von Hardware, Software und IT-Dienstleistungen;
- Vermietung von IT-Systemen;
- Beratungs- und sonstige Dienstleistungen im IT-Bereich; und
- Beauftragung und Steuerung von externen IT-Dienstleistern.

Die Postbank Systems AG stellt der Postbank eine moderne, skalierbare und effiziente IT-Plattform zur Verfügung, die der Postbank nach Einschätzung der Gesellschaft zu Wettbewerbsvorteilen im Markt verhilft. Die IT-Plattform wurde 2003 implementiert und seither beständig fortentwickelt. Dabei liegt der Schwerpunkt auf günstigen Kosten und niedriger Komplexität bei gleichzeitiger Auslegung für hohe Volumina. Die IT-Systeme und IT-Anwendungen sollen skalierbar, zuverlässig und leicht zu pflegen sein. Um dies zu erreichen, bevorzugt die Postbank in der Regel Standardsoftware. Bei der Entwicklung kooperiert die Postbank Systems AG häufig mit der SAP AG. Insbesondere für den Geschäftsbereich Transaction Banking und dessen Abwicklung des Zahlungsverkehrs spielt die Drittmandantenfähigkeit der IT-Anwendungen eine wichtige Rolle.

Wichtige Schritte in der Entwicklung der von der Postbank genutzten Informationstechnologie betrafen zum einen die Unterstützung der Geschäftstätigkeit der Postbank durch die Automatisierung, Standardisierung und Optimierung ihrer Geschäftsprozesse und zum anderen die Anpassung der IT-Systeme und IT-Anwendungen der Postbank an gesetzliche und regulatorische Änderungen:

- Einführung der mandantenfähigen Banksoftware der SAP AG für den Giro-Bereich im Jahr 2003 und für den Spar-Bereich im Jahr 2005 sowie die Umstellung der Kreditabwicklung der BHW auf SAP;
- Erneuerung des Internetauftritts der Postbank im Jahr 2007;
- Einführung des mandantenfähigen Archiv MARS im Jahr 2008; MARS nutzt kostengünstige Technologien, indem es vollständig auf Open-Systems Plattformen aufbaut und Datenbestände ausschließlich elektronisch archiviert werden; in Abhängigkeit der Verträge mit den Zahlungsverkehrskunden der BCB und deren Beauftragung ist die Umstellung der Altarchive auf die neue Archivierungsplattform MARS bereits erfolgt oder wird erfolgen;
- Umsetzung von SEPA ECT (Single Euro Payments Area European Credit Transfer) für alle Zahlungsverkehrsmandanten im Jahr 2007 und Einführung der SAP Software Payment Solution, bei der es sich um eine Standard-Applikation für den durch die BCB abgewickelten Zahlungsverkehr, einschließlich des künftigen SEPA-Zahlungsverkehrs, der Postbank und konzernexterner Mandanten handelt, im Jahr 2008, wobei die Menge der über Payment Solution abgewickelten Transaktion sukzessive gesteigert wurde;
- Umsetzung der „Markets in Financial Instruments Directive“ (MiFID) für die Back-Office-Bereiche der Postbank und der regulatorischen Anforderungen von Basel II im IT-Bereich im Jahr 2007;
- Bis zum 31. Dezember 2008 geplante Umsetzung der IT-technischen Anforderungen, welche die Einführung der Abgeltungssteuer zum 1. Januar 2009 verursacht.

Aufgrund der Innovationsfähigkeit der Postbank Systems AG verfügt die Postbank über eine moderne Sicherheitstechnologie im Retail Banking. Neben dem Verfahren iTAN wird mit dem Verfahren mTAN (ISO 27001) eine TÜV-zertifizierte Sicherheitstechnologie im Online-Banking genutzt. Die Postbank ist kürzlich als sicherste Online-Bank in Deutschland ausgezeichnet worden (Quelle: Zeitschrift Chip, Juli 2008).

Die IT-Infrastruktur der Postbank wird über die Postbank Systems AG von drei Rechenzentren aus an den Standorten Bonn, Frankfurt und Hameln betrieben. Die Migration des Hamelner Rechenzentrums an die Standorte Bonn und Frankfurt ist geplant und wird voraussichtlich bis April 2009 abgeschlossen sein. Der Fortschritt des seit Anfang 2008 laufenden Migrationsprojekts ist im Zeitplan; erste Umzüge sind bereits realisiert worden.

Geschäftstätigkeit

Die Postbank hat Maßnahmen ergriffen, welche die notwendige organisatorische und technische Infrastruktur für eine schnelle und möglichst reibungslose Fortführung ihrer IT-Anwendungen und operativen Prozesse nach einem Katastrophenfall sicherstellen sollen. Das Konzept beinhaltet zum Beispiel autarke Hochsicherheitsrechenzentren an unterschiedlichen Standorten unter anderem mit synchron gespiegelten Datenbeständen sowie ein Business Recovery Center. Die Verantwortung für die Realisierung der Disaster Recovery-Absicherung liegt grundsätzlich bei den jeweiligen Projektteams der Postbank Systems AG und in den operativen Einheiten des Konzerns. Daneben existiert in der zentralen Abteilung Sicherheit eine koordinierende Business Continuity Management-Funktion, die auch den zentralen Krisenstab umfasst. Durch einen Vorstandsausschuss, das Operationelle Risikokomitee und den Bereich Risikocontrolling werden die operationellen Risiken strategisch gesteuert bzw. wird die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben (zum Beispiel MaRisk) überwacht.

Grundbesitz, Betriebsstätten, Sachanlagen

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über den Grund- und Immobilienbesitz der Postbank zum 30. September 2008:

Eigene Immobilien	
Anzahl Immobilien	70
Grundstücksfläche	476.722 qm
Gemietete Immobilien	
Anzahl Mietverträge	1.332
Nettogrundfläche	636.818 qm

Der Gesamtbuchwert der eigenen Immobilien der Postbank betrug zum 31. Dezember 2007 € 768 Mio. Nachstehend sind die wesentlichen eigenen Immobilien der Postbank aufgeführt:

Ort	Beschreibung	Größe (in qm) ⁽¹⁾
Hameln, Lubahnstraße 2	Büro-/Betriebsgebäude	138.262
Hamburg, Überseering 26	Büro-/Betriebsgebäude	32.000
München, Bayerstr. 49	Büro-/Betriebsgebäude	15.331
Leipzig, Rohrteichstr. 16-20	Büro-/Betriebsgebäude	16.037
Berlin, Hallesches Ufer 60	Büro-/Betriebsgebäude	31.301
Hannover, Goseriende 16	Büro-/Betriebsgebäude	18.705
Frankfurt, Eckenheimer Landstraße 242-246	Büro-/Betriebsgebäude	12.368
Dortmund, Hiltropwall 4	Büro-/Betriebsgebäude	9.528
München, Sonnenstraße 24	Büro-/Betriebsgebäude	10.175
Nürnberg, Kesslerstrasse 1-3	Büro-/Betriebsgebäude	11.146
Bonn, Kennedyallee 62	Bürogebäude	32.085
Karlsruhe, Kriegsstraße 100	Büro-/Betriebsgebäude	13.018
Ludwigshafen, Ernst-Boehe-Straße 15	Büro-/Betriebsgebäude	25.541
Essen, Kruppstraße 2	Büro-/Betriebsgebäude	5.589
Köln, Edmund-Rumpler-Straße 3	Büro-/Betriebsgebäude	17.890
Bonn, Baunscheidtstraße 8	Büro-/Betriebsgebäude	14.896
Dortmund, Hoher Wall 9	Büro-/Betriebsgebäude	3.569
Düsseldorf, Oststraße 54/56	Bürogebäude	1.417
Magdeburg, Bei der Hauptwache 2	Büro-/Betriebsgebäude	1.374
Hamburg, Neuer Wall 69	Büro-/Geschäftsgebäude	591
Mainz, Alicenplatz 2-4	Büro-/Wohngebäude	646
Köln, Gereonstraße 38	Büro-/Betriebsgebäude	617
Dresden, Königstraße 7	Büro-/Wohngebäude	822
Hannover, Schmiedestraße 25	Büro-/Wohngebäude	492
Hameln, Lubahnstraße 5	zuletzt genutzt als Wohngebäude	2.426

(1) Grundstücksflächenangaben

Geschäftstätigkeit

Daneben sind an den folgenden Standorten größere Anmietungen getätigt:

Ort	Beschreibung	Ca. Größe (in qm) ⁽¹⁾
Leipzig, Rohrteichstrasse	Bürogebäude	39.148
Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 114-116	Bürogebäude	28.740
Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 122-126	Bürogebäude	19.513
Saarbrücken, Neugrabenweg	Bürogebäude	13.235
Stuttgart, Kesselstrasse	Bürogebäude	10.182
München, Machtlfinger Strasse	Bürogebäude	8.545
Frankfurt am Main, Wilhelm-Fay-Strasse	Bürogebäude	5.306
Schkeuditz, Frankfurter Strasse	Bürogebäude	4.762
Düsseldorf, Yorkstrasse	Bürogebäude	3.757
Bonn, Godesberger Allee 54	Bürogebäude	3.357
Frankfurt am Main, Eschborner Landstrasse	Bürogebäude	2.785
Saarbrücken, Brauerstrasse	Bürogebäude	2.778
Bonn, Godesberger Allee 107b	Bürogebäude	2.739
Frankfurt am Main, Ludwig-Erhard-Anlage	Bürogebäude	2.504
Berlin, Kurfürstendamm	Bürogebäude	2.430

(1) Nettogrundfläche

Die Betreuung der Immobilien der Postbank (Eigentums- und Mietobjekte) erfolgt durch den Bereich ISS (Immobilien, Sicherheit, Support), Vorstandsressort Ressourcen. Die einzelnen Objekte werden mit Hilfe der Dienstleistungsgesellschaften im Deutsche Post Konzern (Deutsche Post Real Estate Germany) verwaltet. Insoweit nimmt die Postbank primär eine Dienstleister-Steuerungsfunktion wahr.

Die Postbank betrachtet ihren Grundbesitz nicht als strategisch notwendig. Abhängig von den Marktbedingungen erwägt die Postbank einen Verkauf ihres Grundbesitzes im Rahmen einer Sale-and-Leaseback-Transaktion.

Gewerbliche Schutzrechte und Domains

Die Gesellschaft hat sich eine Vielzahl von Bezeichnungen markenrechtlich in Deutschland sowie teilweise im Ausland schützen lassen oder entsprechenden Schutz beantragt. Hierzu gehören zum Beispiel die Marken „Postbank“, „Deutsche Postbank AG“, „BHW“, „DSL Bank“ und „BCB Betriebs-Center für Banken“. Die Gesellschaft hat neben der Internet-Domain „postbank.de“ eine Vielzahl weiterer Internet-Domains für sich registriert. Sie ist der Ansicht, hierdurch eine ausreichende Grundlage für ihre Internetaktivitäten geschaffen zu haben. Sofern wirtschaftlich sinnvoll, ist die Gesellschaft bestrebt, ihre Produkte und Dienstleistungen insbesondere markenrechtlich in ihren Zielmärkten abzusichern. Patente, Gebrauchs- und Geschmacksmuster der Postbank haben nach Ansicht der Gesellschaft eine untergeordnete Bedeutung für ihre Geschäftstätigkeit.

Versicherungen

Die Gebäude, sowie das Inventar- und Umlaufvermögen der Postbank (einschließlich der Elektronik der Postbank Systems AG) sind im Rahmen einer so genannten Allgefahrendeckung mit einer Versicherungssumme von € 1,96 Mrd. (unter anderem Schutz gegen Brand, Blitzschlag, Explosion, Rauch, Einbruch, Diebstahl, Vandalismus, Streik, Wasser, Sturm, Hagel, und Überschwemmung) abgesichert.

Nach Auffassung der Gesellschaft besteht für die Postbank Versicherungsschutz in angemessenem Umfang.

Investitionen

Investitionen bis zum 30. September 2008

Im Neunmonatszeitraum bis zum 30. September 2008 wurde in Sachanlagen € 29 Mio., in Anlagen in immaterielle Vermögenswerte € 30 Mio. und in Anteile an Tochterunternehmen € 201 Mio. investiert. Bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Prospekts haben sich keine wesentlichen Änderungen bei den wesentlichen Investitionen der Gesellschaft ergeben.

Investitionen in den Geschäftsjahren 2007, 2006 und 2005

In den Jahren 2007, 2006 und 2005 wurden in Sachanlagen € 69 Mio., € 58 Mio. und € 65 Mio., in Anlagen in immaterielle Vermögenswerte € 70 Mio., € 101 Mio. und € 66 Mio. und in Anteile an Tochterunternehmen € 14 Mio., € 2.746 Mio. und € 29 Mio. investiert. Der hohe Investitionsbetrag im Jahr 2006 ist durch den Erwerb der BHW (€ 1.753 Mio.) und den Erwerb der Post-Filialen (€ 993 Mio.) begründet.

Laufende und bereits verbindlich beschlossene künftige Investitionen

Im Folgenden werden die wesentlichen laufenden und bereits verbindlich beschlossenen künftigen Investitionen (einschließlich Projektkosten) der Postbank aufgeführt:

- Neugestaltung des Layouts und der Einrichtung der Filialen durch die flächendeckende Umsetzung des Projekts „Filiale im Wandel“. Das Investitionsvolumen wird voraussichtlich rund € 95,0 Mio. im Jahr 2008 und rund € 113,0 Mio. im Jahr 2009 betragen. Weitere Kosten können in den Folgejahren anfallen.
- Weiterentwicklung der Postbank im Firmenkundengeschäft durch mehrere Projekte seit dem Jahr 2006 mit dem Ziel, die Postbank als Kernbank für den Mittelstand zu etablieren. Die Postbank erwartet, diese Projekte im Jahr 2008 abzuschließen. Das benötigte Investitionsvolumen hierfür wird voraussichtlich rund € 5,2 Mio. betragen, worin primär IT- und Beratungsaufwendungen enthalten sind.
- Investitionen zur weiteren Umsetzung regulatorischer Anforderungen, die sich aus Basel II, der Einführung der Abgeltungssteuer zu Beginn des Jahres 2009 sowie durch das Projekt Liquiditätssteuerung ergeben. Das Investitionsvolumen für Themen im Zusammenhang mit Basel II wird voraussichtlich rund € 40,0 Mio. betragen, für bestimmte Anpassungen der IT-Systeme im Hinblick auf die Abgeltungssteuer voraussichtlich rund € 6,0 Mio. und für das Projekt Liquiditätssteuerung voraussichtlich rund € 1,2 Mio. Für das Jahr 2009 sind weitere Projekte zu Basel II avisiert.
- Forcierung der Entwicklung einer mandantenfähigen Archivlösung (MARS) zur Erbringung von Archivierungsleistungen für die Postbank und für Mandanten. Das Investitionsvolumen wird voraussichtlich rund € 15,0 Mio. betragen, worin weitere für das Jahr 2009 avisierte Projekte noch nicht enthalten sind.
- Weitere Investitionen im Zusammenhang mit der weiteren Umsetzung der mandantenfähigen Zahlungsverkehrs-Plattform, der so genannten Payment Solution, und der Abwicklung des gesamten inländischen Zahlungsverkehrs. Das gesamte Investitionsvolumen für die Payment Solution wird voraussichtlich rund € 100,0 Mio. betragen, wobei für das Jahr 2009 weitere Projekte avisiert und Projekte zu SEPA darin noch nicht berücksichtigt sind.
- Investitionen in den Ausbau der Beratungskompetenz der Postbank im Wertpapier- und Versicherungsbereich. Der Umfang des Ausbaus und das Volumen der für die Jahre 2008 bis 2010 vorgesehenen Investitionen werden vor dem Hintergrund der aktuellen Marktsituation derzeit von der Gesellschaft kritisch überprüft.

Die wesentlichen laufenden Investitionen der Postbank werden fast ausschließlich in Deutschland vorgenommen.

Finanzierung der Investitionen

Die Finanzierung von Investitionen der Postbank erfolgt aus dem frei verfügbaren Mittelzufluss der Gesellschaft.

Rechtsstreitigkeiten

Mit Ausnahme der nachfolgend dargestellten Rechtsstreitigkeiten gibt es keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Gesellschaft noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten), die im Zeitraum der letzten zwölf Monate bestanden bzw. abgeschlossen wurden, oder die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Gesellschaft oder der Postbank-Gruppe auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

Postbeamtenversorgungskasse

Im Jahr 2006 hat der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. („Postbeamtenversorgungskasse“) die Gesellschaft vor dem Verwaltungsgericht Köln auf Zahlung von € 965.000 verklagt. Es geht hierbei um die Erstattung von Beiträgen, die die Postbeamtenversorgungskasse im Rahmen der fiktiven Nachversicherung ehemaliger Reichspostangehöriger an die Deutsche Rentenversicherung seit der Postreform II im Jahr 1995 gezahlt hat. Die Postbank bestreitet die Zahlungsverpflichtung, da sie sich nicht als die zuständige Trägerin der Versorgungslast für ehemalige Reichspostangehörige sieht.

Im Jahr 2007 hat die Postbank ihrerseits die Postbeamtenversorgungskasse vor dem Verwaltungsgericht Köln auf Zahlung von rund € 56 Mio. verklagt. Mit ihrer Klage strebt die Gesellschaft die Erstattung von Nachversicherungsbeiträgen an, die sie an die Deutsche Rentenversicherung für die seit der Postreform II im Jahr 1995 aus der Gesellschaft ausgeschiedene Beamten gezahlt hat. Außerdem hat die Postbank in derselben Sache im Jahr 2007 die Bundesrepublik Deutschland vor dem Verwaltungsgericht Berlin verklagt. Die Postbank ist der Auffassung, dass entweder die Postbeamtenversorgungskasse oder die Bundesrepublik Deutschland die in Streit stehenden Zahlungen zu erbringen habe. Das Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland ruht, bis das Verwaltungsgericht Köln eine Entscheidung getroffen hat.

Investitionskredite

Die BHW Bank AG (deren Geschäftsaktivitäten im Juli 2008 auf die Gesellschaft übertragen wurden) hat Kreditnehmern in der Vergangenheit Investitionskredite gewährt, die diese zur Finanzierung des Kaufs von Beteiligungen an Immobilienfonds von Drittanbietern genutzt haben. Die Vermittlung dieser Kredite erfolgte über konzernfremde Vertriebe. Der Gesamtbestand dieser Kredite betrug zum 30. September 2008 € 209,3 Mio. und verteilte sich auf 10.928 Einzelkredite. 8.715 Einzelkredite mit einem Volumen mit € 160,0 Mio. waren zum 30. September 2008 nicht von Beschwerden oder Klagen betroffen. Aus diesem Segment sind wiederum 3.787 Einzelkredite mit einem Volumen von € 57,3 Mio. bereits prolongiert.

Verbraucher, die einen Kreditvertrag in einer „Haustürsituation“ schließen, sind berechtigt, diesen innerhalb der gesetzlichen Widerrufsfrist zu widerrufen, sofern der Besuch des Vermittlers nicht auf eine vorangegangene Bestellung erfolgte. Als diese Kredite ursprünglich vermittelt wurden, war bei Kreditinstituten (einschließlich der BHW Bank AG) allgemeine Praxis, den Verbraucher bei Haustürgeschäften lediglich nach den Vorgaben des Verbraucherkreditgesetzes, nicht jedoch nach den Vorgaben des Haustürwiderrufgesetzes zu belehren. Durch Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesgerichtshofs wurde nachfolgend entschieden, dass in einer „Haustürsituation“ geschlossene Kredite, einschließlich Realkredite, vom Kreditnehmer grundsätzlich zeitlich unbefristet widerrufen werden können, wenn eine Belehrung über das Widerrufsrecht nach dem Haustürwiderrufgesetz nicht erfolgte. Das Widerrufsrecht erlischt erst einen Monat nach vollständiger Rückzahlung des Kredits. Eine „Haustürsituation“ liegt vor, wenn der Kreditnehmer durch mündliche Verhandlung an seinem Arbeitsplatz oder im Bereich seiner Privatwohnung zum Abschluss des Vertrags bestimmt worden ist. Die „Haustürsituation“ muss insoweit für den Vertragsabschluss kausal gewesen sein. Mit zunehmendem Abstand zwischen Beratungsgespräch und Abschluss des Kreditvertrags kann die Indizwirkung für die Kausalität der „Haustürsituation“ für den Vertragsabschluss entfallen, so dass der Kreditnehmer insoweit die Beweislast für die Kausalität trägt.

Der Widerruf des Kreditvertrags durch den Kreditnehmer hat für sich genommen für das Kreditinstitut keine wesentlichen nachteiligen Folgen, da der Kreditnehmer gleichwohl die empfangene Kreditsumme zurückzahlen und auch Wertersatz für die Nutzung des Darlehens (Zinsen) leisten muss. Schwerwiegende Nachteile für die Bank ergeben sich jedoch, wenn der Kreditvertrag mit dem Erwerb eines Immobilienfonds „verbunden“ ist, weil der Kreditnehmer in diesem Fall nicht den Kredit zurückzahlen, sondern lediglich den

(häufig wertgeminderten) Immobilienfonds an die Bank übertragen muss; Tilgungs- und Zinszahlungen, die der Kreditnehmer bereits erbracht hat, muss die Bank an den Kreditnehmer zurückzahlen. Ein derart „verbundenes Geschäft“ wird vermutet, wenn sich die Bank bei der Vorbereitung oder dem Abschluss des Kreditvertrags der Mitwirkung des Verkäufers des Immobilienfonds bedient, sie beispielsweise den Initiatoren bzw. dem Vermittler ihre Darlehensformulare überlässt oder dem Fondsiniciator eine Finanzierungszusage gegeben hat. Bei einem „verbundenen Geschäft“ bestehen für die Bank (neben der Verpflichtung zur Widerrufsbelehrung) erhöhte Aufklärungspflichten gegenüber den Kreditnehmern.

In diesem Zusammenhang führt die Postbank (als Rechtsnachfolgerin der BHW Bank AG) zahlreiche Rechtsstreitigkeiten. Zum 30. September 2008 war sie an 196 Passivklagen mit einem Streitwert in Höhe von ca. € 5,5 Mio. und 87 Aktivklagen mit einem Streitwert in Höhe von ca. € 2,9 Mio. beteiligt. In den Fällen, in denen die Postbank die Rechtsstreitigkeiten als Beklagte führt, geht es den klagenden Kreditnehmern, die ihren Kreditvertrag widerrufen haben, meist darum, von diesem freigestellt zu werden sowie, Zins- und Tilgungsleistungen, die über einen längeren Zeitraum für den ausgereichten Kredit erbracht wurden, von der Postbank gegen Übertragung der Beteiligung an dem wertgeminderten Immobilienfonds zurück zu erhalten, teilweise machen die Kläger auch Schadensersatzansprüche wegen angeblicher Verletzung der Aufklärungspflicht geltend. Umgekehrt handelt es sich bei den Verfahren, welche die Postbank als Klägerin führt, um Zahlungsklagen gegen solche Kreditnehmer, die der Ansicht sind, dass sie ihre Kreditverträge wirksam widerrufen haben und deshalb nicht mehr zu Zins- und Tilgungszahlungen verpflichtet sind.

Zum 30. September 2008 waren 738 Klagen rechtskräftig entschieden, davon 605 Verfahren durch Vergleich mit einem Volumen von € 15,7 Mio. In weiteren 128 Verfahren mit einem Volumen von € 3,2 Mio. erreichte die Postbank obsiegende Urteile. Diese Verfahren endeten positiv für die Postbank, weil der Kausalzusammenhang zwischen der „Haustürsituation“ und dem Abschluss des Kreditvertrages durch Zeitablauf oder Hinzutreten weiterer Umstände entfallen war oder weil Schadensersatzansprüche gegen die Postbank wegen angeblicher eigener Aufklärungspflichtverletzung oder vorsätzlicher Falschberatung durch Vermittler nicht begründet werden konnten. Fünf Verfahren wurden rechtskräftig zu Lasten der Postbank entschieden, da die Gerichte in den konkreten Fällen eine Haustürsituation und ein verbundenes Geschäft bejahten.

Neben den Themen „Haustürsituation“ und „verbundenes Geschäft“ liegt der Schwerpunkt der Klageverfahren auf Schadensersatzansprüchen gegen die Postbank wegen angeblicher eigener Aufklärungspflichtverletzung aufgrund widerlegbar vermuteten Wissensvorsprungs infolge institutionalisierten Zusammenwirkens. Dazu bringt die Postbank insbesondere unter Bezugnahme auf Prospektanalysen und Kalkulationen vor, dass ihr eine arglistige Täuschung der Kunden durch Fondsiniciatoren, Prospektherausgeber oder sonstige Fondsverantwortliche nicht bekannt war bzw. sich ihr nicht hätte aufdrängen müssen oder dass schon keine arglistige Täuschung vorlag.

Für etwaige Ausfälle der Investitionskredite betreibt die Postbank Risikovorsorge. Hierbei unterscheidet sie zwischen dem „unauffälligen“ Investitionskreditbestand — hier liegen weder Klagen noch Beschwerden von Kreditnehmern vor — und dem mit Beschwerden und Klagen belasteten „auffälligen“ Investitionskreditbestand. Für den auffälligen Investitionskreditbestand bildet die Postbank eine pauschale Einzelwertberichtigung in Höhe von 15 %. Bei Investitionskrediten, die bereits vor einer Beschwerde oder Klage des Kreditnehmers auffällig waren, wird mit zunehmendem Zahlungsrückstand die Einzelwertberichtigung bis auf maximal 100 % erhöht. Auf den Gesamtbestand der Investitionskredite von € 209,3 Mio. zum 30. September 2008 hat die Postbank Einzelwertberichtigungen in Höhe von € 13,6 Mio. gebildet. Hinzu kommen Rückstellungen für besondere Risiken bei einem Initiator (Rentadomo) in Höhe von € 1,0 Mio. zum 31. Dezember 2007. Darüber hinaus wurde zum 31. Dezember 2007 eine Rückstellung für Prozesskostenrisiken in Höhe von € 0,2 Mio. gebildet. Die Postbank hat für Prozessrisiken zum 30. September 2008 zusätzliche Rückstellungen in Höhe von € 1,3 Mio. zugeführt.

Beihilfeprüfverfahren der Europäischen Kommission

Am 12. September 2007 hat die Europäische Kommission ein förmliches Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet, in dem sie untersucht, ob die Bundesrepublik Deutschland in den

Jahren 1989 bis 2007 europarechtswidrige Beihilfen an die Deutsche Post AG bzw. an ihre Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST geleistet hat. Geprüft wird unter anderem, ob die Deutsche Post AG für das Angebot von so genannten Universaldienstleistungen überkompensiert wurde. Die für die Postbank wesentlichen beihilferechtlichen Fragen, ob durch die staatliche Finanzierung von Versorgungsleistungen von bei der Postbank beschäftigten Beamten und durch die von der Postbank gezahlte Vergütung für die Nutzung des Filialnetzes der Deutsche Post AG europarechtswidrig staatliche Beihilfen gewährt werden, könnten in diesem Beihilfeprüfverfahren wieder virulent werden. Die deutsche Monopolkommission hatte in einem Sondergutachten den Vorwurf geäußert, dass die Deutsche Post AG der Postbank ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen.

Squeeze-Out bei BHW Holding AG

Das Landgericht Berlin hat am 7. Juni 2007 die Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen der Minderheitsaktionäre gegen den auf der Hauptversammlung der BHW Holding AG vom 20./21. Juli 2006 gefassten Squeeze-Out-Beschluss, d.h. den Beschluss über die Übertragung ihrer Aktien auf die Gesellschaft gegen Zahlung einer angemessenen Barabfindung, abgewiesen. Die Kläger haben Berufung gegen das Urteil eingelegt. Das Verfahren ist derzeit vor dem Kammergericht Berlin anhängig.

Im Freigabeverfahren hat das Kammergericht Berlin mit Beschluss vom 15. Januar 2008 rechtskräftig entschieden, dass die anhängigen Anfechtungsklagen gegen den Squeeze-Out-Beschluss seiner Eintragung in das Handelsregister nicht entgegenstehen. Daraufhin hat das Registergericht den Squeeze-Out-Beschluss am 12. Februar 2008 in das Handelsregister der BHW Holding AG eingetragen. Mit der Eintragung ist der Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre wirksam geworden und sämtliche Aktien der Minderheitsaktionäre sind auf die Gesellschaft übergegangen. Sollte die BHW Holding AG im oben genannten Berufungsverfahren oder in einer sich anschließenden Revision rechtskräftig unterliegen, müsste sie den Minderheitsaktionären den Schaden ersetzen, der ihnen aus der auf dem Freigabebeschluss des Kammergerichts beruhenden Eintragung des Squeeze-Out-Beschlusses entstanden ist. Ob auch eine Rückübertragung der Aktien auf die Minderheitsaktionäre haftungsrechtlich begründet werden kann, ist, soweit ersichtlich, nicht abschließend geklärt.

Im Anschluss an die Eintragung des Squeeze-Out-Beschlusses in das Handelsregister haben die Minderheitsaktionäre beim Landgericht Berlin die Durchführung eines Spruchverfahrens zur Überprüfung der Angemessenheit der Barabfindung beantragt. Der Squeeze-Out-Beschluss betraf die noch nicht im Eigentum der Gesellschaft stehenden restlichen 1,57 % an der BHW Holding AG, für die eine Abfindung in Höhe von € 15,11 pro Aktie gezahlt wurde.

Wesentliche Verträge

Kooperationsverträge mit der Deutsche Post AG

Die Kooperationsverträge mit der Deutsche Post AG sind unter „*Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen — Beziehungen zum Deutsche Post-Konzern (ohne Postbank-Teilkonzern) — Kooperationsvertrag über den Vertrieb von Finanzdienstleistungen der Postbank durch die Deutsche Post AG (FDL Kooperationsvertrag); — Kooperationsvertrag über den Vertrieb von Postdienstleistungen durch die Postbank (PDL Kooperationsvertrag); — Kooperationsvertrag über den Vertrieb von neuen Dienstleistungen durch die Deutsche Post AG (NDL Kooperationsvertrag); — Servicevertrag*“ beschrieben.

Veräußerung von Versicherungsbeteiligungen; Abschluss von Vertriebskooperationsverträgen im Versicherungsbereich

Talanx AG

Veräußerung von Versicherungsbeteiligungen

Im Jahr 2007 hat die Postbank ihr Versicherungsgeschäft an die Talanx AG für einen Kaufpreis in Höhe von € 550 Mio. verkauft (die „Transaktion“). Die Transaktion umfasste den Verkauf der BHW Lebensversicherung AG („BHW Leben“, nunmehr umbenannt in PBV Lebensversicherung AG) und der BHW Pensionskasse AG sowie der 50 %igen Joint Venture-Beteiligungen an der PB Lebensversicherung AG („PB Leben“) und der PB Versicherung AG („PB Versicherung“) an die Talanx AG.

Vertriebskooperationsverträge

Gleichzeitig mit der Transaktion haben die Gesellschaft, BHW Leben, PB Leben, PB Versicherung und die Talanx AG drei Vertriebsvereinbarungen (betreffend den mobilen, den stationären und den direkten Vertrieb der Postbank) in den Bereichen Lebens- und Unfallversicherung abgeschlossen, die unter anderem folgende wesentliche Regelungen enthalten:

- Die Postbank vertreibt über ihren mobilen Vertrieb (FinanzManager), stationären Vertrieb (Filialen) und Direkt-Vertrieb (Call Center und Internet) Versicherungsprodukte der BHW Leben, der PB Leben und der PB Versicherung.
- Die Vertriebsvereinbarungen für den mobilen und den stationären Vertrieb sehen in den Bereichen Lebens- und Unfallversicherung grundsätzlich einen exklusiven Vertrieb der Versicherungsprodukte durch die Postbank vor. Der Bereich Restschuld im mobilen Vertrieb und wesentliche Teile des Direkt-Vertriebs sind von der Exklusivität ausgenommen.
- Die Postbank erhält für das vermittelte Neugeschäft Abschluss- und (für bestimmte Versicherungsprodukte) Bestandsprovisionen; die Talanx AG, die BHW Leben, die PB Leben und die PB Versicherung gewähren der Postbank umfangreiche Vertriebsunterstützung; ferner haben die Parteien Maßnahmen zur Incentivierung des Vertriebs sowie einen Kundenschutz zugunsten der Postbank vereinbart.
- Die Vertriebsvereinbarungen haben jeweils eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022, hinsichtlich des Direkt-Vertriebs gilt dies allerdings nur für bestimmte Produkte. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um fünf Jahre, wenn die jeweilige Vertriebsvereinbarung nicht von einer Partei mit einer Frist von 18 Monaten zum jeweiligen Vertragsende gekündigt wird.
- Erwirbt ein Dritter direkt oder indirekt Kontrolle an einer Partei, so ist die andere Partei berechtigt, die Vertriebsvereinbarungen aus wichtigem Grund mit einer Frist von sechs Monaten zu kündigen. Die Postbank ist (gegen Rückzahlung eines Teils des Kaufpreises) zur Kündigung der Vertriebsvereinbarungen hinsichtlich des mobilen und des stationären Vertriebs berechtigt, sofern nach einer Anlaufphase die jährliche Gesamtvergütung einen bestimmten Mindestwert unterschreitet. Daneben sehen die Vertriebsvereinbarungen weitere Regelungen zur Kündigung aus wichtigem Grund vor.

HUK-COBURG

Die Gesellschaft und die HUK-COBURG haben im September 2007 eine reziproke Vertriebspartnerschaft vereinbart:

- Die Postbank vertreibt über ihren mobilen, stationären und Direkt-Vertrieb seit Oktober 2007 exklusiv Kfz-, Haftpflicht- und Sachversicherungen der HUK-COBURG Gruppe. Die HUK-COBURG vertreibt exklusiv bestimmte Retail-Bankprodukte (insbesondere Girokonten) der Postbank über ihr Vertriebsnetz, das u.a. zum Zeitpunkt des Abschlusses der Vertriebsvereinbarungen aus 38 Außenstellen, rund 400 Kundendienstbüros, den Vorsorge- und Finanzierungsberatern der HUK-COBURG sowie etwa 4.500 nebenberuflichen Vertrauensleuten besteht.
- Die Vertriebsvereinbarungen haben jeweils eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022. Sie verlängern sich automatisch um fünf Jahre, wenn sie nicht von einer Partei mit einer Frist von 18 Monaten zum jeweiligen Vertragsende gekündigt werden.
- Die HUK-COBURG gewährt der Postbank für die Vermittlung von Versicherungsprodukten umfangreiche Vertriebsunterstützung; ferner haben die Parteien in Bezug auf bestimmte Produkte Maßnahmen zur Incentivierung des Vertriebs sowie Kundenschutz vereinbart.
- Erwirbt ein Dritter direkt oder indirekt Kontrolle an der einen Partei, so ist die andere Partei berechtigt, die Vertriebsvereinbarungen aus wichtigem Grund mit einer Frist von sechs Monaten zu kündigen. Zudem besteht erstmals nach dem Jahr 2012 die Möglichkeit, dass einerseits die Postbank die Vertriebsvereinbarung zum Vertrieb von Bankprodukten und andererseits die HUK-COBURG die Vertriebsvereinbarung zum Vertrieb von Versicherungsprodukten kündigen kann, wenn jeweils bestimmte Vertriebszielgrößen verfehlt werden. Daneben sehen die Vertriebsvereinbarungen weitere Regelungen zur Kündigung aus wichtigem Grund vor.

Abwicklung des Zahlungsverkehrs der Dresdner Bank AG, Deutsche Bank AG und Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG

Die Betriebs-Center für Banken AG („BCB“), eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Deutsche Postbank AG hat mit der Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG („HVB“), der Dresdner Bank AG sowie der Deutsche Bank AG Auslagerungsverträge im Sinne des § 25a Abs. 2 des Kreditwesengesetzes („KWG“) über die Abwicklung von deren Zahlungsverkehr geschlossen (zum Zahlungsverkehrsgeschäft der Postbank siehe „*Geschäftstätigkeit — Geschäftsbereich Transaction Banking — Zahlungsverkehr*“). In diesem Zusammenhang erwarb die BCB auch die jeweiligen Zahlungsverkehrsgesellschaften der HVB, der Dresdner Bank AG und der Deutsche Bank AG, wobei die BCB über ihre Rechtsvorgängerin, die Betriebs-Center für Banken Deutschland GmbH & Co. KG, beim Erwerb der Zahlungsverkehrsgesellschaft der HVB im Jahr 2007 für bestimmte Standorte eine Bestandsgarantie bis zum Dezember 2009 gewährt hat.

Eine Auslagerung gemäß § 25a Abs. 2 KWG bedarf einer schriftlichen Vereinbarung, welche die erforderlichen Rechte des Kreditinstituts zur Einhaltung gewisser Voraussetzungen (zum Beispiel Gewährleistung eines angemessenen und wirksamen Risikomanagements durch das auslagernde Kreditinstitut unter Einbeziehung der ausgelagerten Aktivitäten und Prozesse), unter Einschluss von Weisungs- und Kündigungsrechten des auslagernden Kreditinstituts, sowie die korrespondierenden Pflichten des Auslagerungsunternehmens, hier der BCB, festschreibt. Die Auslagerungsverträge enthalten hierzu die erforderlichen Regelungen. Sie weisen in den nachfolgenden Bereichen weitgehend identische Bestimmungen auf:

- *Laufzeit:* Die drei Auslagerungsverträge haben eine mehrjährige Laufzeit und verlängern sich automatisch, wenn sie nicht zum Ende der ursprünglichen Laufzeit oder des jeweiligen Verlängerungszeitraumes gekündigt werden. Die Auslagerungsverträge weisen verschiedene Kündigungsrechte aus wichtigem Grund und aus sonstigen definierten Gründen für die HVB, Dresdner Bank AG und Deutsche Bank AG auf.

Wesentliche Verträge

- *Change of Control:* Im Falle eines Kontrollerwerbs sind die HVB, Dresdner Bank AG und Deutsche Bank AG berechtigt, die Auslagerungsverträge aus wichtigem Grund zu kündigen. Der Vollzug der vereinbarten Änderung der Aktionärsstruktur der Gesellschaft durch den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung in Höhe von 29,75 % an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG erfüllt die Voraussetzungen eines solchen Kontrollerwerbs nicht. Einer der Auslagerungsverträge ist nach einer Ausübung der Kaufoption durch die Deutsche Bank AG bzw. der Verkaufsoption durch die Deutsche Post AG kündbar. Zum Erwerb der Minderheitsbeteiligung und zu der Kaufoption der Deutsche Bank AG sowie der Verkaufsoption der Deutsche Post AG siehe „*Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG*“.
- *Haftung:* Die Auslagerungsverträge enthalten in Anlehnung an die Usancen im IT-Outsourcing Haftungsbeschränkungen.

Risikomanagement

Überblick

Die Postbank hat entsprechend gesellschaftsrechtlichen und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben ein Risikomanagement eingerichtet, um die Risiken, die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit ergeben, rechtzeitig identifizieren, beurteilen, steuern, überwachen und kommunizieren zu können. Als Risiken bezeichnet die Postbank unerwartete potenzielle Verluste; sie unterscheidet folgende Risikoarten: Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungsrisiken, Immobilienrisiken und Kollektivrisiken. Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den einzelnen Geschäftsbereichen Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets, deren Aktivitäten durch die Geschäftsstrategie der Postbank vorgegeben sind. Die vom Vorstand für die Postbank festgelegte Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) der BaFin konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsbereiche und Risikoarten. Neben einer übergreifenden, konzernweit geltenden Risikostrategie hat der Vorstand spezifische Teilrisikostrategien für die Risikoarten Marktpreis-, Kredit-, Liquiditätsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet.

Organisation des Risikomanagements

Die Organisation des Risikomanagements der Postbank hat drei Ebenen:

- > Vorstand,
- > Risikokomitees und
- > Operative Einheiten zur Risikosteuerung.

Vorstand

Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Er bestimmt das der Postbank auf Konzernebene zur Verfügung stehende Risikokapital und hat die regulatorische und ökonomische Risikotragfähigkeit der Postbank sicherzustellen. In Zusammenarbeit mit den Risikokomitees hat der Vorstand die grundlegenden Strategien für die Aktivitäten an den Finanzmärkten und die sonstigen Geschäftsfelder der Postbank festgelegt.

Risikokomitees

Die Zusammensetzung der Risikokomitees sowie deren Aufgaben veranschaulicht folgende Grafik:

	Kreditrisikokomitee	Marktrisikokomitee	Op-Risk-Komitee
Vorstandsmitglieder/ Generalbevollmächtigte	<ul style="list-style-type: none">• Kredit• Financial Markets• Produktmarketing• Services	<ul style="list-style-type: none">• Financial Markets• Kredit• Produktmarketing• Finanzen	<ul style="list-style-type: none">• IT/Operations• Ressourcen• Services• Filialvertrieb
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none">• Limitallokation der Kreditrisiken• Definition des Limitsystems• Entscheidung über Änderung der Risikoklassifizierungsverfahren• Festlegung Standardrisikokosten	<ul style="list-style-type: none">• Limitallokation der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken• Steuerung der grundsätzlichen Ausrichtung der Bank hinsichtlich der Marktrisikopositionen• Ergebnisüberwachung	<ul style="list-style-type: none">• Festlegung Risikostrategie Operationelle Risiken• Definition Mindestanforderungen für Konzerneinheiten• Definition Rahmenbedingungen für Operationelle Risiken

Operative Einheiten zur Risikosteuerung

Die operative Verantwortung für die Risikosteuerung ist in der Postbank auf mehrere Einheiten verteilt; dazu gehören in erster Linie

- der Geschäftsbereich Financial Markets,
- das Kreditmanagement Inland/Ausland,
- die Kreditfunktionen des Retailkundengeschäfts,
- dezentral die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, Deutsche Postbank International S.A., PB Capital Corporation und PB Factoring GmbH sowie die Niederlassung Postbank London Branch, die im Rahmen der zentral vorgegebenen Risikostrategie sowie Risikolimiten tätig werden und die zentral festgelegte Methodik der Risikosteuerung anwenden.

Risikocontrolling

Der dem Finanzressort zugeordnete Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige, konzernweite Risikoüberwachungseinheit. Beim Risikocontrolling liegt die Kompetenz zur Entscheidung über anzuwendende Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -limitierung. Zusammen mit den Risikocontrollingeinheiten der Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, Deutsche Postbank International S.A., PB Capital Corporation und der Niederlassung Postbank London Branch übernimmt dieser Bereich das operative Risikocontrolling und hat die Verantwortung für das Risikoreporting auf Konzernebene.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Vorstand.

Entsprechend den MaRisk stellt die Interne Revision ihren mehrjährigen Prüfungsplan risikoorientiert auf, wobei alle Aktivitäten und Prozesse der Postbank in grundsätzlich mindestens dreijährigem Rhythmus geprüft werden. Bereiche, die einem besonderen Risiko unterliegen, wie beispielsweise Risikocontrolling oder Handelsgeschäfte, werden jährlich geprüft. Darüber hinaus erstreckt sich die Aufgabenwahrnehmung der Internen Revision in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften der Gesellschaft. Die Tätigkeiten in den Tochtergesellschaften reichen von einer Kontroll- und Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision. Als regelmäßige Prüfungen werden entsprechend dem

jährlichen Prüfungsplan Systemuntersuchungen und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen durchgeführt. Die Interne Revision prüft ebenfalls die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme. Darüber hinaus führt die Interne Revision anlassbezogenen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von bedeutenden Projekten, wie beispielsweise bei der Umsetzung von Basel II und der Finanzmarktrichtlinie (Markets in Financial Instruments Directive — MiFID) sowie der Einführung der neuen Zahlungsverkehrsplattform im Geschäftsbereich Transaction Banking (Payment Solution), begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden fortlaufend den aktuellen Veränderungen der Postbank und der Rechtslage angepasst. So werden zum Beispiel neue Produkte, Veränderungen im Internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Aufsichtsrat

Die wesentlichen Informationen zur Risikolage (Risikotragfähigkeit, relevante Kennzahlen zum Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiko) werden regelmäßig mit dem Aufsichtsrat erörtert. Auf detaillierter Ebene werden die Risikothemen im Prüfungsausschuss (alle Risikoarten außer dem Kreditrisiko) und im Hinblick auf das Kreditrisiko im Kreditausschuss des Aufsichtsrats besprochen. Die Kontrolle des Risikomanagements erfolgt somit durch den Aufsichtsrat bzw. durch den Prüfungsausschuss und den Kreditausschuss.

Abteilung für Standards und Grundsatzfragen

Neben anderen Aufgaben beispielsweise aus dem Bereich des Rechnungswesens verfolgt die Abteilung für Standards und Grundsatzfragen der Postbank auch regulatorische Änderungen von Beginn an und analysiert mögliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Postbank. Über die Gremienarbeit in Verbänden wie etwa dem Bundesverband deutscher Banken bringt die Postbank ihre Expertise bereits im Vorfeld von Gesetzgebungsverfahren ein und tauscht sich mit anderen Mitgliedern über aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklungen, von denen die Kreditwirtschaft betroffen ist, aus. Ferner steht die Postbank im engen Dialog mit den Aufsichtsbehörden.

Risikokapital und Risikolimitierung

Risikotragfähigkeit, Risikodeckungsmasse, Risikokapital

Die Risikotragfähigkeit der Postbank wird im Hinblick auf den Schutz der Fremdkapitalgeber beurteilt und dient als Grundlage für die Ableitung der Systematik zur Limitierung von wesentlichen Risiken. Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn sie ihre sämtlichen erstrangigen Finanzverbindlichkeiten mit einer ihrem Zielrating entsprechenden Wahrscheinlichkeit bedienen kann.

Die Summe der Mittel, die der Postbank zur Absicherung ihrer Risiken zur Verfügung stehen, wird als Risikodeckungsmasse bezeichnet. Das Konzept zur Ermittlung der Risikodeckungsmasse richtet sich hierbei an der IFRS-Konzernbilanz aus. Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem bilanziellen Eigenkapital (abzüglich Goodwill; einschließlich der Neubewertungs- und Währungsumrechnungsrücklage), dem Nachrangkapital, den sonstigen beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten und dem erwarteten Gewinn der Planperiode (abzüglich Plangewinnen aus Finanzanlage- und Handelsergebnis).

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit stellt der Vorstand der Postbank nur einen Teil der Risikodeckungsmasse zur Risikonahme zur Verfügung. Dieser Betrag wird als Risikokapital bezeichnet und stellt ein Limit für das Gesamtrisiko der Postbank dar.

Allokation des Risikokapitals

Die Höhe des Risikokapitals wird mindestens quartalsweise vom Vorstand festgelegt und grundsätzlich auf die Risikoarten verteilt. Die weitere Verteilung zur operativen Risikokapitalnutzung erfolgt dann durch die Risikokomitees.

Im Gegensatz zu den anderen Risikoarten wird das Zahlungsunfähigkeitsrisiko der Postbank, eine Unterart der Liquiditätsrisiken, von der Postbank bewusst nicht mit Risikokapital unterlegt, da die Risikodeckungsmasse aus Sicht der Postbank nicht geeignet ist, das Risiko der Zahlungsunfähigkeit zu decken. Im Fall eines Liquiditätsengpasses ist ausschließlich die Möglichkeit zur Beschaffung von zusätzlicher Liquidität (zum Beispiel Sicherheitenportfolio von EZB-fähigen Wertpapieren) entscheidend für die Handlungsfähigkeit einer Bank; das Vorhandensein von freier Risikodeckungsmasse verhindert dagegen nicht die Zahlungsunfähigkeit. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko (zur Definition siehe „— *Liquiditätsrisiken — Überblick*“), die andere Unterart der Liquiditätsrisiken, wird zurzeit implizit über das für Geschäftsrisiken bereitgestellte Risikokapital begrenzt. Mittelfristig plant die Postbank eine eigenständige Limitierung des Liquiditätsfristentransformationsrisikos durch Unterlegung mit Risikokapital (zur Steuerung der Liquiditätsrisiken siehe „— *Liquiditätsrisiken*“). Dementsprechend steuert die Postbank das Zahlungsunfähigkeitsrisiko über ein eigenes Limitsystem, das sich stark an der Verfügbarkeit von freier Liquidität orientiert.

Da eine einfache Zusammenrechnung des Risikokapitalbedarfs der einzelnen Risikoarten nach Ansicht der Postbank zu einer Überschätzung des Gesamtrisikos führen würde, werden im Rahmen der Aggregation Korrelationen, also Wechselbeziehungen, zwischen den Risikoarten berücksichtigt. Hierbei geht die Postbank generell von hohen Korrelationen zwischen Markt-, Kredit-, und Kollektivrisiken aus. Die Geschäftsrisiken sowie die Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel ebenfalls mittlere bis hohe Korrelationen gegenüber den anderen Risikofaktoren auf. Lediglich für das Operationelle Risiko geht die Postbank von einer geringen Korrelation gegenüber allen anderen Risikoarten aus.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Risikodeckungsmasse der Postbank differenziert nach Risikoarten auf Basis des genehmigten Risikokapitals vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die freie Risikodeckungsmasse bezogen auf den 30. September 2008, verglichen mit dem 31. Dezember 2007 bzw. 2006.

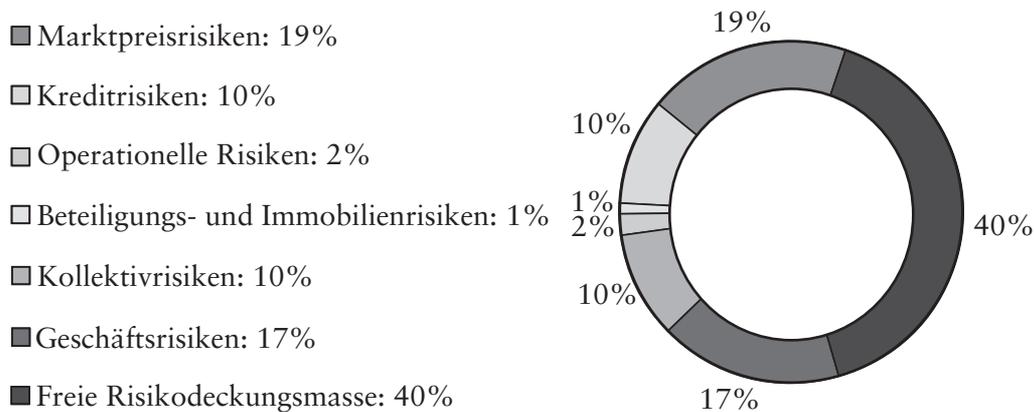
Kapital- und Risikokomponenten	Allokiertes Risikokapital		
	31. Dezember 2006 (geprüft)	30. September 2007 (in Mio. €)	30. September 2008 (ungeprüft)
Marktpreisrisiken	1.931	2.044	1.854
Kreditrisiken	1.191	1.191	1.191
Operationelle Risiken	635	635	635
Geschäftsrisiken	1.893	1.893	1.893
Beteiligungs- und Immobilienrisiken	126	126	126
Kollektivrisiken ⁽¹⁾	1.000	1.000	1.000
Summe vor Korrelationseffekten	6.775	6.889	6.699
Korrelationseffekte	1.268	1.276	1.262
Summe nach Korrelationseffekten	5.508	5.613	5.437
Freie Risikodeckungsmasse	5.165	4.678	3.658
Risikodeckungsmasse gesamt	10.673	10.291	9.096

(1) Pauschalbetrag; zur Erläuterung siehe „— *Kollektivrisiken — Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling*“

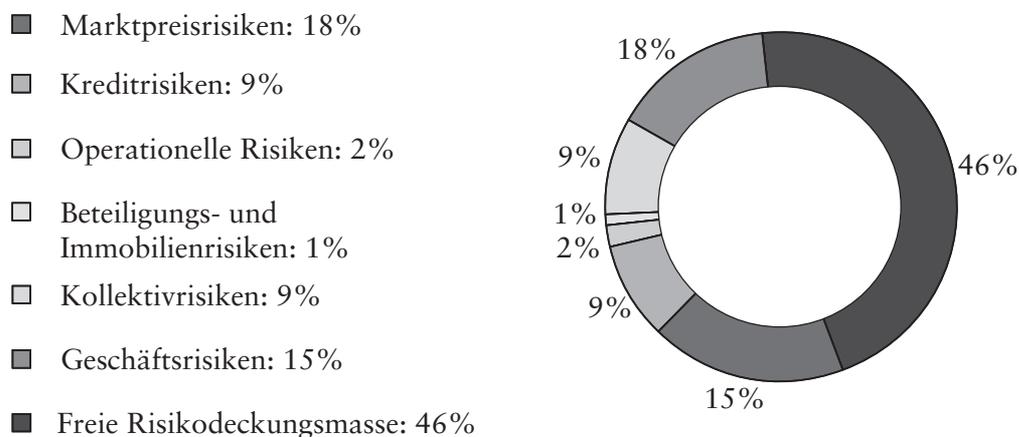
Nach einer vorübergehenden Beruhigung der Situation an den Finanzmärkten zu Beginn des dritten Quartals haben sich die Marktverwerfungen vor allem nach der Beantragung von Gläubigerschutz durch die US Investmentbank Lehman Brothers Mitte September noch einmal spürbar verschärft. Mit der eskalierenden Vertrauenskrise im Finanzsektor haben sich die Credit-Spreads ab diesem Zeitpunkt in sämtlichen Asset-Klassen nochmals deutlich ausgeweitet, in einzelnen Marktsegmenten kam der Handel vollkommen zum Erliegen. Auch die Aktienmärkte reagierten auf die sich zuspitzende Finanzmarktkrise und die zunehmende konjunkturelle Eintrübung mit deutlichen Kursrückgängen. Im Einklang mit risikoreduzierenden Maßnahmen wurde im Berichtszeitraum das für Marktpreisrisiken allokierte Risikokapital auf € 1.854 Mio. reduziert. Gleichzeitig führten die mit der eskalierenden Vertrauenskrise im Finanzsektor verbundenen Marktwertrückgänge zu einem entsprechenden Rückgang in den kapitalmarktabhängigen Bestandteilen der Risikodeckungsmasse. Die Auslastung der Risikodeckungsmasse durch das verteilte

Risikokapital hat sich insgesamt gegenüber dem 31. Dezember 2007 um 5,7 Prozentpunkte erhöht. Die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns war auch im Umfeld der Finanzmarktkrise jederzeit gegeben.

Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse der Postbank nach den einzelnen Risikoarten nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten für den Neunmonatszeitraum zum 30. September 2008 (Berechnung per 30. September 2008) stellt sich wie folgt dar. Der Grafik wurde das genehmigte Risikokapital je Risikoart nach Berücksichtigung der auf die jeweilige Risikoart entfallenden Korrelationseffekte zugrunde gelegt; dies erklärt die Abweichungen gegenüber der vorstehenden Tabelle, die das genehmigte Risikokapital je Risikoart vor Berücksichtigung der relevanten Korrelationseffekte angibt.



Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse der Postbank nach den einzelnen Risikoarten nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten im Geschäftsjahr 2007 (Berechnung per 31. Dezember 2007) stellt sich wie folgt dar. Der Grafik wurde das genehmigte Risikokapital je Risikoart nach Berücksichtigung der auf die jeweilige Risikoart entfallenden Korrelationseffekte zugrunde gelegt; dies erklärt die Abweichungen gegenüber der vorstehenden Tabelle, die das genehmigte Risikokapital je Risikoart vor Berücksichtigung der relevanten Korrelationseffekte angibt.



Methoden der Risikomessung

Um die Auslastung des Risikokapitals festzustellen, wird der unerwartete Verlust quantifiziert. Zur Messung der einzelnen als wesentlich eingestufteten Risiken verwendet die Postbank einheitliche Größen, die sich am Value-at-Risk (VaR)-Ansatz orientieren, d. h. an dem Verlust (abzüglich der erwarteten Gewinne/Verluste), der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % im betrachteten Zeithorizont (Haltedauer: in der Regel ein

Jahr) nicht überschritten wird. Das Konfidenzniveau leitet sich dabei aus dem angestrebten Zielrating im „A“-Bereich ab.

Weitere Verfahren zur Risikomessung und -überwachung sind Stresstests, Sensitivitätsanalysen (zum Beispiel Basis-point-value und entsprechende Credit Spread Sensitivitäten) sowie, als Bestandteil sowohl der Quantifizierung von Kreditrisiken als auch des Kreditüberwachungsprozesses, die Überwachung von Migrationsbewegungen. Sie variieren je nach Risikoart. Daneben bestehen spezielle Risikomessungen (zum Beispiel Zinsänderungsrisiko im Bankbuch), welche entweder die Einhaltung weiterer regulatorischer Anforderungen oder Limite sicherstellen sollen oder die Auswirkungen auf bestimmte Bilanzpositionen untersuchen.

Risikolimitierung und -steuerung

Risiken werden nur innerhalb von Limiten übernommen, die aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten bzw. Liquiditätsgesichtspunkten abgeleitet sind, um unter Berücksichtigung von Risk-/Return-Aspekten Renditen zu erzielen. Damit sollen existenzgefährdende Risiken vermieden werden. Das für die Risikoarten vergebene Risikokapital stellt für jede Risikoart die oberste Limitierung dar.

Für die im Tagesgeschäft direkt steuerbaren und mit Risikokapital unterlegten Marktpreis- und Kreditrisiken werden operative Limite festgelegt. Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Steuerung sowohl für die Handels- als auch die Bankbücher über die Zuteilung von Limiten für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch die Anlage in ein unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten optimiertes Zielfortfolio. Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert, sondern stellen mit ihrem Risikokapital Abzugsgrößen von der Risikodeckungsmasse dar. Auch hier wird regelmäßig die Adäquanz der Abzugsgröße ermittelt. Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird auf Konzernebene sowie für die Gesellschaft und deren Tochtergesellschaften limitiert.

Solange die vergebenen Limite eingehalten werden und die aggregierten Limite und Abzugsgrößen kleiner sind als die Risikodeckungsmasse, ist auch die Risikotragfähigkeit gewährleistet.

Neben der Steuerung des Risikokapitals sind die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) einzuhalten.

Risikoreporting

Internes Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Auslastung der Risikolimite. Konzernweit wird im Risikotragfähigkeitsbericht vierteljährlich die Risikotragfähigkeit dargestellt. Die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezialisierter Risikoberichte dargestellt. Das Risikoreporting umfasst sämtliche relevanten Tochtergesellschaften der Deutsche Postbank AG. In Abhängigkeit von der Bedeutung der Risiken werden die Berichte täglich, wöchentlich, monatlich oder quartalsweise erstellt. Adressaten des konzernweiten Risikoreportings sind in der Regel der Vorstand bzw. die verantwortlichen Mitglieder der Risikokomitees und die operativen Bereiche sowie in Auszügen der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die Methodenhoheit sowie die inhaltliche Verantwortung für das Risikoreporting auf Konzernebene liegt im Bereich Risikocontrolling. Neben dem regulären Managementreporting existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc Frühwarnreporting.

Externes Risikoreporting

Der Vorstand der Gesellschaft gibt in einem gesonderten Abschnitt des Lageberichts, dem so genannten Risikobericht, gemäß § 289 HGB und des Konzernlageberichts gemäß § 315 HGB einen Überblick über die

Strategie, die Ziele und die Organisation sowie die zentralen Elemente des konzernweiten Risikomanagementsystems. Ferner erfolgt darin eine zusammenfassende Darstellung der Risikolage.

Marktpreisrisiken

Überblick

Auf das zugewiesene Risikokapital für Marktpreisrisiken entfielen zum 30. September 2008 19 % der Risikodeckungsmasse nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten. Zum 30. September 2008 lag die Auslastung des Risikolimits bezogen auf Marktpreisrisiken in Höhe von € 1.854 Mio. bei 72 %.

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Rohwarenpreisen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen zu Verlusten führen können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Hierbei wird grundsätzlich eine Bewertung auf Mark-to-Market-Basis vorgenommen. Lediglich bei einigen strukturierten Kreditprodukten, deren Handel infolge der Finanzmarktkrise weitgehend zum Erliegen kam, verwendet die Postbank auf der Grundlage des Positionspapiers des IDW zu Bilanzierungs- und Bewertungsfragen im Zusammenhang mit der Subprime-Krise vom 10. Dezember 2007 ein eigenes Bewertungsmodell (*mark to model*). Aufgrund der Inputparameter (zum Beispiel *Trustee Reports*), die in das Bewertungsmodell einfließen, ist eine Aktualisierung der Bewertungsergebnisse nicht täglich möglich, was die Risikoeinschätzung beeinträchtigen kann (siehe „*Risikofaktoren — Die Postbank unterliegt sonstigen Marktpreisrisiken, insbesondere in Bezug auf die Bewertung von Aktien und strukturierten Kreditprodukten*“).

Die wesentliche Aufgabe bei der Steuerung des Marktpreisrisikos ist das Asset-/Liability-Management des von anderen Geschäftsbereichen übernommenen Saldos der Kundengeschäfte (siehe auch „*Geschäftstätigkeit — Geschäftsbereich Financial Markets — Treasury*“), des bestehenden Eigengeschäfts, des verfügbaren, anlagefähigen Eigenkapitals, der Rückstellungen sowie des Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit. Die Postbank sichert Marktpreisrisiken ab, wenn deren aktive Übernahme nicht gewünscht ist. Sofern Marktpreisrisiken bewusst eingegangen werden, erfolgt dies mit dem Ziel, Erträge zu erwirtschaften. Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank wird die Höhe der eingegangenen Marktpreisrisiken im Wesentlichen durch Zinsänderungsrisiken (einschließlich Spreadrisiken) determiniert. Daneben werden zur Risikodiversifikation innerhalb des Anlagebuchs und zur Erzielung von kurzfristigen Kursgewinnen im Handelsbestand Aktienkursrisiken und in geringem Maß Rohwarenrisiken eingegangen. Bewusst eingegangene Volatilitätsrisiken etwa durch die Investition in Volatilitätsprodukte und Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung; letztere entstehen insbesondere durch die Geschäftsaktivitäten der ausländischen Tochtergesellschaften.

Limitierung

Marktpreisrisiken überwacht die Postbank durch ein System Risiko begrenzender Limite auf der Grundlage des Value-at-Risk-Verfahrens; neben dem Value-at-Risk nutzt die Postbank als weitere Steuerungskennzahl für die Zinsänderungsrisiken den Basis-point-value sowie für Spreadrisiken entsprechende Spreadrisiko-Sensitivitäten. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne setzen es wieder bis maximal auf das ursprünglich definierte Niveau herauf. Im zweiten Halbjahr 2007 sowie im Jahr 2008 kam es infolge der Finanzmarktkrise insbesondere in einzelnen spreadsensitiven Subportfolios (beispielsweise im Subportfolio der strukturierten Kreditprodukte) zu kurzfristigen Limitüberschreitungen wegen Limitverzehr aufgrund von Marktwertrückgängen, die jeweils zeitnah mit vereinzelt Limitanpassungen und der Genehmigung von Risikokapitalleihen aus der freien Risikodeckungsmasse behoben werden konnten.

Value-at-Risk-Verfahren

Die Ermittlung des Value-at-Risk (VaR) erfolgt grundsätzlich nach dem Varianz-Kovarianz-Ansatz. Im Rahmen der Risikokapitalallokation wird ein historischer Betrachtungszeitraum von 250 Handelstagen, eine Haltedauer von 90 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,93 % unterstellt. Die operative Steuerung erfolgt dagegen unter Zugrundelegung einer Haltedauer von zehn Tagen und eines

Risikomanagement

Konfidenzniveaus von 99 %. Als Risikofaktoren werden neben Aktienkursen, Wechselkursen, Zinskurven sowie deren Volatilitäten auch die Risiken aus Spreadveränderungen im VaR berücksichtigt. Korrelations-effekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab.

Der VaR eines Portfolios bestimmt so die aus der Historie abgeleitete potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem Zeitraum von zehn Handelstagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Der Varianz-Kovarianz-Ansatz wird auf alle Portfolios des Handelsbestands und des Anlagebuches konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt und transformiert unterschiedliche Ausprägungen des Marktpreisrisikos auf eine einheitliche Risikomessgröße, den VaR. Die im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung abgeleiteten Risikolimiten werden entsprechend skaliert.

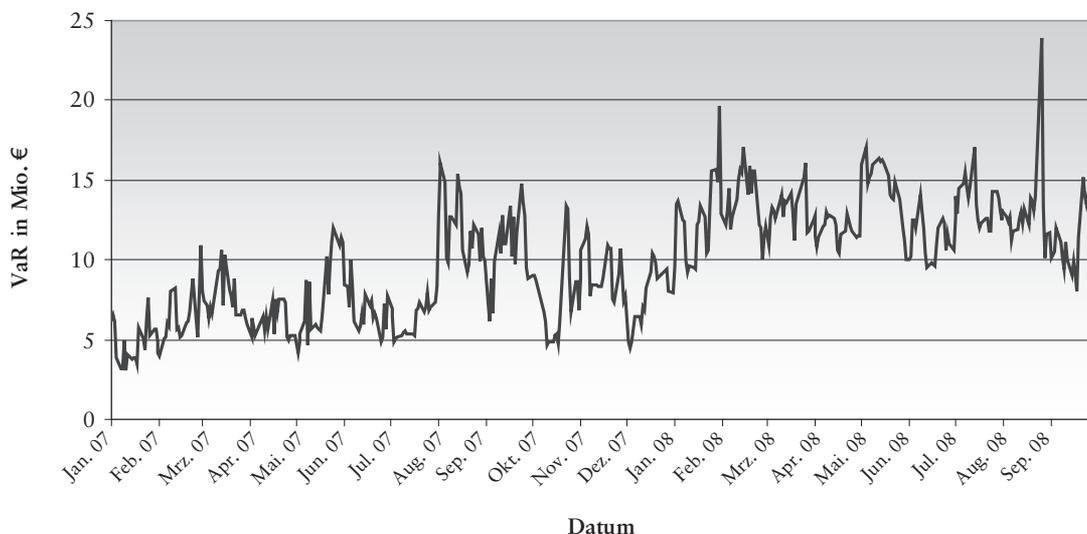
Handelsbuch

Die Postbank hat für den Neunmonatszeitraum zum 30. September 2008 sowie die Geschäftsjahre 2007 und 2006 die folgenden VaR-Werte (99 %, ein Tag) für den Handelsbestand ermittelt:

	2006 (geprüft)	2007 (in Mio. €)	9-Monatszeitraum zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)
VaR am Jahresultimo/Quartalsende	4,3	7,9	14,7
Minimaler VaR	2,7	3,0	8,1
Maximaler VaR	10,3	16,1	23,9
VaR im Periodendurchschnitt	5,1	7,8	12,9

Die Entwicklung des VaR im Lauf des Jahres 2007 und der ersten neun Monate des Jahres 2008 für den Handelsbestand der Postbank ist den folgenden Grafiken zu entnehmen:

VaR Handelsbestand Januar 2007 — September 2008



Die infolge der Finanzmarktkrise deutlich erhöhte Marktvolatilität führte zu teilweise spürbar gestiegenen Risikoparametern und zeigt sich seit der Jahresmitte 2007 in stärkeren Schwankungen des VaR; zudem bewegte sich der VaR im zweiten Halbjahr 2007 auf einem leicht höheren Niveau als im ersten Halbjahr.

Dieser Trend setzte sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 fort und wurde im Handelsbuch weiterhin flexibel zur kurzfristigen Positionierung insbesondere am Aktienmarkt genutzt. Im dritten Quartal 2008 stiegen die Risikoparameter infolge der Marktturbulenzen weiter, wobei sich der VaR unter deutlichen Schwankungen auf dem Niveau des zweiten Quartals 2008 bewegte. Auch die vollständige Integration der Risiken aus Spreadveränderungen in die laufende VaR-Berechnung Ende 2007 führte insbesondere in den spreadsensitiven Subportfolios zu einem Anstieg des VaR.

Anlagebuch

Der VaR für das Anlagebuch (99 %, zehn Tage) betrug zum 30. September 2008 € 312,8 Mio. (zum Vergleich: € 208,5 Mio. zum 31. Dezember 2007). In die Berechnung werden sämtliche risikotragenden Finanzinstrumente (sowohl Geld- und Kapitalmarktprodukte als auch Kundeneinlagen wie zum Beispiel Sparbücher) des Anlagebuchs einbezogen.

Kontrolle der Qualität des VaR-Verfahrens

Die Postbank überprüft regelmäßig die Qualität ihres VaR-Verfahrens und entwickelt es basierend auf den Ergebnissen dieser Prüfungen weiter.

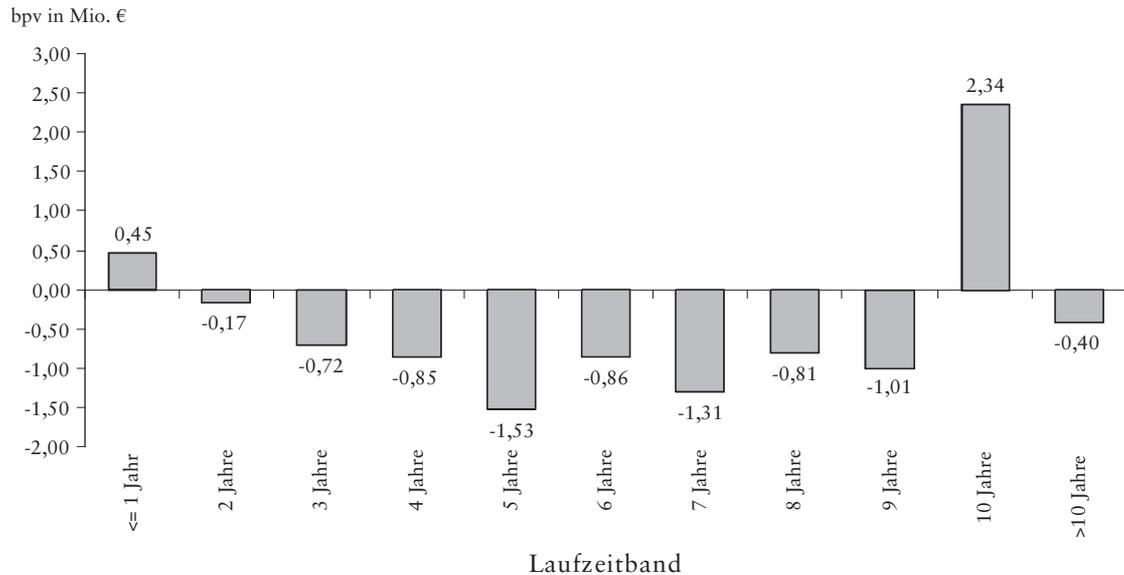
- *Backtesting:* Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktwertveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean Backtesting). Die Auswertung erfolgt nach dem Ampel-Modell der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), wobei je nach Ausmaß der Abweichungen zwischen den mittels des VaR-Verfahrens errechneten Risikokennzahlen und den tatsächlichen Handelsergebnissen eine Bewertung des VaR-Verfahrens anhand der Zonen „Grün“ (d.h. keine Zweifel an der Qualität des VaR-Verfahrens), „Gelb“ (d.h. das VaR-Verfahren wird zwar noch akzeptiert, seine Ausgestaltung jedoch untersucht) und „Rot“ (d.h. das VaR-Verfahren wird nicht mehr akzeptiert und ist konservativ anzupassen) erfolgt. Als Folge der Finanzmarktkrise erhöhte sich allgemein die Volatilität der Marktwerte von Finanzinstrumenten und es kam insbesondere zu hohen Spreadausweitungen, die stark von den in das VaR-Verfahren einfließenden historischen Marktbewegungen abwichen. Daraufhin traten insbesondere bei spreadsensitiven Portfolios zahlreiche Ausreißer auf, die zum Teil eine Einstufung in die „rote“ Zone zur Folge hatten. Nachdem die Postbank seit Ende des Jahres 2007 die Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen vollständig in die laufende Risikoüberwachung integriert hat, ging die Zahl der Ausreißer zurück.
- *Stresstesting:* Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse von extremen Marktbewegungen in regelmäßigen Abständen mindestens monatliche Szenarioanalysen durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die Vermögenspositionen der Postbank. Im Rahmen dieser Analysen werden auch die marktwertigen Auswirkungen auf die Bilanz- und GuV-Positionen auf Konzernebene untersucht. Die Auswirkungen der Szenarien werden den zugeteilten Limiten gegenübergestellt.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken mittels Basis-point-value

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktpreisrisiken bezeichnen die aus einer Marktzinsänderung resultierenden Änderungen des Marktwerts zinssensitiver Finanzinstrumente. Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn sich Aktivpositionen (Darlehen, Wertpapiere, Derivate) und Passivpositionen (Einlagen, Eigenkapitalinstrumente) in den einzelnen Laufzeitbändern weder dem Betrag noch dem Zinssatz nach entsprechen und damit offene aktivische und passivische Zinspositionen (sog. Gaps) entstehen. Von besonderer Bedeutung für die Postbank sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Einlagengeschäfte und das Bausparkollektiv.

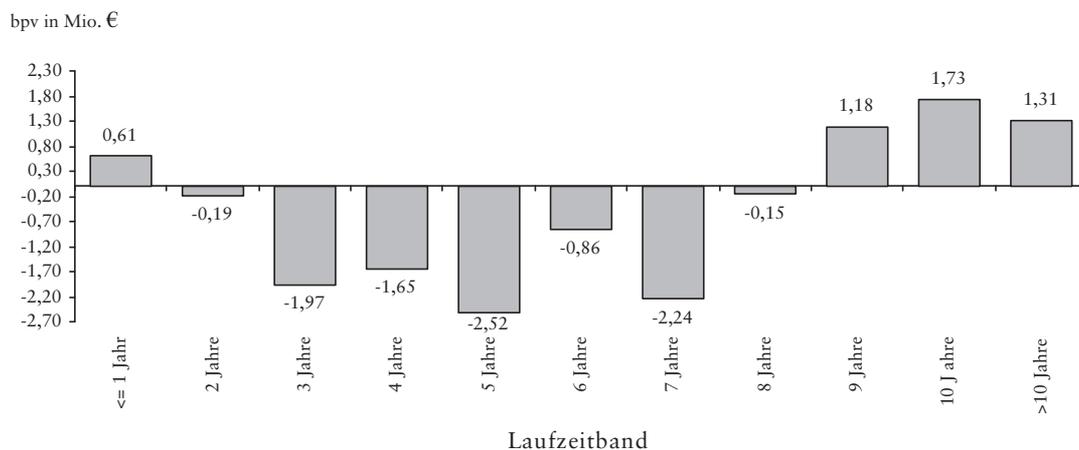
Die nachstehenden Grafiken zeigen die offenen Zinspositionen der Postbank zum 30. September, 30. Juni und 31. März 2008 sowie zum 31. Dezember 2007 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Der BPV misst, um welchen Betrag sich der Barwert aller zinstragenden Positionen verändert, wenn die Markttrendite um einen Basispunkt (also um 0,01 %) steigt oder sinkt. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, es besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog dazu als Passivüberhang zu interpretieren.

Zinspositionen (bpv) der Postbank per 30. September 2008:



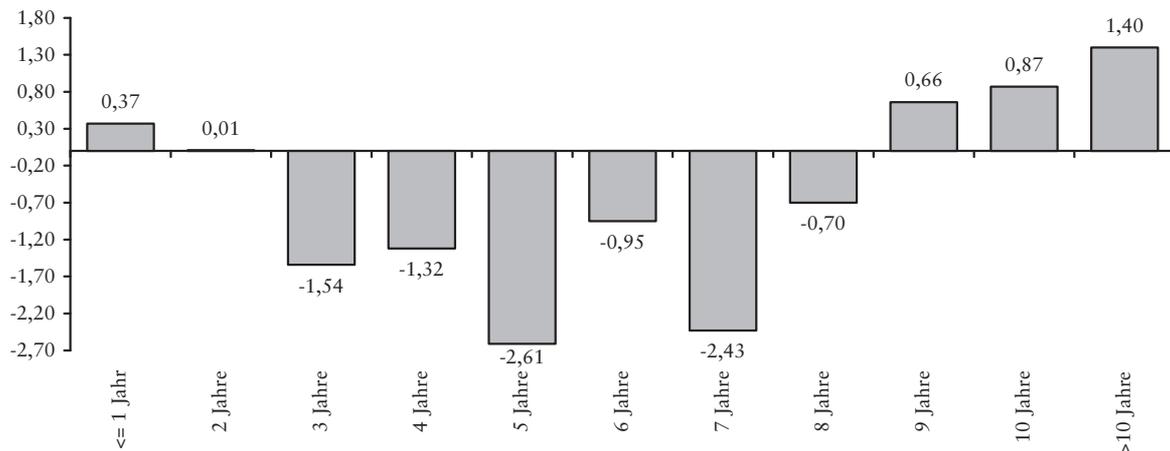
Die Grafik zeigt, dass zum 30. September 2008 bei der Postbank in den Restlaufzeiten bis zu einem Jahr sowie zehn Jahre offene passivische Zinspositionen und in den Restlaufzeiten von zwei bis neun Jahren offene aktivische Zinspositionen bestanden. Der passivische Überhang im 10-Jahres-Laufzeitband resultiert im Wesentlichen aus den langfristigen Positionen im Bausparkollektiv der BHW Bausparkasse AG.

Zinspositionen (bpv) der Postbank per 30. Juni 2008:



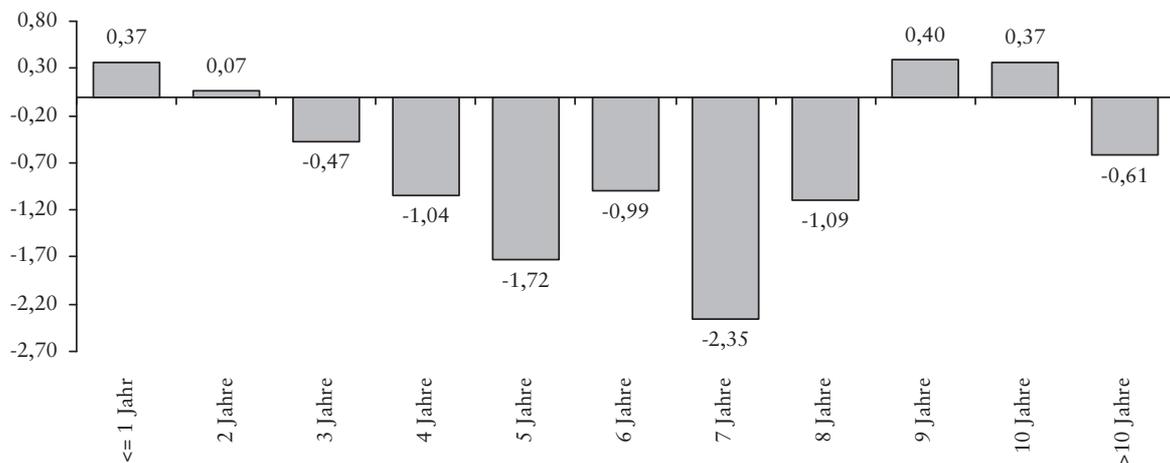
Die Grafik zeigt, dass zum 30. Juni 2008 bei der Postbank in den Restlaufzeiten bis zu einem Jahr sowie neun und zehn Jahre offene passivische Zinspositionen und in den Restlaufzeiten von zwei bis acht Jahren offene aktivische Zinspositionen bestanden.

Zinspositionen (bpv) der Postbank per 31. März 2008:



Die Grafik zeigt, dass zum 31. März 2008 bei der Postbank in den Restlaufzeiten bis zu einem Jahr und zwei Jahre sowie neun und zehn Jahre offene passive Zinspositionen und in den Restlaufzeiten von drei bis acht Jahren offene aktive Zinspositionen bestanden.

Zinspositionen (bpv) der Postbank per 31. Dezember 2007:



Die Grafik zeigt, dass zum 31. Dezember 2007 bei der Postbank in den Restlaufzeiten bis zu einem Jahr und zwei Jahre sowie neun und zehn Jahre offene passive Zinspositionen und in den Restlaufzeiten von drei bis acht Jahren offene aktive Zinspositionen bestanden.

Diese Grafiken reflektieren die Zinspositionierung zu dem jeweiligen Stichtag und stellen aufgrund des aktiven Managementansatzes keine Durchschnittsposition dar. Bei offenen passiven Festzinspositionen führen rückläufige Marktzinsen zu einem Rückgang des Marktwerts der Passivpositionen und gegebenenfalls zu einem Rückgang der Zinsspanne. Bei offenen aktiven Festzinspositionen führen steigende Marktzinsen zu einem Rückgang der Marktwerte der Aktivpositionen und gegebenenfalls zu einem Rückgang der Zinsspanne. Bei Produkten mit variabler Verzinsung besteht kein Marktwertisiko aus Zinsänderungen; veränderte Marktzinsen führen aber zu einer Änderung des Zinsaufwands bzw. des -ertrags.

Kreditrisiken

Überblick

Auf das zugewiesene Risikokapital für Kreditrisiken entfielen zum 30. September 2008 10 % der Risikodeckungsmasse nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten. Zum 30. September 2008 lag die Auslastung des Risikolimits bezogen auf Kreditrisiken in Höhe von € 1.191 Mio. bei 64%.

Kreditrisiken (oder auch Adressenausfallrisiken) definiert die Postbank als Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (zum Beispiel durch Insolvenz) verursacht werden können.

Es werden vier Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- *Bonitäts- und Ausfallrisiken:* Risiken möglicher Wertverluste, die durch eine Verschlechterung der Bonität oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners entstehen.
- *Abwicklungsrisiken:* Risiken möglicher Wertverluste bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen. Abwicklungsrisiken entstehen immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere bzw. andere kontrahierte Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- *Kontrahentenrisiken:* Risiken möglicher Wertverluste durch den Ausfall eines Vertragspartners und somit für unrealisierte Gewinne aus schwebenden Geschäften. Hier handelt es sich um Wiedereindeckungsrisiken.
- *Länderrisiken:* Risiken möglicher Wertverluste aufgrund von politischen oder sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung (Transferrisiko).

Kreditrisikostategie und Kreditbepreisung

Die Postbank steuert ihre Kreditrisiken auf der Grundlage der vom Vorstand der Gesellschaft verabschiedeten Kreditrisikostategie, die für einen bestimmten Planungszeitraum das Risikoprofil und die Kreditvergabebereitschaft für das gesamte Kreditgeschäft der Postbank wiedergibt. Die Beschreibung der Kreditprodukte mit Vergabekriterien, Risikobegrenzung und angewandtem Ratingverfahren ist in einer gesonderten Kreditproduktdatenbank dokumentiert.

Als eine weitere risikostategische Maßnahme orientiert sich die Postbank bezüglich der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios für Firmenkunden, Banken und Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko an einem Zielfortfolio. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielfortfolio. Aufgrund seiner sehr starken Risikodiversifikation durch die hohe Anzahl an individuellen Kreditnehmern und durch die relativ geringe durchschnittliche Höhe der einzelnen ausgereichten Kredite ist das Retailkundengeschäft nicht Teil des Zielfortfolios, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Mit diesem System können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in die Rentabilitätsberechnung, die in Form von Return-on-Equity-Kennziffern (ROE) ermittelt wird, ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail Bereich individuell statt.

Methoden der Risikomessung und -steuerung

Das Risikomanagement der Postbank ist sowohl auf die Steuerung von Einzelrisiken (also das Risiko eines einzelnen Geschäfts) als auch auf die Steuerung der Gesamtrisikoposition der Postbank (so genannte Portfoliosteuerung), also die Summe aller Risikopositionen, ausgerichtet.

Scoring und Rating zur Steuerung von Einzelrisiken

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die den Mindestanforderungen an die Nutzung des IRB-Ansatzes (auf internen Ratings basierender Ansatz) nach Basel II entsprechen (siehe „*Regulierung und Aufsicht — Aufsichtsrechtliche Anforderungen an eine angemessene Eigenmittelausstattung — Adressrisiken und operationelles Risiko — Adressrisiken*“). Diese Ratingsysteme erachtet die Postbank nicht nur unter regulatorischen Gesichtspunkten für wichtig, sondern sieht sie gerade auch für eine prozesseffiziente Risikosteuerung als strategisch bedeutsam an. Daher hatte die Postbank zügig die Voraussetzungen für die Verwendung des IRB-Ansatzes geschaffen und die erforderliche Zulassung durch die BaFin als erste Bank in Deutschland erhalten. Nach eigener Einschätzung hat sich die Postbank auch weltweit als eine der ersten Banken für die Nutzung des IRB-Ansatzes qualifiziert.

Unabhängig von der Größe und Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren regelmäßig ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt. Neben der Unterstützung beim Kreditentscheidungsprozess dienen Rating- und Scoringergebnisse unter anderem auch als Grundlage für die Berechnung des „erwarteten Verlusts“, also des Verlustes, der über den Zeitraum eines Jahres erwartet werden kann, und fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten indirekt in die Margenkalkulation ein.

- *Scoring im Retail Banking:* Die Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen erfolgen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kredits bzw. Kreditnehmers. Parallel werden die Verwertungsquote bei Zahlungsunfähigkeit entweder individuell (im Falle der Baufinanzierungen) oder pauschal (im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts) geschätzt. Für die Giroprodukte im Retail Bereich setzt die Postbank ein internes Verhaltensscoring ein, das Ausfallrisiken individuell auf Basis der historischen Kontoführungsdaten zusammen mit weiteren externen Informationen bewertet.
- *Rating für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten:* Ratingmodelle werden für die Kreditentscheidung und Konditionengestaltung verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Kern (statistisches Bilanzrating oder Monte-Carlo-Simulation der erwarteten Zahlungsströme) bestehen und über ein heuristisches Modell qualitative und aktuellere Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse der Masterskala und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Rating-Agentur Standard & Poor's an. Die Validierung der Rating- und Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und während des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung bewertet die Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, der Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Vorhersagekraft der Modelle.

Im Rahmen der Anmeldungen der Rating- und Scoringsysteme zum IRB-Ansatz hat die Postbank die Prozesse zur Konzeption, Implementierung und Überwachung der Ratingsysteme den Anforderungen an die Verwendung interner Ratingssysteme angepasst. Dazu gehören insbesondere die regelmäßige Überprüfung des Leistungsverhaltens und der korrekten Anwendung der Ratingsysteme, die Kalibrierung und Validierung der Ratingsysteme sowie die Einbindung der Ergebnisse der Überwachungsaktivitäten in das interne Berichtswesen. Alle Ratingsysteme werden vom Vorstand der Postbank genehmigt. Der Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit des Ratingsystems sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Management Reportings informiert.

Credit Value-at-Risk und erwarteter Verlust als Risikokennzahlen zur Portfoliosteuerung

Zusätzlich zur Überwachung der Einzelrisiken ermittelt die Postbank den Credit Value-at-Risk (CVaR) und betrachtet den erwarteten Verlust ihres gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestandes.

- > *Credit Value-at-Risk:* Der CVaR ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts eines Kreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, der innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist der CVaR als Maß für den unerwarteten Verlust aus Adressenausfallrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.
- > *Erwarteter Verlust:* Im Unterschied zum CVaR ist der in der nachstehenden Tabelle angegebene erwartete Verlust eines Kreditportfolios der Forderungsbestand, der erwartungsgemäß im Durchschnitt innerhalb eines Zeitintervalls von einem Jahr in Verzug geraten bzw. ausfallen wird; dieser berechnet sich als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Forderungshöhe und der Verlustquote. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Postbank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die wichtigsten Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profit-Center zum 30. September 2008 (Berechnung per 31. August 2008) im Vergleich zum Jahresende 2007 bzw. 2006 (Berechnung jeweils per 30. November) werden in der folgenden Tabelle dargestellt.

Kreditrisiken	Volumen ⁽¹⁾			Erwarteter Verlust			Credit VaR ⁽²⁾		
	zum 31. Dez. 2006 (geprüft)	zum 30. Sept. 2007	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2006 (geprüft)	zum 30. Sept. 2007 (ungeprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2006 (geprüft)	zum 30. Sept. 2007 (ungeprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)
Firmenkunden	16.975	18.670	24.244	48	55	61	167	181	159
Retailkunden	35.638	42.380	45.914	134	173	201	111	133	171
Financial Markets	94.662	112.494	137.467	98	109	156	496	606	735
Sonstige (Banken/Kommunen)	13.226	7.828	6.463	7	4	4	244	121	116
BHW	<u>46.590</u>	<u>41.965</u>	<u>41.747</u>	<u>87</u>	<u>73</u>	<u>61</u>	<u>117</u>	<u>57</u>	<u>58</u>
Gesamt (inkl. Portfolioeffekt)	<u>207.091</u>	<u>223.337</u>	<u>255.834</u>	<u>374</u>	<u>414</u>	<u>482</u>	<u>544</u>	<u>661</u>	<u>759</u>

(1) Die Abweichung des in dieser Tabelle angegebenen Volumens für den Kreditbestand von den in den anderen Tabellen zum Kreditportfolio angegebenen Volumina resultiert zum einen daraus, dass als Stichtag zur Berechnung des CvaR der Vormonatsultimo herangezogen wird und zum anderen zur vollständigen Quantifizierung der Kreditrisiken bei der Berechnung des CVaR je nach Position Buchwerte, Marktwerte oder Kreditäquivalenzbeträge verwendet werden.

(2) Konfidenzniveau 99,93 %.

Der Anstieg des Konzernkreditbestandes von € 207.091 Mio. zum Jahresende 2006 auf € 223.337 Mio. zum Jahresende 2007 geht mit einem Anstieg des erwarteten Verlusts um 10,6 % und des unerwarteten Verlusts um 21,6 % einher. Die starke Veränderung des CVaR im Profitcenter Financial Markets spiegelt dabei die Entwicklungen der Finanzmärkte wider. Im Vergleich zum Jahr 2006 ist im Jahr 2007 ein Anstieg des Volumens im Bereich Firmen- und Retailkunden sowie im Bereich Financial Markets zu beobachten. Dieser Trend setzte sich auch in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 fort. Unter der Kategorie Sonstige ist das Kreditportfolio der früheren DSL Bank im Kommunalkreditgeschäft und in der Bankenfinanzierung zusammengefasst, das planmäßig abgebaut wird und daher im Vergleich zum Jahr 2006 abgenommen hat. Im dritten Quartal 2008 hat die Postbank Risikopositionen im Bereich Sonstige weiter abgebaut.

Der Anstieg des Gesamtkreditbestands von € 223 Mrd. um 14,5 % auf € 256 Mrd. geht mit einem Anstieg des erwarteten Verlusts um 16,4 % und einem Anstieg des unerwarteten Verlusts (CVaR) um 14,8 % einher.

Die Entwicklung des CVaR der BHW spiegelt hierbei vor allem die fortlaufende Integration der BHW sowohl in der Risikomessung als auch in der Risikosteuerung wider. Im Jahr 2006 wurden zunächst die Risiken mit Pauschalratings erfasst, die das Risiko konservativ überzeichneten. Im Laufe der Zeit wurden diese Pauschalratings durch Basel II konforme Ratings ersetzt. Des Weiteren wurde das Portfolio der BHW Bank je nach Art des Exposure auf die Segmente Privatkunden oder Firmenkunden überführt. Insbesondere die Überführung von Wertpapieren zum Segment Firmenkunden, die im Vergleich zum Retailgeschäft großvolumiger sind, reduzierte deutlich den CVaR in diesem Segment.

Ermittlung des CVaR

Die Messung des CVaR wird mit einem Kreditrisikomodell durchgeführt, das die konsistente Erfassung aller Kreditrisiken ermöglicht. Die Berechnung des CVaR basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Größenklassen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Unter einer Migration versteht man hierbei die Veränderung der Bonität eines Schuldners, die sich in einer internen oder externen Bonitätsklassifizierung niederschlägt. Die Wahrscheinlichkeit einer Migration (Ratingveränderung) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des CVaR werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verwertungsquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die CVaR-Berechnung unter anderem fortlaufend aktualisierte Daten der Rating-Agenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Branchen-/Produkt-Ausfallwahrscheinlichkeiten und -Korrelationen, Credit Spreads als Risikoaufschläge für verschiedene Rating-/Bonitätsklassen sowie Schwankungsbreiten dieser Parameter für die Monte-Carlo-Simulation ein. Homogene, granulare Forderungen werden dabei bei der Berechnung des CVaR zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäftes.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird vierteljährlich der CVaR des Konzernkreditportfolios berechnet, für Produkte/Geschäftsbereiche mit besonderen Risikostrukturen erfolgt eine tägliche Berechnung des CVaR. Aufgrund der Korrelationseffekte ist der CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als die Summe der einzelnen CVaR der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom Kreditrisikokomitee den einzelnen Profit-Centern zur Verfügung gestellten CVaR-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Sonstige Risikomessmethoden auf Portfolioebene

Zusätzlich zur Berechnung des CVaR wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem Risikoarten übergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen, mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Kreditportfolio

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Portfolios von Forderungen der Postbank an Kunden und Kreditinstitute (nach IFRS) auf Basis der Unterlagen des Rechnungswesens:

	2005	Kreditportfolio		Zum 30. September 2008
		zum 31. Dezember 2006	2007 (ungeprüft) (in € Mio.)	
Private Baufinanzierungen	28.953	59.148	64.781	69.173
Bauspardarlehen	—	3.147	3.179	3.411
Gewerbliche Kredite	12.567	13.603	17.553	23.063
<i>davon gewerbliche Immobilienfinanzierung</i>	8.010	9.353	11.636	15.910
<i>davon Ausland</i>	5.121	8.311	10.414	14.149
Forderungen an öffentliche Haushalte	8.682	5.444	3.546	2.410
<i>davon Ausland</i>	2.037	975	672	555
Ratenkredite	1.575	2.447	2.289	2.883
Sonstige Forderungen	1.096	3.393	782	2.511
Gesamtforderungen an Kunden	52.873	87.182	92.130	103.451
Forderungen an Kreditinstitute	17.801	16.350	24.581	17.622
davon inländisch	5.948	7.206	10.730	7.568
davon ausländisch	11.853	9.143	13.851	10.054
Gesamt	70.674	103.532	116.711	121.073

Kredite zur privaten Baufinanzierung stellten mit € 69.173 Mio. zum 30. September 2008 den größten Anteil der Gesamtforderungen an Kunden dar. Der deutliche Anstieg an privaten Baufinanzierungen zum 31. Dezember 2006 gegenüber dem 31. Dezember 2005 resultiert in erster Linie aus dem Erwerb des BHW. Entsprechend ihrer Strategie, das Kreditgeschäft im Geschäftsbereich Firmenkunden risikobewusst auszubauen, hat die Postbank die gewerblichen Kredite von € 13.603 Mio. zum 31. Dezember 2006 auf € 17.553 Mio. zum 31. Dezember 2007 und auf € 23.063 Mio. zum 30. September 2008 erhöht. Dagegen wurden die niedrigmargigen Forderungen an öffentliche Haushalte in den letzten Jahren planmäßig verringert. Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen unter anderem aufgrund stichtagsbedingt höherer Interbankengeschäfte um € 8.231 Mio. auf € 24.581 Mio. zum 31. Dezember 2007, sind aber zum 30. September 2008 auf € 17.622 Mio. zurückgegangen.

Risikomanagement

Die nachstehenden Tabellen zeigen das Kreditportfolio der Postbank zum 30. September 2008 bzw. zum 31. Dezember 2007, unterteilt nach Restlaufzeiten auf Basis der Unterlagen des Rechnungswesens:

	Laufzeitengliederung des Kreditportfolios zum 30. September 2008			Gesamt
	< 1 Jahr	1-5 Jahre (ungeprüft)	> 5 Jahre (in € Mio.)	
Private Baufinanzierungen	16.736	21.881	30.556	69.173
Bauspardarlehen	0	0	3.411	3.411
Gewerbliche Kredite	6.720	8.169	8.174	23.063
<i>davon gewerbliche Immobilienfinanzierung</i>	4.636	5.635	5.639	15.910
<i>davon Ausland</i>	4.123	5.012	5.015	14.149
Forderungen an öffentliche Haushalte	526	802	1.802	2.410
<i>davon Ausland</i>	121	185	249	555
Ratenkredite	628	960	1.295	2.883
Sonstige Forderungen	732	889	890	2.511
Forderungen an Kunden	25.342	32.701	45.408	103.451
Forderungen an Kreditinstitute	12.086	2.227	3.309	17.622
<i>davon Inland</i>	5.190	956	1.421	7.568
<i>davon Ausland</i>	6.896	1.271	1.888	10.054
Gesamt	37.428	34.928	48.717	121.073

Auch zum 30. September 2008 haben die Forderungen an Kreditinstitute schwerpunktmäßig Laufzeiten von weniger als einem Jahr, während über 43 % der Forderungen an Kunden Laufzeiten von mehr als einem Jahr ausweisen. Im Vergleich zum 31. Dezember 2007 hat der Anteil der Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren am Gesamtkreditportfolio von 35,7 % auf 40,2 % zugenommen, währenddessen der Anteil der Forderungen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr von 34,4 % auf 30,9 % abgenommen hat. Die entspricht dem Rückgang des Anteils der Forderungen an Kreditinstitute am Gesamtkreditportfolio von 21,1 % zum 31. Dezember 2007 auf 14,6 % zum 30. September 2008.

	Laufzeitengliederung des Kreditportfolios zum 31. Dezember 2007			Gesamt
	< 1 Jahr	1-5 Jahre (ungeprüft)	> 5 Jahre (in € Mio.)	
Private Baufinanzierungen	15.361	18.591	30.829	64.781
Bauspardarlehen ⁽¹⁾	—	—	—	3.179
Gewerbliche Kredite	5.610	5.994	5.950	17.553
<i>davon gewerbliche Immobilienfinanzierung</i>	3.719	3.973	3.944	11.636
<i>davon Ausland</i>	3.328	3.556	3.530	10.414
Forderungen an öffentliche Haushalte	721	1.228	1.597	3.546
<i>davon Ausland</i>	137	233	302	672
Ratenkredite	466	793	1.030	2.289
Sonstige Forderungen	250	267	265	782
Forderungen an Kunden	22.407⁽²⁾	26.873⁽²⁾	39.671⁽²⁾	92.130
Forderungen an Kreditinstitute	17.710	4.921	1.950	24.581
<i>davon Inland</i>	7.731	2.148	851	10.730
<i>davon Ausland</i>	9.979	2.773	1.099	13.851
Gesamt	40.117⁽²⁾	31.794⁽²⁾	41.621⁽²⁾	116.711

(1) Eine entsprechende Laufzeitenuntergliederung liegt derzeit nicht vor.

(2) Ohne Bauspardarlehen.

Während die Forderungen an Kreditinstitute schwerpunktmäßig Laufzeiten von weniger als einem Jahr haben, weisen über 45 % der Forderungen an Kunden Laufzeiten von mehr als fünf Jahren auf.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Branchenaufteilung der risikotragenden Finanzinstrumente:

Risikotragende Finanzinstrumente	Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen																		
	Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Dienstleister/Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt						
	zum 31. Dez. 2006	zum 31. Dez. 2007	zum 30. Sept. 2008	zum 31. Dez. 2007	zum 30. Sept. 2008	zum 31. Dez. 2007	zum 30. Sept. 2008	zum 31. Dez. 2007	zum 30. Sept. 2008	zum 31. Dez. 2007	zum 30. Sept. 2008	zum 31. Dez. 2006	zum 31. Dez. 2007	zum 30. Sept. 2008					
Handelsaktiva	208	209	205	12.787	9.267	7.969	109	14	18	80	148	132	15	165	147	203	13.280	9.936	8.674
Held for Trading	208	209	205	12.787	9.267	7.969	109	14	18	80	148	132	15	165	147	203	13.280	9.936	8.674
Hedging-Derivate	0	0	0	429	385	311	0	26	32	18	5	0	14	0	0	3	485	421	351
Held for Trading	0	0	0	429	385	311	0	26	32	18	5	5	14	0	0	3	485	421	351
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	16.350	24.581	17.622	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	16.350	24.581	17.622
Loans and Receivables	0	0	0	16.350	24.581	17.622	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	16.350	24.581	17.622
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	64.750	68.230	74.197	2.642	7.723	9.140	5.972	4.643	3.891	4.995	3.938	5.189	1.588	2.705	4.497	7.235	5.486	6.537	87.182
Loans and Receivables	58.569	61.120	66.230	6.640	7.716	9.135	5.722	4.427	3.732	4.839	3.873	5.136	1.499	2.546	4.364	3.214	5.477	6.528	80.483
Designated at Fair Value	6.181	7.110	7.967	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6.181
Held to Maturity	0	0	0	2	7	5	250	216	159	156	65	53	89	159	133	21	9	9	518
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	359
Finanzanlagen	0	0	0	39.839	46.402	48.122	16.206	15.085	25.382	973	740	1.156	3.658	4.050	4.771	2.623	1.847	63.299	68.606
Loans and Receivables	0	0	0	16.056	22.276	25.682	1.344	2.014	3.469	196	119	854	735	1.258	1.626	700	933	343	19.031
Designated at Fair Value	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6.181
Held to Maturity	0	0	0	1.016	709	357	3.940	21	21	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Available for Sale	0	0	0	22.767	23.417	22.083	10.922	13.050	21.892	777	621	302	2.923	2.792	3.145	1.923	1.396	1.504	39.312
Zwischensumme	64.958	68.439	74.402	72.047	88.358	83.164	22.287	19.768	29.323	6.066	4.831	6.482	5.275	6.920	9.415	9.963	7.953	8.590	180.596
Eventualverpflichtungen	436	252	286	1.290	891	619	25	22	24	65	172	226	30	16	22	128	75	82	1.974
Anderes	16.753	19.113	19.053	249	34	431	110	35	34	1.362	971	771	793	667	695	2.102	2.660	1.758	21.369
Verpflichtungen	82.147	87.804	93.741	73.586	89.283	84.214	22.422	19.825	29.381	7.493	5.974	7.479	6.098	7.603	10.132	12.193	10.688	10.430	203.939
Gesamt	167.531	187.804	193.741	173.586	189.283	184.214	44.844	39.650	58.764	13.459	6.805	14.961	9.123	8.529	20.547	22.146	20.663	21.348	404.535

(1) Im Sinn der Gesamtrisikobetrachtung sind hierin auch Kundenforderungen in Höhe von € 593 Mio. enthalten, die in Erläuterung (28) zum Konzernabschluss 2007 unter den zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten ausgewiesen sind.

Risikomanagement

In den Jahren 2006 und 2007 sowie den ersten neun Monaten im Jahr 2008 ist die Branchenaufteilung der risikotragenden Finanzinstrumente relativ konstant geblieben. Der Fokus liegt auf den Retail-Kunden sowie Staaten, Banken, Versicherungen und Finanzdienstleister.

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen der risikotragenden Finanzinstrumente nach geografischen Gebieten:

Risikotragende Finanzinstrumente	Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten											
	Deutschland			Westeuropa			Sonstige Regionen			Gesamt		
	zum		zum	zum		zum	zum		zum	zum		zum
	31. Dezember 2006 (geprüft)	2007	30. Sept. 2008 (ungeprüft)	31. Dezember 2006 (geprüft)	2007	30. Sept. 2008 (ungeprüft)	31. Dezember 2006 (geprüft)	2007	30. Sept. 2008 (ungeprüft)	31. Dezember 2006 (geprüft)	2007	30. Sept. 2008 (ungeprüft)
	(in Mio. €)											
Handelsaktiva	3.377	5.125	3.437	8.646	3.738	4.146	1.257	1.073	1.073	13.280	9.936	8.674
Held for Trading	3.377	5.125	3.437	8.646	3.738	4.146	1.257	1.073	1.073	13.280	9.936	8.674
Hedging-Derivate	205	67	43	216	275	234	64	79	74	485	421	351
Held for Trading	205	67	43	216	275	234	64	79	74	485	421	351
Forderungen an Kreditinstitute	6.717	13.937	8.043	7.116	8.348	7.723	2.517	2.296	1.856	16.350	24.581	17.622
Loans and Receivables	6.717	13.937	8.043	7.116	8.348	7.723	2.517	2.296	1.856	16.350	24.581	17.622
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	76.637	80.724	87.505	8.285	9.219	12.103	2.260	2.782	3.843	87.182	92.725 ⁽¹⁾	103.451
Loans and Receivables	69.938	73.158	79.179	8.285	9.219	12.103	2.260	2.782	3.843	80.483	85.159	95.125
Designated at Fair Value	6.181	7.110	7.967	0	0	0	0	0	0	6.181	7.110	7.967
Held to Maturity	518	456	359	0	0	0	0	0	0	518	456	359
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzanlagen	28.055	23.878	30.765	29.116	36.438	41.587	6.128	8.290	8.926	63.299	68.606	81.278
Loans and Receivables	12.743	14.971	18.366	4.340	8.618	8.533	1.948	3.011	5.075	19.031	26.600	31.974
Designated at Fair Value	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Held to Maturity	3.301	666	368	1.607	16	10	47	48	0	4.956	730	378
Available for Sale	12.011	8.241	12.031	23.168	27.804	33.044	4.133	5.231	3.851	39.312	41.276	48.926
Zwischensumme	<u>114.992</u>	<u>123.731</u>	<u>129.793</u>	<u>53.378</u>	<u>58.018</u>	<u>65.811</u>	<u>12.226</u>	<u>14.520</u>	<u>15.772</u>	<u>180.596</u>	<u>196.269</u>	<u>211.376</u>
Eventualverpflichtungen	1.807	1.130	1.123	104	235	73	63	63	63	1.974	1.428	1.259
Andere Verpflichtungen	19.288	21.989	21.132	329	345	603	1.752	1.146	1.007	21.369	23.480	22.742
Gesamt	<u>136.087</u>	<u>146.850</u>	<u>152.048</u>	<u>53.811</u>	<u>58.598</u>	<u>66.487</u>	<u>14.041</u>	<u>15.729</u>	<u>16.842</u>	<u>203.939</u>	<u>221.177</u>	<u>235.377</u>

(1) Im Sinn der Gesamtrisikobetrachtung sind hierin auch Kundenforderungen in Höhe von € 595 Mio. enthalten, die in Erläuterung (28) zum Konzernabschluss 2007 unter den zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten ausgewiesen sind.

Die regionale Aufteilung der kreditrisikotragenden Finanzinstrumente zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa und Nordamerika, die unter anderem von den ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen der Gesellschaft eingegangen wurden.

Risikomanagement

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Engagements aus grenzüberschreitenden Forderungen der Postbank:

Engagements aus grenzüberschreitenden Forderungen					
Angaben zum 30. September 2008					
	Kredit/Aval	Wertpapiere	Derivate (ungeprüft) (in Mio. €)	Geldanlagen	Gesamt- engagement
Risikoklasse AAA inkl. Euroraum o. Risikokl.					
EURO-Länder	2.374	8.115	1.887	227	12.603
Supranationale Institutionen	50	0	0	0	50
Sonstige Länder und Institutionen	3.692	9.924	4.965	863	19.444
Risikoklasse AA+ – AA–					
EURO-Länder	2.565	28.084	1.647	489	32.785
Sonstige Länder	3.142	7.453	2.909	1.030	14.534
Risikoklasse A+ – A–					
Euro-Länder	9	1.114	47	3	1.173
Island	15	103	45	27	190
Litauen	3	0	5	0	8
Lettland	1	0	65	0	66
Kroatien	4	3	0	0	7
Mexico	4	9	0	0	13
Polen	394	0	0	15	409
Russland	7	0	201	0	208
Slowakei	6	0	0	0	6
Südkorea	0	12	118	0	130
Tschechien	57	0	0	0	57
Ungarn	29	47	10	27	113
Sonstige Länder	2	0	0	0	2
Risikoklasse BBB+ – BBB–					
Brasilien	1	0	0	0	1
Indien	7	0	0	0	7
Südafrika	3	42	52	0	97
Rumänien	2	0	0	0	2
Panama	0	0	7	0	7
Sonstige Länder	1	0	0	0	1
Risikoklasse BB+ – BB–					
Türkei	68	0	38	0	106
Vietnam	0	0	24	0	24
Sonstige Länder	1	0	0	0	1
Risikoklasse B+ – B–					
Sonstige Länder	0	0	0	0	0
Gesamt	<u>12.437</u>	<u>54.906</u>	<u>12.020</u>	<u>2.681</u>	<u>82.044</u>

Das Länderrisiko als Unterart des Kreditrisikos bezeichnet die Gefahr, dass in einem Land aus politischen und sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung (Transferrisiko) ein Verlust entsteht. Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. Das hierbei verwendete interne Ratingsystem der Postbank entspricht den Mindestanforderungen an die Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II. In einer konzernweiten Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Die Länder der Europäischen Union, die an der Gemeinschaftswährung Euro teilnehmen, weisen kein Transferrisiko auf, weshalb die Postbank das Geschäft mit diesen Ländern nicht limitiert.

Die nachstehende Tabelle zeigt die risikotragenden Finanzinstrumente der Postbank untergliedert nach Größenklassen (Berechnung für die Jahre 2005, 2006 und 2007 jeweils per 30. November und für die ersten neun Monate des Jahres 2008 per 31. August):

	31. Dezember 2005			31. Dezember 2006			31. Dezember 2007			30. September 2008		
	Volumen Gesamt (in Mio. €)	in %	Anzahl Kunden/ Emittenten	Volumen Gesamt	in %	Anzahl Kunden/ Emittenten	Volumen Gesamt (ungeprüft) (in Mio. €)	in %	Anzahl Kunden/ Emittenten	Volumen Gesamt (in Mio. €)	in %	Anzahl Kunden/ Emittenten
> € 1 Mrd.	37.470	25	19	33.305	16	17	35.924	16	20	59.126	26	25
€ 0,5 — 1 Mrd.	18.850	12	28	19.427	9	30	11.670	5	21	11.408	5	16
€ 2,5 — 500 Mio.	53.888	35	598	64.500	31	736	69.976	31	830	76.081	34	892
€ 0,5 — 25 Mio.	18.192	12	4.366	21.938	11	4.647	24.300	11	5.655	25.479	11	6.317
€ 50.000 — 0,5 Mio.	21.346	14	158.139	62.521	30	177.444	68.281	31	499.202	70.582	32	513.221
< € 50.000	3.191	2	914.274	5.399	3	981.716	13.185	6	1.582.967	13.159	6	1.769.168
Gesamt	<u>152.937</u>	<u>100</u>	<u>1.077.424</u>	<u>207.091</u>	<u>100</u>	<u>1.164.590</u>	<u>223.337</u>	<u>100</u>	<u>2.088.695</u>	<u>255.834</u>	<u>115</u>	<u>2.289.639</u>

Die Kunden bzw. Emittenten, auf die sich die bezeichneten risikotragenden Finanzinstrumente konzentrieren, sind die Bundesrepublik Deutschland, deutsche Bundesländer, westeuropäische Staaten sowie die großen national und international tätigen Banken (bei letzteren liegt der Investment-schwerpunkt in den Derivativen Produkten (38 %) und kurzfristigen Repo-Deals (15 %)). Von diesen besitzen 12 % ein AAA Rating von Standard & Poor's (bzw. das entsprechende Rating von Moody's), während die übrigen ein Rating von AA-Bereich (48 %) bis A-Bereich (40 %) haben.

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Zuständigkeit für die Genehmigung von Krediten ist grundsätzlich abhängig von deren Höhe und zusätzlich bei Privatkunden vom Grad der Besicherung und bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets von der Bonitätseinstufung (Rating) des jeweiligen Kreditnehmers bzw. Schuldners. Entsprechend ihrer Kompetenzstufe ist die Genehmigungsbefugnis den Mitarbeitern, einzelnen Vorstandsmitgliedern oder dem Gesamtvorstand zugewiesen. Bei Krediten an Kreditnehmer mit „Investment-Grade“ Ratings (BBB- und besser) über € 100 Mio. bzw. im Interbankengeschäft über € 300 Mio. und mit „Non-Investment-Grade“ Ratings (BB+ und schlechter) über € 50 Mio. bzw. über € 150 Mio. im Interbankengeschäft sowie bei Organkrediten im Sinne des § 15 KWG ist ferner die Zustimmung des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der Gesellschaft erforderlich. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens in den Geschäftsbereichen Firmenkunden und Financial Markets ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge sowie dem Risikocontrolling, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnbaufinanzierungen bis € 1,0 Mio., andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis € 0,75 Mio. (sofern als so genannte „Grünfälle“ im Ampelmodell definiert) versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Im Einzelnen stellen sich die Genehmigungsverfahren wie folgt dar:

Privat- und Geschäftskunden

Das Standardkreditgeschäft mit Privat- und Geschäftskunden umfasst die Gewährung von Dispositions-, Raten und Kontokorrentkrediten bis zu einem Höchstbetrag von in der Regel € 60.000 (Privatkunden) bzw. € 125.000 (Geschäftskunden) auf Basis von Punktebewertungs- oder „Scoring“-Systemen (basierend unter anderem auf dem Kontoführungsverhalten, Alter des Kreditnehmers, Postleitzahlenregion, Familienstand, Einkommen und externen Bonitätsbeurteilungen) sowie von vereinfachten Genehmigungsrichtlinien. Darüber hinaus umfasst das Standard-Kreditgeschäft Baufinanzierungskredite bis in der Regel € 1 Mio., die ebenfalls einem produktspezifischen Scoring und vereinfachten Genehmigungsrichtlinien unterliegen. In Einzelfällen gehen private Baufinanzierungen über die Grenze von € 1 Mio. hinaus und unterliegen dann einem gesonderten Kreditmanagement (Einbindung der Marktfolge) und gegebenenfalls Rating (für Spezialfinanzierungen).

Firmenkunden

Bei Entscheidungen über die Kreditvergabe an Firmenkunden gelten folgende Grundsätze:

Kontokorrentkredite bis € 25.000 werden mittels Scoring nach vorgegebenen Richtlinien durch die Vertriebseinheiten (Marktseite) vergeben, wobei eine monatliche Überprüfung der Kredithöhe anhand des Kontoverhaltens implementiert ist.

Alle sonstigen Kredite unterliegen einem Rating, das Bilanzen für mindestens die letzten drei Geschäftsjahre und zusätzliche qualitative Faktoren, wie beispielsweise die Entwicklung und das Tätigkeitsfeld des Kreditnehmers, berücksichtigt. Bei Krediten bis zu € 750.000 (so genanntes Plattformgeschäft) erfolgt die Vergabe unter Verwendung eines Ampelmodells, bei dem ein Zweitvotum der Marktfolge nur erforderlich ist, wenn kein „Grünfall“ vorliegt. Ein „Grünfall“ liegt vor, wenn sich aus unabhängigen und zum Teil automatisierten Bilanzratings eine sehr gute Bonität des Kreditnehmers ergibt, so dass das überschaubare Kreditrisiko keine höheren Prozesskosten rechtfertigt; die Kriterien für die Einstufung als „Grünfall“ werden von der Marktfolge vorgegeben. Kredite über mehr als € 750.000 werden von den Vertriebseinheiten geprüft und mit einer Genehmigungsempfehlung (Marktvotum) versehen an die operativen Krediteinheiten (Marktfolgeeinheiten) zur abschließenden Kreditprüfung, Zweitvotierung und Genehmigung weitergeleitet.

Kredite an die Deutsche Post AG werden im Rahmen der Großkreditgrenzen (siehe „Regulierung und Aufsicht — Regulierung und Aufsicht über Banken in Deutschland — Großkreditgrenzen“) nach den

gleichen Verfahren und mit den gleichen Kompetenzen wie die übrigen Kredite vergeben. Da es sich bei den Krediten an die Deutsche Post AG um Organkredite handelt, ist unabhängig von der Höhe des Kredits zusätzlich die Zustimmung des Aufsichtsrats der Gesellschaft (Kreditausschuss) erforderlich.

Immobilienfinanzierungen

Wesentliche Entscheidungsparameter für die Kreditentscheidung bei Immobilienfinanzierungen sind neben der Bonität des Kreditnehmers primär die Risikobeurteilung der mit einem überwiegend erstrangigen Grundpfandrecht zu belastenden Immobilie, bei fremdgenutzten und gewerblichen Immobilien insbesondere im Hinblick auf nachhaltig erzielbare Kapitalflüsse, beispielsweise aus der Vermietung oder Verpachtung der Immobilie. Bei der Einschätzung des immobilienbezogenen Risikos führt die Postbank grundsätzlich mit Hilfe von Immobiliensachverständigen eine Analyse des Markt- und Beleihungswertes der Immobilie durch. Bei Baufinanzierungen bis € 300.000 lässt die Postbank ein vereinfachtes Verfahren zur Ermittlung des Werts der Immobilie zu. Nach den internen Regelungen der Postbank sind Grundpfandrechte wie folgt als Sicherheiten anrechenbar:

Wohnungs- und Baugrundstücke	Bis zu 90 % des Beleihungswertes
Überwiegend gewerblich genutzte Grundstücke	Bis zu 70 % des Beleihungswertes
Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke	Bis zu 60 % des Beleihungswertes
Industriegrundstücke	Bis zu 40 % des Zeitwerts der haftenden Sachanlagen

Kredit- und Sicherheitenmanagement

Kreditüberwachung zur Risikofrüherkennung

Im Rahmen der Kreditsachbearbeitung und Kundenbetreuung im Vertrieb der Postbank erfolgen regelmäßige Bonitätsprüfungen mit dem Ziel, Risikoengagements frühzeitig zu identifizieren. Unter Risikoengagements versteht die Postbank erhöht risikobehaftete Kredite, die über das latente, bei Kreditgewährung bewusst eingegangene Adressenausfallrisiko jedes Kredits hinaus konkrete Ausfallrisiken aufweisen. Die Beurteilung erfolgt zum Teil systemgestützt auf Basis von externen Quellen (zum Beispiel vom Kunden eingereichte Kreditunterlagen, Bilanzen etc.), internen Quellen (zum Beispiel Leistungsstörungen) und durch Bildung von Risikoklassen (externe und interne Ratings). Ziel ist eine zeitnahe und vollständige Erfassung von Risikoengagements, um möglichst ökonomische Verluste für die Postbank zu vermeiden oder zu minimieren.

Bei Nicht-Retail-Krediten erfolgt eine regelmäßige Einzelüberwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Risikohöhe sowie die Risikokonzentration werden durch Limitierung des Einzelkredits oder Limitierung des Gesamtbilgos eines Kreditnehmers begrenzt. Für die Erfassung und Kontrolle werden moderne Datenverarbeitungssysteme eingesetzt. Die Kontrollen werden entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden bzw. Geschäftskunden sowie im Bereich der Baufinanzierung ab € 0,5 Mio. je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit hat die Postbank entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand produktindividuell definierter harter und weicher Risikoindikatoren (zum Beispiel Brancheninformationen, betriebswirtschaftlicher Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) mit erhöhtem Risiko behaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand von Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten (siehe „— *Intensivbetreuung und Behandlung von Problemerkrediten*“).

Die Postbank führt im 14-tägigen Rhythmus mit Hilfe von Researchinformationen ein Bonitätsmonitoring insbesondere in den Segmenten Finanzdienstleister, Unternehmen und strukturierte Finanzierungen durch, um sehr frühzeitig negative Trends in der Entwicklung der Bonität erkennen und Handlungsalternativen entwickeln zu können. Diese Überprüfungen werden durch eine Software unterstützt, die Kreditausfallwahrscheinlichkeiten aus einer Vielzahl von Marktdaten ableitet.

Intensivbetreuung und Behandlung von Problemkrediten

Bei Identifikation eines Kredits als erhöht risikobehaftet wird er auf eine Watch-List gesetzt. Die Identifikation erfolgt anhand definierter Risikoindikatoren, wobei die Postbank zwischen so genannten harten und so genannten weichen Risikoindikatoren unterscheidet. Bei Vorliegen harter Risikoindikatoren ist der Kredit zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher Risikoindikatoren nach Ermessen des Kreditspezialisten auf die Watch-List zu nehmen. Die Watch-List dient dem zeitnahen Reporting der Risikoengagements und der Ausfallentwicklung auf Einzelgeschäfts- und Geschäftsfeldebene. Mit der Watch-List sollen die Bonitätsveränderungen bei Schuldern von als erhöht risikobehaftet eingestuften Krediten und die Umsetzung risikobegrenzender Maßnahmen, die bei diesen Engagements eingeleitet wurden, überwacht werden. Die Watch-List trägt somit zur besseren Information und Entscheidungsunterstützung aller Verantwortungsträger im Kreditprozess bei und beinhaltet darüber hinaus eine Kontrollfunktion. Sie wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand Kredit quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements werden als Teil des Kreditrisikoberichts dem Kreditrisikokomitee, dem Vorstand und dem Kreditausschuss des Aufsichtsrats vorgelegt.

Die Watch-List wird auf Basis einer umfangreichen Datenbank erstellt, in der für die betreffenden Kredite die wesentlichen Informationen, die bisher getroffenen Maßnahmen, Angaben zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kreditnehmers sowie die bereits vorgenommenen Einzelwertberichtigungen enthalten sind. Der jeweils für den Kredit verantwortliche Mitarbeiter der Postbank weist den Kredit einer von drei Kategorien zu, nämlich:

- *Intensivbetreuung (A)*: Engagements, die aufgrund von Risikomerkmale einer gesonderten Beobachtung zu unterziehen und nach festgelegten Turnus auf ihre weitere Behandlung hin zu überprüfen sind.
- *Sanierung (B)*: Problemkredite, also Engagements, bei denen mit einem teilweisen oder vollständigem Ausfall zu rechnen ist, die aber noch nicht in der Abwicklung sind, sondern bei denen eine Sanierung mit banküblichen Mitteln Aussicht auf Erfolg hat.
- *Kreditabwicklung (C)*: Problemkredite, bei denen eine Sanierung mit bankmäßigen Mitteln nicht mehr möglich oder sinnvoll bzw. gescheitert ist.

Kredite in Kategorie A (Intensivbetreuung) verbleiben zunächst in der Betreuung des zuständigen Kreditverantwortlichen, unterliegen jedoch einer intensiveren Überwachung; bei privaten Baufinanzierungen erfolgt bereits in diesem Stadium die Abgabe an die Abteilung Kreditsanierung und -abwicklung im Vorstandsressort Services. Zeigt sich in angemessener Zeit keine Verbesserung der Kreditqualität des Schuldners oder treten weitere Risikoindikatoren hinzu, wie beispielsweise andauernde Überziehungen, fehlende nachhaltige Kapitaldienstdeckung oder Zahlungsunfähigkeit, liegt ein Sanierungsfall (Kategorie B) vor. Unter Hinzuziehung von Sanierungsspezialisten arbeiten die Kreditverantwortlichen regelmäßig intensiv mit dem Kreditnehmer zusammen, um gegebenenfalls Lösungen zur Sanierung des Kreditnehmers entwickeln zu können. Hierzu zählt neben Stundungen und Zinsanpassungen gegebenenfalls auch ein teilweiser Verzicht auf die Forderung mit dem Ziel der Wiedererlangung der Ertragskraft. Sofern dies aus Sicht der Postbank wirtschaftlich sinnvoll erscheint, werden auch Investitionen, etwa kleinere Modernisierungen, vorgenommen, um beispielsweise die Rendite eines Beleihungsobjekts zu verbessern. Hat sich nach erfolgreichen Sanierungsmaßnahmen die wirtschaftliche Situation des Schuldners nachhaltig verbessert, kann der Kredit in die Kategorie A heraufgestuft oder nach einem festgelegten Verfahren von der Watch-List gestrichen werden.

Ist eine Sanierung des Kredits nicht erfolgreich oder nach Einschätzung der Postbank nicht zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen möglich, gilt der Kredit als notleidend und wird zur Abwicklung (Kategorie C) an eine spezielle Abteilung überführt. Die Abwicklung kann beispielsweise durch einen Verkauf des Beleihungsobjekts (im Wege der Zwangsversteigerung oder auf andere Weise) oder der Verwertung sonstiger Sicherheiten erfolgen. Kann der Kredit durch Verwertung der Sicherheiten nicht vollständig zurückgeführt werden, wird der verbleibende Betrag gerichtlich geltend gemacht oder, im Falle der Insolvenz des Schuldners, bei dem Insolvenzverwalter angemeldet. Dieser von den Sicherheiten nicht gedeckte Kreditbetrag wird grundsätzlich vollständig wertberichtigt. Unbesicherte Kredite bis € 250.000 lässt die Postbank direkt extern in der Regel für Rechnung der Postbank betreiben.

Sicherheitenmanagement

Die im täglichen Geschäftsbetrieb einer Bank eingegangenen Risiken können durch Sicherungsinstrumente oder Aufrechnungsverfahren gemindert werden.

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (zum Beispiel die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Wie beim Grundgeschäft mit einem Kontrahenten wird die Werthaltigkeit der Sicherheit nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis konzerneinheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindest-Eigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, -limitierungs- und -überwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Die Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung eines Sicherungsinstrumentes zur Kreditrisikominderung trifft die Postbank im Kontext ihrer Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostategie. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Sachsicherheiten wie Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und Sachsicherheiten.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlustes bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Immobiliensicherheiten unterliegen einer vorsichtigen Bewertung, die auch Risiken potenzieller Wertverschlechterungen berücksichtigt. Je nach zugrunde liegendem Risiko werden Sicherheiten in unterschiedlichen Zeitabständen und Intensitäten überwacht. Der Anrechnungsbetrag differiert nach der Nutzung als Gewerbe- oder Wohnimmobilie und bei den Wohngebäuden nach der Eigen- oder Fremdnutzung der Objekte. Im Jahr 2007 hat die Postbank ein Marktschwankungskonzept zur Überwachung von Wohnimmobilien entwickelt, das auf statistischen Analysen von Marktindizes und Ad-hoc-Analysen bei außergewöhnlichen Wertänderungen beruht.

Aktives Portfoliomanagement

Als Teil eines aktiven Managements ihres Kreditportfolios nutzt die Postbank zur Diversifizierung von Kreditrisiken die Verbriefung von Finanzaktiva (*Asset Securitisation*). Die Verbriefung von Finanzaktiva ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungspools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen. Die Postbank tritt dabei als Originator am Markt auf. Ihre erste Verbriefungstransaktion als Originator tätigte die Postbank im Jahr 2003. Die nachstehenden synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Baufinanzierungen führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung und andererseits zu einer Risikodiversifikation:

Verbriefung	zum 30. September 2008	
	verbrieftes Volumen (ungeprüft) (in Mio. €)	Originator
PB Domicile 2006-1	2.216	Deutsche Postbank AG
Provide Blue 2005-1	1.082	BHW Bausparkasse AG
Provide Blue 2005-2	2.603	BHW Bausparkasse AG
PB Domicile 2007-1	1.224	BHW Bausparkasse AG

Im Januar 2008 hat die Postbank die Verbriefungstransaktion PB Consumer 2008-1 abgeschlossen, die zum 30. September 2008 angesichts der Marktlage jedoch noch nicht bei Investoren platziert war und daher bisher keinen wesentlichen Risikotransfer bewirkte. Die Tranche mit der höchsten Ratingklasse nutzt die Postbank indes zur Hinterlegung bei der EZB als Sicherheit für Kredite und erhält auf diese Weise indirekt attraktive Refinanzierungskonditionen.

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Neben der Einzelüberwachung der Kreditrisiken durch Bonitätsprüfungen der Kreditnehmer betrachtet die Postbank auch die Bonitätsstruktur aller risikotragenden Finanzinstrumente. Die Verteilung der Ratingklassen der risikotragenden Finanzinstrumente zeigt die eher konservative Ausrichtung der Kreditrisikopolitik der Postbank.

Die folgende Tabelle stellt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente bezogen auf das Non-Retailgeschäft der Postbank dar, die zum 30. September 2008 im Vergleich zum 31. Dezember 2007 bzw. 2006 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“).

Risikotragende Finanzinstrumente	Kreditqualität von risikotragenden Finanzinstrumenten (Non-Retail), die weder überfällig noch wertgemindert sind																				
	AAA			AA			A			BBB			Ohne Rating			Gesamt					
	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)	zum 31. Dez. 2007 (geprüft)	zum 30. Sept. 2008 (ungeprüft)					
Handelsaktiva	213	2.446	1.404	8.233	5.038	4.941	3.524	1.622	1.446	69	180	221	53	206	203	980	235	254	13.072	9.727	8.469
Held for Trading	213	2.446	1.404	8.233	5.038	4.941	3.524	1.622	1.446	69	180	221	53	206	203	980	235	254	13.072	9.727	8.469
Hedging-Derivate	36	39	30	195	331	272	170	32	28	30	10	14	13	4	3	41	5	4	485	421	351
Held for Trading	36	39	30	195	331	272	170	32	28	30	10	14	13	4	3	41	5	4	485	421	351
Forderungen an Kreditinstitute	336	936	158	4.225	7.985	3.689	10.487	13.753	11.179	197	387	2.161	122	38	277	983	1.482	43	16.350	24.581	17.507
Loans and Receivables	336	936	158	4.225	7.985	3.689	10.487	13.753	11.179	197	387	2.161	122	38	277	983	1.482	43	16.350	24.581	17.507
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	795	820	742	1.814	3.042	2.718	4.013	3.648	5.715	6.768	7.868	10.227	5.948	5.904	6.678	47	83	425	19.385	21.365	26.505
Loans and Receivables	704	730	672	1.718	2.927	2.629	3.885	3.563	5.634	6.677	7.787	10.181	5.836	5.819	6.605	47	83	425	18.867	20.909	26.146
Designated at Fair Value	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Held to Maturity	91	90	70	96	115	89	128	85	81	91	81	46	112	85	73	0	0	0	518	456	359
Available for Sale	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzanlagen	23.678	25.358	33.701	15.723	20.879	26.937	15.335	15.640	12.077	2.161	1.743	2.889	1.701	1.485	1.822	2.690	2.682	2.321	61.288	67.787	79.747
Loans and Receivables	7.366	11.850	14.416	4.703	7.040	8.835	4.307	5.342	4.833	802	628	1.618	961	645	1.272	892	955	124	19.031	26.460	31.098
Designated at Fair Value	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Held to Maturity	3.082	590	350	63	92	0	1.581	48	28	0	0	0	0	0	0	230	0	0	4.956	730	378
Available for Sale	13.230	12.918	18.935	10.957	13.747	18.102	9.447	10.250	7.216	1.359	1.115	1.271	740	840	550	1.568	1.727	2.197	37.301	40.597	48.271
Gesamt	25.058	29.599	36.035	30.190	37.275	38.557	33.529	34.695	30.445	9.225	10.188	15.512	7.837	7.637	8.983	4.741	4.487	3.047	110.580	123.881	132.579

Es dominieren die guten Ratingklassen; zum 30. September 2008 waren 93 % der mit einem Rating versehenen risikotragenden Finanzinstrumente der Investmentqualität zugeordnet. Zum 31. Dezember 2007 haben sich im Vergleich zum 31. Dezember 2006 keine wesentlichen Veränderungen in der Ratingsstruktur ergeben. Im Vergleich zum 31. Dezember 2007 haben sich zum 30. September 2008 im Kreditbestand unter anderem durch Investitionen in Staatsanleihen mit sehr guten Bonitäten Verschiebungen zu besseren Ratingklassen ergeben. Die aktuelle Ratingverteilung der Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten liegt oberhalb der gemäß Kreditrisikostrategie angestrebten Ziel-Ratingverteilung.

Die folgende Tabelle veranschaulicht die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum 30. September 2008 im Vergleich zum 31. Dezember 2007 bzw. 2006 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist eine günstige Bonitätsstruktur auf. Altbestände im Retail-Geschäft

(hauptsächlich vor August 2004 ausgereichte Baufinanzierungen) sowie Forderungsankäufe werden über Pool-Ratings abgebildet; d. h. durch Segmentierungen werden homogene Risikopools gebildet, für die dann die relevanten Basel II Parameter individuell gemessen werden. Der relative und absolute Anteil dieser durch Pool-Ratings behandelten Portfolios wird sukzessive abnehmen, da für jedes Neugeschäft eine individuelle Bonitätseinschätzung durchgeführt wird. Für den überwiegenden Teil der ungerateten Forderungen hat die Postbank für jeweils homogene Unterportfolios Verfahren zur Basel II konformen Poolschätzung der Ausfallwahrscheinlichkeiten und erwarteten Verlustquoten entwickelt.

Kreditqualität von risikotragenden Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind
Basel II

Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt						
	zum 31. Dez. 2006	zum 30. Sept. 2007	zum 31. Dez. 2006	zum 30. Sept. 2007	zum 31. Dez. 2006	zum 30. Sept. 2007													
Handelsaktiva	0	0	0	0	14	0	20	0	69	53	0	110	71	208	6	3	208	209	205
Held for Trading	0	0	0	0	14	0	20	0	69	53	0	110	71	208	6	3	208	209	205
Forderungen an Kunden	2.155	2.189	2.606	4.502	4.853	5.542	4.309	5.660	6.549	5.169	9.871	11.701	4.822	12.597	16.764	43.793	33.060	31.035	64.750
Loans and Receivables	2.155	2.187	2.604	4.502	4.812	5.495	4.309	5.423	6.248	5.169	8.869	10.354	4.822	10.818	14.213	37.612	29.011	27.316	58.569
Designated at Fair Value	0	2	2	0	41	47	0	237	301	0	1.779	1.347	0	1.779	2.551	6.181	4.049	3.719	6.181
Gesamt	2.155	2.189	2.606	4.502	4.857	5.556	4.309	5.680	6.613	5.169	9.940	11.754	4.822	12.707	16.835	44.001	33.066	31.038	64.958

Die folgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum 31. Dezember 2007 bzw. 2006 und zum 30. September 2008 mit mindestens € 100 überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren.

Überfällige, nicht wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente

Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug ≤ 6 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr		Gesamt		Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente					
	zum 31. Dez. 2006	zum 30. Sept. 2007	zum 31. Dez. 2006	zum 30. Sept. 2007	zum 31. Dez. 2006	zum 30. Sept. 2007	zum 31. Dez. 2006	zum 30. Sept. 2007	zum 31. Dez. 2006	zum 30. Sept. 2007	zum 31. Dez. 2006	zum 30. Sept. 2007	zum 31. Dez. 2006	zum 30. Sept. 2007				
Forderungen an Kunden	835	940	706	221	174	121	90	89	61	37	50	59	1.183	1.253	947	1.221	1.290	796
Loans and Receivables	835	940	706	221	174	121	90	89	61	37	50	59	1.183	1.253	947	1.221	1.290	796
Gesamt	835	940	706	221	174	121	90	89	61	37	50	59	1.183	1.253	947	1.221	1.290	796

Die folgende Tabelle zeigt alle wertgeminderten risikotragenden Finanzinstrumente zum 30. September 2008 und zum 31. Dezember 2007 bzw. 2006, aufgeteilt in durch Einzelwertberichtigungen (siehe „— Kreditrisikovorsorge“) wertgeminderte Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Impairments gebildet wurden. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt. Die Angaben wurden dem jeweiligen Lagebericht der geprüften Konzernabschlüsse bzw. des ungeprüften Konzernzwischenabschlusses entnommen.

Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente									Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Finanzinstrumente		
	Buchwert vor Wertminderung			Betrag der Wertminderung			Buchwert nach Wertminderung			zum 31. Dez.		zum 30. Sept.
	zum 31. Dez. 2006	2007	zum 30. Sept. 2008	zum 31. Dez. 2006	2007	zum 30. Sept. 2008	zum 31. Dez. 2006	2007	zum 30. Sept. 2008	2006	2007	zum 30. Sept. 2008
	(geprüft)	(ungeprüft)	(ungeprüft)	(geprüft)	(ungeprüft)	(ungeprüft)	(geprüft)	(ungeprüft)	(ungeprüft)	(geprüft)	(ungeprüft)	(ungeprüft)
	(in Mio. €)											
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	115	0	0	57	0	0	58	—	—	—
Loans and Receivables	0	0	115	0	0	57	0	0	58	—	—	—
Forderungen an Kunden	1.864	1.877	1.802	1.155	1.154	1.143	709	723	659	901	922	912
Loans and Receivables	1.864	1.877	1.802	1.155	1.154	1.143	709	723	659	901	922	912
Finanzanlagen	2.011	819	1.531	128	130	704	1.883	689	827	—	—	0
Loans and Receivables	0	140	876	0	67	542	0	73	334	—	—	—
Available for Sale	2.011	679	655	128	63	162	1.883	616	493	—	—	—
Gesamt	3.875	2.696	3.448	1.283	1.284	1.904	2.592	1.412	1.544	901	922	912

Kreditrisikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen auf Portfoliobasis.

- *Einzelwertberichtigung:* Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn objektive Hinweise vorliegen, dass der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung stattgefunden hat (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus dem Unterschied des *Fair Value* der Gesamtforderung und den *Fair Values* der erwarteten künftigen Zahlungen, unter anderem auch aus der Verwertung von Sicherheiten. Die Berechnung des *Fair Value* der Sicherheiten erfolgt jeweils einzelgeschäftszugeordnet unter Berücksichtigung der geschätzten Verwertungserlöse, Verwertungszeitpunkte und dem Effektivzinssatz der Forderung. Kredite im Firmenkundenbereich, für die bereits eine Einzelwertberichtigung besteht, sowie alle auf der Watch-List geführten Kredite, werden regelmäßig einer Bewertung unterzogen, d. h. es findet eine ständige Beobachtung anhand definierter Risikoindikatoren statt, die ggf. zu einer Bildung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung führt; quartalsweise wird ein erneuter Impairmenttest durchgeführt.
- *Pauschalierte Einzelwertberichtigung:* Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf ein Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern innerhalb des Portfolios ein Wertberichtigungsbedarf besteht. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf pauschale Quoten zurückgegriffen, die auf historischen Erfahrungswerten bezüglich der Verlustquote beruhen. Die Postbank bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite und der Kreditkartenforderungen.
- *Wertberichtigung auf Portfoliobasis:* Die Wertberichtigungen auf Portfoliobasis berücksichtigen alle Verluste aus Krediten, die eingetreten sind, jedoch von der Postbank noch nicht identifiziert werden können, da zum Beispiel der Kunde noch seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Die Postbank berücksichtigt dabei die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung jeweils in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe.

Risikomanagement

Nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Nettozuführung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft (nach IFRS), wobei die Hauptpositionen den geprüften Konzernabschlüssen bzw. dem ungeprüften Konzernzwischenabschluss entstammen und die aufgliederten Posten auf Unterlagen des Rechnungswesens beruhen:

	Risikovorsorge im Kreditgeschäft			
	zum 31. Dezember 2005	zum 31. Dezember 2006	zum 31. Dezember 2007 (ungeprüft) (in Mio. €)	zum 30. September 2008
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	205	337	338	304
Aufwand aus der Zuführung von Einzelwertberichtigungen (EWB)				
Private Baufinanzierungen	81	193	208	133
Bauspardarlehen	0	4	5	4
Gewerbliche Kredite	53	59	78	37
<i>davon gewerbliche Immobilienfinanzierung</i>	45	43	61	32
<i>davon Ausland</i>	10	22	18	0
Forderungen an öffentliche Haushalte	0	0	0	0
<i>davon Ausland</i>	0	0	0	0
Ratenkredite	27	44	26	31
Sonstige Forderungen	74	84	98	57
Summe der Zuführungen EWB auf Forderungen an Kunden	235	384	415	262
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	57
Gesamtsumme der Zuführungen EWB	235	384	415	319
Zuführungen von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	0	21	18	20
Direkte Forderungsabschreibungen	19	27	31	23
Portfoliowertberichtigungen	4	19	19	36
Gesamtaufwand Risikovorsorge	258	451	483	398
Ertrag aus der Auflösung von EWB				
Private Baufinanzierungen	5	30	71	42
Bauspardarlehen	0	2	1	1
Gewerbliche Kredite	21	14	38	17
<i>davon gewerbliche Immobilienfinanzierung</i>	16	13	21	15
<i>davon Ausland</i>	10	5	16	1
Forderungen an öffentliche Haushalte	0	0	0	0
<i>davon Ausland</i>	0	0	0	0
Ratenkredite	13	30	1	1
Sonstige Forderungen	6	24	19	12
Summe der Auflösung EWB auf Forderungen an Kunden	45	100	130	73
Forderungen an Kreditinstitute	1	0	0	0
Gesamtsumme der Auflösung EWB	46	100	130	73
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen	2	0	3	3
Portfoliowertberichtigungen	0	0	1	5
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	5	14	11	13
Gesamtertrag Risikovorsorge	53	114	145	94

Die Nettozuführung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag im Jahr 2007 mit € 338 Mio. auf Vorjahreshöhe (2006: € 337 Mio.), obwohl der Bestand der Kundenkredite im Jahr 2007 um 12,8 % gegenüber dem Jahr 2006 stieg. Diese Entwicklung wurde durch die im Jahr 2007 verbesserte gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland mit entsprechend positiven Auswirkungen auf die finanzielle Situation von Unternehmen und auch der privaten Haushalte begünstigt. In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 lag die Risikovorsorge mit € 304 Mio. 13,4 % über dem Wert der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der prozentuale Anstieg der Risikovorsorge in den ersten neuen Monaten 2008 war damit etwas überproportional im Vergleich zum Anstieg des Bestands der Kundenkredite von € 89.622 Mio. zum 31. Dezember 2007 um 11,8 % auf € 100.185 Mio. zum 30. September 2008. Der Anstieg der Risikovorsorge war primär durch Zuführungen zur Risikovorsorge und Forderungsabschreibungen in Bezug auf Forderungen der Postbank gegen

Risikomanagement

Unternehmen der Lehman Brothers (€ 47 Mio.) sowie Forderungen gegenüber isländischen Banken (€ 10 Mio.) begründet.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Bestand der bilanziellen Risikovorsorge im Kreditgeschäft (nach IFRS), wobei die Hauptpositionen den geprüften Konzernabschlüssen bzw. dem ungeprüften Konzernzwischenabschluss entstammen und die aufgliederten Posten auf Unterlagen des Rechnungswesens beruhen:

	Bestand der bilanziellen Risikovorsorge im Kreditgeschäft			zum
	zum 31. Dezember 2005	2006	2007 (ungeprüft) (in Mio. €)	30. September 2008
Einzelwertberichtigungen	732	1.090	1.071	1.200
davon Forderungen an Kunden	732	1.090	1.071	1.143
Private Baufinanzierungen	160	363	390	406
Bauspardarlehen	0	8	11	11
Gewerbliche Kredite	201	220	213	207
<i>davon gewerbliche Immobilienfinanzierung</i>	171	177	174	166
<i>davon Ausland</i>	26	40	20	18
Forderungen an öffentliche Haushalte	0	0	0	0
<i>davon Ausland</i>	0	0	0	0
Ratenkredite	71	79	86	116
Sonstige Forderungen	300	420	371	403
davon Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	57
Portfoliowertberichtigungen	44	65	83	113
Gesamt	776	1.155	1.154	1.313

Für weitere Informationen über die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, siehe Erläuterung (19) zum Konzernabschluss 2007.

Risikomanagement

Risikovorsorgequoten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Risikovorsorgequoten der Postbank für die angegebenen Zeiträume:

	2005	2006 (geprüft)	2007	9 Monate 2008 (ungeprüft)
	(in Mio. € außer Prozentangaben)			
Risikovorsorgequoten				
Risikovorsorge (Nettozuführung)	205	337	338	304
Kreditvolumen ⁽¹⁾	70.674	103.532	116.711	121.073
Nettozuführungsquote als Prozentsatz des Kreditvolumens ^{(2) (3)}	0,29	0,33	0,29	0,25
Durchschnittliches Kreditvolumen ⁽³⁾	72.803	105.574	109.690	122.191
Nettozuführungsquote (in %) ^{(3) (4)}	0,28	0,32	0,31	0,25
Inanspruchnahme von bestehenden Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft	88	161	236	92
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	5	14	11	13
Kreditausfälle ⁽⁵⁾	83	147	225	79
Kreditausfälle als Prozentsatz des Kreditvolumens ^{(3) (6)}	0,10	0,14	0,19	0,07
Kreditausfallquote (in %) ^{(3) (7)}	0,09	0,14	0,21	0,06
Risikovorsorgebestand	776	1.155	1.154	1.313
Risikovorsorgebestand als Prozentsatz des Kreditvolumens ^{(3) (8)}	1,10	1,12	0,99	1,08
Risikovorsorgebestandsquote (in %) ^{(3) (9)}	1,07	1,09	1,05	1,07
Risikovorsorgebestand	776	1.155	1.154	1.313
Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen	612	926	918	982
Coverage Ratio (in %) ^{(3) (10)}	127	125	126	134

(1) Summe der Forderungen an Kunden und der Forderungen an Kreditinstitute.

(2) Risikovorsorge (Nettozuführung) aus der Gewinn- und Verlustrechnung dividiert durch das Kreditvolumen zum Ende des Zeitraums.

(3) Ungeprüft.

(4) Risikovorsorge (Nettozuführung) aus der Gewinn- und Verlustrechnung dividiert durch das durchschnittliche Kreditvolumen.

(5) Inanspruchnahme von bestehenden Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft abzüglich der Eingänge auf abgeschriebene Forderungen,

(6) Kreditausfälle dividiert durch das Kreditvolumen zum Ende des Zeitraums.

(7) Kreditausfälle dividiert durch das durchschnittliche Kreditvolumen.

(8) Risikovorsorgebestand dividiert durch das Kreditvolumen zum Ende des Zeitraums.

(9) Risikovorsorgebestand dividiert durch das durchschnittliche Kreditvolumen.

(10) Risikovorsorgebestand als Prozentsatz des Gesamtbetrags der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen.

Liquiditätsrisiken

Überblick

Die Postbank unterscheidet zwei Arten von Liquiditätsrisiken:

- *Zahlungsunfähigkeitsrisiko*: Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können
- *Liquiditätsfristentransformationsrisiko* (LFT-Risiko): Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spreadrisiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums auf einem bestimmten Konfidenzniveau ein Verlust entstehen kann

Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank nicht nur unter Normalbedingungen, sondern auch in Stress-Situationen zu gewährleisten (siehe hierzu auch

„Risikofaktoren — Markt- und geschäftsbezogene Risikofaktoren — Die Postbank unterliegt Risiken im Hinblick auf die Verfügbarkeit ihrer Refinanzierungsquellen, die Erhöhung ihrer Refinanzierungskosten und die Verfügbarkeit ausreichender Liquidität“). Daneben geht die Postbank auch bewusst Liquiditätsrisiken zur Fristentransformation ein, um ihre Liquiditätskosten zu optimieren. Im Liquiditätsnotfall besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Gesellschaft sowie den Bestandsverantwortlichen in den Tochtergesellschaften und Auslandsniederlassungen.

Das Liquiditätsmanagement der Postbank ist gekennzeichnet durch den Aufbau von Liquiditätsreserven, der Aufnahme von möglichst längerfristiger Liquidität und einer gezielten Ausweitung ihrer Refinanzierungsbasis (siehe auch „Geschäftstätigkeit — Geschäftsbereich Financial Markets — Liquiditätssteuerung“).

Zu Beginn des Jahres 2007 sind vom Vorstand, dem die Verantwortung für die Steuerung der Liquiditätsrisiken der Postbank obliegt, die Liquiditätsrisikostategie und das Notfallkonzept verabschiedet und konzernweit verankert worden. Die Organisationsstruktur und Prozesse im Liquiditätsrisikomanagement sind vor dem Hintergrund der gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen seit Veröffentlichung der MaRisk grundlegend neu konzipiert worden. Dabei sind die Steuerungs- und Überwachungsprozesse stärker auf den Gesamtkonzern ausgerichtet, die von den MaRisk geforderte Funktionstrennung durchgängig etabliert, die für die Steuerung notwendigen Daten detaillierter modelliert, eine geeignete Systemunterstützung aufgebaut und detaillierte Liquiditätsrisikoberichte für die Postbank, die auch Stressszenarien (zum Beispiel die Standardstresstestabfragen der Deutsche Bundesbank und Postbank-spezifische Stresstests zur Modellierung des Abzugs von Kundeneinlagen) beinhalten, entwickelt worden. Zum Ende des Jahres 2007 hat die Postbank ein Nachfolgeprojekt eingeleitet, das wesentliche Aspekte im Rahmen einer integrierten Gesamtbanksteuerung miteinander verknüpft und die sukzessive Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikosteuerung, insbesondere die Optimierung der Fundingkosten aus Konzernsicht und der Aussteuerung der Liquiditätsfristentransformationsrisiken, auf Grundlage der „Sound Practices for Managing Liquidity in Banking Organisations“ der BIZ verfolgt.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt die Postbank geschäftstäglich ihren Liquiditätsstatus fest, anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Mindestens monatlich werden die Liquiditätspositionen Stresstests unterzogen. Diese Simulationsberechnungen berücksichtigen externe Veränderungen diverser Marktfaktoren und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum 30. September 2008 und zum 31. Dezember 2007 bzw. 2006 differenziert nach Restlaufzeiten. Hierbei werden die undiskontierten vertraglichen Cashflows der bilanziellen und außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingeteilt. Mit dieser Tabelle erfüllt die Postbank die Rechnungslegungsanforderungen an die Risikoberichterstattung nach IFRS 7 bezüglich Liquiditätsrisiken. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h. bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen.

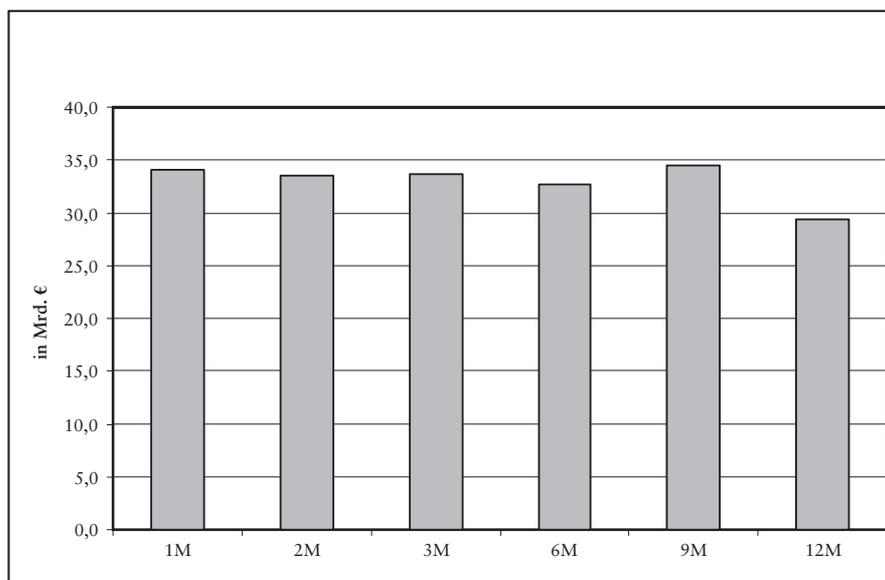
	Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten (in Mio. €)																	
	Täglich fällig			≤ 3 Monate			> 3 Monate und ≤ 1 Jahr			> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre			Gesamt					
	zum 31. Dez. 2006	zum 31. Dez. 2007	zum 30. Sept. 2008	zum 31. Dez. 2006	zum 31. Dez. 2007	zum 30. Sept. 2008	zum 31. Dez. 2006	zum 31. Dez. 2007	zum 30. Sept. 2008	zum 31. Dez. 2006	zum 31. Dez. 2007	zum 30. Sept. 2008	zum 31. Dez. 2006	zum 31. Dez. 2007	zum 30. Sept. 2008			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	270	2.668	2.614	35.798	44.849	49.180	4.555	3.916	6.921	7.658	4.307	5.793	3.846	4.558	6.215	52.127	60.298	70.724
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22.375	25.684	26.030	48.136	47.273	46.074	19.080	22.056	26.427	6.471	3.008	6.332	2.504	1.103	16.590	98.565	99.124	121.453
Verbriefte Verbindlichkei- ten	0	0	0	6.733	2.042	1.789	2.183	1.445	6.057	10.987	8.374	6.578	3.877	3.931	3.364	23.780	15.792	17.789
Handelsspassiva	0	0	26	348	487	1.269	-339	953	-15	-351	1.935	2.660	25	2.446	2.385	-317	5.822	6.326
Hedging-Derivate	0	0	14	70	81	0	608	106	114	663	619	620	542	1.417	1.429	1.882	2.222	2.178
Nachrangkapital	0	0	0	27	27	292	31	89	281	1.305	689	1.333	16.878	5.610	6.735	18.241	6.415	8.641
Sonstige Passiva	0	0	21	100	186	462	351	326	6	47	66	16	45	25	15	543	602	520
Unwiderrufliche Kreditzusagen	21.369	23.480	22.742	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	21.369	23.480	22.742
Gesamt	44.014	51.832	51.447	91.212	94.945	99.067	26.469	28.891	39.792	26.779	18.998	23.332	27.716	19.091	36.733	216.190	213.756	250.372

Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus des Postbank-Konzerns zum 30. September 2008 bzw. zum 31. Dezember 2007 eine kumulierte Darstellung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhandenen Liquiditätsquellen nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung innerhalb eines Einjahres-Horizonts.

Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie zum Beispiel Spar- und Giroeinlagen, die Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen, die Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten, zum Teil auf Annahmen, die einer regelmäßigen Validierung unterliegen.

Danach sind über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge zu verzeichnen.

Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns



Operationelle Risiken

Überblick

Auf das zugewiesene Risikokapital für Operationelle Risiken entfielen zum 30. September 2008 2 % der Risikodeckungsmasse nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten.

Die Postbank definiert Operationelle Risiken in Übereinstimmung mit der Solvabilitätsverordnung als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder in Folge von externen Ereignissen eintreten. Die Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Das Ziel des Controllings der Operationellen Risiken liegt in der systematischen, konzernweiten und zeitnahen Identifikation der Operationellen Risiken, deren Ursachen und Wirkungszusammenhängen, um zielgerichtet geeignete Gegenmaßnahmen treffen zu können.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Neben der Erfassung von eingetretenen Schadensfällen in einer Schadenfalldatenbank liegt der Fokus auf der systematischen und flächendeckenden Erhebung und Erfassung Operationeller Risiken mittels primär qualitativer Verfahren, unter anderem durch:

- *Definition von Risikoindikatoren:* monatliche Erhebung von organisationsspezifischen Datenreihen, die Aussagen zur Entwicklung von Operationellen Risiken erlauben
- *Durchführung eines bankweiten Self Assessments:* halbjährliche Befragung der Organisationseinheiten zum Internen Kontrollsystem anhand von 20 bis 30 Kontrollfragen mit dem Ziel, die kritischen Fälle zu erheben

Die Postbank orientiert sich beim Management ihrer Operationellen Risiken an bestimmten Grundprinzipien, die zum einen präventiv wirken und die Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Operationellen Risiken senken sollen (Transparenz, Anpassungsfähigkeit und IT-Sicherheitsrichtlinien), zum anderen auf die Begrenzung der Schadenhöhe nach Verwirklichung eines Operationellen Risikos abzielen (Robustheit im Sinn einer widerstandsfähigen System- und Prozessarchitektur, finanzielle Vorsorge über Eigen- und Fremdversicherung).

Zur Ermittlung der erforderlichen Eigenkapitalunterlegung für die Operationellen Risiken nutzt die Postbank derzeit den aufsichtsrechtlichen Standardansatz. Zur internen Validierung ist darüber hinaus im Jahr 2007 ein Modell zur Quantifizierung der Operationellen Risiken entwickelt worden, mit dem der Operational Value-at-Risk (OpVaR) auf Konzernebene berechnet werden kann. Dieses Modell wird nun im Hinblick auf die mittelfristig geplante Umsetzung eines fortgeschrittenen Messansatzes (Advanced Measurement Approach — AMA) sukzessive weiterentwickelt.

Die Anrechnungsbeträge für die Operationellen Risiken werden für interne Zwecke — abweichend von den aufsichtsrechtlichen Vorgaben — vierteljährlich ermittelt und dem Betrag, der für die Operationellen Risiken im Rahmen der Kapitalallokation reserviert wurde, gegenübergestellt. In der nachfolgenden Tabelle sind die Anrechnungsbeträge je Geschäftsfeld zum 31. Dezember 2007 dargestellt.

Risikomanagement

Geschäftsfeld gemäß Solvabilitätsverordnung	Anrechnungsbetrag für die
	Operationellen Risiken (geprüft) (in Mio. €)
Unternehmensfinanzierungen	—
Handel	32
Retailkundengeschäft	385
Firmenkundengeschäft	57
Zahlungsverkehr und Abwicklung	26
Depot- und Treuhandgeschäft	1
Vermögensverwaltung	5
Wertpapierprovisionsgeschäft	10
Summe Postbank	516

Geschäftsrisiken

Überblick

Auf das zugewiesene Risikokapital für Geschäftsrisiken entfielen zum 30. September 2008 18 % der Risikodeckungsmasse nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten.

Geschäftsrisiken bezeichnen unerwartete Ergebnismrückgänge, die dadurch entstehen, dass bei rückläufigen Erträgen die Aufwendungen nicht in gleichem Maße angepasst werden können (Fixkosten-Remanenz) bzw. die Aufwendungen unerwartet steigen. Ursachen für derartige Ergebnismrückgänge können neben internen Faktoren zum Beispiel unvorteilhafte volkswirtschaftliche Veränderungen oder politische Entscheidungen sein, die ein geändertes Kundenverhalten zur Folge haben.

Im Rahmen der Geschäftsrisiken werden folgende Risikoarten abgedeckt:

- *Modellrisiken:* Risiken aus unerwartetem Volumens- oder Margenrückgang, der durch die Modellierung der Kundenprodukte mit unbekannter Kapitalbindung und variabler Verzinsung hervorgerufen wird.
- *Residuale Geschäftsrisiken:* Sonstige unerwartete Volumens- oder Margenrückgänge, die nicht durch das Modellrisiko abgedeckt sind.
- *Strategische Risiken:* Gefährdung der Ergebniserreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung des Konzerns auf das jeweilige — möglicherweise kurzfristig veränderte — Geschäftsumfeld. Strategische Risiken können aus einem inadäquaten strategischen Entscheidungsprozess, unvorhersehbaren Diskontinuitäten im Markt oder aus einer mangelhaften Umsetzung der gewählten Strategie resultieren. Die Postbank unterscheidet bei den strategischen Risiken wiederum zwischen den unternehmensinternen Risiken, die aus unzureichenden Strategieprozessen entstehen, und den unternehmensexternen Risiken, die durch unerwartete Marktentwicklungen verursacht werden.
- *Reputationsrisiken:* Risiken, dass die Postbank durch fehlerhaftes Verhalten einzelner Personen oder von Gruppen einen Vertrauensschwund bei Geschäftspartnern und Kunden erleidet.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Gerade bei Geschäftsrisiken sind die Rückmeldungen und Maßnahmen der operativen Bereiche, die das Geschäftsmodell der Postbank umsetzen, von großer Bedeutung; sie verantworten im Hinblick auf die Produkte und Geschäftsfelder gestaffelt nach Führungsebenen das Tagesgeschäft der Postbank einschließlich der damit verbundenen Geschäftsrisiken. Insbesondere Planabweichungen deuten auf Fehlentwicklungen hin, die insbesondere das Vorstandsressort Finanzen aufgreift und über verschiedene Berichte dem Vorstand zur Kenntnis bringt. Der Vorstand steht in der Pflicht, sich abzeichnenden Fehlentwicklungen mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken. In Abhängigkeit von der Tragweite beispielsweise strategischer Entscheidungen ist zusätzlich noch die Zustimmung des Aufsichtsrates notwendig.

Bei der Quantifizierung von Geschäftsrisiken wird bei der Wahl der Methoden zwischen den Modellrisiken und den sonstigen Geschäftsrisiken unterschieden.

Modellrisiken

Modellrisiken existieren hauptsächlich im Geschäftsbereich Retail Banking innerhalb der Spar- und Giroprodukte, treten jedoch auch im Geschäftsbereich Firmenkunden auf. Risiken aus der Modellierung von Kundengeschäften mit nicht deterministischen Cashflows ergeben sich insbesondere daraus, dass zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken Ablaufkationen von Kundenprodukten mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung (vor allem Spar- und Giroeinlagen, Dispositionskredite) definiert werden. In der Ablaufkation werden die Cashflows der variabel verzinslichen Kundenprodukte nach dem gängigen Verfahren der gleitenden Durchschnitte abgebildet. Unter der getroffenen Annahme eines langfristig stabilen Bodensatzes der Kundenvolumina zielt die Mischung gleitender Durchschnitte darauf ab, Portfolios aus Geld- und Kapitalmarktgeschäften zu bilden, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch veränderte Zinsanpassungspolitik, aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten, können im Zeitablauf Volumens- und Margenschwankungen auftreten, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und die Liquiditätssituation beeinträchtigen können.

Sonstige Geschäftsrisiken

Die Abschätzung der sonstigen Geschäftsrisiken erfolgt mit Hilfe eines Earnings-at-Risk-Modells (EaR) mit dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts festgelegten Konfidenzniveau und einem einjährigen Prognosezeitraum. Als Grundlage zur Abschätzung der sonstigen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden. Im Gegensatz zum VaR, bei dem barwertige Schwankungen betrachtet werden, beruht das EaR-Modell auf der Schwankung von periodenbezogenen Erträgen. Um die Auswirkungen der Ursache einer Schwankung der Erträge und Aufwendungen über die betrachtete Periode hinaus zu erfassen, erfolgt eine Skalierung der sonstigen Geschäftsrisiken mit einem Nachhaltigkeitsfaktor.

Die sonstigen Geschäftsrisiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts nicht separat quantifiziert, sondern aggregiert mit Risikokapital unterlegt. Im Sinne eines Frühwarnsystems werden laufend Markt- und Wettbewerbsanalysen zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Beteiligungs- und Immobilienrisiken

Auf das zugewiesene Risikokapital für Beteiligungs- und Immobilienrisiken entfiel zum 30. September 2008 1 % der Risikodeckungsmasse nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten.

Beteiligungsrisiken

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes und vermindern als Abzugsposten das verfügbare Risikokapital. Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Einzelabschluss der Gesellschaft unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden.

Im Verständnis der Postbank handelt es sich bei den Unternehmensbeteiligungen um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt-/Leistungsfeldern der Postbank sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen. Die Gesellschaft hält darüber hinaus derzeit keine Beteiligungen im Sinne eines Investmentansatzes.

Auf die Geschäfts- und Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Postbank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder bzw. Geschäftsführer, Einfluss. Dem Ziel einer frühzeitigen Kenntniserlangung von Geschäfts- und Risikoentwicklungen dienen darüber hinaus laufende Abstimmungsgespräche zwischen den Gesellschaften und den korrespondierenden Fachebenen der Postbank. Dazu sind die Beteiligungen grundsätzlich den jeweiligen

Ressorts zugeordnet. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Beteiligungen werden diese einem jährlichen Impairment Test unterzogen.

Immobilienrisiken

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz der Postbank und umfassen die Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen sowie Veräußerungsverlusten. Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Gesellschaft und der BHW Bausparkasse AG.

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Kollektivrisiken

Überblick

Aus dem Bauspargeschäft (Kollektivgeschäft) rührt als spezifisches Geschäftsrisiko das von der Postbank als wesentlich betrachtete Kollektivrisiko. Die allgemeinen Bedingungen für Bausparverträge räumen den Bausparkunden diverse Wahlrechte für die Spar- und Darlehensphase ein. Die Kollektiventwicklung basiert auf der Einschätzung der zukünftigen Verhaltensweisen der Bausparer, abgeleitet aus langjährigen Erfahrungswerten und detaillierten Strukturanalysen. Die Faktoren, die das Kundenverhalten beeinflussen, reichen von Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, bis hin zu Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen der Bausparer. Negative Auswirkungen aufgrund von Abweichungen der tatsächlichen Verhaltensweisen der Bausparer von den prognostizierten Verhaltensannahmen fasst die Postbank unter dem Begriff Kollektivrisiken zusammen.

Nähere Beschreibung der Kollektivrisiken

Das Bausparkollektiv unterliegt Zinsänderungsrisiken

Die langfristige Profitabilität und damit der Barwert des Kollektivs hängt maßgeblich vom Verhalten der Bausparer ab. So steht einem Bausparer unter anderem das Wahlrecht zu, nach ausreichend langer Ansparphase (Zuteilungsreife) ein Bauspardarlehen in Anspruch zu nehmen, die Zuteilung abzulehnen und das Guthaben abzurufen oder den Vertrag fortzusetzen. Bei Darlehensverzicht bezahlt die BHW Bausparkasse AG eine Bonusverzinsung rückwirkend für die gesamte Sparphase. In den älteren Tarifen ist diese Bonusverzinsung bei Vertragsabschluss fix vereinbart, in der jüngsten Dispo maXX Generation ist der Bonus an die Umlaufrendite gekoppelt und auf acht Jahre Sparzeit begrenzt. Bei älteren Verträgen wird auch die Abschlussgebühr von 1 % zurückerstattet. Die Bonusverzinsung kann bis zu 3 % betragen. Weitere Wahlrechte bestehen zum Beispiel in Sonderzahlungen während der Sparphase sowie Sondertilgungen während der Darlehensphase.

Statistische Auswertungen zeigen, dass das Verhalten in hohem Maße vom Hypotheken- und Spareinlagenzins zum Zeitpunkt der Zuteilung abhängig ist. So nehmen beispielsweise wenige Bausparer das Bauspardarlehen in Anspruch, wenn es zum Zeitpunkt der Zuteilung höher verzinst ist als ein Hypothekendarlehen. Ebenso besteht für die Bausparer der Anreiz, den Bausparvertrag weiter zu besparen und damit Bonusansprüche aufzubauen, wenn Bonus und Basisverzinsung zusammen den aktuellen Spareinlagenzins übersteigen. Umgekehrt steigt die Wahrscheinlichkeit der Darlehensinanspruchnahme des Kollektivdarlehens an, wenn die Verzinsung des Kollektivdarlehens deutlich unter der eines vergleichbaren Hypothekendarlehens liegt. Je weiter die Verzinsung der Bauspareinlage unter der Marktverzinsung von Einlagen liegt, desto größere Anreize bestehen für den Sparer, seine Einlage abzuziehen. Ähnliche Wirkungszusammenhänge bestehen bei einer Vielzahl von Verhaltensoptionen des Bausparers, etwa bei der Spar- und Tilgungsintensität.

Entsprechend ihrer Erwartungen modelliert die BHW Bausparkasse AG die resultierenden Parameter wie Einlagen- und Darlehensvolumen (bzw. die Differenz, die so genannten freien Kollektivmittel), Einlagen- und Darlehensverzinsung, Abschlussgebührenrückerstattung sowie den Anlagezins der freien

Kollektivmittel und bildet für Bonuszahlungen und Abschlussgebührenrückerstattung entsprechende Rückstellungen.

Sollten die Annahmen über die Marktzinssätze zu den Zuteilungszeitpunkten stark von den tatsächlichen Zinsen abweichen, können sich erhebliche Belastungen durch laufenden Zinsaufwand, erforderliche Rückstellungen und geringere Zinserträge aus kollektiven Darlehen und der Anlage der Kollektivmittel ergeben. Aufgrund der langen Laufzeit der Verträge und der damit verbundenen hohen Unsicherheit sowie der hohen Vertragssumme können sich erhebliche Verwerfungen gegenüber den geplanten Ergebnissen einstellen, die auch stark auf den Barwert wirken.

Die Bausparkollektiv unterliegt Modellrisiken

Die komplexe baupartechnische Simulation mit einer Vielzahl von Parametern leitet Annahmen über das Verhalten von Bausparern unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen ab. Diese aufwendige statistische Modellierung könnte die resultierenden baupartechnischen Parameter aus einer Vielzahl von Gründen falsch einschätzen, zum Beispiel statistische Brüche, fehlende Inputparameter wie Konjunkturdaten oder fehlerhafte Interpretation der Daten.

Daraus könnten Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung sowie barwertige Auswirkungen erwachsen (siehe „— *Das Bausparkollektiv unterliegt Zinsänderungsrisiken*“).

Das Bausparkollektiv unterliegt Geschäftsrisiken

In der Kollektivsimulation werden neben den existierenden Beständen auch Annahmen zum Neugeschäft der nächsten fünf Jahre berücksichtigt. Diese Annahmen beruhen auf der fortgeschriebenen Drei-Jahres-Planung der Vertriebe, die im Regelfall einmal jährlich aktualisiert wird; darüber hinaus modelliert die BHW Bausparkasse AG Szenarien. Gravierende Effekte für die mittelfristige Ertragslage ergeben sich, wenn das tatsächliche Neugeschäft deutlich unterhalb der Annahmen liegt, da der BHW Bausparkasse AG in diesem Fall weniger niedrig verzinsliche Kundenmittel zur Verfügung stehen.

Weitere Geschäftsrisiken resultieren daraus, dass die BHW Bausparkasse AG in ihrer Simulation von einer Weiterverwendung des bestehenden Tarifwerks ausgeht. Sollte sie aufgrund von Marktveränderungen gezwungen sein, ihr Tarifwerk anzupassen (also zum Beispiel die Einlagenverzinsung zu erhöhen), könnte dies zu erheblichen Verschlechterungen der mittelfristigen Gewinn- und Verlustrechnung führen.

Das Bausparkollektiv unterliegt Liquiditätsrisiken

Zur Erfüllung ihrer kollektiven Verbindlichkeiten verwendet die BHW Bausparkasse AG einen Teil ihrer Einlagen; diese sind somit in längerfristigen Kundenkrediten gebunden. Die freien Kollektivmittel werden ihrer simulierten Fristigkeit entsprechend in außerkollektive Darlehen und am Geld- und Kapitalmarkt investiert. Sollten Neugeschäft oder Verhalten der Bausparer zum Beispiel hinsichtlich Sparverhalten, Kündigungsverhalten oder Inanspruchnahme kollektiver Darlehen von den Annahmen abweichen, könnten Liquiditätsengpässe entstehen, die dazu führen könnten, dass die BHW Bausparkasse AG sich zu unvorteilhaften Konditionen am Kapitalmarkt refinanzieren muss oder die ihr zur Gebote stehenden Mittel zur Verzögerung der Zuteilung von Bausparverträgen ausschöpft. Dies wiederum hätte Einfluss auf die Reputation der BHW Bausparkasse AG und das Neugeschäft. In Extremszenarien wie massenhafter Kündigung von Bauspareinlagen oder extrem von der Simulation abweichender Inanspruchnahme von Bauspardarlehen könnte die BHW Bausparkasse AG in die Lage geraten, ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Kunden nicht mehr erfüllen zu können oder generell zahlungsunfähig zu werden, sofern die Postbank nicht kurzfristig Mittel bereitstellen kann.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Während die strategische Steuerung der Kollektivrisiken in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft liegt, erfolgt die operative Risikosteuerung und -überwachung dezentral durch die BHW Bausparkasse AG. Die BHW Bausparkasse AG unterliegt als Spezialinstitut dem Bausparkassengesetz und regulatorischen Vorgaben der BaFin als zuständiger Aufsichtsbehörde.

Zur Risikoquantifizierung nutzt die BHW Bausparkasse AG ein Kollektiv-Simulationsmodell. Die BaFin hat auf Basis eines Gutachtens bestätigt, dass die baupartechnische Simulation die vorgegebenen Anforderungen erfüllt. In dem Kollektivsimulations-Modell werden geplante Neuabschlüsse und erwartete Verhaltensweisen der Bausparer, wie zum Beispiel Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell vierteljährlich ausgehend von den Einzelverträgen (repräsentativer Ausschnitt von 10 %) auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow sowie die Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanzdaten für die Planungsrechnung. Dabei fließt das für die nächsten fünf Jahre erwartete Neugeschäft in die Simulation mit ein. Sollten die Annahmen stark von den tatsächlichen Entwicklungen abweichen, die in das Kollektiv-Simulationsmodell einfließenden Parameter falsch eingeschätzt oder die resultierenden Daten fehlerhaft interpretiert werden, könnten sich erhebliche Belastungen für die Postbank etwa durch erforderliche Rückstellungen ergeben (siehe „*Risikofaktoren — Markt- und geschäftsbezogene Risiken — Die Postbank unterliegt im Bauspargeschäft Kollektivrisiken durch eine Abweichung des tatsächlichen vom prognostizierten Verhalten der Bausparkunden, etwa bei der Ausübung von Wahlrechten unter ihren Bausparverträgen*“). Der kollektive Cash Flow wird von der Aktiv-Passivsteuerung und dem Risikocontrolling der BHW Bausparkasse AG und der Postbank als deterministischer Cash Flow behandelt und entsprechend in den Markt- und Liquiditätsrisikomessungen und Szenariorechnungen sowie Stresstests auf Bausparkassen- und Gesamtbankebene weiterverarbeitet. Der Barwert des derart modellierten Kollektivbestands (ohne Neugeschäft) findet darüber hinaus Eingang in die Barwertberechnungen des Risikocontrollings.

Eine laufende Qualitätssicherung des Kollektiv-Simulationsmodells erfolgt jährlich durch Backtesting und Soll-Ist-Vergleiche. Weitere turnusmäßige Prüfungen betreffen die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage, die Risikoposition sowie die Liquiditätslage und sollen sicherstellen, dass die BHW Bausparkasse AG jederzeit in der Lage ist, ihre Verpflichtungen aus bestehenden Verträgen (wazu wesentlich die Gewährung von Bauspardarlehen im Rahmen der Zuteilung gehört) zu erfüllen. Die Prüfungen umfassen die monatlichen Zuteilungsverhandlungen durch den von der BaFin bestellten Vertrauensmann (§ 12 BSpkG), den jährlichen kollektiven Lagebericht im Rahmen der laufenden Kollektivüberwachung sowie den Nachweis der langfristigen Erfüllbarkeit der Verträge im Rahmen der präventiven Tarifkontrolle.

Ein Teil der Verhaltensannahmen für die Modellierung, nämlich das Zuteilungsverhalten, die Darlehensverzichte sowie das Tilgungsverhalten, werden in der Simulation als zinsabhängig betrachtet. Deshalb werden Kollektivsimulationen auf der Basis unterschiedlicher Zinsszenarien durchgeführt. Hieraus resultieren zinsensitive Optionsrisiken, die grundsätzlich den Marktpreisrisiken zuzuordnen sind, aber heute noch als Teil der Kollektivrisiken ausgewiesen werden. Es ist vorgesehen, diese zinsabhängigen Optionsrisiken zukünftig als Teil der Marktpreisrisiken auszuweisen.

Die Postbank quantifiziert derzeit die Kollektivrisiken noch nicht detailliert, sondern reserviert hierfür einen pauschalen Betrag in der Risikokapitalallokation als Risikopuffer, der zum 30. September 2008 € 1,0 Mrd. betrug. Bei der Höhe des Risikopuffers lässt sich die Postbank von ihrer eher konservativ ausgerichteten Risikopolitik leiten. Ziel ist, die Kollektivrisiken in Verhaltensrisiken im Kollektivgeschäft und die zins-sensitiven Optionsrisiken aus dem Kollektivgeschäft zu zerlegen und im Rahmen des Geschäftsrisikos (kollektives Margenrisiko) und der Marktpreisrisiken (Optionsrisiken aus Darlehensverzichten und Tilgungsintensitäten) detaillierter zu quantifizieren.

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

Überblick

Die Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Die Kompetenzen dieser Organe sind im Aktiengesetz, in der Satzung und den Geschäftsordnungen von Vorstand und Aufsichtsrat geregelt.

Der Vorstand leitet die Gesellschaft unter eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland, der Bestimmungen der Satzung und der Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat sowie unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Hauptversammlung. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft gegenüber Dritten. Der Vorstand hat zu gewährleisten, dass innerhalb der Gesellschaft ein angemessenes Risikomanagement und ein internes Überwachungssystem eingerichtet und betrieben werden, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden können. Siehe „*Risikomanagement — Organisation des Risikomanagements*“. Der Vorstand ist gegenüber dem Aufsichtsrat berichtspflichtig. Insbesondere ist der Vorstand verpflichtet, dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und strategischer Maßnahmen zu berichten. Der Vorstand hat dabei auch Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen darzustellen. Außerdem ist dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats aus sonstigen wichtigen Anlässen zu berichten. Der Aufsichtsrat kann zudem jederzeit einen Bericht über die Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen.

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Dabei ist gemäß den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes 1976 grundsätzlich eine Mehrheit, die mindestens zwei Drittel der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder umfasst, erforderlich. Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei der Geschäftsführung zu überwachen. Ein Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft kann grundsätzlich nicht zugleich Vorstandsmitglied der Gesellschaft sein. Für einen im Voraus begrenzten Zeitraum, höchstens für insgesamt ein Jahr, kann der Aufsichtsrat einzelne seiner Mitglieder zu Stellvertretern von fehlenden oder verhinderten Vorstandsmitgliedern bestellen. Während ihrer Amtszeit als Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern können die Aufsichtsratsmitglieder keine Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied in der Gesellschaft ausüben. Maßnahmen der Geschäftsführung können dem Aufsichtsrat nicht übertragen werden. Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat sieht bei bestimmten Arten von Geschäften und sonstigen Maßnahmen der Gesellschaft einen Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrats vor. In diesen Fällen ist der Vorstand verpflichtet, die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrats einzuholen (siehe „— *Aufsichtsrat — Allgemeines*“).

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats haben der Gesellschaft gegenüber Treue- und Sorgfaltspflichten. Bei der Erfüllung dieser Pflichten ist ein breites Spektrum von Interessen, insbesondere der Gesellschaft, ihrer Aktionäre, ihrer Mitarbeiter, ihrer Gläubiger und der Allgemeinheit, zu beachten. Der Vorstand muss insbesondere auch die Rechte der Aktionäre auf Gleichbehandlung und gleiche Information beachten.

Nach deutschem Aktienrecht ist es einzelnen Aktionären, wie jeder anderen Person, untersagt, ihren Einfluss auf die Gesellschaft dazu zu benutzen, ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats zu einer für die Gesellschaft schädlichen Handlung zu bestimmen. Als herrschendes Unternehmen darf die Deutsche Post AG die Gesellschaft nicht veranlassen, für die Gesellschaft nachteilige Maßnahmen zu treffen, es sei denn, der entstehende Nachteil wird ausgeglichen. Wer unter Verwendung seines Einflusses ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats, einen Prokuristen oder einen Handlungsbevollmächtigten dazu veranlasst, zum Schaden der Gesellschaft oder ihrer Aktionäre zu handeln, ist der Gesellschaft zum Ersatz des ihr daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Daneben haften die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gesamtschuldnerisch, wenn sie unter Verletzung ihrer Pflichten gehandelt haben und infolgedessen der Gesellschaft ein Schaden entstanden ist.

Ein Aktionär hat grundsätzlich keine Möglichkeit, gegen Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats vor Gericht zu klagen, wenn er der Auffassung ist, dass diese ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft verletzt haben und infolgedessen der Gesellschaft ein Schaden entstanden ist. Schadensersatzansprüche gegen die Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats können in der Regel nur von der Gesellschaft selbst durchgesetzt werden, wobei diese bei Ansprüchen gegen Aufsichtsratsmitglieder vom Vorstand und bei Ansprüchen gegen Vorstandsmitglieder vom Aufsichtsrat vertreten wird. Der Aufsichtsrat ist verpflichtet, voraussichtlich durchsetzbare Schadensersatzansprüche gegen den Vorstand geltend zu machen, es sei denn, gewichtige Gründe des Gesellschaftswohls sprechen gegen eine Geltendmachung und diese Gründe überwiegen oder sind zumindest gleichwertig mit den Gründen, die für eine Geltendmachung sprechen. Entscheidet sich das jeweilige vertretungsberechtigte Organ gegen eine Anspruchsverfolgung, müssen Ersatzansprüche der Gesellschaft gegen Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats geltend gemacht werden, wenn die Hauptversammlung dies mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt, wobei die Hauptversammlung zur Geltendmachung der Ansprüche einen besonderen Vertreter bestellen kann. Aktionäre, deren Anteil zusammen 10 % des Grundkapitals oder einen anteiligen Betrag von € 1 Mio. erreichen, können auch die gerichtliche Bestellung eines besonderen Vertreters zur Geltendmachung des Ersatzanspruchs beantragen, der im Falle seiner Bestellung anstelle der Organe der Gesellschaft hierfür zuständig wird. Liegen Tatsachen vor, die den Verdacht rechtfertigen, dass der Gesellschaft durch Unredlichkeiten oder grobe Pflichtverletzungen Schaden zugefügt wurde, besteht darüber hinaus für Aktionäre, deren Aktienbesitz zusammen 1 % des Grundkapitals oder den anteiligen Betrag von € 100.000 erreicht, die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen vom zuständigen Gericht zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen der Gesellschaft gegen Organmitglieder im eigenen Namen für die Gesellschaft zugelassen zu werden.

Die Gesellschaft kann erst drei Jahre nach der Entstehung eines Anspruchs und nur dann auf Ersatzansprüche gegen Organmitglieder verzichten oder sich über sie vergleichen, wenn die Aktionäre dies in der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen und nicht eine Minderheit von Aktionären, deren Anteile zusammen 10 % des Grundkapitals oder einen anteiligen Betrag von € 1 Mio. erreichen, zur Niederschrift des Notars Widerspruch erhebt. Aktionäre und Aktionärsvereinigungen können im Aktionärsforum des elektronischen Bundesanzeigers, das auch über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich ist, andere Aktionäre auffordern, gemeinsam oder in Vertretung einen Antrag auf Sonderprüfung oder ein Einberufungsverlangen für die Hauptversammlung zu stellen oder in einer Hauptversammlung das Stimmrecht auszuüben.

Corporate Governance

Die von der Bundesministerin für Justiz im September 2001 eingesetzte „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ hat am 26. Februar 2002 den Deutschen Corporate Governance Kodex („Kodex“) verabschiedet und zuletzt am 6. Juni 2008 verschiedene Änderungen des Kodex beschlossen. Der Kodex beinhaltet Empfehlungen und Anregungen zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften. Er orientiert sich dabei an international und national anerkannten Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Der Kodex soll das deutsche Corporate Governance System transparent und nachvollziehbar machen. Der Kodex enthält Empfehlungen (so genannte „Soll-Vorschriften“) und Anregungen (so genannte „Kann-Vorschriften“) zur Corporate Governance in Bezug auf Aktionäre und Hauptversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat, Transparenz, Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Der Kodex kann unter www.corporate-governance-code.de abgerufen werden.

Es besteht keine Pflicht, den Empfehlungen oder Anregungen des Kodex zu entsprechen. Das Aktienrecht verpflichtet Vorstand und Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft lediglich, jährlich entweder zu erklären, dass den Empfehlungen des Kodex entsprochen wurde und wird oder zu erklären, welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden. Die Erklärung ist den Aktionären dauerhaft zugänglich zu machen. Von den im Kodex enthaltenen Anregungen kann ohne Offenlegung abgewichen werden.

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft haben am 30. November 2007 gemäß § 161 AktG die folgende Entsprechenserklärung zum Kodex abgegeben:

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG erklären, dass seit der letzten Entsprechenserklärung vom 30. November 2006 sämtlichen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 12. Juni 2006 entsprochen wurde und die Absicht besteht, künftig sämtlichen Empfehlungen des Kodexes in der geltenden Fassung vom 14. Juni 2007 zu entsprechen.

Soweit es die elektronische Weitergabe von Informationen an die Aktionäre betrifft, bedarf diese der vorherigen Zustimmung der Hauptversammlung. Der Hauptversammlung 2008 soll die Zustimmung vorgeschlagen werden. Auf Grundlage dieses Beschlusses können die Einberufungsunterlagen für die Hauptversammlung 2009 auf Wunsch des Aktionärs auch elektronisch versandt werden.

Die Gesellschaft geht derzeit davon aus, auch im Jahr 2008 eine uneingeschränkte Entsprechenserklärung zum Kodex abgeben zu können.

Vorstand

Allgemeines

Der Vorstand der Gesellschaft besteht nach der Satzung aus mindestens zwei Mitgliedern. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird im Übrigen vom Aufsichtsrat bestimmt. Gegenwärtig hat der Vorstand neun Mitglieder. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder und beruft diese ab. Er kann einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden ernennen. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern des Vorstands ist zulässig. Die Vorstandsmitglieder werden für höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit für jeweils weitere fünf Jahre ist zulässig. Aus wichtigem Grund kann der Aufsichtsrat die Bestellung eines Vorstandsmitglieds vor Ablauf von dessen Amtszeit widerrufen, etwa bei grober Pflichtverletzung oder wenn die Hauptversammlung dem Vorstandsmitglied das Vertrauen entzieht. Von dem durch die Bestellung eines Vorstandsmitglieds begründeten organschaftlichen Rechtsverhältnis ist das Anstellungsverhältnis des Vorstandsmitglieds mit der Gesellschaft zu unterscheiden. Auch für dieses gilt eine Höchstdauer von fünf Jahren, wobei es zulässig ist, eine automatische Verlängerung des Anstellungsvertrags für den Fall vorzusehen, dass die Bestellung erneuert wird. Ansonsten gelten für das Anstellungsverhältnis und dessen Beendigung die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu Dienstverhältnissen.

Ein Mitglied des Vorstands ist nicht befugt, Rechtsgeschäfte der Gesellschaft mit sich selbst abzuschließen, am Abschluss solcher Geschäfte mitzuwirken oder darüber abzustimmen.

Der Aufsichtsrat erlässt eine Geschäftsordnung für den Vorstand sowie einen Geschäftsverteilungsplan, der die Aufgabenverteilung innerhalb des Vorstands regelt.

Beschlüsse des Vorstands bedürfen der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht aufgrund bankaufsichtsrechtlicher Vorschriften für besondere Beschlussgegenstände, wie zum Beispiel der Gewährung von Groß- oder Organkrediten, Einstimmigkeit erforderlich ist. Dabei gilt gemäß § 6 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Vorstands jedoch die Maßgabe, dass Beschlüsse nach Möglichkeit einstimmig zu fassen sind, und Beschlüsse, die nicht einstimmig gefasst worden sind, im Protokoll mit dem jeweiligen Abstimmungsergebnis kenntlich gemacht werden. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden des Vorstands. Der Vorstand ist nur beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

Die Gesellschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstands oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen vertreten.

Ressorts

Der Vorstand der Gesellschaft ist in folgende Ressorts gegliedert: Konzernsteuerung, Finanzen, Produktmarketing, Mobiler Vertrieb, Filialvertrieb, Kredit, Financial Markets, Services, IT/Operations und Ressourcen. Jedes Ressort ist einem Vorstandsmitglied zugeordnet. Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft gesamtverantwortlich nach einheitlichen Zielsetzungen, Plänen und Richtlinien. Unbeschadet der Gesamtverantwortung des Vorstands handelt jedes Vorstandsmitglied in dem ihm zugewiesenen Ressort eigenverantwortlich, ist aber gehalten, die ressortbezogenen Interessen stets dem Gesamtwohl der Gesellschaft unterzuordnen.

Mitglieder

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft sowie deren jeweilige Ressortzuständigkeit sind in der folgenden Übersicht aufgeführt.

Die Gesellschaft prüft im Lichte der aktuellen Marktentwicklungen fortlaufend, ob Änderungen in der Managementstruktur der Postbank erforderlich oder sachgerecht sind.

Mitgliedschaften der Vorstandsmitglieder in Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorganen oder als Partner außerhalb der Postbank während der letzten fünf Jahre sind in den nachfolgenden Kurzlebensläufen angegeben. Sofern nicht jeweils gegenteilig angegeben, bestehen diese Mitgliedschaften weiter fort.

Name (Position)	Mitglied seit	Bestellt bis	Zuständigkeit
Dr. Wolfgang Klein (Vorstandsvorsitzender seit Juli 2007)	Januar 2002	Juni 2012	Konzernsteuerung, Finanzen
Dirk Berensmann	Januar 2002	Dezember 2009	IT/Operations
Dr. Mario Daberkow	November 2006	Oktober 2011	Services
Stefan Jütte	Mai 2000	April 2011	Kredit
Horst Küpker	Juli 2008	Juni 2011	Financial Markets
Guido Lohmann	Juli 2007	Juni 2010	Mobiler Vertrieb
Dr. Michael Meyer	Juli 2007	Juni 2010	Produktmarketing
Hans-Peter Schmid	Dezember 2005	November 2010	Filialvertrieb
Ralf Stemmer	Juli 2004	Juni 2011	Ressourcen

Mit Aufsichtsratsbeschluss vom 3. März 2008 wurde Marc Heß, seit April 2007 Generalbevollmächtigter für das Ressort Finanzen und Chief Financial Officer der Postbank, mit Wirkung ab dem Zeitpunkt, ab dem die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen für seine Ernennung zum Mitglied des Vorstands erfüllt sind, zum Mitglied des Vorstands der Gesellschaft bestellt. Die Bestellung erfolgte bis zum 31. März 2011.

Dr. Wolfgang Klein (1964) absolvierte nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann bei der National-Bank AG, Essen, ein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Witten/Herdecke (Diplom-Ökonom) und der University of Southern California (MBA) und promovierte zum Dr. rer. pol. Seine berufliche Laufbahn begann er 1991 bei McKinsey & Company, Inc., Düsseldorf. 1996 wechselte er als Bereichsleiter Grundsatzfragen/Projekte im Bereich Privat- und Vermögensberatungskunden zur Dresdner Bank AG. 1997 wurde er Generalbevollmächtigter einer Tochtergesellschaft. Von 1998 bis 2000 war er geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. 2001 wurde er Generalbevollmächtigter für das Ressort Privatkunden Produktmarketing der Postbank. Ab 2002 verantwortete er dieses Ressort als Vorstandsmitglied. Mit der Übernahme des Vorsitzes des Vorstands der Deutsche Postbank AG im Juli 2007 wechselte er in die Verantwortung für die Ressorts Konzernsteuerung und Finanzen. Außerdem wurde er in den Konzernvorstand der Deutsche Post AG berufen. Dort war er bis zur Beendigung seines Vorstandsmandats mit Wirkung zum 10. November 2008 zuständig für den Unternehmensbereich Finanzdienstleistungen. Im Zusammenhang mit dem Prozess zur Veräußerung der Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft entsprach der Aufsichtsrat der Deutsche Post AG im Juni 2008 dem Wunsch von Herrn Dr. Klein, sein Mandat im Vorstand der Deutsche Post AG vorübergehend ruhen zu lassen.

Herr Dr. Klein ist neben seiner Tätigkeit in der Postbank Vorsitzender des Aufsichtsrats der Comma Soft AG, Bonn, Mitglied des Vorstands des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin, und Mitglied des Beirats des Verbandes der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main. Bis Juni 2007 war er stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats des VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main, und Mitglied des Verwaltungsrats der V PAY Deutschland, Frankfurt am Main.

Dirk Berensmann (1963) studierte Mathematik an der Technischen Universität Chemnitz (Dipl. Mathematiker) und begann seine Berufslaufbahn 1987 als Projektleiter im Datenverarbeitungszentrum Chemnitz. Nach einer Ausbildung zum Organisationsprogrammierer arbeitete er ab 1988 als Berater für IT-Projektmanagement/Software-Engineering bei James Martin Associates (Deutschland) GmbH, Hamburg. 1993 wechselte er zu McKinsey & Company, Inc., Hamburg. 1999 ging er als Programmleiter IT-Neuausrichtung zur Postbank und wurde 2000 Vorstand Anwendungsmanagement der Postbank Systems AG. Seit 2002 ist er Vorstandsmitglied der Postbank.

Herr Berensmann ist neben seiner Tätigkeit in der Postbank Vorsitzender des Board of Directors der Eurogiro Holding A/S, vormals Eurogiro Network A/S, Taastrup (Dänemark). Von 2002 bis 2006 war er Mitglied des Board of Directors der Eurogiro Network A/S, Taastrup (Dänemark).

Dr. Mario Daberkow (1969) studierte Mathematik an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und promovierte an der TU Berlin zum Dr. rer. nat. Seine berufliche Laufbahn begann er 1993 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Berlin und wechselte 1996 als Berater zu McKinsey & Company Inc. 2002 kam er als Bereichsleiter Bankenorganisation zur Postbank. Der Aufsichtsrat bestellte ihn 2005 zum Generalbevollmächtigten für das Ressort Services. Seit November 2006 vertritt er dieses Ressort als Vorstandsmitglied. Gleichzeitig zu seiner Tätigkeit in der Deutsche Postbank AG verantwortete er als Geschäftsbereichsleiter den Bereich Renten Service der Deutsche Post AG. Herr Dr. Daberkow hat diese Funktion bis auf weiteres ruhend gestellt. Ab Vollzug des Vertrags zwischen der Deutsche Post AG und der Deutsche Bank AG über den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft wird sich Herr Dr. Daberkow ausschließlich auf seine Aufgaben bei der Postbank fokussieren.

Herr Dr. Daberkow ist neben seiner Tätigkeit in der Postbank Mitglied des Board of Directors der Eurogiro NCIP A/S, Taastrup (Dänemark), und Vorsitzender des Beirats der CREDA Objektanlage- und verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn. Er war bis November 2007 stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der PB Pensionsfonds AG, Hilden.

Stefan Jütte (1946) arbeitete nach seiner Ausbildung zum Sparkassenkaufmann bei der Stadtsparkasse Hildesheim im Kreditbereich der NordLB Hannover. Nach einem Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Göttingen (Dipl. Kaufmann) wechselte er 1980 zur DSL Bank, Bonn, und war dort zuletzt als Bereichsleiter für das gewerbliche Kreditgeschäft und die private Wohnungsbaufinanzierung zuständig. 1990 wurde er Vorstandsmitglied bei der Sparkasse Münster. 1994 kehrte er als Vorstandsmitglied zur DSL Bank zurück und wurde 1997 Sprecher des Vorstands. Seit der Fusion von Postbank und DSL-Bank im Jahr 2000 ist er als Vorstandsmitglied für das Ressort Kredit der Postbank zuständig.

Herr Jütte ist neben seiner Tätigkeit in der Postbank Mitglied des Aufsichtsrats der BVVG Bodenverwertungs- und verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin, Mitglied des Aufsichtsrats der IVG Institutional Funds GmbH, Wiesbaden, und Mitglied des Beirats der CorpusSireo Immobiliengruppe, Düsseldorf.

Horst Küpker (1961) ist seit 2004 als Bereichsleiter für die Postbank tätig. Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre und dem Abschluss als Diplom-Kaufmann (FH) war er in verschiedenen Funktionen tätig. Nach Stationen bei einem Broker in Hamburg und der Norddeutschen Hypotheken- und Wechselbank AG, Hamburg, wechselte er 1997 als Bereichsleiter Treasury zur Stadtsparkasse Dresden. Zwischen 2000 und 2004 war er als Generalbevollmächtigter für das Treasury/Asset Liability Management der Dexia Hypothekenbank AG, Berlin, verantwortlich. Anschließend war er als Bereichsleiter Treasury der Deutsche Postbank AG tätig. Seit Juli 2008 ist er im Vorstand der Postbank verantwortlich für das Ressort Financial Markets. Herr Küpker ist neben seiner Tätigkeit in der Postbank Mitglied des Bausparkassen-Einlagensicherungsfonds.

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

Guido Lohmann (1964) absolvierte nach seiner Ausbildung zum Betriebswirt ein berufsbegleitendes Studium an der Akademie Deutscher Genossenschaften zum Diplom Bankbetriebswirt. 1999 wechselte er als Abteilungsleiter Kredit zur BHW Bausparkassen AG nach Hameln, wo er 2001 die Aufgaben des Hauptabteilungsleiters übernahm. 2003 wechselte er zur Pyramida AG in Prag, wo er bis 2006 Vorsitzender des Vorstands war. Nach seiner Rückkehr nach Hameln 2006 war er zunächst Mitglied des Vorstands der Postbank Finanzberatung AG und wurde dort 2007 zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt. Im Jahr 2007 wurde er ebenfalls zum Mitglied des Vorstands der Deutsche Postbank AG bestellt und leitet hier das Ressort Mobiler Vertrieb.

Herr Lohmann war bis zum 30. Juni 2006 Vorsitzender des Vorstands der Modra Pyramida, Tschechische Republik.

Dr. Michael Meyer (1964) studierte Wirtschaftswissenschaften an der Ruhr-Universität in Bochum. Seine berufliche Laufbahn begann Herr Dr. Meyer bei der McKinsey & Company, Inc., Düsseldorf. 1993 wechselte er in die Bayerische Vereinsbank AG und im Jahr 1998 zur HypoVereinsbank AG in München. In den Jahren 2000 bis 2006 war er bei der Deutsche Postbank AG in Bonn als Bereichsleiter Marketing tätig. 2006 wechselte er zur BHW Bausparkasse AG, Hameln, und war dort zunächst Mitglied und später Vorsitzender des Vorstands. Seit Juli 2007 ist Herr Meyer als Mitglied des Vorstands der Deutsche Postbank AG verantwortlich für das Ressort Produktmarketing.

Herr Dr. Meyer ist neben seiner Tätigkeit in der Postbank Mitglied des Verwaltungsrats des VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main, und Mitglied des Aufsichtsrats der PB Lebensversicherung AG, Hilden, und der PB Versicherung AG, Hilden.

Hans-Peter Schmid (1958) absolvierte eine Ausbildung zum Bankkaufmann und Bankfachwirt an der Bankakademie, heute Frankfurt School of Finance & Management. Bei der Hypo-Bank begann er seine berufliche Karriere 1977 als Kreditsachbearbeiter und Kundenberater. 1984 übernahm er Führungsaufgaben im Privatkundengeschäft. Zum Filialbereichsleiter wurde er 1994 ernannt. 1996 erfolgte seine Bestellung zum Vorstand der Hypo-Service-Bank AG in Leipzig. Von 1998 bis 2004 gehörte er dem Vorstand der norisbank AG an. 2005 wurde er Vertriebsvorstand der Bonnfinanz AG, bis er im Dezember 2005 in den Vorstand der Postbank wechselte, wo er für das Ressort Filialvertrieb zuständig ist.

Herr Schmid ist neben seiner Tätigkeit in der Postbank Mitglied des Aufsichtsrats der Bayerische Börse AG, München. Bis Oktober 2005 war Herr Schmid stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bonnfinanz AG, Bonn, und bis Juni 2004 Mitglied des Vorstands der Norisbank AG, Frankfurt am Main.

Ralf Stemmer (1961) trat nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bielefeld und der Ablegung des juristischen Assessorexamens 1989 in den Dienst der Deutsche Bundespost ein. Nach Einsatz als Produktionsabteilungsleiter und Projektstätigkeiten im Rahmen der Integration der Post der DDR in die Deutsche Bundespost POSTDIENST wechselte er 1991 in den Bereich Tarifpolitik der Deutsche Post. 1997 wurde er dort Zentralbereichsleiter Tarifpolitik/Personalrecht Deutschland. Im Jahr 1999 wurde er zugleich Bereichsleiter Tarif- und Mitbestimmungspolitik bei der Postbank. Mitte 2003 wurde er vom Aufsichtsrat zum Generalbevollmächtigten für das Ressort Ressourcen bestellt. Seit Juli 2004 vertritt er dieses Ressort als Vorstandsmitglied. Gleichzeitig zu seiner Tätigkeit in der Deutsche Postbank AG ist er Zentralbereichsleiter Tarifpolitik/Personalrecht Deutschland bei der Deutsche Post AG. Seine Funktion bei der Deutsche Post AG hat er bis auf weiteres ruhend gestellt. Ab Vollzug des Vertrags zwischen der Deutsche Post AG und der Deutsche Bank AG über den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft wird sich Herr Stemmer ausschließlich auf seine Aufgaben bei der Postbank fokussieren.

Herr Stemmer ist neben seiner Tätigkeit in der Postbank Mitglied der Aufsichtsräte der Danzas Deutschland Holding GmbH, Düsseldorf, und der DHL Freight GmbH, Düsseldorf, und Mitglied des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn.

Marc Heß (1973) studierte Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten Bayreuth und Sevilla (Spanien). Seine berufliche Laufbahn (von 2001 bis 2004) begann er bei der HVB Group in München, bei der er als

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

Senior Investor Relations Manager und stellvertretender Abteilungsleiter tätig war. Bevor er im April 2004 als Bereichsleiter Investor Relations & Research zur Deutsche Postbank AG kam, war er Director Investor Relations bei der Deutsche Post AG. Im Juni 2006 hat Herr Heß als weiteres Aufgabengebiet die Co-Bereichsleitung des Kreditmanagement Ausland bei der Deutsche Postbank AG übernommen.

Die Mitglieder des Vorstands sind unter der Geschäftsadresse der Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Allee 114-126, 53113 Bonn (Tel.: 0228-920-0) erreichbar.

Vergütung, Aktienbesitz, Kredite, sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte

Die Gesamtvergütung des Vorstands besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt), Nebenleistungen sowie Versorgungszusagen. Erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen im Geschäftsjahr 2007 (einschließlich der Bezüge von Vorstandsmitgliedern, die im Laufe des Geschäftsjahres ausgeschieden sind) € 10,529 Mio. Davon entfielen € 4,469 Mio. auf erfolgsunabhängige Komponenten und € 6,059 Mio. auf Boni.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind € 189.800 für Nebenleistungen, die im Wesentlichen aus der Firmenwagenutzung, der Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen bestehen, enthalten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2007. Im Laufe der Geschäftsjahre 2007 und 2008 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder sind nicht aufgeführt. Herr Küpker wurde mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zum Vorstand der Gesellschaft bestellt; Angaben bezüglich seiner Vergütung sind deshalb in der nachfolgenden Übersicht nicht enthalten.

Name	Fixum	Nebenleistungen	Erfolgsabhängige Vergütung (geprüft) (in T€)	Summe
Dr. Wolfgang Klein (Vorstandsvorsitzender seit 1. Juli 2007)*	687,5	45,7	797,7	1.530,9
Dirk Berensmann	500,0	23,9	742,3	1.266,2
Dr. Mario Daberkow	250,0	14,5	339,4	603,9
Stefan Jütte	512,5	14,2	761,1	1.287,8
Guido Lohmann (Vorstandsmitglied seit 1. Juli 2007)	125,0	9,8	161,5	296,3
Dr. Michael Meyer (Vorstandsmitglied seit 1. Juli 2007)	175,0	6,9	219,9	401,8
Hans-Peter Schmid	400,0	16,5	464,0	880,5
Ralf Stemmer	400,0	16,4	481,0	897,4
Gesamt	3.050,0	147,9	3.966,9	7.164,8

* Der ausgewiesene Betrag umfasst die Vorstandstätigkeit im Gesamtjahreszeitraum.

Den Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten wurden im Rahmen eines im ersten Halbjahr 2008 aufgelegten Programms, das insbesondere zur Bindung im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG diente, Leistungszusagen, bei den Vorständen in Höhe des vertraglich vereinbarten Jahreszielgehalts (Fixgehalt plus erfolgsabhängige Vergütung), gewährt.

Für weitere Informationen zur Vorstandsvergütung siehe die im „Finanzteil“ dieses Prospektes abgedruckte Erläuterung (57) zum Konzernabschluss 2007. Die einzelnen Mitglieder des Vorstands verfügen über vertragliche unmittelbare Pensionszusagen der Gesellschaft, die aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder in den Detailregelungen zum Teil unterschiedlich ausgestaltet

sind. Den einzelnen Vorstandsmitgliedern wurden darüber hinausgehende Leistungen für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit von der Gesellschaft nicht zugesagt. Zu den Einzelheiten der Versorgungszusagen siehe die im „Finanzteil“ dieses Prospektes abgedruckte Erläuterung (57) zum Konzernabschluss 2007.

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung wird vom Aufsichtsrat festgelegt; abweichende Regelungen können sich jedoch im Fall der Inanspruchnahme von Leistungen des durch das Finanzmarktstabilisierungsgesetz geschaffenen Finanzmarktstabilisierungsfonds bei entsprechenden Auflagen im Gegenzug für begünstigende Stabilisierungsmaßnahmen ergeben (für nähere Einzelheiten zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz siehe „Regulierung und Aufsicht — Regulierung und Aufsicht über Banken in Deutschland — Finanzmarktstabilisierungsgesetz“).

Die Vorstandsmitglieder hielten im Geschäftsjahr 2007 zusammen weniger als 1 % der ausgegebenen Aktien der Gesellschaft. Aktienoptionen, die zum Erwerb von Aktien der Gesellschaft berechtigen, bestehen nicht.

Die Mitglieder des Vorstands sind im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Im Schadensfall ist eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstandsmitglieder vorgesehen, die € 100.000 beträgt.

Zum 31. Dezember 2007 standen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von T€ 883,3 aus.

Die Rückstellungen nach HGB für Pensionszusagen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern, ihren Hinterbliebenen und aktiven Vorstandsmitgliedern beliefen sich zum 31. Dezember 2007 auf € 44,656 Mio.

Neben ihrer Funktion als Organmitglieder stehen die Vorstandsmitglieder in keinen sonstigen wesentlichen Rechtsbeziehungen zur Gesellschaft und haben, mit Ausnahme der im direkt nachfolgenden Unterabschnitt „— Beziehungen zur Deutsche Post AG“ dargestellten Beziehungen, keine potenziellen Interessenkonflikte in Bezug auf ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft einerseits und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen andererseits. Es bestehen keine Dienstleistungsverträge zwischen der Gesellschaft oder deren Tochtergesellschaften einerseits und einem oder mehreren Vorstandsmitgliedern andererseits, die Vergünstigungen im Fall der Beendigung des Dienstleistungsvertrages vorsehen. Vereinbarungen mit Hauptaktionären, Kunden, Lieferanten oder sonstigen Personen, aufgrund derer ein Vorstandsmitglied in den Vorstand berufen wird, bestehen ebenfalls nicht.

Beziehungen zur Deutsche Post AG

Der Vorstandsvorsitzende der Gesellschaft, Dr. Wolfgang Klein, war bis 10. November 2008 gleichzeitig Mitglied des Vorstands der Deutsche Post AG und trug dort Verantwortung für den Unternehmensbereich „Finanzdienstleistungen“, zu dem neben der Postbank der Renten Service zählt. Im Zusammenhang mit dem Prozess zur Veräußerung der Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft entsprach der Aufsichtsrat der Deutsche Post AG im Juni 2008 dem Wunsch des Vorstandsvorsitzenden der Gesellschaft, Dr. Wolfgang Klein, sein Mandat im Vorstand der Deutsche Post AG vorübergehend ruhen zu lassen. Das für das Ressort der Gesellschaft „Ressourcen“ zuständige Vorstandsmitglied der Gesellschaft, Ralf Stemmer, ist zugleich „Zentralbereichsleiter Tarifpolitik/Personalrecht Deutschland“ bei der Deutsche Post AG. Zudem ist Dr. Mario Daberkow, der das Ressort „Services“ als Vorstand der Gesellschaft leitet, Geschäftsbereichsleiter Renten Service bei der Deutsche Post AG. Beide haben ihre jeweilige Funktion bei der Deutsche Post AG im Zusammenhang mit dem Prozess zur Veräußerung der Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft bis auf weiteres ruhend gestellt. Ab Vollzug des Vertrags zwischen der Deutsche Post AG und der Deutsche Bank AG über den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft werden sich Ralf Stemmer und Dr. Mario Daberkow ebenfalls ausschließlich auf ihre Aufgaben bei der Postbank fokussieren.

Aufgrund dieser noch bestehenden personellen Verflechtungen zwischen der Deutsche Post AG und der Gesellschaft (siehe dazu auch „Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen — Beziehungen zum Deutsche Post Konzern (ohne Postbank-Teilkonzern) — Personelle Verflechtungen mit der Deutsche Post AG“) ist nicht auszuschließen, dass es in Einzelfällen zu

Interessenkonflikten kommen kann, obwohl die Interessen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG etwa im Filialbereich weitgehend gleichgerichtet sind. Potentielle Interessenkonflikte können darin liegen, dass ein Teil der variablen Vergütung des Vorstandsvorsitzenden der Gesellschaft an den Erfolg des Deutsche Post-Konzerns geknüpft ist sowie in geringem Maße ein Teil der variablen Vergütung von Führungskräften an den Erfolg des Deutsche Post-Konzerns geknüpft sein kann. Dies kann zur Folge haben, dass diese Personen ein wirtschaftliches Interesse daran haben, die Belange der Deutsche Post AG zu fördern. Es ist beabsichtigt, diese Anknüpfung der Vergütung mit dem Vollzug des Vertrags zwischen der Deutsche Post AG und der Deutsche Bank AG über den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft (siehe dazu „*Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG*“) zu beenden.

Aufsichtsrat

Allgemeines

Der Aufsichtsrat besteht satzungsgemäß aus zwanzig Mitgliedern. Zehn Mitglieder der Anteilseigner werden in der Hauptversammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Aktiengesetzes gewählt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 gewählt. Von diesen zehn Aufsichtsratsmitgliedern müssen sieben Arbeitnehmer der Gesellschaft sein, darunter ein leitender Angestellter. Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder müssen Vertreter von im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften sein. Die Aufsichtsratsmitglieder werden für die Zeit bis zur Beendigung derjenigen Hauptversammlung bestellt, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird dabei nicht mitgerechnet. Die Hauptversammlung kann für Mitglieder der Anteilseigner bei der Wahl eine kürzere Amtsdauer bestimmen. Die Hauptversammlung kann ein von ihr gewähltes Aufsichtsratsmitglied mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen abwählen. Arbeitnehmervertreter können mit einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen der Arbeitnehmergruppe, die den jeweiligen Vertreter gewählt hat, abgewählt werden. Die Bestellung des Nachfolgers eines vor Ablauf seiner Amtszeit ausgeschiedenen Mitglieds, das von den Anteilseignern gewählt wurde, erfolgt, soweit die Hauptversammlung die Amtszeit des Nachfolgers nicht abweichend bestimmt, für den Rest der Amtsperiode des ausgeschiedenen Mitglieds. Mit der Bestellung eines Mitglieds des Aufsichtsrats kann gleichzeitig ein Ersatzmitglied bestellt werden. Das Ersatzmitglied tritt an die Stelle des Aufsichtsratsmitglieds, wenn dieses vor Ablauf seiner Amtszeit ausscheidet und kein Nachfolger bestimmt wird. Das Amt des nachgerückten Ersatzmitglieds endet mit Ablauf der Amtszeit des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds, wenn nicht zuvor bereits ein Nachfolger bestellt wird. Gemäß den Vorschriften der Satzung können Mitglieder und Ersatzmitglieder des Aufsichtsrats ihr Amt unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen ohne Angabe von Gründen niederlegen. Liegt ein wichtiger Grund vor, kann das Aufsichtsratsmitglied sein Amt durch entsprechende Erklärung auch mit sofortiger Wirkung niederlegen.

Der Aufsichtsrat bestimmt aus seiner Mitte mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Wird bei der Wahl des Vorsitzenden oder des Stellvertreters nicht die erforderliche Mehrheit erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem die Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner den Vorsitzenden und die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer den Stellvertreter mit der Mehrheit der jeweils abgegebenen Stimmen wählen. Die Wahl erfolgt unter dem Vorsitz des an Lebensjahren ältesten anwesenden Mitglieds des Aufsichtsrats, das von den Anteilseignern gewählt wurde. Diese Wahl wird im Anschluss an die Hauptversammlung durchgeführt, in der die von der Hauptversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder bestellt worden sind. Scheidet der Vorsitzende oder sein Stellvertreter vor der Amtszeit aus seinem Amt aus, so hat der Aufsichtsrat eine Neuwahl für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen vorzunehmen. Der Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden hat nur dann die gesetzlichen und satzungsmäßigen Rechte und Pflichten des Vorsitzenden, wenn dieser verhindert ist.

Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in der Regel in Sitzungen gefasst. Nach den Vorschriften der Satzung sind außerhalb von Sitzungen Beschlussfassungen durch Stimmabgabe in Textform, auf fernmündlichem Wege oder mit Hilfe sonstiger Mittel der Telekommunikation zulässig, wenn der Aufsichtsratsvorsitzende

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

dies für den Einzelfall bestimmt. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit nicht durch Gesetz oder Satzung andere Mehrheiten zwingend vorgeschrieben sind. Ergibt eine Abstimmung Stimmgleichheit, so hat bei einer erneuten Abstimmung über denselben Gegenstand der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen, wenn wiederum Stimmgleichheit vorliegt.

Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung, in der er bestimmte Arten von Geschäften und sonstigen Maßnahmen des Vorstands an seine Zustimmung binden kann. In diesen Fällen ist der Vorstand verpflichtet, die Zustimmung des Aufsichtsrats einzuholen. Nach der geltenden Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat besteht ein Zustimmungserfordernis unter anderem bei folgenden Geschäften und Maßnahmen der Gesellschaft und bei folgenden Geschäften und Maßnahmen von abhängigen Unternehmen, an denen der Vorstand mitwirkt:

- Erschließung neuer sowie Einschränkung oder Aufgabe bestehender Geschäftsfelder und Vertriebskanäle
- Umwandlung, Gründung, Auflösung, Erwerb und Veräußerung von Unternehmen, Unternehmensteilen und Unternehmensbeteiligungen, soweit die jeweilige Maßnahme € 15 Mio. übersteigt
- Abschluss, wesentliche Änderung und Beendigung von Unternehmensverträgen
- Verfügungen über Grundeigentum sowie im jährlichen Geschäftsplan nicht enthaltene Einzelinvestitionen, soweit der Wert im Einzelfall € 15 Mio. übersteigt
- Aufnahme einer Nebentätigkeit durch ein Vorstandsmitglied, Gewährung von Organkrediten im Sinne des Kreditwesengesetzes, Abschluss von Beratungsverträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern gemäß den Vorschriften des Aktiengesetzes sowie Abschluss wesentlicher Geschäfte der Vorstandsmitglieder oder ihnen nahestehender Personen oder Unternehmungen mit der Gesellschaft, der Deutsche Post AG oder Beteiligungen der Deutsche Post AG
- Gewährung von Kreditrahmen und Einzelkrediten sowie internen Kreditlinien gegenüber einem Kreditnehmer, soweit der Wert den Betrag von € 50 Mio. überschreitet. Dieser Schwellenwert erhöht sich auf € 100 Mio., wenn der betreffende Kreditnehmer über ein externes und/oder Postbank Rating von mindestens BBB– verfügt oder wenn im Falle von Immobilienkrediten die Beleihung 100 % des Verkehrswerts nicht übersteigt
- Gewährung von Kreditrahmen und Einzelkrediten sowie internen Kreditlinien im Interbankengeschäft gegenüber einem Kreditnehmer, soweit der Wert den Betrag von € 150 Mio. überschreitet. Dieser Schwellenwert erhöht sich auf € 300 Mio., wenn der betreffende Kreditnehmer über ein externes und/oder Postbank Rating von mindestens BBB– verfügt

Der Aufsichtsrat ist berechtigt, weitere Geschäfte von seiner Zustimmung abhängig zu machen. Verweigert der Aufsichtsrat seine Zustimmung, kann der Vorstand verlangen, dass die Hauptversammlung über die Zustimmung entscheidet. Der Beschluss, durch den die Hauptversammlung zustimmt, bedarf einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel der abgegebenen Stimmen umfasst.

Gemäß der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat finden halbjährlich mindestens zwei Aufsichtsratssitzungen statt. Im Geschäftsjahr 2007 trat der Aufsichtsrat fünf Mal zusammen, davon zweimal im ersten Halbjahr und dreimal im zweiten Halbjahr. Im laufenden Geschäftsjahr trat der Aufsichtsrat bisher vier Mal zusammen.

Mitglieder

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft, deren Hauptbeschäftigung sowie deren Mitgliedschaften in Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorganen oder als Partner außerhalb der Postbank

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

während der letzten fünf Jahre sind in der folgenden Übersicht aufgeführt. Sofern nicht jeweils gegenteilig angegeben, bestehen die Mitgliedschaften weiter fort.

Vertreter der Aktionäre

Name (Position)	Mitglied seit/Ablauf der Amtsperiode	Hauptbeschäftigung	Sonstige Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Mandate in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien (Position)
Dr. Frank Appel (Vorsitzender des Aufsichtsrats)	2008/2013	Vorsitzender des Vorstands	Danzas Holding AG, Schweiz (bis Juni 2006) Deutsche Post Immobilienservice GmbH (bis November 2003) Deutsche Post Ventures GmbH (bis Dezember 2004) DHL Worldwide Express B.V. (bis November 2003) Airborne, Inc. (bis Dezember 2003) Atlantis Licensing Corporation (bis August 2003) Williams Lea Holdings plc (Board of Directors bis Mai 2008) Williams Lea Group Limited (Board of Directors bis Mai 2008) Exel Investments Limited (Board of Directors bis Mai 2008) Exel Limited (Board of Directors bis Mai 2008) Tibbett & Britten Group Limited (Board of Directors bis Mai 2008)
John Murray Allan	2008/2011	Deutsche Post AG Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG	Deutsche Lufthansa AG, Köln (Aufsichtsratsmitglied) National Grid plc (Non-Executive Director) ISS Holding A/S (Board of Directors) Samsonite Ltd. Exel plc
Wilfried Boysen	2004/2009	Privatier	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH (Aufsichtsratsmitglied) ASKLEPIOS Kliniken GmbH (Geschäftsführer) Alpha Centauri Finanz-Beratungs-GmbH (Geschäftsführender Gesellschafter)
Prof. Dr. Edgar Ernst	1999/2011	Unternehmensberater	Allianz Versicherungs-AG, München (Aufsichtsratsmitglied bis April 2008) Deutsche Post AG (Vorstand bis September 2007)
Dr. Peter Hoch	2004/2009	Privatier	Giesecke & Devrient GmbH, München (Aufsichtsratsmitglied bis Mai 2007)
Prof. Dr. Ralf Krüger	2000/2009	Unternehmensberater	Deutsche Post AG (Aufsichtsratsmitglied) KMS AG, Frankfurt (Aufsichtsratsvorsitzender) KMS Asset Management AG (Aufsichtsratsvorsitzender) Damos AG (Aufsichtsratsvorsitzender)
Dr. Axel Nawrath*	2008/2011	Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen	Deutsche Bahn AG (Aufsichtsratsmitglied) KfW IPEX-Bank GmbH (Aufsichtsratsmitglied) Deutsche Bahn ML AG (Aufsichtsratsmitglied)

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

Name (Position)	Mitglied seit/Ablauf der Amtsperiode	Hauptbeschäftigung	Sonstige Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Mandate in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien (Position)
Dr. Hans-Dieter Petram	1999/2011	Privatier	Talanx AG, Hannover (Aufsichtsratsmitglied) Williams Lea Holdings PLC, London (Chairman of the Board of Directors bis Juni 2007) Williams Lea Group Limited, London (Chairman of the Board of Directors bis Juni 2007) HDI Industrie Versicherung AG (bis Dezember 2006) HDI Privat Versicherung AG (bis Dezember 2006) HDI Service AG (bis Dezember 2006)
Dr. Bernd Pfaffenbach	2005/2011	Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Lufthansa Cargo AG, Frankfurt am Main (Aufsichtsratsmitglied) Deutsche Bahn AG, Berlin (Aufsichtsratsmitglied bis Januar 2008) KfW IPEX-Bank, Frankfurt am Main (Aufsichtsratsmitglied)
Elmo von Schorlemer	2004/2009	Rechtsanwalt	Caruno AG (Aufsichtsratsvorsitzender bis Dezember 2007) Consuno AG (Aufsichtsratsvorsitzender bis Dezember 2007) VHV allgemeine Versicherung AG (Aufsichtsratsmitglied) Schneider Golling Die Assekuranzmakler AG (Aufsichtsratsvorsitzender) Finum AG (Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender) Finum Finanzhaus (Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender)

* Das Aufsichtsratsmitglied Dr. Axel Nawrath hat sein Mandat mit sofortiger Wirkung am 24. Oktober 2008 niedergelegt. Zur Vervollständigung des Aufsichtsrats soll ein neues Aufsichtsratsmitglied gerichtlich bestellt werden.

Vertreter der Arbeitnehmer

Michael Sommer (Stellvertretender Vorsitzender)	1997/2012	Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes	DGB Rechtsschutz GmbH, Düsseldorf (Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bis Dezember 2007) Deutsche Telekom AG, Bonn (Aufsichtsratsmitglied) Salzgitter AG, Salzgitter (Aufsichtsratsmitglied bis Mai 2008) KfW, Frankfurt am Main (Verwaltungsratsmitglied)
Wilfried Anhäuser	2007/2012	Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG	—
Marietta Auer	1997/2012	Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale	—
Rolf Bauermeister	2007/2012	Bundesfachgruppenleiter Postdienste ver.di Bundesverwaltung	Deutsche BKK (Verwaltungsrat) Deutsche Post AG (Aufsichtsratsmitglied)
Annette Harms	2003/2012	Stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats Hamburg Deutsche Postbank AG	Deutsche Post AG (Aufsichtsratsmitglied)

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

Name (Position)	Mitglied seit/Ablauf der Amtsperiode	Hauptbeschäftigung	Sonstige Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Mandate in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien (Position)
Elmar Kallfelz	1997/2012	Mitglied des Konzernbetriebsrats Deutsche Post AG	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn (Verwaltungsratsmitglied)
Torsten Schulte	2007/2012	Vorsitzender des Konzernbetriebsrats	Sparkassenzweckverband der Sparkasse Weserbergland (Mitglied)
Eric Stadler	2007/2012	Vorsitzender des Betriebsrats München Deutsche Postbank AG	—
Gerd Tausendfreund	2005/2012	Gewerkschaftssekretär ver.di	—
Renate Treis	2004/2012	Stellvertretende Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats	—

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind unter der Geschäftsadresse der Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Allee 114-126, 53113 Bonn (Tel.: 0228-920-0) erreichbar.

Ausschüsse

Der Aufsichtsrat kann — neben dem gemäß den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes 1976 einzurichtenden Vermittlungsausschuss — Ausschüsse bilden. Sie erfüllen im Namen und in Vertretung des Gesamtaufichtsrats die ihnen durch die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und besondere Beschlüsse des Aufsichtsrats zugewiesenen Aufgaben. Derzeit hat der Aufsichtsrat insgesamt sechs Ausschüsse gebildet: den Präsidialausschuss, den Kreditausschuss, den Prüfungsausschuss, den Personalausschuss, den Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss. Der Aufsichtsrat kann weitere Ausschüsse bilden.

Der Präsidialausschuss hat unter anderem folgende Aufgaben:

- Auswahl von Mitgliedern des Vorstands und Vorbereitung der Bestellung und Abberufung sowie Beschlussfassung betreffend die Verträge mit den Vorstandsmitgliedern sowie sonstige Rechtsgeschäfte mit Vorstandsmitgliedern
- Beschlussfassung über die Gewährung von Organkrediten im Sinne des Kreditwesengesetzes, soweit es sich um Kredite an Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder handelt
- Beschlussfassung zur Aufnahme einer Nebentätigkeit durch ein Vorstandsmitglied sowie zu Beratungsverträgen der Postbank mit Aufsichtsratsmitgliedern

Dem Präsidialausschuss gehören derzeit an: Dr. Frank Appel (Vorsitzender), Michael Sommer (stv. Vorsitzender), Torsten Schulte und Prof. Dr. Ralf Krüger. Der Präsidialausschuss trat im Geschäftsjahr 2007 fünf Mal zusammen. Im laufenden Geschäftsjahr ist der Präsidialausschuss bisher drei Mal zusammengetreten.

Der Kreditausschuss hat unter anderem folgende Aufgaben:

- Beschlussfassung zu Unternehmenskäufen bzw.-verkäufen, Umwandlungen, Gründungen, Auflösungen und Beteiligungserwerben, soweit der Wert der einzelnen Maßnahme € 15 Mio. übersteigt
- Beschlussfassung bezüglich solcher Kreditgewährungen, zu denen bei Überschreitung bestimmter Schwellenwerte gemäß der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat eine Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist (für Angaben zu den jeweiligen Schwellenwerten siehe „— Aufsichtsrat — Allgemeines“)

Dem Kreditausschuss gehören derzeit an: Prof. Dr. Ralf Krüger (Vorsitzender), Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vorsitzender), Marietta Auer, Dr. Peter Hoch, Elmar Kallfelz und Renate Treis. Der Kreditausschuss trat im Geschäftsjahr 2007 sechs Mal zusammen. Im laufenden Geschäftsjahr ist der Kreditausschuss bisher fünf Mal zusammengetreten.

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

Der Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung zu Rechnungslegung, Risikomanagement und -controlling, soweit nicht der Kreditausschuss zuständig ist, sowie Compliance
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers sowie Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten sowie Festlegung der Honorarvereinbarung

Dem Prüfungsausschuss gehören derzeit an: Dr. Peter Hoch (Vorsitzender), Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vorsitzender), Wilfried Anhäuser und Gerd Tausendfreund. Der Prüfungsausschuss trat im Geschäftsjahr 2007 drei Mal zusammen. Im laufenden Geschäftsjahr ist der Prüfungsausschuss bisher drei Mal zusammengetreten.

Aufgabe des Personalausschusses ist es, vor einer abschließenden Entscheidung des Vorstands über Grundsätze des Personalwesens für die Postbank und Grundsätze und Strukturen der Personalentwicklung zur Sicherstellung des Führungsnachwuchses zu beraten. Dem Personalausschuss gehören derzeit an: Michael Sommer (Vorsitzender), Dr. Frank Appel (stv. Vorsitzender), Dr. Hans-Dieter Petram und Torsten Schulte. Der Personalausschuss trat im Geschäftsjahr 2007 ein Mal zusammen. Im laufenden Geschäftsjahr ist der Personalausschuss bisher ein Mal zusammengetreten.

Der Nominierungsausschuss schlägt dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschlag an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vor. Dem Nominierungsausschuss gehören derzeit an: Dr. Frank Appel (Vorsitzender) und Prof. Dr. Ralf Krüger. Der Nominierungsausschuss trat im Geschäftsjahr 2007 kein Mal zusammen. Im laufenden Geschäftsjahr ist der Nominierungsausschuss bisher ein Mal zusammengetreten.

Aufgabe des Vermittlungsausschusses ist es, soweit bei einer ersten Abstimmung über die Bestellung von Vorstandsmitgliedern nicht die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erreicht wird, dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die zweite Abstimmung zu unterbreiten. Bei der zweiten Abstimmung reicht eine Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats für die Bestellung aus. Kommt auch bei der zweiten Abstimmung keine Mehrheit zustande, so hat bei der erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. Dem Vermittlungsausschuss gehören derzeit an: Dr. Frank Appel (Vorsitzender), Michael Sommer (stv. Vorsitzender), Elmar Kallfelz und Prof. Dr. Ralf Krüger. Der Vermittlungsausschuss hat im Geschäftsjahr 2007 nicht getagt. Auch im laufenden Geschäftsjahr bestand bisher kein Anlass für ein Zusammentreten des Vermittlungsausschusses.

Vergütung, Aktienbesitz, Kredite, sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats betrug im Geschäftsjahr 2007 (einschließlich der Vergütung von Aufsichtsratsmitgliedern, die im Laufe des Geschäftsjahres ausgeschieden sind) T€ 996,4. Davon entfielen T€ 478,0 auf erfolgsunabhängige Komponenten und T€ 518,4 auf Boni. Die Rückstellungen für den erworbenen Vergütungsanspruch mit langfristiger Anreizwirkung betragen insgesamt T€ 478,0.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Vergütung der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder im Geschäftsjahr 2007. Im Laufe des Geschäftsjahres 2007 ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglieder sind nicht erfasst. Die Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft Dr. Frank Appel, John Murray Allan und Dr. Axel Nawrath wurden im Laufe des Geschäftsjahres 2008 bestellt; Angaben bezüglich ihrer Vergütung sind deshalb in der nachfolgenden Übersicht nicht enthalten.

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

Name	Fixe Vergütung	Variable Vergütung*	Summe (geprüft) (in T€)	Vergütungsanspruch mit langfristiger Anreizwirkung**
Wilfried Boysen	15,0	16,0	31,0	15,0
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	33,5	63,5	30,0
Dr. Peter Hoch	37,5	41,0	78,5	37,5
Prof. Dr. Ralf Krüger	37,5	41,5	79,0	37,5
Dr. Hans-Dieter Petram	15,0	15,8	30,8	15,0
Dr. Bernd Pfaffenbach	15,0	15,8	30,8	15,0
Elmo von Schorlemer	15,0	16,3	31,3	15,0
Michael Sommer	45,0	47,5	92,5	45,0
Wilfried Anhäuser	12,8	14,3	27,1	12,8
Marietta Auer	22,5	25,3	47,8	22,5
Rolf Bauermeister	9,7	10,7	20,4	9,7
Annette Harms	15,0	16,3	31,3	15,0
Elmar Kallfelz	32,7	36,5	69,2	32,7
Torsten Schulte	12,8	14,1	26,9	12,8
Eric Stadler	9,7	10,7	20,4	9,7
Gerd Tausendfreund	22,5	24,5	47,0	22,5
Renate Treis	12,8	14,8	27,6	12,8
Summe	360,5	394,6	755,1	360,5

* Die Angaben zur variablen Vergütung umfassen auch das Sitzungsgeld.

** Grundlage für die Bewertung des langfristig erfolgsorientierten Vergütungsanspruchs ist die zu bildende Rückstellung.

Für weitere Informationen zur Aufsichtsratsvergütung siehe die im „Finanzteil“ dieses Prospektes abgedruckte Erläuterung (57) zum Konzernabschluss 2007.

Die Aufsichtsratsmitglieder hielten im Geschäftsjahr 2007 zusammen weniger als 1 % der ausgegebenen Aktien der Gesellschaft.

Pensions- oder Rentenzahlungen werden an Aufsichtsratsmitglieder in ihrer Funktion als solche nicht geleistet; da keine derartigen Ansprüche bestehen, wurden hierfür auch keine Rückstellungen gebildet.

Zum 31. Dezember 2007 standen Kredite an Aufsichtsratsmitglieder in Höhe von T€ 47,7 aus.

Neben ihrer Funktion als Organmitglieder stehen die Mitglieder des Aufsichtsrats in keinen sonstigen wesentlichen Rechtsbeziehungen zur Gesellschaft und haben, mit Ausnahme der im direkt nachfolgenden Unterabschnitt „ — Beziehungen zur Deutsche Post AG“ dargestellten Beziehungen, keine potenziellen Interessenkonflikte in Bezug auf ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft einerseits und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen andererseits. Es bestehen keine Dienstleistungsverträge zwischen der Gesellschaft oder deren Tochtergesellschaften einerseits und einem oder mehreren Aufsichtsratsmitgliedern andererseits, die Vergünstigungen im Fall der Beendigung des Dienstleistungsvertrages vorsehen. Vereinbarungen mit Hauptaktionären, Kunden, Lieferanten oder sonstigen Personen, aufgrund derer ein Aufsichtsratsmitglied in den Aufsichtsrat berufen wurde, bestehen ebenfalls nicht.

Beziehungen zur Deutsche Post AG

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Gesellschaft Dr. Frank Appel ist gleichzeitig Vorsitzender des Vorstands der Deutsche Post AG. Das Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft John Murray Allan ist gleichzeitig Mitglied des Vorstands der Deutsche Post AG. Die Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft Annette Harms, Prof. Dr. Ralf Krüger und Rolf Bauermeister sind gleichzeitig Aufsichtsratsmitglieder der Deutsche Post AG. Aufgrund dieser personellen Verflechtungen zwischen der Deutsche Post AG und der Gesellschaft (siehe dazu auch „Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen — Beziehungen zum Deutsche Post Konzern (ohne Postbank-Teilkonzern) — Personelle

Verflechtungen mit der Deutsche Post AG“) ist nicht auszuschließen, dass es in Einzelfällen zu Interessenkonflikten kommen kann, obwohl die Interessen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG etwa im Filialbereich weitgehend gleichgerichtet sind. Potentielle Interessenkonflikte können darin liegen, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft, die gleichzeitig Mitglieder des Vorstands der Deutsche Post AG sind, in das Aktienoptionsprogramm der Deutsche Post AG eingebunden sind. Dies kann zur Folge haben, dass diese Personen ein wirtschaftliches Interesse daran haben, die Belange der Deutsche Post AG zu fördern.

Weitere Informationen über Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats

In den letzten fünf Jahren ist kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats einer betrügerischen Straftat schuldig gesprochen worden. Ebenso wenig kam es in den letzten fünf Jahren zu öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen in Bezug auf Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbänden). In den letzten fünf Jahren war auch kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats im Rahmen der Tätigkeit als Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs-, Management- oder Aufsichtsorgans oder als Gründer eines Emittenten von Insolvenzen, Insolvenzverwaltungen oder Liquidationen betroffen. Kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats ist von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs-, Management- oder Aufsichtsorgan einer Gesellschaft oder für die Tätigkeit im Management oder der Führung der Geschäfte eines Emittenten während der letzten fünf Jahre als untauglich angesehen worden. Zwischen den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats bestehen weder untereinander noch im Verhältnis zu den Mitgliedern des jeweils anderen Organs verwandtschaftliche Beziehungen.

Hauptversammlung

Die Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft, an einem deutschen Börsenplatz oder in einer deutschen Stadt mit mehr als 300.000 Einwohnern statt. Sie wird im Regelfall durch den Vorstand einberufen. Jede Stückaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.

Die Hauptversammlung beschließt insbesondere über:

- > Bestellung der Anteilseignervertreter für den Aufsichtsrat
- > Verwendung des Bilanzgewinns
- > Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats
- > Bestellung des Abschlussprüfers
- > Maßnahmen der Kapitalbeschaffung und der Kapitalherabsetzung
- > Sonstige Satzungsänderungen

Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst. Weder das Aktienrecht noch die Satzung sehen eine Mindestbeteiligung für die Beschlussfähigkeit der Hauptversammlung vor. Nach deutschem Aktienrecht erfordern bestimmte Beschlüsse von grundlegender Bedeutung neben der Mehrheit der abgegebenen Stimmen auch eine Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Zu diesen Beschlüssen gehören insbesondere:

- > Satzungsänderungen

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

- > Kapitalerhöhungen unter Ausschluss des Bezugsrechts
- > Kapitalherabsetzungen
- > Schaffung von genehmigtem oder bedingtem Kapital
- > Auflösung der Gesellschaft
- > Umwandlungsrechtliche Maßnahmen wie Verschmelzung, Spaltung und Rechtsformwechsel
- > Übertragung des gesamten Vermögens der Gesellschaft
- > Eingliederung einer Gesellschaft
- > Abschluss bzw. Änderung von Unternehmensverträgen (insbesondere Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge)

Die Hauptversammlung wird im Regelfall einmal jährlich einberufen (ordentliche Jahreshauptversammlung). Darüber hinaus kann der Vorstand oder der Aufsichtsrat eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, wenn es das Wohl der Gesellschaft erfordert. Aktionäre, die zusammen mindestens 5 % des Grundkapitals halten, können ebenfalls die Einberufung einer Hauptversammlung vom Vorstand verlangen. Das Verlangen hat schriftlich zu erfolgen und muss den Zweck und die Gründe der Einberufung enthalten.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die im Aktienregister der Gesellschaft eingetragen und rechtzeitig angemeldet sind. Die Anmeldung hat beim Vorstand am Sitz der Gesellschaft oder bei einer sonst in der Einberufung bezeichneten Stelle bis spätestens am siebten Tag vor der Versammlung zu erfolgen, sofern nicht der Vorstand einen späteren Anmeldeschluss bestimmt.

Die Einberufung der Hauptversammlung erfolgt, soweit gesetzlich keine kürzere Frist zulässig ist, mindestens 30 Tage vor dem Tag, an dem sich die Aktionäre anmelden müssen, im elektronischen Bundesanzeiger. Der Tag der Bekanntmachung und der letzte Tag der Anmeldefrist sind hierbei nicht mitzurechnen.

Die jährliche ordentliche Hauptversammlung für ein abgeschlossenes Geschäftsjahr ist innerhalb der ersten acht Monate des darauf folgenden Geschäftsjahres durchzuführen.

Mitarbeiter

Der Personalbestand der Postbank setzt sich aus Arbeitnehmern und Beamten zusammen. Die Postbank betreibt im Rahmen des Strategieprogramms „Next Step“ die qualitative Weiterentwicklung der Mitarbeiter bei gleichzeitiger Kostenkontrolle. Qualifizierungskonzepte werden mit dem Fokus „Qualitätsführerschaft der Postbank“ weiterentwickelt, um in dem zunehmend stärkeren Wettbewerb die Mitarbeiter der Postbank schnell und gezielt fördern zu können.

Gesamtpersonalbestand

Die folgenden Tabellen zeigen den Personalbestand sowie die Aufteilung nach Voll- und Teilzeitkräften der Postbank (ohne Auszubildende) zum 31. Dezember 2005, 2006 und 2007 und zum 30. September 2008. Dabei wurden nur Beamte und Arbeitnehmer berücksichtigt, die in den entsprechenden Zeiträumen aktiv bei der Postbank beschäftigt waren. Beamte und Arbeitnehmer, die in diesen Zeiträumen kein aktives Beschäftigungsverhältnis mit der Gesellschaft oder einer ihrer Tochtergesellschaften hatten, wurden nicht berücksichtigt. Beurlaubte Beamte, die bei der Gesellschaft oder einem Tochterunternehmen der Gesellschaft auf Grundlage eines privatrechtlichen Anstellungsvertrags aktiv beschäftigt sind, wurden der Kategorie „Arbeitnehmer“ zugeordnet. Siehe „— Arbeitnehmer“, und „— Beamte“. Die Postbank beschäftigt über 95 % ihrer Mitarbeiter im Inland.

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

Personalbestand

	zum 31. Dezember			zum
	2005	2006	2007	30. September 2008
Beamte	3.483 MA 3.038 FTE	8.510 MA 7.807 FTE	8.159 MA 7.515 FTE	7.985 MA 7.378 FTE
Arbeitnehmer	6.535 MA 6.197 FTE	15.373 MA 13.889 FTE	15.345 MA 13.959 FTE	15.470 MA 14.094 FTE
Gesamt	10.018 MA 9.235 FTE	23.883 MA 21.696 FTE	23.504 MA 21.474 FTE	23.455 MA 21.472 FTE

* Die Zahlen für das Jahr 2005 beziehen sich auf den Personalbestand vor Erwerb der BHW Holding AG und der Deutsche Post Retail GmbH

** MA: Anzahl der Mitarbeiter (Köpfe)

*** FTE: Rechnerische Anzahl der Vollzeitkräfte unter Umrechnung von Teilzeitkräften auf Vollzeitkräfte („Full Time Equivalents“ oder „FTE“)

Zum durchschnittlichen Personalbestand während der Geschäftsjahre 2005, 2006 und 2007 siehe die im „Finanzteil“ dieses Prospekts abgedruckten Erläuterungen zu den jeweiligen Konzernabschlüssen.

Aufteilung Voll- und Teilzeitkräfte

	zum 31. Dezember			zum
	2005	2006	2007	30. September 2008
Vollzeitkräfte				
Beamte	2.324 FTE	6.776 FTE	6.519 FTE	6.466 FTE
Angestellte	5.585 FTE	11.282 FTE	11.163 FTE	11.496 FTE
Gesamt	7.909 FTE	18.058 FTE	17.682 FTE	17.962 FTE
Teilzeitkräfte				
Beamte	714 FTE	1.031 FTE	996 FTE	912 FTE
Angestellte	612 FTE	2.607 FTE	2.796 FTE	2.598 FTE
Gesamt	1.326 FTE	3.638 FTE	3.792 FTE	3.510 FTE

* Die Zahlen für das Jahr 2005 beziehen sich auf den Personalbestand vor Erwerb der BHW Holding AG und der Deutsche Post Retail GmbH

** FTE: Rechnerische Anzahl der Vollzeitkräfte unter Umrechnung von Teilzeitkräften auf Vollzeitkräfte („Full Time Equivalents“ oder „FTE“)

Bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Prospekts haben sich keine wesentlichen Änderungen bei dem Personalbestand der Gesellschaft ergeben.

Der erhebliche Anstieg des Gesamtpersonalbestands im Jahr 2006 resultiert aus dem Erwerb der BHW-Gruppe sowie dem Erwerb sämtlicher Anteile an der Deutsche Post Retail GmbH, mit dem die Postbank zunächst 850 Postbank-Filialen mit ca. 9.600 Beschäftigten vom Deutsche Post-Konzern übernahm (siehe „Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen — Beziehungen zum Deutsche Post-Konzern (ohne Postbank-Teilkonzern) — Unternehmenskaufverträge — Erwerb der Deutsche Post Retail GmbH“). Der Gesamtpersonalbestand der Postbank konnte im Jahr 2007 durch eine weitere Optimierung der Prozesse und der Freisetzung von Personalüberhang verringert werden.

Die folgende Tabelle zeigt den Personalbestand zum 31. Dezember 2005, 2006 und 2007 und zum 30. September 2008 aufgeschlüsselt nach Konzerngesellschaften.

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

	zum 31. Dezember			zum
	2005	2006	2007	30. September 2008
Deutsche Postbank AG	6.120 FTE	5.967 FTE	6.098 FTE	4.828 FTE
Postbank Filialvertrieb AG	—	9.323 FTE	9.011 FTE	9.000 FTE
BHW-Teilkonzern	—	3.272 FTE	2.714 FTE	2.721 FTE
Betriebs-Center für Banken AG	1.381 FTE	1.152 FTE	1.381 FTE	2.660 FTE
Übrige	1.734 FTE	1.982 FTE	2.270 FTE	2.263 FTE

Die folgende Tabelle zeigt den Personalaufwand der Postbank für die Geschäftsjahre 2005, 2006 und 2007 und den Neunmonatszeitraum bis zum 30. September 2008.

	2005	2006	2007	9 Monate 2008
Löhne und Gehälter	€ 491 Mio.	€ 1.030 Mio.	€ 1.053 Mio.	€ 796 Mio.
Soziale Abgaben	€ 47 Mio.	€ 111 Mio.	€ 102 Mio.	€ 80 Mio.
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	€ 125 Mio.	€ 240 Mio.	€ 217 Mio.	€ 161 Mio.
Gesamt	€ 663 Mio.	€ 1.381 Mio.	€ 1.372 Mio.	€ 1.037 Mio.

Arbeitnehmer

Die Gruppe der Arbeitnehmer lässt sich in vier Untergruppen einteilen:

- *Arbeitnehmer, die aktiv bei der Postbank beschäftigt sind.* Zum 30. September 2008 waren rund 15.470 (rund 14.090 FTE) aktive Arbeitnehmer bei der Postbank beschäftigt. Zu diesen aktiven Arbeitnehmern der Postbank werden auch solche Arbeitnehmer gezählt, die innerhalb der Postbank-Gruppe von der Deutsche Postbank AG zu Tochtergesellschaften gewechselt sind, jedoch von der Deutsche Postbank AG Rückkehr bzw. Wiedereinstellung verlangen können. Am 30. September 2008 gehörten rund 1.090 Arbeitnehmer (rund 1.030 FTE) zu dieser Gruppe. Der Transfer dieser Arbeitnehmer fand im Zuge von Umstrukturierungen statt. In diesem Zusammenhang wurden kollektivvertraglich „Rückkehrrechte“ vereinbart, die unter bestimmten Bedingungen ausgeübt werden können. Solche Rückkehrrechte bestehen im Hinblick auf die zur Betriebs-Center für Banken AG („BCB“) übergeleiteten Arbeitnehmer, solange die Gesellschaft die Mehrheit an der BCB hält, nur für den Fall, dass die BCB insolvent wird oder ihre Geschäftstätigkeit einstellt. Gibt die Gesellschaft die Mehrheit an der BCB ab, bestehen solche Rückkehrrechte befristet für den Fall, dass die BCB insolvent wird oder ihre Geschäftstätigkeit einstellt, der Kündigungsschutz bei der BCB geringer ist als bei der Gesellschaft oder sich die Arbeitsbedingungen bei der BCB wesentlich negativ verändern.
- *Arbeitnehmer, die aus familiären oder sonstigen Gründen beurlaubt sind und deren Arbeitsverhältnis während der Beurlaubung ruht.* Zum 30. September 2008 gab es rund 490 Arbeitnehmer (rund 440 FTE), die zu dieser Untergruppe gehören. Diese Arbeitnehmer erhalten während der Beurlaubung keine Bezüge. Nach Maßgabe der anwendbaren Bestimmungen können diese Arbeitnehmer das ruhende Arbeitsverhältnis wieder in ein aktives Beschäftigungsverhältnis umwandeln.
- *Arbeitnehmer, die beurlaubt sind, um Tätigkeiten im Deutsche Post-Konzern (außerhalb der Postbank) wahrzunehmen.* Zum 30. September 2008 waren insgesamt rund 90 Arbeitnehmer (rund 90 FTE) beurlaubt, um auf Grundlage von Anstellungsverträgen Tätigkeiten bei Gesellschaften des Deutsche Post-Konzerns (außerhalb der Postbank) wahrzunehmen. Der Anstellungsvertrag besteht zwischen dem beurlaubten Arbeitnehmer und dem jeweiligen Unternehmen des Deutsche Post-Konzerns. Von der Postbank ist während der Beurlaubung keine Vergütung zu entrichten. Diese beurlaubten Arbeitnehmer können ihr ruhendes Arbeitsverhältnis bei der Postbank allerdings wieder in ein aktives Beschäftigungsverhältnis umwandeln.
- *Arbeitnehmer, die von der Postbank zu Gesellschaften des Deutsche Post-Konzerns (außerhalb der Postbank) gewechselt sind, jedoch von der Postbank Rückkehr bzw. Wiedereinstellung verlangen können.* Am 30. September 2008 gehörten rund 550 Arbeitnehmer (rund 490 FTE) zu dieser Gruppe. Der Transfer dieser Arbeitnehmer zum Deutsche Post-Konzern fand im Zuge von Umstrukturierungen

statt. In diesem Zusammenhang wurden kollektivvertraglich „Rückkehrrechte“ vereinbart, die unter bestimmten Bedingungen ausgeübt werden können. Im Hinblick auf die zur interServ GmbH übergeleiteten Arbeitnehmer bestehen solche Rückkehrrechte nur für den Fall, dass die interServ GmbH insolvent wird oder ihre Geschäftstätigkeit einstellt.

Bei der Gruppe der Arbeitnehmer werden in dieser Darstellung Beamte, die beurlaubt sind, um auf Grundlage eines Anstellungsvertrags Tätigkeiten bei der Gesellschaft oder einer ihrer Tochtergesellschaften oder bei Gesellschaften des Deutsche Post-Konzerns wahrzunehmen, nicht aufgeführt (siehe „— Beamte“).

Beamte

Bei der Umwandlung der Vorgängerorganisation der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit der so genannten Postreform II behielten die Beamten, die zu diesem Zeitpunkt beim Teilsondervermögen Deutsche Bundespost POSTBANK beschäftigt waren und auf die Gesellschaft übergeleitet wurden, ihren Status als Beamte des Bundes bei. Seit dem 1. Januar 1995 wird bei Neueinstellungen kein Beamtenstatus mehr begründet. Die Bedingungen des Beschäftigungsverhältnisses der übernommenen Beamten und die ihnen von der Gesellschaft geschuldeten Leistungen unterliegen deshalb weiterhin den Vorschriften des Beamtenrechts. Insbesondere ergeben sich die Bezüge der Beamten aus gesetzlichen Vorschriften und nicht aus einzel- oder tarifvertraglichen Vereinbarungen.

Jedoch sind für beurlaubte Beamte, die Tätigkeiten bei ruhendem Beamtenverhältnis auf Grundlage von privatrechtlichen Anstellungsverträgen wahrnehmen, während der Laufzeit des Anstellungsvertrags die darin getroffenen vertraglichen Vereinbarungen maßgeblich. Die versorgungsrechtlichen Beziehungen richten sich allerdings auch während der Beurlaubung nach den beamtenrechtlichen Vorschriften. Die Beamten sind Beamte auf Lebenszeit und können daher — außer in besonderen, gesetzlich definierten Ausnahmefällen — nicht gegen ihren Willen entlassen werden. Beamte dürfen sich nicht an Arbeitskampfmaßnahmen, insbesondere Streiks, beteiligen. Sie dürfen aber einer Gewerkschaft angehören.

Die Gesellschaft nimmt gemäß Artikel 143 b Grundgesetz (GG) und dem Postpersonalrechtsgesetz (PostPersRG) die der Bundesrepublik Deutschland als Dienstherr zustehenden Rechte und Pflichten im Rahmen eines so genannten Beleihungsmodells wahr. Artikel 143 b Abs. 3 GG ordnet an, dass vormalig bei der Deutsche Bundespost beschäftigte Bundesbeamte „unter Wahrung ihrer Rechtsstellung und der Verantwortung des Dienstherrn“ bei „den privaten Unternehmen“ — also den Nachfolgeunternehmen des Sondervermögens Deutsche Bundespost — beschäftigt sind. Dienstherr dieser Beamten bleibt die Bundesrepublik Deutschland, während mit der Ausübung der Befugnisse des Dienstherrn jedoch das Postnachfolgeunternehmen, hier die Postbank, betraut ist. Im Rahmen der so genannten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums hat die Postbank gegenüber den bei ihr beschäftigten Beamten eine spezielle Fürsorgepflicht. Außerdem müssen die Beamten im Rahmen eines amtsgemäßen Einsatzes bei der Postbank beschäftigt werden. Den Beamten können mit ihrer Zustimmung vorübergehend Tätigkeiten bei einem Unternehmen außerhalb des Postbank-Konzerns zugewiesen werden, wenn die Gesellschaft hieran ein dringendes betriebliches oder personalwirtschaftliches Interesse hat. Innerhalb der Gesellschaft kann eine beamtenrechtliche Umsetzung der Beamten erfolgen. Eine dauerhafte Zuweisung einer dem Amt des Beamten entsprechenden Tätigkeit auch ohne die Zustimmung des Beamten bei einer Gesellschaft des Postbank-Konzerns ist zulässig, wenn hieran ein dringendes betriebliches oder personalwirtschaftliches Interesse besteht und die Zuweisung nach allgemeinen beamtenrechtlichen Grundsätzen zumutbar ist. Eine beamtenrechtliche Versetzung, d.h. die dauerhafte Übertragung eines neuen Amtes, kann nur zu anderen Bundesbehörden oder anderen Postnachfolge-Unternehmen erfolgen.

Das PostPersRG räumt der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost Mitentscheidungsbefugnisse bei der Gestaltung bestimmter Bedingungen ein, zu denen Beamte bei der Gesellschaft tätig sind. Siehe „*Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen — Beziehungen zur Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost*“.

Die Gruppe der Beamten lässt sich in fünf Untergruppen einteilen, für die zum Teil Besonderheiten zu beachten sind:

- *Beamte, die im Rahmen ihres Beamtenverhältnisses aktiv bei der Gesellschaft beschäftigt sind.* Zum 30. September 2008 gab es rund 7.990 (rund 7.380 FTE) solche Beamte bei der Gesellschaft.
- *Beamte, denen gemäß § 4 Abs. 4 Postpersonalrechtsgesetz (PostPersRG) Tätigkeiten bei Tochterunternehmen oder anderen Unternehmen zugewiesen sind.* Zum 30. September 2008 gab es rund 6.050 (rund 5.530 FTE) solche Beamte bei der Gesellschaft, die eine Teilmenge der aktiv bei der Gesellschaft beschäftigten Beamten der ersten Untergruppe darstellen. Die Beamten sind im Rahmen ihres aktiven Beamtenverhältnisses bei einem Tochterunternehmen oder anderen Unternehmen tätig. Die Besoldungs- und Beihilfeleistungen sowie die Versorgungsbeiträge werden weiterhin von der Gesellschaft gezahlt. Die Gesellschaft erhält jedoch diesbezügliche Erstattungsleistungen aufgrund jeweils zwischen ihr und dem Unternehmen, in dem der Beamte aufgrund der Zuweisung tätig ist, geschlossener Zuweisungsverträge.
- *Beamte, die beurlaubt sind, um bei ruhendem Beamtenverhältnis auf Grundlage eines privatrechtlichen Anstellungsvertrags Tätigkeiten bei der Gesellschaft oder einer ihrer Tochtergesellschaften wahrzunehmen.* Zum 30. September 2008 waren insgesamt rund 1.770 Beamte (rund 1.750 FTE) auf Basis verschiedener gesetzlicher Regelungen beurlaubt, um auf Grundlage eines privatrechtlichen Anstellungsvertrags Tätigkeiten bei der Gesellschaft oder einer ihrer Tochtergesellschaften wahrzunehmen. Der Anstellungsvertrag besteht zwischen dem beurlaubten Beamten und der Gesellschaft bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften. Die Vergütung, die von der Gesellschaft bzw. der Tochtergesellschaft zu entrichten ist, richtet sich nach dem Anstellungsvertrag und bietet dem beurlaubten Beamten oftmals eine höhere Vergütung bzw. die Aussicht auf eine höhere Vergütung. Entscheidet sich der beurlaubte Beamte oder die anstellende Gesellschaft dazu, den Anstellungsvertrag nicht zu verlängern bzw. zu kündigen, so kehrt der Beamte in seinen aktiven Beamtenstatus bei der Gesellschaft zurück. Die Versorgungsbeiträge, die von der Gesellschaft zu erbringen sind, laufen jedoch auch während der Beurlaubung des Beamten fort; allerdings erhält die Gesellschaft von dem jeweiligen Tochterunternehmen diesbezüglich Erstattungsleistungen (Versorgungszuschläge). Während der Beurlaubung besteht kein beamtenrechtlicher Beihilfeanspruch. Dafür erhält der beurlaubte Beamte aufgrund entsprechender Vereinbarung im privaten Anstellungsverhältnis eine Ausgleichszahlung von der anstellenden Gesellschaft.
- *Beamte, die beurlaubt sind, um bei ruhendem Beamtenverhältnis auf Grundlage eines privatrechtlichen Anstellungsvertrags Tätigkeiten im Deutsche Post-Konzern (außerhalb der Postbank) wahrzunehmen.* Zum 30. September 2008 waren insgesamt rund 900 Beamte (rund 890 FTE) beurlaubt, um auf Grundlage eines Anstellungsvertrags Tätigkeiten im Deutsche Post-Konzern (außerhalb der Postbank) wahrzunehmen. Der privatrechtliche Anstellungsvertrag besteht zwischen dem beurlaubten Beamten und dem jeweiligen Unternehmen des Deutsche Post-Konzerns. Von diesem Unternehmen ist auch die vertragsgemäße Vergütung zu entrichten. Die Vergütung richtet sich nach dem Anstellungsvertrag und bietet dem beurlaubten Beamten oftmals eine höhere Vergütung bzw. die Aussicht auf eine höhere Vergütung. Entscheidet sich der beurlaubte Beamte oder das anstellende Unternehmen dazu, den Anstellungsvertrag nicht zu verlängern bzw. zu kündigen, so kehrt der Beamte in seinen aktiven Beamtenstatus bei der Gesellschaft zurück. Die Versorgungsbeiträge, die von der Gesellschaft zu erbringen sind, laufen jedoch auch während der Beurlaubung des Beamten fort; allerdings erhält die Gesellschaft von dem jeweiligen Unternehmen des Deutsche Post-Konzerns diesbezüglich Erstattungsleistungen (Versorgungszuschläge). Für die Dauer der Beurlaubung entfällt die beamtenrechtliche Beihilfeberechtigung. Siehe „Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen — Beziehungen zum Deutsche Post-Konzern (ohne Postbank- Teilkonzern) — Weitere wesentliche vertragliche Beziehungen — Erstattung von Versorgungszuschlägen“.
- *Beamte, die aufgrund familiärer oder sonstiger Gründe beurlaubt sind und deren Dienstverhältnis während der Beurlaubung ruht.* Zum 30. September 2008 gab es rund 510 Beamte (rund 500 FTE), die zu dieser Gruppe gehören. Diese Beamten erhalten keine Bezüge während der Beurlaubung. Die Versorgungs- und Beihilfeleistungen, die von der Gesellschaft zu erbringen sind, laufen teilweise

aufgrund gesetzlicher Bestimmungen auch während des Ruhens des Dienstverhältnisses fort. Nach Maßgabe der anwendbaren Bestimmungen können diese Beamte das ruhende Dienstverhältnis spätestens zum Ende des jeweiligen Beurlaubungszeitraums wieder in ein aktives Beamtenverhältnis umwandeln.

Firmentarifverträge

Die Gesellschaft, die Postbank Filialvertrieb AG, die PB Firmenkunden AG, die Postbank Systems AG und die Betriebs-Center für Banken AG haben mit ver.di sowie der ehemaligen Tarifgemeinschaft DPV KOM/CGPT verschiedene Firmentarifverträge abgeschlossen. Für die Arbeitnehmer der Betriebs-Center für Banken AG, soweit sie aus der ehemaligen BCB Pay, BCB ZVS und HVB PAS stammen, wurde in einem Firmentarifvertrag die befristete Anwendung des Verbandstarifvertrages des privaten Bankengewerbes vereinbart.

Für die BHW-Gruppe wurden ebenfalls Firmentarifverträge mit ver.di sowie mit der Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst (komba gewerkschaft) abgeschlossen. Die Entgelttarife der BHW Bausparkasse AG und der meisten anderen Gesellschaften der BHW-Gruppe sind an den Tarifvertrag des privaten Bankengewerbes gekoppelt.

Diese Firmentarifverträge enthalten Regelungen zu allen wesentlichen Arbeitsbedingungen. Die Mehrzahl der Arbeitnehmer, die nicht außertarifliche Angestellte oder leitende Angestellte der Gesellschaft sind, fallen entweder aufgrund unmittelbarer Tarifbindung oder individualvertraglicher Verweisungsklausel in den Geltungsbereich dieser Tarifverträge.

Die Gesellschaft, die Postbank Filialvertrieb AG, die PB Firmenkunden AG, die BHW-Gruppe, die Postbank Systems AG und die Betriebs-Center für Banken AG unterliegen keiner tariflichen Verbandsdisziplin, d.h. sie selbst sind auf Arbeitgeberseite jeweils einzige Vertragspartei, die nicht von einem Arbeitgeberverband vertreten wird, sondern ihre Firmentarifverträge selbst verhandelt und abschließt. Die Gesellschaft und die Betriebs-Center für Banken AG sind zudem Mitgliedsinstitute ohne Tarifbindung des Arbeitgeberverband des privaten Bankengewerbes e.V. (AGV Banken). Die Postbank Filialvertrieb AG ist Mitgliedsinstitut im Arbeitgeberverband Postdienste. Es besteht darüber hinaus in bestimmtem Umfang eine gesetzliche Zuständigkeit der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost zum Abschluss bestimmter Regelungen zu einem Manteltarifvertrag für die Postbank. Diese Regelungen können allerdings nur im Einvernehmen mit der Postbank getroffen werden. Siehe hierzu *„Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen — Beziehungen zur Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost“*. Zum Abschluss der Firmentarifverträge arbeitet die Postbank unmittelbar mit den Vertretern der Gewerkschaften zusammen und pflegt einen regelmäßigen Austausch mit diesen. Aus Sicht der Gesellschaft fördert dies die Entwicklung von flexiblen und den spezifischen Gegebenheiten der Gesellschaft angepassten kollektivvertraglichen Lösungen.

Vergütungssystem

Nicht leitende Mitarbeiter

Die heute bestehenden Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, insbesondere der zum 1. Januar 2004 in Kraft getretene Entgelttarifvertrag der Gesellschaft in der Fassung der Änderung vom 16. Januar 2006 sowie die entsprechende Vereinbarung für die außertariflichen Mitarbeiter der Postbank, stellen aus Sicht der Gesellschaft ein modernes, marktgerechtes und flexibles Vergütungssystem dar. Die alten, dem Vergütungssystem des öffentlichen Dienstes entlehnten Parameter der Entgeltanpassung wurden im Bereich der tariflichen und außertariflichen Angestellten abgelöst durch ein System markt- und funktionsgerechter Grundentgelte sowie leistungs- und erfolgsabhängiger variabler Entgeltbestandteile. Leistungsabhängige variable Entgeltbestandteile knüpfen an die individuelle Leistung des Mitarbeiters an. Erfolgsabhängige variable Entgeltbestandteile knüpfen bei tariflichen Arbeitnehmern und außertariflichen Arbeitnehmern, die nicht leitende Bereichsleiter sind, an den Erfolg der Postbank an. Wichtige Anknüpfungparameter sind die Größen Cost-Income-Ratio und Gewinn vor Steuern.

Der Entgelttarifvertrag hat eine unbeschränkte Laufzeit und kann mit einer Frist von sechs Wochen zum Monatsende insgesamt oder in einzelnen Paragrafen gekündigt werden, die Entgelttabellen mit einer Frist

von einem Monat, frühestens zum Ende der jeweiligen Mindestlaufzeit. Die Gesellschaft, die PB Firmenkunden AG, die Betriebs-Center für Banken AG und die Postbank Filialvertrieb AG haben sich im September 2008 mit ver.di auf zwei Tarifabschlüsse geeinigt. Der Tarifvertrag für die Arbeitnehmer der Postbank AG, der PB Firmenkunden AG und Teile der Betriebs-Center für Banken AG beginnt rückwirkend zum 1. September 2008 und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2010. Er sieht eine Tarifierhöhung zum 1. Januar 2009 um 4,0 % und um weitere 3,0 % ab dem 1. Februar 2010 vor. Außerdem werden die bisherigen Regelungen zum Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Ferner entfällt in den Jahren 2008 und 2009 für die Arbeitnehmer und Beamten der Anspruch auf den Vermögensbaustein ersatzlos. Darüber hinaus entfällt der bislang ausgesetzte Anspruch auf einen Tag Arbeitsbefreiung pro Jahr dauerhaft. Die Postbank Filialvertrieb AG und ver.di haben sich auf eine Lohnerhöhung für die Tarifbeschäftigten der Postbank Filialvertrieb AG in Höhe von 4 % zum 1. Dezember 2008 und von weiteren 3 % zum 1. Dezember 2009 geeinigt. Außerdem sieht der Tarifvertrag, der eine Laufzeit vom 1. August 2008 bis zum 30. November 2011 hat, den Ausschluss von betriebsbedingten Beendigungskündigungen bis zum 30. Juni 2011 bei der Postbank Filialvertrieb AG und eine Absenkung der bezahlten so genannten Kurzpausen um in Summe ca. 50 Minuten pro Woche vor. Schließlich wurde für die bei der Postbank Filialvertrieb AG beschäftigten Beamten die so genannte Postbankzulage unter Anrechnung auf die Leistungen nach der Postbankleistungsentgeltverordnung wieder eingeführt und die Regelung zur Gewährung von dienstfreien Tagen an Samstagen, Heiligabend und Sylvester an die der Angestellten bei der Postbank Filialvertrieb angepasst.

Die Entgelttarifverträge und Vereinbarungen für außertarifliche Mitarbeiter in der Betriebs-Center für Banken AG (soweit nicht der Tarifvertrag des privaten Bankengewerbes Anwendung findet) und der PB Firmenkunden AG entsprechen weitestgehend den Regelungen des Entgelttarifvertrags und der entsprechenden Vereinbarung der Gesellschaft. In der Postbank Filialvertrieb AG besteht für alle in Vertriebsfunktionen beschäftigte Mitarbeiter die Möglichkeit, eine variable, in Abhängigkeit vom Vertriebsserfolg und einer individuellen Beurteilung gezahlte Vergütung zu erhalten. Auch in der BHW-Gruppe sieht die tarifliche Vergütung eine erfolgsbezogene Komponente vor.

Im Rahmen des Entgelttarifvertrages der Gesellschaft haben die Tarifvertragsparteien Regelungen im Hinblick auf eine angemessene Überleitung von bestehenden Vergütungsstrukturen und darin verankerten „Besitzständen“ in das neue Vergütungssystem getroffen. Dementsprechend wurden Übergangsregelungen vereinbart, die allerdings nur für Tarifkräfte, deren Arbeitsverhältnis vor dem 1. Januar 2004 begründet wurde, bestimmte, vor Abschluss des Entgelttarifvertrags bestehende „Vergütungs-Besitzstände“ vorsehen. In der Postbank Filialvertrieb AG bestehen ähnliche Regelungen.

Die Vergütung (Besoldung) der Beamten ist gesetzlich geregelt. Bei der Postbank erfolgt zudem durch Einführung der Postbankleistungsentgeltverordnung eine leistungsabhängige Bezahlung aller aktiven Beamten (auch soweit ihnen Tätigkeiten bei Tochterunternehmen oder anderen Unternehmen zugewiesen sind) durch Variabilisierung der bisherigen Sonderzahlung für Bundesbeamte. In der Postbank Filialvertrieb AG besteht für in Vertriebsfunktionen beschäftigte Beamte zudem die Möglichkeit, eine variable, in Abhängigkeit vom Vertriebsserfolg und einer individuellen Beurteilung gezahlte Vergütung zu erhalten.

Leitende Mitarbeiter und Geschäftsleiter

Bei leitenden Angestellten sowie den Mitgliedern der Geschäftsführungsorgane der Tochtergesellschaften der Gesellschaft wird der erfolgsabhängige variable Entgeltbestandteil (Jahresbonus) auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Sie setzen sich aus Unternehmenszielen der Deutsche Postbank AG und aus individuellen Zielen zusammen. Die individuelle Höhe des variablen Vergütungsbestandteils richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

In der Postbank besteht mit „motiv8“ ein einheitliches System zur Bewertung von leitenden Führungskräften der zweiten und dritten Führungsebene. Die vierte Führungsebene unterfällt diesem System, soweit Leitendenstatus besteht. Der motiv8-Bewertungsprozess ist maßgebliches Instrument zur Bewertung der Zielerreichung und damit zur Bestimmung der Bonushöhe. Er verknüpft darüber hinaus die Bewertung der

Führungskräfte mit der Vergütungsanpassung und soll unter anderem der Förderung einer Feedback-Kultur, der Schaffung von Transparenz zu individuellen Entwicklungszielen und der systematischen Nachfolgeplanung dienen.

Vorstände, Bereichsleiter sowie Mitglieder der Geschäftsführungsorgane von Tochtergesellschaften der Gesellschaft sowie einzelne Abteilungsleiter hatten bis zum Jahr 2004 die Möglichkeit, am Aktienoptionsprogramm der Deutsche Post AG teilzunehmen. Die von diesen Personen derzeit insgesamt gehaltenen Aktienoptionen der Deutsche Post AG berechtigen bei Erfüllung der Ausübungsvoraussetzungen zum Erwerb von weniger als 0,01 % der Aktien der Deutsche Post AG. Die Deutsche Postbank AG hat kein eigenes Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies auch nicht.

Für die Führungskräfte der zweiten und dritten Führungsebene hat die Gesellschaft in den Jahren 2005, 2006 und 2007 an kapitalmarktbezogenen Kennzahlen orientierte Long-Term-Incentive-Pläne aufgelegt. Die einbezogenen Führungskräfte können so von einem ausschließlich an die langfristige Wertentwicklung der Postbank-Aktie gekoppelten jährlichen Premium in Höhe von bis zu 30 % ihres Jahresgehalts (Grundgehalt plus Bonus bei 100 % Zielerreichung) profitieren. Die Pläne haben eine Laufzeit von jeweils drei Jahren. Erfolgskriterien sind eine absolute Kurssteigerung der Postbank Aktie in Höhe von 20 bis 30 % und die Outperformance des EuroStoxx Banken Index in festgelegten Vergleichszeiträumen. Über die Auflage eines weiteren Long-Term-Incentive-Plans im Geschäftsjahr 2008 wurde noch nicht entschieden.

Besonderheiten im Hinblick auf Versorgungsleistungen

Aufgrund der historischen Wurzeln der Gesellschaft bestehen im Hinblick auf die von der Gesellschaft zu erbringenden Versorgungsleistungen einige Besonderheiten.

Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.

Die bei der Gesellschaft beschäftigten Beamten (einschließlich der beurlaubten Beamten) und deren Hinterbliebene sowie ehemalige Beamte des Teilsondervermögens Deutsche Bundespost POSTBANK und deren Hinterbliebene haben gegenüber der Bundesrepublik Deutschland Anspruch auf Versorgungs- und Beihilfeleistungen nach dem Beamtenversorgungsgesetz. Die Versorgungs- und Beihilfeleistungen an Ruhestandsbeamte werden gemäß den Regelungen der Postreform II (Postpersonalrechtsgesetz) durch die dafür eingerichtete Postbeamtenversorgungskasse, den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. („BPS-PT“), erbracht. Beamtenrechtliche Beihilfeleistungen an aktive Beamte, d.h. Leistungen im Zusammenhang mit Krankheits- und Behandlungskosten von Beamten, erbringt die Gesellschaft nach den Beihilfeschritten des Bundes unmittelbar über das Beihilfecenter der Deutsche Post AG und mittelbar über die Postbeamtenkrankenkasse.

Die Gesellschaft hatte an den BPS-PT (bzw. an deren Vorgängerin) von 1995 bis einschließlich 1999 jährlich einen Festbetrag von € 158,5 Mio. zu zahlen. Seit dem Jahr 2000 ist die Gesellschaft gesetzlich verpflichtet, Beiträge an den BPS-PT in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der bei ihr aktiv beschäftigten Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der beurlaubten Beamten, soweit die Zeit der Beurlaubung ruhegehaltsfähig ist, zu leisten. Im Geschäftsjahr 2007 hatte die Gesellschaft insgesamt Aufwendungen für Beiträge an den BPS-PT in Höhe von € 114 Mio. (2006: € 111 Mio.; 2005: € 64 Mio.). Diese Zahlungen erfolgten jeweils auf Grundlage einer von der Gesellschaft erstellten Schlussabrechnung, die noch nicht abschließend vom Bundesministerium der Finanzen anerkannt ist. Für das Jahr 2008 wurde eine vorläufige Abschlagszahlung in Höhe von € 115 Mio. geleistet.

Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Gesellschaft für Leistungen des BPS-PT bestehen nicht. Die Bundesrepublik Deutschland hat eventuelle Unterschiedsbeträge zwischen laufenden Zahlungsverpflichtungen und laufenden Einnahmen oder anderweitigen Vermögenserträgen des BPS-PT auszugleichen. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet, dass der BPS-PT jederzeit in der Lage ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Für solche Leistungen des Bundes an den BPS-PT kann die Bundesrepublik Deutschland keine Erstattung von der Gesellschaft verlangen. Zur Frage, ob diese Übernahme von nicht beitragsgedeckten Pensionsverbindlichkeiten des BPS-PT durch die Bundesrepublik Deutschland eine unerlaubte staatliche Beihilfe darstellt, siehe „Risikofaktoren — Regulatorische, sonstige rechtliche und steuerliche Risiken — Es

besteht Unsicherheit, ob die überwiegende Finanzierung der Versorgungsleistungen der bei der Postbank beschäftigten Beamten durch die Bundesrepublik Deutschland eine unerlaubte staatliche Beihilfe darstellt“.

Zu den Rechtsstreitigkeiten zwischen der Postbank und dem BPS-PT, welche die Zahlung von Nachversicherungsbeiträgen betreffen, siehe *„Geschäftstätigkeit — Rechtsstreitigkeiten — Postbeamtenversorgungskasse“*.

Postbeamtenkrankenkasse

Des Weiteren hat die Gesellschaft bestimmte Pflichten im Zusammenhang mit der Postbeamtenkrankenkasse (PBeaKK), einer betrieblichen Sozialeinrichtung der ehemaligen Deutsche Bundespost. Die PBeaKK, die die Krankenkasse für die Beamte der ehemaligen Bundespost war, wurde zum 1. Januar 1995 in ihrem Bestand geschlossen. Die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost führt diese Einrichtung seitdem für die zu diesem Stichtag bestehenden Mitglieder fort. Neben bestimmten Zuschuss- und Ausgleichszahlungspflichten der Gesellschaft, ist diese zusammen mit den anderen Nachfolgeunternehmen der Deutsche Bundespost verpflichtet, die etwaige Unterdeckung der PBeaKK, die durch die ausbleibenden Neuzugänge entsteht, anteilig zu tragen (§ 26g BAPostG, § 69 Satzung der PBeaKK).

Direktzusage

Für Arbeitnehmer, die nicht beurlaubte Beamte sind, bestehen unterschiedliche Versorgungszusagen auf kollektiv- oder individualvertraglicher Grundlage, deren Finanzierung im Durchführungsweg der Direktzusage mit Pensionsrückstellungen erfolgt (siehe *„Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage — Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden — Pensionsverbindlichkeiten“*).

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Allgemeines

Zu den der Gesellschaft nahestehenden Unternehmen zählen nach dem International Accounting Standard 24 (IAS 24) diejenigen Unternehmen, mit denen die Gesellschaft einen Konzernverbund bildet oder an denen sie eine Beteiligung hält, die ihr eine maßgebliche Einflussnahme auf die Geschäftspolitik des Beteiligungsunternehmens ermöglicht, sowie die Deutsche Post AG und deren Konzernunternehmen. Zu den der Gesellschaft nahestehenden Personen zählen nach IAS 24 die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats, einschließlich deren nahe Familienangehörige, sowie diejenigen Unternehmen, auf die Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft bzw. deren nahe Familienangehörige einen maßgeblichen Einfluss ausüben können oder an denen sie einen wesentlichen Stimmrechtsanteil halten.

Solange die Gesellschaft ein abhängiges Unternehmen ist, hat sie gemäß § 312 AktG jährlich einen Abhängigkeitsbericht aufzustellen. Ein Unternehmen ist als abhängiges Unternehmen zu betrachten, wenn ein anderes Unternehmen unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss auf das abhängige Unternehmen ausüben kann. Derzeit ist die Gesellschaft ein abhängiges Unternehmen der Deutsche Post AG. Zu den Einzelheiten der vereinbarten Änderung der Aktionärsstruktur der Gesellschaft durch den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG siehe „*Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG*“. In dem Abhängigkeitsbericht hat die Gesellschaft über alle Rechtsgeschäfte, welche die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr mit der Deutsche Post AG oder einem mit dieser verbundenen Unternehmen oder auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen im vergangenen Geschäftsjahr vorgenommen hat, sowie über alle anderen Maßnahmen, die die Gesellschaft auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen im vergangenen Geschäftsjahr getroffen oder unterlassen hat, zu berichten. Der Bericht muss hinsichtlich der vorgenannten Rechtsgeschäfte jeweils Leistung und Gegenleistung, hinsichtlich der vorgenannten getroffenen oder unterlassenen Maßnahmen jeweils die Gründe der einzelnen Maßnahme sowie deren Vorteile und Nachteile für die Gesellschaft angeben. Sofern es zum Ausgleich von Nachteilen kommt, ist im Einzelnen anzugeben, wie der Ausgleich während des Geschäftsjahrs tatsächlich erfolgt ist, oder auf welche Vorteile der Gesellschaft ein Rechtsanspruch gewährt worden ist. Am Schluss des Berichts hat der Vorstand zu erklären, ob die Gesellschaft nach den Umständen, die ihm in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde. Sofern die Gesellschaft benachteiligt wurde, hat der Vorstand zu erklären, ob die Nachteile ausgeglichen worden sind.

Der Abhängigkeitsbericht ist vom Abschlussprüfer zu prüfen. Für den Fall, dass diese Prüfung zu keinen Einwendungen führt, hat der Abschlussprüfer zu bestätigen, dass die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind, bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war oder Nachteile ausgeglichen worden sind und bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat den Abhängigkeitsbericht seinerseits zu prüfen sowie der Hauptversammlung über das Ergebnis der Prüfung zu berichten und zum Prüfbericht des Abschlussprüfers Stellung zu nehmen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Rechtsgeschäfte und Leistungsbeziehungen mit der Deutsche Post AG und den mit ihr verbundenen Unternehmen nach Ansicht der Gesellschaft zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt. Im Abhängigkeitsbericht 2007 erklärte der Vorstand der Gesellschaft entsprechend, dass die Gesellschaft nach den Umständen im Zeitpunkt des jeweiligen Geschäfts für jede Leistung im Sinne des Abhängigkeitsberichts stets eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Maßnahmen wurden auf Veranlassung oder im Interesse der Deutsche Post AG bzw. ihrer verbundenen Unternehmen weder getroffen noch unterlassen. Der Abschlussprüfer der Gesellschaft hat diesen Bericht geprüft und bestätigte, dass die tatsächlichen Angaben des Abhängigkeitsberichts 2007 richtig sind und bei

den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Zu den Angaben über Forderungen an, Verbindlichkeiten gegenüber und Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen siehe die im Finanzteil dieses Prospekts abgedruckte Erläuterung (57) zum Konzernabschluss 2007.

Beziehungen zum Deutsche Post-Konzern (ohne Postbank-Teilkonzern)

Der Deutsche Post-Konzern ist ein international tätiger Konzern mit einem breiten Angebot an Brief-, Express-, Logistik- und Finanzdienstleistungen. Die Deutsche Post AG hält gegenwärtig (mittelbar über Tochtergesellschaften) 50 % plus eine Aktie des Grundkapitals der Gesellschaft. Mit dem Vollzug des Verkaufs einer Minderheitsbeteiligung in Höhe von 29,75 % an der Gesellschaft an die Deutsche Bank AG, der für das erste Quartal 2009 vorgesehen ist, wird sich der mittelbare Anteil der Deutsche Post AG an der Gesellschaft auf 20,25 % plus eine Aktie verringern. Die Gesellschaft und ihre Tochtergesellschaften werden damit aus dem Konzernverbund Deutsche Post AG ausscheiden. Zum Erwerb der Minderheitsbeteiligung siehe im Einzelnen „*Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG*“.

Als Teil des Konzernverbunds der Deutsche Post AG unterliegt die Postbank grundsätzlich den Bestimmungen der Konzernrichtlinie der Deutsche Post AG, die bindende Entscheidungskompetenzen und Leitlinien für den Konzernverbund der Deutsche Post AG, einschließlich der Postbank, für bestimmte Konzernführungsaufgaben wie strategische Entwicklung, Performance Management und Ressourcen Management aufstellt.

Zwischen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG und ihren Konzerngesellschaften bestehen enge vertragliche Beziehungen sowie personelle Verflechtungen. Auf vertraglicher Ebene gibt es derzeit rund 130 Einzelverträge. Die Mehrzahl dieser Verträge betreffen die Erbringung von Dienstleistungen.

Filius-Verträge

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Deutsche Post Retail GmbH und deren 850 Filialen durch die Postbank haben die Postbank und die Deutsche Post AG am 20. Dezember 2005 ihre Zusammenarbeit durch den Abschluss von drei Kooperationsverträgen, einem Servicevertrag und einer Rahmenvereinbarung zur Qualitätssicherung (so genannte „Filius-Verträge“) auf eine neue vertragliche Grundlage gestellt. Seitdem wurden die Filius-Verträge teilweise durch Nachträge geändert. Die Filius-Verträge sind die wichtigsten Verträge zwischen der Postbank und der Deutsche Post AG; sie stellen einen integralen Bestandteil des Geschäftsmodells der Postbank dar. Zu den finanziellen Auswirkungen der drei Kooperationsverträge siehe „*Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage — Auswirkungen von Akquisitionen und Veräußerungen — Wesentliche Beteiligungsakquisitionen und -veräußerungen im Jahr 2006 — Erwerb der Deutsche Post Retail GmbH*“.

- *Kooperationsvertrag über den Vertrieb von Finanzdienstleistungen („FDL Kooperationsvertrag“):* Erbringung von Finanzdienstleistungen durch die Deutsche Post AG über ihr Filialnetz (eigen- und fremdbetriebene Filialen) im Namen und für Rechnung der Gesellschaft.
- *Kooperationsvertrag über den Vertrieb von Postdienstleistungen („PDL Kooperationsvertrag“):* Erbringung von Postdienstleistungen durch die Postbank über ihr Filialnetz im Namen und für Rechnung der Deutsche Post AG.
- *Kooperationsvertrag über den Vertrieb von neuen Dienstleistungen („NDL Kooperationsvertrag“):* Erbringung von so genannten neuen Dienstleistungen (unter anderem Vertrieb von Leistungen von Mobilfunkanbietern, Papier-, Büro- und Schreibwaren und Stromverträgen) durch die Deutsche Post AG über ihr Filialnetz im Namen und für Rechnung der Gesellschaft.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

- *Servicevertrag*: Erbringung von Operations-, Service- und IT-Dienstleistungen durch die Deutsche Post AG.
- *Rahmenvereinbarung zur Qualitätssicherung*: Festlegung und Einhaltung von Qualitätsparametern im Filialnetz der Postbank und der Deutsche Post AG.

Die Filius-Verträge haben teilweise weitgehend identische Regelungen. So entsprechen sich im Wesentlichen bei allen Verträgen die Regelungen zur Laufzeit und zur Konfliktlösung (Schlichtungskommission und Schiedsgerichtsbarkeit). Die Regelungen zur Haftung entsprechen sich im Wesentlichen bei den Kooperationsverträgen (FDL, PDL und NDL), während der Servicevertrag teilweise abweichende Regelungen enthält.

Laufzeit

Alle Filius-Verträge haben eine unbegrenzte Laufzeit. Sie können von beiden Parteien mit einer Frist von drei Jahren zum Jahresende, frühestens jedoch zum 31. Dezember 2012 gekündigt werden. Im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG (siehe dazu „*Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG*“) beabsichtigen die Parteien, die Filius-Verträge zu verlängern.

Haftung

Im Außenverhältnis zu den jeweiligen Kunden haftet im Rahmen der Kooperationsverträge (FDL, PDL und NDL) die jeweils leistungsnehmende Partei („Dienstleistungsnehmer“) nach den vertraglichen und gesetzlichen Regelungen. Die Haftung der die Dienstleistung erbringenden Partei („Dienstleistungsgeber“) richtet sich im Innenverhältnis zwischen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG nach dem Grad des jeweiligen Mitverschuldens, wobei die Haftung grundsätzlich auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit begrenzt ist. Der Dienstleistungsgeber des jeweiligen Kooperationsvertrages haftet für Schäden, die überwiegend aus einer Fehlberatung durch Mitarbeiter des Dienstleistungsgebers resultieren, verschuldensunabhängig bis zu einem Betrag von € 200.000 pro Kalenderjahr, wenn und soweit der Dienstleistungsnehmer solche Schäden nicht vorsätzlich herbeigeführt hat. Für den Fall, dass solche Schäden den Betrag von € 200.000 übersteigen, haftet der Dienstleistungsnehmer verschuldensunabhängig bis zu einer Höhe von insgesamt € 400.000 pro Kalenderjahr, soweit solche Schäden nicht vom Dienstleistungsgeber vorsätzlich herbeigeführt wurden. Für Schäden aufgrund von Fehlberatung durch Mitarbeiter des Dienstleistungsgebers, die im Kalenderjahr € 400.000 übersteigen, haften die Parteien wieder gemäß dem Grad ihres Mitverschuldens. Dasselbe gilt für Schäden aus einer Fehlberatung, die im Einzelfall € 30.000 übersteigen.

Konfliktlösung

Alle Filius-Verträge sehen vor, dass zur Schlichtung von Differenzen bei der Auslegung und Durchführung der jeweiligen Verträge eine Schlichtungskommission zusammentritt. Eine übergeordnete Schlichtungskommission entscheidet, falls im Rahmen der ersten Schlichtung keine Einigung erzielt werden kann. Die Schlichtungskommissionen fassen ihre Beschlüsse jeweils einvernehmlich. Über verbleibende Differenzen entscheidet nach den Maßgaben eines Schiedsvertrags endgültig und unter Ausschluss des ordentlichen Rechtswegs ein Schiedsgericht in Bonn.

Kooperationsvertrag über den Vertrieb von Finanzdienstleistungen der Postbank durch die Deutsche Post AG (FDL Kooperationsvertrag)

Gegenstand des FDL Kooperationsvertrags

Die Deutsche Post AG vertreibt bzw. erbringt über ihre eigenbetriebenen und über fremdbetriebene Filialen („Partnerfilialen“) Finanzprodukte und Finanzdienstleistungen der Postbank oder von Produktpartnern der Postbank („Finanzdienstleistungen“) im Namen und für Rechnung der Postbank. Hierbei handelt es sich um standardisierte Finanzdienstleistungen mit einem Schwerpunkt auf Giro- und Sparprodukte.

Die Deutsche Post AG kann sich zur Erbringung ihrer Leistungen auch Dritter bedienen, allerdings nicht ohne eine vorherige Zustimmung von Seiten der Gesellschaft. In den Fällen des Betriebs von Partnerfilialen erteilt die Gesellschaft diese Zustimmung unverzüglich nach einer entsprechenden Aufforderung durch die Deutsche Post AG, wenn der durch die Deutsche Post AG ausgewählte Partner gewisse Anforderungen

erfüllt (beispielsweise positive Bonitätsauskunft, keine Erfassung des Dritten in der Kundenausschlussdatei der Postbank, ausschließliche Verwendung eines Mustervertrages durch Deutsche Post AG). Die Deutsche Post AG darf Wettbewerber der Gesellschaft, mit solchen Wettbewerbern in Sinne des Aktiengesetzes verbundene Unternehmen und Unternehmen, die für solche Wettbewerber wesentliche Leistungen erbringen nicht beauftragen. Für den Fall, dass berechnigte Interessen der Gesellschaft schwerwiegend beeinträchtigt sein sollten, kann die Gesellschaft die Unterlassung bzw. Beendigung der Beauftragung von Dritten von der Deutsche Post AG verlangen.

Exklusivität

Der FDL Kooperationsvertrag sieht eine gegenseitige Exklusivität vor. Die Gesellschaft darf Wettbewerber der Deutsche Post AG in den Bereichen Brief, Paket/Express oder Logistik nicht mit dem Vertrieb von Finanzdienstleistungen beauftragen, es sei denn eine solche Beauftragung geschieht mit Zustimmung der Deutsche Post AG. Umgekehrt darf die Deutsche Post AG Finanzdienstleistungen dritter Unternehmen nicht vertreiben. Die Exklusivität gilt auch jeweils für im Sinne des Aktiengesetzes mit der Gesellschaft oder der Deutsche Post AG verbundene Unternehmen.

Vertriebsnetz

Die Deutsche Post AG ist grundsätzlich frei, ihr Filialnetz entsprechend den Kundenbedürfnissen, den gesetzlichen Vorgaben oder aus betriebswirtschaftlichen Gründen zu ändern. Allerdings muss sie dabei eine gewisse Mindestanzahl von Filialen, in denen Finanzdienstleistungen der Postbank vertrieben werden, gewährleisten. Diese Mindestanzahl von aktuell etwa 4.950 Filialen verringert sich bis zum Jahr 2011 auf 4.650 Standorte.

Vergütung

Die Gesellschaft zahlt an die Deutsche Post AG eine Vergütung, die zwischen einer betreuungsabhängigen Vergütung für das Bestandsgeschäft einerseits und einer Vergütung des Neugeschäftes in Form einer Neugeschäftsprovision andererseits unterscheidet. Die Gesellschaft zahlt außerdem eine Vergütung für die Betreuung von Geldausgabeautomaten und Kontoauszugsdruckern durch die Deutsche Post AG. Der FDL Kooperationsvertrag sieht eine von der Gesellschaft zu zahlende Mindestvergütung pro Jahr vor. Diese beträgt für das laufende Geschäftsjahr € 126 Mio. Sie steigt bis zum Jahr 2012 sukzessive auf € 139 Mio. an. Aufgrund der Vermittlungsleistungen der Deutsche Post AG war von der Gesellschaft im Jahr 2006 eine Vergütung von € 146 Mio. und im Jahr 2007 von € 127 Mio. zu zahlen.

Change of Control Klausel

Für den Fall, dass die Deutsche Post AG beabsichtigt, ihre Anteilsmehrheit an der Gesellschaft durch Veräußerung oder aufgrund einer Kapitalmaßnahme abzugeben, hat sie das Recht, Änderungen des FDL Kooperationsvertrags zu verlangen und mit der Gesellschaft zu verhandeln. Kommt eine solche Vertragsänderung nicht zustande, kann die Deutsche Post AG den FDL Kooperationsvertrag mit einer Frist von zwei Jahren zum Kalendermonatsende kündigen. Im Zusammenhang mit der vereinbarten Veränderung der Aktionärsstruktur der Gesellschaft (siehe dazu „*Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG*“) hat die Deutsche Post AG sich gegenüber der Deutsche Bank AG verpflichtet, von diesem Recht keinen Gebrauch zu machen.

Sonstige Regelungen

Änderung der Produkte: Die Deutsche Post AG kann den Vertrieb neuer oder geänderter Produkte aus wichtigem Grund ablehnen, es sei denn, die Gesellschaft ist gesetzlich oder aufsichtsrechtlich zur Einführung oder Änderung verpflichtet. Wichtige Gründe sind u.a. die Nichteinigung über die Vergütung, hohe qualitative, technische oder investive Anforderungen an den Vertrieb, erhöhte Haftungsrisiken und Gefahren für das Ansehen der Deutsche Post AG. Außerdem kann sie den Vertrieb von im Wege der Produktpartnerschaft mit Dritten angebotener Kooperationsleistungen ablehnen, wenn die Auswahl des Produktpartners ihre Unternehmensinteressen nicht unerheblich beeinträchtigt.

Investitionen: Über Investitionen in das Vertriebsnetz, die ausschließlich im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Finanzdienstleistungen stehen, entscheidet die Gesellschaft. Sie trägt die entstehenden Kosten. Die Deutsche Post AG kann mit Investitionen verbundene Änderungen im Vertriebsnetz aus wichtigem

Grund ablehnen. Über sonstige Investitionen in das Vertriebsnetz der Deutsche Post AG entscheidet die Deutsche Post AG. Die Gesellschaft beteiligt sich während der Jahre 2008 bis einschließlich 2012 im Hinblick auf die Umsetzung neuer Sicherheitstechnik im Filialnetz an entstehenden sonstigen Investitionskosten mit einem jährlichen Betrag in Höhe von € 2,5 Mio.

Kooperationsvertrag über den Vertrieb von Postdienstleistungen durch die Postbank (PDL Kooperationsvertrag)

Gegenstand des PDL Kooperationsvertrags

Die Gesellschaft vertreibt bzw. erbringt über ihr Filialnetz Postprodukte, Postdienstleistungen und sonstige Dienstleistungen („Postdienstleistungen“) der Deutsche Post AG im Namen und für Rechnung der Deutsche Post AG. Die Gesellschaft kann sich zur Erbringung der Postdienstleistungen auch Dritter bedienen, allerdings nicht ohne eine vorherige Zustimmung von Seiten der Deutsche Post AG. Diese muss die Zustimmung erteilen, es sei denn ihre berechtigten Interessen sind schwerwiegend beeinträchtigt, was insbesondere dann der Fall ist, wenn die ordnungsgemäße Erbringung oder der Vertrieb der Postdienstleistungen nicht mehr gewährleistet ist. Im Falle schwerwiegender Interessenbeeinträchtigung kann die Deutsche Post AG die Unterlassung bzw. die Beendigung der Beauftragung Dritter verlangen. Die Gesellschaft darf Wettbewerber der Deutsche Post AG, mit solchen Wettbewerbern in Sinne des Aktiengesetzes verbundene Unternehmen und Unternehmen, die für solche Wettbewerber wesentlichen Leistungen erbringen, nicht beauftragen.

Exklusivität

Der PDL Kooperationsvertrag sieht eine gegenseitige Exklusivität vor. Die Deutsche Post AG darf Wettbewerber der Gesellschaft im Finanzdienstleistungssektor nicht mit dem Vertrieb von Postdienstleistungen beauftragen. Umgekehrt darf die Gesellschaft Postdienstleistungen dritter Unternehmen nicht vertreiben, es sei denn ein solcher Vertrieb erfolgt mit Zustimmung der Deutsche Post AG. Die Exklusivität gilt auch jeweils für im Sinne des Aktiengesetzes mit der Gesellschaft oder der Deutsche Post AG verbundene Unternehmen.

Vertriebsnetz

Beginnend ab dem 1. Januar 2008 kann die Gesellschaft ihre Filialanzahl um jährlich bis zu 50 Filialen verringern. Für den Fall, dass weniger als 50 Filialen geschlossen werden, findet ein Übertrag in die nächsten Kalenderjahre statt. Die Gesellschaft ist verpflichtet, gewisse Filialen im Eigenbetrieb zu führen, solange sie ein im Sinne des Aktiengesetzes verbundenes Unternehmen der Deutsche Post AG ist.

Vergütung

Die Gesellschaft erhielt bis Ende des Jahres 2006 ihre Vollkosten (Istkosten) plus einen Gewinnzuschlag auf die Vollkosten als Vergütung. Dabei sind die Vollkosten als die Summe der Kosten definiert, die der Leistungserstellung der gesamten Postdienstleistungspalette zuzurechnen sind. Der PDL Kooperationsvertrag sah eine von der Deutsche Post AG zu zahlende Mindestvergütung pro Jahr vor. Daneben erhielt die Gesellschaft für die exklusive Bereitstellung des Vertriebsnetzes als Beteiligung an der Umsetzung des Corporate Design/Corporate Identity Konzepts (CD/CI) und für Werbeausgaben eine jährliche Vergütung. Fielen bei der Gesellschaft Vollkosten an, die über gewissen Plankosten lagen (€ 449 Mio. im Jahr 2006) wurde der Gewinnzuschlag nicht gezahlt, wenn der Kostenanstieg zum Beispiel durch die Nichtrealisierung geplanter Einsparungen bei der Gesellschaft verursacht wurde.

Mit Nachtrag zum PDL Kooperationsvertrag vom 1. September 2008 haben die Parteien eine feste Vergütung vereinbart, die sich von € 414,4 Mio. im Jahr 2008 auf € 366,1 Mio. im Jahr 2012 verringert. Daneben erhält die Gesellschaft weiter für die exklusive Bereitstellung des Vertriebsnetzes, als Beteiligung an der Umsetzung des Corporate Design/Corporate Identity Konzepts (CD/CI) und für Werbeausgaben, eine jährliche Vergütung.

In den Jahren 2006 und 2007 erhielt die Gesellschaft unter dem PDL Kooperationsvertrag von der Deutsche Post AG eine Vergütung in Höhe von € 460 Mio. bzw. € 434 Mio. Die Vergütung für die Jahre 2006 und 2007 lag damit über der vereinbarten Mindestvergütung von € 427 Mio. bzw. € 410,5 Mio.

Sonstige Regelungen

Die Gesellschaft kann den Vertrieb neuer oder geänderter Postdienstleistungen aus wichtigem Grund ablehnen, es sei denn, die Deutsche Post AG ist gesetzlich oder regulatorisch zur Einführung oder Änderung verpflichtet. Wichtige Gründe sind u.a. das Ausbleiben einer Einigung über die Vergütung, hohe qualitative, technische oder investive Anforderungen an den Vertrieb, erhöhte Haftungsrisiken und Gefahren für das Ansehen der Gesellschaft. Außerdem kann sie den Vertrieb von im Wege der Produktpartnerschaft mit Dritten angebotener Postdienstleistungen ablehnen, wenn die Auswahl des Produktpartners ihre Unternehmensinteressen nicht unerheblich beeinträchtigt.

Kooperationsvertrag über den Vertrieb von neuen Dienstleistungen durch die Deutsche Post AG (NDL Kooperationsvertrag)

Gegenstand des NDL Kooperationsvertrags

Der NDL Kooperationsvertrag zwischen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG regelt den Vertrieb von post- und bankfremden Dienstleistungen über das Filialnetz der Deutsche Post AG. Die Deutsche Post AG erbringt bzw. vertreibt über ihr Vertriebsnetz im Namen und für Rechnung der Gesellschaft oder in deren Auftrag für Dritte unter anderem Leistungen der Mobilfunkanbieter T-Mobile, Vodafone, O2 und E-Plus und Papier-, Büro- und Schreibwaren und Stromverträge („neue Dienstleistungen“).

Exklusivität

Die Vereinbarungen zur Exklusivität im Rahmen des FDL Kooperationsvertrags und des PDL Kooperationsvertrags finden auf den NDL Kooperationsvertrag entsprechende Anwendung. Davon abweichend besteht jedoch für die Deutsche Post AG nach dem NDL Kooperationsvertrag die Möglichkeit, in ihrem Vertriebsnetz post- und bankfremde Dienstleistungen ihrer Großkunden aus dem Briefgeschäft zu vertreiben.

Vergütung

Die Vergütung durch die Gesellschaft beinhaltet neben festen Provisionen pro vertriebenem Vertrag bzw. pro vertriebener Leistung auch eine Service-Gebühr in Höhe von 10 % der an die Deutsche Post AG weiterzuleitenden Roherträge.

Sonstige Regelungen

Entscheidungen über Sortiment und Geschäftspartner im Bereich neue Dienstleistungen kann die Deutsche Post AG durch ein Vetorecht blockieren. Dies gilt jedoch nicht für den Vertrieb von Papier-, Büro- und Schreibwaren. Die Deutsche Post AG kann den Vertrieb neuer oder geänderter Dienstleistungen ablehnen. Ablehnungsgründe sind insbesondere die Nichteinigung über die Vergütung, hohe qualitative, technische oder investive Anforderungen an den Vertrieb, erhöhte Haftungsrisiken und Gefahren für das Ansehen der Deutsche Post AG.

Servicevertrag

Gegenstand des Servicevertrags

Der Servicevertrag zwischen der Postbank Filialvertrieb AG und der Deutsche Post AG regelt die Erbringung von Operations-, Service- und IT-Dienstleistungen durch die Deutsche Post AG und durch von der Deutsche Post AG beauftragte Dienstleister für die Postbank Filialen, welche die Gesellschaft von der Deutsche Post AG übernommen hat. Bis zum 31. Dezember 2006 wurden unter dem Servicevertrag auch Corporate Service-Dienstleistungen für die Postbank erbracht. Die Deutsche Post AG kann sich zur Erbringung der Serviceleistungen auch Dritter bedienen, allerdings nicht ohne eine vorherige Zustimmung von Seiten der Postbank Filialvertrieb AG. Diese hat die Zustimmung zu erteilen, es sei denn ihre berechtigten Interessen sind schwerwiegend beeinträchtigt, was insbesondere der Fall ist, wenn die ordnungsgemäße Erbringung der Dienstleistungen nicht mehr gewährleistet ist. Im Falle schwerwiegender Interessenbeeinträchtigung kann die Postbank Filialvertrieb AG die Unterlassung bzw. die Beendigung der Beauftragung Dritter verlangen.

Operations- und Service-Dienstleistungen

Im Rahmen des Servicevertrags werden als Operations- und Service-Dienstleistungen unter anderem folgende Dienstleistungen erfasst: Infrastruktur-Dienstleistungen (zum Beispiel Verwaltung von Objektmietverträgen, Immobilienentwicklung und Entwicklung und Implementierung von

Einrichtungskonzepten); das Cash-Management (zum Beispiel Bargeldlogistik für Filialen und für Geld- und Briefmarkenautomaten); Fuhrparkmanagement (zum Beispiel Koordination der Firmenwagenbestellung); die Warenwirtschaft (zum Beispiel Versorgung der Filialen mit Papier-, Büro- und Schreibwaren-Produkten); Fulfillment Leistungen im Bereich des NDL Kooperationsvertrags (zum Beispiel Bearbeitung von Stromaufträgen und Freischaltung von Mobilfunkverträgen); Archivierungsleistungen (zum Beispiel Belegrecherche); das Kassenwesen (zum Beispiel Konzeption und Bereitstellung von kassentechnischen Lösungen) und Sicherheitsleistungen (Umsetzung von Maßnahmen der präventiven Sicherheit).

IT-Dienstleistungen

Als IT-Dienstleistungen werden unter anderem Schalteranwendungen (zum Beispiel Schaltersoftware EPOS/ZORA) vom Servicevertrag erfasst.

Vergütung

Bis zum 31. Dezember 2007 sah der Servicevertrag eine pauschale Vergütung aller Serviceleistungen der Deutsche Post AG in Höhe von jährlich € 124 Mio. vor. Diese Pauschalvergütung aller Leistungen wurde mit Nachtrag zum Servicevertrag vom 6. August 2008 aufgehoben und durch eine jährliche Pauschalvergütung in Höhe von € 47 Mio. (ab 2011 reduziert sich die Pauschale auf € 46 Mio.) und eine variable Vergütung ersetzt. Der variable Teil der Vergütung betrifft den Teil der Vergütung, der direkt zwischen der Postbank Filialvertrieb AG und den von der Deutsche Post AG beauftragten Dienstleistern abgerechnet wird. Die Einzelleistungen und ihre Verrechnungspreise richten sich nach den entsprechenden Vereinbarungen der Deutsche Post AG mit den jeweiligen Dienstleistern. Für Leistungen im Rahmen dieser Direktverrechnung sieht der Nachtrag zum Servicevertrag eine geplante variable Vergütung für das Jahr 2008 in Höhe von € 76 Mio. vor. Der variable Teil der Vergütung umfasst außerdem von der Deutsche Post AG zu erbringende IT-Dienstleistungen.

Haftung

Die Deutsche Post AG haftet im Rahmen ihrer Leistungserbringung unbegrenzt für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Die Haftung aufgrund der Verletzung sonstiger Pflichten ist für den Fall der einfachen Fahrlässigkeit auf 7,5 % der Jahresvergütung begrenzt.

Rahmenvereinbarung zur Qualitätssicherung

Die Rahmenvereinbarung zur Qualitätssicherung zwischen der Postbank Filialvertrieb AG und der Deutsche Post AG regelt die Festlegung und Einhaltung von Qualitätsparametern im Filialnetz der Postbank und der Deutsche Post AG. Die von den Parteien zu zahlende Grundvergütung unter dem Vertrag wird jährlich neu vereinbart; sie erhöht oder verringert sich im Falle der Über- oder Unterschreitung gewisser Jahreszielwerte. Mit Nachtrag vom 30. Juli 2008 haben die Parteien vereinbart, dass sich die Deutsche Post AG einmalig für das Jahr 2008 mit einem Betrag in Höhe von € 4,25 Mio. an einem Programm zur Qualitätssteigerung beteiligt, das zur Verkürzung der Wartezeiten in den Postbank-Filialen aufgesetzt wurde.

Unternehmenskaufverträge

Erwerb der Deutsche Post Retail GmbH

Mit Vertrag vom 21. Dezember 2005 hat die Gesellschaft die Deutsche Post Retail GmbH mit Wirkung zum 1. Januar 2006 von der Deutsche Post Filialen GmbH, einem Unternehmen des Deutsche Post-Konzerns, erworben. Der Kaufpreis betrug € 993 Mio. (einschließlich Anschaffungsnebenkosten). Wesentlicher Vermögensgegenstand der Deutsche Post Retail GmbH waren zum Übertragungszeitpunkt 850 Postbank-Filialen. Die Grundstücke, auf denen die Postbank-Filialen betrieben werden, wurden nicht übertragen. Zum Erwerb der Deutsche Post Retail GmbH siehe auch „*Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage — Auswirkungen von Akquisitionen und Veräußerungen — Wesentliche Beteiligungsakquisitionen und -veräußerungen im Jahr 2006 — Erwerb der Deutsche Post Retail GmbH*“.

Erwerb der einsnull IT-Support GmbH

Mit Vertrag vom 29. Dezember 2006 hat die Gesellschaft die einsnull IT-Support GmbH von der Deutsche Post Beteiligungen Holding GmbH, einem Unternehmen des Deutsche Post-Konzerns, erworben. Der Kaufpreis betrug € 250.000.

Weitere wesentliche vertragliche Beziehungen

Neben den Filius-Verträgen als den wichtigsten Verträgen zwischen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG bestehen zahlreiche weitere wesentliche vertragliche Beziehungen zwischen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG. Nachfolgend wird ein Überblick über diese Beziehungen gegeben. Die Reihenfolge der Darstellung sagt dabei nichts aus über die Bedeutung der vertraglichen Beziehungen für die Gesellschaft und die Höhe des jeweiligen Umsatzvolumens, das aufgrund der Verträge zwischen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG bzw. Konzerngesellschaften des Deutsche Post-Konzerns erzielt wurde oder wird.

Festbezugs- und Übernahmeerklärung der Deutsche Post AG

Im Zusammenhang mit dem Bezugsangebot hat sich die Deutsche Post AG gegenüber der Gesellschaft und den begleitenden Banken verpflichtet, den gemäß ihrer Beteiligung in Höhe von 50 % plus eine Aktie am Grundkapital der Gesellschaft auf sie entfallenden Anteil der Kapitalerhöhung zum Bezugspreis zu zeichnen. Soweit der Bezugspreis € 18,25 nicht übersteigt, hat sich die Deutsche Post AG weiterhin verpflichtet, sämtliche Aktien aus der Kapitalerhöhung, die nicht platziert werden, zum Bezugspreis aufzunehmen.

Aufwendungen für Porto und sonstige postbezogene Dienstleistungen

Die Gesellschaft erhält von der Deutsche Post AG aufgrund vertraglicher Vereinbarung gewisse mengenabhängige Nachlässe auf das Versendungsentgelt für Postsendungen und auf sonstige postbezogene Dienstleistungen. Die Gesellschaft leistete zum 30. September 2008 in diesem Zusammenhang Zahlungen in Höhe von € 66,4 Mio. (2007: € 99,1 Mio.; 2006: € 93,5 Mio. und 2005: € 108,5 Mio.) an die Deutsche Post AG.

Immobilienmanagement

Die Verwaltung der Immobilien der Postbank erfolgt auf der Basis von Dienstleistungsrahmenverträgen in Verbindung mit konkreten Beauftragungen der Deutsche Post Real Estate Germany GmbH, die den An- und Verkauf, die An- und Vermietung sowie die laufende Verwaltung der Grundstücke und Gebäude der Postbank übernommen haben sowie Planungs- und Bauleistungen bezüglich der Grundstücke und Gebäude der Postbank erbringen. Die von der Postbank für diese Immobilienmanagementleistungen zu zahlende Vergütung wird kalenderjährlich neu festgesetzt. Die der Gesellschaft in Rechnung gestellte Gesamtvergütung für im Jahr 2007 erbrachte Leistungen betrug € 11,8 Mio. (2006: € 13,2 Mio.). Die einzelnen Leistungsvereinbarungen haben jeweils eine unbefristete Laufzeit. Sie können von beiden Parteien mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende gekündigt werden. Die Anlagen zu den Verträgen, welche die Leistungserbringung regeln, enden jeweils zum 31. Dezember eines Kalenderjahres. Es bedarf insoweit keiner Kündigung. Die Haftung der verschiedenen Tochtergesellschaften der Deutsche Post AG im Zusammenhang mit den Verträgen ist weit überwiegend identisch geregelt. Eine Haftung besteht grundsätzlich nur für grob fahrlässige und vorsätzliche Pflichtverletzungen; im Falle der Verletzung von wesentlichen Vertragspflichten teilweise jedoch auch für deren fahrlässige Verletzung, wobei die Haftung in diesen Fällen auf den typischerweise vorhersehbaren Schaden begrenzt ist. Die Haftungsbegrenzung findet keine Anwendung auf Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit und bei einer Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz. Die Haftung aus den Verträgen ist bei Fahrlässigkeit teilweise auf 10 % der Vorjahresvergütung beschränkt. Es bestehen im einzelnen folgende Verträge:

Dienstleistungsverträge mit der Deutsche Post Real Estate Germany GmbH

Die Gesellschaft und die Deutsche Post Real Estate Germany GmbH (bzw. deren Rechtsvorgänger die Deutsche Post Immobilienservice GmbH, die Deutsche Post Bauen GmbH und die Deutsche Post Immobilienentwicklung GmbH) haben am 21. Juli 2004 drei Verträge geschlossen.

Es wurden zum einen Regelungen über die kaufmännische, technische und infrastrukturelle Objektbewirtschaftung der von der Postbank genutzten Immobilien getroffen. Im Rahmen dieses Vertrags werden auch technische und infrastrukturelle Serviceleistungen für die Postbank erbracht.

Außerdem wurden Regelungen über die Entwicklung, Planung und Realisierung von Bauleistungen getroffen. Bei Neu-, Um-, Ausbau und Modernisierung erbringt die Deutsche Post Real Estate Germany GmbH die Architekten- und Ingenieurleistungen. Ferner erfolgt eine allgemeine Bau- und Rechtsberatung in Streitfällen. Außerdem werden Objektbesichtigungen und -bewertungen durchgeführt. Minderungsrechte der

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Gesellschaft bestehen hier nur, wenn die Deutsche Post Real Estate Germany GmbH grob fahrlässig oder vorsätzlich ihre Pflichten verletzt.

Ferner haben die Gesellschaft und die Deutsche Post Real Estate Germany GmbH Regelungen über die An- und Vermietung von Gewerbeflächen, die Vermarktung von Objekten, den Ankauf von Grundstücken und Gebäuden sowie Consultingleistungen im Zusammenhang mit diesen Leistungen getroffen.

Die Haftung der Deutsche Post Real Estate Germany GmbH unter diesen Verträgen ist grundsätzlich auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit begrenzt.

Sonstige Leasingverhältnisse mit Deutsche Post Immobilien GmbH

Es besteht eine Vielzahl von kleinvolumigen Leasing-Einzelverträgen mit der Deutsche Post Immobilien GmbH.

Dienstleistungen im Bereich des Personalwesens durch die Deutsche Post

Die Deutsche Post erbringt verschiedene Dienstleistungen (insbesondere die Abwicklung der Lohn-, Gehalts- und Besoldungszahlungen der wesentlichen inländischen Postbank Gesellschaften) im Bereich des Personalwesens für die Postbank.

Erstattung von Versorgungszuschlägen

Für die Beamten der Gesellschaft, die beurlaubt sind, um bei ruhendem Beamtenverhältnis auf Grundlage eines privatrechtlichen Anstellungsvertrags Tätigkeiten bei der Deutsche Post wahrzunehmen, zahlt die Gesellschaft die Versorgungsleistungen auch während der Beurlaubung. Siehe „*Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter — Mitarbeiter — Beamte*“. Dafür erhält sie von den jeweiligen Gesellschaften des Deutsche Post-Konzerns, bei denen die jeweiligen Beamten angestellt sind, Erstattungsleistungen (Versorgungszuschläge).

Dienstleistungen der interServ GmbH

Die interServ GmbH erbringt verschiedene Dienstleistungen für die Postbank, insbesondere zur Abdeckung kurzfristiger Personalausfälle und Verkehrsspitzen (Inanspruchnahme von Leiharbeitskräften).

Kuvertier-, Druck- und Versanddienstleistungen

Die Gesellschaft bezieht für Mailingaktionen Kuvertier-, Druck- und Versanddienstleistungen der Williams Lea Direct Marketing Solutions GmbH. Die Gesellschaft hat dazu unter anderem am 29. Juni 2007 einen Vertrag mit der Williams Lea Direct Marketing Solutions GmbH über die Herstellung und Lieferung von bedruckten Briefhüllen geschlossen. Der Vertrag kann mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Monats gekündigt werden.

Leistungen im Bereich Digitaldruck und Kuvertierungsleistungen (Produktion von Kontoauszügen)

Mit Vertrag vom 5. September 2005 haben die Gesellschaft und die Williams Lea Print Solutions GmbH Leistungen im Bereich Digitaldruck und Kuvertierungsleistungen, insbesondere für die Produktion von Kontoauszügen, vereinbart. Die Williams Lea Print Solutions GmbH erbringt diese Leistungen für die Gesellschaft.

Deutsche Post AG (Shared Service Center Procurement Germany)

Den Einkauf der Postbank (einschließlich Leistungen wie Bedarfs- und Marktanalysen, Festlegen der Einkaufsstrategie, Lieferantenauswahl sowie Umsetzung) für bestimmte Bereiche wie beispielsweise „Ground Fleet“, „IT & Communication“, „Network Supplies“, „Production Systems“ und „Facility Management“ regelt ein Vertrag zwischen der Deutsche Post AG (Shared Service Center Procurement Germany) und der Gesellschaft, der seit dem 1. Januar 2005 Geltung hat. Diese Vereinbarung kann von beiden Parteien mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

Vertrag mit Deutsche Post Fleet GmbH

Die Gesellschaft hat zum Bezug von Fuhrpark-Management-Leistungen mit der Deutsche Post Fleet GmbH einen Vertrag abgeschlossen. Vertragsgegenstand ist die Überlassung von Fahrzeugen durch die Deutsche Post Fleet GmbH an die Gesellschaft. Die Abrechnung der Kosten erfolgt monatlich entsprechend dem jeweiligen Fahrzeugbestand. Der Vertrag läuft seit dem 1. Januar 2005. Er ist unbefristet und mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende kündbar.

Kreditverträge mit der Deutsche Post AG

Die Gesellschaft hat an verschiedene Konzerngesellschaften des Deutsche Post-Konzerns Kredite gewährt. Außerdem erbringt die Postbank für verschiedene Unternehmen des Deutsche Post-Konzerns Factoring-Dienstleistungen. Es bestehen die folgenden Verträge:

Rahmenkreditvertrag

Die Gesellschaft hat der Deutsche Post AG mit Vertrag vom 5. Dezember 2007 einen Rahmenkredit in Höhe von € 515 Mio. gewährt. Der Rahmenkreditvertrag läuft bis zum 30. November 2008. Er umfasst die Inanspruchnahme der Rahmenkreditlinie durch Kontokorrentkredite, durch Festzinskredite mit einer Laufzeit bis zu 180 Tagen und durch Avale. Zum 30. September 2008 standen gegenüber Gesellschaften des Deutsche Post-Konzerns (ohne Gesellschaften der Postbank) Kredite in Höhe von insgesamt € 154 Mio. (zum 31. Dezember 2007: € 203 Mio.) aus.

Finanzierung von Objektgesellschaften

Die Gesellschaft ist zudem an Finanzierungen von Objektgesellschaften mit einem Volumen von € 273,54 Mio. zum 30. September 2008 beteiligt. Die ausgereichten Kredite dienen der Finanzierung von gewerblichen Immobilien, die langfristig an die Deutsche Post AG bzw. deren konzernangehörige Gesellschaften vermietet sind und durch die Mietzinszahlungen der Deutsche Post AG bzw. deren konzernangehörige Gesellschaften bedient werden. Damit begründen diese Kredite ein Kreditrisiko in Bezug auf die Deutsche Post AG.

Darlehensübernahme durch Deutsche Post AG

Mit Vertrag vom 20. Dezember 2007 zwischen der Gesellschaft, der Deutsche Post AG und der Viterra Logistikimmobilien GmbH & Co. KG ist die Deutsche Post AG als Alleinschuldnerin anstelle der Viterra Logistikimmobilien GmbH & Co. KG in einen Darlehensvertrag zwischen der Gesellschaft und der Viterra Logistikimmobilien GmbH & Co. KG eingetreten und hat diesen übernommen. Der ursprüngliche Darlehensvertrag vom 17. Mai 2001 diente der Kaufpreisfinanzierung von acht Logistikzentren, die die Deutsche Post AG Ende des Jahres 2000 an die Viterra Logistikimmobilien GmbH & Co. KG verkauft hat. In dem Darlehensvertrag, zuletzt geändert durch Nachtrag vom 23. Mai 2007, gewährt die Gesellschaft aufgrund der Vertragsübernahme nun der Deutsche Post AG ein Darlehen. Die nach diesem Vertrag bestehende Forderung der Gesellschaft betrug zum 30. September 2008 € 131 Mio.

Factoring-Rahmenvertrag mit der Deutsche Post AG

Mit Vertrag vom 23. September 2003 hat die Postbank Factoring GmbH der Deutsche Post AG einen Factoringrahmen für den Ankauf von Forderungen aus Waren- und Dienstleistungsgeschäften von bis zu € 1,4 Mrd. eingeräumt, der von der Deutsche Post AG und deren Konzernunternehmen ausgenutzt werden kann. Die nach diesen Verträgen erworbenen Forderungen betragen € 441 Mio. zum 30. September 2008 (zum 31. Dezember 2007: € 410 Mio.; zum 31. Dezember 2006: € 519 Mio. und zum 31. Dezember 2005: € 568 Mio.).

Dienstleistungsverträge mit Williams Lea Inhouse Solutions GmbH

Die Gesellschaft hat diverse Verträge mit der Williams Lea Inhouse Solutions GmbH abgeschlossen, die unter anderem interne Botendienste, Druck- und Kopierleistungen und Ein- und Abgangstätigkeiten betreffen.

Nach einem Vertrag vom 24. August 2004 übernimmt die Williams Lea Inhouse Solutions GmbH zum Beispiel an den Standorten Köln und Stuttgart für die Gesellschaft die Bearbeitung und Verteilung der

hausinternen und hausexternen Post und erbringt Druck- und Kopierleistungen. Der Vertrag kann ab 1. Januar 2009 mit einer Frist von zwölf Monaten zum Monatsende gekündigt werden.

Personelle Verflechtungen mit der Deutsche Post AG

Zwischen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG bestehen bzw. bestanden auf den Ebenen von Vorstand und Aufsichtsrat eine Reihe personeller Verflechtungen („Doppelmandate“). Im Aufsichtsrat der Gesellschaft sind zwei Vorstandsmitglieder der Deutsche Post AG vertreten. Des Weiteren war der Vorstandsvorsitzende der Postbank, Dr. Wolfgang Klein, bis 10. November 2008 zugleich Mitglied des Vorstands der Deutsche Post AG und trug dort Verantwortung für den Unternehmensbereich Finanzdienstleistungen. Im Zusammenhang mit dem Prozess zur Veräußerung der Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft entsprach der Aufsichtsrat der Deutsche Post AG im Juni 2008 dem Wunsch des Vorstandsvorsitzenden der Gesellschaft Dr. Wolfgang Klein, sein Mandat im Vorstand der Deutsche Post AG vorübergehend ruhen zu lassen. Das für das Ressort der Gesellschaft „Ressourcen“ zuständige Vorstandsmitglied der Gesellschaft Ralf Stemmer ist zugleich „Zentralbereichsleiter Tarifpolitik/Personalrecht Deutschland“ bei der Deutsche Post AG. Zudem ist Dr. Mario Daberkow, der das Ressort „Services“ als Vorstand der Gesellschaft leitet, Geschäftsbereichsleiter Renten Service bei der Deutsche Post AG. Beide haben ihre jeweilige Funktion bei der Deutsche Post AG im Zusammenhang mit dem Prozess zur Veräußerung der Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft bis auf weiteres ruhend gestellt. Ab Vollzug des Vertrags zwischen der Deutsche Post AG und der Deutsche Bank AG über den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft werden sich Ralf Stemmer und Dr. Mario Daberkow ebenfalls ausschließlich auf ihre Aufgaben bei der Postbank fokussieren.

Auch wenn die Interessen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG im Filialbereich weitgehend gleichgerichtet sind, ist nicht auszuschließen, dass es in Einzelfällen zu Interessenkonflikten kommen kann. Auch in anderen Bereichen können die Interessen der Gesellschaft von den Interessen der Deutsche Post AG abweichen. Weitere Interessenkonflikte können sich zudem dadurch ergeben, dass zum einen die Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft, die gleichzeitig Mitglieder des Vorstands der Deutsche Post AG sind, sowie Mitarbeiter der Postbank Filialvertrieb AG in das Aktienoptionsprogramm der Deutsche Post AG eingebunden sind, und zum anderen ein Teil der variablen Vergütung des Vorstandsvorsitzenden der Gesellschaft an den Erfolg des Deutsche Post-Konzerns geknüpft ist sowie in geringem Maße ein Teil der variablen Vergütung von Führungskräften an den Erfolg des Deutsche Post-Konzerns geknüpft sein kann. Dies kann zur Folge haben, dass diese Personen ein wirtschaftliches Interesse daran haben, die Belange der Deutsche Post AG zu fördern. Es ist beabsichtigt, diese Anknüpfung der Vergütung mit dem Vollzug des Vertrags zwischen der Deutsche Post AG und der Deutsche Bank AG über den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft (siehe dazu *„Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG“*) zu beenden.

Das Aktiengesetz und der deutsche Corporate Governance Kodex enthalten Bestimmungen, die bei personellen Verflechtungen den Schutz der betroffenen Unternehmen vor nachteiligen Auswirkungen möglicher Interessenkonflikte bezwecken. Zudem haben die Gesellschaft und die Deutsche Post AG interne Regelungen aufgestellt, um unterschiedliche Auffassungen zwischen der Gesellschaft und der Deutsche Post AG in sachgerechter Weise in Einklang zu bringen und Interessenkonflikten vorzubeugen.

Auch der deutsche Corporate Governance Kodex enthält Bestimmungen, die den Schutz der Gesellschaft gegen Interessenkonflikte bezwecken. Ziffer 4.3.4 des Kodex, dem die Gesellschaft und die Deutsche Post AG entsprechen, verlangt von jedem Vorstandsmitglied, Interessenkonflikte unverzüglich dem Aufsichtsrat gegenüber offenzulegen und die anderen Vorstandsmitglieder hierüber zu informieren.

Die Anstellungsverträge von Doppelmandatsträgern unterhalb der Vorstandsebene mit der Gesellschaft und der Deutsche Post AG regeln jeweils, dass der Mitarbeiter Interessenkonflikte der Gesellschaft bzw. der Deutsche Post AG anzuzeigen hat und in der entsprechenden Angelegenheit erst nach Abstimmung mit der Gesellschaft bzw. der Deutsche Post AG tätig werden kann.

Zur Vergütung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft siehe *„Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter — Vorstand — Vergütung, Aktienbesitz, Kredite, sonstige Rechtsbeziehungen und*

Interessenkonflikte; — Aufsichtsrat — Vergütung, Aktienbesitz, Kredite, sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte“.

Rückkehrrechte von beurlaubten Beamten und Mitarbeitern

Beamte, die beurlaubt sind, um bei ruhendem Beamtenverhältnis auf Grundlage eines privatrechtlichen Anstellungsvertrags Tätigkeiten im Deutsche Post-Konzern (außerhalb der Postbank) wahrzunehmen, haben das Recht, in ihren aktiven Beamtenstatuts bei der Gesellschaft zurückkehren. Ebenso müssen Beamte, die zu Gesellschaften des Deutsche Post-Konzerns (außerhalb der Postbank) zugewiesen wurden, nach Beendigung der Zuweisung wieder bei der Gesellschaft beschäftigt werden (siehe „*Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter — Mitarbeiter — Beamte*“).

Bestimmte Arbeitnehmer haben vergleichbare Rechte. Im Zuge von Umstrukturierungen wurden Arbeitnehmer der Postbank zu verschiedenen Konzernunternehmen des Deutsche Post-Konzerns, insbesondere zur interServ GmbH, transferiert. In diesem Zusammenhang wurden kollektivvertraglich „Rückkehrrechte“ für diese Arbeitnehmer vereinbart. Dies gilt zum Beispiel im Fall der interServ GmbH, wenn diese insolvent wird oder ihre Tätigkeit einstellt (siehe „*Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter — Mitarbeiter — Arbeitnehmer*“).

Steuerliche Organschaft

Solange die Deutsche Post AG die Stimmrechtsmehrheit an der Gesellschaft hält und zudem die Gesellschaft nicht nur wirtschaftlich, sondern auch organisatorisch (wie etwa durch Doppelmandate auf Vorstandsebene) in die Deutsche Post AG eingegliedert war, bestand zwischen ihnen eine umsatzsteuerliche Organschaft. Diese Organschaft bedeutete, dass die Deutsche Post AG und die Gesellschaft für Umsatzsteuerzwecke in Deutschland als einheitliches Steuersubjekt angesehen wurden und die zwischen der Deutsche Post AG und der Gesellschaft getätigten Umsätze keiner Umsatzsteuerpflicht unterlagen. Die umsatzsteuerliche Organschaft endet mit sofortiger Wirkung, wenn die organisatorische Eingliederung nicht mehr gegeben ist oder die Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft unter die Mehrheitsschwelle absinkt. Im Zusammenhang mit dem Prozess zur Veräußerung der Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft entsprach der Aufsichtsrat der Deutsche Post AG im Juni 2008 dem Wunsch des Vorstandsvorsitzenden der Gesellschaft Dr. Wolfgang Klein, sein Mandat im Vorstand der Deutsche Post AG vorübergehend ruhen zu lassen. Das Vorstandsmandat von Herrn Dr. Klein bei der Deutsche Post AG endete mit Wirkung zum 10. November 2008, wodurch die organisatorische Eingliederung und damit die umsatzsteuerliche Organschaft entfallen ist. Daher hat die Postbank mit dem Wegfall der Organschaft auf Leistungen, die sie von der Deutsche Post AG erhält, Umsatzsteuer in Höhe von derzeit 19 % zahlen, sofern die Leistungen nicht von der Umsatzsteuer befreit sind oder einem ermäßigten Steuersatz unterliegen. Umgekehrt muss sie der Deutsche Post AG für erbrachte Leistungen Umsatzsteuer in Höhe von derzeit 19 % berechnen. Die Postbank rechnet mit einem ergebniswirksamen Aufwand aufgrund nicht als Vorsteuer abzugsfähiger Umsatzsteuer von rund € 30 Mio. pro Jahr.

Bis zum Wegfall der organisatorischen Eingliederung erhoben die Gesellschaft und die Deutsche Post AG auf Vergütungen für die Erbringung von Dienstleistungen (zum Beispiel im Rahmen der Filius-Verträge) aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft keine Umsatzsteuer.

Das Risiko, dass von der Deutsche Post AG im Rahmen des FDL Kooperationsvertrags, des NDL Kooperationsvertrags und des Servicevertrags erbrachte bzw. zu erbringende Leistungen umsatzsteuerpflichtig sind, trägt nach diesen Verträgen die Gesellschaft. Etwaige Umsatzsteuerzahlungen durch die Gesellschaft an die Deutsche Post AG sind nach dem FDL Kooperationsvertrag und dem Servicevertrag um Kostenvorteile aus abzugsfähigen Vorsteuerbeträgen, die sich bei der Deutsche Post AG sowie ihren umsatzsteuerlichen Organgesellschaften in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang mit den Dienstleistungen des FDL Kooperationsvertrags bzw. des Servicevertrags ergeben, zu reduzieren. Der NDL Kooperationsvertrag enthält keine derartige Vorsteuerklausel.

Umgekehrt trägt das Risiko, dass im Rahmen des PDL Kooperationsvertrags von der Gesellschaft erbrachte bzw. zu erbringende Leistungen umsatzsteuerpflichtig sind, die Deutsche Post AG. Etwaige Umsatzsteuerzahlungen durch die Deutsche Post AG an die Gesellschaft sind nach dem FDL Kooperationsvertrag um

Kostenvorteile aus abzugsfähigen Vorsteuerbeträgen, die sich bei der Gesellschaft sowie ihren umsatzsteuerlichen Organgesellschaften in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang mit den Dienstleistungen des PDL Kooperationsvertrags ergeben, zu reduzieren.

Beziehungen zu Tochtergesellschaften der Gesellschaft

Die Gesellschaft unterhält zu zahlreichen Tochtergesellschaften Geschäfts- und Vertragsbeziehungen. Diese begründen vielfältige konzerninterne Leistungsbeziehungen, die sich in folgende wesentliche Bereiche unterteilen lassen:

- *Konzernfinanzierung:* Die Gesellschaft gewährt ihren Tochtergesellschaften regelmäßig Kredite, teilweise auch unverzinslich.
- *Vertrieb:* Der stationäre Vertrieb der Postbank erfolgt über die Postbank Filialvertrieb AG, eine 100 %ige Tochter der Gesellschaft. Der mobile Vertrieb erfolgt über die Postbank Finanzberatung AG, die mittelbar ebenfalls eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Gesellschaft ist. Ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Gesellschaft und der Postbank Filialvertrieb AG regelt den Umfang und die Vergütung für den bundesweiten Vertrieb von Postbank-Produkten und -Dienstleistungen über das stationäre Vertriebsnetz der Postbank Filialvertrieb AG. Der Geschäftsbesorgungsvertrag hat eine unbegrenzte Laufzeit. Er kann von beiden Seiten mit einer Frist von drei Jahren zum Jahresende, frühestens jedoch zum 31. Dezember 2012 gekündigt werden. Ein weiterer Geschäftsbesorgungsvertrag der Gesellschaft mit der Postbank Filialvertrieb AG regelt den Vertrieb von Postprodukten und -dienstleistungen über das stationäre Vertriebsnetz der Postbank Filialvertrieb AG. Er hat eine identische Laufzeit. Es besteht insoweit ein Gleichlauf mit den Filius-Verträgen.
- *Informationstechnologie:* Die Postbank Systems AG, der zentrale IT-Dienstleister im Postbank-Konzern, erbringt aufgrund vertraglicher Vereinbarungen zahlreiche IT-Dienstleistungen in den Bereichen Planung (Informationsstrategie), Build (Realisierung von IT-Projekten) und Run (Betrieb von IT-Lösungen) für die Gesellschaft und deren sonstige Tochtergesellschaften. Die Postbank Systems AG bietet ihre IT-Dienstleistungen ausschließlich innerhalb des Postbank-Konzerns an.
- *Transaction Banking:* Die Vertrags- und Geschäftsbeziehungen der Gesellschaft zu Tochtergesellschaften umfassen in diesem Bereich im Wesentlichen Abwicklungsleistungen in den Bereichen Zahlungsverkehr, Kontoservices und Kreditgeschäft. Diese erbringt die Betriebs-Center für Banken AG, eine 100 %ige Tochter der Gesellschaft, aufgrund vertraglicher Vereinbarungen mit der Gesellschaft.
- *Immobilien:* Zwischen der Gesellschaft und Tochtergesellschaften bestehen Mietverhältnisse über Immobilien.

Zu den Angaben über Forderungen an Tochtergesellschaften und Verbindlichkeiten gegenüber Tochtergesellschaften im Einzelnen, siehe die im Finanzteil dieses Prospekts abgedruckte Erläuterung (57) zum Konzernabschluss 2007.

Beziehungen zur Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost

Die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost („Bundesanstalt“) erbringt für die Gesellschaft Leistungen im Rahmen ihrer Pflichtaufgaben gemäß den Bestimmungen des Bundesanstalt Post-Gesetzes und Aufgaben nach Maßgabe eines Geschäftsbesorgungsvertrags. Der Bundesanstalt sind bestimmte Aufgaben und Rechte übertragen, die gemeinsame Angelegenheiten der Gesellschaft, der Deutsche Post AG und der Deutsche Telekom AG betreffen. Beispielsweise obliegt der Bundesanstalt der Abschluss von Manteltarifverträgen über bestimmte zusätzlich zum Lohn gewährte Vergünstigungen, Verhaltensregeln und andere allgemeine Arbeitsbedingungen. Diese Tarifverträge bedürfen zu ihrer

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Wirksamkeit des Einvernehmens des betreffenden Unternehmens. Das Recht der Gesellschaft, die besondere Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse selbstständig und eigenverantwortlich zu regeln, bleibt unberührt

Beziehungen zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.

Zur den Rechtsbeziehungen der Gesellschaft zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. siehe *„Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter — Mitarbeiter — Besonderheiten im Hinblick auf Versorgungsleistungen — Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.“*

Regulierung und Aufsicht

Regulierung und Aufsicht über Banken in Deutschland

Bankenaufsicht und wesentliche Gesetze

Alle deutschen Banken unterliegen gemäß dem Gesetz über das Kreditwesen („Kreditwesengesetz“ oder „KWG“) einer umfassenden staatlichen Aufsicht und Regulierung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“). Nach dem Kreditwesengesetz benötigen alle Banken und Finanzdienstleistungsinstitute eine Erlaubnis der BaFin zum Betrieb des Bankgeschäfts bzw. zur Erbringung von Finanzdienstleistungen in Deutschland.

Die Gesellschaft hat seit dem 1. Januar 1995 eine Vollbanklizenz, d.h. sie hat das Recht, alle Arten von Bankgeschäften zu betreiben. Daneben hat die Gesellschaft aufgrund der Verschmelzung mit der DSL Bank das bis dahin der DSL Bank zustehende Sonderrecht, gedeckte Schuldverschreibungen auszugeben, erworben. Siehe „— *Sonderregeln DSL Bank*“. Seit dem 18. Dezember 2007 besitzt die Gesellschaft außerdem eine von der BaFin erteilte Pfandbrieflizenz (siehe hierzu in diesem Abschnitt „— *Erlaubnis zum Betrieb des Pfandbriefgeschäfts*“).

Die BaFin ist sowohl auf unkonsolidierter Basis (nur die Gesellschaft) als auch auf konsolidierter Basis (die Gesellschaft und die für Zwecke der deutschen Bankaufsicht konsolidierten Unternehmen) die wichtigste Aufsichtsbehörde für die Postbank. Ein besonderer Schwerpunkt der Aufsicht liegt auf der Zulassung zum Geschäftsbetrieb und der Bestellung von Geschäftsleitern, der Einhaltung der Eigenkapitalerfordernisse, der Liquiditätserfordernisse, der Großkreditgrenzen und der Beschränkungen bei bestimmten Geschäftstätigkeiten.

Das Kreditwesengesetz und die auf Grundlage des Kreditwesengesetzes erlassenen Rechtsverordnungen setzen unter anderem bestimmte auf Banken bezogene EU-Richtlinien um, die wiederum auf Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (der „Baseler Ausschuss“) bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) beruhen. Im Jahr 2004 veröffentlichte der Baseler Ausschuss eine neue Eigenkapitalvereinbarung („Basel II“), die 2005 überarbeitet wurde und sich auf drei Säulen stützt: Die erste Säule bezieht sich auf Mindestkapitalanforderungen. Banken sind dazu verpflichtet, Geschäfte mit Schuldnern, die einem erhöhten Kreditrisiko unterliegen, mit einem gesteigerten Maß an Eigenmitteln zu unterlegen. Darüber hinaus wurde eine ausdrückliche Unterlegungspflicht für Verlustrisiken eingeführt, denen ein Institut infolge von Fehlern ihrer Systeme, Verfahren und Mitarbeitern oder infolge bankexterner Ereignisse ausgesetzt ist (operationelles Risiko). Die zweite Säule sieht eine aufsichtsrechtliche Überprüfung der von einem Institut vorgenommenen internen Bewertung ihrer Gesamtrisiken vor, um sicherzustellen, dass die Geschäftsführung diese Risiken angemessen würdigt und mit ausreichend Eigenmitteln unterlegt (der so genannte *Internal Capital Adequacy Assessment Process*). Die dritte Säule konzentriert sich auf die Marktdisziplin durch effektive Offenlegungspflichten, welche zu vernünftigen Bankpraktiken führen sollen.

Im Jahr 2006 wurde Basel II mit der Kapitaladäquanzrichtlinie in europäisches Recht umgesetzt. Die Umsetzung von Basel II in Deutschland erfolgte maßgeblich durch die Änderung des Kreditwesengesetzes 2006 sowie die Verabschiedung der Solvabilitätsverordnung und die Neufassung der Großkredit- und Millionenkreditverordnung. Zudem wurden die Anforderungen der zweiten Säule teilweise durch die von der BaFin am 20. Dezember 2005 erlassenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) umgesetzt. Die deutschen Regelwerke zur Umsetzung von Basel II traten größtenteils am 1. Januar 2007 in Kraft, wobei bestimmte Übergangsfristen gewährt wurden. So können Banken während dieser Übergangszeiten insbesondere die bislang geltenden Regelungen zur Eigenmittelausstattung, die in den *Grundsätzen über die Eigenmittel und die Liquidität der Kreditinstitute (Grundsatz I und II)* festgelegt sind, weiterhin befolgen.

Die Gesellschaft erhielt erstmalig am 21. Dezember 2006 die Zulassung der BaFin für die Anwendung des Risikomessverfahrens nach dem Basis-IRBA (auf Internen Ratings Basierender Ansatz — „IRBA“ oder „IRB-Ansatz“). Aufgrund dieser Zulassung wendet die Gesellschaft IRBA, wie nachstehend näher erläutert,

Regulierung und Aufsicht

seit dem 1. Januar 2007 an. Am 11. Dezember 2007 erhielt die Gesellschaft weitere IRBA Zulassungen, aufgrund derer sie seit dem 1. Januar 2008 die Eigenmittelunterlegung zusätzlicher Portfolios nach IRB-Ansätzen kalkuliert und meldet.

Die Zusammenarbeit der BaFin und der Deutsche Bundesbank

Die BaFin nimmt ihre Funktion als Aufsichtsbehörde in Zusammenarbeit mit der Deutsche Bundesbank wahr. Die BaFin hat die ausschließliche Befugnis, Verwaltungsakte sowie, nach Beratung mit der Deutsche Bundesbank, Verordnungen zu erlassen. Vor dem Erlass von Verordnungen in Bereichen, die der Zustimmung der Deutsche Bundesbank nach dem Kreditwesengesetz bedürfen, muss die BaFin die Zustimmung der Deutsche Bundesbank einholen.

Die Deutsche Bundesbank ist für die laufende Überwachung deutscher Banken zuständig. Dies umfasst insbesondere die Erhebung und Analyse von Statistiken und anderer Meldungen von deutschen Banken sowie die aufsichtsrechtlichen Prüfungen zwecks Überwachung der Einhaltung der Anforderungen an die Eigenmittelausstattung und das Risikomanagement.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen an eine angemessene Eigenmittelausstattung

Angemessene Eigenmittel

Nach dem Kreditwesengesetz und der Solvabilitätsverordnung müssen Institute (Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute) und Institutsgruppen über angemessene Eigenmittel (wie nachstehend definiert) verfügen.

Nach der Solvabilitätsverordnung verfügt eine Bank über angemessene Eigenmittel, wenn sie täglich zum Geschäftsschluss die Eigenkapitalanforderungen für Adressrisiken, das operationelle Risiko als auch die Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken erfüllt. Eine Bank erfüllt die Eigenkapitalanforderungen für Adressrisiken und das operationelle Risiko gemäß der Solvabilitätsverordnung, wenn der Gesamtanrechnungsbetrag für Adressrisiken und der Anrechnungsbetrag für das operationelle Risiko insgesamt das modifizierte verfügbare Eigenkapital (wie nachstehend definiert) nicht überschreiten. Die Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken erfüllt eine Bank gemäß der Solvabilitätsverordnung dann, wenn die Summe der Anrechnungsbeträge für die Marktrisikopositionen das modifizierte verfügbare Eigenkapital, vermindert um den Betrag zur Unterlegung der Adressrisiken und des operationellen Risikos, und ihre verfügbaren Drittrangmittel (wie nachstehend definiert) täglich bei Geschäftsschluss nicht überschreiten.

Eigenmittelausstattung auf konsolidierter Basis

Die Bestimmungen des Kreditwesengesetzes über die konsolidierte Aufsicht verlangen, dass jede Institutsgruppe als Ganzes die Eigenmittelanforderungen erfüllt. Nach dem Kreditwesengesetz besteht eine Institutsgruppe aus einer Bank oder einem Finanzdienstleistungsinstitut als Mutterunternehmen und allen anderen Banken, Finanzdienstleistungsinstituten, Finanzunternehmen und Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten, an denen das Mutterunternehmen über 50 % der Stimmrechte hält oder auf welche das Mutterunternehmen anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann.

Bedeutung der Eigenmittelausstattung

Die regulatorischen Anforderungen an eine angemessene Eigenmittelausstattung steuern das Volumen der Kredite sowie sonstiger risikotragender Aktiva und beschränken so die operative Geschäftstätigkeit und strategische Planung einer Bank. Eine Bank mit einem geringen Eigenkapital kann unter Umständen Kreditwünsche größerer Kunden nicht befriedigen oder muss das Gesamtvolumen der Aktivgeschäfte, also insbesondere die Kreditausreichungen, einschränken. Die Alternative, das Eigenkapital zu erhöhen, stellt einen bedeutenden Kostenfaktor dar, da Eigenkapitalgeber aufgrund der mit der Bereitstellung von Eigenkapital verbundenen Risiken im Regelfall eine höhere Rendite erwarten als die Bank gewöhnlich auf Einlagen zahlt.

Modifiziertes Verfügbares Eigenkapital

Das modifizierte verfügbare Eigenkapital umfasst das bestehende haftende Eigenkapital eines Instituts (wie nachstehend definiert), abzüglich der folgenden Posten:

- > die gemäß Kreditwesengesetz zur Unterlegung von bestimmten Positionen mit haftendem Eigenkapital erforderlichen Beträge, wie etwa bestimmte qualifizierte Beteiligungen an Unternehmen, die nicht im Finanzbereich tätig sind, oder Großkreditgrenzen übersteigende Beträge;
- > Wertberichtigungsfehlbeträge, die sich bei einem IRBA-Institut bei der Berechnung der Differenz zwischen der Summe der erwarteten Verlustbeträge für alle IRBA-Positionen der Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen und Mengengeschäft und den für diese IRBA-Positionen gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ergeben;
- > die erwarteten Verlustbeträge für bestimmte IRBA-Beteiligungspositionen;
- > Verbriefungspositionen, auf die gemäß Solvabilitätsverordnung ein Risikogewicht von 1.250 % Anwendung findet und die bei der Ermittlung der risikogewichteten Positionswerte für Verbriefungen nicht berücksichtigt wurden; und
- > der Betrag des übertragenen Wertes zuzüglich etwaiger Wiederbeschaffungskosten bei Vorleistungen im Rahmen von Wertpapiergeschäften des Handelsbuchs, solange die Gegenleistung fünf Geschäftstage nach Fälligkeit noch nicht wirksam erbracht worden ist.

Wendet eine Bank einen IRBA an (wie die Postbank), darf sie den Wertberichtigungsüberschuss für bestimmte IRBA-Positionen bis maximal 0,6 % der Summe der risikogewichteten IRBA-Positionswerte (wie nachstehend dargelegt) zum haftenden Eigenkapital hinzuaddieren.

Eigenmittel

Eigenmittel bestehen aus haftendem Eigenkapital und Drittrangmitteln (wie nachstehend definiert). Das haftende Eigenkapital setzt sich aus Kernkapital und Ergänzungskapital zusammen und unterliegt bestimmten Abzügen. Die Unterscheidung zwischen Kern- und Ergänzungskapital sowie Drittrangmitteln bringt die unterschiedliche Eignung dieser Eigenmittelbestandteile zur Verlustdeckung zum Ausdruck. Das Kernkapital besitzt das größte Verlustdeckungspotenzial und kann daher ohne Einschränkung zur Unterlegung aller Risiken verwendet werden. Das Ergänzungskapital hingegen kann bei der Berechnung des haftenden Eigenkapitals nur bis zur Höhe des Kernkapitals berücksichtigt werden. Dabei darf das berücksichtigte Ergänzungskapital nur bis zu 50 % des Kernkapitals aus längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten bestehen. Außerdem sind sowohl bestimmte Abzugsposten vom Kernkapital wie auch vom Ergänzungskapital zu berücksichtigen, wie etwa Beteiligungen an Banken und Finanzinstituten, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten.

Kernkapital

Für ein Institut in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft, wie die Gesellschaft, besteht das Kernkapital hauptsächlich aus folgenden Posten:

- > Eingezahltes Grundkapital (ohne Vorzugsaktien mit nachzuzahlendem Vorzug),
- > Kapitalrücklagen,
- > Gewinnrücklagen, die in dem Jahresabschluss der Bank ausgewiesen werden,
- > Zwischengewinne, die in den Zwischenabschlüssen (die einer prüferischen Durchsicht unterzogen werden) ausgewiesen werden, soweit sie nicht für voraussichtliche Gewinnausschüttungen oder Steuer- aufwendungen gebunden sind,
- > Sonderposten für allgemeine Bankrisiken (gemäß § 340g des Handelsgesetzbuches kann ein Kreditinstitut auf der Passivseite seiner Bilanz zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken einen Sonderposten bilden, soweit dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wegen der besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute notwendig ist),

Regulierung und Aufsicht

- Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, die bestimmte im Kreditwesengesetz festgelegte Anforderungen erfüllen, wie etwa Nachrangigkeit gegenüber allen Gläubigern und Teilnahme am Verlust der Bank,
- Bilanzgewinn, sofern seine Zuweisung zum Geschäftskapital oder den Rücklagen beschlossen ist,
- abzüglich Bilanzverluste, immaterieller Vermögensgegenstände und bestimmter anderer Posten.

Zum 30. September 2008 betrug das Kernkapital der Postbank € 3,81 Mrd.

Ergänzungskapital

Nach der Definition im Kreditwesengesetz besteht das Ergänzungskapital hauptsächlich aus folgenden Posten:

- Ungebundene Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken (gemäß § 340f des Handelsgesetzbuches dürfen Kreditinstitute in ihrer Bilanz bestimmte Forderungen und Wertpapiere, die weder Anlagevermögen noch Teil des Handelsbestands sind, mit einem niedrigeren als dem für Industrieunternehmen oder sonstige Unternehmen, die keine Kreditinstitute sind, zulässigen Wert ansetzen, wenn die Anwendung dieses niedrigeren Wertsatzes nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute notwendig ist, mit der Maßgabe, dass diese Vorsorgereserven 4 % des Buchwerts der ausgewiesenen Forderungen und Wertpapiere nicht übersteigen),
- Vorzugsaktien,
- Rücklagen gemäß § 6b des Einkommensteuergesetzes bis zu einem bestimmten Prozentsatz und soweit sie aus der Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden entstanden sind,
- Genussrechtskapital, das bestimmte im Kreditwesengesetz festgelegte Anforderungen erfüllt, wie etwa Nachrangigkeit gegenüber allen Gläubigern und Teilnahme am Verlust,
- Längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten (mit einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren), die bestimmte im Kreditwesengesetz festgelegte Anforderungen erfüllen, wie etwa Nachrangigkeit gegenüber allen nicht nachrangigen Gläubigern,
- Bestimmte Neubewertungsreserven.

Außerdem rechnen Institute, die bei der Ermittlung der Angemessenheit der Eigenmittel Adressrisikopositionen nach dem IRBA berücksichtigen dürfen, vorbehaltlich bestimmter Einschränkungen die Differenz ihrem Ergänzungskapital zu, die sich aus den Wertberichtigungen und Rückstellungen, die für alle IRBA-Positionen der Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen und Mengengeschäft gebildet wurden, und den erwarteten Verlustbeträgen für diese IRBA-Positionen, wie mit der von dem Institut angewandten IRBA-Variante ermittelt, ergibt.

Zum 30. September 2008 betrug das Ergänzungskapital der Postbank € 2,96 Mrd.

Dritrangmittel

Dritrangmittel bestehen aus den folgenden Posten:

- Nettogewinn, der am Ende eines Tages entstünde, wenn
 - alle Handelsbuchpositionen glattgestellt würden,
 - alle vorhersehbaren Aufwendungen und Ausschüttungen abgezogen wären und
 - alle bei der Liquidation einer Bank voraussichtlich entstehenden Verluste aus dem Anlagenbuch abgezogen wären.

Regulierung und Aufsicht

- Kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten (mit einer Laufzeit von mindestens zwei Jahren), die bestimmte im Kreditwesengesetz festgelegte Anforderungen erfüllen, wie etwa Nachrangigkeit gegenüber allen nicht nachrangigen Gläubigern.
- Positionen, die aufgrund der Beschränkungen, dass (a) der Gesamtbetrag des Ergänzungskapitals des haftenden Eigenkapitals nicht das Kernkapital übersteigen darf und (b) die Summe der längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten nicht 50 % des Ergänzungskapitals übersteigen darf, nicht als Ergänzungskapital ausgewiesen werden dürfen.

Grundsätzlich können diese Positionen nur bis zu einem Betrag als Dritrangmittel berücksichtigt werden, der zusammen mit dem Ergänzungskapital, das nicht für die Unterlegung der Adressenausfallrisiken und des operationellen Risikos benötigt wird, 250 % des Kernkapitals, das nicht zur Unterlegung des Adressenausfallrisikos und des operationellen Risikos benötigt wird, nicht überschreitet.

Zum 30. September 2008 betrugen die Dritrangmittel der Postbank € 509 Mio.

Adressrisiken und operationelles Risiko

Wie vorstehend dargelegt, müssen Institute Adressrisiken und das operationelle Risiko mit ihrem modifizierten verfügbaren Eigenkapital unterlegen.

Adressrisiken

Die Solvabilitätsverordnung sieht die Berechnung der jeweiligen Eigenkapitalanforderungen für Adressrisiken mittels Bestimmung des risikogewichteten Wertes der Adressrisikopositionen entweder entsprechend dem Standardansatz (Kreditrisiko-Standardansatz — „KSA“) oder einem IRB-Ansatz vor.

Im Rahmen des KSA werden die Adressrisikopositionen Risikokategorien mit unterschiedlichen Risikogewichten zugeordnet; hierbei wird grundsätzlich an externe Ratings angeknüpft. Im Gegensatz dazu wird Instituten mit den IRB-Ansätzen die Möglichkeit eingeräumt, Risikogewichte auf der Grundlage interner Ratingverfahren festzulegen. Die Verwendung von IRB-Ansätzen bedarf der vorherigen Zulassung durch die BaFin. Die Solvabilitätsverordnung unterscheidet zwischen drei unterschiedlichen IRB-Ansätzen: dem so genannten Basis-IRB-Ansatz, dem fortgeschrittenen IRB-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft.

Bei den IRBA-Varianten werden die fraglichen Positionen zunächst bestimmten Forderungsklassen zugeordnet. In einem zweiten Schritt wird das Adressrisiko der Schuldner einer Forderungsklasse auf der Grundlage der von dem Institut zu diesem Zweck verwendeten internen Methoden bestimmt. Jeder IRBA beruht auf Berechnungsmethoden, die verschiedene Faktoren kombinieren: (1) die Ausfallwahrscheinlichkeit (*Probability of Default*), (2) die Verlustquote bei Ausfall (*Loss Given Default*), (3) das Verlustrisiko zum Ausfallzeitpunkt (*Exposure at Default*) und (4) die Restlaufzeit der entsprechenden Position (*Maturity*). Nach dem Basis-IRB-Ansatz bestimmt die Bank nur die Ausfallwahrscheinlichkeit. Die übrigen Parameter werden von der BaFin gemäß der Solvabilitätsverordnung bestimmt. Unter dem fortgeschrittenen IRB-Ansatz kann ein Institut alle vier Parameter mittels interner Ratingverfahren selbst bestimmen. Ein Institut kann auch nach Zulassung für die Anwendung eines IRBA die Risikogewichtung bestimmter Positionen während eines Übergangszeitraums oder unbefristet auf der Grundlage des KSA festlegen (so genannte teilweise Verwendung).

Nach beiden Methoden können durch die Verwendung von Kreditrisikoverringierungsmethoden und bestimmte Arten von Sicherheiten wie Barmittel, Gold, Schuldverschreibungen, bestimmte Aktien, Investmentfondsanteile, Grundstücke und Forderungen die Kapitalanforderungen reduziert werden. Nach der Solvabilitätsverordnung bestehen zudem erweiterte Möglichkeiten des Netting. Zudem bestehen detaillierte Vorgaben für die Behandlung von Verbriefungsgeschäften. Das KWG erlaubt weiterhin unter bestimmten Voraussetzungen die Nullgewichtung von gruppeninternen Forderungen.

Institute, die ganz oder teilweise einen IRBA für die Bestimmung der Adressrisiken verwenden, müssen Eigenmittel von mindestens 95 % im Jahr 2007, 90 % im Jahr 2008 und 80 % im Jahr 2009 des Mindestbetrags der Eigenmittel vorhalten, die sie während dieser Zeit bei der Anwendung des Grundsatzes I zur Berechnung der Eigenmittel vorzuhalten hätten.

Regulierung und Aufsicht

Die Postbank hat am 21. Dezember 2006 die Zulassung der BaFin für die Anwendung des Basis-IRBA sowie des IRB-Ansatzes für das Mengengeschäft für die folgenden Schlüsselpositionen erhalten:

- im Mengengeschäft: Baufinanzierungen, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich selbstständige und Geschäftskunden sowie angekaufte Forderungen ohne BHW,
- im Individualgeschäft: Zentralregierungen, Banken, inländische Unternehmen und gewerbliche Spezialfinanzierungen.

Seit dem 1. Januar 2007 wendet die Postbank den Basis-IRBA bzw. den IRB-Ansatz für das Mengengeschäft für diese Positionen an; sie ist damit nach ihrer Einschätzung die erste Bank in Deutschland und eine der ersten weltweit, die diese IRB-Ansätze verwendet.

Am 11. Dezember 2007 genehmigte die BaFin die zusätzliche Kalkulation weiterer Portfolios durch die Postbank nach IRBA. Aufgrund dieser Zulassung meldet die Postbank nun seit dem 1. Januar 2008, ergänzend zu den bereits im Jahr 2007 nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios der Gesellschaft, auch für OTC-Derivate, für den überwiegenden Teil der Portfolios der PB Factoring GmbH, der BHW BauSparkasse AG, der Deutsche Postbank International S.A., der London Branch sowie der PB Capital Corp. und der PB Realty Corp. die Eigenmittelunterlegung auf Basis interner Ratings.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios (im Wesentlichen Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäfte im Privatkundengeschäft, die Portfolios der anderen Tochtergesellschaften, die Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen sowie Forderungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, inländische Regionalregierungen, örtliche Gebietskörperschaften sowie nicht wettbewerblich tätigen Förderinstituten) wendet die Postbank seit dem 1. Januar 2008 den KSA an.

Operationelles Risiko

Nach der Solvabilitätsverordnung müssen Institute zusätzlich zum Adressrisiko auch das operationelle Risiko mit modifiziertem verfügbarem Eigenkapital unterlegen.

Unter operationellem Risiko versteht man die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Das operationelle Risiko umfasst Rechtsrisiken, schließt aber Strategie- und Reputationsrisiken aus. Die Solvabilitätsverordnung sieht drei verschiedene Varianten der Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen für das operationelle Risiko vor: den Basisindikatoransatz, den Standardansatz und die so genannten fortgeschrittenen Messansätze. Sowohl der Basisindikatoransatz als auch der Standardansatz messen das operationelle Risiko auf der Grundlage von Standardverfahren und -bestimmungen. Die fortgeschrittenen Messansätze hingegen umfassen eine Vielzahl individuell bzw. intern entwickelter Systeme und Methoden zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen für das operationelle Risiko. Die Verwendung des Standardansatzes bedarf der Anzeige und die Verwendung der fortgeschrittenen Messansätze der vorherigen Zustimmung der BaFin. Die Postbank wendet den Standardansatz für die Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen für das operationelle Risiko an. Dieser ist Basis für eine geplante mittelfristige Umsetzung des fortgeschrittenen Messansatzes. Hierfür hat die Postbank im Jahr 2007 bereits ein eigenes Quantifizierungsmodell entwickelt, das nun intern validiert und sukzessive weiterentwickelt wird. Die erstmalige Anwendung des fortgeschrittenen Messansatzes ist derzeit für das Jahr 2010 (drittes Quartal) geplant.

Marktrisiko

Nach dem Kreditwesengesetz und der Solvabilitätsverordnung erfüllt ein Institut die Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken, wenn der Gesamtbetrag seiner Marktrisikopositionen am Ende eines jeden Geschäftstages nicht die Summe aus (1) dem modifizierten verfügbaren Eigenkapital des Instituts, abzüglich der zur Erfüllung der Eigenkapitalanforderungen für Adressrisiken und für das operationelle Risiko erforderlichen Beträge und (2) seinen verfügbaren Drittrangmittel übersteigt.

Zu den Marktrisikopositionen gehören Währungsrisikopositionen, Rohwarenrisikopositionen, Handelsbuchrisikopositionen und andere Marktrisikopositionen. Die risikogewichteten Werte dieser Marktrisikopositionen und bestimmter Optionspositionen sind nach den in der Solvabilitätsverordnung festgelegten Regeln zu errechnen. Die Solvabilitätsverordnung regelt zwar die Berechnung der Marktrisikopositions-

Regulierung und Aufsicht

und bestimmter Optionspositionsbeträge, räumt den Instituten jedoch auch die Möglichkeit ein, (nach vorheriger Genehmigung der BaFin) die fraglichen Positionen mittels ihrer bankinternen Risikoberechnungsmodelle zu ermitteln. Die Postbank verwendet standardisierte Methoden zur Berechnung von Marktrisikoexpositionen, beabsichtigt aber im Jahr 2010 (zweites Quartal) auf interne Modelle umzusteigen.

Verfügbare Drittrangmittel sind Drittrangmittel abzüglich — im Fall von IRBA-Handelsbuchinstituten wie die Postbank — der Drittrangmittelbeträge, die zur Unterlegung von Großkrediten, die über bestimmte Grenzen hinausgehen (siehe unten), benötigt werden.

Liquiditätsanforderungen

Das Kreditwesengesetz verlangt, dass deutsche Banken ihre Mittel auf eine Weise anlegen, dass jederzeit eine ausreichende Liquidität gewährleistet ist. Einzelheiten sind in der Liquiditätsverordnung festgelegt. Die Liquiditätsverordnung regelt diese konkreten Liquiditätsanforderungen, die auf einem Vergleich der Restlaufzeiten bestimmter Aktiv- und Passivposten basieren. Die Liquiditätsverordnung verlangt ein Verhältnis (Liquiditätskennzahl) der Zahlungsmittel zu den Zahlungsverpflichtungen, die innerhalb eines Monats nach dem Tag erwartet werden, an dem die Kennzahl ermittelt wird, von mindestens eins. Deutsche Banken müssen die Liquiditätskennzahl und Beobachtungskennzahlen für die nächsten drei, sechs und zwölf Monate monatlich der BaFin melden. Für weitere Informationen über die Steuerung des Liquiditätsrisikos siehe „*Risikomanagement — Liquiditätsrisiken*“.

Großkreditgrenzen

Das Kreditwesengesetz und die Großkredit- und Millionenkreditverordnung beschränken die Konzentration von Kreditrisiken einer Bank auf unkonsolidierter und konsolidierter Basis durch Grenzen bei der Vergabe von Großkrediten.

Die Postbank unterliegt den auf Handelsbuchinstitute anwendbaren Bestimmungen über Großkredite. Diese Bestimmungen enthalten einzelne Beschränkungen für Großkredite in Bezug auf das Anlagebuch (Anlagebuch-Großkredite) und die Gesamtsumme der Großkredite (Gesamtbuch-Großkredite) einer Bank oder Institutsgruppe. Der Begriff des Kredits umfasst dabei alle Bilanzaktiva, bestimmte Derivate und andere außerbilanzielle Geschäfte.

Anlagebuch-Großkredite sind Kredite, die dem Anlagebuch zuzurechnen sind und einem einzelnen Kunden (und mit ihm verbundene Personen) zugeordnet werden können, und 10 % des haftenden Eigenkapitals einer Bank oder Institutsgruppe erreichen oder überschreiten. Einzelne Anlagebuch-Großkredite dürfen 25 % des haftenden Eigenkapitals der Bank oder Institutsgruppe nicht überschreiten (20 % im Falle von Krediten an verbundene Unternehmen der Bank, die für bankaufsichtsrechtliche Zwecke nicht konsolidiert werden).

Gesamtbuch-Großkredite liegen vor, wenn die Summe der Anlagebuch-Großkredite und die dem Handelsbuch zuzurechnenden Kredite, die einem einzelnen Kunden (und mit ihm verbundene Personen) zugeordnet werden können (Handelsbuch-Großkredite), 10 % der Eigenmittel der Bank oder Institutsgruppe erreichen oder überschreiten. Die 25 %-Grenze (20 % im Fall von unkonsolidierten verbundenen Unternehmen), berechnet durch Bezugnahme auf die Eigenmittel der Bank oder Institutsgruppe, findet auch auf Gesamtbuch-Großkredite Anwendung.

Neben den vorstehenden Grenzen dürfen die gesamten Anlagebuch-Großkredite das Achtfache des haftenden Eigenkapitals der Bank oder Institutsgruppe nicht überschreiten, und die Gesamtbuch-Großkredite dürfen insgesamt das Achtfache der Eigenmittel der Bank oder Institutsgruppe nicht überschreiten.

Eine Bank oder Institutsgruppe darf die vorstehenden Obergrenzen nur mit vorheriger Zustimmung der BaFin überschreiten. In diesem Fall muss die Bank oder Institutsgruppe den die Obergrenze überschreitenden Betrag des Großkredits vollständig mit haftendem Eigenkapital (im Falle von Obergrenzen, die im Hinblick auf das haftende Eigenkapital berechnet werden) oder mit Eigenmitteln (im Falle von Obergrenzen, die im Hinblick auf die Eigenmittel berechnet werden) unterlegen.

Außerdem dürfen die gesamten Handelsbuch-Kredite an einen einzelnen Kunden (und mit ihm verbundene Personen) das Fünffache derjenigen Eigenmittel der Bank oder der Institutsgruppe nicht übersteigen, die

Regulierung und Aufsicht

nicht für die Eigenkapitalunterlegung des Anlagebuchs benötigt werden. Eine Gesamtposition von Handelsbuch-Krediten an einen einzelnen Kunden (und mit ihm verbundene Personen), die über die vorgenannte Grenze hinausgeht, ist nicht zulässig.

Zudem besteht eine zusätzliche Großkreditgesamtobergrenze, nach der die Gesamtkredite an einen einzelnen Kunden, d. h. alle kreditnehmerbezogenen Gesamtpositionen (Kredite, die dem Handels- oder Bankenbuch zugerechnet sind), die länger als zehn Tage 25 % (bzw. 20 % im Fall eines Kredits an unkonsolidierte verbundene Unternehmen der Bank) der Eigenmittelobergrenze der Bank (oder Institutsgruppe) überschreiten, insgesamt das Sechsfache der Eigenmittel der Bank (oder Institutsgruppe), die im Anlagebuch nicht zur Unterlegung von Risikopositionen benötigt werden, nicht überschreiten dürfen.

Überschreitungen der oben stehenden Grenzen sind unverzüglich der BaFin und der Deutsche Bundesbank anzuzeigen. Auch in den beiden zuletzt genannten Fällen sind etwaige Überschreitungsbeiträge mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Begrenzung qualifizierter Beteiligungen

Das KWG begrenzt Beteiligungen von Einlagenkreditinstituten wie der Gesellschaft an Unternehmen, die weder Institut, Finanzunternehmen oder Versicherer (einschließlich Rückversicherer) noch Anbieter von Nebendienstleistungen sind, wenn im Rahmen dieser Beteiligungen unmittelbar oder mittelbar mindestens 10 % des Kapitals oder der Stimmrechte eines Unternehmens gehalten werden oder wenn auf die Geschäftsführung des Beteiligungsunternehmens ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Derartige Beteiligungen werden als „qualifizierte Beteiligungen“ bezeichnet.

Einlagekreditinstitute wie die Gesellschaft dürfen keine qualifizierte Beteiligung halten, deren Anteil am Nennkapital dem Betrag nach 15 % des haftenden Eigenkapitals des Instituts übersteigt. Insgesamt dürfen die qualifizierten Beteiligungen an Unternehmen im obigen Sinne 60 % des haftenden Eigenkapitals des Instituts nicht überschreiten. Entsprechende Beschränkungen gelten auch auf Ebene der Gruppe in Bezug auf das konsolidierte haftende Eigenkapital der Gruppe.

Anzeige bedeutender Beteiligungen

Das Kreditwesengesetz sieht vor, dass eine Person, die eine bedeutende Beteiligung an einem Kreditinstitut zu erwerben beabsichtigt, unverzüglich die BaFin und die Deutsche Bundesbank über diese Absicht in Kenntnis setzen muss. Als bedeutende Beteiligung gilt der Erwerb von mindestens 10 % der Stimmrechte oder des Kapitals eines Kreditinstituts. Siehe dazu *„Angaben über das Kapital der Gesellschaft — Anzeigepflichten für Anteilsbesitz, Übernahmeangebote — Offenlegung von Beteiligungen an Kreditinstituten“*.

Mindestanforderungen an das Risikomanagement

Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement („MaRisk“) bilden unter Berücksichtigung der spezifischen Besonderheiten des Instituts (zum Beispiel die Größe des Instituts, Umfang der geschäftlichen Tätigkeiten, Komplexität der Geschäftsaktivitäten, Risikoprofil) einen flexiblen Rahmen für das Risikomanagement und einen risikoorientierten Ansatz für interne Prüfungen. Die MaRisk sollen die Einrichtung angemessener interner Kontrollstrukturen sicherstellen, einen qualitativen Rahmen zur Umsetzung der Kapitaladäquanzrichtlinie geben und die qualitativen Anforderungen an die von der so genannten zweiten Säule von Basel II vorgesehenen aufsichtsrechtlichen Prüfungen erfüllen. Siehe hierzu auch *„Risikomanagement“*.

Einlagensicherung

Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz

Mit dem am 1. August 1998 in Kraft getretenen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz wurde in Deutschland erstmals ein gesetzlich verpflichtendes System zur Sicherung von Einlagen eingeführt.

Nach dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz muss jede deutsche Bank einer der staatlich anerkannten Entschädigungseinrichtungen angehören. Die Entschädigungseinrichtungen unterstehen der Aufsicht der BaFin. Die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH (EdB) ist die zuständige gesetzliche Entschädigungseinrichtung für die Gesellschaft.

Regulierung und Aufsicht

Die Entschädigungseinrichtungen haben die Aufgabe, die Beiträge ihrer Mitgliedsbanken einzuziehen und zu verwalten und Entschädigungsansprüche im Einklang mit dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz zu befriedigen. Nach dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz haben die Gläubiger einer Bank, die dauerhaft aufgrund ihrer Finanzlage nicht in der Lage ist, Einlagen zurückzuzahlen oder Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften zu erfüllen, einen Anspruch gegen die Entschädigungseinrichtung der Bank. Bestimmten Unternehmen, wie Banken, Finanzinstituten, Versicherungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, der Bundesrepublik Deutschland, den Ländern, Gemeinden, großen und mittelgroßen Kapitalgesellschaften steht kein derartiger Anspruch zu.

Die Entschädigungseinrichtung haftet nur für die Zahlung von Verbindlichkeiten aus Einlagen und Wertpapiergeschäften, die auf Euro oder auf ein gesetzliches Zahlungsmittel eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum lauten. Die Entschädigungseinrichtungen haften nicht für Ansprüche aus Inhaber- und Orderschuldverschreibungen. Ferner ist die Haftung der Entschädigungseinrichtung gegenüber einem Gläubiger einer zahlungsunfähigen Bank betragsmäßig auf jeweils 90 % des Gesamtwertes der Einlagen des Gläubigers bei dieser Bank oder der Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften beschränkt. Die Haftung ist auf höchstens € 20.000 je Gläubiger beschränkt.

Freiwillige Einlagensicherung

Die Gesellschaft ist Mitglied im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V.

Der Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. deckt Verbindlichkeiten gegenüber Kunden bis zu einem Betrag von 30 % des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals je Kunde ab (das Ergänzungskapital darf allerdings für Berechnungszwecke nur bis zu einem Betrag von 25 % des Kernkapitals in Ansatz gebracht werden), ermittelt in Übereinstimmung mit dem Kreditwesengesetz und basierend auf dem letzten geprüften Jahresabschluss der Bank. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken und bestimmten anderen Instituten und Verbindlichkeiten der Banken, die in Inhaberpapieren verbrieft sind, werden vom Einlagensicherungsfonds nicht abgedeckt. Soweit der Einlagensicherungsfonds Zahlungen an Kunden einer Bank leistet, tritt er in deren Ansprüche gegenüber der Bank ein. Banken, die Mitglied des Einlagensicherungsfonds sind, leisten eine Umlage an den Einlagensicherungsfonds, die auf der Grundlage der Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ berechnet wird (0,3 % dieser Bilanzposition). Reichen die Mittel des Einlagensicherungsfonds für Maßnahmen zur Hilfeleistung nicht aus oder ist es sonst zur Durchführung der Aufgaben des Einlagensicherungsfonds erforderlich, so kann die Jahresumlage verdoppelt werden oder es kann eine Sonderumlage bis zur Höhe der Jahresumlage je Geschäftsjahr erhoben werden.

Interne Revision

Die BaFin verlangt, dass jede deutsche Bank eine funktionsfähige interne Revisionsabteilung hat, die mit ausreichenden Personal- und Sachmitteln auszustatten ist. Die interne Revisionsabteilung muss ausreichend groß und qualitativ ausgestattet sein und angemessene Verfahren zur Überwachung und Kontrolle der Aktivitäten der Bank einrichten. Die interne Revisionsabteilung muss den von der BaFin beschlossenen MaRisk entsprechen.

Maßnahmen in besonderen Fällen

Zur Sicherstellung der Einhaltung des Kreditwesengesetzes und seiner Verordnungen können die BaFin und die Deutsche Bundesbank von einem Institut Informationen und Unterlagen anfordern, und die BaFin kann ohne Angabe eines konkreten Grundes Prüfungen durchführen. Die BaFin kann außerdem von Mitgliedern einer Institutsgruppe (ungeachtet dessen, ob es sich dabei um Institute handelt oder nicht) Informationen und Unterlagen verlangen und (wenn es sich um Institute handelt) diese Mitglieder in dem Maße überprüfen, wie dies erforderlich ist, um die Richtigkeit der für die konsolidierte Aufsicht erforderlichen Informationen und Angaben zu bestätigen. Prüfungen können auch bei ausländischen Mitgliedern der Institutsgruppe durchgeführt werden, wenn dies zur Feststellung der Richtigkeit der für die konsolidierte Aufsicht erforderlichen Angaben und Informationen notwendig ist, jedoch ausschließlich in dem Maße, wie dies nach dem Kreditwesengesetz und dem am Sitz der betreffenden Tochtergesellschaft geltenden Recht zulässig ist. Zunächst muss die BaFin jedoch Informationsanfragen an andere zuständige Behörden richten, wenn die für die Aufsicht über eine Institutsgruppe benötigten Informationen bei dieser zuständigen Behörde erhältlich

Regulierung und Aufsicht

sind. Darüber hinaus kann die BaFin die Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats (auch von Ausschüssen), des Vorstands (und die Einberufung dieser Sitzungen) und der Hauptversammlung verlangen.

Stellt die BaFin Unregelmäßigkeiten fest, verfügt sie über ein breites Spektrum von Maßnahmen. Sie kann Geschäftsleiter abberufen oder ihnen die weitere Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen. Wenn die Eigenmittel eines Instituts unzureichend sind oder wenn die Liquiditätsanforderungen nicht erfüllt werden und das Institut die Mängel nicht innerhalb einer von der BaFin gesetzten Frist behebt, kann die BaFin die Ausschüttung von Gewinnen oder die Gewährung von Krediten untersagen oder beschränken oder das Institut anweisen, Maßnahmen zur Reduzierung von Risiken, die sich aus bestimmten Tätigkeiten, Produkten oder der Nutzung bestimmter Systeme ergeben, zu ergreifen. Dies gilt auch für das Mutterunternehmen einer Institutsgruppe, wenn die konsolidierten Eigenmittel nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Ferner kann die BaFin die für die betreffende Institutsgruppe geltende Grenze für Großkredite herabsetzen.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Instituts gegenüber ihren Gläubigern, kann die BaFin zur Abwendung der Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Diese einstweiligen Maßnahmen können die folgenden Maßnahmen umfassen:

- Anweisungen für die Geschäftsführung des Instituts erlassen;
- die Annahme von Einlagen oder die Gewährung von Krediten verbieten oder beschränken;
- der Geschäftsleitung des Instituts die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken; und
- Aufsichtspersonen bestellen.

Falls diese Maßnahmen nicht ausreichen, kann die BaFin dem Institut die Erlaubnis entziehen und, falls erforderlich, die Schließung des Instituts anordnen. Um die Insolvenz eines Instituts zu verhindern, kann die BaFin ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot erlassen, den Kundenverkehr aussetzen und die Entgegennahme von Zahlungen, die nicht zur Tilgung von Schulden gegenüber dem Institut bestimmt sind, verbieten. Des Weiteren können bei Verletzungen des Kreditwesengesetzes Strafen oder Geldbußen verhängt werden.

Sonderregeln DSL Bank

Infolge der Verschmelzung der im Jahr 2000 erworbenen DSL Bank auf die Gesellschaft unterliegt die Gesellschaft bestimmten Sonderregeln. Aufgrund der Übergangsregelung für Schuldverschreibungen und Geschäfte der DSL Bank sowie ihr gewährte Darlehen gelten die von der DSL Bank begebenen Pfandbriefe, Kommunalobligationen, Genussscheine, nachrangige Verbindlichkeiten und sonstige Schuldverschreibungen nach ihrer Umwandlung in die DSL Bank AG und der Verschmelzung der DSL Bank auf die Gesellschaft als von der Gesellschaft begeben. Insofern unterliegt die Gesellschaft hinsichtlich der von der DSL Bank abgeschlossenen Geschäften den für öffentlich-rechtliche Kreditanstalten geltenden bankrechtlichen Vorschriften (einschließlich der damals bestehenden Anstaltslast und Gewährträgerhaftung).

Außerdem ist die Gesellschaft aufgrund der Verschmelzung mit der DSL Bank berechtigt, gedeckte Schuldverschreibungen bis zum Fünfzehnfachen des jeweils haftenden Eigenkapitals auszugeben. Der Gesamtbetrag der ausgegebenen und im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen muss in Höhe des Nennbetrags und der Zinsen jederzeit gedeckt sein. Als Deckung sind zulässig ordentliche Deckungswerte nach dem Pfandbriefgesetz, Darlehensforderungen, für die sichere Grundpfandrechte bestehen, sowie Hypothekenpfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe nach dem Pfandbriefgesetz. Diese Deckungswerte können bis zu 10 % des gesamten Umlaufs an gedeckten Schuldverschreibungen der Gesellschaft durch Guthaben bei der Deutsche Bundesbank und bei geeigneten Kreditinstituten ersetzt werden (Ersatzdeckung). Die zur Deckung der Schuldverschreibungen bestimmten Vermögenswerte einschließlich der Ersatzdeckung sind in ein Deckungsregister einzutragen. Die in das Deckungsregister eingetragenen Werte gehören zwar zum Vermögen der Gesellschaft, fallen jedoch bei der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft nicht in die Insolvenzmasse der Gesellschaft, sondern dienen der Befriedigung der Ansprüche der Inhaber der gedeckten Schuldverschreibungen. Die BaFin hat den gesetzlichen Vorgaben entsprechend einen Treuhänder bestellt, der überwacht, dass die Ausgabe, Verwaltung und

Regulierung und Aufsicht

Deckung der Schuldverschreibungen den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen und den Anlagebedingungen entsprechen.

Die Mindestreserveverfordernisse der Europäischen Zentralbank

Die Europäische Zentralbank verlangt von bestimmten Banken, darunter der Postbank, Mindestreserven auf Konten bei ihren jeweiligen nationalen Zentralbanken zu halten. Im Falle der Postbank werden diese bei der Deutsche Bundesbank gehalten. Der Umfang dieser Mindestreserven entspricht einem bestimmten Prozentsatz der Verbindlichkeiten der Banken aus bestimmten Einlagen und der Ausgabe von Schuldverschreibungen.

Wertpapierhandel

Unter dem Wertpapierhandelsgesetz („WpHG“) reguliert und überwacht die BaFin den Handel mit Finanzinstrumenten in der Bundesrepublik Deutschland. Unter anderem verbietet das WpHG Insidergeschäfte in Bezug auf Finanzinstrumente, die an einer inländischen Börse oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum zum Handel zugelassen oder an einer inländischen Börse in den regulierten Markt oder in den Freiverkehr einbezogen sind oder deren Preis unmittelbar oder mittelbar von solchen Finanzinstrumenten abhängt. Damit die BaFin ihre diesbezügliche Überwachungsfunktion wahrnehmen kann, sind Institute weitreichenden Berichtspflichten in Bezug auf Finanzinstrumente unterworfen. Finanzinstrumente setzen sich aus den im WpHG genauer definierten Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten, Derivaten und Rechten auf Zeichnung von Wertpapieren zusammen. Die Berichtspflichten beziehen sich sowohl auf Transaktionen, die ein Institut für eigene Rechnung durchführt, als auch auf solche, die für Rechnung von Kunden durchgeführt werden.

Das WpHG enthält ebenfalls Vorschriften über geschäftliche Verhaltensregeln. Diese Regeln sind auf alle Unternehmen anwendbar, die Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen erbringen. Wertpapierdienstleistungen umfassen insbesondere den Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten sowie die Vermittlung von Transaktionen in Finanzinstrumenten. Nach Umsetzung der EU-Finanzmarkttrichtlinie zum 1. November 2007 ist der Anwendungsbereich des WpHG und des KWG geändert worden und umfasst nunmehr unter anderem auch die Anlageberatung.

Die BaFin hat weitgehende Ermittlungsbefugnisse gegenüber Unternehmen, die Wertpapierdienstleistungen erbringen, um die Einhaltung der Meldepflichten und Verhaltensregeln inkl. der gesetzlichen Anforderungen zum Depotgeschäft zu überwachen. Die Einhaltung dieser Verpflichtungen hat gemäß § 36 Abs. 1 WpHG jährlich durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer zu erfolgen. Neben der turnusmäßigen Prüfungspflicht hat die BaFin nach § 35 Abs. 1 WpHG das Recht, auch ohne besonderen Anlass Sonderprüfungen vorzunehmen.

Aufgrund der in den turnusmäßigen Prüfungen der Jahre 2005 bis 2007 teilweise wiederkehrenden Feststellungen bei der Gesellschaft hat die BaFin die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Mai 2008 mit einer Sonderprüfung bei der Gesellschaft beauftragt. Zur Behebung der Prüfungsfeststellungen 2007 sowie zur Verbesserung der Qualität der Ablaufprozesse im Wertpapiergeschäft hat der Vorstand der Gesellschaft im April 2008 das Projekt „Qualität Wertpapiergeschäft Postbank“ initiiert. Ergebnis des Projekts ist ein Maßnahmenkatalog zur weiteren Verbesserung der Qualität der Prozesse im Wertpapiergeschäft.

Erlaubnis zum Betrieb des Pfandbriefgeschäfts

Nach dem am 19. Juli 2005 in Kraft getretenen Pfandbriefgesetz („PfandBG“) in Verbindung mit dem KWG benötigen inländische Kreditinstitute zum Betreiben des Pfandbriefgeschäfts eine schriftliche Erlaubnis der BaFin. Die Gesellschaft besitzt seit dem 18. Dezember 2007 eine solche von der BaFin erteilte Pfandbrieflizenz. Bis zum Inkrafttreten des PfandBG durften nur privatrechtlich organisierte Spezialbanken (Hypothekenbanken, Schiffspfandbriefbanken) sowie öffentlich-rechtliche Kreditinstitute Pfandbriefe begeben.

Unter dem Pfandbriefgeschäft versteht das PfandBG die Ausgabe gedeckter Schuldverschreibungen auf Grund erworbener Hypotheken (Hypothekenspfandbriefe), erworbener Forderungen gegen staatliche

Regulierung und Aufsicht

Stellen (Öffentliche Pfandbriefe) und erworbener Schiffshypotheken (Schiffspfandbriefe). Zur Deckung von Hypothekenpfandbriefen dürfen nur Hypotheken, Grundschulden und ausländische Sicherungsrechte, die eine vergleichbare Sicherheit bieten, benutzt werden. Diese Sicherheiten können nur auf Grundstücken und auf grundstücksgleichen Rechten, die in Deutschland, in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, in der Schweiz, in den USA, in Kanada oder Japan belegen sind, lasten.

Die Erlaubnis zum Betrieb des Pfandbriefgeschäfts ist nach dem PfandBG unter anderem an die nachfolgenden Voraussetzungen geknüpft. Das Kreditinstitut muss:

- über ein Kernkapital von mindestens € 25 Mio. verfügen und eine Banklizenz nach dem KWG besitzen,
- über ein geeignetes Risikomanagementsystem zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken für die Deckungsmassen und das darauf gründende Emissionsgeschäft verfügen, und
- das Vorhaben der regelmäßigen und nachhaltigen Ausübung des Pfandbriefgeschäfts nachweisen und den angemessenen organisatorischen Aufbau und die Ausstattung bereitstellen.

Außerdem hat das Kreditinstitut die Transparenzvorschriften des PfandBG zu beachten und danach quartalsweise in öffentlich zugänglicher Form sowie im Anhang des Jahresabschlusses unter anderem gewisse Informationen über die qualitative und quantitative Zusammensetzung der Deckungswerte offenzulegen.

Die Vorschriften des PfandBG dienen vorrangig dem Schutz der Pfandbriefgläubiger. So muss der jeweilige Gesamtbetrag sich im Umlauf befindlicher Pfandbriefe einer Gattung in Höhe des Nennwertes jederzeit durch Werte von mindestens gleicher Höhe und mindestens gleichem Zinsertrag gedeckt sein. Zusätzlich muss die jederzeitige Deckung nach dem Barwert sichergestellt sein sowie der Barwert der eingetragenen Deckungswerte den Gesamtbetrag der zu deckenden Verbindlichkeiten um 2 % übersteigen; diese Deckung ist durch das Kreditinstitut fortlaufend sicherzustellen. Außerdem sind die Deckungswerte in ein Deckungsregister einzutragen. Schließlich ist bei jedem Kreditinstitut ein Treuhänder nebst Stellvertreter zu bestellen, wobei die Bestellung durch die BaFin nach Anhörung des Kreditinstituts erfolgt. Der so von der BaFin bestellte Treuhänder hat sicher zu stellen, dass diese Anforderungen seitens des Pfandbriefemittenten jederzeit erfüllt werden, insbesondere, dass die vorschriftsmäßige Deckung für die Pfandbriefe jederzeit vorhanden ist.

Für den Fall, dass ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Kreditinstituts eröffnet wird, nehmen die Pfandbriefgläubiger an diesem Insolvenzverfahren nicht teil, denn die im Deckungsregister eingetragenen Werte zählen nicht zur Insolvenzmasse. Die Ansprüche der Pfandbriefgläubiger werden gemäß den Bedingungen der jeweiligen Emission aus dem Deckungsstock befriedigt; Zins- und Tilgungsansprüche werden uneingeschränkt aus der Deckungsmasse bedient.

Finanzmarktstabilisierungsgesetz

Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) ist am 18. Oktober 2008 in Kraft getreten. Es ist ein Artikelgesetz, das im Wesentlichen aus dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz (FMStFG), dem Gesetz zur Beschleunigung und Vereinfachung des Erwerbs von Anteilen an sowie Risikopositionen von Unternehmen des Finanzsektors durch den Fonds „Finanzmarktstabilisierungsfonds — FMS“ (das „Anteils- und Risikopositionserwerbsgesetz“) und Änderungen des Kreditwesengesetzes und der Insolvenzordnung besteht. Ziel des FMStG ist es, durch ein Maßnahmenpaket ein Instrumentarium zu schaffen, um die bestehenden Liquiditätsengpässe von Unternehmen des Finanzsektors zu überwinden und die Stabilität des deutschen Finanzmarktes zu stärken. Das FMStG ist am 18. Oktober 2008 in Kraft getreten. Die Postbank prüft unter Beobachtung der weiteren Entwicklungen an den Finanzmärkten fortlaufend, ob die Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen im Unternehmensinteresse liegt.

Finanzmarktstabilisierungsfonds — FMS

Der durch das FMStFG geschaffene Finanzmarktstabilisierungsfonds — FMS (der „Fonds“) ist ein Sondervermögen des Bundes, das durch das Bundesministerium der Finanzen („BMF“) verwaltet und nach dem 31. Dezember 2009 abgewickelt und aufgelöst wird. Das BMF entscheidet, ob und inwieweit der Fonds

Regulierung und Aufsicht

Unternehmen des Finanzsektors durch Stabilisierungsmaßnahmen unterstützt. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen des Fonds besteht nicht. Soweit es sich um Grundsatzfragen und Angelegenheiten von besonderer Bedeutung handelt, entscheidet ein interministerieller Lenkungsausschuss auf Vorschlag der Finanzmarktstabilisierungsanstalt — FMSA (die „FMSA“). Die FMSA wurde durch das FMStFG als unselbstständige Anstalt öffentlichen Rechts bei der Deutsche Bundesbank errichtet. Die Verwaltung des Fonds und die Entscheidung über Stabilisierungsmaßnahmen hat das BMF grundsätzlich durch Rechtsverordnung vom 20. Oktober 2008 (die „Rechtsverordnung“) auf die FMSA übertragen. Das BMF kann jedoch generell oder im Einzelfall der FMSA Weisungen erteilen oder Entscheidungen nach dem FMStFG selbst treffen und Zustimmungserfordernisse des BMF für bestimmte Entscheidungen nach dem FMStFG und der Rechtsverordnung vorsehen. Der FMSA stehen im Wesentlichen die folgenden drei Stabilisierungsmaßnahmen zur Verfügung:

Übernahme von Garantien: Der Fonds kann insgesamt bis zur Höhe von € 400 Mrd. für begebene Schuldtitel und begründete Verbindlichkeiten aus Einlagen von Unternehmen des Finanzsektors, die eine Laufzeit von bis zu 36 Monaten haben, Garantien übernehmen.

Rekapitalisierung: Der Fonds kann sich an der Rekapitalisierung von Unternehmen des Finanzsektors beteiligen, insbesondere gegen Leistung einer Einlage Anteile oder stille Beteiligungen erwerben und sonstige Bestandteile der Eigenmittel dieser Unternehmen übernehmen.

Risikoübernahme: Der Fonds kann von Unternehmen des Finanzsektors vor dem 13. Oktober 2008 erworbene Risikopositionen (insbesondere Forderungen, Wertpapiere, Derivate und Rechte und Pflichten aus Kreditzusagen oder Gewährleistungen) erwerben oder diese auf andere Weise absichern.

Die Einzelheiten der Stabilisierungsmaßnahmen hat das BMF durch die Rechtsverordnung teilweise geregelt. Außerdem hat das BMF durch die Rechtsverordnung einen nicht abschließenden Katalog von Bedingungen für, und Anforderungen an durch Stabilisierungsmaßnahmen begünstigte Unternehmen des Finanzsektors festgelegt, weiter ergeben sich mögliche Auflagen aber auch direkt aus dem FMStFG (zusammen die „Auflagen“). Hierzu gehören unter anderem Anforderungen an die geschäftspolitische Ausrichtung (bei Kreditinstituten insbesondere die Versorgung kleiner und mittlerer Unternehmen mit Krediten) und die Nachhaltigkeit des verfolgten Geschäftsmodells, die Verwendung der aufgenommenen Mittel, die Vergütung der Organe und Angestellten, die Eigenmittelausstattung, die Ausschüttung von Dividenden und eine von dem vertretungsberechtigten Organ abzugebende und zu veröffentlichende Verpflichtungserklärung zur Einhaltung der Bedingungen und Anforderungen. Beschlüsse der Hauptversammlung, die dieser Verpflichtungserklärung, insbesondere im Hinblick auf die Dividendenpolitik, zuwiderlaufen, können aus diesem Grund von Aktionären (einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, soweit der Fonds beteiligt ist), deren Anteile zusammen 5 % des Grundkapitals oder den anteiligen Betrag von € 500.000 erreichen, angefochten werden. Über wesentliche Auflagen entscheidet ein interministerieller Lenkungsausschuss auf Vorschlag der FMSA.

Anteils- und Risikopositionserwerbsgesetz

Das Anteils- und Risikopositionserwerbsgesetz bietet Unternehmen des Finanzsektors, die — wie die Gesellschaft — eine Aktiengesellschaft sind, Möglichkeiten zur beschleunigten Kapitalaufnahme. Daneben wird die Übertragung von Risikopositionen (insbesondere Forderungen, Wertpapiere, Derivate und Rechte und Pflichten aus Kreditzusagen oder Gewährleistungen) und Sicherheiten auf den Fonds erleichtert, indem unter anderem zivilrechtliche Abtretungs- und Übertragungshindernisse (einschließlich des Erfordernisses einer Zustimmung Dritter) außer Kraft gesetzt werden. Die Übertragung einer Risikoposition ist außerdem nicht insolvenzrechtlich anfechtbar.

Gesetzlich genehmigtes Kapital

Zur erleichterten Kapitalaufnahme wird für Unternehmen des Finanzsektors das Institut des gesetzlich genehmigten Kapitals geschaffen. Der Vorstand einer Aktiengesellschaft ist mit Zustimmung des Aufsichtsrats und ohne Zustimmung der Hauptversammlung bis zum 31. Dezember 2009 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 50 % des Grundkapitals, das zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorhanden ist, durch die Ausgabe neuer Aktien gegen Einlagen an den Fonds zu erhöhen. Dabei ist das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Eine Vorauszahlung der Einlage befreit den Fonds von seiner Einlagepflicht. Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist unverzüglich in das Handelsregister einzutragen;

Regulierung und Aufsicht

eine Prüfung findet nicht statt. Soweit sich aus dem Anteils- und Risikopositionserwerbsgesetz nichts anderes ergibt, finden für die Kapitalerhöhung und die Ausgabe der neuen Aktien die Vorschriften des Aktiengesetzes entsprechende Anwendung. Die Inanspruchnahme des gesetzlich genehmigten Kapitals reduziert bereits bestehende aktienrechtliche genehmigte Kapitalia entsprechend.

Ausgestaltung der neuen Aktien

Der Vorstand entscheidet mit Zustimmung des Aufsichtsrats über die Ausgestaltung von neuen Aktien, die an den Fonds begeben werden sollen. Dabei kann er die Ausgabe von Aktien mit besonderen Rechten (Gewinn- und Liquidationsvorzug), insbesondere Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, bei denen der Vorzug nicht nachzahlbar ist, beschließen. Ein Ausgabebetrag, der dem Börsenkurs entspricht, ist in jedem Falle angemessen.

Kapitalerhöhung mit Hauptversammlungsbeschluss

Für den Fall einer Kapitalerhöhung durch Hauptversammlungsbeschluss unter Ausschluss des Bezugsrechts zugunsten des Fonds verkürzt das Anteils- und Risikopositionserwerbsgesetz die Einberufungsfrist und bestimmt, dass der Bezugsrechtsausschluss zugunsten des Fonds zulässig und angemessen ist. Wie bei dem gesetzlich genehmigten Kapital befreit die Vorauszahlung der Einlage den Fonds von seiner Einlagepflicht.

Genussrechte

Der Vorstand einer Aktiengesellschaft ist mit Zustimmung des Aufsichtsrats und ohne Zustimmung der Hauptversammlung bis zum 31. Dezember 2009 ermächtigt, Genussrechte an den Fonds auszugeben. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen.

Keine Mitteilungspflicht für wesentliche Beteiligung

Die durch das Risikobegrenzungs-gesetz geschaffene und am 31. März 2009 in Kraft tretende Mitteilungspflicht für Inhaber wesentlicher Beteiligungen (Erreichen oder Überschreiten von 10 % oder höherer wertpapierhandelsrechtlicher Schwellenwerte) nach dem Wertpapierhandelsgesetz findet auf den Erwerb von Anteilen durch den Fonds keine Anwendung.

Kein Pflichtangebot

Die BaFin befreit den Fonds von der Verpflichtung zur Abgabe und Veröffentlichung eines Pflichtangebots nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz im Falle des Erreichens oder Überschreitens eines Stimmrechtsanteils in Höhe von 30 % der Stimmrechte der Gesellschaft.

Regulierung und Aufsicht in Luxemburg

Die Deutsche Postbank International S.A. und eine Fondsgesellschaft unterliegen dem Aufsichtsrecht des Großherzogtums Luxemburg. Für das Aufsichtsrecht ist insbesondere das Gesetz vom 5. April 1993 über den Finanzsektor, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2008, maßgeblich, das unter anderem die Zulassung und Beaufsichtigung der Banken, Investmentfonds, Investmentgesellschaften und Wertpapierunternehmen ebenso wie die Einlagensicherung, Anlegerentschädigung und Verhaltensregeln regelt.

Aktionärsstruktur

Derzeitige Aktionärsstruktur

Die Deutsche Post AG hält zum Datum dieses Prospekts (mittelbar über Tochtergesellschaften) 50 % plus eine Aktie des Grundkapitals der Gesellschaft (siehe „Angaben über das Kapital der Gesellschaft — Anzeigepflichten für Anteilsbesitz, Übernahmeangebote — Offenlegung von Beteiligungen an börsennotierten Aktiengesellschaften — Aktuelle Meldungen über Aktienbesitz“).

Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG

Am 12. September 2008 haben die Deutsche Post AG (bzw. deren Tochtergesellschaft) und die Deutsche Bank AG mitgeteilt, dass sie eine Vereinbarung im Hinblick auf die Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft geschlossen haben. Da die Vereinbarung der Postbank nicht im Vertragstext vorliegt, basiert die nachfolgende Darstellung wesentlicher Vertragsbestandteile auf den Veröffentlichungen der Deutsche Post AG und der Deutsche Bank AG:

- *Verkauf einer Minderheitsbeteiligung:* Die Deutsche Bank AG kauft von der Deutsche Post AG eine Minderheitsbeteiligung von 29,75 % an der Gesellschaft zum Preis von insgesamt € 2,79 Mrd. bzw. € 57,25 je Aktie. Der Vollzug des Verkaufs ist — abhängig vom Eintritt verschiedener Bedingungen, einschließlich Genehmigung durch die beteiligten Kartell- und Bankaufsichtsbehörden, — für das erste Quartal 2009 vorgesehen.
- *Kaufoption und Andienungsrecht zugunsten der Deutsche Bank AG:* Zusätzlich zu der Minderheitsbeteiligung hat die Deutsche Post AG (bzw. deren Tochtergesellschaft) der Deutsche Bank AG die Option gewährt, ein weiteres Aktienpaket in Höhe von 18,0 % an der Gesellschaft für € 55,00 je Aktie zu erwerben. Diese Kaufoption kann zwischen 12 und 36 Monaten nach dem Abschluss des Erwerbs der Minderheitsbeteiligung von 29,75 % ausgeübt werden. Ferner ist eine Andienungspflicht zugunsten der Deutsche Bank AG vereinbart, wonach die Deutsche Post AG (bzw. deren Tochtergesellschaft) bei einem beabsichtigten Verkauf ihrer verbleibenden Aktien an der Gesellschaft diese zunächst der Deutsche Bank AG anzudienen hat. Die Andienungspflicht beginnt mit Ende des Lock-ups (wie nachstehend definiert) und endet fünf Jahre nach dem Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung.
- *Verkaufsoption der Deutsche Post AG:* Die Deutsche Post AG (bzw. deren Tochtergesellschaft) hat die Option, ihren verbleibenden Anteil an der Gesellschaft in Höhe von 20,25 % plus eine Aktie zum Preis von € 42,80 je Aktie an die Deutsche Bank AG zu verkaufen. Diese Verkaufsoption kann sie zwischen 21 und 36 Monaten nach dem Abschluss des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung von 29,75 % an die Deutsche Bank AG ausüben.
- *Verwässerungsschutz:* Der Ausübungspreis für die Kaufoption der Deutsche Bank AG einerseits und für die Verkaufsoption der Deutsche Post AG andererseits wird im Falle einer Kapitalerhöhung der Gesellschaft angepasst.
- *Teilnahme an zukünftigen Kapitalerhöhungen:* Die Deutsche Post AG und die Deutsche Bank AG haben sich gegenseitig verpflichtet, bei zukünftigen Kapitalerhöhungen der Gesellschaft, soweit diese vor der endgültigen Ausübung der Optionen liegen, sämtliche Bezugsrechte auszuüben, die auf ihre zum Zeitpunkt der Kapitalerhöhung bestehende Beteiligung entfallen. Insofern wird die Deutsche Post AG im Zusammenhang mit dem Angebot der Neuen Aktien ihre sämtlichen Bezugsrechte ausüben und die sich aus dieser Ausübung ergebenden Aktien im Verhältnis der verkauften Minderheitsbeteiligung von 29,75 % zur gesamten Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft ebenfalls an die Deutsche Bank AG im Rahmen dieser Vereinbarung zum Bezugspreis übertragen. Die übrigen sich aus der Ausübung der Bezugsrechte ergebenden Aktien werden gegebenenfalls als Bestandteil der von der Kaufoption der Deutsche Bank AG bzw. der Verkaufsoption der Deutsche Post AG erfassten Aktien

Aktionärsstruktur

übertragen werden. Sollte die Deutsche Post AG Neue Aktien im Rahmen dieses Angebots erwerben, die über den Anteil hinausgehen, der auf die gesamte Beteiligung der Deutsche Post AG an der Gesellschaft entfällt, sind diese nicht Gegenstand des Vertrags zwischen der Deutsche Post AG und der Deutsche Bank AG, insbesondere sind sie nicht von der Kaufoption bzw. Verkaufsoption erfasst.

- *Lock-up:* Die Deutsche Post AG wird den ihr nach dem Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung verbleibenden Anteil in Höhe von 20,25 % plus eine Aktie an der Gesellschaft während eines Zeitraums von 24 Monaten nach dem Vollzug des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung nicht verkaufen („Lock-up“). Zu der zwischen der Deutsche Post AG und dem Globalen Koordinator bestehenden Marktschutzvereinbarung siehe „*Das Angebot — Marktschutzvereinbarung*“.

Das Bundesministerium der Finanzen hat zugestimmt, dass die Deutsche Post AG ihre Kapitalmehrheit an der Gesellschaft aufgibt, und damit von seinem bis 31. Dezember 2008 bestehenden vertraglichen Vetorecht keinen Gebrauch gemacht.

Am 12. September 2008 haben die Gesellschaft und die Deutsche Bank AG eine Grundsatzvereinbarung über Kooperationen, insbesondere beim Vertrieb von Immobilienfinanzierungen und Investmentprodukten, geschlossen.

Die Deutsche Post AG und die Gesellschaft beabsichtigen, den FDL Kooperationsvertrag, wonach die Deutsche Post AG Finanzdienstleistungen der Postbank in den Post-Filialen und Post-Agenturen vertreibt, über das Jahr 2012 hinaus zu verlängern.

Zu finanziellen Konsequenzen für die Postbank aus dieser Änderung der Aktionärsstruktur siehe „*Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage — Auswirkungen des Erwerbs einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG*“).

Allgemeine Angaben über die Gesellschaft

Geschichte, Gründung, Handelsregistereintragung, Firma und Sitz

Die Gesellschaft war bis 1989 ein unselbstständiger Bestandteil der Deutsche Bundespost, eines Sondervermögens des Bundes. Im Jahre 1989 wurde die Deutsche Bundespost organisatorisch in die drei Teilsondervermögen Deutsche Bundespost POSTDIENST, Deutsche Bundespost POSTBANK und Deutsche Bundespost TELEKOM aufgeteilt. Im Jahre 1990 wurde die Postbank der ehemaligen DDR in die Deutsche Bundespost POSTBANK integriert. Die Deutsche Bundespost POSTBANK wurde anschließend aufgrund des „Gesetz zur Umwandlung der Unternehmen der Deutsche Bundespost in die Rechtsform der Aktiengesellschaft“ vom 14. September 1994 am 20. Dezember 1994 als Aktiengesellschaft unter der Firma Deutsche Postbank AG gegründet und erhielt durch Gesetz eine Vollbanklizenz. Am 2. Januar 1995 wurde die Gesellschaft im Handelsregister beim Amtsgericht Bonn unter HRB 6793 eingetragen.

Im Juni 1999 verständigten sich die Gesellschaft und die Bundesrepublik Deutschland sowie das Bundesland Berlin und der Freistaat Bayern über den Verkauf der Anteile an der DSL Bank an die Gesellschaft mit Wirkung vom 1. Januar 2000. Aufgrund des Gesetzes über die Umwandlung der DSL Bank in eine Aktiengesellschaft (DSL Bank-Umwandlungsgesetz — DSLBumwG) vom 16. Dezember 1999 wurde die DSL Bank mit Ablauf des 31. Dezembers 1999 von einer Anstalt des öffentlichen Rechts in die privatrechtliche DSL Bank Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Eintragung der DSL Bank Aktiengesellschaft in das Handelsregister beim Amtsgericht Bonn erfolgte am 24. Januar 2000. Anschließend erfolgte mit Verschmelzungsvertrag vom 8. Mai 2000 die Verschmelzung der DSL Bank Aktiengesellschaft auf die Gesellschaft. Die Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister beim Amtsgericht Bonn erfolgte am 26. Mai 2000.

Am 23. Juni 2004 erfolgte der Börsengang der Gesellschaft. Am 20. September 2004 wurde die Aktie der Gesellschaft in den MDAX® und am 18. September 2006 in den DAX®-30 aufgenommen.

Die Gesellschaft erwarb Anfang des Jahres 2006 eine qualifizierte Mehrheitsbeteiligung an der BHW Holding AG. Nach Durchführung eines Pflichtangebots an die außenstehenden Minderheitsaktionäre der BHW Holding AG besaß die Gesellschaft 98,43 % der Stimmrechte. Anschließend wurde ein aktienrechtliches Squeeze-Out-Verfahren durchgeführt, das mit der Eintragung des Squeeze-Out-Beschlusses in das Handelsregister der BHW Holding AG am 12. Februar 2008 endete. Die BHW Gruppe gehört seitdem zu 100 % der Gesellschaft. Zu den Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit diesem Squeeze-Out-Verfahren siehe „*Geschäftstätigkeit — Rechtsstreitigkeiten — Squeeze-Out bei BHW Holding AG*“.

Ende des Jahres 2005 hat die Gesellschaft die Deutsche Post Retail GmbH mit Wirkung zum 1. Januar 2006 von der Deutsche Post Filialen GmbH, einem Unternehmen des Deutsche Post-Konzerns, erworben. Wesentlicher Vermögensgegenstand der Deutsche Post Retail GmbH waren zum Übertragungszeitpunkt 850 Postbank-Filialen. Die Grundstücke, auf denen die Postbank-Filialen betrieben werden, wurden nicht übertragen.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz und ihre Geschäftsadresse in der Friedrich-Ebert-Allee 114-126 in 53113 Bonn (Tel.: 0228-920-0). Sie tritt im Geschäftsverkehr vorwiegend unter dem kommerziellen Namen „Postbank“ auf.

Geschäftsjahr und Abschlussprüfer

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Abschlussprüfer für die Jahres- und Konzernabschlüsse der Deutsche Postbank AG für die Geschäftsjahre 2005, 2006 und 2007 ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Moskauer Straße 19, 40227 Düsseldorf („PricewaterhouseCoopers“). Die Jahresabschlüsse nach HGB

Allgemeine Angaben über die Gesellschaft

sowie die Konzernabschlüsse nach IFRS für die Geschäftsjahre 2005, 2006 und 2007 wurden von PricewaterhouseCoopers geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. PricewaterhouseCoopers ist Mitglied der deutschen Wirtschaftsprüferkammer.

Dauer und Auflösung

Die Dauer der Gesellschaft ist unbeschränkt. Außer im Falle der Insolvenz kann die Gesellschaft durch Beschluss der Hauptversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals aufgelöst werden. Das nach Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen der Gesellschaft ist im Falle einer Auflösung durch Beschluss unter den Aktionären nach dem Verhältnis ihrer Anteile am Grundkapital zu verteilen.

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft ist ein Kreditinstitut im Sinne von § 1 Abs. 1 des Kreditwesengesetzes. Satzungsmäßiger Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 der Satzung der Betrieb von Bankgeschäften aller Art, das Erbringen von Finanz- und sonstigen Dienstleistungen sowie damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten. Die Gesellschaft ist zu allen sonstigen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen. Die Gesellschaft kann zu diesem Zweck auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen sowie solche Unternehmen leiten oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Die Gesellschaft kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern und ist berechtigt, Unternehmensverträge abzuschließen.

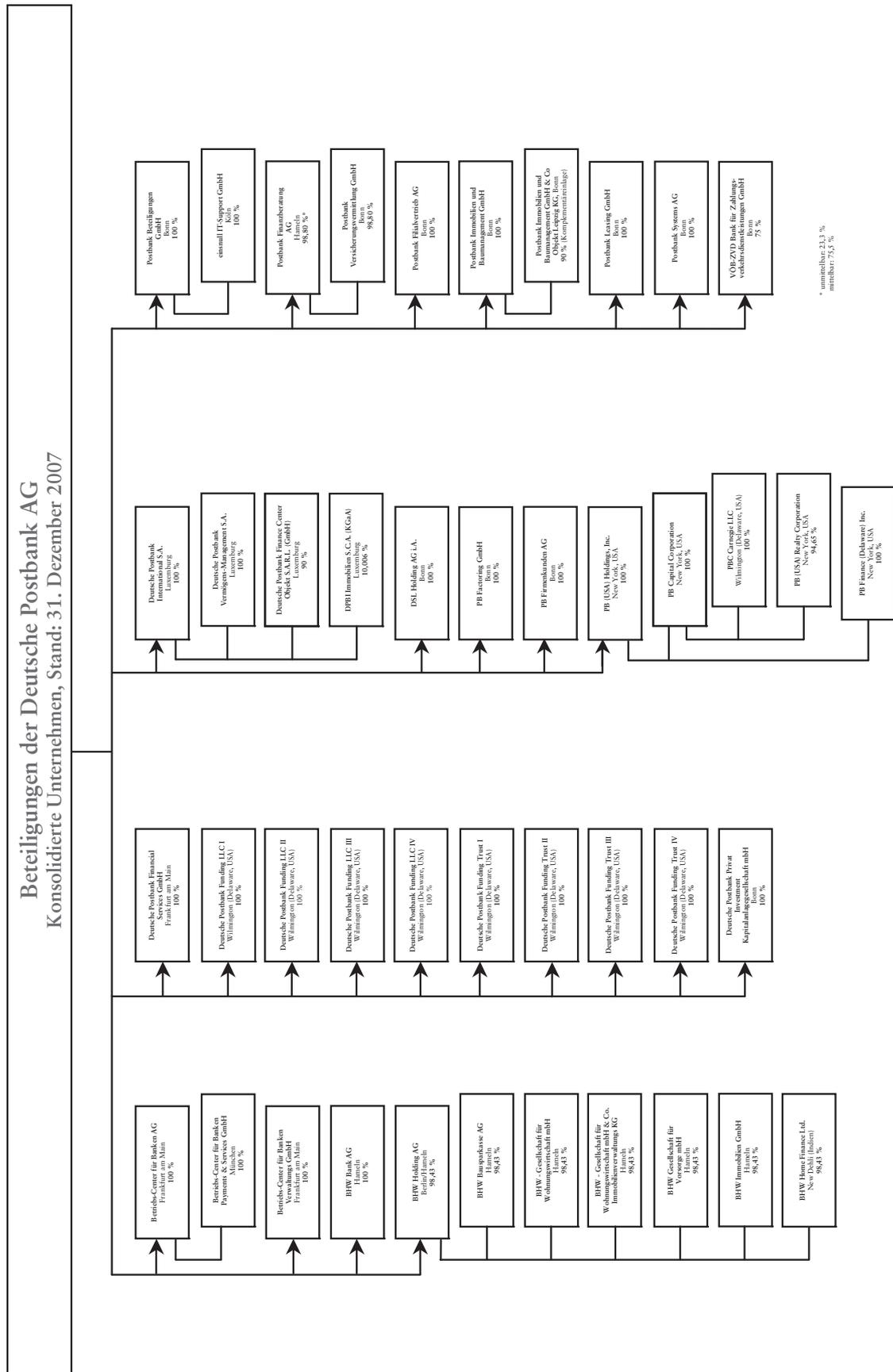
Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, zu betreiben und aufzulösen. Zweigniederlassungen können auch die Firma „DSL Bank — Ein Geschäftsbereich der Deutsche Postbank AG“ führen.

Konzernstruktur

Die Deutsche Post AG ist die Obergesellschaft im Deutsche Post-Konzern. Sie hält gegenwärtig (mittelbar über Tochtergesellschaften) 50 % plus eine Aktie des Grundkapitals der Gesellschaft, die dadurch Teil des Konzernverbunds der Deutsche Post AG ist. Die Gesellschaft bildet mit ihren Tochtergesellschaften den Postbank-Teilkonzern im Deutsche Post-Konzern. Mit dem Vollzug des Verkaufs einer Beteiligung in Höhe von 29,75 % an der Gesellschaft an die Deutsche Bank AG, der für das erste Quartal 2009 vorgesehen ist, wird sich der mittelbare Anteil der Deutsche Post AG an der Gesellschaft unter Berücksichtigung der Festbezugs- und Übernahmeerklärung auf ca. 32,8 % verringern. Die Gesellschaft und ihre Tochtergesellschaften werden damit aus dem Konzernverbund Deutsche Post AG ausscheiden. Zum Erwerb der Minderheitsbeteiligung durch die Deutsche Bank AG siehe im Einzelnen „*Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG*“.

In den Konzernabschluss 2007 der Postbank wurden neben der Gesellschaft 43 Tochterunternehmen einbezogen (Konzernabschluss 2006: 40 Tochterunternehmen, zwei Gemeinschaftsunternehmen; Konzernabschluss 2005: 34 Tochterunternehmen, zwei Gemeinschaftsunternehmen). Zum 31. Dezember 2007 bestanden keine Gemeinschaftsunternehmen. Eine Gesamtübersicht der zum 31. Dezember 2007 konsolidierten Unternehmen findet sich in der im „*Finanzteil*“ dieses Prospekts abgedruckten Erläuterung (2) zum Konzernabschluss 2007 und in der nachfolgenden Übersicht.

Allgemeine Angaben über die Gesellschaft



Allgemeine Angaben über die Gesellschaft

Wesentliche Beteiligungen

Die nachfolgende Übersicht enthält Angaben zu den wesentlichen Tochtergesellschaften der Gesellschaft zum 30. September 2008. Sämtliche Anteile an verbundenen Unternehmen sind voll eingezahlt.

Name der Tochtergesellschaft	Sitz der Tochtergesellschaft	Anteil am gezeichneten Kapital (unmittelbar)	Anteil am gezeichneten Kapital (mittelbar)
BHW Holding AG	Berlin, Bundesrepublik Deutschland	100,0 %	
BHW Bausparkasse AG	Hameln, Bundesrepublik Deutschland		100,0 %
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hameln, Bundesrepublik Deutschland		100,0 %
Postbank Finanzberatung AG	Hameln, Bundesrepublik Deutschland	23,3 %	76,7 %
Postbank Filialvertrieb AG	Hameln, Bundesrepublik Deutschland	100,0 %	
Deutsche Postbank International S.A.	Munsbach, Luxemburg	100,0 %	
Postbank Systems AG	Bonn, Bundesrepublik Deutschland	100,0 %	
Postbank Leasing GmbH	Bonn, Bundesrepublik Deutschland	100,0 %	
PB Capital Corp.	Wilmington, Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika		100,0 %
PB Factoring GmbH	Bonn, Bundesrepublik Deutschland	100,0 %	
PB Firmenkunden AG	Bonn, Bundesrepublik Deutschland	100,0 %	
Betriebs-Center für Banken AG	Frankfurt a.M., Bundesrepublik Deutschland	100,0 %	

Bekanntmachungen

Nach der Satzung sind Bekanntmachungen durch die Gesellschaft im elektronischen Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Informationen an die Inhaber zugelassener Wertpapiere der Gesellschaft können bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen auch durch Datenfernübertragung übermittelt werden.

Rating

Allgemeines

Jedes Rating drückt ausschließlich die Beurteilung der jeweiligen Ratingagentur zum Zeitpunkt seiner Erteilung aus. Die Ratingagenturen können ihr Rating jederzeit ändern. Ein Ausblick für ein bestimmtes Rating der Postbank gibt Aufschluss darüber, wie die Ratingagentur die voraussichtliche weitere Entwicklung des jeweiligen Ratings über eine mittel- bis langfristige Zeitspanne (Standard & Poor's), mittelfristig (Moody's Investors Service) oder über einen Zeitraum von ein- bis zwei Jahren (Fitch Ratings) einschätzt. Ein positiver oder negativer Ratingausblick impliziert nicht, dass eine Änderung des Ratings unausweichlich bevorsteht. Ein Rating von langfristigen oder kurzfristigen Verbindlichkeiten oder ein Finanzkraftrating beinhaltet keine Beurteilung in Bezug auf Aktien. Deshalb enthalten die im Folgenden angegebenen Ratings keine Aussage über die Aktien der Gesellschaft. Ein Rating ist keine Empfehlung, Wertpapiere zu kaufen, zu verkaufen oder zu halten. Jedes Rating sollte für sich genommen und unabhängig von anderen Ratings betrachtet werden.

Bonitäts- und Finanzkraftratings

Die Postbank wird von drei großen internationalen Ratingagenturen im Hinblick auf ihre Bonität bewertet: Standard & Poor's („S&P“), Moody's Investors Service („Moody's“) und Fitch Ratings („Fitch“). Moody's

Allgemeine Angaben über die Gesellschaft

und Fitch erteilen der Postbank neben dem Bonitäts- auch ein Finanzkraftrating. Zum Datum des Prospekts lauteten die Ratings der Postbank wie folgt:

	S&P	Moody's	Fitch
Langfristige Verbindlichkeiten	A-	Aa2	A
Ausblick	positive	stable	negative
Kurzfristige Verbindlichkeiten	A-2	P-1	F1
Finanzkraft	—	C+	C

Die Ratingagenturen definieren die der Postbank jeweils zugeordneten Ratings wie folgt:

- S&P: A- „Ein Emittent mit dem Rating „A“ wird der Gruppe von Schuldern zugeordnet, die über eine starke Fähigkeit zur Erfüllung ihrer finanziellen Verbindlichkeiten verfügen. Er ist jedoch etwas anfälliger für nachteilige Auswirkungen aufgrund veränderter Umstände und wirtschaftlicher Bedingungen als Emittenten mit Ratings aus den höheren Kategorien.“
Die Ratings von „AA“ bis „CCC“ können durch die Hinzufügung eines Plus (+) oder Minus (–) modifiziert werden, um so die relative Stärke innerhalb der Rating-Kategorien zu zeigen.
- A-2 „Ein Emittent mit dem Rating „A-2“ hat eine befriedigende Fähigkeit, seine finanziellen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Er ist jedoch etwas anfälliger für nachteilige Auswirkungen aufgrund veränderter Umstände und wirtschaftlicher Bedingungen als Emittenten mit Ratings aus der höchsten Kategorie.“
- Moody's: Aa2 „Schuldverschreibungen mit dem Rating „Aa“ haben eine hohe Qualität und sind einem sehr geringen Kreditrisiko ausgesetzt.“
Moody's modifiziert die Rating-Kategorien von Aa bis Caa durch das Hinzufügen der Zahlen 1, 2 und 3. Die Modifizierung durch eine angehängte 2 bedeutet ein mittleres Ranking innerhalb der Rating-Kategorie „Aa“.
- P-1 „Ein Emittent mit dem Rating „Prime-1“ verfügt in herausragender Weise über die Fähigkeit, seine kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.“
- C+ „Eine Bank mit dem Rating „C+“ wird dem oberen Ende der Gruppe von Banken zugeordnet, die über eine ausreichend hohe eigene Finanzkraft verfügen. In der Regel handelt es sich um Institute mit einer eher eingeschränkten, aber durchaus noch wertvollen und effizienten Dienstleistungsstruktur und Vertriebsorganisation. Diese Banken können eine akzeptable finanzwirtschaftliche Verfassung in einem attraktiven und stabilen operativen Geschäftsumfeld oder aber eine gute finanzwirtschaftliche Verfassung in einem weniger attraktiven und stabilen operativen Geschäftsumfeld aufweisen.“
- Fitch: A „Hohe Bonität. Ein „A“-Rating weist darauf hin, dass die Erwartung eines Kreditrisikos gering ist. Die Fähigkeit zur Erfüllung der finanziellen Verbindlichkeiten wird als stark erachtet. Dennoch kann diese Fähigkeit anfälliger für Veränderungen von Umständen und wirtschaftlichen Bedingungen sein als dies bei höheren Ratings der Fall ist.“
- F1 „Höchste Bonität. Das Rating weist auf die stärkste Fähigkeit zur pünktlichen Begleichung finanzieller Verpflichtungen hin.“
- C „Eine zufriedenstellende Bank, die jedoch einen oder mehrere störende Aspekte aufweist. Es kann Bedenken hinsichtlich der Profitabilität, der Integrität der Bilanz, der Dienstleistungsstruktur und Vertriebsorganisation, des Managements, des Geschäftsumfeldes oder der Aussichten geben.“

S&P's Ratings für langfristige Verbindlichkeiten umfassen Ratings von AAA (höchstes Rating) bis D (geringstes Rating). Ein A- Rating folgt einem A Rating und geht einem BBB+ und geringeren Ratings voraus. Ein Aa2 Rating für langfristige Verbindlichkeiten von Moody's folgt einem Aa1 Rating und geht einem Aa3 und geringeren Ratings voraus. Fitch's Ratings für langfristige Verbindlichkeiten umfassen Ratings von AAA (höchstes Rating) bis D (geringstes Rating). Fitch's A Rating folgt einem A+ Rating und geht einem A- und geringeren Ratings voraus.

Angaben über das Kapital der Gesellschaft

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Zusammenfassung bestimmter Informationen über das in Aktien eingeteilte Grundkapital der Gesellschaft sowie über bestimmte Vorschriften der Satzung der Gesellschaft und des deutschen Rechts, wobei sich Besonderheiten insbesondere im Hinblick auf Kapitalerhöhungen, genehmigte Kapitalia, Genussrechte, Mitteilungspflichten für wesentliche Beteiligungen sowie die Verpflichtung zur Abgabe und Veröffentlichung eines Pflichtangebots aus dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz ergeben können, die im Abschnitt „Regulierung und Aufsicht — Regulierung und Aufsicht über Banken in Deutschland — Finanzmarktstabilisierungsgesetz“ dargestellt sind. Die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und bezieht sich ausschließlich auf die bei Veröffentlichung dieses Prospekts gültige Satzung bzw. auf die zu diesem Zeitpunkt maßgebende Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland. Lediglich in Bezug auf Änderungen durch das Risikobegrenzungs-gesetz wird teilweise auf die künftige Rechtslage eingegangen (siehe „Anzeigepflichten für Anteilsbesitz, Übernahmeangebote — Offenlegung von Beteiligungen an börsennotierten Aktiengesellschaften — Änderungen durch das Risikobegrenzungs-gesetz“).

Grundkapital und Aktien

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 30. September 2008 € 410 Mio. und ist eingeteilt in 164 Mio. auf den Namen lautende Stückaktien (Aktien ohne Nennbetrag) mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals je Stückaktie von € 2,50. Es besteht in unveränderter Höhe zum Zeitpunkt der Prospekterstellung. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts oder unterschiedliche Stimmrechte für Hauptaktionäre bestehen nicht. Die Aktien sind in mehreren Globalurkunden verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, hinterlegt sind. Den Inhabern der Aktien stehen Miteigentumsanteile an der jeweiligen Globalurkunde zu. Die Form etwaiger Aktienurkunden und Gewinnanteils- und Erneuerungsscheine bestimmt der Vorstand. Ein Anspruch von Aktionären auf Einzel- oder Mehrfachverbriefung der Aktien ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig und nicht eine Verbriefung nach den Regeln einer Börse vorgeschrieben ist, an der die Aktien zugelassen sind. Die Gesellschaft ist berechtigt, gegen Kostenerstattung Aktienurkunden auszustellen, die einzelne Aktien oder mehrere Aktien (Sammelurkunden) verkörpern. Sämtliche Aktien der Gesellschaft sind voll eingezahlt.

Übertragbarkeit und Börsenzulassung der Aktien

Die Aktien der Gesellschaft sind frei übertragbar.

Die Aktien der Gesellschaft sind zum regulierten Markt sowie zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungspflichten (Prime Standard) an der Wertpapierbörse Frankfurt am Main zugelassen. Außerdem sind die Aktien zum regulierten Markt an den Wertpapierbörsen zu Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart zugelassen.

Untersagung von Leerverkäufen in Aktien der Gesellschaft

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) hat am 19. September 2008 Transaktionen, die zu einer Short Position oder der Vergrößerung einer Short Position in Aktien der Gesellschaft führen („Leerverkäufe“) bis zum 31. Dezember 2008 im Wege einer Allgemeinverfügung bis auf Weiteres untersagt. Dabei hat die BaFin ihr Verbot auf so genannte Naked-Short-Geschäfte (ungedeckte Transaktionen) beschränkt, die laut BaFin dann entstehen, wenn der Verkäufer der Aktien zum Zeitpunkt der Transaktion (i) nicht Eigentümer entsprechender Aktien ist oder (ii) zum Zeitpunkt des Abschlusses der Transaktion keinen schuldrechtlich oder sachenrechtlich unbedingt durchsetzbaren Anspruch auf Übereignung von Aktien gleicher Gattung hat oder keinen schuldrechtlich oder sachenrechtlich unbedingt durchsetzbaren Anspruch hat, der zur Übereignung von Aktien gleicher Gattung führt. Das Verbot wird laufend von der

Angaben über das Kapital der Gesellschaft

BaFin überprüft und gilt auch für Leerverkäufe in Aktien von zehn weiteren deutschen Unternehmen der Finanzbranche.

Zahl- und Anmeldestelle

Zahl- und Anmeldestelle für die Aktien der Gesellschaft ist die Deutsche Postbank AG, Friedrich-Ebert-Allee 114-126, 53113 Bonn.

Entwicklung des Grundkapitals in den letzten drei Jahren

Die Höhe des Grundkapitals und die Gattung der Aktien hat sich in den letzten drei Jahren nicht geändert.

Kapitalerhöhung in Bezug auf die Neuen Aktien

Die gemäß diesem Prospekt angebotenen und deutschem Recht unterliegenden Neuen Aktien werden unter vollständiger Ausnutzung des Genehmigten Kapitals II der Gesellschaft unter Gewährung von Bezugsrechten (mit Ausnahme einer Aktienspitze von 133.334 Neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wurde) ausgegeben (siehe „— *Genehmigtes Kapital* — *Genehmigtes Kapital II*“).

Der Vorstand der Gesellschaft hat am 27. Oktober 2008 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom 27. Oktober 2008 beschlossen, von der Ermächtigung betreffend das Genehmigte Kapital II Gebrauch zu machen und im Zusammenhang mit diesem Angebot 54.800.000 neue, auf den Namen lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils € 2,50 (Neue Aktien) unter Gewährung von Bezugsrechten (mit Ausnahme einer Aktienspitze von 133.334 Neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wurde) auszugeben. Nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister, die voraussichtlich am 26. November 2008 erfolgen wird, wird das Grundkapital der Gesellschaft € 547 Mio. betragen.

Beteiligung der Deutsche Post AG an der Kapitalerhöhung

Im Zusammenhang mit dem Bezugsangebot hat sich die Deutsche Post AG gegenüber der Gesellschaft und den begleitenden Banken verpflichtet, den gemäß ihrer Beteiligung in Höhe von 50 % plus eine Aktie am Grundkapital der Gesellschaft auf sie entfallenden Anteil der Kapitalerhöhung zum Bezugspreis zu zeichnen. Soweit der Bezugspreis € 18,25 nicht übersteigt, hat sich die Deutsche Post AG weiterhin verpflichtet, sämtliche Aktien aus der Kapitalerhöhung, die nicht platziert werden, zum Bezugspreis aufzunehmen.

Genehmigtes Kapital

Genehmigtes Kapital I

Die ordentliche Hauptversammlung vom 25. März 2004 hat den Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 24. März 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen, ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals um bis zu insgesamt € 41 Mio. zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

Vorzugsaktionäre ohne Stimmrecht erhalten bei der Verteilung des Bilanzgewinns eines Geschäftsjahres einen Vorzugsgewinnanteil von € 0,05 je Vorzugsaktie. Sofern der Bilanzgewinn eines Geschäftsjahres nicht zur vollständigen Ausschüttung des Vorzugsgewinnanteils ausreicht, werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre nachgezahlt, und zwar nach Verteilung des Vorzugsgewinnanteils für diese Geschäftsjahre und vor Verteilung eines Gewinnanteils auf die Stammaktien.

Angaben über das Kapital der Gesellschaft

Wird der Vorzugsgewinnanteil in einem Jahr nicht oder nicht vollständig ausgezahlt und der Rückstand im nächsten Jahr nicht neben dem vollen Vorzugsgewinnanteil dieses Jahres nachgezahlt, so haben die Vorzugsaktionäre das Stimmrecht, bis die Rückstände nachgezahlt sind.

Das genehmigte Kapital I wurde am 28. Mai 2004 in das Handelsregister eingetragen. Es wurde bislang nicht in Anspruch genommen.

Genehmigtes Kapital II

Die ordentliche Hauptversammlung vom 11. Mai 2006 hat den Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 10. Mai 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt € 137 Mio. zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit es zum Ausgleich von Spitzenbeträgen erforderlich ist. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen.

Das genehmigte Kapital II wurde am 24. Juli 2006 in das Handelsregister eingetragen.

Bedingtes Kapital

Die Gesellschaft verfügt derzeit über kein bedingtes Kapital.

Wandel- und Optionsanleihen

Die Gesellschaft hat zum Zeitpunkt dieses Prospekts keine Wandel- oder Optionsanleihen begeben.

Genussrechte

Zum 30. September 2008 wies die Postbank ein Genussrechtskapital in Höhe von € 1.248 Mio. aus; die in den Jahren 2005 bis 2007 begebenen Genussrechte waren auf Basis der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 26. Mai 2003 ausgegeben worden, die zwischenzeitlich ausgelaufen ist und ersetzt wurde. Der Zinsaufwand betrug zum 30. September 2008 € 45,8 Mio. Dieses Genussrechtskapital setzt sich zusammen aus von der ehemaligen DSL Bank und der Gesellschaft begebenen Genussrechten. Die Genussscheininhaber erhalten von der Gesellschaft eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche Ausschüttung. Zum Gewinnanteil der Aktionäre siehe „— *Allgemeine Bestimmungen zu Gewinnverwendung und Dividendenzahlungen*“.

Ermächtigung zur Begebung von Genusskapital bis zum 24. März 2009

Aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 25. März 2004 ist der Vorstand ermächtigt, in der Zeit bis zum 24. März 2009 einmalig oder mehrmals auf den Namen und/oder auf den Inhaber lautende Genussrechte im Gesamtnennbetrag von bis zu € 41 Mio. oder unter Beachtung des zulässigen Gesamtnennbetrags außer in Euro auch in einer gesetzlichen Währung eines OECD-Landes zu begeben. Der Vorstand ist ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, soweit Genussrechte gegen Sachleistungen ausgegeben werden und dies zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben oder Unternehmenszusammenschlüsse durchzuführen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit der Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Genussrechte festzulegen.

Ermächtigung zur Begebung von Genusskapital bis zum 7. Mai 2013

Aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 8. Mai 2008 ist der Vorstand ermächtigt, in der Zeit bis zum 7. Mai 2013 einmalig oder mehrmals auf den Namen und/oder den Inhaber lautende Genussrechte ohne Wandel- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft im Gesamtnennbetrag von

Angaben über das Kapital der Gesellschaft

bis zu €2,5 Mrd. zu begeben. Die Ausgabe der Genussrechte kann auch gegen Erbringung einer Sachleistung erfolgen, sofern der Wert der Sachleistung dem Ausgabepreis entspricht.

Die Genussrechte können außer in Euro auch in einer anderen gesetzlichen Währung, beispielsweise eines OECD-Landes, begeben werden. Bei Ausgabe in einer anderen Währung ist der entsprechende Gegenwert, berechnet nach dem EZB-Referenzkurs am Tag der Beschlussfassung über die Begebung der Genussrechte, maßgebend. Die Laufzeit der Genussrechte kann bis zu 20 Jahre betragen.

Werden Genussrechte gegen Barzahlung ausgegeben, müssen sie den Voraussetzungen des § 10 Abs. 5 KWG entsprechen, unter denen das für die Gewährung von Genussrechten eingezahlte Kapital dem haftenden Eigenkapital zuzurechnen ist.

Bei der Ausgabe der Genussrechte steht den Aktionären das gesetzliche Bezugsrecht zu. Die Genussrechte können den Aktionären auch im Wege des mittelbaren Bezugsrechts angeboten werden; sie werden dann von einer Bank oder einem Bankenkonsortium mit der Verpflichtung übernommen, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre insgesamt auszuschließen, wenn die Genussrechte obligationsähnlich ausgestaltet sind, d. h. keine Mitgliedschaftsrechte in der Gesellschaft begründen, keine Beteiligung am Liquidationserlös gewähren und die Höhe der Verzinsung nicht auf Grundlage der Höhe des Jahresüberschusses, des Bilanzgewinns oder der Dividende berechnet wird. Außerdem müssen in diesem Fall die Verzinsung und der Ausgabebetrag der Genussrechte den zum Zeitpunkt der Begebung aktuellen Marktkonditionen für vergleichbare Mittelaufnahmen entsprechen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht auszuschließen, soweit Genussrechte gegen Sachleistungen ausgegeben werden und dies zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben oder Unternehmenszusammenschlüsse durchzuführen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Genussrechte, insbesondere hinsichtlich des Ausgabekurses, der Stückelung, der Laufzeit, der Höhe der jährlichen Ausschüttung, der Kündigung sowie der Teilhabe an der Verteilung des Gewinns und des Liquidationserlöses festzulegen.

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Ermächtigung zum Zwecke des Wertpapierhandels

Ermächtigung

Die Gesellschaft ist ermächtigt, während des Zeitraums vom 8. Mai 2008 bis einschließlich 7. November 2009 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgeübt werden.

Erwerbspreis

Der Erwerbspreis (ohne Erwerbsnebenkosten) darf den arithmetischen Mittelwert der Schlusskurse für Aktien der Gesellschaft im XETRA-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main an den letzten fünf aufeinanderfolgenden Börsenhandelstagen vor dem Erwerb oder der Eingehung einer Verpflichtung zum Erwerb um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten.

Ermächtigung zu sonstigen Zwecken

Ermächtigung

Die Gesellschaft ist ermächtigt, während des Zeitraums vom 8. Mai 2008 bis einschließlich 7. November 2009 eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden

Angaben über das Kapital der Gesellschaft

Grundkapitals zu erwerben. Dabei dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann auch durch verbundene Unternehmen der Gesellschaft oder von Dritten für Rechnung der Gesellschaft oder ihrer verbundenen Unternehmen ausgeübt werden. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgeübt werden.

Erwerbspreis

Sofern der Erwerb der Aktien über die Börse erfolgt, darf der Erwerbspreis (ohne Erwerbsnebenkosten) den arithmetischen Mittelwert der Schlusskurse für Aktien der Gesellschaft im XETRA-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main an den letzten fünf aufeinanderfolgenden Börsenhandelstagen vor dem Erwerb oder der Eingehung einer Verpflichtung zum Erwerb um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten.

Erfolgt der Erwerb aufgrund eines öffentlichen Angebots an alle Aktionäre oder auf andere Weise nach Maßgabe des Gleichbehandlungsgrundsatzes gemäß § 53a AktG, so darf der an die Aktionäre gezahlte Erwerbspreis (ohne Erwerbsnebenkosten) den arithmetischen Mittelwert der Schlusskurse der Aktie der Gesellschaft im XETRA-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main an den letzten fünf aufeinanderfolgenden Börsenhandelstagen vor der Veröffentlichung des Angebots oder, bei einem Erwerb auf andere Weise, vor dem Erwerb um nicht mehr als 20 % über- oder unterschreiten. Das Volumen des Kaufangebots kann begrenzt werden. Sofern die von den Aktionären zum Erwerb angebotenen Aktien den Gesamtbetrag des Erwerbsangebots der Gesellschaft überschreiten, erfolgt die Annahme im Verhältnis des Gesamtbetrags des Erwerbsangebots zu den insgesamt von den Aktionären angebotenen Aktien. Es kann aber vorgesehen werden, dass geringe Stückzahlen bis zu 50 angebotene Aktien je Aktionär bevorzugt angenommen werden. Das Kaufangebot kann weitere Bedingungen vorsehen.

Zweck

Die Ermächtigung kann zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck, insbesondere zur Verfolgung eines oder mehrerer der nachfolgend genannten Ziele, ausgeübt werden.

Der Vorstand wird ermächtigt, die aufgrund dieser oder einer früheren Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen. Die Einziehung kann auf einen Teil der erworbenen Aktien beschränkt werden. Von der Ermächtigung zur Einziehung kann mehrfach Gebrauch gemacht werden. Die Einziehung führt grundsätzlich zur Kapitalherabsetzung. Der Vorstand kann abweichend hiervon bestimmen, dass das Grundkapital unverändert bleibt und sich stattdessen durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand ist in diesem Fall zur Anpassung der Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung ermächtigt.

Der Vorstand wird ermächtigt, die aufgrund dieser oder einer früheren Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats in anderer Weise als durch einen Verkauf über die Börse oder ein Angebot an alle Aktionäre unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre wie folgt zu verwenden:

- Veräußerung gegen Sachleistung, soweit dies zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen oder sonstige einlagefähige Vermögensgegenstände zu erwerben oder Unternehmenszusammenschlüsse durchzuführen.
- Veräußerung gegen Barzahlung, soweit diese zu einem Preis erfolgt, der den Börsenwert von Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung beschränkt sich unter Einbeziehung von anderen Aktien, die seit Beschlussfassung über diese Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in direkter oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben worden sind, auf insgesamt höchstens 10 % des derzeitigen oder — falls dieser Wert geringer ist — 10 % des bei Ausübung dieser Ermächtigung bestehenden Grundkapitals der Gesellschaft.

Angaben über das Kapital der Gesellschaft

Die beiden letztgenannten Ermächtigungen können auch durch verbundene Unternehmen der Gesellschaft oder von Dritten für Rechnung der Gesellschaft oder ihrer verbundenen Unternehmen ausgeübt werden.

Zum Zeitpunkt dieses Prospekts halten weder die Gesellschaft noch verbundene Unternehmen der Gesellschaft Aktien der Gesellschaft.

Allgemeine Bestimmungen zu Kapitalmaßnahmen

Zur Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft durch die Ausgabe neuer Stammaktien bedarf es eines Beschlusses der Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit der Stimmen und des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Darüber hinaus kann durch Beschluss der Hauptversammlung der Vorstand der Gesellschaft ermächtigt werden, innerhalb von fünf Jahren mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe von Aktien in einem bestimmten Gesamtbetrag das Grundkapital der Gesellschaft zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Außerdem können die Aktionäre nach dem Aktiengesetz die Schaffung von bedingtem Kapital beschließen, allerdings nur, um damit Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen Umtausch- oder Bezugsrechte zu gewähren, um den Zusammenschluss mit einem anderen Unternehmen vorzubereiten oder um Arbeitnehmern und Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft oder eines verbundenen Unternehmens Bezugsrechte zu gewähren (bedingte Kapitalerhöhung). Schließlich kann die Hauptversammlung eine Erhöhung des Grundkapitals durch Umwandlung der Kapitalrücklage und von Gewinnrücklagen in Grundkapital beschließen (Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln). Die Hauptversammlungsbeschlüsse zur Schaffung von genehmigtem bzw. bedingtem Kapital müssen jeweils mit der einfachen Mehrheit der Stimmen und einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals umfasst, gefasst werden. Eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bedarf eines Hauptversammlungsbeschlusses mit einfacher Mehrheit der Stimmen und des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals.

Der Gesamtbetrag des von den Aktionären geschaffenen genehmigten Kapitals darf die Hälfte des Grundkapitals, das zum Zeitpunkt der Eintragung des genehmigten Kapitals in das Handelsregister besteht, nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag des von den Aktionären geschaffenen bedingten Kapitals darf die Hälfte des Grundkapitals, das zur Zeit der Beschlussfassung über die bedingte Kapitalerhöhung besteht, nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag des bedingten Kapitals zur Gewährung von Bezugsrechten an Arbeitnehmer und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft oder eines verbundenen Unternehmens darf 10 % des Grundkapitals, das zur Zeit der Beschlussfassung über die bedingte Kapitalerhöhung vorhanden ist, nicht übersteigen.

Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten

Nach dem deutschen Aktienrecht stehen jedem Aktionär grundsätzlich Bezugsrechte entsprechend seiner bisherigen prozentualen Beteiligung auf die im Rahmen einer Kapitalerhöhung neu auszugebenden Aktien (einschließlich Wandelschuldverschreibungen, Optionsanleihen, Genussrechten oder Gewinnschuldverschreibungen) zu. Bezugsrechte sind grundsätzlich frei übertragbar und können während eines festgelegten Zeitraums vor Ablauf der Bezugsfrist an den deutschen Wertpapierbörsen gehandelt werden. Die Gesellschaft gewährleistet jedoch nicht, dass ein solcher Handel stattfindet. Die Hauptversammlung kann mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen und gleichzeitiger Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausschließen. Für einen solchen Bezugsrechtsausschluss ist darüber hinaus ein Bericht des Vorstands erforderlich, der zur Begründung des Bezugsrechtsausschlusses darlegen muss, dass das Interesse der Gesellschaft am Ausschluss des Bezugsrechts das Interesse der Aktionäre an der Einräumung des Bezugsrechts überwiegt. Ein Ausschluss des Bezugsrechts bei Ausgabe neuer Aktien ist insbesondere dann zulässig, wenn die Gesellschaft das Kapital gegen Bareinlagen erhöht, der Betrag der Kapitalerhöhung 10 % des bestehenden Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet.

Als Ausschluss des Bezugsrechts ist es nicht anzusehen, wenn nach dem Beschluss der Hauptversammlung die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem nach § 53 Absatz 1 Satz 1 oder § 53b Absatz 1 Satz 1

Angaben über das Kapital der Gesellschaft

oder Absatz 7 des Gesetzes über das Kreditwesen tätigen Unternehmen mit der Verpflichtung übernommen werden sollen, sie den Aktionären der Gesellschaft zum Bezug anzubieten (so genanntes mittelbares Bezugsrecht).

Allgemeine Bestimmungen zu Gewinnverwendung und Dividendenzahlungen

Die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden auf Aktien der Gesellschaft für ein Geschäftsjahr obliegt der ordentlichen Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres, die auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat entscheidet.

Nach dem deutschen Aktienrecht kann eine Beschlussfassung über eine Dividende sowie deren Ausschüttung nur aufgrund eines in dem Einzelabschluss der Gesellschaft ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist der Jahresüberschuss um Gewinn- bzw. Verlustvorträge der Vorjahre sowie um Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden.

Nach der Satzung der Gesellschaft sind Vorstand und Aufsichtsrat ermächtigt, bei der Feststellung des Jahresabschlusses den Jahresüberschuss, der nach Abzug der in die gesetzliche Rücklage einzustellenden Beträge und eines Verlustvortrags verbleibt, zum Teil oder ganz in andere Rücklagen einzustellen. Die Einstellung eines größeren Teils als der Hälfte des Jahresüberschusses ist nicht zulässig, soweit die anderen Gewinnrücklagen nach der Einstellung die Hälfte des Grundkapitals übersteigen würden.

Nach der Satzung der Gesellschaft kann bei einer Kapitalerhöhung die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

Von der Hauptversammlung beschlossene Dividenden werden jährlich kurz nach der Hauptversammlung in Übereinstimmung mit den Regeln des jeweiligen Clearing-Systems ausgezahlt unabhängig davon, ob es sich um im Inland oder im Ausland ansässige Aktionäre handelt. Die Gesellschaft hat grundsätzlich für Rechnung der Aktionäre von den von ihr ausgeschütteten Dividenden eine Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) einzubehalten. Die Kapitalertragsteuer ist grundsätzlich unabhängig davon einzubehalten, ob es sich um einen im Inland oder im Ausland ansässigen Aktionär handelt (für weitere Einzelheiten zur Besteuerung von Dividenden siehe „*Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland — Besteuerung von Dividenden*“). Dividendenansprüche unterliegen der dreijährigen Regelverjährung zugunsten der Gesellschaft. Einzelheiten über etwaige von der Hauptversammlung beschlossene Dividenden und die von der Gesellschaft jeweils benannten Zahlstellen werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Aufgrund des im dritten Quartal 2008 eingetretenen Konzernverlusts und der daraus resultierenden Notwendigkeit der Stärkung des Eigenkapitals der Postbank plant der Vorstand der Gesellschaft derzeit, der ordentlichen Hauptversammlung 2009 vorzuschlagen, für das Geschäftsjahr 2008 keine Dividende auszuschütten.

Ausschluss von Minderheitsaktionären

Nach den Vorschriften der §§ 327a ff. AktG zum so genannten „Squeeze-out“ kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft auf Verlangen eines Aktionärs, dem 95 % des Grundkapitals (Hauptaktionär) gehören, die Übertragung der Aktien der übrigen Minderheitsaktionäre auf den Hauptaktionär gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung beschließen. Die Höhe der den Minderheitsaktionären zu gewährenden Barabfindung muss dabei die Verhältnisse der Gesellschaft im Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung berücksichtigen. Maßgeblich für die Abfindungshöhe ist der volle Wert des Unternehmens, der i.d.R. im Wege der Ertragswertmethode festgestellt wird.

Angaben über das Kapital der Gesellschaft

Darüber hinaus sind nach den in § 39a und § 39b des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG) enthaltenen Bestimmungen zum so genannten übernahmerechtlichen Squeeze-out nach einem Übernahme- oder Pflichtangebot dem Bieter, dem Aktien der Zielgesellschaft in Höhe von mindestens 95 % des stimmberechtigten Grundkapitals gehören, auf seinen Antrag die übrigen stimmberechtigten Aktien gegen Gewährung einer angemessenen Abfindung durch Gerichtsbeschluss zu übertragen. Dabei ist die im Rahmen des Übernahme- oder Pflichtangebots gewährte Gegenleistung als angemessene Abfindung anzusehen, wenn der Bieter aufgrund des Angebots Aktien in Höhe von mindestens 90 % des vom Angebot betroffenen Grundkapitals erworben hat. Ferner können nach einem Übernahme- oder Pflichtangebot die Aktionäre einer Zielgesellschaft, die das Angebot nicht angenommen haben, dieses innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Annahmefrist annehmen (so genannter Sell-out), sofern der Bieter berechtigt ist, einen Antrag auf Übertragung der ausstehenden stimmberechtigten Aktien nach § 39a WpÜG zu stellen (§ 39c WpÜG).

Nach den Vorschriften der §§ 319 ff. AktG über die Eingliederung kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft die Eingliederung in eine andere Gesellschaft beschließen, wenn die künftige Hauptgesellschaft mindestens 95 % der Aktien der einzugliedernden Gesellschaft hält. Die ausgeschiedenen Aktionäre der eingegliederten Gesellschaft haben Anspruch auf eine angemessene Abfindung, die grundsätzlich in eigenen Aktien der Hauptgesellschaft zu gewähren ist. Die Höhe der Abfindung ist dabei durch die so genannte Verschmelzungswertrelation zwischen beiden Gesellschaften zu ermitteln, d. h. durch das Umtauschverhältnis, das im Falle der Verschmelzung beider Gesellschaften als angemessen anzusehen wäre.

Anzeigepflichten für Anteilsbesitz, Übernahmeangebote

Offenlegung von Beteiligungen an börsennotierten Aktiengesellschaften

Das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) bestimmt, dass jeder Aktionär, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % oder 75 % der Stimmrechte an einer börsennotierten Gesellschaft erreicht, über- oder unterschreitet, der entsprechenden Gesellschaft und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Handelstagen, das Erreichen, Überschreiten oder Unterschreiten der genannten Schwellenwerte sowie die Höhe seines aktuellen Stimmrechtsanteils schriftlich mitzuteilen hat. In Verbindung mit diesem Erfordernis enthält das WpHG verschiedene Regeln, die die Zuordnung des Aktienbesitzes zu der Person sicherstellen sollen, die tatsächlich die mit den Aktien verbundenen Stimmrechte kontrolliert. Beispielsweise werden einem Unternehmen Aktien, die einem dritten Unternehmen gehören, zugerechnet, wenn das eine Unternehmen das andere kontrolliert, ebenso Aktien, die von einem dritten Unternehmen für Rechnung des ersten oder einem von diesem kontrollierten Unternehmen gehalten werden. Außerdem erfolgt eine Zurechnung im Falle eines abgestimmten Verhaltens (so genanntes acting in concert). Ein abgestimmtes Verhalten setzt voraus, dass der Meldepflichtige und ein Dritter mit dem Ziel einer dauerhaften und erheblichen Änderung der unternehmerischen Ausrichtung des Emittenten in sonstiger Weise zusammenwirken. Auch ein abgestimmtes Verhalten im Vorfeld von Hauptversammlungen ist erfasst. Die Stimmrechte des Dritten aus Aktien des Emittenten werden bei Vorliegen eines abgestimmten Verhaltens in voller Höhe dem meldepflichtigen Aktionär zugerechnet.

Unterbleibt die Mitteilung, so ist der Aktionär für die Dauer des Versäumnisses von der Ausübung der mit diesen Aktien verbundenen Rechte ausgeschlossen. Wird die Mitteilung nachgeholt, so verlängert sich der Verlust der Rechte im Falle eines vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verstoßes gegen Mitteilungspflichten um sechs Monate. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Abweichung bei der Höhe der in der unrichtigen Mitteilung angegebenen Stimmrechte weniger als 10 % des tatsächlichen Stimmrechtsanteils beträgt und keine Mitteilung über das Erreichen, Überschreiten oder Unterschreiten der verschiedenen Meldeschwellen unterlassen wird. Außerdem kann bei Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht eine Geldbuße verhängt werden.

Mit Ausnahme der Schwelle von 3 % gelten entsprechende Mitteilungspflichten gegenüber der Gesellschaft und der BaFin für das Erreichen, Überschreiten oder Unterschreiten der vorgenannten Schwellenwerte beim Halten von sonstigen Finanzinstrumenten, die ihrem Inhaber das Recht verleihen, einseitig im Rahmen einer rechtlich bindenden Vereinbarung mit Stimmrechten verbundene und bereits ausgegebene Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Nach dem Gesetz zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken (Risikobegrenzungsgesetz) erfolgt ab dem 1. März 2009 eine Zusammenrechnung von

Angaben über das Kapital der Gesellschaft

Stimmrechten, die aufgrund solcher Finanzinstrumente dem Aktionär zuzurechnen sind, mit den Stimmrechten des Aktionärs aus Aktien (siehe „— Änderungen durch das Risikobegrenzungs-gesetz“).

Die Gesellschaft muss diese Mitteilungen unverzüglich, spätestens jedoch drei Handelstage nach Zugang der Mitteilung, veröffentlichen und die Veröffentlichung der BaFin mitteilen. Die Gesellschaft muss außerdem die Gesamtzahl der Stimmrechte am Ende eines jeden Kalendermonats, in dem es zu einer Zu- oder Abnahme von Stimmrechten gekommen ist, veröffentlichen und gleichzeitig der BaFin die Veröffentlichung mitteilen. Außerdem muss die Gesellschaft unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b HGB die erhaltenen Mitteilungen bzw. die Information über die Zu- oder Abnahme von Stimmrechten zur Speicherung übermitteln.

Des Weiteren ist nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) jeder, dessen Stimmrechtsanteil 30 % der Stimmrechte der Gesellschaft erreicht oder übersteigt, verpflichtet, diese Tatsache, einschließlich des Prozentsatzes seiner Stimmrechte, innerhalb von sieben Kalendertagen in mindestens einem überregionalen Börsenpflichtblatt oder mittels eines elektronisch betriebenen Informationsverbreitungssystems für Finanzinformationen zu veröffentlichen und anschließend innerhalb von vier Wochen, sofern keine Befreiung von dieser Verpflichtung erteilt wurde, ein an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichtetes öffentliches Pflichtangebot zu unterbreiten. Das WpÜG enthält eine Reihe von Bestimmungen, die die Zuordnung des Aktienbesitzes zu der Person sicherstellen sollen, die tatsächlich die mit den Aktien verbundenen Stimmrechte kontrolliert. Die Regelungen zum abgestimmten Verhalten im Rahmen des WpÜG (so genanntes acting in concert) entsprechen den wertpapierhandelsrechtlichen Bestimmungen. Unterbleibt die Mitteilung über das Erreichen oder Übersteigen der 30 %-Schwelle oder die Unterbreitung des öffentlichen Pflichtangebots, ist der Aktionär für die Dauer des Versäumnisses von der Ausübung der mit diesen Aktien verbundenen Rechte (einschließlich Stimmrecht und Recht zum Bezug von Dividenden) ausgeschlossen. Außerdem kann in diesen Fällen eine Geldbuße verhängt werden.

Die Satzung der Gesellschaft enthält keine über die gesetzlichen Anzeigepflichten für Anteilsbesitz hinausgehenden Vorschriften.

Änderungen durch das Risikobegrenzungs-gesetz

Das Gesetz zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken (Risikobegrenzungs-gesetz) ist in großen Teilen am 19. August 2008 in Kraft getreten. Einzelne Regelungen des Gesetzes treten jedoch erst am 1. März bzw. 31. Mai 2009 in Kraft. Dies gilt insbesondere in folgenden Bereichen:

- > Bei Mitteilungen über Stimmrechte nach dem WpHG sind Stimmrechte aus selbst gehaltenen oder zuzurechnenden Aktien und Stimmrechte aus Aktien, die Finanzinstrumenten als Basiswert zugrunde liegen, künftig zusammenzurechnen. Bei den Finanzinstrumenten handelt es sich wie bisher um solche, die ihrem Inhaber das Recht verleihen, einseitig im Rahmen einer rechtlich bindenden Vereinbarung mit Stimmrechten verbundene und bereits ausgegebene Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Diese Regelung tritt am 1. März 2009 in Kraft.
- > Aktionäre müssen, sobald sie 10 % (oder einen höheren Schwellenwert) der Stimmrechte an einer börsennotierten Gesellschaft erreichen oder überschreiten, die mit dem Erwerb der Stimmrechte verfolgten Ziele und die Herkunft der für den Erwerb verwendeten Mittel innerhalb von 20 Handelstagen nach Erreichen oder Überschreiten dieser Schwellen der Gesellschaft mitteilen. Diese Regelung kann durch eine Satzungsänderung der Gesellschaft abbedungen werden; sie tritt am 31. Mai 2009 in Kraft.

Aktuelle Meldungen über Aktienbesitz

Zum Zeitpunkt der Prospektveröffentlichung haben folgende Aktionäre einen Aktienbesitz über den Schwellenwerten der Gesellschaft mitgeteilt:

Aktionär	Datum der Meldung	Aktienbesitz in %
Deutsche Post AG, Bonn*	16. November 2007	50 % plus eine Aktie

* Die Beteiligung wird der Deutsche Post AG über Tochtergesellschaften zugerechnet.

Angaben über das Kapital der Gesellschaft

Zur vereinbarten Änderung der Aktionärsstruktur der Gesellschaft siehe „*Aktionärsstruktur — Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft durch die Deutsche Bank AG*“.

Offenlegung von Beteiligungen an Kreditinstituten

Das Kreditwesengesetz sieht vor, dass eine Person, die eine bedeutende Beteiligung an einem Kreditinstitut zu erwerben beabsichtigt, unverzüglich die BaFin und die Deutsche Bundesbank über diese Absicht in Kenntnis setzen muss. Als bedeutende Beteiligung gilt der Erwerb von mindestens 10 % der Stimmrechte oder des Kapitals eines Kreditinstituts. Die erforderliche Mitteilung muss Angaben über die Zuverlässigkeit der Person oder, im Fall einer Personengesellschaft oder juristischen Person, die Zuverlässigkeit ihrer gesetzlichen oder satzungsgemäßen Vertreter enthalten.

Eine Person mit einer bedeutenden Beteiligung muss zudem die BaFin und die Deutsche Bundesbank unverzüglich über eine geplante Erhöhung seiner Beteiligung im Falle des Überschreitens bestimmter Schwellenwerte unterrichten. Diese Schwellenwerte liegen bei 20 %, 33 % und 50 % der Stimmrechte oder des Kapitals. Eine Person, die eine bedeutende Beteiligung hält, muss die BaFin und die Deutsche Bundesbank unverzüglich unterrichten, wenn sie beabsichtigt, ihre Beteiligung auf unter 10 % oder unter eine der vorgenannten Schwellenwerte herabzusetzen.

Die BaFin kann innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten nach Erhalt der Mitteilung den beabsichtigten Erwerb oder die beabsichtigte Beteiligung untersagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Person oder ihre gesetzlichen oder satzungsgemäßen Vertreter nicht zuverlässig sind, oder wenn festgestellt wird, dass die Beteiligung die wirksame Überwachung des jeweiligen Kreditinstituts durch die BaFin unmöglich macht. Sollte eine Person trotz eines derartigen Verbots oder ohne die erforderliche Mitteilung an die BaFin und die Deutsche Bundesbank eine bedeutende Beteiligung erwerben, kann die BaFin der Person die Ausübung der mit den Aktien verbundenen Stimmrechte untersagen. Außerdem kann bei Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht eine gesetzlich vorgesehene Geldbuße verhängt werden.

Offenlegung der Geschäfte von Führungspersonen

Das Wertpapierhandelsgesetz verpflichtet Personen, die bei einer börsennotierten Aktiengesellschaft Führungsaufgaben wahrnehmen (Führungspersonen), zur Mitteilung eigener Geschäfte mit Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, an die Gesellschaft und die BaFin innerhalb von fünf Werktagen. Dies gilt auch für Personen, die mit Führungspersonen in einer engen Beziehung stehen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, eine solche Mitteilung unverzüglich nach dem Erhalt zu veröffentlichen und der BaFin die Veröffentlichung zu übersenden sowie dem Unternehmensregister im Sinne von § 8b HGB nach der Veröffentlichung zur Speicherung zu übermitteln. Die Pflicht besteht nicht, solange die Gesamtsumme der Geschäfte einer Führungsperson und der mit dieser Führungsperson in einer engen Beziehung stehenden Personen insgesamt einen Betrag von € 5.000 bis zum Ende des Kalenderjahres nicht erreicht. Führungspersonen sind Mitglieder eines Leitungs-, Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans der Gesellschaft sowie sonstige Personen, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind.

Folgende Personen stehen mit einer Führungsperson in einer engen Beziehung: Ehepartner, eingetragene Lebenspartner, unterhaltsberechtignte Kinder und andere Verwandte, die zum Zeitpunkt des meldepflichtigen Geschäfts seit mindestens einem Jahr mit der Führungsperson im selben Haushalt leben. Juristische Personen, bei denen die vorgenannten Personen Leitungsaufgaben wahrnehmen, unterliegen ebenfalls der Meldepflicht. Unter die vorstehende Regelung fallen auch solche juristischen Personen, Gesellschaften und Einrichtungen, die direkt oder indirekt von einer Führungsperson oder einer mit einer Führungsperson in enger Beziehung stehenden Person kontrolliert werden, die zugunsten einer solchen Person gegründet wurden oder deren wirtschaftliche Interessen weitgehend denen einer solchen Person entsprechen.

Bei schuldhafter Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht kann eine Geldbuße verhängt werden.

Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Dieser Abschnitt enthält eine kurze Zusammenfassung einiger wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten oder der Übertragung von Aktien und Bezugsrechten von Bedeutung sind oder werden können. Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und enthält keine abschließende Erläuterung aller denkbaren steuerlichen Aspekte in diesem Bereich, die für Aktionäre relevant werden könnten. Grundlage der Zusammenfassung sind die zur Zeit der Erstellung dieses Prospektes (d.h. im Veranlagungszeitraum 2008) geltenden Steuervorschriften in Deutschland sowie Bestimmungen von Doppelbesteuerungsabkommen, wie sie Deutschland derzeit typischerweise mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Dieser Abschnitt enthält am Schluss eine kurze Zusammenfassung der mit dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 größtenteils ab 2009 eingeführten Abgeltungsteuer. Steuerrechtliche Vorschriften können sich — unter Umständen auch rückwirkend — ändern.

Dieser Abschnitt kann nicht die individuelle steuerliche Beratung des einzelnen Anteilseigners ersetzen. Potenziellen Käufern der Aktien wird daher empfohlen, wegen der Steuerfolgen des Erwerbs, des Haltens sowie der Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten und wegen des bei einer möglichen Erstattung deutscher Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) einzuhaltenden Verfahrens ihre steuerlichen Berater zu konsultieren. Nur diese sind in der Lage, auch die besonderen steuerlichen Verhältnisse des einzelnen Aktionärs angemessen zu berücksichtigen.

Besteuerung der Gesellschaft

Deutsche Kapitalgesellschaften unterliegen mit ihrem Gewinn grundsätzlich der Körperschaftsteuer. Der Körperschaftsteuersatz beträgt ab dem Veranlagungszeitraum 2008 einheitlich 15 % für ausgeschüttete und einbehaltene Gewinne zuzüglich eines Solidaritätszuschlages in Höhe von 5,5 % auf die Körperschaftsteuerschuld (insgesamt 15,825 %).

Dividenden oder andere Gewinnanteile, die die Gesellschaft von inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaften bezieht, sind grundsätzlich zu 95 % von der Körperschaftsteuer befreit, 5 % der jeweiligen Einnahmen gelten allerdings pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Gleiches gilt für Gewinne der Gesellschaft aus der Veräußerung von Anteilen an einer inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaft.

Zusätzlich unterliegen deutsche Kapitalgesellschaften mit ihrem in inländischen Betriebsstätten erzielten Gewerbeertrag grundsätzlich der Gewerbesteuer. Die Höhe der Gewerbesteuer hängt davon ab, in welcher Gemeinde die Gesellschaft Betriebsstätten unterhält. Die Gewerbesteuer beträgt in der Regel effektiv ca. 10 bis 17 % des Gewerbeertrags, je nach Hebesatz der Gemeinde. Die Gewerbesteuer darf bei der Ermittlung des körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens der Kapitalgesellschaft nicht als Betriebsausgabe abgezogen werden. Für Zwecke der Gewerbesteuer werden von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile sowie Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer anderen Kapitalgesellschaft grundsätzlich in gleicher Weise behandelt wie für Zwecke der Körperschaftsteuer. Allerdings sind von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile grundsätzlich nur dann effektiv zu 95 % von der Gewerbesteuer befreit, wenn die Gesellschaft zu Beginn bzw. seit Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraumes ununterbrochen zu mindestens 15 % am Grund- oder Stammkapital der ausschüttenden Gesellschaft beteiligt war (gewerbesteuerliches Schachtelprivileg). Anderenfalls unterliegen die Gewinnanteile vollständig der Gewerbesteuer. Für Gewinnanteile, die von ausländischen Kapitalgesellschaften stammen, gelten zusätzliche Einschränkungen.

Steuerliche Verlustvorträge können nur bis zur Höhe von € 1,0 Mio. zum vollen Ausgleich eines positiven körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens bzw. des Gewerbeertrags herangezogen werden. Übersteigt das Einkommen bzw. der Gewerbeertrag diesen Betrag, ist der Verlustausgleich auf 60 % des übersteigenden Betrags begrenzt. Die verbleibenden 40 % müssen versteuert werden (so genannte Mindestbesteuerung). Nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge können aber ohne zeitliche Beschränkung vorgetragen und im Rahmen der dargestellten Regelung von zukünftigen steuerpflichtigen Einkommen bzw. Gewerbeerträgen abgezogen werden.

Besteuerung der Aktionäre

Bei der Besteuerung der Aktionäre ist zu unterscheiden zwischen der Besteuerung im Zusammenhang mit dem Halten der Aktien (Besteuerung von Dividenden), der Veräußerung von Aktien (Besteuerung von Veräußerungsgewinnen) und der unentgeltlichen Übertragung von Aktien (Erbchaft- und Schenkungsteuer).

Besteuerung von Dividenden

Kapitalertragsteuer

Die Gesellschaft hat grundsätzlich für Rechnung der Aktionäre von den von ihr ausgeschütteten Dividenden eine Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) in Höhe von 20 % und einen auf die Kapitalertragsteuer erhobenen Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % (insgesamt also 21,1 %) einzubehalten und abzuführen. Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer ist die von der Hauptversammlung beschlossene Dividende. Ab 2009 erhöht sich der Kapitalertragsteuersatz auf 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % hierauf (insgesamt also 26,375 %).

Die Kapitalertragsteuer ist grundsätzlich unabhängig davon einzubehalten, ob und in welchem Umfang die Dividende auf Ebene des Aktionärs von der Steuer befreit ist und ob es sich um einen im Inland oder im Ausland ansässigen Aktionär handelt.

Bei Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässige Gesellschaft im Sinne des Art. 2 der so genannten Mutter-Tochter-Richtlinie (Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990 in der jeweils gültigen Fassung) ausgeschüttet werden, wird auf Antrag und bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen von einer Einbehaltung der Kapitalertragsteuer abgesehen (Freistellung im Steuerabzugsverfahren). Das gilt auch für Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gelegene Betriebsstätte einer solchen Muttergesellschaft oder einer in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Muttergesellschaft ausgeschüttet werden, sofern die Beteiligung an der Gesellschaft tatsächlich zum Betriebsvermögen dieser Betriebsstätte gehört.

Für Ausschüttungen an sonstige im Ausland ansässige Aktionäre wird der Kapitalertragsteuersatz, wenn Deutschland mit dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat und wenn der Aktionär seine Aktien weder im Vermögen einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland noch in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, hält, nach Maßgabe des Doppelbesteuerungsabkommens ermäßigt. Die Kapitalertragsteuerermäßigung wird grundsätzlich in der Weise gewährt, dass die Differenz zwischen dem einbehaltenen Gesamtbetrag einschließlich des Solidaritätszuschlages und der nach dem einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommen tatsächlich geschuldeten Kapitalertragsteuer (in der Regel 15 %) auf Antrag durch die deutsche Finanzverwaltung (Bundeszentralamt für Steuern, Hauptdienstsz Bonn-Beuel, An der Kuppe 1, D-53225 Bonn) erstattet wird. Formulare für das Erstattungsverfahren sind beim Bundeszentralamt für Steuern (<http://www.bzst.bund.de>) sowie bei den deutschen Botschaften und Konsulaten erhältlich.

Das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 sieht insbesondere für Dividenden, die beschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen ohne Sitz und Geschäftsleitung in Deutschland nach dem 31. Dezember 2008 zufließen, vor, dass zwei Fünftel der einbehaltenen und abgeführten Kapitalertragsteuer erstattet werden können, ohne dass alle Voraussetzungen erfüllt werden müssen, unter denen eine Erstattung auf Grund der so genannten Mutter-Tochter-Richtlinie oder auf Grund von Doppelbesteuerungsabkommen verlangt werden kann. Der Anspruch auf eine weitergehende Erstattung oder Freistellung auf Grund der Mutter-Tochter-Richtlinie oder von Doppelbesteuerungsabkommen bleibt unberührt. Nach dem Regierungsentwurf eines Jahressteuergesetzes 2009 sollen die Voraussetzungen der von dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vorgesehenen Erstattungsmöglichkeit verschärft werden.

Im Inland ansässige Aktionäre

Bei Aktionären (natürliche Personen und Körperschaften), die in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind (in der Regel Personen, deren Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitz und Ort der Geschäftsleitung

sich in Deutschland befindet), wird die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

Besteuerung von Dividendeneinkünften in Deutschland ansässiger Aktionäre, die ihre Aktien im Privatvermögen halten

Bei in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen, die die Aktien im Privatvermögen halten, gehört lediglich die Hälfte der Dividende zu den steuerpflichtigen Einkünften aus Kapitalvermögen (so genanntes Halbeinkünfteverfahren). Diese Hälfte der Dividenden unterliegt der progressiven Einkommensteuer bis zu einem Höchstsatz von 45 % (zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag hierauf). Aufwendungen, die mit solchen Dividenden in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, sind nur zur Hälfte steuerlich abzugsfähig.

Natürlichen Personen, die ihre Aktien im Privatvermögen halten, wird derzeit, wenn nicht höhere Werbungskosten nachgewiesen werden, eine jährliche Werbungskostenpauschale in Höhe von € 51,00 (bzw. € 102,00 bei zusammen veranlagten Ehegatten) und zusätzlich ein Sparerfreibetrag für ihre gesamten Einkünfte aus Kapitalvermögen in Höhe von jährlich € 750,00 (bzw. € 1.500,00 bei zusammen veranlagten Ehegatten) gewährt. Dividenden sind nur steuerpflichtig, soweit die Hälfte der Dividenden zusammen mit den anderen Einnahmen aus Kapitalvermögen nach hälftigem bzw. vollem Abzug der tatsächlichen Werbungskosten bzw. der Werbungskostenpauschale den Sparerfreibetrag übersteigt. Auf Dividenden, die den Steuerpflichtigen nach dem 31. Dezember 2008 zufließen, wird die so genannte Abgeltungsteuer in Höhe von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % hierauf, insgesamt 26,375 %) erhoben. Die Einführung der Abgeltungsteuer ab 2009 wird unten erläutert (siehe unten unter „— Einführung der Abgeltungsteuer ab 2009“).

Besteuerung von Dividendeneinkünften in Deutschland ansässiger Aktionäre, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten

Bei Aktien, die zum Betriebsvermögen eines Aktionärs gehören, richtet sich die Besteuerung danach, ob der Aktionär eine Körperschaft, ein Einzelunternehmer oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist:

Körperschaften. Ist der Aktionär eine steuerlich im Inland ansässige Körperschaft, so sind die Dividenden — vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors — grundsätzlich zu 95 % von der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag befreit. Eine Mindestbeteiligungsgrenze oder eine Mindesthaltezeit ist nicht zu beachten. 5 % der Dividenden gelten pauschal als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben und unterliegen daher der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Im Übrigen dürfen tatsächlich anfallende Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in unmittelbarem Zusammenhang stehen, abgezogen werden. Die Dividenden unterliegen jedoch nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, die Körperschaft ist zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15 % am Grund- oder Stammkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbesteuerliches Schachtelprivileg). Im letztgenannten Fall unterliegen die Dividenden nicht der Gewerbesteuer; auf den als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben geltenden Betrag (in Höhe von 5 % der Dividende) fällt allerdings Gewerbesteuer an.

Einzelunternehmer. Hält ein Einzelunternehmer die Aktien in seinem Betriebsvermögen, so unterliegen nur 50 % (ab 2009: 60 %) der Dividenden der progressiven Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag hierauf). Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, sind lediglich zur Hälfte (ab 2009: 60 %) steuerlich abzugsfähig. Gehören die Aktien zu einer deutschen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs des Aktionärs, so unterliegen die Dividendeneinkünfte (nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben) zusätzlich zur Einkommensteuer in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, der Aktionär war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15 % am Grund- oder Stammkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbesteuerliches Schachtelprivileg). Insoweit ist der Nettobetrag der Dividenden, d.h. abzüglich damit in unmittelbarem Zusammenhang stehender Aufwendungen, von der Gewerbesteuer ausgenommen. Die Gewerbesteuer ist grundsätzlich im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens — abhängig von

Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen — vollständig oder teilweise auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.

Personengesellschaft. Ist der Aktionär eine Personengesellschaft, so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf der Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung eines jeden Gesellschafters hängt davon ab, ob der Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist. Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, so ist die Dividende grundsätzlich effektiv zu 95 % steuerfrei (vgl. oben unter „— *Körperschaften*“). Ist der Gesellschafter eine natürliche Person, so unterliegt nur die Hälfte (ab 2009: 60 %) der Dividendenbezüge der Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) (vgl. oben unter „— *Einzelunternehmer*“). Zusätzlich unterliegen die Dividenden bei Zurechnung der Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs der Personengesellschaft bei dieser der Gewerbesteuer, und zwar grundsätzlich in voller Höhe. Wenn der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Anteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren — abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen — vollständig oder teilweise auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet. War die Personengesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15 % am Grund- oder Stammkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbesteuerliches Schachtelprivileg), unterliegen die Dividenden nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben nicht der Gewerbesteuer. Allerdings fällt in diesem Fall, soweit an der Personengesellschaft Körperschaften beteiligt sind, auf 5 % der Dividenden, die als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben gelten, Gewerbesteuer an.

Im Ausland ansässige Aktionäre

Nicht in Deutschland ansässige Aktionäre (natürliche Personen oder Körperschaften), die ihre Aktien über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder ein Betriebsvermögen, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, halten, unterliegen mit ihren Dividendeneinkünften der deutschen Steuer. Insoweit gilt das oben in Bezug auf in Deutschland ansässige Aktionäre Dargestellte entsprechend. Die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) wird ihnen auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

In allen sonstigen Fällen ist eine etwaige deutsche Steuerschuld mit Einbehaltung der Kapitalertragsteuer abgegolten. Die Kapitalertragsteuer wird nur in den oben unter „— *Kapitalertragsteuer*“ beschriebenen Fällen erstattet.

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen

Im Inland ansässige Aktionäre

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen in Deutschland ansässiger Aktionäre, die ihre Aktien im Privatvermögen halten

Ein Gewinn aus der Veräußerung von Aktien durch eine in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Person, die die Aktien in ihrem Privatvermögen hält, unterliegt in Deutschland grundsätzlich der Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag, wenn die Veräußerung innerhalb eines Jahres nach Anschaffung der veräußerten Aktien stattfindet. Bei Aktien, die einem Verwahrer zur Sammelverwahrung nach § 5 Depotgesetz anvertraut worden sind, wird dabei unterstellt, dass die zuerst angeschafften Aktien zuerst veräußert werden. Bemessungsgrundlage ist grundsätzlich die Hälfte des Veräußerungsgewinns; auch Verluste aus der Veräußerung von Aktien sowie wirtschaftlich mit der Veräußerung zusammenhängende Aufwendungen können daher nur zur Hälfte abgezogen werden. Auch die Gewinne aus der Veräußerung eines im Privatvermögen gehaltenen Bezugsrechts unterliegen der Einkommensteuer und dem Solidaritätszuschlag, wenn die Veräußerung innerhalb eines Jahres nach dem Erwerb der dem Bezugsrecht zugrunde liegenden Aktien stattfindet. In diesem Fall sollte das Halbeinkünfteverfahren Anwendung finden (BFH Urteil vom 27.10.2005, Az.: IX R 15/05).

Weiterhin ist die Ausübung von Bezugsrechten als Veräußerung der Bezugsrechte anzusehen. Erfolgt die Ausübung innerhalb eines Jahres nach der Anschaffung der den Bezugsrechten zugrunde liegenden Aktien, liegt ein so genanntes steuerpflichtiges privates Veräußerungsgeschäft vor. Als Zeitpunkt der Veräußerung gilt

Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

der Tag der Annahme des Bezugsrechtsangebots. Als Veräußerungserlös ist der Börsenkurs der Bezugsrechte im Zeitpunkt der Annahme des Bezugsrechtsangebots zu sehen (BMF vom 20.12.2005, Az.: IV C 3-S 2256-255/05).

Der Gewinn wird nicht besteuert, wenn er zusammen mit anderen Gewinnen aus privaten Veräußerungsgeschäften im Kalenderjahr weniger als € 600,00 beträgt. Ein Veräußerungsverlust kann nur mit im selben Kalenderjahr aus privaten Veräußerungsgeschäften erzielten Gewinnen ausgeglichen oder, wenn dies mangels entsprechender Gewinne nicht möglich ist, unter bestimmten Voraussetzungen von positiven Einkünften aus privaten Veräußerungsgeschäften des Vorjahres und in gewissen Grenzen der Folgejahre abgezogen werden.

Ein Gewinn aus der Veräußerung von Aktien, die im Privatvermögen einer in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Person gehalten werden, unterliegt auch nach Ablauf der vorgenannten Jahresfrist grundsätzlich zur Hälfte (ab 2009: 60 %) der Besteuerung nach dem individuellen Einkommensteuersatz zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % auf die Einkommensteuerschuld, wenn die natürliche Person oder im Falle eines unentgeltlichen Erwerbes ihr Rechtsvorgänger oder, wenn die Aktien mehrmals nacheinander unentgeltlich übertragen worden sind, einer ihrer Rechtsvorgänger zu irgendeinem Zeitpunkt während der der Veräußerung vorangegangenen fünf Jahre zu mindestens 1 % unmittelbar oder mittelbar am Kapital der Gesellschaft beteiligt war. In diesem Fall unterliegt auch die Hälfte der Gewinne aus der Veräußerung eines Bezugsrechts der Einkommensteuer und dem Solidaritätszuschlag; dabei besteht jedoch das Risiko, dass die erzielten Gewinne in vollem Umfang der Einkommensteuer sowie dem Solidaritätszuschlag unterliegen. Die Ausübung des Bezugsrechts sollte in diesen Fällen keine steuerpflichtige Veräußerung darstellen (OFD Hannover vom 5.1.2007, Az.: S 2244-81-StO 243). Veräußerungsverluste und Aufwendungen im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Veräußerung können grundsätzlich nur zur Hälfte (ab 2009: 60 %) abgezogen werden. Soweit die erzielten Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten in vollem Umfang der Einkommensteuer unterliegen sollten, wären die Verluste auch in voller Höhe im Rahmen der so genannten Mindestbesteuerung (s.o.) abziehbar.

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen in Deutschland ansässiger Aktionäre, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten

Bei Aktien, die zum Betriebsvermögen eines Aktionärs gehören, richtet sich die Besteuerung der erzielten Veräußerungsgewinne danach, ob der Aktionär eine Kapitalgesellschaft, ein Einzelunternehmer oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist:

Körperschaften. Für im Inland ansässige Körperschaften sind Gewinne aus der Veräußerung von Aktien grundsätzlich unabhängig von der Beteiligungshöhe und der Haltedauer zu 95 % von der Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer befreit. 5 % der Gewinne gelten pauschal als nicht abzehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) sowie der Gewerbesteuer. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, dürfen grundsätzlich nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden. Die Befreiung gilt nicht für Gewinne aus der Veräußerung eines durch Kapitalerhöhung entstandenen Bezugsrechts. Diese unterliegen in voller Höhe der Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer (BFH Urteil vom 23.01.2008, Az.: I R 101/06). Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Bezugsrechten stehen, dürfen dementsprechend grundsätzlich als Betriebsausgaben abgezogen werden.

Einzelunternehmer. Gehören die Aktien zum Betriebsvermögen eines in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Einzelunternehmers (natürliche Person), unterliegen 50 % (ab 2009: 60 %) der Veräußerungsgewinne der progressiven Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag hierauf. Veräußerungsverluste und mit solchen Veräußerungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehende Aufwendungen sind nur zu 50 % (ab 2009: 60 %) steuerlich abzugsfähig. Sind die Aktien der inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebes des Aktionärs zuzuordnen, so unterliegt die Hälfte der Veräußerungsgewinne zusätzlich der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer ist im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens — abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen — vollständig oder teilweise auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar. Bei im Betriebsvermögen realisierten Gewinnen aus der Veräußerung eines Bezugsrechts besteht das Risiko, dass diese in vollem Umfang der Einkommensteuer und dem Solidaritätszuschlag sowie gegebenenfalls der

Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Gewerbesteuer unterliegen. Die Ausübung des Bezugsrechts, mit der das Bezugsrechtsangebot angenommen wird, sollte keine steuerpflichtige Veräußerung darstellen (OFD Hannover vom 5.1.2007, Az.: S 2244-81-StO 243).

Personengesellschaft. Ist eine Personengesellschaft Aktionärin, so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung richtet sich dabei danach, ob der jeweilige Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist. Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, entspricht die Besteuerung der Veräußerungsgewinne den oben aufgezeigten Grundsätzen (vgl. oben unter „— Körperschaften“). Ist der Gesellschafter eine natürliche Person, finden die oben dargestellten Grundsätze Anwendung (siehe oben unter „— Einzelunternehmer“). Zusätzlich unterliegen die Gewinne aus der Veräußerung von Aktien bei Zurechnung zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbetriebs der Personengesellschaft der Gewerbesteuer auf der Ebene der Personengesellschaft und zwar grundsätzlich zur Hälfte (ab 2009: 60 %), soweit natürliche Personen an der Personengesellschaft beteiligt sind, und grundsätzlich zu 5 %, soweit Körperschaften beteiligt sind. Bei der Veräußerung eines Bezugsrechts besteht das Risiko, dass diese in vollem Umfang der Gewerbesteuer unterliegen, soweit eine natürliche Person beteiligt ist. Soweit eine Körperschaft beteiligt ist, unterliegen die Gewinne in voller Höhe der Gewerbesteuer. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, bleiben für Zwecke der Gewerbesteuer unberücksichtigt, wenn sie auf eine Körperschaft als Gesellschafter entfallen, und werden zur Hälfte (ab 2009: zu 60 %) berücksichtigt, wenn sie auf eine natürliche Person als Gesellschafter entfallen. Soweit die erzielten Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten in vollem Umfang der Gewerbesteuer unterliegen, wären die Verluste auch in voller Höhe abziehbar. Wenn der Gesellschafter eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Anteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren — abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen — vollständig oder teilweise auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet.

Für Veräußerungsgewinne, die von Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors oder von Pensionsfonds erzielt werden, gelten von diesen Grundsätzen abweichende Sonderregelungen, die weiter unten beschrieben sind.

Im Ausland ansässige Aktionäre

Veräußerungsgewinne, die von nicht in Deutschland ansässigen Aktionären erzielt werden, unterliegen der deutschen Steuer grundsätzlich nur, wenn der veräußernde Aktionär oder — im Falle eines unentgeltlichen Erwerbs — sein Rechtsvorgänger zu einem beliebigen Zeitpunkt innerhalb von fünf Jahren vor der Veräußerung unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 1 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt war. In diesem Fall unterliegen gegebenenfalls 5 % des Veräußerungsgewinns im Fall der Veräußerung von Aktien und 100 % im Fall der Veräußerung von Bezugsrechten der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag, wenn der Aktionär eine Körperschaft ist, und in allen anderen Fällen die Hälfte des Veräußerungsgewinns, im Fall der Veräußerung von Bezugsrechten möglicherweise in voller Höhe, der Einkommensteuer und dem Solidaritätszuschlag.

Die meisten Doppelbesteuerungsabkommen sehen hierbei allerdings eine Befreiung von der deutschen Besteuerung vor und weisen das Besteuerungsrecht dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs zu.

Für Gewinne aus dem Verkauf von Aktien, die über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, gehalten werden, gilt das oben für in Deutschland ansässige Aktionäre Dargestellte entsprechend.

Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds

Soweit Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute Aktien halten oder veräußern, die nach § 1a des Gesetzes über das Kreditwesen dem Handelsbuch zuzurechnen sind, gelten weder für Dividenden noch für

Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Veräußerungsgewinne die hälftige Befreiung von der Einkommensteuer (so genanntes Halbeinkünfteverfahren) bzw. die effektiv 95 %-ige Befreiung von der Körperschaftsteuer und gegebenenfalls von der Gewerbesteuer (sowie die entsprechenden Befreiungen vom Solidaritätszuschlag); das heißt Dividendeneinnahmen und Veräußerungsgewinne unterliegen grundsätzlich in vollem Umfang der Besteuerung. Gleiches gilt für Aktien, die von Finanzunternehmen im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges erworben werden. Für Aktien, die von Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens gehalten werden, sowie für Aktien, die bei Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen den Kapitalanlagen zuzurechnen sind oder die von Pensionsfonds gehalten werden, gilt das Vorstehende entsprechend. Die Vorschriften hinsichtlich der effektiv 95 %-igen Befreiung der Dividendenbezüge von der Körperschaftsteuer und gegebenenfalls von der Gewerbesteuer finden in den in diesem Abschnitt (Sonderregeln für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors und für Pensionsfonds) genannten Fällen jedoch Anwendung, soweit die Dividenden im Rahmen der so genannten Mutter-Tochter-Richtlinie (Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990 in der jeweils gültigen Fassung) steuerlich begünstigt sind. Soweit Kreditinstitute oder Finanzdienstleistungsinstitute Bezugsrechte veräußern, unterliegt der Veräußerungsgewinn, unabhängig davon, ob die den Bezugsrechten zugrunde liegenden Aktien dem Handelsbuch zuzurechnen sind, in vollem Umfang der Körperschaft- und Gewerbesteuer. Dementsprechend sind auch die Verluste aus der Veräußerung von Bezugsrechten in voller Höhe abziehbar.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Der Übergang von Aktien auf eine andere Person von Todes wegen oder durch Schenkung unterliegt grundsätzlich der deutschen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer, wenn:

- (i) der Erblasser, der Schenker, der Erbe, der Beschenkte oder der sonstige Erwerber zur Zeit des Vermögensüberganges seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt, seine Geschäftsleitung oder seinen Sitz in Deutschland hatte oder sich als deutscher Staatsangehöriger nicht länger als fünf Jahre dauernd im Ausland aufgehalten hat, ohne im Inland einen Wohnsitz zu haben, oder
- (ii) die Aktien beim Erblasser oder Schenker zu einem Betriebsvermögen gehörten, für das in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wurde oder ein ständiger Vertreter bestellt war, oder
- (iii) der Erblasser oder der Schenker zum Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung entweder allein oder zusammen mit anderen ihm nahestehenden Personen zu mindestens 10 % am Grund- oder Stammkapital der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligt war.

Die wenigen gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Doppelbesteuerungsabkommen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer sehen üblicherweise vor, dass deutsche Erbschaft- oder Schenkungsteuer nur in der Fallgruppe (i) und mit gewissen Einschränkungen auch in der Fallgruppe (ii) erhoben werden kann. Sonderregelungen gelten für bestimmte außerhalb Deutschlands lebende deutsche Staatsangehörige und ehemalige deutsche Staatsangehörige.

Sonstige Steuern

Bei dem Erwerb, der Veräußerung oder anderen Formen der Übertragung von Aktien fallen keine deutsche Kapitalverkehrsteuer, Umsatzsteuer, Stempelsteuer oder ähnliche Steuer an. Ein Unternehmer kann jedoch zur Umsatzsteuerpflicht der grundsätzlich umsatzsteuerbefreiten Umsätze mit Aktien optieren, wenn der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben.

Einführung einer Abgeltungsteuer ab 2009

Das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 sieht verschiedene Änderungen für die Besteuerung der Aktionäre vor, die größtenteils ab 2009 gelten.

Die Kapitalertragsteuer ist für nach dem 31. Dezember 2008 zufließende Dividenden in Höhe von 25 % (zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag hierauf, insgesamt 26,375 %) einzubehalten und abzuführen. Für Aktionäre, die die Aktien im Privatvermögen halten, wird mit dem Steuerabzug die Einkommensteuerschuld für die Dividenden abgegolten. Die Abgeltungsteuer ersetzt in diesen Fällen das bisherige Halbeinkünfteverfahren. Der Aktionär kann beantragen, dass seine Kapitalerträge statt der Abgeltungsteuer mit dem Satz der tariflichen Einkommensteuer besteuert werden, wenn dies für ihn zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt. Werbungskosten können in beiden Fällen bis auf einen Sparer-Pauschbetrag in Höhe von € 801,00 (€ 1.602,00 bei zusammen veranlagten Ehegatten) nicht mehr von Kapitalerträgen abgezogen werden.

Anteilseigner, die zu mindestens 25 % an der Gesellschaft beteiligt sind oder zu mindestens 1 % an der Gesellschaft beteiligt sind und für diese beruflich tätig sind, können beantragen, dass Dividenden nicht mit der Abgeltungsteuer, sondern nach Maßgabe des Teileinkünfteverfahrens (s.u.) besteuert werden. Die Begrenzung des Werbungskostenabzugs auf den Sparer-Pauschbetrag findet in diesen Fällen keine Anwendung. Ebenfalls keine Anwendung findet die eingeschränkte Verlustverrechnungsmöglichkeit von Veräußerungsverlusten (s.o. Besteuerung von Veräußerungsgewinnen in Deutschland ansässiger Aktionäre, die ihre Aktien im Privatvermögen halten).

Für Dividenden an im Ausland ansässige Aktionäre wird der Kapitalertragsteuersatz, wenn Deutschland mit dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat und wenn der Aktionär seine Aktien weder im Vermögen einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland noch in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, hält, nach Maßgabe des Doppelbesteuerungsabkommens ermäßigt. Die Kapitalertragsteuerermäßigung wird in der oben geschilderten Weise gewährt (vgl. oben unter „— Kapitalertragsteuer“).

Für Dividenden aus Aktien, die im Betriebsvermögen gehalten werden, gilt die Abgeltungsteuer nicht. Bei natürlichen Personen wird in diesem Fall das Halbeinkünfteverfahren ab 2009 durch ein so genanntes Teileinkünfteverfahren ersetzt, nach dem nicht mehr die Hälfte, sondern nur noch 40 % der Dividenden steuerbefreit sind. Dementsprechend können Werbungskosten ab 2009 zu 60 % abgezogen werden. Das Teileinkünfteverfahren gilt auch für Aktien, die im Betriebsvermögen von Personengesellschaften gehalten werden, soweit an ihnen natürliche Personen beteiligt sind.

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten, die nach dem 31. Dezember 2008 erworben werden und im Privatvermögen gehalten werden, unterliegen grundsätzlich unabhängig von der Haltedauer der Anteile in voller Höhe einer Abgeltungsteuer. Die Abgeltungsteuer wird im Wege des Kapitalertragsteuerabzugs für Rechnung des Aktionärs einbehalten, sofern der Veräußerungserlös von einer inländischen auszahlenden Stelle (zum Beispiel Depotbank) ausgezahlt oder gutgeschrieben wird. Der Abgeltungsteuersatz beträgt 25 % (zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag hierauf). Die Veräußerungsgewinne gelten als Kapitalerträge, von denen der Sparer-Pauschbetrag abgezogen wird. Ein Abzug von Werbungskosten im Zusammenhang mit Veräußerungsgewinnen ist nicht zulässig. Bei einer Besteuerung mit dem Satz der tariflichen Einkommensteuer im Rahmen einer auf Antrag zulässigen Veranlagung wird die Kapitalertragsteuer auf die tarifliche Einkommensteuer angerechnet und ein sich etwa ergebender Überhang erstattet. Für Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, die zum Privatvermögen gehören, gilt ab 2009 nicht die Abgeltungsteuer, sondern das Teileinkünfteverfahren, wenn in den letzten fünf Jahren vor der Veräußerung eine Beteiligung von mindestens 1 % am Grundkapital gehalten wurde. Die Abgeltungsteuer gilt ferner nicht für Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, die von natürlichen Personen im Betriebsvermögen gehalten werden.

Für Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, die zum Privatvermögen gehören und vor dem 1. Januar 2009 erworben wurden, gilt im Falle einer Veräußerung innerhalb der Jahresfrist ab Erwerb auch dann noch das bisherige Halbeinkünfteverfahren weiter, wenn der Veräußerungsgewinn in 2009 erzielt wird. Entsprechendes sollte für die Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten gelten, wenn die den Bezugsrechten zugrunde liegenden Aktien innerhalb der Jahresfrist vor dem 1. Januar 2009 erworben wurden. Nach Ablauf

Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

der Jahresfrist bleibt es für Aktien, die vor dem 1. Januar 2009 erworben wurden und die im Privatvermögen gehalten werden, bei der bislang geltenden Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne, sofern nicht in den letzten fünf Jahren vor der Veräußerung eine Beteiligung von mindestens 1 % am Grundkapital gehalten wurde.

Mögliche Einführung einer Steuerpflicht für Streubesitzdividenden und -veräußerungsgewinne

Im Zuge des laufenden Gesetzgebungsverfahrens für das Jahressteuergesetz 2009 wird diskutiert, die bisher gemäß § 8b KStG geltende Steuerbefreiung für Dividenden und Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften abzuschaffen, wenn die Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft weniger als 10 % beträgt. Es lässt sich nicht mit Sicherheit vorhersagen, ob und in welcher Form eine entsprechende Gesetzesänderung erfolgen wird.

FINANZTEIL

GEPRÜFTER KONZERNABSCHLUSS DER DEUTSCHE POSTBANK AG (IFRS) FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007	F-2
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	F-3
Konzern-Bilanz	F-4
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	F-5
Konzern-Kapitalflussrechnung	F-6
Konzernanhang	F-8
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F-83
GEPRÜFTER KONZERNABSCHLUSS DER DEUTSCHE POSTBANK AG (IFRS) FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2006	F-85
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	F-86
Konzern-Bilanz	F-87
Konzern-Entwicklung des Eigenkapitals	F-88
Konzern-Kapitalflussrechnung	F-89
Konzernanhang	F-91
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F-160
GEPRÜFTER KONZERNABSCHLUSS DER DEUTSCHE POSTBANK AG (IFRS) FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2005	F-161
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	F-162
Konzern-Bilanz	F-163
Konzern-Entwicklung des Eigenkapitals	F-164
Konzern-Kapitalflussrechnung	F-166
Konzernanhang	F-168
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F-234
UNGEPRÜFTER KONZERNZWISCHENABSCHLUSS DER DEUTSCHE POSTBANK AG (IFRS) ZUM 30. SEPTEMBER 2008	F-235
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	F-236
Konzern-Bilanz	F-238
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	F-239
Verkürzte Konzern-Kapitalflussrechnung	F-239
Ausgewählte erläuternde Anhangangaben	F-240
Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht	F-261
GEPRÜFTER JAHRESABSCHLUSS DER DEUTSCHE POSTBANK AG (HGB) FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007	F-262
Bilanz	F-263
Gewinn- und Verlustrechnung	F-265
Anhang	F-267
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F-296

**GEPRÜFTER KONZERNABSCHLUSS DER DEUTSCHE POSTBANK AG (IFRS)
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

	Erläuterungen	2007 Mio €	2006 ¹ Mio €
Zinserträge	(6)	8.384	7.650
Zinsaufwendungen	(6)	-6.144	-5.496
Zinsüberschuss	(6)	2.240	2.154
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(7)	-338	-337
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.902	1.817
Provisionserträge	(8)	1.675	1.623
Provisionsaufwendungen	(8)	-246	-216
Provisionsüberschuss	(8)	1.429	1.407
Handelsergebnis	(9)	290	264
Ergebnis aus Finanzanlagen	(10)	294	292
Verwaltungsaufwand	(11)	-2.856	-2.812
Sonstige Erträge	(12)	160	205
Sonstige Aufwendungen	(13)	-215	-232
Ergebnis vor Steuern		1.004	941
Ertragsteuern	(14)	-133	-245
Ergebnis nach Steuern		871	696
Ergebnis Konzernfremde		-1	-1
Konzerngewinn		<u>870</u>	<u>695</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

Ergebnis je Aktie

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2007 befanden sich durchschnittlich 164.000.000 (Vorjahr: 164.000.000) Aktien im Umlauf.

	2007	2006
Ergebnis je Aktie in €	<u>5,30</u>	<u>4,24</u>
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in €	<u>5,30</u>	<u>4,24</u>

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da — wie im Vorjahr — keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorhanden ist.

Der Vorstand wird der Hauptversammlung eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Dividendenaus-schüttung in Höhe von 1,25 € je Aktie vorschlagen.

Bilanz zum 31. Dezember 2007

Aktiva

	Erläuterungen	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Barreserve	(15)	3.352	1.015
Forderungen an Kreditinstitute	(16)	24.581	16.350
Forderungen an Kunden	(17)	92.130	87.182
Risikovorsorge	(19)	-1.154	-1.155
Handelsaktiva	(20)	9.936	13.280
Hedging-Derivate	(21)	421	485
Finanzanlagen	(22)	68.606	63.299
Immaterielle Vermögenswerte	(23)	2.425	2.505
Sachanlagen	(24)	927	941
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(25)	73	74
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(26)	117	86
Latente Ertragsteueransprüche	(26)	483	244
Sonstige Aktiva	(27)	529	581
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	(28)	565	—
Summe der Aktiva		<u>202.991</u>	<u>184.887</u>

Passiva

	Erläuterungen	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(29)	61.146	47.319
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(30)	110.696	101.316
Verbriefte Verbindlichkeiten	(31)	9.558	15.886
Handelspassiva	(32)	5.594	3.618
Hedging-Derivate	(33)	873	958
Rückstellungen		2.107	3.691
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(34)	1.143	1.115
b) Sonstige Rückstellungen	(35)	964	2.576
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	122	84
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	1.102	974
Sonstige Passiva	(37)	835	786
Nachrangkapital	(38)	5.603	5.048
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	(39)	44	—
Eigenkapital	(40)	5.311	5.207
a) Gezeichnetes Kapital		410	410
b) Kapitalrücklage		1.160	1.160
c) Andere Rücklagen		2.869	2.940
d) Konzerngewinn		870	695
Anteile in Fremdbesitz		2	2
Summe der Passiva		<u>202.991</u>	<u>184.887</u>

Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Gezeichnetes Kapital Mio €	Kapital- rücklage Mio €	Gewinn- rücklagen Mio €	Währungs- umrech- nungs- rücklage Mio €	Neubewer- tungs- rücklage Mio €	Konzern- gewinn Mio €	Eigen- kapital vor Fremd- anteilen Mio €	Anteile in Fremd- besitz Mio €	Gesamt Mio €
Stand 01.01.2006	410	1.160	2.764	-77	311	492	5.060	1	5.061
Ausschüttung						-205	-205		-205
Einstellung in die Gewinnrücklagen			287			-287	0		0
Veränderungen aus Währungsumrechnung				-40			-40		-40
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					-305		-305		-305
Konzerngewinn 01.01.-31.12.2006						695	695	1	696
Eigene Aktien im Bestand							0		0
Übrige Veränderungen							0		0
Stand 31.12.2006	410	1.160	3.051	-117	6	695	5.205	2	5.207
nachrichtlich: Summe der Eigenkapitalverändern- den Positionen gem. IAS 1.96c in 2006			0	-40	-305	695	350	1	351
Ausschüttung						-205	-205		-205
Einstellung in die Gewinnrücklagen			490			-490	0		0
Veränderungen aus Währungsumrechnung				-32			-32		-32
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					-529		-529		-529
Konzerngewinn 01.01.-31.12.2007						870	870	1	871
Eigene Aktien im Bestand							0		0
Übrige Veränderungen							0	-1	-1
Stand 31.12.2007	410	1.160	3.541	-149	-523	870	5.309	2	5.311
nachrichtlich: Summe der Eigenkapitalverändern- den Positionen gem. IAS 1.96c in 2007				-32	-529	870	309	1	310

In den Veränderungen der unrealisierten Gewinne und Verluste nach latenten Steuern sind Bewertungs- und Abgangsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale enthalten.

Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 40 verwiesen.

Zum 31. Dezember 2007 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

Kapitalflussrechnung

	Erläuterungen	2007 Mio €	2006 Mio €
Jahresüberschuss		870	695
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen		543	318
Veränderungen der Rückstellungen	(34),(35),(36)	-1.418	254
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		69	-89
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	(10)	-399	-269
Sonstige Anpassungen (per Saldo, im wesentlichen Zinsüberschuss)		<u>-2.222</u>	<u>-2.103</u>
Zwischensumme		<u>-2.557</u>	<u>-1.194</u>
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute		-8.461	7.605
Forderungen an Kunden		-5.751	-6.997
Handelsaktiva		3.628	-2.354
Hedging-Derivate positive Marktwerte		-69	618
Sonstige Aktiva		-218	1.734
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		13.692	6.649
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		9.685	2.400
Verbriefte Verbindlichkeiten		-5.939	-3.834
Handelspassiva		1.966	-409
Hedging-Derivate negative Marktwerte		-152	-857
Sonstige Passiva		49	-5
Zinseinzahlungen		7.969	7.058
Zinsauszahlungen		-5.902	-4.868
Erhaltene Dividendenzahlungen		48	79
Ertragsteuerzahlungen		62	-85
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		<u>8.050</u>	<u>5.540</u>
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen		7.717	18.862
Anteilen an Tochterunternehmen	(2)	561	131
Sachanlagen		0	54
Immateriellen Vermögenswerten		51	3
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		-14.218	-22.490
Anteilen an Tochterunternehmen		-14	-1.753
Sachanlagen		-69	-58
Immateriellen Vermögenswerten		-70	-101
Cashflow aus Investitionstätigkeit		<u>-6.042</u>	<u>-5.352</u>
Dividendenzahlungen		-205	-205
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)		534	-220
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		329	-425
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	(15)	1.015	968
Zugang Konsolidierungskreis		—	217
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		8.050	5.540
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-6.042	-5.352
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		329	-425
Effekte aus Wechselkursänderungen		—	67
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	(15)	<u>3.352</u>	<u>1.015</u>

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Die Ermittlung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Netto-Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Jahresüberschuss ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und diejenigen Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren.

Weiterhin werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzurechnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

Inhaltsverzeichnis

Erläuterungen — Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	F-10
(2) Konsolidierungskreis	F-10
(3) Konsolidierungsgrundsätze	F-13
(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	F-13
(a) Forderungen	F-13
(b) Leasinggeschäfte	F-14
(c) Risikovorsorge und Wertberichtigung	F-15
(d) Handelsaktiva	F-15
(e) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	F-16
(f) Hedging-Derivate	F-16
(g) Finanzanlagen	F-17
(h) Immaterielle Vermögenswerte	F-19
(i) Sachanlagen	F-19
(j) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	F-20
(k) Sonstige Aktiva	F-20
(l) Verbindlichkeiten	F-20
(m) Handelspassiva	F-20
(n) Rückstellungen	F-21
(o) Währungsumrechnung	F-22
(p) Ertragsteuern	F-22
(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS und gesetzliche Neuerungen	F-24

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(6) Zinsüberschuss	F-25
(7) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	F-26
(8) Provisionsüberschuss	F-26
(9) Handelsergebnis	F-27
(10) Ergebnis aus Finanzanlagen	F-28
(11) Verwaltungsaufwand	F-29
(12) Sonstige Erträge	F-29
(13) Sonstige Aufwendungen	F-30
(14) Ertragsteuern	F-30

Erläuterungen zur Bilanz

(15) Barreserve	F-31
(16) Forderungen an Kreditinstitute	F-32
(17) Forderungen an Kunden	F-33
(18) Kreditvolumen	F-34
(19) Risikovorsorge	F-34
(20) Handelsaktiva	F-35
(21) Hedging-Derivate	F-36
(22) Finanzanlagen	F-36
(23) Immaterielle Vermögenswerte	F-38
(24) Sachanlagen	F-40
(25) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	F-41
(26) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	F-42
(27) Sonstige Aktiva	F-43
(28) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	F-43
(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	F-43
(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	F-44
(31) Verbriefte Verbindlichkeiten	F-44
(32) Handelspassiva	F-45
(33) Hedging Derivate	F-45
(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	F-46
(35) Sonstige Rückstellungen	F-48

(36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen	F-48
(37) Sonstige Passiva	F-49
(38) Nachrangkapital	F-49
(39) Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	F-50
(40) Eigenkapital	F-50

Sonstige Angaben

(41) Segmentberichterstattung	F-52
(42) Eventual- und andere Verpflichtungen	F-54
(43) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert werden	F-55
(44) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39	F-56
(45) Derivative Finanzinstrumente	F-56
(46) Umlauf Schuldverschreibungen	F-59
(47) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen	F-60
(48) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	F-60
(49) Fremdwährungsvolumina	F-60
(50) Angaben über wesentliche Konzentrationen	F-61
(51) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	F-61
(52) Restlaufzeitengliederung	F-62
(53) Nachrangige Vermögenswerte	F-63
(54) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	F-63
(55) Treuhandgeschäfte	F-64
(56) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	F-65
(57) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	F-65
(58) Andere Angaben	F-74
(59) Namen und Mandate der Organmitglieder	F-74
(60) Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB	F-81
(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex	F-81

Erläuterungen — Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Abschluss stellt einen Jahresfinanzbericht im Sinne des Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (§ 37 v WpHG) vom 5. Januar 2007 dar.

Eine Übersicht über die angewandten Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2007) enthält die Anlage zu diesem Konzernabschluss.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Die Steuerung der Zinsänderungs-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken ist im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitte „Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken“ sowie „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“) des Konzernlageberichts dargestellt.

(2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 43 Tochterunternehmen (31. Dezember 2006: 40) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind. Zum 31. Dezember 2007 bestehen keine Gemeinschaftsunternehmen.

Konsolidierte Unternehmen

<u>Name und Sitz des Unternehmens</u>	<u>Anteil (%) Unmittelbar</u>	<u>Anteil (%) Mittelbar</u>
BHW Holding AG, Berlin/Hameln	98,4	
BHW Bausparkasse AG, Hameln		98,4
BHW Bank AG, Hameln	100,0	
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		98,4
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln		98,4
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		98,4
BHW Immobilien GmbH, Hameln		98,4
BHW Home Finance Limited, New Delhi, Indien		98,4
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	75,5
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn		98,8
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Munsbach, Luxemburg		100,0
Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
einsnull IT-Support GmbH, Köln		100,0
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	
DSL Holding AG i.A., Bonn	100,0	
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		90,0
DPBI Immobilien KGaA, Munsbach, Luxemburg		10,01
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	
PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Realty Corp., New York, USA		94,7
PB Finance (Delaware) Inc., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
Betriebs-Center für Banken Payments & Services GmbH, München		100,0
Betriebs-Center für Banken Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß §§313, 287 HGB ist im elektronischen Bundesanzeiger einsehbar.

Erläuterungen — Notes

Die Betriebs-Center für Banken Deutschland GmbH & Co. KG hat mit Wirkung ab 1. Januar 2007 die Geschäftsanteile an der HVB Payments & Services GmbH von der HypoVereinsbank AG übernommen. Die Gesellschaft wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 13. März 2007 in Betriebs-Center für Banken Payments & Services GmbH umfirmiert. Die Aufteilung des Kaufpreises auf die identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu den beizulegenden Zeitwerten erfolgt im Rahmen der Kaufpreisallokation nach IFRS 3.

Die Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A. wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2007 konzernintern von der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Postbank International S.A. veräußert.

Die Deutsche Postbank AG hat mit Wirkung zum 1. Januar 2007 den 100%-Anteil an der einsnull IT-Support GmbH von der Deutschen Post Beteiligungen Holding GmbH übernommen, die Gesellschaft wurde in den Konzernabschluss der Postbank einbezogen.

Die PB Vierte Beteiligungen GmbH wurde zum 1. Januar 2007 erstmals in den Konzernabschluss einbezogen. Die Gesellschaft wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 23. Februar 2007 in Postbank Beteiligungen GmbH umfirmiert.

Die Postbank Versicherungsvermittlung GmbH wurde am 8. Mai 2007 als 100%ige Tochtergesellschaft der Postbank Finanzberatung AG gegründet und erstmals in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Zusammenhang mit einer Wertpapieremission von „Trust Preferred Securities“ wurden am 1. Juni 2007 zwei Gesellschaften als 100%ige Tochtergesellschaften der Postbank gegründet: Deutsche Postbank Funding LLC IV und Deutsche Postbank Funding Trust IV.

Die Betriebs-Center für Banken Deutschland GmbH & Co. KG wurde am 29. Juni 2007 umgewandelt in die Betriebs-Center für Banken AG.

Die drei Spezialfonds der BHW Bausparkasse AG wurden im August aufgelöst.

Die BHW Lebensversicherung AG einschließlich deren vier Spezialfonds sowie die 50%igen Beteiligungen an der PB Versicherung AG und der PB Lebensversicherung AG wurden mit Wirkung zum 30. September 2007 veräußert. Die Gesellschaften hatten zum Veräußerungszeitpunkt ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 3,4 Mio €. Durch die Entkonsolidierung gingen Vermögenswerte in Höhe von 2,5 Mrd € und Verbindlichkeiten in Höhe von 2,3 Mrd € ab. Die Verbindlichkeiten betreffen mit 2,2 Mrd € versicherungstechnische Rückstellungen, die Vermögenswerte mit 1,1 Mrd € Forderungen an Kreditinstitute und mit 1,0 Mrd € Finanzanlagen. Der Verkaufsgewinn wird im Ergebnis aus Finanzanlagen als Beteiligungsergebnis ausgewiesen.

Die BHW Bank AG wurde zum 1. Oktober 2007 konzernintern von der BHW Holding AG an die Deutsche Postbank AG veräußert. Es ist geplant, das Kreditkarten- und Absatzfinanzierungsgeschäft der BHW Bank AG im ersten Quartal 2008 an die Landesbank Berlin zu veräußern. Die entsprechenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten klassifiziert und gesondert ausgewiesen.

Die Betriebs-Center für Banken Zahlungsverkehrsservice GmbH und die Betriebs-Center für Banken Payments AG wurden mit Wirkung zum 11. Oktober 2007 auf die Betriebs-Center für Banken AG verschmolzen.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12, nach der Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, wurden insgesamt 23 Spezialfonds (31. Dezember 2006: 30) als Special Purpose Entities in den Konzernabschluss einbezogen.

Darüber hinaus bestehen keine Zweckgesellschaften.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.22 i.V.m. IFRS 3 vorgenommen. Der Ansatz der Anteile an den Tochterunternehmen zum Buchwert bei dem Mutterunternehmen wird ersetzt durch die mit ihrem beizulegenden Wert angesetzten Vermögenswerte und die Schuldposten der einbezogenen Unternehmen.

Die aus der Erstkonsolidierung entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge mit Firmenwertcharakter werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden auf der Grundlage der Zeitwerte der ihnen zuzuordnenden Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge werden gemäß IAS 27.24 eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IAS 27.25 herausgerechnet.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden mit Ausnahme der BHW Immobilien GmbH auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt. Aufgrund des abweichenden Geschäftsjahres wurde der Jahresabschluss zum 30. September 2007 der BHW Immobilien GmbH zugrunde gelegt; von der Aufstellung eines Zwischenabschlusses wurde aus Wesentlichkeitsgründen abgesehen.

Die Konsolidierungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bleiben, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

(a) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie „Loans and Receivables“). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Postbank wendet die Fair-Value-Option ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereiches an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Danach können finanzielle Vermögenswerte ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u.a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Erfassung (Accounting-Mismatch) führt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt auf Basis eines Bewertungsmodells. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter der Position „Forderungen an Kunden“. Die Marktwertänderungen der Bestände werden im Handelsergebnis erfasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörigen Zinsswaps werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Im Zusammenhang mit den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen besteht ein maximales Kreditrisiko in Höhe von 7,1 Mrd € (siehe Risikobericht).

Das maximale Kreditrisiko aus den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen wird in Höhe von 2,6 Mrd € durch Credit Default Swaps reduziert, da diese Darlehen Bestandteil der Referenz-Pools von synthetischen Verbriefungen sind bzw. dieses Kreditrisiko im Zusammenhang mit den RMBS-Transaktionen ausplatziert worden ist. Bei den das Kreditrisiko reduzierenden Credit Default Swaps handelt es sich ausschließlich um Finanzgarantien, die gemäß IAS 37 bilanziert bzw. erst im Zeitpunkt der Rückgrifforderung bewertet werden.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) für die der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbestände erfolgt auf der Basis des DCF-Verfahrens unter Anwendung der aktuellen Swap-Renditekurve und darlehensspezifischer Risikoaufschläge.

2007 wurden im Rahmen der Basel II-IRBA-Umsetzung die Voraussetzungen geschaffen, das Kreditrisiko im Bereich der privaten Baufinanzierung über ein internes Ratingsystem abzuleiten, so auch für die in der Fair-Value-Option befindlichen Darlehensbestände. Ausgehend von den Ergebnissen des internen Ratings, werden die Risikoaufschläge auf der Basis von geschätzten Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten ermittelt. Aus der Änderung der beizulegenden Zeitwerte infolge der Bonitätsveränderung resultierte im Berichtsjahr ein Bewertungseffekt von -7,2 Mio €.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen, die nicht ergebniswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagiobeträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten werden über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Agio- und Disagio-Beträge werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt.

(b) Leasinggeschäfte

Leasingverhältnisse werden nach IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finance Lease die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten werden als Zinsertrag (ergebniswirksamer Ertragsanteil) erfasst sowie gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand (erfolgsneutraler Tilgungsanteil) gebucht.

Als Leasinggeber bei einem Operating Lease weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleaste Objekte im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Bei einem Operating Lease weist die Postbank als Leasingnehmer von Immobilien die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den Verwaltungsaufwendungen aus.

Als Leasingnehmer bei einem Finance Lease bilanziert die Postbank den Leasinggegenstand als Sachanlage zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die zu leistenden Leasingzahlungen werden unter den Sonstigen Passiva in der Bilanz ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

IFRIC 4 enthält Vorschriften und Anwendungsbeispiele zur Ermittlung, ob Vereinbarungen oder Verträge in einem Unternehmen als Leasingverträge zu klassifizieren und nach IAS 17 zu bilanzieren sind. Bei der Postbank sind keine zusätzlichen Leasingverträge aufgrund von IFRIC 4 zu bilanzieren.

(c) Risikovorsorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalierte Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis von Basel-II-Parametern (erwartete Ausfallquoten und Wahrscheinlichkeit) ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen verschiedener Indikatoren, wie Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen, angenommen.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d.h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten (IAS 39.63) anzusetzen sind, entweder über eine indirekte Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung ergebniswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.AG84ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- > Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert.
- > Marktpreis, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbewertung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Uneinbringliche Forderungen werden in entsprechender Höhe direkt ergebniswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden ergebniswirksam erfasst.

Für Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

(d) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die Bilanzierung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag.

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IAS 39.AG 71 ff. vorliegen, werden diese grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden ermittelt.

Die Zinsen aus Kassageschäften werden im Zinsergebnis und die Swapzinsen im Handelsergebnis erfasst.

Die Postbank hat die in den synthetischen Collateralized-Debt-Obligationen (CDO) eingebetteten Derivate gemäß IAS 39.AG.30h abgespalten und damit separat erfolgswirksam bewertet. Die Fair Values der eingebetteten Derivate sind Ende 2007 aufgrund der Marktanspannungen deutlich im Vergleich zum Vorjahr angestiegen; die daraus resultierenden Effektwerte in Vorjahren unwesentlich.

Die abgespaltenen Derivate der synthetischen SCP-Bestände (Structured Credit Products) werden wie „Stand-alone“-Derivate unter der Bilanzposition „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber

„Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Die SCP-Bestände des Handels werden ebenfalls unter der Bilanzposition „Handelsaktiva“ ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP enthält die Notes (4) (g) Finanzanlagen.

(e) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt sowohl Wertpapierleihe- als auch echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Repo- und Sell-and-Buy-Back-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkauf) werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden entsprechend handelsrechtlichen Regelungen in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgegrenzt. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen gebucht.

Reverse Repos und Buy-and-Sell-Back-Geschäfte (Kassa-Kauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabeverpflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(f) Hedging-Derivate

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Barwertrisiken und der bilanzbezogenen Erträge nach IFRS (Summe aus Zins-, Handels- und Finanzanlageergebnis).

Die Sicherungsstrategien im Aktiv-Passiv-Management dienen zur Steuerung dieser Größen in einem sich ändernden Markt- und Bestandsumfeld; dazu werden Fair Value Hedges eingesetzt.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Wertänderungen abgesichert, soweit diese Veränderungen auf Marktpreisrisiken beruhen.

Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren und langfristigen Forderungen überwiegend Zinsswaps, bei den Emissionen auch Cross Currency Swaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variable Positionen zu drehen. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolios mittels Fair Value Hedges gesichert. Die Steuerung der Aktienbestände erfolgt durch Derivate mit Optionscharakter.

Unter den Hedging-Derivaten werden die Sicherungsinstrumente bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikro-Hedge bezeichnet.

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 restriktiv geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind.

Derivative Finanzinstrumente, die zum Bilanzstrukturmanagement abgeschlossen werden, sowie Derivate aus ineffektiven Sicherungsbeziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. und werden daher stets ergebniswirksam bewertet und in den Bilanzposten Handelsaktiva/-passiva als „Derivate des Bankbuchs“ zum Fair Value ausgewiesen. Dies sind vornehmlich zur Absicherung von Nettopositionen aus Forderungen und Verbindlichkeiten abgeschlossene Zinsswaps. Deren Bewertungs- und Zinsergebnisse werden nach IFRS im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Anforderungen des Hedge Accountings müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolios. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig retrograd miteinander verglichen.

(g) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen umfasst nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen.

Die Bilanzierung der Finanzanlagen erfolgt zum Erfüllungszeitpunkt. Bei der erstmaligen Erfassung der Finanzanlagen werden diese mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Loans-and-Receivables (LaR)-Bestände werden in der Bilanz mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Folgebewertung der Finanzanlagen Available for Sale erfolgt zum Fair Value, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Marktwerts bei Finanzanlagen Available for Sale werden in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird oder ein Abschreibungsbedarf vorliegt. Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Schuldverschreibungen Held to Maturity sowie Wertpapiere, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant verteilt.

Bei wesentlichen oder dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Die Überprüfung auf Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt zum Bilanzstichtag.

Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, wird der Buchwert um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen.

Im Rahmen ihres Kreditersatzgeschäfts hat die Postbank in Structured Credit Products (SCP) investiert. Dabei handelt es sich z. B. um folgende Produktarten: Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS).

Für die bilanzielle Behandlung der SCP-Bestände ist entscheidend, ob diese als sogenannte „Cash-Strukturen“ oder aber als „Synthetische Strukturen“ einzustufen sind. Bei Cash-Strukturen befinden sich zur Unterlegung der von der Zweckgesellschaft emittierten Anleihen Forderungen und/oder Wertpapiere im Bestand der Zweckgesellschaft. Bei synthetischen Strukturen dahingegen wird das Kreditrisiko des Portfolios von finanziellen Vermögenswerten synthetisch üblicherweise mit einem Credit Default Swap (CDS) übertragen. Kombinationen aus Cash- und synthetischen Strukturen werden bilanziell wie synthetische Strukturen behandelt.

In geringem Umfang befinden sich SCP-Produkte im Handelsbestand. Diese Geschäfte sind — unabhängig von ihrer Struktur — der IAS 39 Kategorie „Held for Trading“ (HfT) zugeordnet. SCP-Bestände des Bankbuchs mit Cash-Strukturen werden der IAS 39 Kategorie „Loans and Receivables“ (LaR) und mit synthetischen Strukturen der IAS 39 Kategorie „Available for Sale“ (AfS) zugeordnet.

Die CDOs, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet werden, sind gemäß IAS 39.11 — wie auch vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Positionspapier vom 10. Dezember 2007 klargestellt — daraufhin zu untersuchen, ob ein abspaltungspflichtiges eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) vorliegt. Die Cash-Strukturen (LaR) enthalten keine abzuspaltenden eingebetteten Derivate und werden als ein finanzieller Vermögenswert bilanziert. Die synthetischen Strukturen (AfS) werden dahingegen in einen Basisvertrag (Host Contract) und ein eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) aufgespalten. Die Trennung und Fair-Value-Ermittlung des Embedded Derivative erfolgt anhand eines Simulationsmodells.

Bei den SCP-Beständen des Bankbuchs werden das gesamte strukturierte Produkt (Cash-Strukturen) bzw. der Grundvertrag bei Abspaltung des eingebetteten Derivats (synthetische Strukturen) unter der Bilanzposition „Finanzanlagen“ ausgewiesen (siehe des Weiteren auch (4) (d)).

Die abgespaltenen Embedded Derivatives sowie die SCP des Handelsbestands werden mit dem Full Fair Value bewertet. Änderungen im Full Fair Value werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

Grundsätzlich erfolgt die Full-Fair-Value-Bewertung der SCP-Produkte über veröffentlichte Transaktions- oder Börsenkurse. Liegen keine Transaktions- oder Börsenkurse vor, wie derzeit für die (meisten der) im Bestand befindlichen Produkte, werden sogenannte Arranger oder Dealer Quotes (Indikationen) zur Bewertung herangezogen. In Marktphasen mit eingeschränkter Liquidität — wie sie derzeit für diese Produkte vorherrschen — fehlen insbesondere für CDOs vielfach marktnahe Indikationen. In Abhängigkeit vom Collateral-Pool wird deshalb für definierte CDOs eine spreadkurvenbasierte Bewertung genutzt. Dieses Bewertungsverfahren basiert auf beobachtbaren aktuellen Markttransaktionen (Primärmarktmissionen) mit ähnlichem Risikoprofil.

Als Entscheidungsgrundlage, wann eine spreadbasierte Bewertung der Bewertung anhand von Indikationen vorzuziehen ist, existieren klar definierte Kriterien, die einer fortlaufenden Überprüfung unterliegen.

Wie oben dargestellt, sind synthetische SCP-Strukturen in einen Host Contract und ein Embedded Derivative zu zerlegen. Die Trennung und Fair-Value-Ermittlung des Embedded Derivative erfolgt dabei anhand eines Simulationsmodells, welches auf einer Portfolioverlustverteilung unter Berücksichtigung der jeweiligen CDO-Struktur beruht. Hierfür wird ein internes Modell (analog S&P CDO Evaluator, Moody's CDO Net und Fitch Vector) verwendet.

Zur Bewertung werden die aus dem CDO resultierenden Zahlungsströme prognostiziert und mit einem laufzeit- und risikoäquivalenten Zinssatz abgezinst. Dazu werden mittels eines Simulationsverfahrens Ausfallereignisse der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools aufgedeckt und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet. Die Ausfalldetektion je Underlying erfolgt nach dem Merton-Modell. Die Default-Schwellen sind über die kumulierten Ausfallwahrscheinlichkeiten (Moody's) der Ratingklassen bzw. über die zeitliche Entwicklung des erwarteten Verlustes (RMBS/ Retail) festgelegt.

Die vom Modell verwendeten Bewertungsparameter werden an die aktuellen Marktverhältnisse am Bilanzstichtag angepasst. So wird z. B. bei indirektem Subprime Exposure das Rating auf den Bilanzstichtag aktualisiert, indem dieses in Abhängigkeit vom Underlying in verschiedenen Stufen herabgesetzt wird.

Eine bonitätsinduzierte Abschreibung (Impairment) erfolgt nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren (objective evidence) festgemacht. IAS 39.59 nennt einige solcher objektiven Faktoren, wie z. B. erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners oder aber Vertragsbruch, wie z. B. Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Die Postbank hat die objektiven Faktoren dahingehend erweitert, dass das Vorliegen von indirekten Subprime-Investments als Faktor definiert worden ist, somit ist für alle indirekten Subprime-Investments ein Impairment-Test durchzuführen.

Liegen solche objektiven Faktoren für eine dauerhafte Wertminderung vor, ist wie folgt zu verfahren:

Bei LaR-Beständen ist die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert und dem dauerhaft erzielbaren Betrag (recoverable amount) als Impairment in der GuV zu erfassen. Bei AfS-Beständen ist der negative

Betrag aus der Neubewertungsrücklage GuV-wirksam auszubuchen. Die Impairment-Feststellung bei den SCP-Beständen erfolgt auf Basis der Analyse der erwarteten Cashflows anhand eines internen Bewertungsmodells, in das die aktuellen Schätzungen des Adressenausfallrisikos der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools einbezogen werden. Die Ausfallereignisse der Underlyings wurden über die Zeit simuliert und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet.

Die Ratingmigrationen und Kennzeichnung der ausgefallenen Underlyings ermöglichen eine Analyse von bestimmten Triggern bei Cash-CDOs. Die Berücksichtigung komplexer Trigger, wie z. B. Auflösungs-Trigger, ist über zusätzliche Einzelfallanalysen gewährleistet. Die aktuelle Schätzung des Adressenausfallrisikos der Underlyings basiert auf einer Produkte/Märkte/Vintage-Matrix unter Berücksichtigung des ursprünglichen und aktuellen Ratings sowie der Recovery-Erwartungen.

Die Fair-Value-Veränderung der Embedded Derivatives wird im Handelsergebnis erfasst. Die restliche Fair-Value-Veränderung (d.h. die des Host Contract) wird — sofern kein Impairment vorliegt — erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage gezeigt. Dabei wird vom Full Fair Value, der durch Arranger-Preise gestellt oder durch die spreadbasierte Bewertung entwickelt wurde, der Wert des Embedded Derivative abgezogen. Der Wert des eingebetteten Derivats bestimmt sich durch ein marktgängiges ausfallbasiertes Bewertungsmodell, bei dem aktuelle, an die jeweilige Marktlage angepasste Input-Parameter verwendet werden.

Impairments werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen.

(h) Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden Software-Entwicklungskosten gem. IAS 38.21-23 dann aktiviert, wenn durch die Herstellung der selbst entwickelten Software der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und die Kosten zuverlässig ermittelt werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort ergebniswirksam erfasst. Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbarer Abnutzungsdauer werden grundsätzlich linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben, bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von zwölf Jahren abgeschrieben. Die etablierte Marke „BHW“ wird durch kontinuierliche Investitionen in Form von Werbung laufend gefördert. Es ist beabsichtigt, sie dauerhaft zu nutzen. Die Marke unterliegt einer unbestimmten Nutzungsdauer.

Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner regelmäßigen Abschreibung. Vielmehr ist ein Impairment-Test durchzuführen, um eine Wertminderung — und somit außerplanmäßige Abschreibung — zu bestimmen (IFRS 3.54).

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte und die immateriellen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag auf eine mögliche Wertminderung geprüft (Impairment-Test nach IFRS 3.55 und IAS 36). Hierzu wird festgestellt, ob der jeweilige Buchwert den erzielbaren Betrag (höherer Betrag aus Nutzungswert und Zeitwert) übersteigt. Bei der Berechnung der erzielbaren Beträge werden die Nutzungswerte des Segments Retail Banking (zahlungsmittelgenerierende Einheit), dem die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte zugeordnet sind, und der immateriellen Vermögenswerte zugrunde gelegt. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (management approach).

(i) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Erläuterungen — Notes

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	<u>Nutzungsdauer in Jahren</u>
Gebäude	60
EDV-Anlagen	4–7
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–20

Anschaffungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst. Ebenso werden die Kosten zur Erhaltung von Sachanlagen als Aufwand erfasst.

(j) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property) werden gemäß den Vorschriften nach IAS 40 solche Immobilien behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden.

Bei gemischt genutzten Immobilien wird dann auf eine Aufteilung in einen fremdgenutzten Teil, für den die Regelungen des IAS 40 Anwendungen finden, und einen betrieblich genutzten Teil, der nach IAS 16 zu bewerten ist, verzichtet, wenn der vermietete Anteil weniger als 20% der Gesamtfläche ausmacht. In diesen Fällen wird die gesamte Immobilie als Sachanlagevermögen behandelt. Die Mieterträge werden unter den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Das nach IAS 40 bestehende Wahlrecht zwischen einer Bewertung zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten wird von der Postbank zugunsten der Anschaffungskostenbewertung ausgeübt. Die notwendigen Angaben werden in Note 25 erläutert. Abschreibungsmethode und Nutzungsdauer entsprechen denen der Grundstücke und Gebäude. Die beizulegenden Zeitwerte werden auf Basis interner Gutachten ermittelt.

(k) Sonstige Aktiva

Unter den sonstigen Aktiva werden insbesondere die Rechnungsabgrenzungsposten sowie alle nicht einem der übrigen Aktivposten zuzuordnenden Vermögenswerte ausgewiesen.

(l) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47).

Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagiobeträge sowie Emissionskosten werden effektiv-zinskonstant über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst.

(m) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die Bilanzierung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva erfolgt zum Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen. Darüber hinaus werden Wertpapierleerverkäufe mit ihrem negativen Fair Value ausgewiesen.

Die abgespalteten Derivate der synthetischen SCP-Bestände werden wie „Stand-alone“-Derivate unter der Bilanzposition „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP enthält die Notes (4) (g) Finanzanlagen.

(n) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für die betriebliche Altersversorgung bestehen leistungs- und beitragsorientierte Pläne. Die Aufwendungen für die beitragsorientierten Pläne sind im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. in Höhe von 111 Mio € (Vorjahr: 111 Mio €) und werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Die leistungsorientierten Pläne sind über externe Planvermögen sowie Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert. Die Gesamtverpflichtung aus leistungsorientierten Plänen entspricht dem Barwert der zum Bewertungsstichtag verdienten Pensionsansprüche unter Berücksichtigung von erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eines prognostizierten Rententrends und wurde auf der Basis externer versicherungsmathematischer Gutachten gemäß IAS 19 ermittelt. Die Berechnung der Versorgungsverpflichtungen und Versorgungsaufwendungen erfolgt auf Basis der „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Die Pensionsverpflichtungen zugrunde liegenden Vereinbarungen sehen nach den verschiedenen Berechtigten- und Versicherten unterschiedliche Leistungen vor, z. B.:

- > Altersrenten ab Vollendung des 62. bzw. 63. Lebensjahrs, bei Schwerbehinderung frühestens ab Vollendung des 60. Lebensjahrs,
- > Invalidenrenten bei Vorliegen von Dienstunfähigkeit oder Erwerbsminderung,
- > Hinterbliebenenrenten.

Die Pensionsverpflichtungen beruhen überwiegend auf unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u. a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig.

Für die in Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen in Deutschland der Berechnung zugrunde:

Rechnungszinsfuß	5,5% p.a.
Gehaltsdynamik	2,5%
Anpassungsrate für Renten	2,0%
Fluktuation	4,0% p.a.
Pensionsalter	60–63 Jahre
Sterblichkeit, Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	4,25%

Im Geschäftsjahr wurde der Rechnungszinsfuß zur Anpassung an den Kapitalmarktzins von 4,5 % auf 5,5 % angehoben. Die anderen Annahmen blieben im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die Berechnung der Lebenserwartung bei den deutschen Konzernunternehmen basiert für das Jahr 2006 und 2007 auf den Richttafeln 2005G, herausgegeben von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Der erwartete Ertrag aus Planvermögen wurde auf Basis aktueller langfristiger Vermögenserträge aus Anleihen (Staat und Industrie) bestimmt. Dabei wurden geeignete Risikozuschläge auf Basis historischer Kapitalmarktrenditen und gegenwärtiger Kapitalmarkterwartungen unter Beachtung der Struktur des Planvermögens einbezogen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 19.92 erst dann als Ertrag bzw. Aufwand erfasst, wenn der Saldo der kumulierten nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorherigen Berichtsperiode 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang oder Planvermögen zu diesem Zeitpunkt übersteigt. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst.

Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen sind Verpflichtungen ausgewiesen, die nach den Vorschriften des IAS 37 bzw. IAS 19 (ohne Pensionsverpflichtungen) zu passivieren sind. Die Rückstellungshöhe bemisst sich gemäß IAS 37.36 nach dem bestmöglichen Schätzwert des Erfüllungsbetrages. Rückstellungen, aus denen Mittelabflüsse nach zwölf Monaten erfolgen, werden in Höhe des Barwerts ausgewiesen, wenn die Wirkung des Zinseffekts wesentlich ist. Dies gilt insbesondere für Rückstellungen im Bauspargeschäft. Für die Abzinsung werden zum Bilanzstichtag gültige laufzeitkongruente Zinssätze berücksichtigt, die den Renditen für Bundeswertpapiere entsprechen. Im Berichtsjahr vorzunehmende Aufzinsungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die bis zum 30. September 2007 konsolidierten Lebensversicherungsunternehmen schlossen primär Kapitalbildende, Risikolebens-, Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherungen sowie Bausparrisikolebensversicherungen ab.

Im Vorjahr wurden versicherungstechnische Rückstellungen bilanziert; nach der Veräußerung der Versicherungsgesellschaften zum 30. September 2007 ist der Ausweis dieser Rückstellungen fortgefallen. Die erfolgsneutralen und die erfolgswirksamen Veränderungen der ersten drei Quartale des Berichtsjahres wurden berücksichtigt.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Bedingungen, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, für Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Für die Berechnung dieser Rückstellungen wird auf Basis der vorliegenden statistischen Daten über das Kundenverhalten unter Einbeziehung zukünftiger Umfeldbedingungen eine auf das Potenzial bezogene Rückstellungsquote ermittelt.

Rückstellungszuführungen für Zinsboni und Zinssatzwechsel werden im Zinsergebnis erfasst, während Rückstellungsdotierungen für Rückerstattung von Abschlussgebühren das Provisionsergebnis belasten.

(o) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich mit dem zum Monatsultimo gültigen Kurs umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Positionen werden entsprechend der der Position zugrunde liegenden Bewertungskategorie entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Die Umrechnung der in Fremdwährung aufgestellten Jahresabschlüsse der ausländischen Tochtergesellschaften der Postbank erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode (IAS 21.39). Die daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden ergebnisneutral innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

(p) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist.

Erläuterungen — Notes

Latente Steuern werden unter der Position „Ertragsteueransprüche“, soweit es sich um Steuererminderungsansprüche handelt, und unter der Position „Ertragsteuerverpflichtungen“, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Während der Berechnung der tatsächlichen Steuern zum 31. Dezember 2007 ein Steuersatz von 39,9 % zugrunde liegt, wurden die latenten Steuern bereits mit dem ab 2008 geltenden Steuersatz von 29,8 % bewertet (siehe Note 5).

Der rechnerische Steuersatz von 29,8 % setzt sich aus der gesetzlichen Körperschaftssteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 15,825 % sowie einer Gewerbesteuer in Höhe von 14 % zusammen, die unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen Gewerbesteuer-Hebesatzes von 400 % ermittelt worden ist.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst ergebniswirksam behandelt wird. Eine ergebnisneutrale Erfassung im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“.

Latente Steuerschulden aufgrund temporärer Differenzen aus Anteilen an Tochterunternehmen, Zweigniederlassungen und assoziierten Unternehmen sind nach IAS 12.39 nicht auszuweisen, wenn die Konzernmutter in der Lage ist, den zeitlichen Verlauf der Umkehrung der temporären Differenz zu steuern und es gleichzeitig wahrscheinlich ist, dass sich die temporäre Differenz in absehbarer Zeit nicht umkehren wird. Da im vorliegenden Fall beide Bedingungen erfüllt sind, wurden auf temporäre Unterschiede im Zusammenhang mit Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 22,4 Mio € keine latenten Steuerschulden angesetzt.

(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS und gesetzliche Neuerungen

Ab dem 1. Januar 2007 wird der International Financial Reporting Standard 7 — Financial Instruments Disclosures bei der Postbank angewendet. Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten setzt die Postbank wie folgt um:

Bewertung	Klassen	
	Bilanzposition und IAS 39 Kategorie	
Bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten ¹ (at amortised cost)	Forderungen an Kreditinstitute	Loans and Receivables
	Forderungen an Kunden	Loans and Receivables
	Forderungen an Kunden	Held to Maturity
	Finanzanlagen	Held to Maturity
	Finanzanlagen	Loans and Receivables
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Liabilities at amortised cost
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Liabilities at amortised cost
	Verbriefte Verbindlichkeiten	Liabilities at amortised cost
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value)	Nachrangkapital	Liabilities at amortised cost
	Forderungen an Kunden	Designated as at fair value
	Finanzanlagen	Available for Sale
	Handelsaktiva	Held for Trading
	Handelspassiva	Held for Trading
	Hedging-Derivate (Aktiva)	
	Hedging-Derivate (Passiva)	
Außerbilanzielles Geschäft (Nominale)	Eventualverpflichtungen (Bürgschaften und Gewährleistungsverträge)	
	Andere Verpflichtungen (unwiderufliche Kreditzusagen)	

1 Inklusive Fair-Value-Veränderung auf das abgesicherte Risiko bei gehedgten Positionen („Hedge Fair Value“)

Die Klassendefinition ergibt sich aus der Zuordnung der Kategorien von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit den entsprechenden Bilanzpositionen. Die geforderten Angaben werden in den Notes-Tabellen oder als textliche Erläuterungen dargestellt.

Durch die verpflichtende Anwendung des IFRS 7 ab dem 1. Januar 2007 entfällt der Standard IAS 30; IAS 32 ist in der überarbeiteten Version weiter anzuwenden. Ein branchenspezifischer Standard mit Vorschriften für Offenlegungspflichten von Finanzinstrumenten existiert nicht mehr. Für die kontinuierliche Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank werden teilweise ehemalige Vorschriften des IAS 30 und des IAS 32 weiterhin angewendet. Die Angaben nach IFRS 7 zu Risiken im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts dargestellt.

Im Amendment zum IAS 1 — Capital Disclosures werden erweiterte Angaben zum Kapital eines Unternehmens verlangt. Die Angaben bezüglich der Ziele und Grundsätze des Managements des Kapitals werden im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitt „Risikokapital und Risikolimitierung“) des Konzernlageberichts erläutert.

Der Ausweis des Bewertungsergebnisses aus der Fair-Value-Option wurde gegenüber dem Vorjahr geändert. Die Marktwertänderungen der Bestände werden nicht mehr im Zinsüberschuss, sondern im Handelsergebnis erfasst. Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörigen Zinsswaps werden weiterhin im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Erläuterungen — Notes

Gemäß IFRIC 10 „Interim Financial Reporting and Impairment“ werden unterjährig erfasste Wertminderungen (Impairment) von Geschäfts- oder Firmenwerten oder Eigenkapitalinstrumenten nicht rückgängig gemacht.

Aufgrund der vom Bundesrat am 6. Juli 2007 beschlossenen Unternehmensteuerreform 2008 bewertet die Deutsche Postbank AG die latenten Steuerpositionen mit den neu anzuwendenden Steuersätzen. Hierdurch reduziert sich der rechnerische Ertragsteuersatz von 39,9% auf 29,8%. Da bei der Deutschen Postbank AG ein Überhang an latenten Ertragsteuerverpflichtungen besteht, führt die einmalige Neubewertung im Geschäftsjahr 2007 zu einer Steuerentlastung von rund 153 Mio €, in der auch der Effekt aus der Anpassung der Neubewertungsrücklage enthalten ist.

Die Postbank hat auf eine vorzeitige Anwendung der Regelungen des IFRS 8 „Geschäftssegmente“ (endorsed durch die EU-Verordnung 1358/2007 vom 21. November 2007) verzichtet. IFRS 8 ist verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Anwendung des IFRS 8 ab dem Jahr 2009 wird keine materiellen Auswirkungen haben.

Die zukünftig wirksamen Standards IAS 1 (separate Darstellung von nicht eigentümerbezogenen und eigentümerbezogenen Eigenkapitalveränderungen) und IFRIC 11 „Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen“ werden nach derzeitigem Kenntnisstand keine wesentlichen Auswirkungen auf die Postbank haben.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(6) Zinsüberschuss

	2007	2006 ¹
	Mio €	Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	5.437	5.083
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2.491	2.068
Handelsgeschäften	347	249
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	<u>-1</u>	<u>8</u>
	8.274	7.408
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	103	231
Beteiligungen	<u>7</u>	<u>11</u>
	110	242
	8.384	7.650
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	4.825	3.887
Verbrieften Verbindlichkeiten	587	853
Nachrangkapital	280	264
Swaps	110	246
Handelsgeschäften	342	246
	<u>6.144</u>	<u>5.496</u>
Gesamt	<u>2.240</u>	<u>2.154</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten nach IFRS 7.20 (d) in Höhe von 34 Mio € (Vorjahr: 29 Mio €) enthalten (Unwinding nach IAS39).

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital entfallen auf Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost.

Erläuterungen — Notes

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind zum einen Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, in Höhe von 54 Mio € (Vorjahr: 159 Mio €). Zum anderen sind hier derivative Geschäfte in Höhe von 56 Mio € (Vorjahr: 87 Mio €) enthalten, die Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind.

Der Zinsaufwand des Handelsbestands betrifft die kalkulatorischen Zinsaufwendungen.

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2007	2006 ¹
	Mio €	Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	165	-375
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	-166	383
Gesamt	<u>-1</u>	<u>8</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

(7) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2007	2006
	Mio €	Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	415	384
Portfoliowertberichtigungen	19	19
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	18	21
Direkte Forderungsabschreibung	31	27
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	130	100
Portfoliowertberichtigungen	1	—
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	3	—
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	<u>11</u>	<u>14</u>
Gesamt	<u>338</u>	<u>337</u>

Der Risikovorsorgeaufwand entfällt in Höhe von 323 Mio € (Vorjahr: 316 Mio €) auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables und in Höhe von 15 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) auf Bürgschaften.

(8) Provisionsüberschuss

	2007	2006
	Mio €	Mio €
Girogeschäft	361	363
Wertpapiergeschäft	136	118
Kredit- und Avalgeschäft	111	105
Filialgeschäft	509	542
Sonstiges Provisionsgeschäft	<u>312</u>	<u>279</u>
Gesamt	<u>1.429</u>	<u>1.407</u>

In der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ sind die Erträge aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Dritte enthalten.

Erläuterungen — Notes

Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft beträgt 8 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) und wird in der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ ausgewiesen.

(9) Handelsergebnis

Bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Bewertungsmodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelsaktivitäten enthalten.

	2007 Mio €	2006 ¹ Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	105	24
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-5	1
Aktien	4	1
Darlehen (Held for Trading)	-6	-3
	<u>-7</u>	<u>-1</u>
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	3.639	4.581
Aufwand aus Derivaten	-3.445	-4.355
	<u>194</u>	<u>226</u>
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	-174	-284
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	186	303
	<u>12</u>	<u>19</u>
Devisenergebnis	-7	-2
Provisionsergebnis Handelsbestand	-7	-2
Gesamt	<u>290</u>	<u>264</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

Im Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs ist ein Ertrag aus Swapzinsen in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 73 Mio € Aufwand) enthalten. Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Hedge-Beziehung nach IAS 39. Im Ergebnis aus Derivaten sind außerdem die Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten (-85 Mio €), CPPI-Strukturen (-19 Mio €) und sonstigen Schuldscheindarlehen (-20 Mio €) enthalten.

	2007 Mio €	2006 ¹ Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	90	26
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	194	226
Ergebnis aus Fair-Value-Option	12	19
Ergebnis aus Aktien	8	-3
Devisenergebnis	-7	-2
Provisionsergebnis Handelsbestand	-7	-2
Gesamt	<u>290</u>	<u>264</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

(10) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2007	2006
	Mio €	Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	-87	28
davon Verkaufsergebnis	-20	28
Verkaufsgewinne	10	85
Verkaufsverluste	<u>30</u>	<u>57</u>
davon Wertminderungsergebnis	-67	—
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	-36	167
davon Verkaufsergebnis	27	295
Verkaufsgewinne	381	493
Verkaufsverluste	<u>354</u>	<u>198</u>
davon Wertminderungsergebnis	-63	-128
Ergebnis aus Forderungen an Kreditinstitute (saldiert)	<u>1</u>	<u>15</u>
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	1	15
Ergebnis aus Forderungen an Kunden (saldiert)	<u>24</u>	<u>9</u>
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	24	9
Ergebnis aus dem Verkauf von Fair Value Hedges	3	-2
Ergebnis aus Beteiligungen	<u>389</u>	<u>75</u>
Gesamt	<u><u>294</u></u>	<u><u>292</u></u>
	2007	2006
	Mio €	Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	-163	40
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	198	305
Ergebnis aus Beteiligungen	389	75
Impairment	<u>-130</u>	<u>-128</u>
Gesamt	<u><u>294</u></u>	<u><u>292</u></u>

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen 112 Mio € auf Structured Credit Products und 18 Mio € auf Abschreibungen auf Publikumsfonds.

(11) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Immobilien und Betriebs- und Geschäftsausstattung. Sie gliedern sich wie folgt:

	2007	2006
	Mio €	Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.053	1.030
Soziale Abgaben	102	111
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	217	240
	<u>1.372</u>	<u>1.381</u>
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.402	1.324
Abschreibungen auf Sachanlagen	82	107
Gesamt	<u>2.856</u>	<u>2.812</u>

In den Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung sind hauptsächlich Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 120 Mio € (Vorjahr: 114 Mio €) sowie Pensionsaufwendungen leistungsorientierter Pläne in Höhe von 81 Mio € (Vorjahr: 101 Mio €) enthalten.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für EDV-Kosten 328 Mio € (Vorjahr: 296 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 159 Mio € (Vorjahr: 150 Mio €), Aufwendungen für Marktkommunikation 151 Mio € (Vorjahr: 136 Mio €), Verbundleistungen mit der Deutschen Post AG 128 Mio € (Vorjahr: 146 Mio €) sowie Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 102 Mio € (Vorjahr: 74 Mio €) enthalten. Von den anderen Verwaltungsaufwendungen entfallen 1 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) auf Investment Property.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 150 Mio € (Vorjahr: 138 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

Von den Abschreibungen auf Sachanlagen entfallen 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) auf Investment Property.

(12) Sonstige Erträge

	2007	2006
	Mio €	Mio €
Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen	45	53
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	20	28
Erstattungen aus Sozialbereichen	19	20
Erträge aus der Auflösung von Accruals	10	2
Erträge aus der Schlussabrechnung der Filialen	10	—
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	6	7
Übrige	50	95
Gesamt	<u>160</u>	<u>205</u>

Die Erträge aus Sachanlagevermögen betreffen Mieteinnahmen (Vorjahr: 23 Mio €), von denen 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) auf Investment Property entfällt.

In den übrigen Erträgen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(13) Sonstige Aufwendungen

	2007	2006
	Mio €	Mio €
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	78	63
Aufwendungen für Sonderprojekte	23	—
Aufwendungen für sonstige Steuern	13	12
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	5	8
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAntPT und StiftPT)	4	5
Aufwendungen aus der Schlussabrechnung der Filialen	—	1
Übrige	<u>92</u>	<u>143</u>
Gesamt	<u><u>215</u></u>	<u><u>232</u></u>

Die Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen enthalten Abgangsverluste aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten.

In den Aufwendungen für sonstige Steuern sind im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) enthalten.

In dem Posten Übrige sind Zinsaufwendungen für Steuerforderungen der Finanzbehörden in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) enthalten.

In den übrigen Aufwendungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(14) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2007	2006
	Mio €	Mio €
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	22	54
Gewerbeertragsteuer	22	23
	44	77
Ertragsteuern Vorjahr	20	16
Tatsächliche Ertragsteuern	64	93
Aufwand aus latenten Ertragsteuern		
temporäre Differenzen	18	133
steuerliche Verlustvorträge	<u>51</u>	<u>19</u>
	<u>69</u>	<u>152</u>
Gesamt	<u><u>133</u></u>	<u><u>245</u></u>

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand:

	2007	2006
	Mio €	Mio €
Ergebnis nach Steuern	871	696
Ertragsteuern	133	245
Ergebnis vor Steuern	1.004	941
Anzuwendender Steuersatz	39,90%	39,90%
Rechnerische Ertragsteuer	401	375
Steuereffekte		

Erläuterungen — Notes

	2007 Mio €	2006 Mio €
aus Änderungen des Steuersatzes	-206	—
wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und Ausland	-17	-30
aus steuerfreien ausländischen Erträgen	—	—
aus steuerfreien inländischen Erträgen und nicht abzugsfähigen Aufwendungen	7	-8
aus bisher nicht berücksichtigten steuerlichen Verlusten	30	40
für Steuern aus Vorjahren	77	12
aus Aktien und Beteiligungen aufgrund § 8b KStG	-158	-140
Sonstige	-1	-4
	<u>-268</u>	<u>-130</u>
Ertragsteueraufwand	<u>133</u>	<u>245</u>

Bezieht eine Körperschaft Dividenden oder andere Bezüge von einer Beteiligungsgesellschaft oder erzielt sie aus dieser Beteiligung einen Veräußerungsgewinn, dann sind diese Beteiligungsergebnisse mit 95 % nach § 8b KStG bei der empfangenden Körperschaft steuerfrei zu belassen. Dieser Regelung liegt der Grundsatz zugrunde, dass Dividenden und Veräußerungsgewinne aus Anteilen an Kapitalgesellschaften steuerfrei bleiben, solange diese im Bereich von Kapitalgesellschaften verbleiben.

Diese Gewinne werden demzufolge erst besteuert, wenn sie im Rahmen des Halbeinkünfteverfahrens an nicht begünstigte Empfänger (natürliche Personen oder Personenvereinigungen) ausgeschüttet werden. Eine Differenzierung nach inländischen oder ausländischen Beteiligungen findet nicht statt.

Erläuterungen zur Bilanz

(15) Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Kassenbestand	1.036	807
Guthaben bei Zentralnotenbanken	<u>2.316</u>	<u>208</u>
Gesamt	<u>3.352</u>	<u>1.015</u>

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 2.247 Mio € (Vorjahr: 140 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2007 beträgt 1.687 Mio € (Vorjahr: 1.493 Mio €).

(16) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	581	1.179
Andere Forderungen	10.149	6.028
	10.730	7.207
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	1.020	727
Andere Forderungen	<u>12.831</u>	<u>8.416</u>
	<u>13.851</u>	<u>9.143</u>
Gesamt	<u><u>24.581</u></u>	<u><u>16.350</u></u>

Unter der Position „Forderungen an Kreditinstitute“ werden nur Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables erfasst.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 6.871 Mio € (Vorjahr: 7.241 Mio €) fällig.

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiter verpfändet wurden und für die eine Rück- gabepflicht besteht	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	11.413	1.251	1.298	486
Nicht-finanzielle Sicherheiten	—	—	—	—
Gesamt	<u><u>11.413</u></u>	<u><u>1.251</u></u>	<u><u>1.298</u></u>	<u><u>486</u></u>

In den Forderungen an Kreditinstitute werden bis auf die gesicherten Forderungen (Fair Value Hedge) in Höhe von 1.516 Mio € (Vorjahr: 2.136 Mio €) ausschließlich Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables erfasst.

Zum 31. Dezember 2007 bestanden Forderungen aus echten Pensionsgeschäften in Höhe von 12.384 Mio € (Vorjahr: 2.013 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten, Emissionen deutscher und ausländischer Kreditinstitute, Industrieschuldverschreibungen sowie Aktien.

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 18,2 Mrd € (Vorjahr: 10,4 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 6,4 Mrd € (Vorjahr: 6,0 Mrd €).

(17) Forderungen an Kunden

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Private Baufinanzierungen	64.781	59.148
Bauspardarlehen	3.179	3.147
Gewerbliche Kredite	17.553	13.603
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.546	5.444
Ratenkredite	2.289	2.447
Sonstige Forderungen	<u>782</u>	<u>3.393</u>
Gesamt	<u>92.130</u>	<u>87.182</u>
davon		
durch Grundpfandrechte gesichert	50.372	45.565
Kommunalkredite	3.546	5.444
	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Inländische Kunden	74.970	74.358
Ausländische Kunden	<u>17.160</u>	<u>12.824</u>
Gesamt	<u>92.130</u>	<u>87.182</u>

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 1,3% (Vorjahr: 0,8%) der Bilanzsumme.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 69.769 Mio € (Vorjahr: 70.872 Mio €) fällig.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 84,4 Mrd € (Vorjahr: 77,0 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 7,7 Mrd € (Vorjahr: 10,2 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 146 Mio € (Vorjahr: 95 Mio €) enthalten. Der Bruttoinvestitionswert der Leasingverhältnisse beträgt 155 Mio € (Vorjahr: 108 Mio €).

Die Summe der zukünftigen Leasingraten beläuft sich auf 153 Mio € (Vorjahr: 107 Mio €) und gliedert sich in folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
im 1. Jahr nach Bilanzstichtag	40	32
im 2. Jahr nach Bilanzstichtag	41	26
im 3. Jahr nach Bilanzstichtag	35	25
im 4. Jahr nach Bilanzstichtag	21	15
im 5. Jahr nach Bilanzstichtag	11	6
in mehr als 5 Jahren nach Bilanzstichtag	<u>5</u>	<u>3</u>
Gesamt	<u>153</u>	<u>107</u>

Erläuterungen — Notes

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Loans and Receivables	84.564	80.483
davon Fair Value Hedge	1.356	1.500
Held to Maturity	456	518
Fair-Value-Option	<u>7.110</u>	<u>6.181</u>
Gesamt	<u>92.130</u>	<u>87.182</u>

(18) Kreditvolumen

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	24.581	16.350
Forderungen an Kunden	92.130	87.182
Bürgschaften und Garantien	<u>1.428</u>	<u>1.974</u>
Gesamt	<u>118.139</u>	<u>105.506</u>

(19) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für das latente Kreditrisiko wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Risikovorsorge wurde durch aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge sowie durch Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	—	—
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	1.154	1.155
Risikovorsorge für Forderungen gesamt	1.154	1.155
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	<u>39</u>	<u>34</u>
Gesamt	<u>1.193</u>	<u>1.189</u>

Erläuterungen — Notes

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 1. Januar	1.090	732	65	44	1.155	776
Veränderung des Konsolidierungskreises	—	267	—	2	—	269
Umgliederung wegen IFRS 5	-30	—	—	—	-30	—
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	415	384	19	19	434	403
Abgänge						
Inanspruchnahme	236	161	—	—	236	161
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	130	100	1	—	131	100
Unwinding	34	29	—	—	34	29
Währungsumrechnungsdifferenzen	4	3	—	—	4	3
Stand 31. Dezember	<u>1.071</u>	<u>1.090</u>	<u>83</u>	<u>65</u>	<u>1.154</u>	<u>1.155</u>

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 918 Mio € (Vorjahr: 926 Mio €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 1.877 Mio € (Vorjahr: 1.864 Mio €) wurden Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2007 auf 124 Mio € (Vorjahr: 128 Mio €).

Im Geschäftsjahr 2007 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 31 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 11 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €).

(20) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Devisen sowie derivativen Finanzinstrumenten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	31	180
von anderen Emittenten	4.108	9.575
davon Geldmarktpapiere	1.292	171
	<u>4.139</u>	<u>9.755</u>
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	161	28
Baudarlehen Held for Trading	209	208
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	5.155	2.942
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	131	276
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	141	71
Gesamt	<u>9.936</u>	<u>13.280</u>

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 7.365 Mio € (Vorjahr: 11.810 Mio €) fällig.

Erläuterungen — Notes

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 1,5 Mrd € (Vorjahr: 0,8 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 2,6 Mrd € (Vorjahr: 9,0 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Handelsbestands sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.109	9.720
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	161	28

(21) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	11	8
	11	8
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	13	11
	13	11
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	241	281
	241	281
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17	35
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14	41
Verbriefte Verbindlichkeiten	98	101
Nachrangkapital	<u>27</u>	<u>8</u>
	<u>156</u>	<u>185</u>
Gesamt	<u>421</u>	<u>485</u>

Bestände in Höhe von 371 Mio € (Vorjahr: 407 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

(22) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

Erläuterungen — Notes

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	15.124	17.252
von anderen Emittenten	<u>50.961</u>	<u>40.114</u>
	66.085	57.366
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien	1.016	1.287
Investmentfondsanteile	<u>1.402</u>	<u>4.544</u>
	2.418	5.831
Beteiligungen	22	17
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	<u>81</u>	<u>85</u>
Gesamt	<u>68.606</u>	<u>63.299</u>

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind Einzugspapiere in Höhe von 6 Mio € (Vorjahr: 75 Mio €) enthalten.

Bestände in Höhe von 61.477 Mio € (Vorjahr: 55.591 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 41,6 Mrd € (Vorjahr: 44,3 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 24,5 Mrd € (Vorjahr: 13,1 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Das Portfolio von strukturierten Kreditprodukten der Postbank hat ein Gesamtvolumen von 6,3 Mrd €. Innerhalb der Collateralized Debt Obligations (CDOs) hat die Postbank auf Basis einer detaillierten Analyse einen relevanten Umfang von rund 0,8 Mrd € US-Subprime-Exposures ermittelt.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	26.600	19.031
davon Fair Value Hedge	5.447	5.369
Held to Maturity	730	4.956
Available for Sale	38.755	33.379
davon Fair Value Hedge	<u>14.633</u>	<u>15.770</u>
	<u>66.085</u>	<u>57.366</u>
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	2.418	5.831
	<u>2.418</u>	<u>5.831</u>
Beteiligungen (Available for Sale)	22	17
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	<u>81</u>	<u>85</u>
Gesamt	<u>68.606</u>	<u>63.299</u>

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	64.066	56.624
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.583	3.327
Beteiligungen	9	—

Erläuterungen — Notes

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Verbindlichkeiten	24.518	22.984
Eventualverbindlichkeiten	—	66
Gesamt	<u>24.518</u>	<u>23.050</u>

Zum Abschluss von Offenmarktgeschäften hat die Postbank zugunsten der Europäischen Zentralbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 23 Mrd € (Vorjahr: 15 Mrd €) abgegeben. Zum Bilanzstichtag bestanden Offenmarktgeschäfte in Höhe von 15 Mrd € (Vorjahr: 10 Mrd €). Die als Sicherheiten hinterlegten Wertpapiere werden weiterhin als Finanzanlagen ausgewiesen.

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit –515 Mio € (Vorjahr: –125 Mio €) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Impairment wurden in der Berichtsperiode 24 Mio € (Vorjahr: 177 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertberichtigungen (Impairment) in Höhe von 130 Mio € (Vorjahr: 128 Mio €) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

(23) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.631	1.626
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	606	721
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	66	55
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	<u>122</u>	<u>103</u>
Gesamt	<u>2.425</u>	<u>2.505</u>

In der Position „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die Marke BHW in Höhe von 319 Mio € enthalten. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 90 Mio € (Vorjahr: 166 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 66 Mio € (Vorjahr: 72 Mio €). Neben den laufenden Abschreibungen reduzierte sich der Wert der Kundenbeziehungen um 69 Mio € durch die Veräußerung der BHW Lebensversicherung AG.

Erläuterungen — Notes

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte Mio €	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte Mio €	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software Mio €	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2006	62	366	17	35	480
Veränderungen des Konsolidierungskreises	—	602	22	53	677
Zugänge	1.575	21	18	59	1.673
Umbuchungen	—	34	8	-42	0
Abgänge	—	10	3	2	15
Endbestand 31.12.2006	<u>1.637</u>	<u>1.013</u>	<u>62</u>	<u>103</u>	<u>2.815</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	—	-23	—	—	-23
Zugänge	5	18	8	44	75
Umbuchungen	—	10	12	-22	0
Abgänge	—	83	—	3	86
Endbestand 31.12.2007	<u>1.642</u>	<u>935</u>	<u>82</u>	<u>122</u>	<u>2.781</u>

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte Mio €	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte Mio €	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software Mio €	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte Mio €	Gesamt Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2006	11	245	1	—	257
Veränderungen des Konsolidierungskreises	—	—	—	—	—
Planmäßige Abschreibungen	—	58	5	—	63
Zugänge	—	—	—	—	—
Umbuchungen	—	-1	1	—	0
Abgänge	—	10	—	—	10
Endbestand 31.12.2006	<u>11</u>	<u>292</u>	<u>7</u>	<u>—</u>	<u>310</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	—	-19	—	—	-19
Planmäßige Abschreibungen	—	69	9	—	78
Zugänge	—	—	—	—	—
Umbuchungen	—	—	—	—	—
Abgänge	—	13	—	—	13
Endbestand 31.12.2007	<u>11</u>	<u>329</u>	<u>16</u>	<u>—</u>	<u>356</u>
Buchwert 31.12.2006	<u>1.626</u>	<u>721</u>	<u>55</u>	<u>103</u>	<u>2.505</u>
Buchwert 31.12.2007	<u>1.631</u>	<u>606</u>	<u>66</u>	<u>122</u>	<u>2.425</u>

Erläuterungen — Notes

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2007 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2007 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.626	5	—	—	—	1.631
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	721	18	74	10	69	606
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	55	8	—	12	9	66
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	103	44	3	-22	—	122
Gesamt	<u>2.505</u>	<u>75</u>	<u>77</u>	<u>0</u>	<u>78</u>	<u>2.425</u>

Der Buchwert zum 31. Dezember 2007 der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte beträgt 83 Mio € (Vorjahr: 70 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 39 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €).

(24) Sachanlagen

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Grundstücke und Gebäude	768	784
Betriebs- und Geschäftsausstattung	148	152
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11	5
Gesamt	<u>927</u>	<u>941</u>

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grundstücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Geschäftsausstattung Mio €	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2006	864	429	7	1.300
Veränderungen des Konsolidierungskreises	164	80	2	246
Zugänge	1	51	5	57
Umbuchungen	1	6	-7	0
Abgänge	2	156	2	160
Endbestand 31.12.2006	<u>1.028</u>	<u>410</u>	<u>5</u>	<u>1.443</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	—	1	—	1
Zugänge	50	149	11	210
Umbuchungen	3	1	-4	—
Abgänge	2	61	1	64
Endbestand 31.12.2007	<u>1.079</u>	<u>500</u>	<u>11</u>	<u>1.590</u>

Erläuterungen — Notes

	Grundstücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Geschäftsausstattung Mio €	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2006	212	337	—	549
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-2	-6	—	-8
Abschreibungen	34	73	—	107
Umbuchungen	—	—	—	—
Abgänge	—	146	—	146
Endbestand 31.12.2006	<u>244</u>	<u>258</u>	<u>—</u>	<u>502</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	—	1	—	1
Zugänge	48	92	—	140
Umbuchungen	—	—	—	—
Abschreibungen	20	61	—	81
Abgänge	1	58	—	59
Endbestand 31.12.2007	<u>311</u>	<u>352</u>	<u>—</u>	<u>663</u>
Buchwert 31.12.2006	<u>784</u>	<u>152</u>	<u>5</u>	<u>941</u>
Buchwert 31.12.2007	<u>768</u>	<u>148</u>	<u>11</u>	<u>927</u>

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01. 2007 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbu- chungen Mio €	Abschrei- bungen Mio €	Buchwert 31.12. 2007 Mio €
Grundstücke und Gebäude	784	2	—	3	21	768
Betriebs- und Geschäftsausstattung	152	59	3	1	61	148
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>5</u>	<u>11</u>	<u>1</u>	<u>-4</u>	<u>—</u>	<u>11</u>
Gesamt	<u>941</u>	<u>72</u>	<u>4</u>	<u>0</u>	<u>82</u>	<u>927</u>

Zugänge und Abgänge enthalten sonstige Anpassungen in den Anschaffungswerten und kumulierten Abschreibungen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 8 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

(25) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen der Investment Property stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Anschaffungswerte		Kumulierte Abschreibungen	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Investment Property	102	102	29	28

Die Buchwerte der Investment Property haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2007 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2007 Mio €
Investment Property	74	—	—	—	1	73

Erläuterungen — Notes

Die Angaben der Investment Property stellen sich in den Geschäftsjahren 2006 und 2007 wie folgt dar:

	Fremdnutzung %	Mieteinnahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußerbarkeit Mio €	Eingang von Veräußerungserlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	100	1	1	—	—	—

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der Investment Property beträgt laut Gutachten 73 Mio €.

(26) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	117	86
Latente Ertragsteueransprüche		
temporäre Differenzen	333	42
steuerliche Verlustvorträge, davon	150	202
inländisch	150	202
ausländisch	—	—
	<u>483</u>	<u>244</u>
Gesamt	<u>600</u>	<u>330</u>

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	207	93
Risikovorsorge	—	15
Handelsaktiva	—	—
Hedging-Derivate	—	—
Finanzanlagen	186	24
Sachanlagen	3	3
Sonstige Aktiva	18	125
Passivposten		
Verbindlichkeiten	75	2
Handelspassiva	1.440	916
Hedging-Derivate	138	235
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	33	46
Andere Rückstellungen	12	79
Sonstige Passiva	2	3
	<u>2.114</u>	<u>1.541</u>
Steuerliche Verlustvorträge	150	202
Saldierung mit passiven latenten Steuern	<u>1.781</u>	<u>1.499</u>
Gesamt	<u>483</u>	<u>244</u>

Zum 31. Dezember 2007 bestanden keine abzugsfähigen temporären Unterschiede und steuerlichen Verlustvorträge, für die in der Bilanz kein latenter Steueranspruch angesetzt wurde.

(27) Sonstige Aktiva

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	363	327
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	90	62
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	11	23
Forderungen an Finanzbehörden	10	8
Übrige	<u>55</u>	<u>161</u>
Gesamt	<u>529</u>	<u>581</u>

Von den Rechnungsabgrenzungsposten entfallen 276 Mio € (Vorjahr: 283 Mio €) auf abgegrenzte Vermittlungsprovisionen und 48 Mio € (Vorjahr: 42 Mio €) auf Miet- und Leasingaufwendungen.

Bestände in Höhe von 393 Mio € (Vorjahr: 335 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(28) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte

	31.12.2007 Mio €
Forderungen an Kunden	595
Risikovorsorge	<u>-30</u>
Gesamt	<u>565</u>

(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	2.708	2.245
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>37.125</u>	<u>27.376</u>
	<u>39.833</u>	<u>29.621</u>
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	584	474
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>20.729</u>	<u>17.224</u>
	<u>21.313</u>	<u>17.698</u>
Gesamt	<u>61.146</u>	<u>47.319</u>

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 783 Mio € (Vorjahr: 2.802 Mio €) Fair Value gehedgt.

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten. Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 11.454 Mio € (Vorjahr: 9.236 Mio €) fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 54,2 Mrd € (Vorjahr: 44,8 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 6,9 Mrd € (Vorjahr: 2,5 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2007 bestanden Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 8,7 Mrd € (Vorjahr: 9,2 Mrd €).

(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	34.588	35.574
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	408	460
	<u>34.996</u>	<u>36.034</u>
Bauspareinlagen	16.915	16.981
darunter: auf gekündigte Verträge	70	68
darunter: auf zugeteilte Verträge	6	5
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	26.589	23.525
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	32.196	24.776
	<u>58.785</u>	<u>48.301</u>
Gesamt	<u>110.696</u>	<u>101.316</u>
Inländische Kunden	105.281	97.312
Ausländische Kunden	5.415	4.004
Gesamt	<u>110.696</u>	<u>101.316</u>

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 4.542 Mio € (Vorjahr: 4.761 Mio €) Fair Value gehedgt.

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten. Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 32.257 Mio € (Vorjahr: 28.962 Mio €) fällig.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 46,2 Mrd € (Vorjahr: 43,1 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 64,5 Mrd € (Vorjahr: 58,2 Mrd €).

(31) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekenpfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe sowie Geldmarktpapiere (z.B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Paper) ausgewiesen.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Hypothekenpfandbriefe	11	53
Öffentliche Pfandbriefe	59	81
Sonstige Schuldverschreibungen	9.488	15.752
Gesamt	<u>9.558</u>	<u>15.886</u>

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 5.797 Mio € (Vorjahr: 8.012 Mio €) Fair Value gehedgt.

In der Position „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten. Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 7.393 Mio € (Vorjahr: 8.059 Mio €) fällig.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 6,2 Mrd € (Vorjahr: 13,7 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 3,4 Mrd € (Vorjahr: 2,2 Mrd €).

Erläuterungen — Notes

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekauft eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 100 Mio € (Vorjahr: 158 Mio €) direkt abgesetzt.

(32) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	4.955	2.864
Negative Marktwerte Hedging-Derivate des Bankbuchs	330	351
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	308	401
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	<u>1</u>	<u>2</u>
Gesamt	<u>5.594</u>	<u>3.618</u>

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 4.875 Mio € (Vorjahr: 2.753 Mio €) fällig.

(33) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	34	66
Angekaufte Forderungen Available for Sale	<u>—</u>	<u>—</u>
	<u>34</u>	<u>66</u>
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	31	50
Angekaufte Forderungen Available for Sale	<u>—</u>	<u>—</u>
	<u>31</u>	<u>50</u>
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	267	344
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	<u>—</u>	<u>—</u>
	<u>267</u>	<u>344</u>
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6	63
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	51	78
Verbriefte Verbindlichkeiten	311	237
Nachrangkapital	<u>173</u>	<u>120</u>
	<u>541</u>	<u>498</u>
Gesamt	<u>873</u>	<u>958</u>

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 696 Mio € (Vorjahr: 808 Mio €) fällig.

(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

	Abstimmung von Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Nettopensions- rückstellungen am 31. Dezember	
	2007 Mio €	2006 Mio €
Barwert der Verpflichtung der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	698	773
Barwert der Verpflichtung der nicht kapitalgedeckten Leistungen	729	824
Barwert der Gesamtverpflichtung	1.427	1.597
Zeitwert des Planvermögens	-392	-381
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (-)	108	-101
Nettopensionsrückstellungen	<u>1.143</u>	<u>1.115</u>
	Entwicklung des Barwerts der Gesamtverpflich- tung	
	2007 Mio €	2006 Mio €
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	1.597	834
Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	34	38
Arbeitnehmerbeiträge	—	—
Zinsaufwand	72	68
Erbrachte Pensionsleistungen	-71	-69
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-14	1
Planabgeltungen	—	—
Transfers	4	79
Veränderung Konsolidierungskreis	16	726
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+)	-210	-80
Währungseffekte	-1	—
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	<u>1.427</u>	<u>1.597</u>
	Entwicklung des Planvermögens	
	2007 Mio €	2006 Mio €
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	381	59
Arbeitgeberbeiträge	16	16
Arbeitnehmerbeiträge	—	—
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	17	16
Gewinne (+)/Verluste (-) aus dem Planvermögen	-7	-1
Erbrachte Pensionsleistungen	-26	-25
Transfers	1	-2
Veränderung Konsolidierungskreis	11	316
Planabgeltungen	—	—
Währungseffekte	-1	2
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	<u>392</u>	<u>381</u>

Das Planvermögen besteht aus festverzinslichen Wertpapieren, Festgeldern, sonstigen liquiden Mitteln etc. (10%, Vorjahr: 10%), Versicherungsverträgen (80 %, Vorjahr: 83 %), Aktien (1 %, Vorjahr: 1 %) und

Erläuterungen — Notes

anderen Vermögenswerten wie Immobilien (9 %, Vorjahr: 6 %). Von den Vermögenswerten werden keine direkt von der Postbank Gruppe selbst genutzt.

Gewinne und Verluste

	Gewinne und Verluste aus Planvermögen		
	2007	2006	2005
	Mio €	Mio €	Mio €
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen	10	15	6
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	17	16	3
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (-) des Planvermögens	-7	-1	3
	Gewinne und Verluste aus Verpflichtungen		
	2007	2006	2005
	Mio €	Mio €	Mio €
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Verpflichtungen	33	-12	-13
Annahmenänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	177	91	-60
Gesamte versicherungsmathematische Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Verpflichtungen	210	79	-73
	Entwicklung der Netto- pensionsrückstellungen		
	2007	2006	
	Mio €	Mio €	
Stand 1. Januar	1.115	585	
Pensionsaufwand	81	101	
Erbrachte Pensionsleistungen	-45	-44	
Fondsbeiträge	-16	-16	
Veränderung des Konsolidierungskreises	5	410	
Transfers	3	81	
Währungseffekte	—	-2	
Stand 31. Dezember	<u>1.143</u>	<u>1.115</u>	

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellungen werden für 2008 Zahlungen in Höhe von 69 Mio € erwartet. Hiervon entfallen 56 Mio € auf direkte erwartete Rentenzahlungen des Unternehmens und 13 Mio € auf erwartete Beiträge an das Planvermögen.

	Pensionsaufwand	
	2007	2006
	Mio €	Mio €
Dienstzeitaufwand	34	38
Zinsaufwand	72	68
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	-17	-16
Realisierter nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-14	1
Armortisation noch nicht realisierter Gewinne (-)/Verluste (+)	5	10
Auswirkungen von Planabgeltungen	1	—
Sonstiges	—	—
Pensionsaufwand	<u>81</u>	<u>101</u>

(35) Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2007 Mio €	Veränderungen des Konsoli- dierungskreises Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2007 Mio €
Versicherungstechnische Rückstellungen	1.560	-1.800	52	1	293	0
Rückstellungen im Bauspargeschäft	727	—	176	8	167	710
Neustrukturierung	111	10	46	7	8	76
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	34	0	10	3	18	39
Risikoausgleichsbeträge der Postbeamten-Krankenkasse	6	—	—	—	—	6
Übrige	<u>138</u>	<u>7</u>	<u>133</u>	<u>29</u>	<u>150</u>	<u>133</u>
Gesamt	<u>2.576</u>	<u>-1.783</u>	<u>417</u>	<u>48</u>	<u>636</u>	<u>964</u>

Nach mehr als 12 Monaten sind 723 Mio € (Vorjahr: 2.277 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

Die Rückstellungen im Bauspargeschäft haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2007 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2007 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft					
für Zinsboni	507	134	—	148	521
für Erstattungsansprüche Abschlussgebühren	132	22	—	1	111
für Zinssatzwechsel	78	19	—	17	76
Übrige	<u>10</u>	<u>1</u>	<u>8</u>	<u>1</u>	<u>2</u>
Gesamt	<u>727</u>	<u>176</u>	<u>8</u>	<u>167</u>	<u>710</u>

Die übrigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Prozesskosten in Höhe von 13 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €), Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) sowie Rückstellungen für Jahresabschlusskosten in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €).

(36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2007 Mio €	Veränderungen des Konsoli- dierungskreises Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2007 Mio €
Tatsächliche Steuern	84	-3	27	5	73	122
Latente Steuern	<u>974</u>	<u>-16</u>	<u>—</u>	<u>1.605</u>	<u>1.749</u>	<u>1.102</u>
Gesamt	<u>1.058</u>	<u>-19</u>	<u>27</u>	<u>1.610</u>	<u>1.822</u>	<u>1.224</u>

Die Rückstellungen für Tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Erläuterungen — Notes

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Aktivposten		
Forderungen	242	384
Risikovorsorge	2	—
Handelsaktiva	1.515	958
Hedging-Derivate	102	148
Finanzanlagen	344	475
Sachanlagen	12	8
Sonstige Aktiva	270	306
Passivposten		
Verbindlichkeiten	91	83
Handelsspassiva	—	—
Hedging-Derivate	6	—
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	12	22
Andere Rückstellungen	15	1
Sonstige Passiva	272	88
	<u>2.883</u>	<u>2.473</u>
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	<u>1.781</u>	<u>1.499</u>
Gesamt	<u>1.102</u>	<u>974</u>

(37) Sonstige Passiva

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	188	123
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	99	76
Verbindlichkeiten aus Leistungen der Deutschen Post AG	81	53
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	75	69
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	77	63
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	43	43
Rechnungsabgrenzungsposten	42	40
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanprüchen	46	45
Sonstige Verbindlichkeiten	184	274
Gesamt	<u>835</u>	<u>786</u>

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 69 Mio € (Vorjahr: 125 Mio €) fällig.

(38) Nachrangkapital

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.778	2.822
Hybride Kapitalinstrumente	1.508	1.039
Genussrechtskapital	1.262	1.132
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	55	55
Gesamt	<u>5.603</u>	<u>5.048</u>

In der Position „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 5.260 Mio € (Vorjahr: 4.980 Mio €) fällig.

Erläuterungen — Notes

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen aufgrund der derzeitigen Restlaufzeitenstruktur nur in Höhe von 3.521 Mio € (Vorjahr: 3.354 Mio €) haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 142 Mio € (Vorjahr: 134 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 30 Mio € (Vorjahr: 43 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Hybriden Kapitalinstrumente stellen vier Emissionen in Form von Class B Preferred Securities dar, die durch für diesen Zweck bestehende Tochtergesellschaften begeben wurden. Die Class B Preferred Securities der Postbank Funding LLC I bis IV haben eine unbegrenzte Laufzeit und werden aufsichtsrechtlich als Kernkapital angerechnet.

Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für Hybride Kapitalinstrumente betragen 16 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €); sie werden im Posten „Hybride Kapitalinstrumente“ erfasst.

Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2007 beträgt insgesamt 55 Mio € (Vorjahr: 52 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 48 Mio € (Vorjahr: 53 Mio €) werden dem Posten „Genussrechtskapital“ direkt zugeordnet.

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Der Zinsaufwand für die aufgenommenen Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter beträgt 4 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 2.006 Mio € (Vorjahr: 1.668 Mio €) gegen Änderungen des Fair Value abgesichert; davon entfallen 498 Mio € (Vorjahr: 629 Mio €) auf Nachrangige Verbindlichkeiten und 1.508 Mio € (Vorjahr: 1.125 Mio €) auf Hybride Kapitalinstrumente.

Das Nachrangkapital ist mit 4,1 Mrd € (Vorjahr: 4,2 Mrd €) festverzinslich sowie mit 1,6 Mrd € (Vorjahr: 0,8 Mrd €) variabel verzinslich.

(39) Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten

Die Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten betreffen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

(40) Eigenkapital

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Gezeichnetes Kapital	410	410
Kapitalrücklage	1.160	1.160
Gewinnrücklagen	3.541	3.051
Währungsumrechnungsrücklage	-149	-117
Neubewertungsrücklage	-523	6
Andere Rücklagen	2.869	2.940

Erläuterungen — Notes

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Bilanzgewinn	870	695
Anteile im Fremdbesitz	<u>2</u>	<u>2</u>
Gesamt	<u>5.311</u>	<u>5.207</u>

Das gezeichnete Kapital der Postbank ist in 164.000.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Bank bis zum 24. März 2009 durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen, ganz oder in Teilbeträgen, ein- oder mehrmals um bis zu insgesamt 41 Mio € zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Bank bis zum 10. Mai 2011 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen, ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 137 Mio € zu erhöhen (genehmigtes Kapital II). Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit es zum Ausgleich von Spitzenbeträgen erforderlich ist. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

In der Hauptversammlung vom 10. Mai 2007 wurde der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5% des Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10% des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10% des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 9. November 2008. Die zum Zeitpunkt der Hauptversammlung bestehenden, ursprünglich bis zum 10. November 2007 befristeten Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG sowie § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG wurden mit Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

	Finanzinstrumente Available for Sale	
	2007	2006
	Mio €	Mio €
Stand zum 1. Januar	6	311
Bewertungsänderungen	-742	-247
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	-227	-122
Available for Sale nicht gehedgt	-515	-125
Bestandsänderungen	36	-187
Available for Sale aufgrund Impairment	63	128
davon auf gehedgte Bestände	2	—
davon auf nicht gehedgte Bestände	61	128
Available for Sale aufgrund von Verkauf/Hedge-Auflösung	-27	-315
davon auf gehedgte Bestände	60	-10
davon auf nicht gehedgte Bestände	-87	-305
Erfolgsneutral gebildete latente Steuern	<u>177</u>	<u>129</u>
Stand zum 31. Dezember	<u>-523</u>	<u>6</u>

Aus den Abgängen und Impairment von Finanzinstrumenten Available for Sale wurden im Geschäftsjahr 36 Mio € (Vorjahr: 187 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen. Des Weiteren reduzierte sich die Neubewertungsrücklage um 742 Mio € (Vorjahr: 247 Mio €) aufgrund der Bewertung

von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten latenten Steuern veränderten sich in diesem Geschäftsjahr um 177 Mio € (Vorjahr: 129 Mio €) auf einen Endbestand von 286 Mio € (Vorjahr: 109 Mio €), welche die Neubewertungsrücklage insgesamt erhöhen.

Sonstige Angaben

(41) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

Im Geschäftsfeld „Retail Banking“ bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden ein breites Spektrum von Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro — und Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den operativen Ergebnissen des Retail Bankings der Postbank AG, des Teilkonzerns BHW, der BHW Bank, der Postbank Filialvertrieb AG und der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH zusammen.

Im Geschäftsfeld „Firmenkunden“ erbringt die Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr.

Außerdem gehören gewerbliche Finanzierungen, insbesondere von Immobilien, Factoring und Leasing sowie Logistikfinanzierungen zu diesem Geschäftsbereich.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den Ergebnissen des Firmenkundengeschäfts der Postbank AG, der PB Firmenkunden AG, der PB Capital, der Postbank Leasing GmbH, PB Factoring GmbH, der Niederlassung London und des Firmenkundengeschäfts der Deutschen Postbank International S.A. zusammen.

Dem Geschäftsfeld „Financial Markets“ sind neben den Eigenhandelsaktivitäten ferner die aus Luxemburg geführten Aktivitäten der Deutschen Postbank International S.A. sowie die Fondsverwaltung und das Fondsmanagement für verschiedene Publikumsfonds der Postbank und Spezialfonds zugeordnet (Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft GmbH und Deutsche Postbank Financial Services GmbH).

Das Geschäftsfeld „Transaction Banking“ bietet konzernintern sowie für andere Banken organisatorische und technische Abwicklungs- und Bearbeitungsleistungen im Bereich des inländischen und des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs an.

In dem Posten „Übrige“ sind Konsolidierungssachverhalte, nicht den Geschäftsfeldern zuordenbare Positionen, nicht verrechnete Overhead-Kosten sowie das Eigengeschäftsergebnis enthalten.

Die Vorjahreszahlen wurden an die 2007 geltenden Organisationsstrukturen bzw. an geänderte Zuordnungskriterien angepasst.

Erläuterungen — Notes

	Retail Banking		Firmenkunden		Transaction Banking		Financial Markets		Übrige		Konzern ¹	
	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €
Zinsüberschuss	2.392	2.339	292	260	4	5	114	92	-562	-542	2.240	2.154
Handelsergebnis	14	32	-9	5	—	—	72	46	213	181	290	264
Finanzanlageergebnis	50	25	-5	2	—	-1	1	6	248	260	294	292
Bilanzbezogene Erträge	2.456	2.396	278	267	4	4	187	144	-101	-101	2.824	2.710
Provisionsüberschuss	988	1.061	104	105	350	263	83	63	-96	-85	1.429	1.407
Gesamt-Erträge	3.444	3.457	382	372	354	267	270	207	-197	-186	4.253	4.117
Verwaltungsaufwand	-2.210	-2.178	-163	-171	-331	-245	-83	-78	-69	-140	-2.856	-2.812
Risikovorsorge	-292	-277	-28	-38	—	—	4	-3	-22	-19	-338	-337
Sonstige Erträge/Aufwendungen	2	-78	—	2	13	5	-1	6	-69	38	-55	-27
Ergebnis vor Steuern	944	924	191	165	36	27	190	132	-357	-307	1.004	941
Cost Income Ratio (CIR)	64,2%	63,0%	42,7%	46,0%	93,5%	91,8%	30,7%	37,7%	—	—	67,2%	68,3%
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	32,7%	32,7%	50,5%	46,7%	—	—	37,2%	23,8%	-25,3%	-25,6%	19,3%	18,9%
Segmentvermögen	79.107	77.370	21.032	16.364	93	82	22.521	28.209	72.500	58.086	195.253	180.111
Segmentverbindlichkeiten	94.563	93.200	18.469	17.179	1	—	12.569	11.313	61.392	46.447	186.994	168.139

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnungen der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmenseinheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand basiert auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Die Höhe der zugewiesenen Risikovorsorge im Kreditgeschäft bemisst sich nach den festgelegten Standardrisikokosten, also den erwarteten Verlusten.

Die Zuordnung des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken und Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IAS-Eigenkapitals auf die Segmente.

Da es sich bei der Abwicklung von Zahlungsverkehrstransaktionen nicht um Bankgeschäft im klassischen Sinne handelt, weisen wir im Geschäftsfeld „Transaction Banking“ keine Eigenkapitalrentabilität aus.

Die Zuordnung von Vermögen und Verbindlichkeiten auf die Segmente basiert auf der operativen Geschäftstätigkeit der Segmente. Dazu werden die Aktiva „Forderungen an Kreditinstitute“, „Forderungen an Kunden“, „Handelsaktiva“ und „Finanzanlagen“ sowie die Passiva „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“, „Verbriefte Verbindlichkeiten“ und „Handelspassiva“ Geschäftsfeldern verursachungsgerecht zugeordnet.

Erläuterungen — Notes

Segmentberichterstattung nach geografischen Bereichen

Die Zuordnung der Segmente nach dem jeweiligen Sitz der Niederlassung oder des Konzernunternehmens ergibt nachfolgende Verteilung:

	Vermögen		Verbindlichkeiten		Erträge		Ergebnis vor Steuern	
	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €
Deutschland	163.155	145.171	156.683	134.940	3.995	3.884	824	785
Übrige	32.098	34.940	30.311	33.199	258	233	180	156
Europa	25.974	30.081	24.665	28.765	174	142	134	106
USA	5.655	4.484	5.225	4.116	70	85	41	49
Asien	469	375	421	318	14	6	5	1
Gesamt	<u>195.253</u>	<u>180.111</u>	<u>186.994</u>	<u>168.139</u>	<u>4.253</u>	<u>4.117</u>	<u>1.004</u>	<u>941</u>

(42) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann. Finanzgarantien werden nach der Nettomethode erfasst.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.428	1.974
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	23.480	21.369
davon: bereitgestellte Baudarlehen	<u>707</u>	<u>1.536</u>
Gesamt	<u>24.908</u>	<u>23.343</u>

(43) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2007		31.12.2006	
	Buchwert Mio €	Beizu- legender Zeitwert Mio €	Buchwert Mio €	Beizu- legender Zeitwert Mio €
Aktiva				
Barreserve	3.352	3.352	1.015	1.015
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	24.581	24.510	16.350	16.357
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	85.159	85.414	80.483	82.496
Forderungen an Kunden (Held to Maturity)	456	456	518	518
Risikovorrsorge	-1.184	-1.184	-1.155	-1.155
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	26.600	25.922	19.031	18.838
Finanzanlagen (Held to Maturity)	730	731	4.956	5.025
	<u>139.694</u>	<u>139.201</u>	<u>121.198</u>	<u>123.094</u>
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	61.146	60.935	47.319	47.366
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	110.740	110.335	101.316	101.439
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	15.161	14.753	20.934	21.019
	<u>187.047</u>	<u>186.023</u>	<u>169.569</u>	<u>169.824</u>

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

Existiert für ein Finanzinstrument ein liquider Markt (z.B. Wertpapierbörse), wird der Fair Value durch den Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtages ermittelt. Liegt kein liquider Markt vor, wird der Fair Value durch anerkannte Bewertungsverfahren bestimmt.

Die eingesetzten Bewertungsverfahren berücksichtigen die wesentlichen wertbestimmenden Faktoren der Finanzinstrumente und verwenden Bewertungsparameter, die aus den Marktkonditionen zum Bilanzstichtag resultieren. Die im Rahmen der Barwertmethode verwendeten Zahlungsströme basieren auf den Vertragsdaten der Finanzinstrumente.

(44) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39

	Erläuterungen	2007 Mio €	2006 Mio €
Zinserträge und -aufwendungen	(6)		
Loans and Receivables		6.192	5.606
Available for Sale		1.572	1.332
Held to Maturity		130	184
Liabilities at amortised cost		5.692	5.004
Nettogewinne- und verluste	(9), (10)		
Held for Trading		271	243
Designated as at fair value		12	19
Loans and Receivables		-62	52
Available for Sale		-33	165

	Fair Value Hedge/Option		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Aktiva	30.624	31.512	165.050	149.084	195.674	180.596
Loans and Receivables	8.319	9.005	127.426	106.859	135.745	115.864
Forderungen an Kreditinstitute	1.516	2.136	23.065	14.214	24.581	16.350
Forderungen an Kunden	1.356	1.500	83.208	78.983	84.564	80.483
Finanzanlagen	5.447	5.369	21.153	13.662	26.600	19.031
Available for Sale	14.633	15.770	26.643	23.542	41.276	39.312
Finanzanlagen	14.633	15.770	26.643	23.542	41.276	39.312
Held to Maturity	—	—	1.186	5.474	1.186	5.474
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Forderungen an Kunden	—	—	456	518	456	518
Finanzanlagen	—	—	730	4.956	730	4.956
Held for Trading	141	71	9.795	13.209	9.936	13.280
Handelsaktiva	141	71	9.795	13.209	9.936	13.280
Fair-Value-Option	7.110	6.181	—	—	7.110	6.181
Forderungen an Kunden	7.110	6.181	—	—	7.110	6.181
Hedging-Derivate	421	485	—	—	421	485
Passiva	14.309	18.602	179.161	155.543	193.470	174.145
Liabilities at amortised cost	13.128	17.243	173.875	152.326	187.003	169.569
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	783	2.802	60.363	44.517	61.146	47.319
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.542	4.761	106.154	96.555	110.696	101.316
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.797	8.012	3.761	7.874	9.558	15.886
Nachrangkapital	2.006	1.668	3.597	3.380	5.603	5.048
Held for Trading	308	401	5.286	3.217	5.594	3.618
Handelspassiva	308	401	5.286	3.217	5.594	3.618
Hedging-Derivate	873	958	—	—	873	958

(45) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen.

Erläuterungen — Notes

Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indexfutures abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren im Wesentlichen aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Derivate des Handelsbestands	518.853	438.244	5.427	3.289	5.593	3.616
Hedging-Derivate	<u>34.052</u>	<u>43.568</u>	<u>421</u>	<u>485</u>	<u>873</u>	<u>958</u>
Gesamt	<u>552.905</u>	<u>481.812</u>	<u>5.848</u>	<u>3.774</u>	<u>6.466</u>	<u>4.574</u>

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalbetrag		Fair Value			
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	2.273	4.115	35	36	50	22
Devisenswaps	<u>22.518</u>	<u>17.767</u>	<u>202</u>	<u>152</u>	<u>270</u>	<u>129</u>
Gesamtbestand						
Fremdwährungsderivate	<u>24.791</u>	<u>21.882</u>	<u>237</u>	<u>188</u>	<u>320</u>	<u>151</u>
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	469.220	398.821	5.142	3.068	5.046	3.436
Cross Currency Swaps	146	55	4	2	5	—
FRAs	5.723	2.632	—	9	2	1
OTC-Zinsoptionen	673	645	1	—	1	1
Sonstige zinsgebundene Verträge	871	479	3	1	2	1
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	9.893	4.131	—	—	—	—
Zinsoptionen	<u>490</u>	<u>7.996</u>	<u>1</u>	<u>1</u>	<u>—</u>	<u>—</u>
Gesamtbestand Zinsderivate	<u>487.016</u>	<u>414.759</u>	<u>5.151</u>	<u>3.081</u>	<u>5.056</u>	<u>3.439</u>

Erläuterungen — Notes

	Nominalbetrag		Fair Value			
	31.12.2007	31.12.2006	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	Mio €	Mio €	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
			Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktioptionen (long/short)	453	165	10	13	66	19
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexfutures	117	8	—	—	—	2
Aktien-/Indexoptionen	259	83	2	1	1	1
Gesamtbestand Aktien-/Indexbezogene Derivate	<u>829</u>	<u>256</u>	<u>12</u>	<u>14</u>	<u>67</u>	<u>22</u>
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	6.217	1.347	27	6	150	4
Gesamtbestand Kreditderivate	<u>6.217</u>	<u>1.347</u>	<u>27</u>	<u>6</u>	<u>150</u>	<u>4</u>
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	<u>518.853</u>	<u>438.244</u>	<u>5.427</u>	<u>3.289</u>	<u>5.593</u>	<u>3.616</u>
davon Derivate des Bankbuchs	15.416	22.214	131	276	330	351
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	12.767	8.097	141	71	308	401
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	32.560	41.423	410	482	621	733
Cross Currency Swaps	1.338	1.796	10	3	252	222
Credit Default Swaps	154	349	1	—	—	3
Gesamtbestand Hedging-Derivate	<u>34.052</u>	<u>43.568</u>	<u>421</u>	<u>485</u>	<u>873</u>	<u>958</u>
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	<u>552.905</u>	<u>481.812</u>	<u>5.848</u>	<u>3.774</u>	<u>6.466</u>	<u>4.574</u>

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

	Hedging-Derivate			
	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2007	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2006
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate		45	138	63
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr		5	39	15
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre		18	131	11
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre		15	67	22
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre		7	29	31
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre		23	69	21
mehr als 5 Jahre		<u>308</u>	<u>400</u>	<u>322</u>
		<u>421</u>	<u>873</u>	<u>485</u>
				<u>958</u>

Erläuterungen — Notes

	Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs			
	Positive	Negative	Positive	Negative
	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte
	31.12.2007	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2006
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	316	508	471	749
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	144	211	105	116
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	147	233	120	151
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	205	201	182	272
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	197	193	226	193
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	270	336	144	170
	<u>4.148</u>	<u>3.911</u>	<u>2.041</u>	<u>1.965</u>
	<u>5.427</u>	<u>5.593</u>	<u>3.289</u>	<u>3.616</u>

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgliedert.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	5.720	3.699	6.132	4.457
Öffentliche Stellen in der OECD	—	17	—	26
Sonstige Kontrahenten in der OECD	117	58	250	91
Nicht OECD	<u>11</u>	<u>—</u>	<u>84</u>	<u>—</u>
	<u>5.848</u>	<u>3.774</u>	<u>6.466</u>	<u>4.574</u>

(46) Umlauf Schuldverschreibungen

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Im Umlauf befindliche Schuldverschreibungen		
Begebene Schuldverschreibungen	18.673	16.034
Zur Sicherstellung ausgehändigte Namenspfandbriefe	10	62
Öffentliche Pfandbriefe/Kommunalschuldverschreibungen	<u>12</u>	<u>23</u>
Deckungspflichtiger Umlauf	<u>18.695</u>	<u>16.119</u>

(47) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Deckung der Namenspapiere		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	14.408	11.390
Summe der deckungspflichtigen Namenspapiere	<u>13.307</u>	<u>9.191</u>
Überdeckung	<u>1.101</u>	<u>2.199</u>
Deckung der Pfandbriefe		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden (Hypothekendarlehen)	2.583	3.023
Summe der deckungspflichtigen Pfandbriefe	<u>1.423</u>	<u>1.890</u>
Überdeckung	<u>1.160</u>	<u>1.133</u>
Deckung der Kommunalschuldverschreibungen		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Ersatzdeckung in Wertpapieren	4.544	5.640
Summe der deckungspflichtigen Kommunalschuldverschreibungen	<u>3.943</u>	<u>4.953</u>
Überdeckung	<u>601</u>	<u>687</u>
Deckung der Zinsaufwendungen für Namenspapiere		
Zinsaufwendungen für Namenspapiere	582	395
Zinserträge aus Deckungswerten	<u>655</u>	<u>555</u>
Überdeckung	<u>73</u>	<u>160</u>
Deckung der Zinsaufwendungen für Pfandbriefe		
Zinsaufwendungen für Pfandbriefe	72	101
Zinserträge aus Deckungswerten	<u>106</u>	<u>160</u>
Überdeckung	<u>34</u>	<u>59</u>
Deckung der Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen		
Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen	154	248
Zinserträge aus Deckungswerten	<u>199</u>	<u>272</u>
Überdeckung	<u>45</u>	<u>24</u>

(48) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2007 Anzahl	31.12.2006 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	1.161	996
Zwangsverwaltungsverfahren	764	678
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	272	218

(49) Fremdwährungsvolumina

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Fremdwährungsaktiva	19.404	15.831
Fremdwährungspassiva	19.191	15.799

(50) Angaben über wesentliche Konzentrationen

Die prozentuale Gliederung der Kredite der Deutschen Postbank AG erfolgt nach Wirtschaftszweigen:

	2007 %	2006 %
Wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen	46,9	51,9
Sonstige Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	25,8	18,1
Öffentliche Haushalte	6,6	10,0
Kreditinstitute	<u>20,7</u>	<u>20,0</u>
	<u>100,0</u>	<u>100,0</u>

Die prozentuale Gliederung nach Inländern und Ausländern ergibt sich wie folgt:

	2007 %	2006 %
Inländer	73,5	83,6
Ausländer	<u>26,5</u>	<u>16,4</u>
	<u>100,0</u>	<u>100,0</u>

(51) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die ordnungsgemäße Ermittlung des haftenden Eigenkapitals und der Eigenmittel stellt die Postbank auf Konzernebene sicher. Die Eigenmittelausstattung gemäß dem Kreditwesengesetz sowie der Solvabilitätsverordnung stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 ¹ Mio €
Adressrisiken	75.788	68.705
Marktrisikopositionen	12.225	13.375
Operationelle Risiken	3.063	3.063
Gesamtanrechnungsbetrag	91.076	85.143
Zusätzlicher Anrechnungsbetrag gemäß Übergangsregel ²	4.500	0
Kernkapital	5.455	4.701
darunter: Hybride Kapitalinstrumente	1.651	1.151
Ergänzungskapital	3.312	3.459
darunter: Genussrechtskapital	1.213	1.152
darunter: Nachrangige Verbindlichkeiten	2.308	2.394
Dritttrangmittel	0	24
Anrechenbare Eigenmittel	8.767	8.184
Kernkapitalquote vor Anwendung der Übergangsregel in %	6,9	6,6
Auswirkung der Übergangsregel ² in Prozentpunkten	-0,4	0,0
Gesamtkennziffer vor Anwendung der Übergangsregel in %	9,6	9,6
Auswirkung der Übergangsregel ² in Prozentpunkten	-0,4	0,0

1 Interne Berechnung

2 § 339 Abs.1 i.V. m. Abs. 3–5 SolvV

Die regulatorische Risikotragfähigkeit wird durch die Einhaltung der aufsichtlichen Mindesteigenmittelanforderungen sichergestellt. Diese bestimmen sich als Quotienten aus zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und eingegangenen Risikopositionen. Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital, gebildete Rücklagen und innovative Kapitalinstrumente. Das Ergänzungskapital setzt sich aus Genussrechtsverbindlichkeiten sowie längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten nach den gesetzlich vorgegebenen Abzügen zusammen. Der Entlastungseffekt gegenüber der bisherigen Grundsatz-I-Meldung

Erläuterungen — Notes

konnte aufgrund der Übergangsregel für IRBA-Institute gemäß § 339 Abs. 1 i.V. m. Abs. 3–5 SolvV noch nicht in voller Höhe realisiert werden. Die Eigenmittelausstattung von Instituten, die den Anrechnungsbeitrag für Adressenausfallrisiken mit internen Ratingsystemen ermitteln (IRB-Ansatz), darf danach im ersten Jahr der Anwendung 95% der nach Grundsatz I mit aufsichtlichen Gewichtungsfaktoren ermittelten Mindesteigenmittel nicht unterschreiten.

(52) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2007:

	Täglich fällig Mio €	bis 3 Monate Mio €	3 Monate bis 1 Jahr Mio €	1 Jahr bis 2 Jahre Mio €	2 Jahre bis 3 Jahre Mio €	3 Jahre bis 4 Jahre Mio €	4 Jahre bis 5 Jahre Mio €	mehr als 5 Jahre Mio €	Summe Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	1.601	14.071	2.038	1.624	772	679	1.846	1.950	24.581
Forderungen an Kunden	3.362	10.413	8.586	7.177	5.852	6.627	7.085	43.028	92.130
Handelsaktiva	1	1.002	1.568	1.691	456	346	301	4.571	9.936
Hedging-Derivate	1	44	5	18	15	7	23	308	421
Finanzanlagen	—	2.203	4.926	7.469	6.545	5.133	7.094	35.236	68.606
Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	3	32	94	47	9	72	336	7	600
Sonstige Aktiva	71	68	34	47	38	48	27	196	529
Gesamt	5.039	27.833	17.251	18.073	13.687	12.912	16.712	85.296	196.803
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.293	41.068	5.332	2.515	830	898	1.299	5.911	61.146
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26.589	45.538	6.312	1.755	1.811	3.451	5.439	19.801	110.696
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	992	1.173	3.913	1.206	258	248	1.768	9.558
Handelspassiva	—	508	211	233	201	193	336	3.912	5.594
Hedging-Derivate	—	138	39	131	67	29	69	400	873
Rückstellungen	14	70	226	274	222	208	180	913	2.107
Pensionsrückstellungen	—	19	50	94	80	78	77	745	1.143
Sonstige Rückstellungen	14	51	176	180	142	130	103	168	964
Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	5	—	66	9	5	453	539	147	1.224
Sonstige Passiva	208	296	263	14	14	13	2	25	835
Nachrangkapital	—	14	329	234	102	318	274	4.332	5.603
Gesamt	30.109	88.624	13.951	9.078	4.458	5.821	8.386	37.209	197.636

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Note (45) ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2006:

	Täglich fällig Mio €	bis 3 Monate Mio €	3 Monate bis 1 Jahr Mio €	1 Jahr bis 2 Jahre Mio €	2 Jahre bis 3 Jahre Mio €	3 Jahre bis 4 Jahre Mio €	4 Jahre bis 5 Jahre Mio €	mehr als 5 Jahre Mio €	Summe Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	1.906	5.470	1.733	934	1.254	858	846	3.349	16.350
Forderungen an Kunden	2.193	5.777	8.340	8.429	8.976	7.129	10.050	36.288	87.182
Handelsaktiva	—	643	827	6.817	1.365	568	708	2.352	13.280
Hedging-Derivate	—	63	15	11	22	31	21	322	485
Finanzanlagen	46	1.948	5.714	4.484	5.127	4.594	5.540	35.846	63.299
Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	4	17	82	7	71	5	10	134	330
Sonstige Aktiva	132	110	6	22	16	36	21	238	581
Gesamt	4.281	14.028	16.717	20.704	16.831	13.221	17.196	78.529	181.507

Erläuterungen — Notes

	Täglich fällig Mio €	bis 3 Monate Mio €	3 Monate bis 1 Jahr Mio €	1 Jahr bis 2 Jahre Mio €	2 Jahre bis 3 Jahre Mio €	3 Jahre bis 4 Jahre Mio €	4 Jahre bis 5 Jahre Mio €	mehr als 5 Jahre Mio €	Summe Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.719	30.719	4.645	1.614	2.224	508	488	4.402	47.319
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21.436	48.379	2.539	793	982	453	2.406	24.328	101.316
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	5.227	2.600	1.818	3.552	1.210	116	1.363	15.886
Handelspassiva	—	749	116	151	272	193	170	1.967	3.618
Hedging-Derivate	—	123	27	65	148	129	50	416	958
Rückstellungen	11	86	273	349	206	188	184	2.394	3.691
Pensionsrückstellungen	—	19	52	70	68	67	66	773	1.115
Sonstige Rückstellungen	11	67	221	279	138	121	118	1.621	2.576
Tatsächliche und latente Ertragsteuerrückstellungen	5	—	131	11	5	89	421	396	1.058
Sonstige Passiva	204	228	229	16	13	18	34	44	786
Nachrangkapital	16	—	24	300	238	125	1.422	2.895	5.048
Gesamt	24.391	85.539	10.584	5.117	7.640	2.913	5.291	38.205	179.680

(53) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögenswerte enthalten:

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Forderungen an Kunden	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	21	5
Finanzanlagen	—	—
Gesamt	21	5

(54) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Gemäß Artikel 4 §16 Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (PTNeuOG) zahlt die Postbank seit 2000 33% der Bruttobezüge ihrer aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge ihrer beurlaubten Beamten an eine zu diesem Zweck gegründete Unterstützungskasse. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Unterstützungskasse bestehen nicht, sondern sind durch den Bund zu tragen.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, und PB Capital Corp., Delaware, USA, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle Delaware, USA, abgegeben.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,0 Mio €. Darüber hinaus haftet die Deutsche Postbank AG anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der

Erläuterungen — Notes

Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

Außerdem ist die Deutsche Postbank International S.A. Luxemburg Mitglied des „Verbands zur Einlagensicherung, Luxemburg“.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften der Postbank AG aus unkündbaren Leasingverträgen betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	23	20
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	22	18
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	19	17
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	15	16
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	12	11
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	<u>65</u>	<u>65</u>
Gesamt	<u>156</u>	<u>147</u>

Darüber hinaus bestehen jährliche Verpflichtungen der Postbank Filialvertrieb AG aus Mieten und Mietnebenkosten (2007: 81 Mio €).

(55) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	51	47
Forderungen an Kunden	<u>1.123</u>	<u>1.240</u>
	<u>1.174</u>	<u>1.287</u>
Treuhandverbindlichkeiten		
Treuhandmittel für durchlaufende Kredite	551	594
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	45	44
Altenteilerrentenfonds	11	11
Zweckvermögen	<u>567</u>	<u>638</u>
	<u>1.174</u>	<u>1.287</u>

(56) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraumes:

	Gesamt 2007	Gesamt 2006
Vollzeitkräfte		
Beamte	6.661	6.838
Angestellte	<u>11.460</u>	<u>11.734</u>
	<u>18.121</u>	<u>18.572</u>
Teilzeitkräfte		
Beamte	1.005	1.046
Angestellte	<u>2.714</u>	<u>2.666</u>
	<u>3.719</u>	<u>3.712</u>
	<u>21.840</u>	<u>22.284</u>

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

(57) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht der Postbank Konzern unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit einer Vielzahl von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen des DPWN Konzerns in Beziehung sowie einer geringen Anzahl von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Postbank AG, die nicht im Postbank Konzern konsolidiert wurden. Als nahestehende Personen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und der Muttergesellschaft Deutsche Post AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Deutschen Post AG einschließlich der nicht in den Postbank Konzern einbezogenen verbundenen Unternehmen bezeichnet. Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Post AG

Mit Wirkung vom 1. Januar 2006 wurde zwischen der DPAG und der Postbank ein neuer Kooperationsvertrag abgeschlossen. Diesem Vertrag entsprechend übernimmt die Postbank mit dem eigenen stationären Vertriebsnetz die Betreuung der Postbank Kunden. Darüber hinaus wurde im Nachtrag zum Kooperationsvertrag vom 30. Oktober 2007 geregelt, dass die Postbank in dem stationären Vertriebsnetz Postdienstleistungen im Namen und für Rechnung der DPAG vertreibt. Ziel des Kooperationsvertrages ist die Bemessung der an die DPAG zu leistenden Vergütung in Abhängigkeit von dem Wertschöpfungsbeitrag der jeweils zugrunde liegenden Produkte. Die im Kooperationsvertrag geregelten Leistungen und Produkte betreffen neben dem Zahlungsverkehr insbesondere Girokonten, Gelddienste, Kreditkarten, Privatkredite, Spar- und Investmentfondsgeschäfte, Baufinanzierungen und Versicherungsprodukte sowie die Bargeldversorgung und die Betreuung von Geldausgabeautomaten und Kontoauszugsdruckern.

Als Geschäftsbeziehungen werden die Leistungen zwischen der Postbank und der DPAG sowie den mit der DPAG verbundenen Unternehmen gezeigt.

Geschäftsbeziehungen mit sonstigen nahestehenden Unternehmen

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsbesitzliste mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis — gesondert nach Geschäftsbereichen — verzeichnet. Die Aufstellung des Anteilsbesitzes ist im elektronischen Bundesanzeiger einsehbar.

Zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen gehört auch die Teilnahme der Deutschen Postbank AG an einem beitragsorientierten Versorgungsplan, dessen Aufwendungen im Wesentlichen

Erläuterungen — Notes

Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. in Höhe von 111 Mio € (Vorjahr: 111 Mio €) betragen. Weitere Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. finden sich unter Note 4 (n) „Rückstellungen“.

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	Gesamt 2007	Gesamt 2006
Forderungen an Kunden		
an die Deutsche Post AG	402	4
an Tochtergesellschaften	<u>30</u>	<u>54</u>
	<u>432</u>	<u>58</u>
Sonstige Aktiva		
an die Deutsche Post AG	24	63
an Tochtergesellschaften	2	—
an sonstige nahestehende Unternehmen	<u>4</u>	<u>3</u>
	<u>30</u>	<u>66</u>

Kundenforderungen der Deutschen Postbank AG werden in Höhe von 204 Mio € und der Deutschen Postbank International S.A. in Höhe von 198 Mio € gegenüber der Deutschen Post AG ausgewiesen. Dabei handelt es sich um Darlehen und Kontokorrentkredite, die zu marktüblichen Konditionen gewährt wurden.

In den Kundenforderungen an Tochtergesellschaften sind im Wesentlichen Forderungen zwischen der BHW Bank AG und der BHV Eurofinance B.V. in Höhe von 15 Mio € enthalten.

In den Sonstigen Aktiva gegenüber der Deutschen Post AG sind insbesondere die Forderungen aus Schalterabteilungen der Postbank AG an die Deutsche Post AG in Höhe von 7 Mio €, Forderungen der Postbank Filialvertrieb AG an die Deutsche Post AG in Höhe von 9 Mio € und aktive Rechnungsabgrenzungen der Deutschen Postbank AG gegenüber der Deutschen Post AG in Höhe von 6 Mio € enthalten.

In den Sonstigen Aktiva gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen sind insbesondere Forderungen der PB Factoring GmbH gegenüber der DHL Vertriebs GmbH & Co. OHG in Höhe von 3 Mio € enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehende Unternehmen Verbindlichkeiten gegenüber nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ergeben sich in folgender Höhe:

	Gesamt 2007	Gesamt 2006
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
an die Deutsche Post AG	—	380
an Tochtergesellschaften	44	26
an sonstige nahestehende Unternehmen	<u>36</u>	<u>25</u>
	<u>80</u>	<u>431</u>
Sonstige Passiva		
an die Deutsche Post AG	95	65
an Tochtergesellschaften	2	1
an sonstige nahestehende Unternehmen	<u>4</u>	<u>5</u>
	<u>101</u>	<u>71</u>
Nachrangkapital		
an Tochtergesellschaften	<u>141</u>	<u>—</u>

Die Kundenverbindlichkeiten gegenüber Tochtergesellschaften entfallen im Wesentlichen auf ein Termingeld der Postbank P.O.S. Transact GmbH bei der Deutschen Postbank International S.A. in Höhe von 18 Mio € und auf Leistungsbeziehungen zwischen der Deutschen Postbank AG und der Betriebs-Center für Banken Processing GmbH in Höhe von 15 Mio €.

Erläuterungen — Notes

Gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen entfallen die Kundenverbindlichkeiten insbesondere auf Leistungsverpflichtungen zwischen der Deutschen Postbank International S.A. und der Deutschen Post Pensionsfonds GmbH in Höhe von 23 Mio €.

Die Sonstigen Passiva resultieren im Wesentlichen aus dem Filialgeschäft gemäß Kooperationsvertrag.

In der Position „Nachrangkapital“ werden nachrangige Verbindlichkeiten der BHW Bausparkasse in Höhe von 126 Mio € und der BHW Bank AG in Höhe von 15 Mio € gegenüber der BHW Eurofinance B.V. ausgewiesen, dabei handelt es sich um nachrangige Schuldscheindarlehen.

Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen bestehen in Höhe von 6 Mio € gegenüber der Deutschen Post AG. Eventualverpflichtungen aus anderen Verpflichtungen, d.h. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder ähnlichen Verpflichtungen an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, existieren nicht.

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

Gegenüber der Deutschen Post AG fielen Zinserträge von 24 Mio € und Zinsaufwendungen von 1 Mio € an, gegenüber nicht einbezogenen Tochtergesellschaften fielen Zinserträge von 4 Mio € und Zinsaufwendungen von 8 Mio € an. Der Zinsüberschuss mit sonstigen nahestehenden Unternehmen beträgt 3 Mio €.

Der Provisionsüberschuss gegenüber der Deutschen Post AG betrug 518 Mio € (Provisionserträge 520 Mio €, Provisionsaufwendungen 2 Mio €), gegenüber nicht einbezogenen Tochtergesellschaften –7 Mio €.

Verwaltungsaufwendungen fielen mit 357 Mio € gegenüber der Deutschen Post AG, mit 151 Mio € gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen und mit 21 Mio € gegenüber nicht einbezogenen Tochtergesellschaften an.

Sonstige Erträge entfallen in Höhe von 26 Mio € auf sonstige nahestehende Unternehmen, in Höhe von 11 Mio € auf die Deutsche Post AG und in Höhe von 6 Mio € auf nicht einbezogene Tochterunternehmen.

Sonstige Aufwendungen fielen mit 18 Mio € gegenüber der Deutschen Post AG an.

Die Aufwendungen und Erträge der Deutschen Postbank AG gegenüber der Deutschen Post AG setzen sich wie folgt zusammen:

	2007 Mio €	2006 Mio €
Filialaufwand gemäß Kooperationsvertrag		
Bestandsprovision für die Bereitstellung des Vertriebsnetzes	100	105
Abschlussprovisionen für Neugeschäft	11	19
Betreuung von EC-Geldausgabeautomaten und Kontoauszugsdruckern	6	8
Transaktionen mit Firmenkunden	6	8
Investitionszuschüsse	4	6
	<u>127</u>	<u>146</u>
Aufwendungen aus sonstigen Geschäftsbeziehungen		
Portokosten	65	67
Besoldungskassendienst	5	5
Druck- und Kuvertierungskosten	4	6
Sonstige	10	14
	<u>84</u>	<u>92</u>

Die Erträge der Deutschen Postbank AG gegenüber der Deutschen Post AG aus sonstigen Geschäftsbeziehungen von 95 Mio € betreffen mit 82 Mio € Kostenerstattungen für Werbeausgaben.

Erläuterungen — Notes

Die Erträge aus Geschäftsbeziehungen der Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Post AG setzen sich wie folgt zusammen:

	2007	2006
	Mio €	Mio €
Provisionserträge aus Filialgeschäft der Postbank Filialvertrieb AG	434	460
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften der PB Factoring GmbH	21	18
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften der Deutschen Postbank International S.A.	2	1
	<u>457</u>	<u>479</u>

Die Aufwendungen aus den Geschäftsbeziehungen der Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Post AG von 164 Mio € entfallen mit 138 Mio € auf Verwaltungsaufwendungen und mit 18 Mio € auf sonstige Aufwendungen der Postbank Filialvertrieb AG.

Die Deutsche Postbank AG hatte gegenüber den sonstigen nahestehenden Unternehmen Aufwendungen aus den folgenden Leistungsverflechtungen:

	2007	2006
	Mio €	Mio €
Objektbewirtschaftung von Immobilien	9	4
Betrieb und Instandhaltung von Gebäuden	7	7
Personalkostenerstattung	7	4
Markt- und Meinungsforschung	4	—
Serviceleistungen und In-Haus-Service	3	2
Erstellung und Versendung von Kontoauszügen	3	—
Sonstige Leistungen	4	27
	<u>37</u>	<u>44</u>

Die Deutsche Postbank AG hatte gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen Erträge aus den folgenden Leistungsverflechtungen:

	2007	2006
	Mio €	Mio €
Mieten und Mietnebenkosten	9	8
Versorgungszuschläge für abgeordnete Beamte	8	6
Personalkostenerstattung	1	2
sonstige Kostenerstattungen von nahestehenden Unternehmen	—	10
	<u>18</u>	<u>26</u>

Die Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG haben gegenüber den sonstigen nahestehenden Unternehmen Aufwendungen aus den folgenden Leistungsverflechtungen:

	2007	2006
	Mio €	Mio €
Mieten und Mietnebenkosten	81	75
Betrieb und Instandhaltung von Gebäuden	12	10
Objektbewirtschaftung	9	6
Sonstige	—	13
	<u>102</u>	<u>104</u>

Käufe und Verkäufe von Grundstücken und Bauten sowie anderer Vermögenswerte an nahestehenden Unternehmen wurden nicht getätigt.

Leasingaufwendungen aufgrund von Anmietungen von sonstigen nahestehenden Unternehmen belaufen sich auf 63 Mio € (Vorjahr: 62 Mio €), Leasingerträge aus Vermietungen an sonstige nahestehende

Unternehmen auf 11 Mio € (Vorjahr: 12 Mio €) und Erträge aus Vermietungen an nicht einbezogene Tochtergesellschaften der Postbank AG auf gegenüber dem Vorjahr unverändert 1 Mio €.

Transfers aufgrund von Lizenzvereinbarungen an nahestehende Unternehmen existieren nicht, Rückstellungen für zweifelhafte Forderungen an nahestehende Unternehmen wurden nicht gebildet.

Vorstandsvergütung

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung wird vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten und überprüft sie regelmäßig.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Sie entspricht damit den Vorgaben des § 87 Aktiengesetz (AktG).

Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert. Die Gesamtvergütung besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt), Nebenleistungen sowie Versorgungszusagen. Das Fixum wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus.

Der Jahresbonus des Vorstandsvorsitzenden wird durch den Präsidialausschuss des Aufsichtsrats auf Grundlage der Geschäftsentwicklung des Unternehmens nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt.

Die Jahresboni der übrigen Vorstandsmitglieder werden auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Sie setzen sich zu jeweils 50% aus Unternehmenszielen der Deutschen Postbank AG und aus individuellen Zielen zusammen. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Die Bonushöhe ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird der maximale Jahresbonus gewährt. Im Fall des Vorstandsvorsitzenden liegt die Begrenzung bei der Höhe der fixen jährlichen Vergütung. Im Übrigen ist das Verhältnis des möglichen variablen Vergütungsbestandteils zum fixen Vergütungsbestandteil aus Anreizgründen so bemessen, dass der mögliche variable Vergütungsbestandteil die Höhe des fixen Vergütungsbestandteils übersteigen kann.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats bei außergewöhnlichen Leistungen einen angemessenen Sonderbonus beschließen.

Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht. Bis 2004 haben Mitglieder des Vorstands der Deutschen Postbank AG Aktienoptionen der Deutschen Post AG erhalten.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2007 insgesamt Bezüge in Höhe von 10.529,0 T€ erhalten. Von diesem Gesamtbetrag entfielen 4.469,8 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (im Vorjahr 4.489,2 T€) und 6.059,2 T€ auf Boni (im Vorjahr 6.082,2 T€).

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „Sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 189,8 T€ enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagenutzung, Reisekostenentschädigung

Erläuterungen — Notes

sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Einzelheiten ergeben sich in individualisierter Form aus der nachfolgenden Tabelle:

	Fixum T€	Nebenleistungen T€	Erfolgsabhängige Vergütung T€	Summe T€
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender seit 1. Juli 2007) ¹	687,5	45,7	797,7	1.530,9
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann (Vorsitzender bis 30. Juni 2007)	555,0	14,6	825,0	1.394,6
Dirk Berensmann	500,0	23,9	742,3	1.266,2
Dr. Mario Daberkow	250,0	14,5	339,4	603,9
Henning R. Engmann (Mitglied bis 31. März 2007)	125,0	7,8	200,0	332,8
Stefan Jütte	512,5	14,2	761,1	1.287,8
Guido Lohmann (Mitglied seit 1. Juli 2007)	125,0	9,8	161,5	296,3
Dr. Michael Meyer (Mitglied seit 1. Juli 2007)	175,0	6,9	219,9	401,8
Loukas Rizos	550,0	19,5	1.067,3	1.636,8
Hans-Peter Schmid	400,0	16,5	464,0	880,5
Ralf Stemmer	400,0	16,4	481,0	897,4
Gesamt	<u>4.280,0</u>	<u>189,8</u>	<u>6.059,2</u>	<u>10.529,0</u>

1 Der ausgewiesene Betrag umfasst die Vorstandstätigkeit im Gesamtjahreszeitraum.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Im Fall von Herrn Rizos bestehen Ruhegehaltsansprüche darüber hinaus bei mehrheitlicher Übernahme der Gesellschaft durch eine Drittgeseellschaft oder wegen Änderung des vereinbarten Aufgabenbereichs ohne wichtigen, von Herrn Rizos zu vertretenden Grund.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50% erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60%) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht. Eine Ausnahme hiervon bilden die Vorstandsmitglieder Jütte und Rizos. Herr Rizos hat einen maximalen Versorgungsgrad von 75 %. Der höchstmögliche Versorgungsgrad beträgt bei Herrn Jütte 50% des versorgungsfähigen Einkommens. Der Vorstandsvorsitzende hat den maximalen Versorgungsgrad von 60% bereits erreicht. Die bis zum 28. Februar 2007 erteilten Standard-Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Erläuterungen — Notes

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrages durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Berensmann, Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt in den bis zum 28. Februar 2007 erteilten Standard-Versorgungszusagen entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbandes öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Am 10. Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Lohmann und Dr. Meyer liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags. Dieser Versorgungsbeitrag wird einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben und ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst. Derzeit liegt dieser Zinssatz bei 6 %. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p.a.

Die Vorstandsmitglieder Rizos und Dr. Meyer haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2007 %	Pensionszusagen Maximal- versorgungsgrad %	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung Pensionszusagen €
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender seit 1. Juli 2007)	60	60	184.414
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann (Vorsitzender bis 30. Juni 2007) Ruhestand	—	75	1.623.938
Dirk Berensmann	56	60	206.979
Dr. Mario Daberkow	0	60	95.858
Henning R. Engmann (ausgeschieden am 31. März 2007)	—	60	146.386
Stefan Jütte	28,4	50	232.740
Loukas Rizos	66	75	343.715
Hans-Peter Schmid	0	60	303.715
Ralf Stemmer	0	60	79.976

In den Fällen der Herren Schmid, Stemmer und Dr. Daberkow ist die Wartezeit noch nicht erfüllt, sodass zum Ablauf des Geschäftsjahres 2007 noch keine Anwartschaft auf Altersruhegeld aus der Versorgungszusage besteht. Bei Herrn Stemmer greifen vor Ablauf der Wartezeit die Bestimmungen seiner vorhergehenden Versorgung ein.

	Beitrags- summe für 2007 €	Stand des Versorgungs- kontos am 31.12.2007 €	Dienstzeit- aufwand (service cost) für die Pensions- verpflichtung €
Guido Lohmann (seit I.Juli 2007)	192.109	197.872	55.806
Dr. Michael Meyer (seit I.Juli 2007)	229.214	236.090	nicht bei Postbank bewertet

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 4,95 Mio €.

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz DBO) für laufende Pensionen beläuft sich auf 42,77 Mio €.

Sonstiges

Die Vorstände haben im Geschäftsjahr keine Leistungen Dritter erhalten, die im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand zugesagt oder gewährt worden sind.

Abgesehen von den aufgeführten Versorgungszusagen sind keinem Vorstandsmitglied weitere Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit zugesagt worden.

Aufsichtsratsvergütung

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Vergütung berücksichtigt.

Die feste Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt.

Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2009 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2006 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2010 fällig.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Vergütung. Für den Vorsitzenden eines Aufsichtsratsausschusses erhöht sich die Vergütung jeweils um das 1-Fache, für ein Mitglied eines Aufsichtsratsausschusses jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen. Anfallende Umsatzsteuern auf die Aufsichtsratsvergütung und Auslagen werden erstattet. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Begrenzt wird die Aufsichtsratsvergütung, indem die beiden variablen Vergütungskomponenten jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten dürfen. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt nicht 0,5% des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von vier Prozent der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen,

Erläuterungen — Notes

übersteigen. Darüber hinaus darf die Ausschussvergütung nicht das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds übersteigen.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für das Geschäftsjahr 2007 beträgt die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats 996 T€ (Vorjahr: 963 T€). Die Erhöhung der variablen Vergütung beruht im Wesentlichen auf dem deutlich verbesserten und nachhaltig positiven Ergebnis des Deutsche Postbank Konzerns.

Die Gesamtvergütung gliedert sich auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

	Fixe Vergütung T€	Variable Vergütung* T€	Summe T€	Vergütungs anspruch mit langfristiger Anreizwirkung** T€
Dr. Klaus Zumwinkel	52,5	55,3	107,8	52,5
Michael Sommer	45,0	47,5	92,5	45,0
Wilfried Anhäuser	12,8	14,3	27,1	12,8
Jörg Asmussen	15,0	15,5	30,5	15,0
Marietta Auer	22,5	25,3	47,8	22,5
Rolf Bauermeister	9,7	10,7	20,4	9,7
Rosemarie Bolte	5,3	5,6	10,9	5,3
Wilfried Boysen	15,0	16,0	31,0	15,0
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	33,5	63,5	30,0
Annette Harms	15,0	16,3	31,3	15,0
Dr. Peter Hoch	37,5	41,0	78,5	37,5
Ralf Höhmann	5,3	5,6	10,9	5,3
Elmar Kallfelz	32,7	36,5	69,2	32,7
Prof. Dr. Ralf Krüger	37,5	41,5	79,0	37,5
Harald Kuhlow	6,3	6,8	13,1	6,3
Dr. Hans-Dieter Petram	15,0	15,8	30,8	15,0
Dr. Bernd Pfaffenbach	15,0	15,8	30,8	15,0
Dr. Klaus Schlede	22,5	23,8	46,3	22,5
Elm von Schorlemer	15,0	16,3	31,3	15,0
Thorsten Schulte	12,8	14,1	26,9	12,8
Sabine Schwarz	5,3	5,6	10,9	5,3
Eric Stadler	9,7	10,7	20,4	9,7
Gerd Tausendfreund	22,5	24,5	47,0	22,5
Renate Treis	12,8	14,8	27,6	12,8
Christine Weiler	5,3	5,6	10,9	5,3
Summe	<u>478,0</u>	<u>518,4</u>	<u>996,4</u>	<u>478,0</u>

* inkl. Sitzungsgeld

** Grundlage für die Bewertung des langfristig erfolgsorientierten Vergütungsanspruchs ist die zu bildende Rückstellung.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsratsstätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 14,5 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2007 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Bis zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 931 T€ (Vorjahr: 924,7 T€) gewährt. An Vorstandsmitglieder, die 2007 ausgeschieden sind, wurden keine Kredite vergeben. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

(58) Andere Angaben

Der Konzernabschluss der Postbank wird in den Konzernabschluss der Deutschen Post AG einbezogen.

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Deutschen Postbank AG in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten. Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Deutsche Postbank AG hat für ihre Tochtergesellschaft PB Capital Corp., Delaware, USA, Garantierklärungen in Höhe von 156,0 Mio US-\$ abgegeben. Diese beinhalten eine Garantierklärung für das Commercial-Paper-Programm (87,8 Mio US-\$), eine Garantierklärung für Swaps (62,6 Mio US-\$) und eine Mietgarantie für Geschäftsräume in New York (5,6 Mio US-\$).

(59) Namen und Mandate der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Dr. Wolfgang Klein, Bonn (Vorsitzender seit 1. Juli 2007)	
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann, Brüssel (Vorsitzender bis 30. Juni 2007)	
Dirk Berensmann, Unkel	
Dr. Mario Daberkow, Bonn	
Henning R. Engmann, Osteisheim	bis 31. März 2007
Stefan Jütte, Bonn	
Guido Lohmann, Dülmen	seit 1. Juli 2007
Dr. Michael Meyer, Bonn	seit 1. Juli 2007
Loukas Rizos, Bonn	
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	

Erläuterungen — Notes

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2007 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Dr. Wolfgang Klein

Vorsitzender seit 1. Juli 2007

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 28. Juni 2007)	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Juni 2007)	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 28. Juni 2007)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Juni 2007)	
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Comma Soft AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (seit 1. Juli 2007)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (seit 1. Juli 2007)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	
Mitglied des Vorstands (seit 1. Juli 2007)	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
Mitglied des Beirats (seit 1. Januar 2007)	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main
Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Versicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Beirats (bis 30. Juni 2007)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 21. September 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	V PAY Deutschland, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann

Vorsitzender bis 30. Juni 2007

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	maxingvest ag, Hamburg*
Mitglied des Board of Directors	accenture Corp., Irving (Texas, USA)
Mitglied des Board of Directors	Altadis S.A., Madrid (Spanien)
Im Laufe des Zeitraums 1. Januar 2007 bis 30. Juni 2007 aufgegebene Mandate	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 26. Juni 2007)	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 26. Juni 2007)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	PB Versicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Vorstands (bis 30. Juni 2007)	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin

* vormals TCHIBO Holding AG, Hamburg

Erläuterungen — Notes

Dirk Berensmann

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats	einsnull IT-Support GmbH, Köln
Vorsitzender des Board of Directors	Eurogiro Holding A/S, Taastrup (Dänemark)*
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Vorstands	e-Finance Lab Universität Frankfurt am Main

* vormals Eurogiro Network A/S

Dr. Mario Daberkow

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2007)	Betriebs-Center für Banken Payments & Services GmbH, München
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 29. Juni 2007)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Beirats	CREDA Objektanlage- und verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats (seit 17. Dezember 2007)	VÖB-ZVD Bank für
Mitglied des Beirats (von 1. Dezember 2007 bis 16. Dezember 2007)	Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 11. Oktober 2007)	Betriebs-Center für Banken Payments AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 11. Oktober 2007)	Betriebs-Center für Banken Zahlungsverkehrsservice GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 20. November 2007)	PB Pensionsfonds AG, Hilden

Henning R. Engmann

Mitglied des Vorstands bis 31. März 2007

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	EUWAX AG, Stuttgart
Mitglied des Aufsichtsrats (von 17. März 2007 bis 16. April 2007)	BHW Bank AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	
Mitglied des Aufsichtsrats (von 17. März 2007 bis 16. April 2007)	BHW Lebensversicherung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	
Mitglied des Aufsichtsrats (von 17. März 2007 bis 16. April 2007)	BHW Pensionskasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	

Im Laufe des Zeitraums 1. Januar bis 31. März 2007 aufgegebene Mandate

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	Frankfurter Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Board of Directors (bis 16. März 2007)	BHW Home Finance Limited, New Delhi (Indien)

Erläuterungen — Notes

Stefan Jütte

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Leasing GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Factoring GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Aufsichtsrats	BVVG Bodenverwertungs- und verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	IVG Institutional Funds GmbH, Wiesbaden*
Mitglied des Beirats	CorpusSireo Immobiliengruppe, Düsseldorf**

* vormals Oppenheim Immobilien-Kapitalanlagegesellschaft mbH, Wiesbaden

** vormals SIREO REAL Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm

Guido Lohmann

Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2007

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 30. Januar 2008) Mitglied des Aufsichtsrats (von 19. Dezember 2007 bis 29. Januar 2008)	BHW Immobilien GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 7. August 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Dr. Michael Meyer

Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2007

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bank AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 4. Dezember 2007) Mitglied des Aufsichtsrats (von 24. September 2007 bis 3. Dezember 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Präsident des Verwaltungsrats (bis 31.12.2007)	BHW Financial S.r.l., Verona (Italien)
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 4. Juli 2007) Mitglied des Verwaltungsrats (von 1. Juli 2007 bis 3. Juli 2007)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 4. Juli 2007) Mitglied des Verwaltungsrats (von 1. Juli 2007 bis 3. Juli 2007)	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Mitglied und Vorsitzender des Beirats (seit 1. Juli 2007)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Juli 2007)	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Neues Mandat ab 2008	
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2008)	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Loukas Rizos

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Hans-Peter Schmid

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 7. Mai 2007)	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 24. September 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Versicherung AG, Hilden

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 4. Dezember 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (von 24. April 2007 bis 3. Dezember 2007)	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 29. Juni 2007)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Beirats	einsnull IT-Support GmbH, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Danzas Deutschland Holding GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DHL Freight GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation
	Deutsche Bundespost, Bonn

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Klaus Zumwinkel, Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG, Köln (Vorsitzender)
Jörg Asmussen, Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen, Berlin
Wilfried Boysen, Hamburg
Prof. Dr. Edgar Ernst, Unternehmensberater, Bonn
Dr. Peter Hoch, München
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg
Dr. Hans-Dieter Petram, Bonn
Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Wachtberg-Pech
Dr. Klaus Schlede, Carabietta/Lugano
Elmo von Schorlemer, Rechtsanwalt, Aachen

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin (Stellv. Vorsitzender)	
Wilfried Anhäuser, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen	seit 10. Mai 2007
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching	
Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	seit 10. Mai 2007
Rosemarie Bolte, Landesbezirksfachbereichsleiterin Finanzdienstleistungen Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Stuttgart	bis 10. Mai 2007
Annette Harms, Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Hamburg	
Ralf Höhmann, Vorsitzender des Betriebsrats Postbank Stuttgart, Korntal-Münchingen	bis 10. Mai 2007
Elmar Kallfelz, Mitglied des Europäischen Betriebsrats und Gesamtbetriebsrats Deutsche Post AG, Wachtberg	
Harald Kuhlow, Betriebsratsmitglied Deutsche Postbank AG, Weingarten	bis 10. Mai 2007
Torsten Schulte, Vorsitzender des Konzernbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Hessisch Oldendorf	seit 10. Mai 2007
Sabine Schwarz, Vorsitzende des Betriebsrats Postbank Berlin, Berlin	bis 10. Mai 2007
Eric Stadler, Vorsitzender des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Markt Schwaben	seit 10. Mai 2007
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis, Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	seit 10. Mai 2007
Christine Weiler, Mitarbeiterin Postbank München, Krailling	bis 10. Mai 2007

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2007 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Klaus Zumwinkel

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Arcandor, Essen
Mitglied des Board of Directors	Morgan Stanley, Delaware, USA

Jörg Asmussen

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Allianz Versicherungs-AG, München

Dr. Peter Hoch

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis Mai 2007)	Giesecke & Devrient GmbH, München

Erläuterungen — Notes

Prof. Dr. Ralf Krüger

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	KMS AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	KMS Asset Management AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DIAMOS AG, Sulzbach
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn
Mitglied des Beirats	SIREO REAL Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm

Dr. Hans-Dieter Petram

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Talanx AG, Hannover
Chairman of the Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	Williams Lea Holdings PLC, London
Chairman of the Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	Williams Lea Group Limited, London

Dr. Bernd Pfaffenbach

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Lufthansa Cargo AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bahn AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 11. Dezember 2007)	KfW IPEX-Bank, Frankfurt am Main

Dr. Klaus Schlede

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Swiss International Airlines AG, Basel, Schweiz

Elmo von Schorlemer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Caruno AG, Köln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Consuno AG, Köln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Schneider Golling Die Assekuranzmakler AG, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Finum AG, Essen*
Mitglied des Aufsichtsrats	VHV Allgemeine Versicherung AG, Hannover

* vormals Securess AG Die Versicherungsmakler

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	DGB Rechtsschutz GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Salzgitter AG, Salzgitter
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Wilfried Anhäuser

Mitglied des Aufsichtsrats seit 10. Mai 2007

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Erläuterungen — Notes

Annette Harms

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Elmar Kallfelz

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Torsten Schulte

Mitglied des Aufsichtsrats seit 10. Mai 2007

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln/Berlin

Gerd Tausendfreund

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats seit 14. März 2007	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Rosemarie Bolte

Mitglied des Aufsichtsrats bis 10. Mai 2007

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (bis September 2007)	Karlsruher Lebensversicherung AG, Karlsruhe

Ralf Höhmann

Mitglied des Aufsichtsrats bis 10. Mai 2007

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche BKK, Wolfsburg
Mitglied des Vorstands	Landesfachbereich Finanzdienstleistungen, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Stuttgart
Mitglied des Vorstands	UKPT, Tübingen
Mitglied des Verwaltungsrats	BKK Bundesverband
Mitglied des Verwaltungsrats	BKK Landesverband Niedersachsen-Bremen

(60) Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9HGB

	2007 Mio€	2006 Mio€
Abschlussprüfungen	7,0	5,6
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	3,1	3,2
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,1
Sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	<u>6,2</u>	<u>5,3</u>
Gesamt	<u>16,4</u>	<u>14,2</u>

(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben gemeinsam am 30. November 2007 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2007 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

Erläuterungen — Notes

Vorstand und Aufsichtsrat der BHW Holding AG, deren Abschluss in den Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG einbezogen wird, haben gemeinsam am 11. Dezember 2007 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2007 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf der Homepage www.bhw.de im Wortlaut abrufbar.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 12. Februar 2008
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Dr. Wolfgang Klein



Dirk Berensmann



Stefan Jütte



Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Dr. Mario Daberkow



Guido Lohmann



Loukas Rizos



Ralf Stemmer

Der folgende in Übereinstimmung mit § 322 Handelsgesetzbuch erteilte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht der Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007. Der Konzernlagebericht ist nicht in diesem Prospekt abgedruckt.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutschen Postbank AG aufgestellten Konzernabschluss — bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 13. Februar 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Burkhard Eckes)
Wirtschaftsprüfer

(Susanne Beurschgens)
Wirtschaftsprüferin

[Diese Seite wurde absichtlich freigelassen]

**GEPRÜFTER KONZERNABSCHLUSS DER DEUTSCHE POSTBANK AG (IFRS)
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2006**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006

	Erläuterungen	2006 Mio €	2005 Mio €	2005 pro forma ¹ Mio €
Zinserträge	(7)	7.669	5.350	7.045
Zinsaufwendungen	(7)	-5.496	-3.675	-5.097
Zinsüberschuss	(7)	2.173	1.675	1.948
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(8)	-337	-205	-286
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.836	1.470	1.662
Provisionserträge	(9)	1.623	801	1.560
Provisionsaufwendungen	(9)	-216	-102	-181
Provisionsüberschuss	(9)	1.407	699	1.379
Handelsergebnis	(10)	245	205	231
Ergebnis aus Finanzanlagen	(11)	292	252	270
Verwaltungsaufwand	(12)	-2.812	-1.886	-2.870
Sonstige Erträge	(13)	205	252	361
Sonstige Aufwendungen	(14)	-232	-273	-318
Ergebnis vor Steuern		941	719	715
Ertragsteuern	(15)	-245	-226	-225
Ergebnis nach Steuern		696	493	490
Ergebnis Konzernfremde		-1	-1	-1
Jahresüberschuss		695	492	489

Ergebnis je Aktie

Für das Ergebnis je Aktie wird der Jahresüberschuss durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2006 befanden sich durchschnittlich 164.000.000 (Vorjahr: 164.000.000) Aktien im Umlauf.

	2006	2005	2005 pro forma ¹
Ergebnis je Aktie in €	4,24	3,00	2,98
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in €	4,24	3,00	2,98

1 siehe Note 2; die Pro-forma-Angaben sind ungeprüft

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da — wie im Vorjahr — keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorhanden ist.

Der Vorstand wird der Hauptversammlung eine Dividendenausschüttung in Höhe von 1,25 € je Aktie vorschlagen.

Bilanz zum 31. Dezember 2006

Aktiva

	Erläuterungen	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2005 proforma ² Mio €
Barreserve	(16)	1.015	968	1.184
Forderungen an Kreditinstitute	(17)	16.350	17.801	21.306
Forderungen an Kunden	(18)	87.182	52.873	80.488
Risikovorsorge	(20)	-1.155	-776	-1.043
Handelsaktiva	(21)	13.280	10.386	10.513
Hedging Derivate	(22)	485	639	639
Finanzanlagen	(23)	63.299	55.423	61.748
Immaterielle Vermögenswerte	(24)	2.505	223	1.871
Sachanlagen	(25)	1.015	825	1.130
Ertragssteueransprüche	(26)	244	434	818
Sonstige Aktiva	(27)	667	1.484	1.644
Summe der Aktiva		<u>184.887</u>	<u>140.280</u>	<u>180.298</u>

Passiva

	Erläuterungen	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 ¹ Mio €	31.12.2005 proforma ² Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(28)	47.319	30.778	40.582
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(29)	101.316	78.481	98.958
Verbriefte Verbindlichkeiten	(30)	15.886	14.738	20.242
Handelspassiva	(31)	3.618	3.345	4.103
Hedging-Derivate	(32)	958	1.668	1.668
Rückstellungen	(33)	3.691	969	3.064
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(34)	1.115	585	960
b) Andere Rückstellungen	(35)	2.576	384	2.104
Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	1.058	1.030	1.413
Sonstige Passiva	(37)	786	427	784
Nachrangkapital	(38)	5.048	3.783	4.423
Eigenkapital	(39)	5.207	5.061	5.061
a) Gezeichnetes Kapital		410	410	410
b) Kapitalrücklage		1.160	1.160	1.160
c) Gewinnrücklagen		2.940	2.998	2.998
d) Konzerngewinn		695	492	492
Anteile in Fremdbesitz		2	1	1
Summe der Passiva		<u>184.887</u>	<u>140.280</u>	<u>180.298</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5);

2 siehe Note 2

Entwicklung des Eigenkapitals

	Gezeichnetes Kapital Mio €	Kapital- rücklage Mio €	Gewinn- rücklagen Mio €	Währungs- umrechnungs- rücklage Mio €	Neubewer- tungsrücklage Mio €	Konzern- gewinn Mio €	Eigen- kapital vor Fremdanteilen Mio €	Anteile in Fremdbesitz Mio €	Gesamt Mio €
IAS-Restatement			-125				-125		-125
Stand 01.01.2005	410	1.159	2.534	-120	222	435	4.640	1	4.641
Ausschüttung						-205	-205		-205
Einstellung in die Gewinnrücklagen			230			-230	0		0
Veränderungen aus Währungsumrech- nung				43			43		43
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					89		89		89
Konzerngewinn 01.01.– 31.12.2005						492	492	1	493
Eigene Aktien im Bestand		1					1		1
Übrige Veränderungen							0	-1	-1
Stand 31.12.2005	410	1.160	2.764	-77	311	492	5.060	1	5.061
nachrichtl.: Summe der Eigenkapitalverän- dernden Positionen gem. IAS 1.96c in 2005			-	43	89	492	624	1	625
Ausschüttung						-205	-205		-205
Einstellung in die Gewinnrücklagen			287			-287	0		0
Veränderungen aus Währungsumrech- nung				-40			-40		-40
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					-305		-305		-305
Konzerngewinn 01.01.– 31.12.2006						695	695	1	696
Eigene Aktien im Bestand							-		-
Übrige Veränderungen							-		-
Stand 31.12.2006	410	1.160	3.051	-117	6	695	5.205	2	5.207
nachrichtl.: Summe der Eigenkapitalverän- dernden Positionen gem. IAS 1.96c in 2006				-40	-305	695	350	1	351

In den Veränderungen der unrealisierten Gewinne und Verluste nach latenten Steuern sind Bewertungs- und Abgangsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale enthalten.

Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 39 verwiesen.

Zum 31. Dezember 2006 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

Kapitalflussrechnung

	2006 Mio €	2005 Mio €
Jahresüberschuss	695	492
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den		
Cashflow aus operativer Tätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen		
sowie Forderungen	318	314
Veränderungen der Rückstellungen	254	7
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	-89	-141
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	-269	-263
Sonstige Anpassungen (per Saldo)	<u>-2.103</u>	<u>-1.544</u>
Zwischensumme	<u>-1.194</u>	<u>-1.135</u>
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit		
nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	7.605	5.710
Forderungen an Kunden	-6.997	-5.202
Handelsaktiva	-2.354	-669
Hedging Derivate positive Marktwerte	618	176
Sonstige Aktiva aus operativer Tätigkeit	1.734	-927
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.649	14.397
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.400	-2.063
Verbriefte Verbindlichkeiten	-3.834	-1.598
Handelspassiva	-409	642
Hedging Derivate negative Marktwerte	-857	-586
Sonstige Passiva	-5	-90
Sonstige Zahlungen aus operativer Tätigkeit	138	—
Zinseinzahlungen	7.058	5.109
Zinsauszahlungen	-5.169	-3.496
Sonstige Zahlungszuflüsse	163	132
Erhaltene Dividendenzahlungen	79	58
Ertragsteuerzahlungen	<u>-85</u>	<u>-106</u>
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	<u>5.540</u>	<u>10.352</u>
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen	18.862	6.069
Anteilen an Tochterunternehmen	131	18
Sachanlagen	54	83
Immateriellen Anlagewerten	3	3
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen	-22.490	-17.250
Anteilen an Tochterunternehmen	-1.753	-29
Sachanlagen	-58	-65
Immateriellen Anlagewerten	<u>-101</u>	<u>-66</u>
Cashflow aus Investitionstätigkeit	<u>-5.352</u>	<u>-11.237</u>
Dividendenzahlungen	-205	-205
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)	-220	943
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	<u>-425</u>	<u>738</u>
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	<u>968</u>	<u>1.125</u>
Zugang Konsolidierungskreis	217	—
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	5.540	10.352
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-5.352	-11.237
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-425	738
Effekte aus Wechselkursänderungen	<u>67</u>	<u>-10</u>
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	<u>1.015</u>	<u>968</u>

In der Berechnung der Kapitalflussrechnung wurde der Zugang des BHW Teilkonzerns und der Postbank Filialvertrieb AG mit Pro-forma-Zahlen berücksichtigt.

Die ausgewiesenen Zahlungsmittelbestände umfassen den Kassenbestand, die Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie die Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind.

Inhaltsverzeichnis

Erläuterungen — Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	F-93
(2) Konsolidierungskreis	F-93
(3) Konsolidierungsgrundsätze	F-96
(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	F-97
(a) Forderungen	F-97
(b) Leasinggeschäfte	F-98
(c) Risikovorsorge und Wertberichtigung	F-98
(d) Handelsaktiva	F-99
(e) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	F-99
(f) Hedging-Derivate	F-99
(g) Finanzanlagen	F-100
(h) Immaterielle Vermögenswerte	F-101
(i) Sachanlagen	F-101
(j) Sonstige Aktiva	F-102
(k) Verbindlichkeiten	F-102
(l) Handelspassiva	F-102
(m) Rückstellungen	F-102
(n) Währungsumrechnung	F-104
(o) Ertragsteuern	F-104
(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS und Anpassungen von Vorjahreszahlen	F-104
(6) Wesentliche Geschäftsvorfälle nach dem Bilanzstichtag	F-105

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(7) Zinsüberschuss	F-105
(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	F-106
(9) Provisionsüberschuss	F-106
(10) Handelsergebnis	F-107
(11) Ergebnis aus Finanzanlagen	F-108
(12) Verwaltungsaufwand	F-108
(13) Sonstige Erträge	F-109
(14) Sonstige Aufwendungen	F-109
(15) Ertragsteuern	F-110

Erläuterungen zur Bilanz

(16) Barreserve	F-111
(17) Forderungen an Kreditinstitute	F-111
(18) Forderungen an Kunden	F-112
(19) Kreditvolumen	F-113
(20) Risikovorsorge	F-113
(21) Handelsaktiva	F-114
(22) Hedging-Derivate	F-115
(23) Finanzanlagen	F-115
(24) Immaterielle Vermögenswerte	F-117
(25) Sachanlagen	F-120
(26) Ertragsteueransprüche	F-122
(27) Sonstige Aktiva	F-122
(28) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	F-123
(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	F-123
(30) Verbriefte Verbindlichkeiten	F-124
(31) Handelspassiva	F-124
(32) Hedging Derivate	F-125
(33) Rückstellungen	F-125
(34) Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	F-126
(35) Andere Rückstellungen	F-129
(36) Ertragsteuerverpflichtungen	F-129
(37) Sonstige Passiva	F-130
(38) Nachrangkapital	F-130
(39) Eigenkapital	F-131

Sonstige Angaben

(40) Segmentberichterstattung	F-133
(41) Eventual- und andere Verpflichtungen	F-134
(42) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert werden	F-135
(43) Finanzinstrumente nach IAS 39 — Bewertungskategorien	F-136
(44) Derivative Finanzinstrumente	F-136
(45) Umlauf Schuldverschreibungen	F-139
(46) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen	F-140
(47) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	F-140
(48) Fremdwährungsvolumen	F-140
(49) Angaben über wesentliche Konzentrationen	F-141
(50) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	F-141
(51) Restlaufzeitgliederung	F-142
(52) Nachrangige Vermögenswerte	F-144
(53) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	F-144
(54) Treuhandgeschäfte	F-145
(55) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	F-145
(56) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	F-145
(57) Andere Angaben	F-152
(58) Namen und Mandate der Organmitglieder	F-152
(59) Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB	F-158
(60) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex	F-159

Erläuterungen — Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Eine Übersicht über die angewandten Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2006) enthält Anlage A.1 zu diesem Konzernabschluss.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalentwicklung, die Kapitalflussrechnung sowie die Erläuterungen (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Kaufpreisverteilung und Ermittlung des Goodwill im Rahmen des Erwerbs der Anteile an der BHW Holding AG und der Deutschen Post Retail GmbH, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen, die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen sowie die Schätzung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten für Notes-Angaben. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden ausführlich dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Die Steuerung der Zinsänderungs- und Adressenausfallrisiken ist im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts dargestellt.

Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz schreiben die IFRS keine zwingende Form vor. Nach international üblichen Gepflogenheiten werden die GuV und die Bilanz in einer übersichtlichen Kurzform, die den Vorschriften der IAS 1 und 30 entsprechen, dargestellt und durch zusätzliche Angaben in den Notes ergänzt.

(2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2006 sind neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG, Bonn, 40 Tochterunternehmen (31. Dezember 2005: 34) und 2 Gemeinschaftsunternehmen (31. Dezember 2005: 2) einbezogen worden, die in der Übersicht „Konsolidierte Unternehmen“ (Note 56) aufgeführt sind.

Erläuterungen — Notes

Mit Erwerb der BHW Holding AG zum 2. Januar 2006 wurde der BHW Teilkonzern mit den folgenden Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen:

BHW Holding AG, Berlin/Hameln

BHW Bausparkasse AG, Hameln

BHW Bank AG, Hameln

BHW Lebensversicherung AG, Hameln

BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln

BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln

BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln

BHW Immobilien GmbH, Hameln

MPSS Modrá Pyramida Vseobecna stavebni sporitelna Komerčni banky, a.s., Prag.

Mit der entsprechenden Eintragung ins Handelsregister am 17. Juli 2006 wurde der Unternehmensbereich Vertrieb der BHW Bausparkasse AG auf die neu gegründete Postbank Finanzberatung AG abgespalten und die Postbank Vermögensberatung AG auf die Postbank Finanzberatung AG verschmolzen. In der Postbank Finanzberatung AG wird der mobile Vertrieb des Postbank Konzerns zentral gebündelt.

Mit Eintragung des Squeeze-out in das Handelsregister der Gesellschaft im Oktober 2006 ist die BHW Holding AG alleinige Aktionärin der BHW Bank AG.

Die Postbank hat mit Wirkung zum 1. Januar 2006 alle Gesellschaftsanteile an der Deutschen Post Retail GmbH übernommen. Die Deutsche Post Retail GmbH wurde umfirmiert in „Postbank Filialvertrieb AG“. Die neue Firmierung wurde mit Eintragung ins Handelsregister am 26. Juli 2006 wirksam.

Mit der Eintragung ins Handelsregister am 5. September 2006 wurden die Betriebs-Center für Banken Berlin GmbH und die Betriebs-Center für Banken Frankfurt am Main GmbH auf die BCB Deutschland GmbH & Co. KG rückwirkend auf den 1. Januar 2006 verschmolzen.

Die BHW Holding AG hat mit Wirkung zum 10. Oktober 2006 den 50%-Anteil an der MPSS Modrá Pyramida Vseobecna stavebni sporitelna Komerčni banky, a.s., Prag veräußert. Die Gesellschaft hatte zum Veräußerungszeitpunkt ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 5,8 Mio €, das Ergebnis nach Steuern belief sich auf 5,2 Mio €.

Zum 1. November 2006 wurde die BHW Birla Home Finance Limited, New Delhi, Indien, rückwirkend zum 1. Januar 2006 erstmals in den Konzernabschluss einbezogen. Die Firma wurde im Juli 2006 von „BHW Birla Home Finance Ltd.“ in „BHW Home Finance Ltd.“ geändert. Die BHW Home Finance, Indien, ist zu 100 % an der nicht in den Konzernabschluss einbezogenen BHW Financial Consultants Ltd. beteiligt.

Mit notariellen Beschlüssen vom 22. November 2006 und 27. Dezember 2006 wurden die Deutsche Postbank Asset Management S.A. und die Deutsche Postbank Capital Management S.A., beide Luxemburg, liquidiert.

Im Zuge der Verlagerung der Geschäftsaktivitäten der Niederlassung Luxemburg auf die Deutsche Postbank International S.A. wurde eine Kapitalerhöhung vorgenommen, welche von der Postbank gezeichnet wurde. Weiterhin gab es in diesem Zusammenhang Veränderungen bei dem Aktionärskreis der DPBI Immobilien KGaA in Luxemburg. Die Deutsche Postbank International S.A. hat die von der Deutschen Postbank AG gehaltenen Kommanditaktien mit Wirkung zum 2. Mai 2006 übernommen. Damit ist die Deutsche Postbank International S.A. mit 10,01 % an der DPBI Immobilien KGaA beteiligt.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12, nach der Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, wurden insgesamt 30 Spezialfonds (31. Dezember 2005: 24) als Special Purpose Entities in den Konzernabschluss einbezogen.

Aufgrund der wesentlichen Veränderung des Konsolidierungskreises wurden zur besseren Vergleichbarkeit die Vorjahreszahlen zu Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Segmentberichterstattung um Pro-forma-Angaben freiwillig ergänzt. Diese beinhalten neben dem bisherigen Postbank Konzern die Gesellschaften der BHW Gruppe, die Deutsche Post Retail GmbH sowie eine vereinfachte Pro-forma-Konsolidierung und die Pro-forma-Kaufpreisrefinanzierung. Die Pro-forma-Quartalsangaben der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten anteilige Werte für das Geschäftsjahr 2005. Die Pro-forma-Angaben sind nicht Bestandteil des Bestätigungsvermerks.

Erworbene Unternehmen

(a) BHW Holding AG

Die Deutsche Postbank AG hat am 2. Januar 2006 aufgrund des Vollzugs des am 25. Oktober 2005 mit den bisherigen Hauptaktionären der BHW Holding AG, der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG, der BGAG Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH, der NH-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH und der Deutscher Beamtenwirtschaftsbund (BWB) GmbH, abgeschlossenen Aktienkaufvertrags 137.581.212 BHW Aktien erworben. Dies entspricht — unter Berücksichtigung der von der BHW Holding AG zum 31. Dezember 2005 vorgenommenen Kapitalherabsetzung durch Einziehung der Eigenen Aktien — 82,9% des Grundkapitals und der Stimmrechte der BHW Holding AG. Mit diesem Erwerb hat die Deutsche Postbank AG ihre Beteiligung an der BHW Holding AG auf 91,04% des Grundkapitals und der Stimmrechte erhöht und gemäß IAS 27 die Kontrolle an der BHW Holding AG erlangt.

Die Deutsche Postbank AG hat am 26. Januar 2006 ein Pflichtangebot nach § 35 Abs. 2 WpÜG abgegeben. Das Pflichtangebot bestand bis zum 23. Februar 2006. Gegenstand des Pflichtangebots war der Erwerb sämtlicher auf den Inhaber lautender Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der BHW Holding AG. Der Anteil der Postbank an der BHW Holding AG hat sich seit dem Pflichtangebot auf 98,43 % erhöht.

Der Kaufpreis für die 98,43 % beträgt 1.734 Mio € zuzüglich angefallener Anschaffungsnebenkosten von 19 Mio €. Die Aufteilung des Kaufpreises auf die identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu den beizulegenden Zeitwerten erfolgte im Rahmen der Kaufpreisallokation nach IFRS 3 (siehe Tabelle nächste Seite).

Für das Angebot an die Minderheitsaktionäre zum Erwerb der restlichen Aktien der BHW Holding AG ergibt sich ein Betrag von 39 Mio €. Dieser wird zum Bilanzstichtag gemäß IAS 37.11 b als Verbindlichkeit ausgewiesen. Dem entsprechend werden Minderheitenanteile an der BHW Holding AG nicht mehr ausgewiesen.

Als Folge eines Restatements im BHW Teilkonzernabschluss wurden die Buchwerte und beizulegenden Zeitwerte in der nachfolgenden Darstellung zum erworbenen Nettovermögen um 77 Mio € angepasst. Dies führte zu einer entsprechenden Erhöhung des Goodwill.

(b) Deutsche Post Retail GmbH

(umfirmiert in: Postbank Filialvertrieb AG)

Die Deutsche Postbank AG hat zum 1. Januar 2006 durch den Kauf der Deutschen Post Retail GmbH 850 Filialen mit rund 9.600 Beschäftigten von der Deutschen Post AG übernommen. Für die bisher in den Filialen für die Postbank erbrachten Leistungen zahlte die Postbank variable Vergütungen von 513 Mio € in 2005 und 496 Mio € in 2004. Seitdem fallen nur noch Vergütungen für die in verbleibenden Postfilialen erbrachten Leistungen an. Für die von der Postbank in den übernommenen Filialen erbrachten Postleistungen zahlt die Post Vergütungen an den Postbank Konzern.

Erläuterungen — Notes

Der Kaufpreis für die Filialen beträgt 986 Mio € zuzüglich angefallener Anschaffungsnebenkosten von 7 Mio €. Die Aufteilung des Kaufpreises auf die identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu den beizulegenden Zeitwerten erfolgte im Rahmen der Kaufpreisallokation nach IFRS 3 wie folgt:

1. Firmenwert

	a) BHW Konzern 31.12.2005 Mio €	b) Deutsche Post Retail GmbH 31.12.2005 Mio €
Kaufpreis (inklusive Nebenkosten)	1.753	993
Kaufpreis	1.734	986
Direkt dem Kauf zurechenbare Kosten	19	7
./. Erworbenes Nettovermögen (beizulegender Zeitwert)	1.199	0,1
= Firmenwert	554	993

2. Erworbenes Nettovermögen

	a) BHW Konzern 31.12.2005 Mio €		b) Deutsche Post Retail GmbH 31.12.2005 Mio €
	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert = Buchwert
Aktiva			
Barreserve	99	99	118
Forderungen an Kreditinstitute	5.895	5.871	n.r.
Forderungen an Kunden	28.305	27.615	n.r.
Risikovorsorge	-267	-267	n.r.
Handelsaktiva	127	127	n.r.
Finanzanlagen	6.325	6.325	n.r.
Sachanlagen	208	245	60
Ertragsteueransprüche	384	384	3
Sonstige Aktiva	800	250	58
Summe der Aktiva	41.876	40.649	239
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.924	9.804	n.r.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	20.648	20.477	n.r.
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.533	5.504	n.r.
Handelspassiva	758	758	n.r.
Rückstellungen	2.296	2.009	86
Ertragsteuerverpflichtungen	594	383	—
Sonstige Passiva	204	204	153
Nachrangkapital	699	640	n.r.
Summe der Passiva ohne Eigenkapital	40.656	39.779	239
Nettovermögen	1.220	870	0,1
abzüglich Minderheitenanteil	21	n.r.	n.r.
Erworbenes Nettovermögen	1.199		0,1

n.r. = nicht relevant

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Erläuterungen — Notes

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.22 i.V.m. IFRS 3 vorgenommen. Der Ansatz der Anteile an den verbundenen Unternehmen zum Buchwert bei dem Mutterunternehmen wird ersetzt durch die mit ihrem beizulegenden Wert angesetzten Vermögenswerte und die Schuldposten der einbezogenen Unternehmen.

Die aus der Erstkonsolidierung entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge mit Firmenwertcharakter werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden auf der Grundlage der Buchwerte der ihnen zuzuordnenden Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Gemeinschaftsunternehmen werden gemäß IAS 31.30 quotal in den Konzernabschluss einbezogen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge werden gemäß IAS 27.24 f. eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IAS 27.25 f. herausgerechnet.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12 sind Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies betrifft bei der Postbank insbesondere Spezialfonds.

Die Konsolidierungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

(a) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie „Loans and Receivables“). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Erstmalig für das Geschäftsjahr 2006 wurde die Fair-Value-Option angewandt. Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten (freiwillig) ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u.a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Erfassung (Accounting-Mismatch) führt. Die Postbank wendet die Fair-Value-Option ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter der Position „Forderungen an Kunden“. In Analogie zur Abbildung von Fair-Value-Hedge-Beziehungen werden in der GuV-Position „Zinsüberschuss“ sowohl für den Forderungsbestand als auch für die Zinsderivate - die Zinserträge/-aufwendungen sowie die Marktwertveränderungen (Zinsüberschuss-Unterposition „Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen und Fair-Value-Option“) gezeigt.

Die Bilanzierung erfolgt bei den Forderungen zum Erfüllungszeitpunkt.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting zulässig ist, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagiobeträge sowie Anschaffungsnebenkosten werden über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Agio- und Disagiobeträge werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt.

(b) Leasinggeschäfte

Leasingverhältnisse werden nach IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finance Lease die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten sind als Zinsertrag (ergebniswirksamer Ertragsanteil) sowie gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand (erfolgsneutraler Tilgungsanteil) zu buchen.

Als Leasinggeber bei einem Operating Lease weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleaste Objekte entsprechend unter dem Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Bei einem Operating Lease weist die Postbank als Leasingnehmer die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den sonstigen Aufwendungen aus.

IFRIC 4 enthält Vorschriften und Anwendungsbeispiele zur Ermittlung, ob Vereinbarungen oder Verträge in einem Unternehmen als Leasingverträge zu klassifizieren und nach IAS 17 zu bilanzieren sind.

Durch die Regelungen des IFRIC 4 werden Vereinbarungen als Leasingvereinbarung aufgenommen, die originär nicht als Leasingverhältnisse einzustufen waren. Für die Klassifizierung vorhandener Vereinbarungen als Leasingverträge müssen die zwei folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein (IFRIC 4.6):

- Die Erfüllung der geschlossenen Vereinbarung muss von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswertes oder mehrerer Vermögenswerte abhängen, und
- durch die Vereinbarung werden dem Käufer die Rechte für die Nutzung des Vermögenswertes bzw. der Vermögenswerte übertragen.

Die Postbank hat keine zusätzlichen Leasingverträge nach IAS 17 aufgrund IFRIC 4 bilanziert.

(c) Risikovorsorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalierten Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber von der jeweiligen Konzern-einheit noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis historischer Ausfallquoten ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d.h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für Vermögenswerte, die zu Amortised Cost (IAS 39.63) anzusetzen sind, entweder über eine indirekte Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung ergebniswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.AG84ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert.
- Marktpreis, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbeurteilung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Uneinbringliche Forderungen werden in entsprechender Höhe direkt ergebniswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden ergebniswirksam erfasst.

Für Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen verschiedener Tatsachen wie Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen angenommen.

(d) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Die Bilanzierung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag.

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IAS 39.AG 71 ff. vorliegen, werden diese grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden ermittelt.

(e) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt sowohl Wertpapierleihe- als auch echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Repo- und Sell-and-Buy-Back-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkauf) werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden entsprechend handelsrechtlichen Regelungen in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgegrenzt. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen gebucht.

Reverse Repos und Buy-and-Sell-Back-Geschäfte (Kassa-Kauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabepflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(f) Hedging Derivate

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Barwertrisiken und der bilanzbezogenen Erträge nach IFRS (Summe aus Zins-, Handels- und Finanzanlageergebnis).

Die Sicherungsstrategien im Aktiv-Passiv-Management dienen zur Steuerung dieser Größen in einem sich ändernden Markt- und Bestandsumfeld; dazu werden insbesondere Fair Value Hedges eingesetzt.

Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren und langfristigen Forderungen überwiegend Zinsswaps, bei den Emissionen auch Cross Currency Swaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variable Positionen zu drehen. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolien mittels Fair Value Hedges gesichert. Die Steuerung der Aktienbestände erfolgt durch Derivate mit Optionscharakter.

Unter den Hedging Derivaten werden die Sicherungsgeschäfte bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikro hedge bezeichnet.

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 restriktiv geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind.

Derivative Finanzinstrumente, die zum Bilanzstrukturmanagement abgeschlossen werden, sowie Derivate aus ineffektiven Sicherungsbeziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. und werden daher stets ergebniswirksam bewertet und in den Bilanzposten Handelsaktiva/-passiva als „Derivate des Bankbuchs“ zum Fair Value ausgewiesen. Dies sind vornehmlich zur Absicherung von Nettopositionen aus Forderungen und Verbindlichkeiten abgeschlossene Zinsswaps. Deren Bewertungs- und Zinsergebnisse werden nach IFRS im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Anforderungen des Hedge Accountings müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Wertänderungen abgesichert, soweit diese Veränderungen auf Marktpreisrisiken beruhen. Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grund- und Sicherungsgeschäft, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolien. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig retrograd miteinander verglichen; teilweise zusätzlich ergänzt durch Simulationsrechnungen.

(g) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen umfasst nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen.

Bei der erstmaligen Erfassung der Finanzanlagen werden diese mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Folgebewertung der Finanzanlagen Available for Sale erfolgt zum Fair Value, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Marktwerts bei Finanzanlagen Available for Sale werden in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird. Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Schuldverschreibungen Held to Maturity sowie Wertpapiere, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant verteilt.

Bei wesentlichen oder dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Die Überprüfung auf Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt zum Bilanzstichtag.

Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, wird der Buchwert um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen.

Die Bilanzierung der Finanzanlagen erfolgt zum Erfüllungszeitpunkt.

(h) Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden Software-Entwicklungskosten gem. IAS 38.21-23 dann aktiviert, wenn durch die Herstellung der selbst entwickelten Software der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und die Kosten zuverlässig ermittelt werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort ergebniswirksam erfasst. Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbarer Abnutzungsdauer werden grundsätzlich linear über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren abgeschrieben, bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von zwölf Jahren abgeschrieben. Die etablierte Marke „BHW“ wird durch kontinuierliche Investitionen in Form von Werbung laufend gefördert. Es ist beabsichtigt, sie dauerhaft zu nutzen, daher liegen keine Anzeichen für eine Verringerung der Markenwirkung vor. Die Marke unterliegt einer unbestimmten Nutzungsdauer. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern eine Wertminderung vorliegt oder mit einem zukünftigen Nutzenzufluss nicht mehr gerechnet wird.

Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner regelmäßigen Abschreibung. Vielmehr ist ein Impairmenttest durchzuführen, um eine Wertminderung — und somit außerplanmäßige Abschreibung — zu bestimmen (IFRS 3.54).

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte und die immateriellen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag auf eine mögliche Wertminderung geprüft (Impairmenttest nach IFRS 3.55 und IAS 36). Hierzu wird festgestellt, ob der jeweilige Buchwert den erzielbaren Betrag übersteigt. Bei der Berechnung der erzielbaren Beträge werden die Nutzungswerte des Segments Retail Banking (zahlungsmittelgenerierende Einheit), dem die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte zugeordnet sind, und der immateriellen Vermögenswerte zugrunde gelegt. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (management approach).

(i) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	60
EDV-Anlagen	4-7
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3-20

Anschaffungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst. Ebenso werden die Kosten zur Erhaltung von Sachanlagen als Aufwand erfasst.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) werden gemäß der Vorschriften nach IAS 40 solche Immobilien behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden.

Bei gemischter Nutzung eines Grundstücks wurde zur Abgrenzung von Investment Property und Owner-occupied Property untersucht, ob der fremdvermietete Teil unabhängig von dem betrieblich genutzten verkauft werden könnte. In diesem Fall werden die beiden Teile separat und somit zum einen als

Anlagevermögen (Owner-occupied Property) und zum anderen als Investment Property behandelt. Eine Fremdnutzung von weniger als 20% der Gesamtfläche und weniger als 20 % der Gesamtmieteinnahmen wurde als unwesentlich betrachtet.

Das nach IAS 40 bestehende Wahlrecht zwischen einer Bewertung zum Fair Value oder zu Anschaffungskosten wird von der Postbank zugunsten der Anschaffungskostenbewertung ausgeübt. Die notwendigen Angaben werden in Note 25 erläutert.

(j) Sonstige Aktiva

Unter den sonstigen Aktiva werden insbesondere die Rechnungsabgrenzungsposten sowie alle nicht einem der übrigen Aktivposten zuzuordnenden Vermögenswerte ausgewiesen.

(k) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47). Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, die die Voraussetzungen des Hedge Accounting erfüllen, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagiobeträge sowie Emissionskosten werden effektiv zinskonstant über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst.

(l) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die Bilanzierung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva erfolgt zum Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen. Darüber hinaus werden Wertpapierleerverkäufe mit ihrem negativen Fair Value ausgewiesen.

(m) Rückstellungen

Für zum Bilanzstichtag bestehende ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften wurden nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme Rückstellungen gebildet und somit ausreichend Vorsorge getroffen.

Die Bilanzierung der Versicherungsverträge erfolgt im Rahmen der Vorschriften des IFRS 4.13 und 4.14 grundsätzlich nach handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften. Die in den versicherungstechnischen Rückstellungen enthaltenen Beitragsüberträge und Deckungsrückstellungen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden unter Zugrundelegung des technischen Beginns für jede einzelne Versicherung errechnet. Die Beitragsüberträge dienen der Periodisierung der Beiträge. Die Ermittlung erfolgt auf Einzelvertragsbasis unter Berücksichtigung des genauen Beginnmonats. Die Deckungsrückstellung ergibt sich nach aktuariellen Grundsätzen als Barwert der zukünftigen Leistungen abzüglich der noch zu zahlenden Beiträge. Der zugrunde liegende Rechnungszins für die Bestände liegt zwischen 2,25 und 4,0%, wobei die von der DAV entwickelten Sterbetafeln Anwendung finden. Die Angemessenheit der Reserven wird zum Bilanzstichtag im Rahmen des Liability Adequacy Test durch den verantwortlichen Aktuar geprüft. Soweit sich dabei ergibt, dass die Reserven nicht ausreichen, werden diese entsprechend erfolgswirksam erhöht.

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und Rückkäufe, die bis zum Bilanzstichtag identifiziert worden sind, werden grundsätzlich durch Einzelfallaufstellungen ermittelt. Für Versicherungsfälle, die erst nach dem Bilanzstichtag bekannt werden, wird eine Rückstellung in Höhe des voraussichtlichen Bedarfs gebildet. Für die Bauspar-Gruppenversicherungen wurde die Rückstellung mit der Höhe der Leistungen des Geschäftsjahres für Versicherungsfälle der Vorjahre verglichen. Liegt die Rückstellung deutlich unter den Vergleichswerten, wird wegen der Besonderheiten dieses Geschäftes die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle um die so ermittelte Differenz angehoben.

Erläuterungen — Notes

In der Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung sind Schlussüberschussanteile für bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile gebunden. Darüber hinaus sind später fällige Schlussüberschussanteile enthalten. Der Diskontierungssatz für Schlussüberschussanteile beträgt 4,5%.

Die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen werden auf Basis der Rückversicherungsverträge ermittelt.

Die konsolidierten Lebensversicherungsunternehmen schließen primär Kapitalbildende, Risikolebens-, Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherungen sowie Bausparrisikolebensversicherungen ab.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Bedingungen, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten für Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel gebildet. Die Ermittlung der Rückstellungen basiert auf dem aktuellen Inanspruchnahmeverhalten unter Berücksichtigung künftiger Erwartungen.

Für die betriebliche Altersversorgung bestehen leistungs- und beitragsorientierte Pläne. Die Aufwendungen für die beitragsorientierten Pläne sind im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. in Höhe von 111 Mio € (Vorjahr: 64 Mio €). Die leistungsorientierten Pläne sind vollständig über Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen für leistungsorientierte Pläne entsprechen dem Barwert der zum Bewertungsstichtag erdienten Pensionsansprüche unter Berücksichtigung von erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eines prognostizierten Rententrends und wurden auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten gemäß IAS 19 ermittelt. Die Berechnung der Versorgungsverpflichtungen und Versorgungsaufwendungen erfolgt auf Basis der „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Die den Pensionsverpflichtungen zugrunde liegenden Vereinbarungen sehen nach den verschiedenen Gruppen der Versicherten unterschiedliche Leistungen vor, z.B.:

- > Altersrenten ab Vollendung des 62. bzw. 63. Lebensjahrs, bei Schwerbehinderung ab Vollendung des 60. Lebensjahrs,
- > Invalidenrenten bei Vorliegen von Dienst-, Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit,
- > Hinterbliebenenrenten.

Für die in Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt Post (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen in Deutschland der Berechnung zugrunde:

Rechnungszinsfuß	4,5% p.a.
Gehaltsdynamik	2,5 %
Anpassungsrate für Renten	2,0 %
Fluktuation	4,0% p.a.
Pensionsalter	60-63 Jahre
Sterblichkeit, Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	4,25 %

Im Geschäftsjahr wurde der Rechnungszinsfuß zur Anpassung an den Kapitalmarktzins von 4,25 % auf 4,50 % angehoben. Die Berechnung der Lebenserwartung bei den deutschen Konzernunternehmen basiert für das Jahr 2005 und 2006 auf den Richttafeln 2005G, beide herausgegeben von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Der erwartete Vermögensertrag wurde auf Basis aktueller langfristiger Vermögenserträge aus Anleihen (Staat und Industrie) bestimmt. Dabei wurden geeignete Risikozuschläge auf Basis historischer Kapitalmarktrenditen und gegenwärtiger Kapitalmarkterwartungen unter Beachtung der Struktur des Planvermögens einbezogen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 19.92 erst dann als Ertrag bzw. Aufwand erfasst, wenn der Saldo der kumulierten, nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorherigen Berichtsperiode 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang oder Planvermögen zu diesem Zeitpunkt übersteigt.

(n) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in EURO umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich mit dem zum Monatsultimo gültigen Kurs umgerechnet.

Umrechnungsdifferenzen wurden gemäß IAS 21.28 ergebniswirksam erfasst.

Die Umrechnung des in US-Dollar aufgestellten Teilkonzernabschlusses der PB (USA) Holdings-Gruppe erfolgte nach der modifizierten Stichtagskursmethode (IAS 21.39). Die daraus resultierende Umrechnungsdifferenz wurde ergebnisneutral innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

(o) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist.

Latente Steuern werden unter dem Posten Ertragsteueransprüche, soweit es sich um Steuerminderungsansprüche handelt, und unter den Ertragsteuerverpflichtungen, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -verbindlichkeiten werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Der Berechnung zum 31. Dezember 2006 liegt ein Steuersatz von 39,9% zugrunde.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden periodengerecht in der Gewinn- und Verlustrechnung, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst ergebniswirksam behandelt wird. Eine ergebnisneutrale Erfassung im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfolgt, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral behandelt wird (IAS 12.61), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren Available for Sale.

(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS und Anpassungen von Vorjahreszahlen

Die erstmalige Anwendung des IFRS 7 „Finanzinstrumente: Anhangsangaben“ wird ab dem Geschäftsjahr 2007 erfolgen. IFRS 7 führt erweiterte Angabepflichten zur Verbesserung der Informationsgewährung über Finanzinstrumente ein. Gefordert werden sowohl qualitative als auch quantitative Angaben über das Ausmaß von Risiken aus Finanzinstrumenten einschließlich spezifizierter Mindestangaben über Kredit-, Liquiditäts- und Marktrisiken sowie Sensitivitätsanalysen hinsichtlich Marktrisiken. Der neue Standard ersetzt IAS 30 „Angaben im Abschluss von Banken und ähnlichen Finanzinstrumenten“ sowie Angabepflichten des IAS 32 „Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung“. Die Änderung zu IAS 1 führt zusätzliche Angabepflichten über die Höhe des unternehmerischen Kapitals und dessen Steuerung ein. Aus beiden Neuerungen ergeben sich für den Konzern zusätzliche Angabepflichten.

Erläuterungen — Notes

Bei der Erstanwendung des IAS 39 im Konzernabschluss 2001 wurden beizulegende Zeitwerte von verbrieften Verbindlichkeiten teilweise fehlerhaft bilanziert. Diese wurden nach IAS 8.42 zulasten der Gewinnrücklagen in Höhe von 125 Mio € rückwirkend korrigiert, in der Entwicklung des Eigenkapitals wurde der Vortrag auf den 1. Januar 2005 entsprechend angepasst. Die Korrektur hat keine Auswirkungen auf das Ergebnis je Aktie in den Geschäftsjahren 2005 und 2006.

(6) Wesentliche Geschäftsvorfälle nach dem Bilanzstichtag

Die Postbank übernimmt ab 1. Januar 2007 die Abwicklung des Zahlungsverkehrs der HypoVereinsbank (HVB). Die HVB hat ihren Zahlungsverkehr im Jahr 2003 in einer eigenen Tochter gebündelt, der „HVB Payments & Services“. Diese wird zum 1. Januar 2007 von der Postbank Tochter „Betriebs-Center für Banken Deutschland GmbH & Co. KG“ übernommen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(7) Zinsüberschuss

	2006	2005
	Mio €	Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	5.083	3.354
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2.068	1.605
Handelsgeschäften	249	206
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen und Fair-Value-Option	27	-5
	<u>7.427</u>	<u>5.160</u>
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	231	189
Beteiligungen	11	1
	<u>242</u>	<u>190</u>
	<u>7.669</u>	<u>5.350</u>
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	3.887	2.375
Verbrieften Verbindlichkeiten	853	727
Nachrangkapital	264	171
Swaps	246	289
Handelsgeschäften	246	113
	<u>5.496</u>	<u>3.675</u>
Gesamt	<u><u>2.173</u></u>	<u><u>1.675</u></u>

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten nach IAS 32.94 (h) (iii) in Höhe von 29 Mio € enthalten (Unwinding nach IAS 39).

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind zum einen Sicherungsgeschäfte, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, in Höhe von 159 Mio € (Vorjahr: 289 Mio €). Zum anderen sind hier derivative Geschäfte in Höhe von 87 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) enthalten, die Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind.

Der Zinsaufwand des Handelsbestands betrifft die kalkulatorischen Zinsaufwendungen.

Erläuterungen — Notes

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen und Fair-Value-Option ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2006	2005
	Mio €	Mio €
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	8	-5
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	-375	214
Fair-Value-Änderung der Sicherungsgeschäfte	383	-219
Ergebnis aus Fair-Value-Option	19	—
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	-284	—
Fair-Value-Änderung der Sicherungsgeschäfte	303	—
Gesamt	27	-5

(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2006	2005
	Mio €	Mio €
Aufwand aus der Zuführung		
Einzelwertberichtigungen	384	235
Portfoliowertberichtigungen	19	4
	<u>403</u>	<u>239</u>
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	21	—
Direkte Forderungsabschreibung	27	19
	<u>451</u>	<u>258</u>
Ertrag aus der Auflösung		
Einzelwertberichtigungen	100	46
Portfoliowertberichtigungen	—	—
	<u>100</u>	<u>46</u>
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	—	2
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	14	5
	<u>114</u>	<u>53</u>
Gesamt	337	205

(9) Provisionsüberschuss

	2006	2005
	Mio €	Mio €
Girogeschäft	363	363
Wertpapiergeschäft	118	110
Kredit- und Avalgeschäft	105	56
Filialgeschäft	542	—
Sonstiges Provisionsgeschäft	279	170
Gesamt	1.407	699

In der Position Sonstiges Provisionsgeschäft sind die Erträge aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Dritte enthalten.

(10) Handelsergebnis

Bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Optionspreismodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelsaktivitäten enthalten.

	2006 Mio €	2005 Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	24	64
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	-8
Aktien	1	—
Darlehen (Held for Trading)	-3	—
	<u>-1</u>	<u>-8</u>
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	4.581	2.896
Aufwand aus Derivaten	-4.355	-2.752
	<u>226</u>	<u>144</u>
Devisenergebnis	-2	7
Provisionsergebnis Handelsbestand	-2	-2
Gesamt	<u><u>245</u></u>	<u><u>205</u></u>

Im Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs ist ein Aufwand aus Swapzinsen in Höhe von 73 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) enthalten. Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Hedge-Beziehung nach IAS 39.

	2006 Mio €	2005 Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	26	37
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	226	144
Ergebnis aus Aktien	-3	19
Devisenergebnis	-2	7
Provisionsergebnis Handelsbestand	-2	-2
Gesamt	<u><u>245</u></u>	<u><u>205</u></u>

(11) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2006	2005
	Mio €	Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	28	25
davon Verkaufsergebnis	28	29
Verkaufsgewinne	85	39
Verkaufsverluste	57	10
davon Wertminderungsergebnis	—	-4
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	167	224
davon Verkaufsergebnis	295	226
Verkaufsgewinne	493	391
Verkaufsverluste	198	165
davon Wertminderungsergebnis	-128	-2
Ergebnis aus Forderungen an Kreditinstitute (saldiert)	15	7
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	15	7
Ergebnis aus Forderungen an Kunden (saldiert)	9	-4
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	9	-4
Ergebnis aus dem Verkauf von Fair-Value-Hedges	-2	—
Ergebnis aus Beteiligungen	75	—
Gesamt	<u>292</u>	<u>252</u>

	2006	2005
	Mio €	Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	38	86
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	179	166
Ergebnis aus Beteiligungen	75	—
Gesamt	<u>292</u>	<u>252</u>

Im Ergebnis aus Beteiligungen ist der Gewinn aus der Veräußerung und Entkonsolidierung der MPSS Modrá Pyramida Vseobecna stavebni sporitelna Komerčni banky, a.s., Prag, gemäß IFRS 5 in Höhe von 64 Mio € enthalten.

(12) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand, Abschreibungen auf Immobilien, Betriebs- und Geschäftsausstattung. Sie gliedern sich wie folgt:

	2006	2005
	Mio €	Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.030	491
Soziale Abgaben	111	47
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	240	125
	<u>1.381</u>	<u>663</u>
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.324	1.162
Abschreibungen auf Sachanlagen	107	61
Gesamt	<u>2.812</u>	<u>1.886</u>

Erläuterungen — Notes

Von den Abschreibungen auf Sachanlagen entfallen 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) auf Investment Property.

In diesem Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 15 Mio € (Vorjahr: 24 Mio €) vorgenommen.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für Verbundleistungen mit der Deutsche Post AG 146 Mio € (Vorjahr: 513 Mio €), EDV-Kosten 296 Mio € (Vorjahr: 235 Mio €), Marktkommunikation 136 Mio € (Vorjahr: 90 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 150 Mio € (Vorjahr: 37 Mio €) sowie Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 74 Mio € (Vorjahr: 28 Mio €) enthalten. Von den anderen Verwaltungsaufwendungen entfallen 2 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) auf Investment Property.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 138 Mio € (Vorjahr: 59 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

(13) Sonstige Erträge

	2006 Mio €	2005 Mio €
Erträge aus der Auflösung andere Rückstellungen	53	21
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	28	29
Erstattungen aus Sozialbereichen	20	1
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	7	10
Erträge aus der Auflösung von Accruals	2	6
Erträge aus der Auflösung Risikoausgleichsbeträge Postbeamtenkrankenkasse	—	67
Erträge aus der Rückerstattung der Postbeamtenunterstützungskasse	—	12
Erträge aus der Erstattung Verwaltungskosten Postbeamtenkrankenkasse	—	7
Übrige	95	99
Gesamt	<u>205</u>	<u>252</u>

In den Erträgen aus Sachanlagevermögen sind 5 Mio € Buchgewinne (Vorjahr: 8 Mio €) und 23 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) Mieteinnahmen enthalten, von denen 1 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) auf Investment Property entfallen.

Von den gesamten Sonstigen Erträgen in Höhe von 205 Mio € entfallen 13 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €) auf die quotaleinbezogenen Gemeinschaftsunternehmen.

In dem Posten Übrige sind Erträge aus Leasinggeschäften in Höhe von 6 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) enthalten.

(14) Sonstige Aufwendungen

	2006 Mio €	2005 Mio €
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	63	50
Aufwendungen für sonstige Steuern	12	13
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	8	5
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BANstPT und StiftPT)	5	4
Aufwendungen aus der Schlussabrechnung für die Filialen	1	11
Aufwendungen für Sonderprojekte	—	15
Übrige	143	175
Gesamt	<u>232</u>	<u>273</u>

Erläuterungen — Notes

In den Aufwendungen für sonstige Steuern sind im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) enthalten.

In dem Posten Übrige sind Zinsaufwendungen für Steuerforderungen der Finanzbehörden in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) enthalten.

(15) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2006 Mio €	2005 Mio €
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	54	63
Gewerbeertragsteuer	<u>23</u>	<u>36</u>
	<u>77</u>	<u>99</u>
Ertragsteuern Vorjahr	16	25
Tatsächliche Ertragsteuern	93	124
Aufwand aus latenten Ertragsteuern		
aus temporären Differenzen	133	14
aus der Auflösung von Verlustvorträgen	<u>19</u>	<u>88</u>
	<u>152</u>	<u>102</u>
Gesamt	<u><u>245</u></u>	<u><u>226</u></u>

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand:

	2006 Mio €	2005 Mio €
Ergebnis nach Steuern	696	493
Ertragsteuern	245	226
Überschuss vor Steuern	941	719
Anzuwendender Steuersatz	39,90%	39,90%
Rechnerische Ertragsteuer	375	287
Steuereffekte		
Effekte wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und im Ausland	-30	2
Effekte aus steuerfreien ausländischen Erträgen	—	-8
Effekte aus steuerfreien inländischen Erträgen und nicht abzugsfähigen Aufwendungen	-8	9
Effekte aus bisher nicht berücksichtigten steuerlichen Verlusten	40	5
Effekte für Steuern aus Vorjahren	12	25
Effekte aus Aktien und Beteiligungen aufgrund § 8b KStG	-140	-98
Sonstige	<u>-4</u>	<u>4</u>
	<u>-130</u>	<u>-61</u>
Ertragsteueraufwand	<u><u>245</u></u>	<u><u>226</u></u>

Erläuterungen zur Bilanz

(16) Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €
Kassenbestand	807	785
Guthaben bei Zentralnotenbanken	<u>208</u>	<u>183</u>
Gesamt	<u>1.015</u>	<u>968</u>

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 140 Mio € (Vorjahr: 175 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2006 beträgt 1.493 Mio € (Vorjahr: 1.319 Mio €).

(17) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	1.179	525
Andere Forderungen	<u>6.028</u>	<u>5.423</u>
	<u>7.207</u>	<u>5.948</u>
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	727	628
Andere Forderungen	<u>8.416</u>	<u>11.225</u>
	<u>9.143</u>	<u>11.853</u>
Gesamt	<u>16.350</u>	<u>17.801</u>

Zum 31. Dezember 2006 bestanden echte Pensionsgeschäfte in Höhe von 2.013 Mio € (Vorjahr: 294 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich ausschließlich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten bzw. deutscher Kreditinstitute.

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 10,4 Mrd € (Vorjahr: 17,1 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 6,0 Mrd € (Vorjahr: 0,7 Mrd €).

Von den Forderungen an Kreditinstitute entfallen insgesamt 207 Mio € (Vorjahr: 108 Mio €) auf quotaleinbezogene Gemeinschaftsunternehmen.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	14.233	16.378
davon Fair Value Hedge	2.136	2.720
Geldhandelsaktiva	<u>2.117</u>	<u>1.423</u>
Gesamt	<u>16.350</u>	<u>17.801</u>

(18) Forderungen an Kunden

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Baufinanzierungen	59.148	28.953
Bauspardarlehen	3.147	—
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.444	8.682
Ratenkredite	2.447	1.575
Sonstige Forderungen	<u>16.996</u>	<u>13.663</u>
Gesamt	<u>87.182</u>	<u>52.873</u>
darunter:		
durch Grundpfandrechte gesichert	45.565	19.088
Kommunalkredite	5.444	8.682
	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €
Inländische Kunden	74.358	44.019
Ausländische Kunden	<u>12.824</u>	<u>8.854</u>
Gesamt	<u>87.182</u>	<u>52.873</u>

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 0,8% (Vorjahr: 1,0%) der Bilanzsumme.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 77,0 Mrd € (Vorjahr: 48,2 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 10,2 Mrd € (Vorjahr: 4,6 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 95 Mio € (Vorjahr¹: 82 Mio €) enthalten. Der Bruttoinvestitionswert der Leasingverhältnisse beträgt 108 Mio € (Vorjahr¹: 96 Mio €).

Die Summe der zukünftigen Leasingraten beläuft sich auf 107 Mio€ (Vorjahr¹: 94 Mio €) und gliedert sich in folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 ¹ Mio €
im 1. Jahr nach Bilanzstichtag	32	34
im 2. Jahr nach Bilanzstichtag	26	24
im 3. Jahr nach Bilanzstichtag	25	16
im 4. Jahr nach Bilanzstichtag	15	14
im 5. Jahr nach Bilanzstichtag	6	4
in mehr als 5 Jahren nach Bilanzstichtag	<u>3</u>	<u>2</u>
Gesamt	<u>107</u>	<u>94</u>

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	80.483	52.300
davon Fair Value Hedge	1.500	4.115
Forderungen an Kunden (Held to Maturity)	518	573
Forderungen an Kunden (Fair-Value-Option)	<u>6.181</u>	—
Gesamt	<u>87.182</u>	<u>52.873</u>

¹ Vorjahreszahlen angepasst

(19) Kreditvolumen

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	16.350	17.801
Forderungen an Kunden	87.182	52.873
Bürgschaften und Garantien	<u>1.974</u>	<u>1.804</u>
Gesamt	<u>105.506</u>	<u>72.478</u>

(20) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für das latente Kreditrisiko wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Risikovorsorge wurde durch aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge sowie durch Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	—	—
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	<u>1.155</u>	<u>776</u>
Risikovorsorge für Forderungen gesamt	<u>1.155</u>	<u>776</u>
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	<u>34</u>	<u>7</u>
Gesamt	<u>1.189</u>	<u>783</u>

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwert- berichtigungen		Portfolio- wertberichtigungen		Gesamt	
	2006 Mio €	2005 Mio €	2006 Mio €	2005 Mio €	2006 Mio €	2005 Mio €
Stand 1. Januar	<u>732</u>	<u>627</u>	<u>44</u>	<u>40</u>	<u>776</u>	<u>667</u>
Veränderung des Konsolidierungskreises	267	—	2	—	269	—
Zugänge Zulasten GuV gebildete Vorsorge	384	235	19	4	403	239
Abgänge Inanspruchnahme	161	88	—	—	161	88
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	100	46	—	—	100	46
Unwinding	29	—	—	—	29	—
Währungsumrechnungsdifferenzen	<u>3</u>	<u>-4</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>3</u>	<u>-4</u>
Stand 31. Dezember	<u>1.090</u>	<u>732</u>	<u>65</u>	<u>44</u>	<u>1.155</u>	<u>776</u>

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 926 Mio € (Vorjahr: 612 Mio €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 1.864 Mio € (Vorjahr: 1.226 Mio €) wurden Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2006 auf 128 Mio € (Vorjahr: 102 Mio €).

Erläuterungen — Notes

Im Geschäftsjahr 2006 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 27 Mio € (Vorjahr: 19 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 14 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €).

(21) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Devisen sowie derivativen Finanzinstrumenten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	180	61
von anderen Emittenten	9.575	7.223
davon Geldmarktpapiere	<u>171</u>	<u>—</u>
	<u>9.755</u>	<u>7.284</u>
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	28	10
Zur Veräußerung bestimmte Baudarlehen Held for Trading	208	—
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	2.942	2.617
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	276	475
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	<u>71</u>	<u>—</u>
Gesamt	<u>13.280</u>	<u>10.386</u>

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 0,8 Mrd € (Vorjahr: 0,6 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 9,0 Mrd € (Vorjahr: 6,7 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Handelsbestands sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.720	7.277
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	28	10

(22) Hedging Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Aktivposten		
Hedging Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	8	4
	<u>8</u>	<u>4</u>
Hedging Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	11	5
	<u>11</u>	<u>5</u>
Hedging Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	281	63
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
	<u>281</u>	<u>63</u>
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35	106
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	41	110
Verbriefte Verbindlichkeiten	101	290
Nachrangkapital	8	61
	<u>185</u>	<u>567</u>
Gesamt	<u><u>485</u></u>	<u><u>639</u></u>

(23) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	17.252	17.399
von anderen Emittenten	40.114	32.262
	<u>57.366</u>	<u>49.661</u>
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien	1.287	2.125
Investmentfondsanteile	4.544	3.595
	<u>5.831</u>	<u>5.720</u>
Beteiligungen		
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	17	15
	<u>85</u>	<u>27</u>
Gesamt	<u><u>63.299</u></u>	<u><u>55.423</u></u>

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind Einzugspapiere in Höhe von 75 Mio € (Vorjahr: 12 Mio€) enthalten.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 44,3 Mrd € (Vorjahr: 40,7 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 13,1 Mrd € (Vorjahr: 9,0 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Erläuterungen — Notes

Von den Finanzanlagen entfallen 57 Mio € (Vorjahr: 41 Mio €) auf die quotaleinbezogenen Gemeinschaftsunternehmen.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	19.031	12.599
davon Fair Value Hedge	5.369	2.143
Held to Maturity	4.956	3.375
Available for Sale	33.379	33.687
davon Fair Value Hedge	15.770	16.681
	<u>57.366</u>	<u>49.661</u>
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	5.831	5.720
davon Fair Value Hedge	—	—
	<u>5.831</u>	<u>5.720</u>
Beteiligungen (Available for Sale)	<u>17</u>	<u>15</u>
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	<u>85</u>	<u>27</u>
Gesamt	<u>63.299</u>	<u>55.423</u>

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	56.624	48.538
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.327	4.250

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit –125 Mio € (Vorjahr: 309 Mio € Zugang) als Abgang in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Impairment wurden in der Berichtsperiode 177 Mio € (Vorjahr: 236 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Zum Abschluss von Offenmarktgeschäften hat die Postbank zugunsten der Europäischen Zentralbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 15 Mrd € (Vorjahr: 10 Mrd €) abgegeben. Zum Bilanzstichtag bestanden Offenmarktgeschäfte in Höhe von 10 Mrd € (Vorjahr: 7 Mrd €). Die als Sicherheiten hinterlegten Wertpapiere werden weiterhin als Finanzanlagen ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2006 wurden Wertberichtigungen (Impairment) in Höhe von 128 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

Erläuterungen — Notes

Die Entwicklung der Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Beteiligungen stellt sich wie folgt dar:

	Anteile an nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen Mio €	Beteiligungen Mio €
Anschaffungskosten		
Stand 01.01.2006	<u>27</u>	<u>15</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	103	51
Zugänge	30	—
Abgänge	<u>59</u>	<u>41</u>
Stand 31.12.2006	<u>101</u>	<u>25</u>
Abschreibungen/Neubewertungen		
Stand 01.01.2006	<u>0</u>	<u>0</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	<u>6</u>	<u>38</u>
Laufende Abschreibungen/Veränderungen	8	5
Erfolgsneutrale Bewertungsänderung	2	—
Abgänge	<u>—</u>	<u>–35</u>
Stand 31.12.2006	<u>16</u>	<u>8</u>
Buchwerte		
Stand 01.01.2006	<u>27</u>	<u>15</u>
Stand 31.12.2006	<u>85</u>	<u>17</u>

(24) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	55	16
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	721	121
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.626	51
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	<u>103</u>	<u>35</u>
Gesamt	<u>2.505</u>	<u>223</u>

In der Position „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ sind die im Rahmen der Kaufpreisallokation aktivierte Marke BHW in Höhe von 319 Mio €, Kundenbeziehungen in Höhe von 166 Mio € und vorteilhafte Verträge in Höhe von 72 Mio € enthalten.

Erläuterungen — Notes

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software Mio €	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte Mio €	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte Mio €	Geleistete Anzahlungen auf immat. Verm.- werte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2005	—	329	33	18	380
Veränderungen des Konsolidierungskreises	—	6	—	—	6
Zugänge	—	25	29	53	107
Umbuchungen	17	17	—	–34	0
Abgänge	—	11	—	2	13
Endbestand 31.12.2005	17	366	62	35	480
Veränderungen des Konsolidierungskreises	22	602	—	53	677
Zugänge	18	21	1.575	59	1.673
Umbuchungen	8	34	—	–42	0
Abgänge	3	10	—	2	15
Endbestand 31.12.2006	62	1.013	1.637	103	2.815

Erläuterungen — Notes

	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software Mio €	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte Mio €	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte Mio €	Geleistete Anzahlungen auf immat. Verm.-werte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte Mio €	Gesamt Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2005	—	207	5	—	212
Veränderungen des Konsolidierungskreises und sonstige Anpassungen	—	4	—	—	4
Planmäßige Abschreibungen/ Impairment	1	43	6	—	50
Zugänge	—	—	—	—	—
Umbuchungen	—	—	—	—	—
Abgänge	—	9	—	—	9
Endbestand 31.12.2005	1	245	11	—	257
Veränderungen des Konsolidierungskreises und sonstige Anpassungen	—	—	—	—	—
Planmäßige Abschreibungen/ Impairment	5	58	—	—	63
Zugänge	—	—	—	—	—
Umbuchungen	1	-1	—	—	0
Abgänge	—	10	—	—	10
Endbestand 31.12.2006	7	292	11	—	310
Buchwert 31.12.2005	16	121	51	35	223
Buchwert 31.12.2006	55	721	1.626	103	2.505

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2006 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2006 Mio €
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	16	40	3	7	5	55
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	121	623	—	35	58	721
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	51	1.575	—	—	—	1.626
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	35	112	2	-42	—	103
Gesamt	223	2.350	5	0	63	2.505

Der Buchwert zum 31. Dezember 2006 der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte beträgt 70 Mio € (Vorjahr: 19 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 33 Mio € (Vorjahr: 16 Mio €).

(25) Sachanlagen

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Grundstücke und Gebäude	858	726
Betriebs- und Geschäftsausstattung	152	92
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>5</u>	<u>7</u>
Gesamt	<u>1.015</u>	<u>825</u>

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grundstücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Geschäftsausstattung Mio €	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2005	<u>1.066</u>	<u>426</u>	<u>9</u>	<u>1.501</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	—	5	—	5
Zugänge	10	37	12	59
Umbuchungen	1	4	-5	—
Abgänge	111	44	9	164
Währungsdifferenzen	—	1	—	1
Endbestand 31.12.2005	<u>966</u>	<u>429</u>	<u>7</u>	<u>1.402</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	164	80	2	246
Zugänge	1	51	5	57
Umbuchungen	1	6	-7	—
Abgänge	2	156	2	160
Endbestand 31.12.2006	<u>1.130</u>	<u>410</u>	<u>5</u>	<u>1.545</u>
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2005	<u>249</u>	<u>326</u>	<u>—</u>	<u>575</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	—	4	—	4
Abschreibungen	38	47	—	85
Umbuchungen	—	—	—	—
Abgänge	47	41	—	88
Währungsdifferenzen	—	1	—	1
Endbestand 31.12.2005	<u>240</u>	<u>337</u>	<u>—</u>	<u>577</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-2	-6	—	-8
Abschreibungen	34	73	—	107
Umbuchungen	—	—	—	—
Abgänge	—	146	—	146
Endbestand 31.12.2006	<u>272</u>	<u>258</u>	<u>—</u>	<u>530</u>
Buchwert 31.12.2005	<u>726</u>	<u>92</u>	<u>7</u>	<u>825</u>
Buchwert 31.12.2006	<u>858</u>	<u>152</u>	<u>5</u>	<u>1.015</u>

Erläuterungen — Notes

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2006 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2006 Mio €
Grundstücke und Gebäude	726	167	2	1	34	858
Betriebs- und Geschäftsausstattung	92	137	10	6	73	152
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	7	7	2	-7	0	5
Gesamt	825	311	14	0	107	1.015

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €).

Die Sachanlagen, bei denen die Postbank als Leasinggeber im Rahmen des Operating Lease fungiert, bestehen in 2006 aus Grundstücken und Gebäuden.

	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten	711
Kumulierte Abschreibungen	-226
Buchwert 31.12.2006	485

Die Angaben der Investment Property stellen sich im Geschäftsjahr 2006 wie folgt dar:

	Fremd- nutzung %	Mietein- nahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußer- barkeit Mio €	Eingang von Veräußerungs- erlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	100	1	1	—	—	—

Im Geschäftsjahr 2005 stellten sich die Zahlen wie folgt dar:

	Fremd- nutzung %	Mietein- nahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußer- barkeit Mio €	Eingang von Veräußerungs- erlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	86	4	—	—	—	—

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Anschaffungswerte		Kumulierte Abschreibungen	
	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Investment Property	102	100	29	28

Die Buchwerte der Investment Property haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2006 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2006 Mio €
Investment Property	75	—	—	—	1	74

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der Investment Property beträgt laut Gutachten 74 Mio € (Vorjahr: 72 Mio €).

(26) Ertragsteueransprüche

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Latente Ertragsteueransprüche		
aus temporären Differenzen	42	296
aus steuerlichen Verlustvorträgen, davon	202	138
inländisch	202	138
ausländisch	—	—
Gesamt	<u>244</u>	<u>434</u>

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	93	36
Risikovorsorge	15	11
Handelsaktiva	0	0
Hedging Derivate	0	0
Finanzanlagen	24	4
Sachanlagen	3	3
Sonstige Aktiva	125	24
Passivposten		
Verbindlichkeiten	2	6
Handelspassiva	916	782
Hedging Derivate	235	568
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	46	0
Andere Rückstellungen	79	14
Sonstige Passiva	3	13
	<u>1.541</u>	<u>1.461</u>
Steuerliche Verlustvorträge	202	138
Saldierung mit passiven latenten Steuern	1.499	1.165
Gesamt	<u>244</u>	<u>434</u>

Zum 31. Dezember 2006 bestanden keine abzugsfähigen temporären Unterschiede und steuerlichen Verlustvorträge, für die in der Bilanz kein latenter Steueranspruch angesetzt wurde.

(27) Sonstige Aktiva

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	327	280
Forderungen an Finanzbehörden	94	50
Einzugspapiere	1	1
Übrige	245	1.153
Gesamt	<u>667</u>	<u>1.484</u>

Von den Rechnungsabgrenzungsposten entfallen 42 Mio € (Vorjahr: 64 Mio €) auf Miet- und Leasingaufwendungen.

Die übrigen sonstigen Aktiva enthalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 48 Mio € (Vorjahr: 48 Mio €), Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft in Höhe von 60 Mio €

Erläuterungen — Notes

(Vorjahr: 42 Mio €) und Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs in Höhe von 23 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €).

(28) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	2.245	135
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>27.376</u>	<u>14.720</u>
	<u>29.621</u>	<u>14.855</u>
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	474	450
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>17.224</u>	<u>15.473</u>
	<u>17.698</u>	<u>15.923</u>
Gesamt	<u>47.319</u>	<u>30.778</u>

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 2.802 Mio € (Vorjahr: 2.306 Mio €) Fair Value gehedgt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 44,8 Mrd € (Vorjahr: 30,4 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 2,5 Mrd € (Vorjahr: 0,4 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2006 bestanden echte Wertpapierpensionsgeschäfte in Höhe von 9,2 Mrd € (Vorjahr: 6,9 Mrd €).

(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	35.574	37.702
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>460</u>	<u>286</u>
	<u>36.034</u>	<u>37.988</u>
Bauspareinlagen	16.981	—
darunter: auf gekündigte Verträge	68	—
darunter: auf zugeteilte Verträge	5	—
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	23.525	21.940
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>24.776</u>	<u>18.553</u>
	<u>48.301</u>	<u>40.493</u>
Gesamt	<u>101.316</u>	<u>78.481</u>
Inländische Kunden	97.312	76.329
Ausländische Kunden	<u>4.004</u>	<u>2.152</u>
Gesamt	<u>101.316</u>	<u>78.481</u>

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 4.761 Mio € (Vorjahr: 2.849 Mio €) Fair Value gehedgt.

Erläuterungen — Notes

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 43,1 Mrd € (Vorjahr: 19,2 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 58,2 Mrd € (Vorjahr: 59,3 Mrd €).

(30) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe und Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Paper) ausgewiesen.

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 ¹ Mio €
Hypothekendarlehen	53	67
Öffentliche Pfandbriefe	81	319
Sonstige Schuldverschreibungen	<u>15.752</u>	<u>14.352</u>
Gesamt	<u>15.886</u>	<u>14.738</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 8.012 Mio € (Vorjahr: 13.501 Mio €) Fair Value gehedgt.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 13,7 Mrd € (Vorjahr: 10,9 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 2,2 Mrd € (Vorjahr: 3,8 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekauft eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 158 Mio € (Vorjahr: 103 Mio €) direkt abgesetzt.

(31) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen.

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	2.864	2.770
Negative Marktwerte Hedging Derivate des Bankbuchs	351	571
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	401	—
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	<u>2</u>	<u>4</u>
Gesamt	<u>3.618</u>	<u>3.345</u>

(32) Hedging Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Aktivposten		
Hedging Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	66	137
Angekaufte Forderungen Available for Sale	<u>—</u>	<u>7</u>
	<u>66</u>	<u>144</u>
Hedging Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	50	217
Angekaufte Forderungen Available for Sale	<u>—</u>	<u>4</u>
	<u>50</u>	<u>221</u>
Hedging Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	344	1.149
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	<u>—</u>	<u>—</u>
	<u>344</u>	<u>1.149</u>
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	63	6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	78	—
Verbriefte Verbindlichkeiten	237	106
Nachrangkapital	<u>120</u>	<u>42</u>
	<u>498</u>	<u>154</u>
Gesamt	<u>958</u>	<u>1.668</u>

(33) Rückstellungen

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	1.115	585
Versicherungstechnische Rückstellungen	1.560	158
Rückstellungen im Bauspargeschäft	727	—
Andere Rückstellungen	<u>289</u>	<u>226</u>
Gesamt	<u>3.691</u>	<u>969</u>

Von den Rückstellungen entfallen 269 Mio € (Vorjahr: 166 Mio €) auf die quotaleinbezogenen Gemeinschaftsunternehmen.

Die Versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten Beitragsüberträge und Deckungsrückstellungen für das Versicherungsgeschäft der BHW Lebensversicherung AG, der PB Lebensversicherung AG und der PB Versicherung AG.

Die Rückstellungen im Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG werden für Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni gebildet.

Erläuterungen — Notes

Die Rückstellungen im Bauspargeschäft haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2006 Mio €	Veränderungen des Konsolidierungs- kreises Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2006 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft	—	728	197	15	211	727
Gesamt	<u>—</u>	<u>728</u>	<u>197</u>	<u>15</u>	<u>211</u>	<u>727</u>

Die Zusammensetzung und Entwicklung der versicherungstechnischen Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

	Stand 01.01.2006 Mio €	Veränderungen des Konsolidierungs- kreises Mio €	Veränderung im Geschäftsjahr erfolgsneutral Mio €	erfolgswirksam Mio €	Stand 31.12.2006 Mio €
Beitragsüberträge	—	9	—	1	10
Rückstellungen für noch nicht abgewickelte					
Versicherungsfälle	—	9	40	39	8
Deckungsrückstellung	—	858	—	166	1.024
Rückstellungen erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige					
Beitragsrückerstattung	—	195	21	78	252
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	158	1	1	108	266
Gesamt	<u>158</u>	<u>1.072</u>	<u>62</u>	<u>392</u>	<u>1.560</u>

(34) Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen handelt es sich überwiegend um Rückstellungen für die Verpflichtungen zur Leistung von betrieblichen Ruhegeldern aufgrund von unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u.a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses abhängig.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen haben sich wie folgt entwickelt:

	Abstimmung von Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Nettopensionsrückstellungen	
	2006 Mio €	2005 Mio €
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	773	73
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der nicht kapitalgedeckten Leistungen	824	761
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	1.597	834
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	–381	–59
Nicht realisierte Gewinne/Verluste	–101	–190
Nettopensionsrückstellung am 31. Dezember	<u>1.115</u>	<u>585</u>

Erläuterungen — Notes

	Entwicklung des Barwerts der Gesamtverpflichtung	
	2006 Mio €	2005 Mio €
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	834	714
Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	38	17
Arbeitnehmerbeiträge	—	—
Zinsaufwand	68	37
Erbrachte Pensionsleistungen	-69	-43
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	1	—
Planänderungen	—	-17
Transfers/Vermögensüberträge	79	53
Veränderung Konsolidierungskreis	726	—
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-80	73
Währungseffekte	—	—
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	<u>1.597</u>	<u>834</u>

	Entwicklung des Planvermögens	
	2006 Mio €	2005 Mio €
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	59	—
Arbeitgeberbeiträge	16	1
Arbeitnehmerbeiträge	—	—
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	16	3
Gewinne/(Verluste) aus dem Planvermögen	-1	3
Erbrachte Pensionsleistungen	-25	—
Transfers	-2	52
Veränderung Konsolidierungskreis	316	—
Planänderungen	—	—
Währungseffekte	2	—
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	<u>381</u>	<u>59</u>

Das Planvermögen besteht in erster Linie aus festverzinslichen Wertpapieren, Festgeldern, sonstigen liquiden Mitteln etc. (93 %, Vorjahr: 64 %), Aktien und Investmentfonds (1 %, Vorjahr: 17 %) und anderen Vermögenswerten wie Immobilien (6 %, Vorjahr: 19 %). Von den Vermögenswerten werden keine direkt von der Postbank Gruppe selbst genutzt.

Gewinne und Verluste

	Gewinne und Verluste aus Planvermögen	
	2006	2005
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen (in Mio €)	15	6
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen (in Mio €)	16	3
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) des Planvermögens (in Mio €)	-1	3
Als relativer Anteil des Planvermögens am 1. Januar (in %)	<u>0</u>	<u>6</u>

Erläuterungen — Notes

	Gewinne und Verluste aus Verpflichtungen	
	2006	2005
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen (in Mio €)	-12	-13
Als relativer Anteil der Verpflichtungen am 1. Januar (in %)	-1	-2
Annahmenänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen (in Mio €)	91	-60
Als relativer Anteil der Verpflichtungen am 1. Januar (in %)	11	-8
Gesamte versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen (in Mio €)	<u>79</u>	<u>-73</u>
Als relativer Anteil des Planvermögens am 1. Januar (in %)	<u>5</u>	<u>-10</u>

	Entwicklung der Nettopensionsrückstellung	
	2006 Mio €	2005 Mio €
Stand 1. Januar	<u>585</u>	<u>584</u>
Pensionsaufwand	101	42
Erbrachte Pensionsleistungen	-44	-43
Fondsbeiträge	-16	-1
Veränderung des Konsolidierungskreises	410	—
Vermögenstransfer	81	3
Währungseffekte	-2	—
Stand 31. Dezember	<u>1.115</u>	<u>585</u>

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellung werden in 2007 Zahlungen in Höhe von 77 Mio € erwartet. Hiervon entfallen 51 Mio € auf direkte erwartete Rentenzahlungen des Unternehmens und 15 Mio € auf erwartete Beiträge an Pensionsfonds.

	Pensionsaufwand	
	2006 Mio €	2005 Mio €
Dienstzeitaufwand	38	17
Zinsaufwand	68	37
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	-16	-3
Realisierter nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	1	—
Amortisation noch nicht realisierter Gewinne/Verluste	10	4
Auswirkungen von Planänderungen	—	-13
Sonstiges	—	—
Pensionsaufwand	<u>101</u>	<u>42</u>

Im Geschäftsjahr 2006 wurden den Pensionsrückstellungen 101 Mio € (Vorjahr: 42 Mio €) ergebniswirksam aus dem Personalaufwand zugeführt.

Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden gemäß IAS 19.92 nur insoweit erfasst, wie sie 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang und Planvermögen übersteigen. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst. Im Jahr 2006 wurden 10 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) ergebniswirksam erfasst.

(35) Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2006 Mio €	Veränderungen des Konsoli- dierungskreises Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2006 Mio €
Neustrukturierung	143	21	75	19	41	111
Risikoausgleichsbeträge der Postbeamtenkrankenkasse	6	—	—	—	—	6
Übrige	<u>77</u>	<u>77</u>	<u>65</u>	<u>17</u>	<u>100</u>	<u>172</u>
Gesamt	<u>226</u>	<u>98</u>	<u>140</u>	<u>36</u>	<u>141</u>	<u>289</u>

Die übrigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Prozesskosten in Höhe von 9 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €), Rückstellungen für Jahresabschlusskosten in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) sowie Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 9 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €).

(36) Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2006 Mio €	Veränderungen des Konsoli- dierungskreises Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2006 Mio €
Laufende Steuern	75	42	90	5	62	84
Latente Steuern	<u>955</u>	<u>525</u>	<u>—</u>	<u>843</u>	<u>337</u>	<u>974</u>
Gesamt	<u>1.030</u>	<u>567</u>	<u>90</u>	<u>848</u>	<u>399</u>	<u>1.058</u>

Die Rückstellungen für laufende Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	384	118
Handelsaktiva	958	797
Hedging Derivate	148	141
Finanzanlagen	475	790
Sachanlagen	8	21
Sonstige Aktiva	306	61
Passivposten		
Verbindlichkeiten	83	71
Handelspassiva	—	—
Hedging Derivate	—	—
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	22	18
Andere Rückstellungen	1	10
Sonstige Passiva	<u>88</u>	<u>93</u>
	<u>2.473</u>	<u>2.120</u>
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	<u>1.499</u>	<u>1.165</u>
Gesamt	<u>974</u>	<u>955</u>

(37) Sonstige Passiva

	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	76	39
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	123	95
Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern	—	2
Sonstige Verbindlichkeiten	547	281
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>40</u>	<u>10</u>
Gesamt	<u>786</u>	<u>427</u>

Unter Sonstige Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von 15 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €), aus ausstehenden Rechnungen in Höhe von 69 Mio € (Vorjahr: 44 Mio €), aus Leistungen der Deutschen Post AG in Höhe von 53 Mio € (Vorjahr: 57 Mio €), aus Tantiemen in Höhe von 50 Mio € (Vorjahr: 34 Mio €), aus Provisionen und Prämien in Höhe von 43 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) sowie aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanträgen in Höhe von 42 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) bilanziert.

Von den Sonstigen Verbindlichkeiten entfallen insgesamt 40 Mio € (Vorjahr: 25 Mio €) auf die quotal einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen.

(38) Nachrangkapital

	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.822	2.020
Hybride Kapitalinstrumente	1.039	1.125
Genussrechtskapital	1.132	583
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	<u>55</u>	<u>55</u>
Gesamt	<u>5.048</u>	<u>3.783</u>

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen aufgrund der derzeitigen Restlaufzeitenstruktur nur in Höhe von 3.354 Mio € haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 134 Mio € (Vorjahr: 86 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 43 Mio € (Vorjahr: 29 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Hybriden Kapitalinstrumente stellen drei Emissionen in Form von Class B Preferred Securities dar, die durch für diesen Zweck bestehende Tochtergesellschaften begeben wurden. Die Class B Preferred Securities der Postbank Funding LLC I bis III haben eine unbegrenzte Laufzeit und werden aufsichtsrechtlich als Kernkapital angerechnet.

Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für Hybride Kapitalinstrumente betragen 14 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €).

Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2006 beträgt insgesamt 52 Mio € (Vorjahr: 24 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 53 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €) werden dem Posten Genussrechtskapital direkt zugeordnet.

Erläuterungen — Notes

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Der Zinsaufwand für die aufgenommenen Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter beträgt 4 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 1.668 Mio € (Vorjahr: 2.290 Mio €) gegen Änderungen des Fair Value abgesichert; davon entfallen 629 Mio € (Vorjahr: 663 Mio €) auf nachrangige Verbindlichkeiten und 1.039 Mio € (Vorjahr: 1.125 Mio €) auf Hybride Kapitalinstrumente.

Das Nachrangkapital ist mit 4,2 Mrd € (Vorjahr: 3,2 Mrd €) festverzinslich sowie mit 0,8 Mrd € (Vorjahr: 0,5 Mrd €) variabel verzinslich.

(39) Eigenkapital

	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €
Gezeichnetes Kapital	410	410
Kapitalrücklage	1.160	1.160
Gewinnrücklagen	3.051	2.764
Währungsumrechnungsrücklage	-117	-77
Neubewertungsrücklage	6	311
Bilanzgewinn	695	492
Anteile im Fremdbesitz	<u>2</u>	<u>1</u>
Gesamt	<u>5.207</u>	<u>5.061</u>

Das gezeichnete Kapital der Postbank ist in 164.000.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Bank bis zum 24. März 2009 durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen, ganz oder in Teilbeträgen, ein- oder mehrmals um bis zu insgesamt 41 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Bank bis zum 10. Mai 2011 durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen, ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 137 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit es zum Ausgleich von Spitzenbeträgen erforderlich ist. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

In der Hauptversammlung vom 11. Mai 2006 wurde der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10% des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 10. November 2007. Die zum Zeitpunkt der Hauptversammlung bestehenden, ursprünglich bis zum 18. November 2006 befristeten Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG sowie § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG wurden mit Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Erläuterungen — Notes

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

	Finanzinstrumente Available for Sale	
	Mio € 2006	Mio € 2005
Stand zum 1. Januar	311	222
Bewertungsänderungen	-247	294
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	-122	-15
Available for Sale nicht gehedgt	-125	309
Abgänge und Impairment	-187	-224
Available for Sale aufgrund Impairment	128	2
davon auf gehedgte Bestände	—	—
davon auf nicht gehedgte Bestände	128	2
Available for Sale aufgrund von Verkauf/Hedge-Auflösung	-315	-226
davon auf gehedgte Bestände	-10	12
davon auf nicht gehedgte Bestände	-305	-238
Erfolgsneutral gebildete latente Steuern	<u>129</u>	<u>19</u>
Stand zum 31. Dezember	<u>6</u>	<u>311</u>

Aus den Abgängen und Impairment von Finanzinstrumenten Available for Sale wurden im Geschäftsjahr 187 Mio € (Vorjahr: 224 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen. Des Weiteren reduzierte sich die Neubewertungsrücklage um 247 Mio € (Vorjahr: Erhöhung um 294 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten latenten Steuern veränderten sich in diesem Geschäftsjahr um 129 Mio € (Vorjahr: 19 Mio €) auf einen Endbestand von 109 Mio € (Vorjahr: 20 Mio €), welche die Neubewertungsrücklage insgesamt erhöhen.

Sonstige Angaben

(40) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

	Retail Banking		Firmen-kunden		Transaction Banking		Financial Markets		Übrige ¹		Konzern ¹	
	2006 Mio €	2005 Mio €	2006 Mio €	2005 Mio €	2006 Mio €	2005 Mio €	2006 Mio €	2005 Mio €	2006 Mio €	2005 Mio €	2006 Mio €	2005 Mio €
Zinsüberschuss	2.358	1.682	260	238	5	5	92	83	-542	-333	2.173	1.675
Handelsergebnis	13	—	5	1	—	—	46	55	181	149	245	205
Finanzanlageergebnis	25	—	2	8	-1	—	6	—	260	244	292	252
Bilanzbezogene Erträge	2.396	1.682	267	247	4	5	144	138	-101	60	2.710	2.132
Provisionsüberschuss	1.061	388	105	108	263	278	63	62	-85	-137	1.407	699
Gesamt-Erträge	3.457	2.070	372	355	267	283	207	200	-186	-77	4.117	2.831
Verwaltungsaufwand	-2.178	-1.335	-171	-165	-245	-263	-78	-80	-140	-43	-2.812	-1.886
Risikoversorge	-277	-148	-38	-39	—	—	-3	2	-19	-20	-337	-205
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	-78	1	2	-2	5	3	6	-2	38	-21	-27	-21
Ergebnis vor Steuern	924	588	165	149	27	23	132	120	-307	-161	941	719
Cost Income Ratio (CIR)	63,0%	64,5%	46,0%	46,5%	91,8%	92,9%	37,7%	40,0%	—	—	68,3%	66,6%
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	32,7%	27,3%	46,7%	43,2%	—	—	23,8%	22,0%	-25,6%	-9,4%	18,9%	15,0%
Segmentvermögen	77.370	31.762	16.364	14.580	82	239	28.209	23.337	58.086	66.565	180.111	136.483
Segmentverbind- lichkeiten	93.200	58.978	17.179	13.732	0	143	11.313	11.957	46.447	42.532	168.139	127.342

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

In dem Posten „Übrige“ sind Konsolidierungssachverhalte, nicht den Geschäftsfeldern zuordenbare Positionen, nicht verrechnete Overhead-Kosten sowie das Eigengeschäftsergebnis enthalten.

Da es sich bei der Abwicklung von Zahlungsverkehrstransaktionen nicht um Bankgeschäft im klassischen Sinne handelt, weisen wir im Geschäftsfeld Transaction Banking keine Eigenkapitalrentabilität aus.

Die Vorjahreszahlen wurden an die 2006 geltenden Organisationsstrukturen bzw. an geänderte Zuordnungskriterien angepasst.

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern pro forma²

	Retail Banking		Firmenkunden		Transaction Banking		Financial Markets		Übrige ¹		Konzern ¹	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Zinsüberschuss	2.358	2.177	260	238	5	5	92	83	-542	-555	2.173	1.948
Handelsergebnis	13	25	5	1	—	—	46	55	181	150	245	231
Finanzanlageergebnis	25	17	2	8	-1	—	6	—	260	245	292	270
Bilanzbezogene Erträge	2.396	2.219	267	247	4	5	144	138	-101	-160	2.710	2.449
Provisionsüberschuss	1.061	1.081	105	108	263	278	63	62	-85	-150	1.407	1.379
Gesamt-Erträge	3.457	3.300	372	355	267	283	207	200	-186	-310	4.117	3.828
Verwaltungsaufwand	-2.178	-2.301	-171	-165	-245	-263	-78	-80	-140	-61	-2.812	-2.870
Risikovorsorge	-277	-229	-38	-39	—	—	-3	2	-19	-20	-337	-286
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	-78	36	2	-2	5	3	6	-2	38	8	-27	43
Ergebnis vor Steuern	924	806	165	149	27	23	132	120	-307	-383	941	715
Cost Income Ratio (CIR)	63,0%	69,7%	46,0%	46,5%	91,8%	92,9%	37,7%	40,0%	—	—	68,3%	75,0%
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	<u>32,7%</u>	<u>29,2%</u>	<u>46,7%</u>	<u>43,2%</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>23,8%</u>	<u>22,0%</u>	<u>-25,6%</u>	<u>-34,7%</u>	<u>18,9%</u>	<u>14,9%</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5);

2 siehe Note 2

Segmentberichterstattung nach geografischen Bereichen

Die Zuordnung der Segmente nach dem jeweiligen Sitz der Niederlassung oder des Konzernunternehmens ergibt nachfolgende Verteilung:

	Vermögen		Verbindlichkeiten ¹		Erträge		Ergebnis vor Steuern	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Deutschland	145.171	97.408	134.940	90.063	3.884	2.637	785	592
Übrige	34.940	39.075	33.199	37.279	233	194	156	127
Europa	30.081	35.327	28.765	33.907	142	130	106	87
USA	4.484	3.748	4.116	3.372	85	64	49	40
Asien	375	—	318	—	6	—	1	—
Gesamt	180.111	136.483	168.139	127.342	4.117	2.831	941	719

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5);

2 siehe Note 2

(41) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann. Finanzgarantien werden nach der Nettomethode erfasst.

	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €
Eventualverpflichtungen		
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.974	1.804
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	21.369	16.583
davon: bereitgestellte Baudarlehen	1.536	—
Gesamt	23.343	18.387

(42) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2006		31.12.2005 ¹	
	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €
Aktiva				
Barreserve	1.015	1.015	968	968
Forderungen an Kreditinstitute	16.350	16.357	17.801	17.862
Forderungen an Kunden	87.182	89.195	52.873	54.975
Risikovorsorge	-1.155	-1.155	-776	-776
Finanzanlagen	<u>63.299</u>	<u>63.175</u>	<u>15.974</u>	<u>16.037</u>
	<u>166.691</u>	<u>168.587</u>	<u>86.840</u>	<u>89.066</u>
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.319	47.366	30.778	30.986
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	101.316	101.439	78.481	78.871
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	<u>20.934</u>	<u>21.019</u>	<u>18.521</u>	<u>18.931</u>
	<u>169.569</u>	<u>169.824</u>	<u>127.780</u>	<u>128.788</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

Existiert für ein Finanzinstrument ein liquider Markt (z. B. Wertpapierbörse), wird der Fair Value durch den Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtages ermittelt. Liegt kein liquider Markt vor, wird der Fair Value durch anerkannte Bewertungsmodelle (Barwertmethode und Optionspreismodelle) bestimmt. Die eingesetzten Bewertungsmodelle berücksichtigen die wesentlichen wertbestimmenden Faktoren der Finanzinstrumente und verwenden Bewertungsparameter, die aus den Marktkonditionen zum Bilanzstichtag resultieren. Die im Rahmen der Barwertmethode verwendeten Zahlungsströme basieren auf den Vertragsdaten der Finanzinstrumente.

(43) Finanzinstrumente nach IAS 39 — Bewertungskategorien

	Fair Value Hedge/Option		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 ¹ Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 ¹ Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 ¹ Mio €
Aktiva	31.512	26.298	149.084	110.824	180.596	137.122
Forderungen Loans and						
Receivables	9.005	8.978	106.859	73.722	115.864	82.700
Forderungen an Kreditinstitute	2.136	2.720	14.214	15.081	16.350	17.801
Forderungen an Kunden	1.500	4.115	78.983	48.185	80.483	52.300
Finanzanlagen	5.369	2.143	13.662	10.456	19.031	12.599
Available for Sale Assets	15.770	16.681	23.542	22.768	39.312	39.449
Finanzanlagen	15.770	16.681	23.542	22.768	39.312	39.449
Held to Maturity Investments	—	—	5.474	3.948	5.474	3.948
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Forderungen an Kunden	—	—	518	573	518	573
Finanzanlagen	—	—	4.956	3.375	4.956	3.375
Held for Trading	71	—	13.209	10.386	13.280	10.386
Handelsaktiva	71	—	13.209	10.386	13.280	10.386
Fair-Value-Option	6.181	—	—	—	6.181	—
Forderungen an Kunden	6.181	—	—	—	6.181	—
Hedging-Derivate	485	639	—	—	485	639
Passiva	18.602	22.614	155.543	110.179	174.145	132.793
Verbindlichkeiten	17.243	20.946	152.326	106.834	169.569	127.780
Verbindlichkeiten gegenüber						
Kreditinstituten	2.802	2.306	44.517	28.472	47.319	30.778
Verbindlichkeiten gegenüber						
Kunden	4.761	2.849	96.555	75.632	101.316	78.481
Verbriefte Verbindlichkeiten	8.012	13.501	7.874	1.237	15.886	14.738
Nachrangkapital	1.668	2.290	3.380	1.493	5.048	3.783
Held for Trading	401	—	3.217	3.345	3.618	3.345
Handelspassiva	401	—	3.217	3.345	3.618	3.345
Hedging-Derivate	958	1.668	—	—	958	1.668

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

(44) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/ Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisen-Swaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktien-derivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indexfutures abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) wurden in geringem Umfang abgeschlossen.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Erläuterungen — Notes

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Derivate des Handelsbestands	438.244	361.833	3.289	3.092	3.616	3.341
Hedging-Derivate	<u>43.568</u>	<u>41.909</u>	<u>485</u>	<u>639</u>	<u>958</u>	<u>1.668</u>
Gesamt	<u>481.812</u>	<u>403.742</u>	<u>3.774</u>	<u>3.731</u>	<u>4.574</u>	<u>5.009</u>

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalbetrag		Fair Value			
	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	4.115	2.238	36	19	22	25
Devisenswaps	<u>17.767</u>	<u>13.840</u>	<u>152</u>	<u>157</u>	<u>129</u>	<u>140</u>
Gesamtbestand						
Fremdwährungsderivate	<u>21.882</u>	<u>16.078</u>	<u>188</u>	<u>176</u>	<u>151</u>	<u>165</u>
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	398.821	301.793	3.068	2.892	3.436	3.147
Cross Currency Swaps	55	15	2	1	—	1
FRAs	2.632	10.433	9	1	1	—
OTC-Zinsoptionen	645	408	—	—	1	—
Sonstige zinsgebundene Verträge	479	457	1	2	1	2
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	4.131	16.606	—	—	—	—
Zinsoptionen	<u>7.996</u>	<u>14.665</u>	<u>1</u>	<u>1</u>	<u>—</u>	<u>1</u>
Gesamtbestand Zinsderivate	<u>414.759</u>	<u>344.377</u>	<u>3.081</u>	<u>2.897</u>	<u>3.439</u>	<u>3.151</u>

Erläuterungen — Notes

	Nominalbetrag		Fair Value			
	31.12.2006	31.12.2005	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktioptionen (long/short)	165	198	13	14	19	16
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexfutures	8	147	—	—	2	—
Aktien-/Indexoptionen	83	112	1	2	1	—
Gesamtbestand Aktien-/Indexbezogene Derivate	256	457	14	16	22	16
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	1.347	921	6	3	4	9
Gesamtbestand Kreditderivate	1.347	921	6	3	4	9
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	438.244	361.833	3.289	3.092	3.616	3.341
davon Derivate des Bankbuchs	22.214	36.757	276	475	351	571
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	8.097	—	71	—	401	—
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	41.423	39.776	482	602	733	1.539
Cross Currency Swaps	1.796	2.132	3	37	222	129
Credit Default Swaps	349	—	—	—	3	—
Sonstige zinsgebundene Verträge	—	—	—	—	—	—
Gesamtbestand Hedging-Derivate Fair Value Hedges	43.568	41.908	485	639	958	1.668
Cashflow Hedges						
Credit Default Swaps	—	1	—	—	—	—
Gesamtbestand Hedging-Derivate Cashflow Hedges	—	1	—	—	—	—
Gesamtbestand Hedging-Derivate	43.568	41.909	485	639	958	1.668
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	481.812	403.742	3.774	3.731	4.574	5.009

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

	Hedging-Derivate			
	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2006	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2005
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate		63	123	304
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr		15	27	32
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre		11	65	16
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre		22	148	14
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre		31	129	44
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre		21	50	28
mehr als 5 Jahre		322	416	201
		<u>485</u>	<u>958</u>	<u>639</u>
				<u>1.668</u>

Erläuterungen — Notes

	Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs			
	Positive	Negative	Positive	Negative
	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte
	31.12.2006	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2005
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	471	749	1.203	1.348
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	105	116	110	103
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	120	151	32	65
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	182	272	33	18
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	226	193	74	103
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	144	170	111	57
	<u>2.041</u>	<u>1.965</u>	<u>1.529</u>	<u>1.647</u>
	<u>3.289</u>	<u>3.616</u>	<u>3.092</u>	<u>3.341</u>

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgliedert.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	3.699	3.653	4.457	4.914
Öffentliche Stellen in der OECD	17	0	26	0
Sonstige Kontrahenten in der OECD	<u>58</u>	<u>78</u>	<u>91</u>	<u>95</u>
	<u>3.774</u>	<u>3.731</u>	<u>4.574</u>	<u>5.009</u>

(45) Umlauf Schuldverschreibungen

	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €
Im Umlauf befindliche Schuldverschreibungen		
Begebene Schuldverschreibungen	16.034	13.486
Zur Sicherstellung ausgehändigte Namenspfandbriefe	62	67
Öffentliche Pfandbriefe/Kommunalschuldverschreibungen	<u>23</u>	<u>30</u>
Deckungspflichtiger Umlauf	<u>16.119</u>	<u>13.583</u>

(46) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Deckung der Namenspapiere		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	11.390	10.588
Summe der deckungspflichtigen Namenspapiere	<u>9.191</u>	<u>4.849</u>
Überdeckung	<u>2.199</u>	<u>5.739</u>
Deckung der Pfandbriefe		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden (Hypothekendarlehen)	3.023	3.805
Summe der deckungspflichtigen Pfandbriefe	<u>1.890</u>	<u>2.684</u>
Überdeckung	<u>1.133</u>	<u>1.121</u>
Deckung der Kommunalschuldverschreibungen		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Ersatzdeckung in Wertpapieren	5.640	6.499
Summe der deckungspflichtigen Kommunalschuldverschreibungen	<u>4.953</u>	<u>5.953</u>
Überdeckung	<u>687</u>	<u>546</u>
Deckung der Zinsaufwendungen für Namenspapiere		
Zinsaufwendungen für Namenspapiere	395	213
Zinserträge aus Deckungswerten	<u>555</u>	<u>531</u>
Überdeckung	<u>160</u>	<u>318</u>
Deckung der Zinsaufwendungen für Pfandbriefe		
Zinsaufwendungen für Pfandbriefe	101	145
Zinserträge aus Deckungswerten	<u>160</u>	<u>211</u>
Überdeckung	<u>59</u>	<u>66</u>
Deckung der Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen		
Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen	248	303
Zinserträge aus Deckungswerten	<u>272</u>	<u>326</u>
Überdeckung	<u>24</u>	<u>23</u>

(47) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2006 Anzahl	31.12.2005 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	996	942
Zwangsverwaltungsverfahren	678	653
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	218	269

(48) Fremdwährungsvolumen

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Fremdwährungsaktiva	15.831	12.075
Fremdwährungspassiva	15.799	12.029

(49) Angaben über wesentliche Konzentrationen

Die prozentuale Gliederung der Kredite der Deutschen Postbank AG erfolgt nach Wirtschaftszweigen:

	2006 %	2005 %
Wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen	51,9	39,6
Sonstige Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	18,1	18,1
Öffentliche Haushalte	10,0	14,0
Kreditinstitute	<u>20,0</u>	<u>28,3</u>
	<u>100,0</u>	<u>100,0</u>

Die prozentuale Gliederung nach Inländern und Ausländern ergibt sich wie folgt:

	2006 %	2005 %
Inländer	83,6	70,2
Ausländer	<u>16,4</u>	<u>29,8</u>
	<u>100,0</u>	<u>100,0</u>

(50) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Der Postbank Konzern hat sich verpflichtet, die Eigenkapitalanforderungen der jeweils geltenden Baseler Eigenkapitalempfehlung zu beachten. Danach müssen Kreditinstitute ihre gewichteten Risikoaktiva mit mindestens 8% Eigenmitteln unterlegen (Eigenmittelquote). Mindestens 4% der Risikoaktiva müssen dabei aus Kernkapital bestehen (Kernkapitalquote).

Die Eigenmittel setzen sich aus Kern- und Ergänzungskapital sowie Drittrangmitteln zusammen. Das Kernkapital besteht im Wesentlichen aus dem Gezeichneten Kapital, den Rücklagen sowie den hybriden Kapitalbestandteilen. Zum Ergänzungskapital gehören im Wesentlichen Genussrechtskapital und nachrangige längerfristige Verbindlichkeiten.

Die Eigenmittelausstattung des Postbank Konzerns gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung stellt sich zum 31. Dezember 2006 wie folgt dar:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Gewichtete Risikoaktiva	80.565	62.354
Marktrisikopositionen	13.200	7.538
Anrechnungspflichtige Positionen	93.765	69.892
Kernkapital	4.443	5.164
darunter: Hybride Kapitalinstrumente	1.151	1.151
Ergänzungskapital	3.161	2.342
darunter: Genussrechtskapital	1.079	558
darunter: Nachrangige Verbindlichkeiten	2.221	1.780
Dritrangmittel	3	—
Anrechenbare Eigenmittel	7.607	7.506
Kernkapitalquote in %	5,5	8,3
Eigenmittelquote in %	8,1	10,7

(51) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2006:

	Täglich fällig Mio €	bis 3 Monate Mio €	3 Monate bis 1 Jahr Mio €	1 Jahr bis 2 Jahre Mio €	2 Jahre bis 3 Jahre Mio €	3 Jahre bis 4 Jahre Mio €	4 Jahre bis 5 Jahre Mio €	mehr als 5 Jahre Mio €	Summe Mio €
Forderungen an									
Kreditinstitute	1.906	5.470	1.733	934	1.254	858	846	3.349	16.350
Forderungen an Kunden	2.193	5.777	8.340	8.429	8.976	7.129	10.050	36.288	87.182
Handelsaktiva	—	643	827	6.817	1.365	568	708	2.352	13.280
Hedging-Derivate	—	63	15	11	22	31	21	322	485
Finanzanlagen	46	1.948	5.714	4.484	5.127	4.594	5.540	35.846	63.299
Ertragsteueransprüche	4	—	15	5	71	5	10	134	244
Sonstige Aktiva	132	127	73	24	16	36	21	238	667
Gesamt	4.281	14.028	16.717	20.704	16.831	13.221	17.196	78.529	181.507
Verbindlichkeiten gegenüber									
Kreditinstituten	2.719	30.719	4.645	1.614	2.224	508	488	4.402	47.319
Verbindlichkeiten gegenüber									
Kunden	21.436	48.379	2.539	793	982	453	2.406	24.328	101.316
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	5.227	2.600	1.818	3.552	1.210	116	1.363	15.886
Handelspassiva	—	749	116	151	272	193	170	1.967	3.618
Hedging-Derivate	—	123	27	65	148	129	50	416	958
Rückstellungen	11	86	273	349	206	188	184	2.394	3.691
Pensionsrückstellungen	—	19	52	70	68	67	66	773	1.115
Sonst. Rückstellungen	11	67	221	279	138	121	118	1.621	2.576
Ertragsteuerverpflichtungen	5	—	131	11	5	89	421	396	1.058
Sonstige Passiva	204	228	229	16	13	18	34	44	786
Nachrangkapital	16	28	24	300	238	125	1.422	2.895	5.048
Gesamt	24.391	85.539	10.584	5.117	7.640	2.913	5.291	38.205	179.680

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Note (44) ausgewiesen.

Erläuterungen — Notes

Zum 31. Dezember 2005:

	Täglich fällig Mio €	bis 3 Monate Mio €	3 Monate bis 1 Jahr Mio €	1 Jahr bis 2 Jahre Mio €	2 Jahre bis 3 Jahre Mio €	3 Jahre bis 4 Jahre Mio €	4 Jahre bis 5 Jahre Mio €	mehr als 5 Jahre Mio €	Summe ¹ Mio €
Forderungen an									
Kreditinstitute	1.153	2.966	2.566	622	1.067	1.566	1.316	6.545	17.801
Forderungen an Kunden	2.053	5.689	5.696	5.707	5.468	4.849	3.233	20.178	52.873
Handelsaktiva	3	1.387	571	5.349	966	223	207	1.680	10.386
Hedging-Derivate	7	297	32	16	14	44	28	201	639
Finanzanlagen	—	1.835	2.818	7.155	4.019	4.177	4.484	30.935	55.423
Ertragsteueransprüche	243	46	6	4	4	15	89	27	434
Sonstige Aktiva	833	157	19	15	14	51	304	91	1.484
Gesamt	4.292	12.377	11.708	18.868	11.552	10.925	9.661	59.657	139.040
Verbindlichkeiten gegenüber									
Kreditinstituten	585	21.790	1.674	918	1.233	1.913	352	2.313	30.778
Verbindlichkeiten gegenüber									
Kunden	21.940	44.539	2.684	799	615	803	2.246	4.855	78.481
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	4.392	1.974	2.370	1.126	2.594	1.187	1.095	14.738
Handelspassiva	14	1.334	103	65	18	103	57	1.651	3.345
Hedging-Derivate	31	285	54	82	118	144	141	813	1.668
Rückstellungen	12	23	92	155	63	66	68	490	969
Pensionsrückstellungen	—	14	40	52	50	49	47	333	585
Sonst. Rückstellungen	12	9	52	103	13	17	21	157	384
Ertragsteuerverpflichtungen	29	—	46	—	—	—	923	32	1.030
Sonstige Passiva	86	284	27	19	1	9	—	1	427
Nachrangkapital	4	—	14	—	250	112	39	3.364	3.783
Gesamt	22.701	72.647	6.668	4.408	3.424	5.744	5.013	14.614	135.219

1 Zahlen angepasst (siehe Note 5)

(52) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögenswerte enthalten:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Forderungen an Kunden	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	5	10
Finanzanlagen	—	—
Gesamt	<u>5</u>	<u>10</u>

(53) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Seit 2000 zahlt die Postbank 33 % der Bruttobezüge ihrer aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge ihrer beurlaubten Beamten an eine zu diesem Zweck gegründete Unterstützungskasse. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Unterstützungskasse bestehen nicht, sondern sind durch den Bund zu tragen.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, und PB Capital Corp., Delaware, USA, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II und III, alle drei Delaware, USA, abgegeben.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglichen Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,0 Mio €. Darüber hinaus haftet die Deutsche Postbank AG anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

Außerdem ist die Deutsche Postbank International S.A. Luxemburg Mitglied des „Verbands zur Einlagensicherung, Luxemburg“.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
im 1. Jahr nach Bilanzstichtag	20	20
im 2. Jahr nach Bilanzstichtag	18	13
im 3. Jahr nach Bilanzstichtag	17	10
im 4. Jahr nach Bilanzstichtag	16	8
im 5. Jahr nach Bilanzstichtag	11	8
in mehr als 5 Jahren nach Bilanzstichtag	65	25
Gesamt	<u>147</u>	<u>84</u>

(54) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2006	31.12.2005
	Mio €	Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	47	42
Forderungen an Kunden	<u>1.240</u>	<u>1.372</u>
	<u>1.287</u>	<u>1.414</u>
Treuhandverbindlichkeiten		
Treuhandmittel für durchlaufende Kredite	594	643
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	44	42
Altenteilerentenfonds	11	11
Zweckvermögen	<u>638</u>	<u>718</u>
	<u>1.287</u>	<u>1.414</u>

(55) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraumes:

	Gesamt 2006	Gesamt 2005
Vollzeitkräfte		
Beamte	6.838	2.372
Angestellte	<u>11.734</u>	<u>5.813</u>
	<u>18.572</u>	<u>8.185</u>
Teilzeitkräfte		
Beamte	1.046	707
Angestellte	<u>2.666</u>	<u>631</u>
	<u>3.712</u>	<u>1.338</u>
	<u>22.284</u>	<u>9.523</u>

(56) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht der Postbank Konzern unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit einer Vielzahl von verbundenen Unternehmen des DPWN Konzerns sowie einer geringen Anzahl von verbundenen, nicht im Postbank Konzern konsolidierten Unternehmen in Beziehung. Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Liefer- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen durchgeführt, so wie es auch mit konzernfremden Dritten üblich ist.

Sämtliche verbundenen Unternehmen, die in den Postbank Konzern einbezogen werden, sind in der folgenden Übersicht aufgeführt.

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) Unmittelbar	Anteil (%) Mittelbar
1) Voll konsolidierte Unternehmen:		
BHW Holding AG, Berlin/Hameln	98,4	
BHW Bausparkasse AG, Hameln		98,4
BHW Bank AG, Hameln		98,4
BHW Lebensversicherung AG, Hameln		98,4
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		98,4
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln		98,4
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		98,4
BHW Immobilien GmbH, Hameln		98,4
BHW Home Finance Limited, New Delhi, Indien		98,4
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	75,5
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	
DSL Holding AG i.A., Bonn	100,0	
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		90,0
DPBI Immobilien KGaA, Munsbach, Luxemburg		10,1
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	
PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Realty Corp., New York, USA		94,7
PB Finance (Delaware), Inc., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	
Betriebs-Center für Banken Deutschland GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,0	
Betriebs-Center für Banken Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Betriebs-Center für Banken Zahlungsverkehrsservice GmbH, Frankfurt am Main		100,0
Betriebs-Center für Banken Payments AG, Frankfurt am Main		100,0
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
2) Quotal konsolidierte Unternehmen:		
PB Lebensversicherung AG, Hilden	50,0	
PB Versicherung AG, Hilden	50,0	

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß §§ 313, 287 HGB ist im elektronischen Handelsregister einsehbar.

Erläuterungen — Notes

Forderungen an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Forderungen an nicht konsolidierte verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ergeben sich in folgender Höhe:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Forderungen an Kunden		
Verbundene Unternehmen	58	90
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—
	<u>58</u>	<u>90</u>
Sonstige Aktiva		
Verbundene Unternehmen	66	1.004
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	17
	<u>66</u>	<u>1.021</u>
Gesamt	<u>124</u>	<u>1.111</u>

Die wesentlichen Posten beziehen sich auf Forderungen gegenüber der Deutschen Post AG.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ergeben sich in folgender Höhe:

	31.12.2006 Mio €	31.12.2005 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Verbundene Unternehmen	431	317
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3	—
	<u>434</u>	<u>317</u>
Sonstige Passiva		
Verbundene Unternehmen	70	72
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	43
	<u>70</u>	<u>115</u>
Gesamt	<u>504</u>	<u>432</u>

Die wesentlichen Posten beziehen sich auf Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Post AG.

Erläuterungen — Notes

Erträge und Aufwendungen mit verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	2006 Mio €	2005 Mio €
Zinsüberschuss		
Verbundene Unternehmen	21	-1
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>—</u>	<u>—</u>
	<u>21</u>	<u>-1</u>
Provisionsüberschuss		
Verbundene Unternehmen	549	12
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>—</u>	<u>9</u>
	<u>549</u>	<u>21</u>
Verwaltungsaufwand		
Verbundene Unternehmen	565	682
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>—</u>	<u>1</u>
	<u>565</u>	<u>683</u>
Sonstige Erträge		
Verbundene Unternehmen	71	35
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>—</u>	<u>—</u>
	<u>71</u>	<u>35</u>
Sonstige Aufwendungen		
Verbundene Unternehmen	8	18
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>—</u>	<u>1</u>
	<u>8</u>	<u>19</u>

In den Verwaltungsaufwendungen für verbundene Unternehmen sind im Wesentlichen die Vergütungen an die Deutsche Post AG für in deren Filialen erbrachte Finanzdienstleistungen enthalten.

Der Kauf der Postbank Filialvertrieb AG (vormals Deutsche Post Retail GmbH) erfolgte zu marktgerechten Bedingungen.

Vorstandsvergütung

Die jährliche Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einem Fixbetrag und variablen Vergütungskomponenten zusammen. Variable Vergütungskomponenten sind im Wesentlichen der Jahresbonus, der durch den Aufsichtsrat auf der Grundlage der Geschäftsentwicklung des Unternehmens festgelegt wird.

	Fixum*	Erfolgsabhängige Vergütung	Summe
	T€	T€	T€
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann, Vorsitzender	1.047,5	1.047,5	2.095,0
Dirk Berensmann	500,0	800,0	1.300,0
Henning R. Engmann (seit 10. März 2006)	404,6	576,4	981,0
Stefan Jütte	500,0	800,0	1.300,0
Dr. Wolfgang Klein	500,0	800,0	1.300,0
Loukas Rizos	500,0	1.000,0	1.500,0
Hans-Peter Schmid	433,3	500,0	933,3
Ralf Stemmer	400,0	500,0	900,0
Dr. Mario Daberkow (seit 1. November 2006)	41,7	58,3	100,0
Gesamt	<u>4.327,1</u>	<u>6.082,2</u>	<u>10.409,3</u>

* Zusätzlich wurden den Vorstandsmitgliedern „sonstige Bezüge“ im Wert von 162 T€ gewährt. Diese bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagenutzung, Reisekostenentschädigung, Telefonkostenersatz und besonderen Pauschalen bei Auslandsbezug sowie sonstigen geldwerten Vorteilen. Diese Bezüge sind vom Vorstandsmitglied zu versteuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erläuterungen — Notes

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2006 insgesamt Bezüge in Höhe von 10.409,3 T€ und im Geschäftsjahr 2005 insgesamt Bezüge von 6.932,3 T€.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands betragen 2,1 Mio € (Vorjahr: 1,9 Mio €). Für diesen Personenkreis bestanden Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 22.425,8 T€ (Vorjahr: 22.301,9 T€).

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise sehr unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet.

Ruhegehaltsansprüche entstehen grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität. Im Fall von Herrn Rizos bestehen Ruhegehaltsansprüche darüber hinaus bei mehrheitlicher Übernahme der Gesellschaft durch eine Drittgesellschaft oder wegen Änderung des vereinbarten Aufgabenbereichs ohne wichtigen, von Herrn Rizos zu vertretenden Grund. Hier entfällt die Wartezeit.

Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt. Der Vorstandsvorsitzende hat ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalzahlung.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab.

Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht. Eine Ausnahme hiervon bilden der Vorstandsvorsitzende sowie die Vorstandsmitglieder Jütte und Rizos. Herr Prof. Dr. von Schimmelfmann und Herr Rizos haben einen maximalen Versorgungsgrad von 75 %. Der höchstmögliche Versorgungsgrad beträgt bei Herrn Jütte 50 % des versorgungsfähigen Einkommens.

Die Standard-Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrages durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragslaufzeit ist in den Fällen der Herren Berensmann, Dr. Daberkow, Dr. Klein, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt. Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrages durch das Vorstandsmitglied vor Ablauf der planmäßigen Amtszeit ist im Fall von Herrn Prof. Dr. von Schimmelfmann vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt in den neueren Versorgungsregelungen entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrages des Verbandes öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2006 in %	Pensionszusagen	
		Maximal- versorgungsgrad in %	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann, Vorsitzender	66	75	1.288.973
Dirk Berensmann	54	60	171.885
Henning R. Engmann (seit 10. März 2006)	44,69	60	146.386
Stefan Jütte	33	50	190.585
Dr. Wolfgang Klein	60	60	156.020
Loukas Rizos	63	75	384.578
Hans-Peter Schmid	0	60	338.225
Ralf Stemmer	0	60	50.717
Dr. Mario Daberkow (seit 1. November 2006)	0	60	135.779

In den Fällen der Herren Schmid, Stemmer und Dr. Daberkow ist die Wartezeit noch nicht erfüllt, sodass zum Ablauf des Geschäftsjahres 2006 noch keine Anwartschaft auf Altersruhegeld aus der Versorgungszusage besteht. Bei Herrn Stemmer greifen vor Ablauf der Wartezeit die Bestimmungen seiner vorhergehenden Versorgung ein. Der ausgewiesene Dienstzeitaufwand bezieht sich bei Herrn Engmann auf den Betrag der Service-Cost zum 31. Dezember 2006.

Die Vorstandsmitglieder haben die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Deferred-Compensation-Programm. Sie können zugunsten von Versorgungsleistungen auf einen Teil ihrer Vergütung verzichten. Die im Einzelfall erzielbare Rentenhöhe ist von der Höhe des Gehaltsverzichts und dem jeweils erreichten Alter des Teilnehmers abhängig. Im Geschäftsjahr 2006 hat kein Vorstandsmitglied von der Möglichkeit zur Teilnahme am Deferred-Compensation-Programm Gebrauch gemacht. Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen beläuft sich auf 32,73 Mio €.

Aufsichtsratsvergütung

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer erfolgsabhängigen Vergütung sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung und trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Vergütung berücksichtigt.

Die feste Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Für das Geschäftsjahr 2006 beträgt der Anteil der kurzfristigen erfolgsabhängigen Vergütung in Summe 28,9 % (Vorjahr: 34,4 %) der Gesamtvergütung aller Aufsichtsratsmitglieder.

Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht für das Geschäftsjahr 2006 in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2008 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2005 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2009 fällig.

Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag von 15.000 € nicht überschreiten.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Vergütung. Für den Vorsitzenden eines Aufsichtsratsausschusses erhöht sich die Vergütung jeweils um das 1-Fache, für ein Mitglied eines Aufsichtsratsausschusses jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für den nach § 27 Abs. 3

Erläuterungen — Notes

MitbestG gebildeten Ausschuss. Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen. Anfallende Umsatzsteuern auf die Aufsichtsratsvergütung und Auslagen werden erstattet. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufsichtsrats oder eines Ausschusses.

Im Geschäftsjahr 2006 beträgt die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats 962 T€ (Vorjahr: 790 T€). Die Erhöhung der variablen Vergütung beruht im Wesentlichen auf dem deutlich verbesserten und nachhaltig positiven Ergebnis des Deutsche Postbank Konzerns.

Die Gesamtvergütung gliedert sich, bezogen auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats, wie folgt:

	Fixe Vergütung T€	Variable Vergütung* T€	Summe T€	Vergütungsanspruch mit langfristiger Anreizwirkung T€
Zumwinkel	52,5	47,5	100,0	45,0
Sommer	45,0	39,5	84,5	37,5
Asmussen	15,0	16,0	31,0	15,0
Auer	22,5	24,3	46,8	22,5
Bolte	15,0	16,0	31,0	15,0
Boysen	15,0	16,0	31,0	15,0
Ernst	30,0	32,3	62,3	30,0
Harms	15,0	16,0	31,0	15,0
Hoch	37,5	32,7	70,2	30,0
Höhmann	15,0	16,0	31,0	15,0
Kallfelz	45,0	34,3	79,3	30,0
Krüger	37,5	33,0	70,5	30,0
Kuhlow	22,5	24,0	46,5	22,5
Petram	15,0	16,0	31,0	15,0
Pfaffenbach	15,0	15,5	30,5	15,0
Schlede	22,5	24,0	46,5	22,5
von Schorlemer	15,0	16,0	31,0	15,0
Schwarz	15,0	16,0	31,0	15,0
Tausendfreund	22,5	24,2	46,7	22,5
Weiler	15,0	16,0	31,0	15,0
Summe	487,5	475,3	962,8	442,5

* inkl. Sitzungsgeld

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsratsstätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 12,4 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Darüber hinaus sind die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) verpflichtet, Erwerb und Veräußerung von Aktien der Deutschen Postbank AG oder von Bezugsrechten auf diese Aktien offen zu legen, soweit diese die Bagatellschwelle überschreiten oder nicht als Vergütungsbestandteil erworben wurden. Die der Deutschen Postbank AG gemäß § 15a Wertpapierhandelsgesetz gemeldeten Transaktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern mit Wertpapieren der Gesellschaft sind auf der Website der Gesellschaft unter <http://ir.postbank.de> einsehbar.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 924,7 T€ (Vorjahr: 386,6 T€) und keine an in 2006 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

(57) Andere Angaben

Der Konzernabschluss der Postbank wird in den Konzernabschluss der Deutschen Post AG einbezogen.

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Deutschen Postbank AG in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten. Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Deutsche Postbank AG hat für ihre Tochtergesellschaft PB Capital Corp., Delaware, USA, Garantierklärungen in Höhe von 3.994,4 Mio US-\$ abgegeben. Diese beinhalten die Garantierklärung für Swaps (84,2 Mio US-\$), eine Mietgarantie für Geschäftsräume in New York (16,0 Mio US-\$) und eine Garantierklärung für das Commercial-Paper-Programm (3.894,2 Mio US-\$).

(58) Namen und Mandate der Organmitglieder Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann, Bonn (Vorsitzender)	
Dirk Berensmann, Unkel	
Henning R. Engmann, Bonn	seit 10. März 2006
Stefan Jütte, Bonn	
Dr. Wolfgang Klein, Bonn	
Loukas Rizos, Bonn	
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	
Dr. Mario Daberkow, Bonn	stv. Mitglied des Vorstands seit 1. November 2006

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2006 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 28 Januar 2006)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Januar 2006)	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 28 Januar 2006)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (von 16. Januar bis 27. Januar 2006)	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 10 Februar 2006)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn*
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 9. Februar 2006)	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 22. August 2006) Mitglied des Aufsichtsrats (von 12. Juli bis 21. August 2006)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)

* Firmierte bis zum 26. Juli 2006 als Deutsche Post Retail GmbH, Bonn

Erläuterungen — Notes

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt a. M.
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 3. Mai 2006)	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	TCHIBO Holding AG, Hamburg
Mitglied des Board of Directors	accenture Corp., Irving (Texas, USA)
Mitglied des Board of Directors	Altadis S.A., Madrid (Spanien)
Mitglied des Vorstands	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin

Dirk Berensmann

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats	einsnull IT-Support GmbH, Köln
Vorsitzender des Board of Directors (seit 4. Mai 2006)	Eurogiro Network A/S, Taastrup (Dänemark)
Mitglied des Board of Directors (bis 3. Mai 2006)	
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 13. Januar 2006)	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 11. Januar 2006)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn*
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 12. Juli 2006)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Vorstands	e-Finance Lab Universität Frankfurt a.M.

Henning R. Engmann

Funktion	Mitglied des Vorstands seit 10. März 2006 Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bank AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Lebensversicherung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Pensionskasse AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Frankfurter Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH, Frankfurt a. M.
Mitglied des Aufsichtsrats	EUWAX AG, Stuttgart
Mitglied des Board of Directors	BHW Home Finance Limited, New Delhi (Indien)
Mitglied des Beirats (bis 31. Dezember 2006)	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt a. M.
Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 15. März 2006)	FRANKFURT-TRUST Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt a. M.
Mitglied des Vorstands (bis 12. Juli 2006)	Verband der Privaten Bausparkassen e.V., Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 25. August 2006)	SAB Spar- und Anlageberatung AG, Bad Homburg

Stefan Jütte

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Leasing GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Factoring GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Aufsichtsrats	BWG Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 18. April 2006)	Oppenheim Immobilien-Kapitalanlagegesellschaft mbH, Wiesbaden
Mitglied des Beirats	SIREO REAL Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm

Erläuterungen — Notes

Dr. Wolfgang Klein

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Comma Soft AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	VISA Deutschland e.V., Frankfurt a. M.
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 12. Januar 2006)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt a. M.
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 13. Januar 2006)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 16. Januar 2006)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 14. Juli 2006)	Postbank Vermögensberatung AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 22. November 2006)	Deutsche Postbank Asset Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 27. Dezember 2006)	Deutsche Postbank Capital Management S.A., Luxemburg
Neues Mandat ab 2007	
Mitglied des Beirats (seit 1. Januar 2007)	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt a.M.

Loukas Rizos

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt a. M.
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 22. August 2006) Mitglied des Aufsichtsrats (von 12. Juli bis 21. August 2006)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 14. Juli 2006)	Postbank Vermögensberatung AG, Bonn
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 22. November 2006)	Deutsche Postbank Asset Management S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 27. Dezember 2006)	Deutsche Postbank Capital Management S.A., Luxemburg

Hans-Peter Schmid

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Januar 2006)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2006)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2006)	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 12. Juli 2006)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Im Laufe des Jahres aufgegebenes Mandat	
Mitglied des Aufsichtsrats (von 23. Januar bis 14. Juli 2006)	Postbank Vermögensberatung AG, Bonn

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats	einsnull IT-Support GmbH, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 13. Januar 2006)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 16. Januar 2006)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn*
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Danzas Deutschland Holding GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DHL Freight GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Im Laufe des Jahres aufgegebenes Mandat	
Vorsitzender des Beirats (bis 31. Juli 2006)	CREDA Objektanlage- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn

* Firmierte bis zum 26. Juli 2006 als Deutsche Post Retail GmbH, Bonn

Dr. Mario Daberkow

Funktion	Stv. Mitglied des Vorstands seit 1. November 2006 Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken Payments AG, Frankfurt a. M.
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken Zahlungsverkehrsservice GmbH, Frankfurt a. M.
Vorsitzender des Beirats (seit 1. August 2006)	CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 28. Oktober 2006)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 28. Oktober 2006)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Neues Mandat ab 2007	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 23. Januar 2007)	HVB Payments & Services GmbH, München
Mitglied des Aufsichtsrats (von 1. Januar bis 22. Januar 2007)	

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Klaus Zumwinkel, Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG, Köln (Vorsitzender)

Jörg Asmussen, Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Wilfried Boysen, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst, Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn

Dr. Peter Hoch, München

Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg

Dr. Hans-Dieter Petram, Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn

Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Wachtberg-Pech

Dr. Klaus Schlede, Carabietta/Lugano

Elmo von Schorlemer, Rechtsanwalt, Aachen

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin (Stv. Vorsitzender)
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching
Rosemarie Bolte, Landesbezirksfachbereichsleiterin Finanzdienstleistungen Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Stuttgart
Annette Harms, Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Postbank Hamburg, Hamburg
Ralf Höhmann, Vorsitzender des Betriebsrats Postbank Stuttgart, Korntal-Münchingen
Elmar Kallfelz, Mitglied des Konzernbetriebsrats Deutsche Post AG, Wachtberg
Harald Kuhlow, Betriebsratsmitglied Deutsche Postbank AG, Weingarten
Sabine Schwarz, Vorsitzende des Betriebsrats Postbank Berlin, Berlin
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau
Christine Weiler, Mitarbeiterin Postbank München, Kreiling

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2006 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Klaus Zumwinkel

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	KarstadtQuelle AG, Essen
Mitglied des Board of Directors	Morgan Stanley, Delaware, USA

Jörg Asmussen

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Allianz Versicherungs-AG, München

Dr. Peter Hoch

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Giesecke & Devrient GmbH, München
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Prof. Dr. Ralf Krüger

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	KMS AG, Frankfurt a. M.
Vorsitzender des Aufsichtsrats	KMS Asset Management AG, Frankfurt a. M.
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. September 2006)	DIAMOS AG, Sulzbach
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn
Mitglied des Beirats	SIREO REAL Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm

Erläuterungen — Notes

Dr. Hans-Dieter Petram

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats (bis 24. April 2006)	Deutsche Post Bauen GmbH, Bonn
Vorsitzender des Beirats (bis 24. April 2006)	Deutsche Post Immobilienentwicklung GmbH, Bonn
Vorsitzender des Beirats (bis 29. März 2006)	Global Mail Inc., Weston, USA
Chairman of the Board of Directors (seit 24. März 2006)	Williams Lea Holdings PLC, London
Mitglied des Aufsichtsrats	HDI Industrie Versicherung AG, Hannover
Mitglied des Aufsichtsrats	HDI Privat Versicherung AG, Hannover
Mitglied des Aufsichtsrats	HDI Service AG, Hannover
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Mai 2006)	Talanx AG, Hannover
Mitglied des Board of Directors (seit 2. August 2006)	Williams Lea Group Limited, London

Dr. Bernd Pfaffenbach

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bahn AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Lufthansa Cargo AG, Frankfurt a. M.

Dr. Klaus Schlede

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	SWISS International AIR LINES AG, Basel Schweiz

Elmo von Schorlemer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Securess AG Die Versicherungsmakler, Essen
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Caruno AG, Köln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Consuno AG, Köln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Schneider Golling Die Assekuranzmakler AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	VHV Allgemeine Versicherung AG, Hannover

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	DGB Rechtsschutz GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Salzgitter AG, Salzgitter
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a. M.

Rosemarie Bolte

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Karlsruher Lebensversicherung AG, Karlsruhe

Annette Harms

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Erläuterungen — Notes

Ralf Höhmann

Funktion

Gesellschaft

Vorsitzender des Verwaltungsrats
Mitglied des Vorstands

Deutsche BKK, Wolfsburg
Landesfachbereich 1 Finanzdienstleistungen,
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Stuttgart
UKPT, Tübingen

Mitglied des Vorstands
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 25. Mai 2006)
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 13. Februar 2006)

BKK Bundesverband
BKK Landesverband Niedersachsen-Bremen

Elmar Kallfelz

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Verwaltungsrats

Bundesanstalt für Post und Telekommunikation
Deutsche Bundespost, Bonn

(59) Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

	2006	2005
	Mio €	Mio €
Abschlussprüfungen	5,6	3,4
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	3,2	1,6
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,1
Sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	<u>5,3</u>	<u>0,8</u>
Gesamt	<u>14,2</u>	<u>5,9</u>

(60) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben gemeinsam am 30. November 2006 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2006 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

Bonn, 27. Februar 2007
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann



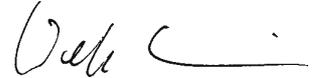
Dirk Berensmann



Henning R. Engmann



Stefan Jütte



Dr. Wolfgang Klein



Loukas Rizos



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Dr. Mario Daberkow

Der folgende in Übereinstimmung mit § 322 Handelsgesetzbuch erteilte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht der Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2006. Der Konzernlagebericht ist nicht in diesem Prospekt abgedruckt.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Postbank AG aufgestellten Konzernabschluss — bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang — sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 28. Februar 2007

PricewaterhouseCoopers

Aktiengesellschaft / Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Eckes)
Wirtschaftsprüfer

(Scherello)
Wirtschaftsprüfer

**GEPRÜFTER KONZERNABSCHLUSS DER DEUTSCHE POSTBANK AG (IFRS)
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2005**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005

	Erläuterungen	2005 Mio €	2004 ¹ Mio €
Zinserträge	(8)	5.350	5.271
Zinsaufwendungen	(8)	-3.675	-3.704
Zinsüberschuss	(8)	1.675	1.567
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(9)	-205	-185
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.470	1.382
Provisionserträge	(10)	801	706
Provisionsaufwendungen	(10)	-102	-94
Provisionsüberschuss	(10)	699	612
Handelsergebnis	(11)	205	198
Ergebnis aus Finanzanlagen	(12)	252	297
Verwaltungsaufwand	(13)	-1.886	-1.869
Sonstige Erträge	(14)	252	161
Sonstige Aufwendungen	(15)	-273	-133
Überschuss vor Steuern		719	648
Ertragsteuern	(16)	-226	-212
Ergebnis nach Steuern		493	436
Ergebnis Konzernfremde		-1	-1
Jahresüberschuss		<u><u>492</u></u>	<u><u>435</u></u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

Ergebnis je Aktie

Im Geschäftsjahr 2005 befanden sich durchschnittlich 164.000.000 (Vorjahr: 164.000.000) Aktien im Umlauf.

	2005	2004 ¹
Ergebnis je Aktie in €	<u>3,00</u>	<u>2,65</u>
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in €	<u><u>3,00</u></u>	<u><u>2,65</u></u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da — wie im Vorjahr — keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorhanden ist.

Der Vorstand wird der Hauptversammlung eine Dividendenausschüttung in Höhe von 1,25 € je Aktie vorschlagen.

Bilanz zum 31. Dezember 2005

Aktiva

	Erläuterungen	2005 Mio €	2004 ¹ Mio €
Barreserve	(17)	968	1.125
Forderungen an Kreditinstitute	(18)	17.801	23.820
Forderungen an Kunden	(19)	52.873	47.739
Risikovorsorge	(21)	-776	-667
Handelsaktiva	(22)	10.386	9.695
Hedging-Derivate	(23)	639	973
Finanzanlagen	(24)	55.423	43.483
Sachanlagen	(25)	825	926
Sonstige Aktiva	(26)	2.141	1.160
davon latente Steuerforderungen	(27)	434	520
Summe der Aktiva		<u>140.280</u>	<u>128.254</u>

Passiva

	Erläuterungen	2005 Mio €	2004 ¹ Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(29)	30.778	16.215
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(30)	78.481	80.519
Verbriefte Verbindlichkeiten	(31)	14.613	16.490
Handelspassiva	(32)	3.345	2.702
Hedging-Derivate	(33)	1.668	2.245
Rückstellungen	(34)	1.999	1.992
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(35)	585	584
b) Steuerrückstellungen	(36)	1.030	995
davon latente Rückstellungen		955	958
c) Andere Rückstellungen	(37)	384	413
Sonstige Passiva	(38)	427	517
Nachrangkapital	(39)	3.783	2.808
Eigenkapital	(40)	5.186	4.766
a) Gezeichnetes Kapital		410	410
b) Kapitalrücklage		1.160	1.159
c) Gewinnrücklagen		3.123	2.761
d) Konzerngewinn		492	435
Anteile in Fremdbesitz		1	1
Summe der Passiva		<u>140.280</u>	<u>128.254</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Notes 5 und 6)

Entwicklung des Eigenkapitals

	Gezeichnetes Kapital Mio €	Kapital- rücklage Mio €	Gewinn- rücklagen Mio €	Währungs- umrechnungs- rücklage Mio €	Neubewer- tungsrück- lage Mio €	Konzern- gewinn Mio €	Gesamt Mio €	Anteile in Fremd- besitz Mio €	Gesamt Mio €
Stand 31.12.2003	410	1.159	3.002	-94	-200	589	4.866	14	4.880
Erstanpassung IAS 39 (rev. 2003)									
Impairment (kumuliert)			-422		422		—		—
Neukategorisierung Finanzinstrumente					-141		-141		-141
IAS Restatements			66				66		66
Stand 01.01.2004	410	1.159	2.646	-94	81	589	4.791	14	4.805
Erstanpassung IAS 39 (rev. 2003)									
Impairment (kumuliert)			13		-13		—		—
Neukategorisierung Finanzinstrumente					98		98		98
Ausschüttung						-589	-589		-589
Veränderungen aus Währungsumrech- nung				-26			-26		-26
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					56		56		56
Konzerngewinn 01.01.-31.12.2004						420	420	1	421
IAS Restatements						15	15		15
Eigene Aktien im Bestand							—		—
Übrige Veränderungen							—	-14	-14
Stand 31.12.2004	410	1.159	2.659	-120	222	435	4.765	1	4.766
nachrichtl.: Summe der Eigenkapitalver- ändernden Positionen gem. IAS 1.96c in 2004			13	-26	141	435	563	1	564
Ausschüttung						-205	-205		-205
Einstellung in die Gewinnrücklagen			230			-230	—		—
Veränderungen aus Währungsumrech- nung				43			43		43
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					89		89		89
Konzerngewinn 01.01.-31.12.2005						492	492	1	493
Eigene Aktien im Bestand		1					1		1
Übrige Veränderungen							—	-1	-1
Stand 31.12.2005	410	1.160	2.889	-77	311	492	5.185	1	5.186
nachrichtl.: Summe der Eigenkapitalver- ändernden Positionen gem. IAS 1.96c in 2005				43	89	492	624	1	625

In den Veränderungen der unrealisierten Gewinne und Verluste nach latenten Steuern sind Bewertungs- und Abgangsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale enthalten. Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 40 verwiesen. Zum kumulierten Impairment aus der Erstanpassung IAS 39 (rev. 2003) verweisen wir auf Note 6a, zur Neukategorisierung der Finanzinstrumente auf Note 6b und zum IAS-Restatement auf Note 5. Zum 31. Dezember 2004 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

Kapitalflussrechnung

	2005 Mio €	2004 ¹ Mio €
Jahresüberschuss	492	435
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Tätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen	314	262
Veränderungen der Rückstellungen	7	341
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	-141	-246
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	-263	-214
Sonstige Anpassungen (per Saldo)	<u>-1.544</u>	<u>-1.429</u>
Zwischensumme	<u>-1.135</u>	<u>-851</u>
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	5.710	10.291
Forderungen an Kunden	-5.202	-4.594
Handelsaktiva	-669	3.337
Hedging-Derivate positive Marktwerte	176	-459
Sonstige Aktiva aus operativer Tätigkeit	-927	-52
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.397	-4.107
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-2.063	5.788
Verbriefte Verbindlichkeiten	-1.598	-9.395
Handelspassiva	642	1.068
Hedging-Derivate negative Marktwerte	-586	401
Sonstige Passiva	-90	146
Zinseinzahlungen	5.109	5.247
Zinsauszahlungen	-3.496	-3.386
Sonstige Zahlungszuflüsse	132	55
Erhaltene Dividendenzahlungen	58	23
Ertragsteuerzahlungen	<u>-106</u>	<u>-34</u>
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	<u>10.352</u>	<u>3.478</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

	2005	2004¹
	Mio €	Mio €
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen	6.069	18.583
Anteilen an Tochterunternehmen	18	2
Sachanlagen	83	2
Immateriellen Anlagewerten	3	—
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen	-17.250	-22.902
Anteilen an Tochterunternehmen	-29	-11
Sachanlagen	-65	-49
Immateriellen Anlagewerten	-66	-40
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-11.237	-4.415
Dividendenzahlungen	-205	-590
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)	943	1.024
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	738	434
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	1.125	1.623
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	10.352	3.478
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-11.237	-4.415
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	738	434
Effekte aus Wechselkursänderungen	-10	5
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	968	1.125

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

Die ausgewiesenen Zahlungsmittelbestände umfassen den Kassenbestand, die Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie die Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind.

Die Zuordnung von Zahlungsströmen zur operativen Geschäftstätigkeit erfolgt in Anlehnung an die Abgrenzung des Ergebnisses aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Die Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten enthält insbesondere die Veränderung der positiven und negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten.

Inhaltsverzeichnis

Erläuterungen — Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	F-170
(2) Konsolidierungskreis	F-170
(3) Konsolidierungsgrundsätze	F-171
(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	F-172
(a) Barreserve	F-172
(b) Forderungen	F-172
(c) Leasinggeschäfte	F-172
(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung	F-172
(e) Handelsaktiva	F-173
(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	F-173
(g) Hedging-Derivate	F-173
(h) Finanzanlagen	F-174
(i) Sachanlagen	F-175
(j) Sonstige Aktiva	F-175
(k) Verbindlichkeiten	F-176
(l) Handelspassiva	F-176
(m) Rückstellungen	F-176
(n) Währungsumrechnung	F-177
(o) Ertragsteuern	F-178
(5) Bilanzierungs- und Bewertungsmethodenänderungen	F-178
(6) Auswirkungen ab dem 1. Januar 2005 anzuwendender IFRS-Vorschriften	F-178
(7) Wesentliche Geschäftsvorfälle nach dem Bilanzstichtag	F-179

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(8) Zinsüberschuss	F-181
(9) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	F-182
(10) Provisionsüberschuss	F-182
(11) Handelsergebnis	F-182
(12) Ergebnis aus Finanzanlagen	F-183
(13) Verwaltungsaufwand	F-184
(14) Sonstige Erträge	F-185
(15) Sonstige Aufwendungen	F-185
(16) Ertragsteueraufwand	F-186

Erläuterungen zur Bilanz

(17) Barreserve	F-187
(18) Forderungen an Kreditinstitute	F-187
(19) Forderungen an Kunden	F-188
(20) Kreditvolumen	F-189
(21) Risikovorsorge	F-189
(22) Handelsaktiva	F-190
(23) Hedging-Derivate	F-191
(24) Finanzanlagen	F-192
(25) Sachanlagen	F-194
(26) Sonstige Aktiva	F-197
(27) Aktive latente Steuern	F-197
(28) Immaterielle Vermögenswerte	F-198
(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	F-201
(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	F-201
(31) Verbriefte Verbindlichkeiten	F-202
(32) Handelspassiva	F-202
(33) Hedging-Derivate	F-203
(34) Rückstellungen	F-203
(35) Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	F-203
(36) Steuerrückstellungen	F-206
(37) Andere Rückstellungen	F-206

(38) Sonstige Passiva	F-207
(39) Nachrangkapital	F-207
(40) Eigenkapital	F-208
Sonstige Angaben	F-210
(41) Segmentberichterstattung	F-210
(42) Eventual- und andere Verpflichtungen	F-211
(43) Umlauf Schuldverschreibungen	F-211
(44) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen	F-212
(45) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	F-212
(46) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert werden	F-212
(47) Fremdwährungsvolumen	F-213
(48) Angaben über wesentliche Konzentrationen	F-213
(49) Finanzinstrumente nach IAS 39 — Bewertungskategorien	F-214
(50) Derivative Finanzinstrumente	F-214
(51) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	F-217
(52) Restlaufzeitengliederung	F-218
(53) Nachrangige Vermögenswerte	F-219
(54) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	F-220
(55) Treuhandgeschäfte	F-221
(56) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	F-221
(57) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	F-221
(58) Andere Angaben	F-226
(59) Namen und Mandate der Organmitglieder	F-227
(60) Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB	F-232
(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex	F-233

Erläuterungen — Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2005 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Eine Übersicht über die angewandten IFRS (Stand 31. Dezember 2005) enthält Anlage A.1 zu diesem Konzernabschluss.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalentwicklung, die Kapitalflussrechnung sowie die Erläuterungen (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden ausführlich dargelegt.

Die Steuerung der Zinsänderungs- und Adressenausfallrisiken ist im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts dargestellt.

Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz schreiben die IFRS keine zwingende Form vor. Nach international üblichen Gepflogenheiten werden die GuV und die Bilanz in einer übersichtlichen Kurzform, die den Vorschriften der IAS 1 und 30 entsprechen, dargestellt und durch zusätzliche Angaben in den Notes ergänzt.

(2) Konsolidierungskreis

In dem Konzernabschluss zum 31. Dezember 2005 sind neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG, Bonn, 34 (Vorjahr: 33) Tochterunternehmen und 2 (Vorjahr: 2) Gemeinschaftsunternehmen einbezogen worden, die in der Übersicht „Konsolidierte Unternehmen“ (Note 57) aufgeführt sind.

Im Zusammenhang mit einer Wertpapieremission von „Trust Preferred Securities“ wurden am 20. April 2005 zwei Gesellschaften mit Sitz in Wilmington (Bundesstaat Delaware, USA) als 100%ige Tochtergesellschaften der Postbank gegründet: Deutsche Postbank Funding LLC III und Deutsche Postbank Funding Trust III.

Zum 30. Juni 2005 wurde die Ralos Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München, aufgrund untergeordneter Bedeutung für den Postbank Konzern entkonsolidiert.

Am 6. Juli 2005 wurde die Dresdner Zahlungsverkehrsservice GmbH, Frankfurt am Main, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Betriebs-Center für Banken Deutschland GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, umfirmiert in Betriebs-Center für Banken Zahlungsverkehrsservice GmbH, Frankfurt am Main.

Neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen wurde ab dem 1. September 2005 die VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn, und die am 19. Oktober 2005 von der PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware, USA, als 100 %ige Tochtergesellschaft gegründete PBC Carnegie, LLC, Wilmington, Delaware, USA.

Aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden ist die Postbank Vermögensberatung Service GmbH, Köln, aufgrund der Verschmelzung auf die Postbank Vermögensberatung AG, Bonn. Die Verschmelzung wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 29. September 2005 vollzogen.

Zum 30. September 2005 wurde die DSL Finance N.V., Amsterdam, Niederlande, aufgrund nun untergeordneter Bedeutung für den Postbank Konzern entkonsolidiert. Nach erfolgter Übertragung der noch ausstehenden Anleihen der DSL Finance N.V., Amsterdam, Niederlande, auf die Postbank wurde die Gesellschaft am 15. Dezember 2005 liquidiert.

Vor diesem Hintergrund wurden bis zum 31. Dezember 2005 die folgenden Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen:

- > VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
- > PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA
- > Deutsche Postbank Funding LLC III
- > Deutsche Postbank Funding Trust III

Auswirkungen der erstmaligen Einbeziehung dieser Gesellschaften haben wir bei Wesentlichkeit bei den entsprechenden GuV- und Bilanzpositionen erläutert. Zu den Zugängen bei den Geschäfts- oder Firmenwerten verweisen wir auf Note 28.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12, nach der Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, wurden insgesamt 24 Spezialfonds (31. Dezember 2004: 25) als Special Purpose Entities in den Konzernabschluss einbezogen. Zum 31. August 2005 wurde ein Spezialfonds aufgelöst; zum 1. Oktober 2005 wurde ein Spezialfonds auf einen neuen Spezialfonds übertragen.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.22 i.V. m. IFRS 3 vorgenommen. Der Ansatz der Anteile an den verbundenen Unternehmen zum Buchwert bei dem Mutterunternehmen wird ersetzt durch die mit ihrem beizulegenden Wert angesetzten Vermögenswerte und die Schuldposten der einbezogenen Unternehmen.

Die aus der Erstkonsolidierung entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge mit Firmenwertcharakter werden nicht mehr über den Zeitraum der voraussichtlichen Nutzung abgeschrieben. Vielmehr werden diese jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als »Anteile in Fremdbesitz« ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden auf der Grundlage der Buchwerte der ihnen zuzuordnenden Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Gemeinschaftsunternehmen werden gemäß IAS 31.30 quotal in den Konzernabschluss einbezogen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge werden gemäß IAS 27.24 f. eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IAS 27.25 f. herausgerechnet.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12 sind Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies betrifft bei der Postbank insbesondere Spezialfonds.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

(a) Barreserve

Mit Ausnahme der Wechsel, die zum Fair Value bilanziert werden, sind alle Bestände zum Nennwert ausgewiesen.

(b) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie „Loans and Receivables“). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Bilanzierung erfolgt bei den Forderungen zum Erfüllungszeitpunkt.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting zulässig ist, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagiobeträge sowie Anschaffungsnebenkosten werden über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Agio- und Disagio-Beträge werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt.

(c) Leasinggeschäfte

Leasingverhältnisse werden nach IFRS nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finance Lease die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten sind als Zinsertrag (ergebniswirksamer Ertragsanteil) sowie gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand (erfolgsneutraler Tilgungsanteil) zu buchen.

Als Leasinggeber bei einem Operating Lease weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleaste Objekte entsprechend unter dem Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Bei einem Operating Lease weist die Postbank als Leasingnehmer die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den sonstigen Aufwendungen aus.

(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen abgedeckt. Für eingetretene, aber von der jeweiligen Konzerneinheit noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis historischer Ausfallquoten ermittelt wird.

Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d. h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für Vermögenswerte, die zu Amortised Cost (IAS 39.63) anzusetzen sind, entweder über eine indirekte Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung ergebniswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.AG 84 ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- > Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen, sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert.
- > Marktpreis, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbeurteilung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Uneinbringliche Forderungen werden in entsprechender Höhe direkt ergebniswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden ergebniswirksam erfasst.

Für Bürgschaften und Avale, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

(e) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Die Bilanzierung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag.

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IAS 39.AG 71 ff. vorliegen, werden diese grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden ermittelt.

(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt sowohl Wertpapierleihe- als auch echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Repo- und Sell-and-Buy-Back-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkauf) werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden entsprechend handelsrechtlichen Regelungen in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgegrenzt. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen gebucht.

Reverse Repos und Buy-and-Sell-Back-Geschäfte (Kassa-Kauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabeverpflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(g) Hedging-Derivate

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Barwertrisiken und der bilanzbezogenen Erträge nach IFRS (Summe aus Zins-, Handels- und Finanzanlageergebnis).

Die Sicherungsstrategien im Aktiv-Passiv-Management dienen zur Steuerung dieser Größen in einem sich ändernden Markt- und Bestandsumfeld; dazu werden insbesondere Fair Value Hedges eingesetzt.

Als Instrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren und langfristigen Forderungen überwiegend Zinsswaps, bei den Emissionen auch Cross Currency Swaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variable Positionen zu drehen. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolien mittels Fair Value Hedges gesichert. Die Steuerung der Aktienbestände erfolgt durch Derivate mit Optionscharakter.

Unter den Hedging-Derivaten werden die Sicherungsgeschäfte bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikro hedge bezeichnet.

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 restriktiv geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind.

Derivative Finanzinstrumente, die zum Bilanzstrukturmanagement abgeschlossen werden, sowie Derivate aus ineffektiven Sicherungsbeziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. und werden daher stets ergebniswirksam bewertet und in den Bilanzposten Handelsaktiva/-passiva als „Derivate des Bankbuches“ zum Fair Value ausgewiesen. Dies sind vornehmlich zur Absicherung von Nettopositionen aus Forderungen und Verbindlichkeiten abgeschlossene Zinsswaps. Deren Bewertungs- und Zinsergebnisse werden nach IFRS im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Anforderungen des Hedge Accountings müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Wertänderungen abgesichert, soweit diese Veränderungen auf Marktpreisrisiken beruhen. Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grund- und Sicherungsgeschäft, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolien. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig retrograd miteinander verglichen; teilweise zusätzlich ergänzt durch Simulationsrechnungen.

(h) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen umfasst nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen.

Bei der erstmaligen Erfassung der Finanzanlagen werden diese mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Folgebewertung der Finanzanlagen Available for Sale erfolgt zum Fair Value, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Marktwerts bei Finanzanlagen Available for Sale werden in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird. Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Schuldverschreibungen Held to Maturity sowie Wertpapiere, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Erläuterungen — Notes

Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant verteilt. Bei wesentlichen oder dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, wird der Buchwert um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist.

Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Die Bilanzierung der Finanzanlagen erfolgt zum Erfüllungszeitpunkt.

(i) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	<u>Nutzungsdauer in Jahren</u>
Gebäude	60
EDV-Anlagen	4-7
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3-20

Anschaffungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst. Ebenso werden die Kosten zur Erhaltung von Sachanlagen als Aufwand erfasst.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) werden gemäß der Vorschriften nach IAS 40 solche Immobilien behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden.

Bei gemischter Nutzung eines Grundstücks wurde zur Abgrenzung von Investment Property und Owner-occupied Property untersucht, ob der fremdvermietete Teil unabhängig von dem betrieblich genutzten verkauft werden könnte. In diesem Fall werden die beiden Teile separat und somit zum einen als Anlagevermögen (Owner-occupied Property) und zum anderen als Investment Property behandelt. Eine Fremdnutzung von weniger als 20% der Gesamtfläche und weniger als 20% der Gesamtmieteinnahmen wurde als unwesentlich betrachtet.

Das nach IAS 40 bestehende Wahlrecht zwischen einer Bewertung zum Fair Value oder zu Anschaffungskosten wird von der Postbank zu Gunsten der Anschaffungskostenbewertung ausgeübt. Die notwendigen Angaben werden in Note 25 erläutert.

(j) Sonstige Aktiva

Unter den sonstigen Aktiva werden neben den immateriellen Vermögenswerten die Rechnungsabgrenzungsposten sowie alle nicht einem der übrigen Aktivposten zuzuordnenden Vermögenswerte ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter immateriellen Vermögenswerten werden im Wesentlichen Software und erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden Software-Entwicklungskosten gem IAS 38.21-23 dann aktiviert, wenn durch die Herstellung der selbst entwickelten Software der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich

ist und Kosten zuverlässig ermittelt werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort ergebniswirksam erfasst. Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbarer Abnutzungsdauer werden grundsätzlich linear über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern eine Wertminderung vorliegt oder mit einem zukünftigen Nutzenzufluss nicht mehr gerechnet wird.

Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner regelmäßigen Abschreibung. Vielmehr ist ein Impairmenttest durchzuführen, um eine Wertminderung — und somit außerplanmäßige Abschreibung — zu bestimmen (IFRS 3.54).

(k) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47).

Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, die die Voraussetzungen des Hedge Accounting erfüllen, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagiobeträge sowie Emissionskosten werden effektivzinskonstant über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst.

(l) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die Bilanzierung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva erfolgt zum Handelstag. Darüber hinaus werden Wertpapierleerverkäufe mit ihrem negativen Fair Value ausgewiesen.

(m) Rückstellungen

Für zum Bilanzstichtag bestehende ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften wurden nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme Rückstellungen gebildet und somit ausreichend Vorsorge getroffen.

Für die betriebliche Altersversorgung bestehen leistungs- und beitragsorientierte Pläne. Die Aufwendungen für die beitragsorientierten Pläne sind im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. in Höhe von 64 Mio € (Vorjahr: 67 Mio €). Die leistungsorientierten Pläne sind vollständig über Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen für leistungsorientierte Pläne entsprechen dem Barwert der zum Bewertungsstichtag verdienten Pensionsansprüche unter Berücksichtigung von erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eines prognostizierten Rententrends und wurden auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten gemäß IAS 19 ermittelt. Die Berechnung der Versorgungsverpflichtungen und Versorgungsaufwendungen erfolgt auf Basis der Projected-Unit-Credit-Methode (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Die den Pensionsverpflichtungen zugrunde liegenden Vereinbarungen sehen nach den verschiedenen Gruppen der Versicherten unterschiedliche Leistungen vor, z. B.:

- > Altersrenten ab Vollendung des 62. bzw. 63. Lebensjahrs, bei Schwerbehinderung ab Vollendung des 60. Lebensjahrs,
- > Invalidenrenten bei Vorliegen von Dienst-, Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit,
- > Hinterbliebenenrenten.

Für die in Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt Post (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Erläuterungen — Notes

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen in Deutschland der Berechnung zugrunde:

Rechnungszinsfuß	4,25% p.a.
Gehaltsdynamik	2,5%
Anpassungsrate für Renten	2,0%
Fluktuation	4,0% p.a.
Pensionsalter	60-63 Jahre
Sterblichkeit, Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	5,0%

Im Geschäftsjahr wurde der Rechnungszinsfuß zur Anpassung an den Kapitalmarktzins von 5,00% auf 4,25% gesenkt. Die Berechnung der Lebenserwartung bei den deutschen Konzernunternehmen basiert für das Jahr 2004 auf den Richtttafeln 1998 und für das Jahr 2005 auf den Richtttafeln 2005G, beide herausgegeben von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Die anderen versicherungsmathematischen Annahmen blieben unverändert.

Der erwartete Vermögensertrag wurde auf Basis aktueller langfristiger Vermögenserträge aus Anleihen (Staat und Industrie) bestimmt. Dabei wurden geeignete Risikozuschläge auf Basis historischer Kapitalmarktrenditen und gegenwärtiger Kapitalmarkterwartungen unter Beachtung der Struktur des Planvermögens einbezogen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 19.92 erst dann als Ertrag bzw. Aufwand erfasst, wenn der Saldo der kumulierten, nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorherigen Berichtsperiode 10% des Maximums von Verpflichtungsumfang und Planvermögen zu diesem Zeitpunkt übersteigt.

Durch die zum 1. Dezember 2005 in Kraft getretenen gesetzlichen Änderungen werden die Beitrags- und Finanzierungsgrundlagen der Postbeamtenkrankenkasse, die seit 1995 für den Neuzugang geschlossen worden war, nachhaltig gestärkt: Zum einen haben die Postnachfolgeunternehmen einen Ausgleichsfonds in Höhe von 525 Mio € zur Finanzierung der schließungsbedingten Abwicklungskosten bereitgestellt. Zum anderen wurde die Beschränkung der Beitragssteigerungen auf das Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung aufgehoben. Haftungsrisiken bestehen für die Postbank damit nur noch insoweit, als die Beiträge der Postbeamtenkrankenkasse das durchschnittliche Beitragsniveau für vergleichbare Beihilfetarife in der Privaten Krankenversicherung (sog. verfassungsmäßige Grenze) nicht übersteigen dürfen und etwaige Beitragskappungen durch die Trägerunternehmen der Postbeamtenkrankenkasse ausgeglichen werden müssen.

Die Deutsche Post AG und die Deutsche Postbank AG haben auf der Grundlage bester Schätzwerte eine eigenständige Analyse und Beurteilung der bestehenden Haftungsrisiken vorgenommen. Die in diesem Zusammenhang durch einen Versicherungsmathematiker erstellten Prognoserechnungen zeigen, dass die Postbeamtenkrankenkasse bis zum Abwicklungsende einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt aufweist, sofern die Mitgliedsbeiträge in Höhe des erwarteten durchschnittlichen Beitragstrends in der Privaten Krankenversicherung steigen. Vor diesem Hintergrund konnte die bestehende Rückstellung für die Haftungsrisiken aus der Abwicklung der Postbeamtenkrankenkasse weitgehend aufgelöst werden. Der verbleibende Betrag von 6 Mio € seitens der Deutsche Postbank AG betrifft Fonds, die zweckbestimmt eingerichtet wurden, um etwaige Mehrbelastungen für Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse abzumildern.

(n) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in EUR umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre, zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich mit dem zum Monatsultimo gültigen Kurs umgerechnet.

Umrechnungsdifferenzen wurden gemäß IAS 21.28 ergebniswirksam erfasst.

Die Umrechnung des in USD aufgestellten Teilkonzernabschlusses der PB (USA) Holdings-Gruppe erfolgte nach der modifizierten Stichtagskursmethode (IAS 21.39). Die daraus resultierende Umrechnungsdifferenz wurde erfolgsneutral innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

(o) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung realistisch erscheint.

Latente Steuern werden unter dem Posten Sonstige Aktiva, soweit es sich um Steuerminderungsansprüche handelt, und unter den Steuerrückstellungen, soweit es sich um künftige Steuerverpflichtungen handelt, ausgewiesen.

Der Berechnung zum 31.12.2005 liegt ein Steuersatz von 39,9% zugrunde.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden periodengerecht in der Gewinn- und Verlustrechnung, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst ergebniswirksam behandelt wird. Eine ergebnisneutrale Erfassung im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfolgt, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral behandelt wird (IAS 12.61), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren Available for Sale.

(5) Bilanzierungs- und Bewertungsmethodenänderungen

Die Postbank nimmt ab dem Jahr 2005 eine Abgrenzung der Aufwendungen der Vertriebsleistungen für Baufinanzierung gemäß dem so genannten Matching Principle vor. Danach werden Aufwendungen erst dann ergebniswirksam realisiert, wenn die mit ihnen in direktem Zusammenhang stehenden Erträge realisiert werden (Framework F 95).

Unter Beachtung der Restatementvorschrift IAS 8.22 (d. h. mit Anpassung der Vorjahreszahlen) ergab sich eine kumulierte Erhöhung des Eigenkapitals auf den 1.1.2004 von 66 Mio € sowie von 15 Mio € beim Jahresüberschuss 2004. In diesem Zusammenhang erhöhten sich auf den 1.1.2005 die sonstigen Aktiva um 135 Mio € sowie die Rückstellung für latente Steuern um 54 Mio €.

(6) Auswirkungen ab dem 1. Januar 2005 anzuwendender IFRS-Vorschriften

Durch das Projekt IAS 32/39 und das so genannte IAS Improvements Project wurden vom IASB zahlreiche IFRS-Vorschriften überarbeitet. Die geänderten Standards sind ab dem Geschäftsjahr 2005 verpflichtend anzuwenden. Gleiches gilt für die neuen Standards IFRS 1 bis 5 (mit Ausnahme IFRS 3, der bereits für Neuerwerbungen ab dem 31. März 2004 anzuwenden war).

Die wesentlichen Änderungen, die sich aus der Anwendung der neuen Vorschriften bei der Postbank ab dem Geschäftsjahr 2005 ergeben, betreffen

(a) Impairment auf Aktien

Gemäß IAS 39.61 S. 2 (rev. 2003) liegt nunmehr bereits bei einer signifikanten oder länger anhaltenden Abnahme des beizulegenden Zeitwertes eines gehaltenen Eigenkapitalinstruments unter dessen Anschaffungskosten ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor.

Die retrospektive Anwendung dieser neuen Vorschrift ergab einen kumulierten Impairmentbedarf auf Aktien auf den 1. Januar 2005 von 409 Mio €. Daraus ergab sich eine Umgliederung im Eigenkapital zwischen Neubewertungsrücklage und Gewinnrücklagen in entsprechender Höhe.

(b) Neukategorisierung — Neue Definition der Bewertungskategorie „Loans and Receivables“

IAS 39.9 (rev. 2003) regelt unter anderem die Definition der Kategorie „Kredite und Forderungen“ (Loans and Receivables) neu. Anstatt des Kriteriums „direkte Bereitstellung an den Schuldner“ ist nun entscheidend, dass die finanziellen Vermögenswerte nicht in einem aktiven Markt (im Sinne von IAS 39.AG 71) notiert sind.

Die bisherige Kategorisierung wurde auf den 1. Januar 2005 an die neue Definition angepasst. Die Anwendung dieser neuen Vorschrift ergab einen kumulierten Betrag aus Neukategorisierung auf den 1. Januar 2005 von –43 Mio €. In dieser Höhe wurde die Neubewertungsrücklage reduziert. In diesem Zusammenhang wurden die Forderungen an Kreditinstitute um –22 Mio €, die Forderungen an Kunden um 24 Mio €, die Finanzanlagen um –98 Mio € sowie die Rückstellungen für latente Steuern um –53 Mio € angepasst.

(c) Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte

Nach IFRS 3 sind seit dem Geschäftsjahr 2005 die bestehenden Geschäfts- oder Firmenwerte nicht mehr planmäßig abzuschreiben; stattdessen ist ein jährlicher Impairmenttest durchzuführen.

Die sich durch die retrospektive Anwendung der neuen Vorschriften ergebenden Auswirkungen wurden in die „Entwicklung des Eigenkapitals“ aufgenommen. In dieser Übersicht finden sich nunmehr auch die Anteile im Fremdbesitz, die nach dem überarbeiteten IAS 1 (rev. 2003) innerhalb des Eigenkapitals — und nicht wie zuvor als gesonderte Position vor dem Eigenkapital — auszuweisen sind.

(7) Wesentliche Geschäftsvorfälle nach dem Bilanzstichtag

(a) Kauf der BHW Holding AG

Die Deutsche Postbank AG hat am 2. Januar 2006 auf Grund des Vollzugs des am 25. Oktober 2005 mit den bisherigen Hauptaktionären der BHW Holding AG, der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG, der BGAG Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH, der NH-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH und der Deutscher Beamtenwirtschaftsbund (BWB) GmbH, abgeschlossenen Aktienkaufvertrags 137.581.212 BHW Aktien erworben. Dies entspricht — unter Berücksichtigung der von der BHW Holding AG zum 31. Dezember 2005 vorgenommenen Kapitalherabsetzung durch Einziehung der eigenen Aktien-82,9% des Grundkapitals und der Stimmrechte der BHW Holding AG. Mit diesem Erwerb hat die Deutsche Postbank AG ihre Beteiligung an der BHW Holding AG auf 91,04 % des Grundkapitals und der Stimmrechte erhöht und gemäß IAS 27 die Kontrolle an der BHW Holding AG erlangt.

Die Deutsche Postbank AG hat am 26. Januar 2006 ein Pflichtangebot nach § 35 Abs. 2 WpÜG abgegeben. Gegenstand des Pflichtangebots ist der Erwerb sämtlicher auf den Inhaber lautender Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der BHW Holding AG.

Der Kaufpreis für die 91,04% beträgt 1.550 Mio € zuzüglich bisher angefallener Anschaffungsnebenkosten von 17 Mio €. Die Aufteilung des Kaufpreises auf die identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu den beizulegenden Zeitwerten erfolgt im Rahmen der Kaufpreisallokation nach IFRS 3, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses noch nicht abgeschlossen war.

(b) Kauf der Deutschen Post Retail GmbH

Die Deutsche Postbank AG hat zum 1. Januar 2006 durch den Kauf der Deutschen Post Retail GmbH 850 Filialen mit rund 9.600 Beschäftigten von der Deutschen Post AG übernommen.

Der Kaufpreis für die Filialen beträgt 986 Mio € zuzüglich bisher angefallener Anschaffungsnebenkosten von 5 Mio €. Die Aufteilung des Kaufpreises auf die identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und

Erläuterungen — Notes

Eventualschulden zu den beizulegenden Zeitwerten erfolgt im Rahmen der Kaufpreisallokation nach IFRS 3, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses noch nicht abgeschlossen war.

Für die bisher in den Filialen für die Postbank erbrachten Leistungen zahlte die Postbank variable Vergütungen von 513 Mio € in 2005 und 496 Mio € in 2004. Künftig fallen nur noch Vergütungen für die in verbleibenden Postfilialen erbrachten Leistungen an. Für die von der Postbank in den übernommenen Filialen erbrachten Postleistungen wird die Post zukünftig Vergütungen an den Postbank Konzern zahlen.

Da der BHW Konzern erstmalig zum 31. Dezember 2005 einen IFRS-Konzernabschluss aufstellt und diese Zahlen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Postbank Konzernabschlusses noch nicht verfügbar waren, haben wir die nach IFRS 3 notwendigen Angaben auf Basis des letzten verfügbaren Abschlusses gemacht. Dabei handelt es sich um HGB-Zahlen, die lediglich in ein IFRS-Schema umgegliedert wurden und um die in dem veröffentlichten Abschluss noch enthaltenen AHBR-Zahlen (Allgemeine HypothekenBank Rheinboden) bereinigt wurden.

Aktiva

	Erworbenes Buchvermögen	
	a) BHW angepasst (ohne AHBR) 30.09.2005 Buchwert Mio €	b) Deutsche Post Retail GmbH 31.12.2005 Buchwert Mio €
Barreserve	103	118
Forderungen an Kreditinstitute	5.450	n.r.
Forderungen an Kunden	26.384	n.r.
Risikovorsorge	n/a	n.r.
Handelsaktiva	n/a	n.r.
Hedging-Derivate	n/a	n.r.
Finanzanlagen	6.679	n.r.
Sachanlagen	259	60
Sonstige Aktiva	<u>12.395</u>	<u>61</u>
Summe der Aktiva	<u>51.270</u>	<u>239</u>

Passiva

	30.09.2005 Buchwert Mio €	31.12.2005 Buchwert Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.933	n.r.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	20.499	n.r.
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.690	n.r.
Handelspassiva	n/a	n.r.
Hedging-Derivate	n/a	n.r.
Rückstellungen	2.033	86
Sonstige Passiva	12.393	153
Nachrangkapital	643	n.r.
Summe der Passiva ohne Eigenkapital	50.191	239
Eigenkapital	<u>1.079</u>	<u>0,1</u>
Summe der Passiva	<u>51.270</u>	<u>239</u>

n/a = nicht vorhanden (not available)

n.r. = nicht relevant

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(8) Zinsüberschuss

	2005	2004
	Mio €	Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.354	2.993
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.605	1.971
Handelsgeschäften	206	222
Hedge-Ergebnis	<u>-5</u>	<u>5</u>
	<u>5.160</u>	<u>5.191</u>
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	189	77
Beteiligungen	1	3
	<u>190</u>	<u>80</u>
	<u>5.350</u>	<u>5.271</u>
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	2.375	2.212
Verbrieften Verbindlichkeiten	727	934
Nachrangkapital	171	103
Swaps (Hedge Accounting nach IAS 39)	289	375
Handelsgeschäften	<u>113</u>	<u>80</u>
	<u>3.675</u>	<u>3.704</u>
Gesamt	<u>1.675</u>	<u>1.567</u>

Das Zinsergebnis aus Swaps wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind Sicherungsgeschäfte, die die Anforderungen an das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen. Im Zinsaufwand des Handelsbestands sind kalkulatorische Zinsaufwendungen in Höhe von 113 Mio € (Vorjahr: 80 Mio €) enthalten.

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Hedge-Ergebnis ausgewiesen.

Das Hedge-Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2005	2004
	Mio €	Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	214	339
Fair-Value-Änderung der Sicherungsgeschäfte	<u>-219</u>	<u>-334</u>
Gesamt	<u>-5</u>	<u>5</u>

(9) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2005 Mio €	2004 Mio €
Aufwand aus der Zuführung		
Einzelwertberichtigungen	235	220
Portfoliowertberichtigungen	<u>4</u>	<u>4</u>
	<u>239</u>	<u>224</u>
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	—	5
Direkte Forderungsabschreibung	<u>19</u>	<u>13</u>
	<u>258</u>	<u>242</u>
Ertrag aus der Auflösung		
Einzelwertberichtigungen	46	55
Portfoliowertberichtigungen	<u>—</u>	<u>—</u>
	<u>46</u>	<u>55</u>
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	2	1
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	<u>5</u>	<u>1</u>
	<u>53</u>	<u>57</u>
Gesamt	<u>205</u>	<u>185</u>

(10) Provisionsüberschuss

	2005 Mio €	2004 Mio €
Girogeschäft	363	341
Wertpapiergeschäft	110	84
Kredit- und Avalgeschäft	56	38
Sonstiges Provisionsgeschäft	<u>170</u>	<u>149</u>
Gesamt	<u>699</u>	<u>612</u>

In Sonstiges Provisionsgeschäft sind die Erträge aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Dritte enthalten.

(11) Handelsergebnis

Bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Optionspreismodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelsaktivitäten enthalten.

Erläuterungen — Notes

	2005 Mio €	2004 Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren	64	67
Bewertungsergebnis der Wertpapiere		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-8	5
Aktien	—	—
	<u>-8</u>	<u>5</u>
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	2.896	2.192
Aufwand aus Derivaten	-2.752	-2.077
	<u>144</u>	<u>115</u>
Devisenergebnis	7	11
Provisionsergebnis Handelsbestand	-2	—
Gesamt	<u><u>205</u></u>	<u><u>198</u></u>

Im Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs ist ein Aufwand aus Swapzinsen in Höhe von 21 Mio € (Vorjahr: 102 Mio €) enthalten. Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Hedge-Beziehung nach IAS 39.

	2005 Mio €	2004 Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	37	67
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	144	115
Ergebnis aus Aktien	19	5
Devisenergebnis	7	11
Provisionsergebnis Handelsbestand	-2	—
Gesamt	<u><u>205</u></u>	<u><u>198</u></u>

(12) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2005 Mio €	2004 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	25	49
davon Verkaufsergebnis	29	49
Verkaufsgewinne	39	70
Verkaufsverluste	10	21
davon Wertminderungsergebnis	-4	—
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	224	160
davon Verkaufsergebnis	226	165
Verkaufsgewinne	391	256
Verkaufsverluste	165	91
davon Wertminderungsergebnis	-2	-5
Ergebnis aus Forderungen an Kreditinstitute (saldiert)	7	15
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	7	15
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Available for Sale	—	—
Ergebnis aus Forderungen an Kunden (saldiert)	-4	73
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	-4	64
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Available for Sale	—	9
Gesamt	<u><u>252</u></u>	<u><u>297</u></u>

Erläuterungen — Notes

	2005	2004
	Mio €	Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen	83	173
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	3	88
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	166	36
Ergebnis aus Beteiligungen	—	—
Gesamt	<u>252</u>	<u>297</u>

(13) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand, Abschreibungen auf Immobilien, Betriebs- und Geschäftsausstattung. Sie gliedern sich wie folgt:

	2005	2004 ¹
	Mio €	Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	491	473
Soziale Abgaben	47	45
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>125</u>	<u>104</u>
	<u>663</u>	<u>622</u>
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.162	1.172
Abschreibungen auf Sachanlagen	<u>61</u>	<u>75</u>
Gesamt	<u>1.886</u>	<u>1.869</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

Von den Abschreibungen auf Sachanlagen entfallen 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) auf Investment Property.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für Verbundleistungen mit der Deutschen Post AG 513 Mio € (Vorjahr: 496 Mio €), EDV-Kosten 235 Mio € (Vorjahr: 259 Mio €), Marktkommunikation 90 Mio € (Vorjahr: 65 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 37 Mio € (Vorjahr: 45 Mio €) sowie Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 28 Mio € (Vorjahr: 46 Mio €) enthalten. Von den anderen Verwaltungsaufwendungen entfallen 1 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) auf Investment Property.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen ergebniswirksam erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 59 Mio € (Vorjahr: 70 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

(14) Sonstige Erträge

	2005	2004
	Mio €	Mio €
Erträge aus der Auflösung Risikoausgleichsbeträge Postbeamtenkrankenkasse	67	—
Erträge aus der Auflösung andere Rückstellungen	21	9
Erträge aus der Rückerstattung der Postbeamtenunterstützungskasse	12	34
Erträge aus der Erstattung Verwaltungskosten Postbeamtenkrankenkasse	7	—
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	29	24
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	10	10
Erträge aus der Auflösung von Accruals	6	7
Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft (saldiert)	10	7
Ergebnis aus Gewinnabführungsverträgen	—	1
Sonstige betriebliche Erträge	<u>90</u>	<u>69</u>
Gesamt	<u>252</u>	<u>161</u>

In den Erträgen aus Sachanlagevermögen sind 8 Mio € Buchgewinne (Vorjahr: 0 Mio €) und 21 Mio € (Vorjahr: 24 Mio €) Mieteinnahmen enthalten, von denen 4 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €) auf Investment Property entfallen.

Von den gesamten Sonstigen Erträgen in Höhe von 252 Mio € entfallen 10 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €) auf die quotal einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen und entsprechen dem Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus Leasinggeschäften in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) enthalten.

(15) Sonstige Aufwendungen

	2005	2004
	Mio €	Mio €
Zuführung zu Rückstellungen für die Neustrukturierung	104	—
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	50	47
Außerplanmäßige Abschreibung auf Sachanlagen	24	—
Aufwendungen für Sonderprojekte	15	25
Aufwendungen für sonstige Steuern	13	9
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	5	7
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BANstPT und StiftPT)	4	5
Aufwendungen für Risikoausgleichsbeträge der Postbeamtenkrankenkasse	2	4
Aufwendungen aus der Schlussabrechnung für die Filialen	11	4
Übrige	<u>45</u>	<u>32</u>
Gesamt	<u>273</u>	<u>133</u>

Die Zuführung zu den Neustrukturierungsrückstellungen wurde im Wesentlichen für die Integration des BHW gebildet.

Von den außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen entfallen 15 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) auf Investment Property.

In den Aufwendungen für sonstige Steuern sind im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) enthalten.

In dem Posten Übrige sind Zinsaufwendungen für Steuerforderungen der Finanzbehörden in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) enthalten.

(16) Ertragsteueraufwand

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2005 Mio €	2004 ¹ Mio €
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	63	20
Gewerbeertragsteuer	<u>36</u>	<u>14</u>
	<u>99</u>	<u>34</u>
Ertragsteuern Vorjahr	25	-1
Tatsächliche Ertragsteuern	<u>124</u>	<u>33</u>
Aufwand aus latenten Ertragsteuern		
aus temporären Differenzen	14	130
aus der Auflösung von Verlustvorträgen	<u>88</u>	<u>49</u>
	<u>102</u>	<u>179</u>
Gesamt	<u>226</u>	<u>212</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Notes 5 und 6)

Der Steueraufwand hat sich wie folgt entwickelt:

	2005 Mio €	2004 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	493	436
Ertragsteuern	226	212
Überschuss vor Steuern	719	648
Anzuwendender Steuersatz	39,90%	39,90%
Rechnerische Ertragsteuer	287	259
Steuereffekte		
Effekte wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und Ausland	2	-1
Effekte aus steuerfreien ausländischen Erträgen	-8	-5
Effekte aus steuerfreien inländischen Erträgen und nicht abzugsfähigen Aufwendungen	9	12
Effekte aus bisher nicht berücksichtigten steuerlichen Verlusten	5	—
Effekte für Steuern aus Vorjahren	25	19
Effekte aus Aktien und Beteiligungen aufgrund § 8b KStG	-98	-76
Sonstige	<u>4</u>	<u>4</u>
	<u>-61</u>	<u>-47</u>
Ertragsteueraufwand	<u>226</u>	<u>212</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Notes 5 und 6)

Erläuterungen zur Bilanz

(17) Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €
Kassenbestand	785	623
Guthaben bei Zentralnotenbanken	<u>183</u>	<u>502</u>
Gesamt	<u>968</u>	<u>1.125</u>

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 175 Mio € (Vorjahr: 485 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2005 beträgt 1.319 Mio € (Vorjahr: 1.213 Mio €).

(18) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2005	31.12.2004 ¹
	Mio €	Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	525	322
Andere Forderungen	<u>5.423</u>	<u>8.364</u>
	<u>5.948</u>	<u>8.686</u>
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	628	1.866
Andere Forderungen	<u>11.225</u>	<u>13.268</u>
	<u>11.853</u>	<u>15.134</u>
Gesamt	<u>17.801</u>	<u>23.820</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Zum 31. Dezember 2005 bestanden echte Pensionsgeschäfte in Höhe von 294 Mio € (Vorjahr: 2,2 Mrd €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich ausschließlich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten bzw. deutscher Kreditinstitute.

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 17,1 Mrd € (Vorjahr: 21,3 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 0,7 Mrd € (Vorjahr: 2,5 Mrd €).

Von den Forderungen an Kreditinstitute entfallen insgesamt 108 Mio € (Vorjahr: 67 Mio €) auf quotaleinbezogene Gemeinschaftsunternehmen.

Erläuterungen — Notes

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 ¹ Mio €
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	16.378	20.528
davon Fair Value Hedge	2.720	2.723
Forderungen an Kreditinstitute (Available for Sale)	—	—
davon Fair Value Hedge	—	—
Geldhandelsaktiva	<u>1.423</u>	<u>3.292</u>
Gesamt	<u>17.801</u>	<u>23.820</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(19) Forderungen an Kunden

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 ¹ Mio €
Baufinanzierungen	28.953	22.306
Forderungen an öffentliche Haushalte	8.682	11.051
Ratenkredite	1.575	1.193
Sonstige Forderungen	<u>13.663</u>	<u>13.189</u>
Gesamt	<u>52.873</u>	<u>47.739</u>
darunter:		
durch Grundpfandrechte gesichert	19.088	17.259
Kommunalkredite	8.682	11.051

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 ¹ Mio €
Inländische Kunden	44.019	41.372
Ausländische Kunden	<u>8.854</u>	<u>6.367</u>
Gesamt	<u>52.873</u>	<u>47.739</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 1,0% (Vorjahr:1,1 %) der Bilanzsumme.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 48,2 Mrd € (Vorjahr: 43,3 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 4,6 Mrd € (Vorjahr: 4,4 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

In den Forderungen an Kunden sind keine Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen (Vorjahr: 7 Mio €) enthalten. Der Bruttoinvestitionswert der Leasingverhältnisse beträgt 4 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €).

Erläuterungen — Notes

Die Summe der zukünftigen Leasingraten beläuft sich auf 3 Mio € (Vorjahr: 29 Mio €) und gliedert sich in folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €
im 1. Jahr nach Bilanzstichtag	1	8
im 2. Jahr nach Bilanzstichtag	1	8
im 3. Jahr nach Bilanzstichtag	1	6
im 4. Jahr nach Bilanzstichtag	—	3
im 5. Jahr nach Bilanzstichtag	—	2
in mehr als 5 Jahren nach Bilanzstichtag	—	2
Gesamt	<u>3</u>	<u>29</u>

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	31.12.2005	31.12.2004 ¹
	Mio €	Mio €
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	52.300	47.100
davon Fair Value Hedge	4.115	5.260
Forderungen an Kunden (Held to Maturity)	573	639
Forderungen an Kunden (Available for Sale)	—	—
davon Fair Value Hedge	—	—
Gesamt	<u>52.873</u>	<u>47.739</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(20) Kreditvolumen

	31.12.2005	31.12.2004 ¹
	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	17.801	23.820
Forderungen an Kunden	52.873	47.739
Bürgschaften und Garantien	1.804	1.110
Gesamt	<u>72.478</u>	<u>72.669</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(21) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für das latente Kreditrisiko wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Risikovorsorge wurde durch aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge sowie durch Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Erläuterungen — Notes

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	—	2
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	776	665
Risikovorsorge für Forderungen gesamt	776	667
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	<u>7</u>	<u>9</u>
Gesamt	<u>783</u>	<u>676</u>

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelrisiken		Latente Risiken		Gesamt	
	2005 Mio €	2004 Mio €	2005 Mio €	2004 Mio €	2005 Mio €	2004 Mio €
Stand 1. Januar	<u>627</u>	<u>561</u>	<u>40</u>	<u>36</u>	<u>667</u>	<u>597</u>
Zugänge						
Zu Lasten GuV gebildete Vorsorge	235	220	4	4	239	224
Abgänge						
Inanspruchnahme	88	94	—	—	88	94
Zu Gunsten GuV aufgelöste Vorsorge	46	55	—	—	46	55
Währungsumrechnungsdifferenzen	<u>-4</u>	<u>5</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>-4</u>	<u>5</u>
Stand 31. Dezember	<u>732</u>	<u>627</u>	<u>44</u>	<u>40</u>	<u>776</u>	<u>667</u>

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 612 Mio € (Vorjahr: 475 Mio €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 1.226 Mio € (Vorjahr: 988 Mio €) wurden Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2005 auf 102 Mio € (Vorjahr: 84 Mio €).

Im Geschäftsjahr 2005 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 19 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 5 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €).

(22) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Devisen sowie derivativen Finanzinstrumenten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	61	312
von anderen Emittenten	7.223	6.547
davon Geldmarktpapiere	<u>—</u>	<u>101</u>
	<u>7.284</u>	<u>6.859</u>
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	10	82
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	2.617	2.296
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	<u>475</u>	<u>458</u>
Gesamt	<u>10.386</u>	<u>9.695</u>

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 0,6 Mrd € (Vorjahr: 1,1 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 6,7 Mrd € (Vorjahr: 5,8 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Erläuterungen — Notes

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Handelsbestands sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.277	6.719
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	10	82

(23) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	<u>4</u>	<u>4</u>
	<u>4</u>	<u>4</u>
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	<u>5</u>	<u>3</u>
	<u>5</u>	<u>3</u>
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	63	3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	<u>—</u>	<u>1</u>
	<u>63</u>	<u>4</u>
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	106	103
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	110	144
Verbriefte Verbindlichkeiten	290	438
Nachrangkapital	<u>61</u>	<u>277</u>
	<u>567</u>	<u>962</u>
Gesamt	<u>639</u>	<u>973</u>

(24) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.\

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 ¹ Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	17.399	13.298
davon Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	—	12
von anderen Emittenten	<u>32.262</u>	<u>27.066</u>
	<u>49.661</u>	<u>40.364</u>
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien	2.125	1.411
Investmentfondsanteile	<u>3.595</u>	<u>1.675</u>
	<u>5.720</u>	<u>3.086</u>
Beteiligungen	15	18
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	<u>27</u>	<u>15</u>
Gesamt	<u>55.423</u>	<u>43.483</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind Einzugspapiere in Höhe von 12 Mio € (Vorjahr: 47 Mio €) enthalten.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 40,7 Mrd € (Vorjahr: 33,6 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 9,0 Mrd € (Vorjahr: 6,9 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Die Aktien enthalten die bereits im Geschäftsjahr erworbenen Anteile an der BHW Holding AG.

Von den Finanzanlagen entfallen 41 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €) auf die quotal einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen.

Erläuterungen — Notes

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 ¹ Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	12.599	4.446
davon Fair Value Hedge	2.143	377
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	—	12
Held to Maturity	3.375	2.385
Available for Sale	33.687	33.521
davon Fair Value Hedge	16.681	13.712
	<u>49.661</u>	<u>40.364</u>
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	5.720	3.086
davon Fair Value Hedge	—	37
	<u>5.720</u>	<u>3.086</u>
Beteiligungen (Available for Sale)	15	18
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	27	15
Gesamt	<u>55.423</u>	<u>43.483</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	48.538	39.442
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.250	2.314

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden in Höhe von 309 Mio € (Vorjahr: 174 Mio €) als Zugang in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Impairment wurden in der Berichtsperiode 236 Mio € (Vorjahr: 170 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Zum Abschluss von Offenmarktgeschäften hat die Postbank zugunsten der Europäischen Zentralbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 10 Mrd € (Vorjahr: 7 Mrd €) abgegeben. Zum Bilanzstichtag bestanden Offenmarktgeschäfte in Höhe von 7 Mrd € (Vorjahr: 1 Mrd €). Die als Sicherheiten hinterlegten Wertpapiere werden weiterhin als Finanzanlagen ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2005 wurden Wertberichtigungen (Impairment) in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

Erläuterungen — Notes

Nachfolgend ist die Entwicklung der langfristigen Finanzanlagen im Geschäftsjahr 2005 dargestellt:

	Anteile an nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen Mio €	Beteiligungen Mio €	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Held to Maturity Mio €	andere langfristig gehaltene Bestände Mio €
Anschaffungskosten				
Stand 01. Januar 2005	<u>15</u>	<u>18</u>	<u>2.385</u>	<u>7.751</u>
Wechselkursänderungen	—	—	—	11
Zugänge	16	2	1.705	1.392
Abgänge	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>715</u>	<u>5.077</u>
Stand 31. Dezember 2005	<u>27</u>	<u>15</u>	<u>3.375</u>	<u>4.077</u>
Abschreibungen/Neubewertungen				
Stand 01. Januar 2005	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—80</u>
Lfd.				
Abschreibungen/Veränderungen	—	—	—	12
Zuschreibungen	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—1</u>
Stand 31. Dezember 2005	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—69</u>
Buchwerte				
Stand 01. Januar 2005	<u>15</u>	<u>18</u>	<u>2.385</u>	<u>7.831</u>
Stand 31. Dezember 2005	<u>27</u>	<u>15</u>	<u>3.375</u>	<u>4.146</u>

Bei Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden nur die Wertpapiere dargestellt, die der IAS-Kategorie Held to Maturity oder bei anderen IAS-Kategorien der HGB-Kategorie Anlagevermögen (andere langfristig gehaltene Bestände) zugeordnet sind.

Die Abgänge der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren der IAS-Kategorie Held to Maturity sind allein aufgrund von Fälligkeiten der entsprechenden Geschäfte entstanden. Es wurden keine Papiere vor ihrer jeweiligen Endfälligkeit veräußert.

(25) Sachanlagen

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Grundstücke und Gebäude	726	817
Betriebs- und Geschäftsausstattung	92	100
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>7</u>	<u>9</u>
Gesamt	<u>825</u>	<u>926</u>

Erläuterungen — Notes

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grundstücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Geschäftsausstattung Mio €	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
<hr/>				
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2004	<u>1.041</u>	<u>453</u>	<u>22</u>	<u>1.516</u>
Veränderungen des				
Konsolidierungskreises	—	4	—	4
Zugänge	6	24	16	46
Umbuchungen	22	6	-28	—
Abgänge	3	61	1	65
Währungsdifferenzen	—	—	—	—
Endbestand 31.12.2004	<u>1.066</u>	<u>426</u>	<u>9</u>	<u>1.501</u>
Veränderungen des				
Konsolidierungskreises	—	5	—	5
Zugänge	10	37	12	59
Umbuchungen	1	4	-5	—
Abgänge	111	44	9	164
Währungsdifferenzen	—	1	—	1
Endbestand 31.12.2005	<u>966</u>	<u>429</u>	<u>7</u>	<u>1.402</u>
<hr/>				
	Grundstücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Geschäftsausstattung Mio €	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
<hr/>				
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2004	<u>234</u>	<u>322</u>	<u>—</u>	<u>556</u>
Veränderungen des				
Konsolidierungskreises und sonstige Anpassungen	—	—	—	—
Laufende Abschreibungen	18	57	—	75
Umbuchungen	—	—	—	—
Abgänge	3	53	—	56
Währungsdifferenzen	—	—	—	—
Endbestand 31.12.2004	<u>249</u>	<u>326</u>	<u>—</u>	<u>575</u>
Veränderungen des				
Konsolidierungskreises und sonstige Anpassungen	—	4	—	4
Laufende Abschreibungen	38	47	—	85
Umbuchungen	—	—	—	—
Abgänge	47	41	—	88
Währungsdifferenzen	—	1	—	1
Endbestand 31.12.2005	<u>240</u>	<u>337</u>	<u>—</u>	<u>577</u>
Buchwert 31.12.2004	<u>817</u>	<u>100</u>	<u>9</u>	<u>926</u>
Buchwert 31.12.2005	<u>726</u>	<u>92</u>	<u>7</u>	<u>825</u>

Erläuterungen — Notes

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2005 Mio €	Währungs- differenzen Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2005 Mio €
Grundstücke und Gebäude	817	—	10	64	1	38	726
Betriebs- und Geschäftsausstat- tung	100	—	38	3	4	47	92
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>9</u>	<u>—</u>	<u>12</u>	<u>9</u>	<u>-5</u>	<u>—</u>	<u>7</u>
Gesamt	<u>926</u>	<u>—</u>	<u>60</u>	<u>76</u>	<u>—</u>	<u>85</u>	<u>825</u>

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau, für die bereits Kosten angefallen sind, die bis zum Bilanzstichtag aber noch nicht fertig gestellt wurden, in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €).

Die Sachanlagen, bei denen die Postbank als Leasinggeber im Rahmen des Operating Lease fungiert, bestehen in 2005 aus Grundstücken und Gebäuden und gliedern sich dabei in folgende Fälligkeitsstrukturen:

	Grundstücke und Gebäude Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten	569
Kumulierte Abschreibungen	-152
Buchwert 31.12.2005	<u>417</u>
Fällige Mindestleasingzahlungen	
unter 1 Jahr	98
1 bis 2 Jahre	1
2 bis 3 Jahre	—
3 bis 4 Jahre	—
4 bis 5 Jahre	—
über 5 Jahre	—
Gesamt	<u>99</u>

Die Angaben des Investment Property stellen sich im Geschäftsjahr 2005 wie folgt dar:

	Fremdnutzung %	Mieteinnahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußerbarkeit Mio €	Eingang von Veräußerungserlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	86	4	—	—	—	—

Im Geschäftsjahr 2004 stellten sich die Zahlen wie folgt dar:

	Fremdnutzung %	Mieteinnahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußerbarkeit Mio €	Eingang von Veräußerungserlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	86	8	2	—	—	—

Erläuterungen — Notes

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Anschaffungswerte		Kumulierte Abschreibungen	
	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Investment Property	100	198	28	59

Die Buchwerte des Investment Property haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2005	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen	Buchwert 31.12.2005
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Investment Property	139	—	51	—	16	72

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) des Investment Property beträgt 72 Mio € (Vorjahr: 139 Mio €).

(26) Sonstige Aktiva

	Notes	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 ¹ Mio €
Aktive latente Steuern	(27)	434	520
Immaterielle Vermögenswerte	(28)	223	168
Rechnungsabgrenzungsposten		280	254
Forderungen an Finanzbehörden		50	81
Einzugspapiere		1	1
Übrige		<u>1.153</u>	<u>136</u>
Gesamt		<u>2.141</u>	<u>1.160</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 5)

Von den Rechnungsabgrenzungsposten entfallen 64 Mio € (Vorjahr: 78 Mio €) auf Miet- und Leasingaufwendungen.

Die übrigen sonstigen Aktiva enthalten im Wesentlichen den bereits am 27. Dezember 2005 gezahlten Kaufpreis in Höhe von 986 Mio € für die Übernahme der Deutschen Post Retail GmbH (siehe Note 7b) sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 48 Mio € (Vorjahr: 51 Mio €) und Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft in Höhe von 42 Mio € (Vorjahr: 31 Mio €).

(27) Aktive latente Steuern

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Latente Ertragsteueransprüche		
aus temporären Differenzen	296	294
aus steuerlichen Verlustvorträgen	138	226
davon inländisch	138	220
ausländisch	—	6
Gesamt	<u>434</u>	<u>520</u>

Erläuterungen — Notes

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €
Aktivposten		
Forderungen	36	—
Risikovorsorge	11	9
Handelsaktiva	—	—
Hedging-Derivate	—	—
Finanzanlagen	4	1
Sachanlagen	3	1
Sonstige Aktiva	24	128
Passivposten		
Verbindlichkeiten	6	409
Handelsspassiva	782	404
Hedging-Derivate	568	723
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	—	—
Andere Rückstellungen	14	21
Sonstige Passiva	13	13
	<u>1.461</u>	<u>1.709</u>
Steuerliche Verlustvorträge	138	226
Saldierung mit passiven latenten Steuern	1.165	1.415
Gesamt	<u>434</u>	<u>520</u>

Zum 31. Dezember 2005 bestanden keine abzugsfähigen temporären Unterschiede und steuerlichen Verlustvorträge, für die in der Bilanz kein latenter Steueranspruch angesetzt wurde.

(28) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	16	—
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	121	122
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	51	28
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	<u>35</u>	<u>18</u>
Gesamt	<u>223</u>	<u>168</u>

Erläuterungen — Notes

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software Mio €	Erworbene Software Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte Mio €	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte Mio €	Geleistete Anzahlungen auf immat. Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immat. Vermögenswerte Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2004	<u>—</u>	<u>286</u>	<u>25</u>	<u>27</u>	<u>338</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	—	5	—	—	5
Zugänge	—	16	8	18	42
Umbuchungen	—	27	—	-27	—
Abgänge	—	<u>5</u>	—	—	<u>5</u>
Endbestand 31.12.2004	<u>—</u>	<u>329</u>	<u>33</u>	<u>18</u>	<u>380</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	—	6	—	—	6
Zugänge	—	25	29	53	107
Umbuchungen	17	17	—	-34	—
Abgänge	—	<u>11</u>	—	<u>2</u>	<u>13</u>
Endbestand 31.12.2005	<u>17</u>	<u>366</u>	<u>62</u>	<u>35</u>	<u>480</u>

Erläuterungen — Notes

	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software Mio €	Erworbene Software Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte Mio €	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte Mio €	Geleistete Anzahlungen auf immat. Ver- mögenswerte und in der Entwicklung befindliche immat. Vermögenswerte Mio €	Gesamt Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2004	<u>—</u>	<u>166</u>	<u>4</u>	<u>—</u>	<u>170</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises und sonstige Anpassungen	—	—	—	—	—
Laufende					
Abschreibungen/Impairment	—	46	1	—	47
Umbuchungen	—	—	—	—	—
Abgänge	—	5	—	—	5
Währungsdifferenzen	—	—	—	—	—
Endbestand 31.12.2004	<u>—</u>	<u>207</u>	<u>5</u>	<u>—</u>	<u>212</u>
Veränderungen des Konsolidierungskreises und sonstige Anpassungen	—	4	—	—	4
Laufende					
Abschreibungen/Impairment	1	43	6	—	50
Zugänge	—	—	—	—	—
Umbuchungen	—	—	—	—	—
Abgänge	—	9	—	—	9
Endbestand 31.12.2005	<u>1</u>	<u>245</u>	<u>11</u>	<u>—</u>	<u>257</u>
Buchwert 31.12.2004	<u>—</u>	<u>122</u>	<u>28</u>	<u>18</u>	<u>168</u>
Buchwert 31.12.2005	<u>16</u>	<u>121</u>	<u>51</u>	<u>35</u>	<u>223</u>

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2005 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2005 Mio €
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	—	—	—	17	1	16
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	122	27	2	17	43	121
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	28	29	—	—	6	51
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	<u>18</u>	<u>53</u>	<u>2</u>	<u>-34</u>	<u>—</u>	<u>35</u>
Gesamt	<u>168</u>	<u>109</u>	<u>4</u>	<u>—</u>	<u>50</u>	<u>223</u>

Der Buchwert zum 31.12.2005 der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte beträgt 19 Mio €, der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 16 Mio €.

(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	135	339
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>14.720</u>	<u>11.884</u>
	<u>14.855</u>	<u>12.223</u>
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	450	577
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>15.473</u>	<u>3.415</u>
	<u>15.923</u>	<u>3.992</u>
Gesamt	<u>30.778</u>	<u>16.215</u>

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 2.306 Mio € (Vorjahr: 2.978 Mio €) Fair-Value-gehedgt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 30,4 Mrd € (Vorjahr: 15,3 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 0,4 Mrd € (Vorjahr: 0,9 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2005 bestanden echte Wertpapierpensionsgeschäfte in Höhe von 6,9 Mrd € (Vorjahr: 2,3 Mrd €). Die Postbank ist hierbei Pensionsgeber.

(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	37.702	35.838
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	286	320
	<u>37.988</u>	<u>36.158</u>
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	21.940	21.255
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>18.553</u>	<u>23.106</u>
	<u>40.493</u>	<u>44.361</u>
Gesamt	<u>78.481</u>	<u>80.519</u>
Inländische Kunden	76.329	79.516
Ausländische Kunden	2.152	1.003
Gesamt	<u>78.481</u>	<u>80.519</u>

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 2.849 Mio € (Vorjahr: 3.445 Mio €) Fair-Value-gehedgt.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 19,2 Mrd € (Vorjahr: 23,1 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 59,3 Mrd € (Vorjahr: 57,4 Mrd €).

(31) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe und Geldmarktpapiere (z.B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Paper) ausgewiesen.

	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €
Hypothekendarlehen	67	181
Öffentliche Pfandbriefe	319	1.073
Sonstige Schuldverschreibungen	<u>14.227</u>	<u>15.236</u>
Gesamt	<u>14.613</u>	<u>16.490</u>

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 13.376 Mio € (Vorjahr: 11.571 Mio €) Fair-Value-gehedgt.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 10,8 Mrd € (Vorjahr: 13,9 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 3,8 Mrd € (Vorjahr: 2,6 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekauft eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 103 Mio € (Vorjahr: 135 Mio €) direkt abgesetzt.

(32) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen.

	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	2.770	2.111
Negative Marktwerte Hedging-Derivate des Bankbuchs	571	540
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	<u>4</u>	<u>51</u>
Gesamt	<u>3.345</u>	<u>2.702</u>

Erläuterungen — Notes

(33) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	137	142
Angekaufte Forderungen Available for Sale	<u>7</u>	<u>37</u>
	<u>144</u>	<u>179</u>
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	217	291
Angekaufte Forderungen Available for Sale	<u>4</u>	<u>89</u>
	<u>221</u>	<u>380</u>
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.149	1.253
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	<u>—</u>	<u>3</u>
	<u>1.149</u>	<u>1.256</u>
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6	—
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	<u>—</u>	<u>—</u>
Verbriefte Verbindlichkeiten	106	136
Nachrangkapital	<u>42</u>	<u>294</u>
	<u>154</u>	<u>430</u>
Gesamt	<u><u>1.668</u></u>	<u><u>2.245</u></u>

(34) Rückstellungen

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 ¹ Mio €
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	585	584
Steuerrückstellungen		
für laufende Steuerverpflichtungen	75	37
für latente Steuerverpflichtungen	<u>955</u>	<u>958</u>
	<u>1.030</u>	<u>995</u>
Andere Rückstellungen	<u>384</u>	<u>413</u>
Gesamt	<u><u>1.999</u></u>	<u><u>1.992</u></u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Notes 5 und 6)

Von den Rückstellungen entfallen 166 Mio € (Vorjahr: 106 Mio €) auf die quotaleinbezogenen Gemeinschaftsunternehmen. Davon sind 158 Mio € (Vorjahr: 101 Mio €) versicherungstechnische Rückstellungen in dem Posten Andere Rückstellungen und 7 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) Steuerrückstellungen für latente Steuerverpflichtungen.

(35) Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen handelt es sich überwiegend um Rückstellungen für die Verpflichtungen zur Leistung von betrieblichen Ruhegeldern aufgrund von unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach

Erläuterungen — Notes

den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u.a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses abhängig.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen haben sich wie folgt entwickelt:

	Abstimmung von Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Nettopensionsrückstellungen	
	2005 Mio €	2004 Mio €
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	73	—
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der nicht kapitalgedeckten Leistungen	761	714
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	834	714
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	–59	—
Nicht realisierte Gewinne/Verluste	–190	–130
Nettopensionsrückstellung am 31. Dezember	<u>585</u>	<u>584</u>

	Entwicklung des Barwerts der Gesamtverpflichtung	
	2005 Mio €	2004 Mio €
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	714	614
Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	17	11
Arbeitnehmerbeiträge	—	—
Zinsaufwand	37	38
Erbrachte Pensionsleistungen	–43	–40
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	—	–2
Planänderungen	–17	–35
Transfers/Vermögensüberträge	53	–2
Veränderung Konsolidierungskreis	—	33
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	73	97
Währungseffekte	—	—
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	<u>834</u>	<u>714</u>

	Entwicklung des Planvermögens	
	2005 Mio €	2004 Mio €
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	—	—
Arbeitgeberbeiträge	1	—
Arbeitnehmerbeiträge	—	—
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	3	—
Gewinne/(Verluste) aus dem Planvermögen	3	—
Erbrachte Pensionsleistungen	—	—
Transfers	52	—
Veränderung Konsolidierungskreis	—	—
Planänderungen	—	—
Währungseffekte	—	—
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	<u>59</u>	<u>—</u>

Das Planvermögen besteht in erster Linie aus festverzinslichen Wertpapieren, Festgeldern, sonstigen liquiden Mitteln etc. (64 %), Aktien und Investmentfonds (17 %) und anderen Vermögenswerten wie Immobilien (19 %). Von den Vermögenswerten werden keine direkt von der Deutschen Postbank AG selbst genutzt.

Gewinne und Verluste

	Gewinne und Verluste aus Planvermögen 2005
	<u>2005</u>
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen in Mio €	6
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen in Mio €	3
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) des Planvermögens in Mio €	<u>3</u>
Als relativer Anteil des Planvermögens am 1. Januar in %	<u><u>6</u></u>

	Gewinne und Verluste aus Verpflichtungen 2005
	<u>2005</u>
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen in Mio €	-13
Als relativer Anteil der Verpflichtungen am 1. Januar in %	-2
Annahmenänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen in Mio €	-60
Als relativer Anteil der Verpflichtungen am 1. Januar in %	-8
Gesamte versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen in Mio €	<u>-73</u>
Als relativer Anteil des Planvermögens am 1. Januar in %	<u><u>-10</u></u>

	Entwicklung der Nettopensions- rückstellung	
	2005	2004
	Mio €	Mio €
Stand 1. Januar	<u>584</u>	<u>572</u>
Pensionsaufwand	42	19
Erbrachte Pensionsleistungen	-43	-40
Fondsbeiträge	-1	—
Veränderung des Konsolidierungskreises	—	33
Vermögenstransfer	3	—
Währungseffekte	—	—
Stand 31. Dezember	<u>585</u>	<u>584</u>

	Pensionsaufwand	
	2005	2004
	Mio €	Mio €
Dienstzeitaufwand	17	11
Zinsaufwand	37	38
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	-3	—
Realisierter nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	—	-2
Armortisation noch nicht realisierter Gewinne/Verluste	4	—
Auswirkungen von Planänderungen	-13	-32
Sonstiges	—	4
Pensionsaufwand	<u>42</u>	<u>19</u>

Die Zuführungen durch Vermögenstransfer sind durch Umwandlung von Tantiemeleistungen in Rückstellungen für Pensionsleistungen entstanden. Der Aufwand war bereits im Geschäftsjahr 2004 im Periodenergebnis enthalten. Im Geschäftsjahr 2005 wurden den Pensionsrückstellungen 42 Mio € (Vorjahr: 50 Mio €) ergebniswirksam aus dem Personalaufwand zugeführt.

Die nicht erfassten versicherungsmathematischen Verluste liegen aufgrund der Anpassung an den Kapitalmarktzins oberhalb von 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang und Planvermögen der Gesamtverpflichtung (Defined Benefit Obligation) und amortisieren sich entsprechend IAS 19 über die durchschnittliche Restdienstzeit der Aktiven. Im Jahr 2005 wurden 4 Mio € ergebniswirksam erfasst.

(36) Steuerrückstellungen

	Stand 01.01.2005 ¹ Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2005 Mio €
Laufende Steuern	37	20	1	59	75
Latente Steuern	<u>958</u>	—	<u>60</u>	<u>57</u>	<u>955</u>
Gesamt	<u><u>995</u></u>	<u><u>20</u></u>	<u><u>61</u></u>	<u><u>116</u></u>	<u><u>1.030</u></u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Notes 5 und 6)

Die Rückstellungen für laufende Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 ¹ Mio €
Aktivposten		
Forderungen	118	202
Handelsaktiva	797	911
Hedging-Derivate	141	171
Finanzanlagen	790	919
Sachanlagen	21	29
Sonstige Aktiva	61	9
Passivposten		
Verbindlichkeiten	71	3
Handelspassiva	—	—
Hedging-Derivate	—	—
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18	16
Andere Rückstellungen	10	—
Sonstige Passiva	<u>93</u>	<u>113</u>
	<u><u>2.120</u></u>	<u><u>2.373</u></u>
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	<u><u>1.165</u></u>	<u><u>1.415</u></u>
Gesamt	<u><u>955</u></u>	<u><u>958</u></u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Notes 5 und 6)

(37) Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2005 Mio €	Veränderungen des Konsoli- dierungskreises Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2005 Mio €
Neustrukturierung	153	—6	96	12	104	143
Versicherungstechnische Rückstellungen	101	—	—	—	57	158
Risikoausgleichsbeträge der Postbeamten-Krankenkasse	92	—	19	67	—	6
Übrige	<u>67</u>	<u>6</u>	<u>15</u>	<u>12</u>	<u>31</u>	<u>77</u>
Gesamt	<u><u>413</u></u>	<u><u>—</u></u>	<u><u>130</u></u>	<u><u>91</u></u>	<u><u>192</u></u>	<u><u>384</u></u>

Die Zuführung zu den Neustrukturierungsrückstellungen wurde im Wesentlichen für die Integration des BHW gebildet. Die übrigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Prozesskosten in Höhe von

Erläuterungen — Notes

5 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €), Rückstellungen für Jahresabschlusskosten in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) sowie Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €).

(38) Sonstige Passiva

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	39	56
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	95	147
Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern	2	1
Sonstige Verbindlichkeiten	281	310
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>10</u>	<u>3</u>
Gesamt	<u>427</u>	<u>517</u>

Unter Sonstige Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von 13 Mio € (Vorjahr: 17 Mio €), Aufwendungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 44 Mio € (Vorjahr: 44 Mio €), Aufwendungen für Leistungen der Deutschen Post AG in Höhe von 57 Mio € (Vorjahr: 107 Mio €), Aufwendungen für Tantiemen in Höhe von 34 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) sowie Aufwendungen für ausstehende Urlaubs- und Freizeitanprüche in Höhe von 21 Mio € (Vorjahr: 23 Mio €) bilanziert.

Von den Sonstigen Verbindlichkeiten entfallen insgesamt 25 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) auf die quotal einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen.

(39) Nachrangkapital

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.020	1.512
Hybride Kapitalinstrumente	1.125	783
Genussrechtskapital	583	458
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	<u>55</u>	<u>55</u>
Gesamt	<u>3.783</u>	<u>2.808</u>

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen aufgrund der derzeitigen Restlaufzeitenstruktur nur in Höhe von 2.389 Mio € haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 86 Mio € (Vorjahr: 74 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 29 Mio € (Vorjahr: 25 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Hybriden Kapitalinstrumente stellen drei Emissionen in Form von Trust Preferred Securities dar, die durch für diesen Zweck bestehende Tochtergesellschaften begeben wurden. Die Trust Preferred Securities haben eine unbegrenzte Laufzeit und werden aufsichtsrechtlich als Kernkapital angerechnet.

Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für Hybride Kapitalinstrumente betragen 14 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €).

Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2005 beträgt insgesamt 24 Mio € (Vorjahr: 23 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 22 Mio € (Vorjahr: 19 Mio €) werden dem Posten Genussrechtskapital direkt zugeordnet.

Erläuterungen — Notes

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Der Zinsaufwand für die aufgenommenen Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter beträgt 4 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 2.290 Mio € (Vorjahr: 1.297 Mio €) gegen Änderungen des Fair Value abgesichert; davon entfallen 663 Mio € (Vorjahr: 514 Mio €) auf Nachrangige Verbindlichkeiten und 1.125 Mio € (Vorjahr: 783 Mio €) auf Hybride Kapitalinstrumente.

Das Nachrangkapital ist mit 3,2 Mrd € (Vorjahr: 2,7 Mrd €) festverzinslich sowie mit 0,5 Mrd € (Vorjahr: 0,1 Mrd €) variabel verzinslich.

(40) Eigenkapital

	31.12.2005	31.12.2004 ¹
	Mio €	Mio €
Gezeichnetes Kapital	410	410
Kapitalrücklage	1.160	1.159
Gewinnrücklagen	2.889	2.659
Währungsumrechnungsrücklage	-77	-120
Neubewertungsrücklage	311	222
Bilanzgewinn	492	435
Anteile im Fremdbesitz	<u>1</u>	<u>1</u>
Gesamt	<u>5.186</u>	<u>4.766</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Notes 5 und 6)

Das Gezeichnete Kapital der Postbank ist in 164.000.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Bank bis zum 24. März 2009 durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen, ganz oder in Teilbeträgen, ein- oder mehrmals um bis zu insgesamt 41 Mio € zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

In der Hauptversammlung vom 19. Mai 2005 wurde der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 18. November 2006. Die zum Zeitpunkt der Hauptversammlung bestehenden, ursprünglich bis zum 24. September 2005 befristeten Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG sowie § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG wurden mit Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Erläuterungen — Notes

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

	Finanzinstrumente Available for Sale	
	Mio €	
Stand 31. Dezember 2003		-200
Erstanpassung IAS 39 (rev. 2003)		422
Neukategorisierung Finanzinstrumente		-141
	2005	2004¹
	Mio €	Mio €
Stand zum 1. Januar	222	81
Zugang (+)/Abgang (-)	294	366
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	-15	192
Available for Sale nicht gehedgt	309	174
Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung Zugang (+)/Abgang (-)	-224	-182
Available for Sale aufgrund Impairment	2	-8
davon auf gehedgte Bestände	—	—
davon auf nicht gehedgte Bestände	2	-8
Available for Sale aufgrund von Verkauf/Hedgeauflösung	-226	-174
davon auf gehedgte Bestände	12	-12
davon auf nicht gehedgte Bestände	-238	-162
Erfolgsneutral gebildete latente Steuern	19	-43
Stand zum 31. Dezember	311	222

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Notes 5 und 6)

Aus den Abgängen und Wertberichtigungen von Finanzinstrumenten Available for Sale wurden im Geschäftsjahr 224 Mio € (Vorjahr: 182 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen. Des Weiteren erhöhte sich die Neubewertungsrücklage um 294 Mio € (Vorjahr: 366 Mio € nach latenten Steuern) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten latenten Steuern veränderten sich in diesem Geschäftsjahr um 19 Mio € (Vorjahr: 43 Mio € nach Anpassung) auf einen Endbestand von 20 Mio € (Vorjahr: 39 Mio € nach Anpassung), welche die Neubewertungsrücklage insgesamt reduzieren.

Sonstige Angaben

(41) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

	Retail Banking		Firmen- ¹ kunden		Transaction Banking		Financial ¹ Markets		Übrige ¹		Konzern ¹	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Zinsüberschuss	1.682	1.623	238	212	5	3	83	64	-333	-335	1.675	1.567
Handelsergebnis	—	—	1	5	—	—	55	62	149	131	205	198
Finanzanlageergebnis	—	—	8	5	—	—	—	1	244	291	252	297
Bilanzbezogene Erträge	1.682	1.623	247	222	5	3	138	127	60	87	2.132	2.062
Provisionsüberschuss	388	324	108	89	278	201	62	57	-137	-59	699	612
Gesamt-Erträge	2.070	1.947	355	311	283	204	200	184	-77	28	2.831	2.674
Verwaltungsaufwand	-1.335	-1.347	-165	-148	-263	-196	-80	-81	-43	-97	-1.886	-1.869
Risikoversorge	-148	-118	-39	-38	—	—	2	—	-20	-29	-205	-185
Sonstige Erträge/Aufwendungen	1	-2	-2	—	3	1	-2	2	-21	27	-21	28
Ergebnis vor Steuern	588	480	149	125	23	9	120	105	-161	-71	719	648
Cost Income Ratio (CIR)	64,5%	69,2%	46,5%	47,6%	92,9%	96,1%	40,0%	44,0%	—	—	66,6%	69,9%
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	27,3%	23,6%	35,8%	28,5%	—	—	17,7%	15,9%	-10,4%	-4,8%	14,6%	14,0%
Segmentvermögen	31.762	24.740	14.580	11.250	239	240	23.337	18.245	66.565	70.262	136.483	124.737
Segmentverbindlichkeiten	58.978	56.970	13.732	17.674	143	73	11.957	8.562	42.407	32.647	127.217	115.926

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Notes 5 und 6)

In dem Posten „Übrige“ sind Konsolidierungssachverhalte, nicht den Geschäftsfeldern zuzuordnende Positionen, nicht verrechnete Overhead-Kosten sowie das Eigengeschäftsergebnis enthalten.

Da es sich bei der Abwicklung von Zahlungsverkehrstransaktionen nicht um Bankgeschäft im klassischen Sinne handelt, weisen wir im Geschäftsfeld Transaction Banking keine Eigenkapitalrentabilität aus.

Die Vorjahreszahlen wurden an die 2005 geltenden Organisationsstrukturen bzw. an geänderte Zuordnungskriterien angepasst.

Segmentberichterstattung nach geografischen Bereichen

Die Zuordnung der Segmente nach dem jeweiligen Sitz der Niederlassung oder des Konzernunternehmens ergibt nachfolgende Verteilung:

	Vermögen		Verbindlichkeiten		Erträge		Ergebnis vor Steuern	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Deutschland	97.408	91.457	89.938	83.707	2.637	2.508	592	533
Übrige	39.075	33.280	37.279	32.219	194	166	127	115
Europa	35.327	30.714	33.907	29.965	130	93	87	81
USA	3.748	2.566	3.372	2.254	64	73	40	34
Gesamt	136.483	124.737	127.217	115.926	2.831	2.674	719	648

(42) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €
Eventualverpflichtungen		
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.804	1.110
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	<u>16.583</u>	<u>13.518</u>
Gesamt	<u>18.387</u>	<u>14.628</u>

(43) Umlauf Schuldverschreibungen

	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €
Im Umlauf befindliche Schuldverschreibungen		
Begebene Schuldverschreibungen	13.486	14.257
Zur Sicherstellung ausgehändigte Namenspfandbriefe	67	82
Öffentliche Pfandbriefe/Kommunalschuldverschreibungen	<u>30</u>	<u>36</u>
Deckungspflichtiger Umlauf	<u>13.583</u>	<u>14.375</u>

(44) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Deckung der Namenspapiere		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	10.588	8.593
Summe der deckungspflichtigen Namenspapiere	<u>4.849</u>	<u>3.722</u>
Überdeckung	<u>5.739</u>	<u>4.871</u>
Deckung der Pfandbriefe		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden (Hypothekendarlehen)	3.805	4.294
Summe der deckungspflichtigen Pfandbriefe	<u>2.684</u>	<u>3.159</u>
Überdeckung	<u>1.121</u>	<u>1.135</u>
Deckung der Kommunalschuldverschreibungen		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Ersatzdeckung in Wertpapieren	6.499	9.763
Summe der deckungspflichtigen Kommunalschuldverschreibungen	<u>5.953</u>	<u>7.375</u>
Überdeckung	<u>546</u>	<u>2.388</u>
Deckung der Zinsaufwendungen für Namenspapiere		
Zinsaufwendungen für Namenspapiere	213	170
Zinserträge aus Deckungswerten	<u>531</u>	<u>455</u>
Überdeckung	<u>318</u>	<u>285</u>
Deckung der Zinsaufwendungen für Pfandbriefe		
Zinsaufwendungen für Pfandbriefe	145	177
Zinserträge aus Deckungswerten	<u>211</u>	<u>246</u>
Überdeckung	<u>66</u>	<u>69</u>
Deckung der Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen		
Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen	303	377
Zinserträge aus Deckungswerten	<u>326</u>	<u>466</u>
Überdeckung	<u>23</u>	<u>89</u>

(45) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2005 Anzahl	31.12.2004 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	942	1.107
Zwangsverwaltungsverfahren	653	617
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	269	211

(46) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

Erläuterungen — Notes

	31.12.2005		31.12.2004 ¹	
	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €
Aktiva				
Barreserve	968	968	1.125	1.125
Forderungen an Kreditinstitute	17.801	17.862	23.820	23.974
Forderungen an Kunden	52.873	54.975	47.739	48.509
Risikovorsorge	-776	-776	-667	-667
Finanzanlagen	15.974	16.037	6.843	6.963
	<u>86.840</u>	<u>89.066</u>	<u>76.860</u>	<u>79.904</u>
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.778	30.986	16.215	16.463
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	78.481	78.871	80.519	80.602
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	18.396	18.806	19.298	19.564
	<u>127.655</u>	<u>128.663</u>	<u>116.032</u>	<u>116.629</u>

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

Existiert für ein Finanzinstrument ein liquider Markt (z. B. Wertpapierbörse), wird der Fair Value durch den Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtages ermittelt. Liegt kein liquider Markt vor, wird der Fair Value durch anerkannte Bewertungsmodelle (Barwertmethode und Optionspreismodelle) bestimmt. Die eingesetzten Bewertungsmodelle berücksichtigen die wesentlichen wertbestimmenden Faktoren der Finanzinstrumente und verwenden Bewertungsparameter, die aus den Marktkonditionen zum Bilanzstichtag resultieren. Die im Rahmen der Barwertmethode verwendeten Zahlungsströme basieren auf den Vertragsdaten der Finanzinstrumente.

(47) Fremdwährungsvolumen

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Fremdwährungsaktiva	12.075	7.838
Fremdwährungspassiva	12.029	7.348

(48) Angaben über wesentliche Konzentrationen

Die prozentuale Gliederung der Kredite der Deutschen Postbank AG erfolgt nach Wirtschaftszweigen:

	2005 %	2004 %
Wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen	39,6	33,8
Sonstige Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	18,1	16,0
Öffentliche Haushalte	14,0	16,3
Kreditinstitute	28,3	33,9
	<u>100,0</u>	<u>100,0</u>

Erläuterungen — Notes

Die prozentuale Gliederung nach Inländern und Ausländern ergibt sich wie folgt:

	2005 %	2004 %
Inländer	70,2	70,9
Ausländer	<u>29,8</u>	<u>29,1</u>
	<u>100,0</u>	<u>100,0</u>

(49) Finanzinstrumente nach IAS 39 — Bewertungskategorien

	Fair Value Hedge		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 ¹ Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 ¹ Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 ¹ Mio €
Aktiva	26.298	23.082	110.824	102.628	137.122	125.710
Forderungen Loans and Receivables	8.978	8.360	73.722	67.018	82.700	75.378
Forderungen an Kreditinstitute	2.720	2.723	15.081	21.097	17.801	23.820
Forderungen an Kunden	4.115	5.260	48.185	41.840	52.300	47.100
Finanzanlagen	2.143	377	10.456	4.081	12.599	4.458
Available for Sale Assets	16.681	13.749	22.768	22.891	39.449	36.640
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Forderungen an Kunden	—	—	—	—	—	—
Finanzanlagen	16.681	13.749	22.768	22.891	39.449	36.640
Held to Maturity Investments	—	—	3.948	3.024	3.948	3.024
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Forderungen an Kunden	—	—	573	639	573	639
Finanzanlagen	—	—	3.375	2.385	3.375	2.385
Held for Trading	—	—	10.386	9.695	10.386	9.695
Handelsaktiva	—	—	10.386	9.695	10.386	9.695
Hedging-Derivate	639	973	—	—	639	973
Passiva	22.489	21.536	110.179	99.443	132.668	120.979
Verbindlichkeiten	20.821	19.291	106.834	96.741	127.655	116.032
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.306	2.978	28.472	13.237	30.778	16.215
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.849	3.445	75.632	77.074	78.481	80.519
Verbriefte Verbindlichkeiten	13.376	11.571	1.237	4.919	14.613	16.490
Nachrangkapital	2.290	1.297	1.493	1.511	3.783	2.808
Held for Trading	—	—	3.345	2.702	3.345	2.702
Handelspassiva	—	—	3.345	2.702	3.345	2.702
Hedging-Derivate	1.668	2.245	—	—	1.668	2.245

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(50) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/ Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zins-futures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktien-derivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indexfutures abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) wurden in geringem Umfang abgeschlossen.

Erläuterungen — Notes

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Derivate des Handelsbestands	361.833	224.044	3.092	2.754	3.341	2.651
Hedging-Derivate	41.909	39.203	639	973	1.668	2.245
Gesamt	403.742	263.247	3.731	3.727	5.009	4.896

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalbetrag		Fair Value			
	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	2.238	1.340	19	35	25	66
Devisenswaps	13.840	12.514	157	561	140	469
Gesamtbestand						
Fremdwährungsderivate	16.078	13.854	176	596	165	535
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	301.793	177.429	2.892	2.123	3.147	2.051
Cross Currency Swaps	15	32	1	2	1	2
FRAs	10.433	2.310	1	—	—	—
OTC-Zinsoptionen	408	2.460	—	2	—	2
Sonstige zinsgebundene Verträge	457	186	2	1	2	—
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	16.606	22.954	—	—	—	—
Zinsoptionen	14.665	2.915	1	1	1	—
Gesamtbestand Zinsderivate	344.377	208.286	2.897	2.129	3.151	2.055

Erläuterungen — Notes

	Nominalbetrag		Fair Value			
	31.12.2005	31.12.2004	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	Mio €	Mio €	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004
			Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktioptionen (long/short)	198	733	14	4	16	47
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexfutures	147	93	—	—	—	—
Aktien-/Indexoptionen	112	246	2	9	—	1
Gesamtbestand Aktien-/Indexbezogene Derivate	457	1.072	16	13	16	48
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	921	832	3	16	9	13
Gesamtbestand Kreditderivate	921	832	3	16	9	13
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	361.833	224.044	3.092	2.754	3.341	2.651
davon Derivate des Bankbuchs	36.757	22.957	475	458	571	540
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	39.776	36.535	602	949	1.539	2.035
Cross Currency Swaps	2.132	2.284	37	23	129	207
Aktioptionen	—	383	—	1	—	3
Sonstige zinsgebundene Verträge	—	—	—	—	—	—
Gesamtbestand Hedging-Derivate Fair Value Hedges	41.908	39.202	639	973	1.668	2.245
Cashflow Hedges						
Credit Default Swaps	1	1	—	—	—	—
Gesamtbestand Hedging-Derivate Cashflow Hedges	1	1	—	—	—	—
Gesamtbestand Hedging-Derivate	41.909	39.203	639	973	1.668	2.245
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	403.742	263.247	3.731	3.727	5.009	4.896

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

	Hedging-Derivate			
	Positive	Negative	Positive	Negative
	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte
	31.12.2005	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2004
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate		304	316	291
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr		32	54	60
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre		16	82	80
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre		14	118	48
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre		44	144	23
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre		28	141	57
mehr als 5 Jahre		201	813	414
		<u>639</u>	<u>1.668</u>	<u>973</u>
				<u>2.245</u>

Erläuterungen — Notes

	Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs			
	Positive	Negative	Positive	Negative
	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte
	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	1.203	1.348	1.000	921
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	110	103	279	277
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	32	65	53	55
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	33	18	39	83
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	74	103	49	54
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	111	57	117	125
	<u>1.529</u>	<u>1.647</u>	<u>1.217</u>	<u>1.136</u>
	<u>3.092</u>	<u>3.341</u>	<u>2.754</u>	<u>2.651</u>

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgliedert.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	3.653	3.681	4.914	4.774
Öffentliche Stellen in der OECD	—	1	—	4
Sonstige Kontrahenten in der OECD	<u>78</u>	<u>45</u>	<u>95</u>	<u>118</u>
	<u>3.731</u>	<u>3.727</u>	<u>5.009</u>	<u>4.896</u>

(51) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Der Postbank Konzern hat sich verpflichtet, die Eigenkapitalanforderungen der jeweils geltenden Baseler Eigenkapitalempfehlung zu beachten. Danach müssen Kreditinstitute ihre gewichteten Risikoaktiva mit mindestens 8% Eigenmitteln unterlegen (Eigenmittelquote). Mindestens 4% der Risikoaktiva müssen dabei aus Kernkapital bestehen (Kernkapitalquote).

Die Eigenmittel setzen sich aus Kern- und Ergänzungskapital sowie Drittrangmitteln zusammen. Das Kernkapital besteht im Wesentlichen aus dem gezeichneten Kapital, den Rücklagen sowie den hybriden Kapitalbestandteilen. Zum Ergänzungskapital gehören im Wesentlichen Genussrechtskapital und nachrangige längerfristige Verbindlichkeiten.

Erläuterungen — Notes

Die Eigenmittelausstattung des Postbank Konzerns gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung stellt sich zum 31.12.2005 wie folgt dar:

	31.12.2005 ¹ Mio €	31.12.2004 Mio €
Gewichtete Risikoaktiva	62.354	50.043
Marktrisikopositionen	7.538	5.938
Anrechnungspflichtige Positionen	69.892	55.981
Kernkapital	5.164	4.231
darunter: Hybride Kapitalinstrumente	1.151	635
Ergänzungskapital	2.342	1.862
Genussrechtskapital	558	359
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.780	1.247
Übrige Bestandteile	4	256
Dritttrangmittel	—	—
Anrechenbare Eigenmittel	7.506	6.093
Kernkapitalquote in %	8,3	8,5
Eigenkapitalquote in %	10,7	10,9

1 nach vorgesehener Einstellung in die Gewinnrücklagen

(52) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2005:

	Täglich fällig Mio €	bis 3 Monate Mio €	3 Monate bis 1 Jahr Mio €	1 Jahr bis 2 Jahre Mio €	2 Jahre bis 3 Jahre Mio €	3 Jahre bis 4 Jahre Mio €	4 Jahre bis 5 Jahre Mio €	mehr als 5 Jahre Mio €	Summe Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	1.153	2.966	2.566	622	1.067	1.566	1.316	6.545	17.801
Forderungen an Kunden	2.053	5.689	5.696	5.707	5.468	4.849	3.233	20.178	52.873
Handelsaktiva	3	1.387	571	5.349	966	223	207	1.680	10.386
Hedging-Derivate	7	297	32	16	14	44	28	201	639
Finanzanlagen	—	1.835	2.818	7.155	4.019	4.177	4.484	30.935	55.423
Sonstige Aktiva	1.202	226	28	22	20	74	438	131	2.141
Gesamt	4.418	12.400	11.711	18.871	11.554	10.933	9.706	59.670	139.263
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	585	21.790	1.674	918	1.233	1.913	352	2.313	30.778
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21.940	44.539	2.684	799	615	803	2.246	4.855	78.481
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	4.392	1.849	2.370	1.126	2.594	1.187	1.095	14.613
Handelspassiva	14	1.334	103	65	18	103	57	1.651	3.345
Hedging Derivate	31	285	54	82	118	144	141	813	1.668
Rückstellungen	41	23	138	155	63	66	991	522	1.999
Pensionsrückstel- lungen	—	14	40	52	50	49	47	333	585
Steuerrückstellun- gen	29	—	46	—	—	—	923	32	1.030
Sonst. Rückstellungen	12	9	52	103	13	17	21	157	384
Sonstige Passiva	86	284	27	19	1	9	—	1	427
Nachrangkapital	4	—	14	—	250	112	39	3.364	3.783
Gesamt	22.701	72.647	6.543	4.408	3.424	5.744	5.013	14.614	135.094

Erläuterungen — Notes

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Note (50) ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2004:

	Täglich fällig Mio €	bis 3 Monate Mio €	3 Monate bis 1 Jahr Mio €	1 Jahr bis 2 Jahre Mio €	2 Jahre bis 3 Jahre Mio €	3 Jahre bis 4 Jahre Mio €	4 Jahre bis 5 Jahre Mio €	mehr als 5 Jahre Mio €	Summe ¹ Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	2.188	5.238	7.690	1.048	1.722	2.546	2.171	1.217	23.820
Forderungen an Kunden	2.003	2.702	4.105	5.712	5.332	4.760	3.237	19.888	47.739
Handelsaktiva	—	1.425	1.248	4.221	739	158	158	1.746	9.695
Hedging-Derivate	—	291	60	80	48	23	57	414	973
Finanzanlagen	3	1.776	1.394	3.970	2.206	2.316	2.536	29.282	43.483
Sonstige Aktiva	205	181	95	21	21	67	410	160	1.160
Gesamt	4.399	11.613	14.592	15.052	10.068	9.870	8.569	52.707	126.870
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	916	6.449	1.798	1.006	1.341	2.060	383	2.262	16.215
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21.255	45.690	3.222	830	646	831	2.307	5.738	80.519
Verbriefte Verbindlichkeiten	216	3.658	1.595	3.009	1.368	3.283	1.459	1.902	16.490
Handelspassiva	—	921	277	55	83	54	125	1.187	2.702
Hedging-Derivate	—	322	56	168	205	138	273	1.083	2.245
Rückstellungen	13	17	112	136	56	60	1.021	577	1.992
Pensionsrückstellungen	1	13	39	48	46	46	44	347	584
Steuerrückstellungen	8	—	14	—	—	—	959	14	995
Sonst. Rückstellungen	4	4	59	88	10	14	18	216	413
Sonstige Passiva	286	120	85	17	1	8	—	—	517
Nachrangkapital	14	—	87	—	212	96	34	2.365	2.808
Gesamt	22.700	57.177	7.232	5.221	3.912	6.530	5.602	15.114	123.488

1 Vorjahreszahlen angepasst (siehe Notes 5 und 6)

(53) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögenswerte enthalten:

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Forderungen an Kunden	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	10	16
Finanzanlagen	—	—
Gesamt	10	16

(54) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Seit dem Jahr 2000 zahlt die Postbank 33 % der Bruttobezüge ihrer aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge ihrer beurlaubten Beamten an eine zu diesem Zweck gegründete Unterstützungskasse. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Unterstützungskasse bestehen nicht, sondern sind durch den Bund zu tragen.

Die Postbank hat für ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Capital Corp., Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC I und II, beide Delaware, USA, sowie den Gläubigern der von diesen Gesellschaften ausgegebenen Wertpapiere Patronatserklärungen abgegeben, in denen sich die Bank verpflichtet, abgesehen vom Fall eines politischen Risikos, dafür Sorge zu tragen, dass die Tochterunternehmen ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Mit Datum vom 7. Juni 2005 hat die Postbank im Rahmen der Begebung einer nachrangigen Anleihe eine harte Patronatserklärung gegenüber der Deutschen Postbank Funding LLC III, Delaware, USA, sowie den Gläubigern der von dieser Gesellschaft ausgegebenen Wertpapiere, abgegeben.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglichen Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,0 Mio €. Darüber hinaus haftet die Deutsche Postbank AG anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

Außerdem ist die Deutsche Postbank International S.A. Luxemburg Mitglied des „Verbands zur Einlagensicherung, Luxemburg“.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	Mio €
im 1. Jahr nach Bilanzstichtag	20
im 2. Jahr nach Bilanzstichtag	13
im 3. Jahr nach Bilanzstichtag	10
im 4. Jahr nach Bilanzstichtag	8
im 5. Jahr nach Bilanzstichtag	8
in mehr als 5 Jahren nach Bilanzstichtag	<u>25</u>
Gesamt	<u><u>84</u></u>

(55) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2005	31.12.2004
	Mio €	Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	42	35
Forderungen an Kunden	<u>1.372</u>	<u>1.449</u>
	<u>1.414</u>	<u>1.484</u>
Treuhandverbindlichkeiten		
Treuhandmittel für durchlaufende Kredite	643	694
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	42	45
Altenteilerentenfonds	11	11
Zweckvermögen	<u>718</u>	<u>734</u>
	<u>1.414</u>	<u>1.484</u>

(56) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	Gesamt 2005	Gesamt 2004
Vollzeitkräfte		
Beamte	2.372	2.519
Angestellte	<u>5.813</u>	<u>5.729</u>
	<u>8.185</u>	<u>8.248</u>
Teilzeitkräfte		
Beamte	707	715
Angestellte	631	650
	<u>1.338</u>	<u>1.365</u>
	<u>9.523</u>	<u>9.613</u>

(57) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht der Postbank Konzern unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit einer Vielzahl von verbundenen Unternehmen des DPWN Konzerns sowie einer geringen Anzahl von verbundenen, nicht im Postbank Konzern konsolidierten Unternehmen in Beziehung. Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Liefer- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen durchgeführt, so wie es auch mit konzernfremden Dritten üblich ist.

Sämtliche verbundenen Unternehmen, die in den Postbank Konzern einbezogen werden, sind in der folgenden Übersicht aufgeführt.

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) Unmittelbar	Anteil (%) Mittelbar
1) Voll konsolidierte Unternehmen:		
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
Deutsche Postbank Asset Management S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
Deutsche Postbank Capital Management S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	
DSL Holding AG i.A., Bonn	100,0	
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		90,0
DPBI Immobilien KGaA, Munsbach, Luxemburg	10,0	0,1
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	
PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Realty Corp., New York, USA		94,7
PB Finance (Delaware), Inc., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Vermögensberatung AG, Bonn	100,0	
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	
Betriebs-Center für Banken Deutschland GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,0	
Betriebs-Center für Banken Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Betriebs-Center für Banken Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main		100,0
Betriebs-Center für Banken Berlin GmbH, Frankfurt am Main		100,0
Betriebs-Center für Banken Zahlungsverkehrsservice GmbH, Frankfurt am Main		100,0
Betriebs-Center für Banken Payments AG, Frankfurt am Main		100,0
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
2) Quotal konsolidierte Unternehmen:		
PB Lebensversicherung AG, Hilden	50,0	
PB Versicherung AG, Hilden	50,0	

Forderungen an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Forderungen an nicht konsolidierte verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ergeben sich in folgender Höhe:

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Forderungen an Kunden		
Verbundene Unternehmen	90	84
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—
	<u>90</u>	<u>84</u>
Sonstige Aktiva		
Verbundene Unternehmen	1.004	17
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17	8
	<u>1.021</u>	<u>25</u>
Gesamt	<u><u>1.111</u></u>	<u><u>109</u></u>

Die wesentlichen Posten beziehen sich auf Forderungen gegenüber der Deutschen Post AG. Die sonstigen Aktiva enthalten den bereits am 27. Dezember 2005 gezahlten Kaufpreis in Höhe von 986 Mio € für die Übernahme der Deutschen Post Retail GmbH (siehe Note 7b).

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ergeben sich in folgender Höhe:

	31.12.2005 Mio €	31.12.2004 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Verbundene Unternehmen	—	15
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—
	<u>—</u>	<u>15</u>
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Verbundene Unternehmen	317	1.093
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	9
	<u>317</u>	<u>1.102</u>
Sonstige Passiva		
Verbundene Unternehmen	72	119
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	43	23
	<u>115</u>	<u>142</u>
Gesamt	<u><u>432</u></u>	<u><u>1.259</u></u>

Die wesentlichen Posten beziehen sich auf Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Post AG.

Erträge und Aufwendungen mit verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	2005 Mio €	2004 Mio €
Zinsüberschuss		
Verbundene Unternehmen	-1	3
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>—</u>	<u>1</u>
	<u>-1</u>	<u>4</u>
Provisionsüberschuss		
Verbundene Unternehmen	12	21
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>9</u>	<u>18</u>
	<u>21</u>	<u>39</u>
Verwaltungsaufwand		
Verbundene Unternehmen	682	644
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>1</u>	<u>23</u>
	<u>683</u>	<u>667</u>
Sonstige Erträge		
Verbundene Unternehmen	35	40
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>—</u>	<u>2</u>
	<u>35</u>	<u>42</u>
Sonstige Aufwendungen		
Verbundene Unternehmen	18	5
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>1</u>	<u>—</u>
	<u>19</u>	<u>5</u>

Vorstandsvergütung

Die jährliche Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einem Fixbetrag und variablen Vergütungskomponenten zusammen. Variable Vergütungskomponente ist im Wesentlichen der Jahresbonus, der durch den Aufsichtsrat auf der Grundlage der Geschäftsentwicklung des Unternehmens festgelegt wird.

	Fixum*	Erfolgsabhängige Vergütung	Summe
	T€	T€	T€
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann, Vorsitzender	860,0	853,1	1.713,1
Dirk Berensmann	400,0	483,4	883,4
Stefan Jütte	400,0	498,0	898,0
Dr. Wolfgang Klein	400,0	498,0	898,0
Loukas Rizos	500,0	597,6	1.097,6
Lothar Rogg (bis 31. Dezember 2005)	300,0	369,0	669,0
Hans-Peter Schmid (seit 1. Dezember 2005)	33,3	41,5	74,8
Ralf Stemmer	300,0	398,4	698,4
Gesamt	<u>3.193,3</u>	<u>3.739,0</u>	<u>6.932,3</u>

* Zusätzlich wurden den Vorstandsmitgliedern „sonstige Bezüge“ im Wert von 159,6 T€ gewährt. Diese bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung, Telefonkostensersatz und besonderen Pauschalen bei Auslandsbezug sowie sonstigen geldwerten Vorteilen. Diese Bezüge sind vom Vorstandsmitglied zu versteuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2005 insgesamt Bezüge in Höhe von 6.932,3 T€ und im Geschäftsjahr 2004 insgesamt Bezüge von 6.714,7 T€.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands betragen 1.900,7 T€ (Vorjahr: 1.885,4 T€). Für diesen Personenkreis bestanden Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 22.301,9 T€ (Vorjahr: 20.963,4 T€).

Aufsichtsratsvergütung

Entsprechend § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung.

Die feste Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Für das Geschäftsjahr 2005 beträgt der Anteil der kurzfristigen erfolgsabhängigen Vergütung in Summe 34,4% (Vorjahr: 25,2%) der Gesamtvergütung aller Aufsichtsratsmitglieder.

Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht für das Geschäftsjahr 2005 in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2007 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2004 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2008 fällig.

Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag von € 15.000 nicht überschreiten.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2fache, sein Stellvertreter das 1,5fache der Vergütung. Für den Vorsitzenden eines Aufsichtsratsausschusses erhöht sich die Vergütung jeweils um das 1fache, für ein Mitglied eines Aufsichtsratsausschusses jeweils um das 0,5fache. Dies gilt nicht für den nach § 27 Abs. 3 MitbestG gebildeten Ausschuss. Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen. Anfallende Umsatzsteuern auf die Aufsichtsratsvergütung und Auslagen werden erstattet. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufsichtsrats oder eines Ausschusses.

Im Geschäftsjahr 2005 beträgt die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats 790 T€ (Vorjahr: 695,1 T€). Die Erhöhung der variablen Vergütung beruht im Wesentlichen auf dem verbesserten Ergebnis des Deutschen Postbank Konzerns und darauf, dass die Entwicklungen im letzten Geschäftsjahr eine erhöhte Anzahl von Sitzungen erforderlich gemacht hat.

Die Gesamtvergütung gliedert sich bezogen auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

	Fixe Vergütung T€	Variable Vergütung* T€	Summe T€	Vergütungsanspruch mit langfristiger Anreizwirkung T€
Zumwinkel	52,5	34,7	87,2	13,7
Sommer	45,0	29,7	74,7	11,7
Asmussen	9,3	6,1	15,4	2,4
Auer	17,4	11,4	28,8	4,5
Bolte	15,0	9,9	24,9	3,9
Boysen	15,0	9,9	24,9	3,9
Ernst	30,0	19,8	49,8	7,8
Harms	15,0	9,9	24,9	3,9
Hoch	31,8	21,0	52,8	8,3
Höhmänn	15,0	9,9	24,9	3,9
Kallfelz	45,0	29,7	74,7	11,7
Krüger	37,5	24,7	62,2	9,7
Kuhlow	22,5	14,8	37,3	5,9
Petram	15,0	9,9	24,9	3,9
Pfaffenbach	13,1	8,7	21,8	3,4
Schlede	22,5	14,9	37,4	5,9

Erläuterungen — Notes

	Fixe Vergütung T€	Variable Vergütung* T€	Summe T€	Vergütungsanspruch mit langfristiger Anreizwirkung T€
Schüler	7,9	5,2	13,1	2,0
Schwarz	15,0	9,9	24,9	3,9
Tausendfreund von Schorlemer	6,6	4,4	11,0	1,7
Weiler	15,0	9,9	24,9	3,9
Zobeley	15,1	10,0	25,1	3,9
Summe	476,2	314,3	790,5	123,8

* inkl. Sitzungsgeld

Für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen wurden keine Vergütungen oder Vorteile gewährt. Ausgenommen ist die Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder aus ihrem Arbeitsvertrag.

Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind nach § 15 a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) verpflichtet, Erwerb und Veräußerung von Aktien der Deutschen Postbank AG oder von Bezugsrechten auf diese Aktien offen zu legen, soweit diese die Bagatellschwelle überschreiten oder nicht als Vergütungsbestandteil erworben wurden. Der Deutschen Postbank AG wurden keine Meldungen nach § 15 a WpHG angezeigt.

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien. Ein Aktienoptionsprogramm für Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats auf Postbankaktien gibt es nicht.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 386,6 T€ (Vorjahr: 397,4 T€) und keine an in 2005 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

(58) Andere Angaben

Der Konzernabschluss der Postbank wird in den Konzernabschluss der Deutschen Post AG einbezogen.

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Deutschen Postbank AG in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten. Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Deutsche Postbank AG hat für ihre Tochtergesellschaft PB Capital Corp., Delaware, USA, Garantierklärungen in Höhe von 2.921,3 Mio US-\$ abgegeben. Diese beinhalten die Garantierklärung für Swaps (57,2 Mio US-\$), eine Mietgarantie für Geschäftsräume in New York (18,9 Mio US-\$) und eine Garantierklärung für das Commercial-Paper-Programm (2.845,2 Mio US-\$).

(59) Namen und Mandate der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann, Bonn (Vorsitzender)
Dirk Berensmann, Unkel
Stefan Jütte, Bonn
Dr. Wolfgang Klein, Bonn
Loukas Rizos, Bonn
Lothar Rogg, Bonn bis 31. Dezember 2005
Hans-Peter Schmid, Altdorf seit 1. Dezember 2005
Ralf Stemmer, Königswinter

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2005 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 28. Januar 2006) Mitglied des Aufsichtsrats (von 12. Juni 2005 bis 27. Januar 2006)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 10. Februar 2006) Mitglied des Aufsichtsrats (von 3. Mai 2005 bis 9. Februar 2006)	Deutsche Post Retail GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt a. M.
Mitglied des Aufsichtsrats	TCHIBO Holding AG, Hamburg
Mitglied des Board of Directors	accenture Corp., Irving (Texas, USA)
Mitglied des Board of Directors	Altadis S.A., Madrid (Spanien)
Mitglied des Vorstands	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
Im Laufe des Jahres aufgegebenes Mandat	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Oktober 2005)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Neues Mandat ab 2006	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 28. Januar 2006) Mitglied des Aufsichtsrats (von 16. Januar bis 27. Januar 2006)	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Erläuterungen — Notes

Dirk Berensmann

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2005)	Betriebs-Center für Banken Zahlungsverkehrsservice GmbH, Frankfurt a.M.*
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2005)	Betriebs-Center für Banken Payments AG, Frankfurt a. M.
Vorsitzender des Beirats (seit 29. Juni 2005)	einsnull IT-Support GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats (bis 28. Juni 2005)	
Mitglied des Board of Directors	Eurogiro Network A/S, Taastrup (Dänemark)
Mitglied des Vorstands	e-Finance Lab Universität Frankfurt a. M.
Neue Mandate ab 2006	
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 11. Januar 2006)	Deutsche Post Retail GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 13. Januar 2006)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln

* Firmierte bis 6. Juli 2005 als Dresdner Zahlungsverkehrsservice GmbH, Frankfurt a. M.

Stefan Jütte

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Leasing GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Factoring GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. November 2005)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Oktober 2005)	
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Aufsichtsrats	BVVG Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Beirats	SIREO REAL Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm

Dr. Wolfgang Klein

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Vermögensberatung AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Comma Soft AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Capital Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Asset Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	VISA Deutschland e.V., Frankfurt a. M.
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Neue Mandate ab 2006	
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 12. Januar 2006)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt a. M.
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 13. Januar 2006)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 16. Januar 2006)	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Erläuterungen — Notes

Loukas Rizos

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt a. M.
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Capital Management S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Asset Management S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. November 2005)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Oktober 2005)	
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Vermögensberatung AG, Bonn

Lothar Rogg

Mitglied des Vorstands bis 31. Dezember 2005

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	McPaper AG, Berlin
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2005)	Postbank Vermögensberatung AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2005)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2005)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2005)	PB Versicherung AG, Hilden

Hans-Peter Schmid

Mitglied des Vorstands seit 1. Dezember 2005

Neue Mandate ab 2006	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Januar 2006)	Postbank Vermögensberatung AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Januar 2006)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2006)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2006)	PB Versicherung AG, Hilden

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn
Vorsitzender des Beirats	CREDA Objektanlage- und verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. November 2005)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 3. Mai 2005)	Deutsche Post Retail GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Danzas Deutschland Holding GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DHL Freight GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Mitglied des Beirats	einsnull IT-Support GmbH, Bonn
Neue Mandate ab 2006	
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 13. Januar 2006)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 16. Januar 2006)	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Der Aufsichtsrat der Deutschen PostbankAG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Klaus Zumwinkel Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post World Net, Bonn (Vorsitzender)	
Jörg Asmussen, Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	seit 19. Mai 2005
Wilfried Boysen, Hamburg	
Prof. Dr. Edgar Ernst Mitglied des Vorstands Deutsche Post World Net, Bonn	
Dr. Peter Hoch, München	
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Professur FH, Kronberg	
Dr. Hans-Dieter Petram, Mitglied des Vorstands Deutsche Post World Net, Bonn	
Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin	seit 16. Februar 2005
Dr. Klaus Schlede, ehem. Stv. Vorsitzender des Vorstands Deutsche Lufthansa AG, Köln	
Elmo von Schorlemer, Rechtsanwalt, Aachen	
Dr. Manfred Schüler, Staatssekretär a. D., Wachtberg	bis 19. Mai 2005

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin (Stellvertretender Vorsitzender)	
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche PostbankAG, Zentrale, Bonn	
Rosemarie Bolte, Landesbezirksfachbereichsleiterin Finanzdienstleistungen Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Stuttgart	
Annette Harms, Stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats Postbank Hamburg, Hamburg	
Ralf Höhmann, Vorsitzender des Betriebsrats Postbank Stuttgart, Stuttgart	
Elmar Kallfelz, Mitglied des Konzernbetriebsrats Deutsche Post AG, Bonn	
Harald Kuhlow, Sachverständiger beim Betriebsrat Deutsche Postbank AG, Bonn	
Sabine Schwarz, Vorsitzende des Betriebsrats Postbank Berlin, Berlin	
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	seit 15. August 2005
Christine Weiler, Vorsitzende des Betriebsrats Postbank München, München	
Christel Zobeley, Gewerkschaftsfunktionärin Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin	bis 15. August 2005

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2005 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Klaus Zumwinkel

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	KarstadtQuelle AG, Essen
Mitglied des Board of Directors	Morgan Stanley, Delaware, USA

Erläuterungen — Notes

Jörg Asmussen

Funktion

Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied im Mittelstandsrat

Gesellschaft

IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg
KfW Bankengruppe, Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion

Mitglied des Aufsichtsrats

Gesellschaft

Allianz Versicherungs-AG, München

Dr. Peter Hoch

Funktion

Mitglied des Aufsichtsrats

Gesellschaft

Giesecke & Devrient GmbH, München

Prof. Dr. Ralf Krüger

Funktion

Vorsitzender des Aufsichtsrats
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Beirats

Gesellschaft

KMS AG, Kriens, Frankfurt a. M.
MITECH AG, Düsseldorf
Deutsche Post AG, Bonn
SIREO REAL Estate Asset Management GmbH,
Heusenstamm

Dr. Hans-Dieter Petram

Funktion

Vorsitzender des Beirats
Vorsitzender des Beirats
Vorsitzender des Beirats
Vorsitzender des Beirats
Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats

Gesellschaft

Deutsche Post Bauen GmbH, Bonn
Deutsche Post Global Mail GmbH, Bonn
Deutsche Post Immobilienentwicklung GmbH, Bonn
Global Mail Inc., Weston, USA
HDI Industrie Versicherung AG, Hannover
HDI Privat Versicherung AG, Hannover
HDI Service AG, Hannover

Dr. Bernd Pfaffenbach

Funktion

Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats

Gesellschaft

Deutsche Bahn AG, Berlin
Lufthansa Cargo AG, Frankfurt a. M.

Dr. Klaus Schlede

Funktion

Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Verwaltungsrats

Gesellschaft

Deutsche Lufthansa AG, Köln
Deutsche Telekom AG, Bonn
SWISS International AIR LINES AG, Basel, Schweiz

Elmo von Schorlemer

Funktion

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis März 2005)
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats

Gesellschaft

IFP AG, Stuttgart
Securess AG Die Versicherungsmakler, Essen
Caruno AG, Köln
Consuno AG, Köln
VHV Allgemeine Versicherung AG, Hannover

Erläuterungen — Notes

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	DGB Rechtsschutz GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Salzgitter AG, Salzgitter

Rosemarie Bolte

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Karlsruher Lebensversicherung AG, Karlsruhe

Annette Harms

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Ralf Höhmann

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche BKK, Wolfsburg
Mitglied des Vorstands	Landesfachbereich 1 Finanzdienstleistungen, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Stuttgart
Mitglied des Vorstands	UKPT, Tübingen

Elmar Kallfelz

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation, Bonn

(60) Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

	2005
	Mio €
Abschlussprüfungen	3,4
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	1,6
Steuerberatungsleistungen	0,1
Sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	<u>0,8</u>
Gesamt	<u><u>5,9</u></u>

(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben gemeinsam am 18. März 2005 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2005 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

Bonn, 21. Februar 2006
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann



Dirk Berensmann



Stefan Jütte



Dr. Wolfgang Klein



Loukas Rizos



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer

Der folgende in Übereinstimmung mit § 322 Handelsgesetzbuch erteilte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht der Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2005. Der Konzernlagebericht ist nicht in diesem Prospekt abgedruckt.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Postbank AG aufgestellten Konzernabschluss — bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 21. Februar 2006

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft / Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Eckes)
Wirtschaftsprüfer

(Güldenber)
Wirtschaftsprüfer

**UNGEPRÜFTER KONZERNZWISCHENABSCHLUSS DER
DEUTSCHE POSTBANK AG (IFRS) ZUM 30. SEPTEMBER 2008**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. September 2008

	Erläuterungen	01.01.-30.09. 2008 Mio €	01.01.-30.09. 2007 Mio €
Zinserträge	(4)	7.302	6.169
Zinsaufwendungen	(4)	-5.545	-4.531
Zinsüberschuss	(4)	1.757	1.638
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(5)	-304	-268
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.453	1.370
Provisionserträge	(6)	1.258	1.239
Provisionsaufwendungen	(6)	-187	-186
Provisionsüberschuss	(6)	1.071	1.053
Handelsergebnis	(7)	8	264
Ergebnis aus Finanzanlagen	(8)	-549	292
Verwaltungsaufwand	(9)	-2.101	-2.128
Sonstige Erträge	(10)	125	89
Sonstige Aufwendungen	(11)	-119	-134
Ergebnis vor Steuern		-112	806
Ertragsteuern		-1	-104
Ergebnis nach Steuern		-113	702
Ergebnis Konzernfremde		-1	-1
Konzernverlust/-gewinn		-114	701

Ergebnis je Aktie

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn durch die während der Berichtsperiode durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. In beiden Berichtsperioden befanden sich durchschnittlich 164.000.000 Aktien im Umlauf.

Das Ergebnis je Aktie stellt sich wie folgt dar:

	01.01.-30.09. 2008	01.01.-30.09. 2007
Ergebnis je Aktie in	-0,70	4,27
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in	-0,70	4,27

Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht

	2008				2007		
	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €
Zinserträge	2.475	2.510	2.317	2.215	2.101	2.081	1.987
Zinsaufwendungen	-1.897	-1.888	-1.760	-1.613	-1.561	-1.526	-1.444
Zinsüberschuss	578	622	557	602	540	555	543
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-143	-86	-75	-70	-92	-86	-90
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	435	536	482	532	448	469	453
Provisionserträge	421	418	419	436	424	396	419
Provisionsaufwendungen	-59	-68	-60	-60	-67	-57	-62
Provisionsüberschuss	362	350	359	376	357	339	357
Handelsergebnis	-59	58	9	26	95	108	61
Ergebnis aus Finanzanlagen	-470	-80	1	2	184	38	70
Verwaltungsaufwand	-719	-698	-684	-728	-706	-707	-715
Sonstige Erträge	39	44	42	71	36	29	24
Sonstige Aufwendungen	-37	-39	-43	-81	-64	-42	-28
Ergebnis vor Steuern	-449	171	166	198	350	234	222
Ertragsteuern	100	-52	-49	-29	56	-83	-77
Ergebnis nach Steuern	-349	119	117	169	406	151	145
Ergebnis Konzernfremde	0	0	-1	0	0	0	-1
Konzernverlust/- gewinn	-349	119	116	169	406	151	144

Bilanz zum 30. September 2008

Aktiva

	Erläuterungen	30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Barreserve		3.486	3.352
Forderungen an Kreditinstitute	(12)	17.622	24.581
Forderungen an Kunden	(13)	103.451	92.130
Risikovorsorge	(15)	-1.313	-1.154
Handelsaktiva	(16)	8.674	9.936
Hedging-Derivate		351	421
Finanzanlagen	(17)	81.278	68.606
Immaterielle Vermögenswerte	(18)	2.406	2.425
Sachanlagen	(19)	895	927
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien		73	73
Tatsächliche Ertragsteueransprüche		188	117
Latente Ertragsteueransprüche		869	483
Sonstige Aktiva	(20)	673	529
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte		—	565
Summe der Aktiva		<u>218.653</u>	<u>202.991</u>

Passiva

		30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(21)	66.679	61.146
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(22)	115.701	110.696
Verbriefte Verbindlichkeiten	(23)	15.959	9.558
Handelspassiva	(24)	6.245	5.594
Hedging-Derivate		829	873
Rückstellungen	(25)	2.116	2.107
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen		175	122
Latente Ertragsteuerverpflichtungen		964	1.102
Sonstige Passiva	(26)	520	835
Nachrangkapital	(27)	5.846	5.603
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten		—	44
Eigenkapital		3.619	5.311
a) Gezeichnetes Kapital		410	410
b) Kapitalrücklage		1.160	1.160
c) Andere Rücklagen		2.160	2.869
d) Konzernverlust/ -gewinn		-114	870
Anteile in Fremdbesitz		3	2
Summe der Passiva		<u>218.653</u>	<u>202.991</u>

Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Währungs- umrechnungs- rücklage	Neubewer- tungs-rücklage	Konzern- verlust/ -gewinn	Eigenkapital vor Fremd- anteilen	Anteile Gesamt in Fremd- besitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 01.01.2007	<u>410</u>	<u>1.160</u>	<u>3.051</u>	<u>-117</u>	<u>6</u>	<u>695</u>	<u>5.205</u>	<u>2</u>	<u>5.207</u>
Ausschüttung						-205	-205		-205
Einstellung in die Gewinnrücklagen			490			-490	0		0
Veränderungen aus									
Währungsumrechnung				-25			-25		-25
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					-326		-326		-326
Konzerngewinn 01.01.-30.09.2007						701	701	1	702
Eigene Aktien im Bestand							0	-1	-1
Übrige Veränderungen									
Stand 30.09.2007	<u>410</u>	<u>1.160</u>	<u>3.541</u>	<u>-142</u>	<u>-320</u>	<u>701</u>	<u>5.350</u>	<u>2</u>	<u>5.352</u>
nachrichtlich:									
Summe der eigenkapitalverändernden Positionen gem. IAS 1.96c 01.01.- 30.09.2007				-25	-326	701	350	1	351
Ausschüttung									
Einstellung in die Gewinnrücklagen									
Veränderungen aus									
Währungsumrechnung				-7			-7		-7
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					-203		-203		-203
Konzerngewinn 01.10.-31.12.2007						169	169		169
Eigene Aktien im Bestand									
Übrige Veränderungen									
Stand 31.12.2007	<u>410</u>	<u>1.160</u>	<u>3.541</u>	<u>-149</u>	<u>-523</u>	<u>870</u>	<u>5.309</u>	<u>2</u>	<u>5.311</u>
nachrichtlich:									
Summe der eigenkapitalverändernden Positionen gem. IAS 1.96c 01.10.- 31.12.2007				-7	-203	169	-41	0	-41
Ausschüttung						-205	-205		-205
Einstellung in die Gewinnrücklagen			665			-665	0		0
Veränderungen aus									
Währungsumrechnung				-3			-3		-3
Veränderungen unrealisierter Gewinne und Verluste nach latenten Steuern					-1.371		-1.371		-1.371
Konzernverlust 01.01.-30.09.2008						-114	-114	1	-113
Eigene Aktien im Bestand							0		0
Übrige Veränderungen							0		0
Stand 30.09.2008	<u>410</u>	<u>1.160</u>	<u>4.206</u>	<u>-152</u>	<u>-1.894</u>	<u>-114</u>	<u>3.616</u>	<u>3</u>	<u>3.619</u>
nachrichtlich:									
Summe der eigenkapitalverändernden Positionen gem. IAS 1.96c 01.01.- 30.09.2008				-3	-1.371	-114	-1.488	1	-1.487

Verkürzte Kapitalflussrechnung

	01.01.-30.09. 2008 Mio €	01.01.-30.09. 2007 Mio €
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Berichtszeitraums	3.352	1.015
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	12.950	1.455
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-12.790	417
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-27	381
Effekte aus Wechselkursänderungen	1	1
Zahlungsmittelbestand der zur Veräußerung gehaltenen Gruppen von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	—	-22
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Berichtszeitraums	<u>3.486</u>	<u>3.247</u>

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Erläuterungen — Notes

(1) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

	Retail Banking		Firmenkunden		Transaction Banking		Financial Markets		Übrige		Konzern	
	01.01.-30.09.2008	01.01.-30.09.2007	01.01.-30.09.2008	01.01.-30.09.2007	01.01.-30.09.2008	01.01.-30.09.2007	01.01.-30.09.2008	01.01.-30.09.2007	01.01.-30.09.2008	01.01.-30.09.2007	01.01.-30.09.2008	01.01.-30.09.2007
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €				
Zinsüberschuss	1.723	1.787	275	213	3	2	103	72	-347	-436	1.757	1.638
Handelsergebnis	13	8	-49	-3	—	—	57	51	-13	208	8	264
Finanzanlageergebnis	-1	30	-239	5	—	—	-79	5	-230	252	-549	292
Bilanzbezogene Erträge	1.735	1.825	-13	215	3	2	81	128	-590	24	1.216	2.194
Provisionsüberschuss	775	730	77	78	260	267	46	59	-87	-81	1.071	1.053
Gesamterträge	2.510	2.555	64	293	263	269	127	187	-677	-57	2.287	3.247
Verwaltungsaufwand	-1.607	-1.639	-128	-132	-240	-247	-66	-61	-60	-49	-2.101	-2.128
Risikovorsorge	-204	-218	-23	-17	—	—	-11	7	-66	-40	-304	-268
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	23	-14	2	-1	11	4	-1	—	-29	-34	6	-45
Ergebnis vor Steuern	722	684	-85	143	34	26	49	133	-832	-180	-112	806
Cost-Income-Ratio (CIR)	<u>64,0%</u>	<u>64,1%</u>	<u>200,0%</u>	<u>45,1%</u>	<u>91,3%</u>	<u>91,8%</u>	<u>52,0%</u>	<u>32,6%</u>	—	—	<u>91,9%</u>	<u>65,5%</u>
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	<u>42,0%</u>	<u>31,4%</u>	<u>-28,5%</u>	<u>52,4%</u>	—	—	<u>9,9%</u>	<u>38,1%</u>	<u>-83,6%</u>	<u>-17,1%</u>	<u>-3,2%</u>	<u>20,9%</u>
	30.09.2008	31.12.2007	30.09.2008	31.12.2007	30.09.2008	31.12.2007	30.09.2008	31.12.2007	30.09.2008	31.12.2007	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €				
Segmentvermögen	83.998	79.107	26.872	21.032	131	93	22.946	22.521	77.078	72.500	211.025	195.253
Segmentverbindlichkeiten	98.742	94.563	20.702	18.469	—	1	15.731	12.569	69.409	61.392	204.584	186.994

Im Segment Transaction Banking sind intersegmentäre Erträge in Höhe von 56,2% (30.09.2007: 55,6%) enthalten.

Die auf das Engagement Lehman Brothers entfallenden Wertminderungen betreffen die Segmente Firmenkunden, Financial Markets und Übrige, die isländische Banken betreffenden Wertminderungen sind dem Segment Financial Markets zugeordnet.

Segmentberichterstattung nach geografischen Bereichen

	Vermögen		Verbindlichkeiten		Erträge		Ergebnis vor Steuern	
	30.09.2008	31.12.2007	30.09.2008	31.12.2007	01.01.-30.09.2008	01.01.-30.09.2007	01.01.-30.09.2008	01.01.-30.09.2007
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Deutschland	173.634	163.155	168.555	156.683	2.423	3.051	89	657
Übrige	37.391	32.098	36.029	30.311	-136	196	-201	149
Europa	30.041	25.974	28.905	24.665	71	121	27	98
USA	6.786	5.655	6.628	5.225	-219	67	-236	49
Asien	564	469	496	421	12	8	8	2
Gesamt	211.025	195.253	204.584	186.994	2.287	3.247	-112	806

Die Zuordnung der Segmente erfolgt nach dem jeweiligen Sitz der Niederlassung oder des Konzernunternehmens.

Allgemeine Angaben

(2) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Zwischenabschluss wurde im Einklang mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt, sofern sie zum Abschlussstichtag anzuwenden sind. Insbesondere wird für die Anforderungen an einen Zwischenbericht der IAS 34 berücksichtigt. Die Postbank erstellt gem. § 37y Nr. 3 WpHG i. V. m. § 37x Abs. 3 WpHG einen Quartalsfinanzbericht, der neben dem hier dargestellten verkürzten Abschluss auch einen Zwischenlagebericht inklusive Zwischenrisikobericht (siehe Lagebericht) umfasst. Für den Zwischenabschluss zum 30. September 2008 wurden, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Konzernabschluss 2007 angewandt.

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Schätzung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten inkl. der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes für bestimmte Finanzinstrumente, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente haben wir u.a. sowohl unsere Geschäftsstrategie als auch die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen.

Derivative Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements werden in erster Linie als Mikrohedgerbeziehungen (Fair Value Hedges) eingegangen. Sofern keine effektiven Mikrohedgerbeziehungen vorliegen, sind die Wertveränderungen der derivativen Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements gemäß IFRS ergebniswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risikosteuerung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht.

Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzinsposition der Gesamtbankbilanz (Bilanzstrukturmanagement) werden sowohl neue Swaps in der Form von Mikrohedges (Mikroswaps) abgeschlossen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und glattgestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikrohedgerbeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedges behandelt.

Im Zuge weiterer Prozessoptimierungen erfolgen die Durchführung des Effektivitätstests und damit die ergebniswirksame Bewertung ab 1. Juli 2008 nicht mehr quartalsweise, sondern auf monatlicher Basis.

Als Folge einer Schätzungsänderung bei der Ermittlung des Impairmentbedarfs von als Available for Sale kategorisierten Anteilen an Publikumsfonds wurden seit Anfang 2008 die nicht dauerhaften Wertminderungen als Reduzierung der Neubewertungsrücklage in Höhe von 69 Mio € dargestellt.

Die Postbank hat ihre erworbene und selbst erstellte aktivierte Software hinsichtlich der Nutzungsdauer überprüft. Die Analyse ergab, dass zwei Software-Produkte aufgrund ihrer Wettbewerbsfähigkeit am Markt länger nutzbar sein werden. Diese Schätzungsänderung entlastet das Ergebnis in den ersten neun Monaten 2008 um rund 15 Mio € vor Steuern. Die erwartete Auswirkung auf das Geschäftsjahr 2008 beträgt rund +19 Mio € vor Steuern.

Die Deutsche Postbank geht derzeit davon aus, dass zum 31. Dezember 2008 keine Verlustvorräte mehr bestehen werden.

Bei der Aufstellung des Quartalsabschlusses hat die Bank von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf den 1. Juli 2008 bestimmte finanzielle Vermögenswerte bei Erfüllung der hierfür erforderlichen Voraussetzungen in andere Kategorien umzuwidmen. Diese Möglichkeit wurde den Bilanzierenden durch die am 13. Oktober 2008 vom IASB verabschiedeten Änderungen zu IAS 39 & IFRS 7 "Reclassification of Financial Assets"

eingerräumt. Die Änderung wurde von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften durch die Verordnung (EG) Nr. 1004/2008 vom 15. Oktober 2008 in europäisches Recht übernommen und trat am 17. Oktober 2008 in Kraft. Die Postbank hat für einen Teil der von ihr gehaltenen Schuldverschreibungen die Halteabsicht geändert und beabsichtigt nun, diese auf absehbare Zeit zu halten. Daher hat sie gemäß IAS 39.50E Fremdwährungsschuldverschreibungen von nom. 1.596 Mio € rückwirkend zum 1. Juli 2008 zum Fair Value von € 1.463 Mio von der Bewertungskategorie "Available for Sale" in die Bewertungskategorie "Loans and Receivables" umgegliedert. Zum 30. September 2008 haben diese Papiere einen Fair Value von 1.543 Mio € und unter Berücksichtigung von Fremdwährungseffekten einen Buchwert von 1.612 Mio €. Bis zum Umgliederungszeitpunkt beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertveränderungen der umgegliederten Papiere auf –81 Mio. € (Vorjahr: –30 € Mio). Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die negative Neubewertungsrücklage im dritten Quartal 2008 um weitere 69 Mio € angestiegen. Der zum Zeitpunkt der Umwidmung auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgewidmeten Wertpapiere 5,48%, die geschätzten Zahlungsströme, die die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederung zu erzielen hofft, belaufen sich auf 2.130 Mio €. Zum 30. September 2008 ergab sich für die umgegliederten Wertpapiere kein Impairment, Veräußerungen wurden in der Berichtsperiode nicht getätigt. Die Höhe und der Ausweis weiterer Erträge und Aufwendungen aus den umgegliederten Papieren bleiben nach der Umgliederung unverändert.

Im Falle nicht verifizierbarer indikativer Kurse werden bei der Ermittlung der Fair Values für ausgewählte strukturierte Finanzinstrumente (Structured Credit Products — SCP) der Kategorie AfS, wie z.B. CDO, Consumer ABS, Commercial ABS, CMBS, RMBS, gegenüber dem Vorjahr weiterentwickelte Bewertungsverfahren eingesetzt. Dabei wird ein Simulationsmodell verwendet, welches auf einer Portfolioverlustverteilung unter Berücksichtigung der jeweiligen Verbriefungsstruktur beruht. Die Zahlungsströme dieser Produkte werden unter Berücksichtigung der entsprechenden Risiken aus den verbrieften Portfolios und der Struktur der Verbriefungen prognostiziert und mit laufzeit- und risikoäquivalenten Zinssätzen abgezinst. Das Bewertungsverfahren verwendet gemäß IAS 39.48A im größtmöglichen Umfang Marktdaten. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

(3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 30. September 2008 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 43 Tochterunternehmen (31. Dezember 2007: 43) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) Unmittelbar	Anteil (%) Mittelbar
BHW Holding AG, Berlin/Hameln	100,0	
BHW Bausparkasse AG, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		100,0
BHW Immobilien GmbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Home Finance Limited, New Delhi, Indien		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn		100,0
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Munsbach, Luxemburg		100,0
Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
Postbank Support GmbH, Köln		100,0
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	
DSL Holding AG i.A., Bonn	100,0	
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		90,0
DPBI Immobilien KGaA, Munsbach, Luxemburg		10,01
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	
PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Realty Corp., New York, USA		94,7
PB Finance (Delaware) Inc., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
DSL Bank Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Bank Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen	100,0	

Am 12. Februar 2008 wurde der Beschluß der Hauptversammlung der BHW Holding AG zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den Hauptaktionär, die Deutsche Postbank AG, in das Handelsregister eingetragen. Mit der Eintragung des Übertragungsbeschlusses gingen die restlichen 1,6 % der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die Deutsche Postbank AG über, die somit 100 % der Anteile an der BHW Holding hält.

Mit Eintragung in das Handelsregister am 16. Januar 2008 wurde die einsnull IT-Support GmbH umfirmiert in Postbank Support GmbH.

Die Betriebs-Center für Banken Verwaltungs GmbH wurde mit der Eintragung in das Handelsregister am 23. Juni 2008 in Postbank Sechste Beteiligungen GmbH umfirmiert. Die Gesellschaft ist zum 30. Juni 2008

Erläuterungen — Notes

aufgrund untergeordneter Bedeutung für den Postbank Konzern aus dem Konsolidierungskreis ausgeschlossen.

Die PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen wurde am 8. Juli 2008 gegründet und erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen. Die BHW Bank AG wurde am 21. Juli 2008 rückwirkend zum 2. Januar 2008 auf die Postbank AG verschmolzen.

Im Rahmen eines Portfolioankaufs erwarb die Deutsche Postbank AG am 11. Juli 2008 die Kommanditanteile der Ariadne Portfolio GmbH & Co. KG, welche mit der Eintragung in das Handelsregister am 1. August 2008 umfirmiert wurde in DSL Bank Portfolio GmbH & Co. KG. Darüber hinaus erwarb die Deutsche Postbank AG die Ariadne Verwaltungs GmbH, die am 31. Juli 2008 mit Eintragung in das Handelsregister in DSL Bank Portfolio Verwaltungs GmbH umfirmiert wurde. Beide Gesellschaften wurden erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Betriebs-Center für Banken Payments & Services GmbH wurde mit Wirkung zum 11. September 2008 rückwirkend zum 1. Januar 2008 auf die Betriebs-Center für Banken AG verschmolzen.

Die BHW Home Finance Ltd. wurde mit Wirkung zum 26. September 2008 umfirmiert in Deutsche Postbank Home Finance Ltd.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12, nach der Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, wurden insgesamt 23 Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen (31. Dezember 2007: 23) sowie seit Januar 2008 eine zur Verbriefung von Ratenkrediten gegründete Gesellschaft in den Konzernabschluss einbezogen.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor. Die Änderungen des Konsolidierungskreises haben insgesamt keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Die Postbank AG trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Capital Corp., Delaware, USA und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(4) Zinsüberschuss

	01.01.-30.09. 2008 Mio €	01.01.-30.09. 2007 Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	4.614	3.994
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2.460	1.782
Handelsgeschäften	186	306
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	<u>-11</u>	<u>-6</u>
	<u>7.249</u>	<u>6.076</u>
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	44	92
Beteiligungen	<u>9</u>	<u>1</u>
	<u>53</u>	<u>93</u>
	<u>7.302</u>	<u>6.169</u>
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	4.662	3.465
Verbrieften Verbindlichkeiten	443	472
Nachrangkapital	234	204
Swaps	21	91
Handelsgeschäften	<u>185</u>	<u>299</u>
	<u>5.545</u>	<u>4.531</u>
Gesamt	<u><u>1.757</u></u>	<u><u>1.638</u></u>

Von den Zinserträgen entfallen 5.364 Mio € (Vorjahr: 4.533 Mio €) auf Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables, 37 Mio € (Vorjahr: 112 Mio €) auf Finanzinstrumente der Kategorie Held to Maturity und 1.673 Mio € (Vorjahr: 1.131 Mio €) auf Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 25 Mio € (Vorjahr: 24 Mio €) enthalten (Unwinding nach IAS 39).

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen setzt sich wie folgt zusammen:

	01.01.-30.09. 2008 Mio €	01.01.-30.09. 2007 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	455	43
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	<u>-466</u>	<u>-49</u>
Gesamt	<u><u>-11</u></u>	<u><u>-6</u></u>

(5) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	01.01.-30.09. 2008 Mio €	01.01.-30.09. 2007 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	319	317
Portfoliowertberichtigungen	36	17
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	20	21
Direkte Forderungsabschreibung	23	18
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	73	95
Portfoliowertberichtigungen	5	1
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	3	1
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	<u>13</u>	<u>8</u>
Gesamt	<u>304</u>	<u>268</u>

Die Risikovorsorge entfällt in Höhe von 287 Mio € (Vorjahr: 247 Mio €) auf Forderungen der Kategorie Loans and Receivables und in Höhe von 17 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen.

Die Zuführung zu Einzelwertberichtigungen entfällt mit 57 Mio € auf die Kreditengagements Lehman Brothers und isländische Banken.

(6) Provisionsüberschuss

	01.01.-30.09. 2008 Mio €	01.01.-30.09. 2007 Mio €
Girogeschäft	269	269
Wertpapiergeschäft	123	103
Kredit- und Avalgeschäft	91	81
Filialgeschäft	351	380
Sonstiges Provisionsgeschäft	<u>237</u>	<u>220</u>
Gesamt	<u>1.071</u>	<u>1.053</u>

Die Provisionserträge und -aufwendungen der Postbank Finanzberatung werden seit Anfang 2008 sachgerechter den einzelnen Bestandteilen des Provisionsüberschusses zugeordnet.

(7) Handelsergebnis

	01.01.-30.09. 2008 Mio €	01.01.-30.09. 2007 Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	-13	39
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	11	216
Ergebnis aus Fair-Value-Option	1	4
Ergebnis aus Aktien	2	15
Devisenergebnis	10	-7
Provisionsergebnis Handelsbestand	<u>-3</u>	<u>-3</u>
Gesamt	<u>8</u>	<u>264</u>

Erläuterungen — Notes

Im Wesentlichen bedingt durch Belastungen aus der Finanzmarktkrise sind im Ergebnis aus Derivaten Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten (–367 Mio €), CPPI-Strukturen (–27 Mio €) und sonstigen Schuldscheindarlehen (–31 Mio €) enthalten.

(8) Ergebnis aus Finanzanlagen

	01.01.-30.09. 2008 Mio €	01.01.-30.09. 2007 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	–459	–50
davon Verkaufsergebnis	6	1
Verkaufsgewinne	24	9
Verkaufsverluste	18	8
davon Wertminderungsergebnis	–465	–51
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	–119	–50
davon Verkaufsergebnis	–34	–39
Verkaufsgewinne	154	289
Verkaufsverluste	188	328
davon Wertminderungsergebnis	–85	–11
Ergebnis aus Forderungen an Kreditinstitute (saldiert)	—	1
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	—	1
Ergebnis aus Forderungen an Kunden (saldiert)	29	—
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	29	—
Ergebnis aus Beteiligungen	—	391
Gesamt	–549	292

	01.01.-30.09. 2008 Mio €	01.01.-30.09. 2007 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	33	–158
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	–32	121
Ergebnis aus Beteiligungen	—	391
Impairment	–550	–62
Gesamt	–549	292

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen 137 Mio € auf Structured Credit Products und 75 Mio € auf Aktien und Anteile an Investmentfonds.

Die weiteren Impairments entfallen auf die Engagements Lehman Brothers und isländische Banken.

(9) Verwaltungsaufwand

	01.01.-30.09. 2008 Mio €	01.01.-30.09. 2007 Mio €
Personalaufwand	1.037	1.040
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.012	1.028
Abschreibungen auf Sachanlagen	52	60
Gesamt	2.101	2.128

Erläuterungen — Notes

(10) Sonstige Erträge

	01.01.-30.09. 2008 Mio €	01.01.-30.09. 2007 Mio €
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	27	15
Übrige	<u>98</u>	<u>74</u>
Gesamt	<u>125</u>	<u>89</u>

(11) Sonstige Aufwendungen

	01.01.-30.09. 2008 Mio €	01.01.-30.09. 2007 Mio €
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	55	56
Übrige	<u>64</u>	<u>78</u>
Gesamt	<u>119</u>	<u>134</u>

Erläuterungen zur Bilanz

(12) Forderungen an Kreditinstitute

	30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Täglich fällig	980	1.601
Andere Forderungen	<u>16.642</u>	<u>22.980</u>
Gesamt	<u>17.622</u>	<u>24.581</u>

Unter der Position Forderungen an Kreditinstitute werden nur Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables erfasst.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 5.536 Mio € (31. Dezember 2007: 6.871 Mio €) fällig.

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	8.407	11.413	2.316	805
Nicht-finanzielle Sicherheiten	—	—	—	—
Gesamt	<u>8.407</u>	<u>11.413</u>	<u>2.316</u>	<u>805</u>

(13) Forderungen an Kunden

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Private Baufinanzierungen	69.173	64.781
Bauspardarlehen	3.411	3.179
Gewerbliche Kredite	23.063	17.553
Forderungen an öffentliche Haushalte	2.410	3.546
Ratenkredite	2.883	2.289
Sonstige Forderungen	<u>2.511</u>	<u>782</u>
Gesamt	<u>103.451</u>	<u>92.130</u>

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien gliedert sich der Forderungsbestand wie folgt:

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Loans and Receivables	95.125	84.564
Held to Maturity	359	456
Fair-Value-Option	<u>7.967</u>	<u>7.110</u>
Gesamt	<u>103.451</u>	<u>92.130</u>

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 77.918 Mio € (31. Dezember 2007: 69.769 Mio €) fällig.

(14) Kreditvolumen

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	17.622	24.581
Forderungen an Kunden	103.451	92.130
Bürgschaften und Garantien	<u>1.259</u>	<u>1.428</u>
Gesamt	<u>122.332</u>	<u>118.139</u>

(15) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge gliedert sich wie folgt auf:

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Einzelwertberichtigungen	1.200	1.071
Portfoliowertberichtigungen	<u>113</u>	<u>83</u>
Bestand Risikovorsorge	<u>1.313</u>	<u>1.154</u>
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	<u>50</u>	<u>39</u>
Gesamt	<u>1.363</u>	<u>1.193</u>

Die Risikovorsorge entfällt in Höhe von 57 Mio € auf Forderungen an Kreditinstitute und in Höhe von 1.256 Mio € auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables. Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Erläuterungen — Notes

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 1. Januar	<u>1.071</u>	<u>1.090</u>	<u>83</u>	<u>65</u>	<u>1.154</u>	<u>1.155</u>
Umgliederungen wegen IFRS 5	—	-86	—	-2	—	-88
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Risikovorsorge	319	317	36	17	355	334
Abgänge						
Inanspruchnahme	92	125	1	—	93	125
Zugunsten GuV aufgelöste Risikovorsorge	73	95	5	1	78	96
Unwinding	25	24	—	—	25	24
Währungsumrechnungsdifferenzen	—	3	—	—	—	3
Stand 30. September	<u>1.200</u>	<u>1.074</u>	<u>113</u>	<u>79</u>	<u>1.313</u>	<u>1.153</u>

(16) Handelsaktiva

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.099	4.139
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11	161
Baudarlehen Held for Trading	205	209
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	5.743	5.155
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	479	131
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	<u>137</u>	<u>141</u>
Gesamt	<u>8.674</u>	<u>9.936</u>

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 5.796 Mio € (31. Dezember 2007: 7.365 Mio €) fällig.

(17) Finanzanlagen

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Loans and Receivables	31.974	26.600
Held to Maturity	378	730
Available for Sale	<u>46.187</u>	<u>38.755</u>
	<u>78.539</u>	<u>66.085</u>
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Available for Sale)	2.643	2.418
Beteiligungen (Available for Sale)	18	22
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	<u>78</u>	<u>81</u>
Gesamt	<u>81.278</u>	<u>68.606</u>

Bestände in Höhe von 72.163 Mio € (31. Dezember 2007: 61.477 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Erläuterungen — Notes

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Verbindlichkeiten	35.286	24.518
Eventualverbindlichkeiten	—	—
Gesamt	<u>35.286</u>	<u>24.518</u>

(18) Immaterielle Vermögenswerte

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.631	1.631
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	643	606
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	92	66
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	40	122
Gesamt	<u>2.406</u>	<u>2.425</u>

In der Position „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die aktivierte Marke BHW in Höhe von 319 Mio € enthalten. Nach planmäßigen Abschreibungen betragen die im Rahmen des Erwerbs des BHW aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen 87 Mio € (31. Dezember 2007: 90 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 61 Mio € (31. Dezember 2007: 66 Mio €).

(19) Sachanlagen

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Grundstücke und Gebäude	745	768
Betriebs- und Geschäftsausstattung	143	148
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	7	11
Gesamt	<u>895</u>	<u>927</u>

(20) Sonstige Aktiva

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	464	363
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	99	90
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	13	11
Forderungen an Finanzbehörden	12	10
Übrige	85	55
Gesamt	<u>673</u>	<u>529</u>

Bestände in Höhe von 344 Mio € (31. Dezember 2007: 393 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(21) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
täglich fällig	3.228	3.292
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	63.451	57.854
Gesamt	<u>66.679</u>	<u>61.146</u>

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Erläuterungen — Notes

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 11.175 Mio € (31. Dezember 2007: 11.454 Mio €) fällig.

(22) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Spareinlagen	35.927	34.996
Bauspareinlagen	16.492	16.915
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	26.686	26.589
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	36.596	32.196
	<u>63.282</u>	<u>58.785</u>
Gesamt	<u><u>115.701</u></u>	<u><u>110.696</u></u>

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 33.143 Mio € (31. Dezember 2007: 32.257 Mio €) fällig.

(23) Verbriefte Verbindlichkeiten

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Hypothekendarlehen	3.580	11
Öffentliche Pfandbriefe	27	59
Sonstige Schuldverschreibungen	12.352	9.488
Gesamt	<u><u>15.959</u></u>	<u><u>9.558</u></u>

Die Hypothekendarlehen enthalten die Neuemissionen in Höhe von nominal 2,5 Mrd €. In der Position „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 8.013 Mio € (31. Dezember 2007: 7.393 Mio €) fällig.

(24) Handelspassiva

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	5.280	4.955
Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	681	330
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	280	308
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	4	1
Gesamt	<u><u>6.245</u></u>	<u><u>5.594</u></u>

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 5.096 Mio € (31. Dezember 2007: 4.875 Mio €) fällig.

Erläuterungen — Notes

(25) Rückstellungen

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.149	1.143
Rückstellungen im Bauspargeschäft	709	710
Übrige	<u>258</u>	<u>254</u>
Gesamt	<u>2.116</u>	<u>2.107</u>

Nach mehr als 12 Monaten sind 1.790 Mio € (31. Dezember 2007: 1.797 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

(26) Sonstige Passiva

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	92	77
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	68	75
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanprüchen	54	46
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	39	99
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	43	43
Rechnungsabgrenzungsposten	40	42
Verbindlichkeiten aus Leistungen der Deutschen Post AG	40	81
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	21	188
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>123</u>	<u>184</u>
Gesamt	<u>520</u>	<u>835</u>

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 52 Mio € (31. Dezember 2007: 69 Mio €) fällig.

(27) Nachrangkapital

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.011	2.778
Hybride Kapitalinstrumente	1.533	1.508
Genussrechtskapital	1.248	1.262
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	<u>54</u>	<u>55</u>
Gesamt	<u>5.846</u>	<u>5.603</u>

In der Position „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 5.218 Mio € (31. Dezember 2007: 5.260 Mio €) fällig.

Sonstige Angaben

(28) Eventual- und andere Verpflichtungen

	30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.259	1.428
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	22.742	23.480
davon: bereitgestellte Baudarlehen	<u>5.321</u>	<u>5.665</u>
Gesamt	<u>24.001</u>	<u>24.908</u>

(29) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert werden

	30.09.2008		31.12.2007	
	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €
Aktiva				
Barreserve	3.486	3.486	3.352	3.352
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	17.622	17.460	24.581	24.510
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	95.125	95.452	85.159	85.414
Forderungen an Kunden (Held to Maturity)	359	359	456	456
Risikovorsorge	-1.313	-1.313	-1.184	-1.184
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	31.974	30.494	26.600	25.922
Finanzanlagen (Held to Maturity)	<u>378</u>	<u>378</u>	<u>730</u>	<u>731</u>
	<u>147.631</u>	<u>146.316</u>	<u>139.694</u>	<u>139.201</u>
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	66.679	66.288	61.146	60.935
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	115.701	115.481	110.740	110.335
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	<u>21.805</u>	<u>20.475</u>	<u>15.161</u>	<u>14.753</u>
	<u>204.185</u>	<u>202.244</u>	<u>187.047</u>	<u>186.023</u>

(30) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv- / Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Erläuterungen — Notes

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Derivate des Handelsbestands	659.879	518.853	6.359	5.427	6.241	5.593
Hedging Derivate	44.138	34.052	351	421	829	873
Gesamt	704.017	552.905	6.710	5.848	7.070	6.466

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate	48.168	24.791	598	237	463	320
Zinsderivate	602.681	487.016	5.373	5.151	5.216	5.056
Aktien-/Indexbezogene Derivate	1.013	829	36	12	26	67
Kreditderivate	8.017	6.217	352	27	536	150
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	659.879	518.853	6.359	5.427	6.241	5.593
Hedging Derivate						
Fair Value Hedges	44.138	34.052	351	421	829	873
Gesamtbestand Hedging Derivate	44.138	34.052	351	421	829	873
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	704.017	552.905	6.710	5.848	7.070	6.466

Risiken zu Finanzinstrumenten werden im Risikobericht dargestellt.

(31) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die ordnungsgemäße Ermittlung des haftenden Eigenkapitals und der Eigenmittel stellt die Postbank auf Konzernebene sicher. Die Eigenmittelausstattung gemäß dem Kreditwesengesetz sowie der Solvabilitätsverordnung stellt sich wie folgt dar:

	30.09.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Adressrisiken	62.300	75.788
Marktrisikopositionen	9.913	12.225
Operationelle Risiken	6.450	3.063
Gesamtanrechnungsbetrag	78.663	91.076
Zusätzl. Anrechnungsbetrag gemäß Übergangsregel	—	4.500
Kernkapital	3.807	5.455
darunter: Hybride Kapitalinstrumente	1.620	1.651
Ergänzungskapital	2.964	3.312
darunter: Genussrechtskapital	1.175	1.213
darunter: Nachrangige Verbindlichkeiten	2.009	2.308
Drittangmittel	509	0
Anrechenbare Eigenmittel	7.280	8.767
Kernkapitalquote in %	5,5	6,9
Auswirkung der Übergangsregel in Prozentpunkten	—	-0,4
Gesamtkennziffer in %	9,2	9,6
Auswirkung der Übergangsregel in Prozentpunkten	—	-0,4

Erläuterungen — Notes

Die regulatorische Risikotragfähigkeit wird durch die Einhaltung der aufsichtlichen Mindesteigenmittelanforderungen sichergestellt. Diese bestimmen sich als Quotienten aus zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und eingegangenen Risikopositionen. Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital, gebildete Rücklagen und Hybride Kapitalinstrumente. Das Ergänzungskapital setzt sich aus Genussrechtsverbindlichkeiten sowie längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten nach den gesetzlich vorgegeben Abzügen zusammen.

(32) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Forderungen an Kunden		
Deutsche Post AG	198	402
Tochtergesellschaften	<u>13</u>	<u>30</u>
	<u>211</u>	<u>432</u>
Sonstige Aktiva		
Deutsche Post AG	13	24
Tochtergesellschaften	1	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	<u>1</u>	<u>4</u>
	<u>15</u>	<u>30</u>

Bei den Kundenforderungen an die Deutsche Post AG handelt es sich im Wesentlichen um Darlehen und Kontokorrentkredite.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	30.09.2008	31.12.2007
	Mio €	Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Tochtergesellschaften	54	44
Sonstige nahestehende Unternehmen	<u>39</u>	<u>36</u>
	<u>93</u>	<u>80</u>
Sonstige Passiva		
Deutsche Post AG	45	95
Tochtergesellschaften	3	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	<u>8</u>	<u>4</u>
	<u>56</u>	<u>101</u>
Nachrangkapital		
Tochtergesellschaften	<u>142</u>	<u>141</u>
	<u>142</u>	<u>141</u>

Die Kundenverbindlichkeiten gegenüber Tochtergesellschaften entfallen im Wesentlichen auf Termingeld der Postbank P.O.S. Transact GmbH bei der Deutschen Postbank International S.A. und auf Leistungsbeziehungen zwischen der Deutschen Postbank AG und der Betriebs -Center für Banken Processing GmbH.

Gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen entfallen die Kundenverbindlichkeiten insbesondere auf Leistungsverflechtungen zwischen der Postbank International S.A. und der Deutschen Post Pensionsfonds GmbH.

Erläuterungen — Notes

In der Position Nachrangkapital werden nachrangige Verbindlichkeiten der BHW Bausparkasse AG und der Deutschen Postbank AG gegenüber der BHW Euro Finance B.V. ausgewiesen, dabei handelt es sich um nachrangige Schuldscheindarlehen.

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

	01.01.-30.09.	
	2008	2007
	Mio €	Mio €
Zinserträge		
Deutsche Post AG	27	16
Tochtergesellschaften	9	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	<u>2</u>	<u>3</u>
	<u>38</u>	<u>21</u>
Zinsaufwendungen		
Deutsche Post AG	—	1
Tochtergesellschaften	7	7
Sonstige nahestehende Unternehmen	<u>1</u>	<u>—</u>
	<u>8</u>	<u>8</u>
Provisionserträge		
Deutsche Post AG	358	409
Tochtergesellschaften	<u>1</u>	<u>2</u>
	<u>359</u>	<u>411</u>
Provisionsaufwendungen		
Tochtergesellschaften	<u>9</u>	<u>8</u>
	<u>9</u>	<u>8</u>
Ergebnis aus Finanzanlagen		
Tochtergesellschaften	<u>1</u>	<u>—</u>
	<u>1</u>	<u>—</u>
Verwaltungsaufwand		
Deutsche Post AG	235	255
Tochtergesellschaften	17	13
Sonstige nahestehende Unternehmen	<u>119</u>	<u>114</u>
	<u>371</u>	<u>382</u>
Sonstige Erträge		
Deutsche Post AG	2	10
Tochtergesellschaften	3	4
Sonstige nahestehende Unternehmen	<u>19</u>	<u>19</u>
	<u>24</u>	<u>33</u>
Sonstige Aufwendungen		
Deutsche Post AG	<u>1</u>	<u>10</u>
	<u>1</u>	<u>10</u>

In den Provisionserträgen sind im Wesentlichen die Vergütungen der Deutschen Post AG für die in den Filialen der Postbank AG erbrachten Postdienstleistungen enthalten.

In den Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen die Vergütungen an die Deutsche Post AG für die in deren Filialen erbrachten Finanzdienstleistungen und der Portoaufwand enthalten. Die Verwaltungsaufwendungen gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen betreffen insbesondere Mieten und Mietnebenkosten.

(33) Namen der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Dr. Wolfgang Klein, Bonn (Vorsitzender)	
Dirk Berensmann, Unkel	
Dr. Mario Daberkow, Bonn	
Stefan Jütte, Bonn	
Horst Küpker, Königswinter	seit 1. Juli 2008
Guido Lohmann, Dülmen	
Dr. Michael Meyer, Bonn	
Loukas Rizos, Bonn	bis 30. Juni 2008
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	

Der Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Frank Appel, Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG, Königswinter (Vorsitzender seit 3. März 2008)	seit 19. Februar 2008
Dr. Klaus Zumwinkel, Köln	bis 18. Februar 2008
John Allan, Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	seit 8. Mai 2008
Jörg Asmussen, Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	bis 27. Mai 2008
Wilfried Boysen, Hamburg	
Prof. Dr. Edgar Ernst, Unternehmensberater, Bonn	
Dr. Peter Hoch, München	
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg	
Dr. Axel Nawrath, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	vom 27. Juni 2008 bis 24. Oktober 2008
Dr. Hans-Dieter Petram, Inning	
Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Wachtberg-Pech	
Dr. Klaus Schlede, Carabietta/Lugano	bis 8. Mai 2008
Elmo von Schorlemer, Rechtsanwalt, Aachen	

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer, Vorsitzender Deutscher
Gewerkschaftsbund, Berlin (Stellvertretender
Vorsitzender)

Wilfried Anhäuser, Vorsitzender Gesamtbetriebsrat
Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen

Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche
Postbank AG, Zentrale, Unterhaching

Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Bundesverwaltung, Berlin

Annette Harms, Stv. Vorsitzende Betriebsrat Hamburg
Deutsche Postbank AG, Hamburg

Elmar Kallfelz, Mitglied Europäischer Betriebsrat und
Gesamtbetriebsrat Deutsche Post AG, Wachtberg

Torsten Schulte, Vorsitzender Konzernbetriebsrat
Deutsche Postbank AG, Hessisch Oldendorf

Eric Stadler, Vorsitzender Betriebsrat München
Deutsche Postbank AG, Markt Schwaben

Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau

Renate Treis, Stv. Vorsitzende Gesamtbetriebsrat
Deutsche Postbank AG, Brühl

Versicherung des Vorstands

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der verkürzte Konzernzwischenabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernzwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Bonn, den 27. Oktober 2008
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Dr. Wolfgang Klein

Dirk Berensmann

Dr. Mario Daberkow

Stefan Jütte

Horst Küpker

Guido Lohmann

Dr. Michael Meyer

Hans-Peter Schmid

Ralf Stemmer

Die folgende in Übereinstimmung mit den Vorschriften des deutschen Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) erteilte Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht bezieht sich auf den verkürzten Konzernzwischenabschluss sowie den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Postbank AG für den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 30. September 2008, die Bestandteile des Quartalsfinanzberichts nach § 37x Abs. 3 WpHG sind. Der Konzernzwischenlagebericht ist nicht in diesem Prospekt abgedruckt.

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Deutsche Postbank AG, Bonn

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss — bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, verkürzter Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben — und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Postbank AG, Bonn, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September 2008, die Bestandteile des Quartalsfinanzberichts nach § 37x Abs. 3 WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind.

Düsseldorf, den 28. Oktober 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Susanne Beurschgens
Wirtschaftsprüferin

**GEPRÜFTER JAHRESABSCHLUSS DER DEUTSCHE POSTBANK AG (HGB)
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007**

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007 — Deutsche Postbank AG, Bonn

Aktivseite

	€	Vorjahr Mio €	€	€	€	Vorjahr Mio €
1. Barreserve						
a) Kassenbestand			1.031.879.810,22			805
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			2.172.426.909,64			107
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	2.170.371.354,99	105				
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-,-	3.204.306.719,86		
2. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig			1.673.363.243,15			977
b) andere Forderungen			24.182.164.114,45	25.855.527.357,60		16.538
3. Forderungen an Kunden				61.386.531.234,58		53.169
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	25.730.021.215,31	23.031				
Kommunalkredite	3.543.357.518,90	5.434				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere			-,-			
aa) von öffentlichen Emittenten			-,-			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-	0				
ab) von anderen Emittenten			5.730.069.163,03	5.730.069.163,03		171
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.291.909.913,03	151				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			13.410.719.929,90			14.118
ba) von öffentlichen Emittenten						
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	13.126.806.093,01	13.723				
bb) von anderen Emittenten			32.878.478.144,24	46.289.198.074,14		28.649
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	26.507.140.373,45	23.059				
c) eigene Schuldverschreibungen			71.264.722,95	52.090.531.960,12		86
Nennbetrag	72.706.219,13	85				
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				10.259.828.388,47		12.814
6. Beteiligungen				16.501.557,65		33
darunter:						
an Kreditinstituten	1.158.617,98	1				
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-	31				
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				4.287.959.661,53		3.975
darunter:						
an Kreditinstituten	712.432.765,28	563				
an Finanzdienstleistungsinstituten	5.000.000,00	5				
8. Treuhandvermögen				1.174.402.557,99		1.287
darunter: Treuhandkredite	1.103.244.527,15	1.203				
9. Immaterielle Anlagewerte				17.237.898,71		19
10. Sachanlagen				638.885.533,04		658
11. Sonstige Vermögensgegenstände				1.364.843.138,57		1.007
12. Rechnungsabgrenzungsposten				965.354.788,83		802
Summe der Aktiva				161.261.910.796,95		135.215

	€	€	€	€	€
					Vorjahr
					Mio €
Passivseite					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			4.201.947.619,94		2.230
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			51.497.538.704,89	<u>55.699.486.324,83</u>	36.787
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	34.418.546.007,85				35.403
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	228.494.486,61	34.647.040.494,46			259
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	24.717.750.486,76				22.905
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	26.745.803.540,98	51.463.554.027,74		<u>86.110.594.522,20</u>	17.178
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			6.643.439.266,06	<u>7.406.774.989,13</u>	9.403
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten darunter:			763.335.723,07	763.335.723,07	
Geldmarktpapiere	763.335.723,07	i.Vj.	578 Mio €		
4. Treuhandverbindlichkeiten				<u>1.174.402.557,99</u>	1.287
darunter: Treuhandkredite	1.103.244.527,15	i.Vj.	1.203 Mio €		
5. Sonstige Verbindlichkeiten				<u>804.953.296,41</u>	478
6. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>599.943.562,71</u>	538
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			562.435.687,91		564
b) Steuerrückstellungen			34.266.562,06		29
c) andere Rückstellungen			270.966.425,36	<u>867.668.675,33</u>	241
8. Nachrangige Verbindlichkeiten				<u>3.711.887.101,27</u>	3.194
9. Genusssrechtskapital				<u>1.215.584.020,60</u>	1.081
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-	i.Vj.	4 Mio €		
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>1.165.000.000,00</u>	1.165
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital			410.000.000,00		410
b) Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter			51.225.837,62		51
c) Kapitalrücklage			1.158.937.687,86		1.159
d) andere Gewinnrücklagen			648.178.287,62		591
e) Bilanzgewinn			237.273.933,38		262
				<u>2.505.615.746,48</u>	
Summe der Passiva				<u>161.261.910.796,95</u>	<u>135.215</u>

	€	€	€	€	€
					Vorjahr
					Mio €
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-,-		
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen*			<u>3.462.070.974,79</u>		7.281
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,-	<u>3.462.070.974,79</u>	
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		—
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>20.283.317.205,57</u>	<u>20.283.317.205,57</u>	16.603

* Verpflichtungen aus Patronatserklärungen sind im Anhang unter Punkt C.I. angegeben

Gewinn- und Verlustrechnung — Deutsche Postbank AG, Bonn, für die Zeit vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007

Vergleichszahlen vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006

Aufwendungen

	€	€	€	Vorjahr Mio €
1. Zinsaufwendungen			<u>4.575.051.841,66</u>	3.657
2. Provisionsaufwendungen			<u>238.573.802,45</u>	219
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	499.909.995,03			476
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	201.549.675,20	701.459.670,23		208
darunter: für Altersversorgung	153.511.120,59 €			
i. Vj. 162 Mio €				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		1.455.589.798,34	<u>2.157.049.468,57</u>	1.355
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>29.791.006,42</u>	54
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>52.709.684,65</u>	24
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>901.528.683,47</u>	405
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			<u>12.999.694,81</u>	35
8. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>31.101.563,41</u>	62
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<u>25.274.644,64</u>	46
10. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen			<u>8.005.444,40</u>	5
11. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			<u>3.707.647,39</u>	4
12. Jahresüberschuss			<u>237.273.933,38</u>	262
Summe der Aufwendungen			<u><u>8.273.067.415,25</u></u>	<u>6.812</u>

Erträge

	€	€	€	Vorjahr Mio €
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	4.090.795.665,29			3.305
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.777.131.989,37		<u>5.867.927.654,66</u>	1.421
2. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	737.639.715,12			488
b) Beteiligungen	266.763,37			0

	€	€	Vorjahr Mio €
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	10.732.321,23	<u>748.638.799,72</u>	18
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		<u>242.989.811,01</u>	230
4. Provisionserträge		<u>766.692.705,20</u>	730
5. Nettoertrag aus Finanzgeschäften		<u>92.934.061,36</u>	66
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>-,-</u>	0
7. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>129.604.465,18</u>	126
8. Sonstige betriebliche Erträge		<u>424.279.918,12</u>	407
9. Erträge aus der Abwicklung DSL-Holding AG i.A.		<u>-,-</u>	21
Summe der Erträge		<u><u>8.273.067.415,25</u></u>	<u>6.812</u>

		€	Vorjahr Mio €
1. Jahresüberschuss		<u>237.273.933,38</u>	<u>262</u>
2. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		<u>-,-</u>	—
		<u>237.273.933,38</u>	<u>262</u>
3. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der gesetzlichen Rücklage		-,-	—
b) aus der Rücklage für eigene Anteile		-,-	—
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		-,-	—
d) aus anderen Gewinnrücklagen		-,-	—
		<u>237.273.933,38</u>	<u>262</u>
4. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage		-,-	—
b) in die Rücklage für eigene Anteile		-,-	—
c) in satzungsmäßige Rücklagen		-,-	—
d) in andere Gewinnrücklagen		-,-	—
5. Bilanzgewinn		<u>237.273.933,38</u>	<u>262</u>

Anhang

Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

A. Allgemeine Angaben zur Gliederung des Jahresabschlusses sowie zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG (Postbank) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt und umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Wie Umlaufvermögen bewertete Vermögensgegenstände

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, andere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit ihrem Nennwert angesetzt. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt. Angekaufte Forderungen wurden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die in den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthaltenen Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind nach § 340e Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem Nennbetrag zuzüglich abgegrenzter Zinsen bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwerten und den Anschaffungskosten wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und planmäßig aufgelöst.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen in steuerlich zulässiger Höhe. Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit ihren historischen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert (§ 340e Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB und § 280 HGB). Soweit Wertpapiere durch betrags-, währungs- und laufzeitkongruente Termin- oder Optionsgeschäfte gesichert wurden, sind Bewertungseinheiten gebildet worden. Bewertungsergebnisse wurden nicht berücksichtigt.

Soweit derivative Produkte zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, sind sie zu aktuellen Marktpreisen bewertet worden. Für Bewertungsverluste wurden Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne wurden nicht vereinnahmt.

Die Postbank führt eine Portfoliobewertung für die Geldhandelsbücher in der Abteilung Geld- und Devisenhandel und Treasury Asset-Swaps durch. Die Zinsfutures, Optionen auf Zinsfutures und Geldmarktprodukte innerhalb der Handelsportfolien Geldmarkt-Kasse, Geldmarkt-Derivate, Geldmarkt-Portfolio und dem Handelsportfolio ASW-Derivate werden mit Marktkursen bewertet. Die sich ergebenden Bewertungsverluste werden mit Bewertungsgewinnen des Portfolios verrechnet. Eine sich ergebende Spitze wird erfolgswirksam vereinnahmt.

Wie im Vorjahr wurde das Verfahren einer risikoadjustierten Marktbewertung für die Geldhandelsportfolien und das Swaphandelsportfolio angewandt. Dabei wird das ermittelte Mark-to-Market-Ergebnis jedes dieser Portfolien um den nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (zehn Tage Haltedauer, 99% Konfidenzniveau, historischer Beobachtungszeitraum von einem Jahr) ermittelten Value-at-Risk (VaR) gekürzt. Damit wird sichergestellt, dass im Nettoertrag aus Finanzgeschäften keine schwebenden Gewinne aus risikobehafteten Portfolien ausgewiesen werden. Diese ergebniswirksame risikoadjustierte Marktbewertung wird durch einen bilanziellen Ausgleichsposten abgebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen wird.

Wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände

Wie Anlagevermögen bewertete Wertpapiere wurden gemäß § 340e Abs.1 i. V. m. § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) wurden zeitanteilig verteilt. Die Bestände werden buchhalterisch getrennt von den Wertpapieren des Umlaufvermögens geführt.

Im Berichtsjahr wurden neu erworbene Asset Backed Securities in Teilen dem Anlagevermögen zugeordnet. Die enthaltenen synthetischen CDO stellen strukturierte Produkte nach IDW ERS HFA 22 dar und werden bilanziell getrennt dargestellt.

Beteiligungen einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden gemäß § 340e Abs. 1 S. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Die auf ausländische Währung lautenden Beteiligungen einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit dem jeweiligen Anschaffungskurs in € umgerechnet.

Immaterielle Anlagewerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen linear, nach Maßgabe steuerlich zulässiger Werte.

Die immateriellen Anlagewerte entfallen im Wesentlichen auf den Geschäfts- und Firmenwert der Niederlassung London, der planmäßig über 15 Jahre abgeschrieben wird.

Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen, entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer — orientiert an den steuerlichen AfA-Tabellen — angesetzt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden gemäß § 6 Abs. 2 EStG im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Rechnungsabgrenzungsposten

Erhaltene und gezahlte Close-out-Zahlungen bei Mikrowaps, deren Basiskontrakte noch im Bestand sind, werden grundsätzlich abgegrenzt und über die Laufzeit des Underlyings zeitanteilig aufgelöst. Gegen den Abschreibungsbedarf auf den Basiskontrakt wurde erstmalig in 2007 kompensierend die Auflösung der Close-out-Zahlung gebucht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt. Begebene Zerobonds sind mit dem Emissionswert zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert. Die anteiligen Zinsen von Zerobonds wurden nach der Effektiv-Zinsmethode zugeschrieben.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2005 G“ errechnet und mit dem steuerlich zulässigen Teilwert der Verpflichtungen für laufende Pensionszahlungen und Pensionsanwartschaften bewertet.

Die Steuerrückstellungen und die anderen Rückstellungen wurden ausreichend bemessen und tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten stellen im Wesentlichen vier Emissionen von nachrangigen Schuldverschreibungen dar, die durch für diesen Zweck bestehende Tochtergesellschaften für 1.600 Mio € gekauft wurden. Die Nachrangigen Verbindlichkeiten sind nicht vor einer Mindestlaufzeit von 5 Jahren rückzahlbar.

Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen mit ihren valutierenden Beträgen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung wurden gemäß § 340h Abs. 1 Satz 2 HGB mit den am Bilanzstichtag gültigen Kassamittelkursen in € umgerechnet. Termingeschäfte, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt sind, wurden zum Terminkurs des Bilanzstichtages bewertet.

Ergebnisse aus der Umrechnung kursgesicherter Bilanzposten und korrespondierender schwebender Geschäfte wurden durch die Bildung von Ausgleichsposten neutralisiert.

Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden in jeder Währung gemäß § 340h Abs. 2 S. 2 HGB als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend wurden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h Abs. 2 S. 1 und 2 HGB in der Erfolgsrechnung erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich nicht, da die am Bilanzstichtag bestehenden Positionen aufgrund der hohen Umschlaghäufigkeit zeitnah begründet worden sind.

III. Angaben über Beteiligungsverhältnisse

Die Postbank wurde zum 31. Dezember 2007 in den Konzernabschluss der DPAG aufgenommen. Der Konzernabschluss der DPAG ist im elektronischen Bundesanzeiger hinterlegt.

IV. KWG Grundsätze

Im Berichtsjahr hielten sich die eigenen Mittel und die Liquidität der Postbank stets im Rahmen der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht aufgestellten Grundsätze (§§ 10,10a und 11 KWG).

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Aktivseite der Bilanz

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	3.325	6.930
Forderungen an Kunden	4.503	1.308
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.466	0
Sonstige Vermögensgegenstände	1.004	680
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	0	0
Forderungen an Kunden	71	77
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	0	23
Nachrangige Forderungen		
Nachrangige Forderungen sind in folgenden Positionen ausgewiesen:		
Forderungen an Kreditinstitute	21	21
Forderungen an Kunden	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0

Die Erhöhung der Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere resultiert im Wesentlichen aus von der BHW Bausparkasse AG erworbenen Geldmarktpapieren (Zerobonds).

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Forderungen an Kreditinstitute	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>105</u>	<u>267</u>
davon mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	<u>0</u>	<u>0</u>
davon vier Jahren oder länger	<u>105</u>	<u>267</u>

Wertpapierpensionsgeschäfte

Reverse Repos in Höhe von 11.980 Mio € wurden als Forderungen an Kreditinstitute bilanziert.

Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftstyp entstandene Zinsen in Höhe von 172 Mio € wurden als Zinserträge erfasst.

Repos in Höhe von 8.710 Mio € wurden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Aus diesem Geschäftstyp entstandene Zinsen in Höhe von 274 Mio € wurden als Zinsaufwendungen erfasst.

Forderungen an Kunden	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>17.207</u>	<u>17.937</u>
weniger als vier Jahren	49	15
davon vier Jahren oder länger	17.158	17.922
Sicherung durch Grundpfandrechte	25.730	23.031
davon als Deckung verwendet	13.231	12.608
Kommunaldarlehen	3.543	5.434
davon als Deckung verwendet	3.542	5.329

Die wesentliche Veränderung der Forderungen an Kunden resultiert im Berichtsjahr aus der Herauslegung neuer Wohnungsbaudarlehen mit einem Volumen von 3,8 Mrd €. Darüber hinaus wurden Forderungen von der BHW Bausparkasse AG in Höhe von 2,6 Mrd € angekauft. Desweiteren haben sich die Forderungen durch einen Anstieg der internationalen gewerblichen Finanzierungen in Höhe von 1 Mrd € und durch Konsortialkredite in Höhe von 0,5 Mrd € erhöht.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	52.091	43.024
Geldmarktpapiere Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	5.730	171
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	13.307	14.114
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	104	4
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	31.913	28.131
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	966	518
Nicht nach dem Niederwertprinzip bewertete Wertpapiere	7.138	9.962
Eigene Schuldverschreibungen		
börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	70	85
nicht börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	1	1

Im Anlagevermögen sind 62 Wertpapiere mit einem Buchwert von 7.138 Mio € (Vorjahr: 9.962 Mio €) enthalten, bei denen, bei einer Bewertung mit den Börsenkursen des Bilanzstichtages, Abschreibungen in Höhe von 413 Mio € (Vorjahr: 275 Mio €) angefallen wären. 24 Wertpapiere (Buchwert: 2.223 Mio €,

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Marktwert: 2.145 Mio €) betreffen inländische Banken. 3 Wertpapiere (Buchwert: 82 Mio €, Marktwert: 81 Mio €) betreffen ausländische Banken. 8 Wertpapiere (Buchwert: 3.489 Mio €, Marktwert: 3.237 Mio €) betreffen ausländische Staatsanleihen der Europäischen Union. Desweiteren wurden bei 7 inländischen Bundes- und Landesanleihen (Buchwert: 859 Mio €, Marktwert: 816 Mio €) sowie bei der im nächsten Jahr fälligen Anleihe der Stadt Weimar (Buchwert: 20 Mio €) und bei 20 Asset Backed Securites (Buchwert 486 Mio €, Marktwert: 446 Mio €) die Wertänderungen nicht erfolgswirksam erfasst. Die Wertänderungen bei den verzinslichen Wertpapieren sind zins- und creditspreadinduziert und voraussichtlich nicht von Dauer. Für die gemäß IDW ERS HFA 22 Stellungnahme von den synthetischen Collateralized Debt Obligations abgespaltenen Credit Default Swaps wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 32 Mio € berücksichtigt.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	<u>712</u>	<u>2.550</u>
davon börsennotierte Wertpapiere	689	2.257
davon nicht börsennotierte Wertpapiere	23	293
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	0	0
	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Beteiligungen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	<u>6</u>	<u>33</u>
davon börsennotiert	6	0
davon nicht börsennotiert	0	33
Anteile an verbundenen Unternehmen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	<u>4.147</u>	<u>3.975</u>
davon börsennotiert	1.753	1.753
davon nicht börsennotiert	2.394	2.222

Anlagespiegel

	Historische Anschaffungskosten			Wechselkurs-/ Zinsabgrenzungs-änderungen	Kumulierte Abschreibungen	Restbuchwert 31.12.2007	Abschreibung Geschäftsjahr 2007
	01.01.2007	Zugänge	Abgänge				
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	11.311	626	4.435	-101	13	7.590	13
Beteiligungen	33	6	22	0	0	17	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.975	313	0	0	0	4.288	0
Sachanlagen	<u>1.002</u>	<u>10</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>373</u>	<u>639</u>	<u>28</u>
Gesamt	<u>16.321</u>	<u>955</u>	<u>4.457</u>	<u>-101</u>	<u>386</u>	<u>12.534</u>	<u>41</u>

Die Zugänge bei den Beteiligungen betreffen den Erwerb von Aktien an der Hypoport AG (6.000 T€). Die Abgänge resultieren aus dem Verkauf der 50%igen Beteiligungen an der PB Lebensversicherung AG (14.339 T€) sowie der PB Versicherung AG (7.632 T€) mit Wirkung zum 30. September 2007.

Die Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen die Kapitalerhöhungen der PB (USA) Holdings Inc. (144.305 T€) und der Erwerb der BHW Bank AG (160.100 T€) zum 1. Oktober 2007.

Weitere Zugänge betreffen die Dotierung einer Kapitalrücklage an der Postbank Vertriebsakademie GmbH (vormals PB Dritte Beteiligungen GmbH) (1.900 T€), die Kapitalerhöhung bei der PB Factoring GmbH (6.546 T€), sowie die Kapitaleinlagen der neu gegründeten Gesellschaften Deutsche Postbank Funding Trust IV (50 T€) und Deutsche Postbank Funding LLC IV (25 T€).

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Darüber hinaus wurde die Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A. mit Wirkung zum 1. Januar 2007 von der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Postbank International S.A. (PBI) veräußert.

Die am 1. Januar 2007 von der Deutschen Post AG übernommenen Anteile (100 %) an der einsnull IT-Support GmbH, Köln wurden von der Postbank am 13. August 2007 an die PB Beteiligungen GmbH veräußert.

Die Sachanlagen enthalten die im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude in Höhe von 540 Mio € und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 15 Mio €.

Sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Hier werden im Wesentlichen folgende Werte ausgewiesen:		
Nicht bankgeschäftliche Forderungen	1.004	702
Ausgleichsposten Portfoliobewertung	297	163
Steuererstattungsansprüche	33	49
Erstattungsanspruch PB Lebensversicherung AG	17	0
Einzugspapiere	7	77
Erstattungsanspruch an den Bund	0	9

Die Postbank weist unter den sonstigen Vermögensgegenständen im Wesentlichen Forderungen an die Spezialfonds (SF) aus Ausschüttung in Höhe von 680 Mio €, Forderungen gegenüber der Postbank Filialvertrieb AG in Höhe von 214 Mio €, der PB Firmenkunden AG in Höhe von 32 Mio € und ein nicht realisiertes Bewertungsergebnis aus Eigenhandelsportfolien (Mark-to-Market-Bewertung) in Höhe von 297 Mio € aus.

Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
In dem Ausweis sind enthalten:		
Close-out-Zahlungen bei Mikrowaps	510	257
Agioabgrenzungen aus Forderungen	214	302
Abgrenzung Emissionskosten/Disagio	71	60

Restlaufzeiten	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
andere Forderungen an Kreditinstitute	24.182	16.538
bis 3 Monate	17.860	10.244
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.996	3.381
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.585	2.565
mehr als 5 Jahre	741	348
mit unbestimmter Laufzeit	0	0
Forderungen an Kunden	60.875	52.466
bis 3 Monate	8.723	4.483
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6.598	5.286
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	18.727	18.571
mehr als 5 Jahre	24.640	22.652
mit unbestimmter Laufzeit	2.187	1.474

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
im Folgejahr fällig werdend	10.883	5.935

Fremdwährungsaktiva	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände	17.608	14.739

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Treuhandvermögen		
In dieser Position sind enthalten:	1.174	1.287
Forderungen an Kunden	1.123	1.240
Forderungen an Kreditinstitute	51	47

Den traditionellen Schwerpunkt bildet die Finanzierung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung des ländlichen Raumes, insbesondere die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb. In den neuen Bundesländern finanziert die Bank im Rahmen staatlicher Förderprogramme die Wiedereinrichtung und die Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen durch Gewährung von Darlehen und Zuschüssen sowie durch Zinsverbilligungen und Bürgschaften.

II. Passivseite der Bilanz

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachstehenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in unverbriefter Form enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.320	1.783
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	158	104
Sonstige Verbindlichkeiten	139	51
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Sonstige Verbindlichkeiten		
Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus:		
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	340	207
Steuerverbindlichkeiten	145	86
Nicht bankgeschäftliche Verbindlichkeiten	139	51

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
Im Ausweis sind enthalten:		
Close-Out-Zahlungen bei Mikroswaps	449	348
Disagioabgrenzungen aus Forderungen	58	49
Emissionskosten/Agioabgrenzung begebene Anleihen	22	14
Über Pari-Anteil erworbener Par-Structure-Bonds	15	55
Zinsen und Gebühren Ratenkredite	0	0

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Rückstellungen		
In den anderen Rückstellungen sind enthalten:		
Personalbezogene Rückstellungen	93	88
Drohverlustrückstellungen aus Derivaten	63	9
Rückstellungen für Neustrukturierungsmaßnahmen	35	71

Nachrangige Verbindlichkeiten

Am 29. Juni 2007 ist eine nachrangige Anleihe mit einem Nominalvolumen von insgesamt 500 Mio € emittiert worden. Diese Schuldverschreibung ist am 29. Juni 2037 fällig. Nach dem 29. Juni 2017 ist eine vorzeitige Rückzahlung möglich. Bis dahin wird die Anleihe mit 5,983 % verzinst. Danach ist die Verzinsung variabel.

Gläubiger der Verbindlichkeit von 500 Mio € ist eine in den USA gegründete Tochtergesellschaft, die Deutsche Postbank Funding Trust LLC IV. Einziger Zweck dieser Gesellschaft ist die Begebung von

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Wertpapieren an die neu gegründete Deutsche Postbank Funding Trust IV (Trust IV). Das neu gegründete Tochterunternehmen ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Postbank. Die Anleihe in Höhe von 500 Mio € wurde von der Postbank direkt begeben und befindet sich im Streubesitz.

Trust IV begibt sogenannte Trust-Preferred-Wertpapiere an externe Investoren. Die Trust-Preferred-Wertpapiere sind zum amtlichen Markt in Luxemburg zum Handel zugelassen.

Angaben zu jeder Mittelaufnahme über mehr als 10% des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

ISIN	Währung	Betrag	Zinssatz	Fälligkeit
DE0001397081	€	500.000.000	variabel	04.11.2015
XF0002431707	€	500.027.000	6,005%	23.12.2034
XF0002432002	€	500.076.000	5,983%	29.06.2037

Die Bedingungen der nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen aufgrund kurzfristiger Fälligkeiten nicht in vollem Umfang den Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG; ein außerordentliches Kündigungsrecht ist dem Gläubiger nicht eingeräumt.

	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen (einschließlich anteiliger Zinsen und Agiobeträge) angefallen in Höhe von:	186	163
Restlaufzeiten	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>51.497</u>	<u>36.787</u>
bis 3 Monate	34.285	27.313
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	10.463	3.008
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.197	3.840
mehr als 5 Jahre	3.552	2.626
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Spareinlagen	<u>228</u>	<u>259</u>
bis 3 Monate	5	4
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	59	66
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	164	189
mehr als 5 Jahre	0	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>26.746</u>	<u>17.178</u>
bis 3 Monate	6.136	4.015
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5.305	2.122
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.728	4.015
mehr als 5 Jahre	11.577	7.026
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Begebene Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig werdend	<u>1.252</u>	<u>2.327</u>

Für die Verbindlichkeiten sind keine Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen worden.

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Fremdwährungspassiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden	17.741	14.716
	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Offenmarktgeschäfte		
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren Wertpapiere mit Rückkaufvereinbarung an den Pfandpool der LZB abgetreten	14.661	9.825
	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Treuhandverbindlichkeiten	<u>1.174</u>	<u>1.287</u>
In dieser Position sind enthalten:		
Kapital Treuhandvermögen (Durchlaufende Kredite)	551	594
Kapital Zweckvermögen	415	427
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	152	211
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	45	44
Altenteilerrentenfonds	11	11
	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Genussrechte	<u>1.216</u>	<u>1.081</u>
In dieser Position sind enthalten:		
Inhabergenusscheine	560	560
Namensgenussscheine	656	521

Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 410 Mio € und ist vollständig in 164.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

Der Vorstand ist gemäß Satzung ermächtigt, das Grundkapital bis zum 24. März 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen um bis zu 41 Mio € zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung ist der Vorstand ermächtigt, neue auf den Namen lautende Stückaktien bis zu insgesamt 137 Mio € bis zum 10. Mai 2011, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, aus dem genehmigten Kapital II auszugeben. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Die genauen Regelungen zum genehmigten Kapital sind unserer im Internet einsehbaren Satzung zu entnehmen.

Die Hauptversammlung der Postbank am 10. Mai 2007 hat die Vorratsbeschlüsse zum Erwerb eigener Aktien erneuert, die den Vorstand zum Erwerb eigener Aktien bis zu 10% des Grundkapitals ermächtigen.

Eigenkapitalentwicklung 2007	Gezeichnetes Kapital Mio €	Einlagen typisch		Kapital- rücklage Mio €	Gewinn- rücklagen Mio €	Bilanz- gewinn Mio €	Eigen- kapital Mio €
		stilller Gesellschafter Mio €					
Stand 01.01.2007	410	51	1.159	591	262	2.473	
Ausschüttung					-205	-205	
Einstellung in die Gewinnrücklagen				57	-57	0	
Bilanzgewinn					237	237	
Stand 31.12.2007	<u>410</u>	<u>51</u>	<u>1.159</u>	<u>648</u>	<u>237</u>	<u>2.505</u>	

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Der Bilanzgewinn beträgt 237 Mio €. Nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes sollen 205 Mio € an die Anteilseigner ausgeschüttet und 32 Mio € in die Gewinnrücklagen eingestellt werden. Gemäß § 10 Abs. 4a Satz 1 i.V.m. Abs. 4c KWG werden den Eigenmitteln nach Feststellung des Jahresabschlusses nicht realisierte Reserven in Höhe von 470 Mio € zugerechnet.

	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €
Typisch stille Beteiligungen	51	51

Die typisch stillen Gesellschafter erhalten für jedes Geschäftsjahr eine Gewinnbeteiligung auf den Nennbetrag der Vermögenseinlage in Höhe des Prozentsatzes, den die Postbank der Ausschüttung auf das Grundkapital der Bank einschließlich offener Rücklagen zugrunde legt. Der Prozentsatz ist jeweils durch Mindest- bzw. Höchstsätze begrenzt.

III. Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten Aufwendungen für Sonderprojekte in Höhe von 23 Mio €, aus Gerichts- und Prozesskosten 7 Mio € und aus der Vergütung an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation 6 Mio €.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 25 Mio €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten 335 Mio € Erträge aus Kostenerstattungen für Personal- und Sachaufwendungen. Darüber hinaus enthält die Position 44 Mio € Erträge aus Mieten und Pachten und 12 Mio € Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

IV. Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten weist die Postbank eine Garantie gegenüber der PB Capital Corp. (PB Capital) in Höhe von 106 Mio € aus. Diese besteht im Wesentlichen aus Mietgarantien für Büroräume, Garantien für CP-Programme sowie Garantien für Swaps und Derivate. Des Weiteren weist sie eine Garantie gegenüber der PBI in Höhe von 945 Mio € aus. Darin werden im Wesentlichen Engagements in Form von Risikounterbeteiligungsvereinbarungen abgesichert, die u. a. nach der Übertragung der Niederlassung Luxemburg die Großkreditgrenze der PBI überschreiten.

C. Sonstige Angaben

I. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Gemäß Artikel 4 § 16 Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (PTNeuOG) zahlt die Postbank seit 2000 33% der Bruttobezüge ihrer aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge ihrer beurlaubten Beamten an eine zu diesem Zweck eingerichtete Unterstützungskasse. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Unterstützungskasse bestehen nicht, sondern sind durch den Bund zu tragen.

Der Barwert der Leasingverbindlichkeiten beträgt 90 Mio €.

Patronatserklärung

Die Postbank trägt dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften PBI, und PB Capital abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle vier Delaware, USA, abgegeben.

Nachschussverpflichtung

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5 Mio €. Darüber hinaus

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

haftet die Postbank anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

II. Mitarbeiter (durchschnittliche Arbeitskräfteeinheiten)

	Gesamt 2007	Gesamt 2006
Arbeitnehmer		
Vollzeit	2.936	2.789
Teilzeit	281	277
Beamte Vollzeit	2.268	2.255
Beamte Teilzeit	637	689
	<u>6.122</u>	<u>6.010</u>
Nachwuchs		
Auszubildende	244	262
Trainees	0	0
ALS-Studierend	15	16
	<u>259</u>	<u>278</u>
Gesamtsumme Mitarbeiter	<u>6.381</u>	<u>6.288</u>

III. Vorstandsvergütung 2007

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung wird vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten und überprüft sie regelmäßig.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Sie entspricht damit den Vorgaben des § 87 Aktiengesetz (AktG).

Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert. Die Gesamtvergütung besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt), Nebenleistungen sowie Versorgungszusagen. Das Fixum wird in 12 gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus.

Der Jahresbonus des Vorstandsvorsitzenden wird durch den Präsidialausschuss des Aufsichtsrats auf Grundlage der Geschäftsentwicklung des Unternehmens nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt.

Die Jahresboni der übrigen Vorstandsmitglieder werden auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Sie setzen sich zu jeweils 50% aus Unternehmenszielen der Deutschen Postbank AG und aus individuellen Zielen zusammen. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Die Bonushöhe ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird der maximale Jahresbonus gewährt. Im Fall des Vorstandsvorsitzenden liegt die Begrenzung bei der Höhe der fixen jährlichen Vergütung. Im Übrigen ist das Verhältnis des möglichen variablen Vergütungsbestandteils zum fixen Vergütungsbestandteil aus Anreizgründen so bemessen, dass der mögliche variable Vergütungsbestandteil die Höhe des fixen Vergütungsbestandteils übersteigen kann.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats bei außergewöhnlichen Leistungen einen angemessenen Sonderbonus beschließen.

Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht. Bis 2004 haben Mitglieder des Vorstandes der Deutschen Postbank AG Aktienoptionen der Deutschen Post AG erhalten.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2007 insgesamt Bezüge in Höhe von 10.529,0 T€ erhalten. Von diesem Gesamtbetrag entfielen 4.469,8 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (im Vorjahr: 4.489,2 T€) und 6.059,2 T€ auf Boni (im Vorjahr: 6.082,2 T€).

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 189,8 T€ enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Einzelheiten ergeben sich in individualisierter Form aus der nachfolgenden Tabelle:

	Fixum T€	Neben- leistungen T€	Erfolgs- abhängige Vergütung T€	Summe T€
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender seit 1. Juli 2007) ¹	687,5	45,7	797,7	1.530,9
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann (Vorsitzen der bis 30. Juni 2007)	555,0	14,6	825,0	1.394,6
Dirk Berensmann	500,0	23,9	742,3	1.266,2
Dr. Mario Daberkow	250,0	14,5	339,4	603,9
Henning R. Engmann (Mitglied bis 31. März 2007)	125,0	7,8	200,0	332,8
Stefan Jütte	512,5	14,2	761,1	1.287,8
Guido Lohmann (Mitglied seit 1. Juli 2007)	125,0	9,8	161,5	296,3
Dr. Michael Meyer (Mitglied seit 1. Juli 2007)	175,0	6,9	219,9	401,8
Loukas Rizos	550,0	19,5	1.067,3	1.636,8
Hans-Peter Schmid	400,0	16,5	464,0	880,5
Ralf Stemmer	400,0	16,4	481,0	897,4
Gesamt	4.280,0	189,8	6.059,2	10.529,0

¹ Der ausgewiesene Betrag umfasst die Vorstandstätigkeit im Gesamtjahreszeitraum.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

IV. Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Im Fall von Herrn Rizos bestehen Ruhegehaltsansprüche darüber hinaus bei mehrheitlicher Übernahme der Gesellschaft durch eine Drittgesellschaft oder wegen Änderung des vereinbarten Aufgabenbereichs ohne wichtigen, von Herrn Rizos zu vertretenden Grund.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50% erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2% pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht. Eine Ausnahme hiervon bilden die Vorstandsmitglieder Jütte und Rizos. Herr Rizos hat einen maximalen Versorgungsgrad von 75%. Der höchstmögliche Versorgungsgrad beträgt bei Herrn Jütte 50% des versorgungsfähigen Einkommens. Der Vorstandsvorsitzende hat den maximalen Versorgungsgrad von 60 % bereits erreicht.

Die bis zum 28. Februar 2007 erteilten Standard-Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre. Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrages durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Berensmann, Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt in den bis zum 28. Februar 2007 erteilten Standard-Versorgungszusagen entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrages des Verbandes öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Am 10. Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Lohmann und Dr. Meyer liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags. Dieser Versorgungsbeitrag wird einem virtuellen Versorgungskonto gut geschrieben und ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst. Derzeit liegt dieser Zinssatz bei 6%. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p.a.

Die Vorstandsmitglieder Rizos und Dr. Meyer haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Pensionszusagen		Dienstzeit aufwand für die Pensions- verpflichtung €
	Versorgungs- grad am Ende d. Geschäftsjahres 31.12.2007 %	Maximal- Versorgungs- grad %	
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender seit 1. Juli 2007)	60	60	184.414
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann (Vorsitzender bis 30. Juni 2007) Ruhestand	—	75	1.623.938
Dirk Berensmann	56	60	206.979
Dr. Mario Daberkow	0	60	95.858
Henning R. Engmann (ausgeschieden am 31. März 2007)	—	60	146.386
Stefan Jütte	28,4	50	232.740
Loukas Rizos	66	75	343.715
Hans-Peter Schmid	0	60	303.715
Ralf Stemmer	0	60	79.976

In den Fällen der Herren Schmid, Stemmer und Dr. Daberkow ist die Wartezeit noch nicht erfüllt, sodass zum Ablauf des Geschäftsjahres 2007 noch keine Anwartschaft auf Altersruhegeld aus der Versorgungszusage besteht. Bei Herrn Stemmer greifen vor Ablauf der Wartezeit die Bestimmungen seiner vorhergehenden Versorgung ein.

	Beitragssumme für 2007 €	Stand des Versorgungs- kontos am 31.12.2007 €	Dienstzeit- aufwand für die Pensions- verpflichtung €
Guido Lohmann (seit 1. Juli 2007)	192.109	197.872	55.806
Dr. Michael Meyer (seit 1. Juli 2007)	229.214	236.090	nicht bei Postbank bewertet

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 4,95 Mio €.

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen beläuft sich auf 42,77 Mio €.

Sonstiges

Die Vorstände haben im Geschäftsjahr keine Leistungen Dritter erhalten, die im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand zugesagt oder gewährt worden sind.

Abgesehen von den aufgeführten Versorgungszusagen sind keinem Vorstandsmitglied weitere Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit zugesagt worden.

V. Aufsichtsratsvergütung

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Vergütung berücksichtigt.

Die feste Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt.

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2009 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2006 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2010 fällig.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Vergütung. Für den Vorsitzenden eines Aufsichtsratsausschusses erhöht sich die Vergütung jeweils um das 1 -Fache, für ein Mitglied eines Aufsichtsratsausschusses jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen. Anfallende Umsatzsteuern auf die Aufsichtsratsvergütung und Auslagen werden erstattet. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Begrenzt wird die Aufsichtsratsvergütung, indem die beiden variablen Vergütungskomponenten jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten dürfen. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt nicht 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4% der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, übersteigen. Darüber hinaus darf die Ausschussvergütung nicht das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds übersteigen.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für das Geschäftsjahr 2007 beträgt die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats 996 T€ (Vorjahr: 963 T€). Die Erhöhung der variablen Vergütung beruht im Wesentlichen auf dem deutlich verbesserten und nachhaltig positiven Ergebnis des Deutschen Postbank Konzerns.

Die Gesamtvergütung gliedert sich, bezogen auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats, wie folgt:

	Fixe Vergütung T€	Variable Vergütung* T€	Summe T€	Vergütungs anspruch mit langfristiger Anreizwirkung** T€
Dr. Klaus Zumwinkel	52,5	55,3	107,8	52,5
Michael Sommer	45,0	47,5	92,5	45,0
Wilfried Anhäuser	12,8	14,3	27,1	12,8
Jörg Asmussen	15,0	15,5	30,5	15,0
Marietta Auer	22,5	25,3	47,8	22,5
Rolf Bauermeister	9,7	10,7	20,4	9,7
Rosemarie Bolte	5,3	5,6	10,9	5,3
Wilfried Boysen	15,0	16,0	31,0	15,0
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	33,5	63,5	30,0
Annette Harms	15,0	16,3	31,3	15,0
Dr. Peter Hoch	37,5	41,0	78,5	37,5
Ralf Höhmann	5,3	5,6	10,9	5,3
Elmar Kallfelz	32,7	36,5	69,2	32,7
Prof. Dr. Ralf Krüger	37,5	41,5	79,0	37,5
Harald Kuhlow	6,3	6,8	13,1	6,3
Dr. Hans-Dieter Petram	15,0	15,8	30,8	15,0
Dr. Bernd Pfaffenbach	15,0	15,8	30,8	15,0
Dr. Klaus Schlede	22,5	23,8	46,3	22,5
Elmo von Schorlemer	15,0	16,3	31,3	15,0
Torsten Schulte	12,8	14,1	26,9	12,8
Sabine Schwarz	5,3	5,6	10,9	5,3

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

	Fixe Vergütung T€	Variable Vergütung* T€	Summe T€	Vergütungs anspruch mit langfristiger Anreizwirkung** T€
Eric Stadler	9,7	10,7	20,4	9,7
Gerd Tausendfreund	22,5	24,5	47,0	22,5
Renate Treis	12,8	14,8	27,6	12,8
Christine Weiler	5,3	5,6	10,9	5,3
Summe	<u>478,0</u>	<u>518,4</u>	<u>996,4</u>	<u>478,0</u>

* inkl. Sitzungsgeld

** Grundlage für die Bewertung des langfristig erfolgsorientierten Vergütungsanspruchs ist die zu bildende Rückstellung.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 14,5 T€. Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2007 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Bis zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 931 T€ (Vorjahr: 924,7 T€) gewährt. An Vorstandsmitglieder, die in 2007 ausgeschieden sind, wurden keine Kredite vergeben. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

VI. Termingeschäfte

Das Volumen der noch nicht abgewickelten Derivate, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31. Dezember 2007 auf 528 Mrd € (Vorjahr: 447 Mrd €).

In der folgenden Tabelle sind die bestehenden Kontrakte im derivativen Geschäft hinsichtlich ihrer Risikostruktur aufgegliedert. Entsprechend den international üblichen Usancen werden die Nominalvolumina ausgewiesen. Bei dem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung von gegenseitig vereinbarten Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Tabellen auf der Folgeseite erläutern die Angaben nach unterschiedlichen Kriterien. Neben den Angaben zur Laufzeitklasse nach Risikokategorie erfolgte eine Aufteilung nach Kontrahenten. Handelsgeschäfte wurden separat dargestellt.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf der Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

	Derivative Geschäfte — Darstellung der Volumina					
	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	483.655	412.170	5.259	3.299	-5.257	3.558
FRAs	5.895	964	0		-2	0
Zinsoptionen						
Käufe (long)	50	0	0	0	0	0

Anhang
Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

	Derivative Geschäfte — Darstellung der Volumina					
	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Verkäufe (short)	10	10	0	0	0	0
Caps, Floors	778	405	2	1	-2	1
Sonstige Zinstermingeschäfte	0	0		0		0
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures (Bund, Bobl, Schatz)	9.868	4.066	0	0	0	0
Zinsoptionen (Bund, Bobl, Schatz)	490	7.996	0	1	0	0
Insgesamt	500.746	425.611	5.261	3.301	-5.261	3.559
Währungsrisiken						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte/-swaps	22.763	17.573	216	170	-300	140
Zins-Währungsswaps	1.439	1.815	14	4	-244	208
Devisenoptionen						
Käufe (long)	286	490	4	3	—	—
Verkäufe (short)	181	217	0	0	-4	2
Sonstige						
Währungstermingeschäfte		0		0		0
Börsengehandelte Produkte						
Devisenfutures	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	24.669	20.095	234	177	-548	350
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
OTC-Produkte						
Aktientermingeschäfte		0		0		0
Aktien-/Index-Optionen						
Käufe (long)	85	52	8	13	0	0
Verkäufe (short)	82	59	0	0	-9	13
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte		—	—	—		—
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Futures	117	5	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen	259	68	2	1	-1	0
Insgesamt	543	184	10	14	-10	13
Kreditderivate						
Käufe	515	519	2	0	0	3
Verkäufe	1.442	353	4	1	-36	0
Insgesamt	1.957	872	6	1	-36	3
Gesamtbestand	527.915	446.762	5.511	3.493	-5.855	3.925

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Nominalwerte in Mio €	Derivative Geschäfte — Restlaufzeiten							
	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	64.223	88.037	17.896	13.775	328	60	7	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	51.556	59.702	5.478	4.439	51	53	73	73
mehr als 1 Jahr								
bis 5 Jahre	114.877	96.924	970	1.692	164	71	1.058	780
mehr als 5 Jahre	<u>270.090</u>	<u>180.948</u>	<u>325</u>	<u>189</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>819</u>	<u>19</u>
Insgesamt	<u>500.746</u>	<u>425.611</u>	<u>24.669</u>	<u>20.095</u>	<u>543</u>	<u>184</u>	<u>1.957</u>	<u>872</u>

Nominalwerte in Mio €	Derivative Geschäfte — Kontrahentengliederung					
	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Kontrahenten						
Banken in der OECD	525.862	444.528	5.485	3.472	-5.804	3.889
Banken außerhalb der OECD	0	0	0	0	0	0
Sonstige Kontrahenten	<u>2.053</u>	<u>2.234</u>	<u>26</u>	<u>21</u>	<u>-51</u>	<u>36</u>
Insgesamt	<u>527.915</u>	<u>446.762</u>	<u>5.511</u>	<u>3.493</u>	<u>-5.855</u>	<u>3.925</u>

Nominalwerte in Mio €	Derivative Geschäfte — Handelsgeschäfte					
	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2006 Mio €
Zinskontrakte	457.520	374.485	4.928	2.733	-4.622	2.681
Währungskontrakte	16.055	16.115	174	161	-239	129
Aktienkontrakte	370	80	2	1	-1	0
Kreditderivatekontrakte	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Handelsgeschäfte insgesamt	<u>473.945</u>	<u>390.680</u>	<u>5.104</u>	<u>2.895</u>	<u>-4.862</u>	<u>2.810</u>

VII. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

	Beteiligungs- verhältnisse %	31.12.2007 Eigenkapital T€	31.12.2007 Jahresergebnis T€
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt am Main	100,0	-1.216	5.129 ²
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	8.644	-5.609 ²
Betriebs-Center für Banken Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,0	26	-3 ²
BHW Holding AG, Berlin/Hameln	98,4	939.677	-150.203 ²
BHW Bank AG, Hameln	100,0	121.900	228 ²
CREDA Objektanlage-und-verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ¹
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	5.000	0 ¹
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	-7	-38 ⁴
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	-18	-37 ⁴
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	14	-2 ⁴
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	25	0 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	51	1 ⁴
Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg	100,0	737.347	65.961 ²
Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn	100,0	14.800	0 ¹
DSF Deutsche System Finanzplan Gesellschaft für Finanzdienstvermittlung mbH, Hameln	100,0	36	6 ³
DSL Holding AG i.A., Bonn	100,0	55.071	-677 ²
DVD Gesellschaft für DV-gestützte Dienstleistungen mbH & Co. KG, Köln	51,0	2.570	2.175 ³
easyhyp GmbH, Hameln	100,0	25	0 ³
easytrade Services GmbH, Leipzig	100,0	25	0 ¹
PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware	100,0	391.174	37.814 ⁴
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ¹
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ¹
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	55	0 ¹
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	15.677	677 ²
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ¹
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ¹
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	8.049	5.568 ²
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.573	0 ¹
Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln	100,0	25	0 ³
RALOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München	94,0	-1.872	264 ³
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	10.347	1.791 ²
Beteiligungen			
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	-658	-233 ²

1 Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

2 vorläufiger Jahresabschluss 2007

3 Jahresabschluss zum 31.12.2006

4 vorläufiger IAS-Jahresabschluss 2007

VIII. Deckungsrechnung

	2007	2006
	Mio €	Mio€
Deckung der Pfandbriefe		
deckungspflichtige Pfandbriefe	1.423	1.890
Deckungswerte	2.583	3.023
Überdeckung	1.160	1.133
Deckung der Kommunalschuldverschreibungen		
deckungspflichtige Kommunalschuldverschreibungen	3.943	4.953
Deckungswerte	4.544	5.640
Überdeckung	601	687
Deckung der Namenspapiere — Typ C		
deckungspflichtige Namensschuldverschreibungen	13.307	9.191
Deckungswerte	14.408	11.390
Überdeckung	1.101	2.200
Deckung der Zinsaufwendungen für Pfandbriefe		
Zinsaufwendungen für Pfandbriefe	72	101
Zinserträge aus Deckungswerten	106	160
Überdeckung	34	59
Deckung der Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen		
Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen	154	248
Zinserträge aus Deckungswerten	199	271
Überdeckung	45	24
Deckung der Zinsaufwendungen für Namenspapiere Typ C		
Zinsaufwendungen für Namensschuldverschreibungen Typ C	583	395
Zinserträge aus Deckungswerten	656	555
Überdeckung	73	160

IX. Andere Angaben

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Deutschen Postbank AG in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten.

Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e. V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Abs. 1 Nr. 17 HGB:

Die im Berichtsjahr aufwandswirksam erfassten Honorare für Abschlussprüfer in Höhe von 7,7 Mio € resultieren aus Leistungen im Rahmen der Abschlussprüfung in Höhe von 2,6 Mio €, sonstigen Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen in Höhe von 2,3 Mio € und sonstigen Leistungen in Höhe von 2,8 Mio €.

X. Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat haben gemeinsam am 30. November 2007 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2007 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

D. Namen der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Dr. Wolfgang Klein, Bonn (Vorsitzender seit 1. Juli 2007)
 Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann, Brüssel (Vorsitzender bis 30. Juni 2007)
 Dirk Berensmann, Unkel
 Dr. Mario Daberkow, Bonn
 Henning R. Engmann, Ostelsheim bis 31. März 2007
 Stefan Jütte, Bonn
 Guido Lohmann, Dülmen seit 1. Juli 2007
 Dr. Michael Meyer, Bonn seit 1. Juli 2007
 Loukas Rizos, Bonn
 Hans-Peter Schmid, Baldham
 Ralf Stemmer, Königswinter

Mandate der Vorstandsmitglieder der Postbank zum 31. Dezember 2007 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Dr. Wolfgang Klein	Vorsitzender seit 1. Juli 2007
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 28. Juni 2007)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Juni 2007)	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 28. Juni 2007)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Juni 2007)	
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Comma Soft AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (seit 1. Juli 2007)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (seit 1. Juli 2007)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	
Mitglied des Vorstands (seit 1. Juli 2007)	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
Mitglied des Beirats (seit 1. Januar 2007)	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Versicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Beirats (bis 30. Juni 2007)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	Deutsche Postbank Vermögens- Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 21. September 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 30. Juni 2007)	V PAY Deutschland, Frankfurt am Main

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann Funktion	Vorsitzender bis 30. Juni 2007 Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	maxingvest ag, Hamburg*
Mitglied des Board of Directors	accenture Corp., Irving (Texas, USA)
Mitglied des Board of Directors	Altadis S.A., Madrid (Spanien)
Im Laufe des Zeitraums 1. Januar 2007 bis 30. Juni 2007 aufgegebene Mandate	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 26. Juni 2007)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 26. Juni 2007)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	PB Versicherung AG, Hilden
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	PB (USA) Holdings Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2007)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2007)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Vorstands (bis 30. Juni 2007)	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin

* vormalig TCHIBO Holding AG, Hamburg

Dirk Berensmann Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats	einsnull IT-Support GmbH, Köln
Vorsitzender des Board of Directors	Eurogiro Holding A/S, Taastrup (Dänemark)*
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Vorstands	e-Finance Lab Universität Frankfurt am Main

* vormalig Eurogiro Network A/S

Dr. Mario Daberkow Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2007)	Betriebs-Center für Banken Payments & Services GmbH, München
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 29. Juni 2007)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Beirats	CREDA Objektanlage- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats (seit 17. Dezember 2007)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Mitglied des Beirats (von 1. Dezember 2007 bis 16. Dezember 2007)	
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 11. Oktober 2007)	Betriebs-Center für Banken Payments AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 11. Oktober 2007)	Betriebs-Center für Banken Zahlungsverkehrservice GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 20. November 2007)	PB Pensionsfonds AG, Hilden

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Henning R. Engmann Funktion	Mitglied des Vorstands bis 31. März 2007 Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	EUWAX AG, Stuttgart
Mitglied des Aufsichtsrats (von 17. März 2007 bis 16. April 2007) Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	BHW Bank AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (von 17. März 2007 bis 16. April 2007) Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	BHW Lebensversicherung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (von 17. März 2007 bis 16. April 2007) Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	BHW Pensionskasse AG, Hameln

Im Laufe des Zeitraums 1. Januar bis 31. März 2007 aufgegebene Mandate

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. März 2007)	Frankfurter Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Board of Directors (bis 16. März 2007)	BHW Home Finance Limited, New Delhi (Indien)

Stefan Jütte Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Leasing GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Factoring GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Aufsichtsrats	BWG Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	IVG Institutional Funds GmbH, Wiesbaden*
Mitglied des Beirats	CorpusSireo Immobiliengruppe, Düsseldorf**

* vormals Oppenheim Immobilien-Kapitalanlagegesellschaft mbH, Wiesbaden

** vormals SIREO REAL Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm

Guido Lohmann Funktion	Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2007 Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 30. Januar 2008) Mitglied des Aufsichtsrats (von 19. Dezember 2007 bis 29. Januar 2008)	BHW Immobilien GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 7. August 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Dr. Michael Meyer

Funktion

Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2007

Gesellschaft

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bank AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 4. Dezember 2007) Mitglied des Aufsichtsrats (von 24. September 2007 bis 3. Dezember 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Präsident des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2007)	BHW Financial S.r.l., Verona (Italien)
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 4. Juli 2007) Mitglied des Verwaltungsrats (von 1. Juli 2007 bis 3. Juli 2007)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 4. Juli 2007) Mitglied des Verwaltungsrats (von 1. Juli 2007 bis 3. Juli 2007)	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Mitglied und Vorsitzender des Beirats (seit 1. Juli 2007)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2007)	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Juli 2007)	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Neues Mandat ab 2008	
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2008)	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Loukas Rizos

Funktion

Gesellschaft

Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Hans-Peter Schmid

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 7. Mai 2007)	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 24. September 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Im Laufe des Jahres aufgebene Mandate	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. September 2007)	PB Versicherung AG, Hilden

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 4. Dezember 2007)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (von 24. April 2007 bis 3. Dezember 2007)	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 29. Juni 2007)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Beirats	einsnull IT-Support GmbH, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Danzas Deutschland Holding GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DHL Freight GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Der Aufsichtsrat der Postbank setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Klaus Zumwinkel, Vorsitzender des Vorstands
Deutsche Post AG, Köln (Vorsitzender)

Jörg Asmussen, Abteilungsleiter im Bundesministerium
der Finanzen, Berlin

Wilfried Boysen, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst, Unternehmensberater, Bonn

Dr. Peter Hoch, München

Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg

Dr. Hans-Dieter Petram, Bonn

Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie,
Wachtberg-Pech

Dr. Klaus Schlede, Carabietta/Lugano

Elmo von Schorlemer, Rechtsanwalt, Aachen

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin (Stellv. Vorsitzender)	
Wilfried Anhäuser, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen	seit 10. Mai 2007
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching	
Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	seit 10. Mai 2007
Rosemarie Bolte, Landesbezirksfachbereichsleiterin Finanzdienstleistungen Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Stuttgart	bis 10. Mai 2007
Annette Harms, Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Hamburg	
Ralf Höhmann, Vorsitzender des Betriebsrats Postbank Stuttgart, Korntal-Münchingen	bis 10. Mai 2007
Elmar Kallfelz, Mitglied des Europäischen Betriebsrats und des Gesamtbetriebsrats Deutsche Post AG, Wachtberg	
Harald Kuhlow, Betriebsratsmitglied Deutsche Postbank AG, Weingarten	bis 10. Mai 2007
Torsten Schulte, Vorsitzender des Konzernbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Hessisch Oldendorf	seit 10. Mai 2007
Sabine Schwarz, Vorsitzende des Betriebsrats Postbank Berlin, Berlin	bis 10. Mai 2007
Eric Stadler, Vorsitzender des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Markt Schwaben	seit 10. Mai 2007
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis, Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	seit 10. Mai 2007
Christine Weiler, Mitarbeiterin Postbank München, Krailing	bis 10. Mai 2007

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Postbank zum 31. Dezember 2007 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Klaus Zumwinkel

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Arcandor, Essen
Mitglied des Board of Directors	Morgan Stanley, Delaware, USA

Jörg Asmussen

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Allianz Versicherungs-AG, München

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Dr. Peter Hoch

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats (bis Mai 2007)

BHW Holding AG, Berlin/Hameln
BHW Bausparkasse AG, Hameln
Giesecke & Devrient GmbH, München

Prof. Dr. Ralf Krüger

Funktion

Gesellschaft

Vorsitzender des Aufsichtsrats
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Beirats

KMS AG, Frankfurt am Main
KMS Asset Management AG, Frankfurt am Main
DIAMOS AG, Sulzbach
Deutsche Post AG, Bonn
SIREO REAL Estate Asset Management GmbH,
Heusenstamm

Dr. Hans-Dieter Petram

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Aufsichtsrats
Chairman of the Board of Directors (bis 30. Juni 2007)
Chairman of the Board of Directors (bis 30. Juni 2007)

TalanxAG, Hannover
Williams Lea Holdings PLC, London
Williams Lea Group Limited, London

Dr. Bernd Pfaffenbach

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 11. Dezember 2007)

Lufthansa Cargo AG, Frankfurt am Main
Deutsche Bahn AG, Berlin
KfW IPEX-Bank, Frankfurt am Main

Dr. Klaus Schlede

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Verwaltungsrats

Deutsche Lufthansa AG, Köln
Deutsche Telekom AG, Bonn
Swiss International Airlines AG, Basel, Schweiz

Elmo von Schorlemer

Funktion

Gesellschaft

Vorsitzender des Aufsichtsrats
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats

Caruno AG, Köln
Consuno AG, Köln
Schneider Golling Die Assekuranzmakler AG,
Düsseldorf
Finum AG, Essen*
VHV Allgemeine Versicherung AG, Hannover

* vormals Securess AG Die Versicherungsmakler

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer

Funktion

Gesellschaft

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Aufsichtsrats
Mitglied des Verwaltungsrats

DGB Rechtsschutz GmbH, Düsseldorf
Deutsche Telekom AG, Bonn
Salzgitter AG, Salzgitter
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Anhang
Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007

Wilfried Anhäuser
Funktion Mitglied des Aufsichtsrats
Gesellschaft Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Annette Harms

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Aufsichtsrats

Deutsche Post AG, Bonn

Elmar Kallfelz

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Verwaltungsrats

Bundesanstalt für Post und Telekommunikation
Deutsche Bundespost, Bonn

Torsten Schulte

Funktion

Mitglied des Aufsichtsrats seit 10. Mai 2007

Gesellschaft

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

BHW Holding AG, Hameln/Berlin

Gerd Tausendfreund

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Aufsichtsrats (seit 14. März 2007)

BHW Bausparkasse AG, Hameln

Rosemarie Bolte

Funktion

Mitglied des Aufsichtsrats bis 10. Mai 2007

Gesellschaft

Mitglied des Aufsichtsrats (bis September 2007)

Karlsruher Lebensversicherung AG, Karlsruhe

Ralf Höhmann

Funktion

Mitglied des Aufsichtsrats bis 10. Mai 2007

Gesellschaft

Vorsitzender des Verwaltungsrats
Mitglied des Vorstands

Deutsche BKK, Wolfsburg
Landesfachbereich Finanzdienstleistungen, Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Stuttgart
UKPT, Tübingen
BKK Bundesverband
BKK Landesverband Niedersachsen-Bremen

Mitglied des Vorstands

Mitglied des Verwaltungsrats

Mitglied des Verwaltungsrats

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, den 12. Februar 2008
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Dr. Wolfgang Klein



Dirk Berensmann



Stefan Jütte



Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Dr. Mario Daberkow



Guido Lohmann



Loukas Rizos



Ralf Stemmer

Der folgende in Übereinstimmung mit § 322 Handelsgesetzbuch erteilte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Jahresabschluss sowie den Lagebericht der Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2007. Der Lagebericht ist nicht in diesem Prospekt abgedruckt.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss — bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang — unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Postbank AG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Deutsche Postbank AG. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Deutsche Postbank AG sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Postbank AG. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Deutsche Postbank AG und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 13. Februar 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Burkhard Eckes)
Wirtschaftsprüfer

(Susanne Beurschgens)
Wirtschaftsprüferin

JÜNGSTE ENTWICKLUNG UND AUSBLICK

Im vierten Quartal bis zum Datum dieses Prospekts hat sich im Neugeschäft, vor allem in den Bereichen Girokonten, Spareinlagen, private Baufinanzierung und Konsumentenkredite, der positive Trend der ersten neun Monate 2008 fortgesetzt. (Für eine ausführliche Diskussion der Trends in Bezug auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank in den ersten neun Monaten des Jahres 2008, siehe „*Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage — Ertragslage der Postbank — Ertragslage der Postbank in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 und 2008*“). Hierdurch ergab sich eine entsprechend positive Entwicklung der Bestandsvolumina. Die operativen Komponenten der Erfolgsrechnung, also der Zins- und Provisionsüberschuss und die Verwaltungskosten, entwickeln sich daher weiter zufriedenstellend.

Seit dem 30. September 2008 hat die Postbank durch den Abbau von Finanzanlagen, insbesondere Aktien, ihre Neubewertungsrücklage planmäßig entlastet. Hierdurch entstanden jedoch erwartungsgemäß signifikante Belastungen im Finanzanlageergebnis. Neben diesen Veräußerungsverlusten rechnet die Postbank aufgrund der anhaltenden Verwerfungen an den Finanzmärkten auch mit weiteren dauerhaften Wertminderungen von Finanzanlagen und Wertschwankungen von eingebetteten Derivaten (insbesondere aus dem Kreditsatzgeschäft), die im Finanzanlage- bzw. Handelsergebnis erfasst werden. Nachteilige Auswirkungen auf die Eigenkapitalposition der Postbank ergeben sich dann, wenn die Belastungen der Erfolgsrechnung bilanziell noch nicht in der Neubewertungsrücklage erfasst waren. Die genannten Entwicklungen an den Finanzmärkten und der Abbau der Finanzanlagen haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank seit dem 30. September 2008 wesentlich nachteilig beeinflusst. Es ist nicht auszuschließen, dass die Postbank in Anbetracht dieser für das vierte Quartal 2008 erwarteten weiteren Belastungen und des für die ersten neun Monate des Jahres 2008 erwirtschafteten Konzernverlusts auch für das Gesamtjahr ein negatives Ergebnis erzielt.

Im Einzelnen geht die Postbank davon aus, dass das Übergreifen der Finanzmarktkrise auf die Konjunktur und die daraus resultierenden Belastungen anderer Wirtschaftsbereiche auch für das Kundengeschäft der Postbank erschwerende Bedingungen darstellen.

Die Postbank rechnet für den Rest des Jahres und darüber hinaus mit anhaltenden Verwerfungen an den Finanzmärkten, einschließlich eines schwierigen Umfelds an den Aktienmärkten. Als Reaktion auf diese Einschätzung hat die Postbank, wie oben beschrieben, mit dem Ziel der Reduktion der Volatilität ihrer Neubewertungsrücklage bereits im vierten Quartal begonnen, gezielt Finanzanlagebestände — insbesondere Aktien — abzubauen.

Über das laufende Jahr hinaus rechnet die Postbank mit anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen an den Kapitalmärkten. Zwar sollten die Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors zunehmend positive Wirkung entfalten, dennoch sind deutliche Beeinträchtigungen der Realwirtschaft zu erwarten.

Die Postbank plant in diesem Umfeld und vor dem Hintergrund, dass die Kundeneinlagen und -kredite ein inzwischen ausgeglichenes Verhältnis haben, in den kommenden Jahren eine spürbare Reduzierung ihres Finanzanlagebestands. Dies soll im Wesentlichen durch ein Auslaufen von Beständen ohne entsprechende Wiederanlage erfolgen. Durch Veräußerung von Beständen kann es zu finanziellen Belastungen kommen. Darüber hinaus sind auch im Zusammenhang mit dem verbleibenden Bestand an Finanzanlagen bei einer anhaltenden Finanzmarktkrise weitere Belastungen des Handels- und Finanzanlageergebnisses durch Bewertungsverluste bei eingebetteten Derivaten, strukturierten Kreditprodukten und sonstigen Wertpapieren wie auch — bei Finanzinstrumenten der Kategorie *Available for Sale* — der Neubewertungsrücklage möglich. Auch wenn die verabschiedeten Stabilisierungsmaßnahmen verschiedener Regierungen nach Einschätzung der Postbank ein wirksames Mittel darstellen sollten, um weitere Bankenzusammenbrüche zu verhindern, können weitere direkte und indirekte finanzielle Belastungen aus bereits eingetretenen Schief-lagen und Insolvenzen von Banken und anderen Schuldnern, wie etwa Beiträge zu Leistungen des Einlagensicherungsfonds, nicht ausgeschlossen werden.

Bei der Risikovorsorge können weitere Belastungen durch Verschlechterung der finanziellen Situation von Geschäftspartnern in bestimmten, vom wirtschaftlichen Abschwung besonders betroffenen Wirtschaftssektoren, etwa bei der gewerblichen Immobilienfinanzierung und in der Automobilindustrie, aber auch weiterhin bei Banken, Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistungsunternehmen nicht ausgeschlossen werden.

Die Postbank hat beschlossen, zum 1. Oktober 2008 gemäß IAS 39.50E verzinsliche nicht-strukturierte Wertpapiere von der Bewertungskategorie *Available for Sale* in die Bewertungskategorie *Loans and Receivables* umzuklassifizieren. Als Folge davon wird der überwiegende Teil der *Available for Sale* Bestände seit 1. Oktober 2008 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Im Umklassifizierungszeitpunkt stellen die nach IAS 39 ermittelten *Fair Values* die neuen Anschaffungskosten dar. Damit führen künftige Schwankungen der *Fair Values* dieser Wertpapiere nicht mehr zu einer Belastung der Neubewertungsrücklage. Die Postbank plant für den überwiegenden Teil des umgewidmeten Portfolios (Staats-, Unternehmens- und Bankanleihen von Schuldner erstklassiger Bonität) die Anwendung eines *Discounted Cash Flow*-(DCF) Modells zur Ermittlung der *Fair Values*, die den neuen Anschaffungskosten entsprechen. Die bei der Anwendung des Modells zur Diskontierung verwendeten Spreads sollen so ausgestaltet sein, dass sie eine angemessene Berücksichtigung der mittlerweile eingetretenen Marktwertänderungen sicherstellen. Aus der Anwendung erwartet die Postbank eine Entlastung der Neubewertungsrücklage und damit einen positiven Effekt auf die Eigenkapitalquote.

Die Postbank plant, sich künftig noch stärker auf ihr Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden zu konzentrieren und ihr Geschäftsmodell weiter hierauf zu fokussieren. Hauptertragsquelle der Postbank sollen künftig der Zins- und Provisionsüberschuss sein, während dem Handels- und Finanzanlageergebnis – nicht zuletzt wegen der bereits eingeleiteten Reduktion des Bestands an Finanzanlagen – nur noch eine wesentlich geringere Bedeutung zukommen soll, was vorübergehend zu einem Ertragsrückgang führen kann, während mittel- und längerfristig eine stabile und nachhaltige Profitabilität gesichert werden soll. Vor dem Hintergrund der durch die Finanzmarktkrise ausgelösten deutlichen Beeinträchtigungen der Realwirtschaft hat die Postbank ihre mittelfristigen finanziellen Ziele so angepasst, dass sie einerseits die deutlich veränderten externen Gegebenheiten, andererseits die gezielte Fokussierung ihres Geschäftsmodells widerspiegeln. Die Postbank strebt in einem normalisierten Umfeld auf Basis der klaren strategischen Ausrichtung auf das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mittelfristig und nachhaltig eine Eigenkapitalrendite von 13 bis 15 % nach Steuern an. Zur Erreichung dieses Ziels sollen im Retail Banking und im Firmenkundengeschäft beim Neugeschäft verstärkt klare Zielvorgaben hinsichtlich der Marge, des Risikoprofils und der Eignung zur Pfandbriefdeckung eingehalten werden.

Glossar

Adressenausfallrisiken	Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (zum Beispiel durch Insolvenz) verursacht werden können, auch Kreditrisiken genannt.
Aktiv-/Passiv-Steuerung	Management der gesamten Bilanz- und Konditionenstruktur zur Gestaltung optimaler Aktiv- und Passivpositionen im Sinne der Unternehmenszielsetzung. Die Aktiv-/Passiv-Steuerung ist Aufgabe der Treasury.
Basis-point-value (BPV)	Der BPV misst, um welchen Betrag sich der Barwert von zins-tragenden Positionen verändert, wenn die Markttrendite um einen Basispunkt (also um 0,01 %) steigt.
Asset-Backed Securities (ABS)	Verbriefung von Kreditforderungen mit dem Ziel, illiquide Vermögensgegenstände in liquide Wertpapiere zu transformieren.
Brokerage-Dienstleistungen	Ausführung von Wertpapieraufträgen und ergänzende Dienstleistungen wie Marktberichte, Unternehmens- und Branchenanalysen sowie Kauf- und Verkaufsempfehlungen.
Cash Group	Zusammenschluss der Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG, HypoVereinsbank AG und der Gesellschaft. Die Mitglieder der Cash Group berechnen ihren Kunden gegenseitig keine Entgelte für Barabhebungen an Geldausgabe-Automaten. Dies gilt auch für die jeweiligen Direktbankentöchter sowie für GeldKarte-Ladevorgänge.
Clearing-System	In einem Clearing-System erfolgt eine Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus eingelieferten Zahlungsaufträgen zwischen den Teilnehmern.
Closed End Funds	Geschlossene Fonds, d.h. Fonds, deren Mittel durch den Verkauf einer bestimmten, von vornherein begrenzten Anzahl von Anteilen aufgebracht werden. Wenn das geplante Volumen erreicht wird, wird der Fonds geschlossen und die Ausgabe von Anteilen eingestellt.
Collateralized Debt Obligations (CDO)	Wertpapiere, die durch einen Pool verschiedener Vermögensgegenstände, meist Forderungen aus Darlehen oder Anleihen, besichert sind
Collateralized Loan Obligation (CLO)	Wertpapiere, die durch einen Pool von Kreditforderungen besichert sind.
Commercial Mortgage-Backed Securities (CMBS)	Asset-Backed Securities (ABS), bei denen die zu verbriefenden Kreditforderungen aus Immobilienkreditforderungen bestehen, die mit Grundpfandrechten auf Gewerbeimmobilien besichert sind.
Cost/Income Ratio	Kennziffer zur Darstellung der Effizienz eines Unternehmens; die Cost-Income-Ratio sagt aus, welcher Anteil der Erträge für Verwaltungskosten aufgewendet wird; je niedriger der Wert ist, desto effizienter arbeitet das Unternehmen.

Credit Default Swaps	Zeitlich begrenzte Vereinbarung, welche die Übertragung von definierten Kreditrisiken (Einzel- oder auch Portfoliorisiken) von einem auf einen anderen Vertragspartner festlegt.
Credit Spread	Renditeabstand festverzinslicher Wertpapiere zu risikolosen Anlagen (Swapsatz). Der Credit Spread spiegelt also die Kreditwürdigkeit eines Emittenten bzw. eines Marktsegments wider.
Cross-Selling Quote	Anteil derjenigen Produkte oder Dienstleistungen, die durch einen Unternehmensbereich vertrieben werden und von anderen Unternehmensbereichen oder Geschäftsfeldern produziert und angeboten werden.
Derivative Finanzinstrumente/Derivate	Finanzkontrakte, deren eigener Wert von der Wertentwicklung eines zugrunde liegenden Vermögensgegenstandes (meist klassische Anlageformen) abhängt.
ECommerce	Electronic Commerce; der elektronische Handel mit Waren und Dienstleistungen über das Internet.
Electronic Banking	Dienstleistungen, die Privat- und Geschäftskunden von Banken angeboten werden, um mit EDV-Unterstützung Daten automatisch bzw. beleglos zu erfassen, zu verarbeiten, zu transportieren und danach aufbereitet wieder zur Verfügung zu stellen.
Europäisches System der Zentralbanken (ESZB)	Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) besteht aus der Europäische Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken. Vorrangiges Ziel des ESZB ist die Wahrung der Preisstabilität.
Factoring	Ankauf von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durch ein Kreditinstitut oder ein spezielles Finanzierungsinstitut. Factoring dient als Finanzierungsform, durch die sich Unternehmen Liquidität beschaffen können.
Festzinsprodukte	Produkte, die zu einem im Voraus festgelegten Satz verzinst werden.
Full Time Equivalent (FTE)	Rechnerische Anzahl der Vollzeitkräfte unter Umrechnung von Teilzeitkräften auf Vollzeitkräfte.
Geldmarkt	Markt für kurzfristige Geldgeschäfte (i.d. R. bis 12 Monate) der Kreditinstitute unter einander und der Kreditinstitute mit den Zentralbanken.
Gestützte Markenbekanntheit	Der prozentuale Anteil der Personen einer Zielgruppe, die angibt, eine bestimmte Marke zu erkennen (zu kennen), wenn sie durch einen Interviewer erwähnt wird.
High-Yield-Anleihe	Eine hochverzinsliche Anleihe, die von den führenden Ratingagenturen als BB+ oder schlechter eingestuft wurden bzw. dieser Einstufung entsprechen, sofern sie noch kein Rating haben. Wegen ihrer schlechteren Kreditqualität bieten High Yield Anleihen eine höhere Rendite als Papiere besserer Bonität, beinhalten aber auch höhere Risiken.

Hauptbuchkonto	Kundenkonto, das in Form eines „T-Kontos“ (eingeteilt in Soll- und Haben-Seite) geführt wird.
International Financial Reporting Standards (IFRS/International Accounting Standards (IAS))	Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Committee veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom International Accounting Standards Board (IASB) seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter der Bezeichnung International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht. Nur bei grundlegenden Änderungen der Vorschriften bereits vorhandener Standards werden die IAS in IFRS umbenannt.
IRB-Ansatz oder IRBA	Ansätze zur Ermittlung der regulatorischen Eigenmittelunterlegung nach Basel II, die auf institutseigenen Ratingverfahren basieren.
IT	Kurzform für Informationstechnologie, die zum Beispiel in Computernetzwerken oder Datenbanken Anwendung findet.
Konditionsbeitrag	Konditionsbeitrag ist eine Erfolgsgröße aus der Marktzinsmethode. Er bewertet den Zinssatz eines individuellen Zinsgeschäfts (Kreditvergabe an einen Kunden, Einlage eines Kunden) gegenüber dem Zinssatz eines alternativen Geld- und Kapitalmarktgeschäfts gleicher Laufzeit und Zahlungsstruktur. Die Differenz der beiden Zinssätze wird als Konditionsmarge, der Barwert als Konditionsbeitragsbarwert bezeichnet.
Korrespondenzbankbeziehung	Eine Korrespondenzbankbeziehung ist eine Vereinbarung zwischen einer inländischen und einer ausländischen Bank, wonach im Auftrag der ausländischen Bank im Inland Zahlungsaufträge zu Lasten eines für die ausländische Bank bei der inländischen Bank geführten Kontos ausgeführt werden.
Kreditderivat	Finanzinstrument, dessen Wert von einer zugrunde liegenden Kreditforderung abhängt. Durch Kreditderivate können Kreditrisiken separat gehandelt werden.
Kreditportfolio-Management/-Steuerung	Zielbezogene Gestaltung eines Kreditportfolios, um das Portfolio unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten zu optimieren.
Kreditrisiken	Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (zum Beispiel durch Insolvenz) verursacht werden können, auch Adressenausfallrisiken genannt.
Kundeneinlagen	Kundeneinlagen enthalten die Kernkundenprodukte der Segmente Retail Banking und Firmenkunden. Als Kernprodukte sind im Segment Retail Banking die Sparprodukte, die Bauspareinlagen aus dem Kollektivegeschäft sowie die Sichteinlagen definiert. Kernprodukte des Segmentes Firmenkunden sind Sicht- und Termineinlagen.
Kundenkredite	Kundenkredite enthalten die Kernkundenprodukte der Segmente Retail Banking und Firmenkunden. Als Kernprodukte sind im

	<p>Segment Retail Banking Kontokorrentkredite, Bauspardarlehen (Kollektivgeschäft) und Baufinanzierungen definiert. Im Segment Firmenkunden sind als Kernprodukte Kontokorrentkredite und gewerbliche Finanzierungen definiert. Außerdem werden die gesamten Kundenforderungen der PB Capital Corporation, der PB Factoring GmbH und der Postbank London Branch, sowie das Firmenkundengeschäft der Deutsche Postbank International S.A. den Kundenkrediten zugerechnet.</p>
Lehman	Lehman Brothers Holding Inc.
Lehman Brothers	Die aus Lehman und mit Lehman verbundenen Unternehmen bestehende Gruppe.
Leasing	Vermietung bzw. Verpachtung beweglicher oder unbeweglicher Güter durch ein Finanzierungsinstitut, das Leasing-Gesellschaft genannt wird, oder durch den Hersteller der jeweiligen Güter. Leasing ist eine Sonderform der Finanzierung. Anstelle des Kaufs mit Eigen-, Fremd- oder Mischfinanzierung tritt Miete oder Pacht.
Liquidität	Verfügbarkeit liquider (flüssiger) Mittel eines Unternehmens.
Liquiditätsrisiko	Siehe Zahlungsunfähigkeitsrisiko bzw. Liquiditätsfristentransformationsrisiko.
Liquiditätsfristentransformationsrisiko	Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spreadrisiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums auf einem bestimmten Konfidenzniveau ein Verlust entstehen kann.
Marktrisiko	Risiko möglicher Verluste, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Rohwarenpreisen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen ausgelöst werden können.
Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)	Vorgaben von Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kreditinstituten durch die BaFin.
Monoliner	Spezialisierte Versicherungsunternehmen in den Vereinigten Staaten von Amerika, die Anleihen gegen Ausfall versichern. Wird die Anleihe bei Fälligkeit nicht durch den Emittenten zurückgezahlt, zahlt der Monoliner.
Monte-Carlo-Simulation	Verfahren der stochastischen Simulation zur näherungsweise Bestimmung von mathematischen Größen, die abhängig vom Zufall sind. Die Monte-Carlo-Methode basiert im Vergleich zur historischen Simulation nicht auf Vergangenheitswerten, sondern auf einer Simulation der Risikoparameter. So beruht die Berechnung des Value at Risk (VaR) nach der Monte-Carlo-Simulation darauf, dass zukünftige Entwicklungen der betrachteten Risikoparameter mit Hilfe eines jeweils eigenen stochastischen Prozesses modelliert werden. Ein Zufallszahlengenerator ermöglicht es, im Anschluss an die Modellierung eine Vielzahl von Modellrealisierungen durchzuführen, um so zu einer Schätzung eines Verlustes

	<p>zu erlangen, der nur mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit übertroffen werden kann. Bei der Berechnung des VaR von Marktrisiken wird hierbei typisch auf am Markt beobachtete Datenreihen von Kursverläufen und -korrelationen von Wertpapieren zurückgegriffen, aus denen dann Wahrscheinlichkeitsverteilungen für die Simulation extrahiert werden. Bei der Berechnung des VaR von Kreditrisiken (CVaR) wird vor allem aus historischen Ausfallraten und Rating-Migrationen durch die Zufallssimulationen ermittelt, wie die Verlustrisiken eines Portfolios sind.</p>
Mortgage-Backed Securities	Form von Asset Backed Securities; es handelt sich um Wertpapiere, deren Zins- und Tilgungsleistungen an die Zahlungsperformance eines mit Grundpfandrechten besicherten Forderungspools gebunden sind.
Operationelles Risiko	Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder in Folge von externen Ereignissen eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.
Option	Recht, nicht aber die Verpflichtung, eine bestimmte Menge eines Basiswertes (zum Beispiel Aktien, Anleihen u.a.) zu einem vorab festgelegten Preis zu kaufen (Call Option) oder zu verkaufen (Put Option).
Passivüberhang	Überschuss der Passiva über die Aktiva in der Zinsbindungsbilanz einer Bank.
Residential Mortgage-Backed Securities (RMBS)	Asset-Backed Securities (ABS), bei denen die zu verbriefenden Kreditforderungen aus Immobilienkreditforderungen bestehen, die mit Grundpfandrechten auf Wohnimmobilien besichert sind.
Sichteinlagen	Bankguthaben, über die sofort, d.h. ohne vorherige Kündigung verfügt werden kann.
Spitzenrefinanzierungsfazilität	Ständige Fazilität des ESZB, welche die Geschäftspartner nutzen können, um Übernachtkredit zu einem im Voraus festgelegten Zinssatz zu erhalten.
Spontane Markenbekanntheit	Der Prozentsatz der Personen in der Zielgruppe, die eine bestimmte Marke (spontan) nennen können, nachdem sie gebeten wurden, einige ihnen bekannte Marken aus einer bestimmten Produktklasse oder -gruppe anzuführen.
Ständige Fazilität	Zentralbank-Kreditlinie des ESZB, welche die Geschäftspartner auf eigene Initiative in Anspruch nehmen können.
Subprime-Kredite	Hypothekenkredite, die überwiegend an Kreditnehmer mit sehr geringer Bonität vergeben wurden
Syndizierte Kredite	Ausreichung eines Kredites von mindestens zwei Kreditgebern zu gleichen Rahmenbedingungen und Konditionen unter Verwendung einer einheitlichen Dokumentation.

Glossar

Treasury / Treasury-Aktivitäten	Geschäftsfeld, in dem die Aufgabenbereiche Refinanzierung und Liquiditätssteuerung, Aktiv/Passiv-Steuerung, Market- und Credit-Treasury zusammengefasst sind.
U.S. GAAP	„Generally Accepted Accounting Principles in the United States“; in den USA allgemein anerkannte Rechnungslegungsvorschriften.
Value-at-Risk-Ansatz oder VaR-Ansatz	VaR bezeichnet eine Methode zur Quantifizierung von Risiken. Um aussagekräftig zu sein, muss zusätzlich immer die Haltedauer (zum Beispiel zehn Tage) und das Konfidenzniveau (zum Beispiel 99,0 %) angegeben werden. Der VaR-Wert bezeichnet dann diejenige Verlustobergrenze, die innerhalb der Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit entsprechend dem Konfidenzniveau nicht überschritten wird.
Verbriefung	Umwandlung von Kreditforderungen oder anderen Zahlungsströmen in handelbare Wertpapiere.
Volatilität	Risikomaß für das Ausmaß der Schwankung von Finanzmarktparametern wie Zinsen, Aktien oder Währungskursen. Oftmals wird sie als Standardabweichung der Veränderungen aus der Kurshistorie berechnet bzw. implizit aus einer Preissetzungsformel. Je höher die Volatilität, desto risikoreicher ist das Halten der Anlage.
Zahlungsunfähigkeitsrisiko	Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

Bonn und London, im November 2008

Deutsche Postbank AG

gez. Holger Giese

gez. Dr. Marcus Chromik

UBS Limited

gez. Florian von Hardenberg

gez. Dr. Axel Stafflage

Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien

gez. i.V. Florian von Hardenberg

gez. i.V. Dr. Axel Stafflage

Société Générale S.A.

gez. i.V. Florian von Hardenberg

gez. i.V. Dr. Axel Stafflage

UniCredit (Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG)

gez. i.V. Alexandra Avramopoulos

gez. i.V. Johannes Bräutigam

[Diese Seite wurde absichtlich freigelassen]

Impressum

Herausgeber
Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations
Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

